<36600218820015

Staatengeschichte

der neuesten Zeit.

Siebenundzwanzigster Band.

Deutsche Geschichte

im neunzehnten Jahrhundert.

Von

Heinrich von Treitschke.

Vierter Theil.

Leipzig
Verlag von S. Hirzel
1889.

Staatengeschichte

der neuesten Zeit.

Siebenundzwanzigster Band.

H. v. Treitschke

Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert

Vierter Theil.

Leipzig
Verlag von S. Hirzel.
1889.

Deutsche Geschichte

im

Neunzehnten Jahrhundert

von

Heinrich von Treitschke.

Vierter Theil.

Bis zum Tode König Friedrich Wilhelms III.

Leipzig
Verlag von S. Hirzel.
1889.

Vorwort.

Um die Geschichte der dreißiger Jahre hat sich ein vierfacher Sagenkreis gelagert. Die französisch-polnischen und die nahe verwandten particularistisch-liberalen Märchen gerathen zwar allmählich in Vergessenheit; die englisch-coburgische Legende aber und die Legende des Literatenthums behaupten noch einen Theil ihrer alten Macht. Leicht ist es nicht, durch diese Fabelwelt zu einer unbefangenen, schlicht deutschen Auffassung der Ereignisse hindurchzudringen; noch schwieriger, die unendliche Bedingtheit alles historischen Lebens auch in den verworrenen Parteikämpfen dieses Jahrzehntes zu erkennen und getreu zu schildern, wie Deutschlands Einheit gewiß nicht durch den Liberalismus, doch ebenso gewiß nicht ohne ihn möglich wurde, wie bald die Kronen bald die Opposition das nationale Leben gehemmt oder gefördert haben. So weit mein Scharfsinn reichte habe ich mich bemüht Licht und Schatten gerecht zu vertheilen.

Eine unerwartete Fülle dankenswerther vertraulicher Mittheilungen von Landsleuten aus Nord und Süd erleichterte mir die Arbeit. Außer den schon früher benutzten Archiven hat mir diesmal auch das Staatsarchiv in Hannover mannichfache Belehrung geboten.

Die Vorwürfe, die mir in zahlreichen Briefen zukamen, habe ich ernstlich erwogen, ohne sie immer beherzigen zu können. Die meisten dieser Zuschriften liefen darauf hinaus, daß wohl alles Uebrige zu billigen, aber die Heimath des Tadelnden schlecht behandelt sei. Jakob Grimm sagte über sein Kurhessen, keine deutsche Landschaft würde von ihren Söhnen so leidenschaftlich geliebt. Das Gleiche behauptet auch der Ostpreuße und der Schlesier, der Baier und der Schwabe, der Westphale und der Kursachse von seinem Heimathlande. Den hohen Ansprüchen dieser Heimathliebe kann eine Darstellung, welche das Leben der gesammten Nation zu würdigen sucht, wohl niemals völlig genügen.

Bei ausländischen Kritikern, freundlichen und feindseligen, hat der ganze Ton meines Buchs Befremden erregt, und ich konnte nichts anders erwarten. Ich schreibe für Deutsche. Es mag noch viel Wasser unseren Rhein hinabfließen, bis die Fremden uns erlauben, von unserem Vaterlande mit demselben Stolze zu reden, der die nationalen Geschichtswerke der Engländer und Franzosen von jeher ausgezeichnet hat. Einmal doch wird man sich im Auslande an die Gesinnungen des neuen Deutschlands gewöhnen müssen.

Dieser Band schildert im Eingang mehrere rühmliche Erfolge, am Schlusse zwei verhängnißvolle Fehler der preußischen Politik. Gleichwohl wird der Leser, wie ich hoffe, die Erkenntniß gewinnen, daß zu Ende des Jahrzehnts die Wirrniß der deutschen Dinge sich zu lichten beginnt: Preußen tritt fortan ganz in den Vordergrund der vaterländischen Geschichte, sein Thun und Lassen bestimmt die Schicksale der Nation.

Berlin, 30. November 1889.

Heinrich von Treitschke.

Inhalt.

Viertes Buch.

Das Eindringen des französischen Liberalismus 1830—1840.

Beilagen.

Berichtigungen.

S. 34, Z. 7 v. u. lies: Gent statt Brügge.
= 68, = 17 v. o. lies: eingehen statt übernehmen.
= 81, = 23 v. o. lies: der Silleria statt des Retablo.
= 87, = 3 v. u. lies: Russkaja Starina.
= 103, = 20 v. o. lies: Garde-Dragonern.
= 215, = 12 v. u. hinter überraschte ist einzuschalten: im Januar.
= 245, = 5 v. u. lies: bewundern.
= 287, = 6 v. o. lies: Cartwright.
= 327. = 4 v. u. ist endlich zu streichen.
= 345, = 19 v. u. lies: fehlte.
= 393, = 15 v. o. lies: ein Drittel statt ein Fünftel.
= 395, = 10 v. o. lies: Baden statt Baiern.
= 557, = 5 v. o. lies: Statthalters.
= 633, = 8 v. u. lies: Uebungslager.

Viertes Buch.

Das Eindringen des französischen Liberalismus.

1830—1840.

Erster Abschnitt.

Die Juli-Revolution und der Weltfriede.

Das Fortwirken der Vergangenheit in der Gegenwart bewährt sich unerbittlich auch in den Geschicken solcher Völker, welche an dies historische Gesetz nicht glauben wollen. Durch die erste Revolution hatten die Franzosen mit ihrer Geschichte gebrochen; sie wähnten ihrer Vorzeit ledig zu sein und sahen nicht, daß Napoleon nur in vereinfachten, demokratischen Formen den alten centralisirten Beamtenstaat Richelieu's wieder herstellte als er dem neuen Frankreich seine dauernde Verfassung gab. Noch weniger wollten sie im Jahre 1830 erkennen, daß die Juli-Revolution ihre welterschütternden Folgen großentheils der Nachwirkung der Vergangenheit verdankte. Seit den Wiener Verträgen besaß Frankreich weder die kriegerische Macht noch die geistigen Kräfte mehr um die Führerstellung unter den Völkern zu beanspruchen; der Tag von Belle Alliance hatte die Ueberlegenheit der deutschen Waffen erwiesen, in Kunst und Wissenschaft war Deutschland längst zu neuen, eigenen Idealen gelangt, auch die prunkenden Redekämpfe der französischen Volkstribunen und Tagesschriften bewegten sich immer noch in den ausgefahrenen Geleisen der Ideen von 89, sie warfen keinen schöpferischen politischen Gedanken in die Zeit. Aber die Erinnerungen an die hundertjährige Weltherrschaft der französischen Bildung, an die Propaganda der Jacobiner, an das napoleonische Reich blieben noch überall lebendig; auf das Heimathland der Revolution richtete sich unverwandt die Besorgniß der Höfe, die Hoffnung aller Unzufriedenen.

Als dort das wiederhergestellte legitime Königthum zusammenstürzte, urplötzlich, wie durch eine unabwendbare Naturgewalt, da schien die gesammte neue Ordnung der Staatengesellschaft zu wanken. Ermuthigt durch Frankreichs Vorbild erhoben sich fast in allen Nachbarlanden die Mächte der Revolution, die Schlagworte der Menschenrechte waren in Aller Munde. Selbst die sonst fremdem Einfluß so unzugänglichen Briten verspürten den Zauber der demokratischen Ideen Frankreichs und begannen durch die Reformbill den ehrwürdigen Bau ihrer parlamentarischen Aristokratie zu zerstören. Die Franzosen nannten sich wieder die große Nation und wähnten, ihre Tricolore halte von Neuem den Rundgang

um den Erdkreis. Achtzehn Jahre darauf sollten sie dann nochmals durch einen Straßenkampf den Anstoß geben zu einer europäischen Bewegung, aber auch nur den Anstoß von außen her: Frankreichs Gedanken beherrschten die Welt nicht mehr, die nationale Bewegung in Deutschland und Italien verfolgte Ziele, welche mit den weltbürgerlichen Lehren der Revolution wenig gemein hatten. Nach vierzig Jahren war endlich die nachwirkende Kraft der alten Größe gänzlich gebrochen; die ernüchterte Welt sah in diesem Volke nicht mehr den Lichtbringer, sondern den Friedensstörer der Staatengesellschaft, die republikanische Schilderhebung der Pariser im September 1870 weckte in Europa kaum noch ein Echo. Ebenso langsam und unaufhaltsam war zwei Jahrhunderte zuvor die spanische Weltmacht von ihrer Höhe herabgesunken. Hier wie dort wirkten die großen Erinnerungen noch gewaltig fort als die Pfeiler der Macht schon längst vermorscht waren, hier wie dort hielt sich die Nation noch für die erste der Welt, als mit einem Schlage, hier durch die Schlacht von Sedan, dort durch den Pyrenäischen Frieden die Verschiebung der Machtverhältnisse offenbar wurde.

Im Sommer 1830 konnten freilich nur vereinzelte scharfblickende Staatsmänner den beginnenden Verfall Frankreichs erkennen. Die „große Woche" der Pariser veränderte die ganze Lage der Welt; sie erschütterte das politische System der legitimen Großmächte weit stärker als zehn Jahre früher die Revolutionen Südeuropas; sie beschleunigte überall die längst schon begonnene Zerstörung der alten Ständeherrschaft. Der Untergang des Adels und die Herrschaft der Bourgeoisie in Frankreich entflammten das erstarkte Selbstgefühl der bürgerlichen Klassen zu neuen Hoffnungen und Ansprüchen. Unterdessen begann das zweite große Zeitalter der Entdeckungen und Erfindungen zu tagen, Wohlstand und Verkehr nahmen einen unerhörten Aufschwung. Die neuen Weltmächte der Großindustrie, der Börse, des Judenthums traten ihre Herrschaft an, und zugleich regte sich schon der Klassengegensatz von Capital und Arbeit. Die Zeit der Restauration stand mit ihrer feinen Sitte, ihren romantischen Träumen und ihrer andächtigen geistigen Arbeit, mit ihren Diplomatencongressen und höfischen Festen dem aristokratischen alten Jahrhundert noch sehr nahe. Erst seit der Juli-Revolution, vollständig erst seit dem Jahre 1848 zeigt die Gesittung des neunzehnten Jahrhunderts ihr eigenes Gepräge. Ein neues Geschlecht kommt herauf, demokratisch in Sitten und Gedanken, formlos und kurz angebunden, unersättlich in seinen Ansprüchen, tief überzeugt von seiner eigenen Güte und noch tiefer von der Verworfenheit seiner Gegner, unternehmend und arbeitsam, kühn und erfinderisch im Kampfe mit den Elementen, durch die Weite seines Gesichtskreises und die Vielseitigkeit seiner Interessen allen früheren Zeiten überlegen, aber auch hastig, unstät, ohne Sammlung des Geistes, ohne Sicherheit der Weltanschauung. Alles Leben der Völker drängt sich auf den Markt

hinaus. Die Wahlen und die Redeschlachten der Parlamente, die Berathungen der Vereine, die großen neuen wirthschaftlichen Unternehmungen nehmen die Kraft des Mannes in Anspruch, im Kaffehaus und bei der Cigarre sucht er seine Erholung. Der häusliche Verkehr verödet, die Frauen behaupten nicht mehr die unbestrittene Herrschaft im geselligen Leben und versuchen dafür schon zuweilen mit der Männerarbeit den ungleichen Wettkampf aufzunehmen. Die Zeitungen und die rasch ins Kraut schießende populäre Literatur wecken in weiten Kreisen den Sinn für das öffentliche Leben, aber auch eine begehrliche, glaubenlose, dünkelhafte Halbbildung; manches schöne Talent verflüchtigt sich in Eintagswerken, nur wenige starke Geister vermögen noch sich hinauszuretten aus der unmuthigen Hast der Zeit, in Kunst und Forschung Dauerndes zu schaffen. Der demokratische Charakter der Epoche spiegelt sich treulich wieder in ihrer Männerkleidung, der häßlichsten, aber auch der zweckmäßigsten und bequemsten, welche je in Europa getragen wurde. Haar- und Barttracht bleiben dem persönlichen Belieben überlassen, im Uebrigen herrscht unverbrüchlich das demokratische Anstandsgesetz, das Keinem erlaubt sich von den Anderen zu unterscheiden; Jedermann trägt den nämlichen schmutz- und mischfarbigen, taschenreichen Sackrock, der dem beschäftigten Manne so viel Zeit erspart; das lange Beinkleid und die Stiefeln dringen jetzt bis in den Salon, der demokratische Frack läßt auch hier Alle, Gäste und Diener, vollkommen gleich erscheinen.

Das verarmte Deutschland vermochte dem Umschwunge des Verkehres und der Lebensgewohnheiten nur langsam zu folgen. Um so mächtiger strömten die politischen Gedanken der Franzosen in unser Leben ein, war ihnen doch längst der Boden bereitet durch die radicale Literatur der zwanziger Jahre. Unabhängig von den Franzosen, zumeist im Kampfe mit ihnen, hatte der deutsche Genius in den Jahren der classischen Dichtung, in den Befreiungskriegen, in den schönen Jugendtagen der historischen Wissenschaft sich in Wort und That seine Wege gefunden. Nun erfolgte ein ungeheuerer Rückschritt; die alte Aufklärung, die seit Herder's Zeiten überwunden schien, kam wieder empor, und sie trug französische Gewänder. Jene tiefsinnige historische Anschauung vom Staate, die sich in der deutschen Wissenschaft still vorbereitet, aber noch nicht durchgebildet hatte, trat in den Hintergrund. Die alte Naturrechtslehre von dem vernunftgemäßen Staate der Gleichheit, von der Unfehlbarkeit der öffentlichen Meinung, von der Staatsgewalt, die nicht regieren sondern der Mehrheit dienen sollte, führte das große Wort und verfiel bald in leere Phrasen, da sie nichts Neues mehr zu sagen wußte. Die vaterländische Begeisterung der Befreiungskriege ward verdrängt durch einen liberalen Weltbürgersinn, der im Namen der Freiheit die Feinde Deutschlands im Osten wie im Westen verherrlichte und das eigene Volk mit Schimpf überhäufte. Auf das geistvolle Kunstverständniß der Romantiker folgte wieder ein flacher, mit Freiheits-

worten prunkender Rationalismus, der, ganz in Nicolai's Weise, an alle Werke des Genius den Zollstock der Nützlichkeit, diesmal des politischen Nutzens, legte und die Lehrer der Nation nur nach ihrer zeitgemäßen Gesinnung beurtheilte. Wüster Radicalismus, zuchtlose Leidenschaft, hohler Wortschwall und dann wieder harte Verfolgung schändeten das deutsche Leben.

Gleichwohl hat selbst in diesem Jahrzehnte widerwärtiger Verirrungen die still wirkende Macht des nationalen Gedankens, die unser Volk zur Einheit drängte, unwiderstehlich gewaltet. Nach dem tiefen Schlummer der letzten Jahre war eine Aufrüttelung doch nothwendig, wenn die zähe Masse der deutschen Politik wieder in Fluß kommen sollte; und wer durfte die unerfahrenen Deutschen schelten, wenn sie, gleich allen anderen Völkern, das Land überschätzten, das ihnen das Signal gegeben hatte? Die kleinen Volksaufläufe und Straßenkämpfe in den Residenzen unseres Nordens mochten den Fremden nur wie ein kindisches Nachspiel der großen Woche erscheinen; doch ihr Ergebniß war dauerhafter als das Julikönigthum der Franzosen. Sie führten die wichtigsten der norddeutschen Kleinstaaten in das constitutionelle Lager hinüber; so ward der Gegensatz von Nord und Süd gemildert, ein gemeinsamer Boden gewonnen für die politische Arbeit der Nation. Alle diese winzigen Umwälzungen waren durch örtliche Beschwerden veranlaßt, sie verfolgten nur den Zweck, die altständische oder höfische Willkürherrschaft in dem heimischen Kleinstaate durch ein liberaleres Regiment zu verdrängen; aber die reife Frucht der partikularistischen Revolutionen fiel der Einheitspolitik der Krone Preußen zu. Als Sachsen und Kurhessen die in Preußen und Süddeutschland längst verwirklichten modernen Grundsätze der Staatseinheit und des gemeinen Rechtes anerkennen mußten, da wurden sie erst fähig mit den deutschen Nachbarn in Zollgemeinschaft zu treten, und nun erst schloß sich der Ring, welchen Preußens Handelsverträge um Deutschland geschlungen hatten. Die Siege der liberalen Parteien ermöglichten erst die Gründung des großen Deutschen Zollvereins, den die Mehrzahl der Liberalen leidenschaftlich bekämpfte; und seitdem blieb es ein Menschenalter hindurch das seltsame Schicksal des deutschen Liberalismus, daß alle großen Erfolge unserer nationalen Politik nicht durch ihn, aber auch nicht ohne ihn errungen wurden. Der Zollverein war die größte politische That des Jahrzehnts, folgenreicher für Europas Zukunft als alle die vielbewunderten Parteikämpfe in den Nachbarlanden, das letzte köstliche Vermächtniß des alten unbeschränkten preußischen Königthums an die deutsche Nation.

Auch das zerfahrene deutsche Parteileben ward durch den scharfen Luftzug dieser Jahre etwas gekräftigt. Klarer, bewußter denn zuvor traten die Gegensätze auseinander seit in Frankreich das Banner der Volkssouveränität erhoben wurde. Die Conservativen hatten bisher, vertrauend auf ihre Machtstellung in den Landtagen und auf die Gunst der Höfe, den Federkrieg gegen die liberale Presse sorglos den Regierungsblättern

überlassen; jetzt schaarten sie sich fester zusammen und bekämpften die Lehren der Revolution in unabhängigen Zeitschriften. Bald darauf trat die ultramontane Partei, eine geschlossene, weithin über Deutschland verzweigte Macht, mit einem Schlage auf den Kampfplatz. In der liberalen Welt wogten die Wünsche und Gedanken noch wirr durch einander, aber einzelne Sätze der Parteidoctrin wurden allmählich zum Gemeingut Aller, und selbst dem noch völlig unklaren Einheitsdrange der Nation zeigte sich in weiter Ferne endlich ein erkennbares Ziel seit süddeutsche Liberale zuerst von einem deutschen Parlamente und von der preußischen Hegemonie zu reden wagten.

In so krankhaft erregter Zeit mußte die Dichtung verwildern. Der gespreizte, grelle und dennoch kraftlose Feuilletonstil verdrängte den Adel der Form, die rohe Tendenz den künstlerischen Gedanken, Alles was deutschen Herzen heilig, wurde von den literarischen Helden des Tages beschmutzt und verhöhnt. Doch bis zu den Höhen der deutschen Bildung schlugen die schlammigen Wellen dieses Radicalismus nicht empor. Eben jetzt erschien Goethe's letzte und tiefsinnigste Dichtung; unbeirrt durch das Geschrei des Marktes schritten Böckh und Ritter, die Brüderpaare Grimm und Humboldt ihre Bahn; in Ranke's Werken bewährte die Kunst der Geschichtschreibung ihre Meisterschaft; Dahlmann vertiefte die liberale Parteidoctrin und befruchtete sie mit den Ideen der historischen Rechtsschule; die Theologie wurde durch einen leidenschaftlichen Parteikampf aufgerüttelt und gezwungen, den historischen Unterbau ihrer Lehren einer schonungslosen Kritik zu unterwerfen; auch in den exacten Wissenschaften traten junge Talente auf, den Wettlauf mit dem Auslande zu wagen. Also blieben auch in diesem Jahrzehnt, das selber friedlos so viel Unfrieden säte, die schöpferischen Kräfte unserer Geschichte noch immer wirksam. —

Das Nahen einer großen Umwälzung war von einsichtigen Beobachtern der französischen Zustände längst vorausgesehen. Sobald König Karl X. das gemäßigte Ministerium Martignac hatte berufen müssen, erlangte der Liberalismus wieder die Herrschaft über die öffentliche Meinung, und er griff um sich mit unwiderstehlicher Gewalt; denn eine gänzlich demokratisirte Gesellschaft gleicht einer Heerde, die beiden lebendigsten Kräfte des modernen französischen Charakters, der Nationalstolz und die sittliche Feigheit, führen jeder augenblicklich obenauf kommenden Partei täglich neue Anhänger zu. Damals schon schrieb der preußische Gesandte v. Werther: „Jetzt die ultramontane Partei zur Macht berufen, das heißt Frankreich einen unverzeihlichen und ungeheueren Schritt zur Revolution hin machen lassen; denn diese Partei würde, verabscheut von der Nation und unfähig sich am Ruder zu halten, bald gezwungen sein, entweder einem ultraliberalen Ministerium zu weichen oder dem Könige den Umsturz der gegenwärtigen Verfassung anzurathen. Eine solche That

muß aber unfehlbar die Regierung des Königs, die Bourbonen und Frankreich selbst in den Abgrund reißen."*) Jener unverzeihliche Schritt zur Revolution geschah, und die Verblendung der liberalen Parteien trug die Schuld daran.

Großes hatte Frankreich der Herrschaft seines wiederhergestellten Königthums zu verdanken. Wunderbar leicht wurden die Leiden der Kriegsjahre überwunden, der Volkswohlstand und das geistige Leben blühten fröhlich auf, Heer und Haushalt standen wieder in guter Ordnung; die Charte blieb unangetastet, die constitutionellen Ideen schienen schon so fest mit dem Volke verwachsen, daß Niebuhr noch im Sommer 1829 sagen konnte, bei dem gegenwärtigen Zustande der Dinge sei an keine Revolution mehr zu denken. Vor Kurzem noch hatte das Land drei Jahre lang die polizeiliche Aufsicht der europäischen Occupationstruppen ertragen müssen, noch auf dem Aachener Congresse wurde sein Minister von den vier Mächten wie ein Schulknabe zum Wohlverhalten ermahnt. Jetzt behauptete der Tuilerienhof wieder eine würdige, seiner Macht entsprechende Stellung in der Staatengesellschaft, um seine Freundschaft bemühten sich alle Großmächte, unter seiner Mitwirkung wurde die Schlacht von Navarin geschlagen und schließlich, durch den Zug nach Morea, die Unabhängigkeit Griechenlands gesichert. Der Verfassung treu und dem königlichen Hause ritterlich ergeben, durfte Graf Martignac wohl auf den Beistand aller gemäßigten Parteien zählen, als er der Charte durch eine freiere Gemeindeverfassung einen festen Unterbau zu schaffen unternahm; denn Jedermann wußte, daß König Karl schon dies Ministerium nur ungern ertrug und nimmermehr den Liberalen noch weiter entgegenkommen würde.

Trotzdem wurde das Cabinet bei den Verhandlungen über die Gemeinderathswahlen von seinen natürlichen Freunden verlassen und zum Rücktritt genöthigt. Der letzte ehrliche Versuch, das constitutionelle Frankreich mit dem alten Herrscherhause zu versöhnen, war gescheitert. Der Eigensinn der Parteien trug den Sieg davon über die Gebote der Pflicht und der Klugheit. Auch die Ränkesucht spielte mit, jene alte französische Sünde, die in den höfischen Cabalen des alten Jahrhunderts zur Meisterschaft ausgebildet, längst schon in die parlamentarischen Sitten der neuen Zeit eingedrungen war: Graf Molé und der Vertraute des Herzogs von Orleans, General Sebastiani schürten den Widerstand gegen Martignac, weil sie selber seine Erbschaft anzutreten hofften.**) König Karl meinte befriedigt: „ich sagte es ja, mit diesen Leuten ist nichts anzufangen," und betraute seinen Günstling, den Fürsten Polignac, mit der Bildung des neuen Cabinets.

---

*) Werther's Bericht, 5. Juni 1828.

**) Werther's Bericht, 6. December 1828.

Von Stund' an änderte sich die Lage. Der König war in den ersten Jahren seiner Regierung nicht unbeliebt gewesen; jetzt sah er sich von allen Seiten her mit Schmähungen und Verwünschungen überhäuft. Der Schatten der Emigration stellte sich trennend zwischen Thron und Volk. Man entsann sich wieder, daß dieser König und die Polignacs einst, gleich nach dem Bastillesturme, zuerst das böse Beispiel der Auswanderung gegeben, daß sie jahrelang gegen ihr Vaterland gekämpft, daß die Sendboten des Pavillons Marsan noch lange nach der Restauration die fremden Mächte beständig zur Einmischung in Frankreichs innere Händel aufgestachelt hatten. Eine furchtbare Vergeltung sollte die beiden ersten Emigranten noch einmal für den alten Frevel des Landesverraths züchtigen. Vergeblich verwahrte sich Polignac in der Kammer dawider, daß man zwei feindliche Völker in der einen Nation schaffen, das neue Frankreich von dem alten trennen wolle. Diese Trennung bestand schon längst. Die Kluft zwischen der alten und der neuen Zeit that sich sofort wieder gähnend auf, als dieser Mann an's Ruder trat, der beschränkte, ehrliche, bigotte Ultra, der einst seine Verschwörungen gegen Bonaparte mit langer Haft gebüßt und in der Einsamkeit des Kerkers seine hart reactionäre Gesinnung bis zum religiösen Fanatismus gesteigert hatte. Die Blätter der Opposition übertrieben stark, als sie nach der Juli-Revolution höhnisch bekannten, Frankreich habe fünfzehn Jahre lang Komödie gespielt; wahr blieb doch, daß die belebende Kraft der Monarchie, die Gesinnung angestammter Treue, trotz aller Huldigungen für „die unbestrittene Familie", der ungeheueren Mehrzahl der Franzosen verloren gegangen war. Ueber den Wohlthaten der Restauration vergaß dies Volk doch nicht, daß sein Königshaus die entscheidenden Tage der nationalen Geschichte im Auslande, im Lager der Feinde verlebt hatte. Den Bourbonen fehlte Alles was das Wesen der wirklichen Legitimität ausmacht: sie konnten sich weder auf eine große, dem ganzen Volke heilige Vergangenheit stützen noch mit Gelassenheit in die Zukunft blicken. Zudem war jetzt, da das Land sich neu gekräftigt fühlte und die Wirren im Orient die Aussicht auf eine europäische Verwicklung zu eröffnen schienen, die übermüthige keltische Kriegslust wieder erwacht. Vernichtung der Verträge von 1815 — so lautete der Ruf des Tages, und die Schuld dieser Verträge schrieb die von allen Parteien umschmeichelte und verwöhnte Nation nicht sich selber und ihrer eigenen Verblendung zu, sondern den Bourbonen, den Schützlingen des Auslands.

Angesichts der allgemeinen Erbitterung war das Ministerium Polignac von Haus aus unhaltbar. In diesem Lande der Volkssouveränität konnte sich keine Regierung mehr gegen den bestimmten Willen der Nation auf die Dauer behaupten; selbst Napoleon blieb nur so lange am Ruder als er glücklich war, als seine Siege die Eitelkeit des Volks befriedigten. Der berechtigte Haß gegen das Cabinet ward aber noch verschärft durch

die Macht der Doctrin. Die Selbstgefälligkeit des neuen Jahrhunderts rühmte sich gern, in diesen hellen Tagen sei die Parteibildung grundsätzlich geworden und darum klarer, bewußter denn je zuvor; und doch blieb der Parteikampf jetzt wie zu allen Zeiten ein Kampf um die Macht, die moderne Sitte der Aufstellung theoretischer Programme erhöhte nur den Dünkel, die Unversöhnlichkeit der Fractionen. Und selten hat eine hohle Doctrin so verderblich gewirkt wie jetzt in Frankreich die neue Lehre von dem allein wahren constitutionellen Staate.

In den Anfängen der Restauration hatten nur vereinzelte Stimmen, zumeist aus dem Lager der Ultras, dem Könige die verfassungsmäßige freie Ernennung der Minister zu bestreiten gewagt.*) Damals erklärte Royer-Collard, der verehrte Führer der Doctrinäre: das Königthum hört auf an dem Tage wo die Kammer ihm die Minister aufdrängt. Aber bald wendeten die Liberalen ihre Blicke nach England und bildeten sich die Meinung, die Parlamentsherrschaft der englischen Aristokratie müsse in das demokratisirte Frankreich übertragen werden. Thiers, der klügste Kopf unter den Urhebern der Juli-Revolution faßte die neue Lehre zusammen in dem Schlagworte: der König herrscht nur, aber er regiert nicht. Nach dem Siege gestand er unumwunden: in dem Augenblicke, da das Ministerium Polignac gebildet wurde, erhob sich „die große Frage des Repräsentativsystems, die Frage, worin sein ganzes Wesen enthalten ist, die Frage, die über sein Dasein oder Nichtsein entscheidet; es war die Frage: ist der König von der Mehrheit der Kammern unabhängig oder nicht? kann er die Minister außerhalb dieser Mehrheit wählen?“ Und noch deutlicher fuhr er fort: „Was wollten wir vor dem Juli? Die constitutionelle Monarchie mit einem Herrscherhause, das ihre Bedingungen anerkennen und deshalb uns den Thron verdanken soll.“

Damit war der zweite doctrinäre Glaubenssatz der Zeit ausgesprochen. Die Verehrung für das todte Datum liegt in dem schablonenhaften Charakter der neufranzösischen Bildung tief begründet. Wie die Liberalen längst glaubten, in dem wunderbaren Jahre 1789 sei ihre neue Freiheit urplötzlich geboren worden, und mitleidig auf jede andere Nation herabsahen, wenn sie nicht auch ein 89 in ihren Annalen aufweisen konnte, so berauschten sie sich nunmehr an der neuen Heilswahrheit: Englands Freiheit sei erst durch die zweite Revolution von 1688 gesichert worden, folglich müsse auch Frankreich das Zeitalter seiner Revolution durch ein anderes 88 abschließen. Die Vergleichung hinkte auf beiden Füßen, denn wo war in Frankreich ein Schreckensregiment, das den Unthaten des Blutrichters Jeffreys glich? wo ein mächtiger parlamentarischer Adel, der das Erbe des vertriebenen Königshauses antreten konnte? Dem oberflächlichen Doctrinarismus der Zeit genügten indeß einige äußerliche Aehn-

---

*) s. o. II. 120.

lichkeiten, die allerdings in die Sinne fielen: in England wie in Frankreich war auf die Zeit der Bürgerkriege die Herrschaft eines genialen Tyrannen und dann, gegen den Willen des ruhmreichen Heeres, die Herstellung des rechtmäßigen Königshauses gefolgt; hier wie dort ward der alten, dem Erlöschen nahen Dynastie unerwartet noch ein Erbe geboren, hier wie dort stand ein unzufriedener Prinz lauernd neben dem Throne. Warum sollte nicht auch Frankreich sich die Freuden einer zweiten Revolution gönnen? sie hatte ja, wie Thiers gemüthlich bemerkte, „nichts zu zerstören außer der Dynastie!“

Die Erbitterten wollten nicht sehen, daß allein in dem unbestreitbaren Erbrechte des königlichen Hauses der Ehrgeiz der Parteien seine letzte Schranke, die gesetzliche Freiheit ihre letzte Bürgschaft finden konnte. Für das leichtsinnige junge Geschlecht, das in den Schulen der neuen Universität herangewachsen war, hatte das Zeitalter der Revolution keine Schrecken mehr. Wie verführerisch erschienen die Gräuel jener Tage in Thiers' gefeiertem Geschichtswerke; selbst in Mignet's ruhiger gehaltenem Buche über die Geschichte der Revolution, einem Meisterwerke gedrängter, klarer, lebendiger Erzählung, schwieg die Stimme des Gewissens gänzlich; Beide redeten, als ob eine räthselhafte Schicksalsmacht die ewigen sittlichen Gesetze des Völkerlebens fünfundzwanzig Jahre hindurch für die Franzosen außer Kraft gesetzt hätte. So verloren sich die liberalen Parteien in die Traumwelt einer Doctrin, die für unwiderleglich galt, obgleich sie von Widersprüchen strotzte, die sich monarchisch nannte, obgleich sie auf dem republikanischen Gedanken der Volkssouveränität ruhte. Man wähnte die Charte zu vertheidigen und bestritt der Krone ein Recht, das ihr die Charte unzweifelhaft gewährte; man sprach von der Unverantwortlichkeit des Monarchen, von der Regierung seiner allein verantwortlichen Räthe und behielt dem Volke doch die Befugniß vor, den König zu entthronen falls er dem Willen der Kammern sich nicht beugte.

Dieser Doctrin der rechtmäßigen Revolution trat aber, ebenso leichtfertig und ebenso dünkelhaft, die Doctrin der rechtmäßigen Staatsstreiche gegenüber. Auch König Karl steifte sich auf sein natürliches Recht: er wolle, so vermaß er sich, lieber Holz schlagen als seine Krone eben so tief wie die englische erniedrigen lassen. Für den ärgsten Fall hielt sein Polignac eine Rechtslehre bereit, die ersichtlich der jakobitischen Königskunst des Hauses Stuart nachgebildet war: da die Charte ein freies Geschenk der königlichen Gnade sei, so dürfe der Monarch jederzeit seine ursprüngliche Vollgewalt wieder an sich nehmen und einzelne Sätze der Verfassung beseitigen, um nachher wieder in den Weg des Gesetzes einzulenken; die Charte bestimmte ja selbst im Art. 14, daß der König die zur Sicherheit des Staates erforderlichen Verordnungen erlassen solle; und schon einmal, im Jahre 1816, war das Wahlgesetz, zur Befriedigung des Landes, durch eine königliche Ordonnanz einseitig abgeändert worden. Sicher

wie ein Nachtwandler schritt Polignac seines Weges. Bernstorff und selbst Metternich bezweifelten längst, ob er die Ueberlegenheit des Charakters und des Talentes besitze, um den ungleichen Kampf zu bestehen; er aber meinte wirklich, nur eine Hand voll Schreier gegen sich zu haben und betheuerte den fremden Gesandten: einer Mehrheit in der Kammer bedarf ich nicht, der Wille des Königs vermag in Frankreich Alles.*) So stand Princip gegen Princip. Der versöhnliche Sinn, der die schwerfälligen constitutionellen Formen allein zu beleben vermag, fehlte hüben wie drüben; beide Theile verfuhren nach französischem Herkommen ohne Offenheit und verbargen ihre letzten Absichten.

Monatelang konnten die Minister unter Polignac's unfähiger Leitung zu keinem Entschlusse gelangen, sie besorgten gemächlich ihre Verwaltungsgeschäfte und wagten schlechterdings keinen tadelnswerthen Schritt. Trotzdem verschworen sich die Blätter der Opposition, diesem Cabinet das Regieren unmöglich zu machen, und schwelgten in wüthenden Beschimpfungen, die von der amtlichen Zeitung ebenso heftig erwidert wurden. Der Streit ward täglich giftiger, eben weil die Regierung noch nichts verschuldet hatte. Bereits spürte man überall den Einfluß der Gesellschaft Aide-toi, die aus Republikanern und Doctrinären gemischt, seit drei Jahren schon den Sturz der Bourbonen vorbereitete. In den Provinzen bildeten sich Vereine, um zur Steuerverweigerung aufzufordern für den möglichen Fall, daß der König die Charte verletzen sollte. Seit Neujahr 1830 gab dann Thiers mit einigen anderen jungen Talenten die Zeitung Le National heraus und entfaltete hier ungescheut das Banner der Tricolore. Eine Zeit lang hoffte Fürst Polignac, durch Erfolge der auswärtigen Politik die Aufmerksamkeit von den inneren Händeln abzulenken. Kaum ins Amt eingetreten legte er dem Könige einen großen Entwurf für die Neugestaltung Europas vor: darnach sollte die Türkei getheilt, der König der Niederlande in Konstantinopel, der König von Sachsen in Aachen untergebracht, Preußen durch Sachsen und Holland vergrößert werden, Frankreich endlich ohne Schwertstreich in den Besitz von Belgien gelangen. Aber der Friede von Adrianopel zerstörte die phantastischen Pläne noch bevor sie den großen Mächten mitgetheilt waren. Nachher erhob sich ein Streit mit dem Dey von Algier; ein freundliches Geschick beschied den Bourbonen, noch wenige Tage vor ihrem Sturze durch einen kühnen und geschickten Angriff dem neuen Frankreich seine wichtigste Kolonie zu erobern. Doch selbst dieser schöne Erfolg brachte die Nation nicht ab von dem einen Gedanken, der sich ihres Geistes bemächtigt hatte.

Als der König am 2. März die Tagung der Kammern eröffnete, erklärte er in der Thronrede feierlich: er werde die geheiligten Rechte seiner

*) Bernstorff an Maltzahn, 1. Februar 1830. Berichte von Maltzahn, 26. Januar 1830, von Werther 12. August 1829 ff.

Krone ungeschmälert seinen Nachfolgern vermachen und strafbare Umtriebe zu unterdrücken wissen. Er sagte nichts was ihm nicht zustand, jedoch den erregten Hörern klangen seine Worte wie eine Drohung. Die Kammer antwortete durch eine unehrerbietige Adresse; sie beschwerte sich über das Mißtrauen der Monarchen und stellte den Grundsatz auf: die fortwährende Uebereinstimmung der Ansichten der Regierung mit den Wünschen des Volks ist die unerläßliche Bedingung des regelmäßigen Ganges der öffentlichen Angelegenheiten. Derselbe Royer-Collard, der vormals das parlamentarische Regierungssystem als den Tod der Monarchie bezeichnet hatte, verlas jetzt vor König Karl die Adresse, welche dies System für allein zulässig erklärte. Sofort befahl der König die Vertagung der Kammern. Welch ein wüster, unaufrichtiger, gegenstandsloser Zank brodelte wieder einmal aus dem Hexenkessel der keltischen Leidenschaften empor! Die Kammer verlangte von der Krone die Entlassung eines Cabinets, das noch nichts gethan, und der König trieb die Volksvertreter auseinander bevor sie noch irgend einen Vorschlag der Regierung verworfen hatten! Eben in diesen Tagen banger Spannung schritt Victor Hugo's Hernani zum ersten male über die Bretter, die formlose Ausgeburt einer überhitzten Phantasie; der jubelnde Beifall der Zuschauer bekundete, daß die Nation ihrer classischen Ideale müde und auch eine literarische Revolution im Anzug war. Im Mai erfolgte die Auflösung der Kammer. Aus einem heftigen Wahlkampfe ging die bisherige Mehrheit, erheblich verstärkt, als Siegerin hervor, was außer dem Könige und seinen Vertrauten Jedermann vorausgesehen hatte. Der Minister aber ließ sich nicht beirren, fester denn je war er von seinem Rechte überzeugt. Er sagte: der König würde wie sein Bruder das Schaffot besteigen, wenn er uns entließe! — und betrieb nun erst ernstlich den Plan eines Staatsstreichs.*)

Von den fremden Gesandten hielt nur noch der Nuntius Lambruschini bei dem Freunde aus. Selbst Graf Apponyi, der bisher der apostolischen Partei sehr nahe gestanden, zog sich als die Entscheidung nahte behutsam zurück, wie vorher schon Lord Stewart; Werther dagegen und Pozzo di Borgo hatten sich von vornherein zu diesem Cabinet kein Herz fassen wollen. Die großen Mächte verdammten alle die Haltung der Kammern, aber alle warnten auch vor der vermessenen Thorheit eines Verfassungsbruchs.**) Es war vergeblich. Am 25. Juli unterzeichnete der König die verhängnißvollen Ordonnanzen, die auf Grund des vieldeutigen Art. 14 der Charte das Wahlgesetz abänderten, die Preßfreiheit suspendirten, die neugewählte Kammer auflösten. Die Krone setzte sich selber ins Unrecht, gab ihren Feinden den erwünschten Vorwand als unschuldige Vertheidiger der Verfassung aufzutreten. Am übernächsten Tage brach der Aufruhr

*) Werther's Bericht, 27. Juni 1830.

**) Bernstorff an Werther 14. Mai, Werther's Berichte 22. Mai, 10. Juni 1830.

in der Hauptstadt los. Während die Besitzenden, nach der unverbrüchlichen Gewohnheit der Pariser Bourgeoisie, sich in ihren Häusern versteckten, eilten die napoleonischen Veteranen und die republikanische Jugend aus den Schulen, den Fabriken, den Werkstätten — allesammt geschworene Feinde der Dynastie — freudig auf die Barrikaden. Dies alte Kampfmittel aus den Straßenschlachten der Hugenotten und der Fronde war vor drei Jahren wieder in Gebrauch gelangt und wurde wie alle die anderen Wunder neufranzösischer Freiheit von den Nachbarvölkern gelehrig aufgenommen, so daß in den nächsten zwei Jahrzehnten fast jede Hauptstadt des Festlandes sich einmal mindestens den Genuß eines Barrikadenkampfes vergönnte.

Am ersten Tage des Aufstandes erklang noch der Ruf: es lebe die Charte; am zweiten hieß es schon: nieder mit den Bourbonen, es lebe die Freiheit, die Republik — oder auch Napoleon II.; dreifarbige Fahnen wehten überall, und zugleich begann der dem französischen Gemüthe so wohlthuende Kampf gegen Stein und Erz, die königlichen Lilien wurden wo sie sich nur zeigten herausgehauen, abgerissen, besudelt, verbrannt. Nach drei Tagen gaben die schlecht geführten und nicht ganz zuverlässigen Truppen das Spiel verloren. Ein maßloses Selbstgefühl schwellte den Siegern die Herzen. Wie überschwänglich war, alle diese Jahre hindurch, die Heldenthat der Bastillestürmer gepriesen worden, die feige Niedermetzelung einer Handvoll Invaliden durch eine Pöbelmasse. Diesmal hatte das Pariser Volk wirklich einen schweren Kampf siegreich durchgefochten, mit Muth und Ausdauer, und nicht ohne ritterliche Hochherzigkeit; denn die Ausbrüche grausamer Wuth, an denen sich besonders die Verwilderung der Gassenjugend offenbarte, blieben doch vereinzelt. Nun war dies Frankreich wieder das gelobte Land der Freiheit, berechtigt, durch die Propaganda seiner Revolution die dankbaren Völker zu beherrschen und zu beglücken. Irgend einen bestimmten Plan für die Zukunft hegten die Sieger der Julischlacht freilich eben so wenig wie der greise Lafayette, der zum Befehlshaber der wiederhergestellten Nationalgarde erhoben, sich wieder selbstgefällig auf den Wellen der Volksgunst wiegte und wieder lediglich die hohlen Kraftworte seiner alten Menschenrechte zu wiederholen wußte. Nur der Haß gegen die Bourbonen, nur eine unklare revolutionäre Leidenschaft hatte diese jungen Radicalen auf die Barrikaden geführt.

Sofort nach der Entscheidung traten aber die Führer der parlamentarischen Opposition aus ihren Schlupfwinkeln hervor; die aufgelöste Kammer versammelte sich eigenmächtig, um den Straßenkämpfern die Frucht ihres Sieges zu entwinden. Der König verweilte unterdessen auf den Schlössern in der Umgegend der Hauptstadt; völlig entmuthigt nahm er nunmehr (30. Juli) die Ordonnanzen zurück und versuchte ein gemäßigtes Cabinet zu bilden. Wenn unter den monarchischen Parteien noch einige Treue und Entschlossenheit lebte, so konnte nach diesem Eingeständniß des

begangenen Unrechts die legitime und constitutionelle Ordnung auf lange hinaus gesichert werden. Aber Treue fand sich nirgends, klarer Entschluß nur bei den Männern, welche die Revolution von 1688 zu wiederholen gedachten. Das vergossene Blut schrie um Sühne, der wilden Rachgier schien die Regierung dieses Königs fortan unmöglich. Da wagten Thiers, Mignet und ihre Freunde zuerst, in Flugblättern die Krone für den Herzog Ludwig Philipp von Orleans zu verlangen. Hinter ihnen stand ein Unheil verkündender Name, der alte, von den Bourbonen undankbar zurückgesetzte Talleyrand; mit seiner untrüglichen Spürkraft ahnte er schon den Umschlag des Wetters und stand unbedenklich bereit, seine Segel wieder von günstigem Fahrwinde schwellen zu lassen.

Herzog Ludwig Philipp hatte sich so lange die Wage noch schwankte im Parke von Neuilly verborgen gehalten und nur durch seine Schwester Madame Adelaide, den einzigen Mann der Familie Orleans, mit den Sendboten seiner Anhänger unterhandeln lassen. Schwankend zwischen Angst und Begehrlichkeit ließ er sich endlich bereden in die Stadt zu kommen. Dort übernahm er das Reichsverweseramt, das ihm die Kammern antrugen und erschien mit der dreifarbigen Fahne in der Hand auf der alten Heimstätte der Pariser Aufstände, auf dem Altane des Rathhauses, wo er den General Lafayette vor allem Volk umarmte. Nachher gab der Held zweier Welten dem neuen Gewalthaber seinen Segen mit dem großen Worte: nunmehr ist der Thron von republikanischen Einrichtungen umgeben. Dem Könige gingen nun endlich die Augen auf; er ernannte den Herzog von Orleans auch seinerseits zum Generalstatthalter des Königreichs. Schon Tags darauf, am 2. August, verzichtete er für sich und den Dauphin auf die Krone; zugleich befahl er dem Generalstatthalter, die Thronbesteigung seines Enkels Heinrich V. zu verkündigen und die erforderlichen Anordnungen für die Zeit der Minderjährigkeit des jungen Königs zu treffen. Ludwig Philipp aber unterschlug diesen Befehl; er theilte der Kammer nur die Abdankung des Königs und des Dauphins mit. Von Heinrich V. sagte er kein Wort; die harmlosen Leute sollten glauben, daß die Bourbonen ihr Thronrecht aufgegeben hätten.

So erschlich er sich die Krone durch schlechte Künste und verrieth seine Vettern, minder ruchlos vielleicht aber ganz ebenso unritterlich wie einst sein Vater den sechzehnten Ludwig verrathen hatte. Furcht und Ehrgeiz, die beiden beherrschenden Kräfte seines Charakters, wirkten diesmal zusammen; denn übernahm er nach seiner Fürstenpflicht die Statthalterschaft für den jungen König Heinrich V., so konnte der Haß, der auf dem Namen der Bourbonen lastete, leicht auch ihn selber und das Haus Orleans vernichten.

Mit reißender Schnelligkeit eilte nun das Ränkespiel dem Schlusse zu; schon am 7. August wurde das Bürgerkönigthum Ludwig Philipp's förmlich eingesetzt. Währenddem führte der entthronte König selber den

Leichenzug der alten Monarchie feierlich zum Lande hinaus; langsam, in kurzen Tagereisen zog er, umgeben von dem königlichen Hause und einer Schaar getreuer Truppen, nach Cherbourg, um dann in England eine Zuflucht zu suchen. Unbekümmert um ihre Eide traten Heer und Beamtenthum sofort in das Lager der Sieger über. Nur in der Vendee flammte die alte legitimistische Kampflust noch einmal auf. Die anderen Provinzen fügten sich ohne Widerstand; sie waren längst an die Dictatur der Hauptstadt gewöhnt, und sie fühlten, daß die Revolution in Wahrheit lediglich die Spitze des Staates umgestaltet hatte. Sein Wesen, das napoleonische Präfectursystem blieb unverändert; nur die Kurbel der ungeheuren Verwaltungsmaschine wurde jetzt von anderen Händen bewegt: von den Händen der wohlhabenden Mittelklasse, die ihr Uebergewicht in der Kammer gewandt ausbeutete um eine bürgerliche Klassenherrschaft zu begründen, wie sie so unbeschränkt noch in keinem Großstaate der Geschichte bestanden hatte. Die goldenen Tage der Bourgeoisie brachen an. Die Demokratisirung der Gesellschaft brachte den Franzosen nicht, wie ihre Doctrinäre so oft geweissagt, die Herrschaft des Talents, sondern die Herrschaft des Geldbeutels. Die Charte wurde sofort zum Vortheil der neuen herrschenden Klasse umgestaltet, obgleich die Liberalen doch behaupteten für die Aufrechterhaltung der Charte gefochten zu haben. Mit der legitimen Krone fiel auch die adliche Pairskammer hinweg; jedes politische Recht ward an einen hohen Census geknüpft und damit jeder Unzufriedene gezwungen seinen Widerspruch zuletzt gegen das Eigenthum selber zu richten. Dank dem Wahlgesetze, Dank der Dreistigkeit amtlicher Wahlbestechung und Wahlbeherrschung gelangten fortan fast nur noch die Mitglieder der herrschenden Klasse in die Kammer; das parlamentarische Leben verflachte sich, die Beredsamkeit ward matter; der Parteikampf verlor Sinn und Inhalt, er bewegte sich nur noch um die Frage, welchen der ehrgeizigen Fractionsführer die Ministersessel zufallen sollten. Ebenso hart und hochmüthig wie einst der alte Ritteradel schaute dies pays légal des neuen Geldadels auf die breiten Massen des Volks hernieder und schmähte sie als die gefährlichen Klassen.

Der vierte Stand aber hatte schon einmal, in den Tagen des Convents, Frankreich beherrscht und jetzt wieder durch seinen Barrikadenkampf das alte Königthum gestürzt; er hegte ein frühreifes Selbstgefühl und unauslöschlichen Groll gegen die escamoteurs de juillet, gegen die Reichen, die ihm das Heft aus der Hand gewunden hatten. Bedrückt und verwahrlost konnte er nichts hoffen von einer Klassenherrschaft, die das Elend der kleinen Leute nicht einmal bemerken wollte, und erwartete sein Heil von den hochtönenden Verheißungen der neuen socialistischen und communistischen Lehren. Blutige Arbeiteraufstände in Paris und Lyon bekundeten bald, welche Fülle des Jammers und des Hasses in diesen Niederungen der Gesellschaft angesammelt lag.

Die Regierung der Bourgeoisie war wie jede Geldherrschaft friedfertig, und sie entstammte doch einer Revolution, deren treibende Kraft in dem streitbaren Radicalismus lag. Erst unter diesem friedlichen Bürgerkönigthum hat der kriegerische Uebermuth der Franzosen seine höchste Ausbildung und auch, nach einem glücklichen Lustspiel Scribe's, den neuen Namen des Chauvinismus empfangen. Alle Völker der Welt brachten dem Heldenvolke der großen Woche wetteifernd ihre Huldigungen dar; so einstimmig war selbst der Bastillesturm nie gepriesen worden. Wie hätten diese Weihrauchswolken den Franzosen nicht das Hirn bethören sollen? Die große Mehrheit der Nation glaubte im Ernst, daß ihr als dem auserwählten Volke nicht blos das Recht des Aufstands, sondern auch das Recht des Krieges ohne jede Beschränkung zustehe; denn rings an ihren Grenzen wohnten Sklaven, die von ihr die Befreiung erhofften; Frankreichs Eroberungszüge galten immer nur dem Siege der Idee, sie ließen, wie der Nil den befruchtenden Schlamm, überall den Segen der Gesittung und der Freiheit zurück; der junge Stamm des revolutionären Königshauses mußte mit Blut gedüngt werden damit er festwurzele, und jedes Volk sollte es als eine Wohlthat dankbar hinnehmen, wenn die Franzosen ihm sein Herzblut für einen so erhabenen Zweck abzapften. So klang es tausendstimmig durch die Presse, in ehrlicher Begeisterung.

Das neue künstliche Königthum aber, das alle diese gefährlichen Leidenschaften und socialen Gegensätze bändigen sollte, war von Haus aus mit dem Fluche der Halbheit, der Unwahrheit geschlagen. Der Bürgerkönig verdankte seinen Thron weder dem historischen Rechte, noch wie Napoleon der gewaltigen demokratischen Macht der allgemeinen Volksabstimmung, sondern dem Beschlusse einer Kammer von zweifelhafter Gesetzlichkeit. Als rechtmäßiger Statthalter König Heinrich's V. konnte Ludwig Philipp gegen die fremden Mächte eine stolze, Frankreichs würdige Sprache führen; als König mußte er den Makel des Kronenraubes beständig entschuldigen und verstecken, ohne doch den revolutionären Ursprung seiner Gewalt geradeswegs zu verleugnen. Er nannte sich nicht Philipp VII., denn er war nicht ein rechtmäßiger Nachfolger König Philipp's VI.; aber auch nicht Philipp I., denn er wollte nicht schlechthin als Usurpator erscheinen; also Ludwig Philipp, und nicht König von Frankreich, sondern König der Franzosen. Dieser Titel wurde von der gesammten liberalen Welt als ein absonderliches Kennzeichen constitutioneller Glückseligkeit bewundert, obwohl sich auch Friedrich der Große auf seinen Münzen stets Borussorum rex genannt hatte; selbst den Ausdruck „Unterthan“, der doch genau das Nämliche bedeutete wie der allein erlaubte Name des Staatsbürgers, wollte der revolutionäre Hochmuth nicht mehr hören.

Die Orleans mußten sich den Schein der Legitimität zu wahren suchen; ihre Hofblätter versicherten nicht ohne Grund, Ludwig Philipp habe den Thron bestiegen weil er ein Bourbone sei. Aber ebenso hart-

näckig betheuerten die Radicalen, die Vertreter des souveränen Volks hätten den König frei gewählt obgleich er ein Bourbone sei; und in der That hatte er die Volkssouveränität anerkannt und feierlich ausgesprochen, daß er einen Vertrag, un pacte d'alliance mit der Nation geschlossen habe. Die neugestaltete Verfassung redete nach altem Brauche noch von der Erblichkeit der Krone; doch nachdem von den vier letzten Monarchen Frankreichs nur einer friedlich auf seinem Throne gestorben war, hatte diese Vorschrift blos noch den Werth einer Redensart, und zum Ueberfluß wurde die Charte ausdrücklich „dem Muthe und der Vaterlandsliebe der Nationalgarde und aller französischen Bürger anvertraut" — das will sagen: dieser König war verantwortlich und konnte von Rechtswegen entthront werden falls das souveräne Volk die Charte für verletzt hielt. Er besaß die höchste Gewalt nur auf Wohlverhalten, trotz des monarchischen Prunkes der ihn umgab; darum nannte Odilon Barrot den Bürgerkönig die beste der Republiken.

In so schiefer Stellung konnte selbst ein Fürst von schlichtem Gradsinn und reinem Namen dem Rufe der Zweizüngigkeit kaum entgehen; wie viel weniger dieser vielgewandte Orleans, an dessen Hause noch der schlimme Leumund des nichtswürdigen Regenten und des Bürgers Philipp Egalité haftete. Ludwig Philipp war in den Grundsätzen der wissensstolzen Aufklärung erzogen und hatte nachher als General der Republik an der Schlacht von Jemappes theilgenommen. Als er dann auswanderte, da fügte es sein gutes Glück, daß er trotz wiederholter Bemühungen doch keinen Einlaß in die Heere der Verbündeten erhielt; so konnte er sich mit einigem Scheine späterhin rühmen niemals im Lager der Feinde Frankreichs gefochten zu haben. In den Jahren der Verbannung sammelte er auf weiten Wanderfahrten eine mannichfaltige Welt- und Menschenkenntniß, aber er entwuchs auch gänzlich den Ueberlieferungen des königlichen Hauses. Der Stolz des französischen Prinzen blieb ihm ebenso fremd wie das dynastische Pflichtgefühl; die Macht der Geschichte, das tausendjährige Recht der Capetinger erweckte in dieser trockenen Seele gar keine Ehrfurcht. Sobald die Stunde der Rückkehr schlug, war er als sorgsamer Hausvater zunächst darauf bedacht, das ungeheuere Hausvermögen der Orleans, das gutentheils aus den Miethen der Spielhöllen im Palais Royal entstanden war, zurückzugewinnen und seiner Familie auf alle Fälle ein ruhiges Hauswesen zu sichern. Darum wendete er sich im Jahre 1821 insgeheim an Eugen Beauharnais und ließ ihm einen gegenseitigen Vertrag vorschlagen, kraft dessen Jeder von Beiden, falls ihn bei einer neuen Revolution das Glück begünstigte, dem Anderen ungestörten Aufenthalt in Frankreich versprechen sollte; der Napoleonide zeigte sich jedoch ritterlicher als der Bourbone, er lehnte ab, weil er gegebenen Falls nur die Herrschaft Napoleon's II. ausrufen, also keine bindende Zusage geben könne.*)

*) An diesen Vorfall, dessen auch Du Casse (Mémoires du prince Eugène, X, 285)

Da der Herzog mit seiner ganzen Weltanschauung dem neuen Frankreich angehörte, so täuschte er sich nicht über die gefährdete Lage der alten Dynastie, und schon nach den hundert Tagen erwog man in diplomatischen Kreisen die Möglichkeit seiner Thronbesteigung. Die jüngere Linie des königlichen Hauses bildete wieder den Mittelpunkt der Opposition, wie es im Geschlechte der Capetinger seit Jahrhunderten üblich war; liberale Börsenmänner, Abgeordnete, Schriftsteller verkehrten im Palais Royal, und P. L. Courier feierte den Herzog als den einzigen nationalen und liberalen Prinzen von Geblüt. In weitere Kreise drang sein Ruhm erst, als er seine Söhne gut bürgerlich in einem Pariser Lyceum unterrichten ließ. So lange es Monarchien gab war die Welt bisher der Meinung gewesen, daß Fürsten einer anderen Erziehung bedürfen als Unterthanen, weil sie im Leben Anderes leisten sollen. Der Gleichheitseifer des liberalen Bürgerthums setzte sich indeß über die Lehren der Erfahrung leichtfüßig hinweg und pries den volksfreundlichen Sinn des Herzogs, obgleich seine Prinzen den besten Segen der öffentlichen Erziehung, den vollkommen freien Wetteifer der jugendlichen Köpfe und Fäuste, selbstverständlich niemals kennen lernten und an Hochmuth ihren Standesgenossen nichts nachgaben. Als Ludwig Philipp zagend die Krone an sich nahm, da bedrückte ihn die frevelhafte Rechtsverletzung nur wenig; dem aufgeklärten, durchaus ungläubigen Sohne Philipp Egalité's fiel es nicht allzu schwer, „die Linie der königlichen Vorurtheile zu durchbrechen", wie sein getreuer Thiers sagte. Um so ernstlicher beunruhigte ihn die Sorge um die Zukunft seiner Familie. Sein Eigenthum mußte, nach dem alten, stets unverbrüchlich eingehaltenen Hausgesetze der Capetinger, im Augenblicke der Thronbesteigung von Rechtswegen an die Krone fallen. Der Bürgerkönig aber bekundete sogleich den kaufmännischen Charakter seines Regiments, indem er diesen stolzen königlichen Rechtssatz mit der Gewandtheit eines Börsenspielers umging: unmittelbar bevor er die Königswürde annahm, trat er sein Vermögen seinen Kindern ab und behielt sich nur die Nutznießung vor, die er denn auch mit Hilfe der befreundeten Bankfirmen sehr wirksam handhabte. Gleichwohl empfand er täglich den Fluch der Usurpation; ich sage Ihnen, wiederholte er beständig, meine Kinder werden kein Brot zum Essen haben.

Um sich zu halten durfte er anfangs persönliche Demüthigungen und demagogische Schliche nicht verschmähen. Er verstand sich dazu, die Lilien selbst aus seinem Familienwappen zu entfernen, er ließ den Wortschwall seiner süßen Reden unaufhaltsam spielen und verbeugte sich auf den Paraden verbindlich vor dem souveränen Volke. Bei zweifelhaftem Wetter

gedenkt, erinnerte Hortensia Bonaparte die Höfe, als Ludwig Philipp den Nachkommen Eugen's den belgischen Thron streitig machte (Schreiben Hortensia's an die Herzogin Auguste v. Leuchtenberg, Rom 27. Jan. 1831, den Cabinetten von Wien und Berlin mitgetheilt Febr. 1831).

ging er zu Fuß durch die Straßen, in sauberer Bürgerkleidung, den Cylinder über dem feisten birnenförmigen Bankiersgesichte und der wohlgebürsteten Lockenperrücke, und spannte, wenn der Regen eintrat, höflich seinen Schirm auf um einen überraschten Bourgeois am Arme nach Hause zu geleiten. Nachher, da er sich auf dem Throne sicherer fühlte, mußte er die ehrgeizigen Parteiführer der Kammer gegen einander ausspielen, damit unter dem Scheine der Parlamentsherrschaft sein persönliches Regiment gewahrt blieb. Er bemühte sich eifrig, seinem Hause die Gleichberechtigung mit den legitimen Höfen zu verschaffen, und zügelte den kriegerischen Uebermuth der Nation weil jeder Krieg die Revolution von Neuem zu entfesseln drohte; doch zugleich benutzte er die Gefahr der Revolution als ein Schreckmittel um auf die großen Mächte zu drücken und allerhand kleine anmaßliche Ansprüche Frankreichs durchzusetzen. So hielt er sich lange obenauf, seiner Mäßigung verdankten die Franzosen viele Jahre blühenden Wohlstandes; aber seine Regierung blieb immer nur ein unfruchtbarer Kampf ums Dasein, sie brachte dem Lande niemals einen neuen politischen Gedanken, sie bereitete durch die sündliche Vernachlässigung der arbeitenden Massen die schweren socialen Kämpfe der Zukunft vor.

An dieser Revolution war nichts zu bewundern außer dem persönlichen Muthe der Barrikadenkämpfer. Mindestens ebenso schwer wie die Vermessenheit König Karl's wog die Schuld der liberalen Parteien. Sie hatten das gemäßigte Ministerium Martignac gestürzt und durch eine gehässige Opposition den König in eine solche Lage gebracht, daß er nur noch wählen konnte zwischen dem Staatsstreiche und der förmlichen Anerkennung der Parlamentsherrschaft. Als dann der Verfassungsbruch durch die Abdankung des Königs gesühnt war, da wagten sie nicht einmal den Versuch das Thronrecht der Dynastie zu retten. Die Briten beriefen sich, als sie die Stuarts vertrieben, auf den unanfechtbaren Rechtssatz, daß ein Papist nicht König von England, nicht Oberhaupt der anglikanischen Staatskirche sein durfte. Gegen die Regierung Heinrich's V. sprach schlechterdings kein Rechtsgrund, sondern nur der blinde Haß der Nation und die modische leichtfertige Doctrin, welche Mignet zusammenfaßte in dem Satze: nach einer Revolution muß auch der Thron ebenso neu werden wie alle übrigen Institutionen. Also ward das letzte schwache Band, das noch das neue mit dem alten Frankreich verkettete, unbedachtsam zerrissen. Die Juli-Revolution schloß nicht das Zeitalter der Revolutionen, wie ihre Urheber frohlockten, sie eröffnete vielmehr die Bahn für eine unabsehbare Reihe neuer bürgerlicher Kämpfe; darum war sie, menschlich in Vielem entschuldbar, durch ihre politische Wirkung die verderblichste der französischen Revolutionen unseres Jahrhunderts. Doch wie hätten die Zeitgenossen alle diese Folgen ahnen können? Am richtigsten urtheilten vielleicht die preußischen Generale und eine kleine Anzahl von besonnenen Conservativen in Deutschland. Die Liberalen aller Länder hielten sich

an den Augenschein, sie sahen in dem Pariser Straßenkampfe nur die hochherzige, berechtigte Nothwehr gegen den Verfassungsbruch, und da der Name: Verfassung zur Zeit überall einen unwiderstehlichen Zauber auf die Gemüther ausübte, das historische Recht der Dynastien aber von der herrschenden Doctrin sehr geringschätzig behandelt wurde, so bemerkte man die schwere Rechtsverletzung kaum und freute sich unbefangen des Heldenthums der großen Woche. Durch die Herrschaft der französischen Bourgeoisie erhielt der Kampf, welchen in vielen Nachbarlanden die Mittelklassen schon längst gegen die Ueberreste der feudalen Gesellschaftsordnung führten, eine mächtige Unterstützung; und so geschah es, daß eine Bewegung, die in Frankreich selbst fast nur Unheil zeitigte, mittelbar in anderen Ländern, und nicht zuletzt in Deutschland, einen nothwendigen, heilsamen Umschwung des politischen Lebens förderte. —

Einen überraschend starken Widerhall fanden die Pariser Ereignisse in dem Lande, das vordem der ersten französischen Revolution am zähesten widerstanden hatte. Seit Canning sich von dem Bunde der Ostmächte losgesagt, war auch Englands parlamentarisches Leben wieder in frischeren Zug gekommen: durch Huskisson wurden die harten Zollgesetze etwas gemildert, Canning selbst näherte sich kurz vor seinem Tode der erstarkenden Partei der Whigs. Die öffentliche Meinung wendete sich wieder jenen Reformplänen zu, welche einst Pitt in seinen hoffnungsvollen ersten Jahren entworfen, aber dann in der Bedrängniß der Kriegszeiten vertagt hatte. Während der langen Jahre, da die Staaten des Festlands durch den aufgeklärten Absolutismus oder durch die Revolution neu gestaltet wurden, hatte England seine beste Kraft verbraucht für die Begründung seines Kolonialreichs und seine innere Gesetzgebung fast ganz ins Stocken gerathen lassen. Jetzt erkannte die Nation endlich, wie viel versäumt war, und so übermächtig drängte sich das Bedürfniß der Neuerung auf, daß mehrere der kühnsten Reformen der nächsten Jahrzehnte durch streng conservative Staatsmänner vollzogen wurden. So gleich die erste, die Emancipation der Katholiken, das Werk Wellington's und Peel's (1829). Selbst diese Torys fühlten, daß bei längerem Zaudern der Bürgerkrieg, vielleicht der Abfall des schändlich mißhandelten Irlands drohte, daß der uralte, soeben durch O'Connell's flammende Reden wieder mächtig angefachte Haß der katholischen Kelten durch eine That der Gerechtigkeit beschwichtigt werden mußte.

Die maßvolle Reform holte nur nach was Deutschland schon längst, die übrigen Staaten des Festlands seit den napoleonischen Tagen erreicht hatten. Die Herrschaft der Aristokratie war aber mit den Vorrechten der Staatskirche fest verflochten. Wie im zwölften Jahrhundert der Streit mit der römischen Kirche die Vollgewalt der Normannenkönige zuerst geschwächt und der reichsständischen Bewegung des folgenden Jahrhunderts die Bahn gebrochen hatte, so erschütterte jetzt der erste Stoß

gegen die anglikanische Kirche zugleich die Machtstellung des parlamentarischen Adels und öffnete die Bresche für den Einzug eines demokratischen Zeitalters. Laut und lauter erklang sofort der Ruf nach Reform des Parlaments. Noch einmal, aber in völlig veränderter Gestalt zeigte sich der für Englands Geschichte so folgenreiche landschaftliche Gegensatz des Südostens und des Nordwestens. Wie oft hatten in früheren Jahrhunderten die Mächte der Bewegung in den Ebenen des Südostens ihr Lager aufgeschlagen; seitdem war das Bergland des Nordwestens längst aus seiner Abgeschiedenheit herausgetreten, hier lagen die Bergwerke und die Fabrikstädte des neuen Englands, hier begannen sich die alten socialen Machtverhältnisse gänzlich zu verschieben, da das Landvolk unaufhaltsam in die Städte strömte, und gebieterisch forderten die mächtig aufblühenden großen Gewerbsplätze ihren Antheil am Parlamente, während die verfaulten Wahlflecken des Südostens mehr und mehr verödeten. Als im Sommer 1830 die Neuwahlen begannen, hatte soeben Wilhelm IV. den Thron bestiegen, der Matrosenkönig, wie das Volk ihn nannte, ein wohlwollender, derb gemüthlicher Herr, beschränkten Geistes, aber ehrlich und der Zeit nicht so ganz entfremdet wie vordem sein Bruder Georg IV.

Mitten hinein in die Stürme des Wahlkampfs fielen nun zündend die Nachrichten aus Paris. Der alte Nationalhaß war mit einem male verschwunden, Zeitungen und Volksredner wetteiferten im Lobe der großen Nation, mancher Heißsporn schwenkte seinen Hut mit den drei Farben, in Schaaren eilten die Besitzenden nach Paris, um sich dort mit den Nationalgardisten zu verbrüdern und den wahrheitsgetreuen Berichten dieser Bürgerhelden über die Wunder der großen Woche andächtig zu lauschen. Die weltbürgerlichen Lehren des festländischen Radicalismus, die zur Zeit der ersten Revolution nur in den vereinzelten demokratischen Clubs der Hauptstadt Anklang gefunden hatten, drangen nun zuerst bis in die Massen des Volks; in den Arbeiterversammlungen ward der Bruderbund der befreiten Völker besungen: „Seht, frei ist Frankreich schon! Italiens Helden droh'n. Deutschland wird mit uns gehn, Polen soll auferstehn!" Radicale und Liberale fanden sich zusammen im Kampfe gegen die Aristokratie. Während Cobbet durch die fanatischen Aufsätze seines „Registers" die Massen aufwiegelte und selbst in den Vereinen wohlhabender Londoner schon radicale Wünsche, sogar die Forderung des Zwangsmandats für die Abgeordneten, laut wurden, vertraten Brougham und Jeffrey in der whiggistischen Edinburgh Review behutsamer die Ansprüche der erstarkten Mittelklassen.

Unterdessen erfanden die gelehrten Radicalen der Westminster Review die wissenschaftlichen Formeln für die Weltanschauung des herannahenden demokratischen Zeitalters. Es waren die Schüler Jeremias Bentham's, der jetzt noch am späten Abend eines arbeitsreichen Lebens seine Saaten aufgehen sah. Der alte Einsiedler stand noch immer fest auf dem Boden

jener alten englischen Aufklärungsphilosophie, welche dann von den Franzosen weitergebildet, in den Menschenrechten des Jahres 89 ihre Vollendung gefunden hatte. Während die Radicalen des Festlandes selbstgefällig wähnten auf der freien Höhe der Zeit zu stehen, erklärte Bentham's begabtester Schüler, der frühreife, ehrlich begeisterte John Stuart Mill mit der ganzen Aufrichtigkeit altkluger Jugend: dies neunzehnte Jahrhundert sei im Grunde reaktionär; durch Herder und Goethe, durch die historischen Rechtslehren der Deutschen sei der freiheitsmörderische Wahn verbreitet worden, daß die Staatslehre nur relative Wahrheiten finden könne, daß die Verfassung abhänge von der natürlichen Ungleichheit der Menschen und dem gegebenen Machtverhältniß der socialen Kräfte. Darum zurück zu der alten Naturrechtslehre, deren letzte Folgerungen Niemand so unerschrocken ausgesprochen hat wie Bentham: der Staat besteht aus Einzelwesen, die ihrem Nutzen nachgehen; er hat keinen eigenen Zweck, sondern dient nur als Mittel um der größten Zahl von Menschen das größte Wohlsein zu verschaffen; wird er gänzlich demokratisirt, so muß schließlich die Macht der Arbeit, der Bildung, der freien Rede den künstlichen, nur durch äußere Umstände bedingten Unterschied zwischen den Personen, den Rassen, den Geschlechtern völlig vernichten. Solche Träume von der Allmacht einer demokratischen Gesetzgebung liefen freilich den politischen Ueberlieferungen der gesammten germanischen Welt schnurstracks zuwider; die materialistische Weltanschauung aber, die ihnen zu Grunde lag, war in England noch niemals wissenschaftlich überwunden worden, da diesem Volke der Baconianer der speculative Tiefsinn fehlte. Ganz unvermittelt stand hier noch neben dem strengen Kirchenglauben die Moral des platten Verstandes, der alle sittlichen Güter nach dem Maßstabe der Nützlichkeit abschätzte; und wie verlockend, wie großartig erschien die Aussicht auf den unendlichen Fortschritt des materiellen Wohlbefindens, auf das ewige improvement gerade jetzt, da wirklich eine neue Epoche der Volkswirthschaft begann. Eben in diesen Tagen wurde die erste größere Eisenbahn, zwischen Manchester und Liverpool, eröffnet, wobei einer der Bahnbrecher der neuen Zeit, Huskisson, seinen tragischen Tod fand. Die Leistungen der Dampfmaschinen übertrafen jede Erwartung, aber auch das Massenelend der Großindustrie bekundete sich schon in stürmischen Arbeitseinstellungen.

Das ganze Land gerieth in Bewegung, und aus dem Wahlkampfe ging die Opposition siegreich hervor. Schon im November trat Wellington, der diesmal dem Strome nicht folgen wollte, vom Ruder zurück, und noch ehe das Jahr zu Ende ging, bildete Lord Grey ein neues Cabinet aus Whigs und einigen Freunden Canning's. Nunmehr brachte der junge Lord John Russell seine Reformbill ein.

Aber noch ein volles Jahr hindurch tobte in der Presse und den Vereinen, auf Märkten und Straßen ein leidenschaftlicher Kampf, bis

endlich das Unterhaus, nochmals aufgelöst und neu gewählt, seine Zustimmung gab; den Widerstand der Lords brach der König selbst, indem er die Gegner persönlich auffordern ließ, der entscheidenden Sitzung fern zu bleiben, denn durch einen Pairschub fürchtete er das tief herabgewürdigte Ansehen des Oberhauses ganz zu zerstören. Also ward durch eine unwiderstehliche Volksbewegung die Neugestaltung des Unterhauses durchgesetzt (1832). Die Reformbill gewährte blos das Unerläßliche: sie verdoppelte die Zahl der Wähler, was nach den Unterlassungssünden so vieler Jahre nicht unbescheiden schien, sie beseitigte nur die gänzlich verrotteten Wahlflecken und gab den neuen Gewerbs- und Handelsplätzen eine den wirklichen Machtverhältnissen noch keineswegs entsprechende Vertretung.

Was Wunder, daß diese friedliche Neuerung gerade von den gemäßigten Liberalen des Festlandes als ein neuer Beweis englischer Erbweisheit gepriesen wurde; selbst Dahlmann sah in der Reform lediglich eine heilsame Reinigung der bestehenden Verfassungsorgane, da er mit seinem Montesquieu das Unterhaus für das demokratische Gegengewicht des Oberhauses hielt. Nur einzelne scharfblickende Conservative unterschätzten nicht die Bedeutung des großen Umschwungs. In einem geistvollen Aufsatze der Preußischen Staatszeitung sagte Hegel voraus, diese Reform werde die Macht der alten parlamentarischen Aristokratie in ihren Grundfesten erschüttern, und der Erfolg gab ihm Recht. Bisher wurde nur ein Viertel der Commoners frei gewählt, die andern verdankten ihre Sitze allesammt der Gunst der Grundherren und des Cabinets. Von nun an gaben in der Hälfte der Wahlbezirke die Mittelklassen den Ausschlag, und obwohl der Adel die gewohnten Künste der Wahlbeherrschung auch jetzt noch in zeitgemäßen Formen und mit großem Erfolge spielen ließ, so wurde doch das Haus der Gemeinen allmählich, was es unter den Welfen nie gewesen war, eine Volksvertretung. Unaufhaltsam aber sank die Macht des Oberhauses, denn die Lords hatten bisher einen großen Theil ihres Einflusses unmerklich, durch die Beherrschung der Volkswahlen und der Abstimmungen des Unterhauses ausgeübt. Den verrotteten Wahlflecken verdankte das alte Haus der Gemeinen den frischen Nachwuchs seiner jugendlichen Staatsmänner; fortan war der Eintritt erschwert; an der Seltenheit der Talente, an dem Sinken der Beredsamkeit ließ sich bald erkennen, daß die großen Tage des englischen Parlamentarismus zu Ende gingen.

Neben den altgeschichtlichen Namen der Whigs und Torys kamen bereits die unbestimmten festländischen Bezeichnungen: Liberale und Conservative in Gebrauch; denn die beiden alten erblichen Adelsparteien zersplitterten sich bald nach französischer Weise in sechs Fractionen, kleine Meinungs- und Interessengruppen, die nur mühsam unter einen Hut gebracht wurden. Der Führer dieses neuen Unterhauses gebot nicht mehr

wie einst die beiden Pitt mit dem Ansehen des Feldherrn über eine geschlossene Phalanx befreundeter und verschwägerter Standesgenossen; er mußte die neue Gentry der Kaufherren und Fabrikanten, der Bank- und Eisenbahndirektoren, die sich jetzt neben den alten Grundadel drängte, durch Schmeichelei gewinnen, jedem wirthschaftlichen, kirchlichen, örtlichen Anspruch eine Befriedigung, jedem Wunsche eine Erfüllung verheißen, er mußte bald sich leiten lassen, bald unter dem Scheine der Nachgiebigkeit selber leiten. Hatte das Unterhaus früherhin in seinem Standesstolze sich der Nation oft entfremdet, so war nunmehr jedem Einfall, jeder Laune der öffentlichen Meinung Thür und Thor geöffnet; die namenlosen freiwilligen Staatsmänner der Zeitungen, zumal der Times, erlangten eine ungeheure Macht, und nicht selten geschah es schon, daß die Commoners, eingeschüchtert durch den Lärm der Presse, für Maßregeln, die sie mißbilligten, stimmten. Die vordem so träge Gesetzgebung arbeitete schnell, oft leichtfertig. Rasch nach einander wurde die Civilliste der Krone von den Staatsausgaben abgesondert, das Handelsmonopol der ostindischen Compagnie aufgehoben, die Sklaverei in den Kolonien beseitigt, die neue Londoner Universität neben den beiden alten aristokratischen Hochschulen als Corporation anerkannt, die verfallene städtische Verwaltung durch eine liberale, aber gedankenlose Städteordnung umgestaltet. Und so stark war der demokratische Zug der Zeit, daß selbst dies Haus, das noch immer fast ausschließlich aus Reichen und Hochgeborenen bestand, den mißhandelten Massen des Volkes seine Sorgfalt zuwenden mußte: im Jahre 1833 erschien das erste, noch sehr zahme Gesetz zur Regelung des Fabrikwesens, auch für den sündlich verwahrlosten Volksunterricht ward ein kleiner Staatsbeitrag ausgeworfen.

Der Lärm der Gassen verstummte, seit die Reformbill gesiegt hatte, doch die Arbeiter sammelten sich in der Stille um das neue Banner der Socialreform; zugleich erhob sich der Ruf nach Befreiung des Handels. Die politischen Radicalen hingegen forderten Erweiterung des Stimmrechts, weil die Reformbill die Grenzen des Wahlrechts willkürlich gezogen hatte, und die geheime Abstimmung, das Ballot. Die altenglische Rechtsansicht, die in dem Wahlrechte stets eine ernste Bürgerpflicht, nicht eine Befugniß des souveränen Einzelmenschen gesehen hatte, gerieth in Vergessenheit; die Todsünde demokratischer Zeiten, die Furcht vor persönlicher Verantwortung, schmückte sich mit dem Namen des Freisinns. Mit den demokratischen Ideen drangen aber auch die bureaukratischen Verwaltungsformen des Festlands in den Inselstaat hinüber. Da die schwerfälligen Formen der alten Selbstverwaltung der Friedensrichter und Lordlieutenants für den verwickelten Verkehr der modernen Gesellschaft nicht mehr ausreichten und der Geldadel der neuen Gentry die schweren Pflichten des persönlichen Dienstes für Staat und Gemeinde verabscheute, so wurde das vernachlässigte Armenwesen des Landes einem großen, streng bureaukratisch ein-

gerichteten Armenamte untergeordnet; die neue Armenverwaltung übertraf die alte durch technische Geschicklichkeit, jedoch sie lag ausschließlich in der Hand besoldeter Beamten, den Ortsausschüssen blieb nur das bequeme Recht des Wählens. Zum Jubel der Radicalen ward also der erste, entscheidende Stoß geführt wider den alten festen Unterbau der parlamentarischen Aristokratie, das Selfgovernment der Grafschaften, und bald bemächtigte sich die neue Bureaukratie auch anderer Zweige der Verwaltung.

An beiden Ufern des Canals rühmte man sich seines Bürgerkönigs und der gemeinsamen Freiheit. In der That begannen die Briten aus ihrem stolzen aristokratischen Sonderleben herauszutreten, ihr neues Unterhaus wurde von allen Kinderkrankheiten des jungen festländischen Parlamentarismus heimgesucht. In dem unberechenbaren Spiele der Fractionen gaben die geschworenen Feinde der Reichseinheit, die Iren schon zuweilen den Ausschlag; die Ministerwechsel, dreizehn in fünfunddreißig Jahren, folgten sich fast so schnell wie in Frankreich. Freilich bestand in England, da das Erbrecht und die Unverantwortlichkeit seiner machtlosen Krone unbestritten blieb, noch immer eine ehrliche parlamentarische Regierung, während der illegitime König der Franzosen mit seinem Kopfe einstehen mußte und folglich auch trotz der constitutionellen Formen ein persönliches Regiment führte.

Das innerste Wesen dieser Uebergangszeit verkörperte sich in dem Talleyrand des Parlamentarismus, dem vielgewandten Staatsmanne, der, Aristokrat durch Geburt und Neigung, fortan mit demagogischer Meisterschaft die auswärtige Politik Englands leitete. Lord Palmerston stammte aus einem uralten angelsächsischen Geschlechte, das schon lange vor der normannischen Eroberung geglänzt hatte; in neuerer Zeit war das Haus der Temple immer eine Zierde der Whigpartei gewesen. Der junge Viscount Henry aber trat unbedenklich zu den Torys über, weil die Whigs in jenen napoleonischen Tagen nicht auf die Macht hoffen konnten. Mit zweiundzwanzig Jahren war er Lord der Admiralität, zwei Jahre darauf schon Sekretär für den Krieg, und lebte sich mit seiner eifrigen, wenn auch unpünktlichen Arbeitsamkeit bald so ganz in die Geschäfte ein, daß er die Amtsthätigkeit nicht mehr missen konnte. Er wurde der dauerhafteste aller englischen Minister; von den achtundfünfzig Lebensjahren, die ihm nach seinem Eintritt ins Amt noch beschieden waren, hat er achtundvierzig auf den Ministerbänken zugebracht. In den Jahren, da er die Heere gegen Napoleon ausrüsten half, sammelte er früh eine reiche diplomatische Erfahrung, und schon in seiner ersten größeren Parlamentsrede verkündete er dreist den leitenden Gedanken seines politischen Lebens: er rechtfertigte den Zug der Flotte gegen Kopenhagen mit den einfachen Worten, in diesem Falle sei „das Naturrecht stärker als das Völkerrecht“, folglich dürfe England um seiner Selbsterhaltung willen mitten im Frieden einen kleinen Nachbarstaat räuberisch überfallen. Der augenblickliche

Vortheil, das expedient, wie er es gern nannte, entschuldigte jeden Bruch der Treue und des Rechts. Durch und durch Politiker, ohne Sinn für die Kunst und die idealen Mächte des Menschenlebens, aber auch frei von Selbstüberschätzung und Gefühlsseligkeit, folgte er stets seinem angeborenen praktischen Instinkte; Grundsätze und Doctrinen beirrten ihn so wenig wie Gewissensbedenken. Er wußte, daß er seinen Weg machen würde, wenn er nur immer im Sattel bliebe; ruhig schlug er ein hohes Amt aus, dem er sich noch nicht gewachsen fühlte, und ohne Murren nahm er nachher lange vorlieb mit einer Stellung zweiten Ranges, obgleich er schon Größeres erwartet hatte.

Auf die Dauer konnte ihm der Erfolg doch nicht fehlen; denn von frühauf war er der Liebling der Salons, die Geschäfte hinderten ihn nicht fröhlich zu leben und leben zu lassen, an jedem Sport der vornehmen Gesellschaft eifrig theilzunehmen. Er verlachte das scheinheilige Wesen seiner Standesgenossen und gestand mit wohlthuender Aufrichtigkeit zu, wie sehr ihm die Weiber und alle Freuden dieser Welt wohlgefielen; noch im Alter hörte er sich gern bei seinem Schmeichelnamen Lord Cupid rufen. Wenn er in tiefer Nacht elastischen Schrittes aus einer langen Sitzung des Unterhauses heim wanderte, immer mit einer Blume im Munde oder im Knopfloch, den Regenschirm geschultert, den hohen Hut weit auf den Hinterkopf hinaufgeschoben, dann freuten sich seine Landsleute dieses Bildes altenglischer Lebensfrische. Sein ganzes Wesen athmete fröhliches Behagen; der starke viereckige angelsächsische Kopf mit den verschmitzten, weit vom Nasenbein abstehenden Augen erinnerte zugleich an die Kraft der Dogge und an die List des Fuchses. Seinen Hintersassen war er ein gütiger Grundherr, die Vettern und Freunde versorgte er nach englischem Adelsbrauche mit fetten Pfründen, doch niemals hat er einem Unfähigen absichtlich ein wichtiges Amt anvertraut. Wenn ihm ein Gegner den Weg kreuzte, so nahm Palmerston unfehlbar früher oder später seine Vergeltung; dann aber vergaß er schnell, nachtragender Haß blieb dem Leichtlebigen fremd. Ihm fehlte die Größe und die Tiefe einer ursprünglichen, gedankenmächtigen Natur. Seine Stärke lag in dem feinen Spürsinn, der jeden Wechsel der Volksstimmung vorauswitterte, und je länger er am Ruder stand um so genauer lernten er und seine Briten einander verstehen, bis er ihnen schließlich als der vollkommene Vertreter des nationalen Geistes erschien.

Fremde Völker kannte er nicht und er wollte sie nicht kennen; nur für Italien, wo er einige Jugendjahre verlebt hatte, und für den leichten Ton der Pariser Salons hegte er einige Vorliebe. Ueber die Deutschen urtheilte er so, wie es die Torys alle aus Canning's giftigen Schmähgedichten in der Antijacobinischen Review gelernt hatten,*) er sah in ihnen

---

*) s. Beilage 17.

ein Sklavenvolk von politischen Kindern, von zuchtlosen Freigeistern und gelehrten Narren. Um so unbefangener konnte er also in seinen Parlamentsreden die lockenden Töne der nationalen Selbstverherrlichung anschlagen, und er lernte bald, daß britische Hörer diese Kunst demagogischer Schmeichelei selten zu plump finden. Im Sommer 1813, während in Preußen das Volk in Waffen aufstand, pries Palmerston die unvergleichlichen Vorzüge des englischen Söldnerwesens und versicherte den befriedigten Gemeinen: auf ein solches Heer von geworbenen Freiwilligen könne der Feldherr sicherer zählen, als auf „eine Bande von Sklaven, die mit Gewalt aus ihren Häusern gerissen werden.“ Späterhin verherrlichte er sogar die neunschwänzige Katze als ein Kleinod britischer Freiheit: der ganze Unterschied zwischen dem englischen und den festländischen Heeren laufe doch lediglich darauf hinaus, daß hier ohne Untersuchung, in Alt-England aber nach einem Spruche des Kriegsgerichts geprügelt werde!

Die reactionären Doctrinen des Wiener Hofes konnten dem Realisten nicht zusagen, obwohl er sich hütete deßhalb mit Lord Castlereagh zu brechen. Mit aufrichtiger Freude schloß er sich dann an Canning an, als dieser die alte englische Interessenpolitik wieder zu Ehren brachte. Aus dem Ministerium Wellington trat er mit den anderen Canningiten bald wieder aus; er fühlte, dies Cabinet müsse „an dem Felsen der öffentlichen Meinung scheitern“, und täuschte sich auch nicht über den nahenden Zusammenbruch des bourbonischen Thrones. Zwei Jahre lang blieb er nunmehr in den Reihen der Opposition und bereitete durch freisinnige Gemeinplätze die kühne Schwenkung vor, die ihn zu den Whigs hinüberführen sollte. „In der Natur — so ließ er sich vernehmen — giebt es nur eine bewegende Kraft, den Geist; in menschlichen Dingen ist diese Kraft die Meinung, in politischen Dingen ist es die öffentliche Meinung und jene Staatsmänner, welche es verstehen, sich der Leidenschaften, der Interessen, der Meinungen der Menschen zu bemächtigen, erlangen eine unverhältnißmäßige Macht.“ Ob der Staatsmann nicht auch verpflichtet sei, die irrende öffentliche Meinung zu belehren, den Vorurtheilen der Volksvertretung mit zornigen Brauen zu trotzen? — solche Fragen hat er sich niemals vorgelegt. Als er nun nach der Juli-Revolution in das Reformcabinet der Whigs eintrat und das auswärtige Amt aus Lord Aberdeen's zaghaften Händen übernahm, lenkte er sofort wieder in die Bahnen der Handelspolitik Canning's ein. Er konnte nicht wie die beiden Pitt durch den Schwung einer großen Seele, nicht wie Canning durch das getragene Pathos kunstvoller Rede das Haus begeistern; der neue Parlamentarismus verlangte nach einem Virtuosen der Mittelmäßigkeit. Palmerston wirkte durch das unfehlbare Mittel des nationalen Selbstlobes, durch kleine dialektische Taschenspielerkünste, durch Zeitungsredensarten, die einem Jeden einleuchteten und Jedem das Nachdenken ersparten; die Gegner fertigte er mit schnöden Witzen ab, nach Umständen auch durch

eine wohl angebrachte Grobheit, die den unschuldigen Leuten wie der unwillkürliche Gefühlsausbruch eines Biedermannes klang, und immer blieb den Hörern der Eindruck, als ob sie tief in die Falten seines treuen Herzens hineingeblickt hätten.

Schon auf den Bänken der Opposition hatte er mit dem Lächeln des Augurs die schmeichelhafte Behauptung ausgesprochen, jedes Mitglied des Unterhauses könne sich ein sachverständiges Urtheil über die auswärtige Politik bilden, wenn diese nur ganz ehrlich und offen verfahre. Demgemäß betrieb er als Minister eifrig die Anfertigung kunstvoller Blaubücher, die von Allem etwas, von dem Wesentlichen nichts erzählten, so daß jeder Leser der Times sich fortan rühmen durfte die europäische Politik des volksthümlichen Staatsmannes von Grund aus zu kennen. Gleich Canning wollte Palmerston den Weltfrieden erhalten, um den britischen Handel nicht zu verderben; doch gleich seinem Meister wünschte er ebenso aufrichtig, daß immer eine sanfte Kriegsgefahr über dem Festlande schwebte, damit England freie Hand behielt sein Kolonialreich zu erweitern und die Märkte der ganzen Welt zu besetzen. Vor Allem galt es, die beiden gefährlichsten Nebenbuhler, Frankreich und Rußland auseinander zu halten, und der Geschäftsverstand des bekehrten Torys entdeckte sogleich, wie leicht sich dies Ziel erreichen ließ, wenn man die politischen Leidenschaften des Tages gewandt ausbeutete. Richtig zubereitet konnte die liberale Phrase für Alt-England ein ebenso nützlicher und zudem weniger kostspieliger Ausfuhrartikel werden wie Kohlen, Eisen und Kattun. Wenn England sich an den neuen französischen Gewalthaber anschloß, um ihn zu stützen und zugleich im Zaume zu halten, wenn diese entente cordiale der Westmächte der aufgeregten Zeit beständig als ein Bund der Freiheit gegen den Despotismus, des Lichtes gegen die Finsterniß angepriesen wurde, so war eine ehrliche Verständigung zwischen Frankreich und den conservativen Ostmächten unmöglich.

Dank der Tendenzpolitik Metternich's bestand in der Welt schon seit Jahren der Wahn, daß die Parteiung der Staatengesellschaft nicht durch die Weltstellung und die auswärtigen Interessen der Mächte bestimmt würde, sondern, wie einst im Zeitalter der Religionskriege, allein durch ihre inneren Zustände. Palmerston's Nüchternheit hat an dies Märchen der Parteileidenschaft nie geglaubt; er wußte wohl, daß die Verfassungskämpfe der Gegenwart bei Weitem nicht so tief in die Machtverhältnisse Europas eingriffen wie einst die kirchlichen Gegensätze. Jedoch er bemächtigte sich des allgemein verbreiteten Wahnes und verkündete ungescheut: dies selbstgenügsame Inselreich, das sich in Jahrhunderten niemals um die Verfassung der Nachbarlande gekümmert hatte, sei der natürliche Bundesgenosse aller constitutionellen Staaten. Mit dem Redeschwall eines Marktschreiers verherrlichte er die Trefflichkeit, die unvergängliche Dauer dieses „auf die besten Grundsätze der menschlichen Natur,

auf die aufgeklärtesten Grundsätze der Staatskunst begründeten" Bundes der Westmächte, und die alleinseligmachende Kraft „jener constitutional rights, die ein Segen sind für die Völker und ein Aergerniß für ihre Nachbarn: wenn nur erst die Formen da sind, findet sich allmählich der Geist hinein!" Die hohlsten Schlagworte des festländischen Liberalismus waren ihm willkommen, wenn sie ihm zur Verleumdung der absoluten Kronen dienen konnten. Er war einst im Ministerrathe selber bei den diplomatischen Verhandlungen des Jahres 1813 thätig gewesen und schämte sich doch nicht dem Parlamente das Zeitungsmärchen zu wiederholen: damals seien die Völker, „aufgeweckt durch den Zauberklang constitutioneller Rechte," freiwillig unter die Waffen getreten und dann von ihren Despoten betrogen worden. Palmerston hatte sich das Loos der Schauspieler Samuel Johnson's erwählt: er lebte, um zu gefallen und mußte gefallen, um zu leben; und schwer war es nicht, die tiefe Unkenntniß festländischer Dinge, welche die Briten jederzeit auszeichnete, nach Belieben zu mißbrauchen. Das Unterhaus lauschte entzückt, wenn der liebenswürdige Schalk ihm erzählte, wie weit Preußen und das geknechtete Osteuropa hinter den freien Spaniern und Portugiesen zurückständen; denn „die große spanische Nation versucht, wenn auch nur von fern (though at a distance), dem stolzen Beispiel dieses Landes nachzueifern!"

So trat denn dem legitimistischen Doctrinarismus der Hofburg eine demagogische Tendenzpolitik entgegen, die ebenso gemeinschädlich und noch um Vieles unredlicher war; denn Metternich fürchtete sich wirklich vor der Revolution, während Palmerston mit seinen constitutionellen Kraftworten nur arglistig spielte. Die ersten Erfolge dieser seltsamen Staatskunst waren glänzend. Es gelang ihr in der That, den Continent dermaßen in Unruhe zu halten, daß England unterdessen sein Weltreich ungestört ausbauen konnte. Es gelang ihr auch, die Parteien des Festlandes durch das beharrlich wiederholte dünkelhafte Selbstlob der liberalen Westmächte völlig zu bethören; Europa zerfiel, zu seinem Unheil aber zu Englands Vortheil, zehn Jahre hindurch in die zwei Heerlager der constitutionellen und der absoluten Kronen, die Liberalen begrüßten ihren old Pam und das wiedergeborene Frankreich als die Schirmherren der Freiheit, während die Staatsmänner der Ostmächte das diplomatische Allerweltsschwefelholz, den Lord Feuerbrand, verwünschten.

Den Staaten wie den Männern wird die Mitwelt selten gerecht; immer sind einzelne Staaten besser, andere schlechter als ihr Ruf. Zu jenen zählen die jungen Mächte, welche die öffentliche Meinung Europas noch nicht beherrschen und das Recht ihres Daseins erst zu erweisen haben; zu diesen die alten Mächte, vornehmlich England, das bei der Enthüllung seiner diplomatischen Geschichte nur verlieren kann und darum auch die Schätze seiner Archive ängstlicher als irgend ein anderer Staat

behütet. Ein wunderbares Glück gestattete dieser Insel, ihren großartigen Kampf um die Beherrschung der Meere unter so günstigen Umständen zu führen, daß sie erst das europäische Gleichgewicht, dann die allgemeine Völkerfreiheit zu vertheidigen schien. Der von Palmerston angekündigte Bund Englands und aller freien Völker blieb viele Jahre lang ein unumstößlicher Glaubenssatz des Liberalismus. Nach und nach begann die Welt doch zu bemerken, daß diese Politik, die so gern mit ihren unüberwindlichen Flotten prahlte, nur gegen die Schwachen und Willenlosen Muth zeigte, vor den Starken behutsam die Segel strich. Dann fühlte man auch, wie wenig Ernst hinter den Freiheitsreden des Briten lag, wie unfähig er war gerade die frischeste Kraft des neuen Völkerlebens, das erstarkende Deutschland zu verstehen, wie kleinsinnig er das natürliche Wachsthum der Mitte Europas zu hemmen suchte. Endlich ward der maßlose englische Hochmuth dem Stolze aller Nachbarn unerträglich, seit Palmerston den Briten sein civis Romanus sum zurief und damit alle anderen Nationen als Barbaren neben dem einzigen Culturvolke bezeichnete; ein ungeheurer Haß sammelte sich allmählich auf dem Festlande an, Englands einst hochgefeierte Staatskunst verfiel dem allgemeinen Mißtrauen, zuletzt der Verachtung. Als Palmerston starb — kurz bevor die Sieger von Königgrätz die ganze Rechnung seines Lebens mit einem blutrothen Zuge durchstrichen — da war sein England kaum mehr eine europäische Großmacht; der Staat war hinausgewachsen aus dem alten Welttheil, er wahrte nur noch seine orientalischen und transatlantischen Interessen, in den Händeln des Festlands zählte seine Stimme nicht mit.

So langsam nahte die Vergeltung. In jenen Tagen, da Lord Palmerston in das auswärtige Amt eintrat, voll Thatkraft und Lebenslust, unermüdlich und unergründlich, treu seinem Wappenspruche flecti non frangi, gehoben von der Gunst der liberalen Tagesmeinung, da erschien er dem Wiener Hofe mit Recht als ein gewaltiger Feind. Mit den diplomatischen Schreckbildern der liberalen Pest, des jacobinischen Krebses und der revolutionären Feuersbrunst war diesem Meister der parlamentarischen Redensart nicht beizukommen. —

Unter allen den Erschütterungen, welche der Juli-Revolution folgten, bedrohte keine den Weltfrieden so unmittelbar wie die Erhebung der Belgier gegen die holländische Herrschaft. Bisher war trotz so mancher Wirren doch mindestens der Länderbestand der neuen Staatengesellschaft unverändert geblieben — denn für Griechenland und die Türkei galten die Wiener Verträge nicht: — jetzt ward er plötzlich an seiner verwundbarsten Stelle zerstört. Das vielgerühmte, von den Diplomaten der großen Allianz im Wetteifer gehegte und verstärkte Bollwerk des europäischen Gleichgewichts, das neue Königreich der Vereinigten Niederlande brach bei der ersten Prüfung morsch zusammen, nicht ohne die Mitschuld seiner Regierung, doch vornehmlich durch die unheilbare Schwäche einer

verfehlten, künstlichen Staatsbildung. Ihrer stolzen Geschichte froh, konnten die Holländer in dem belgischen Lande, das seit den Tagen Philipp's II. immer fremden Herrschern gehorcht hatte, nur einen Gebietszuwachs ihres wiederhergestellten nationalen Staates sehen, wie es die europäischen Verträge auch ausdrücklich aussprachen. Durch die Begehrlichkeit des Hauses Oranien und seiner englischen Gönner war aber der Zuwachs stärker geworden als das Hauptland selber: drei und eine Viertel Million Belgier standen zwei Millionen Holländern gegenüber, und sie wußten wohl, daß einst Südniederland unter dem glücklichen Scepter Kaiser Karl's V. den Kern der vereinigten Siebzehn Provinzen gebildet hatte. Und was war ihnen nachher, seit die sieben Provinzen des Nordens sich aus der Gemeinschaft des alten Gesammtstaates losrissen, von diesen feindlichen Brüdern Alles geboten worden: erst maßen sie sich mit den nordischen Nachbarn in einem langen blutigen Kampfe, denn der achtzigjährige Krieg der Holländer war doch größtentheils ein Bürgerkrieg zwischen den beiden Hälften Niederlands; endlich besiegt, mußten sie dann ertragen, wie ihnen die Schelde gesperrt, der indische Handel verboten, die Festungen durch holländische Garnisonen besetzt wurden.

Ungleich stärker als diese bitteren politischen Erinnerungen wirkte der Glaubenshaß. Nicht umsonst führten die belgischen Landschaften im Volksmunde den Namen der katholischen Niederlande, nicht umsonst waren ihre Geistlichen zwei Jahrhunderte hindurch mit Spaniens fanatischer Clerisei eng verbündet gewesen. Hier auf dem classischen Boden der Religionskriege walteten die kirchlichen Gegensätze stets so mächtig, daß die Stammesunterschiede daneben fast verschwanden. Wie scharf sich auch die schweren Flamen von den heißblütigen Wallonen unterschieden, den holländischen Ketzern gegenüber hielten sie doch zusammen als eine gläubige Heerde. In Frankreich wie in England waren Liberale und Radicale die Urheber der Umgestaltung; in den Niederlanden ging die Revolution von den Ultramontanen aus, denen der Liberalismus nur das Hilfsheer stellte. Kaum hatte Frankreich, unter Verwünschungen wider die Jesuiten, sein streng kirchliches altes Königshaus entthront, so erhob sich in Belgien ein Aufruhr, der, den Pariser Julikämpfen zugleich verwandt und feindlich, die Straßenschlachten wie die liberalen Schlagworte der Franzosen sich zum Muster nahm um am letzten Ende der römischen Kirche einen glänzenden Triumph zu bereiten. Ganz ebenso seltsam hatte einst die Empörung der brabantischen Patrioten gegen Kaiser Joseph II. sich mit der ersten französischen Revolution verflochten.

Ein Gefühl der Gemeinschaft konnte sich zwischen den beiden feindlichen Landeshälften von vornherein nicht bilden. Schon die Verfassung des neuen Königreichs wurde, weil sie die Gleichberechtigung der Bekenntnisse vorschrieb, von der großen Mehrheit der belgischen Notabeln verworfen und nur durch einen häßlichen Betrug von der holländischen

Krone eigenmächtig eingeführt. Da beide Landestheile durch die gleiche Stimmenzahl in den Generalstaaten vertreten waren, die Holländer mit dem Stolze des Herrenvolkes einmüthig zusammenhielten, unter den belgischen Stimmen aber immer einzelne den Winken der Regierung folgten, so wurde die belgische Mehrheit von der holländischen Minderheit regelmäßig überstimmt. Holländer bekleideten weitaus die meisten wichtigen Stellen im Staatsdienst; alle Oberbehörden, sogar die Verwaltung der den Holländern ganz unbekannten Bergwerke erhielten ihren Sitz in Holland. Durch rücksichtslose Einführung der holländischen Staatssprache verdarb man sich sogar unbedachtsam die köstliche Gelegenheit, dies Land der ewigen Sprachenkämpfe friedlich zu germanisiren, den flamischen Dialekt, der dem holländischen so nahe stand, zur Würde einer Schriftsprache zu erheben. Den alten stürmischen Freiheitstrotz der Genter und der Brüggelinge hatten die Jahrhunderte der Fremdherrschaft längst gezähmt; aber geblieben war den Belgiern ein störrisches Mißtrauen gegen jede Regierung. Wie sollten sie sich auch ein Herz fassen zu diesem Könige Wilhelm I., der, vom Wirbel bis zur Zehe ein protestantischer Holländer, mit dem Dünkel seines harten Verstandes auf den Aberglauben seiner katholischen Unterthanen herabschaute und zudem, unbekümmert um die moderne Lehre von der Verantwortlichkeit der Minister, nach der Weise seiner oranischen Vorfahren persönlich regierte?

Das wohlhabende Bürgerthum hielt sich lange still, da der Wohlstand wuchs und der belgische Gewerbfleiß in den holländischen Kolonien lohnenden Absatz fand. Zuerst regte sich der Widerstand unter dem Adel und den Geistlichen; dann folgten die von ihren Pfarrherren geleiteten Massen. Die Führer der Clericalen blickten hoffend nach Frankreich hinüber, nach der Congregation des Pavillons Marsan. Der König aber führte, wenig wählerisch in den Mitteln, einen geheimen Krieg gegen die Bourbonen, er begünstigte unter der Hand die Anschläge der französischen Unzufriedenen, er gewährte ihren Flüchtlingen jahrelang in Brüssel eine Freistatt und bewirkte also, daß der belgische Liberalismus durch diese Gäste ganz mit französischen Gedanken durchtränkt wurde. Der Haß gegen die Holländer beförderte zugleich die französische Bildung und die Macht der Kirche. Der scharf bureaukratischen Kirchenpolitik des Königs trat der Clerus mit offenbarer Unbotmäßigkeit entgegen; wieder wie in Kaiser Joseph's Tagen klagte er über Glaubensdruck weil die Staatsgewalt ein geistliches Seminar in Löwen errichtet hatte. Den maßlosen Anklagen der Ultramontanen antworteten in der amtlichen Presse der berüchtigte Libry-Bagnano und seine Genossen mit einer Roheit, die ein katholisches Volk empören mußte.

Endlich, in denselben verhängnißschweren Tagen, da das Ministerium Martignac zusammenstürzte, sprach der O'Connell Belgiens, Louis de Potter das entscheidende Wort: Union der Liberalen und der Katholiken.

Der hatte bisher josephinischen Grundsätzen gehuldigt und die Regierung nur mit politischen Flugschriften bekämpft, aber bald einsehen müssen, daß sein letzter Zweck, die Unabhängigkeit Belgiens, nur mit Hilfe der Kirche erreicht werden konnte. Preßfreiheit, Schwurgerichte, Verantwortlichkeit der Minister, freier Gebrauch der französischen Sprache, aber auch Freiheit des Unterrichts — das will sagen: Unterwerfung der Volksschule unter die Kirche — so lautete das Programm der Neuverbündeten. Ein Sturm von Petitionen rüttelte an den Thoren der Generalstaaten. Als der König über den monströsen Bund der beiden Parteien und ihr infames Betragen schalt, verschworen sich die Heißsporne nach altem Geusenbrauche, treu bis zur Infamie bei ihrem Banner auszuharren.

In solcher Gährung ward das Land von der Juli-Revolution überrascht. Am 25. August erklangen die feurigen Aufruhrlieder der Stummen von Portici im Brüsseler Theater, in der nämlichen Nacht brach die Empörung aus, eine rohe, noch ziellose Pöbelbewegung; aber nicht lange, so flatterte auf dem gothischen Thurme des Rathhauses schon die dreifarbige Fahne von Brabant. Ueberall im Lande züngelte der Aufruhr empor; französische Agenten, Offiziere, Soldaten schlossen sich den Aufständischen an. Dem holländischen Heere fehlte die feste Leitung; der König selber begann zu fühlen, daß die Verwaltung der beiden Landeshälften getrennt werden mußte, und verhandelte darüber mit den Generalstaaten. Da wurden seine Truppen, vier Wochen nach dem ersten Aufruhr, durch einen dreitägigen wilden Straßenkampf von den Brüsselern gezwungen, die Hauptstadt zu räumen. Seitdem riß im Heere die Fahnenflucht ein, die Belgier verließen ihre Regimenter, hüben und drüben flammte der alte Stammeshaß furchtbar auf. Die Vermittlungsversuche des ehrgeizigen Prinzen von Oranien verfingen nicht mehr, und als am 27. Oktober die Holländer in der Antwerpener Citadelle die Scheldestadt, zur Strafe für einen verrätherischen Angriff, mit ihren Bomben einäscherten, da war die Trennung entschieden. Unter den Trümmern von Antwerpen ward das Vereinigte Königreich begraben. In den Regierungsausschüssen der Aufständischen saßen die Führer der beiden verbündeten Parteien, der ultramontane Fanatiker Felix von Merode so gut wie der geistreiche junge liberale Staatsmann van de Weyer. Doch wie wirr auch die Meinungen noch durcheinander flutheten, ein starkes Selbstgefühl war in beiden Parteien lebendig. Im Rausche des Sieges entsann man sich wieder jener stolzen Tage, da die Rolandsglocke von Brügge „Victorie in Vlaanderland" geläutet hatte; der einst von Mirabeau ausgesprochene Gedanke eines selbständigen belgischen Staates gewann von Tag zu Tag neue Anhänger.

Die zur Hilfe herbeigeeilten Franzosen und ihr Anhang erwarteten zuversichtlich den Anschluß Belgiens an das freie Frankreich. Die gesammte radicale Presse von Paris blies in dasselbe Horn, und der gefeierte Redner des Chauvinismus, General Lamarque erklärte kurzab: das Gesetz des

Convents vom Jahre IV der Republik, das die belgischen Departements mit Frankreich vereinigt hat, besteht noch immer zu Recht. Die Mehrheit der Belgier wies diese Anschläge weit von sich. Darum wurden auch die republikanischen Pläne, mit denen de Potter sich trug, kurzerhand abgelehnt; denn nur mit Frankreichs Hilfe, nur durch einen Weltkrieg konnte sich vielleicht die Republik behaupten, nur unter dem Schutze einer monarchischen Verfassung durften die Belgier auf die Zustimmung der großen Mächte hoffen. Schon zu Anfang Novembers faßte der neuberufene nationale Congreß die verständigen, durch die Lage der Dinge gebotenen Beschlüsse: Unabhängigkeit, Monarchie, Lossagung vom Hause Oranien.

So errang sich dies mehr durch die kirchliche Gesinnung als durch das Bewußtsein politischer Gemeinschaft zusammengehaltene kleine Volk das Recht der Selbstbestimmung. Die liberale Welt hatte anfangs dem Aufstande mißtrauisch zugesehen, da sein Ursprung unklar war und der belgische Pöbel sich in argen Roheiten erging. Nach dem blutigen Brüsseler Straßenkampfe schlug das Urtheil gänzlich um. Auch Brüssel hat seine drei Tage und seine drei Farben! — schrieb frohlockend Ed. Gans, und seine Gesinnungsgenossen in der liberalen deutschen Presse entdeckten mit wachsender Bewunderung Zug für Zug immer neue Aehnlichkeiten zwischen Belgien und dem Musterlande der Freiheit: sie nannten de Potter den belgischen Lafayette, Jouvenel's Brabançonne die belgische Marseillaise. Drei Farben, drei Tage, Lafayette, Marseillaise — was brauchte ein Volk mehr um glücklich zu sein? und wer außer den entmenschten Schergen der Tyrannei konnte jetzt noch bestreiten, daß die Sonne über Europa im Westen aufging? —

Die so lange niedergehaltenen Parteien der deutschen Opposition athmeten fröhlich auf, als die erste Kunde von der großen Woche über den Rhein drang. Heinrich Heine nahm der radicalen Jugend das Wort von den Lippen, da er in übermüthigem Jubel die Pariser Zeitungen als in Papier gewickelte Sonnenstrahlen begrüßte: „Lafayette, die dreifarbige Fahne, die Marseillaise — fort ist meine Sehnsucht nach Ruhe. Ich weiß jetzt wieder was ich will, was ich soll, was ich muß. Ich bin der Sohn der Revolution und greife wieder zu den gefeiten Waffen, worüber meine Mutter ihren Zaubersegen ausgesprochen. Blumen, Blumen! Ich will mein Haupt bekränzen zum Todeskampf. Ich bin ganz Freude und Gesang, ganz Schwert und Flamme!" Mächtig wie die Freude im liberalen Lager war der Schrecken an den großen Höfen. Mit wachsender Besorgniß waren sie sämmtlich den vermessenen Unternehmungen Polignac's gefolgt; eine so furchtbare Erschütterung, die das ganze mühsame Friedenswerk der Wiener Verträge wieder in Frage stellte, kam ihnen doch allen

unerwartet. König Friedrich Wilhelm hatte nach seiner Gewohnheit den Juli im Bade zu Teplitz verbracht und dort Metternich's Besuch empfangen. Trotz der Reibungen am Bundestage und trotz des geheimen Krieges der Hofburg wider die preußischen Zollvereinspläne hegte er keinen Groll gegen Oesterreich; nach wie vor sah er in der großen Allianz die Bürgschaft des Völkerfriedens, er hoffte dies seit dem orientalischen Kriege ganz aus den Fugen gegangene Bündniß von Neuem zu befestigen und namentlich das gute Einvernehmen zwischen den beiden verfeindeten Kaisermächten wieder herzustellen. Da auch Metternich sehnlich wünschte aus seiner selbstverschuldeten Vereinsamung herauszugelangen, so ergab sich eine vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten, und der Oesterreicher gestand nachher: bei dieser Unterredung hätte er zuweilen glauben können, daß er sich im Cabinet des Kaisers Franz befände.*)

Als der König, von Teplitz heimkehrend, an seinem Geburtstage (3. August) den sächsischen Hof in Pillnitz besuchen wollte, ereilte ihn der Feldjäger mit den ersten Nachrichten aus Paris. Am selben Abend noch hielt er in dem nahen Landhause seines Gesandten Jordan eine erste Berathung mit Wittgenstein und Witzleben, und erklärte hier schon nachdrücklich, daß er zwar jeden Angriff der Franzosen kräftig zurückweisen, aber in Frankreichs innere Händel sich nicht einmischen werde. So aufrichtig er auch den Sturz des legitimen Bourbonenhauses beklagte, seine Friedensliebe, sein nüchterner Verstand, sein landesväterliches Pflichtgefühl sträubten sich wider den Gedanken eines Weltkrieges, dessen Gefahren unzweifelhaft zunächst auf Preußen fallen mußten. Schon in Troppau und Laibach hatte er behutsam Alles was seinen Staat belasten konnte von der Hand gewiesen;**) wie sollte er sich jetzt in die Abenteuer eines neuen Champagnefeldzugs stürzen? Ich habe, so sagte er oft, in meiner Jugend die Gräuel der Revolution gesehen und will mein Alter in ehrenvollem Frieden verleben. Die unberechenbare Macht der neuen Revolution hoffte er dann am sichersten in Schranken zu halten, wenn der große Vierbund ihr mit einmüthigen Beschlüssen gegenüberträte.

Damit die vier Mächte freie Hand und genügende Zeit für ihre Verabredungen behielten, wollte er also den diplomatischen Verkehr mit Frankreich vorläufig einstellen und beauftragte seinen Gesandten Werther (7. Aug.), nach Verständigung mit den Bevollmächtigten der drei anderen Großmächte Paris zu verlassen. Als aber Werther seine Amtsgenossen zur Berathung versammelte, da zeigte sich sofort, daß der Vierbund nicht mehr bestand. England ging seines eigenen Weges; sein Gesandter erklärte, er habe Befehl unter allen Umständen zu bleiben. Alle drei riethen dem Preußen, zunächst weitere Weisungen abzuwarten, da die letzte durch die Ereignisse

---

*) Brockhausen's Bericht, 11. August 1830.

**) s. o. III. 181.

überholt worden sei.*) Mittlerweile hatte die Revolution ihr Ziel erreicht, der neue Thron war aufgerichtet, und die Gesandten schilderten in ihren Berichten das Geschehene übereinstimmend als eine unabwendbare Nothwendigkeit. Sie waren zumeist auch persönlich erbittert gegen Polignac, der über seinen Staatsstreichsplänen die Geschäfte des Auswärtigen Amts ganz vernachlässigt, nur mit Apponyi und dem Nuntius Lambruschini Umgang gepflogen hatte. Alle aber beugten sich vor der vollendeten Thatsache; der ansteckenden Kraft jenes allgemeinen, urplötzlichen Gesinnungswechsels, welcher die Revolutionen in Frankreich so furchtbar macht, konnte sich Niemand ganz entziehen. Alle Monarchisten, schrieb Werther schon am 5. August, wünschen dringend, daß die vier Mächte sich zu der neuen Krone freundlich stellen; sonst bricht die Republik, die Anarchie herein.**)

Ueber den großen Rechtsbruch tröstete man sich mit der Erwägung, daß die Orleans doch dem alten Capetingerhause angehörten und mithin — so lautete der neue Verlegenheitsausdruck — sich mindestens einer Quasi-Legitimität rühmen dürften; die Unterschlagung, welche dem neuen Herrscher zum Throne verhalf, ward in der stürmischen Unruhe dieser ersten Tage kaum bemerkt. Ludwig Philipp aber erging sich in brünstigen, unzweifelhaft aufrichtigen Betheuerungen seiner Liebe zum Frieden, zur bürgerlichen Ordnung: der Krieg, wiederholte er beständig, wäre die Republik, die Propaganda, der allgemeine Umsturz. Sein Minister des Auswärtigen, Graf Molé schrieb an Werther: „Wir mußten Frankreich retten und, ich darf es hinzufügen, Europa vor einer großen Erschütterung bewahren. Inmitten des Kampfes wurde die dreifarbige Fahne aufgezogen. Aber seit sie wieder das Banner Frankreichs geworden, entfaltet sich diese glorreiche Fahne nur noch als ein Sinnbild der Mäßigung und Vertheidigung, der Erhaltung und des Friedens. Ihre Regierung wird anerkennen, welche Ueberwindung es S. Majestät gekostet hat Sich zur Besteigung eines Thrones zu entschließen, der doch um des allgemeinen Wohles willen nur von Ihm eingenommen werden durfte.“***) Nach Alledem ließ König Friedrich Wilhelm in Wien erklären, er sei „seinen Unterthanen schuldig das peinliche Opfer seiner Grundsätze und Gefühle zu bringen“; indeß hoffte er noch immer auf ein gemeinsames Vorgehen des Vierbundes und schlug daher den drei befreundeten Mächten vor, daß sie durch gleichlautende Erklärungen die neue französische Regierung anerkennen, aber zugleich von ihr die Aufrechterhaltung der Verträge, des Besitzstandes, des Friedens förmlich verlangen sollten.†)

---

*) Werther's Bericht 17. August 1830 nebst Protokoll über die Berathung der vier Gesandten.

**) Werther's Bericht, 5. August 1830.

***) Molé an Werther, 12. August 1830.

†) Brockhausen's Berichte 11. 18. 23. August. Ancillon, Weisung an die Gesandtschaften 14. August 1830.

Die Hofburg zeigte sich kaum weniger friedfertig als das preußische Cabinet; ihre Nachgiebigkeit entsprang dem Bewußtsein der Schwäche. Welche schweren Enttäuschungen brachte dies wilde Jahr dem alternden Staatskanzler! Am 4. Februar hatten die drei Schutzmächte auf der Londoner Conferenz beschlossen, das meuterische Griechenland solle ein unabhängiges, tributfreies Königreich werden. Und nun die Nachricht von dem Sturze der bourbonischen Regierung, deren „guten und äußerst kräftig erwiesenen Willen" Metternich noch zwei Tage zuvor warm belobt hatte! Der in dem Pariser Bundesvertrage und dem geheimen Aachener Protokoll*) vorhergesehene Kriegsfall war nunmehr unzweifelhaft gegeben, wenn anders man die Verträge streng auslegte. Wollte Metternich nicht Alles verleugnen, was er seit fünfzehn Jahren unablässig der Welt gepredigt hatte, so mußte er jetzt die legitimen Mächte auffordern zum Kampfe gegen die Revolution, die sich in Frankreich drohender, gefährlicher erhob als weiland in Neapel, in Piemont, in Spanien. Und doch wagte er nicht einmal sich auf jene Verträge zu berufen. Die Geschichte war darüber hinweggeschritten; der Hochmuth, der sich erdreistet hatte dem ewigen Werden der Menschheit ein Halt zuzurufen, zeigte sich in seiner ganzen Blöße. Unter allen großen Mächten war Oesterreich am wenigsten auf einen Krieg vorbereitet. Selbst die beschämenden Erfahrungen des orientalischen Krieges hatten diesen Hof nicht aus seiner Trägheit aufgerüttelt. Das Heer befand sich noch immer in ebenso elendem Zustande wie der Staatshaushalt. Die Zahl der Mannschaften unter der Fahne blieb weit hinter dem Friedensfuße zurück; die Artillerie brauchte zwei Monate um auszurücken, denn von den Geschützen waren kaum fünfzig bespannt; nur die Reiterei, etwa 40000 Pferde stark, behauptete noch ihren alten Ruf. Dazu viele überalte Generale und Stabsoffiziere; sogar siebzigjährige Hauptleute waren nicht selten, da der sparsame Kaiser Franz Abschiedsgesuche fast ebenso ungern bewilligte wie sein bairischer Schwager. Die Offiziere fühlten sich gedrückt durch den geistlos pedantischen Dienst und auch in der Gesellschaft zurückgesetzt, denn bei Hofe wie in den Kreisen des hohen Adels galten sie nichts; der einzige Feldherr, dem sie vertrauten, Erzherzog Karl blieb Dank der Eifersucht seines kaiserlichen Bruders allen Geschäften fern.**)

Mit einer solchen Kriegsmacht ließ sich ein europäischer Kreuzzug für das legitime Recht nicht führen; genug schon, wenn sie nur in Oesterreichs nächstem Machtgebiete, in Italien, die täglich wachsende revolutionäre Erregung niederzuhalten vermochte. Rückhaltlos äußerte sich Gentz zu dem badischen Gesandten, dem kriegslustigen alten Kosakenführer General Tetten-

---

*) s. o. II. 471.

**) Nach General Tettenborn's Berichten (durch Otterstedt an Bernstorff mitgetheilt 1. März 1830).

born über die Ohnmacht des alten Systems. „Wir sind gezwungen," schrieb er schon am 24. August, „wir sind nothgedrungen, Ludwig Philipp's Erhaltung zu wünschen, car après lui le déluge. Nehmen Sie hinzu, daß der Stand der Dinge ein ganz anderer als im Jahre 1815, daß keine der großen Mächte zum Kriege gehörig vorbereitet ist, und Sie werden Sich nicht wundern, wenn le maintien de la paix von allen Seiten als das große Losungswort erschallt. Heute müssen Sie Ihr tapferes Schwert noch in der Scheide halten; gebe Gott, daß Sie es nicht allzu früh in das Blut der Weltverderber tauchen müssen."*) Was war doch aus jener streitbaren Feder geworden, die einst die gebieterischen Rundschreiben der großen Congresse verfaßte! Gentz stand in seinem siebenundsechzigsten Jahre. Die Mattigkeit des Alters kam über ihn, die Frische des Willens und die Lust am Kampfe schwanden sichtlich, doch zugleich erwachten auch wieder die zarten künstlerischen Triebe dieses reichen Geistes. Er verlebte Augenblicke dithyrambischer Verzückung wie vor Zeiten, da er mit seinem Friedrich Schlegel für die Lucinde geschwärmt hatte: „Wie, wenn Alles vernünftig wäre! Gott bewahre uns. Alle Blüthen des Genusses fielen plötzlich vom Baume des Lebens herab. Wer bei einem Buche nicht wahnsinnig, bei der Geliebten nicht ein Narr, im Kampfe nicht toll und unter Pedanten und Philistern nicht blödsinnig zu sein versteht, der kennt die Kunst des Lebens nicht." Die romantische Liebe zu der schönen Tänzerin Fanny Elsler und der kaum minder phantastische Freundschaftsbund mit dem jungen Prokesch v. Osten nahmen seine Seele ganz dahin, und zugleich träumte er über Heine's Gedichten, bald tief gerührt, bald wollüstig schaudernd, bald hoch entrüstet. Diese beständige, halb greisenhafte halb jugendliche Erregung der Gefühle rieb seine Lebenskräfte auf, wie der nüchterne Metternich bald bemerkte.

Noch immer beobachtete er den Wandel der politischen Dinge mit dem alten wunderbaren Scharfblick. Schon im letzten Jahre hatte er vorausgesagt, die wilde Leidenschaft des satanischen Geschlechts der jakobinischen „Mütz-Cujons", der doctrinäre Eigensinn der Liberalen und der geheime Ehrgeiz des Bonapartismus müßten unfehlbar sehr bald einen neuen Umsturz in Frankreich herbeiführen. Er wußte wohl, „diese neueste Revolution war die entscheidendste und vollständigste, die Frankreich erlebt," weil sie das historische Recht endgiltig zerstörte. Allein unter den Zeitgenossen erkannte er auch schon, daß die abermalige Erhebung der Franzosen bei Weitem nicht so viel bedeutete wie der Einbruch der Demokratie in das altaristokratische Staatsleben Englands; in diesem Umschwung der englischen Verhältnisse sah er das eigentlich Neue, das Verhängniß des Jahres 1830; immer wieder beschäftigte ihn die Sorge „was aus dieser Nation geworden ist und nächstens werden wird." Aber den Kampf

*) Gentz an Tettenborn, 24. August 1830.

gegen die siegreichen Mächte der Revolution wollte er nicht mehr aufnehmen; er stand nicht an, die Niederlage der alten Gewalten ehrlich einzugestehen: „das lebhafte Gefühl, daß wir geschlagen sind, raubt uns die letzten Kräfte zur Rettung." Frieden! — hieß jetzt die Losung aller seiner Briefe. Unermüdlich, und nicht immer ganz der Wahrheit getreu, versicherte er dem Vertrauten Samuel Rothschild, zur Mittheilung an die Pariser Freunde, daß keine der drei Ostmächte an einen Krieg denke; mit warmem, fast überschwänglichem Lobe pries er die Friedfertigkeit der französischen Regierung. Nicht lange, so entdeckte er sogar, daß die Volkssouveränität, Dank der Mäßigung des Bürgerkönigs, unvermerkt in eine neue Legitimität übergehe: warum könnten diese beiden großen Staatsgrundsätze nicht friedlich, wie Protestantismus und Katholicismus in der Staatengesellschaft neben einander bestehen? warum sollte Europa wieder wie im sechzehnten Jahrhundert einen Meinungskampf durch die Waffen zu entscheiden suchen? Das System der Erhaltung und das System des ruhigen Fortschritts widersprechen sich ja nicht unbedingt. — Also ward er, nicht durch freie Ueberzeugung, sondern durch die Uebermacht der Ereignisse und durch die entsagende Versöhnlichkeit des Alters am Abend seines Lebens wieder zurückgeführt zu den gemäßigten Grundsätzen, mit denen er einst seine politische Laufbahn begonnen hatte.

Gentz's Meinung fiel kaum mehr ins Gewicht, da er an den Geschäften nur noch geringen Antheil nahm und, wie Metternich sagte, nur noch Phantasie-Dienste leistete. Aber auch der Staatskanzler selbst war tief durchdrungen von dem Gefühle seiner Hilflosigkeit, obgleich er dem preußischen Gesandten gegenüber prahlte, Oesterreichs Heer lasse sich schnell und leicht auf einen Bestand von 400000 Mann bringen.*) Wie hart es ihm auch ankam, so erklärte er sich doch mit den preußischen Anträgen einverstanden; indeß dachte er die Möglichkeit einer gemeinsamen Intervention noch nicht ganz aus der Hand zu geben und schlug daher vor, die vier Mächte sollten zu einem Congresse zusammentreten oder mindestens in Berlin zur Beobachtung Frankreichs ein centre d'entente bilden. Auf eine solche unnütze Herausforderung der Franzosen wollte sich jedoch der preußische Hof nicht einlassen; die böse Erinnerung an den verhängnißvollen Pillnitzer Congreß lag gar zu nahe. Für den schlimmsten Fall hielt Metternich noch eine furchtbare Waffe bereit: den Herzog von Reichstadt. Er kannte die Furcht der Orleans vor dem großen Namen der Bonapartes; mehrmals gab er den befreundeten Gesandten, schließlich auch dem Tuilerienhofe selbst zu verstehen: wenn Frankreich die Verträge nicht achte, dann würde der Vierbund den Erben des Imperators zurückführen.**) Und wahrlich, der junge Napoleon hätte es an sich nicht fehlen lassen. Der Abgott aller Weiber, bildschön, frühreif, hochbegabt fühlte er

*) Berichte von Brockhausen 11. 18. Aug., von Blittersdorff 4. Sept. 1830.
**) Maltzahn's Berichte 5. September 1830. 11. 16. Februar 1831.

sich ganz als den Sohn des Bändigers der Revolution. Nicht als ein Verschwörer dachte er sich die Krone seines Vaters zu erschleichen; als ein Fürst der Ordnung wollte er in Frankreich einziehen, gerufen von dem altkaiserlichen Heere, um den Sohn des Bürgers Egalité zu zermalmen, den verächtlichen Thronräuber, der weder das legitime Recht noch den Volkswillen hinter sich hatte. In vollem Ernst hat Metternich so verwegene Gedanken nie gehegt; er spielte damit, wie ein Verzweifelnder halb sehnsüchtig halb entsetzt die Giftflasche betrachtet, denn unmöglich konnte er glauben, daß ein Napoleon je ein zuverlässiger Wächter der Wiener Verträge werden würde. Vorderhand war er ehrlich für den Frieden und bat den König von Preußen, er möge den Czaren für eine gemeinsame Erklärung der Mächte gewinnen, da Kaiser Franz leider das Vertrauen des russischen Selbstherrschers nicht besitze.*)

Dort in Petersburg stieß die Friedenspolitik der beiden deutschen Mächte auf harten Widerstand. Czar Nikolaus war noch wie berauscht von den Erfolgen des Türkenkrieges, unüberwindlich erschien ihm sein Heer. Er wähnte sich stark genug sogleich gegen die Revolution einzuschreiten, stand doch seine polnische Armee wohlgerüstet dicht an der Grenze. Die peinliche Frage, ob diese Polen sich auch gegen das revolutionäre Frankreich schlagen würden, kam ihm gar nicht in den Sinn. Obwohl er den Verfassungsbruch Karl's X. scharf verurtheilte, so wollte er doch mit „dem fluchwürdigen Usurpator" nichts gemein haben.**) Im ersten Zorne rief er alle Russen aus Frankreich zurück, verbot den Franzosen den Eintritt in sein Reich, verschloß der dreifarbigen Flagge die russischen Häfen. Nesselrode, der sich soeben in Karlsbad mit Metternich, dann in Berlin mit Bernstorff besprochen und die friedlichen Absichten der deutschen Höfe gebilligt hatte, fand daheim ungnädige Aufnahme; auch Pozzo di Borgo verlor das Vertrauen seines Monarchen weil er sich freundlich zu den Orleans stellte. Jene unbedachten feindseligen Maßregeln gegen Frankreich nahm der Czar freilich schon nach einigen Tagen zurück.***) Aber die preußischen Vorschläge genügten ihm nicht: die Volkssouveränität anerkennen, das heiße das ganze System der Mächte untergraben; und was nütze es, von Ludwig Philipp die Anerkennung der Verträge zu fordern, wenn man sich auf sein Wort nicht verlassen könne? Endlich entschloß er sich seinem königlichen Schwiegervater „einen glänzenden Beweis seines guten Willens zu geben" und sendete den Feldmarschall Diebitsch zu weiteren Verhandlungen nach Berlin.†)

*) Brockhausen's Bericht, 23. August.

**) K. Nikolaus an Großfürst Constantin (mitgetheilt in dem Berichte des Gen. Consuls Schmidt, Warschau 25. August 1830).

***) Lieven an Bourgoing 13/25. August; Kaiser Nikolaus an Großfürst Constantin 29. August 1830.

†) Galen's Berichte, Petersburg 24. 26. August 1830.

Während die Ostmächte also noch ohne Ergebniß unter sich verhandelten, hatte England bereits seinen Entschluß gefaßt und abermals unzweideutig bewiesen, daß der alte Vierbund zersprengt war. Wellington stand noch am Ruder. Derselbe Staatsmann, der vor fünfzehn Jahren die Wiederherstellung der Bourbonen am eifrigsten gefördert hatte, zog jetzt zuerst seine Hand von ihnen ab. Ganz ebenso unbedenklich hatte er vor Kurzem zwei andere Freunde, den Sultan und den Dey von Algier preisgegeben. Es war die alte Treue Albions. Selbst die Torys durften eine Regierung, welche sich auf die Grundsätze der englischen Revolution von 1688 berief, nicht als unrechtmäßig bekämpfen; ihr Cabinet, das längst schon im Sattel wankte, war sofort verloren, wenn es sich dem einmüthigen Verlangen der öffentlichen Meinung widersetzte. Schon am 27. August wurde die Regierung der Orleans von dem englischen Hofe ohne jede Bedingung anerkannt, und Wellington erklärte den Ostmächten in einem Rundschreiben, die Lage seines Landes habe ihm nicht erlaubt die Beschlüsse der Alliirten abzuwarten.

So scheiterte Preußens Plan, durch eine gemeinsame Antwort der Großmächte dem Juli-Königthum zugleich die Anerkennung zu gewähren und ihm feste Schranken vorzuzeichnen. Nunmehr schien es dem Berliner Hofe rathsam, daß auch die anderen Mächte jede für sich ihr Anerkennungsschreiben nach Paris sendeten, damit der Zwiespalt zwischen England und den Ostmächten nicht zu auffällig hervorträte; denn nach wie vor blieben der König und Graf Bernstorff der Meinung, diese große Krisis müsse benutzt werden um die große Allianz neu zu beleben.*) Ludwig Philipp hatte allen mächtigeren Fürsten durch außerordentliche Bevollmächtigte eigenhändige Briefe gesendet, deren demüthige Haltung einem Beherrscher Frankreichs übel anstand. Im bittenden Tone des Schuldbewußten entschuldigte er seinen Thronraub. „Ich seufze über das Unglück des älteren Zweiges meiner Familie," schrieb er an König Ludwig von Baiern. „Mein einziger Ehrgeiz wäre gewesen, ihm vorzubeugen und auf dem Platze, wohin mich die Vorsehung gestellt, zu bleiben. Aber die Umstände waren gebieterisch, ich habe mich opfern müssen. Die geringste Zögerung meinerseits konnte das Königreich in Wirren stürzen, deren Ende sich nicht absehen ließ und die vielleicht die Fortdauer des für das Glück aller Staaten so unentbehrlichen Friedens gefährdet hätten."**) Mit einem ähnlichen Briefe erschien General Lobau in Berlin. Am 9. Septbr. antwortete Friedrich Wilhelm durch ein freundliches Schreiben, worin sich freilich die unverblümte Bemerkung befand: es ist nicht meines Amtes (il ne m'appartient pas) über das Geschehene zu urtheilen. Nachdem er den

*) Bernstorff an Nesselrode, 26. August. Bernstorff, Denkschrift über die Anerkennung Ludwig Philipp's, Sept. 1830 (abgedruckt bei Natzmer, Unter den Hohenzollern I. 293).

**) K. Ludwig Philipp an K. Ludwig 22. August 1830.

schweren Schritt gethan, wollte er auch ohne Groll mit dem neuen Nachbarfürsten verkehren, der ihm sofort mit überschwänglichen Worten seine ewige Dankbarkeit versicherte. Alexander v. Humboldt, der alte Freund des Hauses Orleans, erhielt daher vertrauliche Aufträge, als er in diesen Tagen seine gewohnte Herbstreise nach Paris antrat, und er that das Seine um ein leidliches Verhältniß zwischen den beiden Höfen herzustellen. Unterdessen hatte auch Kaiser Franz sein Anerkennungsschreiben nach Paris gesendet. Die kleinen Fürsten und der Bundestag folgten dem Beispiele. Nur Czar Nikolaus zögerte noch einige Wochen, und als er endlich das Unvermeidliche that, konnte er seine Verstimmung doch nicht bemeistern; jahrelang gefiel er sich darin, durch allerhand diplomatische Ungezogenheiten den Orleans seine Verachtung zu zeigen. —

Die Frage der Anerkennung Ludwig Philipp's gefährdete, wie die Dinge standen, den Weltfrieden nicht unmittelbar; bedrohlich ward die Lage erst, als der belgische Aufstand sich mit der Juli-Revolution verkettete. Der Bürgerkönig selber sah in dem Aufruhr der Belgier nur eine unwillkommene Verlegenheit. Anders dachte sein Volk. Zu Tausenden strömten die französischen Freiwilligen und Aufwiegler nach Brabant; wie ein Mann forderte die radicale Presse die Einverleibung Belgiens zur Sühne für Leipzig und Belle-Alliance; selbst gemäßigte Blätter behaupteten, mit jener naiven Geringschätzung fremden Rechtes, welche die Franzosen von jeher ausgezeichnet hat, nur durch Eroberungen könne das neue Herrscherhaus die Herzen seines Volks gewinnen. Allem Anschein nach mußte Belgien der Herrschaft oder doch dem übermächtigen Einflusse Frankreichs anheimfallen, wenn der niederländische Gesammtstaat zerfiel. Und dies Vereinigte Königreich war das eigenste Werk des Vierbundes, vor Allem doch das Geschöpf der englischen Staatskunst; denn nur damit England die Hälfte der holländischen Kolonien behalten könne, hatten die Verbündeten einst den festländischen Besitz der Oranier so übermäßig vergrößert; vor Kurzem erst waren unter Wellington's Oberleitung jene Festungen an der belgischen Südgrenze vollendet worden, welche der Vierbund von den französischen Contributionsgeldern hatte erbauen lassen. Wo nicht der Buchstabe, so doch sicherlich der Geist der Verträge und mehr noch der politische Anstand verpflichteten den englischen Staat, dies sein Schooßkind nicht kurzerhand preiszugeben. Und welch ein gefährliches Beispiel gab dieser Aufstand der Priester den grollenden Iren; schon verkündete O'Connell frohlockend: wenn das katholische Belgien sich befreie, dann müsse auch Irland das Joch seiner protestantischen Herren abschütteln. Darum empfing Wellington die Nachrichten aus Brüssel mit aufrichtigem Bedauern; er wünschte zum mindesten, Belgien als ein selbständiges Land dem Hause Oranien zu erhalten, und trug sich einige Tage lang sogar mit dem Plane, englische Truppen in jene belgischen Festungen zu werfen. Aber die britische Handelspolitik hatte

bei dem niederländischen Gesammtstaate ihre Rechnung nicht gefunden; er war keineswegs, wie Castlereagh einst gehofft, ihr demüthiger Client geworden, sondern ihr mit seinen Zöllen und Rheinschifffahrtsgesetzen sehr rücksichtslos entgegengetreten. Die alte Freundschaft bestand längst nicht mehr, und niemals hätte die aufgeregte öffentliche Meinung dem Cabinet gestattet, um dieses ungeliebten Nachbarn willen einen Krieg gegen das hochgepriesene Volk der Juli-Revolution heraufzubeschwören. Der eiserne Herzog mußte sich fügen. Schon um Mitte Septembers wußte man in Berlin genau, daß England auf keinen Fall zur Vertheidigung seines alten „Bollwerks" die Waffen ziehen werde.*)

Ebenso vorsichtig verfuhr der Wiener Hof. Bei der ersten ernstlichen Gefährdung unseres Rheinlands ward sogleich offenbar, wie gänzlich dies neue Oesterreich seit dem Verluste seiner westlichen Provinzen aus Deutschland hinausgewachsen war. Metternich klagte zwar nach seiner Gewohnheit über den neuen Krater des rastlos arbeitenden Vulkans der Revolution; sogar eine selbständige Verwaltung für Belgien, die er früherhin selber dem Könige der Niederlande angerathen, fand er jetzt hochbedenklich, da sie durch einen Aufruhr ertrotzt würde.**) Doch er erklärte auch von vornherein sehr nachdrücklich, Kaiser Franz stehe in diesem Streite nur in zweiter Reihe; für einen rheinischen Feldzug hatte Oesterreich nur ein Hilfsheer übrig, seine beste Kraft mußte sich gegen den Süden, gegen die drohende Erhebung der Italiener wenden. Verstimmt und entmuthigt, wie er jetzt war, sah Metternich die belgischen Dinge im trübsten Lichte und gestand seinem Kaiser schon am 11. October: „der Proceß in den Niederlanden ist rein verloren."

Um so schwieriger war die Lage Preußens, das den belgischen Wirren fast ebenso nahe stand wie England. Persönliche Theilnahme konnte der König der Niederlande von Deutschland nicht verlangen; denn unter den vielen unleidlichen Nachbarn Preußens war er sicherlich der böseste, und unter allen deutschen Fürsten hatte keiner seine Bundespflichten so schamlos mit Füßen getreten. Welche lange Reihe häßlicher Händel, von den ersten Grenzstreitigkeiten an bis zu der Sperrung der Rheinschifffahrt und dem dreisten Versuche, die Bundesfestung Luxemburg den deutschen Truppen zu verschließen! Und wie hochmüthig hatte er nach dem Aachener Congresse den preußischen Nachbarn abgewiesen, als dieser sich erbot zum Schutze Belgiens ein stehendes Beobachtungsheer am Niederrhein aufzustellen!***) Trotz alledem war Friedrich Wilhelm's Gutherzigkeit an den Oraniern nicht irr geworden, man behandelte sie in Berlin noch immer fast wie Glieder des königlichen Hauses. König Wilhelm war der Schwager

*) Bernstorff's Bericht an den König über die Lage der Niederlande, 17. September 1830.

**) Maltzahn's Bericht, 12. September 1830.

***) s. o. II. 472.

und Vetter des Königs von Preußen; zärtliche Freundschaft verband die beiden Kronprinzen, obgleich sie in ihren politischen Grundsätzen gar nichts mit einander gemein hatten; und eben in diesen Tagen wurde die alte Blutsverwandtschaft durch die Vermählung des Prinzen Albrecht von Preußen mit einer niederländischen Prinzessin abermals befestigt. Die Niederlage, welche Prinz Friedrich der Niederlande im Straßenkampfe zu Brüssel erlitten hatte, wirkte am Berliner Hofe wie ein Donnerschlag. Der Kronprinz konnte diese Erinnerungen nie ganz verwinden; nach langen Jahren noch, in den Fieberträumen seiner letzten Krankheit sprach er wehmüthig von dem guten Freunde, der die Hälfte seiner Kinder verloren habe.

Ueber die Unhaltbarkeit des künstlichen niederländischen Gesammtstaates waren die preußischen Staatsmänner noch keineswegs einig. Wohl hatte Hardenberg, als es zu spät war, ein Jahr nach dem Wiener Congresse, ärgerlich geäußert: Bataver und Belgier würden sich doch nie vertragen; wie viel klüger, wenn man Belgien an die Welfen und dafür Hannover an Preußen gegeben hätte. Aber solche Ansichten standen vereinzelt; die Mehrzahl am Hofe betrachtete es als eine Ehrenpflicht, die wichtige Position an der Maas und Schelde dem befreundeten Fürstenhause zu erhalten. Die alten Helden des Befreiungskrieges sahen den längst erwarteten dritten punischen Krieg jetzt unaufhaltsam herannahen; und mußte er kommen, war es dann nicht würdiger, das Schwert sogleich zu ziehen zur Wahrung der Rechte eines alten Bundesgenossen? So dachte Clausewitz; so Gneisenau, obwohl er zuweilen friedlicheren Stimmungen nachgab. Auch Stein ahnte tief erschüttert, die ganze Arbeit seines Lebens müsse von Neuem beginnen; er wußte, die Eitelkeit der Franzosen werde nicht ruhen, bis sie dereinst Rache genommen hätten an den Siegern des Befreiungskrieges.

In diesem Gewoge kriegerischer Leidenschaften stand der König, minder weitsichtig und ebendeßhalb nüchtern die Lage des Augenblicks erwägend. Auch er hielt den Krieg für nahezu sicher; aber die Schuld daran wollte er nicht auf sein Gewissen nehmen. Durfte er seinem Volke, das die Nöthe des letzten Krieges noch kaum verwunden hatte, jetzt zumuthen, im Auslande einen Aufstand niederzuschlagen, der diesmal besiegt, nach einigen Jahren unfehlbar abermals ausbrechen mußte? Schon begann das Nachspiel der Juli-Revolution auf deutschem Boden; in Braunschweig, in Kassel, in Dresden erhob sich der Aufruhr; wer konnte vorhersehen, ob Preußen nicht bald gezwungen sein würde, hier in seinem nächsten Machtgebiete mit den Waffen die Ruhe herzustellen? Auf die Treue seines Heeres verließ er sich unbedingt, doch die freudige Begeisterung der Befreiungskriege — das ward in den Denkschriften des Auswärtigen Amts beständig wiederholt — konnte nur dann wiederkehren, wenn er sein Volk in einen gerechten, Allen verständlichen Vertheidigungskampf führte; und den Ein-

marsch in Belgien hätten mindestens die gesinnungstüchtigen Liberalen der Kleinstaaten kurzerhand als einen Rückfall in die alte Troppauer Interventionspolitik verdammt. Die Festungen, auf deren Schutz der Vierbund einst gerechnet, waren mit wenigen Ausnahmen schon in den Händen der belgischen Aufständischen. Von England stand keine, von Oesterreich nur späte und geringe Hilfe zu erwarten. Frankreich hingegen war entschlossen, falls Preußen in das östliche Belgien einrückte, sogleich den westlichen Theil des Landes zu besetzen. Diese Absicht kündigte Graf Molé schon am 31. August dem preußischen Gesandten Werther vertraulich an. Er sprach durchaus versöhnlich, entschuldigte sich wie gewöhnlich mit der kritischen Lage seiner Regierung, versicherte heilig, Frankreich beabsichtige keine Feindseligkeiten; nur müßten die beiden Nachbarmächte Belgiens in vollkommen gleicher Stellung bleiben bis ein europäischer Congreß die Frage friedlich löse.*) An der Aufrichtigkeit seiner Betheuerungen war nicht zu zweifeln. Aber wie nun, wenn das zuchtlose, durch die Revolution mächtig aufgeregte französische Heer so nahe dem Schlachtfelde von Belle-Alliance den verhaßten preußischen Siegern dicht gegenübertrat? Ein Zufall konnte dann leicht das Signal geben zu jenem Weltkriege, welchen die Anerkennung des Julikönigthums soeben erst glücklich abgewendet hatte.

Die Entscheidung dieser ernsten Fragen behielt sich Friedrich Wilhelm selber vor; nur Witzleben und Bernstorff, der trotz der Schmerzen einer schweren Krankheit immer klar und ruhig blieb, genossen sein Vertrauen. Und es war dringend nöthig, daß der Monarch die Leitung der auswärtigen Politik in seine Hand nahm; denn die Kriegspartei am Hofe gewann an Feldmarschall Diebitsch einen kräftigen Bundesgenossen. Der König hatte soeben nach Petersburg die Weisung geschickt: „Dieser Sendung ist nach Möglichkeit entgegenzuarbeiten,“**) und war peinlich überrascht, als der Russe am 9. September nun doch eintraf; er wußte, daß der Feldmarschall und sein Stellvertreter Czernitschew die beiden einzigen namhaften Männer des russischen Hofes waren, welche die Kriegslust des Czaren theilten. Glänzende Feste und Paraden wurden zu Ehren des Türkenbesiegers veranstaltet. Zur Zeit des orientalischen Krieges hatten Bernstorff und die freieren Köpfe unter den preußischen Staatsmännern auf Rußlands Seite gestanden; jetzt verschob sich die Parteistellung, alle strengen Legitimisten priesen den Czaren als den Hort des göttlichen Königsrechts und erwiesen seinem Abgesandten ihre beflissene Verehrung. Der dicke kleine rothhaarige Herr, der übrigens von seinen Kriegsthaten

*) Die gegen d'Haussonville gerichteten Bemerkungen K. Hillebrand's (Gesch. Frankreichs I. 144) über Zeit und Inhalt dieses Gesprächs sind durchaus richtig, wie sich aus der nachfolgenden Darstellung ergeben wird.

**) Randbemerkung des Königs zu Galen's Bericht v. 26. Aug. 1830.

mit Bescheidenheit sprach, machte nicht den Eindruck eines ungewöhnlichen Geistes; doch an Eifer ließ er es nicht fehlen. Er war gekommen um die Anerkennung des Bürgerkönigs zu verhindern; nun er sich in dieser Hoffnung getäuscht sah, suchte er die belgische Frage für seine kriegerischen Pläne auszubeuten.

Zwei Monate blieb er in Berlin, um immer wieder in Vorträgen und Denkschriften zu erweisen, wie leicht der Krieg gegen die Revolution sei, selbst ohne Englands Mitwirkung. Dem Könige begann die leidenschaftliche Haltung seines Schwiegersohnes sehr lästig zu werden. In den Formen zeigte sich der Czar stets überaus verbindlich. Seine Briefe an den Schwiegervater waren mit Versicherungen dankbarer Ergebenheit dermaßen überladen, daß Witzleben einst bei Bernstorff ganz verlegen anfragte: wie denn der König antworten solle ohne die gebotene Gegenseitigkeit zu verletzen oder seine Würde bloßzustellen;*) bei seinem letzten Besuche in Schlesien führte er sein Kürassierregiment zweimal mit gesenktem Degen vor General Zieten vorüber, so daß selbst die preußischen Offiziere meinten: das sei zu viel. Diese gottorpischen Schauspielerkünste verhinderten ihn aber keineswegs, in seinen politischen Zumuthungen an Preußen die plumpe Anmaßung des Moskowiters zu zeigen. Wohlgeborgen in seinem fernen Osten, versuchte er, wie vormals seine Großmutter im Jahre 1792, den preußischen Nachbarn in einen ziellosen Krieg gegen den Westen hineinzudrängen. Wenngleich er in seinem wilden Hasse gegen die Revolution durchaus ehrlich war und nicht wie Katharina arglistige Hintergedanken hegte, so forderte er doch ganz so dreist wie jene, daß Preußen sich für den Petersburger Hof opfern müsse. In einer seiner Denkschriften berechnete Diebitsch die Streitkräfte für den rheinischen Feldzug also: 210000 Mann Preußen, 120000 Mann deutscher Bundestruppen, 30000 Holländer, dazu 60000 Oesterreicher, endlich an letzter Stelle 180000 Russen.**) So ward in aller Freundschaft fast die ganze Last des Krieges auf Preußen abgewälzt; über die stolze Zahl der kleinen deutschen Contingente konnte man in Berlin nur lächeln, und seit den Erfahrungen des Jahres 1813 wußte man auch, wie kühn die Phantasie der Russen bei der Abschätzung ihrer eigenen Heeresmacht zu verfahren pflegte. Selbst General Schöler, der Gesandte in Petersburg, der früherhin die russische Macht stark überschätzt hatte, war jetzt durch langjährige Beobachtung eines Besseren belehrt; er warnte, der Czar täusche sich über das Maß seiner Kräfte, mehr als 150000 Mann könne Rußland nicht gegen Frankreich aufbieten, und diese brauchten drei Monate um, vielleicht erst nach gefallener Entscheidung, die Maas zu erreichen.***)

*) Briefwechsel zwischen Bernstorff und Witzleben a. d. J. 1829.
**) Diebitsch's Denkschrift v. 1./13. Okt. 1830.
***) Schöler's Bericht, 21. Nov. 1830.

Während der Czar also den preußischen Hof mit seinen Kriegsplänen bestürmte, ließ Kaiser Franz seinen armen Kronprinzen Ferdinand in Preßburg zum Rex junior Hungariae krönen, damit die nur zu wohl begründeten Gerüchte über dessen Regierungs-Unfähigkeit durch die That widerlegt würden. Diesen Anlaß benutzte Nikolaus, um den Grafen Orlow nach Preßburg zu senden. Metternich empfing den Vertrauten des Czaren mit offenen Armen, betheuerte lebhaft seine reine Gesinnung: „was die revolutionäre Regierung fürchtet, das müssen wir lieben; was sie ablehnt, das müssen wir annehmen.“ Um sich bei dem Selbstherrscher einzuschmeicheln verleumdete er freundnachbarlich den preußischen Hof: nur Bernstorff's Feigheit und der revolutionäre Geist des preußischen Beamtenthums trügen die Schuld, wenn der Krieg für das legitime Recht nicht zu Stande komme. Indeß hütete er sich wohl, irgend eine feste Zusage zu geben. Die Ostmächte sollten die Gesammtbürgschaft für die Verträge von 1815 aufrechthalten und für den Nothfall in der Stille rüsten — solche unbestimmte Rathschläge waren Alles was der Russe aus Preßburg heimbrachte.

Schon am 28. August, gleich nach dem ersten Brüsseler Aufstande, sendete der König der Niederlande durch den Adjutanten „de notre Albert“ einen Hilferuf an den König von Preußen: die Folgen des Aufruhrs seien nicht zu berechnen; er bitte daher, daß der Gouverneur der Rheinlande, Prinz Wilhelm der Aeltere, und seine Generale angewiesen würden, „gemäß den bestehenden Verträgen“ ihm Beistand zu leisten, sobald er es verlange. Das Alles, als verstünde sich's von selber. Friedrich Wilhelm las den Brief mit Befremden; von solchen Vertragspflichten war ihm nichts bekannt. Er ließ sogleich im Auswärtigen Amte Nachforschungen anstellen, und da sich ergab, daß Preußen keine besonderen Verpflichtungen gegen die Niederlande übernommen hatte, sondern nur ebenso wie die anderen Mächte des Vierbundes an die Verträge von 1815 gebunden war, so erwiderte er am 9. September seinem königlichen Schwager: er betrachte die Interessen der beiden Kronen als „unzertrennlich“ und wolle sich mit seinen Verbündeten verständigen; er werde auch Truppen an den Rhein senden und Alles thun, um Frankreich an der Unterstützung des Aufstands zu verhindern; aber große Vorsicht sei nöthig, da der französische Hof erklärt habe, daß auch seine Truppen einrücken würden, falls ein fremdes Heer Belgien besetze.*) In der That wurde das vierte Armeecorps sofort aus Sachsen an den Rhein gesendet und das rheinische verstärkt. Schon diese ersten schwachen Rüstungen Preußens genügten, um die Staatsmänner des Palais Royal mit Besorgniß zu erfüllen. Guizot,

*) König Wilhelm der Niederlande an König Friedrich Wilhelm 28. Aug. Antwort, 9. Sept. Bernstorff, Protokoll der Berathung über das niederl. Schreiben, 1. Sept. 1830, nebst Denkschrift „über die tractatmäßige Verpflichtung Preußens“.

der Minister des Innern, hielt für sicher, daß der Anblick des preußischen Beobachtungsheeres die Kriegslust der Franzosen steigern müsse: „Diese unglückliche belgische Sache verwickelt unsere Geschäfte schrecklich und stellt uns auf einen Vulkan. Mit der kommenden jungen Kammer und bei der Aufregung, welche die Möglichkeit eines Krieges hervorrufen kann, werden wir ein neues 1793 erleben. Ich kann Ihnen versichern, daß der König in dieser Hinsicht die Meinungen und Besorgnisse seines Ministerrathes theilt.“*)

Mittlerweile hatten sich die Brüsseler zum zweiten male siegreich erhoben, ganz Belgien war im Aufruhr, die Versöhnung zwischen den beiden verfeindeten Nachbarstämmen erschien aussichtslos. Es ward hohe Zeit, daß die Großmächte sich ins Mittel legten. Nachdem das niederländische Cabinet schon am 7. September die vier Mächte gebeten hatte, eine Gesandten-Conferenz nach dem Haag zu berufen, richtete Bernstorff jetzt (3. Oktober) die dringende Anfrage nach London: ob England nun endlich den rechten Augenblick zum gemeinsamen Einschreiten gekommen glaube? Er fragte ferner: ob es nicht vortheilhaft sei, wenn auch der Hof des Palais Royal mittelbar oder unmittelbar bei den Unterhandlungen mitwirkte?**) Obgleich Frankreich an der Begründung der Vereinigten Niederlande nicht theilgenommen, so war es doch auf dem Aachener Congreß förmlich in die große Allianz eingetreten; ohne seine Zustimmung, das lag auf der Hand, ließ sich die belgische Frage nicht im Frieden beilegen. Zur Rechtfertigung seiner Ansicht berief sich Bernstorff auf die kriegerischen Leidenschaften der Franzosen, welche der Regierung selber über den Kopf zu wachsen drohten: „man muß ihr die Mittel gewähren, um sich ohne Demüthigung und ohne Gefahr für sich selber aus einer sehr ernsten Verlegenheit zu ziehen.“***)

Unterdessen war das englische Cabinet bereits auf denselben Gedanken verfallen. Seit einigen Tagen weilte Talleyrand als französischer Botschafter in London, und der alte Meister der Diplomatie, dem die Orleans ihre Krone verdankten, sollte ihnen jetzt auch noch eine leidliche Stellung in der Staatengesellschaft verschaffen, sein wechselvolles Leben mit einem erfolgreichen Spiele abschließen. Seiner nie versiegenden Beredsamkeit konnte weder Wellington noch der Minister des Auswärtigen, der beschränkte ängstliche Lord Aberdeen, widerstehen; er ward nicht müde zu betheuern, daß sein König weder Belgien einverleiben noch dort einen Heerd des Aufruhrs unterhalten wolle. Der eiserne Herzog war entzückt und lobte Talleyrand's Redlichkeit ebenso warm wie er vor'm Jahre

*) Schreiben Guizot's (September), durch Bernstorff an Bülow mitgetheilt 3. Oct. 1830.

**) Verstolk van Soelen an Perponcher, Haag 7. Sept. Bernstorff, Weisung an Bülow 3. Oct. 1830.

***) Bernstorff, Weisung an Bülow 20. Oct. 1830.

Polignac's Geist gepriesen hatte. Schon am 2. October, noch bevor jene Anfrage Bernstorff's eingetroffen war, beschloß das Cabinet, alle Großmächte, auch Frankreich, zu einer europäischen Conferenz einzuladen. Preußen und Oesterreich stimmten zu. Der französische Hof erhob noch allerhand Schwierigkeiten; er verlangte die Sicherheit, daß auf keinen Fall eine bewaffnete Einmischung erfolgen dürfe, er schlug Paris zum Sitze der Conferenz vor; doch er fügte sich, als seine Zumuthungen einmüthig abgewiesen wurden, und man ward einig die Versammlung nach London zu berufen.

In solcher Lage kam das neue Hilfegesuch, das der König der Niederlande, diesmal an alle vier Mächte, abgehen ließ, offenbar zu spät. Der König verlangte sofortiges Einschreiten mit den Waffen und versicherte dem Czaren, dies sei mit dem europäischen Frieden vielleicht nicht unvereinbar. Preußen und England aber verwiesen ihn auf die Verhandlungen der Conferenzen; und in gleichem Sinne ward geantwortet, als der Oranier sich bald nachher zum dritten male an Preußen wendete, um mindestens die Besetzung einiger Festungen zu erreichen.*) Sein Gesandter Graf Perponcher hatte einen harten Stand; der war in Berlin ganz heimisch geworden, wurde vom Könige und den Prinzen als alter Freund behandelt und mußte nun doch beständig Abweisungen erfahren; würdig und taktvoll behauptete er sich zwischen Bernstorff und Diebitsch, zwischen den liberalen Beamten und den kriegslustigen Offizieren.

Und nun zeigte sich, was Friedrich Wilhelm's feste und offene Haltung für den Weltfrieden bedeutete. Mit gutem Grunde sagte Lord Heytesbury in Petersburg zu General Schöler: „Ihre Regierung ist die vernünftigste von allen," und desgleichen Nesselrode: „die besonnene Politik Ihres Königs ist das Einzige, worauf Europa noch seine Hoffnung bauen kann." Durch Preußen allein wurden die kriegerischen Pläne des Czaren in Schach gehalten. Nikolaus fand es entsetzlich, daß der König der Barrikaden in den hohen Rath Europas eintreten solle; sein Diebitsch machte in Berlin den naiven Vorschlag, Frankreich dürfe nur zugelassen werden, wenn es sich verpflichte, die Verhältnisse Belgiens, wie sie vor der Revolution bestanden, aufrechtzuerhalten — worauf Friedrich Wilhelm kurzab erwiderte: „dies wird niemals erreicht werden können." Aber ohne Preußen vermochte Rußland in diesem Handel nichts. Wie hart es ihm auch ankam, am 25. October erwiderte Nikolaus dem Oranier: er selbst sei bereit die verlangte Waffenhilfe zu leisten, doch sein vereinzeltes Auftreten würde nur schaden, die Verständigung mit den Großmächten könne allein noch retten. Sichtlich erleichtert schrieb Nesselrode, den die leidenschaftlichen Vorsätze des Czaren schwer beängstigt hatten, nach Berlin: wenn alle

*) König Wilhelm der Niederlande an Kaiser Nikolaus 2. October. Perponcher an Bernstorff 6. Oct. Antwort 15. Oct. Cabinetsordre an Bernstorff 1. Nov. 1830.

Mächte dem Vorschlage Wellington's zustimmten, dann stehe zu hoffen, daß England bei dem Vierbunde verbleibe und nicht mit Frankreich gemeinsame Sache mache.*)

So konnte denn am 4. November die Londoner Conferenz zusammentreten. Die Trennung der Niederlande erwies sich inzwischen mit jedem Tage deutlicher als eine vollendete Thatsache. Auch die Widerstrebenden begannen einzusehen, daß der Bestand zweier selbständiger, in sich einiger Mittelstaaten hier auf der wichtigsten militärischen Position Mitteleuropas immerhin mehr Dauer versprach und den Weltfrieden weniger bedrohte, als die künstliche Wiederherstellung des von inneren Gegensätzen zerrissenen Vereinigten Königreichs. Schon am Tage der Eröffnung der Berathungen schrieb Bernstorff: auf keinen Fall dürfe Belgien unter Frankreichs Einfluß gerathen; dies sei das Wesentliche; daneben erscheine es als eine untergeordnete Frage, ob ein Statthalter, ein Vicekönig oder ein selbständiger Herzog in Brüssel gebiete.**) Der Gesandte in London, Wilhelm Humboldt's Schwiegersohn Heinrich von Bülow befolgte diese versöhnlichen Weisungen mit Freuden. Auf den Conferenzen zeigte er sich als feiner Kopf und gewandter Unterhändler; die liberalen Vorurtheile des Tages beirrten ihn nicht, nur jener Versuchung, welcher die lange im Auslande lebenden Diplomaten so leicht unterliegen, entging er nicht immer: er sah zuweilen unwillkürlich durch fremde Brillen und folgte den Ansichten der englischen Staatsmänner allzu weit. Auch Metternich war bereits zu der Einsicht gelangt, daß es nur noch gelte die Herrschaft Frankreichs über Belgien zu verhindern. Zum Bevollmächtigten für die Conferenz ernannte er neben dem Gesandten Esterhazy den Freiherrn v. Wessenberg, den Verfasser der deutschen Bundesakte, der im alten Oesterreich als liberal verrufen und deßhalb lange den Geschäften fern geblieben war; die Wiederberufung „dieses unbequemen Talents" galt in der diplomatischen Welt als ein Beweis für die Verlegenheit des Wiener Hofes.***) Selbst die russischen Bevollmächtigten, Lieven und Matuszewic, traten so versöhnlich auf, als es die Furcht vor dem grollenden Czaren nur irgend erlaubte.

Die Hoffnung der Ostmächte, der alte Vierbund werde sich nunmehr von Neuem befestigen, ging gleichwohl nicht in Erfüllung. Noch im November kam das Tory-Cabinet zu Falle, und sobald Lord Palmerston in die Conferenz eintrat, ward die längst vorbereitete Verschiebung der Allianzen sogleich offenbar: die beiden Seemächte — so lautete der diplomatische Ausdruck der Zeit — stellten sich in herzlichem Einverständniß

*) König Friedrich Wilhelm, Randbemerkungen zu Diebitsch's Denkschrift vom 1./13. Oct. Kaiser Nikolaus an König Wilhelm der Niederl. 13./25. Oct. Nesselrode an Alopeus 19. Oct. (a. St.) 1830.

**) Bernstorff, Weisung an Bülow, 4. Nov. 1830.

***) Blittersdorff's Bericht, 6. Oct. 1830.

den drei Festlandsmächten gegenüber. Palmerston hatte einst als Mitglied des Tory-Cabinets Liverpool selber mit theilgenommen an der Schöpfung des Vereinigten Königreichs; aber noch gleichmüthiger als Wellington ließ er den alten Schützling fallen um dessen Feinde zu ermuthigen. Sofort trat er in vertraulichen Verkehr mit dem jungen van de Weyer, den die Belgier nach London gesendet hatten, einem klugen und besonnenen Staatsmanne. Belgien sollte für England werden, was man von den Vereinigten Niederlanden vergeblich erwartet hatte, ein abhängiger, ergebener Bundesgenosse. Darum wetteiferte Palmerston mit Talleyrand in Gunstbeweisen gegen die aufständischen Belgier. Obgleich der Franzose anfangs die Rolle der uneigennützigen Tugend mit gewohnter Kunstfertigkeit spielte, so mußte doch die Stunde kommen, da er seine Karten aufdeckte; und dann konnte dieser freundschaftliche Wettkampf der beiden wahlverwandten Geister nur mit dem Siege des Briten endigen, da England nicht in der Lage war belgisches Gebiet für sich zu fordern und mithin den Ostmächten minder gefährlich erschien.

Gleich der erste Beschluß der Conferenz gereichte den Belgiern zum Vortheil. Ein Waffenstillstand ward verkündigt und von beiden kämpfenden Theilen willig angenommen. Darin lag, obwohl man den Namen noch vermied, schon die Anerkennung der Aufständischen als einer kriegführenden Macht. Ganz auf die gleiche Weise, durch das Gebot der Waffenruhe, hatten England, Frankreich und Rußland vor drei Jahren die Errichtung des griechischen Staates diplomatisch eingeleitet.*) Am 20. December ward sodann die Selbständigkeit der südlichen Niederlande bis zu der alten Nordgrenze vom Jahre 1790 als Grundsatz angenommen, allerdings mit Vorbehalt der Rechte des Königs; denn alle Mächte, auch Frankreich, mißbilligten die in Brüssel verkündigte Entthronung des königlichen Hauses und wünschten noch, den Oraniern den Besitz Belgiens, mindestens als eine Secundogenitur zu erhalten. Auf Preußens Verlangen wurden auch die Rechte des Deutschen Bundes auf Luxemburg ausdrücklich vorbehalten und dem Bundestage die Erledigung dieser Streitfrage zugewiesen. Immerhin waren die Grundsteine für den künftigen belgischen Staat bereits gelegt, und in Berlin erwog man schon die Frage: was nunmehr aus den Festungen an der Südgrenze werden solle, da man den Belgiern weder die Macht noch den guten Willen zutraute, sie gegen Frankreich zu vertheidigen. Feldmarschall Diebitsch meinte, dann bleibe nur übrig, einen Theil der neuen Festungen wieder zu schleifen, und der preußische wie der russische Hof schloß sich dieser Ansicht an.**) Um den Niederlanden doch einen Schutz gegen einen

*) S. o. III. 731.

**) Diebitsch, Denkschrift über die belgischen Festungen 12./24. Oct. Bernstorff, Weisung an Bülow, 4. Nov. Nesselrode, Weisung an Alopeus 12. Nov. (a. St.) 1830.

neuen Friedensbruch der Franzosen zu gewähren, gerieth nachher Bülow zuerst auf den Gedanken, Belgien solle wie die Schweiz für neutral erklärt und seine Neutralität unter die Gesammtbürgschaft der großen Mächte gestellt werden. Es war ein Nothbehelf, aber ein unvermeidlicher. Für eine große Entscheidung, welche den tausendjährigen Erbfolgestreit der Gallier und Germanen um die Trümmer des alten lotharingischen Zwischenreiches endgiltig erledigt hätte, fehlten zur Zeit noch alle Vorbedingungen. Nach den jüngsten Proben britischer Vertragstreue blieb es freilich sehr zweifelhaft, ob England seinen neuen Schützling nicht dereinst ebenso gemüthsruhig preisgeben würde, wie jetzt den alten; aber für zwei oder drei Jahrzehnte vielleicht bot die Gesammtbürgschaft der großen Mächte immerhin einige Sicherheit. —

Wie friedlich auch die Londoner Conferenzen sich anließen, die Gefahr eines allgemeinen Krieges war noch mit nichten verschwunden. Ueber Talleyrand's Redlichkeit wußten die Ostmächte besser Bescheid als Wellington; die glatten Worte des Botschafters widersprachen doch gar zu auffällig den Thaten seiner Regierung. Frankreich rüstete unaufhörlich; im September wurden 128000 Mann, im December nochmals 80000 Mann einberufen, und dies zu einer Zeit, da Preußen zwar einige Truppen an den Rhein vorgeschoben, aber noch kein Regiment auf Kriegsfuß gestellt hatte. Das Kriegsgeschrei der Pariser Presse ward täglich frecher; in Belgien, in Deutschland, in Italien, überall trieben französische Aufwiegler ihr Wesen, an den kleinen deutschen Höfen sprachen die Gesandten des Bürgerkönigs gern von den glücklichen Zeiten des Rheinbundes; und als im November, fast gleichzeitig mit dem Sturze der Torys, das „Ministerium der Bewegung" ins Amt trat, schlug auch die Regierung selber einen höheren Ton an. Der neue Ministerpräsident Laffitte, einer jener liberalen Börsenmänner, welche den Bürgerthron aufrichten halfen, glaubte an die welterobernde Macht der Ideen von 1789 mit der ganzen Unschuld, deren die Seele eines lebenslustigen Millionärs fähig ist, und der Minister des Auswärtigen, der Corse Sebastiani, hatte auch als Vertrauter der friedfertigen Orleans die anmaßliche Ruhmredigkeit des napoleonischen Generals noch nicht verlernt.

Unter den Schlagwörtern, mit denen diese Regierung die kriegslustigen Radicalen halb zu gewinnen, halb zu beschwichtigen suchte, war keines wirksamer als der prahlerisch verkündigte Grundsatz der Nicht=Einmischung. Erst in halbamtlichen Zeitungsaufsätzen, dann in Talleyrand's Begrüßungsworten an den König von England, nachher in verschiedenen Depeschen an die Großmächte, endlich in einer feierlichen Kammerrede Laffitte's wurde die Behauptung aufgestellt, jedes Volk sei befugt seine Regierung nach Gutdünken zu verändern, und keine fremde Macht dürfe sich anmaßen in solche Händel einzugreifen. Die harte legitimistische Doctrin der Interventionspolitik hatte die Selbständigkeit aller Staaten gefährdet; nun trat

ihr, durch einen nothwendigen Rückschlag, eine ganz ebenso doctrinäre radicale Lehre entgegen, welche die Gemeinschaft des Staatensystems zu zersprengen drohte. In Paris ward dies neue Evangelium der Völkerfreiheit dahin ausgelegt, daß Frankreich befugt sei, jede Einmischung der Großmächte in die inneren Streitigkeiten anderer Länder mit den Waffen abzuweisen. Hatten die Ostmächte einst in Troppau sich angemaßt, jede Revolution in der Welt zu unterdrücken, so erhob jetzt das Juli-Königthum den noch weit gefährlicheren Anspruch, jeden Aufruhr zu unterstützen. Es war der alte Grundsatz der revolutionären Propaganda: Krieg den Palästen, Friede den Hütten; nur erschien er jetzt nicht mehr in seiner nackten Roheit, sondern bürgerlich ehrbar, umkleidet mit schönen Worten vom Selbstbestimmungsrechte aller freien Völker. Lord Palmerston säumte nicht, sich die Lehre der Nicht-Einmischung zu nutze zu machen; kaum am Ruder, verkündigte er sie sofort als sein Glaubensbekenntniß dem russischen Hofe. Er dachte zu klug, Ludwig Philipp zu furchtsam, um sich im Ernst durch eine doctrinäre Formel bestimmen zu lassen; jedoch die Politik der Orleans bedurfte, da sie nur aus der Hand in den Mund lebte, des Aushängeschildes einer großen Idee, das die nationale Eitelkeit befriedigte, und der Brite hieß unbedenklich Alles willkommen, was den Unfrieden auf dem Festlande nährte. In Wahrheit sagte der neue Grundsatz nur, daß die Westmächte sich vorbehielten, nach den Umständen zu handeln und gegebenen Falles auch die revolutionären Leidenschaften für ihr Interesse zu verwerthen. Talleyrand traf den Nagel auf den Kopf, als er einer wißbegierigen englischen Dame mit seinem faunischen Lächeln erwiderte: „Nicht-Intervention ist ein geheimnißvolles diplomatisches Wort, es bedeutet ungefähr dasselbe wie Intervention.“

Den Ostmächten mußte diese neue Völkerrechtslehre als ein ungeheuerlicher Frevel erscheinen; denn sie schlug allen Anschauungen des vergangenen Jahrzehnts ins Gesicht und drohte die so lange behauptete vormundschaftliche Gewalt der großen Mächte, das ganze alte System der europäischen Pentarchie zu vernichten. Metternich sagte entrüstet: „Die Räuber weisen die Polizei zurück, die Brandstifter verwahren sich gegen die Feuerwehr! Niemals werden wir einen Anspruch anerkennen, der so jede Ordnung der Gesellschaft zerstört.“ Nüchterner blieb Bernstorff; er ertheilte an Bülow die Weisung, den doctrinären Streit auf der Londoner Conferenz nicht ohne Noth anzuregen. Aber auch er fand, „in dem neu erfundenen Systeme der Nicht-Einmischung sei der Grundsatz der anmaßlichsten, übermüthigsten und unzulässigsten Einmischung ausgesprochen“; und in seinem Auftrage schrieb Ancillon nach Wien: „Gewiß, durch den Grundsatz der Nicht-Einmischung und durch den Anspruch, den Mächten bei Strafe des Krieges jede Truppenbewegung außerhalb ihrer Grenzen zu untersagen, ginge die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jeder Regierung verloren.“ Czar Nikolaus dagegen brauste in wildem Zorne

auf, seine Kriegslust war kaum mehr zu bändigen. „Ich habe", sagte er heftig, „von vornherein für die Legitimität kämpfen wollen und mich nur, weil ich der Jüngere bin, der reiferen Erfahrung des Königs gefügt." Jetzt aber glaubte er zu wissen, daß nicht bloß die königlichen Prinzen, sondern auch sein Schwiegervater selber seine Ansicht theile und allein Bernstorff mit den anderen Ministern die lauen Maßregeln Preußens veranlaßt habe.*) Nur schwer gab er diesen Verdacht auf, den wahrscheinlich Metternich's Mittheilungen an Orlow hervorgerufen hatten.

Schon längst hatte er zu rüsten begonnen; nun befahl er neue Aushebungen und ließ sie, „um die Revolution zu schrecken", ganz gegen den russischen Brauch in den Zeitungen veröffentlichen. Erst auf Schöler's dringende Vorstellungen gestattete er endlich, daß Nesselrode in einem beschwichtigenden Rundschreiben an die Gesandtschaften den Ernst dieser Drohungen etwas abschwächte: die angeordneten Vorbereitungen, hieß es da, verfolgten nur die Absicht, den Frieden und die vertragsmäßige Ordnung Europas aufrechtzuerhalten; hoffentlich werde schon die Ankündigung genügen, um „diesen Zweck der Erhaltung" zu erreichen.**) Unterdessen erschöpfte Diebitsch in Berlin seine ganze Beredsamkeit, um immer wieder zu beweisen, wie nothwendig der große Krieg und wie leicht er zu führen sei. Doch seine diplomatischen Künste, die sich vor'm Jahre in Adrianopel so glänzend bewährt hatten, versagten diesmal. Friedrich Wilhelm blieb fest, und als der Feldmarschall endlich in den ersten Decembertagen heimkehrte, gab man ihm eine große, sorgfältig vorbereitete Denkschrift mit auf den Weg, welche dem Czaren noch einmal die leitenden Gedanken der preußischen Friedenspolitik vor die Augen führen sollte.***)

Nichts lag dem Könige ferner als der Gedanke einer Annäherung an den liberalen Westen. Auf dem Bunde der Ostmächte fußten alle seine Pläne, und auch der alten übermäßigen Vorliebe für die Russen hatte er keineswegs entsagt. „Rußland", so sagte er, „ist und bleibt die kräftigste Stütze der Allianz, sowohl wegen des hochherzigen Charakters seines Souveräns, als wegen der Trefflichkeit seiner Heere." Er wollte nicht den Frieden um jeden Preis, sondern verlangte, die großen Mächte sollten dem Hofe des Palais Royal gemeinsam erklären, daß sie die Politik der revolutionären Propaganda nicht dulden würden. Bei offenbarer Feindseligkeit Frankreichs war er bereit, den Krieg sogar ohne Englands Mitwirkung zu beginnen, während man in Petersburg selbst noch immer an die Fort-

---

*) Schöler's Bericht 21. Nov. 1830.

**) Schöler, Verbalnote an Nesselrode, $\frac{\text{8. November}}{\text{27. October}}$ 1830; Nesselrode, Circular-Depesche 29. October a. St., nebst Begleitschreiben an Schöler.

***) Bernstorff, Mémoire sur la position de la grande alliance relativement à la France et à l'Europe, 24. November 1830. Entwurf dazu v. 9. Nov., nebst „Fragen und Anweisungen" des Königs.

dauer des Vierbundes glaubte. Aber er ließ zugleich dem Czaren vorhalten, daß dieser schwere Krieg die öffentliche Meinung der Deutschen entschieden gegen sich habe, vielleicht sogar Aufstände in Deutschland und Polen hervorrufen würde. Auf die alte Freudigkeit der Preußen sei nur zu rechnen, wenn das Volk wisse, daß man alle friedlichen Mittel erschöpft habe. Darum verlangte er eine genaue, unzweideutige Verabredung: wann der Kriegsfall gegeben sei?

Es war die Sprache des ruhigen Verstandes; aber wie konnte sie den blinden Haß überzeugen? Hier der prahlerische Hochmuth des Selbstherrschers, dort die freche Begehrlichkeit der Revolution, hüben und drüben die wachsende Wucht der Rüstungen — wer konnte diesen Mächten des Verderbens noch Einhalt gebieten auf ihrer abschüssigen Bahn? Gegen Ende Novembers war die Luft mit Zündstoff überladen; mit der einzigen Ausnahme des allezeit hoffnungsvollen Gentz glaubten gerade die einsichtigsten und bestunterrichteten Staatsmänner allesammt, daß der Weltfriede nur noch an einem Faden hänge. —

Da trat ein Ereigniß ein, das die Leidenschaften der Parteien überall in Europa von Neuem aufstachelte und doch zugleich der Erhaltung des Friedens zu statten kam. Die in aller Welt verbreiteten überspannten Vorstellungen von Rußlands kriegerischer Macht hatten schon durch die Erfahrungen des Türkenkrieges einen ersten Stoß erlitten; sie schwächten sich noch mehr ab, seit in Europa etwas ruchbar ward von den Verheerungen der asiatischen Cholera. Die furchtbare Seuche, die erst im Jahre 1817 in ihrem uralten Heimathslande Ostindien von englischen Aerzten beobachtet worden war, drang seit dem Sommer 1829, zumeist den Wasserläufen folgend, im Innern Rußlands unaufhaltsam vor. Da die Heilkunde noch rathlos vor der geheimnißvollen Krankheit stand, so griff der Staat zu den härtesten Vorsichtsmaßregeln: ganze Provinzen wurden abgesperrt, alle Briefe durchstochen, die Reisenden durchräuchert und in Quarantäne gehalten; aber die Roheit des Volks und die Unzuverlässigkeit der Beamten brach allen Vorschriften die Spitze ab. Im September 1830 kam die Cholera nach Moskau; der Pöbel wüthete gegen die Polen und die anderen Fremden, die den Giftstoff eingeschleppt haben sollten; nur das persönliche Eingreifen des furchtlosen Czaren stellte die Ruhe wieder her. In manchen Theilen des ungeheueren Reiches war alle bürgerliche Ordnung so aufgelöst wie einst in Westeuropa, als der schwarze Tod durch die Lande raste. Freund und Feind begannen schon zu ahnen, ein also heimgesuchter Staat werde schwerlich ein großes Heer über seine Grenzen hinaussenden können. Und diese Vermuthung ward zur Gewißheit, als am 29. November plötzlich der Aufruhr in Warschau ausbrach.

Auch Polen erlebte seine große Woche. Nach wenigen Tagen war der letzte Russe aus den Landen des weißen Adlers vertrieben, und der Czar durch einen furchtbaren Feind vom Westen abgetrennt. Wieder wie in den Niederlanden brach eine der willkürlichen Staatsbildungen der Wiener Verträge plötzlich zusammen; hier lag die Schuld jedoch mehr an den Menschen als an den künstlichen Institutionen. Der wohlgemeinte Versuch Kaiser Alexander's, die Unabhängigkeit Polens unter russischem Schutze theilweise wiederherzustellen, scheiterte an der unheilbaren Zuchtlosigkeit des polnischen Adels. Seit fünfzehn Jahren besaß das Königreich sein eigenes, durch die napoleonischen Veteranen wohl geschultes Heer und eine nationale Verwaltung, die fast ebenso wohlthätig wirkte wie einst die preußische: sie brachte den Staatshaushalt in treffliche Ordnung, gründete eine Universität, eine Bank, eine Pfandbriefs-Anstalt, ein gutes Postwesen, einige Kunststraßen und Kanäle. Das schwerste Leiden des Landes, die Rechtlosigkeit der mißhandelten Bauern, erschien dem Adel, der hier allein das Wort führte, keineswegs als ein Uebel. Wohl unterlag die Presse einer harten Censur, doch erst seit sie ihre Freiheit maßlos mißbraucht hatte; auch die Oeffentlichkeit der Reichstagsverhandlungen wurde beseitigt, doch erst seit das Geschrei der radicalen Jugend auf den Gallerien die Berathungen fast unmöglich machte. Im Uebrigen bestand die Verfassung unangetastet; unter den rohen Wuthausbrüchen des Statthalters Großfürsten Constantin litten nur Einzelne, meist Offiziere, da der Statthalter lediglich militärische Befugnisse besaß.

Wie ungern immerhin der herrische Nikolaus die Erbschaft seines völkerbeglückenden Bruders antreten mochte: er beschwor die Verfassung, und den Buchstaben des Rechts zu verletzen war seine Weise nicht. Zwar verschob er anfangs die Berufung des Reichstags über die gesetzliche Frist hinaus — was sich durch die Kriege und die inneren Wirren seiner ersten Regierungsjahre zur Noth entschuldigen ließ — aber im Frühjahr 1830 kam er selbst nach Warschau, um den Reichstag zu eröffnen. „Es hängt von Euch selber ab," rief er der Versammlung zu, „das Werk des Wiederherstellers Eures Vaterlandes zu befestigen, indem Ihr die Befugnisse und Vorrechte, welche er Euch auferlegt hat, mit Weisheit und Mäßigung gebraucht." Mit schauspielerischem Geschick zeigte er sich in Warschau nur als König von Polen und versäumte keine Gelegenheit den nationalen Erinnerungen seine Huldigung zu erweisen; er errichtete ein Denkmal für den Volkshelden Sobieski, als seinen Vorgänger auf dem Throne, vertheilte reiche Geschenke, gab glänzende Feste, denen auch einige der jungen preußischen Prinzen beiwohnten, und mit der Geduld eines constitutionellen Fürsten ertrug er schweigend die Ausfälle der radicalen Mehrheit der Landboten. Als der Reichstag nach stürmischer Tagung wieder nur ein einziges, unerhebliches Gesetz zu Stande brachte, sprach Nikolaus kalt und hochmüthig sein Bedauern aus: „auch in der

Ferne", so schloß er, „werde ich nicht aufhören für Euer wahres Glück zu sorgen." Feindseliger Worte enthielt er sich, weil ihm Nesselrode vorstellte, welchen üblen Eindruck ein öffentlicher Tadel in Europa hinterlassen würde.*)

Was man auch zu klagen hatte, eine unerträgliche Willkürherrschaft lastete nicht auf dem Lande. Durchaus der Wahrheit gemäß gestanden späterhin Mochnacki und andere Führer der radicalen Emigranten: nicht gegen russischen Druck hätten die Polen sich erhoben, sondern um ihre alte Unabhängigkeit und die Grenzen von 1772 zurückzugewinnen. Von dem Tage an, da dies halb selbständige Königreich aufgerichtet wurde, waren alle namhaften Männer des Adels einig in der Hoffnung auf völlige Wiederherstellung, auf Wiedervereinigung mit den verlorenen Brüdern in Posen und Westpreußen, in Litthauen und Podolien. Redlich, ohne Hintergedanken schloß sich fast Niemand der neuen Herrschaft an.

In den langen Jahrhunderten, da die Nachbarn zu sagen pflegten: „Polen besteht nur durch Unordnung," waren diesem unseligen Volke die schlichten Tugenden des Bürgers ganz verloren gegangen; der polnische Edelmann verstand nur für sein Vaterland zu kämpfen, zu leiden und Verschwörungen zu schmieden, nicht ihm zu dienen in nüchterner Arbeit. Sogar Alexander's Freund Fürst Adam Czartoryski wiederholte dem Kaiser unablässig: dies Königreich, das um ein Drittel kleiner sei als das Herzogthum Warschau, könne nur als eine Abschlagszahlung, eine pierre d'attente gelten; und er handelte nach seinen Worten, er mißbrauchte sein Amt als Curator der Universität Wilna um seinen Lehrbezirk zu polonisiren und für die Einverleibung vorzubereiten — bis sein nachsichtiger Gönner ihm endlich doch das gefährliche Handwerk legen mußte. Die ganze Geschichte dieser anderthalb Jahrzehnte war nur eine Kette von Verschwörungen. Erst der nationale Freimaurerbund, nachher die Patriotische Gesellschaft beherrschte das Königreich sowie die Nachbargebiete durch Sendboten und geheime Vereine. Bald waren die gesammte gebildete Jugend, der Landadel und der größte Theil der Offiziere für die Verschwörung gewonnen; nur die Bauern hielten sich fern, desgleichen das neue Bürgerthum, dessen erste Keime jetzt unter dem Schutze einer geordneten Verwaltung aufzusprießen begannen. Vergeblich suchte sich die Krone durch eine spüreifrige geheime Polizei zu decken. Als es im Jahre 1827 endlich gelang, einige der Häupter, Mitwisser der russischen Dekabristen, aufzugreifen, da wurden sie trotz erwiesener Schuld von dem höchsten Staatsgerichtshofe, dem Senate theils freigesprochen, theils zu lächerlich geringen Strafen verurtheilt; und Adam Czartoryski selbst, der liebenswürdige, feingebildete Führer der gemäßigten aristokratischen Partei verfaßte dies Urtheil, das jedem Rechte ins Ge-

*) Schmidt's Bericht, 29. Juni 1830.

sicht schlug, jedem Hochverrath einen Freipaß ausstellte. Der Adel frohlockte, er war längst gewohnt alle Staatsverbrecher als Patrioten zu verherrlichen. Die Krone aber nahm die Verhöhnung ohne Widerstand hin, und seitdem führten die Polen mit wachsender Dreistigkeit jenen kleinen Krieg gegen die Behörden, dessen Neckereien ihnen ebenso geläufig waren wie den geknechteten Völkern Südeuropas; Händel anzufangen mit der Obrigkeit und dann den Märtyrer zu spielen gehörte zum guten Tone unter den jungen Männern.

Als nun Lafayette, der alte Waffengefährte Kosciuszko's, die geliebte Tricolore wieder schwenkte, da wirbelte die Begeisterung hoch auf. In der Jugend wurden die Träume der neunziger Jahre, im Heere die napoleonischen Erinnerungen wieder lebendig; Niemand in diesen Adelskreisen bezweifelte, daß jetzt auch für Polen die Stunde der Befreiung geschlagen habe. Sendboten der französischen Radicalen mahnten zu rascher That, aus Petersburg aber kam das Gerücht, daß Czar Nikolaus gegen Frankreich kämpfen, das polnische Heer als Vorhut voraussenden wolle. Noch bestand kein fester Plan für den Aufruhr, jedoch bei der allgemeinen Untreue genügte ein Funke den Brand zu wecken. Die Entscheidung fiel, als eine Handvoll junger Offiziere, Fähnriche, Studenten einen Mordversuch gegen den Statthalter unternahm, dann einige Generale meuchlings niederstieß und den Warschauer Pöbel zu den Waffen rief. Großfürst Constantin verlor Muth und Fassung; er hatte die Polen auf seine Weise lieb gewonnen und scheute sich in ihre Händel einzugreifen. „Ich und die Meinen, wir wollen rein aus diesen Wirren hervorgehen" — so entschuldigte er seine Schwäche.*) Ohne einen Widerstand zu wagen, zog er mit seinen russischen Regimentern heimwärts und überließ das Land seinem Schicksale. Das ganze Königreich mitsammt den starken Festungen des Weichselthals schloß sich sofort der Sache der Sieger an. Das war kein Aufstand mehr. Ein selbständiger Staat mit geordneten Behörden, mit vollem Schatze und wohlgerüstetem Heere trat Macht gegen Macht dem Czarenreiche gegenüber; nur durch einen Krieg konnte er bezwungen werden.

Inzwischen nahmen die Dinge in Warschau den herkömmlichen Verlauf aller polnischen Revolutionen: Kampflust und Opfermuth im Ueberschwang, flammende Reden und brüderliche Umarmungen, zeternde Priester und hochsinnige schöne Frauen, dazu Punsch und Mazurka soviel das Herz begehrte, aber daneben auch Parteihaß, Unbotmäßigkeit, wüthende Anklagen herüber und hinüber, und in diesem Gewoge tapferer begeisterter Männer kein einziger staatsmännischer Kopf, kein einziger großer Charakter. Für die Massen des Volks und ihre Leiden hatten die Freiheitsredner dieser Adelsverschwörung kein Auge; der Antrag die

*) Schmidt's Bericht, 14. December 1830.

Frohnden abzulösen, den Bauern Grundeigenthum zu geben, ward vom Reichstage verworfen. Eine Zeitlang wiegte man sich noch in dem kindlichen Wahne, der Czar könne durch friedliche Verhandlungen beschwichtigt, ja sogar zur Einverleibung von Litthauen und Podolien bewogen werden. Bald aber errang sich der Radicalismus das Herrenrecht, das ihm bei Aufständen gebührt. Adam Czartoryski und sein gemäßigter Anhang mußte sich den Geboten Lelewel's, Mochnacki's und der Jacobinerpartei fügen. Am 25. Januar 1831 beschloß der Reichstag die Entthronung des Hauses Romanow.

Die große Woche der Polen ward von der gesammten liberalen Welt Europas kaum minder freudig begrüßt als die Juli-Revolution selber. Der alte Haß gegen die russische Selbstherrschaft, der schon in den ersten Friedensjahren sich geregt und erst während des Türkenkrieges sich etwas vorloren hatte, flammte wieder auf; Niemand wollte bemerken, daß der römische Clerus in Polen fast ebenso eifrig wie in Belgien die Sache des Aufstandes gefördert hatte. Der sarmatische Adel erschien den erhitzten Köpfen wie ein Vorkämpfer der Freiheit. Auch die menschliche Theilnahme aller weichen Herzen war ihm sicher, da man dies Volk noch überall nach den landläufigen Märchen der französischen Historiker als unschuldiges Opfer einer gewissenlosen Cabinetspolitik bemitleidete. Ein unbefangenes Geschichtswerk über die Theilungen Polens war noch nicht erschienen; selbst Dahlmann wollte in dem selbstverschuldeten Untergange der alten Adelsrepublik nichts sehen als den kalt berechneten Volksmord. Die Polen theilten mit dem römischen Stuhle das Schicksal, daß die ihnen gewidmete Verehrung mit der räumlichen Entfernung wuchs. Ihre Nachbarn in den preußischen Grenzlanden wußten wohl, wie tief der polnische Bauer unter dem russischen stand; im Westen aber, wo Niemand je ein polnisches Dorf betreten hatte, hielt man sich an die herkömmlichen Begriffe von lateinischer und byzantinischer Cultur, und glaubte treuherzig, diese willenlose, von Junkern, Pfaffen, Juden getretene Masse bilde ein starkes Bollwerk gegen die asiatische Barbarei. Die Freiheit der Völker und die Gesittung Europas fochten unter den Fahnen des weißen Adlers — so lautete das allgemeine Urtheil.

Der Czar aber ließ sich in seinen vermessenen Entwürfen nicht beirren. Die Warschauer Revolution, so schrieb Nesselrode stolz nach London, „ändert nichts an der Haltung, welche S. Majestät von Anfang an gegenüber den allgemeinen Angelegenheiten Europas eingenommen hat."*) Nikolaus verachtete die Polen, wie jeder echte Moskowiter; auf dem Durchmarsch, in wenigen Wochen sollte sein unbesiegliches Heer diese Empörer zermalmen um dann hinauszufluthen über das rebellische Westeuropa. Auch Diebitsch beharrte in seiner Verblendung. Der meinte selbstzufrie-

*) Nesselrode an Lieven, 4. December (a. St.) 1830.

den: wäre man in Berlin meinem Rathe gefolgt, so ständen heute das polnische Heer am Rhein, das russische an der Weichsel; und einem Abgesandten der Warschauer Regierung erwiderte er spöttisch: Ihr habt die Zeit schlecht gewählt, die Kriegsmacht des Kaisers rückt bereits nach dem Westen vor! Der Feldmarschall erhielt den Oberbefehl und hoffte schon im Februar unter den polnischen Empörern aufzuräumen; war dort die Revolution gebändigt, so sollte Preußen in den großen Kreuzzug für die Legitimität hineingerissen werden und im Mai das Heer des Türkenbesiegers am Rheine eintreffen. Darum erging Marschbefehl an die Garden, die erst im März, also nach der erhofften Unterwerfung, in Polen anlangen konnten, auch die kaiserliche Feld-Equipage war schon unterwegs. Die Russen zogen freudig in den Kampf gegen die alten Feinde ihrer Nation; überall ging die Rede: den einzigen Lohn, den Rußland aus seinem siegreichen Kriege wider ganz Europa davongetragen hat, lassen wir uns nicht rauben. Sie grollten längst, weil dies eroberte Land größerer Rechte genoß als die Eroberer selber; jetzt forderten sie laut die völlige Einverleibung des meuterischen Nebenreiches.*) Nachhaltigen Widerstand befürchtete Niemand; die meisten Offiziere der Garde erwarteten gleich dem Feldmarschall einen raschen Siegeszug bis zur Seine, und mancher sagte beim Abschied, erst aus Paris werde er heimschreiben. Der Uebermuth der Moskowiter sollte sich hart bestrafen.

Durch die europäischen Kreuzzugspläne des Czaren wurde der polnische Feldzug schon in seiner Anlage verdorben, wie General Schöler warnend vorhersagte. Diebitsch begann den Krieg zu früh, mit ungenügenden Mitteln; um nur rasch fertig zu werden führte er sogar die litthauischen Truppen, deren Treue längst verdächtig war, gegen ihre polnischen Landsleute ins Feuer.**) Das herrische Manifest, das vor ihm herging, verschärfte lediglich den Haß; auf dem Schlachtfelde vergaßen die Polen ihrer Zwietracht und bewährten überall den alten Muth. Als Diebitsch gradeswegs gegen Warschau vorgedrungen, bei Grochow auf dem alten Schlachtenboden des rechten Weichselufers die Polen geschlagen hatte (25. Februar), da fühlte er sich nicht mehr stark genug den Sieg zu benutzen, ganz wie einst König Friedrich Wilhelm II. im Jahre 1794; er wagte nicht, nach dem Rathe seines kühnen Generalstabschefs Toll, den Brückenkopf der Hauptstadt, Praga zu stürmen und also mit einem Schlage den Krieg zu beendigen. Und ganz wie damals wendete sich das Blatt sobald der günstige Augenblick versäumt war. Das russische Heer mußte den Rückzug antreten, durch weglose Gelände, bei unerwartet frühem Thauwetter; die Cholera wüthete in seinen Reihen. Zu Ende März brachen die Polen, jetzt von dem tapferen Skrzynecki geführt, aus den Wällen Pragas hervor, schlugen

*) Schöler's Bericht, 29. Januar 1831.
**) Schöler's Berichte, 16. Januar, 22. März, 2. Mai 1831.

das unzuverlässige litthauische Corps des Generals Rosen, und bald sah sich Diebitsch genöthigt noch weiter ostwärts zurückzugehen. Die Garden trafen auf ihrem Pariser Siegeszuge grade noch rechtzeitig ein um in Polen das Verderben aufzuhalten. Ein langer und schwerer Krieg stand bevor; mit heller Schadenfreude verkündeten die europäischen Zeitungen, wie schwach der gefürchtete nordische Koloß sich erwiesen habe. Auf viele Monate hinaus war Rußland außer Stande in die Händel Westeuropas thätig einzugreifen. —

Aber auch die beiden anderen Theilungsmächte wurden durch die polnische Revolution gelähmt. Wieder wie einst beim Beginne des ersten Revolutionskrieges stand Preußen in Gefahr zwischen zwei Feuer zu gerathen; kein preußischer Staatsmann durfte verkennen, was die Pflicht der Selbsterhaltung gebot. Blieb der Aufstand in Warschau siegreich, so waren Posen und Westpreußen schwer gefährdet, und in Frankreich gelangte voraussichtlich die Partei der revolutionären Propaganda ans Ruder. An dieser handgreiflichen Wahrheit konnten die glatten Worte der Polen nichts ändern. Graf Titus Dzialynski, das Oberhaupt der Posener Verschwörer, eilte sobald die Revolution ausgebrochen war, nach Warschau, um anzufragen, ob eine Schilderhebung in Posen rathsam sei. Die provisorische Regierung aber, die noch unter Czartoryski's behutsamer Leitung stand, wies ihn ab und beeilte sich, in einem um einen Tag vordatirten Briefe dem preußischen Consul Schmidt unaufgefordert zu erklären: sie hege „die feste Absicht, gewissenhaft die Grenzen aller Staaten Sr. Maj. des Königs von Preußen zu achten.“ Zum Ueberfluß kam der harmlose Posener Graf selber zu dem Consul und versicherte gemüthlich, er sei nur nach Warschau gereist um seine Mutter zu besuchen.*) Wen sollten solche Künste täuschen? Während Tag für Tag Ueberläufer aus Preußen in das polnische Heer eintraten — darunter auch der aus Glogau entflohene General Uminski — und sogar eine Posener Reitertruppe gebildet wurde, rechneten die Warschauer Gewalthaber noch immer auf die deutsche Gutherzigkeit und ließen den König durch General Kniaziewicz um seine Vermittlung bitten. Friedrich Wilhelm lehnte das Gesuch schroff ab und gab den Aufständischen den Rath, sich ihrem Könige zu unterwerfen.**) Er durfte in ihnen nur Feinde seines eigenen Staates sehen, rief seinen Consul aus Warschau zurück und stellte die in Berlin verwahrten Gelder der polnischen Bank dem rechtmäßigen Könige zur Verfügung.

Als die Dinge ernster wurden, ließ er die 130 Meilen lange Grenzlinie durch Truppen der vier östlichen Armeecorps besetzen. Gneisenau

*) Schreiben der Provisorischen Regierung an Schmidt, 4. December. Schmidt's Berichte, 5. 9. December 1830.

**) Schmidt's Bericht, 27. December 1830. Ancillon's Weisung an Schöler 19. Januar 1831.

übernahm den Oberbefehl über diese vier verstärkten Corps und er entledigte sich des peinlichen Auftrags nach seiner großen Weise. Selbst die grollenden Edelleute in Posen beugten sich vor der milden Hoheit des alten Helden. Er begegnete ihnen nicht ohne geringschätzige Ironie, da er ihre unausrottbare Vorliebe für krumme Wege kannte. In Kleinigkeiten nachsichtig hielt er doch streng darauf, daß der Zuzug zu den Aufständischen aufhörte; und es ward hohe Zeit, denn unbekümmert um die Friedensmahnungen ihres Erzbischofs Dunin hatten sich schon an 12000 Mann aus der Provinz den Polen angeschlossen. Der Feldmarschall war angewiesen, dem russischen Heere die Verpflegung zu erleichtern, aber nur im äußersten Nothfall in den Kampf einzugreifen, da die Russen selbst, um ihres Ansehens willen, dies Einschreiten nicht wünschten. Von Diebitsch's Feldherrngaben dachte er nicht hoch, dieser ganze polnische Krieg erschien ihm nur als eine geringfügige Episode; sein Blick blieb nach Westen gerichtet, seine letzten Gedanken galten dem nahen Kampfe gegen das Karthago an der Seine.

Also mußte fast die Hälfte des preußischen Heeres zur Sicherung der Ostgrenze verwendet werden. Nicht ganz so schwer hatte Oesterreich unter den polnischen Wirren zu leiden. Für Galizien stand wenig zu befürchten, weil die ruthenische Bauernschaft ihre sarmatischen Herren verabscheute und auch die polnischen Edelleute dieses Landstrichs bei Weitem weniger Eifer für den Aufstand zeigten als die preußischen Polen. Von jeher war das katholische Oesterreich den Polen minder verhaßt gewesen als die beiden anderen Theilungsmächte, und da nun der mächtige magyarische Adel jede Niederlage seiner russischen Todfeinde mit stürmischer, fast drohender Freude begrüßte, da der Statthalter von Galizien, Fürst Lobkowitz seine polnische Gesinnung kaum verbarg und selbst das stille Wien für die sarmatischen Helden sich begeisterte, so verfielen die Polen in leichtsinnige Selbsttäuschungen. In der argen Schule ihres Verschwörerlebens hatten sie längst gelernt, Hoffnung für Wirklichkeit, leere Worte für Thaten zu nehmen; an allen Höfen arbeiteten ihre Sendboten, und jede hingeworfene Aeußerung menschlichen Mitgefühls klang ihnen wie ein Versprechen kriegerischer Hilfe. Adam Czartoryski warf unter seinen aristokratischen Freunden die Frage auf, ob man nicht den Erzherzog Karl zum Könige von Polen wählen und also Oesterreichs Beistand gewinnen solle; und doch mußte er wissen, daß grade dieser Name den mißtrauischen Kaiser Franz nur abschrecken konnte. Er ließ durch seinen Bruder Constantin die Vermittelung der Hofburg erbitten und schrieb dann selbst an Metternich um wegen der Wahl des Erzherzogs anzufragen. Nachher ward Graf Clam, der Vertraute des Staatskanzlers in tiefem Geheimniß nach Mähren eingeladen, wo ihn polnische Unterhändler erwarteten. Als der Aufstand schon im Erlöschen war kam Czartoryski's Neffe Graf Zamoiski nach Wien, bat nochmals um Oester-

reichs Hilfe und erbot sich, die Krone der Jagellonen irgend einem Erzherzoge, welcher es auch sei, zu verschaffen.*)

Das Alles war verlorene Mühe, obwohl die polnischen Blätter beständig von der günstigen Gesinnung des Wiener Hofes fabelten. Anderthalb Jahre früher, zur Zeit des Türkenkrieges, hätte Metternich die polnische Revolution vielleicht willkommen geheißen; jetzt da er den Bund der Ostmächte wieder fester zu schließen suchte, war sie ihm nur „eine Revolution wie alle anderen". Eine Hinterthür hielt er sich freilich offen, indem er den k. k. Consul Oechsner, zum Befremden des Czaren, während des Krieges in Warschau bleiben ließ; jedoch die Erwählung eines Erzherzogs wies er als einen „absurden" Gedanken kurzweg ab. Um seinen Abscheu kräftig zu bekunden, bereicherte er sogar das Wörterbuch seiner Angst-Sprache um eine sechste Metapher und nannte dies Polen „ein Pulvermagazin", das alle Nachbarn in die Luft zu sprengen drohe. Auch Gentz, der alte Gegner Rußlands, mußte zugestehen, daß Oesterreich jetzt nicht viel anders handeln durfte als Preußen. In der That gab Kaiser Franz den Polen fast dieselbe Antwort wie König Friedrich Wilhelm; nur dem Fürsten Czartoryski, der bei Hofe wohlgelitten war, und einigen seiner Standesgenossen versprach man unter der Hand ein Asyl in Oesterreich. Die galizische Grenze wurde stark besetzt und dem russischen Heere die Zufuhr von Lebensmitteln freundnachbarlich gestattet.

Da die Ostmächte fest zusammenstanden, so konnte Czar Nikolaus sich jede Einmischung Frankreichs von Haus aus scharf verbitten. In hoffärtigem Tone schrieb Nesselrode nach Paris: „Wenn die Regierung des Königs Ludwig Philipp bisher scheinbar mit Ungeduld den rechten Augenblick erwartet hat um Europa eine Bürgschaft der Sicherheit zu geben und sich das Vertrauen des Kaisers zu erwerben, so darf sie nicht versäumen, die gegenwärtige Gelegenheit weise zu benutzen. Ihre Würde wie ihr Interesse gebieten ihr dies zu thun."**) Die herrische Mahnung fand willige Hörer. Ludwig Philipp wußte wohl, daß der völlig aussichtslose Versuch in die polnischen Händel einzugreifen, nur den Feinden seines Hauses zu gute kommen konnte. Denn obwohl alle Parteien Frankreichs für dies Belgien des Ostens, dies „liberale und katholische Volk, den natürlichen Bundesgenossen der Franzosen" schwärmten, so zeichneten sich doch die Republikaner und die verkappten Bonapartisten durch verdächtigen Eifer aus. Dieselben Blätter, welche den Grundsatz der Nicht-Einmischung als die Heilswahrheit neu-französischer Freiheit priesen, forderten mit der unbefangenen Logik des Radicalismus die Einmischung zu Gunsten der Polen. Der greise Lafayette erhob in einer schwülstigen Erklärung feierlichen Einspruch gegen das Vorgehen der

*) Maltzahn's Berichte, 18. 28. Januar, 21. Februar, 4. September 1831.

**) Nesselrode, Weisung an Pozzo di Borgo, 28. Nov. (a. St.) 1830.

Russen; Casimir de la Vigne schilderte rührsam den weißen Adler, wie er hoffend auf Frankreichs Regenbogen blickte, und als dieser Regenbogen dem Adler nicht half, sang Barthelemy wüthend: Cachons-nous, cachons-nous! Nous sommes des infâmes! Solchen Freunden wollte der Bürgerkönig das gebrechliche Schifflein der Orleans nicht anvertrauen. Um die maßlos erregte öffentliche Meinung etwas zu beschwichtigen, ließ er nur bei den großen Höfen behutsam anfragen, ob vielleicht eine gemeinsame Vermittlung der Mächte möglich sei; doch in Berlin wie in Wien ward das Anerbieten rundweg abgelehnt.*)

Desgleichen in London. Den Griechen hatte Canning einst unbedenklich Beistand geleistet, weil der englische Handel im ägeischen Meere durch den hellenischen Krieg zu Grunde gerichtet wurde. Sein Schüler Palmerston handelte nur im Geiste des Meisters, als er den Polen jede Hilfe abschlug; denn ein Zerwürfniß mit Rußland war der Untergang des einträglichen Ostseehandels. Der Lord empfing daher den Abgesandten der Warschauer Regierung, den geistreichen jungen Marquis Wielopolski sehr kühl und redete würdevoll von der Heiligkeit der europäischen Verträge, die er doch selber in dem belgischen Streite leichtherzig preisgegeben hatte. Er ward sogar durch die polnischen Wirren näher an die Ostmächte herangedrängt und ließ nach Paris sehr nachdrückliche Warnungen ergehen. Mißtrauisch wie er gegen alle Ausländer war, befürchtete er immer, Ludwig Philipp könne durch die Schmeicheleien der polnischen Agenten, durch die Brandreden der radicalen Propaganda doch noch in einen Krieg hineingerissen werden, der die Interessen der britischen Handelspolitik schädigte. Und wie nahe lag doch die Gefahr, daß die unglücklichen Iren, die von ihren fremden Zwingherren unvergleichlich härter mißhandelt wurden als die Polen, dann auch die Hilfe des freiheitspendenden Frankreichs anriefen! Nur in der Stille und ohne jeden Erfolg bekundete er den deutschen Mächten zuweilen seinen Unmuth über die allzu harte Behandlung der Polen.**) —

Um die Verwirrung der europäischen Lage zu vollenden, brach endlich im Februar 1831 auch in Italien der längst erwartete Aufruhr aus. Nirgends zeigte sich die unberechenbare, zwischen Furcht und Begehrlichkeit schwankende Politik der Orleans so gewissenlos; sie führte hier den alten, durch Frankreichs Ueberlieferungen gebotenen Kampf gegen Oesterreichs Herrschaft mit schlechten demagogischen Waffen fort und reizte die unglücklichen Italiener zu thörichten Aufständen, die sie doch nicht ernstlich zu unterstützen wagte. Da wurden zuerst die nach Frankreich geflüchteten piemontesischen Unzufriedenen durch die französischen Behörden dermaßen begünstigt und aufgestachelt, daß der geängstigte Turiner Hof ein Schutz-

*) Maltzahn's Bericht, 23. März 1831.
**) Maltzahn's Berichte 30. März, 3. Juli 1831.

bündniß mit Oesterreich schloß und der neue König Karl Albert von Carignan — derselbe, der einst vor der Rache des Wiener Hofes bei den französischen Bourbonen Schutz gesucht hatte — sich in tödlichem Hasse von Frankreich abwendete. Dann warf sich die französische Propaganda auf Mittelitalien. Sendboten der Pariser Geheimbünde überschwemmten das Land, Ludwig Philipp selber zahlte Geld an die Verschwörer — freilich nur eine bettelhafte Summe, nach der geizigen Weise der Orleans; und noch bethörender wirkte der in Paris so prahlerisch verkündigte Grundsatz der Nicht-Einmischung. Die Verschworenen glaubten fest, Oesterreich könne keine Einmischung wagen, weil Frankreich die Revolution mit seinen Waffen schirmen würde — dies versicherte ihnen der alte Unheilstifter Lafayette heilig — und mit den elenden Truppen ihrer Kleinfürsten und Priester meinten sie leicht fertig zu werden.

Also auf Frankreichs Schutz vertrauend wagten sie den Kampf. Im Laufe des Februar wurden die kleinen Despoten von Modena und Parma verjagt; die Romagna, Umbrien, die Marken, volle vier Fünftel des Kirchenstaates schüttelten das unerträgliche Joch des Papstthums ab. In Bologna wie in Modena trat eine revolutionäre Regierung zusammen, und aus den wirr durch einander fluthenden Hoffnungen und Entwürfen der Patrioten ließ sich doch schon erkennen, daß der nationale Gedanke in diesem edlen Volke klarer, greifbarer, bestimmter wurde, seit er aus dem aufgeregten Süden nach dem ruhigeren Norden hinüberdrang. Keine Rede mehr von den Parteifarben der Carboneria, die vor zehn Jahren in Neapel geprangt hatten. Das nationale Banner des Königreichs Italien wehte überall in den befreiten Landen, die sich stolz die Vereinigten Provinzen Italiens nannten; der Name des großen Stifters jenes Königreichs war in Aller Munde. Zwei seiner Neffen, die jungen Söhne Ludwig Napoleon's, bemerkte man inmitten der Aufständischen, zu Rosse, auf grünweißrothen Schabracken; manche der Verschworenen vermaßen sich schon den König von Rom aus Wien herbeizurufen.

Wunderbar, wie nun plötzlich dem Wiener Hofe die Schwingen wuchsen. Bei den Wirren der letzten Monate hatte er fast nur die Rolle des Chors in der Tragödie gespielt; jetzt zeigte sich Oesterreich ganz als italienische Macht. In der Beherrschung der Halbinsel sah Kaiser Franz die stärkste Stütze seines Reichs, aus den italienischen Besitzungen floß seinen Erzherzogen der größte Theil ihrer Reichthümer zu. Metternich suchte, da er für die Leiden Italiens nie ein Auge hatte, den einzigen Grund der Bewegung in der heillosen Doctrin der Nicht-Einmischung; er wollte, indem er die Revolution niederschlug, zugleich diese neue Völkerrechtslehre durch die That widerlegen, und als ihm sein Schlag gelungen war, rief er stolz: Das erste österreichische Bataillon in Italien hat die Lehre der Nicht-Einmischung zu Boden geschmettert.*) Wohl war das

*) Metternich an Ficquelmont, 29. April 1831.

Heer, trotz der Rüstungen der jüngsten Zeit, noch immer in üblem Zustande,*) und die Geldmittel konnten nur durch den mehr bereitwilligen als wohlfeilen Beistand des getreuen Hauses Rothschild aufgebracht werden; doch zu einem Kampfe gegen italienische Freischaaren fühlte sich die alte Kaisermacht noch stark genug. Sobald der Papst und die vertriebenen Fürsten ihren Hilferuf nach Wien erschallen ließen, rückten die Oesterreicher ein, und ehe der März zu Ende ging war das gesammte aufständische Gebiet wieder unterworfen. Franz von Modena verherrlichte seine Rückkehr nach seiner Gewohnheit durch Hinrichtungen und Einkerkerungen; der Papst aber begrüßte dankbar die auserlesene Schaar der Weißröcke, welche die Tempelschänder aus dem Levitengebiete vertrieben habe.

Den Hof des Palais Royal hielt Metternich durch einen diplomatischen Meisterzug in Schach. Er sendete nach Paris eine aus Wahrheit und Dichtung kunstvoll zusammengewobene Darstellung von dem Wesen und Ziele der italienischen Revolution (15. Februar). Danach sollte die Bewegung allein von dem Pariser Comité directeur ausgehen und den bestimmten Zweck verfolgen, den Sohn Napoleon's zum constitutionellen Könige von Italien zu erheben. Einige Beweisstücke, welche die weitverzweigten geheimen Umtriebe der Bonapartisten aufdeckten, legte er bei; dagegen verschwieg er weislich, daß der herrische König von Rom keineswegs gesonnen war, den italienischen Patrioten als Werkzeug zu dienen, sondern vielmehr zornglühend sich erboten hatte, mit seinem guten Degen seiner Mutter Marie Luise das verlorene Herzogthum Parma wieder zu erobern. Zwischen den Zeilen ward dann noch angedeutet, der Großvater Napoleon's II. könne vielleicht doch in die Lage kommen, sich seines Enkels zu bedienen. Zum Schluß die unverblümte Drohung: „Unser Bekenntniß muß von denen verstanden werden, welche bei Strafe ihrer eigenen Vernichtung die Freunde unserer Sache sein müssen; denn unsere Sache ist im Grunde ihre eigene.“ Das Mittel wirkte. Die Orleans zitterten vor dem Bonapartismus, der selbst in Ludwig Philipp's nächster militärischer Umgebung geheime Anhänger zählte, und der Gedanke der Einheit Italiens war der neidischen Politik des Bürgerkönigthums ganz ebenso unheimlich wie dem Wiener Hofe. Frankreich regte sich nicht. Erst als der Aufstand gebändigt war erließ das Pariser Cabinet eine Verwahrung gegen die Besetzung des Kirchenstaates; von den kleinen Herzogthümern sprach man nicht, sie galten allgemein als ein unantastbares Familienbesitzthum des Hauses Oesterreich. Metternich aber baute dem geschlagenen Feinde goldene Brücken. Ganz wie vor zehn Jahren versicherte er feierlich, Oesterreich sei nicht um seinetwillen, sondern um der europäischen Ruhe willen eingeschritten. Darum widersprach er auch nicht, als auf Frankreichs Wunsch die Gesandten der fünf

*) Maltzahn's Bericht, 9. Januar 1831.

Mächte in Rom zusammentraten um über die nothwendigen Reformen im Kirchenstaate zu berathen.

Am Berliner Hofe erregte das italienische Ränkespiel des Palais Royal lebhaften Argwohn. Ancillon, der für den erkrankten Bernstorff jetzt das Auswärtige Amt leitete, verhehlte dem französischen Gesandten nicht, daß der König Oesterreichs Verhalten in Italien durchaus billige. Mit dem ganzen Wortschwall seines wohlgesalbten Predigerstiles tadelte er den zweideutigen Grundsatz der Nicht-Einmischung: „Man kann nicht oft und nicht mannichfach genug diese revolutionäre Doctrin bekämpfen, welche darauf hinausläuft, daß die Empörung die heiligste der Pflichten und Niemand berechtigt ist deren Ausübung zu stören; sie untergräbt die Unabhängigkeit der Souveräne in ihren Grundlagen, indem sie ihnen die Möglichkeit nimmt ihre Verbündeten zu Hilfe zu rufen; sie würde die Maßregeln, welche die Regierungen im Interesse ihres Daseins und ihrer Selbsterhaltung für nöthig halten, von der Genehmigung Frankreichs abhängig machen."*) Weitaussehende Verbindlichkeiten wollte der König, seinem alten Grundsatze gemäß, um Italiens willen nicht ~~übernehmen~~; er lehnte ab, als der Turiner Hof ihn bitten ließ, gemeinsam mit Oesterreich die Bürgschaft für Piemonts Sicherheit zu übernehmen. Nur zu wohlwollender Vermittlung war er gern bereit.

Unter den Gesandten der Conferenz in Rom zeigte der preußische den größten Eifer. Bunsen hatte seit er in Rom heimisch geworden seine Vorurtheile gegen das italienische Volk längst überwunden, er legte den Gesandten eine Denkschrift vor (21. Mai), welche von allen gebilligt und seitdem durch ein Menschenalter dem römischen Stuhle immer wieder als wohlgemeinte Mahnung seiner Beschützer vorgehalten wurde. Ueber die Nichtswürdigkeit dieses Priesterregiments, das sich seit dem Tode des milden Cardinals Consalvi nur verschlechtert hatte, war Jedermann einig. Selbst Prokesch v. Osten, der abgesagte Feind der Revolution, der in Metternich's Auftrag die Zustände der Romagna beobachten sollte, fand die Lage des Volks ganz entsetzlich. Alle Höfe, auch der Wiener, wünschten aufrichtig das Gelingen der Reform; denn alle betrachteten den Kirchenstaat als eine europäische Nothwendigkeit und hielten das Papstthum selber für verloren falls seine weltliche Herrschaft unterginge. Bunsen's Vorschläge lauteten verständig und maßvoll: er verlangte Zulassung der Laien zu allen obrigkeitlichen Aemtern, gewählte Räthe für die Gemeinden und die Provinzen, dazu einen Rechnungshof, der durch Laien verstärkt den Unterschleifen der Priester endlich steuern sollte, und vielleicht noch einen Staatsrath. Aber wie konnte man hoffen, bei dem Papste auch nur diese bescheidenen Wünsche durchzusetzen? Der heilige Stuhl gab halbe Zusagen, und hielt sie nicht, weil er sie nicht halten konnte. Jede reine

---

*) Ancillon, Weisung an Maltzahn, 20. März 1831.

Theokratie ist Kastenherrschaft; die unerläßliche Vorbedingung aller Reformen, die Gleichstellung der Laien durfte der gekrönte Priester nicht im Ernst zugestehen.

Unterdessen forderte Frankreich, im Namen der heiligen Nicht-Einmischungslehre, laut und lauter die Räumung des Kirchenstaates, obgleich der Papst selber das längere Verweilen der Besatzungstruppen dringend wünschte und Jedermann in Bälde einen zweiten Aufstand erwartete. Ueber den langwierigen gereizten Verhandlungen rückte endlich der Tag heran, da die Pariser Kammern wieder zusammentreten sollten. Da spielte Ludwig Philipp den letzten Trumpf aus, der ihm fortan immer zu seinen Schein-Erfolgen verhelfen mußte; er erklärte: wenn Oesterreich nicht rechtzeitig die Romagna räume, dann könne er die Leidenschaften seiner Volksvertreter nicht mehr zurückhalten, und der Krieg werde unvermeidlich. Nunmehr gab Metternich in der Form nach, da er doch seinen wesentlichen Zweck erreicht hatte. Die kaiserlichen Truppen zogen im Juli ab, aber zugleich schloß Graf Lützow mit der dankbaren Curie einen geheimen Vertrag, kraft dessen Oesterreich sich verpflichtete, die Souveränität des Papstes unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, also beim nächsten Aufstande den Kirchenstaat sogleich wieder zu besetzen. Für diesen Fall erbat sich Metternich jetzt schon vorsorglich Preußens und Rußlands Unterstützung.*) Siegesfroh erzählten die Minister des Bürgerkönigs der tiefen Unwissenheit ihrer Abgeordneten das Märchen, daß Frankreich den Papst von dem kaiserlichen Joche befreit habe. In Wahrheit stemmte der Kaiserstaat fester denn jemals seinen Fuß auf Italiens Nacken. Das buhlerische Spiel der Orleans mit den Geheimbünden der Revolution trieb alle Fürsten der Halbinsel, auch den unberechenbaren Karl Albert dem Wiener Hofe in die Arme; in den nächsten Jahren blieb Oesterreich unbestritten die Vormacht Italiens. Unter der Jugend des Landes aber wendeten sich schon einzelne helle Köpfe, wie Graf Camillo Cavour, den constitutionellen Ideen des neuen Frankreichs zu; und ebenso folgenreich ward es für eine ferne Zukunft, daß Ludwig Napoleon hier zuerst in die Gesellschaft der Demagogen eintrat. Der Prinz verlor während jener Wirren in der Romagna seinen älteren Bruder durch den Tod, und als bald darauf (Juli 1832) auch der Herzog von Reichstadt starb, da gingen die Erbansprüche des napoleonischen Hauses auf diesen jungen Schweiger über. Der kriegerische Bonapartismus war mit dem stolzen König von Rom ins Grab gesunken; der neue Prätendent ging die stillen Wege des Verschwörers. —

Auch in der Schweiz fand die Juli-Revolution ein Nachspiel. Nicht umsonst hatten die Eidgenossen während der müden Jahre der Restauration ein von außen her ungestörtes Stillleben geführt; sie zeigten sich jetzt bei Weitem weniger abhängig von den Pariser Ideen als einst, da

*) Metternich an Trauttmansdorff, 5. Sept. 1831.

sie die helvetische Republik dem französischen Einheitsstaate nachbildeten und dann die Mediationsakte aus Bonaparte's Hand entgegennahmen. Obwohl ermuthigt durch das Beispiel der Franzosen bewahrte die Revolution hier ihren schweizerischen Charakter und darum nachhaltige Lebenskraft; sie erstrebte das Ziel der reinen Volksherrschaft, das sich aus der neueren Geschichte der Eidgenossenschaft mit Nothwendigkeit ergab. Nicht ohne Roheit und Gewaltthat, aber auch ohne schweren Bürgerkrieg, wurden in mehreren Cantonen, zumal in den größten und reichsten, die Herrschaft der Hauptstädte sowie die Vorrechte der Patricier gebrochen und demokratische Staatsformen eingeführt, deren Schwerpunkt in der erwählten Volksvertretung, dem Großen Rathe lag. Mit den demokratischen Gedanken verband sich das Verlangen nach Reform der lockeren Bundesverfassung. Indeß vermochte der Einheitsdrang in diesem classischen Lande des Föderalismus niemals so übermächtig zu werden, wie in Deutschland oder Italien. Die alten kleinen Händel der Landschaften währten fort; in Schwyz ward der Versuch gewagt den Canton in zwei Hälften zu zerschlagen, und das radicale Basellaud riß sich als souveräner Halbcanton von der conservativen Stadt Basel los. Da die Tagsatzung sich zu schwach fühlte alle diese Parteikämpfe zu beherrschen, so nahm sie den modischen Grundsatz der Nicht-Einmischung an. Ein solcher Beschluß augenblicklicher Verlegenheit konnte auf die Dauer nicht vorhalten; früher oder später mußten die Verfassungs-Aenderungen der Cantone auf den Bund zurückwirken. Dies erkannte auch Metternich mit dem Scharfblicke des Hasses. Er wußte, wie eifrig der Pariser Hof, der allein bei der Tagsatzung einen Botschafter unterhielt, sich wieder um die schweizerische Schirmherrschaft bemühte;*) auch fürchtete er, die Einheitsbewegung der Eidgenossen könne den Deutschen ein übles Beispiel geben. In seiner Angst sah er die Schweiz schon wieder dem Einheitsstaate der helvetischen Republik zutreiben und gab den Ostmächten zu erwägen, ob man eine solche Aenderung dulden könne, da doch jeder Canton ein wohlerworbenes Recht auf Erhaltung der alten Verfassung besitze und die Schweiz nur als Staatenbund von den großen Mächten anerkannt worden sei.**)

In der Menge dieser Gegensätze, welche den Welttheil erfüllten, lag doch einige Gewähr für den allgemeinen Frieden. Nur die Selbstüberhebung des Czaren Nikolaus mochte sich's zutrauen alle diese Knoten zugleich mit dem Schwerte zu durchhauen. Vorderhand waren die Ostmächte durch Polen und Italien beengt, die Westmächte durch innere Verlegenheiten. So konnte denn die Vermittlungsarbeit der Londoner Conferenz stätig voranschreiten, freilich nur unter wiederholten gefährlichen Rückschlägen, die zumeist durch Frankreichs Doppelspiel verschuldet wurden.

*) Otterstedt's Bericht, Bern 12. Juli 1830.

**) Metternich, Memorandum sur les affaires de la Suisse 23. Nov 1831.

Am 20. Januar 1831 einigte sich die Conferenz über die Grundlagen der Trennung der Niederlande: auf Bülow's Antrag wurde die Neutralität des künftigen belgischen Staates angenommen, der alle Landschaften südlich der alten holländischen Grenze, mit Ausnahme des deutschen Bundeslandes Luxemburg, umfassen sollte. Aber während dieser Verhandlungen rückte plötzlich Talleyrand mit seinen Herzenswünschen heraus: er verlangte für Frankreich die im Jahre 1815 an die Niederlande abgetretenen Grenzstriche um Philippeville und Marienburg. Jener wunderlichen Traumwelt, welche die Franzosen seit ihrer großen Woche umfing, konnte sich selbst der Nestor der Diplomatie nicht entziehen. Man war an der Seine so sehr daran gewöhnt, jede Pariser Thorheit von der gesammten liberalen Welt Europas nachgesprochen zu sehen, daß man im Ernst glaubte, auch das Verlangen nach der Rheingrenze werde von allen freien Köpfen des Welttheils gebilligt. Die besonneneren Franzosen meinten schon einen Beweis hoher Mäßigung zu geben, wenn sie diese „große Grenze" für jetzt noch nicht verlangten, sondern sich zunächst mit der in Paris sogenannten „kleinen Grenze" begnügten — mit der Rückforderung jener schmalen Grenzstreifen, welche der milde zweite Pariser Friede von Frankreich abgetrennt hatte. Lord Palmerston aber erkannte sofort, daß keine der Ostmächte auf eine solche Zumuthung eingehen konnte; von allen übrigen Bevollmächtigten unterstützt erklärte er sich scharf dawider. Nunmehr versuchte Ludwig Philipp durch geheime Sendungen den englischen Hof für diese kleine Grenze zu gewinnen. Zugleich forderte er die Neutralität für Luxemburg, worauf Preußen nachdrücklich erwiderte: der Deutsche Bund, dem Luxemburg angehöre, sei zwar nur zur Vertheidigung bestimmt, aber keineswegs neutral.*)

Der König der Niederlande erklärte sich mit den Vorschlägen der Conferenz einverstanden. Der Brüsseler Congreß hingegen erließ, verwöhnt durch die seltene Gunst des Glücks, eine leidenschaftliche Verwahrung und berief sich zum Schluß auf den großen Grundsatz der Nicht-Einmischung. Schon diese Wendung ließ erkennen, daß die Belgier auf französischen Beistand rechneten, und in der That erhob Frankreich plötzlich Bedenken gegen die Genehmigung der Conferenzbeschlüsse. Währenddem wurden große Truppenmassen in Lothringen, dicht an der Grenze, angehäuft, und am 28. Januar meldete der Commandirende des rheinischen Armeecorps, General Borstell, er müsse jederzeit einen plötzlichen Einfall in die Mosel- und Saarlande erwarten. Nach einer Berathung Bernstorff's mit den höchsten Führern des Heeres befahl der König nunmehr, das rheinische, das sächsische und einen Theil des westphälischen Armeecorps auf Kriegsfuß zu setzen, so daß jetzt volle zwei Drittel des preußischen Heeres zur

*) Bericht des Auswärtigen Amtes an K. Friedrich Wilhelm 15. Febr. Weisung an Bülow 15. Febr. 1831.

Bewachung der Grenzen im Osten und im Westen aufgeboten waren. Mit großer Offenheit ließ das Auswärtige Amt diese Vorsichtsmaßregeln dem Pariser Hofe mittheilen; selbst der Schein einer Herausforderung sollte vermieden werden.*)

Die Kriegsgefahr rückte noch näher, als der Brüsseler Congreß zur Königswahl für den neuen Staat schritt. Nachdem er schon im November die Entthronung der Oranier ausgesprochen hatte, war er jetzt keineswegs gesonnen seinen Beschluß zurückzunehmen. Gesichert durch das Spiel und Gegenspiel der großen Mächte hielten die Belgier sich für unangreifbar. Auf dem Namen König Wilhelm's lastete seit der Beschießung von Antwerpen ein furchtbarer Haß, und der ehrgeizige Prinz von Oranien hatte in jüngster Zeit eine so zweideutige Rolle zwischen den Parteien gespielt, daß sein eigener Vater ihm die belgische Krone kaum noch wünschte. Die Ostmächte begannen daher bereits an den Aussichten des Hauses Oranien zu verzweifeln. Bernstorff bekannte dies schon um Mitte Decembers; kaum vier Wochen später ließ Metternich in Petersburg die gleiche Meinung aussprechen und fügte betrübt hinzu: „was nicht Frankreich und England mit Wärme unterstützen kann nicht durchgesetzt werden." Selbst Czar Nikolaus konnte sich der hoffnungslosen Stimmung seiner Bundesgenossen nicht ganz erwehren; er befahl seinen Bevollmächtigten in London, die belgische Krone für den Prinzen von Oranien zu fordern; würden sie jedoch überstimmt, dann behalte sich der Kaiser vor zu entscheiden, ob ihm ein anderer Thronbewerber ungefährlich erscheine.**)

Desto kecker schritt der belgische Congreß vorwärts. Obgleich seine Mehrheit die Einverleibung in Frankreich nicht wünschte, so meinte sie doch, daß ihr Land nur von den Franzosen Hilfe zu erwarten habe. Um sich diesen Beistand zu sichern und das Interesse des furchtsamen Bürgerkönigs für immer an Belgien anzuketten wollte man seinem zweiten Sohne, dem Herzog von Nemours, den neuen Thron anbieten. Welch eine Dreistigkeit revolutionärer Selbstüberhebung! Wie konnte man glauben, daß die großen Mächte diesem Orleans, der kürzlich erst demüthig um seine eigene Anerkennung gebettelt hatte, jemals gestatten würden sich noch eine zweite Krone für sein Haus zu erschleichen? Und welch ein Hohn auf die soeben beschlossene, von den Belgiern selbst freudig begrüßte Neutralität des neuen Staates, wenn man hier eine französische Nebenkrone gründete! Ludwig Philipp erkannte auch sofort, daß seine übermüthigen belgischen Freunde gradeswegs auf einen allgemeinen Krieg lossteuerten, und ließ in Brüssel wie in London erklären, an die Annahme dieser Krone sei nicht zu denken. Doch mittlerweile tauchte ein neuer Throncandidat auf, der

*) Protokoll der Conferenz von Bernstorff, Gneisenau u. A. 7. Febr. Cabinetsordre an Prinz Wilhelm d. Aelt. 16. Febr. 1831.

**) Bernstorff, Weisung an Bülow, 17. December 1830. Metternich an Ficquelmont, 10. Januar. Weisung an Lieven, 19. Januar (a. St.) 1831.

junge Herzog von Leuchtenberg, und augenblicklich änderte sich die Haltung des französischen Hofes. Sobald es galt den furchtbaren Namen der Napoleons aus dem Wege zu schaffen, war den Orleans kein Mittel zu verächtlich. Bresson und Lawoestine, Ludwig Philipp's Bevollmächtigte in Brüssel, gaben nunmehr unter der Hand die heilige Versicherung, der König werde seinem Sohne die Thronbesteigung gestatten; so gewannen sie van de Weyer, Nothomb und mehrere andere der fähigsten Mitglieder des Hauses. Am 3. Februar wählte der Congreß mit einer Mehrheit von zwei Stimmen den Herzog von Nemours zum König der Belgier.

Das Gaukelspiel der Orleans hatte seinen Zweck erreicht, der Napoleonide war beseitigt; und da überdies die Londoner Conferenz mittlerweile den verständigen Beschluß gefaßt hatte, daß kein Mitglied eines der fünf großen Herrscherhäuser die Krone des neutralen Staates tragen dürfe, so empfingen die Abgesandten des belgischen Congresses im Palais Royal eine runde Absage. Der Bürgerkönig hielt ihnen eine von tugendhaften Gemeinplätzen strotzende Rede und betheuerte den Tiefgerührten, dem Beispiele Ludwig's XIV. und Napoleon's wolle er nicht folgen.

Begreiflich genug, daß nach solchen Proben französischer Rechtschaffenheit die Kriegspartei in Berlin immer wieder ihre Stimme erhob. Mit allen hochkirchlichen Schlagworten der Haller'schen Staatslehre beschwor Herzog Karl von Mecklenburg seinen königlichen Schwager, die Monarchie von Gottes Gnaden zu vertheidigen wider den treulosen Aufruhr: „Wie ein Vater seine Kinder regieret und leitet, die ihm die Gnade Gottes gegeben hat, so soll ein König der Vater seiner Völker sein, ein Gott auf Erden, verantwortlich dem Allerhöchsten, der ihm die Macht verlieh und die Völker anvertraute.“ Solche Stilübungen konnten Bernstorff's Nüchternheit nicht beirren; sie ärgerten selbst den Fürsten Wittgenstein, der überhaupt in dieser Krisis den Parteimann ganz verleugnete und die Friedenspolitik des Königs treulich unterstützte.*) Noch weniger fiel die Stimme des alten Hans von Gagern ins Gewicht, als er in den „Vaterländischen Briefen“ der Allgemeinen Zeitung das unantastbare Recht des Hauses Oranien vertheidigte; der wunderliche Reichspatriot hatte einst bei der Gründung des niederländischen Gesammtstaates nur zu eifrig mitgeholfen und betrachtete jetzt den Zerfall seines kunstvollen Gebildes wie eine persönliche Demüthigung. Bedenklicher war, daß die Bewohner des linken Rheinufers für ihre Sicherheit besorgt wurden. Eine geschlossene französische Partei bestand im preußischen Rheinlande längst nicht mehr, Dank den unverkennbaren Wohlthaten der neuen Verwaltung. Jedoch das Zutrauen zu der Dauer der deutschen Herrschaft hatte sich noch nicht

*) Herzog Karl von Mecklenburg, Denkschrift über die Kriegsfrage, März 1831. Wittgenstein an Bernstorff, 27. März 1831.

befestigt und es ward abermals schwer erschüttert, als die Franzosen allesammt die verhüllte oder unverhüllte Einverleibung Belgiens verlangten; überall hörte man die Frage, ob der König nicht durch übermäßige Geduld den gallischen Hochmuth gradezu herausfordere. Unter den Eindrücken dieser rheinischen Befürchtungen verfaßte Arndt zu Anfang des Jahres seine Flugschrift: Die Frage über die Niederlande und die Rheinlande — ein Büchlein, das allein schon hätte genügen sollen den treuen Mann von dem Verdachte des Demagogenthums zu reinigen. „Wir hatten das Füchslein vor sechzehn Jahren in den Eisen, und es war mit Schwanz und Klauen fest" — so begann er seine grelle Schilderung der insgeheim bohrenden und wühlenden französischen Politik; freimüthig hielt er den deutschen Liberalen ihre wälsche Verbildung vor. Königlicher als sein König wollte er in der belgischen Erhebung nichts weiter sehen als ein von Frankreich angezetteltes höllisches Gaukelspiel und verlangte durchaus, daß die Narren und Narrengenossen in Brüssel zu dem Hause Oranien zurückkehren müßten, sonst verfalle Belgien rettungslos der Herrschaft Frankreichs. —

Da erfolgte in Paris eine friedliche Wendung, welche deutlich zeigte, daß die Dinge so verzweifelt doch nicht standen. Das Juli-Königthum begann sich im Innern zu befestigen. Bereits war Lafayette von seiner gefährlichen Stellung an der Spitze der Nationalgarde verdrängt. Im März wurde das Ministerium der Bewegungspartei gestürzt, und der Führer des Juste milieu, Casimir Perier, trat ans Ruder, ein reicher Kaufherr, der aus Erfahrung wußte, daß große Geschäfte durch kleine Schliche nicht gefördert werden, ein Mann der strengen gesetzlichen Ordnung, stolz und unbiegsam, herrisch genug um zugleich die Ränke des Monarchen und die Leidenschaften der Radicalen niederzuzwingen, friedliebend von Grund aus, aber auch fest entschlossen der Würde seines Landes nichts zu vergeben — Alles in Allem der größte politische Charakter unter den Staatsmännern des Juli-Königthums. Die wüsten Träume der revolutionären Propaganda wies er weit von sich: die Freiheit soll stets national sein, Frankreichs Blut gehört nur Frankreich an. Den großen Mächten gegenüber sprach er sich bestimmt und offen aus — so weit ein Minister dieses zwitterhaften Königthums aufrichtig sein konnte. Bald gewann er Werther's Freundschaft, und der Berliner Hof bekannte, daß „Frankreich durch seine Haltung und seine Grundsätze jetzt Vertrauen zu verdienen beginne." Selbst in Wien und Petersburg wurde die Friedenspolitik des ehrlichen Bourgeois anerkannt, obgleich bei Metternich immer wieder der stille Groll gegen das System des Juste milieu durchbrach — gegen „diese rechte Mitte, die stets dem Guten feindlich ist und, wenn sie das Böse nicht offen begünstigt, ihm doch zu schmeicheln sucht."*) Eine von

*) Ancillon, Weisungen an Schöler 5. Mai, an Maltzahn 30. Mai; Metternich an Trauttmansdorff 9. August 1831.

Wien aus eingeleitete langwierige Verhandlung wegen gleichzeitiger Abrüstung aller Mächte führte zwar nicht zum Ziele, da solche Vorschläge an dem natürlichen Selbstgefühle souveräner Staaten nothwendig scheitern müssen; immerhin bewies sie, daß die Spannung etwas nachließ.*) Völlig ehrenhaft und zuverlässig verfuhr das französische Cabinet auch unter Casimir Perier's Leitung nicht, da Talleyrand in London, hinter dem Rücken des Ministers doch schwerlich ohne Vorwissen Ludwig Philipp's, auf eigene Faust Politik trieb und in geheimnißvollen Andeutungen die Theilung Belgiens empfahl.

Nachdem die Trennung des niederländischen Gesammtstaates entschieden war, lag es in Preußens Interesse, die neue Ordnung der Dinge rückhaltlos anzuerkennen, den Belgiern rasch zu einem Oberhaupte zu verhelfen und also dem preußischen Staate den entscheidenden Einfluß in Brüssel zu sichern. Jedoch zu einer so kühnen Schwenkung, wie sie Lord Palmerston leichten Herzens vollzogen hatte, konnte sich König Friedrich Wilhelm in seiner gewissenhaften Bedachtsamkeit nicht entschließen. Er wollte weder das legitime Recht der oranischen Verwandten kurzerhand bekämpfen, noch mit dem Brüsseler Congresse, der seine französischen Neigungen so unverhohlen bekundet hatte, in Verkehr treten, und am allerwenigsten den Bund der Ostmächte auflockern, dessen Preußen jetzt mehr denn je bedurfte. Czar Nikolaus hoffte, trotz Allem was mit seiner eigenen Zustimmung geschehen war, noch immer auf die Wiederherstellung der oranischen Herrschaft, und Metternich wagte nicht dem Gefürchteten offen zu widersprechen. So geriethen die Ostmächte allesammt in eine schiefe Stellung; sie überließen den Westmächten die Vorhand in dem niederländischen Spiele und begnügten sich, widerwillig, schmollend hinzunehmen was nicht mehr zu ändern war. Während Palmerston mit van de Weyer sich immer enger befreundete, der Bürgerkönig durch seine Agenten den Brüsseler Congreß bearbeiten ließ, wurde in Berlin der Bevollmächtigte der belgischen Regierung, Baron Behr, durch den Bureaudirector des Auswärtigen Amts kurzweg abgewiesen, weil zwischen Preußen und Belgien keine Beziehungen beständen, außer denen, welche die Londoner Conferenz erst herzustellen suche.**)

Nach der vergeblichen Königswahl vom Februar versuchte Ludwig Philipp unter der Hand, seinem Neffen, dem blutjungen Prinzen Karl von Neapel, die belgische Krone zu verschaffen, stand aber sogleich davon ab als er den Unwillen der Ostmächte bemerkte.***) Inzwischen übernahm der Baron Surlet de Chokier die Regentschaft, ein alter Clericaler, der seit Jahren mit den Oraniern verfeindet, sich doch zu der belgischen Erhebung kein Herz fassen wollte; er hatte in seiner Jugend die brabantische

*) Alopeus an Ancillon, 2. Mai; Antwort 26. Mai 1831 u. s. w.

**) Bureau-Director Zahn an Baron Behr, 23. April 1831.

***) Alopeus an Ancillon, 8. März 1831.

Revolution erlebt und befürchtete, auch dieser neue Aufstand werde wieder mit der Einverleibung in Frankreich endigen. Seine Räthe Lebeau, Devaux und der junge Nothomb dachten muthiger; sie verfielen auf den glücklichen Gedanken, dem Wittwer der Prinzessin von Wales, dem Prinzen Leopold von Coburg die Krone anzubieten. Es konnte nicht fehlen, daß der englische Hof dieser Candidatur zustimmte. Den Ostmächten erschien der deutsche Prinz nicht unannehmbar; auch Ludwig Philipp stimmte bald zu und benutzte die Gelegenheit zu einem vortheilhaften Geschäfte, indem er dem Coburger die Hand seiner Tochter Luise versprach. Der kluge, ehrgeizige Prinz war bereit dem Rufe zu folgen und bewährte sogleich seine diplomatische Meisterschaft. Er sah ein, daß Belgien ohne Verständigung mit der Londoner Conferenz seine Unabhängigkeit nicht behaupten konnte. Es gelang ihm, erst Palmerston, dann auch die anderen Bevollmächtigten zu überreden, und am 27. Juni entschloß sich die Conferenz, ihre früheren Beschlüsse über die Theilung des Gebiets und der Staatsschuld zu Gunsten Belgiens etwas abzuändern. Die neuen Vorschläge für die Friedenspräliminarien wurden in Achtzehn Artikeln zusammengefaßt und von dem belgischen Congresse angenommen. Nunmehr durfte Leopold mit einiger Sicherheit auf die Anerkennung der großen Mächte hoffen; am 21. Juli zog er als König in Brüssel ein.

König Wilhelm empfand das Alles wie eine persönliche Beschimpfung. Die Achtzehn Artikel waren ohne Vorwissen der holländischen Bevollmächtigten zwischen Palmerston, Leopold und den Belgiern verabredet und von den Gesandten der Ostmächte nur darum gutgeheißen worden, weil diese immer noch vertrauensvoll auf Englands Freundschaft bauten, den britischen Minister nicht ganz in Frankreichs Arme treiben wollten. Um die Zustimmung des Oraniers nachträglich zu erwirken, sendete die Conferenz den Freiherrn von Wessenberg nach dem Haag. Widerwillig unterzog sich der Oesterreicher dem peinlichen Auftrage; er wußte, daß Kaiser Franz und Metternich dies neue Zugeständniß an den belgischen Aufruhr sehr ungern sahen, und schrieb entschuldigend: „Wir haben gegen uns die Zeit, die Ereignisse, Frankreich und selbst England.“ Die Sendung blieb erfolglos, wie Metternich vorausgesehen.*) König Wilhelm verwarf nicht nur die Achtzehn Artikel, er entschloß sich auch zu einem neuen Waffengange um schlimmsten Falles die Ehre seiner Fahnen wiederherzustellen. Am 1. August ließ er den Waffenstillstand kündigen. In einem Feldzuge von zehn Tagen warf sein tapferes Heer, unter der Führung des Prinzen von Oranien und des Herzogs Bernhard von Weimar, die erbärmlichen belgischen Milizen gänzlich über den Haufen; nach dem Gefechte von Hasselt war der neue König selbst in Gefahr gefangen zu werden. Da

*) Wessenberg an Metternich, 27. Juni. Metternich an Esterhazy, 6. Juli, an Trauttmansdorff 8. Juli. Maltzahn's Berichte, 16. 20. August 1831.

kam Hilfe aus Frankreich. Leopold hatte sich alsbald nach London und Paris gewendet und von Ludwig Philipp die Antwort erhalten: die Franzosen würden sogleich zur Stelle sein um Belgiens Neutralität und „den durch den König der Niederlande so thöricht gestörten Frieden" zu sichern; „meine beiden ältesten Söhne, auch jener, für den ich die Krone, welche Sie tragen, nicht angenommen habe, werden das Heer begleiten."*)

So gab der Staat, der den Grundsatz der Nicht-Intervention aufgestellt, selber das Beispiel einseitiger Einmischung. Die Phrase ward zu Schanden vor der Macht der Thatsachen; denn duldete Ludwig Philipp die militärische Ueberwältigung Belgiens, die doch nicht mehr zu einer dauernden Unterwerfung führen konnte, so war der Thron der Orleans unzweifelhaft verloren, der Radicalismus kam in Paris obenauf und entfesselte den allgemeinen Krieg. Während die englische Flotte sich bei Dover versammelte, rückte Marschall Gerard mit 40000 Mann in Belgien ein. Am 12. August erschien der Herzog von Orleans in Brüssel. Auf die erste Aufforderung der Franzosen hielten die Holländer in ihrem Siegeszuge inne und räumten das belgische Gebiet. Zugleich ließ Perier nach allen Seiten hin beschwichtigende Erklärungen ergehen: Frankreich handle ohne Hintergedanken, nur im Namen der fünf Mächte, da die Zeit nicht erlaubt habe die Londoner Conferenz selber zu befragen; das möge peinlich sein „für die großmüthige Seele des Königs von Preußen", aber in Paris wie in Berlin wolle man dasselbe: die Neutralität Belgiens und den allgemeinen Frieden; auch werde das französische Heer weder holländisches Gebiet betreten noch sich der preußischen Grenze nähern.**) Die Versicherungen des Ministers waren ehrlich gemeint; doch anders dachten die französischen Truppen. Hier träumte man nur von einem großen Kriege; General Lawoestine trat gegen die Holländer, als er die Einstellung der Feindseligkeiten verlangte, anmaßend und höhnisch auf;***) seine Offiziere meinten in den Reihen der Holländer schon preußische Bataillone zu bemerken und forderten laut Vergeltung für Waterloo.

Das preußische Cabinet ward durch den Friedensbruch der Holländer peinlich überrascht. König Wilhelm setzte sich dadurch offenbar ins Unrecht, da er ja selber die Vermittlung der Londoner Conferenz angerufen und den Waffenstillstand angenommen hatte. Darum konnte Preußen ein Unternehmen, das die ganze mühsame Friedensarbeit der Conferenz wieder in Frage stellte, nicht unterstützen; sein Militärbevollmächtigter, Oberstleutnant v. Scharnhorst, der im Hauptquartiere des Prinzen von Oranien dem kurzen Feldzuge zusah, hatte einen schweren Stand, er durfte den klagenden Holländern durchaus keine Hilfe in Aussicht stellen.

*) König Ludwig Philipp an König Leopold, 4. August 1831.

**) Sebastiani an Graf Flahault, 5. August. Bülow an Nagler, 6. August 1831.

***) Bericht des Oberstleutnants v. Scharnhorst an den König, Tirlemont 14. August 1831.

Aber noch weit weniger wollte Preußen durch bewaffnetes Einschreiten dem Friedensbrecher Halt gebieten; diese Frage ward in Berlin nicht einmal aufgeworfen, denn der gesammte Hof stand mit seinen Herzenswünschen auf der Seite des Oraniers. So ließ man denn unwillig die französische Einmischung geschehen, zumal da sie überraschend schnell erfolgte und rechtzeitig nicht mehr zu verhindern war. Ancillon klagte entrüstet: „Frankreich hat ohne Scham und ohne Rückhalt eine empörende Parteilichkeit für Belgien gezeigt.“ Sobald die Waffenruhe wieder hergestellt war, forderte König Friedrich Wilhelm auf der Londoner Conferenz sehr nachdrücklich den ungesäumten Abmarsch der Franzosen; er drohte nöthigenfalls seine rheinischen Regimenter einrücken zu lassen. Da alle Mächte das Verlangen Preußens unterstützten, so sah sich Frankreich gezwungen diesmal Wort zu halten.*) Wenige Tage nach dem Einmarsch begann schon der Rückzug der französischen Truppen, zu Ende Septembers war Belgien wieder geräumt. Die Pariser tobten über die erlittene Schmach; allesammt waren sie der bescheidenen Meinung, daß Belgien durch einen leichten Handstreich mit Frankreich hätte vereinigt werden müssen. Marschall Gerard wurde daheim wie ein Landesverräther empfangen; er hatte, als seine Tapferen auf dem Schlachtfelde von Belle Alliance dem niederländischen Löwendenkmal den Schwanz abzuhacken begannen, dies löbliche Unternehmen verboten, und nun jammerte die Presse des Volkes, das an der Spitze der Civilisation zu marschiren wähnte, wie aus einem Munde: nicht einmal der Löwe von Waterloo ist zerstört!

In Wahrheit hatte Perier's ruhige Entschlossenheit den Ostmächten eine empfindliche Schlappe beigebracht. Frankreich allein war, ohne daß die anderen Mächte zu widerstehen wagten, thatkräftig für den Frieden eingetreten, sein Bürgerkönig erschien, für den Augenblick mindestens, als der mächtige Schirmherr Belgiens. Und was für Ränke spann dieser Orleans wieder hinter dem Rücken seines Ministers. In demselben Augenblicke, da er zu Belgiens Gunsten die heilige Nichteinmischungslehre mit Füßen trat, holte er schon aus zum Todesstoße wider seinen eigenen Schützling. Bestimmter, zudringlicher als zuvor enthüllte Talleyrand jetzt dem preußischen Gesandten seine begehrlichen Anschläge: der klägliche Verlauf dieses Feldzugs habe doch zur Genüge bewiesen, daß Belgien nicht durch eigene Kraft bestehen könne; am einfachsten also, wenn das Land zwischen Preußen, Holland und Frankreich aufgetheilt würde; England sei leicht zu gewinnen, wenn man in Antwerpen und Ostende Freihäfen einrichte. Palmerston, der Andere stets nach seinem eigenen Charakter beurtheilte, argwöhnte Anfangs, daß Bülow diesen Lockungen ein williges Ohr leihe. Der Preuße aber lehnte Alles rundweg ab; wie hätte er

*) Ancillon an Maltzahn 11. August, an Schöler 17. September 1831.

sich unterstehen dürfen, seinen König zur Beraubung des Hauses Oranien zu verleiten!

Durch alle diese Zettelungen wurde die Kriegsgefahr wieder näher gerückt. Czar Nikolaus knirschte vor Zorn, als er den Einmarsch der Franzosen erfuhr. Er ließ den deutschen Mächten feierlich versichern — dies seien seine eigenen Worte —: augenblicklich werde sein Reich noch durch innere Verlegenheiten, durch den polnischen Krieg und die Cholera gehemmt; aber „wenn ihm auch nur ein einziges Regiment zur Verfügung bliebe, so würde er es senden um in den Reihen des österreichischen und preußischen Heeres zu kämpfen, damit im Angesichte Europas die unzertrennliche Verbindung der drei Mächte des Festlandes sich bewähre."*) Als Rußland bald darauf durch den Fall von Warschau wieder freie Hand erhielt, schlug Metternich den Ostmächten vor, ihr altes Bündniß enger zu schließen, einen ständigen diplomatischen Ausschuß, ein centre d'entente zur Leitung der gemeinsamen Politik einzusetzen, da auf England doch nicht mehr zu rechnen sei.**) Der Plan gelangte jedoch nicht zur Reife. Das Friedensbedürfniß war überall zu stark; alle Mächte wünschten den leidigen belgischen Handel endlich aus der Welt zu schaffen.

Die Londoner Conferenz nahm ihre Versöhnungsversuche wieder auf, jetzt aber mit etwas veränderter Gesinnung. Die Kriegsthaten des holländischen Heeres übten doch ihre Wirkung, Belgien war durch seine offenbarte Schwäche tief in der allgemeinen Achtung gesunken, die Ostmächte bestanden darauf, daß der unbeugsame Oranier nicht allzu hart behandelt würde.***) Am 14. October stellte die Conferenz in Vierundzwanzig Artikeln neue Friedenspräliminarien fest, welche für Holland günstiger lauteten als die Achtzehn Artikel: der Streit über die Grenzen sollte dadurch geschlichtet werden, daß Belgien einen Theil der Provinz Limburg abtrat und dafür die westliche Hälfte von Luxemburg eintauschte — immer mit Vorbehalt der Rechte des Deutschen Bundes. Die Belgier murrten; ihr König aber sah weiter, er verkannte nicht, daß sein ungerüsteter Staat keinen Widerstand wagen durfte, und nahm die Vierundzwanzig Artikel an. König Wilhelm hingegen hatte aus den Erfolgen seines Heeres neuen Muth geschöpft und ließ in Berlin durch Prinz Albrecht von Preußen schroff erklären, „den schmachvollen Untergang Hollands" könne er nimmermehr genehmigen. Dabei blieb er, auch als die preußische Regierung ihm in einer ausführlichen Denkschrift vorhielt, daß Holland nach den Vierundzwanzig Artikeln noch immer ein größeres Gebiet behalte als zu den Zeiten der Republik.†) Der kluge Coburger hatte also nochmals die großen

*) Nesselrode an Tatistschew, in Berlin überreicht 30. Aug. 1831.

**) Ancillon an Maltzahn, 23. Sept. 18. Oct., Nesselrode an Tatistschew, 7. Oct. 1831.

***) Nesselrode an Lieven, 17. Nov. 1831.

†) Witzleben an Ancillon, 22. Oct. Eichhorn's Denkschrift über die niederländische Frage, 25. Oct. 1831.

Mächte auf seiner Seite. Am 15. November ward ihm der Triumph, daß die Bevollmächtigten der Londoner Conferenz mit seinem Gesandten van de Weyer einen Vertrag schlossen und das Königreich Belgien, auf Grund der Vierundzwanzig Artikel, förmlich anerkannten. Im nächsten Monat verständigte er sich sodann mit den Mächten des alten Vierbundes über die längst beabsichtigte Schleifung von fünf festen Plätzen an der Südgrenze. Frankreich wurde von dieser Verhandlung ausgeschlossen und seine lärmenden Klagen über den „infamen" Festungsvertrag blieben ohne Folgen. —

Also trat, von den großen Mächten mittelbar anerkannt, die belgische Verfassung in Wirksamkeit. Sie beruhte, wie es nicht anders sein konnte, auf dem Grundsatze der Volkssouveränität, da der neue Staat sein Dasein einer Revolution verdankte und zudem die alten Freiheiten der Joyeuses entrées, welche den Brabantern sogar das Recht des Widerstandes gewährt hatten, noch in frischer Erinnerung standen. „Alle Gewalten gehen von der Nation aus," so bestimmte ihr wichtigster Artikel. Jedes historischen Rechtes baar regierte der König nur kraft Vertrages, durch den Willen des Volks, er mußte sich alljährlich sämmtliche Steuern sowie den ganzen Bestand des Heeres von den Kammern neu bewilligen lassen und er konnte solche Abhängigkeit ertragen, weil in diesem neutralen Mittelstaate weder eine große auswärtige Politik noch ein ernsthaftes Heerwesen möglich war. Jene republikanische Doctrin Rotteck's und seiner Schüler, welche den constitutionellen König aller selbständigen Gewalt entkleidete, war hier mithin noch folgerichtiger durchgeführt als in Frankreichs neuer Charte. Obgleich das constitutionelle Leben in dem fruchtbaren Erdreich altniederländischer Gemeindefreiheit tiefere Wurzeln schlagen konnte als auf dem steinigen Boden des napoleonischen Verwaltungsdespotismus, so schuf die Revolution doch in Belgien wie in Frankreich nur die Classenherrschaft des reichen Bürgerthums. Ein hoher Census schloß die Massen vom Wahlrechte aus, so daß in den Dörfern erst auf 104 Einwohner ein Wähler kam; die erste Kammer, der Senat, vertrat ausschließlich das Groß-Capital, im ganzen Lande waren nur 403 Männer für diese oligarchische Körperschaft wählbar.

Mit der Bourgeoisie aber theilte sich der römische Clerus in die Beherrschung des Staates — und hierin lag die europäische Bedeutung des neuen Gemeinwesens. Wenn Richelieu einst gehofft hatte, aus den spanischen Niederlanden eine katholische Republik zu bilden, die dem streitbaren Calvinismus der Holländer die Wage halten sollte, so ging der Traum des Cardinals jetzt herrlich in Erfüllung. Seit dem Herbst 1830 ließ Lamennais zu Paris im Verein mit Pater Lacordaire und dem Grafen Montalembert die Zeitschrift l'Avenir erscheinen, ein Blatt, das mit feuriger Beredsamkeit zugleich die römische Weltherrschaft und eine fast schrankenlose politische Freiheit vertheidigte. Die Leitartikel des Avenir

fanden nirgends eifrigere Leser als in den Reihen des Brüsseler Congresses; genau nach den Weisungen dieses neufranzösischen kirchlichen Radicalismus wurde der Kirche in Belgien eine Macht eingeräumt, wie sie ihr noch nie ein europäischer Staat zugestanden hatte. Nothomb und seine liberalen Freunde wähnten damit nur dem gerühmten Vorbilde des amerikanischen voluntary system zu folgen. In Wahrheit begnügte sich die Kirche in Belgien keineswegs wie in Nordamerika mit der bescheidenen Stellung eines Privatvereines; sie blieb vielmehr im Besitze fast aller der Ehren und Vorrechte, welche sie den spanischen Königen verdankte, und ließ sich vom Staate die Gehalte ihrer Priester bezahlen. Der Staat aber verzichtete auf jedes Recht der Kirchenhoheit, selbst auf die Mitwirkung bei Bischofswahlen. Als zwei gleichberechtigte Souveräne, in ungelöstem Dualismus, standen weltliche und geistliche Gewalt nebeneinander; und da ein völlig religionsloser Staat in Europa sich nicht zu halten vermag, so begann der Clerus alsbald in das politische Gebiet überzugreifen. Gedeckt durch das modische Schlagwort der Unterrichtsfreiheit bemächtigte er sich fast des gesammten Volksschulwesens, und mit solchem Erfolge, daß in diesem Lande uralter Cultur die Kunstfertigkeit des Lesens und Schreibens von Jahr zu Jahr seltener wurde. Die schwache Staatsgewalt störte ihn wenig; ein evangelischer König mußte, wie der kluge Nuntius Capaccini sogleich voraussagte, inmitten eines rein katholischen Volkes jeden Streit mit der Curie ängstlich vermeiden. Der belgische Staat glich einem jener spanischen Dome, wo die Clerisei, durch die hohe Wand des Retablo von den Laien abgetrennt, das Mittelschiff sammt dem hohen Chore allein besetzt hält, die Gemeinde nur aus den Seitenschiffen einen Blick nach dem fernen Altar werfen darf.

Sobald die Folgen der neuen Kirchenfreiheit offenbar wurden, begann die Union, welche den belgischen Staat geschaffen hatte, sich aufzulösen. Clericale und Liberale traten in zwei feindliche Lager auseinander, beide Parteien fast gleich stark, die eine mächtig durch das gläubige Landvolk und eine Unzahl kirchlicher Vereine, die andere vorherrschend in den Städten und unterstützt durch die Freimaurerei, die hier noch weit mehr als in anderen katholischen Ländern eine politische Färbung annahm. Das ewige Auf und Ab dieser beiden Parteien, der Streit zwischen der Loge und dem Beichtstuhl füllte fortan die Geschichte Belgiens aus. Unkirchlich, einseitig politisch wie die Bildung der Zeit war, erregte dieser krankhafte, unversöhnliche Parteikampf bei den Nachbarvölkern kein Befremden. Man hielt den Gegensatz für harmlos, weil die Belgier allesammt treu zu der Verfassung standen, und bemerkte nicht, daß die beiden Parteien in ihrer sittlichen Weltanschauung so weit von einander abwichen wie das neunzehnte vom dreizehnten Jahrhundert. Dies Land der Priestermacht wurde bald überall als der Musterstaat constitutioneller Freiheit gepriesen, da sein Grundgesetz alle Kernsätze des Vernunftrechts

enthielt und die Parteien in erfrischendem Wechsel — so lautete der beliebte Zeitungsausdruck — sich im Genusse der Herrschaft ablösten. Unter dem Schutze einer klugen Handelspolitik nahm der Gewerbfleiß einen mächtigen Aufschwung. Die beiden führenden Stände, Bourgeoisie und Clerus, hatten ihr Ziel vorläufig erreicht, die hart bedrückten Arbeiter aber in den Bergwerken und Fabriken waren noch nicht zum Bewußtsein ihrer elenden Lage gelangt. So verlebte der junge Staat lange Jahre in ungestörter Ruhe, und alle Welt glaubte, daß er dies Glück allein den Wunderkräften seiner Musterverfassung verdanke. Vornehmlich auf den ehrgeizigen Clerus und das erstarkende Bürgerthum der preußischen Rheinlande übten die Zustände des Nachbarlandes einen verführerischen Zauber, und — so stark war der weltbürgerliche Zug der Zeit, so schwach ihr Verständniß für die historische Eigenart der Staaten — zuweilen hörte man hier schon die naive Frage: ob das waffengewaltige paritätische Preußen nicht in den Verfassungsformen des neutralen katholischen Belgiens sein Heil suchen solle?

Daß in Belgiens demokratischer Verfassung die Krone noch einiges Ansehen behauptete, war allein das Verdienst des neuen Königs. Leopold stand noch in der Blüthe des Mannesalters, und wie viele seltsame Wandlungen lagen schon hinter ihm! Gewandter, rastloser, listiger als in dem Leben dieses coburgischen Ulysses hat sich der alte abenteuernde Weltbürgersinn des deutschen Kleinfürstenstandes nie gezeigt. Viermal wechselte er wohlgemuth sein Vaterland; aus einem Deutschen ward er ein Russe, dann Engländer, dann Grieche, schließlich ein Belgier, und es lag nur an den Umständen, daß er nicht auch noch zum Spanier oder Brasilianer wurde. Selbst seine Muttersprache verlernte er nach und nach, so daß er im Alter nur noch ein mit englischen und französischen Brocken versetztes Deutsch schreiben konnte. Als russischer General nahm er rühmlichen Antheil an den Schlachten des Befreiungskrieges und besorgte sodann auf dem Wiener Congresse umsichtig die Geschäfte des Coburgischen Hauses. Nachher errang er die Hand der Prinzessin von Wales und dachte dereinst als Prinz-Gemahl die britische Politik zu leiten; als diese stolzen Träume durch den Tod seiner Gemahlin zerstört wurden, behauptete er sich am englischen Hofe in geachteter Stellung trotz der Ungunst Georg's IV. Da beriefen ihn die Griechen auf ihren Thron; sofort war er bereit und begann schon sich in die neue Rolle einzuleben. Nach längerem Zaudern zog er jedoch sein Versprechen zurück, weil er voraussah, daß Griechenland in seinen engen Grenzen sich nicht kräftig entwickeln konnte, und weil er insgeheim hoffte, in England als Rathgeber seiner Nichte Victoria einst noch größere Erfolge zu erringen. Auch diese immerhin unsicheren Hoffnungen wurden wieder aufgegeben, als der Ruf aus Belgien kam, der in der That den rechten Mann an die rechte Stelle führte. Noch bevor Leopold den Thron

bestieg, rettete er durch seine kluge Fügsamkeit gegen die Londoner Conferenzen den belgischen Staat vom sicheren Verderben, und mit der gleichen diplomatischen Meisterschaft verstand er während eines Menschenalters zwischen den beiden großen Parteien hindurchzusteuern, so daß er sich nicht nur persönlich den Dank der Belgier verdiente, sondern sogar ein schwaches Gefühl dynastischer Anhänglichkeit in diesem Staate von gestern wachrief. Als Freimaurer und alter Freund der Whigs den Liberalen willkommen, gewann er auch das Vertrauen der Clericalen und nahm selbst den eifernden Papst Gregor XVI. für sich ein. Obwohl er die Verfassung gewissenhaft einhielt und seine Ministerien je nach den wechselnden Abstimmungen der Kammern bereitwillig veränderte, blieb er sich doch seiner Ueberlegenheit stets bewußt und sagte zu Vertrauten: „für Belgien wie es gegenwärtig ist, bin ich der Staat."

Alle Fäden der auswärtigen wie der inneren Politik des Landes liefen zusammen im Schlosse von Laeken, wo dieser Stille bedachtsam seine Netze wob — eine hohe, schlanke Gestalt mit blassen, vornehmen Zügen, dunklen schwermüthigen Augen und glatt anliegender schwarzer Perrücke, leise im Sprechen, langsam, müde in den Bewegungen, verschwiegen in Allem, im Geschäft so gut wie in der Liederlichkeit. In England nannte man ihn den Monsieur Peu-à-peu, den Marquis Toutdoucement; an den deutschen Höfen, die ihm allerdings nicht wohlwollten, hieß er Leopold Schleicher. Stundenlang konnte er, stumm über seinen Plänen brütend, vor seinem Schildpattkästchen Goldfäden drieseln, derweil man dem gewiegten Kenner Sonaten vorspielte oder aus gelehrten Werken, aus Memoiren, aus Romanen vorlas. Eine höhere Sittlichkeit als den klug rechnenden Weltsinn kannte er nicht; als einer seiner Neffen eingesegnet wurde, warnte er ihn vor dem Egoismus also: „es ist im Interesse vieler Leute, diese höchst unliebenswürdige Eigenschaft bei einem jungen Fürsten auszubilden und späterhin als eine ergiebige Mine zu exploitiren." Tapfer auf dem Schlachtfelde, aber im täglichen Leben ängstlich auf sein Leibeswohl bedacht, verstand er auch die Kunst des Kaufmanns aus dem Grunde. Um politische Freunde zu gewinnen, bezwang er zuweilen seine Sparsamkeit und spendete mit vollen Händen; durch seine Verbindung mit der Börse brachte er dann die Verluste wieder ein und sammelte das große Vermögen an, dessen die demokratische Krone in diesem gewerbfleißigen Volke bedurfte. Dergestalt kam mit den beiden Bürgerkönigen der Juli-Revolution, mit den Häusern Orleans und Coburg ein neuer Menschenschlag in die Reihen des europäischen hohen Adels: geriebene Geschäftsleute mit dem Kurszettel in der Tasche, schlicht und unscheinbar in ihrem Auftreten, Günstlinge der Fortuna gleich den Tyrannen des Cinquecento, durchaus unempfänglich für die Gefühle der Ritterlichkeit und der historischen Pietät, aber im Grunde des Herzens ganz ebenso hochmüthig wie der aristokratische Fürstenstand der alten Zeit.

Als Leopold gen Brüssel aufbrach, gedachte er Wilhelm's III. von Oranien und seiner kühnen Fahrt nach England. Gleich jenem gefeierten „großen Patrioten der Welt“ hoffte er als ein europäischer Staatsmann zugleich den Parlamentarismus zu retten und das Gleichgewicht der Mächte zu erhalten. Freilich blieb er hinter seinem genialen Vorbilde ebenso weit zurück, wie das kleine Belgien hinter den verbündeten Seemächten der wilhelminischen Tage. Brüssel ward wie einst der Haag eine Sternwarte der Diplomatie; eine Menge amtlicher und persönlicher Agenten unterichtete den Coburger über den Wandel der großen Gestirne am europäischen Himmel. Doch eine wahrhaft selbständige Politik wie einst der große Oranier konnte der König von Belgien nicht führen. Er sah sich auf den Schutz der Westmächte angewiesen und ward darum die Klammer, die ihren Bund zusammenhielt; wie viele kleine Mißverständnisse zwischen den beiden ihm gleich nahe verwandten Höfen hat er behutsam vermittelnd in der Stille beigelegt. Da er indeß von Frankreich Alles, von England nichts zu fürchten hatte, auch seine Neigung ihn mehr zu dem Heimathlande seiner ersten Gemahlin hinzog, so entsprach seine Haltung in der Regel dem englischen Interesse. Es war Leopold's Werk, daß Belgien nicht unter den beherrschenden Einfluß Frankreichs gerieth. Späterhin trat er auch zu Deutschland in freundlichere Beziehungen, weil die in der Revolution zurückgedrängten Vlamen wieder erstarkten und der schwunghafte Handelsverkehr mit dem Osten nicht vernachlässigt werden durfte. Mit der natürlichen Selbstüberschätzung schwacher Völker rühmten sich die Belgier fortan, daß ihr Land den Mittelpunkt der Staatengesellschaft bilde. Wie vormals die Holländer, pflegten sie die Theorie des europäischen Völkerrechts, gleichsam als eine nationale Wissenschaft, mit löblichem Eifer, aber auch mit einer philanthropischen Einseitigkeit, welche deutlich zeigte, daß waffenlose Nationen die harten Machtfragen des Völkerverkehrs nicht unbefangen würdigen können. Im Grunde war der belgische Staat, so lange sein erster König regierte, nicht wahrhaft neutral wie die Schweiz, sondern, seiner Bestimmung zuwider, der parteiische Bundesgenosse Englands, und mit gutem Rechte sagte Lord Palmerston: Belgien ist meine Tochter.

Die kleine Krone genügte dem Ehrgeiz Leopold's mit nichten; er benutzte sie zugleich als ein Mittel für die weltumfassenden Pläne seiner Familienpolitik. Dieser kühle Kopf, der so gleichmüthig über das legitime Recht anderer Fürsten hinwegsah und weder durch religiöse noch durch nationale Empfindungen je beunruhigt wurde, kannte nur ein einziges Vorurtheil: den Aberglauben an den historischen Beruf des Coburgischen Hauses; und in dieser fatalistischen Zuversicht lag eine Kraft, welche große Erfolge verbürgte. Ganz so blind wie einst die habsburgischen Ferdinande und Leopolde baute er auf den besonderen Schutz der Vorsehung für sein auserwähltes Geschlecht. Obgleich die Dynastie außer ihm selber nur

noch ein politisches Talent besaß — den jungen Prinzen Albert — so bezweifelte er doch niemals, daß jedes Volk sich glücklich schätzen müsse von einem Coburger beherrscht zu werden. Daß sein Haus jemals Unrecht haben könne, kam ihm ebenso wenig in den Sinn wie jenen alten Habsburgern. Wer das Unglück hatte die Wege der Coburger zu durchkreuzen galt ihm einfach als ein Bösewicht — so Hardenberg, weil dieser „Treulose" die Abtretung des preußischen Henneberg, welche ihm der Herzog von Coburg ohne jeden haltbaren Rechtsgrund zumuthete, gebührendermaßen verweigerte.*)

Der erste Grund zu der neuen Herrlichkeit des ernestinischen Hauses wurde schon während Leopold's Kinderjahren gelegt, als seine Mutter auf einen Wink der Czarin Katharina ihre drei lieblichen Töchter zur gefälligen Auswahl nach Petersburg brachte und der rohe Großfürst Constantin der jüngsten Schwester sein Schnupftuch zuwarf. Die friedlose Ehe mußte zwar bald wieder getrennt werden, doch sie bahnte dem Bruder Leopold den Weg in die große Welt. Und als er nun selber erst die englische, dann die französische Prinzessin freite, da hieß es an den Höfen, das sprichwörtliche Hochzeitsglück der Habsburger sei jetzt auf das Coburgische Haus übergegangen. Unterdessen heirathete sein Bruder Ferdinand die reiche Erbtochter des Hauses Kohary; ohne Bedenken ließ dieser Sohn des erlauchten Bekennergeschlechtes der Protestanten seine Kinder katholisch taufen, wie auch Leopold's Kinder in Belgien im römischen Glauben erzogen werden mußten. Damit eröffnete sich die tröstliche Aussicht, auch die bigotten iberischen Völker nach Bedarf mit Coburgern zu versorgen. In England aber gelang dem unermüdlichen Ehestifter sein glücklichster Griff. Seine Schwester Victoria, die gute und liebenswürdige Fürstin Wittwe von Leiningen vermählte sich mit dem Herzoge von Kent und wurde die Mutter der Thronfolgerin von Großbritannien; so blieb noch möglich, daß die Stellung eines englischen Prinz-Gemahls, welche Leopold einst für sich selbst erhofft, vielleicht doch einem Coburger zufallen konnte. Von großen Gedanken war in dieser Familienpolitik nichts zu spüren; gut bürgerlich ging sie nur darauf aus, die Angehörigen vortheilhaft unterzubringen, obgleich es natürlich nicht an feilen Federn fehlte, welche in Zeitungen und Büchern bewiesen, daß die wahre constitutionelle Freiheit am sichersten unter coburgischem Scepter gedeihe. Zum Heile Europas konnte die große sächsische Hausmacht, welche jetzt so plötzlich wie einst die habsburgische in die Höhe schoß, sich nicht wie jene zu einem geschlossenen Weltreiche ausgestalten. Indeß ward die geheime Wirksamkeit der weitverzweigten coburgischen Zettelungen und Klitterungen von Jahr zu Jahr stärker, zumal an unseren kleinen Höfen, und sie brachte dem deutschen Volke selten Segen. Dem unsicheren Selbstgefühle der Nation gereichte

*) s. o. II. 480.

es auch nicht zur Kräftigung, daß die constitutionellen Doctrinäre sich gewöhnten, zu dem vaterlandlosen Leopold wie zu einem Fürsten-Ideal emporzuschauen.

In allen seinen Wandlungen stand dem Führer der Coburger zuerst als vertrauter Arzt, dann als diplomatischer Rathgeber sein Landsmann C. F. v. Stockmar zur Seite, ein hochbegabter Staatsmann, klar, bestimmt, weit vorausschauend, kühner und gedankenreicher als Leopold selber. Während der Londoner Conferenzen führte er die entscheidenden Verhandlungen mit den Belgiern, und immer gab er den Ausschlag, wenn sein bedenklicher königlicher Freund einen raschen Entschluß nicht finden konnte. Seine politischen Ansichten hatte er sich in langjährigem Verkehre mit den Whigs und den englischen Radicalen gebildet; reich und unabhängig, fragte er nicht nach Gunst und sparte sobald es noth that die freimüthigen Vorwürfe nicht. Sein Ehrgeiz war in der Stille zu wirken; der schmächtige Mann mit den schönen, klugen dunklen Augen begnügte sich gern mit einer Stelle hinter den Kulissen und hörte mit dem überlegenen Lächeln des Eingeweihten zu, wenn Andere sich seiner eigenen Gedanken rühmten. In scharfem Gegensatze zu seinem weltbürgerlichen Herrn blieb er in der Fremde stets ein deutscher Patriot, warm begeistert für die Idee der nationalen Einheit; die Erbärmlichkeit unserer Kleinstaaterei verachtete er gründlich, kein Mittel schien ihm zu scharf, um dies Elend zu beendigen. Seine Freunde daheim übertraf er alle durch eine umfassende diplomatische Sachkenntniß, die sich die deutschen Liberalen in ihren engen Verhältnissen nicht erwerben konnten, und durch die Nüchternheit seines politischen Urtheils. Die Ueberschätzung der parlamentarischen Mehrheitsherrschaft war wohl der einzige doctrinäre Zug in diesem durchaus praktischen Geiste. Aber welch ein tragischer Widerspruch blieb es doch, daß ein solcher Mann im Dienste des Vaterlandes keinen Platz finden konnte und seine reichen Kräfte verschwendete für die Geschäfte des großen internationalen Heirathsbureaus in Brüssel, Geschäfte, die mit dem Wohle Deutschlands wenig oder nichts gemein hatten! —

Derweil der belgische Staat sich zu befestigen begann, nahm die Revolution im Osten ein jammervolles Ende. Beim Ausbruch des polnischen Krieges hatte Nikolaus beschlossen, nach der erhofften raschen Unterwerfung die polnische Verfassung aufzuheben, „die großen Schuldigen, Czartoryski, Lelewel und andere ähnliche Schufte (faquins)“ furchtbar zu bestrafen, die Warschauer Studenten „und die andere Canaille“ zur Zwangsarbeit zu verurtheilen. Als die Polen zu unterhandeln versuchten und ihm die Wiedereinsetzung der Romanows anboten, schrieb er höhnisch: „ich bin sehr gerührt und dankbar!“ Wie anders war nun Alles gekommen. Nach dem unbenutzten Siege von Grochow befand sich Diebitsch in peinlicher Bedrängniß. In seinem schlecht verpflegten Heere wüthete die Cholera, derweil die Zuversicht der Polen durch Skrzynecki's

unerwartete Erfolge und den begeisterten Beifall Europas gesteigert wurde. Die Ungunst des Wetters erschwerte jede Bewegung in dem unwegsamen Lande; und kaum minder belästigte den Feldherrn die pedantische Kleinmeisterei des Selbstherrschers, der ihn aus seinem Cabinet heraus bald mit herrischen Befehlen, bald mit freundschaftlichen Vorwürfen überschüttete, ihm die Schonung der glänzenden Garderegimenter, die richtige Verwendung seiner neuerfundenen Dragoner, einer wenig brauchbaren „Infanterie zu Pferd", anempfahl.*) Im Mai brach Skrzynecki wieder aus Praga hervor, um sich über den Bug nordwärts gegen die russischen Garden zu wenden. Diebitsch eilte ihm nach und schlug ihn unter schweren Verlusten bei Ostrolenka (26. Mai). Doch abermals wagte der Sieger nicht seinen Erfolg auszubeuten; abermals gestattete er dem zerrütteten polnischen Heere hinter den schützenden Wällen von Praga zu verschwinden und sich dort von Neuem zu verstärken. Da riß dem Czaren die Geduld, er beschloß den unglücklichen Heerführer abzurufen.

Der schleppende Gang des Feldzugs hatte das Ansehen der russischen Waffen überall in der Welt erschüttert, und da fast alle höheren Befehlshaber in diesem erfolglosen Kriege gleich dem Feldherrn selber Deutsche waren, so brach der alte Haß der Moskowiter gegen die Deutschen wieder übermächtig aus. Die Nation forderte stürmisch die Züchtigung der verachteten Polen, aber nur ein Russe durfte diesen nationalen Krieg führen.**) Die polnische Revolution ward ein Wendepunkt der russischen Politik. Die Begünstigung des alten Moskowiterthums, die sich schon in Nikolaus' ersten Jahren zuweilen gezeigt hatte, blieb fortan der leitende Grundsatz seiner Regierung. In schneidendem Gegensatze zu seinem Bruder Alexander, dem Gönner der Deutschen und der Polen, wies er alles westländische Wesen feindselig ab. So stellte sich die alte Regel wieder her, die sich aus der nur halb gelungenen Verschmelzung abendländischer und morgenländischer Gesittung nothwendig ergab und darum in der Geschichte Rußlands mit der Stätigkeit eines Naturgesetzes wiederkehrte: die Regel, daß jeder Czar gegenüber der europäischen Cultur genau das Gegentheil dessen that, was sein Vorgänger für geboten hielt.

Noch bevor ihn die Nachricht seiner Abberufung ereilte, starb Diebitsch plötzlich an der Cholera; die Lorbeeren seiner Türkenkämpfe waren verwelkt. Mittlerweile bereitete General Toll, der kühnste und einsichtigste Kopf des Hauptquartiers, schon die entscheidende Bewegung vor: das russische Heer sollte in einem weiten Flankenmarsche nach Nordwesten, bis dicht an die preußische Grenze zurückgehen, dort den so oft geplanten Uebergang über die Weichsel vollführen, um dann auf dem linken Ufer

*) Nikolaus an Diebitsch, 4. 21. Febr., 4. 10. März a. St. 1831, abgedruckt nebst anderen Briefen des Czaren an den Feldmarschall in der Russka Starina, Jahrgang 1884 u. 85.

**) Schöler's Bericht, 3. Juni 1831.

des Stromes wieder südostwärts gegen Warschau vorzurücken. Nun erst ward offenkundig, was Preußens Freundschaft für Rußland bedeutete; ohne die Mitwirkung der Nachbarmacht konnte der Plan nicht gelingen. Der König gestattete, daß auf der preußischen Weichsel die Kähne und was sonst noch für den Brückenbau der Russen nöthig war herbeigeschafft wurden; er ließ an der Grenze entlang Märkte anlegen, mit Vorräthen jeder Art für die russischen Einkäufer, und obwohl der Oberpräsident Schön gleich der Mehrzahl seiner liberalen Beamten die Russen verabscheute, so wurden doch die erhaltenen Befehle mit altpreußischer Pünktlichkeit ausgeführt. Im Juli schloß General Valentini mit dem Russen Mansurow einen Vertrag, kraft dessen Preußen sich bereit erklärte, die nach Deutschland übertretenden Polen zu entwaffnen und, gegen eine vereinbarte Entschädigung, vorläufig zu verpflegen; so sollte zugleich unnützes Blutvergießen verhindert und die Unterdrückung des Aufstandes beschleunigt werden.*) Im Bewußtsein seines guten Rechtes verfuhr der König mit der größten Offenheit. Auf die wiederholten Vorstellungen der Westmächte ließ er rundweg erwidern: er werde die polnischen Empörer nimmer als eine kriegführende Macht anerkennen; von Pflichten der Neutralität könne gar nicht die Rede sein bei einem Aufruhr, der Preußens eigene Sicherheit bedrohe.

Zu Diebitsch's Nachfolger wurde der Held des letzten kleinasiatischen Feldzugs Paskiewitsch ernannt — ein echter Moskowiter, erschreckend roh, hart, hochmüthig, als Feldherr zäh ausdauernd, doch überaus vorsichtig. Er durfte ernten was Andere gesäet. Durch die nahe preußische Grenze in seiner rechten Flanke gedeckt, überschritt er die Weichsel bei Ossiek, wenige Stunden oberhalb von Thorn (17. Juli) und zog dann, da die Cholera im Erlöschen war, mit seinen gesunden, durch die preußischen Zufuhren wohlversorgten Truppen langsam der Hauptstadt entgegen, während die Polen schon durch Diebitsch's Siege den Kern ihres Heeres verloren hatten und der beständige Wechsel im Oberbefehle ihre zunehmende Rathlosigkeit bekundete. Er hoffte die Unterwerfung ohne Schlacht zu erzwingen und vermied den Kampf, trotz der Mahnungen Toll's, auch als er die Polen bei Bolimow in einer ganz unhaltbaren Stellung antraf. Noch am 4. September ließ er, endlich vor Warschau angelangt, den Aufständischen überraschend günstige Bedingungen anbieten: eine wenig beschränkte Amnestie, Wiederherstellung der Verfassung, Abzug der russischen Garnisonen, ja die polnischen Offiziere sollten sogar ihre im Kampfe gegen Rußland erworbenen neuen Grade behalten! So tief war der Hochmuth des Czaren durch diesen langen Krieg gebeugt. In dem unglücklichen Warschau aber hatte der wilde Radicalismus soeben durch einen gräßlichen Aufruhr des Pöbels die Herrschaft wieder an sich

*) Schöler's Bericht, 20. Oct. 1831.

gerissen; Fürst Czartoryski war entflohen, die Gemäßigten wagten sich nicht mehr zu regen, die siegreiche Partei beschloß den aussichtslosen Kampf fortzusetzen. Am 6. September begann Paskiewitsch den Angriff auf dem weiten Blachfelde von Wola, wo einst die Hunderttausende des polnischen Adels zur Königswahl sich zu versammeln pflegten; am folgenden Tage erstürmten die Russen unter Toll's Führung nach wüthendem Kampfe die Thore der Hauptstadt. Warschau ergab sich, die Trümmer des polnischen Heeres flüchteten nach Preußen, ein kleiner Theil nach Galizien.

Alsbald ließ Nikolaus die versöhnlichen Gedanken der letzten Monate fallen und nahm die Rachepläne wieder auf, mit denen er den Krieg begonnen hatte. Auch Preußen mußte erfahren, daß Rußland in der That, wie General Schöler dem Könige oft wiederholte, „die nationale Eigenthümlichkeit besaß, internationale Verträge schlecht zu erfüllen und namentlich von Preußen viel zu fordern ohne seinerseits das gleiche Entgegenkommen zu beweisen".*) Ein Ukas des Czaren verkündete zwar eine allgemeine Amnestie, untersagte jedoch allen den Offizieren, welche erst nach dem Falle von Warschau ins Ausland übergetreten waren — mithin der großen Mehrzahl des polnischen Offiziercorps — die Rückkehr für immer. Zum Danke für ihre freundnachbarliche Hilfe sollten also Preußen und Oesterreich mit einigen tausend verzweifelten Heimathlosen belastet werden. Beschlüsse solcher Art, schrieb Schöler warnend, gehen von dem Kaiser selber aus, sie lassen auf Eigenheiten seines Charakters schließen, die durch Zeit und Erfahrung nicht gemildert sind.**) Beide Mächte erhoben Einspruch: wie könne Rußland es verantworten, durch eine Massenverbannung „in ganz Europa einen wandernden Heerd der Aufhetzung und der Brandstiftung zu gründen"?***)

Erst nach langen Verhandlungen entschloß sich der Czar, seinen Ukas nach und nach zu mildern, so daß schließlich nur noch die gemeinen Verbrecher und die politischen Hauptschuldigen von der Amnestie ausgeschlossen blieben.†) Wie König Friedrich Wilhelm dergestalt die ehrliche Auslegung des mit Rußland abgeschlossenen Auslieferungsvertrags durchsetzte, so war er auch keineswegs gesonnen, aus Gefälligkeit gegen seinen Schwiegersohn den Westmächten einen Kriegsvorwand zu geben. Da die Republik Krakau den Aufstand ihrer Stammgenossen mannichfach unterstützt hatte, so wünschte der Czar, daß die drei Schutzmächte das Gebiet des Freistaats gemeinsam besetzen sollten. Der Berliner Hof aber widersprach, er wollte keinen Schritt über den Boden der Verträge hinausgehen und überließ die militärische Besetzung den Russen als dem allein

*) Schöler's Berichte, 7. Mai, 17. Nov. 1831.

**) Schöler's Bericht, 7. Oct. 1831.

***) Ancillon an Maltzahn 25. Oct. 1831.

†) Ancillon, Weisung an Schöler 10. Nov. Schöler's Berichte, 16. 20. Nov. 21. Dec. 1831.

angegriffenen Theile; nachher wurde unter der Oberaufsicht von Commissären der Schutzmächte die völlig zerrüttete bürgerliche Ordnung in dem kleinen Staate nothdürftig wiederhergestellt.*)

Der verblendete Trotz der Polen bewirkte indessen, daß die erweiterte Amnestie ihnen wenig Vortheil brachte. Die Einen wollten den Verheißungen des erzürnten Czaren keinen Glauben schenken, Andere bauten noch immer auf die leeren Verheißungen Lafayette's und hofften über kurz oder lang mit Hilfe der französischen Radicalen den allgemeinen Umsturz herbeizuführen. Diese Fanatiker, Allen voran der nach Dresden geflüchtete tapfere General Bem, übten die Künste des allen Polen geläufigen Parteiterrorismus mit solchem Erfolge, daß die Mehrzahl der Harmlosen eingeschüchtert und die Heimkehr von den Offizieren bald als Verrath angesehen wurde. Tausende freiwilliger Auswanderer, die sich fälschlich für Verbannte ausgaben, überschwemmten Westeuropa; sie verschmähten daheim friedlich für ihr Vaterland zu arbeiten, was den Meisten straflos gestattet war, und verfielen dem schlechten Handwerke der Verschwörer. Die tragische Schuld der Theilungen Polens suchte den Welttheil mit immer neuen Leiden heim. Die polnische Emigration ward ein Fluch Europas, ein Heerd des Unfriedens, wie die preußische Regierung vorausgesagt. Zwei Jahrzehnte hindurch bildeten die polnischen Flüchtlinge die verbindende Kette zwischen den radicalen Parteien aller Länder; sie schürten jeden Aufruhr und fochten auf jeder Barrikade.

Czar Nikolaus aber blieb fortan neben Metternich der verhaßteste Mann Europas. Er verdankte diesen Ruf zum Theil den ungeheuerlichen Märchen der polnischen Flüchtlinge, mehr noch dem harten Strafgerichte, das er über die Unterworfenen verhängte. Nach seiner Ueberzeugung waren alle Freiheiten der Polen durch die Empörung verwirkt, und ihm allein stand es zu, einen neuen Rechtszustand anzubefehlen. Einige der Aufständischen mußten am Galgen, viele in Sibirien büßen; die Verfassung ward vernichtet, das Heer und die Universität aufgehoben, das herrliche Schloß der Czartoryskis in Pulawy seiner Kunstschätze beraubt. Polnische Orden belohnten die Sieger für die Vernichtung der polnischen Unabhängigkeit; auf dem Hauptplatze Warschaus erhob sich ein Obelisk zu Ehren der im November ermordeten Generale. Seit dem Organischen Statut vom Februar 1832 war das Land nur noch eine russische Provinz mit eigener Verwaltung und Rechtspflege. Hatten die Polen ihre constitutionellen Rechte nur zu Ränken und Verschwörungen mißbraucht, so erwies sich die neue Ordnung fast noch unheilvoller, sie konnte allein durch einen beständigen Belagerungszustand aufrecht erhalten

---

*) Metternich an Maltzahn, 14. Sept. Protokoll über die Verhandlung zwischen Metternich, Maltzahn, Tatistschew 6. October. Weisungen an Maltzahn 27. September, 13. October 1831.

werden. In der Hauptstadt gebot der zum Fürsten von Warschau erhobene Paskiewitsch mit eiserner Strenge; er verhöhnte die Geschlagenen ins Angesicht, feierte seine Siege in prunkenden Festen, und als ihm der Czar das von Thorwaldsen soeben vollendete Reiterstandbild des polnischen Nationalhelden Poniatowski schenkte, ließ er der Bildsäule den Kopf abschlagen, seinen eigenen Kopf darauf setzen und dann dies unvergleichliche Denkmal moskowitischer Barbarei vor einem seiner Schlösser aufstellen.

Bei alledem spielten die Westmächte eine klägliche Rolle. Mehrmals erhoben sie schüchternen Einspruch und beriefen sich auf die Wiener Verträge, die sie doch selber beständig verletzten. Alle diese Versuche wurden von den drei Theilungsmächten kurzerhand abgewiesen; denn die Wiener Congreßacte verhieß den Polen nur im Allgemeinen „nationale Institutionen", und eine nationale Verwaltung blieb dem Lande auch jetzt noch erhalten.*) Jahraus jahrein ergingen sich die Parlamente von England und Frankreich fortan in Kundgebungen einer unfruchtbaren Entrüstung. Der furchtsame Bürgerkönig nahm die polnischen Flüchtlinge gastlich bei sich auf. Im Stillen fühlte er sich doch erleichtert durch die Unterdrückung eines Aufstandes, der ihm nur Verlegenheiten bereitet hatte. Sein Vertrauter Sebastiani plauderte dies Herzensgeheimniß unvorsichtig aus, als er in der Kammer die Aeußerung fallen ließ: „die Ordnung herrscht in Warschau" — ein Wort, das von den Liberalen aller Länder begierig aufgegriffen und jahrelang beständig wiederholt wurde, um die Ruchlosigkeit der Kronen zu brandmarken. —

Durch den Fall von Warschau gewann die Politik der Ostmächte wieder freiere Bewegung; indeß war Rußland durch den polnischen Kampf so erschöpft und das Friedensbedürfniß an den beiden deutschen Höfen so stark, daß eine ernste Kriegsgefahr kaum noch hereinbrechen konnte. Die belgische Frage schritt der Lösung entgegen, sehr langsam allerdings und unter mannichfaltigen Verwicklungen. Der am 15. November mit Belgien abgeschlossene Vertrag erregte in Berlin wie in Wien und Petersburg gerechtes Befremden; denn die Gesandten der drei Mächte hatten ihn ohne Vollmacht unterzeichnet, und ohne die Mitwirkung Hollands, während die Londoner Conferenz doch berufen war zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln. Dennoch war König Friedrich Wilhelm zur Genehmigung bereit, da er den Inhalt des Vertrags billigte; nur wollte er die Ratification erst dann aussprechen, wenn alle Großmächte und wo möglich auch Holland beistimmten und dadurch eine endgiltige Entscheidung gesichert war. Den ganzen Winter hindurch mühte Preußen sich ab, diese allgemeine Uebereinstimmung herbeizuführen. Oesterreich

*) Maltzahn's Berichte, 9. Nov. 1831 ff.

wurde leicht gewonnen. Der Hartnäckigkeit des Königs der Niederlande aber ließ sich mit Ueberredung nicht beikommen. Obwohl er in die Theilung seines Königreichs längst gewilligt hatte und nur noch gegen einzelne Artikel des Vertrages sachliche Einwände erhob, so fühlte er sich doch durch das rücksichtslose Verfahren der Conferenz tief beleidigt. Er wollte dem Coburgischen Thronräuber nicht verzeihen und hoffte insgeheim auf einen allgemeinen Krieg, der Hollands Entwürdigung noch abwenden sollte. „Nach Allem was geschehen", schrieb er seinem Schwager, „ist es mir unmöglich, in Leopold nicht nach wie vor meinen Feind zu sehen. Meine Sache ist nicht meine eigene, sie ist allen rechtmäßigen Regierungen gemeinsam." Vergeblich hielt ihm Friedrich Wilhelm vor, daß Holland sich durch seine Unversöhnlichkeit den Beistand seiner Verbündeten selbst verscherze.*)

Der Oranier nahm diese Drohung nicht für Ernst; er zählte auf Rußlands Beistand, denn Nikolaus wiederholte beständig: ich ratificire nicht eher, als bis der rechtmäßige König die Belgier aus dem Unterthanenverbande entlassen hat. So drehte man sich im Kreise; die beiden Legitimisten in Petersburg und im Haag versteckten sich einer hinter dem andern. Da Ancillon's Denkschriften auf den Czaren keinen Eindruck machten, so schrieb König Friedrich Wilhelm selbst: er achte, ja er theile die Gefühle seines Schwiegersohnes, aber „ich habe meinem Herzen Schweigen auferlegt um den Geboten der politischen Vernunft zu gehorchen"; nicht um der Oranier sondern um Europas willen sei Belgien einst mit Holland vereinigt worden, also dürfe man auch bei der Trennung nur das allgemeine Interesse im Auge haben; bei einem allgemeinen Kriege bilde Rußland doch nur die Nachhut, die Last des Kampfes falle auf Deutschland, darum sei es Pflicht der drei Ostmächte, im Haag gemeinsam zu erklären, daß ihre Geduld Grenzen habe.**)

Nach langem Widerstreben und mehrfachen Rückfällen ließ sich der Czar überzeugen und sendete im Februar 1832 seinen Vertrauten Orlow nach dem Haag, um dort noch einen letzten Versuch zu wagen. Als Orlow, wie zu erwarten stand, bei dem Oranier nichts ausrichtete, erklärte er ihm am 22. März rundweg, sein Kaiser könne nunmehr die Ratification nicht länger verschieben und überlasse alle Verantwortung dem Könige.***) Bei allen diesen Verhandlungen wähnte Nikolaus noch immer,

---

*) Oberst Scharnhorst's Bericht an den König, 28. Aug. Witzleben an Ancillon 22. Oct. Eichhorn's Denkschrift für Prinz Albrecht 25. Oct. K. Wilhelm d. Niederl. an K. Friedrich Wilhelm 5. Dec. Antwort 24. Dec. 1831.

**) Ancillon, Rundschreiben an die Gesandtschaften, 18. Dec. 1831. K. Friedrich Wilhelm an K. Nikolaus, nebst Memorandum, 12. Jan. 1832.

***) K. Nikolaus an K. Wilhelm der Niederl. 18. Jan. a. St. Russische Denkschrift, zur Beantwortung des preußischen Memorandums, Febr. Nesselrode, Weisung an Lieven, Ende März 1832.

es werde ihm gelingen, England von Frankreich zu trennen und bei dem alten Vierbunde festzuhalten, während die russische Politik doch nur das Gegentheil bewirken konnte.*) Je weiter die Ostmächte ihre Genehmigung hinausschoben, um so fester schlossen sich die beiden Schutzmächte Belgiens an einander. Lord Palmerston hatte längst die Geduld verloren und schon im December, zum Danke für Friedrich Wilhelm's ehrliche Versöhnungsversuche, ein grobes Schreiben an Ancillon gerichtet, worin er die preußische Regierung beschuldigte, sie verstecke ihre Zögerungen „hinter einer Phrase". Er schlug hier bereits jenen anmaßenden Ton an, der ihm bald zur anderen Natur wurde und viel dazu beitrug den englischen Namen bei allen Völkern in Verruf zu bringen. Offenbar hoffte er Preußen einzuschüchtern, doch der Streich mißlang. Es blieb dabei, daß Bülow die preußische Ratification, die er schon seit Anfang Januar in der Tasche trug, erst nach der Einigung aller Großmächte übergeben durfte.**)

Nachdem nun endlich der Widerstand des Czaren gebrochen war, sprachen Oesterreich und Preußen am 18. April, Rußland am 4. Mai 1832 ihre förmliche Genehmigung aus. Die beiden deutschen Mächte verwahrten wieder ausdrücklich das Recht des Bundes auf Luxemburg; der Czar verwies, noch immer grollend, in einem vieldeutigen Vorbehalte auf die künftige Verständigung der beiden Könige Niederlands. Im Spätsommer wurden dann Leopold's Gesandte in Berlin und Wien empfangen, während Nikolaus und nach seinem Beispiele auch König Ludwig von Baiern sowie mehrere andere streng legitimistische deutsche Fürsten den diplomatischen Verkehr mit dem neuen Brüsseler Hofe vorläufig noch verschmähten.

Das lange Zaudern hatte die Kluft zwischen dem Westen und dem Osten sichtlich erweitert. Palmerston's zunehmende Ungezogenheit zeigte selbst dem Czaren, daß Europa in zwei feindliche Heerlager zerfiel, und Metternich meinte ingrimmig: den drei Verbündeten treten die beiden Spießgesellen (complices) gegenüber. Unverkennbar standen die Spießgesellen im Vortheil, denn sie wußten was sie wollten. Sie verlangten, daß König Wilhelm, der noch die Citadelle von Antwerpen sowie zwei kleine Festen an der Schelde besetzt hielt, mindestens das belgische Gebiet räumen müsse, und waren bereit, selbst durch die Waffen seinen Trotz zu brechen, während die Ostmächte solchen Zwang gegen den alten Verbündeten weder billigen noch verhindern mochten. Als der Sommer wieder über fruchtlosen Verhandlungen mit dem Haag vergangen war,

---

*) Nesselrode, Weisung an Lieven 19. Januar a. St., an Maltitz 17. Februar a. St. 1832.

**) Palmerston an Ancillon, 30. Dec. 1831. Bernstorff, Bericht an den König 6. Jan. Ancillon an den Gesandten Chad 7. Jan., an Bülow 8. Jan. 1832.

beantragten England und Frankreich auf der Londoner Conferenz gemeinsame Gewaltmaßregeln gegen Holland. Man stritt hinüber und herüber, die Conferenz wußte sich aus ihrer Rathlosigkeit nur dadurch zu retten, daß sie gar nicht mehr zusammentrat. Der europäische Areopag löste sich auf und überließ es den Westmächten, ihre heilige Nichteinmischungs-Lehre zum zweiten male gröblich zu verletzen. Sie beschlossen am 22. October, daß England die holländischen Schiffe in Beschlag nehmen, Frankreich die Citadelle von Antwerpen für Belgien erobern solle.

Diesmal verfuhr der Hof des Palais Royal ohne Hintergedanken, anders als im vorigen Jahre; denn König Leopold hatte mittlerweile die so lange umworbene Tochter Ludwig Philipp's geehelicht, und seit der Coburger mit zur Familie gehörte, stand der alte Plan der Theilung Belgiens nicht mehr im Einklang mit den kaufmännischen Geschäftsregeln des Hauses Orleans. Im Mai war Casimir Perier gestorben, auch er ein Opfer der Cholera. Im October übernahm der Herzog von Broglie das Auswärtige Amt, der Führer der Doctrinäre, hochgebildet, steif, tugendstolz, unausstehlich wie seine gesammte Partei, aber unbestreitbar ein Mann des Friedens. Er versprach den großen Mächten sofort, daß die französischen Truppen alsbald nach der Einnahme der Citadelle Belgien wieder verlassen würden, und fragte sogar an, ob nicht Preußen unterdessen das östliche Belgien besetzen wolle.*) König Friedrich Wilhelm aber wollte an der Vergewaltigung seines Schwagers auch nicht mittelbar theilnehmen; er verstärkte nur die Truppen am Rhein durch das westphälische Armeecorps und zog sie dicht an der Grenze, bei Aachen zusammen um gegen einen Wortbruch Frankreichs sofort einschreiten zu können. In Paris mußte Werther „den stärksten moralischen Widerstand leisten", wie Ancillon salbungsvoll sagte**); auch Oesterreich und Rußland zeigten dem französischen Hofe die üble Laune, die im Leben der Einzelnen wie in der Politik immer den Schmollenden selber schädigt. Gleichwohl wagten die Ostmächte nicht einmal eine öffentliche Verwahrung; schon im Frühjahr waren sie dahin übereingekommen, daß ein solcher Schritt entweder ihr Ansehen bloßstellen oder die Gefahr des allgemeinen Kriegs wieder heraufbeschwören müsse.***) Der Bürgerkönig wußte dies nur zu wohl und ließ den kleinen deutschen Höfen zuversichtlich ankündigen: „Obwohl wir die Zustimmung der Nordmächte zu unseren Maßregeln nicht erlangt haben, so sind wir nichtsdestoweniger sicher, keinem Widerstande ihrerseits zu begegnen."†) Kein Wunder wahrhaftig, daß der Oranier über den abermaligen Einmischungsversuch der gleißnerischen Nicht-Einmischungs-

*) Witzleben an Maltzahn, 16. Oct. Weisungen an Maltzahn, 20. 30. Oct. 6. Nov. 1832.

**) Ancillon an Maltzahn 20. Oct. 1832.

***) Preußisches Memorandum für Graf Orlow, 13. Febr. 1832.

†) Broglie, Circular-Depesche über den Vertrag v. 22. Oct. 1832.

Politiker auf's Aeußerste empört war. Trotz aller Warnungen, die ihm selbst aus Petersburg zukamen, hatte er doch nicht für möglich gehalten, daß seine alten Freunde ihn hilflos den Mißhandlungen der Westmächte preisgeben würden — und warum? weil er einem Vertrage widersprach, der gleich dem Utrechter Frieden ohne, über und gegen Holland abgeschlossen war! Lord Palmerston aber weidete sich schadenfroh an der Verlegenheit der Ostmächte. Lustiger denn je pries er dem Parlamente die Expediency des Zuges nach Antwerpen und rühmte zugleich die Ehrlichkeit der englischen Politik — was doch selbst vielen seiner britischen Hörer wie ein frecher Witz klang.

Ungestört konnte also das wunderbare Schauspiel eines Krieges ohne Friedensbruch über die Bretter gehen. Am 22. November begann Marschall Gerard mit 60000 Franzosen die von 5000 Holländern vertheidigte Antwerpener Citadelle zu belagern. Jede Mitwirkung der Belgier wies er zurück, da seine Regimenter durchaus nur als Executionstruppen Europas auftreten sollten. Nach vier Wochen tapferen Widerstandes ergab sich die Festung, und sofort kehrte das französische Heer in die Heimath zurück. Am 22. März 1833 ward dann eine neue Waffenruhe vereinbart: die Holländer blieben noch in den Scheldefestungen Lillo und Liefkenshoeck, die Belgier hielten einen Theil des holländischen Luxemburg und Limburg besetzt. In diesem seltsamen Zustande verblieben die Niederlande sechs Jahre lang bis der Oranier endlich nachgab. Sechs Jahre hindurch stand das holländische Heer an der Südgrenze versammelt, willig brachte das treue Volk dem Starrsinn seines Königs schwere Opfer, derweil die klugen Belgier sich die Verzinsung ihres Antheils an der alten Staatsschuld ersparten.

So endete dies Nachspiel der Juli-Revolution mit einem Triumphe des Bürgerkönigthums, der dem französischen Staate allerdings weder wahren Kriegsruhm noch eine dauernde Machterweiterung brachte, aber so blendend in die Augen stach, daß selbst der nüchterne Guizot mit der „glänzenden französischen Lösung der belgischen Frage" prahlen konnte. Die Ostmächte empfanden die erlittene Niederlage sehr lebhaft. Metternich wußte nur den einen Trost, daß der Tag der Gerechtigkeit noch nicht gekommen sei. Bald nach dem Falle von Antwerpen meinte er wehmüthig: „die praktische, die einzige auf die Lage des Tages anwendbare Wahrheit ist die Nothwendigkeit, die Entwicklung der Ereignisse abzuwarten." —

In Oesterreichs unmittelbarem Machtgebiete ließ er diese Wahrheit freilich nicht gelten; seine italienische Politik blieb fest, herrisch, zugreifend. Im Kirchenstaate kam Alles wie er es vorhergesehen: die Unruhen brachen sofort wieder aus, als die Oesterreicher auf Frankreichs Wunsch abgezogen waren. Der Papst konnte und wollte die verheißenen Reformen nicht ernstlich durchführen, obwohl ihn Metternich mehrmals mahnte und schon

daran dachte die großen Mächte zur Mitwirkung aufzurufen:*) die Laien blieben von der Regierung ausgeschlossen, die neuen Provinzial- und Gemeinderäthe völlig machtlos. Als nun im Januar 1832 päpstliche Truppen in die Romagna einrückten, rotteten sich die Bürgerwehren und Freischaaren zusammen; die Aufständischen unterlagen, und furchtbar hauste das wüste Gesindel der Schlüsselsoldaten in den unterworfenen Städten. Die Curie aber zitterte vor ihrem eigenen Heere und rief nochmals die Hilfe des österreichischen Nachbarn an. Am 28. Januar erschien Marschall Radetzky mit seinen Weißröcken in Bologna; die Romagnolen selber empfingen ihn mit Freude, weil er ihnen doch Schutz gewährte gegen die wüthenden Papalini.

Nach Völkerrecht war Oesterreichs Verfahren unanfechtbar, sicherlich besser gerechtfertigt als der belgische Zug der Franzosen vom vorigen Sommer. Casimir Perier aber hatte sich vor den Kammern vermessen, daß er eine neue Einmischung der Oesterreicher nicht dulden werde; er war gerichtet, wenn er sein Wort nicht hielt. Die Parteiwuth der Franzosen zwang selbst diesen ernsten Staatsmann sich vor der Phrase der Nichteinmischungs-Lehre zu beugen und seine kurze rühmliche Laufbahn mit einem unwürdigen Possenspiele zu schließen. Perier ließ durch Marschall Maison in Wien ankündigen, daß nunmehr auch Frankreich einschreiten müsse — Alles im Namen der Nichteinmischung! Metternich antwortete mit überlegenem Hohne: „Wollen Sie, daß wir im Kirchenstaate bleiben? Dann wählen Sie das rechte Mittel; denn sicherlich werden wir so lange bleiben, bis Ihr wieder fortgeht!“ In tiefem Geheimniß segelte unterdessen ein kleines Geschwader aus Toulon ab, fünfzehnhundert Franzosen landeten am 22. Februar in Ancona und bemächtigten sich der Stadt; ein pomphaftes Manifest verkündete den Italienern, daß Frankreich überall die Freiheit der Völker gegen den Despotismus beschütze.

Die Pariser Presse und viele der liberalen deutschen Zeitungen frohlockten über die neue Wunderthat des freien Frankreichs. Casimir Perier selber war trotz seiner Verstandesklarheit doch wie alle Franzosen zur politischen Selbsttäuschung geneigt; er redete sich ein, daß er „das öffentliche Recht Europas“ vertheidigt habe, und die Haltung der anderen Mächte bestärkte ihn in diesem Wahne. Während Oesterreich und Rußland ihre Entrüstung über dies „politische Verbrechen“ laut aussprachen, konnte selbst Palmerston seine Unzufriedenheit kaum verbergen, so daß Ludwig Philipp für gerathen hielt den fremden Gesandten allerhand feige Entschuldigungen zu sagen. Ancillon aber klagte rührsam: „Die Winde haben eine Seefahrt, welche keine Gunst verdiente, seltsam begünstigt. Die Geschichte bietet wenig Beispiele einer so offenbaren Verletzung aller Grundsätze. Dies verhängnißvolle Abenteuer würde ein Räthsel sein,

*) Metternich, Mémoire sur l'affaire des Légations romaines, Nov. 1831.

wenn man nicht daran gewöhnt wäre, daß das französische wie das englische Ministerium Alles den Rücksichten der parlamentarischen Lage unterordnet, Alles der nationalen Eitelkeit opfert."*)

Nach kurzer Frist beruhigten sich die Mächte wieder; sie erkannten bald, daß die Besetzung von Ancona wirklich nur den Dünkel der französischen Parteien beschwichtigte und sonst ohne jede Wirkung blieb. Die fünfzehnhundert Mann auf der halbzerfallenen Citadelle durften, da der Papst Einspruch erhob, weder Verstärkungen herbeiziehen noch die Festungswerke herstellen, sie mußten die päpstliche Flagge hissen, sie vertrieben sogar die Liberalen aus der Stadt und leisteten der Polizei des Vaticans willig Schergendienste. Fast sieben Jahre lang hielten sie in dieser lächerlichen Lage aus, bis sie endlich im December 1838, gleichzeitig mit den Oesterreichern das Land verließen. Inzwischen hatte sich das Priesterregiment unter dem Schutze der kaiserlichen Waffen behaglich wieder eingerichtet. Von ernsten Reformen war so wenig mehr die Rede, daß England schon nach einigen Monaten seinen Bevollmächtigten von der nutzlosen römischen Gesandtenconferenz abberief. Metternich freute sich des Starrsinns der Curie keineswegs und ersparte ihr ernste Mahnungen nicht. Doch er wußte auch, daß dieser Priesterstaat, den er selber bereits vor Jahren „ein nur zu veraltetes, morsches Gebäude" genannt hatte,**) durchgreifende Neuerungen kaum noch ertragen konnte, und schon um dem Bürgerkönigthum keinen Triumph zu bereiten, wollte er den Papst nicht allzu lebhaft bedrängen. Die Besetzung von Ancona brachte der Freiheit Italiens keinen Gewinn; sie verhinderte sogar die bescheidenen Reformen, welche unter der Herrschaft des gekrönten Priesters vielleicht noch möglich waren. Der feine politische Instinkt der Italiener täuschte sich darüber nicht: die Oesterreicher fürchtete man als harte, tapfere Feinde; der lärmende, anmaßende, furchtsame französische Freund ward verachtet. Noch auf lange hinaus schien die Herrschaft des Kaiserhauses auf der Halbinsel gesichert.

Das also war das Ergebniß dieser wirrenreichen Kämpfe. England hatte die Wege des Liberalismus betreten, in Frankreich und Belgien war die Revolution zum Siege gelangt, in Polen und Italien war sie unterlegen. Das alte und das neue Europa hielten einander das Gleichgewicht. Welchem der beiden Lager würde Deutschland sich zuwenden? — an dieser Frage hing die nächste Zukunft der Staatengesellschaft. —

*) Ancillon an Maltzahn, 5. März 1832.

**) Metternich an Bernstorff, 17. Aug. 1820.

Zweiter Abschnitt.

Die constitutionelle Bewegung in Norddeutschland.

Kleine Staaten erscheinen leicht lächerlich; denn der Staat ist Macht, und die Ohnmacht widerspricht sich selber sobald sie als Macht auftreten will. Wo aber die Thatkraft einer großen Nation sich nur in den armseligen Händeln kleiner Gemeinwesen zu äußern vermag, da werden folgenschwere Wandlungen des Völkerlebens oft vorbereitet durch unscheinbare particularistische Bewegungen die für sich allein wenig, insgesammt viel bedeuten. Neue politische Gedanken können ihre Nothwendigkeit nicht überzeugender erweisen, als wenn sie in einem zersplitterten Volke, zur selben Zeit an verschiedenen Stellen auftreten und durch mannichfaltige Hemmnisse hindurch sich ihre Bahn brechen; der gleiche Erfolg, die ungewollte und doch unverkennbare innere Verwandtschaft solcher Einzelkämpfe bekunden dann zugleich die schöpferische Naturgewalt der nationalen Einheit. Derweil Europa die Pariser Barrikadenhelden mit Huldigungen überschüttete, wurden die Straßenunruhen der kleinen norddeutschen Hauptstädte im Auslande nur mit spöttischem Lächeln angesehen, ja manche der Führer dieser winzigen Revolutionen betrachteten sich selber nur als bescheidene Schüler der unerreichbaren Franzosen. Und doch war diese verzettelte deutsche Bewegung mit aller ihrer kleinstädtischen Abgeschmacktheit besser berechtigt und in ihrer letzten Nachwirkung fruchtbarer als ihr vielbewundertes Vorbild. Durch die Juli-Revolution nur gefördert, keineswegs verursacht, entsprang sie naturgemäß aus einer veralteten Gesellschaftsordnung, die weit schwerer drückte als die politischen Mißgriffe der Bourbonen, und verwirklichte in den altständischen Gemeinwesen des Nordens die Ideen der Rechtsgleichheit und des Staatsbürgerthums, welche im übrigen Deutschland sich schon längst durchgesetzt hatten, so daß jetzt erst eine allen Deutschen gemeinsame Staatsgesinnung, ein über die Grenzen der Einzelstaaten hinausreichendes Parteileben, ein bewußter Kampf um die Reform des nationalen Gesammtstaates nach und nach möglich wurde.

Unter allen diesen kleinen Staatsumwälzungen erregte der Braunschweiger Aufstand das größte Aufsehen; denn hier allein wurde der nothwendige Umschwung durch revolutionäre Mittel, durch offenbaren Rechts-

bruch bewirkt, und hier zeigte sich zugleich mit erschreckender Klarheit, daß die Unsicherheit unseres öffentlichen Rechtes in der schimpflichen Ohnmacht des Bundestages ihren letzten Grund hatte. Gegen die Winkeltyrannei der schwächsten Reichsstände bot die alte Reichsverfassung immerhin einigen Schutz; mehrmals schritten Kaiser und Reich zur Absetzung unverbesserlicher kleiner Despoten, noch zur Zeit der französischen Revolution erschien zuweilen eine kaiserliche Debit-Commission in einem überschuldeten Fürstenthume um von Reichswegen die Ordnung herzustellen. Seit aber die Bundesakte diesen kleinen Herren die Souveränität gewährt hatte, bestand für fürstliche Willkür keine Schranke mehr, und einmal doch mußte an einem ungerathenen Sohne des deutschen hohen Adels offenbar werden, wie tief der Genuß einer anspruchsvollen Würde ohne Macht ihren Träger entsittlichen kann.

Trotzend auf seine fürstliche Unverantwortlichkeit war Karl von Braunschweig von Stufe zu Stufe gesunken. Er wußte, daß die Deutschen ihn verabscheuten, und fand bald eine boshafte Freude daran, seinen selbstverschuldeten schlechten Ruf immer aufs Neue zu rechtfertigen. Schon vier Jahre vor seinem Sturze schrieb er seiner gütigen Freundin, der Prinzessin Amalie von Sachsen, die ihm vergeblich ins Gewissen redete: „Man hält es am Ende für einerlei etwas zu sein, wofür man schon lange gegolten hat. Jung, hübsch, mächtig und ganz unabhängig mir selbst überlassen" — wie konnte ich anders werden?*) Die schlaffe Nachsicht des Bundestags, der sich in dem Streite der beiden Welfenhäuser mit einer beinahe possenhaften Genugthuung zufrieden gab, mußte den dreisten Uebermuth des verblendeten Fürsten noch erhöhen**). Schon wieder lag seit Jahr und Tag eine Klage gegen Herzog Karl unerledigt in Frankfurt: die Bitte des landständischen Ausschusses um Aufrechterhaltung der unbestreitbar rechtmäßigen Landschaftsordnung von 1820. Wieder wußte Graf Münch, trotz der ungestümen Mahnungen des preußischen Gesandten, die Entscheidung zu verzögern; daß Landstände gegen ihren Fürsten jemals Recht behalten könnten, schien der Wiener Hofburg ganz unfaßbar. Auch manche der anderen Bundesgesandten bezweifelten die Giltigkeit der neuen Verfassung, weil sie unter einer vormundschaftlichen Regierung vereinbart worden sei, der Vormund aber nicht über das Vermögen des Mündels verfügen dürfe. Selbst Wangenheim und einige überfeine Köpfe unter den Liberalen theilten diese Zweifel; so mächtig war noch, Dank der privatrechtlichen Bildung unserer Juristen, jene alte patrimoniale Staatslehre, welche Land und Leute nur als fürstliches Hausgut betrachtete. Also unter Bedenken und Gegenbedenken schleppte sich der Handel dahin, bis endlich im Spätsommer 1830 die Commission des

*) H. Karl von Braunschweig an Prinzessin Amalie von Sachsen, 21. Nov. 1826.
**) s. o. III. 565.

Bundestags einen Bericht zu Stande brachte, der sich zu Gunsten der klagenden Landstände aussprach.

Diese Nachricht aus Frankfurt bestärkte die Braunschweiger in dem Bewußtsein ihres guten Rechtes, und unwillkürlich regte sich die Frage, ob man nicht endlich zur Selbsthilfe schreiten müsse; wer konnte denn wissen, wann jemals jenem Berichte ein wirksamer Bundesbeschluß folgen würde? Der Herzog schlenderte mittlerweile schon seit Monaten auf den Pariser Boulevards umher und verhandelte nebenbei mit dem Hause Rothschild über Börsengeschäfte. Als ihn dort der Ausbruch der Juli-Revolution überraschte, zeigte sich der Erbe des braunschweigischen Heldengeschlechtes als ein elender Feigling; er verlor den Kopf, obwohl ihn die Pariser kaum beachteten, und floh unter seltsamen Abenteuern. Unterwegs sah er in Brüssel noch jene Vorstellung der Stummen von Portici, welche den belgischen Aufruhr einleitete. Zweimal warnte ihn das Schicksal, doch in diese glatte Stirne grub die ernste Zeit keine Furchen. Mit seinem Völkchen daheim dachte der Welfe schon fertig zu werden. Als er zurückkam, brachte er einen neuen Günstling mit, den französischen Abenteurer Alloard, und prahlte laut, ihm solle man das Schicksal Karl's X. nicht bereiten. Eine Handvoll Unterbeamten und Hofhandwerker begrüßte den Heimgekehrten mit einem Fackelzuge. Die Bürgerschaft aber sah mit Unmuth der gemachten Huldigung zu und sendete ihre Vertreter auf das Schloß um die Einberufung des Landtags zu erbitten; Bürgermeister Bode, ein derber, freimüthiger, ganz von althansischem Bürgerstolze erfüllter Mann, führte das Wort und warnte den Fürsten vor der unheildrohenden Stimmung des Volkes. Dahin hatte es der Herzog durch die knabenhafte Willkürherrschaft dieser sieben Jahre gebracht, daß er in seinem durch und durch welfisch gesinnten Völkchen unter den gebildeten Klassen fast gar keine Anhänger mehr besaß; selbst die Offiziere murrten, weil er sie bald launisch beleidigte bald ihnen den Gehalt beschnitt oder erledigte Stellen unbesetzt ließ.

Die Masse des Volks nahm an dem Verfassungskampfe der Landstände geringen Antheil; doch sie wußte genug von dem wüsten Treiben im Schlosse um den Herzog zu hassen, sie litt unter dem Drucke der Binnenmauthen, sie klagte, daß kein Fremder mehr den verrufenen Hof besuchte, daß der geizige Fürst die öffentlichen Bauten einstellen ließ und also die Noth noch steigerte, die nach einer schlechten Ernte, einem harten Winter überall in Deutschland empfunden wurde. Karl ahnte das nahende Unwetter und ließ in seiner Angst Kanonen vor dem Schlosse auffahren, Pulvervorräthe in die nahe Aegidienkirche schaffen. Während er am Abend des 6. Septembers im Theater weilte, sammelten sich einige Volkshaufen um die beiden Wagen, die ihn und seine Dirne, eine bekannte Schauspielerin, zur Heimfahrt erwarteten; sobald er aus dem Schauspielhause heraustrat, begrüßte ihn wüstes Geschrei, ein Hagel von

Steinen folgte dem davoneilenden Wagen. Vor dem Schlosse stand eine Schaar von Gaffern und Schreiern. Ein Offizier fragte: „Kinder, was wollt Ihr denn eigentlich?" Die Leute sahen sich verwundert an, bis endlich ein liberaler Advokat das neue Pariser Feldgeschrei anstimmte: „Brot und Arbeit!" — und einige wohlgenährte Schüler des Carolinums den Jammerruf wiederholten.*) Zwei Züge Husaren vertrieben dann ohne Kampf die Menge von dem Bohlwege, gegenüber dem Schlosse.

Am nächsten Morgen wurden die Kanonen und das Pulver hinweggeschafft. Auf die Bitten der Bürger versprach der Herzog auch einen kleinen Steuererlaß sowie einige Geldsummen für Straßenbauten und Lebensmittel; er gestattete sogar, daß eine mit Piken bewaffnete Bürgerwehr zusammentrat, nur von der Berufung des Landtags wollte er nichts hören. Am Abend stürmte wieder ein Pöbelhaufe gegen das Schloß heran, berauscht und heulend, höchstens tausend Köpfe stark; die Pikenmänner der Bürgerwehr wurden bald zur Seite gedrängt. Der Herzog aber wagte nicht seine im Schloßhofe versammelten Truppen feuern zu lassen; er ergriff nochmals die Flucht und ließ sich von seinen Husaren zur Landesgrenze geleiten, um dann nach England zu reisen. Mittlerweile drang der Pöbel in das Schloß ein und begann Feuer anzulegen; während die Strolche plünderten, sah man einige offenbar verkleidete Männer geschäftig die geheimen Papiere des Herzogs durchsuchen. Der commandirende General v. Herzberg, ein tapferer Veteran aus Wellington's spanischen Feldzügen, versäumte seine Soldatenpflicht, stundenlang ließ er die Truppen ruhig im Schloßgarten stehen. Eine einzige ohne seinen Befehl abgegebene Salve, die unschädlich über die Köpfe des Haufens hinwegfuhr, genügte um den Hof zu säubern und selbst die Räuber aus dem Schlosse zu verjagen; aber als die Truppen dann wieder unbeweglich blieben, wagte sich der Pöbel nochmals vor und begann sein Werk von Neuem. Die ganze Nacht hindurch währte die rohe Verwüstung, kein Menschenleben fiel ihr zum Opfer; die Spritzen ließ der Haufe nicht an das Schloß heran, und als die Grenadiere noch einen schwachen Angriff auf die Meuterer unternahmen, versuchten sie nicht ihren leichten Sieg zu verfolgen. Beim Grauen des Tages lag das schöne Bauwerk fast ganz in Asche.

Unverkennbar standen mehrere Männer aus dem Adel und dem Beamtenthum hinter diesem seltsamen unblutigen Aufruhr; gedungene Banden und wüstes Gesindel besorgten die Arbeit, die erbitterte Bürgerschaft sah halb schadenfroh halb erschrocken der Zerstörung zu. Die Namen der Verschwörer sind, obgleich einige Vermuthungen sehr nahe liegen, bis zum heutigen Tage verborgen geblieben, da die gerichtliche Unter-

*) Nach der mündlichen Erzählung eines der mitschreienden Schüler, der in späteren Jahren ein wackerer Reichstagsabgeordneter war.

suchung nachher ungründlich geführt, manche wichtige Zeugen gar nicht vernommen wurden. Der Handstreich der Wenigen konnte offenbar nur gelingen, weil das ganze Land den Herzog verwünschte. Die vollbrachte That erschien Allen wie ein Gottesgericht, obwohl man ihre Rohheit tadelte. Wohl hatte sich seit der großen Woche der Pariser überall in der Welt der Wahn verbreitet, daß die Masse im Straßenkampfe unbesiegbar sei; alle Zeitungen wiederholten beständig den Ausspruch, welchen einst Napoleon auf Grund der spanischen Erfahrungen seiner Marschälle gethan haben sollte: wehe dem General, der sich in der Enge der Gassen auf ein Gefecht einläßt. Aber Furcht war es nicht, was den Offizieren der ruhmreichen schwarzen Schaar die Hände lähmte, sondern Haß und Verachtung. Dürfen wir Bürgerblut vergießen um einem Elenden, der uns feige verlassen hat, sein Schloß zu behüten? — dies Bedenken drängte sich Allen auf und stimmte sie unsicher gegenüber einem weder muthigen noch zahlreichen Meutererhaufen. Berechneter Verrath der Offiziere ist nie erwiesen worden, und es bedarf auch dieses Verdachtes nicht um die schlechte Haltung der Truppen zu erklären.

In den Trümmern des Schlosses — das fühlte Jedermann — hatte Karl's Herrschaft ihr Grab gefunden, und als nun gar Einiges aus den geraubten Briefschaften und dem schwarzen Buche des Herzogs veröffentlicht wurde, da ward die Rückkehr des Vertriebenen ganz unmöglich. Die erbaulichen Geständnisse dieser schönen Seele — wie Metternich seinen welfischen Liebling einmal nannte — gingen von Mund zu Mund, die kleinstädtische Klatscherei schwelgte in gräßlichen Erfindungen, und der leere knabenhafte Thor galt bei seinem ergrimmten Völkchen bald für einen Wütherich und Giftmischer. Sobald man des Verhaßten ledig war, kehrte die Ordnung sogleich zurück. Die Bürgerwehr prunkte in den Straßen umher, jetzt nach Pariser Muster mit Flinten bewaffnet, unter der Führung des gefeierten Volksmannes Bankier Löbbecke, und je unschuldiger diese Philister an dem Schloßbrande waren, um so kühner prahlten sie mit ihrer Revolution. Paris, Brüssel und Braunschweig bildeten das Dreigestirn der neuen Völkerfreiheit, der Branntweinbrenner Götte, der den Herzog um die Wegführung der Pulvervorräthe gebeten hatte, hieß mindestens ein halber Lafa-Yette. General Herzberg wurde durch das Geschenk eines bürgerlichen Ehrensäbels darüber getröstet, daß die preußischen Kameraden ihn mit sehr zweifelhaften Blicken betrachteten; denn „der heutige Soldat — so versicherte eine Braunschweigische Flugschrift — ist nicht mehr der durch den Stock zum blinden Gehorsam dressirte Vagabunde des vorigen Jahrhunderts“. Ein Bürgergardist drohte dem Herzoge in einem offenen Briefe: 200000 Braunschweiger würden sich lieber unter dem Schutte ihrer Häuser begraben, als sich unter die Tyrannei eines zweiten Don Miguel begeben; ein anderer pries in einer Abhandlung „den freiwilligen Gehorsam“ als den eigenthümlichen Vorzug

der Bürgergarde vor dem Heere. Mit dem Soldatenspiele der Pariser Bourgeoisie drang auch die undeutsche Verachtung des ernsten Waffenhandwerks in das selbstgefällige Bürgerthum dieser Kleinstaaten ein; die wirkliche Volksbewaffnung, die in Preußen längst bestand, hieß „ein Werkzeug des Despotismus".

Die Regierung wußte sich nicht zu helfen. Von den verrufenen Räthen des Herzogs hatten mehrere das Weite gesucht, den zurückbleibenden fehlten Kraft und Ansehen. Um so rascher handelten die Landstände; einigen ihrer Führer kam der Schloßbrand offenbar nicht unerwartet. Schon am 9. September versammelte sich der Große Ausschuß und faßte noch am selben Tage drei entscheidende Beschlüsse. Er beschloß bis zur Einberufung des Landtages zusammenzubleiben, er bevollmächtigte die Grafen Werner Veltheim und Oberg, in Berlin und Hannover „vertrauliche Eröffnungen zu machen und für gewisse Fälle Rath zu erbitten"*); er richtete endlich an den Bruder des Herzogs, den letzten noch übrigen Sprossen des Fürstenhauses, eine von vielen Bürgern mitunterzeichnete Adresse, um ihn zu bitten, daß er „die Zügel der Regierung schleunigst übernehme".

Herzog Wilhelm von Braunschweig-Oels stand in Berlin bei den Garde-Ulanen und galt bei den Kameraden für einen Lebemann, der sein großes Vermögen gründlich zu genießen verstehe; Talente hatte man an dem vierundzwanzigjährigen Prinzen bisher noch nicht bemerkt. Schon am Abend des 8. September brachte ihm der reitende Bote eines braunschweigischen Hofbeamten die Nachricht von dem Aufruhr, und sofort erbat er sich durch seinen väterlichen Freund, den Fürsten Wittgenstein, die Befehle des Königs. Auf Friedrich Wilhelm's dringenden Rath**) reiste er dann eilends ab, um daheim vorläufig die Ordnung aufrechtzuhalten. Allen unerwartet, erschien er am 10. im Schlosse Richmond, vor den Thoren Braunschweigs, während die Adresse des ständischen Ausschusses noch nach Berlin unterwegs war. Wie frohlockten die friedfertigen Revolutionshelden, als sie nun wieder hoffen durften von einem leibhaftigen Welfen beherrscht zu werden. Im Triumphe wurde „Wilhelm der Gesegnete" von der Bürgerwehr und jauchzenden Volkshaufen in die Stadt seiner Väter eingeholt. Nichts lag ihm ferner als ehrgeizige Anschläge auf die Krone seines Bruders. Hart genug kam es ihm an, daß er die fröhlichen Gelage der Berliner Garde mit den Sorgen der Regierung und der Langeweile der kleinen Hauptstadt vertauschen mußte; auch blieb er sein Lebelang den strengen legitimistischen Grundsätzen seines Hauses ergeben und konnte den stillen Aerger über die Meuterei seiner Braun-

*) Veltheim an Bernstorff 17. Sept. 1830.

**) Dieser Thatsachen gedenkt das hannoversche Ministerium in seinem Berichte an König Wilhelm IV. vom 14. Sept., desgleichen Graf Münster in einem Schreiben an Stralenheim vom 21. Nov. 1830.

schweiger nie ganz verwinden. Nur die Macht der Verhältnisse riß den Widerstrebenden vorwärts, und kein Wunder, daß der wohlmeinende, aber unerfahrene, bildungslose und wenig scharfblickende Fürst, überwältigt durch den seltsamen Anblick der aufgeregten Stadt, die Stärke dieser kleinbürgerlichen Volksbewegung überschätzte.

Der junge Welfe fühlte, daß er eines Rückhalts bedurfte, und blieb daher mit seinem Gönner Wittgenstein in ununterbrochenem Briefwechsel. Auf des Herzogs Bitten ließ der König von Preußen zwei im Braunschweigischen wohlbekannte Grundherren aus der Nachbarschaft, v. Wulffen und v. Alvensleben, das Ländchen bereisen. Beide berichteten der Wahrheit gemäß, daß der landflüchtige Fürst von Allen aufgegeben sei und Jedermann das Verbleiben des Herzogs Wilhelm wünsche.*) Unterdessen war Graf Veltheim in Berlin eingetroffen. Er legte jenes schwarze Buch vor, worin Herzog Karl seine frevelhaften Regierungsgrundsätze aufgezeichnet hatte, und bat gradezu, der König möge den jüngeren Bruder zur förmlichen Uebernahme der Statthalterschaft veranlassen. Bernstorff hörte den Grafen an; jedoch auf Verhandlungen mit dem landständischen Abgesandten, der noch dazu als persönlicher Feind des vertriebenen Herzogs bekannt war, wollte er sich nicht einlassen. Preußen, so berichtete er dem Könige, müsse „selbst den Schein der Nachsicht in der Beurtheilung eines Aufstandes vermeiden" und in so ernster Zeit den Nachbarn, insbesondere dem nächstbetheiligten hannoverschen Hofe keinen Anlaß zum Mißtrauen geben; dem Bunde allein gebühre die Entscheidung. Demnach wurde Nagler beauftragt, in Frankfurt die ungesäumte Absendung eines Bundescommissärs zu verlangen; dem jungen Herzog aber befahl Bernstorff im Namen des Königs: bis der Bund gesprochen habe, solle er in seiner „unbestimmten, aber sehr wohlthätigen Stellung" ausharren.**) Der König wußte, daß die Rückkehr des Vertriebenen, bei der allgemeinen Aufregung im deutschen Norden, hochbedenklich, ja unmöglich war; doch so lange sich noch hoffen ließ, daß die Bundesversammlung ihre Pflicht erfüllen würde, wollte er den Boden des Bundesrechts nicht verlassen.

Fast noch vorsichtiger verfuhren die allezeit bedachtsamen hannoverschen Minister. Sie weigerten sich, mit dem Grafen Oberg, dem Bevollmächtigten der braunschweigischen Stände, amtliche Verhandlungen anzuknüpfen, baten den Berliner Hof um seinen Rath und legten zugleich in einer langen Denkschrift ihrem Könige die Frage vor, ob er nicht als Haupt des Braunschweigischen Hauses versuchen wolle, den flüchtigen Herzog zur Abdankung zu bewegen um also den schlimmen Handel in Frieden aus der Welt zu

---

*) H. Wilhelm v. Braunschweig an Wittgenstein, 11. 15. 19. 21. Sept. Wulffen's Bericht, 21. Sept. 1830.

**) Bernstorff, Bericht an den König 20. Sept., an Herzog Wilhelm 25. Sept., Weisung an Nagler, 27. Sept. 1830.

schaffen.*) König Wilhelm IV. äußerte sich tief entrüstet über den Aufruhr und die dem welfischen Hause angethane Schmach. Der gutmüthige Herr theilte den Haß seines verstorbenen Bruders gegen Herzog Karl durchaus nicht, sondern empfing den Flüchtling wohlwollend, als dieser ihn wenige Tage nach der Landung im Pavillon zu Brighton aufsuchte. Aber wie groß war sein Befremden, da er nun den geckenhaften Uebermuth, die schamlose Verlogenheit seines Neffen kennen lernte. Karl hatte noch immer keine Ahnung von dem Ernst seiner Lage; er hoffte bestimmt, durch die großen Mächte, deren Hilfe er angerufen, alsbald wieder eingesetzt zu werden, und erzählte seinem Oheim lachend: nur aus Liebe, nur um ihn im Lande zu behalten und seine längst beabsichtigte englische Reise zu verhindern hätten ihm die Braunschweiger sein Schloß angezündet.**) Durch die englischen Minister ließ er sich indeß bereden, seinem Bruder, der ihm über alles Geschehene gewissenhaft Bericht erstattete, mindestens eine widerrufliche Vollmacht zu ertheilen (21. Sept.): Herzog Wilhelm sollte als Generalgouverneur vorläufig die Regierung führen, jedoch nur provisorische Ernennungen vornehmen und an den organischen Gesetzen nichts ändern.***)

Aber welch eine lächerliche Rolle spielte unterdessen der Bundestag. Die Abstimmungen über den Bundesbeschluß, welcher den Herzog Karl zur Anerkennung der neuen Verfassung nöthigen sollte, waren noch immer nicht alle eingelaufen; da kam schon die Nachricht von der Vertreibung des Bösewichts. Unbeschreiblich war der Schrecken. Alle fühlten, daß Karl's Sturz selbstverschuldet und unwiderruflich sei. Doch so leichthin wollte Oesterreich seinen Schützling nicht preisgeben. Die kleinen Höfe, zumal die weitverzweigte Verwandtschaft des Braunschweigischen Hauses, zitterten vor der Zumuthung, daß sie die Revolution anerkennen, das legitime Fürstenrecht verleugnen sollten. Wirr wogten die Meinungen durch einander, an rasches Handeln war gar nicht zu denken. Die rathlose Versammlung ermannte sich vorerst nur zu dem Beschlusse, einen Bericht der braunschweigischen Regierung einzufordern.

Wie hätten die Braunschweiger in solcher Lage nicht die Geduld verlieren sollen? Das aufgeregte Land bedurfte durchaus einer endgiltigen Ordnung. Die Landstände versammelten sich und überreichten dem Herzog Wilhelm am 27. September eine Adresse, worin sie, nach einer grell gefärbten Darstellung der Landesbeschwerden, kühnlich aussprachen, er müsse die Regierung übernehmen, weil Herzog Karl „nach den Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechts" sie unmöglich fortführen könne. Der junge Welfe

*) Minister v. Ompteda an Bernstorff, 14. Sept. Bericht des hannov. Ministeriums an K. Wilhelm IV., 14. Sept. 1830.

**) Bülow's Berichte, London 16. 20. Sept. Münster an das hannov. Ministerium, 5. Oct. 1830.

***) Vollmacht Herzog Karl's für H. Wilhelm, London 21. Sept. 1830.

war auch gern bereit, die Statthalterschaft im Namen seines Bruders förmlich anzutreten, da dessen Vollmacht mittlerweile aus London eingetroffen war. Aber die Minister, die Landstände, die Stadträthe und viele andere ungebetene Rathgeber stellten ihm ernst, fast drohend vor, nimmermehr dürfe der Name des Vertriebenen erwähnt werden, sonst breche der Aufruhr von Neuem los. Am Abend strömte wieder ein Volkshaufen auf dem Burgplatze zusammen; ein Redner kletterte auf das alte Löwendenkmal hinauf und ließ die Versammlung ein Pereat auf Karl, ein Hoch auf den neuen Herzog Wilhelm ausbringen.

Eingeschüchtert durch diese Kundgebungen des Volkswillens, verkündigte Wilhelm am 28. September, er habe sich „veranlaßt gefunden, die Regierung bis auf Weiteres zu übernehmen"; von der Vollmacht seines Bruders sagte er in seinem Patent kein Wort. Aus Furcht und jugendlicher Unerfahrenheit, keineswegs aus Ehrgeiz, that er also den ersten rechtswidrigen Schritt. Dem Könige von Preußen wagte er sein Unrecht nicht einzugestehen, sondern zeigte ihm nur an, daß er „in Uebereinstimmung mit seinem Bruder" die Regierung vorläufig übernommen habe. Seinem englischen Oheim gegenüber ging er freier mit der Sprache heraus: er habe, so schrieb er ihm, die Vollmacht seines Bruders veröffentlichen wollen und viele Vertrauensmänner darüber befragt; aber „einmüthig ward es ausgesprochen, daß eine solche Verkündigung den Zweck meiner provisorischen Regierungs-Uebernahme gänzlich vereiteln, ja von Neuem eine allgemeine Gährung veranlassen und die gefährlichsten Folgen für das Wohl des Landes auch in Rücksicht meiner Person haben würde."*) Die Entschuldigung war so schwächlich wie sein ganzes Verfahren; denn fand er den Muth bei seinem ersten Entschlusse zu beharren, dann konnte er als unbestreitbar rechtmäßiger Statthalter mit Sicherheit auf die Waffenhilfe Preußens, Hannovers, ja selbst des Deutschen Bundes zählen, und gegen preußische Bataillone hätten die Heerschaaren des Bürgerwehr-Majors Löbbecke ihren „freien Gehorsam" schwerlich bethätigt. Den Landständen erwiderte Herzog Wilhelm: er werde versuchen seinen Bruder zur Abdankung zu bewegen; mißlinge dies, so wolle er sie nicht hindern, sich an den wohlwollenden König von England-Hannover zu wenden. Der Wink ward sofort verstanden. Noch am selben Tage riefen die Stände die Vermittlung Wilhelm's IV. an: wenn nur Karl erst die Krone niedergelegt habe, dann sei sein Bruder rechtmäßiger Landesherr.**)

In Berlin wie in London mußte man sich sagen, daß Herzog Wilhelm's eigenmächtige That nicht mehr zurückgenommen werden konnte. Ohne

*) H. Wilhelm an K. Friedrich Wilhelm 28. September, an K. Wilhelm IV. 29. Sept. 1830.

**) Herzog Wilhelm, Schreiben an die Landschaft, 28. Sept. Eingabe der Landschaft an König Wilhelm IV., 28. Sept. 1830.

ihn ließ sich die Beruhigung des Ländchens nicht erreichen, und auch die trotzige Haltung der Braunschweiger entsprang keineswegs allein dem überspannten Selbstgefühle des revolutionären Philisterthums: eine widerrufliche Vollmacht bot, bei Karl's Charakter, in der That keine Gewähr für dauernden Frieden. Darum sahen beide Höfe über den begangenen Formfehler schweigend hinweg und bemühten sich während der nächsten Wochen wetteifernd, den Flüchtling zu freiwilligem Verzicht zu bewegen. Der König von Preußen schrieb ihm selbst, noch nachdrücklicher Fürst Wittgenstein.*) König Wilhelm IV. aber unterhandelte, erst durch Wellington und Aberdeen, nachher persönlich mit seinem Neffen. Er verfuhr schonend und streng ehrenhaft; selbst Graf Münster, des Herzogs alter Feind, bekundete eine unerwartete Mäßigung. Man ließ dem Herzog die Wahl, ob er gänzlich abdanken oder seinem Bruder mit unbeschränkter und unwiderruflicher Vollmacht die lebenslängliche Statthalterschaft übertragen wolle. Auf jeden Fall — darüber waren die beiden Könige einig — sollte Karl's Nachkommen ihr Erbrecht vorbehalten bleiben.**)

Endlich begann der Herzog einzulenken und rückte mit seinen Bedingungen heraus. Er war bereit den Bruder zum General-Gouverneur auf Lebenszeit zu ernennen, verlangte aber für sich, außer dem Hofstaate und den Ehrenrechten eines Souveräns, eine jährliche Rente von 300000 Thalern, ohne Abzug, lediglich für seine persönlichen Ausgaben — und dies von einem Ländchen, dessen gesammte Staatseinnahmen wenig mehr als eine Million betrugen. Außerdem sollte der Landtag das Recht erhalten, den Herzog jederzeit zur Selbstregierung zurückzurufen. Da nach englischen Anstandsbegriffen solche kaufmännische Künste nicht anstößig sind, so zeigten sich Wellington und Aberdeen geneigt, Karl's Vorschläge im Wesentlichen anzunehmen; was kümmerte diese Torys die Finanznoth eines deutschen Kleinstaats? Münster aber fand die Geldsumme viel zu hoch, den Vorbehalt einer Zurückberufung ganz unannehmbar.***) Noch peinlicher war der Berliner Hof überrascht. Tief empört schrieb Bernstorff nach Wien: daß Herzog Karl sich sträubt, ist nicht zu verwundern; „daß er aber einen so hohen Preis in Gelde dafür fordert, einen Preis, welchen das Land kaum erschwingen kann, giebt einen abermaligen Beweis von der Härte und dem grenzenlosen Egoismus seines Charakters.“†)

König Friedrich Wilhelm war indessen längst zu der Erkenntniß gelangt, daß die zaudernden englischen Welfen eines Spornes bedurften.

---

*) König Friedrich Wilhelm an Herzog Karl, 16. October. Wittgenstein an Herzog Karl, 20. Oct. 1830.

**) Wellington an Münster, 4. Oct. Münster an Herzog Wilhelm von Braunschweig, 5. Oct. König Wilhelm IV. an Herzog Wilhelm, 8. 13. Oct. 1830.

***) Bülow's Berichte, 15. 22. Oct. Esterhazy's Bericht, London 19. Oct. Münster an Stralenheim, 2. Nov. König Wilhelm IV. an Herzog Wilhelm, 4. Nov. 1830.

†) Bernstorff an Maltzahn, 9. Nov. 1830.

Er hatte den jungen Herzog zu der Reise nach Braunschweig bewogen und sich dann zurückgehalten, um dem Deutschen Bunde und dem welfischen Hause nicht vorzugreifen. Aber die von Preußen früher beabsichtigte Absendung eines Bundescommissars war durch die Ereignisse längst überholt. Herzog Wilhelm's eigenmächtige Statthalterschaft wurde von den Revolutionären allerorten als ein Regiment der Volkssouveränität gepriesen, die unsicheren Zustände des Landes bedrohten die ganze Nachbarschaft. Es ward hohe Zeit, daß der Bund die Regentschaft anerkannte und ihr also einen festen Rechtsboden verschaffte. Der König ließ daher die preußische Ansicht in einer ausführlichen Denkschrift des Auswärtigen Amtes zusammenfassen (29. Oct.): Die Unruhen in Braunschweig seien nicht schlechthin anarchisch, sondern lediglich gegen den Herzog gerichtet gewesen, der Haß gegen ihn aber so glühend, daß die Deutschen bei seiner Rückkehr vielleicht selbst „das schauderhafte Beispiel“ des Fürstenmordes erleben könnten. Verstehe er sich nicht zu einem Verzichte, so bleibe, da die Reichsgerichte nicht mehr bestünden, nur noch das eine Mittel übrig, daß die Agnaten des welfischen Hauses mit Genehmigung des Bundestags einen endgiltigen Rechtszustand herstellten. Noch deutlicher schrieb Bernstorff einige Wochen darauf nach London: scheitern die Verhandlungen mit Herzog Karl, dann dürfen sie nicht von Neuem aufgenommen werden, sondern die Agnaten müssen den Vertriebenen für regierungsunfähig erklären und diesen Beschluß durch den Bundestag gutheißen lassen.*) Die Denkschrift wurde nach London, Hannover und Frankfurt, erst später nach Wien gesendet. Eichhorn selbst hatte sie sorgfältig umgearbeitet und Alles klug darauf berechnet, die hannoversche Regierung vorwärts zu drängen, ohne doch den immer wachen Argwohn des Grafen Münster gegen Preußens hegemonische Gelüste aufzureizen. Der Streich gelang. Münster eignete sich die preußischen Ansichten vollständig an und wiederholte sie in einer Denkschrift für den hannoverschen Bundesgesandten, welche das gemeinsame Vorgehen der beiden Kronen in Frankfurt vorbereiten sollte.**) Herzog Wilhelm aber sprach, sichtlich erleichtert, dem Berliner Hofe seinen Dank aus; er erbat und erhielt die Erlaubniß, sich auf die preußische Denkschrift zu berufen, falls er in die Lage käme, sein Verbleiben in Braunschweig vor den deutschen Fürsten zu rechtfertigen.***)

Zunächst mußte der Bundestag die so schmählich verschleppte Beschwerde der Landstände gegen Herzog Karl endlich erledigen. Bis zum letzten Augenblicke versuchte Graf Münch unter allerhand Vorwänden diese Entscheidung zu hintertreiben; grenzenlos war die Nachsicht des Hauses

*) Denkschrift des Auswärtigen Amtes, die gegenwärtige Lage des Herzogthums Braunschweig betr., 29. Oct. Bernstorff, Weisung an Bülow, 17. Nov. 1830.

**) Bülow's Bericht, 20. Nov. Münster an Herzog Wilhelm, 16. Nov. 1830.

***) Herzog Wilhelm an Wittgenstein, 16. November. Bernstorff an Wittgenstein, 21. Nov. 1830.

Oesterreich für den verächtlichsten der deutschen Fürsten. Aber Nagler blieb standhaft, und am 4. November — zwei Monate nach der Flucht des Welfen — beschloß die Bundesversammlung dem Herzog Karl zu eröffnen, daß er die Landschaftsordnung von 1820 nur auf verfassungsmäßigem Wege abändern dürfe. Wie lächerlich auch dieser Beschluß in der gänzlich veränderten Lage klingen mochte, er war doch nothwendig, er sicherte den unglücklichen Braunschweigern mindestens ihre neue Verfassung. Preußens Triumph war vollständig, und ingrimmig nannte Metternich im vertrauten Kreise den einst so hochgeschätzten Nagler einen verkappten Jacobiner. Außer Oesterreich hatten nur der unverbesserliche Kurfürst von Hessen und Münch's getreuer Trabant, der Stimmführer der sechzehnten Curie Leonhardi gegen den Beschluß gestimmt.*) Nun erst konnte man an die Frage des Augenblicks herantreten. An die Wiedereinsetzung des Herzogs Karl glaubte eigentlich Niemand mehr, nicht einmal der strengste aller Legitimisten Czar Nikolaus. Der antwortete auf den Hilferuf des Flüchtigen: „Wenn ich die Ereignisse, von denen Sie mir sprechen, beklage, so beklage ich doch nicht weniger die verhängnißvollen Verirrungen, welche sie hervorgerufen haben, und die Täuschungen, welche Ew. Durchlaucht noch über ihre unvermeidlichen Folgen zu hegen scheinen.“**) Auch Metternich hatte dem preußischen Gesandten wiederholt ausgesprochen, daß Karl jetzt unmöglich sei, und Kaiser Franz sogar einen freundlichen Brief an Herzog Wilhelm gerichtet. Aber wie zweideutig blieb bei Alledem Oesterreichs Haltung. Als der neue k. k. Gesandte, Hruby, in Braunschweig erschien, brachte er ein Beglaubigungsschreiben an Herzog Karl mit, und dies Schreiben sollte er dem Bruder des Herzogs als dessen Stellvertreter überreichen.***) Münch begann unterdessen wieder sein altes Spiel gegen Nagler, und bei der ängstlichen Zerfahrenheit der Versammlung durfte er wohl hoffen die Entscheidung abermals hinauszuzögern. Da wurde der Bundestag durch eine neue Thorheit des flüchtigen Welfen zum Handeln gezwungen.

Am 8. November hatte Karl die Verhandlungen mit den englischen Ministern plötzlich abgebrochen, am folgenden Tage war er aus England verschwunden. Acht Tage später tauchte er in der Frankfurter Gegend wieder auf; der Jude Henrici, der soeben aus dem Londoner Schuldgefängniß entlassene vormalige bairische Lieutenant Bender v. Bienenthal und einige andere Abenteurer gleichen Schlages bildeten sein Gefolge. Er kam mit gefüllten Taschen und war entschlossen, sich mit einer Freischaar die Krone zurückzuerobern. Da Herzog Wilhelm seiner Vollmacht nicht öffentlich erwähnt hatte, so betrachtete Karl ihn fortan als Feind,

*) Nagler's Berichte, 26. 31. Oct. 6. Nov. 1830.

**) Kaiser Nikolaus an Herzog Karl von Braunschweig, 25. Nov. (a. St.) 1830.

***) Maltzahn's Bericht, 7. Oct. Kaiser Franz an H. Wilhelm v. Braunschweig, 17. Oct. 1830.

nahm am 16. November die Vollmacht förmlich zurück und forderte den Bruder auf, sich zu einer Unterredung in Fulda einzufinden. Die Braunschweiger aber wollten ihren Regenten nicht ziehen lassen; sie fürchteten im Ernst — so stark hatten sich die Gemüther erhitzt — Karl werde den Bruder vergiften. „Daß ich dergleichen Besorgnisse nicht hege, bedarf wohl weiter keiner Versicherung" — schrieb Herzog Wilhelm an Wittgenstein, indeß wagte er auch nicht der Einladung, die ja doch keinen Erfolg verhieß, zu entsprechen.*) Wie fühlte er sich wieder so unsicher und verlegen. Die Zurücknahme der Vollmacht zog ihm den Rechtsboden unter den Füßen hinweg; seine Statthalterschaft war nunmehr nicht blos der Form sondern auch der Sache nach eine rechtswidrige Usurpation. Wieder wendete er sich nach Berlin um Hilfe und gestand seinem Wittgenstein: Wenn ich nicht öffentlich erklären darf, daß die Könige von Preußen und Hannover mein Verbleiben wünschen, so „werde ich wohl nicht umhin können mich von hier zu entfernen". Die preußische Antwort verstand sich von selbst. Unmöglich durfte man dem vertriebenen Welfen gestatten, durch einen launischen Einfall den mühsam hergestellten vorläufigen Rechtszustand wieder über den Haufen zu werfen. Der junge Herzog wurde aufgefordert, auch nach dem Erlöschen der Vollmacht in seiner Stellung auszuharren.**)

Noch bevor die Erwiderung aus Berlin eintraf, hatten sich die Braunschweiger selber geregt. Auf die Kunde von dem Herannahen des verabscheuten kleinen Tyrannen gerieth das Land wieder in fieberische Unruhe. Die Bürgerwehr gelobte in einer stürmischen Versammlung feierlich, nur dem Herzog Wilhelm zu gehorchen, und das Gleiche beschlossen — ein in Deutschland unerhörter Fall — auch die Offiziere des kleinen Heeres. Das war der Fluch der Trägheit des Deutschen Bundes. Fast ein Vierteljahr lang hatte er das unglückliche Land sich selber überlassen, und nun waren alle Rechtsbegriffe schon dermaßen verwirrt, daß selbst der Fahneneid dieser durch Muth und Treue gleich berühmten Truppe nicht mehr Stand hielt. Magistrat und Stadtverordnete der Hauptstadt versicherten dem jungen Herzog in einer pathetischen Adresse: „Die Sündenschaar wird ihr boshaftes Treiben so lange fortsetzen" bis die dauernde Regierung unseres neuen Landesherrn außer allem Zweifel steht. Und der wackere Bürgermeister Bode fügte in einem Begleitschreiben hinzu: „Sollten Rückschritte dem alten, über alle Beschreibung drückenden und schaudervollen Zustande wieder näher führen, so will ich lieber nicht leben als an der Spitze einer nach und nach entwürdigten oder zur desperaten Wuth gereizten Bürgerschaft stehen."***) Dem gefeierten Herzog war bei diesen Huldigungen

*) H. Wilhelm an Wittgenstein, 21. Nov. 1830.

**) H. Wilhelm an Wittgenstein 22. Nov. Bernstorff's Bericht an den König, 30. Nov., und Antwort an H. Wilhelm, 30. Nov. 1830.

***) Adresse von Magistrat und Stadtverordneten Braunschweigs, 23. November.

sehr übel zu Muthe; das Betragen der Offiziere schmerzte ihn tief, und traurig bekannte er dem väterlichen Wittgenstein: „Die Verhältnisse nöthigen mich, alle diese Dinge stillschweigend gut zu heißen."*) Aber auch diesmal ließ er sich von der Strömung treiben und gestand in einer Proclamation vom 26. Nov.: er habe die Regierung „nicht ohne die Zustimmung" seines Bruders übernommen; obgleich „diese Zustimmung zu seinem innigsten Bedauern jetzt aufgehört" habe, so wolle er doch auf seiner Stelle bleiben, da Herzog Karl außer Stande sei selbst zu regieren. Und wieder entschuldigte er sich vor dem preußischen Hofe: der Schritt sei durch die allgemeine Gährung geboten worden.**)

Herzog Karl war unterdessen in dem preußischen Städtchen Ellrich am südlichen Abhange des Harzes eingetroffen. Dort warb er einen Haufen müssigen Volkes, ließ das Gesindel tellergroße französische Kokarden, die er aus Metz mitgebracht, auf die Mützen stecken, und führte seine Bande am 30. November gegen die nahe braunschweigische Grenze. Er spielte jetzt ganz den internationalen Demagogen, versprach seinem Volke in aberwitzigen Manifesten Abschaffung des Heeres, Ablösung der Zehnten, Steuerfreiheit für die niederen Klassen, Schwurgerichte, gewählte Volksvertreter und Beamte. Auch einen gefälschten Aufruf seines Bruders führte er in zahlreichen Abzügen mit sich: darin mahnte Herzog Wilhelm die Unterthanen, „ihre Gemüther nur den Verheißungen und dem guten Willen Unseres Bruders zu öffnen."***) An der Grenze, bei Zorge standen die schwarzen Jäger, die noch den Namenszug Karl's auf den Tschackos trugen; doch weder die Offiziere noch die Mannschaft wollten dem Kriegsherrn folgen, als dieser halb berauscht und weinend sie zu überreden suchte. Sobald die Truppen sich zum Feuern fertig machten, ergriff der Welfe zum dritten male die Flucht, ehe noch ein Schuß gefallen war; seine Bande stob auseinander, und die aufgefundenen blauweißrothen Kokarden wurden nachher den Depeschen der Diplomatie beigelegt um die jacobinischen Pläne dieses legitimen Fürsten handgreiflich zu erweisen. Mit dem Stolze des Helden berichtete sodann der Jägerhauptmann Berner von der unblutigen Schlacht, die sich an „diesem in der Geschichte ewig denkwürdigen Platze" abgespielt hatte.†) Karl eilte westwärts, und als sich unterwegs in Osterode drohendes Volk vor seinem Gasthause zusammenrottete, suchte er zum vierten male sein Heil in der Flucht, bis er endlich die Grenzen Frankreichs erreichte.

Diese widerlichen Narrenstreiche stießen dem Fasse doch den Boden

---

Bode, Begleitschreiben an einen Kammerherrn (vermuthlich v. Hohnhorst), 24. November 1830.

*) H. Wilhelm an Wittgenstein, 24. Nov. 1830.

**) H. Wilhelm an König Friedrich Wilhelm 26. Nov.; an Bernstorff 26. Nov. 1830.

***) Proclamation Herzog Wilhelm's, 28. Nov. 1830, von Herzog Karl verfaßt.

†) Hauptmann Berner, Bericht an Oberst v. Wachholz, 1. Dec. 1830.

aus. Daß ein solcher Mensch dem deutschen hohen Adel nicht mehr angehören durfte, leuchtete schließlich Allen ein. Karl konnte sich auf sein unbestreitbares Fürstenrecht berufen; nun hatte er selber den Pöbel aufgehetzt, den Landfrieden des preußischen Staates gestört, und in Berlin war man schon entschlossen ihn aufheben zu lassen. Jetzt erst, nachdem Karl selber die gütlichen Verhandlungen abgebrochen, beantwortete der bedächtige König von England die Adresse des braunschweigischen Stände-Ausschusses vom September und versicherte die Landstände seines Schutzes. Selbst Kaiser Franz erklärte dem Herzog Wilhelm seine volle Zustimmung zu den unvermeidlichen Entschlüssen der letzten Tage.*) Am Bundestage war Alles verwandelt; außer dem kurhessischen Gesandten bestritt Niemand mehr, daß Karl zum Regieren unfähig sei. Münch's Zauberkünste hörten auf, die Ansichten Preußens und Hannovers fanden rasch Anklang, und schon am 3. December einigte sich der Bundestag über einen Beschluß, dem nur einzelne Regierungen nach altem Bundesbrauche noch einen Vorbehalt anhingen. Herzog Wilhelm wurde ersucht „die Regierung bis auf Weiteres zu führen", den Agnaten aber ward „anheimgegeben, die definitive Anordnung für die Zukunft zu bewirken" und sie dem Deutschen Bunde zur Anerkennung mitzutheilen. Der junge Herzog athmete auf und beeilte sich, den ersten Theil des Beschlusses seinem Lande mitzutheilen. Nun hatte er doch wieder einen Rückhalt: er regierte fortan im Auftrage des Deutschen Bundes.

Freilich nur „bis auf Weiteres". Und seine Stellung ward mit jedem Tage unhaltbarer. Karl verwahrte sich sogleich wider den Bundesbeschluß; er erklärte dem Könige von Preußen: einem seiner „souveränen Mitfürsten" wolle er wohl die Verwaltung des Landes anvertrauen, doch nimmermehr diesem Bruder; und drei Wochen darauf bot er selber dem Bruder an, ihn zum Mitregenten oder zum provisorischen Regenten zu ernennen, aber immer mit dem Vorbehalte: „niemals werde ich auf meine Landeshoheits- und Regierungsrechte zu Gunsten eines Dritten verzichten."**) Als Herzog Wilhelm auf diese unklaren und schwerlich ehrlich gemeinten Vorschläge nicht einging, wurde er von dem Flüchtling mit Schmähungen überschüttet. Wie durfte man ihm zumuthen, auf die Dauer die Statthalterschaft zu führen für einen Fürsten, der ihn soeben mit den Waffen anzugreifen versucht hatte, der ihn öffentlich als Rebellen und Verräther brandmarkte? Das neue Ministerium, das er sich aus tüchtigen Männern gebildet und der gewandten Leitung des Frhrn. v. Schleinitz unterstellt hatte, war schon längst der Meinung, daß der Herzog die Regierung definitiv übernehmen müsse.***) Wie ein Mann forderte das ganze Land

*) K. Wilhelm IV. Antwort auf die Adresse des Landständischen Ausschusses, 21. Nov.

**) H. Karl an K. Friedrich Wilhelm, 1. Jan., an H. Wilhelm 25. 26. Jan. 1831.

***) Schreiben des braunschweigischen Ministeriums an den hannov. Minister v. Stralenheim, 4. 5. Dec. 1830.

den Uebergang der Herzogskrone an den jüngeren Bruder. Und nun faßte sich auch der junge Welfe selbst ein Herz und erklärte dem hannoverschen Minister Stralenheim in hellem Zorne: im Namen Karl's könne er nicht regieren; er wolle auch nicht in die Lage kommen, etwa für einen minderjährigen Sohn seines Bruders die Vormundschaft zu führen, um dann vielleicht den gleichen Undank zu erleben wie einst König Georg IV. und sein Alter in Elend und Sorge zu verbringen.*) Diese Sprache verfehlte in London ihre Wirkung nicht ganz. Legte der junge Welfe die Regentschaft nieder, so mußte der König von Hannover als nächster Agnat sie übernehmen, und solche Aussichten erschienen seinen Räthen, nach den bitteren Erfahrungen früherer Jahre, sehr unheimlich. Daher sprach sich Graf Münster jetzt für Herzog Wilhelm's Ansicht aus: der junge Herr habe auch eine Stimme und könne zur Fortführung der Regentschaft nicht gezwungen werden.**) Nur König Wilhelm IV. wollte seine Rechtsbedenken nicht aufgeben; das ungestüme Drängen der Braunschweiger verletzte seinen Welfenstolz, und er schrieb dem Neffen: „Die Form, ob Sie in eigenem oder in Ihres Herrn Bruders Namen regieren würden, schien mir von weniger Wichtigkeit zu sein, und ich gestehe Euer Liebden unverhohlen, daß die dasigen Unterthanen sich zu viel herausnehmen würden, wenn sie sich dem Gebrauche von Formen sich zu widersetzen das Ansehen geben würden, welche das Völker- und Fürsten-Recht geheiligt hat.“***)

Hinter allen diesen Bedenken stand als schwerstes die Frage der Erbfolge, die bei freiwilligem Verzichte des Herzogs Karl sich leicht lösen ließ, jetzt aber ganz unentwirrbar schien. Wurde dem jüngeren Bruder die Herzogskrone übertragen und dennoch den Nachkommen des älteren, nach der ursprünglichen Absicht aller Agnaten, das Erbfolgerecht vorbehalten, so war mit Sicherheit vorauszusehen, daß Karl, wie vormals Anton Ulrich von Meiningen, aus Bosheit sofort heirathete und eine furchtbare Schaar rechtmäßiger Erben erzeugte; eine ebenbürtige Gemahlin aus einem kleinen mediatisirten Hause hätte sich leicht gefunden. Sollte dann Herzog Wilhelm gehalten sein, die Krone zu Gunsten eines Neffen niederzulegen? Fast noch gefährlicher schien es, den Mannsstamm des jüngeren Bruders kurzweg zur Thronfolge zu berufen. Die Reichsacht alter Zeiten hatte zwar regelmäßig der ungeborenen Nachkommenschaft des Aechters ihre Erbansprüche genommen; aber wie durften die Agnaten eines souveränen Bundesfürsten sich eine solche Strafgewalt anmaßen? Bedenken also und Zweifel überall. Das Bundesrecht gab keine Antwort; ohne die Majestät

*) Stralenheim an Münster, Braunschweig 5. December. Reden an Bernstorff, 28. December 1830.

**) Münster an Stralenheim 7. Dec., an Reden 17. Dec., an die Gesandtschaften in Wien, Berlin, Frankfurt, 17. Dec. 1830.

***) König Wilhelm IV. an Herzog Wilhelm, 23. Dec. 1830.

von Kaiser und Reich war die Frage rechtlich nicht zu lösen. Die Welfen wußten sich wieder nicht zu helfen, und wieder mußte Preußen sie vorwärts treiben.

König Friedrich Wilhelm zeigte sich in diesem Handel überraschend fest und sicher. Wie tief er auch von der Heiligkeit des monarchischen Rechtes durchdrungen war, so sagte ihm doch sein ehrliches Gewissen, daß jedem menschlichen Rechte eine letzte Schranke gesetzt ist. Er hielt es für eine sittliche Pflicht, den deutschen Fürstenstand von einem Unwürdigen zu befreien, und für ein Gebot der Klugheit, der Nation in dieser Zeit der Gährung zu beweisen, daß mindestens das Uebermaß fürstlicher Willkür in Deutschland nicht geduldet werde. Kurz und kühl erwiderte er auf einen neuen Brief des Flüchtlings: die Agnaten und dann der Bund hätten noch einmal zu sprechen, die deutschen Fürsten würden Alles „aus dem Gesichtspunkt fürstlicher Ehre und Würde in sorgfältige Erwägung ziehen".*) Weder die legitimistischen Doctrinen seines Schwagers Karl von Mecklenburg noch die Bitten der braunschweigischen Verwandtschaft vermochten ihn umzustimmen. Als Karl's Großmutter, die greise, halb erblindete Markgräfin Amalie von Baden und deren Tochter, die Königin-Wittwe Karoline von Baiern ihm nach Frauenart vorstellten, der Verbannte werde durch „sein schreckliches Unglück" hoffentlich gebessert werden, da antwortete der König: „Zur Wiederherstellung der Ordnung im Herzogthum und zur Sicherung der Ruhe in den Nachbarlanden giebt es nur das eine Mittel: die Regierungsunfähigkeit, wovon Herzog Karl nur zu arge Proben gegeben hat, förmlich anzuerkennen und die Staatsgewalt in den Händen seines Bruders gesetzlich zu befestigen."**)

In diesem Sinne war auch die neue Denkschrift gehalten, welche das Auswärtige Amt am 9. Jan. 1831 dem hannoverschen Gesandten Reden für die Agnaten übergab. Sie führte aus: nachdem die Statthalterschaft durch Karl's letzte Schritte unmöglich geworden, sollten die Agnaten nicht als Richter auftreten, sondern lediglich die Thatsache der „absoluten Regierungsunfähigkeit" des Herzogs feststellen. „Eine in Ausübung der Regierungsgewalt bewiesene Bösartigkeit, welche gerade wegen der dabei vorhandenen völligen Zurechnungsfähigkeit die Gemüther seiner Unterthanen gegen ihn empört hat," macht ihn unfähig zu regieren, „weil der Eindruck seiner Handlungen nicht ausgelöscht zu werden vermag." Solche Pflichtverletzungen würden, von einem Privatmann begangen, nicht zur Entmündigung führen, sondern „ganz andere Folgen haben". Ist die Thatsache der Regierungsunfähigkeit Karl's durch die Agnaten förmlich anerkannt, so übernimmt Herzog Wilhelm, nicht durch Uebertragung, son-

---

*) König Friedrich Wilhelm an Herzog Karl, 19. Jan. 1831.

**) Markgr. Amalie an K. Karoline, 30. Nov. K. Karoline an K. Friedrich Wilhelm, 3. Dec. Antwort, 16. Dec. 1830.

dern kraft seines eigenen Rechtes als nächster Erbe ohne Weiteres die Krone. Die schwierige Frage des Erbfolgerechtes der Nachkommen wird für jetzt offen gelassen, da die herzoglichen Brüder beide noch unvermählt sind, und gegebenen Falles späterhin noch eine Entscheidung getroffen werden kann.

So Preußens Rath. In einer ergänzenden Denkschrift gestand Eichhorn nachher selber: diese Sätze „sind wirklich als ein Extrem zu betrachten, über welches ohne Verletzung des Legitimitätsprincips nicht hinausgegangen werden könnte".*) In Wahrheit enthielten Preußens Vorschläge schon einen offenbaren Bruch des legitimen Rechtes; denn sie verlangten, daß ein unverantwortlicher Souverän zur Strafe für seine Unthaten abgesetzt würde. Dies ließ sich rechtlich um so weniger begründen, da Herzog Karl nicht einmal förmlich gehört wurde, und der Rath der Agnaten nur aus den regierenden Herren der beiden welfischen Linien bestand, von denen der eine, Herzog Wilhelm, unzweifelhaft ein Usurpator wider Willen war. Aber nach Allem, was geschehen, war der Rechtsbruch unvermeidlich, an die Wiederherstellung des Vertriebenen ließ sich gar nicht mehr denken, und entschloß man sich einmal anzuerkennen, daß Noth kein Gebot kennt, so blieb es immerhin noch der leidlichste Ausweg, wenn der jüngere Bruder kraft Geburtsrechts in die Stelle des Entthronten eintrat. Die Vertagung der Erbfolgefrage ergab sich von selbst aus der Verlegenheit, denn aus einem Rechtsbruche lassen sich Rechtsgrundsätze schlechterdings nicht ableiten. Man scheute sich die Rechtsverletzung weiter zu treiben, als es die Nothlage des Augenblicks verlangte, und die Nachkommenschaft Herzog Karl's ihrer Erbansprüche geradezu zu berauben; aber man wollte diese Rechte auch nicht ausdrücklich anerkennen, damit nicht Karl eine Ehe schlösse, welche die Verwirrung in dem Ländchen nur steigern konnte. Warum der Zukunft vorgreifen? War es nicht möglich, daß eine förmliche Entscheidung der Frage ganz überflüssig wurde? daß der ausschweifende Karl frühzeitig kinderlos starb und dann das Thronfolgerecht der Nachkommen Herzog Wilhelm's unanfechtbar dastand? Solche Erwägungen lagen nahe genug. Schon während der Verhandlungen der letzten Monate hatten beide welfische Höfe, zuerst Braunschweig, dann Hannover, die Meinung geäußert, man handle vielleicht am klügsten, wenn man die „allerdings delicate" Erbfolgefrage vorderhand unberührt lasse.**)

Als nun die Vorschläge Preußens einliefen, ergriffen die Agnaten nochmals mit Freuden die dargebotene Hand. Der Herzog von Cambridge

---

*) Denkschriften des Auswärtigen Amtes: für die Agnaten 9. Januar, für den Wiener Hof 4. März 1831.

**) Zuerst das braunschweigische Ministerium in seiner Denkschrift für Stralenheim vom 4. December 1830.

besprach sich im Januar persönlich mit Herzog Wilhelm; die beiden Höfe eigneten sich sogar den Wortlaut der preußischen Denkschrift großentheils an und ließen am 10. März im Bundestage erklären: nachdem sie die Ueberzeugung von der absoluten Regierungsunfähigkeit des Herzogs Karl gewonnen hätten, sei die Regierung des Herzogthums als erledigt anzusehen und nunmehr definitiv auf den nächsten Agnaten Herzog Wilhelm übergegangen.

Welch ein Aufruhr am Bundestage, als diese Erklärung verlesen wurde! Schon auf die erste Andeutung, daß Herzog Wilhelm die Krone für sich verlange, hatte Metternich dem preußischen Gesandten in hellem Zorne zugerufen: „Ich kann und will es noch nicht glauben. Sollte dies aber wider Verhoffen die eigene Ansicht dieses jungen Fürsten sein, so würde ich darin nur mit Bedauern einen Beweis finden können, daß derselbe nicht würdig sei, die ihm anvertraute Stellung auszufüllen."*) Sein legitimistischer Feuereifer verwickelte den Staatskanzler in die seltsamsten Widersprüche. Die absolute Regierungsunfähigkeit des Herzogs Karl gestand er ausdrücklich zu, und gleichwohl verlangte er in einer Denkschrift für den Hof von Hannover, daß Herzog Wilhelm nur die Statthalterschaft für seinen Bruder führen, die Braunschweiger ihm nicht huldigen, sondern nur einen Paritions-Eid leisten dürften. Diese Sophismen gefielen ihm selber so wohl, daß er sie auch nach Berlin sendete und mit gewohnter Anspruchslosigkeit dazu bemerkte: „Wir schmeicheln uns, diese Ausführung als streng correct bezeichnen zu dürfen."**) Und doch war eine gegen den ausgesprochenen Willen des legitimen Fürsten geführte Statthalterschaft um kein Haarbreit rechtmäßiger als eine usurpirte Herzogswürde. Darauf entspann sich ein sehr lebhafter Meinungsaustausch zwischen den beiden deutschen Großmächten. Metternich blieb hartnäckig bei seiner Behauptung, daß allein die illegitime Statthalterschaft der „Correctheit" entspreche; der kaiserliche Hof müsse freilich, um die Braunschweiger nicht aufzuregen, Alles geschehen lassen was die Agnaten beschlössen; doch unmöglich könne er ihrer Erklärung zustimmen, die „auf eine so unnöthige, sophistische und empörende Weise alle Grundsätze der Legitimität über den Haufen werfe".***) Das Alles klang so räthselhaft, daß man in Berlin anfangs an ein Mißverständniß glaubte. Da erfuhr man durch den österreichischen Gesandten Hruby in Hannover, daß Kaiser Franz selber und seine dem Braunschweiger nahe verwandte bairische Gemahlin hinter Metternich standen. Nun war keine Hoffnung mehr; am 24. März ließ Bernstorff nach Wien schreiben, er bedauere, daß eine

---

*) Maltzahn's Bericht, 7. Jan. 1831.

**) Metternich, Promemoria an den hannov. Gesandten v. Bodenhausen 29. Jan., an Trauttmansdorff 4. Febr. 1831.

***) Maltzahn's Bericht, Wien 4. März 1831.

Verständigung mit Oesterreich unmöglich sei.*) Wenn die Großmächte sich nicht einigen konnten, so noch weit weniger die anderen Bundesstaaten. Ein kläglicher Anblick, wie die kleinen Ameisen in dem Sandhaufen des Bundesrechts ängstlich durch einander wimmelten, nachdem der Stecken der Revolution seine Furchen querdurch gezogen hatte. Wieder begann Graf Münch seine alten Künste, und wieder zog der Streit sich unabsehbar in die Länge.

Mittlerweile gestaltete sich die Lage des Herzogthums täglich unleidlicher. Die Braunschweiger nannten den jungen Welfen in Reden und Schriften „unseren rechtmäßigen, durch den Willen des Volkes erwählten Fürsten", sie waren mit ihrer revolutionären Rechtsweisheit längst im Reinen. Ihr Ober-Appellationsrath K. F. v. Strombeck, ein Bureaukrat aus der Schule des Königreichs Westphalen, hatte ihnen schon bald nach dem Schloßbrande in einer Flugschrift die Frage beantwortet: „Was ist Rechtens, wenn die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des Staatsverbandes entgegenhandelt?" Da wurden aus der alten, von der historischen Rechtsschule längst überwundenen, Staatsvertragslehre schnellfertig kecke Schlüsse gezogen, die der Halbbildung einleuchten mußten: wenn der Fürst seine Vertragspflichten verletzt, so sind die Unterthanen ihrerseits berechtigt ihm den Gehorsam aufzukündigen. Die neue Regierung fühlte selbst sehr lebhaft, daß solche Doctrinen das Wesen der Monarchie aufheben; sie hätte ihren unbequemen Vertheidiger gern bestraft, aber sie wagte es nicht weil sie Unruhen besorgte.**) Ihre Furcht stieg noch als im März ruchbar wurde, daß die Erklärung der Agnaten im Bundestage auf Widerspruch gestoßen sei. Länger wollte das Land die quälende Ungewißheit nicht mehr ertragen; mit wachsender Erbitterung besprach man die Lage, und schon ward die Frage laut, ob man nicht durch Selbsthilfe dem zaudernden Bundestage zuvorkommen solle. Am 25. April stand das Geburtsfest des Herzogs Wilhelm bevor, das ganze Ländchen rüstete sich den Tag festlich zu begehen. Wie nun, wenn alle Gemeinden dann gleichzeitig dem neuen Landesherrn freiwillig den Huldigungseid leisteten? Der Plan konnte sehr leicht gelingen, er entsprach den allgemeinen Wünschen und Herzog Wilhelm war nicht der Mann ihn gewaltsam zu hintertreiben; gelang er aber, so erlebte Deutschland das für einen Fürstenbund hochgefährliche Beispiel einer demokratischen Fürstenwahl, und wer sollte dann die vollzogene Kundgebung der Volkssouveränität rückgängig machen?***)

---

*) Graf Maltzan's Bericht, Hannover 6. März. Weisung an Frhrn. v. Maltzahn in Wien, 24. März 1831.

**) Schreiben des braunschw. Ministeriums an den Bundesgesandten v. Marschall, 21. Nov. 1830.

***) Berichte des Grafen Maltzan, Hannover 29. März, 1. April. Graf Veltheim an Bernstorff, 11. April 1831.

Der junge Welfe war in Verzweiflung. Das stand ihm fest, daß er nur als Herzog, nicht als Statthalter seines erklärten Feindes regieren konnte; aber wenn die Bundesversammlung ihm die Thronbesteigung nicht gestatten wollte, dann war er schon halb entschlossen die Regierung niederzulegen und sofort abzureisen. Von Hannover hatte er rasches Eingreifen nicht zu erwarten; dort war der Bedenklichkeiten abermals kein Ende und nur der eine Rath zu erlangen, daß man „mit der äußersten Vorsicht verfahren" müsse.*) So blieb wieder nur Preußens Hilfe übrig. Am 7. April zeigte der Herzog seinem Freunde Wittgenstein an, daß er den Grafen Veltheim, den er inzwischen in sein Ministerium berufen hatte, abermals mit vertraulichen Aufträgen nach Berlin senden werde.

Noch ehe Veltheim eintraf, hatte der preußische Hof seinen Entschluß gefaßt. Als Schutzmacht des deutschen Nordens konnte Preußen es nicht verantworten, daß der unsichere Zustand in dem Herzogthume noch länger währte; die von den Braunschweigern geplante eigenmächtige Huldigung mußte auf jeden Fall verhindert werden. Darum sollte Herzog Wilhelm sofort als rechtmäßiger Erbe des durch die Agnaten für regierungsunfähig erklärten Herzogs die Krone übernehmen und noch vor seinem Geburtstage den Unterthanen die Eidesleistung anbefehlen. Eine richterliche Entscheidung über den Beschluß der Agnaten stand dem Bundestage nicht zu; er hatte nur das Recht den neuen Herzog als Mitglied des Deutschen Bundes anzuerkennen, und diese Anerkennung konnte er auch nachträglich, nach erfolgtem Regierungswechsel aussprechen. In solchem Sinne antwortete Bernstorff auf Veltheim's Frage, was nun zu thun sei; er bedauerte, daß die Uneinigkeit des Bundestags zu solchen Schritten nöthige, aber Preußen habe seine Ansicht nie verhehlt und werde den jungen Herzog auch jetzt nicht verlassen.**) Bei den guten Rathschlägen blieb es nicht. Eichhorn selbst, der diesen Handel ebenso eifrig betrieb wie die Zollvereinssache, prüfte die von Veltheim vorgelegten Entwürfe für das Patent, das der Herzog bei seinem Regierungsantritt erlassen sollte, und da er sie alle ungenügend fand, so schrieb er eigenhändig ein neues Patent.***) Mit einer Abschrift davon eilte Veltheim nach Braunschweig zurück. Also des preußischen Beistandes sicher schöpfte der junge Herzog frischen Muth; er nahm den Entwurf Eichhorn's Wort für Wort an und sendete gerührt seinen Dank: „Ohne den kräftigen Beistand, welchen der königliche Hof dieser für mich und das Land so hochwichtigen Angelegenheit hat angedeihen lassen, wäre sie wohl nie zu dem erwünschten Ziele gelangt."†)

*) Schleinitz an Stralenheim, 8. März, Antwort 14. März. Graf Bremer, Ministerialschreiben an das braunschw. Ministerium, Hannover 2. April 1831.

**) Eichhorn, Weisung an Graf Maltzan, 8. Apr. Bernstorff an Veltheim, 14. Apr. 1831.

***) Eichhorn, Entwurf für das Patent des Herzogs Wilhelm, o. D., am 16. April 1831 von Graf Veltheim zurückgeschickt.

†) Herzog Wilhelm an Wittgenstein, 16. 19. April 1831.

Am 20. April überraschte er sein Land durch die Veröffentlichung des Patents. Eichhorn hatte die Worte so gewählt, daß der Bundestag an der vollendeten Thatsache nichts mehr ändern konnte; nachdem der Herzog seinen Regierungsantritt verkündigt und vor dem Lande gerechtfertigt hatte, schloß er einfach: mit der Ableistung des neuen Huldigungseides werde die definitive Anordnung, wozu der Bund die Agnaten eingeladen, „bewirkt sein", und die Bundesversammlung davon benachrichtigt werden. Die Braunschweiger frohlockten. Wie alle die freiheitsstolzen Bürger der constitutionellen Kleinstaaten waren sie gewohnt auf die preußische Knechtschaft tief herabzublicken; sie ließen sich's nicht träumen, daß das Patent ihres volksfreundlichen Wilhelm's im Berliner Auswärtigen Amte geschrieben war. Fünf Tage darauf konnten sie nun wirklich, wie sie gewünscht, den Geburtstag ihres neuen Landesherrn durch die allgemeine Huldigung feiern; aber die Eidesleistung erfolgte nunmehr auf Befehl des Herzogs, nicht durch Volksbeschlüsse. In schwungvoller Rede feierte Bürgermeister Bode „den Fürsten, der wie auf Windesflügeln in seine furchtbar bewegte Stadt eilte". Der junge Welfe dankte dem Grafen Bernstorff nochmals vertraulich für seine „bleibenden Verdienste" um Braunschweig und schrieb an Wittgenstein: „Auch für mich war es ein Tag der Freude, welche vollkommen gewesen sein würde, hätte ich des betrübenden Gedankens an meinen Bruder dabei mich erwehren können."*)

Dergestalt war die Frage ohne den Bundestag entschieden, und in dieser unglücklichen Versammlung ward das Zerwürfniß täglich größer. Zu den unbestreitbaren schweren Rechtsbedenken gesellten sich jetzt noch das Gefühl beleidigter Würde und der allezeit wache Argwohn gegen Preußen. Schon als die Agnaten ihre Erklärung einreichten, gelangte die in Frankfurt blühende Klatscherei bald auf die rechte Fährte, und Nagler meldete: „Wahrscheinlich hat Hannover das Geheimniß wenig bewahrt, daß die von ihm aufgestellten Ansichten und Maximen größtentheils von Preußen ihm suppeditirt seien." Nach dem letzten Schritte Herzog Wilhelm's ließ Bernstorff überall, selbst in Wien, offen aussprechen, daß der preußische Hof dazu gerathen habe. Ueber den Verfasser des Patents sagte er allerdings nichts; diese Enthüllung hätten die Nerven der deutschen Souveräne schwerlich vertragen.**)

So war denn Oesterreichs Ränken Thür und Thor geöffnet. Während Metternich treuherzig versicherte, er verhalte sich ganz leidend,***) warben seine Leute in Frankfurt Tag für Tag Stimmen gegen Preußen, die gewohnte Parteistellung verschob sich gänzlich. Neben Münch und seinem Schatten Leonhardi standen nicht nur der unwandelbare Kurhesse und der

---

*) Herzog Wilhelm an Bernstorff, 26. April, an Wittgenstein, 26. April 1831.
**) Nagler's Bericht, 7. März. Weisung an Maltzahn in Wien, 12. Mai 1831.
***) Maltzahn's Bericht, 25. April 1831.

eifrigste Reaktionär der Versammlung, der Holsteiner Pechlin, sondern auch der Oldenburger Both, weil sein braver Großherzog sich nicht entschließen konnte, die Folgen eines Aufruhrs anzuerkennen. Andere Souveräne betrachteten die Frage einfach als Familiensache. In Darmstadt neigte sich du Thil der preußischen Ansicht zu, aber Prinz Emil setzte durch, daß man den Vetter Karl nicht im Stiche ließ. Ebenso dachte der Dresdner Hof, der sogar im Voraus verlangte, daß Karl's künftige Kinder nicht von ihrem revolutionären Oheim, sondern vom Könige von Hannover erzogen werden sollten. Selbst der König von Württemberg ließ sich, gegen den Rath seiner Minister, durch dynastische Rücksichten bestimmen. Nicht einmal auf ihren eigenen Gesandten, den Nassauer Marschall konnte sich die braunschweigische Regierung unbedingt verlassen. Dieser Vertraute Metternich's erweckte allgemeinen Argwohn durch seine fast übermenschliche Unparteilichkeit, er hatte noch Vollmacht von Herzog Karl und empfing zugleich die Weisungen Herzog Wilhelm's; abwechselnd Revolutionär und Legitimist überreichte er dem Bundestage bald die Erklärungen des jüngeren bald die des älteren Bruders und sagte sich selber die gröbsten Beleidigungen ins Gesicht. Dagegen ging Preußens alter Feind Blittersdorff diesmal mit Nagler zusammen, desgleichen Mecklenburg, die Ernestiner, die Hansestädte. Bei König Ludwig von Baiern hatten die flehentlichen Bitten seiner Stiefschwestern und der Königin Wittwe nichts ausgerichtet; nach einigem Zögern entschied er sich für die Erklärung der beiden Welfenhöfe: von Nebenbestimmungen müsse man absehen, da sie „theils der Beurtheilung der hohen Agnaten zustehen, theils auf Voraussetzungen zielen, welche noch nicht eingetreten sind.“*)

Am 11. Mai, zwei volle Monate nach dem Antrage der Agnaten, erwartete man endlich den Schluß der Verhandlung. Die Stimmen standen, acht gegen acht. Mit Spannung sahen Alle der Abstimmung Luxemburgs entgegen; sie allein fehlte noch und mußte den Ausschlag geben. Die Instruction aus dem Haag war noch immer nicht eingetroffen. Der luxemburgische Gesandte aber, Graf Grünne, stammte aus einem Geschlechte, das im österreichischen Dienste emporgekommen war; er zählte zu Münch's Vertrauten und bot willig seine Hand zu einem jener Ueberraschungsscherze, welche die k. k. Bundespolitik mit Hilfe der dehnbaren Präsidialrechte so meisterhaft aufzuführen verstand. Münch war, wie Metternich dem preußischen Gesandten selbst gestand, durch die Hofburg angewiesen, „die ferneren Bundesbeschlüsse an die neuesten faktischen Vorgänge anzuknüpfen,“**) und diesem Befehle gemäß kartete er sein Spiel mit dem Luxemburger ab. Statt einfach anzuzeigen, daß er noch keine Weisung habe und mithin die Schlußziehung noch vertagt werden müsse,

*) K. Ludwig v. Baiern, Weisung an Lerchenfeld, 2. Mai 1831.

**) Maltzahn's Bericht, Wien 2. Mai 1831.

bemerkte Graf Grünne gemüthlich: durch Herzog Wilhelm's Regierungsantritt habe sich der Stand der Sache verändert, und es scheine vor Allem erforderlich zu vernehmen, wie die Bundesregierungen „diesen unerwarteten Vorschritt" beurtheilten. Die Erklärung wurde nicht nur ganz eigenmächtig abgegeben, sie verstieß auch offenbar gegen die Geschäftsordnung, da lediglich der Antrag der Agnaten zur Abstimmung stand.

Gleichwohl ging der pflichtgetreue Präsidialgesandte sofort darauf ein und hielt einen langen, unverkennbar wohlvorbereiteten Vortrag über die Thronbesteigung des jungen Welfen. Er verdammte diese „höchst bedauernswerthe Thatsache" mit scharfen, gradezu beleidigenden Worten; er behauptete, das Ansehen des Bundes sei verletzt durch die vorgreifende, keineswegs gerechtfertigte Handlungsweise des Herzogs, und schloß mit dem Antrage: der Bundestag möge den Vorgang in sein Protokoll verzeichnen, den Regierungen alles Weitere anheimstellen, aber zugleich aussprechen, daß „diese, ohne Zuthun des Bundes vollzogene Anordnung" die Rechte der Nachkommen Herzog Karl's nicht beeinträchtigen könne. Alsbald erhob sich Nagler um Verwahrung einzulegen wider einen Antrag, der, ohne die Regierungen auch nur zu befragen, im Voraus eine Rüge gegen das Verfahren des Herzogs aussprechen wolle; ein solcher aus dem Stegreif gefaßter Beschluß sei null und nichtig.*) Aber die österreichische Partei hielt bei ihrem Führer aus; nur zwei Stimmen vertauschten ihre Stelle, Mecklenburg ging zu Oesterreich, Württemberg zu Preußen über. Die k. k. Ueberrumpelung gelang vollkommen. Da über diesen unvermutheten Vorschlag Niemand instruirt war, so stimmte auch Graf Grünne wohlgemuth mit, und Dank dem Luxemburger wurde Münch's Antrag mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Welch ein Ergebniß! Nach zwei Monaten hatte der Bundestag über die Erklärung der Agnaten noch immer nichts entschieden, wohl aber durch einen rechtlich anfechtbaren und praktisch unwirksamen Beschluß seinen Aerger bekundet wegen der Huldigung der Braunschweiger.

Kaiser Franz stand nicht an, dem jungen Herzoge selber auszusprechen, daß er diesen Bundesbeschluß billige: „Ich bin es den Grundsätzen, welche mir während einer neununddreißigjährigen Regierung der mir von der Vorsehung anvertrauten Staaten zur Richtschnur dienten, schuldig, Ew. Liebden frei und offen zu bekennen, wie sehr ich Ihren so bedenklichen Schritt bedauere."**) Preußen aber setzte alle Hebel ein um endlich die Anerkennung des Beschlusses der Agnaten zu erwirken. Zunächst galt es, die luxemburgische Stimme, die allein noch ausstand, für Preußen zu gewinnen. Dies gelang dem Gesandten im Haag, dem Grafen Truchseß, ohne besondere Mühe, weil der König der Niederlande alle deutschen Angelegenheiten mit vollkommener Gleichgiltigkeit betrachtete und wegen

*) Nagler's Berichte, 11. 21. 25. Mai 1831.

**) K. Franz an H. Wilhelm 30. März 1831.

der belgischen Wirren auf Preußens Freundschaft rechnen mußte.*) Am 30. Juni erklärte Graf Grünne zum allgemeinen Erstaunen, er sei jetzt angewiesen, sich den Anträgen der Agnaten anzuschließen. Damit war also endlich die Mehrheit für Preußen gesichert, und wenn der Präsidialgesandte seiner Pflicht gemäß nunmehr einen Beschluß fassen ließ, so wurde die Regierung des Herzogs Wilhelm von Bundeswegen anerkannt. Oesterreich aber wollte seine Niederlage nicht eingestehen, Münch verzögerte den Beschluß unter nichtigen Vorwänden von Woche zu Woche. Und währenddem begannen Preußens Parteigenossen selber unsicher zu werden. König Ludwig von Baiern schrieb seinem Bundesgesandten: eine Schlußziehung scheine nicht mehr nöthig; genug wenn alle Regierungen einzeln den neuen Herzog anerkennten. Selbst der hannoversche Hof fiel wieder in seine gewohnte Bedachtsamkeit zurück. Minister v. Ompteda in London gestand dem preußischen Gesandten, seine Regierung wolle mit Oesterreich nicht brechen und darum für jetzt nichts weiter thun.**) So ward denn wieder zweifelhaft, ob die mühsam gewonnene Mehrheit bei der Schlußziehung noch zusammenhalten werde. Zu Alledem kam ein schweres Rechtsbedenken, das schon früher von Preußen ausgesprochen, aber nicht beachtet worden war. Die Frage betraf offenbar jura singulorum, nach strenger Auslegung des Bundesrechts konnte sie nur durch einstimmigen Beschluß des Bundestags entschieden werden, und dies war undenkbar.

Angesichts dieser Unmöglichkeit begannen beide Großmächte allmählich zu fühlen, daß sie den unlösbaren und zwecklosen Streit in der Stille beilegen mußten; sie bedurften einander in der deutschen wie in der europäischen Politik. Preußen hatte in der Sache seinen Willen durchgesetzt. Herzog Wilhelm's Regierung bestand, alle deutschen Höfe unterhielten mit ihr amtlichen Verkehr, außer dem entthronten Fürsten wagte Niemand mehr ihre Berechtigung offen anzufechten. Wenn es noch gelang, ihr auf einem neuen Wege mindestens die mittelbare Anerkennung des Bundestags zu verschaffen, so war sie rechtlich gesichert und Alles erlangt was sich nach einem Rechtsbruche überhaupt erreichen ließ. Eben diesen Versöhnungsantrag brachte Metternich nach langen Verhandlungen im April 1832 dem preußischen Hofe entgegen. Oesterreich schlug vor, der braunschweigische Gesandte solle beim Bundestage eine neue Vollmacht einbringen, und diese dann mit einer kurzen Erklärung, wofür zwei verschiedene Formeln beilagen, amtlich entgegengenommen werden. Preußen ging auf den Vorschlag ein und wählte die ihm zusagende Formel; auch die welfischen Höfe erklärten sich einverstanden.***) Demnach legitimirte

*) Waldburg-Truchseß's Bericht, 9. Juni. Grünne an Nagler, 29. Mai 1831.

**) K. Ludwig von Baiern, Weisung an Lerchenfeld, 2. Aug. Bülow's Bericht, London 17. Sept. Verbalnote der hannov. Gesandtschaft an Bernstorff, 31. Oct. 1831.

***) Metternich, Weisung an Trauttmansdorff, 25. April. Weisung an Nagler, 7. Mai. Münchhausen an Bernstorff, 26. Mai 1832.

sich Marschall am 12. Juli 1832 zur Fortführung der braunschweigischen Stimme, indem er eine Vollmacht des Herzogs Wilhelm vorlegte. Der Bundestag aber beschloß sofort einstimmig, diese Vollmacht anzunehmen, „da nach den vorangegangenen Verhandlungen Se. Durchlaucht als stimmführendes Bundesglied in der Bundesversammlung zu betrachten ist.“

Mit diesem Possenspiele fanden die Bundesverhandlungen über die braunschweigische Frage ihren würdigen Abschluß. Der hochconservative Marschall nahm sich als Gesandter eines illegitimen Fürsten ganz ebenso seltsam aus wie die hohe Versammlung insgesammt, da sie einen Beschluß faßte, der einer Selbstverhöhnung gleichkam. Sie hatte am 2. December 1830 den Herzog Wilhelm gebeten, die Regierung „bis auf Weiteres“ zu führen, und sodann am 11. Mai 1831 ihm ihren Unwillen über seine eigenmächtige Thronbesteigung sehr unhöflich ausgesprochen; über alles Andere war sie nicht einig geworden, und gleichwohl behauptete sie jetzt, daß der Herzog nach den vorangegangenen Verhandlungen als Bundesglied zu betrachten sei! Zu solchen Widersprüchen führte der legitimistische Trotz, der die vollendeten Thatsachen wohl verwünschen, doch nicht streichen konnte. War es zu verwundern, wenn die Liberalen mehr und mehr in das Fahrwasser des Partikularismus hinübertrieben? Von dieser Centralgewalt hatte die Nation selbst in dringender Nothlage nichts zu erwarten.

Die anhaltende Feindseligkeit des vertriebenen Herzogs zwang die welfischen Höfe unterdessen neue Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen. Am 24. October 1831 vereinbarten sie ein Hausgesetz, kraft dessen fortan für alle Ehen der Welfen die Einwilligung des regierenden Herrn der Linie nachgesucht werden mußte. Alle englischen Prinzen unterzeichneten das Gesetz, der hannoversche Thronfolger Ernst August von Cumberland freilich erst nach langem Sträuben. Dieser fanatische Legitimist wollte von dem Aufstande der Braunschweiger und allen seinen Folgen nichts hören; erst nach Jahren versöhnte er sich mit dem Usurpator Wilhelm, und sein Leben lang hielt er fest an der Meinung, daß den Nachkommen des älteren Bruders die Thronfolge gebühre.*) Karl's Unterschrift fehlte natürlich, und da er zudem sich selber für den regierenden Herrn seiner Linie ansah, so blieb die braunschweigische Erbfolgefrage auch jetzt noch unentschieden. Durch seine Rüstungen nöthigte er sodann die Agnaten sein Vermögen unter Curatel zu stellen — ein hartes Verfahren, das zu widerwärtigen Processen führte und von den französischen Gerichten nicht als rechtsgiltig anerkannt wurde. Dabei stellte sich heraus, daß er nahezu 350000 Thaler dem Lande entwendet hatte — 118000 Thlr. englische Subsidien, das Uebrige durch widerrechtlichen Verkauf von Kammergütern — immerhin weit weniger als sein erbittertes Völkchen glaubte. Auch das herrliche Mantuanische Onyxgefäß und andere Kleinodien des Hauses Bevern hatte er ins Ausland mitgenommen.

*) Canitz's Bericht, Hannover 10. Jan. 1838.

Da die Agnaten aus Rathlosigkeit die Frage der Thronfolge offen gelassen hatten, so ergab sich als nothwendige, aber keineswegs beabsichtigte Folge, daß keiner der beiden feindlichen Brüder sich vermählen konnte. Als stolzer Welfe wünschte Herzog Wilhelm eine Gemahlin aus großem Hause, doch alle seine geheimen Bemühungen blieben vergeblich, die vornehmeren Höfe trugen allesammt Bedenken, die Nachkommenschaft ihrer Töchter einer ungewissen Zukunft preiszugeben.*) Die Braunschweiger wußten wenig von diesen Mißerfolgen ihres Herzogs; sie beschworen ihn wieder und wieder, daß er den alten Heldenstamm nicht aussterben lasse, die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel baten einmal sogar in einer feierlichen Adresse um eine Landesmutter.**) Alles umsonst. Nach und nach ward das Volk mißtrauisch. Seltsame Gerüchte liefen um, und der vertriebene Landesherr nährte sie geflissentlich durch seine Brandschriften. Die böse Welt fragte nach ihrer Gewohnheit: wem bringt das Aussterben der braunschweigischen Linie Vortheil? — und da die Antwort nur lauten konnte: dem Hause Hannover — so bildete sich bald ein kunstvolles Lügengewebe, das unzerstörbar fest erschien, weil alle seine Fäden eng verknotet waren. Man glaubte allgemein, die hannoverschen Welfen hätten Erbschleicherei getrieben und dem Herzog Wilhelm gegen das Versprechen der Ehelosigkeit zur Krone verholfen, Preußen aber sei Hannovers ergebener Schildknappe gewesen. Es war das genaue Gegentheil der Wahrheit. Die treibenden Kräfte bei dem Handel waren einerseits das braunschweigische Volk, das seinen bösen Herzog für alle Zukunft beseitigen, andererseits die Krone Preußen, die den anarchischen Zustand an ihrer Grenze rasch und endgiltig ordnen wollte. Die Welfen wurden allein durch die Macht der Verhältnisse gedrängt: Herzog Wilhelm etwas schneller, weil ihm die Noth auf den Nägeln brannte, König Wilhelm langsamer und ganz wider Willen. Vom Anfang bis zum Ende zeigten die Hannoveraner eine schwerfällige, aber ehrenwerthe Gewissenhaftigkeit; nur den Uneingeweihten erschienen sie fälschlich als die Führer, weil Preußen sie absichtlich am Bundestage stets vorangehen ließ.

Zweiundvierzig Jahre lang hat Herzog Karl dann noch im Auslande gelebt, eine Schande des deutschen Namens. Die gute Gesellschaft zog sich in London wie in Paris bald von ihm zurück; nur einzelne überspannte Radicale, wie der ehrliche Thomas Duncombe, schenkten seinen demokratischen Kraftworten Glauben. Halb Geizhals halb Verschwender vermehrte er den geretteten, sehr ansehnlichen Theil seines Vermögens durch glückliches Börsenspiel und legte sich die schönste Juwelensammlung der Erde an; dann praßte er wieder mit einem Gesindel von Dirnen

*) Diese auch durch andere Zeugnisse beglaubigte Thatsache wird als allen Höfen wohlbekannt und als abschreckendes Beispiel angeführt von Herzog Karl v. Mecklenburg (in seiner Denkschrift über die Heirath des Herzogs von Orleans 1837).

**) Canitz's Bericht, Hannover 28. April 1839.

und Glücksrittern. Die Engländer fanden übrigens den Vollbart des „Diamantenherzogs" noch weit anstößiger als seinen sittlichen Wandel. Unablässig arbeitete er für seine Rückkehr, obgleich er daheim gar keinen Boden mehr hatte und nur ein einzigesmal eine ganz unbedeutende karlistische Verschwörung in Braunschweig entdeckt wurde. Er plante mit einer französischen Freischaar in Deutschland zu landen. Da die Regierung Ludwig Philipp's diese Anschläge vereitelte, ließ er seine Leute wieder den gewohnten demagogischen Federkrieg beginnen und schilderte selber seine Erlebnisse nicht ohne schriftstellerisches Geschick, aber mit schamloser Verlogenheit, in den Denkwürdigkeiten Karl's von Este. In London lernte er einen anderen Prätendenten kennen, von reicherem Kopfe und ärmerem Beutel, den Prinzen Ludwig Napoleon. Die Beiden fanden sich zusammen und verpflichteten sich durch einen förmlichen Vertrag, einander durch Geld und Waffen zu ihren Rechten zu verhelfen; Karl versprach außerdem, „womöglich aus dem ganzen Deutschland eine einige Nation zu machen und ihm eine dem Fortschritt des Zeitalters angemessene Verfassung zu geben."*) Als aber sein Bundesgenosse den Staatsstreich des zweiten Decembers wagte, da floh der Welfe wieder vor dem Donner der Kanonen; zurückgekehrt fand er bei dem neuen Kaiser nur laue Unterstützung, weil er ihm selber von seinem Reichthum wenig abgegeben hatte. Und als nachher die Heere des geeinten Deutschlands gegen Paris zogen, da flüchtete er sich nochmals vor seinen Landsleuten und eilte nach Genf. Dieser Stadt vermachte er sein ganzes Vermögen, denn seinem Vaterlande gönnte er nichts, und um sein verlorenes Leben noch mit einer höhnischen Bosheit abzuschließen legte der kleine deutsche Despot den Schweizer Republikanern die Verpflichtung auf, ihm ein prächtiges Denkmal, gleich den Gräbern der Scaliger, zu errichten.

Dem Braunschweigischen Lande gereichte der Thronwechsel zum Segen. Das Herzogthum blieb unter dem Ministerium Schleinitz zwei Jahrzehnte lang einer der bestverwalteten Kleinstaaten; sein Landtag besaß an dem liberalen Juristen Karl Steinacker einen begabten Redner und behauptete unter den kleinen deutschen Parlamenten ein gutes Ansehen. Im Jahre 1832 wurde eine neue Verfassung vereinbart; sie gab den Bürgern und Bauern eine stärkere Vertretung und bewies durch die That, daß der Umschwung keineswegs, wie der flüchtige Herzog behauptete, blos durch den Adel bewirkt worden war. Eine verständige Agrargesetzgebung arbeitete dann weiter an der Befreiung des Landvolks. Die deutschen Fürsten aber wollten sich noch lange nicht darein finden, daß sie jetzt in ihren Reihen einen Souverän dulden mußten, der nur gleich dem Bürgerkönige mit dem zweifelhaften Titel der Quasi-Legitimität beehrt werden konnte.

---

*) Abgedruckt in T. H. Duncombe, the life and correspondence of T. S. Duncombe. II. 10.

Herzog Wilhelm bestellte sich bei dem Heidelberger Juristen H. Zöpfl eine Schutzschrift über „die Eröffnung der legitimen Thronfolge"; doch der strebsame junge Mann, der wie Karl Salomo Zachariä seine Rechtsgutachten jedem Kunden auf den Leib zuschnitt, fiel leider in die alte Vertragslehre zurück und gelangte zu dem lächerlichen Schlusse: wenn der Fürst abdanken könne, so dürfe auch das Volk ihm den Gehorsam verweigern. Noch unheimlicher ward dem jungen Welfen zu Muthe, als ein radicaler Poet, Walter Berg in einem Schauspiele „Der Bürger" ihn selber sagen ließ:

Wir selbst sind erster Bürger unter Euch,
Der Bürger ist des Staates Zucht entwachsen!

Es ließ sich doch nicht bemänteln, die Geschichte des Deutschen Bundes hatte zum ersten male eine kleine Revolution aufzuweisen. Aber wie verschieden zeigte sich dabei der Charakter der beiden Nachbarvölker. Wie leicht sprangen die Franzosen, ohne zwingenden Grund, über ihr historisches Recht hinweg, und wie schwer vollendete sich in Deutschland ein Rechtsbruch, den die unerbittliche Noth erzwang! —

Nicht ganz so gewaltsam vollzog sich der Umschwung in Kurhessen. „Der Kurfürst plündert sein Land und seine Unterthanen, so daß es zuletzt keine Landeskassen und Domänen mehr, sondern bloße Privat- oder Cabinetskassen mehr geben wird" — also schilderte der preußische Gesandte Hänlein das gierige Regiment der Gräfin Reichenbach, das nachgrade selbst im Auslande Befremden erregte und im Pariser Figaro als ein deutscher Skandal bezeichnet wurde.*) Der neue Finanzminister Kopp wurde bei seiner Ernennung ausdrücklich verpflichtet, das Interesse des Kurfürsten besonders wahrzunehmen, und wie erfinderisch zeigte sich der Landesvater selber in den schlechten Künsten des Finanzwesens. Während er mit den Ständen der Grafschaft Schaumburg wegen rechtswidriger Steuererhöhung einen langen Streit führte, ließ er gegen die Stadt Kassel und andere Gemeinden unter nichtigen Vorwänden fiscalische Processe einleiten; seine Bauern beglückte er durch die Verordnung, daß der Dünger der Dienstpferde, welche die beurlaubten Cavalleristen mit aufs Land nahmen, zum Besten der Kriegskasse versteigert werden solle. Selbst die Theuerung und die bittere Kälte der ersten Monate des Jahres 1830 mußten ihm seine Hofkasse bereichern helfen: er maßte sich das Recht des alleinigen Holzhandels an, verbot die gewohnte Holzeinfuhr aus der hannoverschen Nachbarschaft und setzte die Preise so hoch an, daß die Kasseler Bäcker einmal wegen Holzmangels ihre Arbeit einstellten.

Hier wie in Braunschweig stützte sich die Willkür des Kleinfürstenthums auf den Beistand Oesterreichs. Hruby, der k. k. Gesandte, besaß

*) Hänlein's Bericht, 20. Febr. 1830.

das Vertrauen der Reichenbach, er hatte den Kurfürsten zum Eintritt in den mitteldeutschen Handelsverein bewogen und konnte nun mit Befriedigung betrachten, wie das unglückliche, zwischen den Zolllinien Baierns und Preußens eingeklammerte Ländchen dem Verderben seiner Volkswirthschaft entgegenging. Und bereits ließ sich voraussehen, daß die zerrütteten Familienverhältnisse dieses Fürstenhauses, die schon so viel Elend über das hessische Land gebracht, auch unter der künftigen Regierung fortdauern würden. Um den Anmaßungen der Reichenbach auszuweichen lebte der Kurprinz mit seiner Mutter jahrelang außer Landes; König Friedrich Wilhelm ließ seiner Schwester große Summen vorstrecken, da der Kurfürst den Beiden die Unterhaltsmittel verweigerte. Als die Kurfürstin unter dem Jubel des Volkes endlich heimkehrte um sich in Fulda einen selbständigen Hofhalt einzurichten, blieb der Sohn am Rhein zurück. Der hatte in Bonn die Frau eines Rittmeisters Lehmann liebgewonnen und führte mit ihr ein so anstößiges Leben, daß selbst der galante Lebemann Hänlein sich verpflichtet hielt dem königlichen Oheim in Berlin zu melden: ganz Hessen wünscht, „Allerhöchstdieselben möchten zum Wohle des hiesigen Landes den nichtswürdigen Lebenswandel des Kurprinzen gewaltsam beschränken.“*)

Im Juli 1830 reiste Kurfürst Wilhelm nach Wien um der Reichenbach den österreichischen Fürstentitel zu verschaffen. Seine Hessen fürchteten schon, er werde dann dem Beispiele Philipp's des Großmüthigen folgen und das dämonische Weib förmlich zur Nebengemahlin erheben; die Akten über Philipp's Doppelehe hatte er sich bereits nach Wilhelmshöhe kommen lassen. Metternich aber fand diese Zumuthung doch bedenklich und verließ die Hauptstadt plötzlich, kurz vor der Ankunft des Gastes. Als der Kurfürst einige Tage darauf in Karlsbad eintraf, von der Hitze erschöpft, wüthend wegen der vergeblichen Reise, wurde er von seiner enttäuschten Geliebten sehr übel aufgenommen und verfiel in schwere Krankheit. Daheim verbreiteten sich unheimliche Gerüchte; man glaubte an den Tod des Kurfürsten, da der Bruder der Reichenbach, Heyer v. Rosenfeld unvermuthet in Kassel erschien, Juwelen und Staatspapiere hastig einpackte und dann mitsammt den Kindern seiner Schwester bei Nacht und Nebel aus dem Lande floh. Die Bürgerschaft sendete drei Stadträthe nach Karlsbad um sich von dem Zustande des Landesherrn zu überzeugen; auch der Kurprinz eilte herbei und versöhnte sich mit dem kranken Vater. Mittlerweile ward das längst erbitterte Volk durch die Pariser und Brüsseler Nachrichten stark aufgeregt. Der Groll wider die Tyrannei und das wüste Treiben des Hofes ließ sich nicht mehr bändigen. Ueberall erklang ein Gassenhauer, der die Raubgier der Reichenbach verwünschte: „von dem Blutgeld jener Millionen wußt' die Bestie sich zu lohnen“ — und

*) Hänlein's Bericht, 10. Aug. 1830.

mit dem Kehrreime schloß: „Alles seufzt zum Gott des Lichts: Ach die Hure läßt uns nichts!“ Schon begannen die Bauern ihre Frohndienste einzustellen; die Wilddieberei nahm überhand, mehr noch der Schmuggel, denn das Zollwesen war durch die thörichte Handelspolitik des Kurfürsten gänzlich in Verruf gekommen, ein Schlagwort des Tages lautete: „die Mauth ist ein Kind der Finsterniß.“ In Kassel traten die Zunftmeister zusammen um über die Landesbeschwerden zu berathschlagen; ein Küfer Herbold führte das große Wort und ward mit dem Namen des hessischen Masaniello geehrt, denn diese deutschen Bürgerhelden fühlten sich nur im Schmucke ausländischer Federn stolz und herrlich. Als der Pöbel dann die Bäckerläden zu stürmen versuchte, bewaffneten sich die Bürger und stellten die Ordnung her. Die erschreckte Regierung ließ sie gewähren und öffnete die kurfürstlichen Kornmagazine; das Getreide des Landesvaters ward aber auch jetzt noch, nach dem alten Brauche des Kurhauses, zu erhöhten Preisen verkauft, und erst nachdem Abgesandte der Bürgerschaft dem Finanzminister drohend ins Haus gerückt waren, entschloß er sich bis zum Marktpreise herabzugehen.

So aufgestört fand der Kurfürst seine friedliche Hauptstadt vor, als er am 12. September, abgespannt und kaum genesen, endlich heimkehrte; seine Geliebte hatte er jenseits der Landesgrenze zurücklassen müssen, weil die Minister sonst das Aergste befürchteten. Am 15. September standen die Bürger dicht gedrängt, in banger Spannung, auf dem Friedrichsplatze, derweil die Stadträthe im Palaste eine Adresse übergaben, welche den Kurfürsten beschwor die Landstände zu berufen und „Sich als Vater mit Ihren Kindern zu berathen, wie unserer Noth zu helfen sei.“ Droben im Saale ergriff der Bürgermeister Karl Schomburg das Wort, ein echter Hesse, ernst, besonnen, freimüthig, und schilderte in tief ergreifender Rede das Elend des verwahrlosten Landes. Der Kurfürst verwünschte im Herzen seine „Bürger-Rebellen“, aber er sah auch, was die finsteren Gesichter draußen ankündigten, und gab zitternd seine Zusage. Alsbald eilte der Küfer Herbold an das Geländer vor dem Schlosse, und als er ein weißes Taschentuch schwenkte, durchbrauste stürmisches Freudengeschrei den weiten Platz. Wie oft ist dann in Lied und Bild die Friedensbotschaft des hessischen Masaniello verherrlicht worden; ein schwarzes Tuch in Herbold's Händen — das wußte Jedermann — hätte dem Aufruhr das Zeichen gegeben. Mit Tanz, Gesang und feurigen Reden ging dieser „große Tag der hessischen Geschichte“ zu Ende; auch vor dem Hause des preußischen Gesandten erklangen jubelnde Hochrufe, denn König Friedrich Wilhelm stand als Bruder und Beschützer der geliebten Kurfürstin hoch in Ehren, und nicht selten hörte man unter den Unzufriedenen die Drohung: wir wollen preußisch werden.

Schnell genug verflog der Rausch der Freude. Die Casseler fuhren fort, dem Verbote zum Trotz, ihre Bürgerversammlungen abzuhalten und

offenbarten hier sehr laut ihr Mißtrauen gegen den Kurfürsten, gegen den österreichischen Gesandten, gegen die Minister, die allesammt nur für Geschöpfe der Reichenbach galten. Die Rückkehr dieser tödlich verhaßten Frau wollte man nimmermehr dulden; auf das Gerücht von ihrem Nahen strömte eines Tages das Volk in Schaaren auf die Arolsener Landstraße hinaus um den Weg zu sperren, ihr Bruder Heyer mußte schleunigst aus seinem Amte entlassen werden. Welch einen kläglichen Anblick bot der Kurfürst in seiner stumpfen Verzweiflung; er verging vor Sehnsucht nach der Geliebten und rief jammernd: jetzt weiß ich erst was ein Aufstand ist! Die militärischen Schnurrbärte der Casseler Bürgergarde verletzten sein heiligstes Gefühl; nun mußte er diesen Unholden aus seinem Zeughause Waffen geben und sogar in einem Manifeste verkündigen, daß er „den guten Geist und den bewährten treuen Sinn der Hessen mit Wohlgefallen erkennend" überall im Lande die Bildung von Bürgerbataillonen gestatten wolle. Bald stolzirten in jedem hessischen Städtchen bewaffnete Bürger umher, alle nach dem Pariser Muster gekleidet, mit der weißen „Bürgerbinde" am Arme, und prächtig erklang das Lied zum Preise der bürgerlichen Waffen:

Sie stehen jedem freien Mann,
Sie stehn dem Kattensohn wohl an!

Der vermessene Plan, dem Kurfürsten selber eine gestickte Bürgerbinde zu schenken, wurde zum Glück noch vereitelt, da die Hofleute schaudernd an Ludwig XVI. und die ihm aufgestülpte Jacobinermütze erinnerten. Indeß bekundete sich das Selbstgefühl der Bürgergarde unzweideutiger als ihre Waffentüchtigkeit; es war der Fluch des alten Stellvertretungssystems, daß die Kriegsspieler sich für besser hielten als die wirklichen Krieger. Sie verlangten bei den Paraden stets den Vortritt und geriethen mit den Truppen oft in Händel. Als die beliebte Sängerin Frau Roller-Schweizer sich einige mehr ehrliche als schmeichelhafte Bemerkungen über die Leistungen der Bürgerwehr erlaubt hatte, wurde sie ohne Gnade von der Bühne entfernt, obgleich sie von den Brettern herunter vor „Cassels hochachtbaren Bürgern" Abbitte leistete.

Trotz dieser Unzahl von Sicherheitswächtern kam das Land nicht zur Ruhe, weil die Regierung Kopf und Herz verloren hatte. Das Landvolk wähnte, mit der verheißenen neuen Freiheit sei auch die Entlastung des Bodens vollendet; tobende Banden stürmten die Schlösser der Grundherren und verbrannten, meist ohne zu plündern, die Zehnten- und Gilten-Register. Am lautesten lärmten diese „Papierstürmer" in dem armen Isenburgischen Ländchen auf der Rhön, das seine doppelten Steuern, für den Kurfürsten und den Standesherrn, kaum noch erschwingen konnte. Die geängsteten Fürsten des Hauses Isenburg drohten schon sich unter preußische Landeshoheit zu stellen, damit sie doch Schutz für ihre Habe fänden. In Hanau wurde das Mauthhaus von einem Volkshaufen zer-

stört; alle Papiere und selbst die Kasse flogen ins Feuer, denn mit Mauthgeldern wollte sich Niemand die Hände beflecken. Ein Demagog, der sich General Paulsen nannte, erließ aus seinem „Hauptquartier Neu-Brüssel" jacobinische Tagesbefehle. Um Frieden zu stiften eilte der Kurprinz selbst herbei, und der furchtsame junge Herr ließ sich durch die zuversichtlichen Reden dieser harmlosen Revolutionäre dermaßen einschüchtern, daß er ihnen bis auf Weiteres Zollfreiheit versprach. In der That stellten die Mauthen im Hanauer und Fuldaer Lande ihre Thätigkeit ein. Diese südlichen Provinzen, wie man am Casseler Hofe sagte, gebärdeten sich fast wie ein selbständiger Staat; der Thalerrechnung hatten sie sich immer erwehrt, nun sagten sich die hessischen Guldenländer auch von dem Zollwesen des Kurstaates los.

Es ward hohe Zeit, daß ein von allen Theilen anerkannter Rechtszustand diese gemüthliche Anarchie verdrängte. In solchem Sinne schrieb Bernstorff an Hänlein: „Wir bedauern die jetzt maßlose Ungebühr des Volks als die unausbleibliche Folge einer bis dahin ebenso maßlosen Verfahrungsweise des Fürsten erkennen zu müssen." Wohl haben die Massen dem Kurfürsten seine Versprechungen abgetrotzt; aber „diese Zugeständnisse sind ertheilt, und es ist nicht denkbar, daß ihre Zurücknahme ohne die größte Gefahr und Zerrüttung aller noch bestehenden Verhältnisse erfolgen könnte. Alle Wünsche müssen sich vielmehr dahin vereinigen, daß die einmal betretene Bahn mit möglichster Schnelligkeit und Ruhe zu einem Ziele fester gesetzlicher Ordnung führe."*)

Auf preußische Rathschläge hörte der Kurfürst niemals; nur die Angst vor den beständig wiederholten lärmenden Kundgebungen der Casseler bewog ihn sein Wort zu halten. Am 16. October traten die althessischen Stände zusammen und verstärkten sich sogleich durch Abgeordnete der übrigen Landestheile. Klug und rücksichtsvoll beseitigten sie zunächst das Hemmniß, an dem bisher jede Verständigung gescheitert war, den alten Streit um das fürstliche Hausgut. Der Kurfürst ließ ihnen eine Uebersicht über den Bestand des Landesvermögens vorlegen, deren Ziffern sehr weit — um mindestens 6 Millionen, Mißtrauische behaupteten gar um 16 Mill. Thaler — hinter der allgemeinen Erwartung zurückblieben. Der ständische Ausschuß verschmähte jedoch im Einzelnen zu untersuchen, was wohl Alles in den Taschen der Reichenbach und Amschel Rothschild's verschwunden sein mochte, und willigte in die Theilung der also angegebenen Capitalien. Aus der einen Hälfte ward ein Staatsschatz gebildet; die andere, mit einem Ertrage von wenigstens 0,4 Mill. Thlr. jährlich, verblieb der Dynastie als unveräußerlicher Hausschatz. Außerdem erhielt der Kurfürst für seinen Hofhalt 392000 Thlr. jährlich aus den Einkünften der vom Staate verwalteten Domänen, und da er endlich noch ein großes Scha-

*) Bernstorff, Weisung an Hänlein, 12. Oct. 1830.

tullvermögen besaß, dessen Höhe nur ihm selber und dem getreuen Hause Rothschild bekannt war, so blieb er nach wie vor einer der reichsten deutschen Fürsten. Freilich mußte er nun auch ein Legat, das er seiner Gemahlin unterschlagen, und die 110000 Thaler, welche König Friedrich Wilhelm der Kurfürstin vorgeschossen hatte, endlich herausgeben; er sträubte sich aufs Aeußerste, aber die Krone Preußen bestand auf ihrem Rechte, und der Landtag hielt zu ihr.*)

Sobald man sich über den Grundsatz der Theilung des Landesvermögens geeinigt hatte, beantragte der kurfürstliche Unterhändler Regierungsrath Eggena, ein gewandter, weltkluger Jurist, die Stände sollten dem Landesvater ihren Dank aussprechen. Auch dazu ließ der Landtag sich herbei; die bäuerlichen Abgeordneten sagten treuherzig: die Capitalien sind zwar hessisches Blutgeld und gehören eigentlich allesammt dem Lande, aber wir müssen dem Kurfürsten auch eine Liebe erweisen. Wilhelm empfing die Abgesandten auf Wilhelmshöhe, krank, zerknirscht, unter strömenden Thränen. Die getreuen Stände weinten mit und tranken nachher drunten im Gasthofe auf das Wohl ihres gnädigen Herrn.**) Allein nachdem sie ihm großmüthig den besten Theil seiner Herzenswünsche erfüllt, meinten sie sich um so mehr berechtigt, in der eigentlichen Verfassungssache, die den Kurfürsten weniger bekümmerte, ihrem eigenen Kopfe zu folgen.

Eggena legte ihnen einen Entwurf vor, der im Grunde nur einige Verbesserungen der alten ständischen Verfassung enthielt. Dawider erhob sich im Verfassungsausschusse sofort der Vertreter der Universität Marburg, Professor Sylvester Jordan, ein fröhlicher katholischer Tyroler, der schon in jungen Jahren daheim gegen die Herrschsucht der Clerisei gekämpft, dann in München den Verhandlungen des ersten deutschen constitutionellen Landtags als eifriger Zuhörer beigewohnt und endlich in Heidelberg sich die Heilslehren des Rotteck-Welcker'schen „allgemeinen Staatsrechts“ bis auf den letzten Buchstaben angeeignet hatte. Den Brüdern Grimm erschien der ehrliche Doctrinär als „ein aufgeschwemmter Liberaler, der die Formen hitzig verficht, für die Sache nicht einmal mäßige Wärme besitzt“. Unter allen den Wortführern des norddeutschen Liberalismus stand er der Weltanschauung Rotteck's am nächsten; und nur der wohlberechtigte Groll über die Unthaten des Kurhauses erklärt das Räthsel, daß die gemüthliche Flachheit dieser josephinischen Aufklärung hier im protestantischen Kurhessen Anklang finden konnte. Jordan trat in den Ausschuß mit dem Bewußtsein eines großen historischen Berufs: „Kurhessens Beispiel ist für den Sieg des constitutionellen Systems in Deutschland völlig

*) Schreiben des kurf. Ministers v. Schminke an Hänlein, 7. Jan. Wittgenstein an Bernstorff, 10. März 1831 u. s. w.

**) Hänlein's Bericht, 23. Nov. 1830.

entscheidend" — und warf sofort die Frage auf: „Wie muß eine Verfassung überhaupt beschaffen sein, um den durch Vernunft und Geschichte gleichmäßig begründeten Anforderungen der Zeit zu entsprechen?" In einem regelrechten Kathedervortrage zählte er sodann, mit 1 und 2, mit a und b, alle die nothwendigen „Garantien des verfassungsmäßigen Volkslebens" her. Da prangten wie die aufgespießten Käfer einer Insektensammlung neben einander: zuerst die Volkserziehung, die sittliche und die politische — denn „die wahre Volksaufklärung gilt mit Recht ebenso für eine Hauptstütze des monarchischen Freistaates, wie die Unwissenheit und Stüpidität des Volks für eine Grundlage der Despotie" — sodann „die Sprech- und Preßfreiheit, d. i. die Publicität", ferner eine unabhängige Gemeindeverfassung und eine kräftige Volksvertretung, endlich „die Nationalbewaffnung oder Landwehr" — denn „der Geist einer Soldatesca ist schon an sich von dem Geiste des Volkes völlig verschieden" und muß, wenn das stehende Heer nicht aufgehoben werden kann, mindestens durch kurze Dienstzeit und häufige Beurlaubungen gemildert werden. Nach diesen Grundsätzen wollte Jordan die Vorschläge der Regierung beurtheilt sehen: „richtige Principien sind auch hier wie überall die Hauptsache."

Der wunderliche Vortrag machte auf die Hörer tiefen Eindruck; denn er verkündete mit ehrlicher Begeisterung, mit einer Zuversicht, als ob ein Zweifel gar nicht möglich sei, alle die Glaubenssätze des vernunftrechtlichen Katechismus, welche den deutschen Liberalen heilig waren, und hinter den doctrinären Gemeinplätzen verbarg sich ein praktischer, nach den trüben Erfahrungen der kurhessischen Geschichte nur allzu berechtigter Gedanke: die Absicht beständiger Vertheidigung gegen fürstliche Uebergriffe. Jordan dachte seinen monarchischen Freistaat also einzurichten, daß die Regierung von den Vorschriften der Verfassung unmöglich abweichen könnte, und da die Landstände allesammt, trotz ihrer unerschütterlichen dynastischen Treue, den Argwohn gegen den Kurfürsten theilten, so wurde der Verfassungsentwurf völlig umgestaltet. Der Marburger Professor behauptete dabei die unbestrittene Leitung. In seinen Collegienheften standen alle die Paragraphen, welche ein Volk frei und glücklich machen können, längst säuberlich aufgezeichnet; für jeden Herzenswunsch der öffentlichen Meinung fand er sofort den vernunftrechtlichen Ausdruck, und diese Fertigkeit des hastigen Formulirens, die in unerfahrenen Parlamenten immer überschätzt wird, verschaffte ihm den Ruf staatsmännischer Weisheit. So gelangten die Verhandlungen rasch zum Ziele; man wußte was man wollte, und für unnütze Redekünste bot dieser Landtag, der noch geheim tagte, keinen Raum. Schon am 5. Januar 1831 ward die neue Verfassung vom Kurfürsten unterzeichnet — eines der denkwürdigsten deutschen Grundgesetze, bedeutsam nicht blos durch seine stürmischen Schicksale, sondern auch durch seinen Inhalt; denn nirgends sonst zeigte sich

so klar die nationale Eigenart des älteren deutschen Repräsentativsystems, die seltsame Verquickung der noch immer fortwirkenden altständischen Rechtsüberlieferungen mit der Doctrin des modernen Naturrechts. Mit erschöpfendem Fleiße trugen Jordan und seine Freunde aus den wohlgefüllten Zeughäusern der altständischen Verfassung und des neuen allgemeinen Staatsrechts alle die Netze herbei, welche den Fürsten wie ein Wild umstellen sollten, so daß er sich nicht mehr rühren konnte. Eggena so gut wie die Landstände betrachteten das neue Grundgesetz als einen Vertrag zwischen Fürst und Volk; in diesem Urtheile stimmte die altständische Rechtsansicht mit der Lehre des Contrat social überein.

Darum wurde dem Thronfolger erst nach geleistetem Verfassungseide gehuldigt, und jede Verbesserung des vereinbarten Grundvertrages aufs Aeußerste erschwert. Nur wenn die Stände einmüthig oder auf zwei Landtagen nach einander mit Dreiviertel-Mehrheit zustimmten konnte die Verfassung erläutert oder geändert werden; erhoben sich Zweifel über den Sinn ihrer Vorschriften, so entschied ein Compromißgericht, zu dem Fürst und Landtag je drei Mitglieder wählten. Den Landtag bildeten die Abgeordneten der drei alten Stände; sie waren aber fortan allesammt Vertreter des ganzen Volkes und sollten in einer Kammer nach Köpfen abstimmen, weil man einsah, daß die Ritterschaft des Landes zu schwach und zu arm war um in einem Oberhause eine angesehene Stellung zu behaupten. Die Stände erhielten außer dem Rechte der freien Steuerbewilligung und der Zustimmung zu allen Gesetzen auch die Befugniß der Initiative, die noch keinem deutschen Landtage unbeschränkt zustand. Sobald die Mandate der Stände nach drei Jahren abliefen, erfolgte sofort die Neuwahl auch ohne die Aufforderung der Regierung. Wenn der Landtag nicht versammelt war, sollte nach altständischem Brauche ein erwählter Ausschuß von drei bis fünf Mitgliedern mit einem lebenslänglichen Syndicus die Rechte der Stände vertreten und nöthigenfalls auch andere Abgeordnete zu Rathe ziehen.

Den Staatsbürgern wurden einige Menschenrechte der persönlichen Freiheit gewährt, auch die Ablösung der Grundlasten sowie andere wirthschaftliche Erleichterungen versprochen. Zur Sicherung dieser ständischen und bürgerlichen Rechte waren Bollwerke aufgerichtet, die in Deutschland nicht ihres gleichen fanden. Jeder männliche Hesse sollte in seinem achtzehnten Lebensjahre das Grundgesetz beschwören; auch das Heer und die Bürgergarde wurden mithin auf die Verfassung vereidigt, die Offiziere den übrigen Staatsdienern rechtlich gleichgestellt, obgleich dem Kurfürsten der Name des „obersten Militärchefs" blieb. Bei jeder Ausschreibung einer Steuer mußte die ständische Zustimmung ausdrücklich angegeben werden; wo nicht, so war Niemand berechtigt die Abgabe zu erheben, Niemand verpflichtet sie zu zahlen; nur sechs Monate lang nach einer Auflösung des Landtags durfte die Regierung die früher bewilligten

Steuern vorläufig forterheben. Im Falle des Verfassungsbruchs sollten die Stände nicht blos berechtigt, sondern verpflichtet sein die Minister vor dem Oberappellationsgericht anzuklagen. Dieser § 100 erwies sich bald als der gefährlichste des Grundgesetzes; er forderte die Zanklust, die allen den kleinen Landtagen im Blute lag, gradezu heraus, da Meinungsverschiedenheiten über die noch ganz unerprobte Verfassung kaum ausbleiben konnten, und begünstigte die verhängnißvolle Neigung der Deutschen, politische Machtfragen vom Standpunkte des Civilprocesses zu beurtheilen. Auch alle andere Beamten konnte der Landtag vor Gericht verklagen, wegen Verletzung der Verfassung, wegen Veruntreuung, Bestechung und Mißbrauch der Amtsgewalt. Also den Landständen verantwortlich erlangten die Staatsdiener dem Kurfürsten gegenüber eine Unabhängigkeit, die von ihrer bisherigen völlig rechtlosen Stellung seltsam abstach; sie durften nur durch Urtheil und Recht abgesetzt, nur wegen Altersschwäche oder anderer Gebrechen pensionirt werden. Wurde ein Beamter in den Landtag gewählt, so konnte ihm die Regierung den Urlaub verweigern, doch nur aus erheblichen Gründen, die sie den Ständen mitzutheilen hatte.

So folgerecht war die neue Lehre, welche die belebende Kraft des constitutionellen Staates in dem Geiste des Mißtrauens suchte, auf deutschem Boden noch nie verwirklicht worden; und nach Allem was dies Land an seinen Fürsten erlebt, mußte sich der hessische Landtag allerdings in einem Zustande beständiger Nothwehr fühlen. Daß auch die Stände selber ihr Recht mißbrauchen könnten, hielt die vernunftrechtliche Doctrin für unmöglich; für diesen Fall gab die Verfassung dem Kurfürsten keine Waffen. Er konnte selbst in der Noth, wenn die Gesetze sich unzulänglich erwiesen, nur mit Zuziehung des ständischen Ausschusses Verordnungen erlassen. Zweifelhaft blieb sogar, ob er auch nur sein Recht, den Landtag aufzulösen, wirklich gebrauchen durfte; denn am Schlusse jeder Tagung mußten die Stände den Landtagsabschied mit unterzeichnen, ihren Ausschuß mit Weisungen versehen, und wie war dies möglich, wenn die Regierung den Landtag wider seinen Willen auflöste? Ein großer Staat mit starkem Heere und selbständiger auswärtiger Politik konnte unter einer solchen Verfassung unmöglich bestehen, ein kleines abhängiges Gemeinwesen vielleicht — wenn seine Fürsten eine ungewöhnliche Selbstverleugnung bewährten.

Da das hessische Kurhaus von solcher Gesinnung nichts besaß, so sollten die Bekenner des Vernunftrechts bald durch eine große Enttäuschung erfahren, wie wenig politische Formen allein die Freiheit sichern: unter allen deutschen Verfassungen war keine durch Rechtsschranken jeder Art so wohl geschützt wie die kurhessische, und doch wurde keine so oft und so frevelhaft gebrochen. Jordan selbst zeigte sich mit dem Werke nur halb zufrieden; er klagte: „das anti-constitutionelle Element durchdringt die ganze Verfassung und schließt sich allenthalben klettenartig an das con-

stitutionelle an," denn Schomburg und andere welterfahrene Abgeordnete hatten dem doctrinären Feuergeiste zuweilen Wasser in den Wein geschüttet. Vornehmlich mißfiel ihm der übel gerathene „Schlußstein" der Verfassung, die Vorschrift über die Minister-Anklage: wie durfte man die Entscheidung solcher Klagen dem Oberappellationsgericht anvertrauen, das von der Regierung ernannt wird, und „in der Residenz allen Künsten und Gefahren der Hofkabale ausgesetzt ist"? Immerhin wagte er zu hoffen, aus solcher „Verpuppung" werde sich noch der Schmetterling der Freiheit erheben, wenn man nur stets dem Geiste der Verfassung den Vorzug gäbe vor dem Buchstaben. Unter diesem Geiste verstand er aber kurzweg die neufranzösische Parlamentsherrschaft: „das constitutionelle System kann nur da sich kräftig ausbilden, wo kein Ministerium sich halten kann, welches die Majorität der Deputirtenkammer gegen sich hat." Wie viel er auch selbst noch vermißte, das dankbare Volk begrüßte ihn, und mit Recht, als den Vater der Verfassung. Für Schomburg und den Küfer Masaniello genügten Ehrenbecher, die landesübliche Belohnung liberaler Ueberzeugungstreue. Jordan aber erhielt von der Stadt Marburg ein Haus geschenkt; als er nachher von dem ersten constitutionellen Landtage heimkam, empfing man den schlichten, anspruchslosen Mann mit fürstlichen Ehren, und der junge hessische Dichter Franz Dingelstedt sang:

Stand ich nicht im Chor des Volkes, das mit blankgezognen Schwerten,
Das mit Fahnen und Drommeten grüßte seinen Heimgekehrten?

Ueberall im Lande ward der Verfassungseid willig geleistet; eine Rechtsverwahrung der Fuldaer Clericalen zu Gunsten der römischen Kirche blieb unbeachtet. Nur einige Bauerschaften des Fuldaer Landes nahmen Anstoß an dem Art. 10, der von dem Kurfürsten sagte: seine Person ist heilig und unverletzlich; sie glaubten, mit dieser Person sei die Reichenbach gemeint, ließen sich jedoch bald eines Besseren belehren. Zahlreiche Flugschriften verherrlichten „Kurhessens freudige Zukunft" und die Verfassung, „dies tief durchdachte Zeugniß des fortschreitenden Menschengeistes". Ein Verfassungsbüchlein für den Bürger und Bauer lobte vornehmlich das neugewonnene Recht der Auswanderungsfreiheit und schloß mit der tröstlichen Versicherung: „Das letzte Landesrecht ist, daß jeder Hesse, dem es hiernach im Lande nicht gefällt, hingehen kann wohin er will, ohne daß er gehalten wird." In Cassel gründete der wackere Philolog Bernhardi eine Zeitschrift „Der Verfassungsfreund", deren Artikel sich meist durch kühne Allgemeinheit und durch sorgfältiges Vermeiden aller praktischen Fragen auszeichneten. „Der Vorabend großer Ereignisse" oder „Was haben die Kurhessen noch mehr zu thun?" — so lauteten die Ueberschriften beliebter Aufsätze. Auch die liberale Presse der deutschen Nachbarlande fand des Lobes kein Ende; sie pflegte nunmehr, seit die spanische Cortes-Verfassung von 1812 endlich in Vergessenheit gerieth, Kurhessen und Norwegen neben dem Musterlande Belgien als die Staaten zu bezeichnen, „welche dem Zeitgeiste die ihm

gebührenden Zugeständnisse gemacht haben.“ Nur Börne bewährte sich wieder als unersättlichen Radicalen und witzelte in seinen Pariser Briefen über das Flittergold der hessischen Freiheit. Am Bundestage dagegen war Jedermann entrüstet über dies revolutionärste aller deutschen Grundgesetze und stimmte dem erbosten Blittersdorff zu, der schon beim Beginne der kurhessischen Bewegung vorausgesagt hatte: unsere gefürchteten süddeutschen Verfassungen werden bald die illiberalsten in Deutschland sein!*)

Und doch sollte das vielgeprüfte Land kaum einige Tage lang seines neuen Grundgesetzes froh werden. Am 8. Januar 1831 versammelte sich der Landtag vor dem Throne. Der Kurfürst, der seinen Ingrimm nur mühsam verbiß, übergab dem Erbmarschall die Verfassungsurkunde und stammelte verlegen: ich wünsche Hessen Glück dazu; dann baten die Stände in überströmender Unterthänigkeit um die Erlaubniß, diesem Fürsten, als dem zweiten Gründer des Landesglücks seit Philipp dem Großmüthigen, ein Standbild errichten zu dürfen. Tags darauf zogen die Bürger mit Fackeln nach dem Schlosse, denn die geliebte Kurfürstin war soeben zurückgekehrt; und als nun der Landesvater mit seiner Gemahlin am Arme auf dem Altane erschien, da jubelte Alles, mit der neuen Freiheit schien auch der häusliche Friede des Kurhauses endlich gesichert. Doch leider hatte Wilhelm schon dafür gesorgt, daß jenes würdige Gegenstück zu dem Standbilde des menschenverkaufenden pater patriae nie zu Stande kam. Noch in derselben Nacht fuhr ein Wagen Amschel Rothschild’s auf Wilhelmshöhe vor, und ihm entstieg die Gräfin Reichenbach. Augenblicklich schlug die Stimmung in Cassel um, und abermals begann der „Krawall“ — so lautete der neue Ausdruck, der damals zuerst in diesen mitteldeutschen Landstrichen aufkam. Sie muß aus dem Lande — hieß es überall; der Schutz des neuen Grundgesetzes sollte der verhaßten Frau nicht zu gute kommen, obgleich sie Hessin war, und die Kurfürstin selber sich jetzt bereit erklärte, sie als Gesellschafterin und Pflegerin ihres Gemahls neben sich zu dulden. Bei den Unruhen dieser Januartage hatte der Adel, ganz wie in Braunschweig, unverkennbar die Hände mit im Spiele; doch es bedurfte der Aufstiftung kaum. Selbst die Soldaten, die sonst trotz des gefährlichen doppelten Eides gute Mannszucht hielten, theilten den allgemeinen Abscheu und sagten laut: Schlagt sie nur todt, wir lassen Euch nicht im Stich! Nach drei Tagen wachsender Aufregung sah sich die Gräfin gezwungen Wilhelmshöhe zu verlassen. Masaniello Herbold ritt selber hinaus um nachzusehen ob sie wirklich fort sei. Wilhelm aber gebärdete sich wie ein Rasender; alle politischen Wünsche hatte er seinem Völkchen erfüllt, und nun verwehrten ihm die Undankbaren, seinen persönlichen Neigungen zu folgen. In den nächsten Tagen mußte er noch, halb gezwungen durch drohende Schreiben der Bürger-

*) Blittersdorff’s Bericht, 20. Oct. 1830.

schaft, ein constitutionelles Ministerium berufen, dessen Leitung Freiherr Schenk von Schweinsberg übernahm, und den Vertrauten der Reichenbach, Meysenbug, mit dem unpolitischen Amte des Hausministers abfinden. Wie viel noch an einem gesicherten Rechtszustande fehlte, das fühlte man jetzt erst, als im Landtage die unendliche Reihe der organischen Gesetze aufgezählt wurde, die noch nöthig waren um alle die reichen Versprechungen des Staatsgrundgesetzes zu erfüllen.

Die Verfassung selbst wurde schon im Februar in Frankfurt eingereicht, damit der Bundestag die Bürgschaft dafür übernähme. Die Bundesversammlung aber that, wie in allen schwierigen Fällen, gar nichts. Metternich verlangte kurzweg die Abweisung des Gesuchs, und als Preußen, von mehrern Mittelstaaten unterstützt, widersprach, ließ er in einer Denkschrift alle die Sätze der Verfassung zusammenstellen, welche dem „monarchischen Princip" zuwiderlaufen sollten. Ganz im Sinne der Hofburg verfaßte auch der Berichterstatter Blittersdorff sein Gutachten. Einen so rechtswidrigen Uebergriff des Bundestags konnte jedoch der Großherzog von Baden als constitutioneller Fürst unmöglich gutheißen; seine Regierung sprach sich nachdrücklich gegen die Meinung des eigenen Gesandten aus, und nachdem man noch eine Weile vertraulich gestritten hatte, wurde schließlich, nach dritthalb Jahren, im October 1833 dem Casseler Hofe unter der Hand mitgetheilt, daß der Bundestag in dieser Sache keinen Beschluß fassen könne. Durch diese lächerliche Entscheidung waren Oesterreichs Anschläge vorläufig vereitelt; die kurhessische Verfassung bestand in anerkannter Wirksamkeit, der Bundestag hatte sie ohne Widerspruch entgegengenommen, mithin durfte sie, nach der Wiener Schlußakte und dem Braunschweigischen Präcedenzfalle, nicht mehr einseitig abgeändert werden.

Unterdessen bemerkten die Casseler bald, daß der Landesvater etwas im Schilde führte. Auf Wilhelmshöhe wurde unaufhörlich gepackt; Silberzeug und Kostbarkeiten, selbst Thürschlösser, Oefen und Parketböden verschwanden in großen Frachtwagen, die nach Frankfurt zu der Reichenbach abgingen; zugleich ließ das Hofmarschallamt eine Menge kurfürstlicher Pferde versteigern.*) Und wieder rotteten sich die Krawaller zusammen um die Abfahrt der Wagen zu verhindern. Der Kurfürst selbst war in der Stadt vor beleidigenden Zurufen nicht sicher; seine Gemahlin aber erschien auf den Bürgerbällen, wie die anderen Damen in die weißblauen Stadtfarben gekleidet, und empfing die ehrfurchtsvollen Huldigungen der Herren, die allesammt die „Constitutions-Schleife" im Knopfloch trugen. Sobald der Landtag geschlossen war, am 10. März, verschwand der Kurfürst mit seinem Meysenbug aus Wilhelmshöhe und fuhr nach seinen Schlössern im Hanauerlande, wo er mit seiner Geliebten zusammentraf. Die radicalen Hanauer wußten sich vor Freuden kaum zu lassen, als der Landes-

*) Hänlein's Bericht, 19. Febr. 1831.

vater leibhaftig in ihrer Mitte erschien, auch gegen die Gräfin hatten sie nichts einzuwenden; sie hofften, ihre Stadt werde wieder wie vor Zeiten Residenz werden, und gewannen Wilhelm's Herz durch unterthänige Beflissenheit so gänzlich, daß er sich selber zum Chef ihrer Bürgergarde ernannte. Warum sollten diese südlichen Provinzen, nachdem sie schon das althessische Mauthwesen abgeschüttelt, nicht einen selbständigen Kleinstaat unter dem alten Kurfürsten bilden? — solche Pläne wurden bereits beim Schoppen von begeisterten Hanauer Patrioten erörtert.

Während die Minister in Cassel redlich an den neuen organischen Gesetzen arbeiteten, bildete der Kurfürst mit der Gräfin und ihrem Meysenbug eine geheimnißvolle absolutistische Gegen-Regierung im schönen Schlosse Philippsruhe am Main; die Bürgerfeste der Casseler wurden durch allerhand rohen Muthwillen gestört, und Jedermann argwöhnte, daß die Unruhstifter ihre Weisungen von der Reichenbach empfingen. Während jene den Beitritt zum preußischen Zollvereine vorbereiteten, stand der Kurfürst in Verkehr mit der benachbarten österreichischen Bundesgesandtschaft und suchte insgeheim jede Annäherung an Preußen zu vereiteln. Nach dem Buchstaben der Verfassung war er in seinem guten Rechte, denn diese verbot ihm nur den Sitz der Regierung außer Landes zu verlegen; auf die Dauer mußte ein solches Doppel-Regiment doch unerträglich werden. Die Casseler murrten, weil ihnen die Kundschaft des Hofes entzogen und sogar das unentbehrliche Hoftheater geschlossen wurde; umsonst hielt Hänlein den Stadträthen vertraulich vor, nach so grober Verletzung der Ehrerbietung sei die Stadt doch verpflichtet, sich bei dem beleidigten Landesherrn zu entschuldigen. Heißsporne meinten schon: da der Kurfürst an der Ausübung der Regierung verhindert sei, so müsse seine Gemahlin die Regentschaft übernehmen.

Im April wurde der neue Landtag gewählt, ohne heftigen Kampf, noch nach der stillen Weise der alten Zeit. Die Abgeordneten gehörten in ihrer großen Mehrheit der liberalen Partei an; sie beschlossen den Kurfürsten durch Abgesandte zur Rückkehr aufzufordern, weil er im Hanauer Lande „des verfassungsmäßigen Rathes der verantwortlichen Minister fast gänzlich entbehre". Der aber antwortete durch heftige Vorwürfe gegen die Undankbarkeit seiner Unterthanen; seine Casseler ließ er bedeuten, durch Worte könne das Andenken übler Thaten nicht verlöscht werden. Im Landtage brach die gereizte Stimmung überall durch. Der Voranschlag wies ein Deficit von fast 0,4 Mill. Thlr. bei einer Gesammteinnahme von kaum 2,888 Mill. auf. Allein das Heer mit seinen 9000 Mann erforderte eine Million, und manche neue unabweisbare Ausgaben standen noch bevor; so sollten „die Amerikaner", jene unglücklichen einst an England verkauften Soldaten, endlich einen bescheidenen Ruhegehalt empfangen, aber nur die im Lande lebenden, denn gegen Ausländer, also beschloß der Landtag, dürfe man „bei der allgemeinen Landesnoth keine unnöthige

Großmuth üben". Für den Augenblick konnte wohl eine Anleihe aushelfen; das Gleichgewicht des Staatshaushalts ließ sich aber nur dann sichern, wenn die Anarchie des Mauthwesens durch die preußische Ordnung verdrängt wurde, und vor dem preußischen Zollvereine bebten viele der Liberalen fast ebenso scheu zurück wie der Landesherr selber.

Derweil man dergestalt rathlos verhandelte, zeigte jener § 100 der Verfassung schon seine verderbliche Wirkung. Der Kurfürst hatte durch Cabinetsordre einige Offiziere befördert. Gegen die Sache selbst wie gegen die Personen ließ sich gar nichts einwenden; aber der Befehl trug nicht die Unterschrift des Kriegsministers Loßberg, und obschon die Vorschriften der Verfassung für diesen Fall keineswegs unzweideutig lauteten, so meinte sich gleichwohl Burkard Pfeiffer, einer der besten Juristen des Landes, in seinem Gewissen verpflichtet zu beantragen, daß General Loßberg, dem doch höchstens ein verzeihlicher Formfehler zur Last fiel, wegen Verfassungsbruchs angeklagt werde. In leidenschaftlicher Rede fiel Jordan bei und rief wie gewöhnlich den Geist der Verfassung zu Hilfe gegen ihren zweifelhaften Wortlaut. Mittlerweile ward es im Lande täglich unfriedlicher. Die Bürgergarden von Cassel und Marburg beriethen schon unter einander, wie „die im Finstern schleichende, geifernde Brut gänzlich unterdrückt" und der Kurfürst — aber ohne seine Gräfin — in die Hauptstadt zurückgeführt werden solle; eine Adresse von nahezu tausend Casseler Einwohnern stellte die ungeheuerliche Behauptung auf: wenn Wilhelm noch länger fern bleibe, so verzichte er auf den Kurhut. In aller Gemüthlichkeit waren die Hessen schon nahe daran, den Versailler Zug der Pariser vom October 1789 zu wiederholen.

Um ein Ende zu machen beschloß der Landtag, noch einmal sein Glück bei dem grollenden Landesherrn zu versuchen. Gegen Ende August reisten abermals ständische Abgesandte nach Philippsruhe, und einer von ihnen ward vorgelassen: Präsident Wiederhold, jener ehrwürdige alte Richter, der an der Spitze des Obergerichts so viele Jahre hindurch gegen fürstliche Willkür angekämpft hatte. Freimüthig und doch ehrfurchtsvoll setzte er dem Kurfürsten jetzt auseinander, daß der Souverän in der gegenwärtigen Lage mit den Ministern regelmäßig zusammen arbeiten müsse, die Gräfin aber in Cassel ihres Lebens schwerlich sicher sei; schließlich stellte er ihm die Wahl: Trennung von der Reichenbach oder Verzicht auf die Regierung. Wilhelm wählte wie er mußte: er zog die Geliebte vor und sendete den Präsidenten nach Fulda, um dort mit dem Kurprinzen, dem nach der Verfassung die Regentschaft gebührte, weiter zu verhandeln. Am 4. September wurden die Stände zu einer geheimen Sitzung berufen, und mit Zustimmung des Landtags kam nunmehr ein Gesetz zu Stande, das dem Kurprinzen als Mitregenten die alleinige Besorgung aller Regierungsgeschäfte übertrug, bis der Kurfürst seine bleibende Residenz wieder in Cassel nehmen würde.

Diesen Ausgang der Wirren hatte Niemand erwartet, Niemand gewünscht. Kurprinz Friedrich Wilhelm hieß im Volke längst der böse Junge. Der Eintagsruhm, den er sich durch seine feige Nachgiebigkeit gegen die Hanauer Mauthstürmer erworben, war rasch wieder verflogen; man wußte, wie dringend er dem Vater von der Verfassung abgerathen, wie frech und lieblos er sich soeben erst in Fulda mit seiner Frau Lehmann gegen seine Mutter betragen hatte. Wie unheilvoll hatte doch Alles zusammengewirkt um diesen letzten Fürsten eines ruhmreichen Hauses einem schmählichen Falle entgegenzuführen. Freudlos und freundlos war er aufgewachsen, in ewigem Hader erst mit dem Vater, dann mit beiden Eltern, schlecht erzogen, von Ränken umringt, vom Morde bedroht, ohne Kenntnisse, kleinlich, gewöhnlich in allen seinen Neigungen. So ward er zum boshaften Menschenverächter; der seltsame halb scheue halb stiere Blick seiner wasserblauen Augen verrieth schon, daß er Alle fürchtete, Keinen ehrte, Jedem die schlechtesten Beweggründe unterschob. Ein höheres sittliches Ideal als die formale Gesetzlichkeit blieb ihm unfaßbar. Schüchtern und linkisch im Verkehre, kaum fähig einen längeren Satz zu Ende zu sprechen, konnte er zuweilen in rasendem Jähzorn auffahren und dann verschlug es ihm wenig, den Beamten Fußtritte zu versetzen, den Ministern selbst brutale Schimpfworte, nach Umständen auch ein Tintenfaß an den Kopf zu werfen. Seine Staatsweisheit lief auf das einfache: Ordre pariren und nicht räsonniren! hinaus; als Absolutist ohne Phrase liebte er weder die Salbung der theologischen, noch die Romantik der feudalen Reactionslehren.

Die Verfassung durfte er nicht brechen, schon weil er ihr allein die Regentschaft verdankte und weil sein Vater jederzeit zurückkehren konnte; doch er haßte sie wie einen persönlichen Feind, denn sie verkümmerte ihm sein Familienleben, das einzige Glück, dessen er fähig war. Gertrud Lehmann war jetzt seine rechtmäßige Gemahlin; er hatte sie vor Kurzem, nachdem ihre Ehe getrennt worden, insgeheim geheirathet und erhob sie — es war die erste That seiner Regierung — zur Gräfin von Schaumburg. Wie verschwenderisch hatten doch einst seine Vorfahren ihre Dirnen und Bastarde ausgestattet. Er aber konnte für seine Gattin und seine ehelichen Kinder, die er auf seine Weise liebte, nur wenig thun; sein Einkommen genügte, trotz der äußersten Sparsamkeit und trotz der Beihilfe Amschel Rothschild's, kaum für die Kosten des Hofhalts, da sein Vater den Hausschatz für sich behielt, und an den Staatsgeldern durfte der constitutionelle Fürst sich nicht mehr vergreifen. Leider ward die Lage des Prinz-Regenten auch durch die Schuld der Mutter verschlimmert. Wenn die Kurfürstin sich entschloß über das Vergangene hochherzig einen Schleier zu werfen, wenn sie die Gemahlin ihres Sohnes, die nunmehr ein untadelhaftes Leben führte und allen Staatsgeschäften fern blieb, als ihre rechtmäßige Schwiegertochter behandelte, so konnte vielleicht wieder ein geordnetes häusliches Leben

am Hofe sich herstellen. König Friedrich Wilhelm gab seiner Schwester auch ausdrücklich Vollmacht, sich mit der Gräfin Schaumburg zu verständigen.*) Die unglückliche Fürstin aber hatte unter dem hessischen Dirnenregiment zu schwer gelitten, sie konnte den Widerwillen der Frau, den Stolz der Hohenzollerin nicht überwinden, und da ihr Sohn sich durch trotzige Roheit rächte, so blieb es dabei, daß dies Fürstenhaus keine allgemein anerkannte Herrin besaß.

Die ersten Wochen der neuen Regierung verliefen leidlich. Wiederhold übernahm die Leitung des Ministeriums und kam dem Landtage so weit entgegen, daß er sogar in die Entlassung des halb-schuldigen Kriegsministers willigte. Durch solche Nachgiebigkeit wurde freilich das Selbstgefühl der Stände bedenklich gesteigert. Erstaunlich, was sie jetzt Alles aus dem Geiste ihrer Verfassung heraus zu folgern wußten. Als der Kurprinz einmal einige Abgeordnete während einer Sitzung zur Tafel befohlen hatte, beantragte Jordan, die verantwortlichen Minister sollten das Hofmarschallamt ersuchen solche Einladungen zu unterlassen, denn der Regent sei nicht berechtigt die Vertreter des Volks ihren Geschäften zu entziehen. Bald führte das Zerwürfniß im Kurhause zu neuen Ruhestörungen. Ergrimmt über die geringschätzige Behandlung seiner Gemahlin ließ der Kurprinz seiner Mutter ihre Loge im Theater verschließen; am nächsten Tage nahm er den Befehl zurück da er die allgemeine Entrüstung bemerkte. Als nun die Kurfürstin am 7. December im Theater erschien, begrüßten sie die Zuschauer mit Hochrufen auf „unsere rechtmäßige Landesmutter". Draußen strömte das Volk zusammen, man wollte die Kurfürstin mit Fackeln nach Hause geleiten. Da eilten Truppen herbei, der Polizeidirektor verkündete den Kriegszustand, obwohl ernste Unordnungen diesmal nicht vorgekommen waren; die Garde du Corps sprengte in den Haufen ein und verwundete mehr als zwanzig Leute. Währenddem ging der Kurprinz auf dem Friedrichsplatze unter den Soldaten umher und rühmte sich nach vollbrachter That, nun habe er sich endlich Respekt verschafft.

Nach wenigen Tagen verlor er wieder den Muth, da Hänlein ihm ins Gewissen redete, ordnete eine Untersuchung an und bedauerte in einer Bekanntmachung, daß „im nächtlichen Dunkel Unfälle geschehen seien". Die Bürger bezeigten ihren Zorn durch widerwärtige Händel mit den Truppen. Der Verfassungsfreund schrieb, da der Kurprinz nur Uniform trug: ein Fürst der immer im Soldatenkleide erscheint, beweist damit, daß er das Oberhaupt nicht des Staates, sondern des Militärs sein will. Am Sylvesterabend wurde Jordan, zu seinem Namenstage, mit überschwänglichen Huldigungen geehrt; bald darauf hielten die Abgeordneten der beiden Hessen in Gießen ein feierliches Eintrachtsmahl, tranken mit einander auf die gemeinsame Freiheit, und jeder Theilnehmer erhielt zum Andenken einen

*) Hänlein's Berichte, 12. Nov. 27. 31. Dec. 1831.

Abdruck der beiden Verfassungsurkunden. Die Kurhessen gedachten indessen bereits wehmüthig der Erzählung Hippel's von den „Lebensläufen in absteigender Linie"; sie fanden, im Hause Brabant gerathe der Sohn immer noch schlechter als der Vater, und Mancher sehnte sich schon nach dem alten Kurfürsten zurück. Der aber betrat seine Hauptstadt niemals wieder, sondern lebte als Privatmann bald in den Schlössern am Main, bald in Frankfurt oder an der Badener Spielbank. Sein Sohn begnadigte sofort den wegen der Vorfälle vom 7. December verurtheilten Polizeidirektor und kränkte seine Casseler tödlich, als er den Civil-Beamten der Bürgerwehr befahl ihre Schnurrbärte abzuschneiden. Welch eine Gelegenheit für Jordan zu schwungvollen Reden: die §§ 31 und 32 verbürgten die Freiheit der Person und des Eigenthums, folglich gebührte jedem Hessen das unbeschränkte Eigenthum an seinem Barthaare, und die eidvergessenen Minister mußten wegen Verfassungsbruchs angeklagt werden!

Zum Unheil des Landes starb Minister Wiederhold schon im Februar 1832, der einzige Mann, dessen Stimme zugleich am Hofe und im Landtage gehört wurde. Nun trat Hans Daniel Hassenpflug in den Ministerrath ein, der Sohn des Vaters, und sprach sofort die Absicht aus „die Strömung wieder in das verlassene Bette des Gehorsams zurückzudämmen". Mit ihm begann der lange boshafte Kampf wider die Verfassung. Vorderhand trug Kurhessen aus so vielen Erschütterungen nur drei werthvolle politische Güter davon: die Theilung des Landesvermögens, die rechtlich gesicherte Ordnung des Beamtenthums, vor Allem aber die Verbindung mit dem Zollvereine, die im Sommer 1831 endlich zu Stande kam und, weil sie allein dem zerrütteten Staatshaushalt aufhelfen konnte, auch die Genehmigung der Stände fand. Zu Neujahr 1832 wurde das preußische Zollwesen eingeführt. Wieder zogen die Hanauer in hellen Haufen hinaus um das neue Zollhaus wie einst das alte zu stürmen, doch diesmal begegneten sie entschlossener Abwehr. Auch die anderen Landestheile fügten sich anfangs nur ungern; die Gassenbuben verhöhnten „den Preuß" im Zollhause:

Er ist geschnüret wie ein Weib,
Die Sonne scheint ihm durch den Leib.

Sehr bald erkannte man doch den Segen des freien deutschen Marktes. Lediglich dem Zollvereine verdankte das Land, daß seine wirthschaftlichen Kräfte unter einer nichtswürdigen Regierung langsam wieder erstarkten. —

In Hessen wie in Braunschweig richtete sich der Aufruhr gradeswegs gegen die Willkür pflichtvergessener Fürsten. Im Königreich Sachsen brach eine wohlwollende, aber altersschwache und völlig entgeistete Regierung haltlos zusammen vor den ersten Schlägen einer kleinbürgerlichen Volksbewegung, welche ohne ein politisches Ziel zu verfolgen ihren Unmuth

zunächst nur an einzelnen verhaßten Behörden und örtlichen Mißständen ausließ. Die Unruhen begannen hier schon vor der großen Woche der Pariser, als im Juni drei Tage lang das Jubelfest der Augsburgischen Confession gefeiert wurde. Ein geistliches Lied mahnte die Sachsen, auch das kommende Jahrhundert hindurch der Kirche heilige Güter treu zu beschirmen: „dann jubeln frei wie Ihr der Enkel freie Schaaren;" und manche der Festreden klang wie ein Protest des lutherischen Volkes gegen die jesuitischen Umtriebe, die man den ausländischen Hofgeistlichen des greisen Königs zutraute. Da die Behörden in Dresden und Leipzig sich dem volksthümlichen Feste unfreundlich zeigten, so kam es in beiden Städten zu kleinen Aufläufen und Straßenhändeln; zuweilen erklang aus der aufgeregten Menge sogar der in Sachsen unerhörte Ruf: hoch Friedrich Wilhelm der protestantische König! Die eingeleitete Untersuchung hüllte sich in tiefes Geheimniß, und eine heftige Flugschrift, die das Gebahren der wachsamen, aber groben Leipziger Polizei kurzweg als „Schatten ohne Licht" brandmarkte, mußte zur Beschämung der Kursachsen außer Landes, unter dem Schutze der strengen preußischen Censur erscheinen.

In den ersten Septembertagen brach der Groll von Neuem aus; an zwei Abenden hintereinander trieb der Leipziger Pöbel argen Unfug. Die Bürger sahen schadenfroh zu, und als der geängstete Stadtrath sie am 4. September zur Hilfe rief, hielten sie ihm zornig die Sünden seines Vettern-Regimentes vor, bis er endlich Rechenschaft von seiner Verwaltung abzulegen versprach. Die ganze nächste Nacht hindurch tobten die Massen wieder in den Straßen. Da und dort zeigte sich die französische Tricolore, und zuweilen erklang der Ruf: Freiheit, Paris, Lafayette! Im Grunde galt der Grimm nur den kleinen Stadttyrannen, und auch der Zunftgeist wollte in der erwerblosen Zeit sein Müthchen kühlen an gefährlichen Nebenbuhlern. Die Wohnungen mehrerer Rathsherren und Polizeibeamten wurden „demolirt" — so lautete die ausgegebene Losung — desgleichen einige verrufene Häuser, deren Damen sich der geheimen Gunst der Stadtbehörden erfreuten; die Schlosser grollten, weil der Rath die eisernen Bettstellen für ein Krankenhaus auswärts bestellt hatte, die Drucker wollten die neue Schnellpresse zerstören, die ihnen das Brot vom Munde nahm, die Lohnkutscher den Eilwagen im königlichen Poststalle. Am folgenden Morgen that sich die Bürgerschaft zusammen und bildete eine Communalgarde; Rector Krug berief die Studenten in die Paulinerkirche und ermahnte sie in feuriger Rede, mit den Bürgern vereint die Ordnung herzustellen. Dies gelang denn auch sogleich und ohne Widerstand. Die Communalgarde und die akademische Legion bezogen gemeinsam die Wachen — denn kraft alter Privilegien brauchte Leipzig außer der Schloßwache der Pleißenburg keine Garnison aufzunehmen. Die Bürger trugen die weiße Armbinde, die Studenten ihre Schläger und die bunten Verbindungsuniformen, die sich nunmehr dem Verbote zum Trotz an den Tag

hinauswagen durften; während die Einen patrouillirten, saßen die Anderen vor den Thorwachen, tranken Gose und spielten Sechsundsechzig.

Wie freudig wärmte sich der ehrliche Krug an der Sonne dieses neuen Bürgerglückes. Der hatte schon vor Jahren den Deutschen mit gewohnter Wortfülle seine „Lebensreise“ geschildert und darin das Jahr 1813 als den Höhepunkt seines Daseins bezeichnet. Jetzt schrieb er sofort einen Nachtrag über „das merkwürdigste Jahr meines Lebens“ — denn wer durfte leugnen, daß die Leipziger Revolution doch noch mehr bedeutete als die Leipziger Völkerschlacht? Keine seiner ungezählten Schriften rechtfertigte so glänzend den Beinamen des Wasserkruges, welchen die boshaften Hegelianer diesem Philosophen angehängt hatten. Am Schlusse erzählte er rührsam, wie ihm für die Großthaten seines Rektoratsjahres der Civilverdienst-Orden verliehen wurde; bescheiden fügte er hinzu: „Das war wieder allzuviel Ehre. Denn was hatt' ich eigentlich gethan? Nichts als meine Schuldigkeit.“ Ueber die Höhe dieses seelenvergnügten Freiheitsmuthes schwangen sich auch die zahlreichen anderen Flugschriften, welche die sächsische Revolution hervorrief, selten empor; nur ein Büchlein des jungen, den Demagogenverfolgern wohl bekannten Theologen Karl Hase besprach „Sachsens Hoffnungen“ mit politischer Einsicht und Mäßigung.

Inzwischen hatten die Leipziger Unruhen schon in Dresden ihr Echo gefunden. Auch hier galt die Wuth des Volkes vorerst nur dem allmächtigen Stadtrathe, obgleich dann und wann im Getümmel die Marseillaise gesungen wurde. Ein Pöbelhaufe zerstörte das Polizeihaus vom Fuß zum First, verbrannte die Akten aus dem nahen Rathhause, und die Bürgerschaft ließ ihn gewähren (9. Sept.). Die schwarzen Schützen, eines der besten Regimenter des kleinen Heeres, durften auf Befehl der furchtsamen Regierung nicht in den Haufen feuern, und als sich auch hier eine Bürgerwehr mit weißen Armbinden zusammengeschaart hatte, mußten die Truppen ohne Hörnerklang durch ein Spalier der Communalgarde aus der Stadt abziehen, während die Masse den schwarzen Bluthunden ihre Verwünschungen nachrief. Nun ergoß sich auch über das stille Dresden ein Abglanz neufranzösischer Bürgerherrlichkeit. Die Communalgardisten grüßten einander stolz: „Guten Morgen, Pariser!“, wenn sie auf den Trommelruf „Kamerad komm!“ zum Sammelplatze eilten. Bei ihren Festen sangen sie die sächsische Marseillaise des sanftmüthigen alten Tiedge; der Kehrreim Aux armes citoyens! lautete hier minder blutdürstig:

Wohlauf, wohlan, streut Blumen hin
Wo Zwist und Unheil war!

Ganz so kindlich wie dies Bürgerlied war die Stimmung des Landes freilich nicht. In Chemnitz und mehreren kleinen Städten rottete sich das Volk zusammen; selbst die Freiberger Bergleute, die sonst ihren Rautenkranz so treu in Ehren hielten, zogen drohend vor das Thor der

freien Bergstadt und wurden nur durch das Versprechen höheren Lohnes beschwichtigt. Hier ward das Haus eines katholischen Kaufmanns geplündert, dort ein Rathsherr wegen seiner Strenge, ein Fabrikant wegen seiner Maschinen, ein Kirchenpatron wegen des unbilligen Preises der Kirchenstühle bedroht; alle Herzensneigungen des Philisterthums kamen an den Tag, denn die Zügel des Regiments schleiften am Boden.

Nach und nach wurden auch politische Wünsche laut, da die verhaßte städtische Verwaltung mit der alten Ständeverfassung so eng zusammenhing. Ein bei den Mittelklassen hochbeliebter tüchtiger Beamter, C. G. Eisenstuck, der durch die Kenntniß der englischen Zustände freiere Anschauungen gewonnen hatte, verfaßte für die Bürger der Dresdener Neustadt eine Adresse an die Krone und wagte hier zuerst neben der Beseitigung der städtischen Mißbräuche auch „eine dem Zeitgeist entsprechende Repräsentation", vornehmlich eine Vertretung des Bauernstandes zu fordern.

In aller Unschuld ward unter den Communalgardisten der Hauptstadt schon die Frage erwogen: ob man nicht, da so Vieles zu ändern sei, den guten alten König Anton durch freundliche Bitten zur Abdankung bewegen solle; dann könne sein Neffe, der junge Prinz Friedrich August, den Thron besteigen und vielleicht auch aus Liebe zum Volke den lutherischen Glauben annehmen. Solche Pläne erschienen der aufgeregten Zeit ganz unverfänglich, war doch Ludwig Philipp von den alten Mächten schon thatsächlich anerkannt; die neue französische Revolution wirkte darum so verführerisch auf das gutmüthige deutsche Bürgerthum, weil sie so glatt verlief und so viel unschuldiger schien als die gräuelvolle erste. Der deutsche Prinz aber dachte anders als der Orleans; er wies jene Anschläge sobald er davon hörte entrüstet zurück und sagte: ich will nicht König von Rebellen sein!

Ein festes Ziel gewann die unstäte Bewegung erst als das hohe Beamtenthum selber sich der Leitung bemächtigte. Die jüngeren Mitglieder des Geheimen Rathes empfanden schon längst mit Unmuth die Uebermacht des Geheimen Cabinets, das sie ganz von dem Monarchen absperrte, und den starren Dünkel des Cabinetsministers Einsiedel; sie konnten sich auch nicht mehr verbergen, daß der König bei dem drohenden Zusammenbruche des alten Systems mindestens der Beihilfe einer jugendlichen Kraft bedurfte. Dem alten Herrn waren die Unruhen ganz unbegreiflich; ich habe ja, sagte er traurig, Alles beim Alten gelassen und Keinem je etwas zu Leide gethan! Endlich begann er doch einzusehen, wie gänzlich Graf Einsiedel ihn und sich selber über die Stimmung des Volkes getäuscht hatte. Am 13. September mußte der Graf auf die Aufforderung des Königs sein Abschiedsgesuch einreichen; unwillig räumte er den so lange behaupteten Posten und schrieb dem preußischen Gesandten: „S. Maj. hat es für nöthig gehalten, daß ich ihn um meine Entlassung

bitten solle."*) Am selben Tage fuhr der Geheime Rath v. Lindenau mit dreien seiner Amtsgenossen nach Pillnitz hinaus und bewog dort den König, den Prinzen Friedrich August zum Mitregenten zu ernennen. Der Vater des jungen Prinzen, der alte Prinz Max, hatte dawider nichts einzuwenden und erklärte sogar unaufgefordert, daß er zu Gunsten seines Sohnes auf die Thronfolge verzichte: Ich mag gar nicht regieren — meinte er gemüthlich — der Fritz ist gut, er wird schon nach meinem Sinne regieren.

So übernahm denn Friedrich August die Herrschaft, die ihm nur selten durch eine Bedenklichkeit des alten Königs erschwert wurde — seit lange her der liebenswürdigste Fürst des albertinischen Hauses, vielseitig gebildet, gütig, leutselig und von einer treuherzigen Aufrichtigkeit, welche die Hofleute zuweilen erschreckte. Er nannte sich selber einen Gemüthsmenschen und war in der That durch Anlage und Neigung mehr für die gelehrte Muße als für die Welt des Handelns bestimmt; rasche Entschlüsse fielen ihm schwer, durch die trockenen Geschäfte ward er leicht ermüdet, und in großer Gesellschaft sprach er wenig. „Heute kein Wort von Politik," so sagte er oft, wenn er sich einen guten Tag machte und mit einem Adjutanten allein hinausfuhr in die Felsengründe des Meißener Hochlandes; fast alle Gebirge Europas hatte er durchwandert bis in ihre entlegenen Schluchten, und im vertrauten Kreise erzählte er von seinen Reisen mit dichterischer Anschaulichkeit. Am wohlsten fühlte er sich auf seinem bescheidenen Weinberge in Wachwitz, wo ihn kein Hofstaat, nicht einmal eine Wache störte. Alle Künste waren ihm vertraut, und mit glücklichem Blicke wußte er die jungen Talente herauszufinden; von den Wissenschaften trieb er mit Vorliebe die Botanik, und es geschah wohl, daß ein Bäuerlein den schlichten Mann, wenn er mit seiner grünen Trommel die Feldraine absuchte, für den Rattenfänger hielt. Auf seinen fürstlichen Beruf hatte er sich gewissenhaft vorbereitet; man wußte, daß er von der Unhaltbarkeit der alten Adelsherrschaft längst überzeugt war und weder mit den Beichtvätern seines Oheims noch mit dem Grafen Einsiedel auf gutem Fuße stand. Durch eine freundliche Ansprache an die Dresdener Bürgerschaft gewann sich der Mitregent alsbald alle Herzen; sein Wort „Vertrauen erweckt wieder Vertrauen" wurde fortan in den gereimten und ungereimten Trinksprüchen ergebener Unterthanen beharrlich wiederholt, und man verzieh ihm auch, daß er sich zu dem angesonnenen Glaubenswechsel doch nicht entschließen wollte. Als treuer und arbeitsamer Gehilfe ging ihm sein Bruder Johann zur Hand, auch er ein Gelehrter von umfassendem Wissen, minder liebenswürdig als Friedrich August aber auch minder weich, gründlich bewandert in dem Rechte und der Verwaltung des Landes. Prinz Johann übernahm den Oberbefehl

*) Einsiedel an Jordan, 13. Sept. 1830.

über die Communalgarden, die nun in allen größeren Städten zusammentraten und beim Anblick des Fürsten mit der weißen Bürgerbinde ihre eigene Größe erst ganz empfanden. In überschwänglichen Dithyramben wurde „der Hochgeweihte und sein Johannes ihm zur Seite" gefeiert, und als diese „sächsischen Dioskuren im Zenithe von Leipzig erschienen", fand Krug kaum Worte genug für seine liberale Begeisterung.

Der leitende Kopf bei der Arbeit der Reform war der Geh. Rath v. Lindenau. Herzog Bernhard hieß er bei dem dankbaren thüringischen Volke noch von den Tagen her, da er sein Heimathland Gotha-Altenburg während einer Zwischenherrschaft allein regiert hatte; und die gleiche Liebe erwarb er sich bald auch in Kursachsen, zumal unter den Bauern, obgleich der schlichte Aristokrat alle Künste der Volksschmeichelei verschmähte. Ein Hauch von Schwermuth lag über seinem Wesen; er hatte in der Jugend seine Geliebte verloren, blieb unvermählt, verwendete die Einkünfte seines ansehnlichen Vermögens und vier Fünftel seines Gehalts für gemeinnützige Zwecke, mied die Gesellschaft so sehr, daß ihm selbst die Mitglieder des diplomatischen Corps nicht alle bekannt wurden, und widmete seine freien Stunden ganz der Wissenschaft. Die Astronomen schätzten ihn als einen glücklichen Forscher, seiner Leitung verdankte die Sternwarte auf dem Seeberge bei Gotha zum guten Theile ihren Ruf. Zu Zeiten konnte sich der hochherzige Idealist wohl in unmögliche Pläne verlieren, schließlich kehrte er doch immer auf den Boden des Wirklichen zurück. So entsagte er jetzt der Politik des mitteldeutschen Handelsvereins, an den er einst so viel patriotischen Eifer verschwendet hatte, und gestand dem preußischen Gesandten Jordan offen: Der Wiener Hof hat uns glänzende Anerbietungen für eine handelspolitische Verbindung gemacht, wir werden ihnen aber nicht Folge leisten, sondern uns dem preußischen Zollvereine anschließen.*) Auch für die Ablösung der bäuerlichen Lasten, für die Neugestaltung der Verwaltung und des Städtewesens nahm er sich die preußischen Gesetze zum Muster. Die Verfassung, die er plante, sollte zwar, wie es die Meinung des Tages forderte, die Form einer Charte erhalten, aber von den altständischen Ueberlieferungen nicht allzuweit abweichen; denn mehr ließ sich von dem alten Landtage voraussichtlich nicht erlangen, und dessen Mitwirkung war unumgänglich, da der Prinzregent und seine Räthe ihren Stolz darein setzten, daß die neue Ordnung rechtlich unantastbar dastehen müsse.**)

So viele Jahre daher war Sachsen der stillste aller Mittelstaaten geblieben; begreiflich genug, daß der Wiener Hof durch die so ganz unerwarteten jüngsten Vorfälle schwer beängstigt wurde. Auch aus den benachbarten Kleinstaaten liefen bedenkliche Nachrichten ein: aus Köthen

*) Jordan's Bericht, 25. Sept. 1830. Vgl. o. III. 652.
**) Jordan's Bericht, 1. Februar 1831.

hatte die verwittwete Herzogin, die Convertitin Julia fliehen müssen, weil das protestantische Volk ihre Clerisei bedrohte, in Altenburg war ein sehr roher Pöbelaufruhr nur schwer und mit preußischer Hilfe gebändigt worden. Kaiser Franz ließ sogleich in Berlin anfragen, ob nicht ein gemeinsames Einschreiten der beiden Großmächte, zunächst in Sachsen, rathsam sei, und wenngleich sein Schwiegersohn, der Prinzregent Friedrich August, sich brieflich vor ihm rechtfertigte, befahl er doch seinem Staatskanzler einige „gesalzene Depeschen" nach Dresden zu senden. In hoffärtigem Tone fragte Metternich, wie es möglich sei, daß ein Staat, der bisher ein Muster deutscher Sitte gewesen, der sein gegenwärtiges Dasein allein dem Kaiser Franz verdanke, ein so gefährliches Beispiel habe geben können, und erklärte drohend: der Kaiser sei fest entschlossen, nicht über eine gewisse Grenze hinaus ein wohlwollender Zuschauer dieser Unordnungen zu bleiben. Der sächsische Gesandte Graf Schulenburg, ein Mann der alten Schule, der bisher von Wien aus Sachsens deutsche Politik ganz in Metternich's Sinne geleitet hatte, eilte selbst in die Heimath um die Ermahnungen seines Meisters zu unterstützen; er wurde jedoch von dem Prinz-Regenten auf seinen Posten zurück verwiesen und bald darauf abberufen. Czar Nikolaus äußerte sich fast ebenso unwillig. Zärtlich besorgt kam der Gesandte des freiheitschirmenden Frankreichs schon zu Lindenau, um sich mit verständlichem Winke zu erkundigen, ob wirklich der Einmarsch fremder Truppen bevorstehe.

Bernstorff aber wies die Anschläge der Hofburg kühl zurück. Man urtheilte im Auswärtigen Amte sehr hart über die sächsischen Unruhen, weil sich der gestürzten Regierung keine Rechtsverletzung vorwerfen ließ. „Im Herzogthum Braunschweig — sagte eine Weisung an Jordan — war der Aufruhr die Folge der Unterdrückung, in Hessen erklärt er sich aus den gehäuften Fehlern und dem schweren Unrecht der Regierung, in Sachsen hat er kaum einen Vorwand, geschweige denn einen Grund." Als der sächsische Gesandte General Watzdorf, um ein freundnachbarliches Urtheil bittend, den neuen Verfassungsentwurf in Berlin überreichte, da sang Ancillon wieder einmal das Lob der deutschrechtlichen Landstände und bedauerte lebhaft, daß man diese „rein germanische Form" nicht mit einigen Verbesserungen beibehalten habe. Indeß erkannten die preußischen Staatsmänner gern an, wie sorgsam der Entwurf „das monarchische Princip" wahre; an eine Störung der sächsischen Reformen dachten sie um so weniger, da das Nachbarland offenbar erst wenn seine Verwaltung neugestaltet war dem preußischen Zollvereine beitreten konnte.*) Also der preußischen Freundschaft sicher erwiderte Lindenau der Wiener Hofburg nachdrücklich, die neue Regierung werde durch eigene Kraft ihr monarchisches

*) Weisung an Jordan, 22. April. Watzdorf an Bernstorff, 2. März. Jordan's Bericht, 1. März 1831.

Ansehen behaupten. Sobald das kleine Königreich an seine inneren Schäden die heilende Hand legte, lenkte auch seine deutsche Politik wie von selbst in ihre natürlichen Bahnen ein; der Groll über die Landestheilung schien fast vergessen, das Verhältniß zum preußischen Hofe gestaltete sich bald freundlich. Prinz Friedrich August hatte sich kürzlich bei einem Besuche in Berlin das besondere Wohlwollen des Königs erworben; Prinz Johann schloß mit seinem Schwager, dem preußischen Kronprinzen, brüderliche Freundschaft, die beiden gelehrtesten Fürsten des Zeitalters ergingen sich gern im Austausch ernster Gedanken, obgleich der nüchterne Albertiner die romantische Weltanschauung des Hohenzollern nicht theilte.

Es währte noch ein volles Jahr, bis das aufgewühlte Land sich wieder beruhigte. Die Sachsenzeitung, der Vaterlandsfreund, die Biene des Zwickauer Bienenvaters Richter führten oft eine aufreizende Sprache, und was vor der eingeschüchterten sächsischen Censur doch keine Gnade fand wurde in Winkelpressen gedruckt oder in Altenburg, in Ilmenau unter dem kraftlosen Regimente der thüringischen Kleinfürsten. Späterhin wirkten auch einige der polnischen Flüchtlinge mit, denen die Dresdener, eingedenk der alten Zeiten, eine gastliche Aufnahme bereiteten. Die Behörden zeigten sich fast überall schwach; fast jede Mißtrauenserklärung der Gemeinden gegen einen Beamten, einen Geistlichen konnte auf Erhörung rechnen; die Polizei war durch die vielen kleinen Gassenprügeleien so in Verruf gekommen, daß sie kaum noch brauchbare Leute für ihren Dienst zu finden vermochte. In Dresden wurde die alte Nationalgarde, weil sie neben der neuen Communalgarde nicht mehr bestehen konnte, aufgelöst; einige ihrer Mitglieder widersetzten sich, legten Verwahrung ein gegen die Beschimpfung, die „der gesammten Nationalgarde nicht blos in Europa sondern auch in anderen Welttheilen widerfahren" sei, bildeten schmollend einen Bürgerverein. In diesen Kreisen ward eine von dem Advocaten Mosdorf entworfene „Constitution wie sie die Sachsen wollen" verbreitet. Sie trug die Aufschrift: „und wird sie nicht gewährt, so pochen wir mit den Flintenkolben an," forderte Volkssouveränität, Abschaffung des Adels und des stehenden Heeres; alle die verworrenen radicalen Gedanken, welche das starre Adelsregiment unter den Kleinbürgern erweckt hatte, fanden hier ihren groben Ausdruck.

Als die Regierung endlich im April 1831 einige Verhaftungen vornahm, begann der Straßenlärm in der Hauptstadt von Neuem; der Pöbel befreite die Gefangenen, die Communalgarde benahm sich feig, ihr Führer Prinz Johann ward verhöhnt, und erst am zweiten Tage trieb das Feuer der Truppen die Aufrührer auseinander. Mosdorf ward auf den Königstein, viele Andere ins Zuchthaus abgeführt. Diese Nachrichten entflammten in Leipzig wieder die alte Eifersucht auf die Residenz; der Stadtrath sendete sogleich eine Ergebenheits-Adresse an den Hof und erbot sich, im Nothfall seine Communalgarde gegen die meuterischen Dresdener auszusenden.

Leider war aber auch auf das Bürgerheer an der Pleiße kein Verlaß, die Weihrauchspenden der liberalen Presse hatten den Hochmuth der bewaffneten Volksmänner bedenklich gesteigert. Im August meuterte ein Theil der Leipziger Communalgardisten, weil ihnen ein neuer Wachsaal nicht behagte; selbst die Studenten nahmen Partei gegen die Aufsässigen, und den schwarzen Schützen, die jetzt, nach Aufhebung der städtischen Privilegien, ihr Standquartier in Leipzig hatten, fiel die undankbare Aufgabe zu, den Aufruhr mit Waffengewalt niederzuschlagen. Seitdem fühlte die Krone sich wieder sicherer.

Mittlerweile hatte der alte Landtag seine weitläuftigen Berathungen über das Grundgesetz beendigt. Welch ein seltsamer Gegensatz zu Kurhessen! Während dort der Landtag den Verfassungsentwurf der Minister in liberalem Sinne gänzlich neugestaltete, gingen in Sachsen alle Reformen von der Regierung aus. Sie bewährte durchweg mehr Einsicht und Unbefangenheit als die Stände; die Ritterschaft so gut wie die Städte verfochten hartnäckig nur ihr eigenes Interesse, und oftmals mußte Lindenau von seinen Standesgenossen Schmähungen anhören weil er die Rechte des Adels preisgebe. Auch die neue Verfassung ruhte auf dem Grundsatze der ständischen Gliederung. Die erste Kammer war in Wahrheit nur ein verkleinertes Abbild des alten Landtags und ebenso selbständig wie dieser gegenüber der Krone, die nur zehn Grundherren auf Lebenszeit ernennen durfte; sie bestand aus den Prälaten, den Standesherren, den Vertretern des großen Grundbesitzes und den Bürgermeistern von acht größeren Städten. In der zweiten Kammer behauptete der Grundbesitz ebenfalls das Uebergewicht, weil der Landtag die kühne Behauptung aufstellte, der wirthschaftliche Schwerpunkt dieses gewerbfleißigen Landes liege, Dank dem gegenwärtigen Nothstande des Handels, allein im Landbau; die Ritterschaft war hier noch einmal, durch zwanzig Abgeordnete vertreten; dazu fünfundzwanzig Bauern, ebensoviel Städter und fünf Vertreter des Gewerbfleißes. Die Kammern standen mithin, obgleich sie nicht nach Curien stimmten, den altständischen Institutionen näher als dem neufranzösischen Repräsentativsystem; für die großstädtische Bildung boten sie wenig Raum, da jeder Abgeordnete in seinem Wahlbezirke wohnen mußte, freilich krankten sie auch nicht an der Ueberzahl von Beamten, welche in den süddeutschen Landtagen so viel Unfrieden erregten. Die Krone gab die freie Verfügung über das Kammergut auf und begnügte sich fortan mit einer Civilliste; die Stände erhielten das Recht, die Minister vor einem besonderen Staatsgerichtshofe anzuklagen, sie bewilligten das Budget für je drei Jahre und faßten Beschluß über die Gesetzentwürfe, welche die Regierung allein vorlegen durfte. Ein Gesetz und selbst ein Budget sollte aber nur dann als abgelehnt betrachtet werden, wenn in einer der beiden Kammern mindestens zwei Drittel dagegen gestimmt hatten; überdies konnte die Krone nöthigenfalls die bisherigen Ab-

gaben noch ein Jahr lang forterheben. Ebenso behutsam war auch der Abschnitt über die Menschenrechte gehalten, der als ein Zugeständniß an den aufgeklärten Zeitgeist doch nicht ganz fehlen durfte.

König Anton ließ Alles geduldig über sich ergehen. Nur durch die beiden Artikel, welche die Kirchen der Oberaufsicht des Staates unterwarfen und die Zulassung der Jesuiten sowie aller anderen geistlichen Orden für alle Zukunft verboten, fühlte er sich tief verletzt, weil ihre Fassung ein kränkendes Mißtrauen gegen den katholischen Hof verrieth. Erst auf das Zureden seines Neffen Johann entschloß er sich, auch diese Sätze zu genehmigen. Der Prinz war selbst streng gläubiger Katholik und blieb in seiner Anschauung der deutschen Geschichte den alten habsburgisch-albertinischen Traditionen immer treu; doch er wußte auch, was die Dynastie ihrem hart lutherischen Volke schuldig war, und behandelte die Kirchenpolitik ohne confessionelle Engherzigkeit. Am 4. September 1831 empfingen die alten Stände aus der Hand des Königs die Verfassungsurkunde, und nach dem Vorbilde der Pariser Julifeier wurde nunmehr alljährlich das Constitutionsfest durch Bürgerparaden, Schmäuse und jubelnde Reden verherrlicht.

Wie lächerlich auch diese Großsprechereien zuweilen klangen, die ersten zehn Jahre der neuen Verfassung waren doch unzweifelhaft die glücklichsten, welche das Königreich unter dem Deutschen Bunde verlebt hat. Das nach Fächern gegliederte Staatsministerium, das jetzt die Leitung der gesammten Verwaltung übernahm, war so reich an guten Kräften wie kaum ein anderes in den deutschen Mittelstaaten und besaß an dem Finanzminister v. Zeschau einen staatsmännischen Kopf, der in den großen Verhältnissen des preußischen Dienstes geschult, Lindenau's idealistischen Schwung durch nüchternen Geschäftssinn ermäßigte. Auch in den anderen höheren Aemtern wirkten tüchtige Männer, wie Wietersheim, Merbach, Günther; der alte Reichthum des Landes an Talenten durfte sich jetzt etwas freier entfalten. Wer schärfer zusah konnte freilich wahrnehmen, daß die alte kursächsische Adelsoligarchie in milderer Form noch immer fortbestand. Die Minister gehörten allesammt zu dem engen Kreise jener alteingesessenen Geschlechter, welche sich seit dreihundert Jahren in die Regierung zu theilen pflegten. Nur der Cultusminister Müller war bürgerlich — ein märchenhafter Fall im alten Sachsen — und es blieb fortan die Regel, daß zur Beschwichtigung der Beamten und der Liberalen von Zeit zu Zeit ein bürgerlicher Minister ernannt, die wichtigsten Stellen aber stets dem Adel vorbehalten wurden. Eine der preußischen nachgebildete Städteordnung gab der neuen Volksvertretung einen festen Unterbau. Im selben Jahre (1832) erschien das musterhafte Gesetz über die Ablösungen und Gemeinheitstheilungen, das mit den feudalen Lasten weit gründlicher aufräumte, als es bisher in Preußen gelungen war; nach Lindenau's Plänen wurde eine Landrentenbank eingerichtet, welche die

Berechtigten durch verzinsliche Inhaberpapiere entschädigte und damit den Pflichtigen die Ablösung erleichterte. Nach mehrjährigen Verhandlungen trat endlich auch die Markgrafschaft Oberlausitz in die Verwaltungsordnung der Erblande ein.

Der neue Landtag zeigte anfangs eine fast kindliche Bescheidenheit, obwohl Tiedge herausfordernd sang: „wir haben Männer wie unsern Eisenstuck;" der abstrakte Liberalismus der Rotteck-Welckerschen Schule fand hier vorderhand noch gar keine Vertreter. An gesundem praktischem Verstande aber war kein Mangel; einzelne Redner, wie der ehrenfeste Aristokrat Albert v. Carlowitz und der Leipziger Bürgermeister Deutrich wagten auch schon über die grünweißen Grenzpfähle hinauszuschauen. Großes Aufsehen erregte an den Höfen die parlamentarische Thätigkeit des Prinzen Johann, der allein unter allen Prinzen der deutschen regierenden Häuser seinen Platz in der ersten Kammer regelmäßig einnahm und durch seine etwas trocken juristischen, aber stets sachkundigen und verständigen Arbeiten diese schwierige Stellung würdig zu behaupten wußte. Wer durfte es Karl Böttiger dem Unaufhaltsamen verargen, daß er den gelehrten Prinzen in wohlgedrechselten griechischen Distichen als den *πύργος Σασσονίας* verherrlichte? Seit das starre alte System gebrochen war und der Zollverein dem gewerbfleißigen Lande seinen natürlichen Markt eröffnete, erwachte überall ein frischeres Leben. Die Volkswirthschaft blühte auf, das Schulwesen ward mit Einsicht verbessert, die Leipziger Kramer-Innung gründete ihre große Handelslehranstalt; fast in jeden Städtchen sorgte ein thätiger Mann, wie der wackere Pastor Böhmert in Roßwein, für Sonntagsschulen, Sparkassen, Gewerbevereine. Auch der Kunstsinn ward reger seit der neue Kunstverein seine Ausstellungen hielt; in die ganz verzopfte Dresdener Akademie trat der junge Ludwig Richter ein und wagte zuerst wieder, seine Schüler zum Landschaftszeichnen in die freie Luft hinaus zu führen. Der gesammten deutschen Baukunst aber erwies Friedrich August einen folgenreichen Dienst, als er den fruchtbarsten und gedankenreichsten der jüngeren Baumeister, den Holsten Gottfried Semper nach Dresden berief um das neue Theater mitten hinein zu stellen zwischen die flimmernde Pracht des Zwingers und der Hofkirche; in solcher Umgebung entstanden wie von selbst die Entwürfe zu jenen reichen römischen Renaissancebauten, welche minder überladen als die Werke des Barockstils, dem malerisch gestimmten modernen Auge doch wärmer, vertrauter, zweckmäßiger erschienen als Schinkel's hellenische Tempel.

Gleichwohl sammelte sich während dieser glücklichen Zeit in der Stille viel Groll an. Die lang anhaltende gemüthliche Unordnung des Revolutionsjahres hatte die niederen Stände, zumal in der Hauptstadt, an einen rohen radicalen Ton gewöhnt. Niemand wollte eingestehen, daß die Regierung sehr hoch über ihrem Volke stand, daß erst Lindenau und seine Freunde der völlig unklaren Bewegung einen politischen Inhalt gegeben

hatten. Man prahlte mit dem Heldenmuthe der „sächsischen Julikämpfer", der die widerstrebende Krone zur Gewährung der Freiheit fortgerissen habe. „Alle Bewohner Europas in allen Städten und Dörfern theilen gleiche politische Gesinnung — meinte der Bienenvater Richter — darum wurde die große Woche von Paris sofort die von ganz Europa." Der neue weltbürgerliche Radicalismus, der überall in der Luft lag, drang unmerklich auch in Sachsen ein, und die ausländischen Schriftsteller, welche sich nach und nach in Leipzig zusammenfanden, nährten ihn ebenso eifrig wie die polnischen Flüchtlinge in Dresden. Im Erzgebirge war der Nothstand groß, und es zeigten sich schon die ersten Keime socialen Unfriedens; die Regierung aber that wenig um die Arbeiter vor Ausbeutung zu schützen, sie stand noch rathlos vor der so plötzlich aufschießenden Macht der Großindustrie. Die undeutsche Soldatenspielerei der Communalgarden nährte den Uebermuth der Mittelklassen. Kleine Reibungen konnten nicht ausbleiben, da die Truppen ihre Meinung über dies Bürgerheer, das sich gegen die Aufrührer so schlecht bewährt hatte, oft sehr deutlich aussprachen; auf den Exercirplätzen lautete der schlimmste Tadel: das geht ja wie bei der Communalgarde! Boshafte Märchen kamen in Umlauf, als der unglückliche Mosdorf in seiner Festungshaft sich erhängte, als der Bienenvater Richter sein ganz verwildertes Blatt aufgeben mußte und nach Amerika auswanderte. Die schwarzen Schützen hießen die sächsischen Prätorianer, und mit unbegreiflicher Gehässigkeit richtete sich das Mißtrauen des lutherischen Volkes gegen den Prinzen Johann, der seine Beliebtheit rasch verlor: er sollte durchaus ein Jesuit sein, obwohl man gerade ihm das Verbot des Jesuitenordens verdankte, er sollte am Hofe geheime Ränke spinnen — und was der Thorheit mehr war. Die Klatscherei der Philister hatte freies Feld, da eine gebildete liberale Presse hierzulande noch ganz fehlte, und wenn sich dereinst die rechten Demagogen fanden, so konnte die kleinliche Verstimmung leicht in wüsten Radicalismus ausarten. —

Später als in Kursachsen entbrannte in Hannover der Kampf gegen die Adelsherrschaft. „Bei uns bleibt Alles ruhig, wir haben ja auch keinen Grund zur Klage" — so sprach man stolz in den Göttinger Professorenkreisen, als die ersten Nachrichten von den Kasseler Unruhen anlangten. Die von der letzten Mißernte schwer heimgesuchten Bauern dachten anders; man sah sie häufig auf dem Ti zusammentreten um über die Barschheit der Beamten, den Hochmuth der Gutsherren, die Zehnten, die Frohnden, die Jagdrechte zu klagen; in einzelnen kleinen Amtsstädten bildeten die Bürger schon im Herbst Sicherheitswachen, weil sie Angriffe des aufgeregten Landvolks befürchteten. Der dumpfe, unklare Groll bedurfte eines Namens, dem sich alle Sünden des Adelsregimentes aufbürden ließen; und dieser Feind ward ihm gewiesen, als gegen Weihnachten 1830

eine Schmähschrift „Anklage des Ministeriums Münster vor der öffentlichen Meinung" unter der Hand verbreitet wurde, bald nachher auch gedruckt erschien — ein schwülstiges Machwerk aus der Feder des jungen Advokaten König in Osterode. „Münster, Münster, Münster heißt der Alp, der uns drückt" — darauf lief Alles hinaus. Der allmächtige Minister wurde mit Attila, Nero, Pizarro, mit dem Hausmeier Pipin verglichen, weil er die befreiende sociale Gesetzgebung des Königreichs Westphalen aufgehoben, das Volk „schmählicherweise in die Leibeigenschaft zurückgeworfen" und „dies in den Jahren 1808—1813 schön und herrlich aufgerichtete Staatsgebäude mit ungeweihter Hand in einem Augenblicke wieder niedergerissen" habe. Und so stark war schon die Erbitterung gegen den Starrsinn der welfischen Restaurationspolitik: dies Lob der einst tödlich verhaßten Fremdherrschaft machte jetzt tiefen Eindruck auf die kleinen Leute, zumal da der Libellist nur gegen die schrankenlose Gewalt ministerieller Willkür eiferte und ehrfurchtsvoll betheuerte: „Wilhelm unser Bürgerkönig weiß nichts davon."

Am 5. Januar 1831 unternahmen König's Landsleute in Osterode, einen revolutionären Gemeinderath und eine Communalgarde zu errichten; sie wollten dann „dem Bürgerkönig die unter allen nichtbeamteten Staatsbürgern herrschende Noth" nachdrücklich vorstellen und verkündeten in einem Manifeste neufranzösischen Stiles: „Möge unseren Enkeln und Urenkeln der 5. Januar als ein heiliges Geschenk ihrer edlen Väter und Urväter erhalten werden!" Der kleine Aufruhr ward sogleich unterdrückt. Da zeigte sich plötzlich, daß die stürmische Zeit auch an dem gelehrten Stillleben der Georgia Augusta nicht spurlos vorübergegangen war. Ein Heißsporn der feudalen Partei, der in Göttingen lebte, Frhr. v. d. Knesebeck hatte kürzlich in einer „Deutschlands erlauchten Souveränen" gewidmeten Flugschrift alle Herzensgeheimnisse des welfischen Junkerthums ausgeplaudert. Die Schrift trug das napoleonische Motto: „Wenn die Canaille die Oberhand gewinnt, so hört sie auf Canaille zu heißen, man nennt sie alsdann Nation;" sie erklärte den Adel für die erste Stütze des Thrones, die durch ein Landesheroldsamt gesichert werden müsse, sie verlangte ein Ordenszeichen für die Freunde der Legitimität, einen politischen Katechismus, der in den Schulen eingeprägt, von allen Staatsdienern beschworen werden sollte — kurz, es war nicht wunderbar, daß die akademische Jugend eines Abends ihren Unwillen an den Fensterscheiben des legitimistischen Freiherrn ausließ und ihn zu schleuniger Abreise nöthigte. Neue Aufregung unter den jugendlichen Gelehrten, als der Dekan der Juristen, der alte, den Zeitungsschreibern schon längst durch seine tiefe Gelehrsamkeit verdächtige Hugo, einer mehr liberalen als geistreichen Dissertation des Dr. Ahrens über den Deutschen Bund das Imprimatur verweigerte.

In den Kreisen dieser jungen Docenten und Advokaten entstand nun der tolle Plan, hier auf dem denkbar ungünstigsten Boden eine Revolution

zu wagen. Daß die Hofräthe des akademischen Körpers sich mit wenigen Ausnahmen grundsätzlich der Politik fern hielten, war weltbekannt; auch unter den Studenten bestand nur eine kleine radicale Partei, denn die Georgia Augusta galt noch für die vornehmste der deutschen Universitäten, die Prinzen und die Grafen saßen in den Hörsälen noch immer wie zu Pütter's Zeiten auf einer Ehrenbank. In der Bürgerschaft aber hatte sich, seit die heruntergekommene Stadt nur noch von den Studenten lebte, jener aus Geldgier, Bedientensinn und Durst gemischte Charakter, welcher die Bewohner kleiner Badeorte und Universitätsstädte gemeinhin auszeichnet, ungewöhnlich stark ausgebildet. Gleichwohl konnte ein Handstreich leicht gelingen; denn das Jägerbataillon in der Kaserne zählte nur achtzig Mann — Dank dem lässigen Beurlaubungssystem, das in allen den kleinen Bundesheeren eingerissen war — und der Commandant sollte nach Landesbrauch alle Ombrage vermeiden, er durfte seine Mannschaft, die bei rechtzeitigem Vorgehen vollauf genügt hätte, nur auf Verlangen der Civilbehörden einschreiten lassen.

Am 8. Januar stürmten die Advokaten Seidenstricker und Eggeling mit einer kleinen Schaar Verschworener in das alte Rathhaus. Der verhaßte Polizei-Commissär machte sich aus dem Staube, auch die anderen Behörden stellten gehorsam ihre Arbeit ein; ein neuer, aus Bürgern, Doctoren und Studenten zusammengesetzter Gemeinderath übernahm die Herrschaft. Während ein Studentenschneider auf der steinernen Brüstung der Rathhaustreppe drohend seinen Hirschfänger wetzte, schritt der Leiter der Bewegung, der Privatdocent v. Rauschenplatt, im Schlapphut und hohen Kanonenstiefeln auf dem Marktplatze einher — ein beherzter, stämmiger kleiner Mann mit schief geschlitzten schlauen Augen, dichtem Haarwuchs und struppigem blondem Vollbart; vier Pistolen, ein Schleppsäbel und ein Dolch prangten an seinem Gürtel. Auf den Ruf: „es giebt Revolution" eilten die Studenten mit ihren Schlägern herbei, glückselig über den ungeheueren Ulk. Eine akademische und eine bürgerliche Legion wurde gebildet, jeder Wehrmann trug die weiße Bürgerbinde, viele auch die lila-grün-rothe Kokarde der vereinigten Calenberg-Grubenhagenschen Nation. Alles beugte sich den neuen Gewalten. Die Garnison zog unbelästigt ab, nachdem Rauschenplatt vergeblich versucht hatte, den Commandanten zur gefälligen Ablieferung seiner überzähligen Flinten zu bereden. Im akademischen Senat verlangte Dahlmann eine scharfe Abmahnung an die Studenten, aber nur der streng conservative Gauß fand den Muth ihm beizustimmen.

Eine ganze Woche hindurch blieb die Stadt in der Hand des „Katers" — so hieß der kleine Mann mit den großen Stiefeln. Die Thore waren verrammelt, die schönen Baumgänge des Walles wurden scharf bewacht, weil man die Beamten und Professoren als Geisel zurückhalten wollte. Auf dem Marktplatze lagerten die Helden der beiden Legionen

um große Feuer, das nichtswürdige Administrations-Bier der alleinberechtigten städtischen Brauerei floß in Strömen, und stolz rauchte Jedermann auf der Straße; denn die ertrotzte Rauchfreiheit galt in allen diesen kleinen norddeutschen Revolutionen für das Sinnbild des neuen Völkerfrühlings. Von bestimmten politischen Plänen war keine Rede. Man sang radicale Lieder, ließ Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit hoch leben; Einzelne empfahlen auch eine Republik Göttingen unter dem Schutze des Deutschen Bundes. Die Gesandtschaft aber, welche der neue Gemeinderath nach Hannover sendete, vermochte sich über die Wünsche des souveränen Volkes so wenig zu einigen, daß sie schließlich zu gleicher Zeit zwei Eingaben ganz verschiedenen Inhalts der Regierung überreichte. Den großen Höfen erschien diese so lang anhaltende und so ganz ungestörte revolutionäre Bewegung völlig unbegreiflich; Metternich bemerkte mit Entsetzen, „bis zu welchem Grade die Pläne ihrer Urheber gefährlich und verwegen" seien. Die hannoversche Regierung meldete dem Bundestage sofort, sie sehe sich außer Stande, Truppen zur Bewachung der deutschen Westgrenze zu stellen, da sie ihrer bewaffneten Macht im eigenen Lande bedürfe.*) Die geängsteten Landdrosten und Amtmänner versprachen „den biederen Bewohnern" ihrer Bezirke demüthig, daß allen Beschwerden „fördersamst" Abhilfe gewährt werden solle. An die Göttinger erließ der Generalgouverneur Herzog von Cambridge ein abmahnendes Manifest nach dem andern und fragte sie väterlich: „Ist es recht, mit Aufruhr und Widersetzlichkeit anzufangen?" Er faßte sich erst wieder ein Herz, als ihm Dahlmann, der mit einigen Abgesandten des akademischen Senats nach Hannover gekommen war, entschlossen erklärte: die Aufständischen seien ihrer Thorheit müde, eine mäßige Truppenmacht könne ohne Blutvergießen die Ordnung herstellen.

So geschah es auch. Als die Truppen am achten Morgen nach dem Beginne des Aufruhrs endlich einrückten — über 7000 Mann, mehr als die Hälfte der hannoverschen Armee — da waren die Barrikaden an den Thoren bereits verschwunden, desgleichen die akademische und die bürgerliche Legion. Rauschenplatt aber floh mit einigen seiner Genossen nach Straßburg, wo ihm die Studenten einen festlichen Empfang bereiteten; seines Bleibens war auch hier nicht lange, da Metternich sich bei der französischen Regierung beschwerte.**) Die anderen Anstifter wurden in Celle vor eine Gerichtscommission gestellt und dort, nach der grausamen Weise des alten Strafverfahrens, durch viele Jahre hingehalten. Der Advokat v. Frankenberg, der lediglich in dem benachbarten Flecken Bovenden eine Sicherheitswache befehligt hatte, wartete sechs Jahre lang auf sein Urtheil; endlich ließ man ihm die Wahl zwischen der gerichtlichen Entscheidung und der Gnade des Königs; um dem Jammer nur ein

---

*) Maltzahn's Berichte, 28. 29. Januar 1831.

**) Maltzahn's Bericht, 9. Mai 1831.

Ende zu machen wählte der Arme die Begnadigung, obgleich er sich keiner Schuld bewußt war. Viele der Studenten betrachteten den Einzug der Truppen mit Selbstgefühl und rühmten sich: das ist schon gut genug, daß wir so viele Soldaten auf die Beine gebracht haben; durch die vorläufige Schließung der Universität wurden sie indeß alle schwer bestraft. Die großen Tage der Georgia Augusta waren dahin, niemals konnte sie ihren alten aristokratischen Glanz wieder erlangen.

Wohl mochte Jakob Grimm über diesen „dürren und widerwärtigen Aufstand" klagen; dem Lande brachte der kindische Spuk doch Segen, denn er öffnete dem Generalgouverneur die Augen, den Bürgern die Lippen. Der gutmüthige Herzog entdeckte mit einem male, wie wenig er die Zustände gekannt hatte; er bereiste das Land, hörte in Münden die bitteren Klagen der zinspflichtigen Bauern, ließ sich von den Clausthaler Bergleuten in rührsamen Versen schildern: wie schlecht man jetzt auf dem Harze lebt

> und mit thränenvollem Herzen
> trocknes Brot halb kalt genießt.

Zugleich liefen aus Lüneburg „der Erbstadt des Reichs" und vielen anderen Städten Bittschriften ein, die allesammt „eine freie Volksvertretung" forderten; „so gewiß ein Gott über uns Alle wacht, schrieb der radicale Advokat Gans in Celle — so gewiß wird auch für sämmtliche Staaten Europas diese Herrlichkeit, diese Krone aller Wohlfahrt aufgehen". Hier wie in Sachsen verkettete sich mit der Volksbewegung ein Parteikampf innerhalb der Regierung. Der Minister Graf Bremer, Cabinetsrath Rose und die anderen arbeitenden bürgerlichen Räthe waren es längst müde von der Deutschen Kanzlei in London gegängelt zu werden, sie beschlossen sich an den Monarchen zu wenden; aber noch ehe ihre Vertrauensmänner bei Hofe eintrafen, hatte König Wilhelm schon den Vorstellungen des Herzogs von Cambridge nachgegeben und die Entlassung des Grafen Münster verfügt (12. Februar). Die unheilvolle Doppelregierung konnte freilich so lange die Fremdherrschaft bestand nicht gänzlich verschwinden; an Münster's Stelle trat Ludwig v. Ompteda, jener treue Mann, der in den napoleonischen Tagen so rastlos für die Befreiung Deutschlands gearbeitet hatte, ein ehrenhafter Aristokrat von gemäßigten Grundsätzen. Indeß der Schwerpunkt des Regiments lag fortan in Hannover, der Herzog wurde zum Vicekönig erhoben und mit erweiterter Vollmacht ausgestattet.

Der Schöpfer der Welfenkrone ertrug seinen Sturz mit unverhohlener Entrüstung; die glänzenden Ehren, mit denen ihn der freundliche Monarch zum Abschied noch auszeichnete, vermochten nicht, ihn über den welfischen Undank, der doch fast unvermeidlich war, zu trösten. Auf Dr. König's Schmähungen antwortete er mit einer „Erklärung", die noch einmal das unermeßliche Selbstgefühl des welfischen Staatsmannes bekundete: nichts,

gar nichts fand er an dem Bestehenden tadelnswerth, selbst von einer Bevorzugung des Adels wollte er nichts bemerken, obgleich „unsere Minister jetzt zufällig Edelleute sind". Zum Schluß druckte er eine Ode aus der Zeit des Wiener Congresses ab, worin ihm „ein vornehmer und verehrungwürdiger deutscher Dichter" nachrühmte: er habe

Der Sultanismus-Wuth den Stab gebrochen,
Und Deine Sprache war der Freiheit Talisman.

Grollend zog er sich in sein schönes Derneburg zurück, wo eine Marmortafel über der Thür der alten Klosterkirche dem Besucher verkündigte, daß diese Herrschaft dem Grafen Münster für seine Verdienste um das Vaterland geschenkt worden sei. Gneisenau und die alten Kampfgenossen aus den napoleonischen Zeiten bewahrten dem stolzen Manne, der immerhin hoch über dem Mittelmaße deutscher Kleinminister stand, allezeit ihre Freundschaft; er selber lebte fortan zumeist der Erinnerung an jene größten Tage seines Lebens und gestattete zum Schrecken der Rheinbundshöfe dem Baiern Hormayr, im Derneburger Archive den Stoff zu sammeln für die „Lebensbilder aus den Befreiungskriegen".

Auch nach Münster's Sturz blieb es bei der alten Regel, daß die Minister zufällig immer Edelleute waren, und die Arbeitslast von den bürgerlichen Geheimräthen getragen wurde. Zwei bürgerliche Beamte, die der Vicekönig zu Ministern ernennen wollte, lehnten ab, weil sie eine so kühne Neuerung nicht für durchführbar hielten. Während der nächsten Jahre behielt der kluge und wohlmeinende Cabinetsrath Rose die Leitung der Geschäfte, nur lau unterstützt von seinen adlichen Vorgesetzten. Der alte Landtag wurde im März nochmals einberufen; jetzt zum ersten male errang sich diese sonst so geringgeschätzte Versammlung die Theilnahme des Volkes, da viele Städte ihren trägen Vertretern das Mandat gekündigt und liberale Abgeordnete neu gewählt hatten. Indessen überwog auch jetzt noch der conservative Sinn der Niedersachsen. Auf Stüve's Antrag verlangte der Landtag die Vereinbarung über eine neue Verfassung, welche auf dem gegebenen Rechte beruhen, aber das Bestehende weiter entwickeln sollte.

Demgemäß wurde durch Rose, unter Dahlmann's Mitwirkung, ein Verfassungsentwurf ausgearbeitet, vom Könige genehmigt und dann im November einer Commission vorgelegt, die aus Vertretern der Regierung und des Landtags bestand. Die Berathungen währten drei Monate; denn unter den Commissären der ersten Kammer befand sich neben dem hochconservativen General v. d. Decken auch Münster's Neffe, Freiherr Georg v. Schele, der langjährige Führer der Junkerpartei, der noch immer in seinen „Landesblättern" gegen alles constitutionelle Wesen einen grimmigen Federkrieg führte. Der unermüdliche Vermittler Freiherr v. Wallmoden bedurfte seiner ganzen gewinnenden Ueberredungskunst um diese Feudalen mit den Ansichten Stüve's und der anderen

bürgerlichen Vertreter der zweiten Kammer einigermaßen in Einklang zu bringen.

Erst im Mai 1832 trat der Landtag wieder zusammen, in verjüngter Gestalt, da die zinspflichtigen Bauern inzwischen eine Vertretung, die Bürgerschaften ein erweitertes Wahlrecht erhalten hatten; und erst nach beinahe zehn Monaten kam er mit dem Verfassungswerke endlich ins Reine. Die Verhandlungen bewiesen, wie zuvor der Göttinger Aufstand, daß die Fluthen des neufranzösischen Liberalismus in einigen schmalen Rinnsalen doch auch in dies zähe niederdeutsche Sonderleben eingedrungen waren. Prachtvoll erklangen die Schlagworte des Rotteck-Welcker'schen Vernunftrechts aus dem Munde des Lüneburger Advokaten Christiani, eines warmherzigen Schöngeistes, der jetzt für die norwegische Verfassung ebenso feurig schwärmte wie früher für Goethe, und die lyrische Bilderpracht der Damenalmanache in die parlamentarische Beredsamkeit hinübernahm. Sein Freund H. Heine nannte ihn den Mirabeau der Lüneburger Haide und sang ihm zu:

Hast Du wirklich Dich erhoben
Aus dem müßig kalten Dunstkreis,
Womit einst der kluge Kunstgreis
Dich von Weimar aus umwoben?

Außer dem geschwätzigen Göttinger Professor Saalfeld fand der Lüneburger Mirabeau freilich nur wenige Anhänger. Es war der Vortheil des feudalen Adels, daß er allein sich zu einer geschlossenen Partei geschaart hatte. Den bürgerlichen Abgeordneten erschien es noch wie eine Ketzerei, als der welterfahrene greise Rehberg in den „Constitutionellen Phantasien eines alten Steuermannes" ihnen zurief: „Man erschrecke nicht über das verhaßte Wort: Parteien werden sich bilden!" Christiani selbst blieb bei aller Kühnheit seiner Theorien dem welfischen Hause treu ergeben; über den Bürgerkönig Wilhelm sagte er einmal: „Seine Seele, hell und mild wie der Tag des Mai's, aber stark wie die Felsen des Hochlandes und frei wie das sein Vaterland umfluthende Meer, das er schon als Knabe befuhr, kann Alles, nur den Druck seines Volkes nicht ertragen."

Trotz ihrer Zahmheit erschien diese liberale Opposition der conservativen Mehrheit hochgefährlich; und als sie gar in einer Aufwallung weichen Gefühles die Begnadigung der „Märtyrer der Freiheit", der Göttinger Aufrührer verlangte, da erhob sich Dahlmann zornig: „Auflehnung gegen Alles was unter Menschen hochgehalten und würdig ist, Hintansetzung aller beschworenen Treue, das sind keine bewundernswerthen Thaten. Einen Liberalismus von unbedingtem Werthe, das heißt: einerlei durch welche Mittel er sich verwirkliche, giebt es nicht. Der guten Zwecke rühmt sich Jedermann, darum soll man die Menschen nach ihren Mitteln beurtheilen." Mit der ganzen Wucht seiner markigen, aus den Tiefen der Seele dringenden Beredsamkeit bekannte er sich zu dem altväterischen

Glauben, daß man die Politik von der Moral nicht scheiden könne: „Wenn ich hierin mich irrte, ich würde keine Stunde mehr mit der Politik mich beschäftigen." Ihm war kein Zweifel, daß man der Erhaltung den Vorzug geben müsse vor der Verbesserung, weil Erhaltung zugleich Bedingung der Verbesserung sei.

Das Zünglein in der Wage war Stüve, der durch seine Sachkenntniß, seinen praktischen Verstand, seine herrische, aber auch rechtzeitig vermittelnde Haltung die Verhandlungen immer wieder auf nahe, erreichbare Ziele zu lenken wußte. Rehberg nannte ihn „die Seele der Reform, die Hoffnung meines zur Arbeit unfähigen Alters"; Wallmoden schloß sich ihm als treuer Helfer an, versöhnend und beschwichtigend so oft der gestrenge kleine Osnabrücker durch seine Schärfe verletzte. Durch eine Schrift „über die gegenwärtige Lage Hannovers" hatte Stüve soeben abermals bewiesen, wie richtig er die Mächte des Beharrens in seinem Lande zu schätzen wußte. Eine Verfassung war ihm nur werthvoll, „wenn ihre Grundsätze durch die Verwaltung lebendig werden". Ueber die „Kannegießerei" der süddeutschen Liberalen urtheilte er sehr abschätzig: sie verstehen nur auf Rußland zu schimpfen, die Polen zu verherrlichen und nach Preßfreiheit zu schreien.*) Das neue Staatsgrundgesetz, so sagte er oft, sollte nicht einer theoretischen Schablone entsprechen, sondern die im täglichen Leben fühlbaren Mißstände beseitigen, und unter diesen stellte er das alte System der Kassentrennung obenan. Die Regierung gab nur dem allgemeinen Wunsche des Landes nach, als sie dem Landtage vorschlug, daß die königliche Domänenkasse mit der ständischen Generalsteuerkasse vereinigt werden, der König aber zur Bestreitung der Kosten seines Hofhalts sich eine Anzahl Domänen als Krondotation auswählen solle.

Damit ward die Einheit des Staatshaushaltes hergestellt und das ständische Schatzcollegium aufgehoben, das bisher die Steuerkasse verwaltet und in endlosen Händeln beständig versucht hatte, der Königlichen Kasse die volle Hälfte der Staatsausgaben aufzubürden. Dem Monarchen brachte die Kassenvereinigung nur Vortheil; sie überhob ihn des unwürdigen Streites mit den Schatzräthen und erhöhte sein freies Einkommen auf mehr als das Doppelte. Gleichwohl entschloß sich der König nur schwer, in die unabweisbare Reform zu willigen, denn er kannte seine deutschen Stammlande kaum und beurtheilte sie nach dem englischen Maßstabe. Gerade in England, wo doch Begriff und Name der Civilliste entstanden waren, hatte die Krone stets aus der Civilliste einen Theil der Staatsverwaltungskosten bestritten, und erst ganz neuerdings, 1831, war es dem Cabinet Grey nach schweren Kämpfen gelungen, Hofausgaben und Staatsausgaben scharf zu sondern. Die Torys aber

*) Ich benutze hier u. A. eine handschriftliche Biographie Stüve's von dessen Neffen, Hrn. Regierungspräsidenten Stüve in Osnabrück.

murrten noch immer über diese Neuerung; sie klagten: ein Monarch, der eine unüberschreitbare Summe für seinen Hofhalt beziehe, sei ein stipendiary, ein insulated king und habe nicht mehr das Recht Gnaden zu erweisen. Der gutherzige König fühlte sich daher peinlich überrascht, als er seine bescheidenen deutschen Unterthanen desselben Weges gehen sah wie die Reformer der Whigpartei. Endlich gab er nach und willigte in die Kassenvereinigung. Mit einem Zuge fiel der Vorhang von den wundersamen Geheimnissen dieses Finanzwesens. Nun erst konnte der Landtag die gesammten Staatsausgaben übersehen und einen deutlichen Begriff gewinnen von allen den „pensionirten Fähnrichen mit Premierleutnants-Charakter", von allen den Geheimeraths-Waisen und Staats-Pfründnern, welche an der gastlichen Krippe der alten Adels-Oligarchie gefüttert wurden.

Nach diesem entscheidenden Erfolge zeigten sich die Stände überaus bescheiden in ihren Ansprüchen. Die Regierung erkannte wohl, daß in jedem geordneten Staate die meisten Ausgaben dem Rechtsgrunde nach, viele auch dem Betrage nach gesetzlich feststehen und mithin von den Kammern nicht eigentlich bewilligt, sondern nur rechnungsmäßig geprüft werden können. Sie schlug daher vor, daß die Besoldungen sowie die anderen regelmäßigen Ausgaben der einzelnen Verwaltungszweige durch vereinbarte Regulative ein- für allemal bestimmt, und also nur 1½ Mill., streng genommen nur 200000 Thaler, jährlich der freien Bewilligung des Landtags unterliegen sollten. Der Vorschlag war in den einfachen Verhältnissen eines Kleinstaats wohl durchführbar, er raubte den Ständen nichts, sondern sprach nur aus was schon zu Recht bestand; aber er vertrug sich schlechterdings nicht mit der herrschenden Doctrin des constitutionellen Staatsrechts, welche kurzerhand den Landtagen die Befugniß zuschrieb, bei jeder Budgetberathung die Staatsgläubiger ihrer Zinsen, die Beamten ihrer Gehalte zu berauben. Darum ward der Streit sehr lebhaft, und der Kammerpräsident Rumann mußte von der liberalen Presse harte Vorwürfe hören, als er schließlich mit seiner Präsidialstimme muthig den Ausschlag gab zu Gunsten der Regierung. Auch dem Gesetzgebungsrechte der Stände ward eine feste Schranke gezogen. Sie sollten zwar über den ganzen wesentlichen Inhalt neuer Gesetze entscheiden und auch selber nach Belieben Gesetzentwürfe vorlegen; der Regierung aber blieb überlassen das also Vereinbarte „näher zu bearbeiten", denn Stüve und seine geschäftskundigen Freunde wußten aus Erfahrung, wie leicht die Einzelbestimmungen der Gesetze durch das unberechenbare Spiel der parlamentarischen Abstimmungen verwirrt und verschoben werden. Die öffentliche Berathung wurde dem Landtage nur gestattet, nicht vorgeschrieben; und die erste Kammer machte von dieser Erlaubniß keinen Gebrauch, sie ließ sogar in ihren veröffentlichten Protokollen die Namen der Redner weg. Tagegelder galten in der deutschen liberalen Doctrin für ein natürliches Recht der Volksvertreter; der König aber huldigte der

guten altenglischen Ansicht, und die Abgeordneten der zweiten Kammer gaben sich endlich zufrieden, als ihnen, nicht durch die Verfassung selbst, sondern nur durch ein vorläufiges Reglement Diäten zugestanden wurden.

Schwerer gelang die Verständigung über die Zusammensetzung der beiden Kammern. Die Krone wollte nur die angesehensten Grundherren, die Majoratsbesitzer in die erste Kammer berufen, die übrige Ritterschaft, wie in Sachsen, dem unteren Hause zuweisen; erhielt sie dann noch, wie Dahlmann vorschlug, das Recht, ein Drittel der Mitglieder der ersten Kammer nach freiem Ermessen zu ernennen, so ließ sich hoffen, daß die beiden Häuser in leidlicher Eintracht zusammenarbeiten würden. Wallmoden begrüßte den Vorschlag mit Freuden; er wünschte selber in die zweite Kammer hinabzusteigen um dort als Bauernführer die Herrschsucht seiner eigenen Standesgenossen zu bekämpfen. Schele aber und die große Mehrheit des Adels fanden es beleidigend, daß Mitglieder der Ritterschaft mit den Bürgern und Bauern gemeinsam in einem Hause tagen sollten. Und leider arbeitete Stüve dem Junkerhochmuth in die Hände; er gerieth auf den überklugen Einfall, man müsse den gesammten Adel in einer Kammer vereinigen um ihn also zu schwächen. Das Ergebniß der verworrenen Berathung war, daß der unversöhnliche Gegensatz der beiden Kammern, der so lange schon diesen Landtag gelähmt hatte, auch fernerhin fortbestand. Die erste Kammer blieb wie bisher ausschließlich eine Adelsvertretung; den einzigen bürgerlichen Ritter, der einmal in diesen Saal eindrang, nöthigte sie binnen Kurzem zum Austritt; der zweiten Kammer aber, die fortan aus zehn Prälaten, 37 städtischen und 38 bäuerlichen Abgeordneten bestand, trat sie mit zunehmender Schroffheit entgegen.

Die Vorrechte der Ritterschaft wagte man nur behutsam anzutasten; das Staatsgrundgesetz versprach nur für die Zukunft die Beschränkung des privilegirten Gerichtsstandes, die Anschließung der Rittergüter an die Landgemeinden. Sein Lieblingswerk aber, die von langer Hand her vorbereitete Ablösung der bäuerlichen Dienste, Zehnten und Meiergefälle, wußte Stüve jetzt doch noch durchzusetzen, damit der uralte niedersächsische Grundsatz „frei Mann, frei Gut“ endlich zur Wahrheit würde. Der Adel sträubte sich aufs Aeußerste, und jahrelang mußte Stüve noch mit dem Führer der Junkerpartei wegen der Ausführung der neuen Ablösungs-Ordnung einen persönlichen Kampf ausfechten. Da sein kleines Landgut bei Osnabrück nahe der Schelenburg lag, so kamen Schele's Gutsunterthanen beständig herüber um sich bei dem Bauernfreunde Rath zu holen, und der conservative Reformer gerieth dergestalt in den Ruf eines demagogischen Verschwörers. Als sich die Aufregung legte, da mußten freilich die Grundherren selber zugeben, daß sie durch die Ablösung nur gewonnen hatten; der Bauernstand aber kam jetzt endlich in die Lage sein neugewonnenes Wahlrecht selbständig zu gebrauchen. Auf diese praktische

Freiheit legte Stüve allein Werth; die Dogmen des constitutionellen Vernunftrechts ließen die Mehrheit des Landtags kalt. Die Stände selber gestanden unbefangen, daß man die häufige Wiederkehr großer Staatsprocesse nicht erleichtern dürfe; sie verlangten darum das Recht der Ministeranklage nur für den Fall absichtlicher Verfassungsverletzung und behielten sich für leichtere Streitigkeiten lediglich eine Beschwerde an den König vor.

So kam das Staatsgrundgesetz zu Stande, unzweifelhaft die bescheidenste unter den neuen norddeutschen Verfassungen; bei allen Mängeln doch ein achtungswerthes Werk erfahrener Einsicht und behutsamer Mäßigung. Dahlmann meinte zufrieden, hier sei der Weg betreten, der für Deutschland frommen könne. Eine Zeit lang gewann es den Anschein, als sollte unter diesen besonnenen niederdeutschen Reformern eine neue Schule des gemäßigten Liberalismus sich bilden, wie sie der Nation gerade noth that, ehrlich constitutionell und doch dem historischen Rechte nicht feindlich gesinnt, eine Schule, die nach Stein's Vorbild das Künftige aus dem Vergangenen zu entwickeln suchte. Unterstützt von Rose, Stüve, Dahlmann und dem wackeren Pädagogen Kohlrausch, ließ Stein's Vertrauter Pertz, der gelehrte Herausgeber der Monumenta Germaniae, die Hannoversche Zeitung erscheinen, die erste namhafte politische Zeitschrift des kleinen Königreichs, ein streng nationales Blatt, das den abstrakten Theorien des modischen Liberalismus ebenso nachdrücklich entgegen trat wie seiner polnisch-französischen Schwärmerei und darum von der süddeutschen Presse als ein Organ der pfäffischen Reaktion gebrandmarkt wurde. Sein Wahlspruch lautete: „Treue ist der Grundzug des deutschen Charakters, und Treue ist Freiheit.“ Nach einem kurzen vielverheißenden Anlaufe verfiel die Zeitung leider bald der Ermattung, welche das ganze Land heimsuchte; unter den Männern des praktischen Lebens hatte sie nie viele Mitarbeiter gefunden, und die politisirenden Gelehrten, die selten lange bei der Stange aushalten, zogen sich nach und nach zurück.

Ueber der neuen Verfassung schwebte kein glücklicher Stern. Nachdem die Vereinbarung mühsam gelungen war blieb man noch ein halbes Jahr hindurch in peinlicher Ungewißheit und erfuhr nur durch Gerüchte, daß Schele und der österreichische Gesandte in London Alles aufboten um das Schiff noch dicht vor dem Hafen stranden zu lassen. Am 26. Sept. 1833 unterzeichnete der König endlich das Staatsgrundgesetz, nachdem er etwa vierzehn unwesentliche Paragraphen des vereinbarten Entwurfs einseitig abgeändert hatte. Der neue Landtag beeilte sich zwar auf Stüve's Antrag die Aenderungen nachträglich gutzuheißen; immer blieb es ein verhängnißvoller Fehler, daß dieser Staat, der seit dem Kriege aus einem zweifelhaften Rechtszustande in den andern taumelte, nun schon zum dritten male eine Verfassung erhielt, deren Giltigkeit sich mindestens mit Scheingründen anfechten ließ.

Der Abschluß des Verfassungswerkes wurde hier nicht wie in den Nachbarländern mit lauter Freude begrüßt. Den eifrigen Liberalen genügte diese maßvolle Reform mit nichten, die Masse des Volkes aber war aus der Aufregung des Revolutionsjahres längst wieder in die alte Gleichgiltigkeit zurückgefallen. Kurhessen und Sachsen traten bald nach ihrer politischen Neugestaltung dem Zollverein bei, und die öffentliche Meinung wähnte in begreiflicher Selbsttäuschung, daß man das kräftig aufblühende wirthschaftliche Leben nicht der Freiheit des deutschen Marktes, sondern der Verfassung verdanke. In Hannover dagegen wurden die handelspolitischen Folgerungen, die sich aus der Kassenvereinigung und der Steuerreform unabweisbar ergaben, nicht gezogen, das Land verharrte bei seiner selbstmörderischen englischen Zollpolitik, an dem schläfrigen Gange des Handels und Wandels änderte sich nichts. So bemerkte das Volk wenig von dem Segen der neuen Ordnung. Nur die Bürger von Hildesheim holten ihren volksbeliebten Abgeordneten Lüntzel im Triumphzuge ein, und Stüve mußte — ganz wie sein verabscheuter Gegenfüßler Rotteck — in seiner Vaterstadt den silbernen Ehrenbecher als liberalen Tugendpreis dankend entgegennehmen. Das übrige Land verhielt sich lau. Der kluge Geh. Rath Hoppenstedt und manche andere einsichtige Beamte wollten sich von Haus aus zu dem Staatsgrundgesetze kein Herz fassen, weil sie der Zukunft mißtrauten. Sie wußten, daß der Adel seine Widerspänstigkeit noch keineswegs aufgegeben hatte, und er herrschte noch immer in den sieben Provinziallandtagen, die mit verminderten Befugnissen auch fernerhin fortbestehen sollten. Schon als die Verfassung berathen wurde hatten mehrere dieser Landtage ein Recht der Mitwirkung beansprucht; als sie beendet war, verwahrte der Ausschuß der calenberg-grubenhagenschen Stände in aller Stille seine vorgeblichen Rechte. Wie nun, wenn diese Adelsopposition bei dem voraussichtlich nahen Thronwechsel den Monarchen selbst für sich gewann? Ueber den Thronfolger, den Herzog von Cumberland, liefen bedenkliche Gerüchte um. Man erfuhr, daß er mit Schele in Verbindung stehe und die neue Ordnung mißbillige. Doch nur wenige Eingeweihte wußten, welch ein unwürdiges Spiel insgeheim im Welfenhause getrieben wurde.

Ernst August von Cumberland blickte auf die deutschen Dinge mit der Hoffart des starren Hochtorys hernieder; er hielt es nie der Mühe werth, das Staatsrecht des Landes, das er dereinst beherrschen sollte, kennen zu lernen, und begnügte sich mit der unbestimmten Vorstellung, daß den Agnaten in Hannover eine Art Mitregierungsrecht, mindestens für außerordentliche Fälle, zustehe. Von diesem angemaßten Rechte machte er auch mehrmals Gebrauch, doch niemals offen, niemals ohne jene Winkelzüge, welche seinem aus Schroffheit und Heimtücke seltsam gemischten Charakter geläufig waren. Bei Lord Eldon und den anderen Freunden von der strengen Tory-Partei hatte er als höchste politische Weisheit gelernt,

daß man an dem Bestehenden nichts ändern dürfe; darum wünschte er die Aufrechterhaltung der alten Provinzialstände. Sobald im Jahre 1814 die allgemeine Ständeversammlung berufen wurde, erklärte er sich dawider in einer Denkschrift an den Prinzregenten, aber ganz in der Stille, so daß selbst sein Bruder Clarence, der spätere König Wilhelm, kein Wort davon erfuhr; auch gegen die zweite Verfassungsänderung vom Jahre 1819 erhob er Einspruch bei dem Prinzregenten, aber nur mündlich und wieder insgeheim.*) Beide Verwahrungen blieben unbeachtet. Man sah auch stillschweigend darüber hinweg, daß der Herzog jeden amtlichen Verkehr mit dem Allgemeinen Landtage vermied und der Ständeversammlung, als sie sich im Jahre 1822 ihm vorstellen wollte, kurzweg erwidern ließ: er könne nur die einzelnen Mitglieder als Privatleute empfangen.

Als nun der Entwurf des Staatsgrundgesetzes vorlag, hielt der gewissenhafte König für nöthig, die Meinung des Thronfolgers einzuholen, obgleich er dem Herzog wenig traute und ihm deshalb auch bei der Besetzung der Stelle des Vicekönigs den jüngeren Bruder Cambridge vorgezogen hatte. Schon im October 1831 ließ er ihm durch Ompteda und Cabinetsrath Falcke den Verfassungsplan mittheilen, der bereits den Vorschlag der Kassenvereinigung enthielt, und war freudig überrascht, als Cumberland dafür in einem überaus verbindlichen Briefe dankte. „Ich kann nicht genug meine vollkommene Befriedigung in aller und jeder Beziehung erklären“ — so schrieb Ernst August am 31. October und pries den Edelmuth und die Uneigennützigkeit des Königs, der also bewiesen habe, „daß Ihr einziger Zweck ist, die Finanzen des Landes Hannover auf einen solchen Fuß zu setzen, daß Ihre Nachfolger keine Schwierigkeiten haben sollen.“ Nur gegen drei Bestimmungen erhob er Einwände. Zunächst gegen die Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen, die selbst König Ludwig von Baiern für gefährlich halte. Sodann wider die Tagegelder der Abgeordneten; doch hier, meinte er in seiner rohen Weise, sei vielleicht eine kluge Nachgiebigkeit möglich: „dann werden die Kosten wenigstens auf das Land fallen und nicht auf den Souverän; und mit solchen Einschränkungen, daß die Stände das Geschäft nicht hinausziehen können um desto länger bezahlt zu werden.“ Zum Dritten fand er es bedenklich, daß die beurlaubten Soldaten unter der bürgerlichen Obrigkeit stehen sollten — eine Frage, die in dem Entwurfe unmittelbar gar nicht berührt war. Ganz in demselben Sinne hatte er Tags vorher an den Herzog von Cambridge geschrieben und inbrünstig versichert: der Plan „macht Beiden, dem Könige und der Regierung, die höchste Ehre. Des Königs Kopf und Herz haben bei dieser Gelegenheit geglänzt.“**)

Der gute König war seelenfroh, er dachte ja selbst keineswegs liberal,

---

*) Näheres in Beilage 18.

**) Cumberland an Cambridge, 30. Oct., an König Wilhelm, 31. Oct. 1831.

sondern ließ sich nur von der Strömung der Zeit treiben, und versicherte dem Bruder herzlich, daß er bei dem Entwurfe besonders an die Interessen seiner Nachfolger gedacht habe, „an Sie und Ihren hoffnungsvollen Sohn. Es schien mir von der äußersten Wichtigkeit für die Wohlfahrt und das Glück des Landes und für Ihre eigene Behaglichkeit und Ruhe, daß Sie von den mir gemachten Vorschlägen vollständig unterrichtet würden". Die Bedenken des Herzogs gegen die Oeffentlichkeit und die Tagegelder fand der König wohlbegründet; er versprach, daß sie von der Regierung erwogen und nach den Umständen berücksichtigt werden sollten.*) Und er hielt Wort. Lediglich dem Thronfolger zu Liebe wurde die dem Landtage so oft verheißene Oeffentlichkeit dahin abgeschwächt, daß den beiden Kammern nur gestattet sein sollte Zuhörer zuzulassen; und aus demselben Grunde verwies man die Zusage der Diäten in ein vorläufiges Reglement. Weiter ließ sich die zarte Rücksicht auf einen rechtlich bodenlosen Einspruch in der That nicht treiben. Neue Einwendungen konnte die Regierung jetzt um so weniger erwarten, da Ernst August die einzige Vorschrift des Staatsgrundgesetzes, welche vielleicht der Zustimmung der Agnaten bedurfte, die dem königlichen Hause so vortheilhafte Kassenvereinigung mit warmer Dankbarkeit gebilligt hatte.

Aber mittlerweile begann Schele seine unterirdische Arbeit; er schilderte dem Herzog das Staatsgrundgesetz als ein Werk ruchloser Demagogen und wußte vornehmlich die Parteivorurtheile des Hochtorys wider die Civilliste gewandt auszunutzen: die Kassenvereinigung, die fast in allen größeren Bundesstaaten längst bestand, sollte in Hannover „das monarchische Princip" vernichten! Aus den Berichten des Gesandten Münchhausen in Berlin erfuhr der König bald, daß sein Bruder sich sehr abfällig über die neue Verfassung äußere. Als die Minister im October 1833 dem Thronfolger das erlassene Staatsgrundgesetz mittheilten und ihn fragten, ob er seinen Sitz in der ersten Kammer einnehmen wolle, da empfingen sie eine kurze, schnöde Antwort (29. October). Der Herzog erwähnte, daß er schon bei seinem seligen Bruder gegen die Einführung der allgemeinen Stände protestirt habe, weil die Einwilligung der Agnaten dazu nicht eingeholt worden sei, und schloß trocken: „Von Allem was weiter vorgekommen bin ich nicht gehörig unterrichtet und kann mich deshalb auch durch das neue Gesetz noch nicht gebunden halten."**) Die Absicht dieses hinterhaltigen Schreibens war durchsichtig genug: zu ehrlichem Einspruch hatte der Welfe nicht den Muth, doch für den Fall seiner Thronbesteigung dachte er sich die Hände frei zu halten. Wollte die Regierung nicht die ganze Zukunft des Staatsgrundgesetzes gefährden, so mußte sie, nach einer solchen Probe welfischer Zweizüngigkeit, von dem Thronfolger eine un-

*) König Wilhelm an Cumberland, 3. Nov. 1831.
**) Cumberland an das k. Ministerium in Hannover, 29. October 1833.

umwundene Erklärung verlangen: offenen Protest oder offene Zustimmung. Aber wie konnten sich diese Stralenheim, Alten, Schulte, von der Wisch zu einer so ärgerlichen Ombrage entschließen, die den vornehmen althannoverschen Staatssitten gänzlich widersprochen hätte? Die Minister berichteten zunächst an den König; und der gemüthliche Herr meinte: man möge eine ausgleichende Erwiderung an seinen Bruder abgehen lassen; einen günstigen Erfolg erwarte er freilich nicht, doch würden die abweichenden Ansichten des Herzogs wohl nur ihm selber, nicht dem Lande zum Nachtheil gereichen — eine deutliche Anspielung auf Cumberland's schwere Schuldenlast.*)

Nunmehr beschlossen die Minister dem Thronfolger zu antworten; denn obwohl sein Brief nach Form und Inhalt nicht für eine eigentliche Protestation zu halten sei, so könne man doch „die Besorgniß nicht unterdrücken, daß diesem Aktenstücke früher oder später eine andere Absicht untergelegt werden könnte." Sie erwiderten also dem Herzoge (11. Dec.): von seinen früheren Protesten habe sich keine Spur vorgefunden; auch sei die Zustimmung der Agnaten zu Verfassungs-Aenderungen zwar wünschenswerth, aber keineswegs nothwendig und schon bei der Union der Landschaften Calenberg und Grubenhagen im Jahre 1801 nicht mehr eingeholt worden. Alsdann hielten sie ihm vor, wie gewissenhaft das Staatsgrundgesetz die königliche Autorität zu stärken suche, und wie sorglich man des Herzogs Bedenken gegen die Diäten und die Oeffentlichkeit berücksichtigt habe.**) Durch diese matte Erwiderung meinten sie ihr Gewissen beschwichtigt zu haben; und doch mußten sie wissen, daß Cumberland inzwischen (29. Nov.) seinem Bruder Cambridge noch deutlicher geschrieben hatte: einigen Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes, namentlich der Anordnung über die Domänen, werde er niemals beipflichten.

Als der Herzog zu Anfang des nächsten Jahres nach London kam, hatte Geh. Rath Lichtenberg drei amtliche Unterredungen mit ihm wegen des Staatsgrundgesetzes, und hier ward die Falschheit des Welfen ganz offenbar. Auf seine früheren beiden Bedenken legte er nur noch geringen Werth. Wenn ich anfangs nur diese beiden Punkte hervorgehoben habe, „wird daraus nie der Schluß gezogen werden können, daß ich allem Uebrigen meinen Beifall gegeben" — dies wagte er jetzt zu behaupten, obgleich er einst seinen beiden Brüdern ausdrücklich erklärt hatte, er sei mit Allem und Jedem einverstanden. Am anstößigsten erschien ihm jetzt die Kassenvereinigung, die er früher gebilligt hatte; niemals, so wiederholte er feierlich, könne und werde er einer solchen Neuerung zustimmen.

*) Bericht des hannov. Ministeriums an Ompteda in London, 13. November. Bericht des Geh. Raths Lichtenberg an das Ministerium, London 3. Dec. 1833.

**) Schreiben des Ministeriums an Cumberland, 11. Dec. Antwort des Ministeriums an Lichtenberg, 13. Dec. 1833.

Und zwischen allen diesen Winkelzügen immer wieder die biedere Versicherung: ich sage meine Ansicht immer frei und offen, ich denke immer nur an die Sache, nicht an die Person! Selbst der unterthänige Lichtenberg wagte am Schlusse seines ersten Berichts nur zu bemerken, daß der Eindruck der Unterredung auf den Herzog „wenigstens kein durchaus ungünstiger zu sein schien".*) Den Ministern aber konnte nach Allem was geschehen nicht mehr zweifelhaft bleiben, daß der Thronfolger die Verfassung umstoßen wollte und daß er in seinem frechen Hochmuth sich einbildete, er brauche nur dem bestehenden Rechte die Anerkennung zu versagen, dann sei es auch schon vernichtet. Gleichwohl thaten sie nichts mehr um der drohenden Gefahr vorzubeugen. Sie wußten wohl, daß staatsrechtliche Belehrungen bei dem harten Eigensinn dieses Welfen nichts auszurichten vermochten; doch schmeichelten sie sich mit der Hoffnung, der von Gläubigern verfolgte Herzog werde einen Staatsstreich nicht wagen können; schlimmsten Falls rechneten sie auf den Schutz des Bundestags für die neue, unzweifelhaft „in anerkannter Wirksamkeit stehende" Verfassung.

Bei der Berathung des Hausgesetzes, das sich an die Verfassung anschließen sollte, verfuhr der Herzog ebenso hinterhaltig. Allem Anschein nach hat er auch hier zuerst in unverbindlicher Form sein Einverständniß kundgegeben, um sich nachher die endgiltige Erklärung für die Zukunft vorzubehalten. Dahlmann, der den Entwurf des Hausgesetzes ausarbeitete, erhielt im April 1834 vom Minister Stralenheim die amtliche Mittheilung, daß „die Zustimmung der volljährigen königlichen Prinzen erfolgt sei," — eine Versicherung die unmöglich ganz grundlos sein konnte. Im December 1835 aber schrieb Ernst August an Cabinetsrath Falcke, er könne als ehrlicher Mann das Hausgesetz für jetzt noch nicht unterzeichnen, weil es so fest mit dem Staatsgrundgesetz zusammenhänge. Eine freimüthige Rechtsverwahrung wagte er auch jetzt nicht einzulegen, er sagte nur, auf die Zukunft vertröstend: „Ich muß viel mehr Hilfe und Rath haben, bevor ich mir erlauben kann einen so ernsten Schritt zu thun." Demungeachtet wurde das Hausgesetz am 19. Nov. 1836, nachdem der Landtag zugestimmt, als ein für Jedermann, auch für die königlichen Prinzen verbindliches Gesetz kundgemacht. Cumberland aber zeigte mit wachsender Dreistigkeit, daß die neue Verfassung für ihn nicht vorhanden sei. In der Zeitschrift seiner Getreuen, dem Berliner Politischen Wochenblatt, wurde das Staatsgrundgesetz wie eine jacobinische Tollheit bekämpft. Seinen Sitz in der Kammer nahm der Herzog niemals ein, und als er einmal zur Zeit einer Landtagseröffnung in Hannover weilte, verließ er die Stadt in demselben Augenblicke da die Stände zusammentraten, um in Derneburg den grollenden Münster zu besuchen.

*) Lichtenberg's Berichte an das Ministerium, 28. Febr. 27. März 1834.

Je deutlicher die unredlichen Hintergedanken des Thronfolgers sich enthüllten, um so rathsamer schien es die Bürgschaft des Bundestags für das Staatsgrundgesetz zu erbitten; sie wäre dieser conservativen Verfassung wohl leichter gewährt worden als der radicalen kurhessischen. Aber die Regierung wagte nicht einmal den Versuch. Rose fühlte sich überall gehemmt durch das stille Widerstreben seines unberechenbaren Nebenbuhlers Geh. Rath Falcke. Obwohl die neue Ordnung des Staatshaushaltes sich trefflich bewährte und bald erhebliche Ueberschüsse erzielte, so wurden doch die zur Ausführung der Verfassung verheißenen Gesetze bei Weitem nicht so rasch gefördert wie in Sachsen. Namentlich an die Exemtionen des Adels getraute man sich nicht recht heran. Auch dem Landtage fehlten Zug und Schwung. Die erste Kammer bestand zu acht Neunteln, die zweite zu fünf Achteln aus Besoldeten, dort saßen die adlichen, hier die bürgerlichen Beamten, ganz wie sonst: nur die Geheimen Räthe der Hauptstadt waren seit das Land Diäten zahlte etwas spärlicher, dafür die Amtmänner aus den Provinzen um so stärker vertreten. Mit gutem Grunde klagte die liberale Presse, dies Land werde durch die Masse seiner Beamten erdrückt wie Spanien durch das Heer seiner Mönche. Erst im Jahre 1837 legte die Krone dem Landtage eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe vor, doch kaum hatte er die Berathung begonnen, da starb König Wilhelm und eine neue Zeit der Kämpfe brach über das Welfenland herein. —

In Hannover wurde durch die constitutionelle Bewegung mittelbar auch die Fremdherrschaft erschüttert, da der Sitz der Regierung fortan im Lande selber blieb. Noch deutlicher bekundete sich in Schleswigholstein, wie eng die liberalen und die nationalen Ideen der Zeit mit einander verkettet waren. Seit ihrem verunglückten Feldzuge am Bundestage war die Ritterschaft der Herzogthümer ganz still geblieben, ihr streitbarer Führer Dahlmann hatte Kiel verlassen, und von den Verhandlungen jener Kopenhagener Commission, welche die neue Verfassung für Holstein ausarbeiten sollte, verlautete längst kein Wort mehr. Aber Dahlmann's Wirken hatte in den höheren Ständen die Liebe zu dem alten Rechte Transalbingiens geweckt, in dem engeren Kreise der Freunde auch schon das helle Bewußtsein des deutschen Volksthums; denn bei seinem Kampfe für das Landesrecht leitete ihn stets die Absicht, daß die Fremdherrschaft auf deutschem Boden in ihrer unheilvollen Wirkung beschränkt werden, daß „die deutschen Unterthanen Dänemarks" Deutsche bleiben, nur gegen Deutschlands Feinde Krieg führen müßten: „das ist ihr Charakter, ihre unfreiwillige Bestimmung". Nach Dahlmann's Abgang war jetzt sein treuer Genosse Nic. Falck der anerkannt erste Mann des Landes. Aus Falck's rechtshistorischen Vorlesungen und seinen staatsrechtlichen Schriften, aus den mannichfaltigen Aufsätzen seines Staatsbürgerlichen

Magazins schöpften die heranwachsenden jungen Beamten allesammt ihre Kenntniß der halbverschollenen ruhmreichen Landesgeschichte. Als die Julirevolution hereinbrach, regte sich in weiten Kreisen das Verlangen nach einer Verfassung, welche das historische Recht neu beleben und fortbilden sollte. Die Regierung in Kopenhagen benahm sich überaus furchtsam, weil ihr das Gewissen schlug. Sie wußte wohl, wie schwer an den Rechten der deutschen Nordmark gesündigt worden war, und warum die Dänen ihren sechsten Frederik als den ersten dänischen König feierten; sie besorgte im Ernste, daß ein schleswigholsteinischer de Potter erstehen und der belgische Aufruhr an der Eider sein Gegenbild finden könnte. So bedrohlich war die Lage mit nichten. An einen Abfall dachte in den Herzogthümern noch Niemand. Selbst das Verlangen nach gesetzlicher Reform ward niedergehalten durch die tiefe Ehrfurcht vor „dem edelsten, besten, gütigsten König, dem innig und heiß geliebten Landesvater", der sich doch die Mühe gegeben hatte so viele Jahre zu leben; und schwerlich wäre den bescheidenen Wünschen der gebildeten Klassen irgend eine Frucht entsprossen, wenn nicht ein tapferer Mann die Angst der Krone benutzt hätte um zur rechten Zeit mit lauter Stimme zu fordern.

Jens Uwe Lornsen hatte nach einem stürmischen Studentenleben die letzten Jahre hindurch auf der schleswigholsteinischen Kanzlei in Kopenhagen gearbeitet und dort — so ganz entfremdet war diese Behörde ihrer Heimath — weder von der Geschichte noch von dem alten Staatsrechte Schleswigholsteins irgend etwas erfahren. Aber die glühende Begeisterung für sein deutsches Vaterland blieb dem alten Burschenschafter unverloren; sein innerstes Gefühl empörte sich, wenn die dänischen Beamten ihm das alte Hohnwort entgegenhielten, die Schleswigholsteiner sollten sich doch freuen, lieber etwas, nämlich Dänen zu sein, als gar nichts, nämlich Deutsche. Durch seine amtliche Thätigkeit lernte er dann den Schlendrian und die verständnißlose Ungerechtigkeit der aus der Ferne wirkenden Regierung gründlich kennen. Auch die constitutionellen Gedanken der Zeit ergriffen ihn mächtig, er meinte die Stunde gekommen für die europäische Herrschaft des Bürgerthums, und verlockend nahe lag dem Kopenhagener Beamten das Vorbild der schwedisch-norwegischen Union; der dänische Kronprinz Christian selbst hatte ja einst den Norwegern ihre gerühmte Bauernverfassung verliehen. In solchem Sinne äußerte sich Lornsen oft gegen seine deutschen Amtsgenossen; alle hörten bewundernd zu, wenn er sich erhob, ein hochgewachsener Nordlandsrecke mit buschigem blondem Haar, geistvollem Munde, tiefen blauen Augen, und in unwiderstehlicher Rede, feurig zugleich und würdevoll, seine Gedanken entfaltete. Leider schlummerte bereits der Keim der Krankheit in diesem groß angelegten Geiste; er meinte sich gequält von einem halb wirklichen halb eingebildeten unheilbaren Leiden, und sein Wahn lähmte ihm in entscheidender Stunde den Muth. Der Stolze fühlte, daß er vor Vielen voraus hatte was seine Friesen als höchste Mannes-

tugend preisen: rum Hart, klar Kimming, das weite Herz, den freien Gesichtskreis; er hoffte dereinst noch für ganz Deutschland politisch zu wirken.

Als er nun im Herbst 1830 nach den Herzogthümern zurückkehrte um das Amt des Landvogts auf seiner heimathlichen Insel Sylt anzutreten, da erkannte er sofort, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, den eingeschüchterten Königherzog durch Petitionen und Versammlungen zur Verleihung einer Verfassung zu bewegen. In Kiel und Flensburg verständigte er sich mit angesehenen Männern des Bürgerthums, während der geistreiche junge Nationalökonom Georg Hanssen unter den Bauern im östlichen Holstein Anhänger warb. Um die Bewegung auf ein festes Ziel zu richten, schrieb Lornsen sodann ein Schriftchen von elf Seiten „über das Verfassungswerk in Schleswigholstein". Er verwies darin auf die Gebrechen der Verwaltung, auf die Heimlichkeit des Staatshaushalts und forderte kurzab einen gemeinsamen Landtag für beide Herzogthümer, da die Bundesakte den Holsten Landstände verheiße, die Trennung der Herzogthümer aber „jedem Schleswigholsteiner schlechthin undenkbar" sei. Mehr als ein Viertel der Volksvertretung wollte er dem Adel nicht gönnen; denn „fortan wird allein die Ueberzeugung des großen Mittelstandes, bei dem die physische und intellectuelle Macht wohnt, die Welt regieren, und Alles was sich gegen diese Ueberzeugung erhebt, machtlos daran zerschellen." Dazu Verlegung aller Behörden in die deutschen Lande, ein oberster Gerichtshof für Schleswigholstein, in jedem Herzogthum ein Regierungscollegium und über beiden ein Staatsrath nach dem Vorbilde Norwegens; mithin Unabhängigkeit von Dänemark in allen inneren Angelegenheiten: „nur der König und der Feind seien uns gemeinschaftlich." Mit nachdrücklichen Worten mahnte Lornsen schließlich seine Landsleute, der unberechenbaren Zukunft zu gedenken und nicht blindlings der Person des gegenwärtigen Königs zu vertrauen, „dem wir die Unsterblichkeit wünschen. Unser König ist kein gemachter, sondern ein geborener Bürgerkönig."

Kaum begonnen brach das kühne Unternehmen schon zusammen. Die Ritterschaft erklärte sich dawider, weil sie den bürgerlichen, liberalen Zug der Bewegung fürchtete, und versicherte dem Könige in einer Ergebenheits-Adresse, die Anforderungen der Zeit müßten allerdings berücksichtigt werden, aber ohne Uebereilung. Noch lebhafter eiferten der hochconservative Herzog von Augustenburg und sein Bruder Prinz Friedrich von Noer gegen den gefährlichen Demagogen. Selbst die Bürger und Bauern wurden scheu sobald der Kieler Stadtrath den kleinmüthigen Beschluß gefaßt hatte, für eine Eingabe an den König sei der gegenwärtige Zeitpunkt nicht geeignet. Keine einzige Petition ging nach Kopenhagen ab. Lornsen aber, der Feldherr ohne Heer, wurde noch im November verhaftet, und dem kranken Manne versagte die Kraft; er wagte weder die Einleitung eines öffentlichen fiscalischen Verfahrens zu fordern

noch die Akten seines Processes zu veröffentlichen, sondern ließ sich geduldig zur Festungsstrafe verurtheilen, da er ja unleugbar seine Amtspflicht verletzt hatte.

Und doch wirkte Lornsen's Schrift mächtig nach; sie ward wirklich, wie die dänischen Beamten grollend sagten, eine in die Herzogthümer geschleuderte Brandfackel, sie verbreitete den Gedanken der Selbständigkeit des untheilbaren Schleswigholsteins in weiten Kreisen des Mittelstandes, welche einst dem Kampfe des Adels um das alte Landesrecht gleichgiltig zugeschaut hatten. In wenigen Monaten erschienen dreißig Flugschriften für und wider. Manche darunter ergingen sich nur in philisterhaften Klagen über den bacchantischen Taumel der neuerungssüchtigen Zeit, über die taktlose, dem heißgeliebten Könige zugefügte Kränkung, und mahnten gemüthlich: ein Jeder lern' seine Lektion, so wird es wohl im Lande stohn. Wit v. Dörring, der Verräther der Burschenschaft, hatte sogar die Frechheit, seine holsteinischen Landsleute zu warnen vor jenem „Deutschland, das niemals war, nirgends ist und niemals sein wird". A. Binzer aber, Lornsen's sangeslustiger Freund von Jena her, und der junge Historiker Michelsen gingen dem Dänen Schmidt-Phiseldeck scharf zu Leibe und erklärten rundheraus: Schleswigholstein verlange nicht die Unabhängigkeit wie Belgien, sondern eine selbständige Stellung unter dem dänischen Königshause, wie sie Hannover neben England oder Finnland neben Rußland einnehme. Der greise König, der in seiner Angst dem Statthalter der Herzogthümer schon außerordentliche Vollmachten zur Unterdrückung von Ruhestörungen ertheilt hatte, erkannte nun doch, daß er einlenken müsse. Durch ein Gesetz vom 28. Mai 1831 verkündete er seine Absicht, in jedem der beiden Herzogthümer, ebenso in Jütland und auf Seeland einen berathenden Provinziallandtag nach preußischem Muster einzuführen. Weiter wollte er nicht gehen; vorsorglich hatte er schon seinen oldenburgischen Nachbarn durch die Höfe von Berlin und Petersburg vor den Gefahren des reinen Repräsentativsystems warnen lassen.*)

Immerhin war nunmehr die erste Bresche geschlagen in das schrankenlose Alleingewalt-Erbkönigthum des dänischen Königsgesetzes, und der unglückliche Lornsen, der jetzt von den Wällen der einsamen Feste Friedrichsort auf die Gewässer der Kieler Föhrde hinausblickte, durfte sich sagen, daß er den Dänen wie den Holsten die Bahn eines freieren Staatslebens eröffnet hatte. Da das neue Gesetz die Untheilbarkeit Schleswigholsteins zu bedrohen schien, so legte die Ritterschaft am 7. Juli förmliche Verwahrung ein und erklärte dem Könige, das alte Landesrecht könne durch diese blos administrative Maßregel nicht berührt werden. Die Krone ließ es an Beschwichtigungen nicht fehlen und berief im folgenden Jahre

*) Schöler's Bericht, Petersburg 30. März 1831.

erfahrene Männer aus den Herzogthümern nach Kopenhagen, um mit ihnen die Grundzüge der Provinzialverfassungen festzustellen. Unterstützt von Niebuhr's Freunde, dem feurigen Romantiker Grafen Adam Moltke, versuchte hier Falck nochmals einen gemeinsamen Landtag für Schleswigholstein durchzusetzen. Er unterlag. Am 15. Mai 1834 wurde endlich die Bildung der beiden Provinziallandtage für die Herzogthümer angeordnet.

In beiden erhielten Ritterschaft und Großgrundbesitz nur etwa ein Drittel der Stimmen; je ein Drittel der Abgeordneten sollte von den städtischen und den ländlichen Grundbesitzern unmittelbar gewählt werden. Diese kühne Neuerung überraschte allgemein; denn fast in allen anderen deutschen Staaten bestand das System der indirekten Wahlen, und selbst die Liberalen hegten noch überall das Vorurtheil, daß nur so die öffentliche Ordnung gesichert werden könne. Noch größer war das Erstaunen, als der König nicht nur den alten nexus socialis der schleswigholsteinischen Ritterschaft sowie alle die anderen, beide Herzogthümer verbindenden Rechtsverhältnisse ausdrücklich anerkannte, sondern sogar neue hochwichtige gemeinsame Institutionen einführte: ein Oberappellationsgericht, das in Kiel, eine gemeinschaftliche Provinzialregierung, die auf dem Schlosse Gottorp hausen und das schleswigholsteinische Wappen führen sollte. In demselben Augenblicke, da man die Landstände der Herzogthümer trennte, wurde also die Einheit ihrer Rechtspflege und Verwaltung neu befestigt, stärker befestigt als Lornsen selbst zu fordern gewagt hatte. Offenbar wußte König Friedrich nicht genau was er that; er fühlte nur dunkel, daß er seinen deutschen Landen irgend ein Zugeständniß schuldig sei, und ahnte nicht die unausbleiblichen Folgen der Gewährung.

In Schleswigholstein waren selbst Falck und die Ritterschaft sofort entschlossen, ihrer Rechtsbedenken ungeachtet das königliche Geschenk anzunehmen; denn durch die Errichtung der Provinzialstände wurde die Untheilbarkeit der Lande nicht gradezu aufgehoben, erhielt doch auch Jütland seinen eigenen Landtag neben den Inseln. Da die Landtage beider Herzogthümer nach denselben Grundsätzen gebildet waren und beide der Regel nach dieselben Gesetze vorgelegt erhielten, so erschienen sie fast wie zwei Curien einer Ständeversammlung und konnten vielleicht im Laufe der Zeit förmlich vereinigt werden. In solchem Sinne verfaßte Franz Hegewisch, der geistvolle, beim Adel und Bürgerthum gleich angesehene Kieler Arzt, eine Schrift: „Für Holstein, nicht gegen Dänemark.“ Wie alle Patrioten der Nordmark hielt er die Verbindung mit Dänemark noch für ein Glück und meinte arglos, dieser heilsame Bund werde am besten gesichert, wenn die Herzogthümer unter sich eng vereinigt blieben und Schleswig also das Bindeglied bilde zwischen dem deutschen Bundeslande Holstein und den dänischen Provinzen. In der That konnte nur eine ehrliche Politik, die das alte Recht der ihrem Königshause so treu er-

gebenen deutschen Lande gewissenhaft schonte, den Zerfall des dänischen Gesammtstaates vielleicht noch abwenden.

Die Dänen aber begannen bereits andere Wege zu gehen. Ihr Selbstgefühl war durch die Nachgiebigkeit des Königs, die sie doch allein dem Deutschen Lornsen verdankten, mächtig angewachsen, sie feierten den Geburtstag ihrer neuen Verfassung als ein nationales Fest. Nicht ganz mit Unrecht. Eine neue Epoche der dänischen Geschichte war angebrochen, und der vertriebene Schwedenkönig Gustav IV. wußte wohl, warum er als möglicher Erbe der Krone feierliche Verwahrung einlegte gegen die vollzogene Beschränkung der absoluten Königsgewalt. Die Hauptstadt hallte wider von politischen Kämpfen, und in der allezeit erregbaren Kopenhagener Jugend bildete sich schon eine neue Partei, die den nationalen Gedanken über jede andere Rücksicht stellte. Diese Eiderdänen, wie man sie späterhin nannte, verdammten die Bildung der neuen schleswigholsteinischen Provinzialregierung als einen argen Mißgriff und verlangten die gänzliche Trennung der beiden Herzogthümer; sie wollten im Nothfall auf das deutsche Holstein, das man doch nicht danisiren könne, verzichten, Schleswig aber bedingungslos dem Einheitsstaate Dänemark einverleiben und auch die rein-deutsche Südhälfte dieses Herzogthums gewaltsam der skandinavischen Gesittung unterwerfen. Noch ward die neue Losung „Dänemark bis zur Eider" nur von wenigen übermüthigen jungen Männern nachgesprochen; aber die Zahl ihrer Anhänger wuchs, und gelangten die Eiderdänen je zur Herrschaft, so wurden unfehlbar alle die drei politischen Kräfte, welche im Volke Schleswigholsteins noch halb unbewußt arbeiteten, zugleich aufgeregt und zu unversöhnlichem Widerstande gezwungen: das Rechtsgefühl, der Freiheitsmuth, der deutsche Nationalstolz.

Wieder war es Lornsen, der zuerst in der Nordmark die Zeichen der verwandelten Zeit erkannte. Der hatte sich während seiner Haft rastlos forschend in die Geschichte der Herzogthümer eingelebt und mit freudigem Erstaunen entdeckt, wie fast Alles was er einst aus politischen Gründen für seine Heimath verlangt, schon in den alten Freiheitsbriefen des Landes begründet war: „Die Schleswigholsteiner", so sagte er nunmehr, „haben nichts zu wünschen was sie nicht auch zu fordern ein Recht haben." Froh dieser neu gewonnenen Erkenntniß arbeitete er nun an einem Buche über „Die Unionsverfassung Dänemarks und Schleswigholsteins", um seinen Landsleuten zu zeigen, wie sie auf dem Boden ihres alten Rechtes den neuen Staat Schleswigholstein aufbauen sollten. Gegen Falck's streng conservative Gesinnung sprach er sehr scharf, nicht ohne die Ungerechtigkeit, welche den Vertretern neuer, zukunftsreicher Gedanken anzuhaften pflegt. Sein Ziel lag schon höher: er wollte jetzt die reine Personalunion, die Selbständigkeit des transalbingischen Staates auch im Heerwesen und Staatshaushalt. Er warnte die Holsten vor dem gut-

müthigen Wahne, als ob sie durch ihre Verbrüderung mit den Schleswigern den dänischen Gesammtstaat stärken, der Krone einen Dienst erweisen könnten, und enthüllte ihnen schonungslos die Hintergedanken der Dänen, die offenbar darauf ausgingen, Schleswig zu verschlingen, die Verbindung der Herzogthümer zu zerreißen. Ebenso scharf faßte er auch die Erbfolgefrage ins Auge und zeigte, daß in Schleswigholstein allein dem Mannesstamme die Thronfolge gebühre, in Dänemark aber seit dem Königsgesetze auch dem Weiberstamme, und mithin, da das dänische Haus nur noch auf sechs Augen stand, leicht eine Trennung der beiden Staaten eintreten könne. Die formlose Schrift zeigte vielfach die Mängel überhasteter Forschung, aber auch überall die große Leidenschaft eines geborenen Publicisten, der mit festem Griff das Wesentliche aus der Fülle des Stoffes heraushob und dem Leser unerbittlich eine Entschließung aufzwang; sie ward erst nach dem Tode des Verfassers durch Georg Beseler herausgegeben und hat dann als ein theueres Vermächtniß auf die nationalen Kämpfe der vierziger Jahre noch stark eingewirkt. Lornsen schrieb daran unter unsäglichen Qualen, in der Sonnengluth Brasiliens, wo er nach überstandener Haft vergeblich Heilung für seine Krankheit suchte; die aufopfernde Freundschaft des treuen Hegewisch vermochte den Unseligen nicht mehr aufzurichten. Nach Europa zurückgekehrt gab er sich in den Wellen des Genfer See's selbst den Tod (1838), der Edelsten einer aus der langen Reihe der Kämpfer und Dulder, welche dem Tage der deutschen Einheit vorangingen.

Die Schleswigholsteiner brauchten noch eine gute Weile bis sie die feindseligen Anschläge des Dänenthums ebenso klar wie Lornsen erkannten. Wie hätte sich auch in diesem behaglichen Sonderleben das Verständniß für nationale Machtfragen rasch entwickeln können? Selbst Hegewisch, der über den Gesichtskreis seiner Holsten weit hinaussah, meinte damals noch gemüthlich: einer Kriegsflotte bedürfen die Herzogthümer nicht; „Hamburger Schiffe befahren alle Meere ganz ohne bewaffnete Seemacht.“ Als die neuen Landtage zuerst angekündigt wurden, ließ Falck die Schriften zweier Kopenhagener Liberalen, des Professors David und des ehrgeizigen jungen Capitäns Tscherning, über die preußischen Provinzialstände übersetzen und sprach im Vorworte ganz wie ein guter Landsmann der beiden Dänen. Noch vier Jahre später wurde David, als er nach einem glücklich überstandenen Preßprozesse durch Kiel kam, von den Studenten als ein Held der Freiheit gefeiert, obgleich seine Zeitung Faedrelandet das Deutschthum Schleswigs offen bekämpfte. Die ersten Verhandlungen der beiden Landtage verliefen noch ziemlich still. Die Stände bekundeten zwar mehrfach jenen Drang nach Erweiterung der eigenen Rechte, der sich in berathenden Parlamenten, wenn sie nicht ganz in Schlummer versinken, unausbleiblich einstellt; sie verlangten eine beschränkte Oeffentlichkeit für ihre Berathungen und genauere Rechenschaft über den Staats-

haushalt, da sie das Deficit fünfmal höher schätzten als die Regierung angab. Zwischen dem Herzog von Augustenburg, dem harten Aristokraten, und den bäuerlichen Abgeordneten Schleswigs kam es auch schon zu lebhaften Wortgefechten, welche den verhaltenen Parteihaß errathen ließen.

Ernste Kämpfe brachte aber erst die zweite Tagung im Jahre 1838, als die dreisten Uebergriffe der Kopenhagener Demokratie das Selbstgefühl der Deutschen geweckt hatten. Auf den Vorschlag des jungen Anwalts Orla Lehmann, eines feurigen, rücksichtslosen Demagogen beschloß die dänische Gesellschaft für Preßfreiheit (1836) ihre Thätigkeit auch auf Nordschleswig zu erstrecken. Ueberall im Norden der Schlei bildete sie ihre Zweigvereine. Bald darauf ward die Schleswigsche Gesellschaft zur Verbreitung dänischer Bücher gegründet. In der deutschen Stadt Hadersleben erschien ein dänisches Blatt Dannevirke, das schon durch seinen Namen den Kampf um die Eidergrenze ankündigte. Seitdem begann ein unruhiges Drängen und Treiben auf dem flachen Lande Nordschleswigs. So viele Jahrhunderte hindurch redete dies Grenzvolk im Hause seinen dänischen Dialekt, den die Inseldänen kaum verstanden, und ehrte das Deutsche als die Sprache der Bildung und des großen Verkehrs; Niemand nahm Anstoß an einem Zustande, der sich ohne jeden Zwang aus der Geschichte des Landes herausgebildet hatte. Jetzt wurde den friedfertigen Bauern Nordschleswigs Tag für Tag der Haß gegen die deutschen Unterdrücker durch die Zeitschriften und Sendboten der Kopenhagener gepredigt, und bald zeigte sich auch hier, wie übermächtig der nationale Gedanke in diesem Zeitalter herrschte, das sich im Streite gegen das napoleonische Weltreich seinen Charakter gebildet hatte. Eine von außen hereingetragene nationale Propaganda genügte, um einen gefährlichen Gegensatz von Nord und Süd hervorzurufen in diesem Schleswig, das zu allen Zeiten, auch in seinen Kämpfen wider Dänemark, treu zusammen geblieben war. Im Sundewitt vornehmlich, dicht vor den Thoren der deutschen Stadt Flensburg, trugen die Bauern ihre Begeisterung für Gammel Dannemark herausfordernd zur Schau.

Diese Umtriebe der Dänen nöthigten die Deutschen endlich zur Abwehr. Auf beiden Landtagen, in Schleswig wie in Itzehoe wurde die Bitte um Vereinigung der schleswigholsteinischen Landstände, die vor drei Jahren noch zu kühn erschienen war, jetzt beschlossen. Aber noch fehlte viel daran, daß die deutsche Gutmüthigkeit den ganzen Umfang der Gefahr erkannt hätte. Als der Abgeordnete Lorentzen, ein beredter, liberaler Bauer aus Nordschleswig, die Einführung der dänischen Gerichtssprache in den dänisch redenden Bezirken Schleswigs befürwortete, da fand selbst Falck den Vorschlag unverfänglich; der arglose Gelehrte ahnte nicht, wie unheimlich das Stillleben seiner nordschleswigschen Heimath in den letzten Jahren sich verändert hatte. Vergeblich warnte der Herzog von Augustenburg, der diesmal weiter sah. Der Antrag wurde mit geringer Mehrheit

angenommen, und erst als die Dänen die ertheilte Vollmacht mit ungestümer Härte mißbrauchten, gingen den Deutschen die Augen auf. Mehr und mehr gerieth der alternde König in die Hände der dänischen Fanatiker; er scheute sich nicht, 5 Mill. Reichsbankthaler, welche die Herzogthümer von der Nationalbank zu fordern hatten, dieser ausschließlich dänischen Anstalt einfach zu schenken. Angesichts solcher Gewaltstreiche verschwand allmählich die alte sorglose Selbstgenügsamkeit; die Holsten fühlten sich als Markmannen des großen Deutschlands. Das junge Geschlecht empfand anders als der alte Rist, der bis zum Grabe, unbekümmert um den Wandel der Zeiten, als treuer königlicher Beamter in der Gottorper Regierung seine Akten erledigte. In Kiel unterhielt Dr. Balemann einen regen Verkehr mit den Führern der süddeutschen Opposition, und Theodor Olshausen verfocht in seinem Correspondenzblatte, der einzigen namhaften Zeitung des Landes, die Ideen eines demokratischen Liberalismus, der über Falck's altständische Anschauungen sehr weit hinausging. Die Unwahrheit des bestehenden Rechtes trat einmal grell zu Tage, als der junge Jurist Georg Beseler den herkömmlichen Homagial-Eid leisten sollte und mit Schrecken entdeckte, daß der Schwur auf das absolutum dominium des dänischen Königsgesetzes sich mit dem Landesrechte Schleswigholsteins schlechterdings nicht vertrug. Er folgte seinem Gewissen und verließ die Heimath. Diesseits wie jenseits des Beltes begann man zu ahnen, daß man in solchen Widersprüchen nicht mehr leben könne.

Mittlerweile ward der Fortbestand des königlichen Hauses immer fraglicher, da Prinz Friedrich, der Sohn des Thronfolgers, kinderlos blieb. Mit krampfhaftem Eifer bemächtigte sich die dänische Presse der Erbfolgefrage; Leitartikel und Flugschriften wiederholten beharrlich das alte Märchen, daß Schleswig gleich dem Königreiche Dänemark der Thronfolgeordnung des Königsgesetzes unterliege. Zur Widerlegung erschien im Jahre 1837 in Halle eine anonyme Schrift „Die Erbfolge in Schleswigholstein“, die nüchtern und ohne Wortprunk, aber sehr nachdrücklich den Anspruch des Hauses Augustenburg auf die Herzogskrone Schleswigholsteins vertheidigte; sie hielt sich streng in den Grenzen einer erbrechtlichen Untersuchung, von politischer Freiheit, von dem deutschen Volksthum Schleswigholsteins sagte sie nichts. Der Verfasser war, wie sich bald herausstellte, Herzog Christian von Augustenburg selbst. Die jüngere Linie des oldenburgischen Hauses sprach also schon offen die Erwartung aus, daß die deutschen Herzogthümer sich demnächst von Dänemark trennen würden. Die Frage der Zukunft Transalbingiens war gestellt.

In den benachbarten kleinen niederdeutschen Gebieten stiegen aus dem Strudel der europäischen Revolution nur schwache Blasen auf. Der Pöbel auf dem Hamburger Berge trieb einmal argen Unfug gegen die Juden und die Accise. Etwas ernsthafter war eine constitutionelle Bewegung im Jeverlande, die bald auch in anderen Landestheilen des bunt-

scheckigen oldenburgischen Staates Anklang fand. Aber ihr fehlte der rechte Boden; denn Oldenburg hatte fast allein unter allen deutschen Gebieten niemals einen wirklichen Landtag gesehen, da Prälaten und Adel früh verschwunden waren, die Städte wenig bedeuteten, die Bauern frei auf ihren stattlichen Höfen saßen und die Landesherren für ihre sparsame Kammerguts-Verwaltung keiner Beihilfe bedurften. Nach einigem Lärm ergab man sich darein, daß der wohlmeinende Großherzog die Warnungen seines dänischen Vetters beherzigte und seinem Lande statt der erhofften Verfassung nur eine neue Gemeindeordnung gab. Oldenburg blieb nach wie vor der einzige unter den größeren deutschen Staaten, der für die Verwirklichung des Art. 13 der Bundesakte gar nichts that. Die Bureaukratie der Amtmänner führte ihr scharfes aber sorgsames Regiment ungestört weiter. —

Dritter Abschnitt.

Preußens Mittelstellung.

Die einfachen Formeln der Geschichtsphilosophie werden der vielgestaltigen Fülle des historischen Lebens niemals gerecht. Weitum in der aufgeklärten Welt meinte man den Charakter des neuen Zeitalters längst durchschaut zu haben: der entscheidende Kampf zwischen dem Königthum von Gottes Gnaden und dem constitutionellen Vernunftrecht schien angebrochen, und kein Thron Westeuropas noch der Zukunft sicher, wenn er sich nicht mit parlamentarischen Formen umgab. Gleichwohl überstand Preußen die Stürme der Zeit unter allen deutschen Ländern am glücklichsten. Dieser Staat mit seinem vielgeschmähten unbeschränkten Königthum zeigte eine jedes liberale Gemüth beleidigende Kraft und Gesundheit. Ein Felsen im brandenden Meere, stand er inmitten des Aufruhrs, der alle seine Grenzen umtobte. Während er mit seinen Waffen die Marken des Vaterlandes am Rhein und an der Prosna schirmte, rettete er den Deutschen durch die unerschütterliche Strenge seines Rechtes einen fruchtbaren Schatz altüberlieferten Ansehens, monarchischer Treue, gesetzlichen Sinnes, nationalen Stolzes. Die alte Ordnung der Gesellschaft, die in Sachsen, Hessen, Hannover erst gebrochen werden mußte, war in Preußen vorlängst zerstört, und die neufranzösischen Schlagworte des süddeutschen Liberalismus konnten in dem Volke des Befreiungskrieges nur langsam Eingang finden.

Von politischen Unruhen blieb Preußen so gänzlich verschont, daß die Staatsgewalt ungewöhnlicher Vorkehrungen kaum bedurfte. Ein roher Aufruhr des Aachener Pöbels im August 1830 war offenbar durch die Arbeiterbewegung im nahen Verviers veranlaßt; die Meuterer richteten ihren Groll nur gegen die arbeitsparenden Maschinen Cockerill's und wider die Häuser einiger verhaßten Fabrikanten, die bewaffnete Bürgerschaft trieb sie bald zu Paaren. Noch weniger bedeutete das wüste Geschrei, das an einigen Septemberabenden in den Straßen Berlins, selbst vor den Fenstern des Königs erklang; die Schneidergesellen, die über die Kargheit ihrer Meister, über den freien Wettbewerb der Näherinnen zürnten, führten den lärmenden Haufen an, und auch hier riefen die Arbeiter: nieder mit

den Maschinen! Der König ließ die Stadträthe seiner Hauptstadt sehr ungnädig an, und Bernstorff klagte im ersten Schrecken über „dies neue Symptom jenes Schwindel- und Wahngeistes, der leicht ganz Europa in ein großes Narrenhaus verwandeln kann."*) Aber der Spuk verflog sobald die Truppen, ohne zu feuern, einige Hiebe mit der blanken Waffe ausgetheilt hatten, und der Berliner Schneiderkrawall wäre rasch der Vergessenheit anheimgefallen, wenn nicht Chamisso dem „Kleidermacher-Muthe" in seinem Liede: Courage, Courage! ein dauerndes Denkmal gesetzt hätte. Selbst in Posen wurde die Ordnung nirgends gestört, trotz der fieberischen Aufregung des Adels und trotz der Zuzüge, die heimlich über die polnische Grenze gingen. —

Nur auf einem entlegenen Außenposten seiner Hausmacht, in Neuenburg, mußte König Friedrich Wilhelm für seinen Besitzstand kämpfen. Mit dem preußischen Staate hatte das schöne Juraländchen schlechterdings nichts gemein als das Herrscherhaus und dessen Erbfolgeordnung; und so gewissenhaft wahrten die Hohenzollern von jeher dies Rechtsverhältniß der reinen Personal-Union, daß sogar die neuenburgischen Offiziere, die im französischen Heere gegen Preußen fochten, nach der Schlacht von Roßbach ungestraft als ehrliche Kriegsgefangene behandelt wurden. Nach dem unglücklichen Schönbrunner Vertrage erhielt Marschall Berthier die Fürstenkrone, aber sofort nach Napoleon's Sturze wurde die hundertjährige Verbindung mit dem Hause Hohenzollern wieder angeknüpft; die Herstellung vollzog sich in allen Formen Rechtens, Berthier verzichtete ausdrücklich und erhielt von der Krone Preußen eine Entschädigungsrente. Mit heller Freude empfingen die Neuenburger sodann ihren alten König bei seinem Einzuge.

So lange der Lord Marshal und die anderen königlichen Gouverneure der fridericianischen Tage ihr mildes und sorgsames Regiment führten, war die Eintracht zwischen Fürst und Volk immer ungestört geblieben. Die Gemeinden erfreuten sich ihrer uralten Freiheiten; die Landesverwaltung wurde unentgeltlich und — mit einziger Ausnahme des königlichen Gouverneurs — ausschließlich von Landeskindern besorgt, aber die stolzen Patriciergeschlechter, welche die Aemter zu bekleiden pflegten, durften hier nicht, wie überall sonst in der alten Schweiz, ihre Macht zu oligarchischem Drucke mißbrauchen, weil die Gerechtigkeit der Monarchie sie in Schranken hielt. Steuern blieben den Neuenburgern in diesen königlichen Zeiten ganz unbekannt, der Ertrag der Domänen und Regalien nebst einigen Grundzinsen genügte vollauf; der König bezog ein Einkommen von 27000 Thalern, das er regelmäßig zu gemeinnützigen Zwecken im Lande selbst verwendete. Und wie wunderbar war der Wohlstand auf-

*) Blittersdorff's Bericht, 30. September. Bernstorff, Weisung an Maltzahn, 20. September 1830.

geblüht in den unwirthlichen Jurabergen; droben im rauhen Hochthale von La Chaux de Fonds, wo kaum das Korn reifte, lag jetzt eine große Gewerbstadt, die ihre Uhren in alle Welt versendete, und mit dem Reichthum der Pourtalès oder Pury konnte sich manches Fürstenhaus nicht messen.

Alle diese Segnungen der guten alten Zeit schienen jetzt zurückzukehren als die Hohenzollern wieder einzogen. Der König bestätigte von Neuem die alten Landesrechte und verstärkte sie noch indem er den seit Jahrhunderten eingeschlummerten Landtag der Trois Etats wieder ins Leben rief. Der Gewerbfleiß nahm einen neuen Aufschwung, da Preußen und seine Zollverbündeten den neuenburgischen Waaren große Begünstigungen gewährten. Schon begann die gebildete Jugend sich den deutschen Hochschulen zuzuwenden; auch die neue Akademie der kleinen Hauptstadt folgte, trotz der französischen Lehrsprache, den Bahnen deutscher Wissenschaft. Die Söhne der vornehmen Geschlechter, der Pourtalès, Sandoz, Rougemont, Crousaz dienten häufig im Heere oder am Hofe ihres Königs. Auch für die altschweizerische Reisläuferlust des kleinen Mannes war gesorgt durch die Augenweide der Berliner Straßenjugend, das Gardeschützenbataillon, das auf Grund einer vereinbarten Capitulation in Neuenburg angeworben und gleich den Schweizerregimentern des Papstes oder des Königs von Neapel als eine Schaar freiwilliger ausländischer Söldner behandelt wurde.

Gleichwohl zeigten sich bald die Keime inneren Unfriedens, weil das Verhältniß des Fürstenthums zur Eidgenossenschaft sich gänzlich verschoben hatte. Dieser winzige Hausbesitz, der für den preußischen Staat gar nichts leistete, sondern lediglich Wohlthaten von den Hohenzollern empfing, bereitete den Staatsmännern Preußens beständig Verlegenheiten, und nicht lange, so konnte man im Berliner Auswärtigen Amte, das die neuenburgischen wie alle anderen auswärtigen Angelegenheiten bearbeitete, schon die ärgerliche Aeußerung hören: wenn der Canton nur in seinen See versänke! Im achtzehnten Jahrhundert war Neuenburg nur ein zugewandter Ort der Schweiz, ohne Stimme auf der Tagsatzung, der König selbst ein Schweizerbürger und als „lieber treuer Eidgenosse" gleich allen seinen Neuenburgern dem Schweizer Bunde persönlich verpflichtet. Inzwischen hatte die Revolution alle die anderen zugewandten Orte hinweggefegt, die neue Schweiz bestand nur noch aus gleichberechtigten Cantonen, und als das Fürstenthum im Mai 1815 in die Eidgenossenschaft wieder aufgenommen wurde, war der neue Canton die einzige Monarchie in einem Bunde kleiner Republiken. Hardenberg fühlte, welche peinliche Rolle ein königlicher Gesandter auf der Tagsatzung inmitten der republikanischen Amtsgenossen spielen müßte. Um die Reibung zu mindern, bedang er sich daher aus, daß die Verpflichtungen des Fürstenthums gegen die Schweiz allein durch die Neuenburger Regierung, den Staatsrath, ohne Mitwirkung des Königs erfüllt werden sollten. Das wohlgemeinte Auskunftsmittel erwies

sich jedoch bald als ein schwerer Mißgriff. Der König war fortan von Rechtswegen der Eidgenossenschaft fremd und nahm doch thatsächlich an den Beschlüssen ihrer Tagsatzung theil, da der Neuenburger Staatsrath nur aus Beamten des Landesherrn bestand. Aus diesen unklaren Verhältnissen entwickelte sich nun unausbleiblich ein Parteikampf, der im alten Jahrhundert unmöglich gewesen wäre: in den Kreisen der radicalen Jugend entstand eine schweizerisch-republikanische Partei, welche die Trennung von dem Fürstenhause erstrebte, während die Patricier allesammt und auch noch die große Mehrheit des Volks sich ihrer royalistischen Treue rühmten.

Der Gegensatz blieb verhüllt so lange in den Nachbarcantonen die alten Herrengeschlechter ihr stilles Regiment führten; aber sobald nach der Julirevolution die radicale Partei in der Schweiz sich erhob, richtete sie ihre Pfeile sogleich gegen den Fürstenhut der Hohenzollern. Ihr Ziel war die Volksherrschaft in den Cantonen und die Verstärkung der Bundesgewalt. Beides hing unzertrennlich zusammen, denn nur wenn die Cantonalverfassungen allesammt auf denselben demokratischen Grundsätzen beruhten, konnte der lockere Staatenbund sich in einen festen Bundesstaat verwandeln. Die Presse der Schweizer begann mit ihrer eigenthümlichen Grobheit den Federkrieg gegen Neuenburg; sie schilderte die Zustände des bestverwalteten aller Cantone als eine empörende Tyrannei, da nach schweizerischer Anschauung die Freiheit lediglich im Nichtvorhandensein einer monarchischen Gewalt besteht, und erzählte ungeheuerliche Märchen von allen den Schätzen, welche aus der reichen Schweiz in den brandenburgischen Sand geflossen seien. Auch die Zeitungen im nahen Baden ließen sich durch die republikanischen Schlagworte blenden und schämten sich nicht die Neuenburger gegen ihren deutschen Fürsten aufzuwiegeln.

Der König versprach dem Fürstenthum eine Reform der Verfassung, dergestalt daß die Mehrzahl der Ständemitglieder fortan nach allgemeinem Stimmrecht gewählt werden sollte, und sendete im Mai 1831 den General Pfuel mit außerordentlicher Vollmacht ins Land, jenen rüstigen Teutonen, der einst als Commandant von Paris so gut verstanden hatte mit den Wälschen auszukommen. Der neue Landtag ward versammelt, und Alles schien versöhnt. Aber kaum hatte der General im September das Land wieder verlassen, so überrumpelte ein durch eidgenössischen Zuzug verstärkter Pöbelhaufe das Neuenburger Schloß, und die Tagsatzung sah sich genöthigt durch ihre Truppen die Ruhe wiederherzustellen. Nun kehrte Pfuel zurück, berief die treuen Milizen ein, verhaftete die Rädelsführer, und als die Aufständischen im December sich von Neuem erhoben, jagte er sie nach einigen Gefechten im Val de Travers binnen drei Tagen auseinander. Das Land frohlockte; Jedermann wußte, daß die Unruhen nur durch den jungen Tollkopf Leutnant Bourquin und einige radicale Sendlinge aus der Nachbarschaft künstlich angezettelt waren. Ueberall erklang das alte Royalistenlied:

Vive le Roi, vive sa loi,
La liberté chérie!
Vive le Roi, vive sa loi,
Vive notre patrie!

Der König stiftete ein besonderes Ehrenzeichen für die Kämpfer und dankte dem wackeren Völkchen mit warmen Worten: „Diese kleine Gegend hat Europa eine Lehre und ein Beispiel gegeben, welche nicht verloren sein und ihr eine ehrenvolle Stelle in der Geschichte erringen werden.“*) Aber er dankte auch der Tagsatzung für ihre eidgenössische Hilfe.**) Nicht so ruhig dachten seine begeisterten Anhänger unter den Herrengeschlechtern; hier war nur eine Stimme der Entrüstung über die Angriffe der schweizerischen Presse und die wühlerischen Umtriebe in den Nachbarcantonen. Der Oberst der Milizen, Graf Ludwig Pourtalès, schrieb an Otterstedt, den Gesandten bei der Eidgenossenschaft: „Die Beleidigungen der Schweizer ekeln uns an. Die Schweiz will, daß wir uns von unserem König oder von ihr lossagen sollen. Nun wohl, die Wahl ist leicht. Wir wollen unseren König, die Kränkung hat uns diesen feindseligen Bundesgenossen entfremdet.“ Wir wollen nicht die jacobinische Ansteckung; und sollte selbst unsere Trennung von der Eidgenossenschaft zu einer europäischen Frage werden, „um so besser; ich glaube die Intervention ist die einzige Planke der Rettung für die Schweiz.“***) Im selben Sinne sprach eine Flugschrift, die aus diesen royalistischen Kreisen stammte: Les Suisses délibèrent sur le sort de Neuchâtel; ne saurous-nous pas en décider nous-mêmes? Das preußische Auswärtige Amt verwarf solche Pläne gänzlich. Man wußte wohl, wie viel die Verbindung des Fürstenthums mit der Eidgenossenschaft an Werth verloren hatte seit dem Erwachen des schweizerischen Radicalismus. Aber der König wollte weder den Rechtsboden der europäischen Verträge verlassen noch das waffenlose Ländchen dicht an Frankreichs Grenze einem ungewissen Schicksal preisgeben; er wollte auch einen Fuß im Bügel der Eidgenossenschaft behalten, da die Diplomaten des Bürgerkönigs sich so geflissentlich bemühten, die Schweiz wieder, wie in den bourbonischen Zeiten, unter Frankreichs Vormundschaft zu stellen, und befahl daher strenge Zurückhaltung nach beiden Seiten.†) Auf seinen Befehl verstummten die Heißsporne der Royalisten. Der Canton erfüllte seine Pflichten gegen den Bund so gewissenhaft, daß während der nächsten zehn Jahre trotz der herausfordernden Haltung der Radicalen der offene Kampf mit der Tagsatzung noch vermieden wurde.

Trotzdem verwickelte sich Preußens schweizerische Politik mehr und mehr in einen tragischen Widerspruch. Bei gutem Willen hüben und

*) Cabinetsordre an Pfuel, 31. Dec. 1831.

**) Ancillon, Weisungen an Otterstedt, 4. Oct. 25. Nov. 1831.

***) Pourtalès an Otterstedt, 8. 25. Jan. 1832.

†) Otterstedt's Bericht 14. Jan. Ancillon, Weisung an Otterstedt 7. Febr. und Bericht an den König 17. März 1832.

drüben konnte das kleine Fürstenthum unter der Oberhoheit eines starken republikanischen Bundesstaates zur Noth ebensowohl fortbestehen, wie heute die hanseatischen Städterepubliken unter dem monarchischen Deutschen Reiche. Aber die Partei, welche die nothwendige Bundesreform verlangte, vertrat zugleich die Ideen des Radicalismus, sie forderte mit wachsender Dreistigkeit die Vertreibung der Hohenzollern aus der Eidgenossenschaft, alle ihre Blätter wiederholten beharrlich das alte Kraftwort, daß Schweizer „sich nicht beherren" dürften. So sah sich Preußen gradezu gezwungen, in der Bundespolitik die Vorkämpfer des Particularismus, die schweizerischen Conservativen zu unterstützen. Zu ihnen hielten sich der alte Staatsrath Sandoz-Rollin und alle die anderen wohlmeinenden Patricier, welche das Neuenburger Land regierten; ihre Führer in Bern, Basel, Zürich standen mit Otterstedt in beständigem Verkehr. Doch was auch die Radicalen durch Uebermuth und Gewaltthätigkeit sündigten, ihnen gehörte die Zukunft; und kam dereinst der Tag, da die Bundeseinheit über den Particularismus triumphirte, dann stand der Hohenzollernsche Canton in den Reihen der geschlagenen Partei. Niemand erkannte diese Gefahren deutlicher als General Pfuel. Der war jetzt Gouverneur des Fürstenthums, gewann die Herzen der Jugend durch seine Schwimmschulen im See, die Achtung aller Parteien durch sein ehrliches Wohlwollen. Das zuchtlose Gerede der Radicalen behagte dem liberalen Offizier ebenso wenig wie die calvinische Engherzigkeit und der beschränkte Vetterngeist der Royalisten; ein Trost nur, daß er an Agassiz einen geistreichen Umgang fand, wie er ihn in seinem Berliner literarischen Freundeskreise genossen hatte. Schon im Jahre 1832 sprach er dem Könige offen aus, bei dem nahen Zusammenbruche der alten Bundesverfassung würde sich der neuenburgische Fürstenhut schwerlich halten lassen. —

Gleichviel, überall wo die schwarzweißen Fahnen wehten behauptete das Königthum noch sein altes Ansehen. Mit Erstaunen bemerkten Freund und Feind, wie treu das katholische Rheinland zu seinem Herrscher stand; die schwerste unter allen den schweren Aufgaben, welche der Wiener Congreß diesem Staate gestellt, schien glücklich gelöst. Zahllose Sendboten aus Frankreich und Belgien trieben am Rhein ihr Wesen; überall fanden sie taube Ohren, überall wurden die vaterländischen Truppen, als sie zum Schutze der Westgrenze heranzogen, mit offenen Armen aufgenommen, und Prinz Wilhelm der Aeltere, der als Gouverneur an den Rhein kam, gewann sich in Köln bald die allgemeine Verehrung. Nur die dreistere Sprache des Clerus ließ zuweilen schon errathen, daß die Nachbarschaft der belgischen Priesterherrlichkeit mit der Zeit vielleicht den Frieden der preußischen Rheinlande stören würde. Begreiflich also, daß die harmlosen preußischen Zeitungen im Selbstlobe schwelgten und der rheinische Pädagog Aldefeld in zweifelhaften Versen weissagte, das starke Preußen werde fortan das Land der Ruhe heißen. Aber auch einsichtige Beobachter erkannten

an, wie überlegen dieses Volk mit seiner Zucht und Treue inmitten der aufgeregten Nachbarn stand. Selbst der Holste Rist, der sonst nach Landesbrauch auf Preußen tief herabgesehen hatte, pries jetzt, da er die westlichen Provinzen durchreiste, die glückliche Ordnung des wohlregierten Staates. Noch zuversichtlicher schrieb der junge Hauptmann Helmuth v. Moltke in seinem geistreichen Buche über Polen: Der preußische Staat zeichnet sich aus durch sein unaufhaltsames ruhiges Fortschreiten, durch die stätige Entwicklung seiner inneren Verhältnisse, „welche Preußen an die Spitze der Reformen, der Aufklärung, der liberalen Institutionen und einer vernünftigen Freiheit — mindestens in Deutschland gestellt haben.“

Wieder wie in den Zeiten der ersten Revolution fühlten sich die Preußen stolz als Mannen ihres Königs, und begrüßten den alten Herrn wo er sich zeigte mit stürmischen Huldigungen. Und wie damals zur Antwort auf den Marseiller Marsch das Heil Dir im Siegerkranz erklungen war, so machte jetzt das neue Preußenlied, gedichtet von Rector Thiersch, dem Bruder des Münchener Philologen, und von Neithardt in Musik gesetzt, die Runde auf allen vaterländischen Festen. Mochten die Liberalen des Südens über den preußischen Hochmuth schelten, sie fühlten doch mit stillem Neide, daß diese stolzen Klänge ganz etwas Anderes bedeuteten als alle jene läppischen Farbenlieder auf das Weiß der Unschuld und das Grün der guten Hoffnung, welche die kleinen Hofpoeten zum Preise ihrer geschichtslosen Landeskokarden anfertigten; sie ahnten die Wahrheit der Verse: „daß für die Freiheit meine Väter starben, das deuten, merkt es, meine Farben an.“ Die Erinnerungsfeiern der alten Landwehrmänner und Kriegskameraden verliefen meist anspruchslos und ohne Wortprunk, nur in Berlin pflegte Fouqué schmetternde Husaren-Reden zu halten; aber sie hielten unter den Versammelten das Gefühl der Staatseinheit wach. Als dem Prinzen Wilhelm 1831 am siegverheißenden Jahrestage der Leipziger Schlacht ein Sohn geboren wurde, der vermuthliche Thronfolger, da erklang in allen Provinzen ein Freudenruf, der offenbar aus den Tiefen der Herzen kam. Und da man sich so stolz und sicher fühlte, so gewann auch der Traum der deutschen Einheit in einzelnen Kreisen der preußischen Jugend schon eine festere Gestalt. Die Bonner Burschenschafter schwärmten für das preußische Kaiserthum, und es war ein Sohn des linken Rheinufers, der diesen Gedanken zuerst im Liede aussprach. Karl Simrock hatte soeben die Aengstlichkeit der Regierung am eigenen Leibe erfahren — denn die alte Furcht vor den Demagogen war noch immer nicht verschwunden, und das Justizministerium hielt für nöthig, seinen Beamten alle absprechenden politischen Urtheile an öffentlichen Orten zu untersagen; er hatte den Staatsdienst verlassen müssen wegen eines Gedichtes auf Frankreichs drei Tage und drei Farben, das ihm in der ersten Aufregung der Juliwochen entstanden war. Doch die Unbill focht den Treuen nicht an. Gleich darauf schilderte er in einem

feurigen Liebe, wie der Siegeswagen vom Brandenburger Thor durch Land und Volk dahinfuhr; er sah „das Scepter Karls des Großen in Friedrich Wilhelms Hand“ und hörte den alten Blücher sprechen:

> Es möge sterben
> Was nicht zu leben weiß.
> Und fragt ihr nach dem Erben?
> Das junge Preußen sei's!

Bei solcher Gesinnung vermochten die constitutionellen Kämpfe der kleinen Staaten nur wenig Theilnahme zu erwecken, und die Süddeutschen klagten bitterlich über die politische Unreife der preußischen Nachbarn. Allerdings nahm die Sorge um Haus und Wirthschaft in dem langsam wieder aufblühenden verarmten Lande noch immer die besten Kräfte der Männer in Anspruch, die praktischen Fragen der Steuervertheilung und der Ortsverwaltung standen diesem hart arbeitenden Geschlechte weit näher als der Gedanke an die verheißenen Reichsstände. Der eigentliche Grund der unwandelbar ruhigen Haltung des Landes lag jedoch in der kräftigen Staatsgesinnung, welche dies Volk vor den anderen Deutschen voraus hatte. Zwei Jahre lang blieben die Preußen in der Erwartung eines Weltkrieges; sie wußten, daß sie fast allein diesen Kampf würden entscheiden müssen, denn auf die Kriegsmacht ihrer kleinen deutschen Bundesgenossen blickten sie mit wohlberechtigter Geringschätzung. Sie trugen ohne Murren die schwere Einquartierung und alle die anderen drückenden Lasten des bewaffneten Friedens. Wie hätte ein kriegerisch erzogenes Volk den Gedanken fassen sollen, in so drangvoller Zeit, gleichsam im Angesichte des Feindes, die Krone mit Bitten zu bestürmen, welche doch nicht durch drängende Noth geboten waren?

Fast kindlich harmlos zeigte sich diese Königstreue auf dem Westphälischen Landtage. Dort war unter Stein's Leitung das ständische Leben immer rege geblieben, und im December 1830 beschloß der Landtag den König um die Berufung des Reichstages zu bitten, der „die verschiedenen Provinzen mit einem neuen geistigen Bande umschlingen“, die erkaltete Theilnahme an den Landständen allenthalben beleben werde. Aber Stein selbst, der Landtagsmarschall, hegte jetzt Zweifel, ob der Antrag in solchen Tagen der Gährung und der Kriegsgefahr nicht unzart oder unzeitgemäß erscheinen werde; er übernahm es endlich den Gouverneur um seine Vermittlung zu bitten, und als Prinz Wilhelm, auf einen Wink aus Berlin, sich bedenklich äußerte, gaben die Stände gehorsam ihr Vorhaben auf. Stein erwähnte des Antrags im Landtagsberichte und erinnerte den König an „das schöne Lob seines Ahnherrn Wilhelm von Cleve: sein Wort das war sein Siegel;“ doch auf die Vorstellungen des Oberpräsidenten Vincke strich er diese Sätze wieder, und des ganzen Vorfalls, der bei Hofe lebhafte Besorgnisse erregt hatte, ward amtlich mit keinem Worte mehr gedacht. In den übrigen Provinziallandtagen war von den verheißenen Reichs-

ständen gar nicht die Rede. Selbst die Altpreußen hielten sich still, obgleich ihr ständischer Ausschuß schon vor'm Jahre erklärt hatte, Preußen bedürfe einer reichsständischen Verfassung, da die Nachbarstaaten durch ihre Institutionen allmählich ein Uebergewicht gewännen*); der Landtag wagte nur in aller Ehrfurcht um die Oeffentlichkeit der provinzialständischen Verhandlungen zu bitten.

Auch in den zahlreichen Flugschriften der Preußen wurde das Verlangen nach einer Verfassung nirgends laut; kaum daß einmal ein stiller Gelehrter, wie der Schlesier Thilo in seiner Schrift „was ist Verfassung" den theoretischen Beweis führte: der Fürst vertrete den Staat doch nur nach außen, folglich müsse das Volk im inneren Staatsleben seine eigene Vertretung erhalten. Nur ein Mann wagte in diesen Jahren den König unumwunden an die alte Verheißung zu erinnern: der rheinische Kaufherr David Hansemann, ein evangelischer Predigerssohn aus dem Hamburgischen, der in jungen Jahren die französische Verwaltung gründlich kennen und leider auch überschätzen gelernt, dann in Aachen die große Feuerversicherungs-Gesellschaft gegründet und durch seine glänzende geschäftliche Begabung in der strengkatholischen Stadt ein unbestrittenes Ansehen errungen hatte. In einer „Denkschrift über Preußens Lage und Politik", die er im Dec. 1830 dem König einsendete, sprach er durchaus als treuer preußischer Patriot; er erkannte dankbar an, wie stark sein Staat in dem zerfahrenen Treiben der deutschen Kleinstaaterei dastehe, und hoffte die Zeit noch zu erleben, da die undeutschen Länder dereinst aus dem Bunde ausscheiden, Preußen aber die Führung eines Bundesraths und eines deutschen Reichstags übernehmen würde. Doch mit der ganzen Rücksichtslosigkeit, welche alle neuen socialen Mächte auszeichnet, vertrat er zugleich die Interessen seines jungen rheinischen Bürgerthums. Ihm war unzweifelhaft, daß „die bei dem lebendigsten und mittheilendsten Volke Europas herrschenden Principien" sich überall in der Welt verbreiten müßten, daß jede vernünftige Regierung sich auf die Mehrheit des Vermögens und der Bildung — gleichviel woher diese stammten — zu stützen habe, und Preußen jetzt im Begriff stehe aus der Feudalzeit durch den Beamtenstaat zu dieser Mehrheitsherrschaft überzugehen. Die ständische Gliederung der Provinziallandtage verwarf er gänzlich, weil jeder Abgeordnete von Köln oder Aachen hundertundzwanzigmal mehr Köpfe, vierunddreißigmal mehr Steuerkraft vertrete als ein Mitglied der rheinischen Ritterschaft. Er glaubte zu wissen, daß die Städte durch Kenntnisse und politische Bildung weit mehr bedeuteten als das flache Land, daß der Thron an den großen Kaufleuten und Fabrikanten, die bei Krieg oder bürgerlichen Unruhen Alles zu verlieren hätten, mindestens eine

---

*) Protokoll des ständischen Ausschusses (v. Kuhnheim, v. Hake, Graf Dohna-Reichertswalde) Königsberg 23. Jan. 1829.

ebenso feste Stütze fände wie an dem Grundadel, und forderte darum außer einem Oberhause, das aus Majoratsbesitzern und aus Vertrauensmännern der Krone bestehen sollte, eine von den Höchstbesteuerten gewählte zweite Kammer.

Also traten die neuen Anschauungen, welche sich in den großen Städten des Rheinlandes unter der Herrschaft des napoleonischen Gesetzbuchs und der beständigen Einwirkung französischer Ideen gebildet hatten, zum ersten male freimüthig vor den Thron. Dieser neue Mittelstand hielt sich in seinem jugendlichen Selbstgefühle für den Staat selber; er ließ in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt nur noch den einen Unterschied gelten, der im Mittelstande vorherrscht, den Unterschied des Geldes und des Wissens. Der König nahm die Denkschrift nicht unfreundlich auf, doch weder er noch seine Räthe erkannten, welch eine starke, zukunftssichere sociale Macht hinter den Vorschlägen des rheinischen Kaufmanns stand. Die Versöhnung zwischen dem Westen und dem Osten, die man in Berlin schon beendet glaubte, hatte in Wahrheit noch kaum begonnen; zwischen dem abstrakten Staatsbürgerthum der rheinischen Städter und der altständischen Gesinnung der brandenburgischen Grundherren lag eine Kluft, die nur durch die Arbeit langer Jahre überbrückt werden konnte.

Auch im Osten war die Zufriedenheit bei Weitem nicht so ungetrübt, wie man aus der allgemeinen Stille wohl schließen mochte. Es konnte nicht fehlen, daß die Gelehrten und Beamten aus den eifrig gelesenen ausländischen Zeitungen neue Gedanken einsogen, und wenngleich die Zahl der Constitutionellen noch sehr gering blieb, so bekundete sich doch der altpreußische Widerspruchsgeist oft in scharfer Kritik, und die österreichischen wie die kleinfürstlichen Diplomaten vermochten sich über die liberale Gesinnung dieser Bureaukratie nicht genug zu verwundern.*) Im Volke aber mußte die Beamtenherrschaft, wie Tüchtiges sie auch leistete, zuletzt manches Mißtrauen erregen, weil sie unbeschränkt schaltete. Selbst Reaube's Jahrbücher der preußischen Provinzialstände — die einzige Zeitschrift, die sich mit dem Stillleben der Provinziallandtage befaßte — brachten unter einem Wuste stillvergnügter Philisterbetrachtungen zuweilen schon einen heftigen Ausfall wider dies ungeheuere Beamtenheer, das sich stets nur aus sich selbst ergänze, während in England und Frankreich auch ein Kaufmann oder Grundbesitzer Minister werden könne: in Preußen müssen immer 49 Menschen arbeiten um einen Beamten zu ernähren!

Noch bitterer äußerte sich der Adelshaß der bürgerlichen Kreise. Der einzige der altgermanischen Geburtsstände, der sich inmitten der Berufsstände der neuen Gesellschaft noch erhalten hatte, konnte der in sich selbst verliebten modernen Bildung nur widerwärtig erscheinen. Da der Adel zudem auf den Provinzial- und Kreistagen ein ganz unbilliges Uebergewicht

*) Frankenberg's Berichte, Berlin 20. Aug. 1830 ff.

behauptete, so klagte alle Welt über die Macht des Junkerthums und zählte mit widerwärtigem Kleinsinn nach, wie viele Edelleute in den hohen Staatsämtern säßen. Die vorletzten Minister der Justiz und der Finanzen, Kircheisen und Klewiz waren bürgerlich geboren, ihnen folgten die Edelleute Danckelmann und Motz; als diese starben und jetzt wieder zwei Bürgerliche, Mühler und Maassen eintraten, da jubelte die gesammte Presse, wie liberal Preußen geworden sei. Und doch war unter den drei Finanzministern der Edelmann unzweifelhaft der freieste Kopf, und bei allen diesen Ernennungen hatte der König die Frage der Geburt gar nicht in Betracht gezogen. Ja sogar als Ancillon nachher ins Ministerium berufen wurde, erhoben die Zeitungen ein Freudengeschrei über den bürgerlichen Minister, dessen reaktionäre Gesinnung man doch kannte. Vornehmlich im Heere sollte der Adel ungebührlich bevorzugt sein; aber auch bei dieser landläufigen, und nicht ganz grundlosen Klage spielten gehässige Uebertreibung und Unkenntniß mit. Unter den Generalen und Obersten des stehenden Heeres konnten sich nur vereinzelte Bürgerliche befinden, weil erst Scharnhorst die alten Vorrechte des Adels beseitigt, erst der Befreiungskrieg eine größere Anzahl bürgerlicher Offiziere in die Regimenter der Infanterie und der Reiterei eingeführt hatte. In den mittleren Stellen hingegen war der Adel schwächer vertreten als in den untersten; von den Stabsoffizieren war fast ein Fünftel, von den Hauptleuten und Rittmeistern beinahe die Hälfte bürgerlich, von den Secondelieutenants nur ein Zwanzigstel, weil der Kriegsdienst in diesen stillen Friedensjahren nichts Verlockendes hatte und der junge Nachwuchs mithin ganz überwiegend von jenen alten Soldatengeschlechtern gestellt wurde, welche das Waffenhandwerk als den Beruf ihres Hauses betrachteten.

All dieser kleine Groll blieb für jetzt noch halb verborgen; wer aber die stille tiefe Leidenschaft der norddeutschen Stämme kannte, der mußte einsehen, daß es nun endlich an der Zeit war, den Gegensätzen der Landschaften, der Stände, der politischen Gesinnungen einen freien Kampfplatz zu eröffnen. Ein aus den Provinzialständen hervorgegangener berathender Reichstag, wie er versprochen war, konnte jetzt, da Niemand ihn ungestüm forderte, von dem treuen Volke nur mit Dank begrüßt werden, er konnte nicht die Macht des gerade in diesen Tagen unbeschreiblich geliebten Königthums erschüttern, sondern nur die Staatseinheit befestigen und die Preußen daran gewöhnen, daß sie in gemeinsamer politischer Arbeit einander verstehen und ertragen lernten.

Sehr nachdrücklich mahnte auch der Zustand des Staatshaushalts an die Einlösung des alten Versprechens. Während die anderen Bundesstaaten gar nichts leisteten, verwendete Preußen für die Beschützung der deutschen Grenzen binnen anderthalb Jahren 39,28 Mill. Thaler, vier Fünftel seiner regelmäßigen Jahreseinnahmen. Da förmliche Anleihen nur noch unter der Bürgschaft der Reichsstände erfolgen durften und der

gutmüthige König zu einer Steuer-Erhöhung sich auch nicht entschließen wollte, so wurden diese Ausgaben vorläufig gedeckt durch Zahlungen aus dem Staatsschatze, durch kurze Darlehen der Seehandlung, durch die Einziehung der entbehrlichen Capitalbestände der Staatsverwaltung, ja sogar der hinterlegten Cautionen der Beamten, und dann nach und nach aus dem wachsenden Ertrage der neuen Abgaben zurückgezahlt.*) Das Alles ward mit altpreußischer Genauigkeit abgewickelt; doch wohin sollte dies geheime Treiben führen, wenn der Zustand des bewaffneten Friedens sich verlängerte oder gar der Weltkrieg ausbrach? Und war es eines stolzen Staates würdig, wenn die veröffentlichten Jahresbudgets in solcher Zeit immer nur von dem vollkommenen Gleichgewichte der regelmäßigen Einnahmen und Ausgaben fälschlich berichteten? Jene schweren Aufwendungen für Deutschlands Sicherheit wurden ängstlich geheim gehalten, wie die Schulden eines leichtsinnigen Jünglings; und doch gereichten sie der preußischen Staatskunst zu hoher Ehre, und doch mußten sie, wenn man sie offen eingestand, dem Volke der Kleinstaaten, soweit es nicht durch die Polenschwärmerei verdorben war, handgreiflich beweisen, daß Preußen allein für das große Vaterland Opfer brachte.

Aber die Noth des Augenblicks ging vorüber, und fester denn je war der König jetzt überzeugt, mit der Einrichtung der Provinzialstände das Rechte getroffen zu haben. Er hatte einst, als ihm die Verordnung vom Mai 1815 vorgelegt wurde, das Steuerbewilligungsrecht des Reichstags eigenhändig ausgestrichen und dem Reichstage nur berathende Befugnisse gewährt; er hatte fünf Jahre darauf den künftigen Reichsständen nur darum die Mitwirkung bei Staatsanleihen zugestanden, weil er bestimmt hoffte, daß die Monarchie neuer Schulden nicht mehr bedürfe, bei augenblicklichen Verlegenheiten aber die Seehandlung eintreten könne; er hatte damals nachdrücklich ausgesprochen: „Repräsentanten der Nation, Repräsentation des Volks, Landesrepräsentanten, das verbitte ich mir; Reichsstände liebe ich auch nicht, aber ich habe auch nichts dagegen."**) Nun sah er sein Volk zufrieden, unvergleichlich zufriedener als die Bewohner der benachbarten constitutionellen Staaten. Nichts drängte zu einer entscheidenden Aenderung, und wer das enge, schwunglose Wesen des Königs durchschaute, mußte voraussehen, daß die Reichsstände bei seinen Lebzeiten niemals zu Stande kommen würden. Und wie schwer, ja unmöglich erschien ein solcher Entschluß Angesichts der allgemeinen Lage Europas! Dahin war es doch gekommen durch die brutale Schroffheit Lord Palmerston's und des Czaren Nikolaus, daß die Welt in die zwei großen Heerlager der constitutionellen Staaten und der absoluten Monarchien zerfiel. Wie die

*) Uebersicht über den Staatshaushalt der J. 1830—40 von Rother, Alvensleben, Voß, 11. Febr. 1841.

**) So erzählt Rother in seiner Denkschrift v. 18. Mai 1847: „Mein Antheil an den Verordnungen v. 22. Mai 1815 u. 17. Jan. 1820."

Dinge lagen hatte Preußen zunächst nur einen Feind zu fürchten: das revolutionäre Frankreich, das seine frechen Anschläge auf die Rheingrenze mit unbelehrbarer Verblendung kundgab. Wer durfte dem deutschen Staate zumuthen, die sichere Bundesgenossenschaft der Ostmächte mit der treulosen Freundschaft der Freiheitsheuchler Westeuropas zu vertauschen? —

Im Uebrigen ward der mildere und freiere Geist, der seit dem Ende der zwanziger Jahre in der Regierung vorherrschte, durch die Juli-Revolution nicht erschüttert. Während Bernstorff die Kriegspläne des Czaren vereitelte, die constitutionelle Bewegung in den norddeutschen Nachbarstaaten mit wohlwollender Zurückhaltung gewähren ließ, die Erhebung der Braunschweiger sogar selbst zum glücklichen Abschluß brachte, führte Maassen die von Motz eingeleiteten Zollvereinsverhandlungen fort und der Staatsrath arbeitete weiter an den Reformgesetzen. Die seit Jahren mit den Provinzialständen besprochene Landgemeinde-Ordnung kam freilich noch immer nicht zu Stande, da das unübersehbare Gewirr der örtlichen Interessen sich jeder Neuerung entgegenstemmte. Aber am 17. März 1831 wurde die revidirte Städteordnung veröffentlicht. Stein selbst begrüßte diesen Umbau seines eigenen Werkes mit Freuden, weil das neue Gesetz an den bewährten Grundsätzen der Selbstverwaltung nichts änderte, sondern nur einige durch die Erfahrung erwiesene Uebelstände behutsam hinwegräumte; und Savigny erwies in einer geistvollen Abhandlung, daß die Neuerungen in der That meist Verbesserungen waren. Die Städte erhielten fortan eine erhöhte Selbständigkeit, indem sie durch Ortsstatute das allgemeine Gesetz ergänzen, zum Theil selbst abändern durften; die Befugnisse des Magistrats, der bisher von den Stadtverordneten ganz abhängig gewesen, wurden etwas erweitert; die Regierungen sollten bei Streitigkeiten zwischen Magistrat und Stadtverordneten entscheiden und überhaupt ein schärferes Aufsichtsrecht ausüben, was dringend nöthig war, da in einzelnen heruntergekommenen kleinen Städten sich arge Mißbräuche eingenistet hatten. Dazu einige neue Bestimmungen über das Bürgerrecht, die sich von selbst ergaben seit die neue Gewerbefreiheit den Bürgern das Vorrecht des Gewerbebetriebs genommen hatte. Bedenklich war nur, daß die Grundherren der Mediatstädte ihre alten Communalrechte behalten sollten.

Bei der Einführung des Gesetzes verfuhr die Krone mit einer zarten Schonung, welche von der scharfen Centralisation der meisten constitutionellen Staaten seltsam abstach. Alle Städte, die schon unter Stein's Gesetze standen, verblieben bei dieser Ordnung, falls sie nicht ausdrücklich die Verleihung des neuen Gesetzes beantragten. In den anderen sollte das revidirte Gesetz provinzenweise nach und nach eingeführt werden; die Oberpräsidenten erhielten aber den Auftrag, zuvor mit den Landtags-Abgeordneten des Standes der Städte zu berathschlagen. Wie wohlgemeint die Reform auch war, die Macht des Beharrens, die im Gemeindeleben so unwiderstehlich waltet, und das stille Mißtrauen gegen das Beamten-

thum bewirkten doch, daß von allen Städten, welche die alte Städteordnung besaßen, nur drei die Einführung des neuen Gesetzes verlangten: das schöne alte Königsberg in der Neumark und zwei brandenburgische Landstädtchen.

In den neuen Provinzen dagegen bewährte sich wieder einmal die zähe Widerstandskraft des Particularismus. Die Stände der Provinz Sachsen freilich nahmen das neue Gesetz sofort dankbar an, sie freuten sich der alten kursächsischen Vetternherrschaft entledigt zu werden. Die Westphalen, die sich um Vincke versammelten, wünschten das alte Gesetz ihres Landtagsmarschalls,*) doch da sie an dem neuen Gesetze nur wenige Bestimmungen anstößig fanden, so begannen langwierige Verhandlungen mit den einzelnen Communen, bis endlich im Jahre 1841 die revidirte Städteordnung in allen größeren Städten der Provinz eingeführt war. Um dieselbe Zeit ward die Reform auch in Posen beendigt. Die Neuvorpommern aber wollten weder das alte noch das neue Gesetz, sie bestanden hartnäckig auf ihren durch die schwedischen Freiheitsbriefe verbürgten Städteverfassungen, fanden an dem romantischen Kronprinzen einen warmen Fürsprecher**) und setzten schließlich ihren Willen durch; nur einzelne unvermeidliche Aenderungen sollten noch mit den Bürgerversammlungen von Stralsund, Greifswald, Barth vereinbart werden. Ebenso hartnäckig hielten die rheinischen Stände an ihrer napoleonischen Gemeindeordnung fest, weil die Trennung von Stadt und Land in dem hochentwickelten wirthschaftlichen Leben des Rheinlands schwer durchzuführen war, aber auch weil dies Volk mit seiner bureaukratischen Gewöhnung den Segen deutscher Selbstverwaltung nicht verstehen wollte. Auch sie erreichten, daß die französischen Gesetze vorläufig fortbestanden; nur drei Städte der Provinz nahmen die neue Städteordnung freiwillig an. Diese Nachgiebigkeit der Krone erregte in der reaktionären Partei am Hofe schwere Besorgniß. Herzog Karl von Mecklenburg beschwor den König das Zugeständniß zurückzuziehen: selbst in constitutionellen Staaten werde den Unterthanen nie erlaubt zwischen verschiedenen Gesetzen zu wählen. Wie so oft schon drohte er wieder den Vorsitz im Staatsrathe niederzulegen. Friedrich Wilhelm aber erwiderte: die revidirte Städteordnung sei kein neues, sondern nur ein verbessertes Gesetz; also müsse den Städten die Wahl frei bleiben, damit das Volk zufrieden gestellt und die Mannichfaltigkeit der örtlichen Verhältnisse berücksichtigt würde.***)

Diese Klagebriefe des Herzogs waren nur eine der Rauchsäulen, welche zuweilen aus dem verdeckten Brande des höfischen Parteikampfes emporstiegen. Preußens kluge und selbständige Haltung gegenüber der Revolution

*) Vincke's Bericht, Münster 17. April 1831.

**) Votum des Kronprinzen über die vorpommerschen Städte, 11. April 1831.

***) Herzog Karl v. M. an den König, 1. März, an Wittgenstein, 8. März. Cabinetsordre an Herzog Karl, 7. März 1831.

erfüllte die Hochconservativen mit Unmuth. Bernstorff aber stand fest im Vertrauen des Königs, er besaß an General Witzleben einen treuen Rückhalt, und selbst Fürst Wittgenstein hielt als Mann des Friedens jetzt zu ihm. Als er im Frühjahre 1831, von langer Krankheit erschöpft, sein oft gestelltes Abschiedsgesuch erneuerte, da antwortete Friedrich Wilhelm, er könne ihn nicht entbehren, sei aber bereit zur Aushilfe einen zweiten Minister anzustellen. Nun wurde Werther aus Paris berufen. Der feine Diplomat fühlte jedoch selbst, daß er zum Führer nicht geschaffen war, und lehnte ab. Bernstorff blieb im Amte, und auf seinen Antrag wurde Eichhorn, der schon bisher die deutsche Politik Preußens geleitet hatte, förmlich an die Spitze der zweiten Abtheilung des Ministeriums gestellt; die regelmäßige europäische Correspondenz führte Ancillon unter dem Titel eines Staatssekretärs — nicht immer zur Zufriedenheit des Ministers, der die österreichischen Neigungen seines alten Mentors längst nicht mehr theilte.*) Um so fester schloß sich Bernstorff an Eichhorn an; er ließ ihm in den deutschen Dingen fast ganz freie Hand und lobte den der Hofburg so tief verhaßten Demagogen überall als die Seele der preußischen Zollpolitik. Kaum minder verrufen war in Wien Geh. Rath Kühne aus dem Finanzministerium, und auch er gewann unter Motz's Nachfolger Maassen noch stärkeren Einfluß. Da Schuckmann's bureaukratische Steifheit in so bewegter Zeit nicht mehr ausreichte, so wurde der alte Herr, gegen seinen Wunsch, bewogen, in eine Theilung seines Departements zu willigen, und dies neu abgezweigte Ministerium des Innern und der Polizei dem Frhrn. v. Brenn anvertraut. Die erledigte Stelle des Kammergerichtspräsidenten erhielt Grolman, der Bruder des Generals und Sohn des berühmten alten Obertribunalspräsidenten, ein ausgezeichneter Jurist von unabhängiger Gesinnung, der nun sogleich als Haupt des liberalen Richterstandes in Verruf kam. An die Spitze des Generalstabs war Krauseneck getreten, ein entschiedener Gegner der Anmaßungen Oesterreichs**); selbst General Boyen, der Vielverleumdete, gewann allmählich das Vertrauen des Monarchen wieder und ward zur Berathung der Militärgesetze zugezogen.

Auf den Universitäten durften alle Schulen der Wissenschaft in voller Freiheit sich entfalten. Während Altenstein und sein Johannes Schulze die Schüler Hegel's nach Kräften begünstigten und sogar dem liberalen Rhetor Ed. Gans zu einem ordentlichen Lehrstuhle in Berlin verhalfen, wurde der Todfeind der Hegelianer, Schleiermacher nach langer Entfremdung vom Könige wieder ausgezeichnet. Er dankte tief gerührt, da er doch einst im Agendenstreite dem Monarchen persönlich als lite-

---

*) Bernstorff's Berichte an den König 18., 27. April, 27. Juni. Werther an Bernstorff 26. Juni. Cabinetsordres an Bernstorff 26. April, 4. Juni, 6. Juli 1831.

**) s. o. III. 330.

rarischer Widersacher entgegengetreten war, und als der Pariser Messager (Februar 1831) ihn einen Führer der preußischen Linken nannte, hielt er sich verpflichtet öffentlich ein Zeugniß abzulegen für die königliche Gesinnung der Preußen. „Ihre Ausdrücke: rechte und linke Seite, linkes und rechtes Centrum — so antwortete er — sind unsern Verhältnissen völlig fremd. Wir haben seit dem Tilsiter Frieden reißende Fortschritte gemacht, und das ohne Revolution, ohne Kammern, ja selbst ohne Preßfreiheit; aber immer das Volk mit dem König und der König mit dem Volk. Müßte man nun nicht seiner gesunden Sinne beraubt sein, um zu wähnen, wir würden von nun an besser vorwärts kommen mit einer Revolution? Darum bin ich auch meinestheils sehr sicher, immer auf der Seite des Königs zu sein, wenn ich auf der Seite der einsichtsvollen Männer des Volkes bin." Das liberale Pariser Blatt unterschlug diese Erwiderung, und als sie dann in einer Berliner Zeitung erschien, da schimpfte die süddeutsche liberale Presse auf die Knechtsgesinnung des preußischen Hofpfaffen, der die unwissende Anmaßung der Franzosen so würdig zurückgewiesen hatte.

Zum Schrecken Metternich's wurde nunmehr auch Wilhelm Humboldt in den Staatsrath zurück berufen. Eben in den Tagen da die ersten Schreckensnachrichten aus Paris eintrafen, hatte er das neue Museum der öffentlichen Benutzung übergeben. Der König zeigte sich hoch erfreut über die sinnige Auswahl der Gemälde, über die schönen, von Rauch meisterhaft restaurirten antiken Bildwerke, und er beschloß auf Humboldt's Vorschlag, die Erweiterung der Sammlungen nicht einem Manne, sondern einer Commission von Künstlern anzuvertrauen. Sein dankbares Herz drängte ihn aber auch, das alte Unrecht aus den Karlsbader Tagen zu sühnen, zumal da der Kronprinz und Witzleben sich des Gekränkten eifrig annahmen. Politisch bedeutete diese Ernennung jetzt nur noch wenig. Humboldt lebte der Welt entfremdet; immer wieder klangen ihm die Worte durch den Sinn, die ihm einst seine Gattin in Sorrent zugerufen:

Was in Liebe war verbunden,
Treu in Liebe ward erfunden,
Findet sich im Weltenall.

Seine Gedanken galten dem dunklen Jenseits, das er sich doch, wie alle großen Köpfe, mit dem Diesseits fest verknüpft dachte, und da er in dem mächtigen Gewebe der Geschichte die Personen und die allgemeinen Ereignisse als Zettel und Einschlag, die Personen aber als die entscheidende Macht ansah, so kam ihm schließlich Alles darauf an, welche geistigen Kräfte der Mensch aus dieser Welt mit sich fortnehme: „ich kann es nicht für gleichgiltig halten, ob man vor dem Dahingehen zur wahren Klarheit des im Leben in Ideen Erstrebten gelangt oder nicht." Diese Hoffnung auf die Ewigkeit des Schauens und Erkennens nahm seine Seele ganz ein; was

ihm von Thatkraft noch blieb, wollte er verwenden um die Gedankenarbeit so vieler Jahre zum Abschluß zu bringen, das Werden der Menschheit aus den Gesetzen der Sprachbildung zu erklären. Neben solchen wissenschaftlichen Plänen verloren die Kämpfe der Politik jeden Reiz für ihn. Aber sein Name genügte um die Anhänger Oesterreichs zu beunruhigen: was konnte er nicht Alles anstiften mit Hilfe „der encyclopädischen Katze", seines Bruders Alexander, mit dem der König so gern verkehrte?

Voll Hasses stand allen diesen freieren Köpfen am Hofe „die mecklenburgische Clique" gegenüber, wie Prinz Wilhelm der Jüngere sie treffend nannte: voran Herzog Karl, der unermüdlich in aufgeregten, inhaltlosen Denkschriften den Kreuzzug für das legitime Recht predigte, dann seine schöne Schwester Friderike und ihr Gemahl Ernst August von Cumberland, endlich Kamptz „der Nasenquetscher" — so hieß er bei den jungen Herren. Der hatte der alten Heimath in der neuen nicht vergessen und schrieb noch als preußischer Minister umfängliche Bücher über die Mysterien des Civilprocesses, der adlichen Klöster, der landständischen Rechte Mecklenburgs. Aus der Ferne gab Großherzog Georg von Strelitz mit seinen Ministern Oertzen und Dewitz dem Bruder Karl Rathschläge. Auch General Müffling, der kürzlich, keineswegs zu seiner Freude, das Generalcommando in Westphalen erhalten hatte, blieb der alten Freundschaft treu; er war ein Vetter des Grafen Münster, Schwager des hannoverschen Adelsführers Schele und bildete das natürliche Bindeglied in dieser welfisch-mecklenburgischen Junkerpartei, die allen großen altpreußischen Ueberlieferungen feind war.

Seit Bernstorff im Frühjahr 1831 seine Entlassung erbeten hatte, setzte die mecklenburgische Partei alle Hebel ein um die neuen frischen Kräfte wieder aus dem Regimente zu vertreiben. Die Lage ist verzweifelt, so klagte Herzog Karl, Humboldt hat die Mehrheit im Staatsrathe, er will auf den Trümmern der alten Ordnung seine Macht gründen. Und Großherzog Georg meinte traurig: „dieses Verliebtsein des Kronprinzen in Humboldt — im Widerstreit mit seinem sonst so guten Verstande und den Ansichten der Männer, auf die er sonst zu hören pflegt — scheint mir zu den großen, die ganze Welt zu erschüttern drohenden Gewitterwolken zu gehören, welche am politischen Horizonte hängen." Viermal binnen acht Monaten erklärte der Herzog dem Könige, daß er, auf die Gefahr hin „der liberalen Partei" einen Sieg zu bereiten, sich zurückziehen müsse, wenn nicht die Einheit im Ministerium hergestellt und durch Neuberufungen eine zuverlässige Mehrheit im Staatsrath gesichert würde. Er wünschte Müffling für das Auswärtige oder den Krieg, Nagler für das Innere oder das Auswärtige; für die Justiz den getreuen Kamptz, aber „von Seiten des Kronprinzen und einem Theile der liberalen Juristen steht ihm eine solche Opposition entgegen, daß ich ihn kaum nennen darf." Eichhorn sollte auf eine unschädliche Gesandtschaft versetzt werden:

„ich halte die deutschen Angelegenheiten in seiner Hand nicht gut, und durch ihn Uneinigkeit mit Oesterreich nur zu möglich.“*) Wegen der Verstärkung des Staatsraths erbat sich der Herzog die Vorschläge von Kamptz. Der aber erwiderte ingrimmig: „es ist ebenso bedauerlich als wahr, daß der hiesige höhere Staatsdienerstand nur so wenige, ich möchte sagen: keine zwei, ganz zuverlässige Personen zu dem gedachten Zwecke enthält;“ auch in den Provinzen ließ er nur einzelne Beamte als „bombenfest“ gelten. Dagegen war der alte Bankpräsident Friese sogleich mit einer ganzen Reihe bedeutender Namen bei der Hand; er nannte Männer wie Boyen, Schleiermacher, Präsident Grolman, General Rühle, und der Herzog rief entsetzt: „In welche Gesellschaft würden wir durch diese Vorschläge gerathen!“**) Der König sah dem unruhigen Treiben seines Schwagers gelassen zu. Nur einmal wurde er gegen Eichhorn mißtrauisch, da die Hofburg die Anschwärzungen der Mecklenburger unterstützte, und ließ ihm unter der Hand eine Oberpräsidentenstelle, welche er wolle, anbieten. Eichhorn erwiderte einfach: mein Amt steht zur Verfügung Sr. Majestät, aber ohne Befehl gebe ich es nicht auf. Dabei blieb es; zu einer ungerechten Kränkung konnte sich Friedrich Wilhelm doch nicht entschließen.

Nach einem langen widerwärtigen Ränkespiele begann Herzog Karl zu fürchten, daß sein königlicher Schwager vielleicht ihn selber beim Worte nehmen, eines seiner Abschiedsgesuche bewilligen würde.***) Darum beruhigte er sich endlich, und von allen ihren Anschlägen blieb der mecklenburgischen Partei nichts übrig als ein halber Erfolg, den sie bei der Wiederbesetzung des Justizministeriums noch errang. Als höchster Beamter des Departements hatte Kamptz dies Amt nach Danckelmann's Tode ein Jahr lang mit seinem gewohnten ungeheuren Fleiße vorläufig verwaltet. Der König mochte den verdienten Beamten nicht gradeswegs zurücksetzen und entschied sich wieder für eine Theilung des Ministeriums. Kamptz erhielt (Februar 1832) die Leitung der Gesetz-Revision — eine Aufgabe, die für diesen gründlichsten Kenner aller preußischen Particular-Rechte wie geschaffen schien — und zugleich die Aufsicht über die rheinische Rechtspflege, da die Revision zunächst in den Rheinlanden durchgeführt werden sollte. Für die Justizverwaltung der übrigen Provinzen wurde Mühler berufen, ein Jurist von ungleich freieren Ansichten.

Eine eigenthümliche Mittelstellung behaupteten die königlichen Prinzen in diesem Parteikampfe. Den Krieg gegen Frankreich wünschten sie allesammt, weil sie alle in den Erinnerungen von Belle Alliance lebten, die

*) H. Karl v. M. Denkschriften für den König, 23. Apr., 23. 28. Juni, 5. Nov.; an Lottum 27. Oct.; an Wittgenstein 8. Juli; Großh. Georg an H. Karl, 26. Juni, 3. Juli 1831.

**) Kamptz an H. Karl 19. Juli; Friese an H. Karl 23. Oct. 1831.

***) Lottum an Herzog Karl 20. Oct. 1831.

Revolution verabscheuten und den bedrängten oranischen Verwandten ritterlich beistehen wollten. Wie oft mußte General Witzleben von den kampflustigen jungen Fürsten heftige Vorwürfe wegen seiner Friedenspolitik hören. Einmal, am Hubertustage 1830, erregten die Prinzen auch die Entrüstung der aufgeklärten Hauptstadt, als sie beim Jagdmahle im Schlosse Grunewald jubelnd einen Trinkspruch auf den Sieg der guten Sache ausbrachten und dann nach russischem Brauche die Gläser an der Wand zerschmetterten. Immerhin blieb ein Unterschied zwischen dem naiven legitimistischen Feuereifer der jungen Prinzen Karl und Albrecht und den allezeit eigenartigen Gedanken ihres ältesten Bruders. Auch der Kronprinz hoffte auf den Sieg des legitimen Rechtes, er sah in der Revolution vornehmlich den Abfall vom Glauben und konnte den Namen der Orleans kaum in den Mund nehmen ohne einen grimmigen Witz wider Louis Philippeste damné zu schleudern. Seine alte Verachtung gegen das Vernunftrecht der Liberalen steigerte sich noch in diesen Jahren, da ihm Lancizolle, ein ehrlicher, durchaus fanatischer Anhänger der strengen Hallerschen Doctrin, regelmäßig Vorträge über deutsche Rechtsgeschichte hielt. Als Gans in die Berliner Facultät eintrat, da verlangte der Kronprinz, daß sein Freund Savigny zuvor eine öffentliche Ehrenerklärung von dem frechen Lästerer erhalten müsse: „Der Name Historische Schule (welcher so bezeichnend **dasjenige Streben ehren sollte, was unserer Zeit und unserem Lande in Kirche, Staat** und Jurisprudenz **so vorzüglich noththut**) ist von Gans der Verachtung preisgegeben insoweit solch ein Beginnen möglich ist — und Vieles ist möglich in einer Zeit, wo man nur recht unverschämt zu brüllen braucht um Gesellen zu finden.“*) Aber die mecklenburgische Partei war ihm zu geistlos, der Demagogenverfolger Kamptz zu gehässig; mit Humboldt, Altenstein und allen feiner gebildeten Männern der Regierung blieb er auf gutem Fuße, und trotz seiner Heftigkeit kannte er die Pflichten des Thronfolgers zu genau, um seinen Unwillen über die friedliche Haltung des Königs durch rücksichtslosen Widerspruch zu bekunden.

Noch weniger war Prinz Wilhelm gesonnen, sich einer Partei dahinzugeben. Ruhig und sicher, unaufhaltsam wachsend reifte er für seine große Zukunft heran. Der Tod seiner zärtlich geliebten Mutter und die schrecklichen Erfahrungen der napoleonischen Zeiten hatten ihn früh ernst gestimmt, ihn gewöhnt, seine natürliche Heiterkeit zu beherrschen. An eine Zeit, da er selbst die Krone tragen könnte, dachte er in jenen Jahren nicht; seine Hoffnung war, dereinst als Feldherr seines Vaters oder seines Bruders die Fahnen Preußens zu neuen Siegen zu führen, und in diesem Waffenhandwerk ward er so bald zum Meister, daß er schon jetzt für das Vorbild des preußischen Soldaten galt. Sein ganzes Wesen

---

*) Kronprinz Fr. Wilhelm an Altenstein, 8. Jan. 1829.

erinnerte an den Fridericianischen Wahlspruch, den die Offiziere der Grenadierregimenter noch auf den Klingen ihrer Degen trugen: Ne me tirez sans raison, ne me remettez sans honneur. Ein glückliches Gleichmaß von kriegerischer Thatkraft und klarer Besonnenheit sprach aus dem ritterlichen Anstand dieser hohen Gestalt, aus diesen offenen Zügen und den freundlich ernsten Augen. Im Dienste bemerkte er jeden falschen Griff, jedes kleine Versehen, und oft sprach er aus, daß grade dies Volk in Waffen jeden Einzelnen ununterbrochen und peinlich streng ausbilden müsse, damit der Wehrmann, wenn er nach Jahren zur Fahne zurückkehre, all sein Können noch gegenwärtig habe und sich sogleich wieder zurechtfinde. Durch seinen Vater, der die militärische Begabung dieses Sohnes bald erkannte, war er schon im Knabenalter, gründlicher als der Kronprinz, über alle Reformen des Heerwesens unterrichtet worden; und fortan blieb er von der Größe der organisatorischen Gedanken Scharnhorst's, von der sittlichen Ueberlegenheit des preußischen Volksheeres tief überzeugt. Lebhaft äußerte sich sein Unmuth, als in diesen Jahren Johannes Voigt und einige andere durch Schön beeinflußte ostpreußische Schriftsteller versuchten, dem Vater der Landwehr seinen Ruhm zu verkürzen. Dem alten Boyen als dem Erben Scharnhorst's erwies er auch in den Zeiten seiner Ungnade dankbare Verehrung, und immer wählte er mit sicherer Menschenkenntniß die fähigsten Offiziere sich zu Freunden aus, so unter den älteren General Brause, seinen geliebten Lehrer, und General Natzmer, unter den jüngeren General Röder und seinen langjährigen Generalstabschef Oberst Reyher. Mit ihnen besprach er sich über die Einzelheiten des Dienstes wie über die Fragen der Heeresverfassung und der Strategie. Sein Ideal war die Kriegführung großen Stiles nach Scharnhorst's Worten: getrennt marschiren, vereinigt schlagen. Die Infanterie nannte er die Hauptwaffe der modernen Heere, auch die lehrreichste für den Führer, weil sie jede Gestaltung des Bodens benutzen könne und darum dem Nachdenken immer neue Aufgaben stelle.

Die Liberalen draußen im Reich kannten den Prinzen kaum oder hielten ihn für einen glänzenden Paradesoldaten. Seine Freunde wußten, daß die ernste Gewissenhaftigkeit seiner militärischen Arbeiten mit seiner Anschauung von Preußens Berufe unzertrennlich zusammenhing. Feuriger, bestimmter als irgend einer der zeitgenössischen Staatsmänner, vielleicht den einen Motz ausgenommen, hatte er schon während der letzten stillen Jahre beständig die Meinung vertreten, daß diesem Staate vor Allem Macht noth thue, Macht weit mehr als Freiheit. Immer und immer hoffte er auf Krieg, wahrhaftig nicht um des rohen Schlagens willen, sondern weil er fühlte, daß Preußen wachsen, seine schlummernden Kräfte bethätigen müsse. Schon sechs Jahre nach dem Kriege, in einer Zeit da das Volk sich noch kaum von seinen Wunden erholt hatte, klagte er bitter über die erschlaffende Wirkung des langen Friedens: „Man sehe unseren

politischen Standpunkt an. Unsere körperliche Schwäche ist erschreckend, wenn man die Nachbarstaaten daneben betrachtet. Wir müssen dieser Schwäche also durch intellectuelle Kräfte zu Hilfe kommen, und diese müssen vornehmlich in dem Heere geweckt und erhalten werden." Mit Verachtung fertigte er die Schwächlinge ab, die schon zu behaupten wagten, „daß es lächerlich sei, mit 11 Millionen eine Rolle zwischen Nationen von 40 Millionen spielen zu wollen. Was einst bei 3 Millionen der Enthusiasmus that, muß jetzt bei 11 Millionen die geweckte und geförderte Intelligenz thun." Darum hielt er auch nach der Juli-Revolution den Krieg für nothwendig. Die legitimistischen Kapuzinerreden des wenig geliebten mecklenburgischen Oheims berührten seinen heiteren Heldensinn nicht; er wußte aber, das revolutionäre Frankreich werde das Erstarken Preußens im Frieden niemals dulden, und als das Wetter sich verzog, meinte er traurig: Der Kampf ist verschoben, „nicht zum Heile der Menschheit;" der Feind behält Zeit sich zu befestigen.

Sammt und sonders standen diese leitenden Männer Preußens, wie weit sie auch von einander abwichen, den Mächten der Revolution als Feinde, als stolze Monarchisten gegenüber. Und dieselbe Gesinnung hegten auch alle die Großen, welche dem preußischen Staate jetzt verloren gingen. Der Tod hielt eine furchtbare Ernte in Deutschland. Binnen anderthalb Jahren starben erst Motz, dann Niebuhr und Stein, dann Hegel, Gneisenau, Clausewitz, alle Drei Opfer der Cholera, endlich Goethe. In einer Nation von altbefestigter Einheit mußte nach so schweren Verlusten neben der Trauer doch auch ein Gefühl des Stolzes erwachen; denn wo war noch ein anderes Volk auf der Welt, das so viel Menschengröße zu verlieren hatte? Diesem Geschlechte aber war alle Freude an der unerschöpflichen Fruchtbarkeit des germanischen Genius ganz vergällt durch die ewigen Klagen über das deutsche Elend. Während über Goethe's und Hegel's frischen Gräbern ein häßlicher literarischer Zank entbrannte, wurden die großen Preußen, die dahingingen, von den liberalen Zeitungen der Kleinstaaten kaum beachtet. Von Motz wußte man dort nichts, und Niebuhr's tragisches Ende erregte fast nur Hohn unter den Parteifanatikern.

Ein Jahr vor der Juli-Revolution hielt Niebuhr in Bonn seine Vorlesungen über neueste Geschichte. Ihm war zu Muthe, als erzähle er sein eigenes Leben; so leidenschaftlich hatte er von jeher an den Zeitereignissen theilgenommen. Allen Glanz und allen Schmerz seines großen Herzens legte er in diesen Vorträgen nieder; denn das blieb immer seine oberste Forderung an den Historiker, daß sich ein starkes und lebendiges Ich in seinen Schriften ausspreche, und niemals konnte er sich mit der erkünstelten Objectivität Johannes Müller's befreunden, dem er vorwarf: „der reine Lebensathem der frischen Wahrheit fehlt in allen seinen Schriften; er hat ein außerordentliches Talent sich eine Natur anzunehmen." Es

geschah zum ersten male, daß ein deutscher Meister diese nahe Vergangenheit zu einem Gesammtbilde zusammenfaßte. Die Darstellung litt, wie begreiflich, an manchen thatsächlichen Irrthümern und Ungerechtigkeiten, doch sie traf den Kern der Sache, sie schilderte schonungslos ehrlich den unreinen Charakter der Bewegung von 89, den die Deutschen vormals wohl gekannt hatten, jetzt aber unter den Eindrücken der liberalen Mythenbildung schon wieder zu vergessen begannen, und gab also der Nachwelt ein letztes schönes Vermächtniß der Weltanschauung der Restauration. Bei aller Schärfe seines Urtheils dachte Niebuhr doch noch keineswegs hoffnungslos über Frankreichs Zukunft; er glaubte vielmehr, die Charte der Bourbonen stehe schon so fest wie eine hundertjährige Verfassung.

Mittlerweile wurde der reizbare Mann durch den Brand seines Hauses sowie durch anderes häusliches Ungemach heimgesucht, und die krankhafte Verstimmung dieser trüben Tage verleugnete sich auch nicht, als der Kronprinz ihm jetzt in Berlin eine neue Heimath zu eröffnen suchte. Der Thronfolger bat den König, sich seines lieben Freundes anzunehmen, des großen Gelehrten, dessen Gesinnungen „so echt royalistisch sind, so ganz auf dem erhaltenden und fördernden, nicht wie die der meisten seiner Art auf dem umwälzenden Princip beruhen;" er schlug vor, Niebuhr eine ganz freie Stellung mit hohem Gehalte in der Hauptstadt anzubieten, so daß er, ähnlich wie Alexander Humboldt, nur nach Belieben literarisch oder akademisch thätig sein und außerdem an den Arbeiten des Staatsraths sich betheiligen sollte. Der König war gern bereit, aber nur wenn der Historiker selbst wünsche, seinen segensreichen Wirkungskreis am Rhein zu verlassen. Nun begannen die bei Gelehrten-Berufungen üblichen Zwischenträgereien, der Kronprinz zeigte wieder sein verhängnißvolles Talent alle Geschäfte zu verderben. Niebuhr glaubte zu wissen (schwerlich mit Recht), daß „die Pietisten" in der Umgebung des Thronfolgers seiner Berufung entgegenarbeiteten; sichtlich aufgeregt gab er nur schwankende Antworten, und als man endlich eine bestimmte Erklärung verlangte, erwiderte er, daß er in Bonn mehr zu nützen glaube. Dabei blieb ihm doch das Gefühl einer erlittenen Kränkung.*)

Ihm graute längst vor dem Verfalle der deutschen Literatur: „Heine, Börne, Saphir, diese drei Götter aus Israel sind ja die Götzen des deutschen Israels, selbst Goethe ist schon abgesetzt." Ihm graute mehr noch vor den demokratischen Sitten der neuen Zeit. Ich finde, sagte

*) So hat sich mir, sehr gegen meine Erwartung, das Urtheil gestaltet nach Vergleichung des gedruckten Materials mit den Aktenstücken des Geh. St. Archivs (der Kronprinz an den König 13. Febr., an Albrecht 14. Febr.; Lottum an Niebuhr 22. März, Albrecht an Lottum 10. April; Niebuhr an Lottum 30. März, 20. April, an den König 13. Mai; Cabinetsordres an Niebuhr, 3. 30. Mai 1830). Die an Niebuhr gerichteten Schreiben sind alle so wohlwollend und achtungsvoll, daß ich mir seine unbestimmten, ausweichenden Erwiderungen nur aus seiner nervösen Aufregung erklären kann.

er schmerzlich, „daß die schönen Eigenschaften schwinden, welche die Zierde unserer Nation machten, Tiefe, Innigkeit, Eigenthümlichkeit, Herz und Liebe, daß Flachheit und Frechheit herrschend werden." Als nun der Thron der Bourbonen stürzte, da glaubte er wie Goethe die allgemeine Anarchie einbrechen zu sehen; weitsichtig wie jener ahnte er schon die Stürme des Jahres 1848. Diese Erlebnisse erschütterten ihn so tief, daß er um ihretwillen von zweien seiner wärmsten Freunde, Stein und Dahlmann, sich zurückzog: von jenem, weil er die Erwählung des Bürgerkönigs doch politisch entschuldbarer fand als der strenge Reichsfreiherr zugeben wollte; von diesem, weil der jüngere Freund so gar hoffnungsvoll sagte: „ich freue mich zu erleben was ich lieber schon vor zehn Jahren erlebt hätte." In der Vorrede zu dem neuen Bande der römischen Geschichte sprach Niebuhr seine hoffnungslose Ansicht von der Zukunft offen aus, und gestand einem Freunde: „In einem Buche, welches, wenn es nun auf mehrere Menschenalter in der hereinbrechenden Barbarei vergessen wird, doch einmal wieder hervorkommen muß, glaubte ich eine Erklärung niederlegen zu können, wie unsere Vorfahren einen Bericht von der Gegenwart in Grundsteinen oder in der Kugel eines Kirchthurms niederlegten."*) Noch strenger lauteten seine letzten Worte: das Vorwort zur ersten philippischen Rede, die er einst in den bangen Tagen vor Austerlitz für Kaiser Alexander übersetzt hatte und jetzt wieder herausgab um die Deutschen vor den alten Sünden der Zwietracht und des Preußenhasses zu warnen: „Allenthalben, so schrieb er, lachte der Neid, daß Athen Schmach und Unglück leide; im schlimmsten Fall hofften sie die letzten zu sein, welche der Kyklop verschlinge: und sollte man ihm nicht entwischen können? sollte er nicht gütig werden? könnte er nicht auch sterben ehe es so weit komme? Endlich erwachten Viele mit Entsetzen aus dem Traum. Die Geschichte beklagt auch sie, die neben den Atheniensern bei Chäronea fielen. Aber ihre Schuld ist nicht gehoben: durch sie ist Griechenland untergegangen, das Deutschland des Alterthums."

Unter so finsteren Träumen starb Niebuhr zu Neujahr 1831 — er, „dessen Dasein allein schon bewies, wie Dahlmann sagte, daß die Menschheit von höheren Gewalten nicht aufgegeben ist." Wie wunderbar schnell war dies reiche Leben verrauscht; nur vierundfünfzig Jahre, und ein solcher Schatz von Wissen und Gedanken, wie ihn kaum Greise erwerben. Und nun zerrissen die Saiten plötzlich mit einem schrillen Mißtone. Geh. Rath Ferber, der fleißige Statistiker, versuchte sogleich in einer eigenen Schrift, Niebuhr's letzte Ansichten pathologisch zu erklären und gab den Philistern die tröstliche Versicherung, im Jahre 89 sei die Entsittlichung vorherrschend gewesen, im Jahre 30 die Sittlichkeit. Tieferblickende erkannten in dem Schmerze, der Niebuhr's Ende verdüsterte,

*) Niebuhr an Bunsen, Dec. 1830.

doch ein ernstes Zeichen der Zeit: welchen Kämpfen trieb Deutschland entgegen, wenn gerade die Männer, welche den Geist von 1813 erzogen und am treuesten bewahrt hatten, sich allesammt von den Idealen dieser allerneuesten Tage angeekelt abwandten!

Auch Stein blickte voll schwerer Sorge in die Zukunft, als er am 29. Juni 1831 verschied. Ihm waren die Franzosen seit ihrer letzten Revolution nur noch verächtlicher geworden; er sprach „diesem Volke ohne Liebe und Treue" die schöpferische Kraft des Geistes gänzlich ab, da alle bahnbrechenden Thaten der neueren Gesittung von den germanischen Völkern, den Italienern oder den Spaniern ausgegangen seien, und mahnte seine Leute noch auf dem Todesbette, sich gegen den alten Feind als gute Preußen für König und Vaterland zu schlagen. So ging er dahin, noch ganz erfüllt von dem Feuer jener edlen Leidenschaft, welche seine größten Tage durchleuchtet hatte. Ueberall auf der rothen Erde und drüben im heimischen Lahngau, wo man den Letzten des alten Freiherrengeschlechts in der Gruft seiner Ahnen bestattete, wurde der Leichenzug mit hohen Ehren empfangen; auch die altpreußischen Städte gedachten dankbar des Schöpfers ihrer Bürgerfreiheit. Die übrigen Deutschen hatten seiner so ganz vergessen, daß Dahlmann zürnend sagte: „die Zeit wird kommen, da man ihm seine Tugenden verzeiht."

Stein war früh gealtert, Gneisenau aber fühlte noch die frohe Thatkraft seiner Mannesjahre in den Adern, als er einundsiebzigjährig von der asiatischen Seuche dahingerafft wurde (August 1831). Ganz so hoffnungsvoll wie er einst am Main als Jüngling von Kolonien und Städtegründungen in der neuen Welt geträumt hatte, dachte er jetzt in Posen an einen dritten Siegeszug nach Paris und an einen schönen Kriegertod: Napoleon der Zweite bei der preußischen Avantgarde, das sollte der Helfer sein um das Bürgerkönigthum zu zerschmettern. Wie Stein hatte er Alles längst verwunden was ihn einst von Friedrich Wilhelm getrennt und sich in aufrichtiger Dankbarkeit dem Könige angeschlossen. Seinem Jugendfreunde Professor Siegling schrieb er noch kurz vor dem Tode mit seiner alten wunderbaren Bescheidenheit: „Du bist ein Sohn Deines Fleißes, ich ein Sohn des Glücks." Noch drängender als Gneisenau forderte Clausewitz, der dem Freunde nach wenigen Wochen ins Grab folgen sollte, den unvermeidlichen Krieg gegen die Revolution: jeder Hader mit Oesterreich müsse für jetzt abgethan bleiben, damit der Bund der Ostmächte im Entscheidungskampfe fest stehe.

So die Stimmung der Helden des Befreiungskriegs. Wie Arndt beharrlich den Feldzug gen Brabant verlangte, so donnerte Jahn in seinen „Merken zum deutschen Volksthum" wider das neu eindringende wälsche Wesen. „Wohl zu keiner Zeit, rief er grimmig, hat der Deutsche weniger gewußt, als jetzt nach der großen Pariser Hundswoche, das Eine was noth thut. Vor lauter Empfindseligkeit überfließet sein fremdbrüderliches

Herz; er pfeift, er singt, er spielt in den Mißtönen aller Nachbarvölker; er schwatzt, redet und schreibt, wie die Sachwalter seiner Erbfeinde; er glaubt das Grüne vom Himmel, das Blaue von der Erde was die Eingelogensten der Wälschen, Walen, Wenden und Irren ihm weis machen." Dann schilderte der Alte anschaulich den Unfug der anonymen Zeitungsschreiber, „das beschreibfederte Zwerggesindel, was überall Klatschbuden aufschlägt und auf dem Trödelmarkte schmutzige Lumpen feil bietet. Mit lautem Geschrei bekennt sich diese namenlose Schreiberschaft zur Oeffentlichkeit und Preßfreiheit und spielt heimlich und unvermerkt ein falsch Wort nach dem andern — diese Hinz-Hunze, so das Kneipviehtolle für Laune, Geläpsche für Witz, Flegelgeklappe für Jugendfrische und tappisches Hineinplumzen für feine Redeblumen halten." Mit Stolz hielt er endlich diesem fremdbrüderlichen Wesen der kleinen Nachbarländer sein Preußen entgegen, dessen Krone „nicht den Beherrscher allein, auch die Beherrschten zum Volke gekrönt hat."

Bei solcher Macht der antirevolutionären Gesinnungen konnte es nicht ausbleiben, daß die einzige geschlossene Partei, die in Preußen bestand, die feudale, sich endlich ein literarisches Organ für ihre Bestrebungen schuf. Der Kampf war geboten, so gestand Heinrich Leo, „seit das Jahr 1830 grimmen Ernst gemacht." In dem Kreise der Gebrüder Gerlach wurde der Plan zu dem Berliner Politischen Wochenblatt entworfen; dort in der Wilhelmsstraße glänzte jetzt der aus Hessen geflüchtete, mit dem Kronprinzen eng befreundete Major Radowitz durch seine unversiegliche lehrhafte Beredsamkeit. Die Herausgabe übernahm C. E. Jarcke, jener junge Jurist, der unlängst in Bonn zur katholischen Kirche übergetreten war*) und soeben in einer hoch legitimistischen Schrift über „die französische Revolution von 1830" sein ungewöhnliches politisches Talent bewährt hatte. Auch er war Burschenschafter, wie Leo und Hengstenberg, und keiner von den Dreien hat je zugeben wollen, daß er von den romantischen Idealen seiner Jugend abgefallen sei. Das Blatt führte zum Motto jenen schillernden Satz de Maistre's, der dem Kronprinzen so wohl gefiel: nous ne voulons pas la contre-révolution, mais le contraire de la révolution, und sollte allen antirevolutionären Parteien zum Sammelplatze dienen. In Wahrheit war hier nur die allerstrengste Hallersche Schule vertreten. Der Restaurator der Staatswissenschaft sah jetzt erst seine Saat in Halme schießen und gewann durch dies Blatt, das er selbst häufig mit Beiträgen beschenkte, großen Einfluß auf die Berliner Hofgesellschaft. Er bearbeitete zur Zeit einen neuen Band seines Hauptwerkes, über die Priesterstaaten, mit großer Sachkenntniß, aber auch mit parteiischer Vorliebe; er bewies darin, daß die dumpfste und unfreieste aller Verfassungen, die Theokratie in Wahrheit „der

*) s. o. III. 211.

mildeste und zwangloseste aller Staaten," die einzige legitime Kirche des Christenthums, die römische, nur in der Form monarchisch, in ihrem Geiste durchaus republikanisch sei. In einer Flugschrift „Satan und die Revolution" erklärte er den Zeitgeist und seine Propheten kurzweg für das Reich des Teufels, den Geist der Lüge.

An seinen Berliner Schülern durfte er seine Freude haben; denn sie bekämpften nicht nur die Thorheiten des liberalen Vernunftrechts, sondern auch den Begriff des Staates selber als eine philosophische Abstraction und fanden alles Ernstes in Mecklenburg den deutschen Musterstaat, „eine frisch grünende Oase in der todten Sandwüste des Constitutionalismus unserer Tage." Die Doctrinäre der „ständischen Monarchie" bemerkten schon nicht mehr, daß auch Preußen einst fast in allen seinen Territorien diese Herrlichkeit mecklenburgischer Adelsliberität gekannt hatte und nur durch ihre Bändigung zur Großmacht emporgewachsen war. Das Wochenblatt war vortrefflich geschrieben, gebildeter, anständiger als die große Mehrzahl der liberalen Zeitungen, und seine tausend Abonnenten — eine für jene Tage beträchtliche Zahl — gehörten durchweg den mächtigen, angesehenen Ständen an. Von dem russischen Gesandten Ribeaupierre erhielt Jarcke häufig werthvolle Mittheilungen. Kirchlichen Fragen ging er behutsam aus dem Wege; er wußte, daß er seine ultramontanen Hintergedanken in Berlin nicht offen aussprechen durfte. Der König traute ihm nur halb und ließ sich trotz der beständigen Fürbitten des Kronprinzen, Altenstein's, Schmedding's nie bewegen, dem Convertiten einen ordentlichen Lehrstuhl zu übertragen.*) Als Jarcke im November 1832 in die Stelle des verstorbenen Gentz nach Wien berufen wurde, folgte er dem Rufe mit Freuden; dort in der katholischen Luft konnte sich sein Talent freier entfalten und seine fortdauernde Verbindung mit dem Wochenblatte wurde jetzt, seit er Metternich's Weisungen empfing, nur um so bedeutsamer.

Um auch den gemäßigten Conservativen einen Sprechsaal zu eröffnen berieth sich im Sommer 1831 der wackere Buchhändler Perthes mit Bernstorff, Eichhorn, Savigny und den Generalen Witzleben, Krauseneck, Rühle. Bald nachher erschien, von Ranke geleitet, die „Historisch-politische Zeitschrift", eine Revue großen Stils, reich an guten wissenschaftlichen Arbeiten, unter denen die historischen Abhandlungen des Herausgebers den Preis davon trugen. Auch den Tagespolitikern brachte Ranke reiche Belehrung: zur Verwunderung der Liberalen schilderte er nach amtlichen Quellen die noch ganz unbekannte Geschichte der neuesten preußischen Handelspolitik zum ersten male der Wahrheit gemäß, und über den Charakter der Juli-Revolution urtheilte er mit einer genialen Sicherheit wie Niemand sonst unter den Zeitgenossen. Freilich konnte sein ganz auf das Schauen und Erkennen gerichteter Geist nur auf die Einsicht, nicht, wie es die Auf-

*) Schmedding an Altenstein 1. Aug. 1829. Der Kronprinz an Altenstein 3. Febr.; Antwort 10. Febr. 1832. Cabinetsordre an Altenstein, 18. Oct. 1832.

gabe des Publicisten ist, auch auf den Willen der Leser wirken. Die kecke dem Politiker unentbehrliche Lust am Kampfe blieb ihm fremd, der wie Leibniz „den wenig liebenswürdigen Namen der Eris“ verabscheute, und gar den Finger in die Wunden des Vaterlandes zu legen konnte sich der Friedfertige nie entschließen. Was sollte die begeisterte, von einem mächtigen Vaterlande träumende Jugend empfinden, wenn ihr der große Historiker die Segnungen der elenden Bundesverfassung also anpries: der Bund fördere den Wehrstand durch seine Kriegsverfassung, deren Erbärmlichkeit doch so klar vor Augen lag, daß Preußen sie für den nächsten Krieg kurzweg außer Kraft setzen wollte; er fördere den Nährstand durch den Zollverein, der aber nicht durch den Bund, sondern im Kampfe mit ihm durch Sonderbünde entstand; er fördere endlich sogar den Lehrstand durch das Karlsbader Preßgesetz! Also gehalten, vermochte die Zeitschrift niemals wie das Wochenblatt politische Macht zu erringen; weder die Aristokraten, wie man damals die Ständischgesinnten nannte, noch die Liberalen konnten ihr ganz zustimmen, und da bedeutende Männer immer selbst zuerst fühlen was ihrer Natur zusagt, so zog sich Ranke schon nach vier Jahren wieder in seine gelehrte Muße zurück. Aber welch ein seltsames Schauspiel: zwei große hochgebildete conservative Zeitschriften in diesem Preußen, das noch keine einzige nennenswerthe liberale Zeitung besaß; beide Blätter redeten beständig über die schwarzweißen Grenzpfähle hinaus zu den Süddeutschen und den Franzosen. —

Indeß begannen die vereinzelten Liberalen Preußens sich doch allmählich zu sammeln, zunächst in Folge der polnischen Wirren. Nichts konnte offener sein als Preußens Politik während dieser verwickelten Händel. Von vornherein erklärte Bernstorff dem russischen Gesandten, daß die Interessen der beiden Höfe hier vollkommen übereinstimmten, und auf das Bestimmteste versicherte der König seinem Schwiegersohne: wenn die Polen versuchen sollten sich durch preußisches Gebiet durchzuschlagen, so würden sie „den gebührenden Empfang finden“.*) Jeder Brief der Rebellenführer an den König wurde grundsätzlich zurückgewiesen, desgleichen jeder Versuch der Vermittlung, auch wenn er von Männern ausging, die dem Monarchen persönlich nahestanden, wie der Erbmarschall von Schlesien Graf Maltzan oder der berühmte Augenarzt Gräfe.**) Dies hinderte nicht, daß man aus Menschlichkeit preußische Aerzte sowohl nach Warschau wie in das russische Hauptquartier sendete. Ohne alle Hintergedanken erhoffte man in Berlin nichts weiter als die rasche Beendigung des Aufruhrs. Gneisenau sprach nur die allgemeine Meinung der Regierungskreise aus, als er sagte: der preußische Staat müsse zwar um seiner Selbsterhaltung

*) Bernstorff an Alopeus, 24. December 1830. K. Friedrich Wilhelm an K. Nikolaus, April 1831.

**) Bernstorff's Bericht an den König, 28. Juni; Bernstorff an Graf Maltzan, 12. März; Cabinetsordre an G. Stabsarzt v. Gräfe, 24. März 1831.

willen seinen polnischen Besitz behaupten; doch eine neue Theilung Polens könne er nicht wünschen, denn „die Verhältnisse der Polen zu den Deutschen haben sich sehr verbittert seit jener Zeit vor sechsunddreißig Jahren; sie sind unfähig durch eine sanfte und gerechte Regierung wie die unsrige sich leiten zu lassen".*) Den Westmächten gegenüber schlug Preußen wie Oesterreich einen stolz abweisenden Ton an. Als Sebastiani die Cholera-Gefahr zum Vorwande nahm, um darauf hin die Beendigung des Krieges zu verlangen, als Palmerston sich erdreistete die deutschen Mächte an Vattel's Völkerrecht und die Pflichten der Neutralen zu erinnern, da erwiderte Metternich höhnisch: es fehle grade noch zur Vollendung der allgemeinen Auflösung, daß die englischen Minister sich zu Professoren des Völkerrechts aufwürfen, und Ancillon erklärte dem Grafen Flahault, mit ausdrücklicher Genehmigung des Königs, rundweg: zunächst müßten die Polen sich unterwerfen, dann erst könne von Zugeständnissen gesprochen werden.**)

Die treuen Deutschen an der Grenze dankten dem Könige aufrichtig für seine entschlossene Haltung. Sie standen den Dingen nahe genug um die ungeheuere Verlogenheit der aus Warschau verbreiteten Kriegsberichte zu würdigen; sie wußten, daß der Kampf in Polen keineswegs ungleich war, da die geringe Ueberzahl der Russen durch die wohlgesicherte Stellung der Polen an der Weichsellinie reichlich ausgeglichen wurde. Sie konnten nur mit Lächeln das an allen Läden ausgehängte Bild „der letzten Zehn vom vierten Regiment", die nach ununterbrochenem Bajonettkampfe den Russen entronnen sein sollten, und die schwülstigen Verse Julius Mosen's darunter betrachten; denn sie hatten mit eigenen Augen gesehen, wie die heldenmüthigen „letzten Zehn", noch 1800 Köpfe stark, bei Strasburg über die Grenze flüchteten, und das gesammte vierte Regiment vor einer Handvoll Preußen ohne Widerstand die Waffen streckte. In Berlin aber und den entfernteren Provinzen begann die von Jahn gebrandmarkte deutsche Fremdbrüderlichkeit bald hohe Wellen zu schlagen. Nicht zufällig hatte einst Rousseau unmittelbar vor der ersten Theilung die unvergleichliche Freiheit der Polen verherrlicht. Ein Gefühl der Wahlverwandtschaft verband den modernen Radicalismus mit der sarmatischen Adels-Anarchie; dazu der Russenhaß und die zauberische Macht der Pariser Zeitungsphrase. Eine polenfreundliche Literatur schoß ins Kraut, deren Anmaßung nur durch ihre Unwissenheit überboten ward; durch diese Polenschwärmer gerieth Preußen, das im Herbst 1830 von den Liberalen nicht ohne Achtung behandelt wurde, zuerst wieder in Verruf. Da war vor Allen der aufgeklärte Spazier, der alte Lästerer Goethe's, dann die

*) Gneisenau an Bernstorff, 21. Juli 1831.

**) Sebastiani, Weisung an Mortemart, 15. Mai; Palmerston, Weisung an Cowley, 19. Juni; Metternich, Weisung an Esterhazy, 6. Juli; Ancillon, Bericht an den König, mit dessen Randbemerkungen 26. Juli 1831.

Baiern Grosse und Widmann, dann Dr. Butte und eine Schaar anonymer Schriftsteller, von denen keiner je das alte Deutschordensland betreten hatte. In seiner italienischen Abgeschiedenheit dichtete Platen seine wilden Polenlieder, mit ungewohnter Wärme, aber auch mit vollendeter Unkenntniß aller Verhältnisse. Er glaubte im Ernst, daß „Rom und seine Jesuiten", die natürlich auf Seiten der rechtgläubigen Polen standen, mit den plattnasigen Moskowitern Bruderküsse tauschten; denn die römische Mitra und die russische Knute galten den Liberalen ein für allemal als der Inbegriff alles politischen Verderbens. Und wenn der Dichter dem Czaren zurief:

Sohn eines Bankerts, Enkel einer Hure!
Vernimmst Du nicht, daß Alle Dich begrüßen:
Rehabeam, wie steht's mit Deinem Schwure? —

so vergaß er nur die Kleinigkeit, daß nicht Nikolaus, sondern die Polen ihren Schwur gebrochen hatten.

In Berlin bildeten die Polenfreunde den ersten schwachen Stamm einer liberalen Oppositionspartei. Sie versammelten sich täglich in der Conditorei von Steheli hinter dem Schauspielhause, lasen dort den Courrier polonais sowie das deutsche Warschauer Blatt und eiferten weidlich wider die russisch gesinnten Diplomaten und Offiziere des Adlichen Casinos am Pariser Platze, zumal wider den treuen Stägemann, der als guter Ostpreuße den alten Markmannenhaß gegen die Sarmaten in seinen anti-messenischen Oden ungescheut aussprach und kurzweg sagte:

Glimme der Feuerball,
Der Polen hieß, zur Nacht geschleudert,
Unter der Asche die letzte Gluth aus!

Außer Ed. Gans schürte namentlich Varnhagen mit seiner Rahel das Feuer der polnischen Begeisterung. Der hatte alle diese Jahre hindurch beharrlich versucht, durch freiwillige diplomatische Arbeiten die Gunst Bernstorff's wiederzugewinnen, unter Anderem durch eine Denkschrift, worin er vorschlug, man möge die preußische Verfassung insgeheim ausarbeiten, vorläufig nach ihr regieren und sie dann nach Jahresfrist veröffentlichen.*) Er war auch neuerdings von dem gutmüthigen Minister eine Zeit lang im Auswärtigen Amte beschäftigt, aber wegen seines unheilbaren politischen Dilettantismus bald wieder beseitigt worden und spielte nunmehr abermals den Freiheitshelden. Im Stillen übten diese polenfreundlichen Stimmungen der gelehrten Welt eine starke Wirkung. Die Schrift des gutmüthigen Friedrich v. Raumer über „Polens Untergang" klang fast wie eine Anklage gegen Friedrich den Großen, und die Minister dachten schon an die Einleitung eines Strafverfahrens. Friedrich Wilhelm aber gewährte dem Historiker, nachdem er das Büchlein gelesen, eine königliche Genugthuung; er beauftragte ihn, als einen offenbar unparteiischen ehrlichen Schriftsteller, „Preußens Verhältnisse zu Polen in den Jahren 1830—32" nach amtlichen Quellen darzustellen. Raumer gehorchte und gab der Wahrheit

*) Varnhagen, Betrachtungen über die gegenwärtigen Verhältnisse, 29. Juni 1820.

die Ehre; seine Arbeit fiel jedoch so matt aus, daß die Regierung sie ungedruckt ließ.*) Auch die Berliner Börse, die jetzt gute Tage sah, da die Staatsschuldscheine auf 82—83 gesunken waren, und bereits anfing auf die öffentliche Meinung einen fühlbaren Druck auszuüben, pflegte jede Siegesnachricht der Polen mit einem Steigen der Kurse zu begrüßen. Selbst im Heere war die Stimmung keineswegs ungetheilt; das rohe russische Wesen mißfiel den preußischen Offizieren ebenso gründlich wie den österreichischen. Das Militärwochenblatt brachte aus der Feder des Majors Willisen einige Aufsätze, welche nicht nur die russische Kriegführung scharf tadelten, sondern auch den Polen so deutlich wohlgemeinte Rathschläge gaben, daß Ancillon sich tief erschrocken bei dem Kriegsminister beschwerte und ihn nöthigte dem Unfug zu steuern.**)

Die Aufregung wuchs, als das Verderben über Polen hereinbrach, im Juli 1831 das Corps Gielgud's, 7000 Mann stark, im October General Rybinski mit 17,000 Mann auf preußischem Boden die Waffen streckte; zur Feier des Einzugs wurde Gielgud sogleich von einem seiner Offiziere als Verräther niedergeschossen. Welch eine Aufgabe, dies verwilderte, durch Ungeziefer und ekelhafte Krankheiten stark heimgesuchte Kriegsvolk so lange zu beherbergen, bis der Czar ihm die straffreie Rückkehr gestattete! General Krafft und die preußischen Provinzialbehörden entledigten sich der peinlichen Pflicht mit musterhafter Geduld. Die Leute wurden ganz nach preußischer Weise verpflegt, bekleidet, sogar abgelöhnt; die Mannschaft betrug sich leidlich, die Offiziere aber schlemmten im Hochmeister zu Marienburg und im Goldenen Hirsch zu Elbing dermaßen, daß selbst die deutschen Polenschwärmer sich der Frage nicht erwehren konnten, ob das die Trauer sei um ein verlorenes Vaterland. Nach und nach kehrte die Mehrzahl heim, nach zugesicherter Begnadigung; beim Abmarsch erklangen meist stürmische Hochrufe auf den guten König, der sich der Unglücklichen so menschlich annahm, obgleich sie auch seine Feinde waren.

Doch unterdessen gab das Pariser National-Comité die geheime Weisung aus: der Stamm des polnischen Heeres müsse beisammen bleiben um von Frankreich aus an dem nahen Rachekriege theilzunehmen. Sendboten des Generals Bem (er war eigentlich ein Deutscher Namens Böhm) stachelten die Zurückgebliebenen auf; unter nichtigen Vorwänden verweigerten auch solche Offiziere, denen jede Strafe erlassen war, die Heimkehr. Am unsäuberlichsten betrugen sich „die letzten Zehn vom vierten Regiment“; sie waren, nachdem ihrer viele heimgekehrt, noch an 800 Köpfe stark und lebten in ewigen Händeln mit ihren Quartierwirthen. Als man sie im Jahre 1832 zu Fischau bei Elbing versammelte um ihnen neue Cantonnirungen anzuweisen, drangen sie mit Knütteln und Stangen

*) Nachträglich gedruckt in Raumer's Vermischten Schriften II. 501.

**) Ancillon an Hake, 26. März; Antwort 7. April; Krauseneck an Bernstorff, 12. April; Antwort 7. Mai 1831.

auf die schwache preußische Wachtmannschaft ein, und der commandirende Offizier ließ nach wiederholten Mahnungen endlich in den meuternden Haufen schießen. Augenblicklich fielen die Tapferen allesammt platt auf die Erde, und ein gutmüthiges Bäuerlein rief schon klagend: „ach Gott, die armen Leute sind alle todt;“ aber alsbald erhob sich die Mehrzahl wieder um das Weite zu suchen. Neun lagen todt, etwa zwölf verwundet auf dem Platze; die Flüchtlinge wurden von den erbitterten Bauern wieder eingefangen und ließen sich nunmehr geduldig abführen. So endeten die letzten Zehn vom vierten Regiment. Endlich im Frühjahr war das Land von den ungebetenen Gästen befreit. Bis zuletzt hielt der König streng darauf, daß Keiner ausgeliefert wurde, dem die Begnadigung nicht sicher war, „da es nicht in der Absicht liegen kann, diese Schutz suchend ins preußische Gebiet hinübergekommenen Mannschaften einem ungewissen Schicksal entgegenzusenden.“ Vergeblich verlangte Czar Nikolaus mehrmals, daß man ihm mindestens die Hauptschuldigen übergeben möge. Etwa 700 Mann, die von der Amnestie ausgeschlossen waren oder jede Gnade verschmähten, wurden schließlich zu Schiff nach Amerika gebracht und meuterten auf der See abermals, so daß man sie in Havre absetzen mußte.

Ebenso schonend verfuhr Preußen gegen seine eigenen polnischen Unterthanen. Die Stimmung unter den Slachtizen und Kaplänen in Posen war eine Zeit lang sehr schwierig, die erhitzten Köpfe sahen den weißen Adler auf dem Rathhausthurme, den die Zeit längst geschwärzt hatte, schon wieder weiß werden. Der König that nur das Nothwendige, als er die Theilnahme am Aufstande für Landesverrath erklärte. Nach dem Kriege aber verkündete er eine Amnestie für Alle, die in bestimmter Frist heimkehrten. Trotzdem mußten die Gerichte noch gegen mehr als 1600 Personen einschreiten. Ihrer 1400 wurden verurtheilt, 1200 davon gänzlich begnadigt. 180 Verurtheilten erließ man die Geldstrafen ganz, die Freiheitsstrafen zur Hälfte. Nur 22 reiche Grundherren, deren Vermögen von Rechtswegen gänzlich eingezogen werden sollte, mußten ein Fünftel davon als Geldstrafe zahlen, und der König ließ die Summen den Unterrichtsanstalten der Provinz zuweisen.

Was war der Lohn für diese beispiellose, offenbar unvorsichtige Milde? Ein unermeßliches Wuthgeschrei in der gesammten liberalen Presse Europas. Das Pariser polnische National-Comité klagte den König vor aller Welt an wegen des schauderhaften Meuchelmords von Fischau: „Niemals werden wir es vergessen, daß diese Frevel auf einem Boden stattfanden, der einst polnisch war, daß die Ahnen derer, die unsere Mitbürger meuchelmorden, einst Polen zinsbar gewesen!“ Und um diesen Anspruch auf Preußens Zinsbarkeit näher zu erläutern, zeichnete der Vorsitzende des Comités Lelewel (auch er war ein Deutscher, des Namens Löllhöfel) eine Karte des wiederhergestellten Polenreichs, welche nicht nur das Ordensland, sondern auch große Stücke von Brandenburg und

Pommern für den weißen Adler beanspruchte. Ebenso roh und verlogen äußerte sich J. Czynski in der Schrift „Preußen im Jahre 1831" über die Behandlung seiner Landsleute. Mickiewicz aber, der gefeierte Dichter, theilte in „den Büchern des polnischen Volks" die ganze Weltgeschichte in zwei Abschnitte: „von Erschaffung der Welt bis zum Leidenstode der polnischen Nation", und dann die Zeit nachher. Den Charakter des Deutschen schilderte er also: „sein Vater ist der Arbeitsplatz und seine Mutter die Kneipe." Er schloß mit dem Gebete: „Erlöse uns, Herr, durch das Blut der Soldaten todtgeschlagen in Fischau von den Preußen!" Und diese wüthenden Angriffe der Todfeinde Deutschlands wurden von den süddeutschen Kammerrednern und Zeitungsschreibern eifrig nachgesprochen, obgleich zwei preußische Offiziere, Dankbahr und Brandt, beide Augenzeugen, in verständigen Schriften den wirklichen Hergang längst wahrheitsgetreu geschildert hatten. Was galten auch diesen fremdbrüderlichen Herzen die schlichten Worte deutscher Landsleute neben den Prahlereien „edler Polen"? So lautete das unerläßliche schmückende Beiwort in den liberalen Zeitungen, unedle Polen gab es nicht.

In Altpreußen ließen diese polnischen Händel zuletzt viel böses Blut zurück. Die langanhaltende Grenzbewachung störte den gewohnten Verkehr, und bei den Sperrmaßregeln gegen die Cholera konnten arge Mißgriffe nicht ausbleiben, da noch Niemand die räthselhafte Seuche kannte. Schön, der wie gewöhnlich Alles besser wußte, glaubte erkannt zu haben, daß die Cholera nicht ansteckend sei, und vermehrte die Verwirrung noch durch seine wohlgemeinten eigenmächtigen Vorschriften. Nach deutschem Brauche warf man alle Schuld auf die Regierung. Der Magistrat von Königsberg richtete im Juli 1831 eine sehr unehrerbietige Adresse an den König und verlangte völlige Absperrung gegen Rußland zu Lande wie zur See; eine höchst ungnädige Cabinetsordre verwies ihn zur Ruhe. Als nun endlich die Kriegswetter verrauschten, erstattete Rußland seinen Dank für Preußens freundnachbarliche Hilfe durch eine Verschärfung der Grenzsperre, welche den gesetzlichen Handel zwischen den beiden Nachbarländern fast vernichtete. Die Provinz litt schwer, die Mißstimmung stieg, und um die Mitte der dreißiger Jahre erkannte man das gut königliche Königsberg kaum mehr wieder. Die Stadt zerfiel fortan in zwei grimmig verfeindete Parteien, die einander mit der ganzen Schroffheit der Altpreußen bekämpften, und die vordem so zahme Königsberger Zeitung redete jetzt über alle Schritte der Regierung mit einer Gehässigkeit, welche deutlich erkennen ließ, daß die schwere Willenskraft dieser Provinz leicht der Träger einer gefährlichen Opposition werden konnte. Wahrlich es war dringend geboten, allen diesen verhaltenen Gegensätzen endlich Thür und Thor zu öffnen; und Dahlmann traf den Nagel auf den Kopf, als er in der Hannoverschen Zeitung, in der „Rede eines Fürchtenden" sagte: „Wir haben einen Staat in Deutschland, der den wunderbaren Speer besitzt, welcher heilt

zugleich und verwundet. An dem Tage, da der König von Preußen in seinem Staate die Reichsstandschaft begründet, wird der gesetzliche Deutsche wieder aufathmen; er hat die Versicherung, daß bei der Freiheitsentwickelung Gesetz wohnen werde, daß unseren Dynastien ihre Ehre verbleibe, daß aber auch fortan die Bundesversammlung in ihre Berechnungen die leitenden Ideen aufnehmen und allmählich dem Grundgesetze einverleiben werde, welche das gute heimische Recht sicher stellen vor jeder verderblichen Einwirkung, sei's von Osten oder von Westen." —

Für solche Pläne einer Verjüngung des Bundestags fehlten für jetzt noch alle Vorbedingungen. Preußens Bundespolitik ging, wie sie es mußte, zunächst nur darauf aus, Deutschlands innere und äußere Sicherheit in so drangvoller Zeit zu befestigen. Dem Hofe des Palais Royal gegenüber hielten sich die kleinen deutschen Cabinette allesammt untadelhaft, weit patriotischer als ihre liberalen Unterthanen. Bei einigen mochte der Haß gegen die Revolution, bei anderen die noch frische Erinnerung an das Schicksal Friedrich August's von Sachsen mitwirken, die Mehrzahl war wirklich national gesinnt. Als General Sebastiani unter der Hand bei dem bairischen, dem württembergischen Gesandten und dem Karlsruher Hofe anfragte, ob nicht ein neuer Rheinbund oder doch eine Neutralität Süddeutschlands möglich sei, da ward er überall scharf abgewiesen, und die kleinen Höfe berichteten das Geschehene getreulich den deutschen Großmächten.*) König Ludwig von Baiern war in dieser Zeit, da die Zollverhandlungen sich so glücklich abgewickelt hatten, Feuer und Flamme für Preußen und versicherte dem Könige Friedrich Wilhelm, als er seinen Sohn auf die Berliner Hochschule sendete, wiederholt: sein Thronfolger solle dort sich mit denselben Gesinnungen für Preußen erfüllen, „die mich durchdringen, für Preußen, was mehrmalen Baiern meinem Hause erhielt, der ich nur in engem Verbande mit Preußen Teutschlands Heil sehe".**) Auch der König von Württemberg hatte mit den Trias-Träumen früherer Jahre gründlich gebrochen; die hohle Rhetorik der Liberalen widerte seinen nüchternen Geist mehr und mehr an. Als er im Juni 1831 mit Ludwig Philipp in Straßburg zusammentraf, verhielt er sich sehr schweigsam und sagte schließlich dem Franzosen rund heraus, an einen neuen Rheinbund sei gar nicht zu denken.***)

Diese achtungswerthe Gesinnung der kleinen Höfe hinderte freilich nicht, daß jeder durchgreifende Bundesbeschluß, nach altem Frankfurter Brauche, auf eigensinnigen Widerspruch stieß. Am 18. Sept. 1830 versammelte Münch, im Einverständniß mit Nagler, die Bundesgesandten

*) K. Ludwig v. Baiern an K. Friedrich Wilhelm 17. März 1831. Otterstedt's Bericht, 12. December 1830. Arnim's Bericht, Karlsruhe 8. Januar 1831.

**) K. Ludwig v. Baiern an K. Friedrich Wilhelm 30. Sept., 2. Nov. 1830.

***) Berichte Salviati's 27. Juni, Otterstedt's 21. 26. Juni 1831.

zu einer vertraulichen Besprechung und stellte ihnen vor, daß diese Tage der Gährung außerordentliche Vorsichtsmaßregeln erheischten; denn „der Bund beruht seinem eigentlichsten Wesen nach auf dem Princip der wechselseitigen Intervention in allen den Fällen wo sonst das Völkerrecht entscheidet".*) Man beabsichtigte zunächst mehrere tausend Mann Bundestruppen in der Nachbarschaft Frankfurts aufzustellen, nöthigenfalls auch einige fliegende Corps durch das unruhige Mitteldeutschland zu senden. Da erhob Baiern Einsprache. König Ludwig wollte nichts dulden was seine Souveränität irgend schmälerte: nimmermehr könne Baiern, das an dreizehn Nachbarn angrenze, fremden Weisungen gehorchen oder gar, wie man in Frankfurt verlangte, einige seiner Bataillone einem nassauischen General unterordnen; nur als souveräne Macht, nicht als Bundesstaat werde sein Staat den Nachbarn Hilfe leisten. Er selbst wähnte sich völlig sicher, da sein Land bisher noch ruhig blieb und die Münchener ihr Octoberfest mit der üblichen Bierseligkeit feierten. Seinem Bundesgesandten schrieb er sehr gereizt: „Wir sind bereitwillig Unsere bundesmäßige Hilfe nach den Bestimmungen der Bundesgesetze mit teutsch-patriotischen Gesinnungen zu leisten; aber Wir haben keinen Grund zum Schutze der Grenzen Unseres Reiches eine fremde Hilfe zu verlangen;" und sein Minister Zentner fügte hinzu: „Einquartierungen im Frieden sind verhaßt und werden es noch mehr, wenn der brave Bürger für Dritte, für Angehörige anderer Staaten büßen soll."**)

Metternich fürchtete schon, die alte Sonderpolitik Baierns werde von Neuem beginnen und griff in seiner Angst zu einem sehr ungewöhnlichen Unterhandlungsmittel. Er schickte König Ludwigs eignen Gesandten, den Grafen Bray, nach München, mit einem Handschreiben des Kaisers Franz und zwei großen Denkschriften, welche dem Wittelsbacher die Gefahr der Lage vor die Augen führen sollten: „Für die Fürsten und die Völker handelt es sich heute darum, zu leben und nicht die Beute jener Klasse von Proletariern zu werden, welche Ziele verfolgen, die sie selbst nicht angeben wollen oder können und welche immer nur umstürzen, niemals etwas schaffen werden".***) Anfangs empfing König Ludwig seinen Gesandten, der ihm also k. k. Politik predigen sollte, mit erklärlichem Unwillen; er lenkte jedoch bald ein, dankte dem Kaiser in einem verbindlichen Schreiben für seine „erhabenen Ansichten" und verwahrte sich wider den Verdacht, daß er Spaltungen am Bunde hervorrufen wolle.†)

---

*) Blittersdorff's Bericht, 18. September 1830.

**) K. Ludwig, Weisungen an Lerchenfeld 4. 6. 9. October. „Erörterungen" des bair. Ministeriums, 9. October 1830.

***) K. Franz an K. Ludwig, Preßburg 9. October 1830, nebst zwei Beilagen: Points pour le Comte Orlow; Points pour le Comte Bray.

†) K. Ludwig an K. Franz, 24. October 1830.

In der That erwies sich Metternich's Besorgniß sofort als grundlos. Der Wittelsbacher war nur in seiner dynastischen Eitelkeit verletzt, doch im Wesentlichen ganz einverstanden mit den Absichten der Großmächte. Eben jetzt lieferte der Münchener Hof ein neues erbauliches Probstück jener unwahren, schielenden Politik, welche er gegenüber den Karlsbader Beschlüssen immer eingehalten hatte. Vornehmlich auf Baierns Betrieb war im Jahre 1824 die Giltigkeit dieser Ausnahmegesetze verlängert worden; gleichwohl hatte der bairische Gesandte bei der Abstimmung die beiläufige Bemerkung eingeflochten, man werde sie „wie bisher" befolgen.*) Ein solcher Vorbehalt war rechtlich wirkungslos bei einem einstimmigen Bundesbeschlusse; doch er konnte mit einiger Dreistigkeit allenfalls so gedeutet werden, als ob in Baiern wie bisher die Bücher und die wissenschaftlichen Zeitschriften censurfrei bleiben sollten. Die bairische Censur wurde auch während der folgenden stillen Jahre ziemlich mild gehandhabt; sie ließ die kleinen Blätter, welche nur Landessachen besprachen, ganz unbelästigt. Nach der Juli-Revolution schlugen aber mehrere dieser Ortsblätter einen so aufreizenden Ton an, daß König Ludwig sich schwer gekränkt fühlte. Im tiefsten Geheimniß, ohne Vorwissen des Ministers Armansperg, schrieb er also (27. Sept.) seinem Bundesgesandten Lerchenfeld: er wolle die Besprechung innerer Landesangelegenheiten wieder der Censur unterwerfen, doch ohne die Hilfe des Bundestags könne er dies nicht wagen; daher solle der preußische Bundesgesandte in unverbrüchlichem Vertrauen gebeten werden, einen Antrag in diesem Sinne zu stellen. Aengstlich fügte er hinzu: „daß ich Preußen dazu anging, darf nicht vorkommen, noch in Baiern irgend Jemand zu irgend einer Zeit hiervon Kenntniß erhalten;" auch nachher kam er immer wieder darauf zurück, daß Baierns Bereitwilligkeit im tiefen Dunkel bleiben müsse.

Seine Bitte war kaum nöthig; die beiden Großmächte hatten bereits beschlossen, die Zügel der Censur etwas schärfer anzuziehen. So konnten denn am 21. October 1830 in leidlicher Eintracht die neuen Bundesbeschlüsse über Deutschlands Sicherheit gefaßt werden.**) Sie befahlen nur das Unentbehrliche. Man merkte deutlich die ruhige Hand Bernstorff's, der alle diese Monate hindurch mit Metternich in Fehde lag und wegen seiner Mäßigung von Wien her bei dem Könige beharrlich aber erfolglos verdächtigt wurde.***) Der Bund forderte lediglich: die Bundesstaaten sollten zu gegenseitiger Unterstützung ihre Truppen bereit stellen, ihre Bundesgesandten mit umfassenden Vollmachten versehen, ihre Censoren zur Wachsamkeit anhalten und auch die Blätter, welche sich nur mit inneren Landesangelegenheiten befaßten, streng beaufsichtigen. Diesen

---

*) s. o. III. 338.

**) Weisung an Lerchenfeld, 13. Oct. 1831.

***) Bernstorff, Rechtfertigungsschreiben an den König, 27. September 1830.

letzten Zusatz hatte Preußen beantragt um freundnachbarlich dem geängstigten Baiernkönige aus der Noth zu helfen. Im Uebrigen war der Beschluß weit milder und versöhnlicher gehalten als die früheren Frankfurter Ausnahmebeschlüsse. Der Bundestag sprach zugleich die Erwartung aus, daß die Regierungen nicht blos gefährliche Nachgiebigkeit vermeiden, sondern auch begründeten Beschwerden ihrer Unterthanen landesväterlich abhelfen würden. Eine solche Anerkennung der Rechte des Volks war in der Geschichte der Bundesversammlung unerhört. In seinem begleitenden Vortrage mußte Nagler sogar — auf Eichhorn's bestimmten Befehl und gegen seine persönliche Neigung — rundheraus erklären, daß manche Staaten durch Vernachlässigung ihrer Bundespflichten, namentlich durch die unterlassene Einführung der Landstände, allerdings Anlaß zu Klagen gegeben hätten.

Leider folgte dem verständigen Beschlusse ein Nachspiel, das den berechtigten Unwillen der Liberalen erregte. Jetzt zum ersten male erdreistete sich Czar Nikolaus in die Bundespolitik einzugreifen, indem er der Frankfurter Versammlung seine Anerkennung für ihre weisen Beschlüsse aussprach; der Bundestag antwortete durch ein Dankschreiben, ohne zu erwägen, daß wer loben darf auch zum Tadeln berechtigt ist. Bald darauf setzte Preußen durch, daß die Contingente der allerkleinsten Staaten endlich zu einer Reserve-Infanteriedivision vereinigt und für den Kriegsfall zur Besetzung der Bundesfestungen verwendet werden sollten. Leicht hielten solche Beschlüsse mit nichten, denn die Bundes-Militärcommission führte auch in diesen gefährlichen Zeiten ihr subalternes Stillleben weiter. Sie stritt sich über den Eid des Commandanten der noch immer nicht vollendeten Bundesfestung Landau; Württemberg hielt ihr einen ausgiebigen Vortrag über die Frage, wer ein beim Luxemburger Festungsbau gefallenes Pferd zu bezahlen habe, und gelangte zu dem Ergebniß, daß dieser schwierige Fall nirgends vorgesehen, also nur durch ein neues Bundesgesetz zu entscheiden sei.*)

Als die Kriegsgefahr näher rückte, stellte König Friedrich Wilhelm dem Auswärtigen Amte die Anfrage (10. Nov.), wie die Ruhe in Deutschland für den Fall des Krieges zu sichern sei. Bernstorff ließ darauf durch Eichhorn in einer ausführlichen Denkschrift die leitenden Grundsätze seiner Bundespolitik zusammenstellen (29. Januar 1831). Unbefangen gestand er zu, daß die Unzufriedenheit in den kleinen Staaten nicht allein durch die Juli-Revolution hervorgerufen sei, sondern durch schwere Fehler der Regierungen und vornehmlich durch den Unwillen der Deutschen über ihre Zerrissenheit; darum dürfe der Krieg gegen Frankreich nicht als ein Principienkampf für das legitime Recht geführt werden, sondern als ein Vertheidigungskrieg für die vaterländischen Grenzen; dann

*) Nagler's Berichte, 10. 22. November, 10. December 1830.

werde die Nation einem warmen Aufrufe des Königs ebenso freudig folgen wie im Jahre 1813, zumal wenn man sie durch patriotische Schriften über die Lage aufkläre. Den Augenblick für eine Bundesreform sah er noch nicht gekommen: „Wenn die deutschen Regierungen, durch eigene Erfahrung belehrt, einst aufgehört haben werden, in Anordnungen, die nichts als das gemeine Beste Deutschlands zu begründen oder zu erhöhen bestimmt und geeignet sind, nur Beschränkungen ihrer Souveränität zu sehen und zu scheuen, wenn sie in ihrem richtig verstandenen Interesse Antriebe finden, freiwillig dazu die Hände zu bieten, alsdann erst wird die Zeit zu einer den Grundsätzen Preußens angemessenen Verwirklichung eines besseren Zustandes der deutschen Bundesverfassung die völlige Reife erlangt haben.“ Für jetzt bleibe nur übrig, daß Preußen durch streng gesetzliche, bundestreue Haltung sich das allgemeine Vertrauen sichere und zugleich fortfahre, durch Sonderverhandlungen mit den einzelnen Staaten gemeinnützige Zwecke zu fördern, insbesondere der allgemeinen deutschen Handelsfreiheit schrittweise sich anzunähern.

Der König gab diesen Grundsätzen seine Zustimmung (22. März). Die Kriegsgefahr zwang ihn, den empfohlenen Weg der Sonderverhandlungen alsbald rüstig zu verfolgen. Jetzt da Noth an Mann kam, waren alle Höfe über die unverbesserliche Erbärmlichkeit der Bundeskriegsverfassung einig, selbst jene Mittelstaaten, welche einst aus Neid gegen Preußen dies Meisterwerk geschaffen hatten. Alle fühlten, daß mindestens für den nächsten Krieg eine andere, festere Ordnung verabredet werden müsse, da Oesterreich seiner besten Kraft zum Schutze Italiens bedurfte. Auf Preußens wiederholtes Andrängen erklärte sich die Hofburg auch bereit, mit den süddeutschen Höfen zu verhandeln; aber die alte Gleichgiltigkeit gegen Deutschland und die Mattigkeit, welche diesen alternden Hof ergriffen hatte, lähmten jeden Entschluß. Graf Schönburg, der Gesandte in Stuttgart, der die Verhandlungen führen sollte, blieb monatelang unthätig in Wien, und Preußen sah sich schließlich gezwungen, Alles auf seine eigene Kappe zu nehmen. Schon im December 1830 wurde General Röder nach Wien gesendet und überraschte die Hofburg durch die bestimmte Erklärung: die Bildung eines Bundesheeres unter einem Bundesfeldherrn sei offenbar unmöglich. Preußen denke mit seiner ganzen Macht in den Krieg einzutreten und verlange, daß drei Heere aufgestellt würden: ein preußisches, verstärkt durch die kleinen norddeutschen Contingente, an der Mosel; ein süddeutsches, durch preußische Truppen verstärkt, am Ober- und Mittelrhein; endlich ein österreichisches in Schwaben. Damit war die Bundeskriegsverfassung über den Haufen geworfen, freilich nur vorläufig, für die Dauer des nächsten Krieges, eines Krieges, welchen Preußen aus guten Gründen zu vermeiden wünschte. Die lächerliche Künstelei, welche sechs der neun preußischen Armeecorps von dem Bundesheere ausschloß, sollte hinwegfallen, Preußen der Sache nach die Führung des Bundes-

krieges übernehmen, Oesterreich sich mit der bescheidenen Rolle einer Hilfsmacht begnügen.

In Wien empfand man, Angesichts der unsicheren Lage Italiens, die eigene Schwäche so lebhaft, daß man selbst diesen starken Zumuthungen nicht gradehin zu widersprechen wagte. Eine bündige Antwort war freilich auch nicht zu erlangen, und der König entschloß sich daher im Februar 1831, den General Rühle von Lilienstern unmittelbar an die süddeutschen Höfe zu senden. Dort wurde der preußische Unterhändler überall mit offenen Armen aufgenommen. König Ludwig verbarg nicht, daß er der Redlichkeit der Hofburg ebenso sehr mißtraue wie ihrer kriegerischen Macht; er ließ eben jetzt, zum Entsetzen des französischen Gesandten, den bairischen Schützenmarsch, den er einst im Januar 1814 gedichtet, im Theater wieder aufführen und war gern bereit zum Schlagen, aber nur im engsten Anschluß an Preußen, und also, daß seine Truppen nöthigenfalls ihren Rückzug nach dem Maine, gegen Preußen hin nähmen.*) Auch die Höfe von Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt gingen auf Preußens Vorschläge bereitwillig ein; sie einigten sich sogar über einen gemeinsamen süddeutschen Feldherrn. Im Stillen hatte König Wilhelm von Württemberg auf diese Stellung gehofft. Die preußischen Generale meinten jedoch, daß er wohl ein verständiger und fester Corpsführer, aber kein Feldherr sei und noch weniger fähig Liebe zu gewinnen.**) Da auch die süddeutschen Höfe diese Ansicht theilten, so bezwang der König hochherzig seinen Ehrgeiz und schlug selber vor, daß Wrede, der als Feldmarschall den Vortritt hatte, die Führung über das bairische und über das achte Bundes-Armeecorps zugleich übernehmen sollte.

Es war doch ein schöner Erfolg, daß die alte deutsche Zanksucht jetzt so ganz zurücktrat. Auf das Eifrigste verhandelten die oberländischen Höfe nunmehr über alle Einzelheiten ihres Aufmarsches.***) In heller Freude schrieb Witzleben dem Auswärtigen Amte: „Die süddeutschen Regierungen haben uns Vertrauen erwiesen, wir müssen dasselbe largement erwiedern. Der Charakter der preußischen Politik ist Gradheit und Offenheit, so müssen wir uns daher gegen unsere süddeutschen Brüder aussprechen. Das wahre deutsche Interesse wird allemal auch ein preußisches sein. Wünsche, die jenem nicht entgegen sind, werden daher von uns nur unterstützt werden können, und es leidet auch keinen Zweifel, daß man sich darüber mit Oesterreich leicht wird verständigen können."†) General Krauseneck, der den liberalen Ideen nahe stand, trug sich schon mit der kühnen Hoffnung, aus diesen Verabredungen werde vielleicht ein

*) Bericht von Rühle und Küster 7. März. Küster's Berichte, 7. 25. März, 10. April 1831.

**) General Wolzogen an Bernstorff, 14. Oct. 1830.

***) Wrede an Markgraf Wilhelm von Baden, 20. Febr.; Antwort 27. Febr. 1832.

†) Witzleben an Eichhorn, 1. Juli 1831.

dem Zollvereine ähnlicher militärischer Bund der Kleinstaaten unter Preußens Führung hervorgehen. Ueberhaupt verbreitete sich unter den preußischen Generalen mehr und mehr die Einsicht, daß Oesterreich im deutschen Heerwesen nicht schöpferisch und leitend wirken könne. Selbst Herzog Karl von Mecklenburg trug kein Bedenken diesen ketzerischen Gedanken auszusprechen. Doch leider bekundete sich die wackere Gesinnung der süddeutschen Höfe vorerst nur in Worten. Sie thaten Einiges um unter den Contingenten Badens, Württembergs, Hessens eine annähernde Gleichheit des Commandos und der Bewaffnung herbeizuführen; einmal versammelte sich sogar das achte Bundesarmeecorps zu gemeinsamen Manövern bei Heilbronn. Indeß ließ der Zustand ihrer Truppen sehr viel zu wünschen übrig, Dank der thörichten Knauserei der Landtage und der Kunstliebe König Ludwigs. In Baiern hatte das Bataillon nur 60 Mann unter der Fahne, und als der König jetzt, zum ersten male seit seiner Thronbesteigung, eine Heerschau über die Münchener Regimenter hielt, da zählte die gesammte Garnison nur 1200 Mann Fußvolk, 400 Pferde und 5 Batterien.*)

Unterdessen war der Wiener Hof aus seiner Trägheit erwacht. Feldmarschallleutnant Langenau, Preußens alter Feind von Frankfurt her, warnte dringend vor den Berliner Anschlägen. Auch fürchtete Metternich, ohne jeden Grund, die Süddeutschen würden sich über ein Neutralitätsbündniß verständigen; wirkte doch der württembergische General Bangold, ein in der Hofburg sehr übel verrufener Liberaler, bei den Verhandlungen mit, und an allen kleinen Höfen entfalteten die Gesandten Ludwig Philipp's eine verdächtige Geschäftigkeit.**) Erst die Eifersucht auf Preußens Erfolge bewog die österreichischen Unterhändler, endlich gegen General Röder mit eigenen Vorschlägen herauszurücken. Auf den einen Bundesfeldherrn wagten sie kaum noch zu hoffen, da Erzherzog Karl sich nicht geneigt zeigte, dies dornige Amt unter den mißtrauischen Augen seines Bruders zu führen. Dafür verlangten sie die Bildung zweier Heere: alle süddeutschen Truppen unter Oesterreichs Führung, alle norddeutschen unter Preußen. Welch ein Wandel der Machtverhältnisse! Diese Zweitheilung des Bundesheeres war von Preußen während der letzten Jahre immer als das höchste vielleicht erreichbare Ziel erstrebt, von Oesterreich stets bekämpft worden, und nun brachte die Hofburg den Gedanken des militärischen Dualismus selber ihrem Nebenbuhler entgegen. In Berlin flogen aber die Gedanken jetzt schon höher; man wußte, wie wenig Oesterreich für diesen Bundeskrieg leisten konnte, und verlangte für Preußen die thatsächliche Leitung aller kleinen Contingente.

So rückten die Verhandlungen in Wien nicht von der Stelle. Die

---

*) Küster's Bericht, 26. Juni 1831.

**) Maltzahn's Bericht, 6. Mai 1831.

süddeutschen Höfe billigten allesammt Preußens Verfahren; österreichischer Führung wollten sie ihre Truppen schlechterdings nicht anvertrauen, und als Langenau gar den Plan entwickelte, das österreichisch-süddeutsche Heer solle seine Rückzugslinie nach dem Lech nehmen, da erwachten wieder die bösen Erinnerungen aus den Zeiten der Revolutionskriege. Kaiser Franz hatte zwar selbst durch seine Trägheit verschuldet, daß Preußen jetzt auf eigene Faust mit den kleinen Höfen sich verständigte und ihn, den alten, mächtigen Bundesgenossen fast zur Seite liegen ließ; gleichwohl fühlte er sich durch das Verfahren des Königs verletzt. Er schrieb ihm selbst (2. April) in dem gewohnten freundschaftlichen Tone, dankte für Röder's Sendung und schloß deutlich mahnend: „Je größer die Gefahren des Tages sind, um so mehr bin ich überzeugt, daß die noch mögliche Rettung sich nur finden kann und finden wird in der innigsten, offensten und vollständigsten Verbindung zwischen uns Beiden".*) Zugleich mußte Metternich dem Berliner Hofe immer dringender vorhalten, das alte Vertrauen zwischen den beiden führenden Mächten erfordere doch, daß sie auch über diese Frage der Bundespolitik sich zunächst selbander vereinigten. Als der König im August im Teplitzer Bade weilte, stellte ihm Metternich's Vertrauter, Hofrath v. Werner, die förmliche Bitte, er möge gestatten, daß ein k. k. Militärbevollmächtigter zu Berlin die Verhandlungen ins Reine bringe.

Friedrich Wilhelm war unangenehm überrascht; er bemerkte späterhin ärgerlich, Oesterreich habe „sich Licht zu Berlin geholt."**) Aber er gab nach; die Kriegsgefahr war im Augenblicke nicht drohend, und da man den Kampf, wenn er kam, doch gemeinsam mit Oesterreich führen mußte, so schien es nicht rathsam den alten Bundesgenossen zu beleidigen. An eine dauernde Reform der Heeresverfassung des Bundes ließ sich gar nicht denken; dies hätten die süddeutschen Höfe niemals zugegeben, am wenigsten der eifersüchtige König von Württemberg. Bernstorff selbst dachte viel zu nüchtern, um irgend eine Aenderung der Bundesgesetze für möglich zu halten;***) auch Clausewitz rieth, man müsse mit dem Wiener Hofe sich klar verständigen. Im September traf der österreichiche General Graf Clam in Berlin ein, ein reicher, glänzender Magnat, der von Metternich stark überschätzt und oft zu vertraulichen Sendungen gebraucht wurde. Den Damen bei Hofe gefiel er sehr, weniger den stolzen preußischen Männern; denn gar zu gleißnerisch erklang doch aus dem Munde des schlauen Weltmannes der anbiedernde Wiener Ton. Immer wenn Clam eine dreiste österreichische Forderung stellte, fügte er mit freundschaftlicher Zudringlichkeit hinzu, dieser Vorschlag beweise, „daß Preußens Ehre, Ansehen und eminente Stellung im Bunde für Oesterreich ebenso

*) Kaiser Franz an König Friedrich Wilhelm, 2. April 1831.

**) Aufzeichnung des Königs, 30. Nov. 1831.

***) Bernstorff, Denkschrift über die Bundesverfassung, 1. Nov. 1831.

wichtig und theuer als die eigenen sind."*) In langen Monaten vermochten weder Bernstorff noch die Generale Krusemark und Rühle sich mit diesem wortreichen Freunde zu verständigen. Bernstorff, krank und reizbar wie er war, bat endlich den König geradezu, ihn von diesem Geschäfte zu entbinden.**)

Inzwischen wurde General Knesebeck mit der Fortführung der Unterhandlungen beauftragt, und dieser alte treu ergebene Freund der Hofburg bemühte sich nach Kräften, allen Wünschen Clam's entgegenzukommen. Preußens Forderungen entsprachen aber so genau den gegebenen Machtverhältnissen, daß selbst Knesebeck wenig davon nachlassen konnte. Als nun endlich im Mai 1832 die Militärbevollmächtigten der süddeutschen Höfe, die von Preußen über Alles getreulich unterrichtet waren, und dann auch die Vertreter von Sachsen und Hannover nach Berlin geladen wurden, da errang die preußische Politik einen vollständigen Triumph. Die Offiziere der Mittelstaaten erklärten sich sammt und sonders für Preußens Vorschläge, und die Militär-Conferenz beschloß, daß für den Fall des Krieges drei Heere aufgestellt würden: zwei aus Preußen und Bundestruppen gemischte am Nieder- und Mittelrhein, dazu ein österreichisches Heer am Oberrhein. Preußen versprach außer den Festungsgarnisonen 231000 Mann zu stellen, die kleinen Staaten 116000 Mann — eine ziemlich kühne Rechnung — Oesterreich endlich 172000 Mann. Die letztere Zahl ließ man nur aus Höflichkeit stehen; denn Niemand glaubte, daß der Krieg in Italien so viele k. k. Truppen verfügbar lassen würde. Traten diese Entwürfe je ins Leben, so erhielt Preußen offenbar die Leitung des Bundeskriegs. Der verabredete Plan wurde sodann dem aus Petersburg gesendeten General Neidhardt mitgetheilt, und Czar Nikolaus wiederholte seine dreiste Zusage, daß er im Falle des Krieges Polen mit 100000 Mann decken und 200000 Mann als „furchtbare Reserve" dem deutschen Heere nachschicken werde. So hoffte man gegen jeden Angriff gedeckt zu sein. Alle diese Verhandlungen blieben tief geheim und für den Augenblick ohne Wirkung, da der Krieg abgewendet wurde; aber sie bewiesen schlagend, daß selbst die eifersüchtigen kleinen Höfe in ernster Noth nur bei Preußen Hilfe suchen konnten, und wer frei in die Zukunft blickte, mochte schon jene von Eichhorn erhoffte Zeit nahen sehen, da die deutschen Dinge für eine preußische Bundesreform reif wurden. In welche Sackgasse war doch der Deutsche Bund unter dem Systeme des friedlichen Dualismus gerathen: alle größeren Höfe sahen ein, daß sie den Krieg gegen Frankreich nur unter Preußens Führung unternehmen durften; und dennoch wagte Niemand, die gesetzliche Neugestaltung des Bundeskriegswesens auch nur zu beantragen.***)

---

*) Clam an Knesebeck, 15. März 1833 u. s. w.

**) Cabinetsordre an Bernstorff, 12. März; Bernstorff an Clam, 14. März 1832.

***) S. Beilage 20.

Mittlerweile begann Preußens Bundespolitik sich leise zu ändern. Zunächst in Folge der Entlassung Bernstorff's, der im Mai 1832 die Qualen seiner Krankheit nicht länger mehr zu ertragen vermochte.*) Sein Nachfolger wurde Ancillon, da Werther abgelehnt hatte, Eichhorn als Feind der Ostmächte verrufen war, und man sonst keinen geeigneten Diplomaten fand. Der eitle Mann strahlte vor Freuden über die neue, längst insgeheim erstrebte Würde und warf mit erhabenen Aussprüchen politischer Weisheit so freigebig um sich, wie Ludwig Philipp von Orleans, dem er auch in seiner äußeren Erscheinung auffällig ähnelte. Die fremden Diplomaten trauten ihm zu, er wolle Preußens Cardinal Fleury werden. Sein eigener Ehrgeiz ging nicht so weit. Ihm genügte, wenn die Dinge sich im alten Gleise ruhig weiter schoben und der Weltfrieden erhalten blieb. Es war kein eigentlicher Systemwechsel, denn der König behielt die Leitung der auswärtigen Politik in seiner eigenen Hand; doch die Mattherzigkeit des neuen Ministers machte sich bald fühlbar. War Bernstorff der Hofburg gegenüber mit den Jahren immer stolzer aufgetreten, so hatte sich Ancillon seine österreichische Gesinnung nur allzutreu bewahrt. Sogleich nach Antritt seines Amtes sprach er „dem großen Staatsmanne, dem Europa so viel Dank schuldet", seine unterthänige Bewunderung aus und versicherte ihm „die vollständige Gleichheit des Systems der beiden Mächte."**) Diese beständigen Schmeicheleien für Metternich und der salbungsvolle Predigerstil seiner endlosen, lehrhaften Depeschen ließen seine Politik noch schwächlicher erscheinen als sie war. Weit verderblicher wirkte aber die zunehmende Aufregung in Oberdeutschland. Die trotzige Auflehnung der süddeutschen Liberalen gegen das Bundesrecht, die maßlose Sprache ihrer Presse, ihr vaterlandsloses Buhlen mit Frankreich und Polen, ihre wüthenden Ausfälle gegen Preußen, ihre Drohungen und Verschwörungen — das Alles zwang den Berliner Hof, der anfangs die Bewegungen dieser neuen Zeit so nachsichtig beurtheilt hatte, sich wieder fester an Oesterreich anzuschließen. —

*) Cabinetsordre an das Staatsministerium, 10. Mai 1832.

**) Ancillon an Maltzahn, 7. 28. Mai 1832.

Vierter Abschnitt.

Landtage und Feste in Oberdeutschland.

Die Nachwirkung der Pariser Ereignisse zeigte sich im deutschen Süden etwas später als in den kleinen Staaten des Nordens, dann freilich um so stärker. Volksbewegungen gegen die altständische Gesellschaftsordnung fanden hier, wo längst moderne Verfassungen bestanden, keinen Boden. Im Spätjahr 1830 blieb noch Alles leidlich still, nur Darmstadt wurde durch die kurhessische Nachbarschaft in die mitteldeutschen Unruhen verwickelt. Der greise Großherzog Ludwig war im April 1830 verschieden. Ihm folgte Ludwig II., ein wohlwollender, ehrenhafter Herr, nicht ganz unbegabt, aber weder thätig noch selbständig; er stand bereits in den fünfziger Jahren und hatte Zeit genug gehabt, mit Hilfe seiner badischen Gemahlin, einer geistreichen, stolzen, für größere Verhältnisse geschaffenen Fürstin, bedeutende Schulden anzusammeln, die unter Amschel Rothschild's sorgsamer Pflege schon auf 2 Mill. Gulden angeschwollen waren — eine ansehnliche Summe für ein Ländchen von 700000 Einwohnern. Als tüchtiger Finanzmann bestand nun Minister du Thil darauf, daß diese unerfreulichen Verhältnisse des fürstlichen Hauses dem Landtage enthüllt wurden; er verlangte von den Kammern entweder Erhöhung der Civilliste oder Uebernahme der Schulden auf den Staatshaushalt.

Im Landtage wurde diese allerdings starke Forderung sehr unfreundlich aufgenommen. Ueberall in den Kleinstaaten hatte sich schon das Märchen von der Wohlfeilheit republikanischer Regierungen verbreitet. Jedes Zeitungsblatt beneidete die Vereinigten Staaten um den bescheidenen Gehalt, der ihrem Präsidenten genügen mußte, und Niemand bedachte, daß die Kosten einer einzigen Präsidentenwahl, die freilich in den Staatsrechnungen Nordamerikas nicht aufgezählt wurden, sich weit höher stellten als alle deutschen Civillisten insgesammt. Wohlfeiles Regiment nach republikanischem Muster war das allgemeine Feldgeschrei. Ernst Emil Hoffmann, der jetzt in der Kammer das große Wort führte, wusch die schwarze Wäsche des fürstlichen Hauses mit demagogischer Schadenfreude, und nach langen, höchst unehrerbietigen Verhandlungen wurden die Forderungen

des Großherzogs sämmtlich abgelehnt. Der Hof sah sich genöthigt, seine Ausgaben stark zu beschränken und sogar das Hoftheater zu schließen, das den Darmstädtern, wie allen Bewohnern der kleinen deutschen Residenzen, die einzige Würze in der Langeweile ihres Daseins war. Aller Zorn der Hofgesellschaft ergoß sich nunmehr auf du Thil; er allein sollte durch seine Offenheit die erlittene Niederlage und die beleidigenden Reden des Landtags verschuldet haben. Der ehrgeizige Prinz Emil, der zu seinem Unheil ein Commando im österreichischen Heere abgelehnt hatte und nun mit seinem militärischen Talent in dem kleinen Staate nichts anzufangen wußte, trat dem Minister offen entgegen.

Mittlerweile begann es in Oberhessen zu gähren. Aufrührerische Banden aus dem Großherzogthum schlossen sich den kurhessischen Mauthstürmern an; denn so lange die Nachbarstaaten noch nicht beigetreten waren empfand man in den zerstückelten Gebieten der Wetterau nur die Lasten, nicht die Segnungen des preußischen Zollvereins; selbst Professor Hundeshagen in Gießen, der berühmte Forstmann, erklärte in einer leidenschaftlichen Schrift die preußischen Mauthen für das Unglück des Landes. Der Pöbel zerstörte die Zollhäuser und zündete da und dort einem verhaßten Amtmann das Dach über dem Kopfe an. Hier wie in Kurhessen lärmten die schwer belasteten Unterthanen der mediatisirten Fürsten am lautesten. Die Lage ward im September recht bedenklich. Der Hof verzagte, und E. E. Hoffmann erdreistete sich schon, wie ein Dictator ein beschwichtigendes Manifest an sein Volk zu erlassen. „Alles was unsere Nachbarn wünschen, haben wir, sagte er mit dem ganzen Stolze des Darmstädters, haltet den Namen Hessen makelfrei.“ Da befahl du Thil auf eigene Faust die Einberufung der Beurlaubten und ließ zugleich in Frankfurt um Beistand bitten, während der Kurfürst von Hessen jede Bundeshilfe höhnisch zurückwies. Prinz Emil wurde an die Spitze der Armee gestellt und also mit dem Minister versöhnt. In wenigen Tagen trieb der Prinz die Aufrührer auseinander; bei Södel kam es zu einem kleinen Gefechte, und auch einige der braven Bauern, welche die Unruhestörer bekämpft hatten, bekamen im Getümmel die Klingen der erbitterten Reiter zu fühlen. Die Ordnung war hergestellt, der beherzte Minister gewann das Vertrauen des Großherzogs wieder, und auch Otterstedt that das Seine, um das Ansehen des Staatsmannes, der allein im Süden ein zuverlässiger Anhänger Preußens war, aufrecht zu erhalten.*)

Viele Jahre lang führte du Thil fortan die Herrschaft, gewissenhaft und einsichtig, aber auch mit einer Strenge, die nach und nach zur Härte wurde. Seine treue deutsche Gesinnung hatte er schon im Befreiungskriege bewährt, als er den Zutritt des Landes zur großen Allianz vermitteln half, und dann noch kühner durch die Zollverhandlungen mit

*) Du Thil an Otterstedt 13. Oct. Otterstedt's Berichte 15. 27. Oct. 1830.

Preußen. Die kleinbürgerliche Selbstüberhebung der süddeutschen Liberalen erschien ihm lächerlich; er kannte die bescheidene Macht seines Großherzogthums und meinte unbefangen: Gesandte solle ein deutscher Mittelstaat nur in Berlin und Wien halten, bei den kleinen Höfen sei eine diplomatische Vertretung überflüssig, bei den fremden meist schädlich; „wenn die Gesandtschaft in Paris je wichtig wird, so steht es schlimm um Deutschland.“ Obwohl er nach seinen strengconservativen Neigungen der altständischen Verfassung entschieden den Vorzug gab, so sah er doch ein, daß in der demokratisirten Gesellschaft des deutschen Südens nur noch das Repräsentativsystem möglich sei. Aber im Gefühle seiner Ueberlegenheit behandelte er die Gegner geringschätzig, da sie ihm so oft kleinliche und thörichte Bedenken in den Weg warfen, und bald kam er so weit, daß er jeden Liberalen für einen Narren oder einen gefährlichen Menschen ansah.*)

Der Landtag von 1830 ging noch in Frieden auseinander; doch im Lande hielt die Gährung an. Viele der jüngeren Beamten waren aus der radicalen alten Gießener Burschenschaft, aus den Kreisen der Schwarzen und der Unbedingten hervorgegangen; mehrere verhielten sich lau oder untreu während der Volksbewegung, und die Schuldigen wurden allesammt aus den Aemtern entfernt, obwohl man ihnen meist die Strafen erließ. So bildete sich ein Stamm von Unzufriedenen, und der junge Nachwuchs dachte nicht friedfertiger, da der Gießener Curator Arens durch gehässige Verfolgungen den Trotz der Jugend herausforderte.**) Der Offenbacher Bund „der Sektionen“ und andere geheime Vereine nährten die Verstimmung. „Das Blutbad von Södel“ ward dem Volke als ein ungeheuerlicher Frevel geschildert, obgleich die Regierung eine Untersuchung einleitete und einige der schuldigen Soldaten bestrafen ließ. Noch stärker wirkte das verführerische Beispiel der badischen Nachbarn, da die beiden gefeierten Karlsruher Volksmänner Itzstein und Welcker aus Hessen stammten und mit den alten Landsleuten in Verbindung blieben. —

Dort in Baden erlebte der parlamentarische Liberalismus der Kleinstaaten jetzt seine Blüthezeit. Wenige Tage vor dem hessischen Großherzog, im März 1830 war auch Großherzog Ludwig von Baden gestorben, und als nunmehr der erste der hochbergischen Markgrafen Leopold ohne jeden Widerstand die Regierung übernahm, da fühlte das Land sich erst seiner Selbständigkeit sicher. Man meinte durch die vollendete Thatsache und durch die Anerkennung der großen Mächte geschützt zu sein wider die begehrlichen Anschläge der Wittelsbacher — eine Hoffnung, die sich doch nicht sogleich erfüllen sollte. Großherzog Leopold war ein Fürst von seltener Herzensgüte, ehrlich gewillt sein Land zu beglücken; seine gemüthliche Leutselig-

*) Ich benutze hier die Aufzeichnungen du Thil's, die ich inzwischen vollständiger eingesehen habe.

**) Arnim's Bericht, Darmstadt 25. September 1831.

keit stach von dem verschlossenen Wesen des gestrengen Vorgängers erfreulich ab. Aber die Staatsgeschäfte kannte er nicht, selbständiges Nachdenken fiel ihm schwer, noch schwerer ein kräftiger Entschluß; am wohlsten fühlte er sich in seinem Marstall oder auf dem Schießstande, für Künste und Wissenschaften zeigte er wenig Verständniß. Seine Gemahlin Sophie, eine stolze Wasa von klarem Verstande, starkem Willen, lebhaftem Thatendrange und fürstlicher Haltung, übersah den gutmüthigen Gatten weit; auch sein Bruder Markgraf Wilhelm, ein tapferer General des napoleonischen Heeres, war nicht ohne Ehrgeiz, und seit der Markgraf eine Schwester des Königs von Württemberg geheirathet hatte, glaubte sich der schwäbische Schwager ebenfalls berechtigt am Karlsruher Hofe mitzureden.

Zum Glück fand der Großherzog einen Rückhalt an dem alterprobten Vertrauten der hochbergischen Markgrafen, dem Staatsrath Winter, der seit Jahren die Vermögensgeschäfte dieser jüngeren Linie besorgte, auch als Schriftsteller ihr Thronfolgerecht siegreich vertheidigt hatte. Winter war längst schon der leitende Kopf der Verwaltung des Innern, soweit der Großherzog Ludwig ihm freie Hand ließ. Die Sünden der vergangenen Regierung rechnete man ihm nicht an; Jedermann wußte, daß er Vieles nur widerwillig hatte geschehen lassen. Der schlichte Mann mit dem diplomatisch klugen und doch treuherzig gemüthlichen Gesichte war ganz dazu angethan, das Vertrauen dieses bürgerlichen Landes zu gewinnen. Sein klarer Geschäftsverstand erkannte sofort, das alte harte System der polizeilichen Ueberwachung sei unhaltbar, die neue Linie der Dynastie müsse die Liebe des Volks zu gewinnen suchen. Auf seinen Rath unternahm der Großherzog eine Rundreise durch das Land, und die ungeheuchelte Freude der Massen verkündete überall, welche stolzen Hoffnungen dies Völkchen an den Hingang seines ungeliebten alten Fürsten knüpfte. Die Heidelberger sangen ihrem Leopold zu:

Herzensreinheit ist Dein Theil!
Sie nur bringt der Zukunft Heil!

und veranstalteten ihm zu Ehren einen künstlichen Schloßbrand. Haufen von Reisig und Kleinholz flammten plötzlich auf in dem alten Gemäuer des Pfälzerschlosses, den Beschauern traten alle Schrecken der Tage Melac's leibhaftig vor die Augen. Es war, als ob die Preußen eine theatralische Aufführung der Schlacht von Jena veranstalteten; in diesem staatlosen Geschlechte fand es Niemand anstößig, die Erinnerung an die Schmach des Vaterlandes also zu erneuern.

Seit Winter den Gang der Regierung bestimmte, hatte die Stunde des Rücktritts geschlagen für die beiden hochconservativen Minister des alten Großherzogs, für Metternich's Getreuen Berstett und den gestrengen rheinbündischen Bureaukraten Berckheim. Doch Leopold zögerte und schwankte. Da gab endlich der schwäbische Nachbar den Ausschlag durch

einen jener freundlichen Fußtritte, welche seinem nachtragenden Gemüthe wohl thaten. Er haßte Berstett als persönlichen Feind und Verleumder noch von den Veroneser Zeiten her. Als nun Markgraf Wilhelm die Württembergische Prinzessin freite, schenkte der König dem badischen Hausminister die übliche Dose; er ließ sie aber nicht, wie der Brauch war, mit seinem Bildniß schmücken, sondern die offenbar höhnisch gemeinte Inschrift Loyauté et vérité! darauf setzen. Berstett tobte über diese neue Beleidigung „des unversöhnlichen Nachbarkönigs"; er sendete das Danaergeschenk dem Gesandten General Bismarck mit einem stolzen Briefe zurück, klagte dem diplomatischen Corps sein Herzeleid. Der Arme mußte Temperirpulver nehmen um seinen Zorn zu bändigen, und das gesammte hohe Beamtenthum theilte seine Entrüstung. Nur der Großherzog wagte nicht, sich des gekränkten Ministers anzunehmen, und nun merkte Berstett endlich doch, daß seine Uhr abgelaufen sei. Gegen Ende des Jahres war sein und Berckheim's Rücktritt entschieden.*) Bald nachher verschwand auch Major Hennenhofer, jener zweideutige Günstling des alten Großherzogs, der sich auch dem Nachfolger schon durch seine Vielgeschäftigkeit unentbehrlich gemacht hatte; eine Stuttgarter liberale Zeitung, der Hochwächter, brachte so arge Enthüllungen über seinen sittlichen Wandel, daß man ihn unmöglich länger halten konnte.**)

Das alte System war gestürzt, das neue noch nicht befestigt. Winter übernahm nunmehr förmlich die Leitung des Ministeriums des Innern. Er hegte die redliche Absicht, streng nach der Verfassung zu regieren und trug sich mit mannichfachen wohldurchdachten Reformplänen. Doch über die Grenzen des Ländchens reichte sein Blick nicht weit hinaus: genug, wenn nur der Bundestag, dessen erbärmliche Gesetze dem gewiegten Geschäftsmanne wie elastischer Gummi vorkamen, durch eine behutsame Politik verhindert wurde, sich in die badischen Dinge einzumischen. Da er selber an dem Ideale eines wohlverwalteten Mittelstaates sein Genügen fand, so täuschte er sich gänzlich über die Macht des neuen Radicalismus, der doch nur darum so drohend überhand nahm, weil das Volk die Jämmerlichkeit der Kleinstaaterei dunkel empfand und sich nach einem großen politischen Leben sehnte. Er hielt eine Revolution in Deutschland für ganz undenkbar — ein verhängnißvoller Irrthum, der fast allen den gemäßigt conservativen Ministern der constitutionellen Kleinstaaten gemein war — und suchte den Grund der allgemeinen Aufregung allein in den Brandreden der „Impfer": so nannte er in seiner volksthümlich derben Redeweise jene liberalen Schwätzer, die dem Volke so lange von seinem Unglück vorsprächen, bis es selber daran glaubte. Für diese Staatskunst

*) Berstett an Bismarck 9. December, an Otterstedt 16. December; Otterstedt's Berichte 6. 16. 25. December 1830.

**) Berichte Salviati's 19. Juni, Otterstedt's 14. Juni 1831.

des vorsichtigen, wohlwollenden Particularismus fand Winter nur wenige zuverlässige Gehilfen. Da das kleine Land kein anderes diplomatisches Talent besaß, so mußte Blittersdorff auf dem wichtigen Frankfurter Posten bleiben, und der Heißsporn der Reaktion trug kein Bedenken, eigenmächtig, oft gegen seine Weisungen, den österreichischen Bundesgesandten zu unterstützen, so daß der Karlsruher Hof bald in den Ruf der Zweizüngigkeit gerieth. In das Auswärtige Amt ward Frhr. v. Türckheim berufen, derselbe, der vor zwölf Jahren die Vorrechte des Adels so lebhaft gegen Winter's Angriffe vertheidigt hatte,*) ein Staatsmann von feiner Bildung und gemäßigten Grundsätzen, aber ein Aristokrat, dem bei der ganz bürgerlichen Weltanschauung des leitenden Beamten nicht immer wohl zu Muthe war.

Und diese gespaltene Regierung stand fortwährend unter dem Kreuzfeuer der überlegenen Nachbarhöfe. Gleich seinem Vorgänger wollte auch Großherzog Leopold sich treu an Preußen anschließen, schon weil er Schutz brauchte gegen die bairischen Anschläge; er bat den König herzlich um die Bewahrung „der gütigen Gesinnungen, die meinem Hause und Lande von jeher als Stützpunkt zugewendet waren.“**) Aber während Otterstedt für den Zollverein und die Neugestaltung des Bundesheeres arbeitete, wirkte der österreichische Gesandte Graf Buol, den man doch auch nicht verletzen wollte, heimlich dagegen; dazwischen hinein kamen scharfe Drohungen vom Bundestage, der Münchener Hof meldete seine Erbansprüche an, und der französische Gesandte empfahl beharrlich einen neuen, neutralen Rheinbund.

Und dazu die Macht der unaufhaltsam aus dem Auslande eindringenden revolutionären Ideen. Hier an der langgestreckten offenen Grenze war selbst die Karlsbader Censur machtlos. Die radicalen Schweizer Zeitungen überschwemmten das Oberland, sie predigten allesammt den Fürstenhaß und vornehmlich den Kampf wider den preußischen Zollverein. Noch schädlicher wirkte die Nachbarschaft Frankreichs. Nunmehr da die übermüthige Kriegslust der Franzosen wieder auflebte, empfand man erst ganz, welch ein Pfahl im deutschen Fleische das französische Straßburg war. Dies drohende Ausfallsthor dicht vor dem schutzlosen deutschen Oberlande raubte den süddeutschen Höfen allen die ruhige Sicherheit, und zugleich ward die alte Reichsstadt der Herd einer gewissenlosen Propaganda, welche jetzt weit erfolgreicher arbeitete als einst in den Tagen der ersten Republik. Da die Elsasser erst seit den Agrargesetzen der Revolution und seit den Waffenthaten des Kaiserreichs sich als Franzosen fühlten, so hegten sie für das alte Königshaus wenig Theilnahme, beseitigten nach den Julitagen alsbald die königlichen Lilien aus dem Straßburger Wappen und

*) s. o. II. 517.

**) Großh. Leopold an K. Friedrich Wilhelm, 22. Juni 1830.

schaarten sich freudig, neuen Kriegsruhms gewärtig, um die wiederaufgerichtete Tricolore. Sofort ward nun den badischen Nachbarn die Herrlichkeit französischer Bürgerfreiheit angepriesen. Der Straßburger „Nationalgardist Gradaus" schilderte dem Bauern Vetter Michel die Wunder der neuen Zeit in jenem behaglichen Biedermannstone, der seit Hebel's Volkskalendern den Badenern geläufig war. Dann erschien der „Widerhall deutscher Volksstimme in Grüßen an das deutsche Vaterland", ein Libell voll wüthender Anklagen gegen die „Spürnasen und gefütterten Hundsnaturen" der Fürsten, gegen „das servile Corps einexercirter Potsdamer Kamaschenknechte", das an den Grenzen Polens stehe, statt „im Staube knieend den größten aller Soldaten, Kosciuszko," zu verehren — und so weiter eine ganze Reihe wüster Brandschriften, zumeist aus dem Verlage von Silbermann in Straßburg. Der König von Württemberg erfuhr bald durch seine wachsame Polizei, daß in Straßburg ein geheimes Revolutions-Comité bestand, das allwöchentlich zwei Boten nach Karlsruhe und Stuttgart sendete; er befahl aber „dem Winter nichts zu sagen" weil er ihm nicht über den Weg traute.*)

Der Straßburger Niederrheinische Curier brachte eine Beilage „das constitutionelle Deutschland", die offenbar zur Aufwiegelung des deutschen Südens bestimmt, von dem jungen Stralsunder Cornelius geleitet, durch badische und pfälzische Radicale mit Beiträgen versorgt wurde. Hier erklang wieder das alte Rheinbundslied, nur in neuer Tonart, zu Ehren deutscher Macht und Herrlichkeit: „Gebt Deutschland eine Verfassung, die es zur sechsten Großmacht erhebe. Laßt Preußen und Oesterreich, deren Interessen nicht die unseren sind, ihre eigenen Bahnen gehen, aber vereinigt Euch zu einem einzigen, herrlichen und mächtigen Volke" unter einem auf Zeit gewählten Oberhaupte und Reichsständen. Auch die französischen Zeitungen, zumal die bonapartistische Révolution verstanden klüglich bald dem Einheitsdrange der Deutschen zu schmeicheln und die schmähliche, allein durch die kleinen Tyrannen verschuldete Zersplitterung des großen deutschen Vaterlandes zu verhöhnen, bald für sich die natürlichen Grenzen zurückzufordern: dann werde „Frankreich durch eine heilsame, großmüthige Einmischung, nöthigenfalls mit den Waffen, den Kampf der beiden großen Staatsgedanken zu Gunsten der Völker entscheiden."

Bei so frischem Westwinde mußten dem badischen Liberalismus wohl die Segel schwellen. Unter Rotteck's und Itzstein's gewandter Führung hatte sich die geschlagene Partei in der Stille gesammelt, und bei den Landtagswahlen, die auf Winter's ausdrücklichen Befehl völlig unbelästigt blieben, errang sie einen glänzenden Sieg. Die neue Zweite Kammer, die

*) K. Wilhelm, Weisung an Bismarck, mitgetheilt in Arnim's Bericht, Karlsruhe 25. Jan. 1831.

im März 1831 zusammentrat, bestand fast durchweg aus Liberalen; die wenigen dem Ministerium näher stehenden Abgeordneten wagten kaum wider den Strom zu schwimmen. Und leicht war es nicht, gegen den undeutschen, echtfranzösischen Parteiterrorismus dieser liberalen Triumphatoren aufzukommen; sie verlangten Rache für die langjährige Zurücksetzung, mißhandelten Jeden, der nur um eines Fingers Breite von der alleinseligmachenden Lehre ihres Vernunftsrechts abwich, als einen Höfling und Aristokraten und beräucherten sich selber wechselseitig mit einer maßlosen Eitelkeit, die dem Größenwahnsinn nahe kam. Rotteck schilderte nachher „das europäische Ereigniß" dieses Landtags in einem „Lese- und Lehrbuch für's deutsche Volk"; 674 Seiten genügten ihm kaum um die unermeßliche Wasserfluth der liberalen Kammerweisheit ganz zu erschöpfen. Bildnisse der großen Volksmänner schmückten das Werk, vorn neben dem Titelblatte prangte natürlich das Bild des Verfassers, der in der badischen Presse allgemein als „Deutschlands größter Historiker" gefeiert wurde; Großherzog Leopold aber, „der Volksfreund", mußte sich mit einer bescheidenen Stelle mitten im Buche begnügen.

„Französisirende Deutschthümler" nannte Blittersdorff einmal die Genossen Rotteck's mit dem Scharfblick des Hasses,*) und in der That war ihre blinde, unterthänige Begeisterung für Frankreichs neue Freiheit ebenso unbestreitbar wie ihre nebelhafte Begeisterung für ein deutsches Vaterland irgendwo in den Wolken. Vernunft und Unsinn, polternde Phrase und nüchterne Beobachtung der Bedürfnisse der Gegenwart vertrugen sich freundnachbarlich in diesen Köpfen. Der badische Liberalismus vertrat die Interessen der erstarkenden Mittelklassen, ihr wohlberechtigtes Verlangen nach Entlastung des Bodens, nach Freiheit des Wortes und des Verkehrs; aber er stand noch ganz unter der Herrschaft der selbstgefälligen alten Aufklärung, die nirgends in Deutschland sich fester eingenistet hatte, als hier in diesem lieblichen, wie für die Romantik geschaffenen Winkel; er betrachtete die Interessenpolitik des Bürgerstandes kurzerhand als „den geläuterten Ausdruck des vernünftigen Gesammtwillens" und wähnte sich berufen, „das blos dem Machtwort entfließende historische Recht dem Vernunftrechte zu unterwerfen". Die Heimath dieses bürgerlichen Vernunftrechts war die Universität Freiburg, zu jener Zeit eine sehr bescheidene Leuchte deutscher Wissenschaft; die geistvollen Heidelberger Gelehrten hatten in ihrer großen Mehrzahl das Joch der alten naturrechtlichen Abstraktionen schon abgeschüttelt und hielten sich der Bewegung fern.

Auch diesmal trat das alte Leiden des badischen Verfassungslebens, das unnatürliche Uebergewicht des Beamtenthums wieder grell zu Tage. Fast alle Redner der Opposition waren Staatsdiener, die Regierung wagte keinem mehr den Urlaub zu verweigern und sah sich bald durch die

*) Blittersdorff's Bericht 2. April 1831.

Angriffe ihrer eigenen Untergebenen Schritt für Schritt zurückgedrängt. Schon während des stürmischen Wahlkampfes konnte scharfen Beobachtern nicht entgehen, daß sich in der Stille bereits eine radicale Partei gebildet hatte, deren Pläne weit über die Ziele der Liberalen hinausgingen. Zu selbständigem Auftreten fühlte sie sich aber noch zu schwach, und Adam v. Itzstein, der unter allen den Neugewählten ihr am nächsten stand, war viel zu klug um sich offen zu ihr zu bekennen. Nicht umsonst hatte Itzstein einst in seiner Mainzer Heimath das Treiben der Clubisten mit angesehen; sein kalter Fanatismus erinnerte an die gewiegten jacobinischen Parteimänner des Convents. Darum fürchtete ihn Metternich als den einzigen gefährlichen Mann der badischen Opposition. Immer im Stillen thätig, verstand er meisterhaft, durch diplomatisches Zureden die Schwankenden bei der Stange zu halten. Oeffentlich sprach er nur selten, aber die Schärfe seiner Rede verletzte tödlich, weil man fühlte, daß jedes kränkende Wort genau erwogen war.

Der ehrliche Rotteck hatte inzwischen längst die radicalen theoretischen Folgerungen gezogen, welche sich aus seiner Lehre von der Volkssouveränität unausweichlich ergaben; in seinem Lehrbuche des Vernunftrechts erklärte er kurzab, nur die Republik sei gerecht und gut, nur nach dem Maße der Annäherung an dieses ideale Ziel dürfe eine Verfassung gepriesen werden. Als praktischer Parlamentarier ließ er sich indessen wohl gefallen, daß in Baden noch ein Theil der ursprünglichen Volksgewalt dem Monarchen übertragen war, und durch die gutherzige Freundlichkeit seines Auftretens brach er mancher seiner scharfen Aeußerungen selber die Spitze ab. Von anderem Schlage war Welcker, ein untersetzter Mann mit geröthetem strengem Gesicht und zornig funkelnden großen Augen; wie ein Kampfstier erhob er sich zum Sprechen, über der tobenden Heftigkeit seiner unaufhaltsam dahinbrausenden Reden vergaß man ganz, daß er mindestens in der Theorie nicht so weit ging wie Rotteck. Er nannte sich gern einen alten Soldaten der Freiheit, er lebte und webte in dem Kampfe wider die Reaktion und betrachtete den Bundestag als seinen persönlichen Feind. Ueber die Bosheit der Fürsten tröstete er sich nur auf Augenblicke, wenn er in seinem Zimmer die lange Reihe der Bürgerkronen und Ehrenbecher, lauter Weihgeschenke des gesinnungstüchtigen Volkes, wohlgefällig musterte. Von den berühmten Heidelberger Professoren erschien nur der gutkatholische Altbaier Mittermaier, ein Jurist von ungeheuerer Belesenheit, weltberühmt durch seine Kenntniß des ausländischen Rechts, seit Langem eifrig bemüht für die Einführung der Schwurgerichte und die Verbesserung der Gefängnisse, freilich mehr ein vielwissender Gelehrter als ein selbständiger Denker, gemäßigt in seinen politischen Grundsätzen, aber keineswegs unempfänglich für die Tageslaunen der öffentlichen Meinung. An diese Führer schloß sich eine ganze Schaar treuer Bekenner des liberalen Vernunftrechts: aus Freiburg der geschäftskundige Jurist

Duttlinger, der so lange fast allein im Landtage der reaktionären Mehrheit Stand gehalten hatte; aus Heidelberg der Buchhändler „Vater Winter", der alte Kämpe der Preßfreiheit; aus dem Oosthale der Geistliche Rath Herr, ein volksbeliebter, warmherziger Priester, dem fürstlichen Hause so treu ergeben, daß er sich bei Hofe jede freimüthige Derbheit erlauben durfte.

Zum Beginn des Kampfes schwenkte Itzstein sein Weihrauchfaß vor den Franzosen: „Im Westen Europas erhob sich ein Volk, an Bildung und Nationalsinn allen vorgehend, und gab sich einen Bürgerkönig." Nach diesem glorreichen Vorbilde sollte auch das badische Volk seine Freiheit zurückfordern und die vor sechs Jahren abgeänderten Artikel seiner Verfassung wiederherstellen.*) Schaden hatte jene Verfassungsänderung allerdings nicht angerichtet; nach ihren jüngsten Wahlerfolgen durften die Liberalen am wenigsten bestreiten, daß der Volkswille jetzt, da die Kammer aller sechs Jahre vollständig erneuert wurde, sich weit kräftiger äußern konnte als früherhin, da immer nur ein Viertel der Abgeordneten ausgeschieden war. Aber das badische Grundgesetz galt nun einmal für ein Heiligthum; daß die finsteren Zeiten der Reaction je daran gerührt hatten, durfte nicht ungerochen bleiben, und so ward denn einstimmig beschlossen, jene unzweckmäßigen Vorschriften der Verfassung wörtlich wieder einzuführen. Die Flügelthüren des Saales waren geöffnet, weil die Tribünen die Masse der Zuhörer nicht fassen konnten; nach der Abstimmung erdröhnte das Haus von Jubelrufen. Auch Winter stimmte zu; er fühlte, das Rechtsbewußtsein des ganzen Landes fordere diese Sühne. Dann legte er ein wohldurchdachtes Gemeindegesetz vor, das mit dem alten Systeme rheinbündischer Bevormundung entschlossen brach. Die Kammer ging darauf ein; sie veränderte jedoch die Vorschriften über das Wahlrecht in so radicalem Sinne, daß der politische Parteikampf sofort in die Gemeindewahlen eindrang und die neue Selbstverwaltung während der nächsten Jahre sich noch nicht ruhig entwickeln konnte.

Noch heftiger flammten die Leidenschaften auf, als Welcker die sofortige Verkündigung eines Preßgesetzes verlangte. Er hatte schon im vorigen Herbst, in einer gedruckten Petition an den Bundestag, „die vollkommene und ganze Preßfreiheit" für Deutschland gefordert; in Frankfurt abgewiesen, versuchte er nun seine Absicht für Baden allein durchzusetzen. Also verfiel der Karlsruher Landtag nochmals seinem alten dunklen Verhängniß: er begann wieder, wie so oft schon, einen aussichtslosen Kampf gegen den Deutschen Bund und trat auch diesmal das geschriebene Recht mit Füßen. Nichts war begreiflicher als die allgemeine Sehnsucht nach Preßfreiheit, zumal hier an der Grenze, wo man die Blätter des Auslandes täglich vor Augen sah. Doch leider durfte der badische Staat über seine

*) Vgl. III. 353.

Presse nicht frei verfügen, da er sich selbst die Hände gebunden hatte. Der § 17 der Verfassung bestimmte: „Die Preßfreiheit wird nach den künftigen Bestimmungen der Bundesversammlung gehandhabt werden." Wollten die Badener also die drückende Fessel der Censur zerbrechen, so mußten sie versuchen, den Bundestag zuvor zur Aufhebung des Karlsbader Preßgesetzes zu bewegen. Dieser einzige gesetzliche Weg war freilich ganz ungangbar, und als der Abgeordnete Schaaff gleichwohl ihn zu betreten rieth, erwiderte Welcker grimmig, das hieße ein Gaukelspiel mit dem badischen Volke treiben. Da die rechtliche Unmöglichkeit auf flacher Hand lag, so griff der Antragsteller in seinem Feuereifer zu sophistischen Auslegungskünsten, die dem grundehrlichen Manne übel anstanden. Welcker meinte frischweg: jener ganz unzweideutige Verfassungsartikel bedeute eigentlich das Gegentheil, er bedeute, daß die Preßfreiheit, nicht die Preßsklaverei, den Badenern versprochen sei und mithin auch gegen den Willen des Bundestags eingeführt werden müsse. Noch mehr, er behauptete sogar, das Bundespreßgesetz verlange nur, daß keine Schrift unter zwanzig Bogen „ohne Vorwissen und vorgängige Genehmigung der Landesbehörden" gedruckt werden dürfe, folglich sei die Censur von Bundeswegen nicht anbefohlen, ihr Name komme ja in dem Gesetze gar nicht vor! Es war ein häßliches Advokatengezänk, und mit gutem Grunde erklärte man im Berliner Auswärtigen Amte diese Beweisführungen der badischen Liberalen für „wahrhaft jesuitisch".*)

Jener ehrenwerthe Abscheu gegen die anonyme Schriftstellerei, der noch vor zwölf Jahren in der Karlsruher Kammer vorgeherrscht hatte, war jetzt, nach so widerwärtigen Verfolgungen, gründlich zerstört. Welcker sprach noch pathetisch von der Pflicht des freien Bürgers, für seine Worte einzustehen, doch er forderte nur, daß der Drucker oder der Verleger sich nennen müsse, und erkannte also die Anonymität der Zeitungsschreiber als Regel an. Zum Schluß rief er drohend: wenn die Minister nicht ein Preßgesetz vorlegen, „so setzen sie sich der Anklage des Verraths gegen das Volk und den Fürsten aus." Rotteck stimmte dem Freunde fröhlich bei und predigte ungescheut die Auflehnung gegen den Deutschen Bund; denn seit der Bundestag sein Recht zur Regelung der Preßfreiheit so schnöde mißbraucht hatte, sahen sich die Liberalen, wenn sie nicht sehr weit blickten, fast gezwungen, das Panier des rohen Particularismus zu erheben. „Der Deutsche Bund ist ein bloßes Factum für uns" — so meinte Rotteck — nicht mit uns ist der Bundesvertrag geschlossen worden, sondern nur zwischen den Fürsten, darum erkennen wir nur ein zweifaches Gesetz an: „das ewige Vernunftrecht und unsere Landesconstitution." Dann pries er die vox populi vox Dei und versicherte in gläubiger Unschuld, es sei rein unmöglich, daß die Presse jemals schlecht werde.

*) Frankenberg's Bericht, 4. Febr. 1832.

Von Stunde zu Stunde erhitzten sich die Köpfe; eine Fluth von Zornreden ergoß sich über die Karlsbader „Ordonnanzen". Die französische Verbildung dieses Liberalismus bekundete sich auch in seiner verwälschten Sprache: wie die Karlsbader Beschlüsse Ordonnanzen hießen, so nannte man Welcker's Antrag eine „Motion" und die Verbesserungen „Amendements"; nach Pariser Brauch donnerten die Redner wider die marklosen „Justemilianer" und warnten die Regierung vor dem Schicksale des „deplorablen Ministeriums" Polignac. Der Geistliche Rath Herr gab der Preßfreiheit sogar den kirchlichen Segen: er nannte sie „eine Anstalt Gottes, die uns helfen wird zu Alledem was wir für Zeit, Tod und Ewigkeit nothwendig haben." Da die anonymen Zeitungsschreiber der liberalen Doctrin wie Volkstribunen erschienen, so sollten sie auch nur durch die freie Stimme des Volksgewissens, durch Geschworene gerichtet werden. Selbst Duttlinger, der ruhigste unter den Führern der Opposition, ließ sich von der allgemeinen Aufregung anstecken; der deutsche Rechtslehrer schämte sich nicht, die Schwurgerichte kurzerhand über das Gesetz zu stellen und die schmähliche Parteilichkeit, welche die französischen Geschworenen in allen politischen Processen bethätigten, den rechtschaffenen Germanen als ein Muster anzupreisen: „Geschworene beschützen die Preßfreiheit gegen zu strenge und unnatürliche Gesetze durch ihr einfaches: Nichtschuldig!" Endlich mißbrauchte die Kammer gar ihr Steuerbewilligungsrecht zu einer verfassungswidrigen Drohung; sie beschloß, das Budget erst dann zu bewilligen, wenn die Regierung das Preßgesetz nebst einigen anderen Gesetzentwürfen vorgelegt hätte.

Welch eine Lage für den wohlmeinenden Minister! Winter hielt die Censur für einen gemeinschädlichen Mißbrauch, aber wie durfte er sie beseitigen, den Vorschriften der Bundesgesetze und der Landesverfassung gradeswegs zuwider? Der Großherzog stand, wenngleich er den Kammern gern ein Stück Weges entgegenkam, mit seinen Herzensneigungen durchaus auf Seiten der Ostmächte. So oft die Russen, unter dem Wehgeschrei der Liberalen, einen Sieg erfochten, ließ er dem Könige von Preußen durch Otterstedt seinen Glückwunsch aussprechen.*) Nimmermehr wollte er sich gegen den Deutschen Bund auflehnen. Mit Badens Zustimmung hatte der Bundestag im vorigen Herbst den Regierungen die strenge Handhabung der Censur anempfohlen, jetzt schritt er zu neuen Beschlüssen gleichen Sinnes; an die Milderung oder gar die Aufhebung der Karlsbader Gesetze wagte keine der Bundesregierungen zu denken in einem Augenblicke, da halb Deutschland durch Unruhen heimgesucht wurde. Aus Darmstadt, Butzbach, Tübingen und anderen süddeutschen Städten kamen Adressen, welche die Bundesversammlung baten dem Blutvergießen in Polen Einhalt zu thun, damit die Cholera nicht nach

*) Otterstedt's Berichte, 18. März, 6. Juni 1831.

Deutschland eingeschleppt werde. Der Vorwand erschien durchsichtig genug; denn der Einmarsch deutscher Bundestruppen in „das Land der Knute und der Cholera" war sicherlich das beste Mittel um die Seuche weithin über Deutschland zu verbreiten. Blittersdorff wurde zum Berichterstatter gewählt und fragte diesmal bei seinem Minister an. Mit Türckheim's Genehmigung beantragte er sodann und setzte durch, daß der Bundestag nicht nur die Eingaben der Polenfreunde zurückwies, sondern auch für die Zukunft die Einsendung politischer Adressen untersagte (27. Oct.).*) Am 10. Novbr. wurden die Vorschriften des Bundes-Preßgesetzes den Höfen nochmals nachdrücklich eingeschärft, am 19. das Straßburger „Constitutionelle Deutschland" verboten. Der letztere Beschluß war eine wohlberechtigte Abwehr; ein Blatt, das so offen den Rheinbund und den Aufruhr verfocht, konnte dort an der Grenze nur Unheil stiften. Bei dem Allen wirkte der badische Gesandte insgeheim eifrig mit, und Türckheim bedauerte nur, daß Blittersdorff nicht reinen Mund gehalten habe, da man in München schon die Meinung des Karlsruher Hofes über das Straßburger Blatt kenne.**)

In diesen nämlichen Tagen, da Baden am Bunde die alte Karlsbader Politik unterstützte, versprach Winter dem Landtage das verlangte Preßgesetz sogleich vorzulegen. Anders wußte er sich Angesichts der Drohungen des Landtags nicht mehr zu helfen; auf die Verweigerung des Budgets, auf die Auflösung der Kammern durfte er's nicht ankommen lassen. Vorsorglich hatte Türckheim schon früher nach Wien geschrieben, das badische Preßgesetz werde jedenfalls die Rechte des Bundes und der Mitverbündeten gewissenhaft wahren.***) In der That bestimmte der den Kammern vorgelegte Gesetzentwurf, daß die Censur zwar der Regel nach hinwegfallen, doch für die Besprechung der Angelegenheiten des Deutschen Bundes oder der anderen Bundesstaaten noch fortbestehen sollte. Die Kammer aber fand in ihrem Siegesübermuthe selbst dies Zugeständniß an das Bundesrecht noch zu stark; sie fügte einen Paragraphen hinzu, kraft dessen der Herausgeber einer Zeitung, der die obige Vorschrift umginge und dann auf die Beschwerde des Bundes oder einer Bundesregierung wegen Beleidigung gerichtlich verurtheilt würde, zu der verwirkten Strafe noch eine Zusatzstrafe von 5 bis 50 Gulden tragen solle. In solcher Fassung erschien das Preßgesetz wie ein Hohn auf das Ansehen des Deutschen Bundes. Die badischen liberalen Blätter riefen schon triumphirend: es giebt in Baden keine Censur mehr; wir unterwerfen uns keinem Censor, sondern tragen willig die kleine Zusatzstrafe falls ein Gericht uns wegen Schmähung des Bundestags verurtheilen sollte. Wie

*) Blittersdorff's Bericht, 4. Oct. Türckheim's Weisung, 6. Oct. 1831.
**) Türckheim, Weisung an Blittersdorff, 24. Nov. 1831.
***) Türckheim, Weisung an Tettenborn, 26. Sept. 1831.

man sich auch drehen und wenden mochte, das am 1. März 1832 in Kraft tretende neue badische Preßgesetz widersprach offenbar dem Bundesrechte, das die Censur verlangte. Der Widerspruch ward dadurch wahrlich nicht gemildert, daß die Karlsruher Regierung im März 1832 die neuesten Bundesbeschlüsse veröffentlichte und zugleich erklärte, daneben solle ihr Preßgesetz — also das Gegentheil der bundesrechtlichen Vorschriften — in Geltung bleiben. Dem ehrlichen Großherzog war bei diesem zweideutigen Treiben übel zu Muthe. Unter vier Augen betheuerte er dem preußischen Gesandten: auf Verlangen des Bundestags werde er das bedenkliche Gesetz gern abändern.*) Wie durfte er auch hoffen, eine so unhaltbare Stellung gegen den Willen der Gesammtheit der übrigen Bundesstaaten zu behaupten?

Mittlerweile wiederholte Rotteck im Landtage seine schon seit Jahren festgehaltene Forderung, die ihm vor Allen die Gunst des Landvolkes verschafft hatte, er verlangte die Aufhebung der Frohnden und Zehnten. Der Antrag ergab sich nothwendig aus den veränderten Zuständen der Landwirthschaft; aber wie radical, wie parteiisch ward er begründet. Es war Deutschlands Glück und Ruhm, daß der Uebergang in die neuen ländlichen Besitzverhältnisse sich bei uns, nach Preußens Vorgang, überall auf gesetzlichem Wege, durch billige Entschädigung der Berechtigten, nicht, wie in Frankreich und Spanien, durch Raub und Gewalt vollzogen hatte. Diesen schönen Vorzug seines Vaterlandes vermochte der Lehrer des Vernunftrechts nicht zu begreifen; er sah in den alten, durch langen Besitzstand geheiligten grundherrlichen Rechten nichts als frevelhaftes Unrecht und fand es sehr sonderbar, daß die Deutschen blos an eine Ablösung zu denken wagten. Nur als ein Zugeständniß an die deutsche Gutmüthigkeit beantragte er eine unbillig niedrige Entschädigung und meinte traurig, „ein Franzose oder Ueberrheiner“ werde dies noch viel zu hoch finden.

Dawider erhoben sich alsbald die in ihrem Vermögen schwer bedrohten Grundherren der ersten Kammer. Das Haus Löwenstein verwahrte am Bundestage wie am Karlsruher Hofe feierlich seine grundherrlichen Rechte. Die Minister aber gaben dem Drängen der zweiten Kammer nach; sie befanden sich wieder in arger Verlegenheit, zumal Türckheim, der vor Jahren die grundherrlichen Rechte des Adels lebhaft vertheidigt hatte und jetzt doch fühlte, daß Baden nicht hinter den Nachbarländern zurückbleiben dürfe.**) Als die erste Kammer das Gesetz über die Ablösung des Neubruch-Zehntens verworfen hatte, da erhob sich Rotteck zornglühend: Der vereinte Wille der Regierung und des Volkes ist also gescheitert „an dem Veto einer Handvoll Junker!“ Nach dem Codex seines Vernunftrechts war ja das Zweikammersystem nur eine verwerfliche, die Natur ver-

*) Otterstedt's Bericht, 28. Febr. 1832.

**) Türckheim an Blittersdorff, 29. Sept. 1831.

drängende Künstelei. Er zählte auf, daß in der ersten Kammer sogar einige der von der Krone ernannten Mitglieder gegen das Gesetz gestimmt hätten, und in seinem Parteihasse verstieg sich der Held der unentwegten Ueberzeugungstreue bis zu der Behauptung: diese Mitglieder seien verpflichtet ihre Ueberzeugung den Ministern zu opfern! Da der Präsident die Schmähungen ungerügt ließ, so beschwerte sich die beleidigte Erste Kammer. Rotteck aber verweigerte jede Genugthuung und rief unter donnerndem Beifall: „Zum Höfling bin ich verdorben, ich bin Volksvertreter!“ — ein geflügeltes Wort, das fortan auf zahllosen Ehrenbechern und Dankadressen prangte. Schließlich mußte man sich doch zu einigen kleinen Zugeständnissen an die Grundherren bequemen; der Fürst von Fürstenberg, ein feingebildeter, wohlwollender Aristokrat, vermittelte zwischen beiden Kammern. Zwei Ablösungsgesetze, über die Frohnden und den Neubruch-Zehnten, kamen zu Stande, andere standen in sicherer Aussicht, und Rotteck behielt das Verdienst, der agrarischen Reform die Bahn gebrochen zu haben.

Auch in minder wichtigen Fragen bekundete sich der Uebermuth der Liberalen. Auf ihr Verlangen mußte ein Censor, der sich beim Schoppen einige offenherzige Worte über Ludwig Philipp und die Franzosen erlaubt hatte, sofort seines Amtes enthoben werden; jeder Zweifel an der Tugend des messianischen Freiheitsvolkes galt schon als Verrath. Die in Karlsruhe üblichen Motionen auf Beseitigung des Cölibats fehlten auch diesmal nicht, obwohl weder Rotteck noch irgend einer seiner katholischen Freunde gesonnen war, der römischen Kirche den Gehorsam aufzusagen. Der allen liberalen Gemüthern theure Verfassungseid des Heeres wurde ebenfalls gefordert, aber zum Glück noch abgewendet; nur die Offiziere erhielten durch eine neue Dienstpragmatik dieselbe rechtliche Stellung wie die übrigen Staatsdiener und „verwandelten sich also, wie Rotteck rühmte, aus willenlosen Waffenknechten oder blinden Werkzeugen der Gewalt in vaterländische Wehrmänner.“ Sehr stürmisch verliefen die Verhandlungen über die Ausgaben des Heerwesens. Großherzog Ludwig hatte jahrelang die Besoldungen des Chefs der Armee und des Kriegsministers für sich bezogen, und die Kammern waren bisher über dies unfürstliche Verhalten stillschweigend hinweggegangen, da der alte Herr jene beiden Aemter in der That verwaltet hatte. Jetzt aber wurde die abgethane Sache mit großem Lärm ans Licht gezogen, der Kriegsminister sogar, wie es der Brauch des Tages war, mit einer Anklage bedroht. Itzstein entleerte einen Köcher voll vergifteter Pfeile gegen den Hof und schloß seine von Bosheit triefende Rede mit den erhabenen Worten: „Der jüngst verstorbene Regent ruht im Grabe, als sprechender Beweis, daß Fürsten zu bloßem Staube zurückkehren wie ihre Unterthanen.“

Das für die Zukunft folgenreichste Ereigniß dieser Tagung war eine Motion Welcker's auf „organische Entwicklung des Deutschen Bundes“.

Der beherzte Mann wagte hier zum ersten male feierlich ein deutsches Parlament zu fordern — ein fruchtbarer Gedanke, der jetzt freilich, wie alle neuen Ideen, noch in nebelhaft verschwommener Gestalt erschien, aber fortan nicht mehr aus dem Leben der Nation verschwinden sollte. Welcker verhehlte nicht, daß ihm die Freiheit weit näher am Herzen lag als die Einheit der Nation; er fühlte sich tief gekränkt, wenn die französischen Blätter von den deutschen Sklaven sprachen, die englischen mit ihrer gewohnten Bescheidenheit unser Volk „das niederträchtigste und feigste" der Erde nannten. Er erkannte den unversöhnlichen Widerspruch zwischen der absolutistischen Centralgewalt des Bundes und den Landständen der Einzelstaaten, den empörenden Unsinn einer Verfassung, welche der Nation jede Einwirkung auf die Leitung ihres Gesammtstaates schlechthin versagte, und zog aus Alledem den Schluß, daß eine aus den Mediatisirten und aus erwählten Volksvertretern gebildete Zweite Kammer neben den Bundestag treten müsse. An die Nothwendigkeit einer starken executiven Bundesgewalt dachte er noch nicht, am wenigsten an die Hegemonie Preußens, das er vielmehr als einen halbfremden, fast feindlichen Staat ansah, seit die Berliner Politik der Polenschwärmerei der badischen Liberalen ins Gesicht schlug. Auch die böse Frage, wie der vielköpfige Bundestag neben einem noch unbehilflicheren Reichstage bestehen solle, erregte dem ehrlichen Schwärmer kein Bedenken. In seinem Parteieifer hatte er dem Antrage noch einige völlig thörichte Vorschläge hinzugefügt; er meinte, der Unterschied zwischen den absoluten und den constitutionellen Staatsgewalten sei heute weit größer als vormals der Gegensatz der kirchlichen Bekenntnisse, und verlangte daher, daß die Bundesgesandten der constitutionellen Staaten, nach dem Vorbilde des alten Corpus Evangelicorum, eine geschlossene Körperschaft bilden müßten, mit dem Rechte der gesonderten Abstimmung, der itio in partes, falls über Verfassungsfragen verhandelt würde! Zu solchen Ungeheuerlichkeiten verstieg sich die politische Unreife der Zeit: jene unselige kirchliche Spaltung, welche so lange jede Thätigkeit der Reichsgewalt gelähmt hatte, sollte jetzt, dem Vernunftrechte zu Liebe, auf politischem Gebiete künstlich erneuert werden; und dieser Vorschlag kam aus dem Munde eines Apostels der deutschen Einheit.

Gleichwohl enthielt Welcker's Motion einen gesunden Kern. Die Minister bewährten nur von Neuem ihre rathlose Schwäche, als sie jede Verhandlung über den Antrag verweigerten und schließlich Mann für Mann den Ständesaal verließen. Offenbar befürchtete Winter einen gemeinsamen Sturmlauf der Landtage wider die Bundesverfassung; denn zur selben Zeit beantragte Sylvester Jordan in Cassel — sicherlich nach Verabredung mit dem befreundeten Welcker — Veröffentlichung der Bundesprotokolle und engere Verbündung der constitutionellen Staaten am Bundestage. Jordan's Antrag blieb ohne ernste Folgen, weil die Hessen zur Zeit durch ihre heimischen Nöthe genugsam beschäftigt waren. Den badischen

Abgeordneten war ebenfalls an der Glückseligkeit ihres badischen Musterlandes ungleich mehr gelegen als an der Zukunft Deutschlands; durch vertrauliches Zureden ließen sie sich bewegen, den Welcker'schen Antrag „in die Abtheilungen zu verweisen", das will sagen: ihn in der Stille zu beerdigen. Welch ein unheimliches Schauspiel! Der Bundestag verbot den Deutschen, ihm politische Adressen zu senden, und nun bestritt eine sehr nachgiebige Regierung selbst den Landtagen das Recht, über Bundesangelegenheiten auch nur mitzureden. Wenn man also der Nation jeden gesetzlichen Weg zur Bundesreform versperrte, was blieb ihr schließlich noch übrig als die Bahn der Revolution?

Nachdem Rotteck noch einmal in leidenschaftlicher Rede wider die neuesten Bundesbeschlüsse, wider „das Joch Oesterreichs und Preußens" gedonnert und über 34 aus allen Theilen des Landes eingelaufene Dankadressen triumphirend berichtet hatte, wurde der Landtag zu Ende Decembers geschlossen. Ein Rausch der Freude ging durch das Land. Ueberall Ehrenpforten und Ehrenjungfrauen, Festzüge und Festschmäuse für die heimkehrenden Volksmänner. Auf dem Festkuchen der Stadt Heidelberg stand, herrlich in Zucker gegossen, die Göttin des Ruhmes, am Munde die Tuba, in der Hand eine Tafel mit den Namen der großen badischen Landtagsredner; Europa schaute bewundernd zu diesen Namen empor, während der Genius der Knechtschaft mit seiner Geißel trauernd abseits saß. Am treuesten bekundete sich die Gesinnung des festlustigen Ländchens in einem Liede, das beim Abschiedsmahle der Kammern in Karlsruhe gesungen wurde:

Wohin ich blicke weit umher,
So schön wie hier ist's nirgends mehr!

Konnten die großen Mächte diesen selbstzufriedenen Liberalismus, der sich so dreist über die Bundesverfassung hinwegsetzte, auf die Dauer gewähren lassen? Der Berliner Hof zeigte sich anfangs sehr geduldig. Er mahnte den Großherzog zu kräftiger Haltung, doch er warnte ihn auch vor verfassungswidrigen Schritten und versicherte wiederholt, daß Preußen sich in die badischen Händel nicht einmischen werde.*) Erst als das Preßgesetz erschien schlug die Stimmung um. Eine Verhöhnung des Bundesrechts wollte sich der König nicht bieten lassen; auch das Doppelspiel, das die Karlsruher Regierung zwischen dem Landtage und dem Bundestage getrieben, widerte ihn an. Bald nach der Entlassung der Kammern berichtete der badische Gesandte aus Berlin verzweifelnd: „Preußen vertraut uns nicht mehr!" Er ahnte, daß sich über seiner Heimath ein Unwetter zusammenzog, dem sie schwerlich widerstehen konnte. —

*) Ancillon, Weisung an Arnim, 21. Januar, an Otterstedt, 15. Juli; Bernstorff, Weisung an Otterstedt, 18. November 1831.

Unterdessen ward auch der Nassauer Landtag von Stürmen heimgesucht. Es war der alte widerliche Zank um das Eigenthum des Kammerguts, der die ganze Verfassungsgeschichte dieses mißhandelten Landes ausfüllte.*) Herzog Wilhelm nannte sich selbst einen von den Wiener Grundsätzen durchtränkten Ultraroyalisten, er erklärte es für „eine leere Floskel", daß die Gesetze regieren sollten, und hoffte auf die Zeit, da man mit Hilfe des Bundes „ohne Widerstand und mit gutem Gewissen die modernen Constitutionen Deutschlands aufheben" könne.**) Einer solchen Regierung gegenüber konnte der Landtag, der sich im Januar 1831 versammelte, wenig ausrichten; er trat bescheiden auf, verwahrte aber das Recht des Landes auf die Kammergüter und wurde darum nach einigen Monaten vertagt. Selbst der preußische Geschäftsträger Heinrich von Arnim, ein geistreicher Romantiker aus dem Kreise des Kronprinzen, konnte nicht leugnen, daß die tiefe Verstimmung des Volkes wesentlich durch den falschen Stolz und den Eigennutz des Herzogs sowie durch das Pascha-Regiment seines Ministers Marschall verschuldet war.***)

Sobald die Stände im Herbst sich wieder versammelten, vermehrte der Herzog die Zahl der Mitglieder der Herrencurie von sechs auf siebzehn, um bei den gemeinsamen Sitzungen des Landtags immer der Mehrheit sicher zu sein. Die zweite Kammer plante eine Steuerverweigerung, da sie nicht einmal einen Rechenschaftsbericht über die Einnahmen des Kammergutes mitgetheilt erhielt. Sie wurde aufgelöst, und als der neugewählte Landtag im April 1832 zusammentrat, wußte er sich gegen den bösen Willen der Regierung nicht mehr zu helfen. Die große Mehrheit der zweiten Kammer erklärte nach eintägiger Sitzung ihren Austritt. Nur fünf Getreue Marschall's blieben auf ihren Plätzen, und diese Fünfmännerschaft hatte den verzweifelten Muth, das von dem Minister vorgelegte Budget bis auf wenige Abstriche zu bewilligen. Einige Volksaufläufe in Wiesbaden und anderen Städten wurden leicht unterdrückt; aber im Lande herrschte, wie Arnim selbst gestand, „allgemeine Empörung". Ein so persönlicher Streit zwischen der Habgier des Fürstenhauses und dem Rechtsbewußtsein des Landes mußte selbst dies friedfertige Völkchen erbittern. Sogar das allmächtige Beamtenthum konnte sich der wohlberechtigten Aufregung des Volkes nicht entziehen.†) Gehässige Untersuchungen, welche Marschall gegen den wackeren Kammer-Präsidenten Herber und die anderen ausgetretenen Abgeordneten einleiten ließ, gossen nur Oel ins Feuer. Der Herzog belohnte die ergebenen Mitglieder der Herrencurie, schalt auf sein unge-

---

*) Vgl. II. 373.

**) Witzleben's Tagebuch, 12. September 1825. Arnim's Bericht, 18. September 1832.

***) Arnim's Berichte, 13. Mai 1831 ff.

†) Arnim's Berichte, 16. 17. Mai, 19. Juni, 2. Sept. 1832.

treues Volk und drohte die Hilfe des Bundestags anzurufen. Da er indessen kein gutes Gewissen hatte, so wagte er die Drohung nicht auszuführen und rächte sich nur durch kleinliche polizeiliche Quälereien. Ein Verein in Wiesbaden, der den Armen bis zur nächsten Ernte billiges Brot verschaffen wollte, wurde kurzerhand verboten, weil ein Theil seiner Mitglieder der liberalen Partei angehörte; und Arnim schrieb traurig: „Mit welchen Gefühlen gegen seine Regierung, deren Motive er nicht durchschauen kann, soll jetzt der arme Tagelöhner sein ihm absichtlich vertheuertes Kummerbrot verzehren!" So flammte hier, dicht vor den Thoren des Bundestages, ein gefährliches Feuer auf. —

Württemberg blieb von parlamentarischen Kämpfen vorerst noch verschont, obwohl der scharfe Luftzug der neuen Zeit auch hier bald empfunden wurde. Der Landtag war erst im Frühjahr 1830 auseinandergegangen und brauchte, nach der Verfassung, erst in drei Jahren wieder einberufen zu werden. König Wilhelm, der sich jetzt für immer einer streng conservativen Richtung zugewendet hatte, trug auch kein Verlangen diese Frist zu verkürzen. Nachdrücklich sprach er aus, daß er die Zeit der allgemeinen Erregung erst vorübergehen lassen wolle, da das Budget genehmigt, der Staatshaushalt unter der umsichtigen Leitung des Freiherrn v. Varnbüler in guter Ordnung war und auch sonst kein Anlaß zu eiligen Arbeiten der Gesetzgebung vorlag. Für den Fall eines plötzlichen Angriffs der Franzosen hatte er schon beschlossen, die zu öffentlichen Bauten bewilligten Gelder zu benutzen.*) So ließ er denn die Verwaltung ruhig die laufenden Geschäfte erledigen und erfreute sein Land nur einmal durch eine wohlthätige Neuerung. Im April 1831 wurde jene unselige Verordnung vom Jahre 1829, welche der Landesuniversität ihre alte Freiheit genommen hatte, aufgehoben: Tübingen erhielt wieder das Recht, seinen Rector und seine Decane zu wählen, eine verständige neue Verfassung stellte die Universität den anderen deutschen Hochschulen gleich. Durch den heftigen Federkrieg der beleidigten deutschen Professorenwelt und die Vorstellungen seines Landtags war der König des begangenen Irrthums inne geworden, und er stand nicht an, den Mißgriff zurückzunehmen.**)

Mit solchen Zugeständnissen ward die Gährung keineswegs beschwichtigt. Ueberall im Lande erklang der Ruf nach schleuniger Einberufung der Stände. Einen bestimmten Zweck verfolgten die Unzufriedenen freilich nicht; sie wünschten nur daß die übervollen Herzen sich irgendwie aussprechen sollten. Der Wahlkampf, sonst so harmlos, ward diesmal sehr heftig; ein Netz von liberalen Wahlvereinen überspannte das Land. Wie Pilze schossen die Zeitungen aus der Erde; in Stuttgart allein erschienen ihrer

*) Salviati's Berichte, 5. April, 29. September 1831, 5. Mai 1832.
**) Vgl. III. 351.

acht, fast alle liberal, und vergeblich berief der König den Schweizer Ernst Münch, um in der Stuttgarter Hofzeitung die Opposition zu bekriegen; das Talent des oberflächlichen Vielschreibers, der vormals zu Rotteck's Füßen gesessen hatte, zeigte sich solchen Gegnern nicht gewachsen. Die schwäbischen Liberalen waren in ihrer Mehrheit gut deutsch gesinnt, für die Pariser Heilslehren minder empfänglich als die Badener, aber nach Landesbrauch sehr eigensinnig, und sobald sie bei den Wahlen zu Anfang 1832 den Sieg davongetragen hatten, forderten sie den sofortigen Zusammentritt des Landtags als ihr unbestreitbares Recht. Der König aber mitsammt seinem vertrauten Duzbruder, dem gewandten Bureaukraten Maucler hielt ebenso hartköpfig an dem Wortlaut der Verfassung fest und ließ nach der Wahl alle Versammlungen, die sich noch mit Landtagssachen befassen wollten, streng verbieten.

Mittlerweile tauchte auch Wangenheim wieder auf, da ihm in seinem Coburger Exile ein württembergischer Wahlkreis ein Mandat angeboten hatte. Er war noch ganz der Alte, halb Romantiker, halb constitutioneller Doctrinär, lauschte im Garten des Geisterhauses zu Weinsberg andächtig den Aeolsharfen seines Freundes Justinus Kerner, in Tübingen den Seherworten des Naturphilosophen Eschenmaier und erbat sich vom Könige, als geborener Ausländer, die Bestätigung oder Erneuerung seines Staatsbürgerrechts. König Wilhelm überwand seinen stillen Groll gegen den entlassenen Minister, er gewährte die Bitte, erstaunte aber sehr, als Wangenheim sich nun sogleich an die Liberalen anschloß und mit gewohntem Selbstgefühl erklärte, daß er zwar als ein Mann der rechten Mitte für die Sache der Monarchie, für die Souveränität aller deutschen Fürsten eintreten, aber auch die Segnungen der Juli-Revolution, die er mit glühender Begeisterung feierte, den Schwaben übermitteln wolle.*) Im April 1832 ging den erwählten Liberalen die Geduld aus, da sie noch immer nicht einberufen wurden; sie versammelten sich im Bade Boll — auch Wangenheim war darunter — und erklärten feierlich ihr Bedauern über das „Stocken des verfassungsmäßigen Lebens". Im Namen der Boller Versammlung sendete sodann der heißblütige junge Anwalt Schott eine sehr kräftige Bittschrift an den König: „Bis jetzt ist es in den Annalen des constitutionellen Staatslebens noch nicht erhört, daß die Bitten des Volks um Einberufung der Stände keine Beachtung zu erwarten haben".**) König Wilhelm blieb fest und behauptete das Feld noch ein volles Jahr hindurch; das positive Recht erwies sich stärker als das constitutionelle Vernunftrecht. Das Volk aber klagte: so werde den Schwaben gewaltsam der Mund verschlossen. —

---

*) Wangenheim an Hartmann, 28. Februar, 12. August 1830, 23. 26. October 1831; an König Wilhelm 13. October, 17. November 1831.

**) Schott, Eingabe an den König, 10. Mai 1832.

In peinlicherer Lage befand sich König Ludwig von Baiern. Nach seiner ganzen Weltanschauung konnte er die Juli-Revolution nur verabscheuen. Man sah ihn finster, schweigsam einhergehen und bemerkte bald, daß jener clericale Kreis, welchen die Liberalen nach Pariser Muster die Congregation nannten, in der Stille Einfluß gewann.*) Von den vertrauten Generaladjutanten war der eine, General Deuxponts, ein Vetter Polignac's, der andere, Prinz Constantin Löwenstein, weithin verrufen als Feuerbrand der reaktionären Partei; im Schlosse Heubach am Main versammelten sich um den geistreichen unterrichteten Prinzen die Führer der Ultramontanen aus ganz Süddeutschland und jene feudalen Edelleute, welche in der neuen Agrargesetzgebung nur „das legalisirte Faustrecht“ sehen wollten. Im selben Sinne wirkte insgeheim der vielvermögende Cabinetsrath Grandauer. Auch Feldmarschall Wrede, der mittlerweile seinen Frieden mit dem Wiener Cabinet geschlossen hatte, ward am Hofe wieder hoch geehrt. Indessen blieb das Land noch ruhig, obgleich die hohen Bierpreise unter den Gästen des Hofbräus viel Zorn erregten. Als Ludwig am Jahrestage der Leipziger Schlacht den Grundstein zur Walhalla legte, rühmte sein Minister Schenk in prahlerischer Rede, wie „fest und ruhig hier der glückliche weil beglückende König Baierns“ stehe, während ringsumher die Empörung tobe. Der König ließ sogar auf die Treue seiner Baiern eine Münze schlagen und sang ihnen zu:

Siegend alle Proben schon bestanden,
Bleibt Ihr immerdar bei Eurer Pflicht.
Selbst die frühsten Zeiten so Euch kannten;
Baiern, zu verderben seid Ihr nicht!

Was er an Sicherheitsmaßregeln für nöthig hielt, versparte er sich auf die Zeit nach den Neuwahlen, die im December stattfanden.

Da wurde die Ruhe der Hauptstadt in der Weihnachtswoche mehrmals durch rohen Unfug der Studenten gestört. Es war ein gemeiner Straßenlärm, ohne politischen Zweck, nur mittelbar gefördert durch den unbestimmten Thatendrang der aufgeregten Zeit. König Ludwig aber hörte auf die Einflüsterungen seiner Umgebung, er wähnte einer furchtbaren Verschwörung gegenüberzustehen, befahl zahlreiche, zum Theil ungesetzliche Verhaftungen, er schloß die Universität auf einige Zeit und benutzte nunmehr die Vollmacht, die er sich vom Bundestage erbeten hatte. Am 28. Januar 1831 erließ Minister Schenk eine Preßverordnung, welche die Besprechung innerer Angelegenheiten der Censur unterwarf und den Zeitungsschreibern unter Anderem auch verbot die Striche der Censoren durch Lücken im Druck anzudeuten: diese oft sehr drastisch wirkenden „Censurlücken“ waren neuerdings als ein willkommenes Mittel der Nothwehr bei der mißhandelten liberalen Presse in Gebrauch gekommen. Die

*) Küster's Berichte, 25. August 1830 ff.

Verordnung entsprach den Verfassungsgesetzen, welche die Censur für alle Zeitschriften politischen und statistischen Inhalts vorschrieben; aber sie stand in grellem Widerspruche mit dem seit Jahren herrschenden milderen Brauche und mit des Königs eigenen Worten. Wie oft hatte er sich doch in früheren, hoffnungsfrohen Jahren gerühmt, daß seine Baiern über bairische Dinge unbeschränkt ihre Meinung sagen dürften! Dann erfuhr man, daß fünf von den 54 in die Kammer gewählten Staats- und Gemeindebeamten keinen Urlaub erhalten hätten. Auch damit glaubte der König nur sein verfassungsmäßiges Recht auszuüben. Doch Jedermann sah, daß der Urlaub den fünf Abgeordneten nicht wegen der Erfordernisse des öffentlichen Dienstes, sondern um ihrer liberalen Gesinnung willen verweigert wurde; und zudem war die Frage, ob auch Gemeindebeamten des Urlaubs bedürfen, noch immer streitig.

Diese Schritte der Regierung erregten überall so tiefen Unmuth, daß die Stadträthe von Nürnberg und Bamberg sich berechtigt hielten, an den König selbst unehrerbietige Eingaben zu richten. Die Nürnberger nannten „die unglückselige Ordonnanz vom 28. Jan.“ gradezu „verfassungs- und eideswidrig“, sie beschwerten sich über die Ausschließung „der Männer, welche unter den Gewählten am meisten das Vertrauen des Volkes genießen“; sie versicherten, im Lande herrsche „eine kaum je erlebte Gährung: die Bewohner Nürnbergs blicken mit wahrem Schauder in die nächste Zukunft.“ Der König erwiderte sehr mild: es sei ihm schmerzlich, verkannt zu werden, aber wie er die Freiheit der Wahlen gewahrt habe, so wolle er auch seine eigenen Rechte wahren.*) Die versöhnliche Antwort beschwichtigte nicht. Aus den Bergen des Allgäus lief eine noch weit heftigere Adresse an den Landtag ein: die Regierung habe die Verweigerung des Urlaubs nur deßhalb so weit ausgedehnt „um sich gegen jene, durch die Ereignisse des Juli jetzt glücklich zernichtete hohe Allianz gefällig zu zeigen. Wir sollen eine bloße Schein-Repräsentation besitzen und doch so gutmüthig sein zu glauben, wir hätten eine wahre. Die Minister eilen, sich die traurige Verlassenschaft Karl's X. anzueignen; doch auch sie haben falsch gerechnet wie das deplorable Ministerium. Repräsentanten! Enthüllet dem Könige den furchtbaren Abgrund, an den heuchlerische Frömmlinge ihn führten!“**)

Wie kamen diese braven Kleinbürger, die sich in der Krone zu Kempten oder in der Post zu Immenstadt bei der landesüblichen „Elfuhr-Meß“, beim Frühschoppen, zusammenzufinden pflegten, zu solchen französischen Redensarten? Es ließ sich nicht verkennen, die Aufregung im Volke war vorhanden, aber sie ward auch künstlich gefördert durch eine verwilderte

*) Eingabe des Magistrats von Nürnberg, Febr. Cabinetsschreiben des Königs an Präsident Frhr. Zu Rhein, Bürgermeister Binder und Bayl, 8. Febr. 1831.

**) Adresse aus Kempten an die Kammer der Abgeordneten, 17. Febr. 1831.

Presse, die sich gutentheils von dem Abhub der Pariser Tische nährte. Mit Unmuth bemerkte der Freiherr vom Stein noch kurz vor seinem Tode: wie sei der ehrwürdige Name „Publicist", den unsere Altvorderen einem Pufendorf, einem Möser beilegten, jetzt durch eine Rotte seichter und gewissenloser Tagesschreiber herabgebracht! Unter der Masse kleiner Blätter, die neuerdings aufgeschossen waren, sprach das Bairische Volksblatt noch am ruhigsten; hier verfocht der wunderliche, von den Demagogenjägern so lange mißhandelte medicinische Systematiker Eisenmann die Lehren Rotteck's mit warmem Herzen, aber ohne jede Sachkenntniß. Stürmischer redete der Belgier Coremans in seiner Freien Presse, am wildesten der Franke Wirth in der Deutschen Tribüne. Alle diese Literaten gewannen bald eine unheilvolle Macht über den Landtag, obgleich sie selber nicht Abgeordnete waren. Coremans pflegte vor wichtigen Abstimmungen ein drohendes Manifest an die Volksvertreter zu richten, nach der Entscheidung die Namen der gesinnungstüchtigen in rothgedruckten Ehrenlisten zu veröffentlichen, und schüchterte also manche brave Männer ein, da die Kleinbürger an das Evangelium der Zeitungen noch überall kindlich glaubten. Wirth bearbeitete die Volksvertreter im persönlichen Verkehre, und nicht selten geschah es, daß ein dunkler Ehrenmann, der noch nie ein Wort gesprochen, sich im Hause erhob um vom Blatte weg eine mächtige Rede abzulesen, deren Satzbau und Gedanken den Herausgeber der Deutschen Tribüne deutlich erkennen ließen. Durch solchen Terrorismus unberufener journalistischer Mitarbeiter wurden die Verhandlungen der Stände von Haus aus vergiftet und verfälscht.

Der König wiederholte in seiner Thronrede am 1. März was er so oft gesagt: „Ich möchte nicht unumschränkter Fürst sein," aber er rief auch warnend: „Volksgunst auf des Staatszwecks Kosten darf nicht erstrebt werden." Zu Beginn der Verhandlungen erhob Freiherr v. Closen eine heftige wohlberechtigte Beschwerde wider die willkürlichen Verhaftungen in München. Der beredte Pfälzer hatte von seinem Vater, einem Kriegsgefährten Washington's und Lafayette's, die glühende Begeisterung für die Freiheit geerbt, indeß war er keineswegs gemeint den Boden der Verfassung zu verlassen, den König persönlich und dessen Mäcenatenthum bewunderte er aufrichtig. Er gehörte mit zu jenen fünf Abgeordneten, denen der Urlaub versagt war, und hatte sein Amt niedergelegt um in die Kammer einzutreten. Statt diesen treuen Mann durch Wohlwollen zu gewinnen suchte die Regierung in unbegreiflicher Verblendung ihn zu verderben. Sie warf die gehässige Frage auf, ob Closen mit Recht in der Kammer sitze, da er zwar auf sein Amt verzichtet habe, aber zur Zeit der Wahl noch Staatsdiener gewesen sei. Mit erdrückender Mehrheit wurde dies Bedenken abgewiesen, und nun ergoß sich von allen Seiten her ein Strom des Unwillens über die Minister. Zumal Schenk, „der Vater der Preßordonnanz, der bairische Polignac" sollte wegen Verfassungs-

bruchs angeklagt werden. Von den Beschlüssen des Bundestags sprach man nur mit zorniger Verachtung; selbst Ignaz Rudhart, der wieder mit dem herzerwärmenden Feuer seiner Beredsamkeit für die Sache des gemäßigten Liberalismus eintrat, schlug Baierns Bundespflichten sehr niedrig an und forderte die unbeschränkte Preßfreiheit.

Nach langen, erbitterten Kämpfen sah der König endlich ein, daß er den verhaßten Minister nicht mehr halten konnte. Schenk wurde in die Provinz versetzt und den Ständen eine neue, sehr gemäßigte Preßverordnung vorgelegt: sie gab die Besprechung bairischer Angelegenheiten völlig frei und widersprach also schnurstracks den neuen, durch Baiern selbst veranlaßten Bundesbeschlüssen. Auch dies genügte der Kammer noch nicht; die Köpfe hatten sich schon so sehr erhitzt, daß sogar Präsident Seuffert, der Diplomat des Hauses rundab erklärte: „Alles oder nichts!“ Die Kammer der Reichsräthe aber wollte den Abgeordneten auf ihrer abschüssigen Bahn nicht folgen, und so blieb denn der gewaltige Lärm schließlich ohne jedes Ergebniß. Die Krone behielt freie Hand gegenüber der Presse. Ebenso unerquicklich verlief der langwierige Streit wegen der Urlaubsverweigerung; zu einem Verzicht auf sein verfassungsmäßiges Recht ließ sich der König nicht bewegen.

Darüber vergingen Monate; erst in ihrer hundertsten Sitzung begann die Kammer die Berathung des Budgets und bewährte sogleich ihre Gesinnungstüchtigkeit durch umfassende Streichungen, obgleich Armansperg durch seine übersparsame Verwaltung das Deficit von fast 3 Millionen Gulden beseitigt und einen Ueberschuß von 7 Millionen gewonnen hatte. Die ohnehin viel zu knapp bemessenen Ausgaben für das verwahrloste Heer sollten noch einmal beschnitten werden. Auch die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung wurde beantragt. Diese thörichte Forderung galt selbst unter den Gemäßigten für einen unantastbaren Glaubenssatz des liberalen Katechismus; indeß war Rudhart klug genug zu erklären, daß er dem verfassungstreuen Monarchen kein Mißtrauen aussprechen wolle, und so gelang es den Antrag noch zu beseitigen. Aber auch die Civilliste des Königs dachten die Liberalen um fast ein Viertel zu kürzen, und die Verhandlungen darüber mußten den Monarchen tief kränken, da Jedermann wußte, daß er von seinem Einkommen nichts für sich, Alles für die Kunst verwendete. Für die Kunstpflege, die unter König Ludwig doch allein dem bairischen Staatsleben Würde und Inhalt gab, zeigte der aufgeklärte Liberalismus wenig Verständniß; fast alle Ausgaben für Neubauten wurden verworfen. Die mächtigen Quadermauern der Pinakothek ragten schon aus dem Erdboden heraus; dennoch verweigerte die Kammer — vielleicht nach dem Buchstaben, doch sicherlich gegen den Geist der Verfassung — die Mittel zur Fortführung des Werkes. Ein liberaler Redner rief triumphirend: möge dieser Bau liegen bleiben „als eine Ruine der Gesetzmäßigkeit!“ — und der König sah sich ge-

zwungen, eine halbe Million Gulden aus seinen eigenen Mitteln vorzuschießen.

Bei allen diesen Händeln trat wieder grell zu Tage, wie wenig der bairische Staat noch vermocht hatte den Gegensatz der Landschaften zu versöhnen. Die Pfälzer und die Franken standen fast sämmtlich zu der liberalen Fahne, allen voran der Advocat Schüler aus Bergzabern, „die Stütze des Volks, der Koloß an Geist und Charakter“ — wie die Zeitungen ihn nannten — in der That ein feiner Kopf, der seine radicalen Ansichten fast immer klug und mit vornehmem Anstand vertrat. Bei den Altbaiern dagegen herrschte die alte Begeisterung für Thron und Altar, mehr noch im Volke als unter den Abgeordneten. Die Münchener Bürgerschaft und die tausende von Arbeitern, welche der königliche Kunstfreund bei seinen Bauten beschäftigte, grollten über die Schmälerung der Civilliste und holten den Monarchen in feierlichem Zuge ein, als er von einer Reise heimkehrte. Die Gautinger Bauern schaarten sich zusammen unter der Führung des bergischen Freiherrn v. Hallberg, des allbekannten „Eremiten von Gauting“, und sendeten eine geharnischte Adresse: der König möge seinen getreuen Bauern nur winken, „und in einer Stunde haben Ew. Majestät keine lebenden Feinde mehr!“ Seitdem diente der Name der Gautinger, wie vormals am Rhein der Name der Hatzenporter, der liberalen Presse viele Jahre lang zur Bezeichnung des Bedientensinnes.

Eine schwierige Mittelstellung zwischen den Parteien behauptete der junge Freiherr v. Rotenhan aus der fränkischen Reichsritterschaft, ein Burschenschafter, von der Hochschule her mit Stüve und dem Jenenser Buchhändler Frommann befreundet, durch Blutsverwandtschaft und Gesinnungsgemeinschaft mit dem Berliner Präsidenten Grolman eng verbunden, ein edler Patriot von freiem, weitem Blicke, unabhängig nach oben wie nach unten. Die Liberalen wußten seinen Freimuth noch nicht zu schätzen, weil er ein gläubiger Protestant war und als besonnener Reformer den Brandreden der Demagogen oft sehr scharf entgegentrat. Gleich ihm dachte sein Freund Graf Giech, der Schwiegersohn des Freiherrn vom Stein. Die Beiden bildeten fast die einzige Brücke zwischen der historischen Staatsgesinnung des Nordens und dem vernunftrechtlichen Liberalismus des Südens. Wie weit die Kluft zwischen diesen Ansichten noch war, das empfand Christian Rauch sehr lebhaft, als er um jene Zeit zur Vollendung seines Königsdenkmals nach München kam; Thiersch und seine anderen bairischen Freunde betrachteten ihn fast wie einen Kosaken, weil er als guter Preuße das gerühmte allgemeine Staatsrecht nicht bewundere, in den Polen nur die Feinde seines Vaterlandes sehen wollte.

Nach langem Feilschen kam das Budget doch noch zu Stande; die Abstriche waren so stark, daß man ein Fünftel der direkten Steuern erlassen konnte. Im Uebrigen leistete die lärmende Versammlung sehr

wenig: über die Ablösung der Scharwerke und der Zehnten, über das längst geplante, dringend nöthige Landesculturgesetz äußerte sie nur allerhand Wünsche, ohne sich über ausführbare Vorschläge zu einigen, und der beschränkten Gewerbefreiheit, welche das neue Concessionssystem gewährte, trat sie sogar feindlich entgegen, weil die Kleinbürger, geängstigt durch den wachsenden Wettbewerb, sich in stürmischen Adressen über die neue Freiheit beschwerten. Als die Stände um Weihnachten mit wenigen trockenen Worten heimgeschickt wurden, da trennte man sich zwar noch in leidlichem Frieden. Ein Bruch war für diesmal vermieden, und das preußische Auswärtige Amt erkannte dankbar an, daß die Landtagsverhandlungen hier doch nicht ganz so stürmisch verlaufen waren wie in Karlsruhe oder Cassel.*) Rotenhan aber und wer sonst unter den besonneneren Abgeordneten dem Hofe nahe stand, schaute voll Besorgniß in die Zukunft. Denn der König, dessen Wille in dem streng monarchischen Staate doch immer den Ausschlag gab, verhehlte nicht seinen Zorn über die thörichten und aufreizenden Reden dieses „langen und leidigen Landtags". Er ward irr an den constitutionellen Idealen seiner Jugend. Nach der Weise enttäuschter Enthusiasten wendete er sich schroff von diesen holden Träumen ab und ließ den selbstherrlichen Neigungen seines Charakters die Zügel schießen, obgleich er an die förmliche Aufhebung der Verfassung niemals dachte. „Erobert von der Prosa wird die Welt", so rief er schmerzlich, als ihm die Liberalen seine künstlerischen Pläne störten und Goethe dem verkannten frommen Bauherrn seine Theilnahme aussprechen ließ. Er klagte über den Wandel der Volksgunst, über das Schwinden der alten Treue:

Deutsches Volk, das einst so fromm und bieder,
Nun ergriffen von dem Schwindelgeist,
Redlich wie Du warest werde wieder!
Besser die Geschichte keines weist.

Und es blieb nicht bei den strafenden Worten. Die Opposition hatte sich gründlich verrechnet, als sie nach der Entlassung Schenk's den Beginn eines liberalen Regiments erhoffte. Zu Ende des Jahres trat der alte Zentner aus, der so viele Jahre hindurch Beamtenthum und Landtag in Eintracht erhalten hatte. Zugleich erhielt auch Armansperg ungnädigen Abschied, zum großen Leidwesen der preußischen Regierung; alle seine Verdienste um den Staatshaushalt und den preußisch-bairischen Zollvertrag galten jetzt nichts mehr, da der österreichische Hof und die Genossen der Münchener „Congregation" ihn schon längst, durchaus mit Unrecht, als einen geheimen Gönner des Liberalismus verdächtigt hatten.**) Nunmehr übernahm Feldmarschall Wrede den Vorsitz im Ministerrath.

---

*) Ancillon, Weisung an Küster, 8. Jan. 1832.

**) Küster's Berichte, 14. Febr., 18. Apr., 7. 24. Mai, 22. 31. Dec. 1831.

Gleich ihm war auch der neue Minister des Auswärtigen, Frhr. v. Gise ein Anhänger Metternich's. Von dem Fürsten Oettingen-Wallerstein, einem geistreichen Weltmanne, dem der König ganz unvermuthet die Verwaltung des Innern übertrug, wußte man bisher noch wenig. Nur so viel war sicher, daß die neue Regierung der Wiener Hofburg näher stehen würde als die alte. Unablässig bearbeitete Kaiserin Karoline Auguste ihren königlichen Bruder mit frommen Rathschlägen; und da in Baiern eine politisch-conservative Partei außerhalb der Kreise des hohen Beamtenthums kaum vorhanden war, so regte sich schon die besorgte Frage, ob König Ludwig sich nicht bald den mächtigen Clericalen, die seinen romantischen Anschauungen doch sehr nahe standen, ganz in die Arme werfen würde. —

Noch eifriger als die Landtage bemühte sich die rasch ins Kraut geschossene Presse Süddeutschlands, die Höfe in die Bahnen der Reaction hineinzuzwingen. Unter den Zeitschriften des oberländischen Liberalismus galten die früherhin von Posselt, dann von Murhard, neuerdings von Rotteck herausgegebenen Politischen Annalen immerhin noch für das anständigste Blatt, und welch ein thörichtes radicales Weltbürgerthum ward hier vertreten. Von Deutschland, von den Pflichten nationaler Ehre und Selbstbehauptung war gar nicht mehr die Rede. Der ehrliche Freiburger Doctrinär sah auf der Welt nichts weiter als den Freiheit krähenden gallischen Hahn und dessen Todfeindin, „die heilige Allianz“. „Die Geschichte der Welt, so schrieb Rotteck im Januar 1831, hat kein anderes Jahr von so unermeßlicher und verhängnißvoller Wichtigkeit aufzuweisen, wie jenes das soeben zu Ende ging.“ Darum fand er es entsetzlich, daß „Lafayette, der Abgott aller wohldenkenden Franzosen, dem schändlichen Hasse der Aristokraten aufgeopfert“ wurde. Darum verlangte er auch die Einmischung der deutschen Mächte zu Gunsten der aufständischen Polen, eine Intervention, die grade „aus dem Princip der Nichtintervention zu rechtfertigen“ sei! „Belgien, so unentbehrlich zur Sicherstellung Frankreichs gegen die Waffenmacht der heiligen Allianz“, wurde zu Rotteck's Bedauern durch die Friedensliebe der Justemilianer verschmäht, und der badische Staatsweise wünschte von Herzen, daß diesem friedlichen Entschlusse des freien Frankreichs nicht „eine allzu späte Reue“ folgen möchte. Als der betriebsame bairische Kammerredner Hornthal wieder einmal eine Schrift herausgab um die Neutralität Deutschlands gegenüber der Juli-Revolution zu verlangen, da ward er von Rotteck hart angelassen: das sei zu wenig; jetzt handle es sich um die allgemeine Freiheit und Civilisation, also müßten Deutschlands constitutionelle Fürsten Partei ergreifen, „ihr Wort und ihre Arme legen in die Wagschale der Constitution“. So mit der ganzen harmlosen Unwissenheit des politischen Dilettanten predigte

der Freiburger Volksmann die Zerreißung seines Vaterlandes; zu verwundern war es nicht, wenn General Clausewitz und die anderen preußischen Patrioten ihn einfach für einen Landesverräther hielten.

Die kleinen Leute von der Presse überboten noch das Vorbild des Meisters. Wer diesen Stimmen glaubte, der mußte wähnen, alles Leben der Völker gehe nur in den Zeitungen und den Kammerreden auf. Da die Preußen von diesem zweifachen Glücke bisher nur wenig besaßen, so wurden sie mit grenzenloser Verachtung behandelt, und Niemand bemerkte, daß der Preuße im täglichen Leben, bei der Niederlassung, bei der Heirath, im Gewerbebetrieb, in der Gemeinde ein unvergleichlich freierer Mann war als der bureaukratisch gegängelte Süddeutsche. Ein noch ziemlich gemäßigtes Blatt, der Stuttgarter Hochwächter, herausgegeben von Lohbauer, faßte einmal (9. Jan. 1832) die Grundgedanken dieser constitutionellen Selbstberäucherung also zusammen: „Ausland heißt in diesem Augenblick den constitutionellen Teutschen jeder Staat, der ein anderes als ein constitutionelles Interesse verfolgt. Es klingt hart und scheint die unselige Trennung Teutschlands verewigen zu wollen, wenn wir sagen, daß wir unsere preußischen und österreichischen Stammgenossen als Ausländer betrachten. Nachdem wir aber einmal die Worte Teutsch und Constitutionell für gleichbedeutend genommen haben, so müssen sich's unsere österreichischen und anderen Sprachgenossen schon gefallen lassen, wenn wir ihnen die Bruderschaft so lange aufkündigen, bis wir sie auf einem Wege mit uns wandeln sehen. Wir sind nun zwar nicht gemeint, daß die Preußen oder Oesterreicher von uns mißachtet werden müssen; aber man nehme uns nicht übel, wenn wir vorderhand bessere Freunde der Franzosen sind, von denen wir Schutz für den Bestand unserer Verfassungen zu erwarten haben."

In Freiburg thaten sich die Liberalen sofort nach der Verkündigung des neuen Preßgesetzes zu einer Aktiengesellschaft zusammen und gründeten „den Freisinnigen". Die Leitung übernahm für eine Weile der Freiherr v. Reichlin-Meldegg, ein katholischer Priester, der um diese Zeit zur evangelischen Kirche übertrat und sich der rationalistischen Schule des Heidelbergers Paulus anschloß, unzweifelhaft ein ehrlicher Mann, aber so platt und abgeschmackt, daß er in guter Gesellschaft höchstens als Spaßmacher geduldet werden konnte. Groß war der Jubel als dies „erste Kind der Preßfreiheit" zur Welt kam. Die Studenten fuhren eine auf Atlas gedruckte Nummer des „Freisinnigen" in feierlichem Zuge durch die Stadt. Daran schloß sich das unvermeidliche Festmahl. Eine Abgesandtschaft der Buchdrucker überreichte Welcker — dem Manne, „der die schöne Motione macht", wie man im Ländchen sagte — die gleich unvermeidliche Lorbeerkrone. Rotteck rief: „Das in allen civilisirten Ländern des Erdtheils und der Welt ausgebreitete Volk der Freigesinnten, im Gegensatz der Herrischgesinnten und Knechtischgesinnten, lebe hoch!" Dann trank ein junger Doctor auf die Gesundheit und das lange Leben eines Vogels,

des gallischen Hahnes, der zum zweiten mal durch seinen kräftigen Flügelschlag die Ketten zerrissen habe. Zum Schluß erhob sich der ebenfalls unvermeidliche „edle Pole", um seinen Unwillen über das Regiment des französischen Justemilieu auszusprechen, worauf Rotteck, um ihn zu trösten, Lafayette leben ließ, „die reinste Personification des edelsten Geistes und Charakters in Frankreichs Revolution und Volk." Die mit so großen Erwartungen begrüßte Zeitschrift besprach die auswärtige Politik mit blinder Leidenschaft und vollendeter Unwissenheit; beharrlich wiederholte sie ihren Lesern das alberne Märchen, daß Oesterreich und Preußen die Deutschen, wie einst Napoleon gegen die Spanier, so jetzt gegen die Freiheit Frankreichs als willenlose Knechte in den Kampf führen wollten.

Ueber die heimischen Angelegenheiten urtheilte der „Freisinnige" ruhiger, sachkundiger, und wer ihn mit den anderen, leider recht ungerathenen Erstlingen der neuen Preßfreiheit verglich, der konnte schon erkennen, daß die badische Opposition zwei grundverschiedene Parteien umschloß. Im Oberlande donnerte „der Schwarzwälder" des jungen Juristen Bader gegen die Zwergmännerchen der Cabinette und die Kaste der sogenannten Adlichen mit ihren Ausschweifungen, ihrer Ueppigkeit, ihren Lastern: „sie mögen nur herkommen, die Knechte der Tyrannei!" In Mannheim ließ der frische, geistreiche, aber auch zerfahrene und flüchtige Brausekopf Franz Stromeyer den „Wächter am Rhein" erscheinen. Dann und wann gab ihm sein Schwager der junge Karl Mathy einen verständigen Artikel; er selber erging sich zumeist in wilden Anklagen, drohte mit dem Bunde der Völker gegen die Fürsten, forderte die beiden Großmächte gradehin zum Kampfe heraus: Alle Herzen schlagen für Badens Preßfreiheit; „Hessen, Nassau, Rheinbaiern, Braunschweig werden auf Leben und Tod mit uns stehen. Das ist Badens Macht! Nur zu mit der Gewalt! Nur zu! Gebt die Losung zur Wiedergeburt des Vaterlandes!" So lange man noch gemeinsam dem drohenden Bundestage gegenüberstand konnten sich freilich diese Radicalen von den gemäßigteren Liberalen noch nicht scharf abscheiden.

Ueberhaupt gährten die Meinungen noch so wild durch einander, daß keine Partei ihre eigenen Ziele klar erkannte. Mancher der süddeutschen Bewunderer Frankreichs wähnte im besten Glauben, nur das Werk der Befreiungskriege fortzuführen, wenn er die damals errungene nationale Unabhängigkeit auf seine Weise durch den Ausbau der inneren Freiheit zu vollenden suchte. Eine in Straßburg gedruckte, offenbar in Baden entstandene Schrift „Bitt' um's Wort, eine kleine halbe Stunde mit Arndt und Jahn" fragte den Turnmeister ganz verwundert: man sage, er urtheile ungünstig über die Juli-Revolution; „das kannst du nicht gesagt haben, alter Kämpe, du hast der Freiheit Rennlaufbahn in Deutschland eröffnet. Die Franzosen sind die Jugend Europas, von allen Völkern der Erde müssen sie grade dir am besten gefallen." Arndt's Schrift gegen

die Belgier, die sich leider nicht hinwegleugnen ließ, erschien diesem Badener wie eine unbegreifliche Verirrung: „Wäre Arndt nicht ein Mann des Volkes, so könnte man glauben, dies Buch sei die erkaufte Stimme eines feilen Cabinets-Lakaien oder Ministers.“ Das einzige unabhängige badische Blatt, das sich der Uebermacht des Liberalismus entgegenstemmte, die Mannheimer Zeitung, verspottete mit scharfem Witze Rotteck's vernunftrechtliche Gemeinplätze und die Selbstüberhebung seiner Genossen; in einzelnen Artikeln verriethen sich die Federn geistreicher Heidelberger Professoren. Indeß zeigte auch diese Zeitung, wie fast alle conservativen Organe des Südens, deutlich ihre clericalen Hintergedanken und schon darum konnte sie in den protestantischen Landestheilen wenig Ansehen gewinnen.

Nicht minder laut lärmten die Zeitungen in den Nachbarländern. In Württemberg hatte der Schwäbische Merkur, der namentlich über die deutsche Handelspolitik sehr verständig urtheilte, einen schweren Stand neben der Masse der neu aufgeschossenen radicalen Blätter. „Kein Ehrenmann wird sich der Schmach bequemen“ — also stand auf dem Titel des Reutlinger „Beobachters“ zu lesen neben dem Bilde der Stange mit dem Geßlerhute. „Der Hauptstrom, auf welchem der allgewaltige Zeitgeist einherfährt,“ fluthete natürlich wider den Damm der heiligen Allianz; alle Männer von Kraft, Muth und festem Willen sollten in dem Beobachter ihren Sprechsaal finden, und zugleich versprach er diesen Tapferen strenge Geheimhaltung ihrer Namen: — so unantastbar erschien bereits die entsittlichende Anonymität der Presse. Die Rede dieser radicalen Schwaben klang noch sehr bescheiden neben den Kraftworten der „Zeitschwingen“, die in Hanau dicht unter den schadenfrohen Augen des alten Kurfürsten, von G. Stein herausgegeben und in Frankfurt, zum Schrecken des Bundestags, durch geheime Stafetten verbreitet wurden. Hier ward die unbedingte Einheit des Vaterlandes, die Vernichtung aller Staaten und Staatlein, mochten sie Preußen oder Hessen-Homburg heißen, stürmisch gefordert, aber auch das angeborene Phlegma des deutschen Michels in Börne's Weise verhöhnt und die Gesammtheit der constitutionellen Deutschen ermahnt, nach dem Beispiele der Polen, „des Musterbildes der Völker“, den Kampf zu beginnen gegen Preußen: „Ich hasse den Feind; aber den Heuchlerfreund, den hasse ich nicht, den verachte ich aufs tiefste. Wie Preußen Deutschland überreden möchte, daß es selber der Schild der Freiheit sei, so spiegelt es der Welt vor, es wolle den Frieden und das Glück Europas, während es den nordischen Feind durch seinen Bund zum Herrn unseres Glücks (ach, unseres Unglücks!) macht.“

Das Alles ward aber weit überboten von der urkräftigen Sprache der Zeitungen in der bairischen Rheinpfalz. Wieder einmal schuf sich das zerfahrene politische Leben der Nation für kurze Zeit einen unnatürlichen Mittelpunkt: das entlegene pfälzische Grenzgebiet wurde, wie einst Coblenz in der Zeit des Rheinischen Mercurs, Jena in den Tagen der

Nemesis und der Isis, zum Feuerherde der deutschen literarischen Opposition, obgleich diesem Ländchen von Kleinbürgern und Kleinbauern schlechterdings Alles fehlte, was der politischen Presse Gehalt und Macht giebt. Nur der tiefe Groll, der die liberalen Schriftsteller beseelte, fand hierzulande einen natürlichen Boden; denn nirgends ward der Jammer der deutschen Zerrissenheit so handgreiflich empfunden. Eingeklemmt zwischen den Zolllinien Frankreichs und des preußisch-hessischen Vereins, abgesperrt von dem bairischen Hauptlande, lernte die Pfalz den Segen des freien Verkehrs fast nur an den falschen Sechsern kennen, mit denen der Coburger Herzog von St. Wendel aus sie freundnachbarlich überschwemmte. Der Absatz stockte; die Auswanderung nach dem gelobten Eldorado des fernen Westens nahm hier noch bedenklicher überhand als in den anderen Kleinstaaten des Südens, und die öffentliche Meinung, die vor der neuen Erscheinung des Massen-Elends noch ganz hilflos stand, pries dies Abströmen köstlicher nationaler Kräfte als ein wirksames sociales Heilmittel. Die fröhlichen Pfälzer betrachteten ihre barschen, schwerfälligen altbairischen Beamten immer noch als Fremde, obgleich die Verwaltung neuerdings unter der Leitung des Präsidenten Stichaner etwas rühriger arbeitete; sie lebten nach ihren französischen Gesetzen und hingen daran mit deutscher Treue. Noch im Jahre 1799, als in Frankreich selbst der Idealismus der Revolution sich längst verflüchtigt hatte, waren die Freiwilligen aus der gebildeten pfälzischen Jugend frohlockend zum französischen Heere gezogen um für die Freiheit gegen die Despoten zu kämpfen.

Was Wunder also, daß der neue Freiheitsruf der Pariser grade hier ein schallendes Echo fand und die unzufriedenen Pfälzer mit den Radicalen im nahen Straßburg sogleich einen freundschaftlichen Verkehr anknüpften? Aber, so stark blieb immerhin die Stimme des Blutes in diesem grunddeutschen Stamme, die förmliche Vereinigung mit Frankreich wünschten nur Wenige, etwa mit Ausnahme des Advokaten Savoye und des kleinen Kreises seiner radicalen Freunde. Man fühlte doch, daß die ungeliebte bairische Verwaltung milder verfuhr als die napoleonischen Präfecten, und trug auch kein Verlangen nach wälsch redenden Beamten. Die Mehrzahl der Pfälzer schwärmte für ein einiges, freies Deutschland, das mit dem freien Frankreich treu verbündet, ihnen den Druck der Binnenmauthen, die Plackereien der Censur und der Polizei von den Schultern nehmen sollte; in ihrer Harmlosigkeit legten sie sich kaum die Frage vor, um welchen Preis die Freundschaft der Franzosen feil sei. Da dies Land jedoch weder dynastische Anhänglichkeit noch irgendwelche Achtung vor dem bairischen Staate hegte, so konnte die unklare Aufregung leicht mißleitet werden.

Jedermann sah die Gefahr, nur nicht König Ludwig, der sein stolzes Wort von „der Baiern Treue“ nimmermehr anzweifeln ließ und am wenigsten in der geliebten Wiege seines Geschlechts aufrührerische Ge-

danken vermuthen wollte.*) Die zuversichtliche Stimmung des Münchener Hofes änderte sich aber bald, als Dr. Siebenpfeiffer seine demagogische Wirksamkeit begann, ein Rabulist des gemeinen Schlages, von zweifelhaftem Charakter, federfertig, unermüdlich, grade geistreich genug um den halbgebildeten Philistern als ein großer Mann zu erscheinen. Sein „Rheinbaiern, eine Zeitschrift für die Gesetzgebung des constitutionellen In- und Auslands, zumal Frankreichs" sprach noch ziemlich gemäßigt, obwohl die üblichen Schimpfreden wider die verfassungswidrige Zitterpappelhaftigkeit der Beamten, wider das deutsche Sibirien Preußen, wider die Frechheit der preußischen Aristokratenstirnen und den zum russischen Statthaltersitze erniedrigten Thron Friedrich's des Großen auch hier nicht fehlten. Er verlangte nur ein selbständig regiertes Rheinbaiern, etwa unter einem königlichen Prinzen, aber mit feierlicher Anerkennung der in der Pfalz rechtmäßig verkündigten französischen Erklärung der Menschenrechte, und wünschte die Jugend staatsbürgerlich zu bilden durch Beseitigung des classischen Unterrichts, der überhaupt den vernunftrechtlichen Liberalen zu geistvoll und darum verdächtig war. Was sich in den Abhandlungen einer Monatsschrift nicht wohl sagen ließ, das verkündete Siebenpfeiffer um so deutlicher in den kleinen Brand-Artikeln seines Tageblatts, des „Westboten". Hier sprach er aus, was er auch seinem alten Freunde Rotteck vertraulich gestand, daß er der süßlichen Halbheiten und constitutionellen Lügen der badischen Justemilianer müde sei: Thron und Republik heulen einander an, Fürstlichkeit und Volksthum sind unverträglich, die Fürsten nur die verkörperte Idee des Aristokratismus. Wenn dereinst alle Oberbehörden aus Volkswahlen hervorgehen, „dann stürzen die ausgehöhlten Throne, dann, göttliches Recht, fliehe in die Wälder von Rußland"! Darum wurden die Casseler, Braunschweiger, Dresdner verhöhnt wegen ihrer Lärmbewegungen, die vor den Thronen stehen geblieben, die Nassauer aufgefordert „ein Loth Blei durch das falsche niedrige Herz des ehrvergessenen Ministers Marschall zu schießen", und der gesammten Nation zugerufen: „Welcher deutsche Brutus reißt das Messer aus dem blutigen Leichnam der geschändeten Polonia und giebt den Aufruf zur Freiheit?"

Zu Siebenpfeiffer gesellte sich der fränkische Jurist Wirth, der so lange in der Münchener Kammer hinter den Kulissen gestanden hatte und nun doch gerathen fand seine streitbare Feder unter den Schutz des französischen Gerichtsverfahrens zu flüchten, ein schwärmerischer Teutone von gutem Rufe und ehrlicher Vaterlandsliebe, aber fast noch radicaler als sein Genosse. In seiner „Tribüne" wurde nicht nur das amerikanische Staatsideal verherrlicht, sondern auch schon ein verschämter Socialismus gepredigt: eine große Association sollte die Kinder der Armen, je nach ihrer Begabung, für höhere Berufe erziehen, eine Nationalkasse den kleinen

*) Küster's Berichte, 13. Aug. 1830 ff.

Geschäftsleuten Darlehen gewähren. Wirth weigerte sich sein Blatt den Censoren zu unterwerfen, forderte alle deutschen Schriftsteller öffentlich auf, ihm die von der Censur gestrichenen Stellen zum Abdruck zu übergeben, verlegte seine Zeitung von einer pfälzischen Stadt zur anderen, sobald ihm seine Handpresse versiegelt wurde, und führte gegen die Polizeibehörden einen kleinen Krieg, der das Volk um so stärker erbittern mußte, weil die Gerichte sich in mehreren Fällen des gehetzten Mannes annahmen. Die pfälzischen Richter wurden allgemein als die natürlichen Vertheidiger der Landesfreiheit verherrlicht, und sie setzten auch ihren Stolz darein, durch milde, zuweilen recht anfechtbare Urtheile der Welt zu beweisen, daß unter der Herrschaft der napoleonischen Codes den politischen Kämpfern mehr erlaubt sei als in Altbaiern.

Von nah und fern drängten sich nunmehr radicale junge Schriftsteller an jene beiden Führer heran: der Herausgeber der Speierschen Zeitung, Kolb, der Braunschweiger Georg Fein, Sauerwein in Frankfurt und viele Andere, von denen keiner über die Mittelmäßigkeit herausragte. Ermuthigt durch das Beispiel der Pfälzer ließ der Mecklenburger Hundt-Radowsky in irgend einem Winkel des Südens „die Geißel" erscheinen, worin gleich zum Eingang „die Geisterstimmen der Ermordeten an Nickel und seine Verbündeten" erklangen. Die hessischen Liberalen gründeten unter dem Schutze der schlaffen pfälzischen Censur das „hessische Volksblatt", das nur von Hessen geschrieben, die Minister in Darmstadt schwer beunruhigte. Aus sicherer Ferne half auch Börne mit, dessen Pariser Briefe täglich frecher, höhnischer, roher sprachen.

Bald wurden auch die Truppen bearbeitet; im Zweibrückener Allgemeinen Anzeiger setzte ein angeblicher Unteroffizier seinen Kameraden auseinander, daß sie sich gegen Bürger nicht gebrauchen lassen dürften, da „als Bürger alle Erdbewohner gleiche Rechte" hätten. Um die preußischen Rheinländer ebenfalls aufzuwiegeln, ließ man in Zweibrücken eine Schrift erscheinen „Rheinpreußische Glückseligkeit", ein hohles Machwerk, das an der preußischen Verwaltung eigentlich nichts zu tadeln fand als die Tyrannei der Censoren, denen „der Staat ihre Ketten von dem Bürgerschweiße vergoldete", und gleichwohl zu dem Schlusse gelangte, die Rheinländer seien Waisenkinder, zwar nicht ohne Mutter, aber ohne Vater. Hier war die Mühe freilich umsonst. Die Rheinländer standen, bis auf verschwindende Ausnahmen, fest zum preußischen Staate, so daß Präsident Ruppenthal, seit Daniels' Tode der anerkannt erste rheinische Jurist, bei der Eröffnung der Assisen von 1832 die unwandelbare Treue der Provinz mit gerechtem Stolze rühmen konnte.

Um so kläglicher zeigte sich die Hilflosigkeit der Kleinstaaterei in dem coburgischen Fürstenthum Lichtenberg, dem fruchtbaren Heimathlande der falschen Sechser. Die Lichtenberger klagten ihrem Herzoge in einer stürmischen Adresse, daß sie baare 10000 Gulden für das Heer bezahlen

müßten und trotzdem nie einen Soldaten zu Gesicht bekämen, daß die Herzogin Wittwe aus St. Wendel weggezogen sei, daß so viele Coburger und Gothaer angestellt würden, während Lichtenberg doch an einheimischen Talenten Ueberfluß hätte. Da diese und andere Beschwerden fruchtlos blieben, so brach bald eine gemüthliche Anarchie herein; denn das Land wurde schlecht verwaltet, nach französischen Gesetzen, aber ohne die stramme Ordnung des Präfectensystems; die Regierung that gar nichts um dem Schmuggel zu wehren und ihre armen Bauern vor dem verbrecherischen Treiben der Bande noire, der Wucherjuden zu schützen. Ueberall Volksversammlungen und tobende Straßenaufzüge, auch viele „Rothkäppchen" mit Jacobinermützen zeigten sich unter dem Haufen. In St. Wendel hielt der Pfarrer Juch regelmäßig einen „Markt", um den Bauern die radicalen pfälzischen Blätter vorzulesen und zu erläutern. Auf die Bitte des Herzogs rückten einige preußische Truppen ein, und sofort nach ihrem Erscheinen ward Alles still; doch kaum waren sie abgezogen, so begann der Lärm von Neuem, bis endlich vor der alten Hallenkirche zu St. Wendel ein mächtiger Freiheitsbaum aufgepflanzt wurde mit der trutzigen Inschrift: „Welcher Henkersknecht es wagt mit frevelnder Hand dieses Heiligthum anzutasten, ist des Todes!" Der Pöbel ließ die Gensdarmen nicht heran und tanzte die Nacht hindurch die Carmagnole um das Symbol der Freiheit.

Mittlerweile begannen auch die bairischen Pfälzer vom Zeitungslesen zu Thätlichkeiten vorzuschreiten. In jedem Wirthshause des weinseligen Landes saßen die politisirenden Krischer zusammen. Da und dort ward ein Freiheitsbaum aufgerichtet und durch die Massen gegen die Polizeimannschaft vertheidigt, oder auch ein Hund gekrönt und dann feierlich ausgeprügelt. Wirth bildete im Anschluß an die Polenvereine einen Vaterlandsverein zum Schutze der freien Presse, der sich bald über mehrere Städte des Südwestens verzweigte, und stellte den Genossen zur höchsten Aufgabe die Neugestaltung des Deutschen Bundes: an der Spitze der Nation steht eine erwählte Nationalkammer und ein ausführender Präsident, auf zwei Jahre gewählt, den Volksvertretern unbedingt unterworfen; jede deutsche Provinz darf sich durch Volksabstimmung als selbständiger Bundesstaat einrichten, mit einer republikanischen oder constitutionellen Verfassung. Ein solches Programm erschien der Mehrzahl der Vereinsmitglieder doch bedenklich, es ward für jetzt noch verworfen; aber wohin sollte das wüste Treiben aller dieser Zeitungen und Vereine noch führen, hier dicht vor den Thoren der radicalsten deutschen Stadt, Mainz, an der Grenze des begehrlichen Frankreichs? Schon wußte man in Berlin, daß der französische Gesandte Mortier dem bairischen Minister Gise vertraulich erklärt hatte: fremde Truppen — das will sagen: Bundestruppen — könne Frankreich in der Rheinpfalz unmöglich dulden.*)

*) Küster's Bericht, 5. April 1832.

Wie hätte das badische Land von dem Lärm der Nachbarn unberührt bleiben können! Sobald man im Frühjahr 1832 erfuhr, daß der Bundestag gegen das badische Preßgesetz einzuschreiten denke, veranstalteten die Liberalen in Mannheim, Freiburg und anderen Orten große Volksversammlungen und beschlossen unter stürmischen Reden, den Großherzog um die Wahrung der Preßfreiheit zu bitten. Leopold weigerte sich die Adressen anzunehmen; aber ließ man die Dinge gehen, so konnte auch diese Bewegung leicht gefährlich werden, hatten doch erst kürzlich die belgischen Clericalen durch einen wohlgeleiteten Adressensturm ihren Aufstand vorbereitet. Die von Siebenpfeiffer verherrlichte „Doppeleiche der Tribüne und der Presse, unter deren Schatten die Menschheit unaufhaltsam zum Besseren hinanschreitet", wurde dem Bundestage unheimlich. Er verbot am 2. März die Tribüne, den Westboten, die Hanauer Zeitschwingen, während das Berliner Auswärtige Amt zugleich die süddeutschen Höfe zur Wachsamkeit mahnte.*) Die bairische Regierung benahm sich sehr schwach; sie führte den Bundesbeschluß nur unvollständig aus, weil sie ihrer Souveränität nichts vergeben wollte, und duldete sogar, daß der Vaterlandsverein, den sie selbst verboten hatte, ungescheut seine Arbeit fortsetzte.

Die süddeutsche Bewegung mußte den großen Mächten um so bedenklicher erscheinen, da die Polen ersichtlich überall die Hände im Spiele hatten. Mit rührendem Eifer, als gälte es dem eigenen Lande, hatten viele süddeutsche Städte den Polen während des Krieges Gelder zugesendet; in Mainz entstand sogar ein Mädchenverein, der für die Helden des Ostens Charpie zupfte. Seit dem Herbst 1831 ergossen sich die Schaaren der Warschauer Flüchtlinge selber über Süddeutschland. Den stärksten Haufen führten, mit rothweißen Schärpen prächtig angethan, drei polnische Generale: der Italiener Ramorino und die Deutschen Langermann und Schneider. — der Letztere hatte sich freilich in einen Polen Sznayde verwandelt. Sie wurden in Regensburg und Augsburg von den Offizierscorps als Kameraden aufgenommen, in Stuttgart bereitete ihnen der Brauer Denninger, ein Straßburger Jude, festlichen Empfang, in Freiburg veranstalteten Rotteck, Welcker und die Offiziere ein großes Polenbankett. So stark war die Macht der napoleonischen Erinnerungen und der liberalen Phrase, so schwach das nationale Ehrgefühl im Bundesheere, daß deutsche Offiziere mit den Todfeinden Preußens sich verbrüdern konnten. Ueberall im Süden sang man „Noch ist Polen nicht verloren" oder „Denkst Du daran, mein tapferer Lajenka" oder „Die freie keusche Maid im roth und weißen Kleid". Andachtsvoll lauschten die badischen und bairischen Liberalen den tollen Prahlereien der nordischen Gäste; sie verwunderten sich auch nicht, als das Pariser National-Comité der Polen in einem Manifeste an die deutsche Nation die bescheidene Behauptung aufstellte: „die

*) Ancillon, Weisung an Otterstedt, 8. März, an Küster, 9. März 1832.

bürgerliche Emancipation aller Volksklassen" sei bisher nur in einem Lande der Welt verwirklicht worden: in Polen, durch die Verfassung von 1791. In allen Vereinen und Zeitungen der süddeutschen Radicalen hieß man die Polen willkommen; den aufhetzenden Reden dieser Fremdlinge war es vornehmlich zu verdanken, daß der sinnlose Haß gegen Preußen im Süden wieder überhand nahm.

Erst nach und nach, sobald man die wenig säuberlichen Sitten der freien keuschen Maid Polonia genauer kennen lernte, begannen einzelne Verständige an ihrer fremdbrüderlichen Begeisterung irr zu werden. Nachdem die letzten Flüchtlinge Deutschland verlassen hatten, erstatteten zwei Führer der Emigration nach sarmatischem Brauche ihren Dank für die so reichlich genossene Gastfreundschaft. Johann Czynski schrieb aus Metz Deux mots sur les Allemands, um die Deutschen zur Zertrümmerung Oesterreichs und Preußens aufzuforden, nur so könne Deutschland befreit, Polen wiederhergestellt werden. Wer etwa an Deutschlands Knechtschaft noch zweifeln mochte, den verwies er auf den Einmarsch der dreihundert Preußen in das Fürstenthum Lichtenberg, diese empörende Verletzung des Grundsatzes der Nicht-Einmischung: „ein Preuße in St. Wendel ist für Deutschland dieselbe Schmach wie für Italien ein Oesterreicher in Rimini oder für Polen ein Russe in Warschau." Noch deutlicher redete Moritz Mochnatzki in seiner Schrift „die Revolution in Deutschland". Der Häuptling der polnischen Radicalen fand kaum Worte genug, um die Deutschen zu beschimpfen. Dies Volk habe die neueren Zeiten verschlafen und in seinem Schlafe mehr Bücher geschrieben als alle Völker der Welt zusammengenommen, bis es endlich durch Napoleon, durch die Julitage, durch den polnischen Krieg aus seiner langen Schlafsucht aufgerüttelt worden sei. Nun sollten die Deutschen wach bleiben, die entnervende literarische Thätigkeit aufgeben, da das Zeitalter der Revolutionen doch nur Zeitungen und praktische Wissenschaften brauchen könne, und sich mit den Polen verbinden zur Vernichtung Oesterreichs und Preußens. Dies Uebermaß sarmatischer Thorheit schreckte die klügeren Führer des deutschen Liberalismus ab; in der breiten Masse der Partei blieb aber die polnische Legende noch lange, und als eine wirksame Macht, lebendig. Die deutschen Flüchtlinge in Paris saßen in ihren Geheimbünden mit den Polen zusammen und ließen sich von den gewiegten Verschwörern gern über Mochnatzki's „Wissenschaft der Revolution" belehren: nach der Meinung dieses sarmatischen Apostels schien es ja „weit leichter eine Revolution zu machen als Hegel's Phänomenologie zu verstehen". Nur in Heinrich Heine war der Dichter und der Schelm doch stärker als der Radicale. Als er die schäbige Eleganz dieses großsprecherischen Bummlerlebens aus der Nähe betrachtet hatte, da konnte er dem Reize des Lächerlichen nicht mehr widerstehen und besang die „Polen aus der Polakei" in dem lustigen Gedichte vom großen Eselinski. —

Und doch barg dieser süddeutsche Liberalismus, der so blind für Deutschlands Feinde schwärmte, eine unverwüstliche Kraft treuer Vaterlandsliebe. Seine Selbstüberhebung entsprang dem Gefühle der Leere, das der Mangel eines großartigen öffentlichen Lebens in einem geistreichen Volke erzeugen mußte, seine lärmende Ungeduld der Sehnsucht nach nationalem Ruhme. In einem Wuste von Thorheiten und halbreifen Einfällen brachte die süddeutsche Presse doch auch einige gesunde Ideen hervor, welche die politische Entwicklung der Nation förderten. Wilhelm Schulz, jener hessische Offizier, der einst wegen seinen radicalen Schriften den Kriegsdienst hatte verlassen müssen*) und mittlerweile durch ernste Arbeit gereift war, versuchte in einem Buche „Deutschlands Einheit durch Nationalrepräsentation" den Grundgedanken der Welcker'schen Motion deutlicher auszuführen. Er zeigte sich noch keineswegs frei von den Selbsttäuschungen des jugendlichen Liberalismus, glaubte fest an die unüberwindliche Macht der öffentlichen Meinung und der kleinen Landtage — falls sie nur ihr Steuerverweigerungsrecht rücksichtslos zur Beseitigung böswilliger Minister gebrauchten; indessen sah er schon ein, daß ein Parlament neben dem Bundestage keinen Platz finden könne, und verlangte darum außer dem Reichstage auch eine fester geordnete Centralgewalt, sei es ein Kaiserthum oder eine Bundesrepublik. Oesterreich ließ er kaum noch für einen deutschen Staat gelten, Preußen aber, „dies Deutschland im Kleinen" habe sich leider durch seine polnische Politik augenblicklich so verhaßt gemacht, daß man vorderhand nur einen constitutionellen Bund im Bunde bilden könne. Also tastend und zweifelnd näherte er sich der Lösung des großen Problems. Aehnlich, nur meist noch günstiger für Preußen, sprachen mehrere Artikel in Rotteck's Annalen und in den Staatsrechtlichen Beiträgen des wackeren hessischen Liberalen K. H. Hofmann.

Wie dünn und matt erklangen alle diese Laute unbestimmter Sehnsucht neben den tiefen, ernsten Tönen, welche der junge Paul Pfizer in seinem „Briefwechsel zweier Deutschen" (1831) anschlug — der Prophet des neuen preußischen Reiches deutscher Nation, ein echter Schwabe, ernst, gedankenreich, voll dichterischer Phantasie und philosophischen Tiefsinnes, und dabei nüchtern genug um das Wirkliche, das Lebendige aus der Flucht der Erscheinungen herauszufinden, ohne jeden Vergleich der erste Publicist seiner Tage. Sein Buch trug in Form und Inhalt noch das Gepräge einer Uebergangszeit, die vom literarischen Schaffen zur politischen That aufzusteigen begann. Durch die freie Bearbeitung philosophischer Briefe, die er einst mit seinem Freunde, dem Dichter Friedrich Notter gewechselt hatte, bahnte er sich erst den Weg zu der Erkenntniß, daß die Freiheit, nicht die Nothwendigkeit das sittliche Leben der Völker beherrsche. Nun erst, im zweiten Theile des Buches, der ihm allein an-

*) s. o. III. 66.

gehörte, stellte er die Frage nach der Zukunft Deutschlands und schilderte mit stolzer Zuversicht dies Volk, das mit allen seinen Fehlern doch das geistvollste und gemüthlichste, das frömmste und gewissenhafteste der Völker sei, aber wie der am heimathlichen Strande erwachende Odysseus weinend sein Vaterland nicht erkenne. Dies Vaterland der Deutschen, so fuhr er freudig fort, sei schon vorhanden in dem Staate Friedrich's des Großen, in diesem Staate, der nicht nur durch seine gerechte Verwaltung, seine menschlichen Gesetze, sein Volksheer, sein gewecktes geistiges Leben, sondern auch durch sein starkes Volksgefühl alle anderen deutschen Länder übertreffe.

Der tapfere Schwabe wagte also den überall als dünkelhaften Particularismus verrufenen preußischen Stolz kurzerhand als den größten Vorzug der Preußen zu loben, er wagte den undeutschen, atheistischen Zug des deutschen Liberalismus, dies schlimme Erbtheil der französischen Encyclopädisten, freimüthig zu tadeln, die hoffnungslose Ohnmacht der kleinen Landtage offen einzugestehen und hielt den gellenden Anklagen der Demagogen die harte Wahrheit entgegen: „Weniger die Fürsten als die Völker Deutschlands sind das große Hinderniß seiner Vereinigung.“ Die glücklich gewählte Briefform bot ihm die Möglichkeit, das Für und Wider vor den Augen seiner zweifelnden und ringenden Zeit genau abzuwägen, mit siegreicher Dialektik alle die Einwände gegen das Eine was noth that zu vernichten: die Träume vom Sonderbunde des sogenannten reinen Deutschlands so gut wie den schwärmerischen Weltbürgergeist, der die Nationalität nur für das Ausland gelten lassen wollte. Aus den Gedichten, die er seinen Briefen anschloß, sprach die Ahnung einer unermeßlichen Zukunft. Er sah im Mondenscheine die Felskegel seiner heimischen Rauhen Alp vor sich liegen, er sah die alten Schwabenkaiser vom schlanken Gipfel des Hohenstaufen niedersteigen und wendete dann seine Blicke auf den Hohenzollern:

Doch die Helden sind geschieden,
Die Vergangenheit ist todt!
Seele, von des Grabes Frieden
Wende dich zum Morgenroth,
Gleich dem Aar, der einst entflogen
Staufens Nachbar und im Flug
Zollerns Ruhm bis an die Wogen
Des entlegnen Ostmeers trug.

Nimmer wollte er von der Hoffnung lassen, daß der Adler Friedrich's die Verlassenen, Heimathlosen mit seiner goldnen Schwinge decken werde. So schön und tief hatte noch nie ein Deutscher von Preußens großer Zukunft gesprochen; neben Pfizer's streng politischen Gedanken erschienen Fichte's kühne Weissagungen doch nur wie nebelhafte Gelehrtenträume. Und dieser weckende Ruf erklang von den Lippen eines dreißigjährigen Schwaben, der in den engen Verhältnissen der Heimath aufgewachsen, das preußische Land vermuthlich nie betreten hatte. Wie fremd

auch der Gedanke der preußischen Hegemonie der ungeheuren Mehrzahl der Süddeutschen noch erscheinen mochte, in ihrer eigenartigen Fassung konnte diese Schrift doch nur auf oberdeutschem Boden entstehen, daher ward sie auch von den Schwaben freundlich aufgenommen. In dem Gegensatze der constitutionellen und der absolutistischen Gesinnung ging der Parteikampf der Zeit noch gänzlich auf; und da Pfizer die Mängel der bestehenden Zustände schonungslos rügte, auch seine constitutionelle Gesinnung nicht verbarg, so betrachteten ihn die schwäbischen Liberalen als ihren Mann. Der preußische Gesandte in Stuttgart hingegen, Salviati, ein hartköpfiger Conservativer, behandelte in seinen Berichten den glühenden Bewunderer Preußens zwar achtungsvoll, aber als einen erklärten Gegner. Im Norden fand Pfizer's Buch viele dankbare Leser. Die jungen Preußen, die von der Kaiserkrone der Hohenzollern träumten, fühlten sich durch die Geschichtsphilosophie des Schwaben in ihren stillen Hoffnungen bestärkt; Jens Uwe Lornsen und manche andere Politiker der norddeutschen Kleinstaaten wurden durch ihn gezwungen, in sich zu gehen, ihre anerzogenen particularistischen Vorurtheile abzulegen, die Machtverhältnisse der Bundespolitik ruhiger zu überdenken.

Lange vor dem Erscheinen des Pfizer'schen Briefwechsels hatte schon ein anderer Süddeutscher, allerdings nur im vertrauten Kreise, verwandte Ideen ausgesprochen. Friedrich von Gagern, der älteste und begabteste unter den zahlreichen stattlichen Söhnen des Reichsfreiherrn Hans, war auf den Rath seines Vaters in niederländischen Kriegsdienst getreten und mußte nun am eigenen Leibe erfahren, wie gründlich der phantasiereiche alte Reichspatriot sich über den deutschen Charakter seiner Niederlande getäuscht hatte. Ein Fremder lebte er unter Fremden, ganz abgetrennt von dem leidenschaftlich geliebten großen Vaterlande. Wenn er auf seinen Urlaubsreisen das heimathliche Hornau besuchte, fand er die Brüder um den redseligen Vater versammelt und tauschte mit ihnen politische Gedanken aus, so daß man im hessischen Lande bald von der Familienpolitik der Gagern sprach. Der alte Hans war seiner politischen Vielgeschäftigkeit treu geblieben. Mit gewohntem Selbstgefühl bot er, als der belgische Aufstand ausbrach, dem niederländischen Hofe und dem Brüsseler Congresse ses lumières zur Vermittlung an;*) dann schriftstellerte er fleißig, bereiste die Höfe, verkehrte viel mit seinem freundschaftlichen Gegner, dem Freiherrn vom Stein und errichtete dem großen Todten nachher, zuerst in Deutschland, ein literarisches Denkmal, indem er dessen Briefe herausgab; in der Darmstädter Ersten Kammer hielt er zuweilen eine geistreich abspringende Rede über Fragen der großen Politik. Einer seiner Söhne, Heinrich, errang sich mittlerweile ein hohes Ansehen unter den Liberalen der Zweiten Kammer. So lernte

*) Nagler's Bericht, 28. Nov. 1830.

Friedrich die politischen Gedanken, welche den deutschen Süden bewegten, aus erster Hand kennen und stand ihnen doch fern genug um darüber das gesammte Vaterland nicht aus den Augen zu verlieren.

Als er im Jahre 1823 die Heimath wieder sah und mit Schrecken die allgemeine Entmuthigung bemerkte, schrieb er für die Familie einen meisterhaften Aufsatz über „die politische Einheit Deutschlands". Mit der Ueberlegenheit des geborenen Staatsmannes, militärisch kurz, klar und sicher schilderte er hier die Nichtigkeit der kleinen Höfe und den Verfall Oesterreichs, das in der Zukunft nur Niederlagen erleben werde. Preußen allein könne die Führung Deutschlands übernehmen, „weil Ehrgeiz die Bedingung seiner Existenz" sei, und auch die Liebe der Deutschen leicht gewinnen sobald der König seine Reichsstände berufe. Im Jahre 1834 verfolgte Gagern, vielleicht angeregt durch Pfizer's Briefe, diesen Gedankengang weiter und zeichnete die Grundlinien der künftigen deutschen Reichsverfassung in einer Abhandlung „Vom Bundesstaat", deren knappe Bestimmtheit von den weitschweifigen, verschwommenen Betrachtungen des wissenschaftlichen Staatsrechts jener Tage seltsam abstach.*) Er verlangt ein erbliches Kaiserthum, dergestalt, daß die kleinen Fürsten das Heerwesen, die auswärtige Politik sowie einige ihrer inneren Hoheitsrechte der Centralgewalt abtreten, mithin ihre Souveränität aufgeben und dem Kaiser gehorchen müssen. Daneben eine Kammer der halbsouveränen Fürsten und eine gewählte Volksvertretung, beide um den Kaiser versammelt in einer großen Hauptstadt, die als mächtiger Brennpunkt des nationalen Lebens den Deutschen unentbehrlich ist und darum, allen Vorurtheilen zum Trotz, durchaus geschaffen werden muß. Im Einzelnen blieb natürlich noch Vieles unklar; aber fest und sicher stand der zukunftsreiche Gedanke, daß die im preußischen Staate verkörperte Idee der nationalen Einheit sich mit den constitutionellen Ideen des Südens verbinden mußte, um den Sieg zu erringen, und diese Beweisführung wirkte um so zwingender, da sie aus der Feder eines gemäßigt liberalen Aristokraten floß.

Wie unaufhaltsam der Drang der Einheit in dem Wirrsal der deutschen Politik arbeitete, das empfand in banger Ahnung der geistreiche Franzose Edgar Quinet, der um diese Zeit in Heidelberg lebte und eine schöne Pfälzerin heimführte. Eben hier inmitten der lärmenden Pfalz, wo Alles nach Freiheit rief, ward ihm deutlich, der tiefste und leben-

*) Dieser Aufsatz kann nicht, wie Heinrich v. Gagern (Leben Friedrich's v. Gagern I. 355 f.) behauptet, schon im Jahre 1826 entstanden sein, sondern erst 1834; denn er erwähnt den bekannten Zollstreit zwischen Südcarolina und der Union, der in den Jahren 1832 und 33 spielte, als ein Ereigniß aus „der neuesten Zeit". Ueberdies erzählt Friedrich selbst in einem Briefe aus Eindhoven v. 14. April 1834 (a. a. O. II. 204), daß er die Abhandlung „Bundesstaat" soeben nebst einigen anderen Arbeiten hier in Eindhoven geschrieben habe.

digste Gedanke aller deutschen Herzen sei doch das Verlangen nach nationaler Macht und Herrlichkeit; und mit Schrecken erkannte er, nur ein Staat könne solche Sehnsucht befriedigen: jenes unheimliche Preußen, das an seinem Gürtel den Schlüssel Frankreichs, die Rheinfestungen, in seiner Hand den siegreichen Degen von Waterloo trage. „Dort in Preußen — so schrieb er in seinen Aufsätzen über Deutschland und Italien (1831) — sind die alte Unparteilichkeit und das politische Weltbürgerthum einem reizbaren und zornigen Nationalstolze gewichen. Der preußische Despotismus ist einsichtig, beweglich, unternehmend; er lebt von der Wissenschaft wie andere Despoten von der Unwissenheit. Zwischen ihm und seinem Volke besteht ein geheimes Einverständniß um die Freiheit zu vertagen und gemeinsam das Erbe Friedrich's zu vermehren." —

Die Zeit sollte noch kommen, da die Besorgnisse des Franzosen sich bewährten. Für jetzt gingen die Kräfte, welche an der Einheit Deutschlands bauten, noch sehr weit aus einander. Durch die Thorheit der pfälzischen Demagogen wurde der bisher so geduldige preußische Hof genöthigt die liberale Bewegung in Oberdeutschland zu bekämpfen, und er führte den Kampf mit solcher Schärfe, daß im Süden bald wieder ein tödlicher Haß gegen die norddeutsche Macht aufflammte.

Um der Bewegung neuen Schwung zu geben, beschlossen Wirth und Siebenpfeiffer die Einberufung großer Volksversammlungen, und dies überall zweischneidige Kampfmittel konnte hier, wo man eigentlich gar keinen bestimmten Zweck verfolgte, nur Unfug und Ruhestörung bewirken. Ein von Siebenpfeiffer verfaßter Aufruf lud alle Deutschen ein, am 27. Mai auf dem Hambacher Schlosse bei Neustadt an der Hardt „der Deutschen Mai" zu feiern, ein Fest der Hoffnung, am Geburtstage der bairischen Verfassung; in diesem Wonnemonat hätten sich einst die freien Franken auf ihrem Maifeld versammelt und dann die freien Polen ihre Verfassung erhalten. Der Münchener Hof verfuhr wieder sehr schwächlich, er wollte dem preußischen Gesandten durchaus nicht zugestehen, daß in Baiern irgend eine Gefahr für die öffentliche Ruhe bestehe.*) Und doch bezeichnete Wirth als den Zweck seines Preßvereins ganz offen „die Organisation eines deutschen Reichs im demokratischen Sinne"; und doch hatten die pfälzischen Radicalen soeben, bei einem Feste für den heimkehrenden Abgeordneten Schüler, ebenso unzweideutig ausgesprochen, jede Versöhnung mit dem Grundsatz der Legitimität sei unmöglich, die Reform Deutschlands könne nur auf dem Boden der unbedingten Volkssouveränität durchgeführt werden. Die Zweibrückener Bürgerwehr, die sich eigenmächtig bewaffnet hatte, belagerte die Reiter-Caserne und bewachte Schüler's Haus, um sofort Sturm zu läuten falls der Volksmann bedroht würde. Aus solchen Anzeichen schloß der wohlmeinende Präsident Stichaner,

*) Küster's Bericht 3. Mai 1832.

daß die pfälzische Bewegung einen üblen Verlauf nehmen müsse; der ewigen Händel überdrüssig erbat er sich seine Versetzung. Sein Nachfolger, Frhr. v. Andrian, zeigte sich durchaus rathlos, obgleich ihn die Presse sogleich als einen blutigen Landvogt begrüßte; er untersagte zuerst die Hambacher Versammlung und nahm dann das Verbot zurück, da der Stadtrath von Neustadt und die Landräthe von Rheinbaiern sich dawider verwahrten. So hatte die Regierung ihre Furcht gezeigt und doch ihren Willen nicht durchgesetzt; die Radicalen frohlockten, und triumphirend sagte der Festausschuß, als er in seinem Rechenschaftsberichte jene heldenmüthigen Stadt- und Landräthe aufzählte: „wir übergeben ihre Namen dem dankbaren Andenken der Nachwelt.“

Nun rüstete sich Alles an beiden Ufern des Mittelrheins für die Feier des „Allerdeutschenfestes“. In Mainz, wo viele der alten Gießener Schwarzen lebten, zeigten sich plötzlich schwarzrothgoldene Kokarden und Bänder; die Farben der Burschenschaft hießen fortan die deutschen Freiheitsfarben. Dreifarbig, nach Frankreichs Vorbild, mußte das Banner der nationalen Einheit und Freiheit sein, im Gegensatz zu den zweifarbigen Fahnen der alten Dynastien. Der österreichische Gouverneur schritt alsbald mit Verboten ein, und die Bundesversammlung genehmigte sein Verfahren, „wenn auch die abenteuerlichen Intentionen und Abzeichen der Partei keiner besonderen Beachtung werth seien, wodurch sie leicht erst den Schein einer unverdienten Wichtigkeit erlangen könnten“.*) Das Verbot fruchtete nichts. Am 26. Mai waren alle die Landstraßen, die rheinauf und rheinab durch die Ebene oder aus dem Odenwalde und dem Westrich nach dem lieblichen Neustadt führen, dicht bedeckt mit langen Zügen von Wagen und Fußgängern; überall prangten die deutschen Farben. Mindestens 25000 Köpfe strömten in der Feststadt zusammen, die Glocken läuteten, die Geschütze donnerten, auf dem Gebirge brannten Freudenfeuer. Zum zweiten male sollte eine Bergfeier für die Geschichte des Deutschen Bundes bedeutungsvoll werden; aber welch ein Abstand zwischen der christlich-vaterländischen Begeisterung der Burschen auf der Wartburg und dem weltlichen Radicalismus dieser neuen Tage. Von dem romantischen Zauber, der einst das Burschenfest durchleuchtet hatte, ließ sich in dieser Massenversammlung trinkender und lärmender Menschen nur wenig bemerken, und auch die politische Bildung war in fünfzehn Jahren leider kaum fortgeschritten: auf den überspannten Idealismus der Jugend folgte der falsche Idealismus der Erwachsenen.

Am Morgen des 27. setzte sich der Festzug in Bewegung; dreihundert Handwerksburschen sangen nach der Melodie des Schiller'schen Reiterliedes ein Gedicht von Siebenpfeiffer: „Hinauf Patrioten, zum Schloß, zum Schloß!“ Inmitten der Frauen, die ausdrücklich geladen und dem

---

*) Geheime Registrande zur Sitzung der Bundesversammlung v. 24. Mai 1832.

Rufe zahlreich gefolgt waren, schritt ein Fähnrich mit dem weißrothen Banner Polens, dann folgten die Festordner mit einer deutschen Fahne, worauf geschrieben stand: „Deutschlands Wiedergeburt“; die armen Winzer trugen ein schwarzes Trauerpanier und beklagten in einem schwermüthigen Gesange den schlechten Absatz der pfälzischen Weine. Droben auf dem Schlosse wurden die Fahnen Deutschlands und Polens feierlich aufgepflanzt; die alten Feinde, der schwarze und der weiße Adler, gesellten sich gemüthlich zusammen — ein bedenkliches Vorzeichen für die Zukunft dieser deutschen Tricolore, die leider niemals mehr als ein Partei-Abzeichen werden sollte. Unheimliche Erinnerungen deutscher Knechtschaft umschwebten das Gemäuer der Kästenburg, der alten Zwingburg der verrufenen Bischöfe von Speier; sie war einst im Bauernkriege durch das verzweifelte Landvolk gebrochen und nachher auf Befehl des unbarmherzigen Fürsten durch die Zerstörer selbst wieder aufgebaut worden; nun lag sie nochmals in Trümmern, Dank den Franzosen, und sollte durch das große Volksfest für immer der Freiheit geweiht werden. Die Menge lagerte sich unter den schönen Kästenbäumen am Abhang, Mancher begrüßte mit Jubelruf die Thürme von Speyer und Mannheim, die fern aus der üppigen Ebene aufragten. Der Wein floß in Strömen. Vaterländische Lieder erklangen, alle frei nach Schiller — denn längst war Schiller durch sein mächtiges Pathos der Liebling der kleinen Leute geworden — alle voll Zornes über „der Deutschen schandenvolle Lage“:

Tyrannei, auf Gold gebettet,
Lachte Deiner Hoffnung Hohn,
Hat Dich schimpflicher gekettet
An des Nordens blut'gen Thron.

Zahlreiche Adressen ferner Freunde waren eingelaufen, aus mehreren deutschen Orten, von dem polnischen National-Comité zu Paris, von dem radicalen Vereine der Amis du peuple in Straßburg. Auch einige Rheinpreußen hatten ihren Festgruß gesendet; sie beklagten bitterlich „das muntere Vöglein des Rheines, das zu dem alten finsteren Uhu in den Käfig gesperrt“ sei, wollten aber ihre Namen nicht nennen „um der guten Sache nicht zu schaden“. Dann schilderte Siebenpfeiffer in langer Rede „den Gedanken des heutigen Festes, des herrlichsten und bedeutungsvollsten, das seit Jahrhunderten in Deutschland gefeiert ward“. Er sah den Tag kommen, „wo die Fürsten die bunten Hermeline feudalistischer Gottstatthalterschaft mit der männlichen Toga deutscher Nationalwürde vertauschen; wo das deutsche Weib, nicht mehr die dienstpflichtige Magd des herrschenden Mannes, sondern die freie Genossin des freien Bürgers, unseren Söhnen und Töchtern schon als stammelnden Säuglingen die Freiheit einflößt“, und schloß mit einem Hoch auf Deutschland, Polen, Frankreich, auf jedes Volk das seine Ketten bricht, auf Vaterland, Volksfreiheit, Völkerbund. Noch kräftiger ging Wirth mit der Sprache heraus. Der ließ

„die vereinigten Freistaaten Deutschlands, das conföderirte republikanische Europa“ hoch leben und verlangte, daß einige entschlossene Männer die gemeinsame Leitung der deutschen Opposition übernähmen; als ehrlicher Patriot warnte er aber die Deutschen vor Frankreichs Rheingelüsten.

Während er dann das Schwert des Preßvereins, ein Geschenk aus Frankfurt, stolz nach allen vier Winden schwang, flutheten die Reden und die Lieder unaufhaltsam weiter. Der Straßburger L. Rey betheuerte in französischer Ansprache, Frankreich wolle keine Eroberungen, sondern einen freien Bund mit dem freien Deutschland. Zwei edle Polen redeten in gleichem Sinne. Der Pfälzer Scharpff versicherte: „Der beste Fürst von Gottes Gnaden ist ein geborener Hochverräther an der menschlichen Gesellschaft.“ Fast ebenso radical, aber mit entschiedenem Talent und wohlthuender patriotischer Wärme sprach ein Student aus Westphalen, K. H. Brüggemann, zum Jubel der Commilitonen, die in Schaaren aus Heidelberg herüber gewandert waren. Manche in der Menge riefen einen feierlichen Fluch über sämmtliche deutsche Fürsten. Zuletzt verhallten alle Worte in der allgemeinen Trunkenheit. Dem schweigsam zuhörenden Karl Mathy wurde ganz unheimlich zu Muthe bei dem tollen Treiben, während Ludwig Börne, der auch mit im Getümmel stand, aber bald nachher sich wieder in das sichere Paris zurückstahl, die wildesten Reden noch zu gemäßigt fand. Am richtigsten gab ein Lied, das irgendwo im Haufen gesungen wurde, die Gesinnungen der Menge wieder:

Muth, Muth, Muth! Nicht wird uns Gott verlassen,
Folgen wir in Treuen seinem Wort!
Feurig laßt uns lieben, feurig hassen
Und bereiten uns zum Drachenmord.
Wie der Lindwurm stolz sich brüstet,
Ihn nach unserm Blut gelüstet!

Wer dieser Lindwurm sei, ob Preußen oder der Bundestag, das verschwieg der Dichter weislich, und eben damit traf er die Meinung seiner Hörer, die allesammt nur durch eine mächtige lyrische Empfindung, durch die Nachklänge der großen Epoche deutscher Dichtung, sich im Herzen gehoben fühlten und irgend ein außerordentliches Ereigniß ersehnten.

Am nächsten Morgen ließen die Führer drunten in Neustadt Vertrauensmänner aus den einzelnen deutschen Gauen wählen und legten ihnen die Frage vor, ob man nicht sogleich eine provisorische Regierung für das freie Deutschland einsetzen solle. Der Vorschlag ward verworfen, weil man zu solchen Beschlüssen von daheim keinen Auftrag habe. So verlief das Fest ohne unmittelbares Ergebniß, aber der wilde Lärm nach so langen Jahren tiefer Stille regte das Land weithin auf. Als die Mainzer von Hambach heimkehrten, geriethen sie unterwegs zu Worms in einen rohen Pöbelaufruhr hinein; die Wormser meinten einfach, jetzt sei Freiheit. Unverkennbar hatten die französischen Geheimbünde auf das

Maifest der Deutschen große Hoffnungen gesetzt. Am Tage des Hambacher Festes veranstalteten die deutschen Radicalen in Paris ein Bankett unter Lafayette's Vorsitz, und einige Tage nachher brach dort ein gefährlicher Aufstand aus.

Auch in den anderen Landschaften am Ober- und Mittelrhein wurden zur selben Zeit überall, offenbar nach Verabredung, Volksversammlungen abgehalten; der Frühling war so schön, der Verkehr so leicht, der Wein so wohlfeil und das deutsche Elend unbestreitbar schwer. In Weinheim an der Bergstraße, in Bergen und Wilhelmsbad bei Frankfurt, in der Nebelhöhle der Rauhen Alp versammelten sich die Patrioten, mit schwarzrothgoldenen Kokarden geschmückt; da und dort genügte schon die Einladung eines unternehmenden Gastwirths um das souveräne Volk anzulocken. Am 11. Juni tagten die badischen Liberalen in Badenweiler, und hier zeigte sich deutlich, wie scharfe Gegensätze die süddeutsche Opposition in sich barg. Den Gedanken der unbedingten nationalen Einheit vermochte Rotteck nicht zu fassen. Als ein Student das deutsche Banner aufpflanzen wollte, ließ er die Fahne hinwegnehmen und brachte einen Trinkspruch auf Badens Selbständigkeit aus: „Ich will keine Einheit, die uns in Gefahr setzt, in einen Kriegszug gegen die uns natürlich Verbündeten geschleppt zu werden; ich will keine Einheit unter den Flügeln des österreichischen oder des preußischen Adlers, sondern die Einheit der Völker Deutschlands zum Schutze gegen die Vereinigung der Fürsten und der Aristokraten." Unter brausendem Beifall faßte er seine Weisheit endlich in dem Satze zusammen: „Ich will lieber Freiheit ohne Einheit, als Einheit ohne Freiheit" — einem Satze, der seitdem oft wiederholt, durch lange Jahre das Stichwort des liberalen Particularismus geblieben ist.

Seit diesen Hambacher Tagen gewöhnte sich das süddeutsche Bürgerthum an eine patriotische Kneipseligkeit, die, zuweilen einmal durch ein Verbot der Obrigkeit gestört, fast zwei Jahrzehnte lang anhielt und auf das Volksgemüth ebenso unwiderstehlich wirkte wie ein halbes Jahrtausend zuvor der Kyrieleis-Ruf der Geißler. Beim vollen Becher das Kauderwälsch der Zeitungen nachzusprechen oder bei einem „Welckers-Essen" den großen deutschen Hofrath reden zu hören, das gehörte zum Leben des süddeutschen Bürgers; der Idealismus, aber auch die Zuchtlosigkeit des Jahres 1848 hat sich gutentheils in dem beständigen Rausche dieser Zweckessen angesammelt. Niemand kannte dies revolutionäre Philisterthum besser als der liebenswürdige Heidelberger Dialektdichter K. G. Nadler, selber ein fröhlicher Pfälzer in Allem, nur nicht in seiner politischen Gesinnung. Er wollte sich kein Herz fassen zu den beharrlichen weingrünen Hochs auf Deutschland — so lange unsere Fahne noch nicht in Straßburg wehe, unsere Kriegsflotte noch nicht nach Kronstadt gehe — und ließ den gesinnungstüchtigsten aller liberalen Schoppenstecher, den Bürgergrenadiercapitän und Schuhmachermeister Hackstrumpf also reden:

Jetzt weeß ich's erscht!
Ich bin ein Mensch, ein teutscher Mann, ein Bürger,
Dausch nit mit Dir, des Nordens Automat,
Satrapospotenknecht, der Freiheit Würger,
Der Du die Geißel schwingst im Kschlavenstaat!

Wie lächerlich auch dies lärmende Unwesen heute einem erfahreneren und abgehärteten Geschlechte erscheinen mag: eine Zeit, welche öffentliche Versammlungen noch kaum kannte, mußte durch die aufrührerischen Rufe der Hambacher Volksredner erschreckt werden. Der Bund durfte nicht dulden, daß Deutschlands gefährdete Westmark den Revolutionären dreier Völker zum Sammelplatze diente. —

Fünfter Abschnitt.

Wiederbefestigung der alten Gewalten.

Im Strome der Geschichte scheint oft eine Welle der anderen zu gleichen, weil die neuen Gedanken des Völkerlebens nur langsam, nach vergeblichen Anläufen, unter Kämpfen die einander ähneln, den Sieg erringen können; und dies unterscheidet den politischen Kopf von dem Doktrinär wie von dem gedankenlosen Praktiker, daß er durch solchen Schein der Wiederholung sich nicht täuschen läßt über den unerschöpflichen Wechsel der immer durch Menschen bestimmten Menschengeschicke. Deutschlands Zustand war seit dreizehn Jahren völlig verändert; der Liberalismus hatte an Anhang und Zuversicht, freilich auch an unlauteren und gefährlichen Kräften, erheblich zugenommen, während die Mächte des Beharrens durch den Siegeszug des constitutionellen Systems in Norddeutschland wie durch die veränderte Parteiung der europäischen Staatengesellschaft sich geschwächt sahen. Wer aber nur oberflächlich hinblickte, konnte allerdings glauben, daß der Deutsche Bund sich wieder in der gleichen Lage befinde wie zur Zeit der Karlsbader Conferenzen. Wieder wie damals hatte sich die Opposition arge Blößen gegeben, wieder war die öffentliche Ordnung gefährdet, das Gefühl rathloser Besorgniß an allen kleinen Höfen lebendig, ein kräftiges Einschreiten der Staatsgewalten unabweisbar geboten. Begreiflich also, daß überall in der diplomatischen Welt die Frage laut ward, ob man sich nicht wieder nach der alten Karlsbader Weise Ruhe verschaffen solle durch Zwangsmaßregeln gegen die Universitäten, die Landtage, die Presse, die Vereine.

Erschreckt durch den Göttinger Aufruhr, an dem die Studenten doch nur helfend, nicht leitend theilgenommen hatten, beantragte die hannoversche Regierung schon im März 1831 den Erlaß eines neuen Bundesgesetzes gegen die Universitäten: wer jemals einer Burschenschaft angehört, sollte zwei bis vier Jahre lang von allen deutschen Universitäten entfernt bleiben und unter keinen Umständen von seinem Landesherrn begnadigt werden. Diese drakonischen Vorschläge erregten selbst am Bundestage Entrüstung und blieben vorläufig liegen, da erst Instruktionen eingeholt werden mußten. Als sodann der Streit in den Kammern zu München, Karlsruhe, Wies-

baden sich verschärfte, da meinte der Nassauer Marschall, jetzt sei endlich der Tag gekommen für die Vernichtung der neuen Verfassungen, die er schon auf den Karlsbader und Wiener Conferenzen vergeblich erstrebt hatte.*) In einer Denkschrift über landständische und Repräsentativ-Verfassungen, welche er um Neujahr 1832 den Höfen zusendete, verlangte er kurzweg einen Staatsstreich des Bundestages: da der Art. 13 der Bundesakte nur landständische Verfassungen gestatte, so müsse der Bund durch einfachen Mehrheitsbeschluß diese Vorschrift ausführen, die Verantwortlichkeit der Minister, die Civillisten und was sonst noch dem monarchischen Princip widerspreche verbieten, in beiden Hessen, Baden, Württemberg, Baiern, wo die selbständige oberste Staatsgewalt dem Regenten bereits entrissen sei, eine gründliche Verfassungs-Aenderung erzwingen.**)

Auch General Borstell, der Commandirende in der Rheinprovinz, der das anarchische Treiben der Pfälzer dicht vor seiner Thür sah und beständig auf dem Sprunge stehen mußte, gestand dem Adjutanten des Königs, General Thile vertraulich: er sehe keine Rettung mehr, wenn man nicht die kleinen Staaten durch Waffengewalt nöthige, berathende Stände nach preußischem Muster einzuführen. Unter den Staatsmännern Preußens wurde der Plan einer neuen Karlsbader Conferenz zuerst, schon im August 1831, von dem Grafen Maltzan, dem Gesandten in Hannover ausgesprochen. Vom Bundestage ließ sich ja doch nichts erwarten, wenn er nicht von außen her gestachelt wurde; die alte Zank- und Ränkesucht der Bundesgesandten war eben jetzt, in Folge der braunschweigischen und hessischen Händel, wieder so üppig aufgewuchert, daß der ehrliche du Thil bei einem Besuche in der Eschenheimer Gasse seinen Abscheu kaum verbergen konnte.***) Darum hielt Maltzan für nöthig, daß die leitenden Minister Deutschlands wieder wie einst in Karlsbad unter sich die allgemeinen Grundsätze für die inneren Angelegenheiten, wo möglich auch ein gleichmäßiges Verwaltungssystem für alle Bundesstaaten verabreden sollten.

Bernstorff ließ sich durch alle diese reaktionären Bestrebungen nicht in seinem Gleichmuth stören. In einem Ministerialschreiben vom 1. Nov. 1831 erwiderte er dem Gesandten ausführlich: an conservativen Grundsätzen gebreche es dem Bunde wahrhaftig nicht, seit die Wiener Schlußakte das monarchische Princip so bestimmt ausgesprochen habe; was fehle sei allein der ernste Wille der Regierungen die vorhandenen Gesetze anzuwenden. Diesen Willen zu kräftigen bleibe die nächste Aufgabe. Jede Veränderung des Bundesrechts wies er ebenso weit von sich wie den Gedanken „einer gewaltsamen Aufhebung der durch übel berathene Fürsten ertheilten Ver-

*) s. o. III. 10.

**) Marschall, Denkschrift über den Unterschied landständischer Verfassungen im Sinne des Art. 13 und ausländischen Mustern nachgebildeter Repräsentativverfassungen. Dem Karlsruher Hofe mitgetheilt 12. Jan. 1832.

***) Du Thil's Aufzeichnungen, 18. Oct. 1831.

fassungen". Indessen war er mit nichten gemeint den Bundestag zu völliger Unthätigkeit zu verdammen; er erkannte vielmehr, daß man mit den gehässigen Zeitungsverboten sich nicht begnügen, sondern endlich das so oft verheißene definitive Bundespreßgesetz gewähren müsse. Darum ließ er durch Eichhorn den Entwurf eines preußischen Preßgesetzes ausarbeiten, der allerdings nicht allen Wünschen der Liberalen genug that, aber große Erleichterungen gewährte: wissenschaftliche Werke sollten fortan gänzlich frei sein, die Censur nur für politische Zeitungen fortbestehen und der Aufsicht eines unabhängigen, aus Mitgliedern der Akademie und hohen Beamten gebildeten Ober-Censurcollegiums unterworfen werden.*) Diese preußische Reform sollte dann die Grundlage für ein neues Bundespreßgesetz bilden, und die Gesandtschaften erhielten den Auftrag, sich darüber zunächst mit den süddeutschen Höfen zu verständigen. Auch die Frage der Oeffentlichkeit der Bundesverhandlungen hatte Bernstorff schon seit dem Jahre 1829 ernstlich ins Auge gefaßt. Daß die Bundesprotokolle gar nicht mehr kundgemacht wurden, widersprach den Absichten des preußischen Hofes durchaus. Man wünschte in Berlin, zwar die schwebenden Verhandlungen vor jeder Einmischung der Tagesblätter sicherzustellen, aber keineswegs die ernste Wissenschaft von jeder Kenntniß der Bundesverhandlungen abzusperren, und schlug daher vor, daß die Bundesprotokolle, mit wenigen Ausnahmen, jedesmal bei Beginn der Ferien in einem Bande veröffentlicht werden sollten. Ueber diesen Vorschlag wurde schon seit Jahren in Frankfurt vertraulich unterhandelt. Münch aber wußte durch sein alterprobtes Hausmittel Alles zu vereiteln; er erklärte beständig, daß er erst aus Wien Instruktionen einholen müsse, und Metternich's Weisungen trafen niemals ein.

Mit solchen Plänen bedachtsamer Zugeständnisse trug sich der preußische Minister, als ihn der Wiener Hof im September 1831 zu vertraulichen Besprechungen über Deutschlands bedrängte Lage auffordern ließ. Seit dem Falle von Warschau begann Metternich aufathmend sich zu neuer Thätigkeit zu ermannen. Den ganzen Winter über wechselte er mit den Gesandten der beiden anderen Ostmächte Denkschriften über das gemeinsame System, das man fortan gegen die Revolution einhalten wolle, und bezeichnete diesen wenig fruchtbaren Gedankenaustausch mit dem hochtrabenden Namen „Verhandlungen der Wiener Conferenz", damit Wien doch wieder als der Mittelpunkt der conservativen europäischen Politik erschiene.**) Ueber die Bändigung der deutschen Revolution berieth sich Metternich mit dem preußischen Gesandten Frhr. v. Maltzahn allein; denn Nesselrode verstand die Form zu wahren und schärfte dem Gesandten Tatistschew ein: wohl sei es dringend nöthig den kleinen deutschen Regierungen zu Hilfe zu kommen, aber hier gebühre der Vortritt den deutschen Groß-

*) Frankenberg's Bericht, 4. Febr. 1832.

**) Vgl. oben IV. 79.

mächten.*) Nach der Meinung des österreichischen Staatsmannes mußte jetzt ein- für allemal aufgeräumt werden mit den sämmtlichen deutschen Verfassungen neufranzösischen Stiles; der vermessene Staatsstreichsplan seines getreuen Marschall behagte ihm wohl. Maltzahn dagegen hatte gemessenen Befehl, jeden rechtswidrigen Eingriff in die Landesverfassungen zurückzuweisen. Er erklärte: die Vorschriften der Schlußakte genügten vollauf, wenn man sie nur entschlossen handhabe; der Bundestag solle sich begnügen, den Sinn seiner Grundgesetze deutlich auszusprechen und ihre Befolgung den Regierungen nachdrücklich einzuschärfen. Dem Unfug der Presse und der Versammlungen lasse sich steuern, wenn der Bund und die Landesbehörden auf Grund der vorhandenen Gesetze sofort mit strengen Verboten einschritten. Da ein neues organisches Bundesgesetz nur durch einhelligen Beschluß zu Stande kommen konnte, so mußte Metternich dem Preußen schließlich nachgeben**), und man einigte sich über sechs dem Bundestage vorzulegende Artikel, welche im Wesentlichen nichts Neues enthielten, sondern nur den bestehenden Gesetzen eine scharfe Auslegung gaben.

Die Sechs Artikel beriefen sich auf das „monarchische Princip“ der Art. 57 und 58 der Schlußakte und bestimmten demgemäß: Da die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben muß, so sind die deutschen Souveräne verpflichtet, Anträge der Stände, welche dieser Vorschrift widersprechen, zu verwerfen. Ferner dürfen die Landstände den Fürsten weder die zur Führung einer verfassungsmäßigen Regierung erforderlichen Mittel verweigern noch die Bewilligung dieser Summen zur „Durchsetzung anderweiter Wünsche“ mißbrauchen — eine deutliche Antwort auf das Verhalten des badischen Landtags bei der Berathung des Preßgesetzes. Drittens soll die Gesetzgebung der Bundesstaaten der Erfüllung ihrer Bundespflichten keinen Eintrag thun. Um die Landtage zu überwachen und alle Ausschreitungen zur Sprache zu bringen, wird viertens am Bundestage eine besondere Commission eingesetzt. Zum fünften verpflichten sich die Regierungen, jeden Angriff der Landtage auf den Bund zu verhüten. Endlich wird nochmals daran erinnert, daß die Auslegung der Grundgesetze des Bundes allein der Bundesversammlung zustehe.

Dergestalt hatte Bernstorff dicht vor dem Ende seiner politischen Laufbahn noch einmal den reaktionären Anschlägen des Wiener Hofes den Kern ausgebrochen. Dafür mußte er aber auch auf seine eigenen bescheidenen Reformpläne verzichten. Sein Preßgesetz-Entwurf stieß im preußischen Ministerium selbst auf unbesieglichen Widerstand. Altenstein, der sich die leidige Bundespolitik gern vom Leibe hielt, meinte ärgerlich: mit dem alten Preßgesetze lasse sich sehr wohl auskommen;***) zu streng sei die preußische Censur sicherlich nicht, der russische Gesandte beschwere

*) Nesselrode, Weisung an Tatistschew, 7. Oct. 1831.

**) Tettenborn's Bericht, Wien 3. Jan. 1832.

***) Frankenberg's Bericht, 9. Oct. 1832.

sich ja unablässig über die polenfreundliche Haltung der Berliner Blätter. Wie das Preßgesetz in Berlin zu Falle kam, so in Wien der Vorschlag die Bundesprotokolle wieder zu veröffentlichen. In einer langen, ängstlichen Denkschrift setzte Metternich auseinander, welche Gefahren dem Bundestage bereitet werden könnten, nicht blos von Journalen und Flugschriften, sondern auch von den falschen Theorien der Lehrbücher. Bernstorff erwiderte durch Eichhorn's Feder: niemals könne der Bundestag Ansehen gewinnen „so lange seine Wirksamkeit etwas Unbekanntes und eben dadurch den mannichfaltigsten Mißdeutungen ausgesetzt bleibe"; der den Deutschen „unentbehrliche Nationalsinn" müsse erschlaffen, wenn sie nicht einmal ein treues Bild von ihrem gemeinsamen politischen Leben gewännen; die Wissenschaft des Bundesrechts werde sich in leere Abstraktionen verlieren, wenn man ihr allen positiven Stoff entziehe.*) Lauter vortreffliche Gründe, aber wenig geeignet den Wiener Hof zu überzeugen, der ja den „unentbehrlichen Nationalsinn" der Deutschen als seinen gefährlichsten Feind betrachtete. Metternich verblieb bei seinem Widerspruche, und Bernstorff mußte schließlich (18. April 1832) den Bundesgesandten anweisen, die aussichtslose Sache in Frankfurt vorläufig ruhen zu lassen.

Im Verlaufe dieser langwierigen Unterhandlungen wurden auch die Gesandten Baierns und Württembergs hinzugezogen. König Wilhelm nahm die Sechs Artikel unbedenklich an; er war längst der Meinung, daß man der einreißenden Anarchie Halt gebieten müsse.**) Etwas langsamer entschloß sich der bairische Hof. Das in München beliebte „Isolirungs- und Puissancirungssystem", wie Blittersdorff es nannte, vertrug sich schwer mit strengen Bundesbeschlüssen; doch da Oesterreich bestimmt versicherte, daß man keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Königreichs beabsichtige, so gab auch Baiern seine Einwilligung.***) Nunmehr theilte Metternich durch ein ausführliches Rundschreiben die Sechs Artikel auch den übrigen Höfen mit (12. April), und nirgends erhob sich ein Widerspruch. Die sächsische Regierung hegte anfangs Bedenken wegen ihres Staatsgrundgesetzes, ließ sich aber bald beschwichtigen †); der Karlsruher Hof war schon seit Monaten entschlossen, allen Vorschlägen der Großmächte zuzustimmen, falls sie nur nicht gradeswegs in die badische Verfassung eingriffen. Unterdessen kam die erschreckende Kunde von dem Hambacher Feste. Metternich frohlockte über „diesen unerhörten Skandal"; er sah voraus, jetzt würde die Angst auch die Zaudernden fortreißen, und er täuschte sich nicht. Nachdem Münch in einem langen Vortrage die Schreck-

*) Beide Denkschriften bei Kombst, der deutsche Bundestag gegen Ende des Jahres 1832 S. 107 f.

**) Berichte von Blittersdorff, 9. Jan., von Nagler, 22. Febr. 1832.

***) Berichte von Blittersdorff, 19. Jan., von Fahnenberg, München 18. Febr. 1832.

†) Berichte aus Dresden: von Buch 19. Mai, Jordan 1. Juni 1832.

nisse der „mit starken Schritten ihrer Reife entgegengehenden“ deutschen Revolution geschildert hatte, nahm der Bundestag sofort, am 28. Juni 1832 die Sechs Artikel einstimmig an, nur mit dem einen durch Baiern beantragten Zusatze, daß die Bundescommission zur Ueberwachung der Landtage vorläufig blos für sechs Jahre eingesetzt werden sollte.

Am 5. Juli folgte sodann eine mächtige Sturzwelle außerordentlicher Sicherheitsmaßregeln, die großentheils auch schon in Wien verabredet waren. Alle politischen Vereine wurden verboten, desgleichen alle Volksversammlungen und Volksfeste ohne besondere Erlaubniß, ebenso die Freiheitsbäume und die deutschen Kokarden. Zugleich wurden die Gesetze über die Universitäten wieder in Erinnerung gebracht, die Regierungen zu strenger Handhabung der Polizei ermahnt, der badische Hof endlich aufgefordert, binnen vierzehn Tagen sein bundeswidriges Preßgesetz außer Kraft zu setzen. In den nächsten Wochen verbot der Bundestag, auf Grund des Karlsbader Preßgesetzes, den Wächter am Rhein, den Freisinnigen, Rotteck's Annalen, Mebold's Deutsche Allgemeine Zeitung, nachher die Biene des sächsischen Bienenvaters und so weiter, bis schließlich nahezu alle entschiedenen Oppositionsblätter vernichtet waren. Den namhaftesten Publicisten der süddeutschen Liberalen, Wirth, Siebenpfeiffer, Rotteck, Stromeyer, Mebold und Anderen ward untersagt, binnen der nächsten fünf Jahre eine Zeitschrift herauszugeben.

Die Karlsbader Schreckenstage schienen wiederzukehren, und stärker noch als damals war die Erbitterung in den gebildeten Klassen. Nun hatte auch Deutschland seine Juni-Ordonnanzen! — so hieß es überall. Die liberale Presse des Südens benutzte die kurze ihr noch vergönnte Galgenfrist, um die volle Schale ihrer Entrüstung über den Bundestag und die beiden Großmächte auszuschütten. Die deutschen Kleinstaaten — so rief der Freisinnige — sind Knechte der Knechte; „verwischt für immer ist jede achtungsvolle Erinnerung an Oesterreichs Erhebung im Jahre 1809 und an jene Preußens im Jahre 1813.“ Auch jene gemäßigten norddeutschen Liberalen, welche das lärmende Treiben der Pfälzer entschieden mißbilligten, erschraken über die Härte der hereinbrechenden Reaktion; Dahlmann meinte traurig: „es schwebt einmal ein Unglücksstern über Allem was deutsch ist.“

Unleugbar war die Ruhe Deutschlands diesmal weit ernstlicher bedroht als in den Zeiten der burschenschaftlichen Bewegung; der Bund hatte bessere Gründe zum Einschreiten und ging auch nicht, wie damals, über die Schranken des formalen Rechtes hinaus. Die Sechs Artikel waren kein Ausnahmegesetz, wie die Liberalen behaupteten, sie enthielten im Wesentlichen nur die authentische Interpretation bestehender Bundesgesetze. Wurden sie gerecht und verständig angewendet, so widersprachen sie auch nicht den Landesverfassungen, denn kein deutsches Staatsgrundgesetz — mit der einzigen Ausnahme des neuen kurhessischen — gewährte

den Landständen das Recht der unbeschränkten Steuerverweigerung. Die Zeitungsverbote standen in Einklang mit dem Bundespreßgesetze, und wenn der Bund „zur Erhaltung der inneren Sicherheit" auch die Vereine und Versammlungen überwachte, so durfte er sich auf die freie Zustimmung der sämmtlichen deutschen Souveräne berufen.

Doch unmöglich konnte die tief enttäuschte liberale Partei sich bei der formalen Gesetzlichkeit der Bundesbeschlüsse beruhigen. Die Sechs Artikel erschienen vier Wochen nach dem Hambacher Feste; sie wurden daher, obgleich sie schon seit Monaten vorbereitet waren, allgemein als die Antwort des Bundestags auf die Hambacher Drohreden, als ein Werk schimpflicher Angst betrachtet, und alle Welt erzählte sich, daß Metternich geäußert haben sollte: „das Hambacher Fest, wenn es gut benutzt wird, kann das Fest der Guten werden, die Schlechten haben sich mindestens zu sehr übereilt." Wie zuversichtlich hatte man gehofft, der neue Tag, den der schmetternde Weckruf des gallischen Hahnes angekündigt, werde auch den Deutschen die Preßfreiheit und die Parlamentsherrschaft bringen, und nun legte der Bundestag die vorhandenen bescheidenen Rechte der Landtage im strengsten monarchischen Sinne aus. Immer nur der Stein statt des Brotes: statt der Preßfreiheit eine gehässige Verfolgung, die neben den revolutionären Schriften doch auch gebildete und wohlmeinende Blätter, wie Rotteck's Annalen, mit ihren Peitschenschlägen traf. Wie schwärmerisch hatte man sich nach der Herrlichkeit eines großen Vaterlandes gesehnt, und nun ward der Nation sogar ihre in ehrlicher Begeisterung entfaltete neue Tricolore verboten. Im Wächter am Rhein klagte Stromeyer: „So verschwinde denn für einen Augenblick vor dem Antlitz deiner Feinde, o du heilige Dreifarbe, du himmlisches Bild der Reinheit und des muthigen Ernstes! Ziehe dich zurück auf unsere nackte Brust. Dort hüpft dir grüßend jeder Schlag unseres Herzens entgegen und empfängt von dir die elektrische Einströmung des heiligen Feuers." So schwülstig auch die Worte klangen, die Klage selbst war vollberechtigt: welch ein verschrobener, unwahrer Zustand, wenn die höchste deutsche Behörde, in der sich die Einheit der Nation verkörpern sollte, das Symbol der Einheit wie ein verbrecherisches Abzeichen verfolgte!

Auch der Inhalt der Sechs Artikel selbst bot dem Liberalismus guten Grund zum Mißtrauen; denn auch sie litten, wie alle Bundesbeschlüsse, an jener gefährlichen Vieldeutigkeit, welche die gesetzgeberischen Arbeiten juristischer Dilettanten gemeinhin auszeichnet. Diese Eigenthümlichkeit der Bundesgesetzgebung war in Frankfurt selbst so bekannt, daß Blittersdorff einmal mit seiner gewohnten cynischen Dreistigkeit bei seinem Minister anfragte: Es giebt eine zweifache Auslegung der Bundesgesetze, eine constitutionell-liberale und eine monarchische; welche von beiden soll ich jetzt anwenden?*)

*) Blittersdorff's Bericht, 7. Jan. 1832.

Was ließ sich nicht Alles herauslesen aus dem zweiten Artikel, der den Landständen untersagte, die zur Führung einer verfassungsmäßigen Regierung erforderlichen Mittel zu verweigern! Wie leicht konnte diese Vorschrift zur gänzlichen Vernichtung des ständischen Steuerbewilligungsrechts mißbraucht werden, und wie nahe lag dieser Verdacht gerade jetzt, da die Höfe so unerbittlich streng gegen die Zeitungen und Vereine auftraten. Begreiflich also, daß die liberale Partei die Sechs Artikel, stark übertreibend, im gehässigsten Sinne auslegte und wehklagend versicherte: „der Schein-Constitutionalismus" — so lautete die neue Zeitungsphrase — solle in die deutschen Verfassungen eingeführt werden.

Und welch ein grelles Schlaglicht fiel jetzt wieder auf die grundfalsche Richtung, welche die Bundespolitik von Anbeginn eingeschlagen hatte! Für die Einheit, deren die Nation wie des lieben Brotes bedurfte, für die Einheit des Heerwesens und der Handelspolitik that der Bund gar nichts; für sie mußte Preußen mit Umgehung des Bundestags sorgen. Auch in allen anderen gemeinnützigen Geschäften zeigte der Bundestag eine schimpfliche Trägheit. Soeben erzählte man sich wieder hohnlachend ein neues Stücklein aus der Geschichte dieses Bundesjammers: jahrelang hatte sich eine Commission des Bundestags über die Staatsangehörigkeit eines Jägers Lemnitzer in Thüringen gestritten; da berichtete endlich der Gesandte Leonhardi, daß nicht Preußen oder Reuß, sondern Meiningen den Mann aufzunehmen schuldig sei, und fügte die schmerzliche Mittheilung hinzu, der Arme, der über dem Gezänk achtzig Jahre alt geworden war, sei leider soeben gestorben.*) Wenn es aber galt, die ständischen Verfassungen, die sich doch nach der Eigenart der Landschaften richten mußten, alle über einen Kamm zu scheeren oder durch den Zwang der Polizei das politische Leben der Nation darniederzuhalten, dann entfaltete diese träge Versammlung eine fieberische Thätigkeit, dann erließ sie Verbote und Befehle an souveräne Fürsten, dann übte sie ungescheut alle die Machtbefugnisse einer Staatsgewalt, welche weit über die bescheidenen Rechte eines Staatenbundes hinausgingen. Vielherrschaft da wo Einheit noth that, Centralisation da wo der Particularismus sein gutes Recht hatte — das war der Charakter der deutschen Bundespolitik. Da der Bundestag seine Aufgabe so ganz verkannte, so wurden ihm auch nothwendige und gerechtfertigte Sicherheitsmaßregeln zur Schuld angerechnet; er erschien der Nation nur noch als eine kleinlich gehässige Polizeibehörde.

Die Unzufriedenheit war allgemein. Selbst die Preußen, die sonst nach dem Bundestage wenig fragten, zeigten sich unwillig; sie fanden es kränkend, daß alle diese neuen Verbote auch für sie, die Königstreuen gelten sollten. Am Hofe wehte die Luft seit einigen Monaten schärfer. Der König sprach sich über den Lärm der pfälzischen Demagogen sehr

*) Nagler's Bericht, 17. Juli 1831.

unwillig aus; beim Ordensfeste, im Januar, hörte er wohlgefällig zu, als Bischof Eylert in bedientenhafter Rede die Liebe zum Landesvater für die wahre preußische Verfassung erklärte und dies tapfere Volk mit glücklichen Kindern verglich. Von den verheißenen Reichsständen durfte ihm Niemand mehr sprechen; selbst über Dahlmann's so würdig und achtungsvoll gehaltene „Rede eines Fürchtenden" mußte der Gesandte in Hannover sich beschweren. Noch ängstlicher dachte Ancillon. Ihm gereichte zur hohen Freude, daß er seine Laufbahn als Minister sogleich mit einem Hauptschlage wider die Demagogen eröffnen konnte. Immer wieder versicherte er dem Wiener Hofe, Oesterreich und Preußen müßten Deutschland retten, trotz der neuen „improvisirten Verfassungen, dieser schlechten Nachahmungen eines fehlerhaften Vorbildes"; sie müßten „Deutschlands Souveräne electrisiren", nachdem „die Revolution jetzt ihre Maske gelüftet, ihr Banner entfaltet" habe. Aufrichtig war seine Befriedigung, als „das wahre Deutschland, das im Bundestage verkörperte Deutschland" endlich gesprochen und also dem ganzen Welttheile „einen Rettungsanker" dargeboten hatte.*) Sobald er aber den tiefen Unwillen bemerkte, der sich vornehmlich in den Kreisen des hohen Beamtenthums lebhaft äußerte, ward er selbst unsicher und rieth dem Könige, seinen treuen Unterthanen ausdrücklich zu erklären, daß er sie nicht durch unverdientes Mißtrauen verletzen wolle. So geschah was bisher unerhört gewesen: Preußen selbst erlaubte sich einen bairischen Vorbehalt. Als Friedrich Wilhelm im September die Bundesbeschlüsse veröffentlichen ließ, betheuerte er zugleich mit warmen Worten: damit erfülle er nur seine Pflicht als Bundesfürst, in Preußen sei die Ruhe nie gestört worden, in dem Vertrauen und der erprobten Zuneigung seines Volkes besitze er die zuverlässigste Bürgschaft für die Erhaltung des inneren Friedens.

Noch größer war die Verlegenheit der constitutionellen Fürsten. Im Gefühle ihrer Ohnmacht schaukelten sie sämmtlich schon seit Jahren zwischen dem Bundestage und den Landtagen hin und her; daß der Bund ihnen einen Rückhalt bot gegen die Ansprüche der Landstände, war ihnen allen hochwillkommen. Aber an einen Verfassungsbruch dachten sie nicht; nur der Herzog von Nassau und der kurhessische Prinzregent mochten sich insgeheim mit Staatsstreichsplänen tragen. Als ihnen nun allüberall die Klage entgegenscholl, durch die Sechs Artikel würden die Landesverfassungen in ihren Grundfesten bedroht, da fühlten sie sich im Gewissen bedrängt, denn eine solche Absicht hatten sie bei der Annahme der Bundesbeschlüsse wirklich nicht gehegt, und suchten ihre aufgeregten Völkchen zu beschwichtigen. Selbst du Thil, der Hochconservative, bat seinen Großherzog, bei der Bekanntmachung der Bundesgesetze zugleich zu versichern, daß die

*) Ancillon, Weisungen an Maltzahn 4 14. Juni, 9. Juli, an Brockhausen 23. Juli, 13. Aug. 1832.

Landesverfassung dadurch nicht abgeändert würde. Im gleichen Sinne sprach sich der Herzog von Meiningen aus. Auch der Prinz-Mitregent von Sachsen verwahrte ausdrücklich die Gerechtsame seiner Landstände, als er die Bundesbeschlüsse veröffentlichte. Seine Minister zeigten sich sehr ängstlich; denn die Nachrichten aus Frankfurt hatten im Lande große Unzufriedenheit erregt, die Sachsenzeitung empfahl schon den Bund mit Frankreich gegen die deutschen Großmächte, im Vogtlande verbreitete ein neugebildeter Preßverein radicale Schriften, und in den geweihten Hallen der Dresdener Adlichen Ressource wagte Otto v. Watzdorf sogar einen Protest gegen die Sechs Artikel zur Unterzeichnung auszulegen.*)

König Ludwig von Baiern schwankte lange bevor er mit sich ins Reine kam. Schmerzlich überrascht durch das aufrührerische Treiben seiner Pfälzer hatte er sich endlich, auf Metternich's und Ancillon's dringenden Rath, zur Strenge entschlossen und den Feldmarschall Wrede mit einer ansehnlichen Truppenmacht nach der unruhigen Provinz gesendet. Alsbald zeigte sich, wie wenig revolutionäre Kraft hinter den prahlerischen Reden der Demagogen stand. Der alte Kriegsmann trat fest und versöhnlich auf; er versprach Berücksichtigung aller begründeten Klagen, ließ die Vereine schließen, die Freiheitsbäume beseitigen, zahlreiche Verhaftungen vornehmen und stellte ohne ernstlichen Widerstand die Ordnung wieder her. Unterdessen feierten auch die Franken zu Gaibach ein lärmendes Waldfest, begeisterte junge Leute hoben in der Lust des Weines den liberalen Bürgermeister Behr auf ihre Schultern und begrüßten ihn als „unseren Frankenkönig“. Auch dort wurde mit Untersuchungen und Verhaftungen scharf eingeschritten. Der König verbarg sein Mißtrauen nicht, er argwöhnte sogar einen Anschlag wider sein Leben, und als ihm die Würzburger in einer schwülstigen Adresse „Gut und Blut des ganzen Volkes der Baiern“ zum Kampfe gegen den Bundestag anboten, da wies er die Eingabe mit ungnädigen Worten zurück.

Ebenso scharf ließ er eine Vorstellung „constitutionell getreuer Staatsbürger“ aus der Rheinpfalz abfertigen, ein freches Machwerk, aus dem noch einmal der ganze Bodensatz der radicalen Phrase emporwirbelte. Die Pfälzer sagten: „Bürgerkrieg, so lautet die Losung des Bundestags. Wie konnte der Rheinbaiern gesetzestreue und freiheitliebende Brust unerschüttert bleiben bei der schrecklichen, ungeheueren, fast unglaublichen Nachricht: der Bundestag hat die deutschen Constitutionen vernichtet! Was soll uns Oesterreich? Dieser alte, morsche, von Würmern zerfressene hohle Stamm? Welche Vortheile kann das absolute Preußen dem constitutionellen Baiern bieten? Dieses falsche Rohr, das dem durch die Hand sticht, der sich darauf stützen will? Wie wird Rußland Baierns Rechte schirmen? Dieser glühende Moloch des Despotismus, dem in heid-

*) Jordan's Berichte, 29. Juli, 4. August 1832.

nischem Wahne der Vater das eigene Kind opfern muß? König, laut beschwört dich dein Volk: schließe nicht den unglücklichen Bund mit jenen absoluten Mächten! Weise die Versucher zurück! Verscherze nicht die Liebe deiner Baiern."*) Eine solche Sprache mußte den König erbittern. Vor den Bundesgesandten, die ihn in Franken besuchten, äußerte er lebhaft seinen Abscheu gegen den Liberalismus; zu Blittersdorff sagte er heftig: „von meinen früheren Ministern war ich verrathen und verkauft."**) Aber zur Bekanntmachung der Beschlüsse, bei denen er doch selbst mitgewirkt hatte, konnte er sich noch immer nicht entschließen; seine souveräne Krone sollte sich nicht förmlich unter die Oberhoheit des Bundestages beugen. Vergeblich mahnte ihn Czar Nikolaus in einem eigenhändigen Briefe an die Pflichten der Bundestreue.***) Erst im October überwand er sich und ließ die Beschlüsse veröffentlichen, doch mit der Erklärung, daß dadurch die bairische Verfassung nicht abgeändert, sondern vielmehr „deren treue Beobachtung erkräftigt werde".

Nirgends äußerte sich der öffentliche Unwille so stürmisch wie in Württemberg. Da die Schwaben bisher noch gar nicht zu Worte gekommen waren und noch immer vergeblich auf die Einberufung ihres Landtags warteten, so warfen sie allen Groll, den sie in diesen zwei Jahren angesammelt hatten, auf die neuen Bundesbeschlüsse. Nur der landständische Ausschuß blieb nüchtern; er konnte nach reiflicher Prüfung nicht finden, daß die Sechs Artikel den Bestand der Verfassung unmittelbar bedrohen sollten. Sonst war im Lande fast nur eine Stimme. Die Stuttgarter Bürger verlangten in einer Petition die Ablehnung der Bundesbeschlüsse, und des Königs Freund Maucler übertrieb nur wenig, als er nach Frankfurt schrieb: „nicht blos die ewigen Gegner der Regierungen, die Anhänger der Einheit und Freiheit Deutschlands", sondern auch die Treuen seien tief erbittert.†) Eine anonyme Schrift „Deutschlands Juli-Ordonnanzen", die von „dem schändlichsten, dem fluchwürdigsten Verrath am Wohle der Menschheit", von dem monarchischen Princip Caligula's und Nero's sprach, fand viele gläubige Leser. Selbst Paul Pfizer ließ sich von der Entrüstung seiner Landsleute fortreißen. Er arbeitete gerade an einer Schrift über den deutschen Liberalismus, um seine süddeutschen Freunde vor den Täuschungen der liberalen Selbstüberhebung, vor den Gefahren eines französischen Bündnisses zu warnen und ihnen vorzuhalten, daß sie für jetzt höchstens auf einen süddeutschen Sonderbund hoffen dürften, der aber

*) Adresse der Würzburger Bürger an den König, o. D. „Vorstellung vaterlandsliebender Bürger Rheinbaierns, oder vielmehr Erklärung über und Verwahrung gegen die Bundestagsbeschlüsse vom 28. Juni 1832." Mit zahlreichen Unterschriften von Landräthen, Abgeordneten, Bürgermeistern, Lehrern u. s. w.

**) Blittersdorff's Berichte, 17. 24. Sept. 1832.

***) Küster's Berichte, 3. 22. Aug. 1832.

†) Blittersdorff's Bericht, 19. Aug. 1832.

in Zukunft unter Preußens Schutz treten müsse. So bewährte er wieder, unbekümmert um Welcker's sittliche Entrüstung, seine stolze Selbständigkeit gegenüber den Vorurtheilen der Parteien und gestand selbst, mancher Schwabe werde den Gedanken des preußischen Protectorats „ganz unglaublich" finden wollen. Da erhielt er während des Drucks die Nachricht von den Frankfurter „Ordonnanzen", und aufwallend in leidenschaftlichem Zorne, fügte er ein geharnischtes Nachwort hinzu, das mit der Drohung schloß: nunmehr werde die Nation durch die Fürsorge ihrer Regierungen „dasjenige erhalten, woran es ihr bisher gefehlt: ein gemeinschaftliches Interesse und einen gemeinschaftlichen Feind".

Eingeschüchtert durch das allgemeine Mißtrauen versicherten die Minister und Geheimen Räthe, als sie die Bundesbeschlüsse veröffentlichten, feierlich, daß diese Vorschriften die Verfassung und namentlich das Steuerbewilligungsrecht der württembergischen Landstände in keiner Weise gefährden sollten (28. Juli). „Zu um so vollständigerer Beruhigung seiner getreuen Unterthanen" gab der König, der zu Livorno weilte, in einem alsbald veröffentlichten Briefe diesem Vorbehalte seine förmliche Genehmigung. Aber das Land ließ sich nicht beschwichtigen. Neue Adressen liefen ein, aus der Hauptstadt, aus Ulm, aus Tübingen. Der Stuttgarter Bürger-Ausschuß veranstaltete einen feierlichen Aufzug um die Eingabe dem königlichen Cabinet selbst zu überbringen. Mit dem Rufe: „Nur über meine Leiche!" und unter dem lauten Murren der Bürgerschaft trieb der Stadtdirektor Klett die Versammelten auseinander. Da brach König Wilhelm seine italienische Reise ab und kehrte eilends heim. Er verwies seinen Stuttgartern streng ihr aufrührerisches Gebahren, ließ ihnen die „hauptsächlich durch die Umtriebe einer übelwollenden Partei zu Stande gekommene" Adresse zurückgeben, betheuerte wiederholt seine unverbrüchliche Verfassungstreue und versicherte zugleich vertraulich den Gesandten der großen Mächte, wie sehr er sich über die Bundesbeschlüsse freue.*)

Den beiden Großmächten kamen diese Winkelzüge der constitutionellen Höfe sehr ungelegen, indeß sahen sie darin mit Recht nur ein Zeichen der Schwäche, nicht der Widersetzlichkeit. Zu Frankfurt wurde die Frage in vertraulichen Besprechungen lebhaft, aber ohne Bitterkeit erörtert. Dann beschloß der Bundestag sein Ansehen zu wahren und erklärte am 8. Novbr.: die der Bekanntmachung beigefügten „erläuternden Beisätze" könnten, „wie sich von selbst verstehe", der Verbindlichkeit der Bundesbeschlüsse keinen Eintrag thun, „sowie solches ohnehin auch nicht in der Absicht der einzelnen Regierungen gelegen" habe. Diesem Beschlusse, der ihnen doch selber einen sanften Backenstreich gab, stimmten die Gesandten der fünf Höfe, welche mit Vorbehalt veröffentlicht hatten, sämmtlich zu. So drehten sich die Staatsgewalten im Kreise, und die argwöhnische Opposition mußte zu

*) Salviati's Berichte, 11. 16. 26. Aug., 6. Nov. 1832.

der Meinung gelangen, daß die Höfe mit deutscher Redlichkeit ein frevelhaftes Spiel trieben.

Alle anderen constitutionellen Fürsten außer jenen fünf veröffentlichten die Bundesbeschlüsse ohne Vorbehalt. Der hessische Mitregent benutzte zugleich den willkommenen Vorwand um sich seiner Stände für einige Zeit zu entledigen. Die Aufregung der letzten Jahre zitterte in dem unglücklichen Lande noch zuweilen nach. Bei den üblichen Polenfesten erklangen stürmische Pereats auf die drei Ostmächte; in Hanau meuterten einmal sogar die Soldaten, unter Hochrufen auf Frankreich und Polen; die deutschen Farben sah man überall, auf Fahnen und Kokarden, auch auf den Schnupftüchern der Handwerksburschen. Immerhin ließ sich schon deutlich erkennen, daß die Hessen der ewigen Unruhen müde wurden; auch die Freude an dem zeitraubenden Soldatenspiele der Bürgergarden erkaltete sichtlich. Der Kurprinz aber und sein Hassenpflug verbargen kaum, daß sie einen Streit mit den Landständen und dann den Einmarsch preußischer Truppen wünschten. Je näher Hänlein den Charakter dieses Fürsten kennen lernte, um so klarer ward ihm, „daß dem Kurprinzen weder zu rathen noch zu helfen ist, und daß er bei seiner Eintagspolitik seinem unvermeidlichen Schicksal nicht entgehen wird."*) Es war allein die Schuld des Regenten, daß der Landtag in einer Tagung von sechzehn Monaten nur ein einziges wohlthätiges Gesetz zu Stande brachte: das Gesetz über die Ablösung der Reallasten und die Bildung einer Landeskreditkasse. So that Kurhessen endlich den ersten Schritt auf der Bahn der befreienden Agrargesetzgebung, die in den Nachbarstaaten längst betreten war. Fast Alles aber was die Stände sonst noch beantragten blieb im Cabinet unerledigt liegen, und allerdings erschwerte Jordan mit seinen Freunden jede Verständigung durch Uebermuth und unmögliche Zumuthungen. Der begeisterte Doktrinär gebärdete sich, als ob Kurhessen auf einer Insel im Weltmeere läge: niemals, rief er stolz, wird unser Landtag die Ruthe des Bundestags küssen! Vergeblich gewarnt von den Gesandten der beiden Großmächte, betrieb er mit Feuereifer die Berathung eines Preßgesetzes — eben jetzt da der Bundestag so handfest gegen die Zeitungen vorging und die Vernichtung des badischen Preßgesetzes, wie Jedermann wußte, nahe bevorstand. Als die Stände dann über die hessische Preßfreiheit schlüssig geworden, versicherte Burkard Pfeiffer drohend: die Regierung müsse diesen Entwurf alsbald genehmigen, „wenn anders nicht das feierlich gegebene Fürstenwort nur als leere Form, der wiederholte Schwur der Minister nur als Gaukelspiel mit zerbrechlichen Eiden erscheinen soll."

So erbittert standen die Parteien einander gegenüber, als die neuen Bundesbeschlüsse ruchbar und gleich darauf vom Kurprinzen amtlich verkündigt wurden. Die Stände tobten. Während Pfeiffer in schwungvoller

*) Hänlein's Berichte, 25. Febr., 13. März 1832.

Rede die Freiheitsfarben der alten Burschenschaft verherrlichte, erklärte Jordan die Bundesbeschlüsse für ungiltig und forderte, daß die Minister angeklagt werden sollten. Das war es was der Kurprinz wünschte. Am 26. Juli wurde der Landtag aufgelöst, und Heinrich v. Arnim, der auf der Durchreise dieser Schlußsitzung beiwohnte, berichtete schaudernd, welche entsetzliche Drohungen die schnurrbärtigen, mit schwarzrothgoldenen Bändern geschmückten Männer droben auf der Gallerie ausgestoßen hätten.*) Das Land blieb indessen ruhig. Jordan aber, der Vater der Verfassung fiel nunmehr selber in das Fangeisen, das er früherhin vorsorglich der monarchischen Gewalt gestellt hatte. Um der Regierung die Auflösung der Landstände zu erschweren, hatte er einst die Vorschrift durchgesetzt, daß der Landtag am Schlusse jeder Tagung den ständischen Ausschuß mit Weisungen versehen müsse.**) Jetzt ward der Landtag plötzlich aufgelöst bevor er diese Weisungen ertheilen konnte, und als der Ausschuß alsbald versuchte nachträglich gegen die Bundesbeschlüsse zu protestiren, da erwiderte ihm Hassenpflug höhnisch, aber mit unbestreitbarem Rechte: der Ausschuß hat keine ständische Instruktion erhalten, ist also nach der Verfassung nicht befugt irgend einen rechtsgiltigen Beschluß zu fassen. So hatte der gewandte Taschenspieler den Landtag und seinen Ausschuß zugleich entwaffnet. Jedermann fühlte, unter dieser Regierung werde das hessische Land niemals zum Frieden gelangen.

Auch die badische Regierung veröffentlichte die Sechs Artikel ohne Vorbehalt, weil sie fürchtete sich durch nutzlose Zusätze bloßzustellen***) und weil sie ihrer ganzen Widerstandskraft bedurfte um vielleicht noch ihr Preßgesetz zu retten. Längst wünschte der Großherzog sehnlich seinen Frieden mit den großen Mächten zu schließen. Um die Hofburg über seine tadellose Gesinnung aufzuklären sendete er im Frühjahr den Freiherrn v. Falkenstein nach Wien, erhielt aber zur Antwort nur einen freundlich mahnenden Brief von Kaiser Franz.†) Seine Minister genügten ihm nicht. Winter zeigte sich zwar sehr aufgebracht über Rotteck und dessen Getreue: „Da ist mir Herr Wirth noch ein ehrenwertherer Gegner — schrieb er einmal. Der Bursche ist ein Radicaler, ein verrücktes Gehirn, aber doch ein teutscher Radicaler und sagt offen was er will. Die Freiburger sind Heuchler.“ ††) Gleichwohl konnte sich Leopold nicht verbergen, daß dieser bürgerfreundliche Minister niemals das Vertrauen der beiden Großmächte gewinnen werde, und berief daher im Mai den Freiherrn v. Reizenstein aus der Stille seiner Heidelberger gelehrten Muße wieder an die Spitze des Ministeriums — jenen verdienten Staats-

*) Arnim's Bericht, 26. Juli 1832.

**) S. . IV. 134.

***) Türckheim an Blittersdorff, 10. Aug. 1832.

†) Türckheim an Blittersdorff, 28 Mai; Otterstedt's Bericht, 9. Juni 1832.

††) Winter an Otterstedt, 18. Juni 1832.

mann, der einst bei der Begründung des Großherzogthums und seiner Verfassung so erfolgreich mitgewirkt hatte. Der kräftige alte Herr, dessen Verfassungstreue außer Zweifel stand, war über Rotteck's Reden empört; er fand, daß der vielgerühmte „unvergeßliche und unübertreffliche Landtag" seine Rechte frevelhaft mißbraucht habe, und versicherte dem preußischen Gesandten, zu Ancillon's lebhafter Genugthuung: „ich werde nicht ruhen bis der Zügellosigkeit Grenzen gesetzt sind."*)

Nur zu der vollständigen Aufhebung des Preßgesetzes mochte der Großherzog sich nicht entschließen. Eine so herrische Zumuthung war bisher noch keinem Bundesfürsten gestellt worden; zudem fürchtete Leopold, wenn er gehorche, sich das Vertrauen seines Volkes zu verscherzen. Er schwankte lange. Die badischen Liberalen erzählten einander zuversichtlich, daß er in seiner Noth den französischen Nachbarn heimlich um Hilfe gebeten habe, und — so gründlich war hier das nationale Selbstgefühl zerstört — sie rechneten ihm dies Hilfegesuch zur Ehre an. In Wahrheit hat der patriotische Fürst an solchen Landesverrath nie gedacht. Am Bundestage aber ließ er seine Ansicht mehrere Monate hindurch hartnäckig vertheidigen. Blittersdorff, der im Grunde des Herzens das liberale Gesetz selber verwünschte, mußte alle seine sophistischen Künste aufbieten, um immer wieder zu beweisen: Baden erkenne das Bundespreßgesetz, das die Censur vorschrieb, als rechtsverbindlich an und sei gleichwohl befugt, durch sein eigenes Preßgesetz die Censur aufzuheben.**) Kein einziger der Bundesgesandten stimmte dem Badener bei. Das formale Recht war zu klar, und als der Bundestag auf seiner Forderung beharrte, mußte die Karlsruher Regierung endlich am 28. Juli die Censur wieder einführen. Schlag auf Schlag folgten nun die Unterdrückung der vom Bundestage bereits verbotenen liberalen Blätter und zahlreiche Untersuchungen gegen die Redner der Volksversammlungen. Noch nicht zufrieden mit Alledem, verlangte der Bundestag im September auch die Bestrafung der akademischen Lehrer, welche den unterdrückten „Freisinnigen" herausgegeben hatten.

In Freiburg wurden die Sechs Artikel mit unbeschreiblicher Entrüstung aufgenommen. Rotteck legte ihnen einen verbrecherischen Sinn unter, den sie durchaus nicht hatten; er veranstaltete sofort eine Adresse dawider und sagte mit bitterem Hohne: diese Bundesbeschlüsse vom 28. Juni würden für alle wohlgesinnten Bürger ein unendlich wirksameres Vereinigungszeichen bilden als die geächteten drei Farben. In dem Fanatismus seines Vernunftrechts war er bereits so weit gelangt, daß er in Europa nur noch die zwei Völker der Freien und der Knechte bemerken wollte; „fast alle die alten, meist nur noch bei der gedankenlosen Masse

---

*) Otterstedt's Berichte, 26. Mai, 21. Juni; Ancillon, Weisung an Otterstedt, 10. Juni 1832.

**) Nagler's Berichte, 23. Mai 1832 ff.

wirksamen National-Sympathien und Antipathien, Verwandtschaften und Scheidewände" verschwanden ihm daneben. Mittlerweile gerieth er in Händel mit dem Gemeinderathe, weil dieser eine Bürgerwache zur Verhinderung von Volksversammlungen errichtet hatte, und als nun auch die Studenten wieder allerhand Straßenunfug verübten, da meinte die Regierung, dies Nest des Aufruhrs an der Dreisam ausheben zu müssen. In ihrer Angst ging sie noch weit über die Forderungen des Bundestags hinaus. Die Universität Freiburg wurde geschlossen und dann mit veränderter Verfassung neu eröffnet. Rotteck und Welcker erhielten den Abschied mit Ruhegehalt, Duttlinger entging dem gleichen Schicksal nur weil man ihn auf dem Lehrstuhle nicht entbehren konnte. Es war nicht blos ein schweres Unrecht wider ehrenhafte Gegner, die sich allen geheimen Umtrieben stets fern gehalten hatten, sondern auch eine politische Thorheit; denn die Wirksamkeit der Beiden als Lehrer reichte nicht sehr weit, durch die Absetzung gab man ihnen außer dem Ruhme der Märtyrer auch die Muße sich ganz dem Parteileben zu widmen. Durch mannichfache Huldigungen suchten die Gesinnungsgenossen den Abgesetzten Trost zu geben. Welcker, der sich bis zuletzt durch umfängliche Vertheidigungsschriften tapfer wehrte, wurde in Gießen von seinen Landsleuten mit einem großen Festmahle geehrt. Rotteck erhielt aus verschiedenen Gegenden des constitutionellen Deutschlands neue Ehrenbecher zugesendet; deren Zahl stieg allmählich auf zwölf, so daß die Badener sich bewogen fanden ihrem Helden noch einen kostbaren Kasten zur Aufbewahrung der Spenden zu schenken; wenn er diese Schätze betrachtete, dann sagte er stolz: welcher Minister hat wohl so schöne Orden?

Trotzdem reichte die Unzufriedenheit nicht über enge Kreise hinaus. Der Zorn über die halb mögliche halb eingebildete Gefährlichkeit der Sechs Artikel mußte dem Volke unverständlich bleiben, obgleich Rotteck, „der Bauresheld" bei den Massen in hohem Ansehen stand. Als der Großherzog mit Reizenstein im Herbst den Breisgau besuchte, fand er seine Oberländer ganz glücklich: Spelz und Trauben waren gut gerathen. Der greise Minister glaubte fest, durch heilsame Strenge dem Staate einen Dienst erwiesen zu haben und nahm den Dank des Berliner Hofes befriedigt an. Er betrachtete die Lage als Diplomat; er sah sein Land fast waffenlos, ohne Festung, durch die gallische Habgier unmittelbar bedroht. Darum wünschte er, wie er dem preußischen Gesandten sagte, entweder einen wirklichen Frieden oder, wenn es sein müsse, einen raschen, zermalmenden Angriffskrieg, und für beide Fälle war Preußens Freundschaft unentbehrlich.*)

Dergestalt war auch in Baden die Bewegung ins Stocken gerathen,

---

*) Otterstedt's Berichte, 12. Oct., 24. Nov.; Ancillon, Weisung an Otterstedt, 20. Sept. 1832.

und während der nächsten zwei Jahre wagte nur noch ein einziges Blatt, Mathy's „Zeitgeist", die Gedanken des Liberalismus unerschrocken zu vertheidigen. Die erste Nummer erschien wenige Wochen bevor die junge badische Preßfreiheit wieder beseitigt wurde, und alltäglich mußte Mathy nunmehr den kleinen Krieg führen wider die kindische Aengstlichkeit einer willkürlichen Censur. Ihm war nie wohler als wenn er allein auf der Bresche stand und Andere verzagten. Da er selbst das gesetzlich vorgeschriebene Alter noch nicht erreicht hatte, so unterzeichnete sein Ausläufer Erasmus Bartlin als Herausgeber, und es war ein Genuß, den biederen Bartlin zu sehen, wenn er Abends den „Zeitgeist" selber zum Censor trug und stolz sagte: hier bringe ich mein Blatt. Obwohl nicht ganz frei von den fanatischen Uebertreibungen und den tönenden Schlagworten des jungen Liberalismus bewies die Zeitung doch durch ihren gesunden Geschäftsverstand, durch ihre knappe, gedrungene, immer sachlich belehrende Sprache, daß die Opposition schon einzelne regierungsfähige Talente besaß. Die volkswirthschaftliche Ueberlegenheit des Nordens gestand Mathy unbefangen zu, und in der preußischen Handelspolitik erkannte er bald den ersten Keim der wirksamen deutschen Einheit. Sein nächstes Ziel blieb natürlich die Preßfreiheit, oder, wie er bitter sagte „die Herstellung des natürlichen und durch das Grundgesetz verheißenen Rechtes des freien Menschen, sich von dem Thiere und dem Sklaven unterscheiden zu dürfen, indem er auf eigene Gefahr und Verantwortung hin seine Gedanken ausspricht."

Den Badenern raubte die hereinbrechende Reaction die freie Presse, dem unzufriedenen Völkchen des Fürstenthums Lichtenberg brachte sie ein unerwartetes Glück: die Einverleibung in den preußischen Staat. Da die Unruhen in St. Wendel gar kein Ende nahmen, so mußte der Herzog von Coburg nochmals um Preußens Hilfe bitten, und abermals stellten preußische Truppen ohne Kampf die Ordnung her. Wie viele Mühe hatten die Coburger einst zur Zeit der Wiener Verträge aufgewendet, um durch die Gunst der großen Mächte eine Gebietsvergrößerung, die ihnen von Rechtswegen durchaus nicht gebührte, zu erlangen, und wie hart war ihre Ländergier bestraft worden. Jetzt sah Herzog Ernst endlich ein, daß er sich dieses entlegenen Besitzthums entledigen mußte. Er gestand dem Könige von Preußen (18. Juni 1832), aus eigener Kraft könne er weder die Ruhestörungen noch den Schmuggel verhindern, und erbot sich daher das Fürstenthum an Preußen abzutreten. Gewitzigt durch frühere Erfahrungen wagte er aber dem Könige nicht wieder einen Ländertausch zuzumuthen,*) sondern verlangte eine Entschädigung durch preußische Domänen. Weil er des Erfolges sicher zu sein wähnte, so besichtigte er bereits einige Staatsgüter in der Goldenen Aue, die er zu einer stattlichen Standesherrschaft abzu-

*) Vgl. II. 480.

runden hoffte. Da schlugen die Pächter und Bauern Lärm, denn der Coburger stand keineswegs in dem Rufe eines milden Grundherrn, und der Merseburger Regierungspräsident v. Rochow erklärte dem Könige freimüthig: die Abtretung von Domänen werde im Lande allgemeine Unzufriedenheit erregen. Gleich ihm dachten die Räthe des Finanzministeriums; sie fanden es gar zu großmüthig, daß man mehrere der schönsten Landgüter der Provinz Sachsen dahingeben sollte für „die Lappländer am Hunsrück", wie L. Kühne die armen Lichtenberger nannte; zudem dienten die Domänen als Unterpfand für die Staatsschuld, der Staatshaushaltsplan war auf ihren wachsenden Ertrag berechnet. Auch der Kronprinz schloß sich den Widersprechenden an; von Domänenverkäufen wollte er grundsätzlich nichts hören, da nach der Haller'schen Staatslehre die monarchische Gewalt auf dem Besitze eines reichen Kammergutes ruhen sollte. Nach langwierigen Verhandlungen erwiderte der König endlich, daß er nur eine sehr hoch bemessene Geldentschädigung leisten könne. Herzog Ernst stimmte zu; nur wünschte er das Geschäft verdeckt zu halten, damit man ihm nicht nachsage, daß er seine Unterthanen für Geld verkaufe.*)

Darum erhielt der am 31. Mai 1834 abgeschlossene und im nächsten Monate von beiden Theilen genehmigte Abtretungsvertrag eine vieldeutige Fassung. Dem Herzog ward eine Entschädigung zugesagt, welche ihm nicht nur eine Rente von 80000 Thalern gewähren, sondern ihn „zugleich in den Stand setzen sollte, theils durch Uebernahme preußischer Domänen theils durch Ankauf anderer Güter ein Grundeigenthum zu erwerben". Auf Grund dieser sehr unbestimmten Zusage bemühte sich der Herzog nunmehr jahrelang um den Ankauf schlesischer oder posenscher Domänen; doch immer wieder trat ihm das preußische Finanzmisterium entgegen. Mit dem Tode Friedrich Wilhelm's III. verschwand die letzte Aussicht, da sein Nachfolger den ganzen Handel mißbilligte, und erst im Jahre 1843 beruhigte sich Coburg, nach vollständiger Auszahlung des ausbedungenen Kaufpreises. Kaufmännisch betrachtet, war das Geschäft für die welterfahrenen Verwandten Leopold's von Belgien recht erfreulich ausgefallen: sie erhielten 2,1 Mill. Thlr. in Staatsschuldscheinen für ein Land, dessen bisherigen Ertrag die preußischen Finanzbeamten auf 45000 Thlr., einige gar nur auf 30000 Thlr. schätzten.**) Also verschwand das Fürstenthum Lichtenberg, dessen nationales Selbstbestimmungsrecht den Polen, Franzosen und Süddeutschen so viel Sorgen bereitet hatte, als Kreis St. Wendel in

*) Herzog Ernst an K. Friedrich Wilhelm, 18. Juni 1832. Denkschriften von Präsident v. Rochow, 12. September 1833, von Stägemann, 29. Juni 1834. König Friedrich Wilhelm an Herzog Ernst, 5. März; Antwort 14. April 1834.

**) Finanz-Minister Graf Alvensleben an General Thile, 19. Jan. 1841. Denkschrift des Finanzministeriums über die coburgische Entschädigung, Juni 1843. Die Erzählung des Herzogs Ernst II. (Aus meinem Leben I. 100) wirft Wahres und Falsches durch einander.

der preußischen Monarchie. Der Schmuggel hörte auf, das verwahrloste Land erholte sich unter einer gerechten Verwaltung, und da die eine Einbruchsstelle der Coburger Sechser nunmehr geschlossen ward, so konnte der befruchtende Strom der falschen Münzen nur noch von Coburg aus, in dünnerem Strahle über die Guldenländer hereinfluthen. Die kleinfürstliche Souveränität hatte zum ersten male ihren Bankbruch erklärt und eingestehen müssen, daß sie in bewegter Zeit nicht einmal die nächsten Pflichten jeder Staatsgewalt zu erfüllen vermochte. —

Alles in Allem war der Widerstand, dem die Sechs Artikel begegneten, überaus schwächlich, und wer den Dingen näher stand konnte nicht verkennen, daß die entschiedene Opposition erst geringen Anhang besaß. Entmuthigt zog sich in diesen Tagen der Jenenser Luden aus dem Weimarischen Landtage zurück, weil er eine Verwahrung gegen die Bundesbeschlüsse nicht durchzusetzen vermochte. Im Auslande aber erregten die lauten Weherufe der liberalen Presse den Eindruck, als ob Deutschland dem Bürgerkriege entgegentriebe. Im englischen Unterhause beantragte Henry Lytton Bulwer (2. August 1832), der König solle durch eine Adresse gebeten werden, beim Bundestage den neuen, Deutschlands Unabhängigkeit vernichtenden Beschlüssen entgegenzutreten. Der feurige Redner, ein ehrlicher Freund Deutschlands, fragte zornig, ob je eine solche Verletzung der heiligsten Versprechungen erhört worden sei? und dies in dem Geburtslande der Freiheit, in dem Lande Luther's, dem auch England seinen geläuterten Glauben verdanke, bei den Nachkommen der Männer, denen die Freiheit des Gedankens immer als Losungswort zum Siege gedient habe! Palmerston antwortete behutsam ausweichend, er pries nur in allgemeinen Redensarten den beliebten Bund aller constitutionellen Staaten, und auf seine Bitte ward der Antrag als unzeitgemäß verworfen. Nach wenigen Tagen wurde der Lord jedoch andern Sinnes. Warum sollte er auch nicht versuchen, wieder einmal ohne Unkosten den hochherzigen Beschützer der Völkerfreiheit zu spielen, durch treuherzigen Zuspruch die deutschen Höfe gegen einander zu hetzen und also die erfreuliche Verwirrung auf dem Festlande noch zu steigern? Ueberdies hatte der russische Gesandte Lieven seine Freude über die Bundesbeschlüsse ausgesprochen, und der mißtrauische Brite schloß daraus sogleich, daß Czar Nikolaus bei den Sechs Artikeln mitgeholfen habe.*)

Am 7. Septbr. richtete Palmerston an die Gesandtschaften in Deutschland eine Depesche, die für England als einen Mitunterzeichner der Wiener Verträge das Recht beanspruchte in deutschen Bundesangelegenheiten mitzureden. Leider entbehrte diese Anmaßung nicht eines scheinbaren Grundes, da die elf ersten Artikel der Bundesakte allerdings in der Schlußakte des Wiener Congresses standen. Die liberalen Westmächte waren ja

*) Brockhausen's Bericht, 17. Aug. 1832.

längst gewohnt, je nach Umständen bald sich auf die Wiener Verträge zu berufen bald deren Rechtsverbindlichkeit zu bestreiten. Im Tone des besorgten Freundes bat der Lord sodann die deutschen Regierungen, „dem unbedachten Eifer des Bundestags einen Zügel anzulegen und die Annahme von Maßregeln zu verhindern, welche nur allzu wahrscheinlich zu Erschütterungen und zum Kriege führen müßten.“ Zugleich warnte Lord Erskine in München dringend vor den Sechs Artikeln, namentlich vor der Bundescommission, welche die Landtage überwachen sollte.*) Diese Heuchelei mußte die deutschen Höfe um so widerwärtiger berühren, da der König von England selbst als König von Hannover bereitwillig bei den letzten Bundesbeschlüssen mitgewirkt hatte. Der ehrliche Welfe bekundete auch seine Unzufriedenheit mit Palmerston's Haltung so deutlich wie es einem parlamentarischen Schattenkönige möglich war; er sendete eben jetzt den Guelphenorden an Münch und Nagler, ausdrücklich zum Dank für ihre Verdienste um die Sechs Artikel.

Fast noch verdächtiger erschien die Haltung der französischen Diplomaten, die überall mit den Engländern Hand in Hand gingen. Mortier in München, ein prahlsüchtiger, leichtfertiger Chauvinist, und der junge Reinhard in Dresden wiederholten den alten Rheinbundsgenossen beständig, daß Frankreich bereit sei, sie wider die Tyrannei ihrer deutschen Vormünder zu schützen; Mortier unterstand sich sogar gegen die Befestigung von Germersheim Einspruch zu erheben. Wenn darauf Werther in Paris oder Jordan in Dresden sich beschwerten, dann hieß es stets, die jungen Diplomaten hätten ihre Weisungen überschritten.**) Gleichwohl führte Sebastiani selbst in seinen vertraulichen Unterredungen mit dem bairischen Gesandten ganz die nämliche Sprache wie Mortier, und sein Amtsblatt brachte aus der Feder des alten Bonapartisten Bignon einen Aufsatz, der die Sechs Artikel für nichtig erklärte, alle Leidenschaften der rheinbündischen Zeiten wieder aufzuwiegeln versuchte. Und dazu das räthselhafte Treiben der zahlreichen französischen Agenten am Rhein, die nur zuweilen einmal auf Umwegen den deutschen Höfen eine Warnung zukommen ließen. Sollten diese Leute die deutschen Demagogen überwachen oder ihnen helfen oder auch beides zugleich thun? Niemand wußte es. Nach solchen Erfahrungen hielten beide deutsche Großmächte für geboten, die englische Zudringlichkeit gründlich abzufertigen.

Als der Geschäftsträger Abercrombie dem preußischen Minister die Depesche Palmerston's vorlas, da erwiderte Ancillon mit ungewohnter Schärfe: er wolle ein- für allemal das absichtliche oder unabsichtliche Vorurtheil zerstören, als ob die zwei Großmächte Deutschland beherrschten; in Frank-

*) Küster's Berichte, 18. 21. Sept. 1832.

**) Ancillon an Küster, 11. Juni, 25. Aug.; Jordan's Bericht, 8. Aug., 5. Sept. 1832 u. s. w.

furt seien die Sechs Artikel einmüthig beschlossen, dort möge England seine Beschwerden vorbringen, der König von Preußen nehme sie gar nicht an. Trotzdem erdreistete sich der Engländer mit dem eigenthümlichen Zartgefühle seiner Nation noch eine Abschrift der Depesche an Ancillon zu senden; sofort ward ihm das Schriftstück ungelesen mit einem kurz abweisenden Briefe zurückgeschickt.*) Nunmehr wendete sich Cathcart in Frankfurt an die Bundesgesandten und empfing von Münch wie von Nagler die schroffe Antwort, daß der Bund sich jede Einmischung des Auslands verbitten müsse. Dem Dresdener Hofe dankte Ancillon warm für seine würdige Haltung und fügte hinzu: „Die deutschen Staaten entzweien um selbst in Deutschland zu herrschen, das ist immer Frankreichs Losung gewesen und ist es heute mehr denn je; denn Frankreich fühlt, daß Deutschland, geschlossen, einig und in voller Uebereinstimmung unter dem Banner des Bundes kämpfend, seinem mächtigen Nachbarn zum mindesten gewachsen sein würde."**) Metternich aber konnte sich's nicht versagen, den englischen Minister, der solches Unterrichts allerdings bedurfte, durch eine lange Depesche über die Grundzüge des deutschen Bundesrechts zu belehren (31. Oct.) und erließ sodann noch ein Rundschreiben an die deutschen Höfe um sie in ihrer guten Gesinnung zu bestärken. Nichts überflüssiger als diese Mahnung. Dem Auslande gegenüber waren Deutschlands Fürsten einig; was konnten sie auch von England hoffen? was von dem schwächlichen, beständig um's Dasein ringenden Bürgerkönigthum?

Verbittert wie sie war zeigte die Nation für diese ehrenwerthe Haltung ihres Fürstenstandes gar kein Verständniß. Die Ueberklugen meinten, das Alles sei nur ein Gaukelspiel; die Meisten sagten: den liberalen Westmächten zeigt man die Zähne, vor dem weißen Czaren kriecht man im Staube. Von der europäischen Politik hatten unsere liberalen Zeitungen nicht die leiseste Ahnung, obgleich sie den größten Theil ihrer Spalten dem Auslande widmeten und sich beständig den Kopf anderer Völker zerbrachen; sie redeten nur nach was die Handlungsreisenden der Revolution, die polnischen Flüchtlinge ihnen vorsagten. Darum glaubten sie bestimmt, daß Deutschland von den Russen beherrscht werde. Und doch hatte der Czar sich von der Berathung der Sechs Artikel ganz fern gehalten, da er auf die conservative Gesinnung der deutschen Großmächte zählen konnte; er hatte nur einmal durch einen freundschaftlichen Brief den König von Baiern zur Bundestreue ermahnt, während die Westmächte dem Deutschen Bunde mit schamloser Anmaßung entgegentraten. Auch in der großen Politik gab Rußland keineswegs den Ausschlag; bisher waren noch alle seine Kriegspläne durch Preußens Mäßigung vereitelt worden. Aber die beharrlichen Angriffe der liberalen Presse mußten den

*) Ancillon an Abercrombie, 24. Sept., an Brockhausen, 24. Sept. 1832.
**) Ancillon an Jordan, 11. Aug. 1832.

Hochmuth des Selbstherrschers steigern; je eifriger sie den Teufel an die Wand malte, je lauter sie den Czaren als den Zwingherrn Mitteleuropas verlästerte, um so höher stieg sein Ansehen in der diplomatischen Welt. Zum Nikolaustage gab Münch den Bundesgesandten ein Festmahl und rief unter brausendem Beifall: „Lange lebe er zum Schutz und Hort der Könige, die für das Glück und Wohl ihrer Völker wachen und wirken."*) Die in Europa längst verbreiteten übertriebenen Vorstellungen von Rußlands Macht konnten durch die maßlose Feindseligkeit der Polenfreunde nur verstärkt werden. Noch einige Jahre, und der Czar erlangte wirklich die führende Stellung in dem nordischen Bunde, die man ihm jetzt schon fälschlich zuschrieb. —

Ein ernsthafter parlamentarischer Kampf gegen die Sechs Artikel wurde nur in einem deutschen Lande, in Württemberg gewagt, aber viel zu spät und unter den denkbar ungünstigsten Umständen. Als das Jahr 1833 herannahte und die verfassungsmäßige Frist ablief, mußte sich König Wilhelm endlich doch zur Einberufung des längst gewählten Landtags entschließen. Er hatte unterdessen an dem neuen Justizminister Schlayer einen Mann nach seinem Herzen gefunden, einen ausgezeichneten Juristen, der durch rastlosen Fleiß aus niederem Stande emporgekommen war und schon in der Jugend ein abgesagter Feind der Altrechtler, durch und durch moderner Bureaukrat, beredt, heftig, schlagfertig, geschäftskundig, alsbald seinen Entschluß aussprach die Opposition mit eiserner Strenge niederzuhalten. Ebenso wenig wie Schlayer verstanden Maucler und der durch seinen Nepotismus berüchtigte Minister Hügel sich die Herzen der Schwaben zu gewinnen.

Die Gesinnung der Regierung ward schon offenbar, als Wangenheim an den Vorbesprechungen der liberalen Abgeordneten theilnahm. Der König sah in dieser Haltung seines vormaligen Ministers nur schwarzen Undank, nachdem er ihm soeben selbst das Staatsbürgerrecht gnädig erneuert hatte**), und plötzlich erklärten die Behörden, zur Ueberraschung der arglosen Wähler, daß Wangenheim nicht wählbar sei, weil er nicht im Königreiche wohne; sie beriefen sich auf einen allerdings übel gerathenen und nicht ganz unanfechtbaren Satz der Verfassungsurkunde. Wangenheim fiel aus allen seinen Himmeln. Er hatte sich, wie dem Könige wohl bekannt war, sein Staatsbürgerrecht nur darum bestätigen lassen, weil er in den Landtag eintreten wollte; da ward ihm unversehens ein Bein gestellt und die Wählbarkeit bestritten. Mit Aufwendung aller seiner dialektischen Künste versuchte er dann die Giltigkeit seiner Wahl zu vertheidigen; er veröffentlichte eine umfängliche Schrift darüber und scheute sich nicht, eine Stelle aus einem vertraulichen Briefe des Königs abzudrucken. Nun

*) Blittersdorff's Bericht, 22. Dec. 1832.

**) Vgl. IV. 240.

brauste König Wilhelm auf, gab dem Vertrauensbrecher seine „ganze Indignation" zu erkennen und sagte zum Schluß: „Ebenso unangenehm sind mir die Lobsprüche gewesen, die Sie über denjenigen Theil meines Briefes, den Sie nicht abgedruckt haben, beigefügt haben, indem unter den wirklichen Zeitumständen jedes günstige Urtheil eines Mannes, der zu einer Partei gehört, zu der Sie Sich öffentlich bekannt haben, für mich nur höchst beleidigend sein kann." Mit so schnöden Worten gab der Schwabenkönig den Liberalen den Laufpaß. Für jetzt blieb diese Kriegserklärung noch geheim; denn Wangenheim, der seine eigene Schuld durchaus nicht einsehen wollte, meinte stolz: „das Mitleid forderte, dem unköniglichen Schreiben keine Oeffentlichkeit zu geben, und die Verachtung forderte, nichts darauf zu erwidern." *)

Bald genug sollte der Landtag selbst erfahren, daß der König seine politischen Gegner wie persönliche Feinde betrachtete. Es war Brauch in Schwaben, daß die neuen Abgeordneten den Verfassungseid in die Hand des Königs ablegten. Unter den Neugewählten befand sich aber Paul Pfizer. Der war soeben aus dem Staatsdienst ausgetreten, weil ihn seine Vorgesetzten wegen des Briefwechsels zweier Deutschen zur Rechenschaft zogen. Um keinen Preis wollte König Wilhelm seine Hand diesem Verhaßten reichen, der dem Hause Württemberg zugemuthet hatte, sich den Hohenzollern unterzuordnen. Pfizer wurde daher unter der Hand aufgefordert bei der Eröffnungssitzung wegzubleiben. Zu einer so schimpflichen Demüthigung konnte sich der bescheidene junge Abgeordnete doch nicht entschließen, ein unmittelbarer Befehl des Königs war ihm gar nicht zugekommen. So vollzog sich denn schon die Eröffnung der Ständeversammlung unter bösen Anzeichen (15. Januar 1833). Der gefürchtete junge Liberale erschien, aber die angekündigte feierliche Auffahrt des Monarchen ward in letzter Stunde abgesagt, und statt seiner vereidigte ein Minister die Volksvertreter. **) Alsbald folgten heftige Verhandlungen über die Wahlen. Wangenheim's Wahl ward von einer schwachen Mehrheit für ungiltig erklärt, und dem Ausgestoßenen blieb nur die Genugthuung, daß jetzt alle Parteien wetteifernd seine Verdienste um die Begründung der Verfassung anerkannten. Selbst sein alter Gegner Uhland sagte: „Giebt es nicht auch ein geistiges Heimathsrecht, das nicht ganz von der Scholle abhängt? Ist es nicht auch ein Wohnen im Lande, wenn man im Angedenken seiner Bewohner lebt und dann durch ihr Vertrauen zur Repräsentation berufen wurde?"

Das Schicksal des entlassenen Ministers theilten vier andere Abgeordnete, welche vor Jahren wegen demagogischer Umtriebe auf dem Hohen-

---

*) K. Wilhelm an Wangenheim, 9. Sept. Wangenheim an Hartmann, 27. Sept. 1832. S. Beilage 21.

**) Küster's Bericht, 15. Jan. 1833.

asperg gesessen und dann vom Könige vollständige Begnadigung erlangt hatten. Mit gutem Grunde behaupteten nun die Liberalen, durch die Wiederherstellung ihrer bürgerlichen Ehre sei den Vier auch die Wählbarkeit zurückgegeben worden. Der nachtragende König aber wollte sich lieber die Prärogative seiner Krone selbst beschränken als diese vier, persönlich höchst achtbaren, Männer in die Kammer einlassen; er drohte mit sofortiger Auflösung des Landtages*), und wie oft hatte er sich doch in früheren Zeiten gerühmt, daß die Demagogen nirgends so mild behandelt würden wie in Schwaben! In der That erreichten Minister Schlayer und seine Getreuen durch eine kühne juristische Beweisführung, daß die vier Demagogen ausgeschlossen wurden; denn nach dem Buchstaben der Verfassung könne im Landtage Niemand sitzen, der jemals eine verschärfte Festungshaft verbüßt habe, daran vermöge selbst die Gnade des Königs nichts zu ändern. Es war ein Stück verkehrter Welt: die Opposition vertheidigte, die Minister bestritten das unbeschränkte Begnadigungsrecht des Monarchen, und mächtig klangen im Lande die mahnenden Worte Uhland's wieder: „in den unerfüllten Wünschen der Völker, in den unwirksamen deutschen Verfassungen liegt ein Keim tiefgehender Bitterkeit für das reifere Alter wie für die Jugend." Salviati sogar, der preußische Gesandte, fand es unbegreiflich, daß die Regierung also, in blindem Parteihaß, sich selber ins Fleisch schnitt.

Aber auch die Liberalen begingen, fortgerissen durch eine ehrenwerthe patriotische Leidenschaft, Fehler auf Fehler. Mit flammenden Worten verlangte Schott die Preßfreiheit für seine Schwaben, erklärte die Karlsbader Beschlüsse für nichtig und pries das ruhigste Land der Welt, Nordamerika, das mit seiner freien Presse sich des wundervollen Rufes politischer Glückseligkeit erfreue. Die Abgeordneten drängten sich um den Redner, der tief erregt inmitten des Saales stand, von den Gallerien erdröhnte rauschender Beifall; doch die Ministerbank war leer, und wer konnte auch für möglich halten, daß Württemberg heute noch, nachdem das badische Preßgesetz schon von Bundeswegen aufgehoben war, dem bedenklichen Beispiele des Nachbarlandes folgen würde? Immer schärfer traten die Parteien auseinander; schon rief die Württembergische Zeitung, jetzt sei die Lage geklärt, jetzt heiße es einfach: wir und ihr! Die Stuttgarter Bürgerschaft war seit zwei Jahren nicht aus der Aufregung herausgekommen, selbst die kleinen persönlichen und örtlichen Händel in den Tagesblättern wurden mit erbitterter Heftigkeit geführt; nun begann auch allerhand grober Straßenunfug. Da ließ der König die Drohung fallen, er werde das Hoflager in das Trutz-Stuttgart seiner Ahnen, nach Ludwigsburg verlegen. Kaum war dies ruchbar, so begannen die Bürger schon für ihren Erwerb zu zittern und überreichten dem erzürnten Monarchen eine mit 1600 Unter-

*) Küster's Bericht, 20. Jan. 1833.

schriften bedeckte demüthige Adresse. Er ließ die Abgesandten hart an, sprach von einer wohlbekannten Rotte, die das undeutsche Wesen in Schwaben einbürgern wolle, und verhieß nur, daß seine Entschließung von dem Wohlverhalten der Stadt abhängen werde.

Unterdessen hatte die Opposition sich zur Hauptschlacht gerüstet. Pfizer übernahm den ersten Stoß zu führen — nicht zu seinem Glücke, denn solche weitsichtige Prophetennaturen werden im wimmelnden Gewühl der kleinen Tagespolitik leicht in falsche Stellungen gedrängt. Am 13. Februar brachte er eine „Motion" ein, die sofort als Flugschrift gedruckt wurde, da die Censoren den Zeitungen den Druck untersagten, und weithin im constitutionellen Deutschland großes Aufsehen erregte. Die Motion verlangte geradeswegs, die Sechs Artikel sollten für unverbindlich erklärt werden, bis die Regierung sich mit ihren Landständen und dem Bundestage über andere Beschlüsse verständigt hätte. Pfizer's Rede war meisterhaft, gedankenreich und voll edler Leidenschaft, aber der Antrag selbst ganz unhaltbar und nicht einmal durch die Noth entschuldigt. Daß die Sechs Artikel der Landesverfassung geradezu widersprächen, wagte der Redner selbst nicht zu behaupten; er sagte nur: „sie tragen in sich die Fähigkeit den Staatsvertrag abzuändern." Nun hatte der König erst vor Kurzem feierlich versprochen, daß er die Bundesbeschlüsse nie mißbrauchen werde, und seine Zusage bisher redlich gehalten; er mußte also in der Motion eine absichtliche Beleidigung sehen, obwohl Pfizer über ihn persönlich mit Ehrfurcht redete. Und welch ein grober Particularismus sprach aus dem Antrage. Wie heillos verfahren und verschroben war die deutsche Politik, wenn dieser Bewunderer Preußens, dieser Vorkämpfer der nationalen Einheit, der über die Nichtigkeit der kleinen Landtage so scharf und treffend urtheilte, jetzt die württembergische Verfassung kurzerhand über das Bundesrecht stellte! Er empfand auch selbst den Widerspruch, er fühlte, daß er nur als Vertreter des Liberalismus unter seinen Landsleuten Ansehen gewinnen konnte, und gestand offen: „Ich wollte diejenigen, welche mich falsch beurtheilen, überzeugen, daß die Einheit Deutschlands, welche ich wünsche, die Einheit des Rechtes und der Freiheit ist, und daß ich die Einheit des gesammten Deutschlands nicht um den Preis der Unterdrückung und Vernichtung der einzelnen deutschen Länder erkauft wissen möchte." So lange die deutschen Staaten souverän waren und ein deutscher Reichstag nicht bestand, durften die Landtage mit Recht verlangen, daß die Minister ihnen nöthigenfalls auch wegen der nach Frankfurt erlassenen Weisungen Rede stehen müßten; aber Pfizer ging weiter, er wollte die Bundesgesandten Württembergs nur dann als rechtmäßige Vertreter des Landes gelten lassen, wenn ihnen ihre Aufträge mit Zustimmung der Landstände ertheilt würden. Das hieß die deutsche Centralgewalt den Befehlen eines Dutzends kleiner Landtage unterwerfen, und erschien um so gefährlicher, da Pfizer sogar das allen Bundesfürsten theuere „monarchische Princip" der Bundes-

gesetze als widerrechtlich angriff. Am Hofe war die Entrüstung maßlos, und Schlayer zeigte sich gern bereit, dem Zorne des Monarchen über den „vermessenen“ Antrag einen unerhört harten Ausdruck zu geben.

Nach einigen Tagen wurde die Kammer durch eine königliche Botschaft aufgefordert, „mit Rücksicht auf die Würde des Königs und seiner Bundesgenossen die Motion mit verdientem Unwillen zu verwerfen“. Diese Sprache klang sogar vielen Anhängern der Regierung, auch dem preußischen Gesandten, allzu stark, und die Opposition, die bisher nur über eine starke Minderzahl geboten hatte, gewann plötzlich die Mehrheit. Nachdem Pfizer mit würdigen Worten sich vertheidigt hatte, erklärte die Kammer in einer Adresse, die aus Uhland's Feder stammte, daß sie ihre eigene Freiheit und die Unverantwortlichkeit ihrer Mitglieder feierlich verwahren müsse „gegen die vorgreifende Einschreitung in den gemessenen Gang unserer Verhandlungen, eine Einschreitung, wodurch uns für die erwartete Beschlußnahme selbst die Gemüthsstimmung angesonnen wird.“ Neun Tage nachher, am 22. März, erfolgte die Auflösung des Landtags, unter allen Zeichen der Ungnade, und der König sagte zu dem österreichischen Gesandten: einmal wolle er es noch mit einer Kammer versuchen, doch scheine es fast unmöglich mit diesen Leuten zu regieren.*)

Der vergebliche Landtag, wie das Volk ihn fortan nannte, überstrahlte mit dem Glanze seiner Beredsamkeit alle anderen Ständeversammlungen Württembergs; doch er schritt zum Angriff wo eine schlichte Rechtsverwahrung vollauf genügte, er verbiß sich in diesen Kampf mit einem Eigensinne, der lebhaft an die Haltung der Altrechtler erinnerte, und für die Wohlfahrt des Landes leistete er nichts. Ueber den Angriffen auf den Bundestag, über einer Fülle hochpolitischer Motionen wurde selbst das verständige Ablösungsgesetz, das die Regierung zum Schrecken der Grundherren vorgelegt hatte, fast vergessen. Nicht ohne Geschick wendete sich eine Flugschrift „Der vergebliche Landtag Württembergs im Jahre 1833“, die vom Hofe aus zur Vorbereitung der Neuwahlen verbreitet wurde, an den praktischen Verstand der kleinen Leute und verglich die Unfruchtbarkeit dieser landständischen Verhandlungen mit allen den unbestreitbaren Wohlthaten, welche die sparsame, geordnete Verwaltung dieser fünfzehn Jahre dem Lande gebracht hatte. Den Gegnern suchte man mit allen Mitteln die Vertheidigung zu erschweren; gegen eine Schrift des nach Straßburg entflohenen Liberalen Elsner wurden schon im Voraus polizeiliche Maßregeln getroffen, weil sie „voraussichtlich in entschieden revolutionärem Sinne“ gehalten sein würde.**) Auch auf den Beistand der beiden Großmächte konnte die Regierung zählen. Der König von Preußen nahm, minder gerecht als sein Gesandter, an der leidenschaftlichen Heftigkeit

*) Salviati's Bericht, 23. März 1833.
**) Beroldingen, Weisung an Bismarck, 29. März 1833.

ihres Verfahrens gar keinen Anstoß und ließ ihrer Weisheit seinen vollen Beifall aussprechen.*)

So war der letzte Sturm auf die Sechs Artikel abgeschlagen. Nur die Wissenschaft stritt sich noch lange über die rechtlichen Grenzen der Bundesgewalt. Viele namhafte Publicisten betheiligten sich an diesen Kämpfen: Wangenheim, K. H. Hofmann und Gruben, Pfizer selbst und seine Landsleute Wurm und Reyscher. Aber feste rechtliche Grundsätze wußte Niemand zu finden, denn sie waren unfindbar. Die Theorie des Bundesrechts mußte ebenso unfruchtbar bleiben wie die praktische Bundespolitik. Der Widerspruch zwischen der absolutistischen Centralgewalt und den landständischen Verfassungen der Gliederstaaten ließ sich durch wohlgemeinte Doctrinen nicht lösen, und seit der Bundestag sich in eine gesammtdeutsche Polizeibehörde verwandelt hatte, kamen alle Grundgedanken des Bundesrechts ins Schwanken. Für einen Staatenbund konnte diese Foederation kaum noch gelten, und ebenso gewiß war sie kein geordneter Bundesstaat. —

Extreme Parteien verfallen selten in Kleinmuth sobald sie sich in einer aussichtslosen Minderheit sehen; die Regel ist, daß sie durch das Gefühl ihrer Schwäche zu keckeren Reden, zu dreisteren Wagnissen aufgestachelt werden. Je weniger die Liberalen mit ihrem Einspruch gegen die Sechs Artikel ausrichteten, um so schärfer sonderte sich die kleine radicale Partei von ihnen ab; sie schaute mit Hohn auf den gesetzlichen Widerstand und baute nur noch auf die Macht der Faust. Derweil Wirth, Miller und andere Festgenossen durch prahlerische Schilderungen der großen Volksfeier „den Hambacher Geist" wach zu halten suchten, warfen die Straßburger Drucker immer neue Brandschriften über den Rhein: die Neue Welt, die Hausbibliothek für das deutsche Volk und ähnliche Machwerke, die sich allesammt in unfläthigen Schimpfreden gegen die Eselsstreiche der deutschen Fürsten ergingen und den nahe bevorstehenden Kampf ankündigten. In gleichem Sinne sprachen der Rastatter Garnier und der anoyme Verfasser der Flugschrift „das betrogene Baden". Sauerwein in Frankfurt schrieb ein ABCBuch der Freiheit in jenem jüdisch witzelnden Stile, der durch Heine und Börne in die Mode gekommen war; er schloß mit einer Verherrlichung der rothen Mütze. Ein in der Frankfurter Gegend verbreitetes Flugblatt „Empörung" von Herold kündigte den Gemäßigten offen den Frieden auf: „Alle Bücher und Reden über Reform, Legalität und gesetzlichen Weg sind blos gelehrte hochstilisirte Feigheit. Während die promovirten Philister Toaste brachten auf Fürstenwort und Bürgerfreundlichkeit, haben die gekrönten Meuchler Ränke geschmiedet, Dolche geschliffen, Gift gemischt und Mörder gedungen: Wiener Diplo-

*) Ancillon, Weisung an Salviati, 31. März 1833.

matenstücke, Berliner Cabinetsbeschlüsse, Frankfurter Protokolle, Potsdamer Kasernenpuppen und österreichische Soldknechte. Aber wir waren darauf gefaßt. Die große Oper: Volksrache! wird aufgeführt in allen Residenzen, und in Frankfurt die Ouvertüre. Von Mund zu Mund geht jetzt ein kräftiger Wort, als alle Landtagskammern und Zeitungsblätter uns lieferten: Fürsten zum Land hinaus! Das ist die große Parole, und unser einzig Gebet ist: Herr, gieb uns unser täglich Schrot! Auf laßt uns beginnen! Der Herr hat uns zu Schnittern gemacht, die giftigen Königsblumen abzumähen!"

Was Herold in wüsten Drohungen herauspolterte, war nur der kräftige Widerhall jener radicalen Schlagworte, mit denen Börne in seinen Pariser Briefen um sich warf; der war jetzt schon so weit, daß er in seiner hämischen Weise den ehrlichen Rotteck für eine alte Vettel erklärte, die nur den Demagogen spiele um ihren schlechten Büchern Absatz zu verschaffen. Gewandter aber noch frecher redete Heine in dem Vorworte zu seinen „Französischen Zuständen". Erstaunlich, wie dieser vaterlandslose Jude gleich einem Chamäleon beständig die Farbe wechselte, ohne seine angestammte orientalische Eigenart jemals aufzugeben. Wie er einst den Glauben seines Volks verlassen und gleichwohl beharrlich den verfolgten Juden gespielt hatte, so ward er jetzt durch die Diners, die Grisetten und die Zeitungsphrasen der Pariser dermaßen bezaubert, daß er sich gänzlich in einen Franzosen verwandelte; er ließ fortan seine Schriften meist in beiden Sprachen zugleich erscheinen und lebte sich in die wälsche Empfindungsweise so gelehrig ein, daß Thiers ihn mit Recht „den geistreichsten Franzosen seiner Zeit" nennen konnte. Dabei bewahrte er doch in dem stillen Winkel seines Herzens, der noch deutsch geblieben war, die Sehnsucht nach dem Traumlande seiner Jugend und meinte sich noch immer berechtigt als Deutscher zu seinem verrathenen Heimathlande zu reden. Ueber „diese grandiose Stadt, wo alle Tage ein Stück Weltgeschichte tragirt wird", redete er mit einer knechtischen Unterthänigkeit, als ob jeder Pariser Lumpensammler die Blüthe der Menschheit darstellte; sachlich wußte er freilich nichts weiter vorzubringen, als seichtes Feuilletongeschwätz und die landesüblichen thörichten Schmähungen gegen die Politik Casimir Perier's. Auch „unsere heimische Misere" betrachtete er durch die Brille der Pariser Radicalen. Während die französische Presse Tag für Tag nach den natürlichen Grenzen verlangte, und die deutschen Patrioten, mit Ausnahme einer Handvoll legitimistischer Heißsporne, schlechterdings nur an die Vertheidigung ihrer vaterländischen Grenzen dachten, stellte Heine mit gewohnter Verlogenheit die Dinge auf den Kopf: er schilderte dies unschuldige, friedfertige Frankreich, wie es beständig durch den künstlich aufgestachelten Nationalhaß der dummen Teutonen bedroht würde, und wollte auf der Welt keine Nationen mehr sehen, sondern nur noch zwei Parteien: die Aristokratie und die Partei der Vernunft. Das

Alles freilich unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß zuvor Preußen zerschlagen und das linke Rheinufer an Frankreich abgetreten würde. Die „deplorablen" Sechs Artikel erklärte er „feierlichst für null und nichtig"; das sittliche Pathos stand ihm aber so schlecht zu Gesicht, daß die Leser zweifeln mußten, ob hier der Schalksnarr oder der Volkstribun rede.

Um so lebendiger erklangen seine rohen Schimpfreden wider den preußischen Esel, der im Befreiungskriege dem sterbenden Löwen den letzten Fußtritt gegeben habe. Das war unverkennbar die Sprache des Herzens. Heine's alter Haß gegen Preußen hatte sich in der Pariser Luft bis zur blöden Wuth gesteigert, denn er ahnte insgeheim, daß die begehrlichen Träume seiner Franzosen keinen ärgeren Feind zu fürchten hatten als den preußischen Degen. Darum wurden alle die Männer, die in den letzten Jahren ihre preußische Staatsgesinnung offen bekundet hatten, mit Koth beworfen: Hegel, Arndt, Schleiermacher, Stägemann, auch „der arme Ranke, ein hübsches Talent, gemüthlich wie Hammelfleisch mit Teltower Rübchen"; ihnen allesammt schleuderte Heine den Vorwurf der Feilheit zu, da er Andere nur nach seinem eigenen Charakter zu beurtheilen vermochte. Den langfingerigen Hohenzollern weissagte er mit der Seherkraft des Dichters statt der ersehnten Krone Karl's des Großen vielmehr das Schicksal Karl's X. von Frankreich oder Karl's von Braunschweig, und über einen deutsch-französischen Krieg urtheilte er also: „Sollte sich das Entsetzliche begeben, und Frankreich, das Mutterland der Civilisation und der Freiheit, ginge verloren durch Leichtsinn und Verrath, und die potsdämische Junkersprache schnarrte wieder durch die Straßen von Paris, und schmutzige Teutonenstiefeln befleckten wieder den heiligen Boden der Boulevards, und das Palais Royal röche wieder nach Juchten — dann würden alle Flüche der Menschheit den Urheber solchen Verderbens treffen."

Die Vorrede dieses Buchs, die sich durch ihren pöbelhaften Ton besonders auszeichnete, wurde in zahlreichen Sonderabdrücken in der Mainzer Gegend verbreitet, um die Rheinhessen gegen Preußen aufzuwiegeln, und fand auch viele bewundernde Leser; das internationale Judenthum zog ja offenbar die letzten unabweisbaren Folgerungen aus jener Lehre Rotteck's, welche die europäische Welt in die beiden Völker der Freisinnigen und der Knechtischgesinnten eintheilte. Weltbürgerliche Träume, phantastische Hoffnungen auf eine allgemeine Revolution, auf die Verbrüderung aller freien Völker verfälschten und verdunkelten das Idealbild der nationalen Einheit. Auch die deutsche Demokratie wurde jetzt hineingezogen in das Netz revolutionärer Geheimbünde, das die romanischen Länder längst überspannte. Während der zwanziger Jahre hatten nur vereinzelte deutsche Radicale mit Lafayette's geheimnißvollem Comité directeur ihre Gedanken ausgetauscht; nun erst ward dieser Verkehr lebhafter, seit die polnischen Flüchtlinge ihm als natürliche Vermittler dienten. General Bem in Dresden unterhielt einen geheimen Briefwechsel mit Cornelius, Siebenpfeiffer und anderen Radicalen des

Südens; seine Hoffnung war, die tödlich gehaßte preußische Regierung durch einen unablässigen kleinen Krieg zu ermüden.*) Der neugebildete deutsche Preßverein zu Paris stand in Verbindung mit der Gesellschaft der Menschenrechte, mit den Straßburger Amis du peuple, mit Lelewel's polnischem Nationalcomité, mit jenem großen „Depot" polnischer Krieger, das die französische Regierung freundnachbarlich in Besançon, nahe der deutschen Grenze eingerichtet hatte.

Und schon versuchte der größte, kühnste, edelste aller internationalen Demagogen, der Genuese Giuseppe Mazzini seine starken Hände auch nach den deutschen Radicalen auszustrecken. Seit einiger Zeit war dieser echte Landsmann Machiavelli's die Verzweiflung aller Polizeibehörden des Festlands; wie ein Aal glitt er ihnen zwischen den Fingern durch; überall trieb er sein Wesen, neuerdings in Paris unter dem Namen Strozzi. Mit der glühenden Inbrunst des Mystikers glaubte er an die gottgewollte Volksherrschaft überall auf Erden; die Jugend sollte dieser Teo-Democrazia zum Siege verhelfen, mit jedem Mittel des Aufruhrs, des Mordes, der Lüge. „Es ist wesentlich — so schrieb er dem Badener Garnier — daß die Jugend die Geschicke der Menschheit in die Hand nimmt, denn sie allein besitzt Kraft, Ausdauer, Begeisterung, sie allein ist fähig aus der Freiheit eine Religion zu machen." Von Marseille aus hatte er bereits den Geheimbund des Jungen Italiens gestiftet, der mit der wohlgegliederten Hierarchie seiner Ordinatoren und Propagatoren schon mehrere Städte der Halbinsel beherrschte; ein Junges Polen war in der Bildung begriffen, nun sollten auch die deutschen Unzufriedenen für ein Junges Deutschland angeworben werden — und so weiter, bis endlich das vereinigte Junge Europa Macht gegen Macht den Cabinetten trotzen könne.**)

Die deutschen Regierungen vermochten nur selten eines Fadens aus diesen Gespinnsten habhaft zu werden; was sie erfuhren genügte immerhin, um ihr Mißtrauen gegen den Pariser Hof zu verschärfen. Große Erfolge der radicalen Propaganda konnte Ludwig Philipp unmöglich wünschen, weil er für seinen Bürgerthron zittern mußte. Als er einmal einen Mordanschlag italienischer Demagogen gegen sein eigenes Leben befürchtete, bat er die Wiener Hofburg unbedenklich um ihren Beistand. Gleichwohl blieb Frankreich das große Asyl des Radicalismus. Gedrängt durch die öffentliche Meinung, eröffnete der Bürgerkönig, wie Casimir Perier bitter sagte, „allen Revolutionen ein Conto-Current". Tausende von Flüchtlingen lebten in Paris und den Provinzen; die Regierung überwachte sie, gewährte ihnen aber auch Millionen zur Unterstützung. Namentlich die deutschen Flüchtlinge erfreuten sich ihrer Gunst. Man wußte im Palais Royal merkwürdig genauen Bescheid über die demagogischen Umtriebe jenseits des Rheines,

---

*) Frankenberg's Bericht, Berlin 17. März 1832.

**) Strozzi (Mazzini) an Garnier, Paris 17. Febr. 1833.

und der letzte Zweifel mußte schwinden, als den deutschen Behörden zwei geheime Rundschreiben aus dem französischen Ministerium des Innern in die Hände fielen. Das eine beauftragte die geheimen Agenten Frankreichs in Berlin und sieben westdeutschen Städten, eine Liste der französisch gesinnten Oppositionsmänner, nebst Angabe ihrer Vermögensverhältnisse, einzusenden. Das andere befahl den Präfecten der Departements an der Ostgrenze, die deutschen Flüchtlinge mit Achtung und Nachsicht, milder als die polnischen, zu behandeln, die bedürftigen zu unterstützen, ihren Briefwechsel und den Verkehr ihrer Fußboten mit der Heimath nicht zu stören; denn „die Deutschen sind wenig geneigt, Verwirrung und Zwietracht in fremde Länder zu tragen; die beständig von ihnen angestellte Vergleichung zwischen dem krankhaften, gebrechlichen politischen Zustande ihres Landes und dem Zustande Frankreichs ist der Grund und die Veranlassung des Hambacher Festes" sowie der späteren Unruhen.*) Der französische Consul Engelhardt in Mainz, ein erklärter Chauvinist, unterhielt einen so verdächtigen Verkehr mit den zahlreichen Radicalen der Stadt, daß die preußische Regierung besorgt wurde und am Bundestage vorschlug, man solle fortan in der gefährdeten Bundesfestung nur deutsche Consuln dulden; der Großherzog von Hessen scheute sich jedoch die Franzosen zu beleidigen.**)

Von einem solchen Nachbarn konnte der Bundestag wenig Beistand erwarten. Zum Glück waren aber die deutschen Geheimbündler unter allen Theilnehmern der internationalen Verschwörung weitaus die ungefährlichsten. Der rechtschaffene Gradsinn der Deutschen konnte sich mit diesem unterirdischen Treiben nicht befreunden. An Rotteck, Uhland und die schwäbischen Liberalen wagten sich die Verschwörer kaum heran, weil man ihren gesetzlichen Sinn kannte. Als Welcker einmal auf der Reise in den Kreis der Demagogen gerieth, sprach er seinen Abscheu vor allen geheimen Vereinen nachdrücklich aus. Sylvester Jordan wurde von den Sendboten der Verschwörer häufig besucht, weil sie glaubten, daß er „alle Kurhessen wie am Schnürle habe", und erfuhr wahrscheinlich Manches von ihren Plänen; zur Theilnahme ließ auch er sich nicht bewegen. Selbst Rector Weidig in Butzbach, der einzige angesehene Mann unter den Eingeweihten, zog sich bald zurück und warnte die Genossen vor dem unmöglichen Unternehmen. So beschränkte sich der Kreis der Verschworenen auf eine Handvoll Demagogen des gemeinen Schlags und auf einige jener unseligen Phantasten, die sich so lange in ihr eigenes Lügengewebe einspinnen, bis sie nicht mehr wissen, ob sie sich selber oder Andere betrügen.

Da war in Ludwigsburg ein radicaler Leutnant Koseritz, der durch Geld und glatte Worte einige Unteroffiziere gewonnen hatte; mit Hilfe dieser

*) Rundschreiben des franz. Ministers des Innern an die Agenten in Luxemburg, Frankfurt, Stuttgart, Karlsruhe, Kassel, Berlin, Coblenz, Zweibrücken, 14. Sept.; an die Präfecten der Mosel, des Ober- und Niederrheins, 2. Sept. 1832.

**) Ancillon, Weisung an Maltzahn, 11. Nov. 1833.

Leute dachte er die Garnison aufzuwiegeln und dann vielleicht den König Wilhelm selbst zum Freiheitskampfe fortzureißen. Der Stuttgarter Buchhändler Franckh erzählte ihm Wunderdinge von einer Pariser geheimen Gesellschaft, die schon seit 1786 bestehe, einen Robespierre zu ihren Genossen gezählt und alle europäischen Revolutionen seitdem veranlaßt habe.*) Er versicherte zugleich, in Besançon ständen 400 Polen bereit, durch die Schweiz in Baden einzubrechen, am Bodensee weilten schon zwanzig polnische Offiziere, die den Aufruhr im Schwarzwald leiten sollten. In der That hatte ein anderer Verschwörer, der Frankfurter Dr. Gärth inzwischen mit diesen Polen unterhandelt und sie zu jeder Tollheit willig gefunden. Am rührigsten unter Allen zeigte sich Rauschenplatt; er machte seinem Kater-Namen Ehre, tauchte bald hier bald dort in den mitteldeutschen Städten auf und verschwand spurlos, sobald die Häscher den längst steckbrieflich Verfolgten ergreifen wollten. Man hoffte im Frühjahr 1833 an mehreren Stellen zugleich loszubrechen; der erste Schlag sollte in Frankfurt fallen, weil der Bundestag zuerst einer Züchtigung bedurfte und weil die radicale Partei dort in den Maingegenden auf einen starken Anhang rechnete. In Homburg besaß sie an den Brüdern Breidenstein zwei thätige Helfer, in der Wetterau hatte sich Weidig einen Stamm gläubiger Schüler erzogen; in dem Gießener Lesevereine gaben der Anwalt Paul Follen, der Bruder Karl's, und dessen Verwandter, der junge Naturforscher Karl Vogt den Ton an; in Nassau verwünschte Jedermann den allmächtigen Minister Marschall; im Odenwalde murrten die Bauern der Standesherrschaften über die doppelte Steuerlast.

In Frankfurt selbst zeigten sich die kleinen Leute ebenfalls erbittert. Sie hatten nach der großen Woche durch Flugschriften und Petitionen um Preßfreiheit und Oeffentlichkeit ihres gesetzgebenden Körpers, aber auch nach Pfahlbürgerbrauch um „kräftigen Nahrungs- und Gewerbsschutz" gegen das deutsche Ausland gebeten und im Herbst 1831 sogar ein kleines Nachspiel der Juli-Revolution aufgeführt, weil die Thorsperre während der Weinlese gar so streng eingehalten wurde. Dabei war Blut geflossen, und seitdem wurde auf die Roheit der Liniensoldaten, auf die zugleich schlaffe und hochmüthige Vetternherrschaft der „Römerherren", wie man die Senatoren nannte, weidlich geschimpft. Von den jungen Männern der gebildeten Stände gehörten einige zu dem verbotenen Preßvereine, der jetzt unter den Augen des Bundestags sein geheimes Hauptquartier aufgeschlagen hatte und in kräftigen Flugschriften beharrlich erklärte: die Fürsten hätten ihr Wort gebrochen, folglich sei das Volk auch seiner Eide entbunden. Aus solchen Anzeichen einer allerdings vorhandenen, aber ganz ohnmächtigen Mißstimmung schlossen nun Rauschenplatt und seine Leute, daß ein glücklicher

*) Berichte des Gouverneurs von Ludwigsburg über das Verhör des Lt. Koseritz, 25. Mai 1833 ff.

Handstreich in Frankfurt sofort den Aufruhr in der ganzen Nachbarschaft entflammen müsse. Was dann werden sollte — eine Bundesrepublik oder nur ein deutsches Parlament? — darüber ward allem Anschein nach nie ernstlich verhandelt, obwohl Einzelne bereits eine Liste der drei Präsidenten der deutschen Republik bereit hielten. Der ganze Plan war so kindisch, daß einige der Urheber bald selbst besorgt wurden; sie glaubten einander schon nicht mehr ihre windigen Prahlereien, selbst Koseritz hielt sich zurück, weil er „die grenzenlose Unvorsichtigkeit der Verschworenen" fürchtete. Fast Niemand wollte anfangen, und so mußte denn, wie gewöhnlich, die leichtgläubige tapfere Jugend ausbaden was die vermessene Thorheit der Aelteren verschuldet hatte.

Auch jetzt wie zu allen Zeiten spiegelte sich das nationale Leben in den Zuständen der Universitäten getreulich wieder. Nach den Julitagen hatten sich die Burschenschaften überall verstärkt oder neu aufgethan, und bald gewann die radicale Germania die Oberhand über die gemäßigte Partei der Arminen. Auf den gemeinsamen Burschentagen übernahmen die Süddeutschen die Führung; die preußischen Burschenschaften betheiligten sich wenig und blieben endlich ganz aus, die Breslauer wurde sogar förmlich zurückgewiesen, weil sie sich auf politische Umtriebe nicht einlassen wollte. Unaufhaltsam drang nunmehr der Geist des neufranzösischen Radicalismus in diese jugendlichen Kreise ein. Auf dem Frankfurter Burschentage, im September 1831, wurde beschlossen, daß jeder Bursch sich verpflichten müsse, selbst mit Gewalt ein freies und gerechtes, in Volkseinheit geordnetes Staatsleben herbeizuführen; die Burschenschaft sollte fortan ihren alten christlich-germanischen Charakter ablegen und auch Juden aufnehmen. Auf einem neuen Tage zu Stuttgart, um Weihnachten 1832, kündigte man schon an, daß im Frühjahr die Revolution bevorstehe und die Burschen sich darauf vorzubereiten hätten. Nun traten die Eifrigsten der Heidelberger Burschenschaft zu einem geheimen Vereine zusammen. Zwei ihrer alten Herren in Frankfurt ertheilten ihnen Nachricht und Befehl: der hitzköpfige, schon im polnischen Revolutionskriege erprobte Arzt Gustav Bunsen und Dr. Georg Körner, ein junger Anwalt von ungewöhnlicher Begabung, der sich nachher in Amerika eine ehrenreiche politische Wirksamkeit geschaffen hat. Die Burschen schwelgten in der Hoffnung, den Bundestag in voller Sitzung aufzuheben; der Frankfurter Soldatesca meinten sie sicher zu sein durch einen Hauptmann, der kein Wort von ihren Plänen wußte, und überdies lagen im Taxis'schen Palaste augenblicklich 400000 Gulden Mainzer Festungsgelder — Geld genug um den Freiheitskrieg weiter zu führen.*) Am 2. April waren etwa zwanzig Studenten aus Heidelberg, Würzburg, Erlangen, auch zwei aus Göttingen

*) Ich benutze hier u. A. eine Aufzeichnung „Meine Frankfurter Erlebnisse" von einem der Theilnehmer, dem kürzlich verstorbenen Dr. Eimer in Freiburg i. B.

in der Bundesstadt eingetroffen; dazu die Frankfurter, mehrere Polen und der unvermeidliche Rauschenplatt mit einigen älteren Genossen, Alles in Allem kaum mehr als fünfzig Verschworene. Auf einer Versammlung in Bockenheim wurden durch Bunsen und Körner die Rollen vertheilt; nächsten Tags am Abend wollte man losbrechen.

Schon am Morgen des 3. April war der Anschlag durch einen anonymen Brief aus Würzburg verrathen, und wenn die Behörden ihre Pflicht erfüllten, so konnte der so kläglich vorbereitete Aufstand leicht entweder ganz verhindert oder doch beim ersten Beginn unterdrückt werden. Militärische Hilfe aus dem nahen Mainz war dringend nöthig, da die Frankfurter Garnison nur 380 Köpfe zählte, und sie ließ sich rasch zur Stelle schaffen, denn der Gouverneur hatte sich, wegen der längst umlaufenden bedenklichen Gerüchte, schon für alle Fälle vorbereitet. Freiherr v. Manteuffel aber, der sächsische Bundesgesandte, der in Münch's und Nagler's Abwesenheit den Vorsitz führte, verhielt sich ganz unthätig. Er sendete nach Mainz nur die vorläufige Anzeige, daß vielleicht Unruhen bevorstünden, und wollte, zu Blittersdorff's Verzweiflung, nicht einmal den Bundestag zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.*) Der regierende Bürgermeister ließ auf die Hauptwache zehn Mann mehr als gewöhnlich, alle mit ungeladenem Gewehr aufziehen, und schickte zwei Polizeidiener an den Fuß des Pfarrthurms, um die Sturmglocken zu behüten; die wachfreie Mannschaft blieb in der Kaserne versammelt und harrte unter der Aufsicht eines Senators der kommenden Dinge.

Nach so auffälligen Proben politischer Wachsamkeit mußten die Liberalen wohl auf den Verdacht gerathen, daß der Bundestag die Aufrührer absichtlich eine Weile hätte gewähren lassen um die Demagogen endlich einmal auf handhafter That zu ergreifen. Erwiesen ist diese damals allerorten geglaubte Beschuldigung freilich nicht; der tragikomische Hergang läßt sich auch ohnedies, aus der allgemeinen Erbärmlichkeit der Frankfurter Verhältnisse ungezwungen erklären. Das Kriegsheer der Bundesstadt befand sich in einem ebenso verwahrlosten Zustande wie alle die anderen kleinen Contingente; Freiherr v. Manteuffel gehörte noch zu jener alten, soeben erst vom Staatsruder verdrängten kursächsischen Beamtenschule, welche sich unleugbar mehr durch schwerfällige Pedanterei als durch teuflische Arglist auszeichnete; und die Römerherren waren in diesen unruhigen Tagen schon so oft durch blinden Lärm vom Schmause oder vom Whistspiel aufgescheucht worden, sie mochten gern glauben, auch diesmal stecke nichts dahinter.

Am Abend versammelte sich der eine Haufe der Verschworenen, fast durchweg Studenten, in Bunsen's Wohnung; mehrere sehr tüchtige junge Männer waren darunter, so der Mediciner Eimer aus Baden und der

*) Blittersdorff's Bericht, 4. April 1833.

Braunschweiger A. L. v. Rochau, in späteren Jahren einer der besten deutschen Publicisten. Die Unglücklichen wußten schon, daß Alles verrathen war, aber als ritterliche Deutsche wollten sie nicht mehr zurückweichen. Wohlbewaffnet und mit schwarzrothgoldnen Binden geschmückt brachen sie auf; Rauschenplatt schritt voran, heute nicht in seinen großen Stiefeln, sondern in einer schönen polnischen Uniform. Um halb zehn Uhr drang die Schaar aus den engen Gassen neben der Zeil hervor und stürzte sich auf die Hauptwache. Im Nu waren die in der Vorhalle aufgehängten Gewehre genommen, die Schildwache verwundet und gefangen. Der Befehlshaber, ein blutjunger Leutnant, sprang aus dem Hinterfenster und suchte das Weite; die waffenlose Mannschaft in der Wachstube mußte sich nach einigen Schüssen ergeben. Umsonst versuchten die Sieger das herbeiströmende Volk zu überreden; Niemand wollte die erbeuteten Flinten anrühren, Niemand — so klagt einer der Verschworenen — „mit uns helfen an der Befreiung Deutschlands". Selbst die befreiten politischen Gefangenen im oberen Stockwerk blieben zum Theil ruhig sitzen; andere, unter ihnen die gefürchteten Demagogen Freieisen und Sauerwein, stellten sich am nächsten Tage freiwillig wieder ein.

Unterdessen hatte eine andere Abtheilung der Aufständischen sich des Pfarrthurms bemächtigt und ließ Sturm läuten. Ein dritter Haufe trat in einem Gasthofe zusammen, nahe der Constablerwache am andern Ende der Zeil. Eine Kellnerin, die Alles mit ansehen durfte, fiel vor Schrecken in Ohnmacht, als die Verschworenen ihre Flinten luden und sich die Gesichter schwärzten. Sie wurde auf ein Bett gelegt, und jeder der Abziehenden küßte gerührt das schöne Kind. Von dem polnischen Major Michalowski geführt marschirten die deutschen Freiheitshelden sodann nach der Constablerwache. Der Pole gab in französischer Sprache den Befehl zum Sturme, und auch hier ward ein leichter Sieg erfochten; nach einem kurzen Handgemenge verkroch sich die Wachmannschaft in einem nahen Schuppen. Jetzt aber eilte das Linienbataillon aus der Kaserne herbei; die Aufrührer leisteten noch eine Zeit lang tapferen Widerstand, dann flohen sie vor der erdrückenden Uebermacht. Eine Bauernschaar aus Bonames, die unter der Leitung eines Mitverschworenen noch heranzog, um den alten Haß des Landvolks an den Frankfurter Herren auszulassen, fand das Stadtthor schon scharf bewacht und kehrte schleunig heim. Der ganze Kampf währte kaum eine Stunde; die Straßen neben der Zeil blieben durchaus still, im nahen Theater wurde die Oper ruhig zu Ende gespielt, und die Zuschauer erfuhren erst auf der Heimkehr, daß Frankfurts Annalen um eine Revolution reicher waren. Aber die frevelhafte Thorheit hatte sechs Soldaten und einem der Aufständischen das Leben gekostet, etwa Vierundzwanzig waren verwundet. Die Führer und die Polen entkamen sämmlich, nur die unvorsichtigen jungen Leute wurden größtentheils verhaftet; mehrere der Studenten waren vom Schlachtfelde arglos in ihre Gasthöfe zurückgekehrt und ließen sich in der Nacht von den Polizeibeamten wecken. Schon

die nächsten Tage lehrten, daß dieser Aufruhr doch nicht blos ein jugendliches Thorenspiel war, sondern mit den internationalen Aufstandsplänen der polnischen Flüchtlinge irgendwie zusammenhing. Am 7. April zogen wirklich, der Abrede gemäß, 300 Polen aus Besançon in die Schweiz, und nur die Unglücksbotschaften aus Frankfurt verhinderten sie ihren Marsch nach Baden fortzusetzen; zur selben Zeit brach eine Schaar Aufständischer aus Galizien in das russische Polen ein, und gleich darauf wurde in Piemont eine gefährliche Soldatenverschwörung unterdrückt, welche dem polnischen General Ramorino schwerlich unbekannt war.

Der tolle Streich der Radicalen eröffnete einer neuen Zeit politischer Verfolgungen die Thore. Ancillon schrieb sofort nach Wien: „Das Frankfurter Attentat kann Deutschland retten, wenn man sich beeilt das Ereigniß auszubeuten.“*) Münch und Nagler erhielten umfassende Vollmachten, und nachdem sie zurückgekehrt, beschloß der Bund am 30. Juni, abermals eine Centralbehörde für die politischen Untersuchungen einzusetzen. Sie sollte in Frankfurt selbst ihren Sitz haben; Oesterreich, Preußen, Baiern, Württemberg und Darmstadt ernannten die fünf Mitglieder, Kurhessen und Nassau die beiden Stellvertreter. Sachsen und Baden wurden absichtlich übergangen, weil sie im Geruche liberaler Gesinnung standen. So schien denn der ganze Jammer der alten Mainzer „schwarzen Commission“ sich zu erneuern; auch zwei ihrer Mitglieder, der Oesterreicher Wagemann und der Hesse Preuschen traten wieder ein. Halb befriedigt, halb besorgt meinte Blittersdorff: wir haben seit 1832 ungeheure Rückschritte gemacht.**) Gleichwohl ließ sich leicht bemerken, daß selbst der Bundestag der verwandelten Zeit einige Zugeständnisse hatte gewähren müssen. Die Mittelstaaten, Baiern voran, wollten dem Bunde unmittelbare Eingriffe in ihre Rechtspflege nicht mehr gestatten, und die Großmächte wagten den Stolz der Bundesgenossen nicht zu reizen.***) Darum erhielt die neue Centralbehörde weit geringere Befugnisse als die alte; sie durfte nicht selbst Untersuchungen führen, sondern nur von den Untersuchungen in den Einzelstaaten Kenntniß nehmen. Ganz so gehässig und verfolgungssüchtig wie einst die Mainzer Commission wagte sie nicht aufzutreten.

Zugleich mußte die Bundesversammlung für ihre eigene Sicherheit und für die Bewachung der Gefangenen sorgen. Nach Allem was man an dem Frankfurter Senate und seiner Kriegsmacht hatte erleben müssen, wurde die Uebersiedelung des Bundestages in eine besser behütete Stadt ernstlich erwogen; König Ludwig wünschte lebhaft den würdigen Nachfolger des alten Reichstags in seinem Regensburg als Nachbarn der neuen Walhalla aufzunehmen. Die Verhafteten wollte Preußen der Sicherheit halber

---

*) Ancillon, Weisung an Maltzahn, 25. April 1833.

**) Blittersdorff's Bericht, 4. Juli 1833.

***) Ancillon, Weisung an Maltzahn, 25. Juni; Blittersdorff's Bericht, 18. Juni 1833.

nach Mainz schaffen lassen; und als man einwarf, der Mainzer Name sei durch die schwarze Commission allzusehr in Verruf gekommen, da bemerkte Nagler mit wehmüthiger Selbsterkenntniß, der Name Frankfurts hätte einen noch schlimmeren Klang im Volke.*) Aber der Senat der freien Stadt weigerte sich, seine Hochverräther herauszugeben, und da er sich auch nicht entschließen konnte, den Bund um die unentbehrliche militärische Unterstützung zu bitten, so beschloß der Bundestag, nach seinem guten Rechte, selbst das Nothwendige (12. April). Etwa zweitausend Mann Oesterreicher und Preußen wurden aus Mainz abberufen und unter der Führung des k. k. Generals Piret vorläufig in Sachsenhausen und den umliegenden Ortschaften einquartiert. Die innere Stadt und die Gefangenen blieben unter der bewährten Obhut des Frankfurter Bataillons, das nur „bei ausbrechenden Unruhen" unter Piret's Oberbefehl treten sollte. So ehrfurchtsvoll ward die Souveränität der Bundesstadt geschont: die Preußen mußten dem Bundesgeneral unbedingt gehorchen, dem freien Frankfurt wagte man eine solche Demüthigung nicht zuzumuthen. Trotzdem fühlte sich der Senat tief verletzt und sendete dem Bundestage eine übellaunige Erklärung, die fast wie eine Rechtsverwahrung klang, aber stillschweigend zu den Akten gelegt wurde.

Alsbald witterte der französische Gesandte Baron Alleye, ein heißblütiger, radicaler Creole, daß sich hier wieder einmal ein bequemer Anlaß bot um Unfrieden zwischen den Deutschen zu säen. Er berichtete an seinen Minister und erhielt von Broglie in den letzten Apriltagen eine Depesche, welche nochmals den alten Sirenensang von der Unabhängigkeit aller deutschen Staaten und Völkerschaften anstimmte. Als er aber dies Schriftstück dem präsidirenden Bundesgesandten Manteuffel vertraulich vorlas, da weigerte sich der Sachse auf eine Verhandlung solcher Art überhaupt einzugehen und versuchte dem Franzosen einen ungefähren Begriff von der deutschen Bundesverfassung beizubringen; nur sprach er leider mit einer Höflichkeit, welche auf den Vertreter der Civilisation des Westens nicht genügenden Eindruck machte. Noch strenger wies Metternich eine Anfrage des französischen Gesandten in Wien zurück; und am Pariser Hofe erhob Werther sogleich ernstlich Beschwerde.**) Der Bundestag billigte das Verhalten seines Vorsitzenden, alle Anwesenden äußerten sich scharf über die Anmaßung des Franzosen, und der erschrockene Vertreter Frankfurts mußte demüthig versichern, sein hoher Senat sei keineswegs gemeint die Giltigkeit der letzten Bundesbeschlüsse zu bestreiten, noch weniger die Hilfe des Auslandes anzurufen.***)

Wie seltsam hatte sich mittlerweile die Stimmung der Frankfurter

---

*) Nagler's Bericht, 23. April 1833.

**) Ancillon, Weisung an Maltzahn, 15. Mai 1833.

***) Berichte von Blittersdorff, 30. Apr., 10. 23. Mai; von Nagler, 23. Mai 1833.

verwandelt. Bei dem Aufstande selber waren sie gleichgiltig geblieben; jetzt regte sich das Mitleid mit den politischen Verbrechern, das immer ein Zeichen ungesunder öffentlicher Zustände ist, und wer konnte auch den unglücklichen Studenten menschliche Theilnahme versagen? Ihre Verführer waren entkommen; sie aber, die von den Hintergedanken der polnischen Mitverschwornen wenig oder nichts wußten, büßten in endloser Untersuchungshaft und lernten jenes aus Härte und Nachlässigkeit gemischte Regierungssystem, das unter der Frankfurter Oligarchie aufgeblüht war, mit allen seinen Sünden gründlich kennen. Im Verhöre verfuhren die Richter streng, oft roh; wer hartnäckig leugnete, wurde nach Karl's V. Hochnothpeinlicher Halsgerichtsordnung, die in Frankfurt noch galt, mit außerordentlichen Strafen belegt. Um so gemüthlicher ging es in den Kerkern zu; die meisten der Gefängnißwärter zeigten eine Weitherzigkeit, die nichts zu wünschen übrig ließ. Durch die lange Uebung erlangten die jungen Herren eine erstaunliche Fertigkeit in allen kleinen Künsten des Gefangenenlebens. Sie besprachen sich unter einander durch Klopfen oder Pfeifen und unterhielten allesammt einen regelmäßigen Briefwechsel mit der Außenwelt; sie verstanden meisterhaft, aus dem Morgenkaffee die kleinen in die Zuckerstücke eingebohrten Zettel herauszufischen und ihre Erwiderungen in den Pfropfen der geleerten Bierflaschen fortzusenden. In den Kuchen und Wecken, die ihnen von Frankfurter Gönnern verehrt wurden, fanden sich zuweilen Uhrfedersägen eingebacken. Die halbe Stadt beschäftigte sich mit dem Schicksal der verwegenen Jungen; keine Woche verging, wo man nicht von einem vergeblichen Fluchtversuche erzählte. Endlich an einem nebligen October-Abend gelang es dem Studenten Lizius sich an einem Seile aus dem zerfeilten Fenstergitter herabzulassen; die Frankfurter Schildwache dicht unter dem Fenster verließ ihren Posten, weil einige seiner Freunde mittlerweile eine Rauferei auf der Gasse veranstalteten. So entkam er glücklich, und jubelnd sangen die Gassenbuben hinter den Senatoren her: „O Polizei, wie viel Verdruß macht dir Studiosus Lizius!"

Dies neue Probstück frankfurtischer Kriegstüchtigkeit erfüllte den Bundestag mit gerechter Besorgniß. General Piret war schon längst in Verzweiflung über das souveräne Stadtcommando neben ihm, das ihn von den Ruhestörungen nicht einmal benachrichtigte. Der Militär-Ausschuß des Bundes berieth schon ein neues Reglement, und da jetzt Gefahr im Verzuge schien, so beschleunigte er seine Arbeiten, soweit am Bundestage Eile möglich war. Am 16. Jan. 1834, dritthalb Monat nach jener verhängnißvollen Flucht, wurden seine Vorschläge der Bundesversammlung zur Abstimmung unterbreitet. Der Ausschuß beantragte nur was sich in jedem anderen Heere von selbst verstanden hätte: die Frankfurter Linientruppen sollten mit den Oesterreichern und den Preußen zu einem Sicherheitscorps unter Piret's Führung vereinigt, und im Falle der Noth auch die Stadtwehr dem commandirenden General untergeordnet werden. Kaum

wurden diese Anträge bekannt, so hallte ein Aufschrei der Entrüstung durch das souveräne Volk von Frankfurt: die Stadtwehr und die prächtigen Bonapart-Hüte ihrer Stabsoffiziere waren der Stolz der Stadt, nimmer sollten sie einem deutschen Ausländer gehorchen. In einer bogenlangen Erklärung verwahrte der Senat seine Souveränität: hier handle es sich nicht um militärische Sicherheit, sondern um „eine primäre politische Maßregel", und was des Unsinns mehr war.

Nach abermals dritthalb Monaten, am 3. April wurde endlich abgestimmt und der Antrag des Ausschusses angenommen. Frankfurt verwahrte sich nochmals, und vergeblich verlangte General Piret, daß ihm die Frankfurter Truppen, dem Bundesbeschlusse gemäß, nunmehr untergeben würden. Bürgermeister Stark erwiderte stolz: das Frankfurter Bataillon hätte schon einen Sammelplatz für den Fall einer Ruhestörung angewiesen erhalten und schicke überdies jeden Sonntag seine Standeslisten an den General; das sei doch wohl genug, unmöglich könne der Bundestag beabsichtigen „den Rechten hiesiger Stadt zu nahe zu treten".*) Da riß dem preußischen Gesandten die Geduld. Er beantragte und setzte durch, daß Frankfurt aufgefordert wurde bis zur nächsten Sitzung die Vollziehung des Bundesbeschlusses anzuzeigen. Der Senat aber unterstand sich, am 1. Mai gegen diesen Befehl „feierlich zu protestiren", was sofort als bundesverfassungswidrig zurückgewiesen wurde. Noch nicht genug, er verlangte sogar die Abberufung der Bundestruppen, weil Frankfurt vollauf im Stande sei, die Ordnung selber zu wahren. Eine solche Frechheit erlaubte sich ein Stadtstaat, der erst vor neunzehn Jahren durch die unbedachte Großmuth der Mächte seine Souveränität geschenkt erhalten und dabei alle dem Bundessitze obliegenden Pflichten ausdrücklich übernommen hatte. Kein Wunder wahrhaftig, daß man jetzt nochmals ernstlich an die Verlegung der Bundesversammlung dachte. Aber Nagler widersprach. Preußen rettete den Frankfurtern ihre Bundesherrlichkeit; denn der König meinte: ohne den Bundestag würde diese Stadt mit ihrer elenden Regierung ein Heerd der Revolution und namentlich der französischen Umtriebe werden.**)

Nur vierundzwanzig Stunden vergingen seit jener prahlerischen Erklärung des Senats; da ward sie schon durch die Thatsachen lügen gestraft. Am Abend des 2. Mai saß die Mannschaft der Constablerwache schwer betrunken in der Wachstube; einige mit den Gefangenen einverstandene Kameraden hatten ihr Aepfelwein in Fülle vorgesetzt. Schwere Rollwagen rasselten mit betäubendem Lärm über das Pflaster der Zeil, so daß die Studenten im oberen Stockwerk das Durchfeilen der Gitter ungestört beenden konnten. Da drang plötzlich eine tobende Volksmasse gegen die

*) Piret's Bericht an die Bundesversammlung, 22. April; Stark an Piret 14. 22. April; Piret an Stark 19. April 1834.

**) Nagler's Bericht, 4. Juni 1834 nebst Randbemerkung des Königs.

Wache heran, und während des Getümmels versuchten sämmtliche Gefangene auszubrechen. Die betrunkenen Soldaten stürzten an die Gewehre und schossen blindlings unter den Haufen; ein Bürger fiel, mehrere wurden verwundet. Von den Studenten entkam nur einer, ein anderer ward getödet, zwei hatten sich beim Sprunge verletzt, die übrigen wurden auf der Flucht wieder eingefangen. Die so schmählich beschämten Frankfurter Behörden rächten sich dann durch grausame Mißhandlungen; sie ließen den Gefangenen Ketten anlegen, sogar dem armen Eimer, der sich das Bein gebrochen hatte und erst nach Monaten wieder gehen lernte.

Mit Wohlbehagen betrachteten die liberalen Westmächte dies deutsche Gezänk. Der Frankfurter Nationalstolz stand gerade jetzt in seiner Blüthe. Soeben hatte der Senat einen Handelsvertrag mit England abgeschlossen, um dem bedrohlichen Fortschreiten des preußischen Zollvereins freundnachbarlich einen Riegel vorzuschieben, und von selbst verstand sich's, daß Frankfurts uneigennütziger Zollverbündeter nun auch für die Souveränität der freien Stadt eine Lanze brach. Der Gesandte Cartwright, das Urbild des beschränkten britischen Dünkels, überreichte am 24. Mai dem Präsidialgesandten eine Verbalnote, deren Unverschämtheit sogar in den Annalen der englischen Diplomatie ihres gleichen suchte. Sie erklärte: ohnehin durch die Wiener Verträge zum Einspruch berechtigt, betrachte England „die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit selbst des kleinsten europäischen Staates als ein britisches Interesse" und könne in dem jüngsten Bundesbeschlusse nur „eine gewaltsame Verletzung (a violent infringement) der Rechte eines unabhängigen Staates sehen". Nun drängte sich auch Alleye wieder vor, ungeschreckt durch die kürzlich erlittene Zurückweisung. Seine Verbalnote begann in dem väterlichen, sanft aufreizenden Tone der altbourbonischen Zeiten: „Die französische Regierung vermag kaum zu glauben, daß Souveräne, welche ohne Zweifel auf ihre Unabhängigkeit ebenso viel Werth legen wie die anderen europäischen Mächte, den Untergang dieser Unabhängigkeit vorbereiten könnten durch einen Präcedenzfall, dessen man sich unfehlbar bei Gelegenheit zu ihrem eigenen Schaden bedienen wird. Darum ist sie überzeugt, daß die deutschen Fürsten die Augen öffnen und sich besinnen werden bevor sie einen so entscheidenden Schritt thun". Zum Schlusse stand aber die wenig verblümte Drohung: „Niemals wird Frankreich zugeben, daß man das Recht habe die deutsche Unabhängigkeit (l'indépendence Germanique) zu einem leeren Worte zu machen."

Die Westmächte hatten falsch gerechnet; sie hofften ihren Frankfurter Schützling in seinem Widerstande zu bestärken und bauten ihm selber nur die Brücke zum Rückzuge. Sobald die beiden Noten dem Bundestage vorgelesen waren, sah sich der Vertreter der freien Stadt von allen Seiten mit Vorwürfen überschüttet, und Nagler, der Vorsitzende, fragte amtlich, ob Frankfurt diese Einmischung des Auslandes veranlaßt habe. Die Römerherren erschraken und betheuerten heilig ihre Unschuld. Nagler ver-

schmähte die Glaubwürdigkeit dieser halbwahren Versicherung näher zu prüfen, obgleich er wohl wußte, wie eifrig Cartwright und der französische Legationssekretär Grouchy mit mehreren Senatoren verkehrten,*) und bestand nun um so ernster darauf, daß Frankfurt seine deutsche Gesinnung durch Thaten beweisen müsse. Die Execution war der widerspänstigen Stadt bereits angedroht, da unterwarf sich endlich der Senat (3. Juni), stellte seine Truppen unter Piret's Befehl und versprach auch seine jämmerliche Polizei neu zu ordnen.

Die Noten der Westmächte beantwortete der Bundestag mit einer kurzen, würdigen Zurückweisung (12. Juni), die in Wien von sämmtlichen Mitgliedern der deutschen Ministerconferenz — mit einziger Ausnahme des Hannoveraners — gebilligt worden war.**) Der ruhige Ton dieser Erwiderung ermuthigte aber die beiden Gesandten zu neuen Noten (30. Juni. 18. Juli); Beide beriefen sich wieder auf die Wiener Verträge, und der Engländer sprach wieder am gröbsten. Die an der Wiener Schlußakte betheiligten Staaten — so schrieb er — können nicht zugeben, „daß der Deutsche Bund, der zum Schutze der Schwachen geschaffen wurde, sich zu einem Werkzeuge der Unterdrückung in der Hand der Mächtigen umwandle“. Nunmehr merkte Nagler doch, daß man zu den feinfühligen Westländern deutlicher reden mußte. Er verlas am 18. September eine geharnischte Präsidialerklärung, welche die „Anmaßung, die vollständige Unkenntniß, die unbegreifliche Begriffsverwirrung“ der beiden Noten schonungslos rügte und den Westmächten vorhielt, daß ihr eigener Schützling, Frankfurt, sie verleugnet habe. Demgemäß ward sodann ein überaus scharfer Beschluß einmüthig gefaßt — selbst Hannover stimmte diesmal gegen England —: „Niemals werde der Bund den fremden Mächten, als Mitunterzeichnern der Congreßakte, in Bundesangelegenheiten Rechte zugestehen, welche nach dem Wortlaute des Bundesvertrages und ebenso nach dem Inhalte der Congreßakte nur den Gliedern des Deutschen Bundes und dessen Gesammtheit zustehen.“

Diesen Beschluß übersendete Nagler einfach den beiden Gesandten, ohne sie auch nur einer förmlichen Antworts-Note zu würdigen. Cartwright und Alleye fühlten sich tief verletzt, sie beschwerten sich in zwei neuen Noten (17. Oct. 21. Nov.) über eine so „vollständige Abweichung von den diplomatischen Gebräuchen Europas“ und beharrten bei ihrer Meinung über den Sinn der Wiener Verträge. Der Bundestag aber legte die Beschwerdeschriften der beiden Unermüdlichen ohne Erwiderung zu seinen Akten, und die Westmächte mußten die selbstverschuldete schnöde Behandlung ruhig hinnehmen: sie fühlten, daß die Eintracht der deutschen Höfe doch nicht so leicht zu zersprengen war. Leider wurde dieser Schriftenwechsel, der dem

*) Nagler's Bericht, 18. Mai 1834.
**) Brockhausen's Bericht, 7. Juni 1834.

Bunde nur zur Ehre gereichte, nicht vollständig veröffentlicht; die Liberalen fuhren fort den freien Westen zu verherrlichen, den moskowitischen Zwingherrn der Deutschen zu bekämpfen, obgleich sich Rußland mit keinem Worte in die Frankfurter Händel eingemischt hatte.

Zu gleicher Zeit mußte der Bundestag noch eine andere, höchst widerwärtige Verhandlung mit Frankreich führen. Nach dem Falle von Warschau war in Paris feierlich verkündigt worden, daß die Polen allesammt in dem gastlichen Frankreich ein Asyl finden sollten, und nur im Vertrauen auf diese Zusage hatten die deutschen Regierungen den polnischen Flüchtlingen den Durchzug gestattet. Jetzt erklärte das Bürgerkönigthum plötzlich, jene aus Besançon in die Schweiz eingebrochenen Polen dürften nicht wieder nach Frankreich zurückkehren. Die Eidgenossenschaft wollte diese gefährlichen Gäste auch nicht bei sich behalten; denn sie bildeten, durch Zuzüge erheblich verstärkt, ein geordnetes kleines Revolutionsheer mit Hauptleuten, Leutnants und Corporalen, und konnten jederzeit den Aufruhr in den deutschen Süden tragen. Die Nachbarstaaten Baiern, Baden, Württemberg fühlten sich ernstlich bedroht, und in ihrer Angst verfuhren diese constitutionellen Cabinette weit härter als jemals der Berliner Hof: sie erklärten am Bundestage, man müsse die Polen sobald sie deutsches Gebiet beträten dem Czaren ausliefern. Um dies Aeußerste zu verhindern wollte die Schweiz die Flüchtlinge nach England oder Amerika schaffen; sie verhandelte bereits mit dem Deutschen Bunde und den Niederlanden über die Frage, wie man die Legion von Besançon sicher den Rhein hinab befördern könne. Da gab Frankreich endlich sein verdächtiges Doppelspiel auf und gestattete den Polen, durch französisches Gebiet den Weg zur See einzuschlagen.*)

Unter so schweren europäischen Kämpfen ward die Einheit des militärischen Oberbefehls in der deutschen Bundesstadt endlich durchgesetzt. Neun Soldaten des Frankfurter Bataillons wurden kriegsrechtlich verurtheilt wegen Beihilfe bei dem letzten Fluchtversuche. Gleichwohl blieb die Bewachung der inneren Stadt nach wie vor dieser republikanischen Kriegsschaar allein anvertraut, und die jugendlichen Hochverräther fanden also noch reichliche Gelegenheit dem Bundestage neuen Kummer zu bereiten. Im October 1836 wurde den Verhafteten ihr Urtheil verkündigt; am Tage darauf verschwand Rochau mitsammt seinem bestochenen Gefängnißwärter. Im Januar des folgenden Jahres entflohen noch sechs Studenten aus der Constablerwache, während die Wachmannschaft sich mit Kartenspiel vergnügte, und jetzt endlich beschloß der Bundestag was Preußen schon vor vier Jahren beantragt hatte: die unglücklichen Sechs, die nach so vielen Entweichungen noch übrig blieben, wurden in das sichere Mainz abgeführt. —

*) Schreiben des Vororts Zürich an Graf Münch-Bellinghausen, 30. Juli; Nagler's Berichte, 15. Nov. 1833 ff.

Mit dem Frankfurter Attentate ging die liberale Bewegung vorläufig zu Ende. Nur da und dort züngelten noch einzelne Flammen aus dem verlöschenden Brande auf. Die Pfälzer ließen sich's nicht nehmen, den ersten Jahrestag ihres Hambacher Festes durch eine neue Volksversammlung auf der Kästenburg zu feiern. Das Fest wurde verboten, Truppen rückten an, und die durch wiederholte Neckereien längst erbitterten Soldaten verfuhren mit entsetzlicher Roheit, verwundeten und mißhandelten eine Menge harmloser Leute. Die Aufregung im Volke steigerte sich noch, als bald nachher, seit Ende Juli 1833, fast drei Wochen lang Wirth, Siebenpfeiffer und ihre Hambacher Genossen vor den Landauer Geschworenen standen. Die meisten der Angeklagten bekannten sich unumwunden zu dem radicalen Grundsatze der allgemeinen Gleichheit. Wirth erklärte freimüthig, daß er die eine und untheilbare deutsche Republik erstrebe, freilich ohne Blutvergießen, allein durch „die innere Aufrichtung des Volkes". Diese republikanische Verfassung sei nichts anderes als das alte, allein rechtmäßige deutsche Kaiserthum; „der ganze Unterschied besteht nur darin, daß ich dem gemeinschaftlichen Reichsoberhaupt der Deutschen den Titel: Präsident beigelegt wissen will, während ihn die deutsche Constitution Kaiser nennt." Er sprach jedoch mit solchem Feuer ehrlicher vaterländischer Begeisterung und wußte die rührsamen Schlagworte aus Jean Paul, „dem ersten Dichter aller Völker und Jahrtausende", so geschickt einzuflechten, daß Geschworene, Vertheidiger, Zuschauer diesem „politischen Luther" ihre Bewunderung lärmend kundgaben. Sämmtliche Angeklagte wurden freigesprochen, obgleich der aufrührerische Sinn der Hambacher Reden klar zu Tage lag; einige der Freigesprochenen mußten aber noch nachträglich dem Zuchtpolizeigericht wegen Beleidigung der Beamten Rede stehen und erlitten Gefängnißstrafen. Die Pfalz beruhigte sich scheinbar, der stille Groll gegen die Altbaiern blieb freilich unversöhnt. Auch im rechtsrheinischen Baiern und in Württemberg wurde durch zahlreiche Verhaftungen wiederhergestellt was man am Bundestage Ordnung nannte.

Nur im Großherzogthum Hessen fand die revolutionäre Bewegung noch ein verspätetes Nachspiel. Als der Landtag im Herbst 1832 neu gewählt wurde, zeigte das Land wenig Theilnahme, und da ein Theil der jüngeren Beamten nach süddeutschem Brauche die Opposition offen unterstützte, so erlangten die Liberalen durch ihre Rührigkeit eine starke Mehrheit. Als ob sie fühlte, daß sie das Land nicht hinter sich hatte, stürmte die neue Kammer mit fieberischer Hast vorwärts. Zehn Monate blieb sie versammelt ohne ihre eigentliche Aufgabe, die Bewilligung des Budgets auch nur ernstlich anzugreifen. Dafür erging sie sich in donnernden Reden gegen die Sechs Artikel des Bundestages und heftigen Anklagen gegen die Regierung; sie sprach von einem neuen Wahlgesetze, von jährlichen Landtagen, von Beseitigung der Censur, von Einführung des Code Napoleon auf dem rechten Rheinufer — und das Alles in einer Zeit, da die Liberalen

auf einen Erfolg längst nicht mehr rechnen konnten. Neben den alten Führern der hessischen Liberalen E. E. Hoffmann und Jaup that sich jetzt zuerst Heinrich von Gagern hervor, ein bildschöner Reichsritter von hohem Selbstgefühl und feuriger nationaler Gesinnung, der wie Czar Nikolaus durch die Außenseite des großen Mannes die Zeitgenossen lange über die Mittelmäßigkeit seiner Begabung zu täuschen vermochte. Minister du Thil glaubte dem maßlosen Hasse, der über ihn hereinbrach, nicht mehr gewachsen zu sein; er hörte überall das Hohnlied singen „Herr du Thil mit der Eisenstirn“ und bot dem Großherzog seine Entlassung an. Der aber gab zur Antwort, was nach fünfzehn Jahren wörtlich in Erfüllung gehen sollte: „Wenn Herr Jaup je Minister wird, dann habe ich vorher abgedankt.“*) Im November 1833 wurde der Landtag unverrichteter Dinge aufgelöst.

Die radicale Partei in der Wetterau gab ihr Spiel noch nicht verloren; sie verachtete die Kammerredner als liberale Leisetreter, hielt ihre Genossen in der „Gesellschaft der Menschenrechte“ und ähnlichen Geheimbünden zusammen. Paul Follen und sein Freund Fr. Münch wanderten nach Amerika aus, weil sie an ein Gelingen nicht mehr glaubten. Weidig aber hielt bei der Fahne aus, und zu diesem christlich-germanischen Schwärmer gesellte sich nun ein radicaler Atheist, der junge Georg Büchner, ein Dichter von außerordentlicher Gestaltungskraft, zugleich begeistert und blasirt, eine jener Hamletsnaturen, wie sie in der literarischen Gährung der Zeit gediehen. Er hatte als Student in Straßburg die St. Simonisten kennen gelernt und sprach die socialistischen Gedanken, welche sich schon in Wirth's Vertheidigungsrede und einzelnen liberalen Flugschriften leise ankündigten, zum ersten male in Deutschland mit Bestimmtheit aus. Realist in der Politik wie in der Dichtung, erwartete er den Sieg der Revolution nur von der rohen Gewalt; er lachte der Thoren, die das Volk gegen die Sechs Artikel des Bundestags aufzuregen dachten, und wollte sich vielmehr an den hungernden Magen der Masse wenden. Sein Mitleid für die kleinen Leute kam aus dem Herzen, und nicht ganz mit Unrecht ward er späterhin als der Johannes des Messias Lassalle gefeiert.

Bereits hatte Weidig seinen „Leuchter und Beleuchter für Hessen“ ins Volk geworfen; auch ein irgendwo in Thüringen gedrucktes „Bauern-Lexicon“ war im Umlauf, das den kleinen Leuten erzählte, wie auf den Ministercongressen gesoffen und gefressen und der Teufelsbund zur Ermordung der Freiheit geschlossen würde. Alle solche Libelle übertraf aber bei Weitem Büchner's Hessischer Landbote, ein Meisterstück gewissenloser demagogischer Beredsamkeit. So blind war schon die Wuth der Parteien: der Constitutionelle Weidig trug kein Bedenken an diesem wild-radicalen Machwerke mitzuhelfen, der Atheist Büchner ließ sich von seinem gläubigen Freunde Bibelstellen und erbauliche Redewendungen in den Text einflechten.

*) Nach du Thil's Aufzeichnungen.

Die gesammte Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft ward hier als ein Zustand des Raubes geschildert: „Ihr müsset geben was Euere unersättlichen Presser fordern und tragen was sie Euch aufbürden; jeden Tag wird Diebstahl an Euerem Eigenthum begangen unter dem Namen von Steuern, um einige Fettwänste zu mästen“ — und so weiter: selbst den Ertrag der Domänen rechnete Büchner mit zu den Abgaben, die dem darbenden Volke abgepreßt würden. Die Brandschrift streute den ersten Samen eines Unkrauts, das erst nach Jahren aufgehen sollte. Für den Augenblick wirkte sie wenig; die Bauern, die den „Landboten“ unter ihren Hausthüren fanden, brachten die unheimliche Schrift meist selbst erschrocken der Obrigkeit. Nun erhielt du Thil, der in den Mitteln wenig wählerisch war, durch seine Spione Kunde von dem Treiben. Büchner entfloh zur rechten Zeit, Weidig wurde nebst einigen seiner Freunde gefangen, und so war auch auf diesem letzten Heerde des Aufruhrs die Flamme verlöscht. —

Während aller dieser Wirren wurde am Bundestage viele Jahre lang der Streit um Luxemburg dahingeschleppt, ein elender Handel, bei dem Alles was im deutschen Staatswesen faul war zu Tage trat: die Lüge der gesammten Bundesverfassung, die zerfahrene Unklarheit der öffentlichen Meinung, die Selbstsucht der kleinen Höfe, die Feigheit des Bundestags, die Ränke der Westmächte, und leider auch die Schwäche der verständigen Friedenspolitik Preußens. Das luxemburgische Land hatte seit Jahrhunderten die Schicksale der übrigen Provinzen Belgiens getheilt, mit ihnen gemeinsam nach einander die Herrschaft Spaniens, Oesterreichs, Frankreichs, Hollands ertragen. Nur die Westhälfte des Landes war wallonisch, aber auch in der deutschen Osthälfte konnte sich unter der beständigen Fremdherrschaft ein deutsches Nationalgefühl unmöglich ausbilden. Die Beschlüsse des Wiener Congresses, welche das Großherzogthum in den Deutschen Bund einfügten, wurden im Lande selbst kaum bemerkt; wie hätten auch die Massen des Volks diese dem erfinderischen Geiste Hans von Gagern's entsprungene diplomatische Künstelei verstehen sollen? Die Einwohner fühlten sich als Angehörige der katholischen Niederlande, und sobald in Brüssel der Aufruhr gegen Holland begann, wehte auch in Luxemburg überall die Fahne von Brabant. Die Hauptschuld an dieser unheilvollen Wendung der Dinge trug unzweifelhaft der König der Niederlande selber; er hatte die allerdings schwierige Doppelstellung des Großherzogthums niemals beachtet, sondern dies deutsche Bundesland stets als eine belgische Provinz behandelt und ihm weder eine eigene Verfassung gewährt noch das vorgeschriebene deutsche Bundescontingent gebildet. Wäre das Land, nach der Vorschrift der Bundesgesetze, durch luxemburgische Bundestruppen behütet worden, so ließ sich der Aufstand, der anfangs nur schwächlich auftrat, mit leichter Mühe ersticken. Völlig ungehindert,

griff die Bewegung rasch um sich. Deutsch blieb in dem Grenzlande nur die Bundesfestung, dies kleine nordische Gibraltar, das freilich nach Gneisenau's Urtheil schon damals für die Kriegführung großen Stiles wenig mehr bedeutete; das uneinnehmbare Felsennest wurde von der preußischen Garnison scharf bewacht und schloß den Aufrührern seine Thore.

Am 15. Oct. 1830 bat Graf Grünne im Namen des König-Großherzogs den Deutschen Bund um Hilfe, da schon das ganze Land mit Ausnahme der Festung und ihrer nächsten Umgebung in den Händen der Empörer sei; zum Troste fügte der luxemburgische Bundesgesandte hinzu, daß sein König fortan dem Bunde freundlich entgegenkommen und darum den Proviant für die Bundesfestung fortan zollfrei einlassen wolle. Ueber die Rechtsfrage ließ sich gar nicht streiten. Was auch der Wiener Congreß durch seine künstlichen Staatsbildungen, der König der Niederlande durch seine bundesfeindliche Gesinnung gesündigt haben mochten: unzweifelhaft war der Bund verpflichtet, dem bedrängten Bundesgliede Beistand zu leisten, gleichviel ob man die Belgier als Empörer oder als eine auswärtige feindliche Macht ansah. Rückten schleunig Bundestruppen ein, so konnte das Land seinem rechtmäßigen Landesherrn bewahrt, oder auch ein Gebietsaustausch, wenn er sich als nothwendig erwies, freiwillig, ohne Schaden für Deutschlands Ehre zugestanden werden. Das Alles war so unbestreitbar, daß selbst die Londoner Conferenz bei ihren ersten Beschlüssen die Rechte des Deutschen Bundes auf Luxemburg stets ausdrücklich vorbehielt. In Frankfurt aber herrschte rathlose Verwirrung; Alle fürchteten durch die luxemburgische Frage in einen Krieg mit Frankreich verwickelt zu werden. Und fast noch kläglicher verhielt sich die Nation. Unter dieser niederländischen Provinz, die doch mit einem Beine im Deutschen Bunde stehen sollte, konnte sich Niemand etwas Bestimmtes denken, und überdies waren die Belgier Empörer, also nach der neuen liberalen Heilslehre jeder Unterstützung würdig. Soweit die öffentliche Meinung die Frage überhaupt beachtete, sprach sie sich bald einmüthig für den Aufstand aus; warme Theilnahme für das Recht des König-Großherzogs zeigten nur der Kronprinz von Preußen und der kleine Kreis der strengen Berliner Legitimisten.

Nach langen Erwägungen kam der Bundestag zu der Einsicht, daß man den Krieg unter allen Umständen vermeiden, also die luxemburgischen Wirren nicht als den Einfall einer feindlichen Macht, sondern als einen Aufruhr im Bundesgebiete behandeln und dawider durch Bundes-Execution einschreiten müsse. Dies gab den erwünschten Anlaß zu neuen Verzögerungen; nun sollte erst der luxemburgische Gesandte über die Lage des Landes ausführlich berichten und dann General Wolzogen selbst hinüberreisen um ebenso gründlich zu begutachten, wie viele Truppen wohl für die Bundes-Execution nöthig seien. Darüber mußten Monate vergehen, und unterdessen, so hoffte man in Frankfurt, konnte der ganze Handel

glücklich begraben sein. Um den Ernst seiner Absichten von vornherein unzweideutig zu erweisen, richtete der Bundestag am 18. Nov. an Oesterreich und Preußen die vertrauensvolle Bitte, sie möchten sich auf der Londoner Conferenz des deutschen Bundeslandes annehmen und womöglich bewirken, daß die Bundes-Execution ganz oder theilweise überflüssig werde. Einen Vertreter des Bundes nach London zu schicken hielt man für bedenklich; denn man fühlte, welche lächerliche Rolle ein solcher rein-deutscher Diplomat neben den Gesandten der beiden deutschen Großmächte spielen mußte. Nur Blittersdorff wollte nicht sehen, daß der Deutsche Bund ohne Oesterreich und Preußen nicht zu den großen Mächten gehörte, und verlangte lebhaft, aber vergeblich die unmittelbare Mitwirkung des Bundestags bei den Londoner Conferenzen.*)

Mittlerweile versuchte der französische Hof, da er die Rechtmäßigkeit der Bundes-Execution unmöglich bestreiten konnte, mindestens die Ausführung nach Kräften zu verzögern. In einem Rundschreiben vom 30. Dec. sprach er den kleinen deutschen Höfen den väterlichen Wunsch aus, der mit den Hoffnungen dieser Cabinette nur zu wohl übereinstimmte: „daß der Bundestag bei den zu ergreifenden Maßregeln die Langsamkeit und die weise Mäßigung, wovon seine Thaten durchdrungen sind, bewähren, daß alle möglichen Zögerungen angewendet und selbst erneuert werden mögen. Diese Langmuth entspricht dem Charakter des Bundestages, der die Eintracht und den Frieden durch die versöhnlichsten Mittel aufrecht erhalten soll." Zugleich mußte Alleye in Frankfurt der Bundesversammlung vorhalten: „die Eilfertigkeit, welche sie bei der Vorbereitung der militärischen Maßregeln zeige, drohe die Aufregung in Belgien noch zu vermehren".**) Um dem Bunde noch einen Stein mehr in den Weg zu werfen, stellte Frankreich sodann die dreiste Behauptung auf: das Stück des Fürstenthums Bouillon, das die Pariser Verträge einst mit dem alten Herzogthum Luxemburg vereinigt hatten, könne nicht als ein unzertrennlicher Bestandtheil des Landes betrachtet werden — worauf dann erst von Bundeswegen eine lange Widerlegung geschrieben werden mußte.***) Indeß Deutschlands Recht war allzu klar. Am 18. März 1831 beschloß der Bundestag endlich, durch ein Executionsheer von 24000 Mann das Ansehen der rechtmäßigen Obrigkeit in Luxemburg wiederherzustellen und zugleich die Besatzung der Bundesfestung auf Kriegsfuß zu setzen.

Der Beschluß erfolgte viel zu spät; denn in diesen sechs Monaten hatten die Aufständischen, ermuthigt durch das Zaudern des Bundes, überall im Lande ihre Behörden eingerichtet. Nur die Bundesfestung

*) Blittersdorff's Berichte, 22. 30. April 1831 ff.

**) Circularschreiben des französ. Ministers des Ausw. an die Gesandtschaften in Karlsruhe, Stuttgart u. s. w. 30. Dec. Weisung an Alleye, 29. Dec. 1830.

***) Graf Reinhard, franz. Gesandter in Dresden, Denkschrift über Bouillon. Erwiderung von Smidt d. J., Jan. 1831.

blieb in der festen Hand des preußischen Gouverneurs; und Preußen vermehrte freiwillig seine Besatzungstruppen fast auf das Doppelte, da das luxemburgische Contingent, das in Kriegszeiten die kleinere Hälfte der Garnison bilden sollte, nirgends vorhanden war. Aber welch ein Anblick, als nun die anderen Bundestruppen, welche der Bundestag zur Vertheidigung der Festung bestimmt hatte, die Kriegsschaaren von Detmold, Bückeburg und Waldeck langsam eintrafen. Sie erwiesen sich als würdige Bundesbrüder des Frankfurter Kriegsheeres. Schon unterwegs hatten sie gemeutert, und in der Festung betrugen sie sich so zuchtlos, daß der preußische Gouverneur scharf eingreifen mußte; er ließ ihnen den höheren preußischen Sold geben und sie unter preußischer Aufsicht in der ihnen fast unbekannten Kunst des Schießens üben. Ueber diese Eigenmächtigkeit des preußischen Generals gerieth der Bundestag in vaterländischen Zorn und erörterte nunmehr mit gewohnter Gründlichkeit die leider ganz unlösbare Frage: wer solle die Kosten der Soldzahlungen und Schießübungen tragen? der Bund, oder Preußen, oder die Souveräne der gebesserten Kriegsheere? Schließlich konnte das preußische Gouvernement den Jammer nicht mehr ansehen und erklärte der Bundesversammlung geradezu: mit solchem Gesindel sei in einer rings von Rebellen umgebenen Festung nichts anzufangen. Neue Verlegenheit in Frankfurt. Man sah wohl ein, daß der Rückmarsch der drei Heere unvermeidlich war, aber den wahren Grund wollte man den drei Souveränen nicht mittheilen, das hätte sie zu tief gekränkt; darum beschloß man am 27. October, die drei Contingente sollten heimkehren, da „die Veranlassung ihres Ausmarsches nicht mehr vorhanden sei“. So väterlich sorgte der Bund nicht für die Kriegstüchtigkeit des deutschen Heeres, sondern für die Gemüthsruhe seiner Kleinfürsten. Für die Bundesfestung stand allerdings nichts zu fürchten; denn König Friedrich Wilhelm befahl sofort, daß sein rheinisches Armeecorps im Nothfall den Ersatz für die 1400 Lipper und Waldecker stellen solle.*)

Um so trostloser gestalteten sich die Aussichten für die Bundes-Execution; es lag ein Fluch auf Allem was diese unglückliche Frankfurter Versammlung in die Hand nahm. Daß Preußen an der Execution nicht theilnehmen dürfe, war am Bundestage beschlossene Sache; denn das Erscheinen preußischer Regimenter außerhalb der Bundesfestung konnte allerdings sehr leicht das Signal zu einem europäischen Kriege geben. Frankreich hatte auf der Londoner Conferenz den dringenden Wunsch ausgesprochen, die Bundes-Execution möge in einer Form erfolgen, welche „unzweideutig“ beweise, daß der Bund allein, und nicht die Ostmächte, in Luxemburg eingeschritten.**) Diese Bitte erschien, wie die Dinge lagen, wohl begreiflich,

*) Nagler's Berichte, 1. 19. Aug., 28. Sept., 4. Nov., 3. Dec. 1831.

**) Bernstorff, Weisung an Maltzahn, 14. Nov. 1830.

und der Bund konnte sie leicht erfüllen; auf dem Papiere mindestens besaß er ja noch andere Truppen, die den reizbaren Franzosen minder verdächtig erschienen als die Preußen. Die Execution wurde also dem zehnten und einem Theile des neunten Bundes-Armeecorps unter der Führung Hannovers übertragen. Die hannoversche Regierung zeigte sich jedoch wenig dankbar für solche Auszeichnung; sie erhob vielmehr lebhafte Beschwerden über die unerschwingliche Last und verlangte endlich einen Vorschuß von 2—300000 Thlr., der nach Bundesbrauch unmöglich vor einem halben Jahre gezahlt werden konnte. Was war der Grund dieses auffälligen Verhaltens? Geiz gehörte doch sonst nicht zu den Fehlern des hannoverschen Adelsregiments, das immer stattlich und vornehm aufzutreten liebte. Unzweifelhaft besorgte Hannover die Geschäfte Lord Palmerston's. Beide Westmächte wünschten, aus zärtlicher Rücksicht für ihren belgischen Schützling, die Einmischung des Bundes wo möglich zu hintertreiben, und da sie die Rechtmäßigkeit der Bundes-Execution schlechterdings nicht bestreiten konnten, so trieben sie ihr Spiel verdeckt. Während Alleye den einzelnen Bundesgesandten vertraulich eine neue französische Denkschrift zeigte, welche nochmals dringend vor den Gefahren der Ueberstürzung warnte,*) warf England-Hannover die Fackel der Zwietracht in den Bundestag selber. Der hannoversche Gesandte steigerte seine Geldforderungen; er verlangte sogar, der Befehl zum Ausmarsch der Executionstruppen dürfe nicht eher ertheilt werden, als bis alle betheiligten Staaten gehört und die Geldfragen erledigt seien.

Holstein und mehrere andere der kleinen nordischen Contingentsherren beeilten sich dem löblichen Beispiel Hannovers zu folgen und forderten ebenfalls Sicherheit wegen der Kosten. Auf das Schärfste trat Nagler, von dem bairischen Gesandten wacker unterstützt, diesem Treiben entgegen, das dem offenen Bundesverrathe nahekam. Der Zank ward unerträglich, die schlimmsten Zeiten des Regensburger Reichstags kehrten wieder.**) Friedrich v. Gagern, der im März mit Aufträgen der holländischen Regierung in Frankfurt eintraf, sagte schon damals scharfblickend voraus: der Bund werde sicherlich gar nichts thun, es fehle durchaus an ernstem Willen. In der That ging das Jahr 1831 über dem unwürdigen Geldgezänk dahin, ohne daß ein Mann der Bundesexecutionstruppen sich in Marsch setzte. Und mittlerweile ward durch die Londoner Conferenz schon dafür gesorgt, daß die ganze Bundes-Execution überflüssig schien, wie es der Bundestag von Haus aus so inbrünstig wünschte.

Der preußische Hof that für die Sicherheit der Festung Luxemburg weit mehr als seine Bundespflicht erheischte; er bemühte sich in Frankfurt redlich, den hadernden Bundesgenossen einen Entschluß abzuringen, er

*) Alleye, Annotations über Luxemburg, März 1831.
**) Nagler's Berichte, 26. April, 2. 10. 23. Juli, 10. Nov. 1831.

verwahrte auf der Londoner Conferenz oft und nachdrücklich die Rechte des Bundes. Nach Wien schrieb Bernstorff: „Der Bund würde entehrt sein und sich darein ergeben müssen, in Zukunft kein Leben und keine politische Thätigkeit mehr zu haben, wenn er es unterlassen wollte, bei dieser wichtigen Gelegenheit seine ebenso klare als förmliche Pflicht zu erfüllen." Zur selben Zeit (November 1830) erhielt Bülow in London die bestimmte Weisung: „Die Verhältnisse des Großherzogthums und der Festung Luxemburg zu dem Deutschen Bunde sind unwiderruflich festzuhalten. Jede versuchte gewaltsame Veränderung in diesem Betreff wird als ein Eingriff in die Rechte des Bundes und in die durch die Uebereinstimmung von Europa geheiligten Verträge anzusehen sein."*) Doch über das bescheidene Maß dieser selbstverständlichen Forderungen ging auch die preußische Politik nicht hinaus. Nur gewaltsame Veränderungen des Bundesgebiets dachte sie nicht zu dulden. Fand sich indessen ein friedliches Mittel, um ohne Schmälerung des Bundesgebiets und mit Zustimmung aller Berechtigten, den leidigen Handel aus der Welt zu schaffen, dann wollte König Friedrich Wilhelm, friedfertig wie er war, nichts dawider einwenden; und ein solcher Ausweg ward ihm jetzt unerwartet durch seinen niederländischen Schwager selbst gewiesen.

Der König-Großherzog trug sich noch eine Zeit lang mit der Hoffnung, sein deutsches Bundesland durch Waffengewalt zurückzugewinnen. Er sendete im März 1831 den tapferen Herzog Bernhard von Weimar in die Festung Luxemburg, um von dort aus einen royalistischen Kreuzzug zu versuchen. Der Plan ward rasch wieder aufgegeben, weil das ganze Großherzogthum sich schon in den Händen der Aufständischen befand. Nachher unternahm König Wilhelm, den Bund zu einer Kriegserklärung gegen Belgien zu bewegen; auch dies blieb vergeblich, da die Execution bereits beschlossen war. Mittlerweile hatte sich die Londoner Conferenz längst über den Grundsatz der Theilung des niederländischen Gesammtstaats geeinigt. Die holländischen Bevollmächtigten begannen selbst zu fühlen, daß sie an dieser vollendeten Thatsache nichts mehr ändern konnten, und versuchten nur noch, ihrem Lande eine möglichst günstige Grenze zu gewinnen. Die alte Grenze von 1790, welche dem Theilungsplane zur Richtschnur diente, war in den limburgischen Maaslanden sehr unvortheilhaft für Holland; dort lagen Venlo, Roermonde und andere altholländische Plätze rings von belgischem Gebiete umgeben. Daher erklärten die holländischen Unterhändler dem preußischen Gesandten vertraulich, ihr König sei geneigt, die Westhälfte von Luxemburg an Belgien auszuliefern, wenn Belgien dafür das rechte Ufer der Maas und die Nordspitze der Provinz Limburg an Holland und den Deutschen Bund abträte. Sobald dieser Vorschlag der Londoner Conferenz bekannt wurde, fand er sofort allgemeine Zustimmung,

*) Bernstorff, Weisung an Maltzahn 1. Nov., an Bülow 4. Nov. 1830.

und auch der Bundestag hegte keine Bedenken.*) An sich war ein solcher Gebietstausch für Deutschland keineswegs unannehmbar. Der einzige militärisch wichtige Platz Luxemburgs, die Bundesfestung, sollte deutsch bleiben, das limburgische Maasland grenzte unmittelbar an preußisches Gebiet, und da das Großherzogthum bisher nur dem Namen nach zum Deutschen Bunde gehört hatte, so kam leider sehr wenig darauf an, ob fortan statt der 150000 luxemburgischen Wallonen ebenso viele limburgische Niederdeutsche zu den Einwohnern des Bundesgebiets gerechnet wurden. Der junge belgische Staat war für neutral erklärt worden, folglich durfte sein König nicht in den Deutschen Bund eintreten, und Deutschland mußte durch holländisches Gebiet für den Verlust der Westhälfte Luxemburgs entschädigt werden.

Nach Alledem erschien der in London gefundene Ausweg als der einzige, der aus der Verwirrung hinausführte. Schmachvoll war dabei nur, daß die Belgier, vom Bunde ungehindert, das deutsche Bundesland schon besetzt hielten und sich mithin rühmen konnten das große Deutschland zu einer Abtretung gezwungen zu haben. Die Londoner Conferenz beachtete diese häßliche Kehrseite des Handels nicht, und in den Vierundzwanzig Artikeln, welche die Großmächte am 15. Nov. 1831 mit Belgien vereinbarten, wurde der Gebietstausch an der deutschen Grenze förmlich beschlossen, immer unter ausdrücklichem Vorbehalt der Rechte des Bundes. Damit schien der Streit erledigt. Jetzt aber rächten sich erst die Trägheit des Bundestags und die Widersetzlichkeit Hannovers. Hätte der Bund, nach seiner Pflicht, die Exekutionstruppen rechtzeitig in das aufrührerische Bundesland einrücken lassen, so konnte er in stolzer Ruhe warten, bis der König der Niederlande den Vierundzwanzig Artikeln endlich zustimmte, und dann dem in London verabredeten Gebietstausche auch seinerseits freiwillig, in Ehren die Genehmigung ertheilen. Nun war der günstige Augenblick längst versäumt. Die Belgier blieben im Besitze des ganzen Landes, was ihnen sogar der König der Niederlande für die Dauer des Waffenstillstands ausdrücklich zugestand, und da der König erst im Jahre 1839 seinen Frieden mit Belgien schloß, so gerieth die deutsche Insel, die allein noch aus der belgischen Ueberschwemmung emporragte, die Bundesfestung, bald in eine völlig unhaltbare Lage. Die deutsche liberale Welt war aber mit dem Gezänk der kleinen Landtage, mit Rußland und Polen, mit Spanien und Portugal dermaßen beschäftigt, daß sie die schimpflichen Zustände der Westmark keines Blickes würdigte.

Der einzige Mann, der in dieser Bundesschande eine rühmliche Rolle spielte, war General Dumoulin, der preußische Festungscommandant von Luxemburg. Ihm allein und seinen braven Soldaten verdankte

---

*) Bülow an Nagler, 27. August; Eichhorn's Denkschrift über die Niederlande 25. Oct.; Nagler's Bericht 13. Sept. 1831.

Deutschland, daß in dieser Westmark, wo alle Welt des Deutschen Bundes spottete, mindestens die schwarzweiße Fahne noch verhaßt und gefürchtet blieb. Der Sohn eines holländischen Generals und bis zum Jahre 1806 selbst holländischer Offizier, war Dumoulin im preußischen Dienste bald ganz zum Deutschen geworden; er hatte sich in den schweren napoleonischen Zeiten das Vertrauen Gneisenau's erworben und dann bei der Erhebung Deutschlands wacker mitgeholfen. Sein neues Amt übernahm er mit dem Bewußtsein, daß ihm die Grenzhut des Vaterlandes anvertraut sei; er führte die Geschäfte des Gouvernements, da der Gouverneur, der tapfere alte Landgraf Ludwig von Hessen-Homburg nach Fürstenbrauch den größten Theil des Jahres auf Reisen verbrachte, und erschreckte die Belgier durch seine genaue Kenntniß der niederländischen Verhältnisse, die Diplomaten des Bundestags durch den soldatischen Freimuth seiner Berichte.

Und welch ein Aufgabe hatte er zu lösen! Neun Jahre lang blieb die Festung in beständigem Belagerungszustande, rings von Feinden eingeschlossen. Für die Garnison freilich erzwang sich der General den freien Verkehr mit Trier und dem heimathlichen Hinterlande, aber auch nur für die Garnison; jeder Waarenballen, der an die Einwohner einging, unterlag den belgischen Zöllen und wurde von den Zollbeamten der Rebellen mit berechneter Bosheit mißhandelt. Handel und Wandel stockten gänzlich; die Wirksamkeit der Rechtspflege endete an den Grenzen des Festungsrayons, da der Bundestag die Behörden der Belgier nicht anerkannte; selbst der Postverkehr mit Deutschland hörte auf, und Dumoulin mußte die Briefe der Einwohner durch seine Ordonnanzen befördern lassen. An die alten Wälle, die in gewaltigen Zikzaklinien die Felsenthäler der Elze und des Petrusbachs überragten, wagten sich die Belgier nicht heran; dafür versuchten sie durch schlechte Künste Verrätherei anzuzetteln. Bald mußte der General einen Belgier, der einen preußischen Soldaten zur Desertion verleiten wollte, ausprügeln lassen — was nach Kriegsrecht erlaubt war und sehr heilsam wirkte — bald eine Brigade belgischer Zollwächter im Festungsbezirke gefangen nehmen, bald die Miliz-Aushebungen der Belgier untersagen oder ihren Holzfreveln steuern. Dazu von hüben und drüben beständige Versuche Freicorps zu bilden; wiederholte Verhaftungen, heute von der einen morgen von der anderen Seite angefochten; und ein widerwärtiger Briefwechsel mit dem belgischen Militärgouverneur General Tabor in Arlon, der erst nach scharfen Zurechtweisungen einsah, daß man einen preußischen General nicht ebenso schnöde behandeln durfte wie den Deutschen Bund. Aber auch der holländische Civil-Gouverneur in der Festung selbst, General Gödecke, machte dem tapferen Preußen zu schaffen; er begünstigte erst unter der Hand die Umtriebe der kleinen oranischen Partei, dann verlangte er Schonung für die gefangenen Belgier, da sein König noch immer hoffte die meuterische Provinz durch Güte zu gewinnen; dann for-

derte er gar Bezahlung für die preußische Einquartierung. Selbst der Bundestag beschwerte sich, weil die preußischen Ingenieure im Angesichte des Feindes die Festungswerke verstärkten, und es währte lange bis er diese außerordentlichen Ausgaben genehmigte.*) Das Tollste blieb doch, daß der Bund sich über ein Rayonsgesetz für die Bundesfestungen noch immer nicht hatte einigen können. Der Commandant mußte also eigenmächtig die Abgrenzung des Festungsrayons bestimmen. Als er sich durch die beharrlichen Neckereien der Belgier genöthigt sah das Festungsgebiet bis auf einen Umkreis von vier Stunden zu erweitern, da erhob die Bundesversammlung Bedenken, und der General antwortete kurzab, diesmal könne er seinen Frankfurter Vorgesetzten nicht gehorchen.

Um die Verwirrung zu vollenden mischten sich auch noch die Westmächte ein. Da der Bundestag die Bevollmächtigten des noch nicht anerkannten Königs der Belgier mehrmals zurückgewiesen hatte, so betrachteten sich England und Frankreich als die natürlichen Vertreter ihres Schützlings. Alleye und Cartwright erhoben eine Beschwerde nach der anderen über angebliche Uebergriffe des luxemburgischen Commandanten und schlugen dabei wieder jenen rohen, zankenden Ton an, der ihnen schon bei dem Frankfurter Streite so übel bekommen war. Es war, als wollten sie nochmals der Welt beweisen, was von der gerühmten Civilisation des Westens zu halten sei. Als Dumoulin einige belgische Soldaten aus dem Gebiete der deutschen Bundesfestung ausgewiesen hatte, da meinte der Engländer, „eine solche That launischer Willkür könne sich nur auf das Recht des Stärkeren stützen"; und als die Aushebung der belgischen Milizen im Festungsgebiete untersagt wurde, da erklärte Alleye: „die französische Regierung hat Grund zu der Befürchtung, daß General Dumoulin und seine Anstifter absichtlich einen Zusammenstoß herbeiführen wollten."**) Und nicht genug, daß die Beiden das sonnenklare Recht mit dreister Stirn bestritten; sie traten auch allen diplomatischen Brauch mit Füßen. Sie unterstanden sich dem Commandanten von Luxemburg unmittelbar ihre Beschwerden einzusenden; und obwohl sie wußten, daß der Bundestag nach seiner Geschäftsordnung nur Verbalnoten von den fremden Gesandten annehmen durfte, so versuchten sie doch immer wieder mit dem präsidirenden Gesandten Münch persönlich zu unterhandeln, ja Alleye hatte einmal die Unverschämtheit, eine vorgebliche mündliche Aeußerung Münch's dem Bundestage vorzuhalten mit der Bemerkung: das sei so gut wie ein Ehrenwort! Das freche Treiben der zwei Diplomaten des Westens währte jahrelang. Doch mit diesen wohlbekannten Störenfrieden wußte selbst der Bundestag fertig zu werden; er gab immer nur kurze abweisende Er-

*) Nagler's Berichte, 28. Dec. 1831, 24. Jan., 10. März., 8. Mai 1832.

**) Verbalnoten an Münch, von Cartwright 25. Sept. 1833, von Alleye 26. Februar 1834.

widerungen, die deutschen Großmächte unterstützten ihn nachdrücklich,*) und die beiden Gesandten verloren in Frankfurt jeden Einfluß. Die diplomatische Gesellschaft zog sich von ihnen zurück. Blittersdorff berichtete: „man ist hier nahe daran, Lord Palmerston für einen Halbwilden zu erklären, mit dem man nichts zu thun haben könne."**) Und diese Westmächte, die den Deutschen Bund also durch anmaßende Einmischungsversuche belästigten, wurden von der liberalen Presse fort und fort als Deutschlands natürliche Bundesgenossen verherrlicht.

Unterdessen war über Luxemburgs Zukunft noch immer nichts entschieden. Der König der Niederlande wollte sich zur Annahme der Vierundzwanzig Artikel nicht entschließen, denn insgeheim hoffte er noch auf einen allgemeinen Krieg. Palmerston aber erschwerte dem verrathenen holländischen Bundesgenossen die Nachgiebigkeit durch ungezogenen Uebermuth. Unverkennbar wünschte der Lord den Streit in die Länge zu ziehen; der Waffenstillstand, der die Belgier im Besitze des größten Theiles von Luxemburg und Limburg ließ, war ja für Englands neues Schoßkind überaus vortheilhaft, und wehe dem britischen Handel wenn das Festland je ganz zur Ruhe kam!

Menschlich genug, daß König Wilhelm in diesen langen Jahren der Ungewißheit seinem Grolle gegen den unthätigen Deutschen Bund zuweilen die Zügel schießen ließ. Im November 1833 zeigte er dem Bundestage an, er sei bereit die Westhälfte Luxemburgs an Belgien abzutreten; eine Entschädigung in Land und Leuten könne er dem Bunde freilich nicht bieten, indessen denke er die auf dem ungetheilten Großherzogthum ruhenden Bundespflichten nach wie vor vollständig zu erfüllen, und er hoffe — so sagte er wie zum Hohne — man werde in dieser Zusage „einen Beweis seiner föderativen Gesinnungen" erkennen. Durch heftige Beschwerden über die Unthätigkeit des Bundestages suchte er sodann diese ehrenrührige Zumuthung, die seinen eigenen früheren Verheißungen offenbar widersprach, wohl oder übel zu rechtfertigen.***) Die beiden deutschen Großmächte aber waren jetzt so ganz erfüllt von dem Wunsche den leidigen Streit zu begraben, daß sie den kleinen Höfen die Annahme der niederländischen Vorschläge dringend empfahlen. Ancillon meinte: eine Entschädigung zu fordern sei widersinnig, da kein Gebiet zur Verfügung stehe, und auch ungerecht, da der König ja kein neues Land erhalte, sondern nur sein altes Land behalte.†) Da geschah das Unerhörte: König Ludwig von Baiern und mehrere der deutschen Höfe zeigten sich patriotischer als Preußen selbst; sie bestanden darauf, daß Deutschland eine Entschädigung

*) Ancillon, Weisung an Maltzahn, 6. Nov. 1834.

**) Blittersdorff's Bericht, 13. Sept. 1834.

***) Nagler's Berichte, 20. Nov. 1833, 16. Jan. 1834.

†) Ancillon, Weisung an Bülow, 15. Dec. 1833.

durch Landgebiet erhalten müsse.*) Zweimal, in den Jahren 1834 und 1836, verlangte der Bundestag demnach feierlich vollen Ersatz für das westliche Lützelburg. König Wilhelm gab endlich nach. Am 19. April 1839 wurde der Friede zwischen Holland und Belgien, auf Grund der Vierundzwanzig Artikel, unterzeichnet. Am 5. September genehmigte der Bundestag, daß dies neugebildete holländische Herzogthum Limburg, mit Ausschluß der Festungen Mastricht und Venloo, in den Bund eintreten sollte; dafür wurde das etwa gleich große wallonische Luxemburg, das allerdings auch die deutsche Stadt Arlon und insgesammt etwa 32,000 deutsche Bewohner umfaßte, an Belgien ausgeliefert. Der gefallenen Entscheidung fügten sich selbst die Agnaten aus dem herzoglichen Hause Nassau; sie hatten während aller dieser Verhandlungen in tapferen Worten Großes geleistet, aber freilich bei der Stellung der Executionstruppen sich ganz ebenso kleinlich gezeigt wie Hannover; jetzt entsagten sie ihren Erbansprüchen auf die Westhälfte Luxemburgs und empfingen von König Wilhelm eine Geldentschädigung.

Dergestalt wurde eine Schmälerung des Bundesgebietes noch glücklich vermieden. Das neue sogenannte Herzogthum Limburg war, genau wie der abgetretene Landstrich, eine niederländische Provinz, die dem Namen nach zu Deutschland gehörte, und der Bundestag getröstete sich der Hoffnung, „daß die Weisheit Sr. Majestät Maßregeln treffen werde, welche geeignet sind, den Unzukömmlichkeiten vorzubeugen, die sonst möglicherweise aus diesen Verhältnissen entstehen könnten“. Wer solchen Beschwichtigungen Glauben schenkte, der konnte sogar mit einigem Scheine behaupten, daß der Gebietstausch an der Westgrenze dem Deutschen Bunde Vortheil bringe. Da das verkleinerte Luxemburg nunmehr von dem Königreich der Niederlande weit entfernt lag, so sah sich der König gezwungen, alte Unterlassungssünden endlich zu sühnen; das Großherzogthum wurde fortan als ein selbständiger, nur durch Personal-Union mit den Niederlanden verbundener Staat eingerichtet, erhielt sein besonderes Bundescontingent, im Jahre 1841 auch seine eigene Verfassung und trat also scheinbar dem deutschen Leben näher als bisher.

Doch was wollte dieser deutsche Trost bedeuten neben der furchtbaren moralischen Niederlage, welche der Deutsche Bund sich selbst bereitet hatte? Als der Bundestag die Widersetzlichkeit Hannovers hinnahm und die beschlossene Bundes-Execution gemächlich einschlafen ließ, da bekundete er vor aller Welt, daß er der ersten seiner Pflichten nicht entsprechen konnte. An dieser Schande waren alle deutsche Staaten mitschuldig, auch Preußen und Baiern, denn wohlgemeinte Worte genügten in solchem Falle nicht. Das geringe Ansehen, das der Bund in Europa bisher noch behauptet hatte, schwand fortan gänzlich; das kleine Belgien, das ängstliche Juli-

*) Dönhoff's Berichte, München 19. Dec. 1833, 28. Febr. 1834.

Königthum und der nur gegen die Schwachen muthige Palmerston wagten ihn offen zu verhöhnen.

Und wie verderblich wirkte der Anblick deutscher Schwäche auf die Gesinnung der deutschgebliebenen Lützelburger. Das Völkchen konnte in jenem Beschlusse der Londoner Conferenz, der ihr Heimathland zertheilte, nur ein salomonisches Urtheil, in dem geduldig zuwartenden Deutschland nur die Rabenmutter sehen. Neun Jahre lang hatte man sich an die belgische Verwaltung gewöhnt; was Wunder, daß die guten deutschen Kleinbürger in Diekirch, Wasserbillig, Grevenmachern die Wiedervereinigung mit dem freien Belgien ersehnten? Auch die Stadt Luxemburg war belgisch gesinnt, denn sie hatte zwar an der preußischen Garnison viel Geld verdient, aber noch mehr gelitten durch die Absperrung von der Nachbarschaft. Selbst Minister Türckheim, der nicht leicht einen Bundesbeschluß tadelte, fand es unbegreiflich, daß der Bundestag diese Grenzbewohner gewaltsam mit dem Wunsche erfülle, „dem Loose der Verwesung zu entgehen, welchem die Stagnation des Bundes alle Verhältnisse, welche sie umfaßt, entgegenführt."*) Außerdem bestand noch, wie in Belgien selbst, eine kleine Partei von Fransquillons, die mit Frankreich buhlte, und eine Partei stillvergnügter Particularisten, die am liebsten für sich bleiben wollten. Eine deutsche Partei bestand nicht. Die Besitzer der großen Bergwerke und Fabriken wünschten zwar freien Verkehr mit ihrem natürlichen Absatzgebiete im Osten; da und dort saß wohl auch ein junger Anwalt, der sich in Bonn oder Heidelberg deutsche Ideen angeeignet hatte. Sonst erklang im Lande nur Hohn und Spott über alles deutsche Wesen. Preußen allein ward gefürchtet, aber als ein Feind. Die schwarzweiße Fahne auf den Festungswällen Luxemburgs, die doch zum Schutze des Landes dort aufgerichtet stand, erschien jetzt dem Volke als das Feldzeichen der Tyrannei, nachdem sie neun Jahre hindurch der Tricolore von Brabant den Einzug gewehrt hatte. Ohnehin war der paritätische deutsche Staat diesem bigott-katholischen Volke, das alljährlich am Pfingstdienstage den widerlichen Mummenschanz der Echternacher Springprocession aufführte, von Altersher verdächtig, und der mächtige, noch ganz von hispanischen Gedanken erfüllte Clerus versäumte nicht diese Gesinnung aufzustacheln. Verachtung gegen den deutschen Namen und Haß gegen Preußen — das war die Saat, welche der Bundestag auf den Boden dieses altdeutschen Grenzlandes streute. Sie ging üppig auf und wuchert fort bis zum heutigen Tage. —

Seit dem Sommer 1832 war entschieden, daß Deutschland wieder ganz der Politik der Ostmächte angehörte, und nirgends ward dies Erstarken der alten Gewalten freudiger begrüßt als in Petersburg. Stolz

*) Türckheim an Blittersdorff, 3. August 1835.

auf die Bändigung des polnischen Aufruhrs, stolzer noch auf die wüthenden Schmähreden der liberalen Presse, träumte der Czar nur noch von dem großen Kreuzzuge für das legitime Recht. Schon um Weihnachten 1830 sagte er in einer geheimen Denkschrift über die Lage Europas: „Bewahren wir das heilige Feuer für den feierlichen Augenblick, den keine menschliche Macht abwenden, keine hinausschieben kann, für den Augenblick, da der Kampf zwischen der Gerechtigkeit und den Grundsätzen der Hölle (le principe infernal) ausbrechen muß.“ Irgend ein bestimmter politischer Gedanke lag in solchen dröhnenden Worten fanatischen Hasses freilich nicht, und General Schöler urtheilte treffend: „über seine eigentlichen Wünsche täuscht der Kaiser nicht nur Andere, sondern sich selbst.“*) Deutlich war nur, daß Deutschland in dem Kampfe gegen die Revolution sich verbluten, und Rußland schließlich mit seiner vielgerühmten „formidablen Reserve“, die sich auf dem Papiere der Petersburger Denkschriften so großartig ausnahm, die Früchte des Krieges gemächlich einheimsen sollte.

Je sicherer Nikolaus nach dem Falle Warschaus sich wieder selbst fühlte, um so tiefer wurmten ihn die Niederlagen, die ihm Preußens bedachtsame Friedenspolitik bereitet hatte. Noch immer trug er seine persönliche Verehrung für den König geflissentlich zur Schau und versicherte inbrünstig: „er ist mein Vater, ich bin sein Sohn.“ Dies hinderte ihn jedoch keineswegs, den Berliner Hof mit Zumuthungen zu überschütten, deren gleichen andere Söhne ihren Vätern nicht zu stellen pflegen. Nach allen den Freundschaftsdiensten, welche ihm Preußen während des polnischen Aufstands geleistet, wagte er noch zu verlangen, der deutsche Nachbarstaat möge dicht an der russischen Grenze eine hohe Polizeibehörde unter Mitwirkung eines russischen Beamten einrichten; ja er bat den König sogar, jene polnischen Flüchtlinge, welche die Heimkehr verweigerten, einfach im preußischen Heere unterzustecken (März, Juni 1832). Beide Bitten wurden rundweg abgeschlagen, und die politische Freundschaft erkaltete sichtlich. Der neue russische Gesandte Ribeaupierre verstand auch nicht wie sein Vorgänger Alopeus, sich das persönliche Vertrauen der Berliner Staatsmänner zu gewinnen; General Schöler andererseits begann dem Petersburger Hofe lästig zu werden, weil er durch lange Erfahrung gegen die moskowitischen Schauspielerkünste gepanzert war und immer wieder warnte: „es ist wahrhaft nationale Eigenschaft der Russen, von ihren Freunden Opfer jeder Art und nach dem größten Zuschnitt zu fordern, solche aber nur in ganz entgegengesetztem Verhältniß zu leisten.“**)

Obgleich der belgische Streit unter Rußlands eigener Mitwirkung im Wesentlichen beigelegt war und mithin kein Anlaß zum Kriege mehr bestand, so forderte der Czar doch unablässig eine förmliche Erneuerung des Bundes

*) Schöler's Bericht, 24. Sept. 1833.
**) Schöler's Bericht, 28. Dec. 1833.

der Ostmächte: die drei Höfe müßten ihren Entschluß „das göttliche Recht aufrechtzuhalten" feierlich vor der Welt beweisen. Preußen erwiderte (Jan. 1833): das alte Bündniß stehe fester denn je, seine förmliche Erneuerung sei überflüssig, ja gefährlich, denn sie könne nur bewirken, daß die Westmächte sich noch enger an einander schlössen und also der Zwiespalt der Staatengesellschaft sich verschärfte. Nach langen Bemühungen erreichte Rußland nur, daß am 9. März 1833 in Berlin ein unschädlicher, nahezu inhaltloser Vertrag zwischen den Ostmächten unterzeichnet wurde: die drei Höfe verpflichteten sich lediglich, die belgische Frage auf Grund der 24 Artikel, also im Einverständniß mit den Westmächten, zum Abschluß zu bringen, und versprachen dem König der Niederlande Schutz gegen weitere Angriffe — Angriffe, welche zur Zeit Niemand beabsichtigte.

Während also Preußen sich gegen die Petersburger Politik spröde verhielt, kam ihr die Hofburg dienstfertig entgegen. Seit der Julirevolution bewarb sich Metternich um die russische Freundschaft, unaufhörlich und mit wenig Würde. Er hoffte, die Vertrauensstellung, welche Preußen in Petersburg so lange behauptet hatte, nunmehr dem österreichischen Hofe zu verschaffen, und reizte den verhaltenen Groll des Czaren beständig durch Verleumdung der preußischen Staatsmänner, durch mehr oder minder deutliche Klagen über die Berliner Feigheit. Sein Vertrauter, der Gesandte Graf Ficquelmont, einer der feinsten Diplomaten aus der Schule des Staatskanzlers, hörte ehrfurchtsvoll die legitimistischen Zornreden des Selbstherrschers und bekräftigte sie stets mit einem herzerfreuenden soldatischen Biedersinne. Von kriegerischen Absichten blieb Metternich's Aengstlichkeit nach wie vor weit entfernt, allein er fürchtete die Revolution in Italien. Seine wiederholten Bemühungen um die Bildung eines italienischen Fürstenbundes waren an dem particularistischen Stolze der Bourbonen von Neapel gescheitert, und die Nachrichten von den Unruhen in Piemont lauteten hochbedenklich; in den Reihen der Verschworenen fanden sich schon die furchtbaren Namen Gioberti, Mazzini, Garibaldi. Wie bald konnte Oesterreich sich genöthigt sehen, seine Truppen nach Turin zu senden und dadurch den Einmarsch der Franzosen, den allgemeinen Krieg herbeizuführen! Für solchen Fall mußte die Hofburg auf Rußlands Beistand rechnen; war dieser gesichert, so schien nach österreichischer Anschauung auch Preußens Heeresfolge unausbleiblich. Auf die Gefühle des norddeutschen Verbündeten zarte Rücksichten zu nehmen hielt Metternich für überflüssig; denn eben in dieser Zeit that der Berliner Hof wieder einen mächtigen Schritt zur Lösung des deutschen Dualismus, Schlag auf Schlag kamen die Nachrichten von Preußens Zollverträgen, und obwohl der österreichische Staatsmann die langnachwirkenden Folgen dieser Verhandlungen keineswegs klar erkannte, so ahnte er doch in dem werdenden Deutschen Zollvereine eine feindliche Macht. Also geschah es, daß der Wiener Hof sich jetzt mit jedem Mittel das russische Bündniß zu sichern trachtete, und

selbst in der orientalischen Frage, welche die beiden Kaisermächte schon so oft entzweit hatte, dem Petersburger Cabinet eine ganz unerwartete Unterwürfigkeit erwies.

So hoffärtig und leidenschaftlich die russische Politik im Westen auftrat, ebenso klug und überlegen zeigte sie sich im Orient, wo sie allein den Boden genau kannte. Seit dem Frieden von Adrianopel spielte der Czar die Rolle des hochherzigen Beschützers der Türkei. Er erleichterte dem Sultan die Ausführung des Friedensvertrages in jeder Weise, erließ ihm einen großen Theil der Kriegskosten, suchte die Pforte durch seine Geschöpfe mittelbar zu beherrschen, und seine Kronräthe gelangten nach reiflicher Berathung sogar zu dem förmlichen Beschlusse, daß die Erhaltung des osmanischen Reiches vorläufig im Interesse Rußlands geboten sei. Als freilich das Londoner Cabinet den Wunsch aussprach, Rußland möge die Unverletzlichkeit der Türkei durch einen Vertrag mit England sicherstellen, da wurde das harmlose Ansinnen in Petersburg entschieden zurückgewiesen.

Seit dem Jahre 1831 begannen neue Gefahren über das Türkenreich heraufzuziehen. Mehemed Ali, der gewaltige Vicekönig von Aegypten, der Bekämpfer der griechischen Giaurs heischte von dem Großherrn die längst versprochene Belehnung mit den syrischen Paschaliks, er wagte den Aufruhr, und in unaufhaltsamem Siegeszuge führte sein Sohn Ibrahim das Heer der Aegypter durch Syrien bis in den Nordwesten Kleinasiens. Zu Anfang 1833 standen die Sieger nur noch wenige Märsche vom Bosporus entfernt, der Hauptstadt fast ebenso nahe wie Diebitsch vier Jahre zuvor, und wieder wie damals meinte die erschrockene europäische Diplomatie schon das Ende der Osmanenherrschaft vor Augen zu sehen. In Wahrheit konnte diese furchtbare Empörung dem wankenden türkischen Reiche vielleicht die Rettung bringen, wenn anders Rettung noch möglich war. Mehemed Ali war nach orientalischen Begriffen kein Hochverräther, und die brünstige Verehrung, welche er mitten im Kriege dem Sultan bezeigte, doch nicht ganz erheuchelt; an die Entthronung des Hauses Osmans konnte und durfte er nicht denken. Wenn es dem kühnsten und schlauesten Staatsmanne der orientalischen Welt gelang, seinem Hause das erbliche Großwesirat neben dem Kalifengeschlechte zu erwerben, dann blieb immerhin denkbar, daß der türkische Staat sich von innen heraus noch einmal verjüngte wie einst das Frankenreich unter der Herrschaft der karolingischen Hausmeier. Der Befreier der heiligen Stätten von Mekka durfte auf die begeisterte Hingebung aller gläubigen Moslemin zählen, und sein napoleonisches Regiment in Aegypten zeigte, wie meisterhaft er verstand, die Herrscherkünste Europas dem Leben des Morgenlandes anzupassen.

Aber jene Zerfahrenheit der öffentlichen Meinung Europas, welche dem osmanischen Reiche so oft schon das Dasein gefristet hatte, gereichte

ihm diesmal zum Unsegen. Keine der Mächte, welche den Bestand des türkischen Staates ehrlich wünschten, beurtheilte die Lage richtig. Preußen blieb nach seiner alten Gewohnheit den türkischen Händeln fern, so lange sie nicht unmittelbar den Weltfrieden bedrohten. Palmerston verstand von orientalischer Politik nicht das Mindeste und versäumte rathlos den rechten Augenblick. Metternich aber zeigte sich wieder einmal unfähig, die Mächte des Werdens in der Geschichte zu würdigen, und legte den Zollstock seiner legitimistischen Doctrin auch an die Politik des Morgenlandes; wie er einst in den Griechen nur Empörer gesehen hatte, so verdammte er jetzt unbedingt „die durchaus umstürzlerischen Absichten Mehemed Ali's" und erklärte „die reine Verdammung der Revolution" für den leitenden Gedanken jeder „gesunden Politik". Niemals wollte er den Vermittler spielen zwischen einem Rebellen und einem rechtmäßigen Souverän. Er athmete auf, als auch der Czar seine Entrüstung über den ägyptischen Aufrührer kundgab, und war nunmehr von Rußlands lauteren Absichten so fest überzeugt, daß er jedes Bedenken fast wie eine persönliche Beleidigung betrachtete. „Wenn unser Cabinet beruhigt ist," schrieb er tief gekränkt nach Paris, „so haben andere Cabinette nicht das Recht Zweifel zu hegen." Die unklare Politik des Juli-Königthums mußte den Wiener Hof in seiner Verblendung bestärken. Man wünschte in Paris die Erhaltung der Türkei, aber man wollte auch den Aegypter nicht ganz preisgeben, da das Nilland von Altersher zu Frankreichs natürlichem Machtgebiete gerechnet wurde, und erging sich daher in ungeschickten Vermittlungsversuchen, welche dem österreichischen Staatskanzler nur von Neuem zu beweisen schienen, daß die Revolutionäre am Nil wie an der Seine allesammt an demselben Strange zögen.

Der Petersburger Hof allein wußte was er wollte; er weigerte sich an einer gemeinsamen Einmischung theilzunehmen und bot dem Sultan, als die Gefahr aufs Höchste gestiegen war, seine Waffenhilfe an. Dankbar ergriff Machmud die Hand des großmüthigen Beschützers. Ein russisches Heer landete an der asiatischen Küste gegenüber der Hauptstadt, die Belagerung von Antwerpen ward durch einen Meisterzug der Petersburger Politik wett gemacht und in den Schatten gestellt. Unter freundlicher Mitwirkung seines nordischen Gönners schloß nun der Sultan mit den Aegyptern einen Frieden, der allen Herzenswünschen der russischen Politik Genüge that. Mehemed Ali erhielt die erbliche Statthalterschaft über Syrien; selbst das Thor Kleinasiens, Cilicien, und die für den Flottenbau unentbehrlichen Gebirgswälder des Paschaliks von Adana wurden ihm abgetreten. Die Macht der Pforte erlitt also eine schwere Einbuße, aber dafür zogen sich die Empörer aus dem eroberten Innern Kleinasiens zurück, und statt des gefürchteten Aegypters herrschte der russische Gesandte im Rathe der hohen Pforte; er sorgte dafür, daß alle Reformen, die dem Staate vielleicht noch aufhelfen konnten, fortan unterblieben.

Oesterreich und Preußen begrüßten den Friedensschluß mit aufrichtiger Freude; die Revolution war ja besiegt, der Bestand der Türkei dem Namen nach gesichert. In Paris dagegen wurde die Niederlage schmerzlich empfunden; auch Palmerston erkannte zu spät was er versäumt hatte, und tröstete das Parlament mit dem behaglichen, britischen Hörern immer willkommenen Gemeinplatze: England führe niemals Krieg für abstrakte Grundsätze. Alsbald sollte man noch deutlicher erkennen, was Rußlands Schutzherrschaft in dem geschwächten Türkenreiche bedeutete. Auf den ersten Wink des Sultans zogen die Truppen des nordischen Erretters gefällig heimwärts, aber am 8. Juli 1833 ward zwischen beiden Mächten zu Hunkiar Iskelessi ein Bündnißvertrag abgeschlossen: beide verbürgten einander ihren Länderbestand, und da der Sultan außer Stande war seine Zusage zu halten, so versprach er die Dardanellen allen fremden Kriegsflotten zu verschließen. Die Einfahrt nach Konstantinopel ward mithin den Westmächten verschlossen, den Russen vom Pontus her stand sie jederzeit offen.

Also ohne Schwertstreich errang Rußland das Uebergewicht im Osten, und nach so glänzenden Erfolgen wähnte sich der Czar stark genug, auch dem Abendlande die Herrscherstirne zu zeigen. Er wollte der Revolution, auf die Gefahr des Weltkrieges hin, mindestens grundsätzlich den Kampf ankündigen; er hoffte die schönen Tage von Troppau zu erneuern, obgleich seine eigenen Räthe lebhaft widersprachen und ein triftiger Grund für eine Zusammenkunft der Monarchen nirgends vorhanden war. Die erste Einladung zu diesem neuen Congresse war von Wien ausgegangen. Kaiser Franz fragte durch Ficquelmont vertraulich an, ob er im Sommer 1833 den russischen Kaiser in dem böhmischen Schlosse Münchengrätz begrüßen dürfe. Bei einiger Höflichkeit ließ sich die Versammlung sehr leicht so einrichten, daß auch der König von Preußen auf seiner alljährlichen Teplitzer Badereise daran theilnehmen konnte. Metternich aber wünschte den Czaren, den er als Kaiser noch nie gesehen, für sich allein zu haben; er fürchtete die Anwesenheit des alten Herrn, der von seinem Schwiegersohne wie von allen seinen Kindern mit einer gewissen Scheu verehrt wurde und wenn es zu beschwichtigen oder zu verneinen galt sich sehr zähe zu zeigen pflegte. Darum wurden die Vorbereitungen zu der Conferenz mit einem so auffälligen Ungeschick betrieben, daß General Schöler ärgerlich sagte: diese Kaiserreise „droht eine Art von Pasquill auf alle Monarchen-Zusammenkünfte zu werden".*) König Friedrich Wilhelm erhielt nur die Mittheilung, daß sein Schwiegersohn ihn und den Kaiser von Oesterreich zu besuchen denke; über den Zeitpunkt der Reise erfuhr er nichts Sicheres. Nach längerem Warten brach er endlich im Juli nach Teplitz auf, traf am 14. August in Theresienstadt mit Kaiser Franz, gleich darauf in Teplitz selbst mit Metternich zusammen und besprach sich mit Beiden über die

*) Schöler's Bericht, 16. Sept. 1833.

deutsche Bundespolitik; die europäischen Fragen wurden hier nur beiläufig berührt. Nach beendeter Cur kehrte er endlich heim; erst in Berlin empfing er die Nachricht, daß der Czar seine dringenden Geschäfte nunmehr abgeschlossen habe und in den ersten Septembertagen nach Deutschland zu kommen denke.

Also war, zu Ficquelmont's unverhohlener Befriedigung und wohl nicht ohne die stille Beihilfe des Czaren selbst, entschieden, daß der geplante Congreß in zwei Theile zerfallen mußte. Ebenso ungeschickt suchte man die fremden Höfe über den politischen Zweck der Zusammenkunft zu täuschen. Nesselrode schrieb nach England, dies Wiedersehen der befreundeten Herrscher sei nur durch die Herzensbedürfnisse des Czaren veranlaßt; Ancillon versicherte den Gesandtschaften, Nikolaus komme lediglich um seinen geliebten Schwiegervater zu begrüßen und den österreichischen Kronprinzen kennen zu lernen*) — während doch Jedermann wußte, daß der Kanzler Nesselrode, Ficquelmont und eine Menge Beamten des Auswärtigen Amts den Selbstherrscher auf seiner stillen Familienreise begleiteten. Begreiflich, daß Palmerston mit gewohnter Grobheit sagte: „Wie können diese Leute sich die Mühe geben solches Blech (stuff) zu schreiben? Es ist, als ob sie uns zwingen wollten, ihnen niemals mehr ein Wort zu glauben!"

König Friedrich Wilhelm erwartete nunmehr seinen Schwiegersohn im Schlosse Schwedt an der Oder. Es schwebte aber ein Unstern über diesem so ganz vom Zaune gebrochenen Congresse. Furchtbare Stürme zwangen das Schiff des Czaren, unterwegs in Riga eine Zuflucht zu suchen. Der König verbrachte mehrere Tage in tödlicher Langeweile, die nur Abends durch die tollen Improvisationen des Komikers Beckmann und einiger anderen Berliner Schauspieler etwas gemildert wurde; bei dem strömenden Regen war selbst das liebliche Versailles der Ukermark ein unleidlicher Aufenthalt. Da plötzlich, während Alles noch gespannt auf Nachrichten von der Küste wartete, rasselte der Wagen des Czaren über die Oderbrücke (5. Sept.); er hatte wieder eine seiner beliebten Ueberraschungen ausgeführt und den Weg von Riga zu Lande zurückgelegt. Der Empfang war herzlich wie immer. Ein Strom russischer Orden ergoß sich über die schwarzen Schwedter Dragoner; hier zuerst gefiel sich Nikolaus in jener Ordensverschwendung, welche seitdem von allen Höfen getreulich nachgeahmt den Ehrenzeichen allen Sinn und Werth geraubt hat. Mit der üblichen amtlichen Glückseligkeit schilderte Ancillon den Gesandten die wunderbare Eintracht der Schwedter Berathungen: „der Kaiser hat wiederholt erklärt, daß er dasselbe wolle wie der König und sein Cabinet, daß er nichts anderes wolle, daß er weder mehr noch weniger wolle."**)

Unterdessen äußerte sich Nikolaus zu seinen Vertrauten sehr unzu-

*) Ancillon, Weisung an die Gesandtschaften, 7. Sept. 1833.
**) Ancillon, Weisung an Schöler, 15. Sept. 1833.

frieden über diese dreitägigen Unterredungen.*) Der König war mit nichten gemeint jedem launischen Einfalle seines Schwiegersohnes nachzugeben und den so mühsam gesicherten Frieden durch eine thörichte Herausforderung in Frage zu stellen. Er stimmte dem legitimistischen Gepolter des Czaren freundlich zu; er erkannte auch an, wie Ancillon sagte, „daß der Aufschwung des revolutionären Geistes verschuldet sei durch die verhängnißvolle Thätigkeit der Pariser Propaganda und durch den ungeheuerlichen Grundsatz der Nicht-Einmischung“. Gern wollte er das Seine thun um „diese beiden Quellen des Unheils zu verstopfen, von denen die eine die Revolutionen entstehen läßt, die andere ihnen die Straflosigkeit sichert.“ Darum schlug er selbst vor, daß die drei Ostmächte gemeinsam die Unterdrückung der demagogischen Umtriebe in Paris verlangen sollten; er erklärte sich auch bereit, bei „der ersten Gelegenheit“ dem französischen Hofe zu erklären, daß die drei Mächte das Recht der Intervention festhalten und behaupten würden. Weiter mochte Friedrich Wilhelm durchaus nicht gehen; allen kriegerischen Andeutungen des Russen setzte er einen so hartnäckigen Widerstand entgegen, daß Nikolaus nicht einmal wagte ihm die Abschließung eines förmlichen Vertrages vorzuschlagen. Die Besprechungen gelangten über einen wenig fruchtbaren Gedankenaustausch nicht hinaus, und der Czar beschloß, Näheres erst in Münchengrätz mit den Oesterreichern zu verabreden.

Eine nochmalige Reise nach Böhmen konnte er seinem Schwiegervater um so weniger zumuthen, da die Manöver, bei denen der König niemals fehlte, nahe bevorstanden. Er wünschte also, Ancillon möge ihn begleiten. Der aber widersprach mit ungewohnter Entschiedenheit und ging so weit, dem Selbstherrscher zu sagen „die Würde Preußens erlaubt mir das nicht“,**) worauf Nikolaus, der den friedfertigen Theologen ohnehin nicht leiden mochte, in hellem Zorne auffuhr. Der Minister sah voraus, welche peinliche Rolle er allein neben den beiden Kaisern spielen mußte; deßhalb behielt er sich vor, die Münchengrätzer Verabredungen nachträglich in Berlin zu prüfen und dabei die Meinung des kranken Bernstorff einzuholen, dem er offenbar mehr Muth zutraute als sich selber. Unerschütterlich blieb er bei seiner Weigerung, und der König gab ihm Recht. Nur um den Schein der Eintracht vor der Welt zu wahren, wurde auf die Bitte des Czaren der Kronprinz mit nach Münchengrätz gesendet; sein Vater befahl ihm indessen streng, weder irgend ein Versprechen zu geben noch an den politischen Unterhandlungen theilzunehmen. So trennten sich die beiden Monarchen, in Freundschaft, doch nicht ohne Verstimmung.

---

*) Schöler's Bericht, 24. Sept. 1833.

**) Diese in den Tagebüchern der Fürstin Metternich (Hinterl. Papiere V. 435) erwähnte Aeußerung scheint in der That gefallen zu sein. Am Bundestage wurde sie allgemein geglaubt. (Blittersdorff's Bericht, 13. Dec. 1833.)

Glücklicher verliefen dem Czaren die zehn Tage seines Aufenthalts auf dem alten Wallenstein-Schlosse im Iserthale. Kaiser Franz freilich erschien kläglicher denn je; nach einer soeben überstandenen Krankheit war er sichtlich gealtert und sein Gespräch zum Verzweifeln geistlos. Mit Metternich aber fand sich Nikolaus rasch zusammen; er überhäufte ihn mit Gnaden und sagte ihm gleich bei der Begrüßung mit seinem gewohnten theatralischen Pathos: „Ich komme um mich unter die Befehle meines Chefs zu stellen.“ Der Eitelkeit des Oesterreichers war sogar diese Schmeichelei nicht zu plump; Metternich glaubte wirklich selber zu herrschen, derweil die Zügel des Kaiserbundes unvermerkt in Rußlands Hände hinüberglitten. Schon das gesellige Leben in Münchengrätz ließ errathen, wie der Schwerpunkt der Allianz sich seit den Laibacher Zeiten verschoben hatte. Die blendende Erscheinung des Czaren verdunkelte alle Anderen. Um ihn drängte sich huldigend der hohe Adel, Allen voran Herzog Wilhelm von Nassau, der ärgste Reaktionär des deutschen Fürstenstandes und darum Nikolaus' erklärter Liebling; auf ihn allein waren die Blicke aller der geheimen Agenten gerichtet, welche sich von nah und fern in den Städten und Bädern Böhmens eingefunden hatten. Ihm zu Ehren wurden glänzende Paraden veranstaltet, und den Diplomaten der alten Schule, die das Heer eigentlich nicht für ganz hoffähig ansahen, kam es hart an, wenn sie beständig von den Reiterkunststücken des ungarischen Husarenregiments, das Kaiser Franz seinem Gaste verlieh, sich erzählen lassen, beständig mit Entzücken betheuern mußten, wie herrlich die neue Uniform den schönsten Mann Europas kleide.

Unterdessen bewies auch der Verlauf der diplomatischen Arbeiten, daß in den Machtkämpfen der Politik der stärkere Wille dem feineren Kopfe immer überlegen ist. Der Czar erlangte von Metternich Alles was er wollte. Er erreichte zunächst, daß die beiden Mächte durch einen geheimen Vertrag sich verpflichteten (18. Sept.), den Bestand des osmanischen Reichs unter seinem gegenwärtigen Herrscherhause zu erhalten, dem Pascha von Aegypten keinen Uebergriff in die europäischen Provinzen des Sultans zu gestatten, und immer in Eintracht, nach gemeinsamem Plane zu handeln falls die Türkei gleichwohl zusammenbrechen sollte. Metternich frohlockte; war es denn nicht ein wunderbarer Triumph seiner Weisheit, daß Rußland jetzt die alten Anschläge auf Konstantinopel feierlich aufgab, während der argwöhnische Palmerston schon fürchtete, die Kaisermächte würden sich in Münchengrätz über die Theilung der Türkei verständigen? In Wahrheit hatte Nikolaus' Vertrauter Graf Alexis Orlow, der Urheber des Vertrages von Hunkiar Iskelessi den Oesterreicher nochmals mit vollendeter Kunst überlistet: wenn die Türkei unter dem verkommenden Hause Osman's fortbestand, wenn dem einzigen Manne, der ihr vielleicht noch aufhelfen konnte, dem Aegypter, ein Riegel vorgeschoben wurde, so war Rußlands Schirmherrschaft am Bosporus für einige Jahre gesichert und damit

Alles erreicht was man in Petersburg vorläufig wünschen konnte. In der orientalischen Politik immer zurückhaltend, trat der Berliner Hof diesem Vertrage nicht förmlich bei, doch er billigte ihn lebhaft; denn Ancillon ahnte so wenig wie Metternich, was die neue Freundschaft zwischen dem Czaren und dem Sultan bezweckte. Als die Westmächte, jetzt endlich über die Sachlage aufgeklärt, sich in Petersburg über den Vertrag von Hunkiar Iskelessi beschwerten, da wurden sie hochmüthig abgewiesen, und der preußische Minister freute sich von Herzen „dieser zugleich siegreichen und würdevollen Antwort: die beiden Mächte, meinte er, haben wohl eine Lektion verdient, da sie sich in Dinge mischen, die sie nichts angehen".*) In bestem Glauben, wie Metternich, versicherte er den Westmächten, daß Rußland völlig uneigennützige Gesinnungen hege und nicht beabsichtige den Vertrag von Hunkiar Iskelessi auszuführen; zugleich erging er sich in weihevollen Betrachtungen über die Gebrechlichkeit des armen Großtürken, dem er damals zuerst den Namen des „kranken Mannes" gab.

Als einen Erfolg durfte Rußland auch einen Vertrag über Polen betrachten, der in Münchengrätz von Oesterreich, bald nachher (16. Oct.) von Preußen unterzeichnet wurde. Während des polnischen Aufstandes hatte Nikolaus einmal daran gedacht, die treulosen Lande westlich der Weichsel als unwürdig der russischen Herrschaft seinen Verbündeten abzutreten. Jetzt war von solchen Aufwallungen keine Rede mehr. Der Czar wollte behaupten was er besaß, und Metternich untersagte gehorsam die geheimen Begünstigungen, welche Erzherzog Ferdinand von Este in Galizien den vornehmen polnischen Flüchtlingen bisher gewährt hatte.**) Rußland erlangte, daß die drei Mächte einander ihren polnischen Besitz nochmals verbürgten, und sich gegenseitig Hilfe im Falle von Aufständen, auch die Auslieferung der wegen Hochverraths verfolgten Polen und die Ueberwachung der Theilnehmer an dem letzten Aufruhr versprachen. Wie die Dinge lagen, ließ sich der Vertrag für einige Jahre mindestens durch die Noth entschuldigen, da die Theilungsmächte alle drei durch die Umtriebe der polnischen Verschwörer bedroht waren. Auf die Dauer mußte dies Abkommen doch nur den Moskowitern Gewinn bringen; denn im Völkerverkehre ist der rohere Staat fast immer im Vortheil, zwischen Staaten von ganz verschiedener Gesittung kann die Gegenseitigkeit der Rechte und Pflichten, die Vorbedingung alles Völkerrechtes selten bestehen. Daß ein preußischer Hochverräther in Rußlands freier Luft Zuflucht gesucht hätte, war bisher noch niemals vorgekommen; die Last der Auslieferungspflicht ruhte mithin allein auf den Schultern der deutschen Mächte, und beide erschienen vor der Welt wie dienstfertige Gehilfen Rußlands.

*) Ancillon, Weisung an Schöler, 27. Nov. 1833.

**) Maltzahn's Bericht, 28. Apr. 1833.

Höher als das Alles galt dem Czaren das Vorgehen der Ostmächte gegen das Bürgerkönigthum, und auch diesen Herzenswunsch wollte ihm Metternich gern erfüllen. Kaiser Franz zeigte sich über das Unwesen der Pariser Propaganda um so mehr aufgebracht, da Ludwig Philipp eben jetzt sich erdreistet hatte, die Hilfe Metternich's gegen die zahlreichen Legitimisten anzurufen, die sich in Oesterreich in der Nähe des vertriebenen Königs Karl aufhielten. Daß die Unzufriedenen aller Länder auf die stille Unterstützung der Westmächte rechnen konnten, war ein öffentliches Geheimniß; zahlreiche Demagogen bereisten das Festland unter falschen Namen, mit englischen Pässen; mehrere der Diplomaten aus Palmerston's Schule, vornehmlich der hitzköpfige Lord Minto, versammelten an den kleinen Höfen die Oppositionsparteien um sich. Wenn die Ostmächte solchen Friedensstörungen, zunächst durch eine gemeinsame Beschwerde in Paris, offen entgegentreten wollten, so thaten sie nur was ihnen zustand, und Frankreich selbst konnte ihre Berechtigung nicht bestreiten. Aber wie ließ sich mit dieser Beschwerde die schon in Schwedt besprochene Erklärung gegen die Nicht-Einmischungslehre des Julikönigthums angemessen verbinden? Nikolaus vergaß oder wollte vergessen, daß er seinem Schwiegervater von einem förmlichen Vertrage kein Wort gesagt hatte. Hier unter den Oesterreichern fühlte er sich freier und verlangte ein feierliches Manifest, das, ähnlich wie einst das Troppauer Rundschreiben, der Welt die Heilslehre des Einmischungsrechts verkünden sollte. Was kümmerte es ihn in seiner blinden Leidenschaft, daß die Welt sich seit dem Troppauer Congreß von Grund aus verwandelt hatte, und man nicht mehr dem schwachen Neapel, sondern der fanatischen Kriegsbegierde der Radicalen Frankreichs gegenüberstand? Metternich aber ging auf den thörichten Vorschlag ein; die Furcht vor der italienischen Revolution und der glühende Wunsch, den Czaren ganz für sich zu gewinnen, ließen ihn der gewohnten Vorsicht völlig vergessen. „Der Zustand Europas ist unerträglich, man muß ein Ende machen“, so sagte er zu den Russen, obgleich er einen Krieg im Ernst nicht wünschte.

Nun ward ein förmlicher Vertrag verabredet: die drei Mächte bekennen sich ausdrücklich zu dem Rechtsgrundsatze der Einmischung und sind „bereit, jederzeit ihre vereinte Macht aufzubieten um die rechtmäßige Intervention zu unterstützen“. Diesen Vertrag wollte man sodann gemeinsam dem französischen Hofe vorlegen und zugleich in einer kurzen, herrischen Erklärung den Wunsch aussprechen, „daß alle anderen Regierungen fortfahren würden diese Grundsätze zur Richtschnur ihres Handelns zu nehmen“. Unmittelbaren Vortheil für sein Rußland konnte Nikolaus von einem solchen Abkommen nicht erwarten; er wußte, daß die Türkei damals noch nicht zu dem Gebiete des europäischen Völkerrechts gerechnet wurde, und seine Verbündeten mithin auch nicht beabsichtigten, ihre Einmischungslehre etwa zu Rußlands Gunsten im Oriente anzuwen-

den.*) Der einzige Zweck des Vertrages war also eine Drohung gegen Frankreich, eine Drohung, die im gegenwärtigen Augenblicke nur wie eine muthwillige Friedensstörung wirken konnte. Wenn die Regierung des Bürgerkönigs im Gefühle ihrer Schwäche eine hohle revolutionäre Doctrin aufgestellt hatte, so war es doch sicherlich nicht geboten, ihr ein ebenso hohles legitimistisches Dogma in verletzender Form entgegenzuhalten. Wurde der Münchengrätzer Vertrag, wie er vorlag, in Paris bekannt, so vermochten die Orleans den kriegerischen Leidenschaften der Radicalen schwerlich mehr zu widerstehen und dann brach ein Weltkampf los, ein Krieg nicht um irgend eine ernste Machtfrage, sondern um die leeren Schlagworte der Revolution und der Legitimität. Wer darf sagen, ob Nikolaus' beschränkter Kopf alle diese Folgen übersah? Genug, der Czar erreichte seinen nächsten Zweck und kehrte befriedigt heim, ohne das preußische Gebiet wieder zu berühren. Seine ganze Reise hatte nur vier Wochen gewährt; sie zeigte vom Anfang bis zum Ende, daß sie nicht einer klaren staatsmännischen Berechnung, sondern einer jähen Despotenlaune entsprungen war. Die Oesterreicher freuten sich inbrünstig der wiederhergestellten Freundschaft der beiden Kaiserhöfe, und noch nach Jahren schrieb Metternich, diese Tage von Münchengrätz seien dem Kaiser Franz eine der theuersten Erinnerungen seines langen Lebens geblieben.

Aber sollte der König von Preußen sich's bieten lassen, daß seine Verbündeten über seinen Kopf hinweg, und in offenbarem Widerspruche mit den Schwedter Verabredungen, Verträge schlossen? Sollte er durch leere Drohungen einen Krieg heraufbeschwören helfen, dessen Gefahren man nirgends besser kannte als in Berlin? Ueber den Zustand des gerühmten russischen Heeres wußte General Schöler wohl Bescheid; immer wieder berichtete er seinem Hofe, wie verstimmt die Offiziere seien über die furchtbare Härte des Czaren, über die Oede des Kamaschendienstes, über die Unmasse der Disciplinarstrafen; komme der Krieg, so werde das preußische Heer sich ohne Zweifel vollzähliger, kampfwilliger, schlagfertiger und nachhaltiger zeigen als das russische.**) Die Kaisermächte schienen selbst zu fühlen, welche Zumuthung dem Könige gestellt wurde und sendeten daher zwei ihrer besten Diplomaten, Nesselrode und Ficquelmont, nach Berlin um die Zustimmung Preußens zu gewinnen. Ancillon jedoch empfing die Beiden sehr kühl: der Münchengrätzer Vertrag sei dem Könige ebenso neu als unerwartet und drohe in die Zukunft der drei Mächte, ja Europas dermaßen einzugreifen, daß die reiflichste Erwägung geboten scheine.***) Die Berliner Verhandlungen währten volle drei Wochen. Metternich verzehrte sich in Ungeduld; gegen seine Vertrauten schalt er wieder auf Preußens

*) Dies sagt Ancillon ausdrücklich (Weisung an Schöler, 12. Jan. 1834).

**) Schöler's Bericht, 28. Dec. 1833 ff.

***) Ancillon, Weisung an Brockhausen 26. Sept., an die Gesandtschaften, 14. October 1833.

Feigheit und schilderte den Staat, der ihm soeben durch die Stiftung des Zollvereins seine Kraft erwiesen hatte, als ein erbärmliches Zwitterwesen, ein juste milieu zwischen den Mächten ersten und zweiten Ranges.*)

Der preußische Minister ließ sich dadurch nicht anfechten; der König und Bernstorff standen hinter ihm, und seine Friedensliebe selbst erhöhte ihm den Muth. Er nöthigte die beiden Unterhändler, die drei schärfsten Artikel aus dem Münchengrätzer Vertrage zu streichen. Was nunmehr noch übrigblieb und am 15. October endlich unterzeichnet wurde, klang noch immer thöricht genug, aber nicht mehr wie eine offenbare Drohung. Die drei Mächte erkannten an, daß jeder Souverän das Recht habe, im Falle innerer oder äußerer Gefahren die Hilfe eines anderen Souveräns anzurufen, und keine dritte Macht dann befugt sei die Einmischung zu verhindern; sie erklärten ferner: wenn eine von ihnen selbst zur Einmischung aufgefordert und deshalb durch einen dritten Staat angegriffen würde, dann müßten sie allesammt die Sache der angegriffenen Macht als ihre eigene betrachten. Der also aufgestellte Grundsatz war nicht ganz so vernunftwidrig wie die französische Nicht-Einmischungslehre, aber ebenso wenig unanfechtbar; denn sollte jedem souveränen Staate gestattet sein, nach freiem Ermessen seinem Nachbarn Hilfe zu leisten, so mußte folgerecht auch jedem anderen Souverän unverwehrt bleiben, je nach Umständen dieser Einmischung entgegenzutreten. Immerhin hatte Preußen dem gefährlichen Unternehmen die Spitze abgebrochen; das von dem Czaren so leidenschaftlich betriebene Werk zerfloß in doctrinäre Erörterungen über mögliche Fälle der Zukunft. Zum Ueberfluß verpflichteten sich die drei Mächte, auf Preußens Verlangen, den Vertrag vorläufig tief geheim zu halten; ihre Gesandten in Paris sollten nur, wenn sie sich über die Propaganda beschwerten, gleichzeitig auch die vereinbarten Grundsätze über das Einmischungsrecht aussprechen, ohne des Vertrages selber zu gedenken. Damit schien jede Kriegsgefahr beseitigt, und man mußte nur noch auf eine lebhafte akademische Unterhaltung mit dem Pariser Auswärtigen Amte gefaßt sein.

Nikolaus machte gute Miene zum bösen Spiele und erklärte wiederholt sein „Entzücken“ über die Berliner Berathungen.**) Mittlerweile lernte Preußen noch einmal die Zuverlässigkeit der Russen kennen. Der geheime Vertrag war kaum unterzeichnet, da richtete Nesselrode schon, am 16. October, aus Berlin ein Rundschreiben an die Gesandtschaften bei den kleinen Höfen und erzählte darin ganz unbefangen alles Wesentliche aus den jüngsten Verhandlungen: der Grundsatz der Einmischung, so schloß er, „entspricht dem Interesse aller legitimen Regierungen“.***) Offenbar wollte Rußland durch diese vorzeitige Nachricht, die unmöglich

*) Brockhausen's Berichte, 1. 9. 19. Oct. 1833.

**) Ancillon an Schöler, 7. Nov. 1833 ff.

***) Nesselrode, Circulardepesche an die Gesandtschaften in Dresden, München, Turin, u. s. w., 4./16. Oct. 1833.

geheim bleiben konnte, den Streit verschärfen, den französischen Hof reizen. Als der österreichische Geschäftsträger v. Hügel am 30. October den Herzog von Broglie aufsuchte um ihm die in Berlin verabredete Mittheilung zu machen, fand er den Minister schon vorbereitet und überaus zurückhaltend; der Franzose erklärte trocken, in der Schweiz und in Belgien könne sein König eine Intervention nicht dulden — was sich im Grunde von selbst verstand, da beide Länder als neutral anerkannt waren. Am folgenden Tage ward aber Ministerrath gehalten, und Ludwig Philipp entschied, daß man den Bogen nicht überspannen dürfe. Pozzo di Borgo und Werther wurden daher am 1. November ungleich besser empfangen, der Preuße sogar mit freundschaftlicher Wärme; Broglie versprach dem Unwesen der Flüchtlingsvereine nach Kräften zu steuern und erhob auch gegen die Einmischungslehre der Verbündeten nur wenige Einwendungen.*)

Also schien das große diplomatische Zugstück mit einem Schwall nichtssagender Redensarten zu enden. Doch leider folgte noch ein häßliches Nachspiel. Broglie konnte sich's nicht versagen, in einem Rundschreiben an die Gesandtschaften die drei Unterredungen mit doctrinärer Selbstgefälligkeit zu schildern. Schon die hochmüthige Sprache dieses Schriftstückes mußte verletzen. Denn jedes Volk hat seine eigenen Fehler, die ihm natürlich zu Gesichte stehen; bei den Germanen kann sich der Doctrinarismus mit harmloser Gutmüthigkeit paaren, bei den Romanen entartet er stets zu unleidlichem Tugendstolze. Schlimmer war, daß der tugendhafte Franzose selbst Unwahrheiten nicht verschmähte. Er behauptete, gesagt zu haben, daß Frankreich auch in Piemont eine Einmischung nicht dulden werde. Die drei Gesandten stellten dies übereinstimmend in Abrede; und nun begann ein lang anhaltender, widerwärtiger persönlicher Zank; sogar der sanftmüthige Ancillon beschuldigte den Franzosen der Zweizüngigkeit und Charakterschwäche.**) Das Ende war, daß West und Ost einander noch lange höchst gereizt gegenüberstanden. Die Staatsmänner der Tuilerien redeten wieder viel von dem natürlichen Bunde mit den kleinen Staaten der Nachbarschaft und wollten nicht begreifen, warum weder die deutschen Fürsten noch der strenge Legitimist Karl Albert von Piemont sich nach Frankreichs Schirmherrschaft sehnten. Auch Palmerston fühlte sich beleidigt; er nannte das Auftreten der drei Mächte eine Schilderhebung gegen die Verfassungsstaaten und erlaubte sich in seinen geheimen Depeschen grobe Ungezogenheiten, die, bald verrathen, neuen Unmuth erregten. In Wien und Petersburg aber begann man nach einiger Zeit halb widerwillig einzusehen, daß Preußens Mäßigung die Welt vor einer ernsten Gefahr bewahrt hatte. —

*) Pozzo di Borgo's Berichte, $\frac{21. \text{Oct.}}{2. \text{Nov.}}$; Ancillon, Rundschreiben an die Gesandtschaften, 19. Nov. 1833.

**) Ancillon, Weisungen an Schöler, 8. 22. Dec. 1833.

Der europäischen Politik der beiden Kaisermächte widerstand der Berliner Hof zähe und nachhaltig, aber im Kampfe gegen die deutsche Revolution fand er sich mit der Hofburg wieder zusammen. Der Frankfurter Wachensturm und was nachher noch von den Plänen der Radicalen entdeckt wurde schlug die Höfe mit Schrecken. König Wilhelm von Württemberg meinte den Boden unter seinen Füßen versinken zu sehen, als die Ludwigsburger Soldatenverschwörung an den Tag kam; auf die Treue seiner Truppen hatte er sich immer so fest verlassen. In der ersten Angst befürchtete er einen allgemeinen süddeutschen Aufruhr und wendete sich nach Wien um Hilfe. Darauf, im Mai 1833, überbrachte Fürst Lichnowsky den Höfen von Stuttgart und Karlsruhe die vertrauliche Mittheilung, daß man ein östereichisches Corps an der Westgrenze bereitstellen werde um im Nothfall die Ruhe des deutschen Südens zu schützen.*) Aber auch nur im äußersten Nothfall. Metternich hoffte mit sanfteren Mitteln auszureichen und sendete dem Könige zunächst eine lehrhafte Denkschrift, die schon auf die Möglichkeit „einer heilsamen Reform" der Landesverfassungen hindeutete und sich sogar zu einer neuen Metapher aufschwang: da die Pest und der Krebs allmählich verbraucht waren, so verglich der besorgte politische Arzt diesmal die Revolution mit der Influenza.

An den Höfen erfuhr man bald, daß der Staatskanzler einen neuen großen Schlag in der Bundespolitik vorbereite. Als er sich im Juli nach seinem Schlosse Königswart begeben hatte, sprach eine stattliche Schaar strebsamer Diplomaten bei ihm vor; die einen wollten horchen, andere unterbreiteten dem Minister ihre Vorschläge zur Rettung Deutschlands. Unter diesen Gästen war auch Blittersdorff, der in einer Denkschrift darstellte, wie der Bundestag fortan in dem Kampfe gegen „das constitutionelle Princip" die Führung übernehmen, überall, auch in der europäischen Politik thätiger auftreten und folglich, damit die Nation ihre Centralgewalt verstehe, seine Verhandlungen zum Theil veröffentlichen müsse. Der Oesterreicher aber wußte nur zu wohl, was die Frankfurter Versammlung leisten konnte; er hoffte gerade durch Umgehung des Bundestags sein Ziel zu erreichen, und empfahl daher, als er im August zu Teplitz mit Ancillon zusammentraf, die Berufung einer neuen Ministerconferenz, nach dem Karlsbader und Wiener Vorbilde. Der preußische Minister ging auf diesen Vorschlag, den sein Vorgänger vor zwei Jahren so entschieden abgewiesen, jetzt mit Freuden ein, denn die Thorheiten der Radicalen in Hambach und Frankfurt hatten auch ihn tief erschreckt; doch hielt er fest an dem Grundsatze Bernstorff's, daß man neuer Bundesgesetze nicht bedürfe, sondern nur über die kräftige Handhabung der bestehenden Gesetze sich verabreden müsse.

Die beiden Staatsmänner entwarfen dann selbander ein Rundschreiben an die deutschen Höfe, das von Ancillon sofort, schon am 24. Aug., von

*) Berichte von Maltzahn, 28. April, 28. Mai, von Salviati, 13. 22. Juni 1833.

Metternich erst nach der Münchengrätzer Zusammenkunft am 5. October abgesendet wurde. Das Circular lud die leitenden Minister der größeren Bundesstaaten zu einer Besprechung ein, um „den immer drohender werdenden Uebeln der Zeit“ zu begegnen, und sprach die bestimmte Meinung aus, daß dazu die gehörige Anwendung der bestehenden Bundesgesetze genügen werde. Sobald diese Einladung ruchbar ward, witterten die Liberalen sogleich wieder Petersburger Umtriebe, und Palmerston, der eben damals den Frankfurter Senat gegen den Bundestag aufwiegelte, versicherte mit leichtfertiger Dreistigkeit, diese deutschen Ministerconferenzen seien ebenso sehr ein russisches als ein österreichisches Werk. Möglich immerhin, daß Metternich in Münchengrätz seine Pläne mit dem Czaren besprochen hat, da er sein Rundschreiben so auffällig spät absendete; Preußen aber erließ seine Einladung noch bevor Nikolaus den deutschen Boden betreten hatte. Auch an den Conferenzen selbst nahm die russische Diplomatie nicht einmal mittelbar irgend einen Antheil; erst nach dem Schlusse der Berathungen empfing der Czar eine Mittheilung über die Ergebnisse, was sich unter so nahe befreundeten Höfen von selbst verstand.*) Die Spitze der geplanten Minister-Versammlung war offenbar gegen die Landtage gerichtet, obgleich auch die beiden anderen Lieblinge der Hofburg, die Universitäten und die Zeitungen wieder ihr Theil erhalten sollten; denn da die revolutionären Verschwörungen der jüngsten Zeit sich fast ausschließlich im constitutionellen Deutschland zeigten, so schloß Metternich, daß sie in dem Repräsentativsysteme ihre Wurzeln hätten, und hoffte, durch eine verabredete gemeinsame Politik der Höfe die neuen Verfassungen, die man doch nicht mehr beseitigen konnte, mindestens in ihrer Wirksamkeit zu hemmen.

Die kleinen constitutionellen Regierungen durchschauten diesen Plan und geriethen wieder einmal in rathlose Verlegenheit; Schutz gegen ihre Landtage wünschten sie allesammt, aber vor einem Bruche ihres Verfassungseides schraken die meisten zurück, und ihre Souveränität wollten sie sich nicht durch den Bund beschränken lassen. Sie fühlten sich um so mehr beängstigt, da sie über den Zweck der Conferenz durchaus keinen sicheren Aufschluß erlangen konnten. Das wollen wir von Euch erfahren, antwortete man in Wien wie in Berlin; die constitutionellen Minister sollen ihre Klagen über die Mißstände des Repräsentativsystems vorbringen, dann wird beschlossen werden, wie dem Uebel abzuhelfen sei. Als der sächsische Minister Lindenau im Herbst in Geschäften des Zollvereins den Münchener und den Stuttgarter Hof besuchte, fragte er zugleich vertraulich an, was wohl auf den Conferenzen zur Beschützung der Landesverfassungen geschehen könne. Man kam jedoch zu keiner Vereinbarung, da die Ansichten über die unlösbaren Räthsel des Bundesrechts, zumal über die rechtmäßigen

*) Brockhausen's Bericht, 17. Juni 1834 mit Randbemerkung des Königs.

Grenzen der Bundesgewalt allzuweit auseinander gingen, und beruhigte sich stillschweigend bei der angenehmen Erwartung, daß im Deutschen Bunde niemals ein wirksamer Beschluß zu Stande kommen könne. Diese Hoffnung sprach der hannoversche Bundesgesandte Stralenheim im Namen seiner wohlmeinenden Regierung sehr aufrichtig aus: wenn man nur die Großmächte nicht reize, sondern „dilatorisch" verfahre, so würden die Landesverfassungen wohl unerschüttert und die neue Wiener Ministerversammlung ebenso ergebnißlos bleiben wie einst die alte vom Jahre 1820.*)

Inzwischen hielt Metternich doch für nöthig, sich mindestens der Zustimmung des Münchener Hofes zu versichern, der so oft schon durch seine Vorbehalte die Bundespolitik der Hofburg erschwert hatte; und wieder, wie vor neun Jahren bei der Verlängerung der Karlsbader Beschlüsse, glückte es ihm den König von Baiern zu einer persönlichen Zusammenkunft zu bewegen. Als er im October zu Linz mit König Ludwig zusammentraf, fand er freundliches Entgegenkommen. Der König war noch immer erbittert über seinen unbotmäßigen Landtag und erklärte sich gern bereit „das monarchische Princip" in den Landesverfassungen zu verstärken; nur wollte er — und dies war auch Preußens Wunsch — die Conferenz lieber in Prag oder Linz als in Wien zusammentreten sehen.**) Der Staatskanzler aber konnte sich nicht auf so lange Zeit von seinem Amte entfernen, und so erlebte denn Kaiser Franz im Januar 1834 die Genugthuung, daß sich die leitenden Staatsmänner Deutschlands als Vertreter der siebzehn Stimmen des engeren Rathes, wie wenn er ihr Kaiser wäre, in seiner Hofburg einfanden. Zu einem fröhlichen reaktionären Staatsstreiche Karlsbader Stiles war die Zeit freilich nicht angethan; denn mehr als eine Verständigung über conservative Gemeinplätze hatte Metternich in Linz nicht erreicht, und da er selber keinen bestimmten Plan verfolgte, sondern lediglich, ohne die Mittel und Wege zu übersehen, die unheimliche Macht der kleinen Landtage eindämmen wollte, so konnte es nicht fehlen, daß die Kraft der Trägheit, der Particularismus und die Verfassungstreue der constitutionellen Höfe seinem Unternehmen bald den Stachel nahmen.

Die Parteistellung gestaltete sich diesmal anders als auf der ersten Wiener Conferenz vor vierzehn Jahren. Metternich selbst war durch die Niederlagen der letzten Jahre, nach überstandenem erstem Schrecken, nicht gebeugt, sondern nur in seiner Selbstgerechtigkeit bestärkt worden. Alles hatte er vorher gewußt, Alles vorausgesagt. Erfroren in Dünkel blickte er auf die kleinen Sterblichen nieder und sagte zu Varnhagen, als dieser ihm seine unterthänige Aufwartung machte: ich bin der Mann der Wahrheit, seit fünfundzwanzig Jahren habe ich nichts zu bereuen. Mit seinem Amte war er jetzt so fest verwachsen, daß er den Fall seines Rücktrittes

*) Türckheim an Blittersdorff 21. Nov. Blittersdorff's Bericht, 21. Nov. 1833.
**) Dönhoff's Bericht, München 2. Dec. 1833.

geradehin für unmöglich erklärte. In der Stille gewann seine dritte Gemahlin Gräfin Melanie Zichy große Macht über den Alternden, eine schöne, feurige junge Dame, die ihre streng legitimistische Gesinnung herausfordernd zur Schau trug und durch ihr beleidigendes Betragen gegen den französischen Gesandten zuweilen den Gatten selbst in Verlegenheit brachte. Sie vergötterte ihren Clemens und hielt ihn für den Retter der Welt; sie entdeckte sogar, was noch kein anderer Sterblicher bemerkt hatte, eine auffällige Gesinnungsverwandtschaft zwischen ihrem Gemahl und dem Apostel Paulus. Unter der Leitung dieser sanften Hände wurde Metternich unvermerkt den clericalen Ansichten näher geführt. Er gedachte wieder mit Stolz seines Vorfahren, jenes trierschen Kurfürsten Lothar, der einst die katholische Liga mitbegründet hatte, und aller der anderen kirchlichen Erinnerungen seines alten Domherrengeschlechts. Obwohl er das Weltkind des achtzehnten Jahrhunderts nie ganz verleugnen konnte, so ließ er sich's doch wohl gefallen, daß jetzt statt des Kantianers Gentz der Renegat Jarcke das Scepter schwang unter den Publicisten der Hofburg. Je mehr er sich in seinen hochconservativen Anschauungen verhärtete, um so sichtlicher schwand auch jener Zauber bestrickender Liebenswürdigkeit, dem er einst so große diplomatische Erfolge verdankt hatte. Der schwerhörige alte Herr, der allen Einwürfen unzugänglich, immer nur in strengem Docententone dieselben Gedanken wiederholte, verblüffte die Neulinge durch seine feierliche Würde, und Niemand bestritt ihm den Ruhm des Nestors der europäischen Diplomatie; zu gewinnen, zu überreden vermochte er nur noch selten.

Unter allen Mitgliedern der Conferenz stand Ancillon der Hofburg am nächsten. Wie stolz fühlte er sich, als er in die Versammlung eintrat und ihr salbungsvoll zurief: „die Augen von Deutschland und ganz Europa sind auf uns gerichtet.“ Mit allgemeiner Verehrung wurde er aufgenommen, denn von dem neuesten glänzenden Erfolge der preußischen Politik, der Gründung des Zollvereins, fiel ein Wiederschein auf sein unschuldiges Haupt zurück. Er blieb nur sechs Wochen in Wien, weil die Amtsgeschäfte ihn heimriefen; die übrigen vier Monate hindurch vertrat ihn, da man den der Hofburg so tief verhaßten Eichhorn nicht zu senden wagte, der Geheime Justizrath Graf Alvensleben, ein tüchtiger Jurist von gemäßigt conservativer Gesinnung, aber erklärter Anhänger Oesterreichs und darum von Wittgenstein dem Könige empfohlen.*) Die Wahl war ein arger Mißgriff; denn als ein Beamter mittleren Ranges und streng an seine Instruktionen gebunden, durfte Alvensleben nicht wagen, gegen Metternich so selbständig wie vormals Bernstorff aufzutreten. Im Uebrigen war Preußens Stellung durch ein fast unentrinnbares tragisches Verhängniß vorgezeichnet. Wie einst die Hohenstaufen, eingepreßt zwischen

*) Frankenberg's Bericht, 1. Jan. 1834.

der römischen Curie und der wuchernden Fülle der deutschen Territorialgewalten, sich gezwungen sahen das Fürstenthum gegen die Städte zu begünstigen, so mußten die Hohenzollern jetzt den Liberalismus bekämpfen. Der preußische Hof wollte gegen Rußlands Wünsche seine verständige europäische Friedenspolitik weiterführen, ohne das unentbehrliche Bündniß der Ostmächte zu zersprengen; er wollte gegen Oesterreichs Willen die praktische deutsche Einheit, den Zollverein aufrechthalten, ohne den für jetzt ebenfalls unentbehrlichen Deutschen Bund zu zerstören; und wie konnte er diese zweifache schwierige Aufgabe lösen, wenn er nicht in den armseligen Händeln der zur Polizei herabgesunkenen Bundespolitik dem Wiener Hofe einiges nachgab? An den Liberalen, den Feinden des Zollvereins, den Freunden Polens fand er keine Stütze. Genug, Alvensleben ging mit Metternich und Münch, der als einziger Vertreter des Bundestages den Conferenzen beiwohnte, meist zusammen. Nur zu offenbarem Verfassungsbruch verweigerte er seine Mitwirkung; selbst die in Metternich's Augen schlechthin verwerfliche Oeffentlichkeit der Landtage wollte der preußische Hof nur beschränken, nicht beseitigen, da sie einmal in den neuen Staatsgrundgesetzen zugestanden sei.*)

Unter den Ministern der kleinen Staaten that sich du Thil durch seinen monarchischen Feuereifer hervor; schwer gereizt durch den Uebermuth des letzten Landtags hatte er die kühnsten Aeußerungen seiner Darmstädter Abgeordneten in einem Verzeichniß zusammengestellt und hoffte, die Conferenz werde diesen Syllabus liberaler Irrlehren feierlich verdammen. Auch der dänische Minister Reventlow-Criminil dachte streng conservativ wie der Bundesgesandte Pechlin und König Friedrich VI. selbst. Als während der Wiener Conferenz die neuen, wahrlich sehr bescheidenen dänischen Provinzialstände eingeführt wurden, hielt der Kopenhager Hof für nöthig den deutschen Mächten ausdrücklich zu versichern: es sei „der bestimmte Wille Sr. Majestät, das monarchische Princip in allen Stücken unverletzt aufrechtzuhalten und weder in der Gesetzgebungsgewalt noch im Besteuerungsrechte etwas von den Befugnissen der Krone aufzugeben"; er habe „demgemäß den übertriebenen Beschränkungsplänen gegen die souveräne Macht, die unsere Zeit so gefahrvoll für die Ruhe der Völker bezeichnen, Schranken gesetzt."**) Minister v. Berg folgte dem Vertreter des befreundeten dänischen Hofes unbedenklich, da Oldenburg noch keine Verfassung besaß. Auf seinen alten Vertrauten, den Mecklenburger Plessen durfte Metternich immer zählen, und sogar Bürgermeister Smidt von Bremen hielt sich jetzt zu der österreichischen Partei, weil die Handelspolitik der Hanseaten den werdenden preußischen Zollverein mit Hilfe der

*) Ancillon, Weisung an Alvensleben, 27. Jan. 1834.

**) Rundschreiben des dänischen Ministers des Auswärtigen über die neuen Stände, 27. Mai 1834.

Hofburg noch zu zersprengen hoffte. Aus ähnlichen Gründen, um sich die Gunst der Großmächte für die belgischen Händel zu sichern, folgte der Vertreter Luxemburgs, Verstolk van Soelen dem Banner Oesterreichs; was kümmerten auch den Holländer die deutschen Verfassungsfragen?*)

Diesen acht conservativen Stimmen trat eine Mehrheit von neun Constitutionellen entgegen, eine buntgemischte Partei, einig nur in dem Entschlusse, Alles zu vermeiden was daheim zu einer Ministeranklage führen konnte. Voran stand Baiern, das anfangs durch Gise, nachher sehr geschickt durch den Minister v. Mieg vertreten wurde. Beide Staatsmänner mußten ihrem Könige in tiefem Geheimniß, hinter dem Rücken des Ministerrathes, Bericht erstatten und empfingen von ihm die gemessene Weisung, die Selbständigkeit seines „Reiches“ vor jedem Eingriff zu bewahren.**) Etwas behutsamer trat der Badener Reizenstein für den Bestand der Landesverfassungen ein und gerieth deßhalb mit seinem alten Gegner du Thil oft in Streit; die alte freundnachbarliche Gesinnung der Badener und der Hessen machte sich in diesen Händeln Luft.***) Der Führung Reizenstein's fügten sich in der Regel der Sachse Minckwitz und der Württemberger Beroldingen, obgleich beide persönlich den Ansichten Metternich's nahe standen; desgleichen Ompteda aus Hannover, Trott aus Kurhessen und der Vertreter der Allerkleinsten, v. Strauch. Daß der geistreiche Thüringer Fritsch, Metternich's Widersacher von Karlsbad her, in diesem Kreise nicht fehlte, verstand sich von selbst. Sogar auf das allzeit getreue Nassau konnte die Hofburg sich nicht mehr verlassen, da Marschall vor Kurzem gestorben war und Ompteda vorläufig die nassau-braunschweigische Curiatstimme führte. Im Vertrauen ward schon der Plan eines Sonderbundes der constitutionellen Staaten besprochen: natürlich ohne Erfolg, weil man doch nur im ängstlichen Verneinen übereinstimmte.

Bei solchem Gleichgewicht der Parteien mußte die Conferenz von Haus aus unfruchtbar bleiben. Am 13. Januar eröffnete Metternich die Berathungen und erklärte in pathetischer Ansprache: vor vierzehn Jahren sei der Bund ausgebildet worden, jetzt gelte es ihn zu erhalten. Darauf folgte das wohlbekannte Schauergemälde der deutschen Zustände: „Aus den Stürmen der Zeit ist eine Partei entsprossen, deren Kühnheit wenn nicht durch Entgegenkommen so doch durch Nachgiebigkeit bis zum Uebermuth gesteigert ist. Wenn nicht bald dem überfluthenden Strome ein rettender Damm entgegengesetzt wird, so könnte in Kurzem selbst das Schattenbild einer monarchischen Gewalt in den Händen mancher Regenten zerfließen.“ Zwischen dem monarchischen Princip der Bundesverfassung und der modernen, unter den Formen des Repräsentativsystems verhüllten Idee der

---

*) du Thil an Prinz Emil von Hessen, 18. Jan., 7. Febr. 1834.

**) Dönhoff's Bericht, 6. Febr. 1834.

***) Alvensleben's Bericht, 11. Febr. 1834.

Volkssouveränität bestehe ein Zwiespalt, der beseitigt werden müsse; darum solle man offen die Frage beantworten, „was in Beziehung auf die Gefahren der Zeit der Bund in Zukunft von den deutschen Regierungen und was diese vom Bunde zu erwarten haben." Oesterreich stellte also keinen Antrag, sondern nur eine Frage. Um die schwierige Antwort zu finden, vergrub sich die Conferenz dritthalb Monate hindurch im Dunkel ihrer Commissionssitzungen. Das Geheimniß ward so streng gewahrt, daß selbst die in Wien beglaubigten Gesandten der deutschen Höfe nichts über die Berathungen der Minister erfuhren; von den Protokollen erhielt jeder der siebzehn Bevollmächtigten nur ein Handexemplar, jedes deutsche Cabinet einen zweiten Abdruck.

Als die Conferenz am 26. März ihre zweite Sitzung hielt, konnten die Commissionen nur sehr dürftige Ergebnisse ihrer tiefgeheimen Arbeiten vorlegen, und erst nach neuen, überaus peinlichen Verhandlungen wurden 27 Artikel über die Landtage vereinbart. Der ursprünglichen Absicht zuwider gelangte man zu der Einsicht, daß ohne neue Bundesgesetze nicht auszukommen sei, und um die ewigen Streitigkeiten über die Auslegung der Landesverfassungen oder über die Grenzen der ständischen Rechte endlich abzuschneiden, beschloß man ein Bundesschiedsgericht einzusetzen. Jede der siebzehn Stimmen des engeren Rathes sollte zwei Spruchmänner ernennen, aus diesen hatten dann gegebenen Falles die streitenden Parteien je drei Richter und der Bundestag einen Obmann auszuwählen. Es geschah zum ersten male, daß der Deutsche Bund sich zur Errichtung einer dauernden Bundesbehörde aufraffte. Aber der offenbar wohlgemeinte, von Alvensleben mit großem Fleiße ausgearbeitete Plan litt an einem unheilbaren Gebrechen: wie die Spruchmänner allein von den Regierungen ernannt wurden, so sollten auch die Regierungen allein berechtigt sein, vom Bundestage die Einberufung des Bundesschiedsgerichts zu verlangen, die Landstände durften höchstens darum bitten. Die mißtrauische öffentliche Meinung mußte also glauben, das neue Tribunal sei grundsätzlich parteiisch, sei lediglich bestimmt, die Kronen gegen die Landstände, nicht auch die Verfassungen gegen die Fürsten zu beschützen. Zur allgemeinen Verwunderung verlangte Baiern, das früherhin immer jede Bundesgerichtsbarkeit bekämpft hatte, jetzt sogar die Einsetzung eines Bundescompromißgerichts für die Zwistigkeiten zwischen den Bundesstaaten. Doch der particularistische Trotz widerstrebte, und man gelangte nur zu dem matten Beschlusse, daß den Bundesgliedern frei stehen solle ihre nachbarlichen Streitigkeiten vor dem neuen Bundesschiedsgerichte auszutragen.

Darauf folgten Bestimmungen über die landständischen Rechte — einige verständig, andere willkürlich, alle aber ausgezeichnet durch jene unklare, viel oder nichts sagende Form, welche der Bundesgesetzgebung eigenthümlich blieb; denn da nur einstimmige Beschlüsse gefaßt werden durften, so war immer im Vortheil, wer den dehnbarsten Ausdruck vor-

schlug. Da hieß es: „Die Regierungen werden nicht gestatten, daß die Stände über die Giltigkeit der Bundesbeschlüsse berathen und beschließen.“ Metternich wollte den Kammern schlechterdings verbieten, über Bundesangelegenheiten auch nur zu reden; aber Reizenstein widerstand, obgleich seine ängstliche Regierung selber dies Recht ihrem Landtage erst vor Kurzem abgesprochen hatte.*) Auch eine strenge Staatsdienerpragmatik für die deutschen Beamten, wie sie Metternich längst wünschte, ließ sich nicht erreichen; die Conferenz beschloß nur, daß Beamte nicht ohne Urlaub in die Landtage eintreten sollten. Ebenso wenig war eine unzweideutige Vorschrift über die Civillisten durchzusetzen. Seit einigen Jahren hatte sich die hochconservative Partei den Haller'schen Lehrsatz angeeignet, daß alles fürstliche Einkommen nur aus Grundbesitz fließen dürfe, und in Hessen bemühte sich Prinz Emil sogar die Domanialverwaltung nach dem althannoverschen Vorbilde von den Staatsfinanzen gänzlich abzutrennen, was selbst du Thil unverständig fand; aber da Geist und Wortlaut einiger Landesverfassungen sich mit solchen Wünschen schlechterdings nicht vertrugen, so begnügten sich die versammelten Minister mit der harmlosen Weissagung: „die Souveräne werden sich bemühen zu bewirken, daß die Civillisten auf Domanialgefälle gegründet werden“ u. s. w. Fast ebenso unwirksam war der an sich wohlberechtigte Beschluß: „die Regierungen werden einer Beeidigung des Militärs auf die Verfassung nirgends und zu keiner Zeit stattgeben;“ selbst der kurhessische Minister stimmte vergnüglich zu, denn er meinte, solche Sätze hätten keine rückwirkende Kraft und könnten also den in Hessen bereits eingeführten Verfassungseid der Truppen nicht berühren. Auch die Artikel über die Oeffentlichkeit und die Redefreiheit der Landtage sagten im Grunde nur, daß die Regierungen für die nöthigen Beschränkungen sorgen sollten.

Selbst über das Steuerbewilligungsrecht, das den versammelten Ministern besonders gefährlich schien, wagte man nur einige geschraubte Sätze aufzustellen, welche für eine gewissenhafte constitutionelle Regierung nichts bedeuteten, einer gewissenlosen aber leicht die Handhabe zu Staatsstreichen bieten konnten. Der eine Satz schien zu sagen, daß die Landstände eine bereits erfolgte Ausgabe nicht für ungiltig erklären dürften; aber der Nachsatz ließ ihnen den „nach der Verfassung zulässigen Weg“ offen und hob mithin den Vordersatz wieder auf. Kam ein Budget nicht zu Stande, dann sollte das Bundesschiedsgericht eintreten; aber auch dies war ein Schlag in's Wasser, denn wer konnte die Regierungen zwingen beim Bundestage die Einberufung des Schiedsgerichts zu verlangen? Unter allen den traurigen Leistungen der Bundesgesetzgebung gerieth dieser erste Abschnitt der Wiener Conferenzbeschlüsse unzweifelhaft am kläglichsten; in dem planlosen Durcheinander dilettantenhafter staatsrechtlicher Grundsätze

*) s. o. IV. 236.

verrieth sich überall der stille Wunsch nach Durchlöcherung der Landesverfassungen, aber auch die Angst vor offenbarem Eidbruch. Es war ein häßliches Spiel mit Treu und Glauben, und zugleich ein schwerer politischer Fehler in einer Zeit radicaler Leidenschaften, wenn Deutschlands Fürsten hinter dem Rücken ihrer Landtage sich über Auslegung und Handhabung ihrer beschworenen Landesverfassungen zu vereinbaren suchten. Mit reinem Gewissen und ohne stillen Vorbehalt konnte keiner der constitutionellen Minister diese Artikel unterschreiben; am wenigsten der kurhessische, denn seine Landesverfassung war die einzige in Deutschland, die der neuen französischen Charte nahe stand, und keine Kunst der Auslegung vermochte sie mit den Wiener Beschlüssen in Einklang zu bringen.

Ein zweiter Abschnitt von zehn Artikeln gab Vorschriften über die Censur, forderte für die Herausgabe neuer Zeitungen eine besondere Erlaubniß — was den Vorschriften der sächsischen und der kurhessischen Verfassung gradeswegs zuwiderlief — und erlaubte jedem Staate, die von anderen Bundesgliedern bereits censirten Schriften noch einmal zu censiren oder auch zu verbieten. So ward dafür gesorgt, daß kein gefährlicher Schriftsteller jemals durchschlüpfen konnte. Die deutschen Buchhändler aber, die jetzt nochmals um Schutz gegen den Nachdruck baten, speiste die Conferenz mit einem leeren, auf die Zukunft vertröstenden Artikel ab. Vorläufig blieb es dabei, daß die Reutlinger Nachdrucker unter dem Schutze der Krone Württemberg die Leipziger großen Verleger bestahlen, ihre Raubwaare durch die armen Hausirer von der Rauhen Alp auf dem flachen Lande verbreiten ließen und mit diesen ahnungslosen Helfershelfern auf der Nachdrucker-Messe, dem berüchtigten „Ehninger Krämercongreß" regelmäßige Abrechnung hielten.

Dem dritten Abschnitt — über die Universitäten — lag jener hannoversche Antrag zu Grunde, der vor drei Jahren am Bundestage so viel Verwunderung erregt hatte.*) Einige der Vorschläge Hannovers wurden als allzuhart beseitigt; was übrig blieb war immerhin noch arg genug. Mit philisterhafter Kleinmeisterei versuchte die Conferenz durch siebzehn Artikel das Leben der Studenten bis in's Einzelne zu regeln; namentlich das Reisen ward ihnen auf's Aeußerste erschwert, der Württemberger Berolbingen dachte selbst die üblichen akademischen Spritzfahrten in die Umgegend der Universitätsstädte nur nach eingeholtem Segen der Obrigkeit zu erlauben. Es war, als ob man die jungen Leute zur Selbstüberhebung zwingen wollte; wie wichtig mußten sie sich selber vorkommen, wenn ihnen jetzt nach dem Frankfurter Attentate einige Zeit lang sogar das Uebernachten in der Bundesstadt verboten wurde.

Als Anhang folgte noch ein Artikel, der die Aktenversendungen in Criminalfällen untersagte — weil die Tübinger Facultät kürzlich ein sehr

*) s. o. IV. 267.

mildes Urtheil über einige Demagogen gefällt hatte.*) Manche andere Wünsche der reaktionären Heißsporne mußten unberücksichtigt bleiben; wie hätte man auch einen einhelligen Beschluß über die Beschränkung der Schwurgerichte oder ähnliche Vorschläge durchsetzen können.

Auch die Mediatisirten, die in Süddeutschland, zumal in Baden und Württemberg, guten Grund zur Klage hatten, klopften vergeblich an die Thüre der Conferenz. Sie verlangten in einer Eingabe (1. Febr. 1834) die ihnen früher versprochenen Curiatstimmen am Bundestage, ferner eine authentische Interpretation des Art. 14 der Bundesakte, endlich ein selbständiges Tribunal, das ihnen die dort verheißenen Rechte sichern sollte. Preußen hatte diesen mediatisirten Herren immer jene Großmuth, welche dem Starken ziemt, erwiesen. Der Kronprinz war ihr treuer Gönner. Er hielt für Ehrenpflicht aller früheren Reichsstände, „den als Opfer der Gewalt und Habsucht gefallenen ehemaligen Mitständen“ freundlich entgegenzukommen, und wünschte geradezu, daß einige Gebiete der Mediatisirten — nicht ihre neuen Entschädigungslande, wohl aber „die Länder, welche so lange deutsche Geschichte reicht, von demselben Hause regiert wurden — als wahre Mediat-Fürstenthümer oder -Grafschaften nach unseren Landesgesetzen von ihren alten Landesherren als Lehensträgern unserer Krone, nicht als Unterthanen“ beherrscht werden sollten.**) Ganz so weit, bis zur Bildung kleiner Staaten im Staate, wollte das nüchterne preußische Beamtenthum freilich nicht gehen; immerhin gewährte die königliche Instruktion vom 30. Mai 1820 dem hohen Reichsadel eine angesehene Stellung, die ihm billigerweise genügen konnte, und obgleich es auch in Preußen nicht an Beschwerden fehlte, so hegte er doch ein gutes Zutrauen zu der Gerechtigkeit der Hohenzollern.

Zehn der mediatisirten Fürsten und Grafen wendeten sich daher noch vor Eröffnung der Conferenz an König Friedrich Wilhelm und beschworen ihn, ihr in der That wohlberechtigtes Gesuch zu unterstützen. Der König war auch nicht abgeneigt und antwortete freundlich; doch eine feste Zusage konnte er nicht geben, weil die in der Bundesakte verheißenen Curiatstimmen den Mediatisirten nur durch einstimmigen Beschluß gewährt werden durften. Mit Sicherheit ließ sich vorhersehen, daß der mediatisirte Reichsadel, der sich auf den Landtagen stets so streng conservativ gehalten hatte, am Bundestage für die beiden Großmächte stimmen würde; ebendeßhalb waren seine alten Feinde, die süddeutschen Mittelstaaten fest entschlossen das Versprechen der Bundesakte nicht einzulösen.***) Zum Unglück führte über-

*) Alvensleben's Bericht, 14. Febr. 1834.

**) Separat-Votum des Kronprinzen zu dem Berichte des Staatsministeriums über die Rechtsverhältnisse der Mediatisirten, Juli 1824.

***) Eingabe der Fürsten von Hohenlohe, Löwenstein, Leiningen u. Gen. an K. Friedrich Wilhelm, Nov. 1833. Antwort, 13. Febr. 1834. Ancillon, Weisung an Alvensleben, 13. Febr. 1834.

dies in Wien der fanatische Feudale Prinz Constantin Löwenstein das Wort für seine Standesgenossen. Er versicherte ungescheut: wenn in dem Gebiete eines mediatisirten Herrn noch die Folter bestünde, so könnte sie durch ein Gesetz des neuen Landesfürsten nicht aufgehoben werden — und brachte durch seine maßlosen Ansprüche selbst die wohlgesinnten Minister in Harnisch. Nach lebhaften Verhandlungen, die namentlich den alten Haß Nassaus gegen die Mediatisirten wieder offenbarten, beschloß die Conferenz, die ganze Frage unerledigt zu lassen und verwies die Klagenden an den Bundestag. Also ward der alte Reichsadel durch eigene Schuld und durch die Wortbrüchigkeit der süddeutschen Staaten immer tiefer in seine unnatürliche Winkelstellung hineingedrängt.

Die Ergebnisse der Berathungen wurden endlich in einem Schluß-Protokoll von 60 Artikeln zusammengefaßt. Der liberale Luftzug wehte aber schon so schneidend durch die Welt, daß man nicht mehr wagte, dies Protokoll, wie einst die Karlsbader Beschlüsse, zu veröffentlichen. Nur einzelne Artikel sollten in Frankfurt als Bundesbeschlüsse verkündet werden; die übrigen, und vornehmlich jene gefährlichen Verabredungen über die Rechte der Landtage, blieben geheim. Die Regierungen verpflichteten sich insgeheim, auch diese geheimen Artikel ebenso unverbrüchlich zu befolgen „als wenn dieselben zu förmlichen Bundesbeschlüssen erhoben worden wären“.

Da drohte das Schiff dicht vor dem Hafen noch zu stranden. Der Münchener Hof, dessen Wünschen die Conferenz stets bereitwillig entgegengekommen war, erhob plötzlich Einspruch, und mit gutem Grunde meinte Türckheim, dahinter verberge sich nur „das dünkelhafte Princip der Isolirung und eine mehr der Aengstlichkeit als aufrichtigem Liberalismus zuzuschreibende Besorgniß“.*) König Ludwig war augenblicklich mit seinem neuen Landtage zufrieden; auch fand er es unwürdig, sein Reich einem förmlichen Beschlusse der Bundesgenossen zu unterwerfen. Höchstens einem freien Vertrage wollte er sich anschließen, und sein vertrauter Minister Fürst Wallerstein, der gern den Liberalen spielte, bestärkte ihn in seinen Bedenken gegen das Bundesschiedsgericht.**) Die Bestürzung in Wien war groß. Ancillon hielt für nöthig sein grobes Geschütz aufzufahren, und sendete nach München einen von Schmeicheleien und Mahnungen überströmenden Erlaß: „Wir waren überzeugt, die Einheit Deutschlands fester und folglich stärker gemacht zu haben. Wie wäre es möglich, daß der Fürst, dem Deutschland großentheils das schöne Werk des Zollvereins verdankt, und der darin immer ein Unterpfand der Eintracht und eine neue Stütze der Einheit gesehen hat, jetzt diese Einheit durch Trennung von seinen Bundesgenossen schwächen oder bloßstellen könnte, jetzt da es sich darum handelt

*) Türckheim an Blittersdorff, 14. Juni 1834.

**) Dönhoff's Berichte, 31. Mai, 19. Juni 1834.

den inneren Frieden und die Unabhängigkeit nach außen zu sichern?"*) Noch bevor ihm diese Predigt vorgelesen wurde hatte der launische Wittelsbacher sich schon eines Anderen besonnen und die Unterzeichnung des Schlußprotokolls befohlen; indeß stellte er noch einige kleine Bedingungen um der Conferenz doch zu zeigen was auf Baiern ankomme. Auf sein Verlangen wurde in elfter Stunde noch Mehreres geändert: die Verabredungen über die Presse und die Universitäten sollten nur auf sechs Jahre gelten, eine gemeinsame Dienstvorschrift für die Censoren sollte nicht erlassen werden, und was der Armseligkeiten mehr war. Nun erst, am 12. Juni konnte man das Schlußprotokoll einmüthig unterzeichnen. Ancillon bedang sich als besondere Ehre aus, daß ihm die kostbare Urkunde zur nachträglichen Mitunterzeichnung nach Berlin geschickt wurde, und Metternich hielt eine feierliche Schlußrede. Der preußische Minister ermahnte das Münchner Cabinet in einer neuen Depesche, nunmehr wenigstens das Beschlossene ernsthaft auszuführen, und der Baier Mieg gelobte dies auch heilig in der Schlußsitzung.**)

Mit Genugthuung wurde das klägliche Ergebniß dieser fünfmonatlichen Berathungen wohl nur am Berliner Hofe begrüßt. Dort dachte man sehr bescheiden über die Aufgaben des Bundes, seit die Politik der lebendigen deutschen Einheit im Zollvereine einen großen Wirkungskreis gefunden hatte; man war zufrieden, wenn nur der Schein der Eintracht zwischen den Bundesgenossen gewahrt, und der Revolution mit einigem Ernst begegnet wurde. Darum richtete der König ein warmes Dankschreiben an Metternich; trotz der Meinungsverschiedenheiten der jüngsten Jahre hatte sich seine persönliche Verehrung für den österreichischen Staatsmann nicht vermindert. Ancillon aber pries in einem Rundschreiben an die Gesandtschaften den schönen Erfolg der Conferenzen: man habe weder die Bundesgesetze noch die beschworenen Verfassungen ändern, sondern lediglich „verhindern wollen, daß die bestehenden Gesetze entarteten"; dies sei glücklich gelungen gegenüber den Landtagen, der Presse und den Universitäten, von denen mehrere heute als „wahre Pflanzstätten der Demagogie, ja selbst des Aufruhrs" erschienen.***)

Auch die über deutsche Dinge immer schlecht unterrichtete französische Regierung hielt die Wiener Conferenzen für ein folgenschweres Ereigniß. Der neue Minister des Auswärtigen, Rigny, versuchte durch ein Rundschreiben und durch persönliche Unterredungen die Diplomatie der Mittelstaaten vor der Tyrannei der deutschen Großmächte zu warnen: wie könnten Monarchen, deren Souveränität durch Frankreich verbürgt sei, sich freiwillig einem auswärtigen „subalternen Gerichte" unterwerfen?†) Frankreichs

*) Ancillon, Weisung an Dönhoff, 2. Juni 1834.
**) Ancillon, Weisung an Dönhoff, 26. Juni 1834.
***) Ancillon, Rundschreiben 30. Juni 1834.
†) Jordan's Bericht, 6. Dec. 1834.

Warnungen fanden taube Ohren. Die kleinen Kronen wußten wohl, daß in Wien nur eine Halbheit, eine Unwahrheit beschlossen war. Der Bundestag mußte sich bequemen, die Artikel über das Bundesschiedsgericht in Gestalt eines Bundesgesetzes zu veröffentlichen (30. October 1834). Aber dies von allen amtlichen Blättern pomphaft angepriesene Tribunal trat bis zum Jahre 1848 nie in Thätigkeit; denn die constitutionellen Fürsten zogen sämmtlich vor, ihre schwarze Wäsche daheim zu waschen statt den immer verdächtigen Schiedsspruch des Bundes anzurufen, und als die kurhessischen Stände einmal um Einberufung des Bundesschiedsgerichts baten, wies sie der Bundestag selber ab. Nachher wurden auch die Artikel über die Universitäten und über die Aktenversendung als Bundesgesetze verkündigt. Alles Uebrige blieb, wie beschlossen war, tief geheim, und die Frankfurter Gesandten klagten bitterlich, wie schmählich man den Bundestag wieder einmal an die Wand gedrückt habe. Die Nation aber konnte in diesem undurchdringlichen Geheimniß nur ein Zeichen bösen Gewissens sehen, sie glaubte tolle Märchen über die Wiener Teufeleien. Als endlich, nach beinahe zehn Jahren, Welcker das Schlußprotokoll herausgab, da schoben die längst auf das Schlimmste gefaßten Leser allen Artikeln, auch den harmlosen oder nichtssagenden, einen so argen Sinn unter, daß die Wiener Conferenz einen nur halb verdienten höllischen Ruf erlangte. Erst nach einem vollen Menschenalter (1865) hat F. v. Weech alles Wesentliche aus den Protokollen veröffentlicht.

Die verfassungstreuen constitutionellen Minister gelangten allesammt bald zu dem stillen Entschlusse, es mit der Ausführung der Wiener Vereinbarungen nicht sehr genau zu nehmen. Lindenau in Dresden erklärte dem preußischen Gesandten aufrichtig: die zu Bundesbeschlüssen erhobenen Artikel werden wir streng ausführen, die anderen auch — wenn unsere Kammern nicht widersprechen. Die Reaktionäre aber grollten. Seit den Wiener Conferenzen weiß ich, sagte der Herzog von Nassau, daß Oesterreich in Deutschland nicht mehr die Initiative ergreifen kann, ich sage mich los von dem österreichischen Systeme.*) Und du Thil suchte noch nach Jahren den letzten Grund der Revolution von 1848 in der Untreue jener liberalisirenden Minister, welche das Wiener Schlußprotokoll zum todten Buchstaben gemacht hätten. Ebenso schwermüthig, aber unbefangener urtheilte Münch-Bellinghausen. Er sagte: die Conferenzen haben nur ein halbes Ergebniß gebracht, denn die Richtung, welche Deutschland seit der Juli-Revolution eingeschlagen ist nicht mehr aufzuhalten.**)

So stand es wirklich. Es war gelungen, den offenen Aufruhr zu bändigen, auch den Ruf nach Preßfreiheit und viele andere wohlberechtigte Forderungen der Zeit vorläufig abzuweisen. Aber die neuen parlamen-

*) Blittersdorff's Bericht, 21. Febr. 1835.
**) Blittersdorff's Bericht, 27. Oct. 1834.

tarischen Staatsformen umfaßten nunmehr schon fast die gesammte kleine deutsche Staatenwelt. Trotz der Angst der Höfe und trotz der Ausschweifungen der Liberalen standen sie unerschütterlich fest, und wer die zähe Lebenskraft dieser kleinen, so wenig musterhaften Verfassungen recht erkannte, der mußte vorhersehen, daß die constitutionellen Ideen bald durch ganz Deutschland ihren Siegeszug halten würden. —

Sechster Abschnitt.

Der Deutsche Zollverein.

Radicale Theorien leiten den Staat aus dem freien Willen des souveränen Volkes ab. Die Geschichte lehrt vielmehr, daß in einfachen Verhältnissen die Staaten meist gegen den Willen der Mehrheit des Volkes, durch Eroberung und Unterwerfung entstehen; und wie der Krieg selbst in Zeiten bewußter Gesittung immer seine staatenbildende Kraft bewahrt, so wird auch die innere Politik freier Völker keineswegs allein durch die Wandlungen der öffentlichen Meinung bestimmt. Die folgenreichste politische That dieses Zeitraumes, die alle die kleinen Kämpfe um constitutionelle Rechte gänzlich in den Schatten stellte, vollzog sich unzweifelhaft gegen den Willen der Mehrheit der Deutschen; die Nation wirkte nur mittelbar und halb unbewußt mit, da die Zornreden der Liberalen wider das deutsche Elend und die berechtigten Klagen der Geschäftswelt den Regierungen einen rettenden Entschluß aufzwangen. Der größte praktische Erfolg der Idee der deutschen Einheit war das Werk der nämlichen Kronen, welche die deutschen Farben verfolgten und den Vorschlag eines Deutschen Reichstages als eine revolutionäre Ketzerei zurückwiesen. So unerbittlich zwang die Vernunft, die in den Dingen lag, auch die Widerwilligen und die Ahnungslosen in ihre Dienste.

Nach dem Tode Motz's, des einzigen Staatsmannes, der die politischen Folgen des preußischen Handelsbundes von vornherein ganz übersah, erhielt sein Freund Maassen, der Begründer des Zollgesetzes, die Leitung des Finanzwesens. Die Wahl des Königs konnte keinen würdigeren Mann treffen. Maassen überragte den Verstorbenen durch umfassende Sachkenntniß; klug, gerecht, wohlwollend verstand er bei den Unterhandlungen sich das Vertrauen der argwöhnischen kleinen Kronen stets zu erhalten. Freilich fehlten ihm der kühne Wagemuth und der weite staatsmännische Blick des Vorgängers; er ließ die Dinge gern an sich kommen und hegte nicht wie jener den Ehrgeiz auf die Leitung der gesammten preußischen Politik einzuwirken, obgleich er als der bedeutendste Kopf des Ministeriums klar erkannte, wie gemächlich die Mittelmäßigkeit in den anderen Departements sich wieder einzunisten begann. Wenn sein ge-

treuer Mitarbeiter, der feurige Ludwig Kühne ihn beschwor, daß er seine geistige Ueberlegenheit den anderen Ministern zeigen möge, dann erwiderte Maassen achselzuckend: dazu fühle er sich mit seinen einundsechzig Jahren schon zu alt.*) Ueberdies hatte der Finanzminister vollauf zu thun um die außerordentlichen Mittel für die Rüstungen zur Stelle zu schaffen, die Thätigkeit des Auswärtigen Amtes aber ward durch die Kriegsgefahr und die deutschen Unruhen ganz in Anspruch genommen. So erklärt es sich, daß die mühselige Arbeit der handelspolitischen Einigung zwar stetig vorwärts schritt, aber zunächst nicht so schnell gefördert wurde, wie man wohl erwarten konnte nachdem Motz Schlag auf Schlag die letzten Enclaven aufgenommen, den Zollverein mit Darmstadt, den Handelsvertrag mit Baiern-Württemberg abgeschlossen, den feindlichen Handelsverein der Mitteldeutschen nahezu zersprengt hatte.

Die Nachspiele der Juli-Revolution gereichten der preußischen Handelspolitik zum Vortheil; sie räumten plötzlich alle die Hemmnisse hinweg, welche das alte System in den norddeutschen Mittelstaaten dem Zollverbande entgegenstellte. Durch den Untergang der ständischen Anarchie in Sachsen, der despotischen Willkür in Hessen war die Verwaltung beider Länder den preußischen Institutionen angenähert worden; früher oder später mußte die Verständigung erfolgen. In Kurhessen zunächst wurde die Morschheit des alten Mauthwesens offenbar. Nicht zuletzt die wirthschaftliche Noth hatte die Volksbewegungen im Herbst 1830 hervorgerufen. Das Ländchen mit seinen 154 Geviertmeilen besaß 154 Meilen Zollgrenze. Frecher als irgendwo auf deutschem Boden gedieh hier der Schmuggel; in geschlossenen Schaaren zogen die Schwärzer aus, maßen sich mit den Zollwächtern in offenem Gefechte. Während die Kosten der Zollverwaltung den Ertrag der Eingangsabgaben fast verzehrten, begann jetzt auch der ergiebige Durchfuhrzoll zu versiegen, da der Transit sich nach der neuen Thüringer Straße hinüberzog. Als die Unruhen ausbrachen, verließen alle Mauthbeamten im Hanauischen und Fuldischen ihre Amtshäuser; Massen fremder Waaren strömten unverzollt ins Land, und der Bundesgesandte Meyerfeld erklärte dem Bundestage, die Regierung dürfe nicht wagen, die Zollämter wiederherzustellen.**) Entsetzt schrieb Blittersdorff: „Die Mauthen können leicht für ganz Deutschland ein Losungswort des Aufruhrs werden.“

Doch wie konnte Kurhessen aus dem unerträglichen Nothstande heraus? Die Regierung war zwiefach gebunden: durch den mitteldeutschen Handelsverein und durch den Eimbecker Vertrag.***) Jener lag im Sterben,

---

*) Ich benutze im Folgenden mehrfach eine Abschrift der Denkwürdigkeiten L. Kühne's, die mir Herr Wirkl. Geh. Rath von Jordan mit Erlaubniß der Familie freundlich überlassen hat.

**) Blittersdorff's Bericht, 7. Oct. 1830.

***) s. o. III. 680.

dieser war vor der Hand noch ein Entwurf, änderte nichts an den Leiden des Landes. Man schwankte lange; noch im Herbst 1830 widmete Geh. Rath Meisterlin, einer der Urheber des Eimbecker Vertrags, den Landständen eine Flugschrift, die den Eintritt in das preußische Zollsystem verwarf, weil Hessens Gewerbfleiß die Mitwerbung der überlegenen rheinischen Industrie nicht ertragen könne. Die alte Abneigung des Kurfürsten gegen Preußen war nicht verflogen, auch schien ihm doch bedenklich eine zwiefache Verpflichtung ohne Weiteres zu brechen. Er wünschte — und mit ihm wohl die Mehrzahl im Lande — einen Mauthverband des gesammten Deutschlands, der die Sonderbünde von selbst aufgehoben hätte. In diesem Sinne mußte Meyerfeld bei dem bairischen Bundestagsgesandten Lerchenfeld vertraulich anfragen. Das Münchener Cabinet aber kannte jetzt die handelspolitischen Pläne wie die Verhandlungsweise des Berliner Hofes; daher gab Graf Armansperg an Lerchenfeld die verständige Weisung: diese Sache sei vorsichtig dahin zu lenken, daß sie in Berlin unter Preußens Leitung erledigt werde.*) Gleichwohl konnte der Kurfürst sich noch immer nicht entschließen mit dem verhaßten Preußen und dem so gröblich beleidigten Darmstädter Vetter allein zu verhandeln. Noch im folgenden Frühjahr erhielt Meyerfeld den Auftrag, die Vereinigung sämmtlicher deutscher Mauthverbände beim Bundestage zu beantragen; da warnte ihn Nagler: niemals werde Preußen einer solchen Utopie zustimmen.**)

Unterdessen hatte Motz, ein Verwandter des preußischen Ministers, das hessische Finanzministerium übernommen. Die Anarchie im Zollwesen ward unhaltbar; die Commissäre des Eimbecker Vereins, die in Hannover tagten, konnten sich nicht einigen. Motz und sein wackerer Amtsgenosse Schenk zu Schweinsberg bewogen endlich den Kurfürsten, daß er die Geheimräthe Ries und Meisterlin im Juni nach Berlin schickte um mit Preußen-Darmstadt und Baiern-Württemberg zugleich einen Zollverein zu schließen. Doch unerbittlich hielt Eichhorn den beiden Bevollmächtigten den alten preußischen Grundsatz entgegen: Verhandlungen mit mehreren Staaten zugleich sind aussichtslos. Vergeblich sträubte sich der Kurfürst; man mußte sich der Forderung des Berliner Hofes fügen, mit Preußen-Darmstadt allein verhandeln. In Maassen's Auftrag führte L. Kühne die Unterhandlung. Der schlicht bürgerliche kleine Mann erwies sich jetzt schon, wie späterhin in allen Geschäften des Zollvereins, als meisterhafter Diplomat. Klar und bestimmt, mit überlegener Sachkenntniß und ehrlichem Wohlwollen entwickelte er seine Vorschläge; wenn ihm aber das thörichte Mißtrauen der Kleinen entgegentrat, dann funkelten seine kleinen scharfen Augen, und er fertigte alle Winkelzüge mit schneidenden Sarkasmen ab. Auf die Frage des Preußen, ob Kurhessen nicht noch durch die

*) Armansperg, Weisung an Lerchenfeld, 29. Oct. 1830.

**) Nagler's Bericht, 24. April 1831.

mitteldeutschen Handelsverträge gebunden sei, verweigerten die Hessen jede Antwort weil ihnen das Gewissen schlug. Man ging also über diesen wunden Punkt schweigend hinweg.*) Die Kurhessen drängten zur Eile; denn sie befürchteten einen neuen Umschwung an ihrem heimischen Hofe, wo Oesterreich und England-Hannover alle Minen springen ließen, und sie wollten, geängstigt durch die nahende Cholera, den unheimlichen Boden Berlins schleunigst wieder verlassen. Schon am 29. August 1831 war Alles beendigt. Um dem zollvereinsfreundlichen Könige von Baiern eine Ehre zu erweisen, wurde der Vertrag auf den Ludwigstag (25. Aug.) zurückdatirt. Kurhessen trat dem preußischen Zollsysteme bei, im Wesentlichen unter denselben Bedingungen wie einst Darmstadt. Der alte Kurfürst ließ diese Demüthigung noch über sich ergehen, wenige Tage bevor er die Regierung seinem Sohne abtrat. Vor sieben Jahren war man in Berlin bereit gewesen ein erhöhtes Einkommen an Kurhessen zu bewilligen; jetzt hatte das Kurfürstenthum seinen Durchfuhrhandel verloren und durch gehäufte Sünden jeden Anspruch auf Begünstigung verscherzt. Hessen mußte sich begnügen mit dem Maßstabe der Kopfzahl.

Der Vertrag war für Kurhessen eine politische Nothwendigkeit, er rettete das Land aus namenlosem Elend. Selbst der Casseler Landtag wagte nicht zu widersprechen, obgleich Sylv. Jordan bitterlich beklagte, daß die indirekten Steuern nunmehr der Verfügung des Landtages entzogen seien und die absolute preußische Krone über das freie Hessen Macht gewinne.**) Die mitteldeutschen Verbündeten freilich drohten und lärmten. Nicht ohne Grund; Kurhessen hatte in den rohesten Formen seine Vertragspflicht gebrochen ohne auch nur ernstlich eine Verständigung mit den alten Bundesgenossen zu versuchen. Für Preußen dagegen war ein klarer Gewinn errungen. Wie die Gotha-Meininger Straße den Verkehr mit dem süddeutschen Vereine gesichert hatte, so wurde jetzt die lang ersehnte Verbindung zwischen dem Osten und dem Westen hergestellt, der mitteldeutsche Verein noch an einer zweiten Stelle durchbrochen. Während in Thüringen die Zollfreiheit der preußischen Durchfuhrstraße den mitteldeutschen Verbündeten gefährlich wurde, mußte Kurhessen die höheren Transitzölle des preußischen Tarifs einführen. Auf Baierns dringende Vorstellungen setzte Preußen diese hessischen Zölle bald auf die Hälfte herab. Eine noch weitergehende Verminderung war vor der Hand unthunlich; die mitteldeutschen Verbündeten, vornehmlich die Frankfurter Kaufleute, sollten fühlen, daß sie von Preußen abhingen, und durch heilsamen Druck bestärkt werden in ihrer beginnenden Bekehrung.

Durch den Abfall Kurhessens ward der mitteldeutsche Handelsverein vernichtet. Der Liberalismus freilich kam so schnell nicht los von den

---

*) Nach Kühne's Denkwürdigkeiten.

**) Hänlein's Bericht, 18. Oct. 1831.

liebgewonnenen Phrasen. In Baiern declamirte Siebenpfeiffer gegen die Mauth: sie hätte zur Volkssache werden sollen und ist zur Volksfeindin geworden! Stromeyer in Baden schrieb in die gefürchtete Zeitschrift „Rheinbaiern" einen donnernden Artikel: Die preußische Aristokratenstirne wagt es sich an das Nationalgefühl zu wenden! In Preußen herrscht, härter als irgendwo auf der Welt, die eiserne Consequenz des Mercantilsystems; der mitteldeutsche Verein vertritt die Freiheit. Darum soll Baden festhalten an seinem trefflichen liberalen Zollwesen. Dann wird Württemberg, das ohnedies durch seine hohe politische Bildung dem constitutionellen Musterstaate nahe steht, und bald auch das constitutionelle Baiern, Sachsen, Kurhessen dem badischen Systeme sich anschließen! — Auch einer der edelsten und gelehrtesten Vertreter deutscher Wissenschaft brach eine Lanze für den sterbenden Sonderbund. Johann Friedrich Böhmer verfaßte das wunderliche Büchlein „das Zollwesen in Deutschland geschichtlich beleuchtet". Der Legitimist des heiligen Reichs stellte den kühnen Satz auf, die Zollfreiheit der deutschen Flüsse müsse von Rechtswegen auch für die Landstraßen gelten. Er pries den mitteldeutschen Verein als „den letzten Versuch, von dem was einstens als gemeines deutsches Recht und Freiheit gegolten, so viel wie möglich, wenigstens vertragsweise, zu sichern." Er schalt Preußen den „Reichsfeind und Landfriedensbrecher", warnte die Kleinstaaten, „wie leicht sich Einverleibungen der Nachbarländer an Zollangelegenheiten knüpfen," und getröstete sich des schönen Wortes, das vor zwölf Jahren der k. k. Präsidialgesandte gesprochen: daß „die hohe Bundesversammlung die Beförderung und Erfüllung des deutschen Handels in die Hand nehmen werde"!

Die sächsischen Höfe waren längst nicht mehr in der Lage solchen Schrullen nachzuhängen. Die Noth des Haushalts, das laute Murren des Volkes zwang sie, wie Motz vorausgesagt, demüthig bittend in Berlin anzuklopfen. Armselige Advokatenkünste mußten vorhalten um den Vertragsbruch zu beschönigen. Meiningen behauptete, der mitteldeutsche Verein sei durch den Eimbecker Vertrag zerrissen worden, er bestehe nicht mehr zu Recht. Der Verrath des Einen diente dem Anderen zum Vorwande; sobald die kleinen Thüringer schwankten, berief sich das Dresdner Cabinet auf den Artikel des Casseler Vertrags, wonach die gänzlich vom Auslande umschlossenen Gebietstheile den Satzungen des Vereins nicht unterliegen sollten. Das sei jetzt Sachsens Fall, wenn Thüringen sich mit Preußen verständige — eine offenbare Sophisterei, da jene Clausel sich nur auf entlegene Enclaven bezog. Wollte der sächsische Hof ehrenhaft verfahren, so mußte er sofort einen neuen Congreß der mitteldeutschen Verbündeten berufen, dort die Auflösung des unhaltbaren Vereines beantragen und dann erst mit Preußen unterhandeln. Aber die alte Politik der Winkelzüge, der Halbheit, des Mißtrauens gegen Preußen wurde selbst unter dem neuen Ministerium Lindenau nicht sogleich aufgegeben. Die sächsische

Regierung glaubte ihre Wünsche in Berlin sicherer durchsetzen zu können, wenn sie an dem Gespenste des mitteldeutschen Vereins noch einen Rückhalt hätte; sie begann mit Preußen zu verhandeln noch bevor sie ihrer älteren Verpflichtung entbunden war.

Nachdem das Dresdner Cabinet schon im August 1830 bei den süddeutschen Kronen leise angefragt, mußte sich der alte König Anton endlich entschließen, an den König von Preußen selber zu schreiben. Er betheuerte, daß er längst die Absicht gehabt mit Preußen in commercielle Verbindung zu treten „und somit im Sinne des hochwichtigen und wohlthätigen Zwecks zu handeln, dessen Erreichung von Ew. Majestät bereits seit längerer Zeit beabsichtigt wird. Daß diese Verhandlung von Preußen begonnen und eingeleitet werde, scheint die nothwendige Bedingung des Erfolges zu sein." Lindenau, der im Januar 1831 dies Handschreiben nach Berlin brachte, überreichte zugleich eine Denkschrift, worin Sachsen den Entschluß aussprach, die Auflösung des mitteldeutschen Vereins durchzusetzen „da Veranlassung, Zweck und Grund des Vereins nicht mehr vorhanden sind. Das Bedürfniß einer bewegten Zeit, die Zuversicht, durch den Antritt einer solchen Verhandlung die aufgeregten Gemüther am sichersten zu beruhigen, endlich die Hoffnung, daß ein solcher die Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten umfassender Verband auch auf die größeren Weltereignisse einen friedlich besänftigenden Einfluß äußern könne" ermuthigten den sächsischen Hof die Verhandlungen in Berlin zu beginnen.*)

Noch kläglicher war die Demüthigung Weimars. Derselbe Minister Schweitzer, der seit Jahren das preußische Zollsystem als den Todfeind deutscher Handelsfreiheit bekämpft hatte, versicherte im Juli 1830 dem Auswärtigen Amte: „daß zur Förderung des von dem König von Preußen begonnenen, in seinen Zwecken und seinen Gründen immer klarer hervortretenden deutschen Werkes, also zur Förderung eines freien Handels und Verkehrs im deutschen Vaterlande von Preußen aus, der Großherzog von Weimar im Einverständniß mit dem Königreich Sachsen mit Vergnügen die Hand bieten wird." Dann sang der weimarische Minister Fritsch die Todtenklage des Sonderbundes: „Auf hinreichende Zeit zur Ausbildung des Vereines ist nicht mehr zu rechnen, nachdem die großen welthistorischen Ereignisse seit dem 25. Juli 1830 und deren Folgen auf deutschem Boden eine weit schleunigere Hilfe nothwendig gemacht, man kann sagen, die Uebel, welche als chronische behandelt werden sollten, in acute verwandelt haben. Nur Schaden, nur Verderben könnte es bringen, wenn man sich unter solchen Umständen noch gegenseitig beschränken, sich zum Nichtsthun verpflichtet halten wollte in einer Zeit, welche in allen öffentlichen Dingen ganz andere Forderungen stellt. Was uns die Jahre 1829 und 1830 genommen und gebracht haben, ließ sich im Jahre 1828 nicht voraussehen,

*) König Anton v. Sachsen an König Friedrich Wilhelm, 29. Dec. 1830. Lindenau's Denkschrift über die Handelseinheit, 4. Jan. 1831.

nicht vorausahnden. Der Casseler Verein war und bleibt ein bedeutendes Unternehmen, nicht ohne Folgen. Es wird den Stiftern desselben ein gerechtes Urtheil in der Geschichte um so weniger entgehen, je bereitwilliger sie jetzt das Geständniß ablegen und bethätigen, daß eine ganz neue Zeit uns gekommen ist."*)

Friedrich Wilhelm antwortete dem Könige von Sachsen sehr freundlich, er sei bereit Sachsens Anträge zu erwägen, und sprach sich zugleich offen aus über die nationalen Ziele seiner Handelspolitik: „Wiewohl der Abschluß dieser Verträge stets nur mit einzelnen Staaten erfolgte, so hatte man dennoch dabei nicht ein ausschließliches Interesse der unmittelbar Betheiligten im Auge, sondern man verfolgte zugleich den Gesichtspunkt, daß die einzelnen Verträge als Mittel dienen möchten, der Freiheit des Verkehrs in Deutschland überhaupt eine größere Ausdehnung zu geben." Dem Weimarischen Hofe drückte der Minister des Auswärtigen seine Freude aus, daß unser Werk auch in den Augen Weimars „immer klarer als ein deutsches Werk hervortritt"; dann wiederholte er in schneidenden Ausdrücken die hundertmal von Preußen ausgesprochene Ermahnung: die Thüringer sollten sich erst unter sich verständigen, bevor Preußen mit ihnen verhandeln könne.**)

Nach solchen Erfolgen stand in Berlin fester denn je die Ueberzeugung, daß der eingeschlagene Weg der Einzelverhandlungen allein zum Ziele führe. Mit voller Sicherheit schrieb Bernstorff dem Könige: „Die Schöpfung eines allgemeinen deutschen Zoll- und Handelssystems oder irgend einer anderen bleibenden Institution ähnlicher Natur ist eine Aufgabe, deren Lösung dem Bunde so lange unmöglich bleiben wird, als derselbe nicht eine andere, von der jetzigen ganz verschiedene Organisation besitzt." Seit dem Zerfalle des mitteldeutschen Sonderbundes schien die Bahn frei für die vollständige Vereinigung der beiden befreundeten Zollvereine des Südens und des Nordens. Was sollte jetzt noch hindern, da beide Theile die Unhaltbarkeit des bestehenden Zustandes lebhaft empfanden? da die zwischenliegenden Staaten nicht mehr feindlich im Wege standen, sondern selbst um ihre Aufnahme baten? da das Grundgesetz des preußisch-hessischen Vereins sich von selber darbot als die Regel für den großen Verein? Und dennoch mußte Preußen wieder und wieder durch den Flugsand waten, der im Wüstenwinde der deutschen Kleinstaaterei emporwirbelte. Fast drei Jahre lang, von 1830 bis 1833, spielte in Berlin, vielfach unterbrochen, eine dreifache Reihe mühseliger Verhandlungen: mit Baiern-Württemberg, mit Sachsen, mit den thüringischen Staaten; und das Geschäft wäre nie zum Abschluß gelangt, wenn man nicht, dem alterprobten

*) Schweitzer, Schreiben an das preuß. Min. d. A. A., 25. Juli 1830. Fritsch, Schreiben an das sächs. Min. d. A. A., 31. März 1831.

**) König Friedrich Wilhelm an König Anton v. Sachsen, 24. Jan. 1831. Bernstorff an das Staatsministerium in Weimar, 22. Oct. 1830.

Grundsatz getreu, die Unterhandlungen mit den einzelnen Gruppen scharf auseinander gehalten hätte. Der Vergleich drängt sich unwillkürlich auf: der Deutsche Zollverein ging aus dem preußisch-hessischen hervor unter ähnlichen Kämpfen und Bedenken, wie späterhin das Deutsche Reich aus dem Norddeutschen Bunde. Der Zollverein wie der Norddeutsche Bund stieß auf die höchsten Schwierigkeiten erst als die größeren Mittelstaaten, mit ihrem festgewurzelten und nicht ganz unberechtigten Particularismus, mit der Fülle ihrer scheinbar oder wirklich abweichenden Interessen in die Verhandlungen eintraten. In Versailles wie vierzig Jahre zuvor in Berlin gebärdeten sich die süddeutschen Kronen anfangs, als stände man vor einem Neubau, als sei noch gar kein Grundgesetz vorhanden; erst nach langem peinlichem Zögern erkannten sie die im Norden bestehende Ordnung an, doch indem der Bau erweitert wurde, lockerte man zugleich das feste Gefüge seiner Mauern.

Der Handelsvertrag zwischen Preußen-Hessen und Baiern-Württemberg war von vornherein in der Absicht fortschreitender Erweiterung abgeschlossen. In München aber begann die ultramontane Partei sofort an dem neuen Bunde zu zerren und zu nagen. Ihre Führer, Schenk, Görres, Ringseis, standen durch den k. k. Legationsrath Wolff mit der Hofburg im Verkehr; der Gesandte in Wien, Graf Bray, war für Metternich gewonnen, desgleichen neuerdings auch der alte Feldmarschall Wrede. Angesichts dieser mächtigen Gegner und der unberechenbaren Launen König Ludwig's hielt Bernstorff für nöthig, allen Begehren Baierns so weit als möglich entgegenzukommen. Der Münchener Hof wünschte zunächst den Eintritt Badens in den bairisch-württembergischen Verein; denn das badische Gebiet ragte als ein trennender Keil zwischen die bairische Pfalz und die Hauptmasse der Vereinslande hinein, und unter dem Schutze der gerühmten Karlsruher Freihandelspolitik, die für die Grenzbewachung wenig that, blühte auf dem Schwarzwalde wie am Rheinufer ein gefährlicher Schmuggelhandel. War der kränkelnde süddeutsche Zollverein durch Badens Zutritt neu gekräftigt, dann erst sollte — so rechnete König Ludwig — über die völlige Verschmelzung der beiden Vereine des Nordens und des Südens verhandelt werden. Motz hatte diesen etwas künstlichen und umständlichen Plan gebilligt, und aus Rücksicht auf Baiern hielt Bernstorff auch jetzt noch daran fest, obwohl Maassen ihm versicherte, man könne getrost weiter gehen und mit Baiern, Württemberg und Baden sogleich einen wirklichen Zollverein nach dem Muster des preußisch-hessischen abschließen.*)

Eine handelspolitische Verständigung zwischen Baiern und Baden blieb aber völlig aussichtslos so lange die beiden Höfe einander noch als Feinde betrachteten und König Ludwig seine traumhaften Ansprüche auf badisches Gebiet nicht aufgab. Als Großherzog Ludwig starb und sein

*) Maassen an das Auswärtige Amt, 15. Oct. 1830.

Nachfolger sogleich von allen Mächten anerkannt wurde, da wagte man in München gar nicht mehr wie früher zu behaupten, daß mit der Thronbesteigung der Hochbergischen Linie das Haus der Zähringer ausgestorben sei. Der Wittelsbacher trug seine vorgeblichen Ansprüche auf den „Heimfall" der badischen Pfalz stillschweigend zu Grabe. Um so mehr lag ihm daran, jetzt mindestens den Sponheimer Streit auf gute Art zu Ende zu führen und durch eine kleine Gebietserwerbung der Welt zu beweisen, daß Baiern doch nicht ganz im Unrechte gewesen sei.*)

Gegen Ende Mai 1830 erschien Armansperg in tiefem Geheimniß zu Berlin und bat um Preußens gute Dienste. König Friedrich Wilhelm übernahm die Vermittlung, im Verein mit dem Könige von Württemberg, und ließ den badischen Minister Böckh nach Berlin einladen. Er hoffte nicht nur den leidigen Gebietsstreit beizulegen, sondern auch Baden zum Eintritt in den bairisch-württembergischen Zollverein zu bewegen. Am 10. Juli brachte Bernstorff's versöhnliches Zureden endlich eine Uebereinkunft zu Stande, kraft deren Baden dem süddeutschen Vereine beizutreten versprach; dafür wollten beide Theile auf ihre Sponheimer Erbansprüche verzichten und den alten Beinheimer Entscheid für erloschen erklären. Um Baiern gänzlich zufrieden zu stellen wurde noch ein geringfügiger Gebietsaustausch irgendwo an der badischen Ostgrenze vorbehalten. Damit schien der jämmerliche Handel aus der Welt geschafft. Metternich sprach bereits allen Theilnehmern seinen Glückwunsch aus, und König Ludwig dankte dem preußischen Minister auf's Wärmste. Ohne Verständigung mit Baden — so schrieb er — „kann ein näheres Anschließen an Preußen nicht stattfinden. Daß aber ein solches Anschließen geschehe, finde ich von großer Wichtigkeit für das Beste unseres teutschen Gesammtvaterlandes; hiervon bin ich durchdrungen, sowie daß mein Haus dem preußischen zu verdanken hat noch in Baierns Besitz zu sein. Es ist eine Freude mit einem solchen Manne von Ehre zu thun zu haben."**)

Sobald man jedoch über die Ausführung der Uebereinkunft verhandelte, verlangte Baiern einen Zuwachs von etwa 20000 Einwohnern, und setzte erst nach langem Feilschen seine Forderung ein wenig herab; das schöne Wertheim vornehmlich, das Heidelberg der Mainlande erschien dem romantischen Wittelsbacher unwiderstehlich verlockend. Der Karlsruher Hof wies jede größere Gebietsabtretung entschieden zurück und verschanzte sich hinter der gesinnungstüchtigen Entrüstung seines Volkes. Die Stadt Wertheim selbst hatte freilich gegen die Abtretung wenig einzuwenden, weil die Beamten den Main-Tauberkreis als das badische Sibirien behandelten; auch der Fürst Georg von Löwenstein, der dort Hof hielt, wollte sich als treuer deutscher Patriot den Herrschaftswechsel wohl ge-

*) s. o. III. 620 f.

**) König Ludwig an Bernstorff, 22. Juli 1830.

fallen lassen, wenn dadurch nur endlich das Elend der Binnenmauthen aufgehoben würde.*) Anders empfand die große Mehrzahl der Liberalen; sie dachte von dem Musterlande der constitutionellen Freiheit nicht eine Geviertmeile aufzuopfern, und ihr Entschluß stand um so fester, da sie auch den Zollvereinsplänen mißtraute. Der Hauptverkehr des langgestreckten Landes ging von Norden nach Süden und konnte durch den Anschluß an Baiern-Württemberg wenig gewinnen. Man übersah oder wollte übersehen, daß dieser Anschluß nur das Mittel bilden sollte zur späteren Vereinigung mit Preußen; unleugbar war der bairische Plan zu fein, zu verwickelt um sogleich vom Volke verstanden zu werden.

Ueberall in Baden sprach man begeistert von einem gesammtdeutschen Zollverbande; denn so viel Boden hatte die Idee der deutschen Handelseinheit durch Preußens Siege doch gewonnen, daß Niemand mehr sie schlechthin zu verwerfen wagte. Freilich benutzten viele badische Liberale das schöne Wort vom allgemeinen deutschen Zollvereine nur als ein Schurzfell um die Blöße ihrer partikularistischen Selbstsucht zu bedecken. Wie behaglich lebte sich's doch unter der badischen Handelsfreiheit — auf Kosten der lieben Nachbarn! Mit Stolz sah der Badener — so sagte eine Flugschrift des Rastatter Kaufmanns F. Meyer „über die Zollverhältnisse Badens" — wie die Nachbarn aus dem Elsaß, aus Schwaben, aus der Rheinpfalz in „das wohlfeile, gastfreie" Ländle kamen um dann ihre billigen Einkäufe über die heimathliche Grenze hinüberzuschmuggeln. Nimmermehr sollte diese gemüthliche Unordnung durch eine gewissenhafte Grenzbewachung beseitigt werden. Der Freiburger Handelsstand stellte dem Landtage vor: ein Zollverein „wird rechtliche, sittlich gute Menschen in eine Rotte von Zöllnern, Schmugglern, Spionen und Gaunern verwandeln" — wobei nur verschwiegen ward, daß die große Mehrzahl der badischen Geschäfte, zumal die Colonialwaarenhandlungen, dem Schleichhandel längst als Herbergen dienten. Noch kräftiger sprach das Straßburger Constitutionelle Deutschland: „Mauth, Mauth, preußische Mauth erhalten wir! Unglückliches Vaterland! Im Geheimen, im Dunkel der Nacht wird sie Dir gegeben! Wehe Dir, Kammer von 1831!" Als Großherzog Leopold sein Oberland bereiste, wurde er überall dringend gewarnt, und Winter, der in Fragen der großen Politik immer rathlos war, wagte nicht einer scheinbar so starken Volksüberzeugung zu widersprechen.

So schleppte sich der Zank durch fast anderthalb Jahre dahin. Die beiden vermittelnden Höfe boten alle ihre Beredsamkeit auf. Der Berliner sprach sanft, der Stuttgarter schroff; denn König Wilhelm sah sein Land unmittelbar unter dem badischen Schmuggel leiden, er drohte dem Karlsruher Hofe geradezu: Baiern und Württemberg würden „dem bisherigen

---

*) Bürgermeister Weimar in Wertheim an Fürst Georg v. Löwenstein, 28. Mai; F. Georg v. Löwenstein an Otterstedt, 30. Mai 1831.

ganz feindseligen Betragen Badens gemeinschaftlich ein jedes Mittel entgegensetzen, um nicht mitten in unserem Vereine das System einer Regierung zu sehen, das mit Vorbedacht Unzufriedenheit und Unruhe in unserer so bedenklichen Zeit stiftet.“*) Ebenso vergeblich schrieb König Ludwig selbst in seinem wuchtigsten Participialstile an den Großherzog: „durch meine letzten Vorschläge habe ich das Aeußerste gethan um die Sponheimer Angelegenheit zur Ausgleichung zu bringen, und von großem Werth ist mir die von Ew. K. Hoheit ausgedrückte Willfährigkeit, damit sie und Beitritt zum Zollvereine stattfinde, überzeugt, daß fester Wille Beides bei Ihren Ständen durchsetzen werde.“**) An diesem festen Willen gebrach es dem badischen Hofe gänzlich. Die Minister vertheidigten den Zutritt zum süddeutschen Zollvereine sehr lau; Welcker tobte mit gewohnter Wortfülle gegen die absolute preußische Krone, Rotteck unterstützte ihn etwas ruhiger. Die phrasenreichen Verhandlungen gereichten dem Muster-Landtage wenig zur Ehre; über die volkswirthschaftliche Bedeutung der Frage wußten nur einzelne große Geschäftsmänner ein treffendes Wort zu sagen, so der liberale Fabrikant Buhl aus Ettlingen und der Tabakshändler v. Lotzbeck aus Lahr. Selbst der liberale E. E. Hoffmann, der aus Darmstadt herüberkam um den badischen Parteifanatikern Vernunft zu predigen, richtete nichts aus. Schließlich einigte sich der Landtag über eines jener unwahren Compromisse, wie sie der Parlamentarismus liebt wenn er nichts mehr zu sagen weiß. Beide Kammern verwarfen einstimmig den Eintritt in den süddeutschen Verein und gaben der Regierung Vollmacht, über einen gesammtdeutschen Zollverein zu verhandeln (Nov. 1831). Dabei konnte sich Jeder das Seine denken, denn an die Möglichkeit eines Zollvereins mit Oesterreich, Hannover und Holstein glaubte eigentlich Niemand mehr. Auch die von Baiern geforderte Gebietsabtretung wurde durch die zweite Kammer verworfen, einstimmig, unter brausenden Hochrufen auf den Großherzog.

Dem gefeierten Fürsten ward bei dieser Begeisterung seiner getreuen Opposition sehr schwül zu Muthe. In einem flehentlichen Briefe wendete er sich abermals hilfesuchend an Bernstorff, unter Bezeigung „des innigsten Dankgefühls gegen Hochdieselben“,***) und wirklich unterzog sich der geduldige preußische Minister noch einmal den undankbaren Mühen der Vermittlung. König Ludwig aber empfand jenen Beschluß des badischen Landtages als eine persönliche Beleidigung; er hielt es für schmachvoll, eine Forderung, die schon so viel Staub aufgewirbelt hatte, ohne jede Entschädigung fallen zu lassen. An dem ergrimmten Wittelsbacher war jetzt jeder Zuspruch verschwendet. Auch der König von Württemberg ließ nach

*) König Wilhelm von Württemberg an Markgraf Wilhelm von Baden, 12. Nov.; Antwort 17. Nov. 1830.

**) König Ludwig an Großherzog Leopold, 9. Mai 1831.

***) Großherzog Leopold an Bernstorff, 5. Dec. 1831.

einiger Zeit in schnöden Worten erklären, daß er mit dem unbelehrbaren badischen Hofe nichts mehr zu schaffen haben wolle.*) In Berlin urtheilte man milder, doch die erneuten Verhandlungen blieben fruchtlos. Der königliche Dichter in München hinterließ die imaginären Sponheimer Ansprüche seinen Nachfolgern als ein heiliges Vermächtniß, unterthänigen Historikern als einen köstlichen Stoff für bajuvarische Großsprechereien. Also ward Baden, früherhin immer ein wackerer Vorkämpfer der deutschen Handelseinheit, theils durch die Thorheit seiner Kammern theils durch eine seltsame diplomatische Verwicklung ganz in das Hintertreffen gedrängt und von den entscheidenden Verhandlungen der Zollvereinspolitik mehrere Jahre hindurch ausgeschlossen. —

Die leidenschaftliche, uns heute fast räthselhafte Erbitterung dieser bairisch-badischen Händel spiegelte sich wieder in einem seltsamen Abenteuer, das die Zeitgenossen viele Jahre hindurch lebhaft beschäftigte. Zu Pfingsten 1828 kam ein junger Bauerbursch, angeblich Kaspar Hauser benamset, nach Nürnberg um bei den Chevauxlegers als Reiter einzutreten; der verwahrloste Mensch war geimpft, konnte etwas lesen und schreiben, auch einfache Fragen in seinem oberpfälzischen Dialekt nothdürftig beantworten, und trug die unter bairischen Bauersleuten üblichen katholischen Gebetbücher bei sich. Er überbrachte einen geheimnißvollen Brief, dessen Handschrift seiner eigenen sehr ähnlich sah. Der dunkle Sinn dieses Schreibens und das scheue, sonderbare Wesen des Burschen erregten die öffentliche Neugier; durch thörichte Fragen ward bald ein ungeheuerliches Märchen aus ihm herausgeforscht: er wollte von Kindesbeinen an in einem finsteren unterirdischen Kerker gelegen, dann urplötzlich von seinem unsichtbaren Kerkermeister das Sprechen, Lesen und Schreiben gelernt haben. Der Bürgermeister Binder von Nürnberg verkündete alsdann in einer schwülstigen, die gefühlsselige Lesewelt zerknirschenden Bekanntmachung, daß die Gemeinde den Findling „als ein ihr von der Vorsehung anvertrautes Pfand der Liebe betrachte“, und übergab seinem Schwiegersohne Daumer, einem geistreichen, aber unerfahrenen und durchaus verschrobenen Gelehrten, die Erziehung des Wunderkindes. Pädagogen, Aerzte und Criminalisten, Homöopathen, Wunderthäter und Geisterseher, blasirte Weltmänner, Wißbegierige aller Stände eilten herbei um diesen Thiermenschen, der in Allem von den gemeinen Sterblichen abweichen sollte, zu ergründen, jedes Organ seines Leibes und seiner Seele verwegenen Experimenten zu unterwerfen.

Eine ganze Literatur von Aufsätzen und Flugschriften beschäftigte sich mit dem „Kinde von Europa“. Alle Schwächen einer thatenarmen und doch nach Thaten dürstenden Zeit, der romantische Wunderglaube, die nervöse Reizbarkeit, der überkluge Scharfsinn, die Lust am Skandal und der radicale Haß gegen die vornehme Welt fanden hier ihre Rechnung.

*) Note des württemb. Gesandten Frhr. v. Linden an Bernstorff, 20. April 1832.

Auch den Nüchternen schien so viel mindestens sicher, daß die Wundermär irgend einen wahren Kern enthalten und die geheimnißvollen, aller Nachforschungen und ausgeschriebenen Preise spottenden Feinde des Mißhandelten über große Machtmittel gebieten müßten. Nur der Polizeirath Merker in Berlin und wenige andere gewiegte Kenner der Verbrecherwelt wagten jetzt schon, zur Entrüstung des gebildeten Publicums, das Kind Europas für einen gemeinen Betrüger zu erklären, da die Kerkergeschichte offenbar allen Naturgesetzen widerspräche. Unter den Gläubigen befanden sich nicht blos Saphir und ähnliche literarische Klopffechter, sondern auch ernste, bedeutende Männer, wie der Staatsrechtslehrer Klüber, der Herausgeber des Neuen Pitaval Hitzig, vor Allen aber Anselm Feuerbach, der von tiefem Mitleid ergriffen, mit der ganzen Gluth seines leidenschaftlichen Herzens sich des Findlings annahm und in einer eigenen Schrift die unheimliche Kerkergeschichte als „Beispiel eines Verbrechens am Seelenleben des Menschen" schilderte. Also verwöhnt, verzogen, angestaunt und zum Heucheln geradezu herausgefordert lebte sich Hauser immer tiefer ein in seine Lügenwelt, er spielte die ihm halb aufgedrungene Rolle des langsam aus dem Seelenschlafe Erwachenden nicht ohne Bauernschlauheit und erlernte allmählich Alles wieder was er schon vor seinen Nürnberger Tagen gewußt hatte; viel mehr konnten die Erziehungskünste seiner Gönner in diesen harten Kopf nicht hineinbringen. Als er fühlte, daß sein Ansehen zu wanken begann, verwundete er sich selbst und erweckte noch einmal die Theilnahme aller zarten Seelen indem er vorgab, daß ein unbekannter Mörder ihn angefallen habe. Dann lebte er als Schreiber in Ansbach und wagte dort im Schloßgarten nochmals den nämlichen Versuch, aber diesmal drang sein Dolch tiefer ein als er selbst beabsichtigte, und er starb schon nach drei Tagen (Dec. 1833). Da diese Selbstverwundung sich weder ganz unzweifelhaft erweisen ließ, noch mit der Feigheit des Burschen leicht vereinbar schien, so gab Hauser's Tod den umlaufenden Gerüchten nur neue Nahrung. Seine Grabschrift nannte ihn aenigma sui temporis, und auf der Unglücksstelle im Schloßgarten wurde ein Denkstein errichtet mit der doppelsinnigen Inschrift: hic occultus occulto occisus.

Nach mannichfachen abenteuerlichen Vermuthungen war der Verdacht entstanden, Hauser sei der im Jahre 1812 geborene und nach wenigen Tagen gestorbene Erbgroßherzog von Baden; der berüchtigte Major Hennenhofer sollte ein todtes Kind untergeschoben und den Prinzen aus dem Wege geräumt haben um den hochbergischen Zähringern den Thron zu verschaffen. Beweise, ja selbst verdächtige Anzeichen fehlten gänzlich; aber der plötzliche Tod der beiden Söhne des Großherzogs Karl hatte schon vor Jahren viel müßiges Gerede hervorgerufen,*) dem Großherzog Ludwig und

*) S. o. II. 361. Beiläufig sei ein dort angegebenes falsches Datum berichtigt. Der zweite Sohn des Großherzogs Karl, Prinz Alexander wurde am 1. Mai 1816 geboren und starb 8. Mai 1817.

seinem Hennenhofer traute man alles Böse zu, und so fand denn die neue Legende lebhaften Anklang. Feuerbach selbst schenkte ihr Glauben und sendete dem Münchener Hofe eine geheime Denkschrift, die seiner Combinationsgabe mehr zur Ehre gereichte als seinem Verstande. König Ludwig ließ sich ebenso gern überzeugen, wie sein phantastischer Minister Fürst Wallerstein; der romanhafte Reiz bestach ihn leicht, unwillkürlich mochte auch sein alter Haß gegen die Zähringer mitspielen. Sogar seine Stiefmutter Königin Caroline ließ eifrig nachforschen und scheint eine Zeit lang an das Märchen geglaubt zu haben,*) obgleich sie selbst eine badische Prinzessin war und mit ihrem Stiefsohne selten übereinstimmte. Der badische Hof war längst im Besitze von Aktenstücken, welche den natürlichen Tod jenes jungen Erbprinzen unzweifelhaft erwiesen, und konnte durch eine offene Erklärung das boshafte Geschwätz sofort ertöden; er hegte jedoch, wie alle Höfe jener Zeit, eine fast krankhafte Scheu vor der Oeffentlichkeit und mochte zudem fürchten, daß durch solche Enthüllungen auch andere, besser beglaubigte Schmutzgeschichten aus den Zeiten der beiden letzten Großherzoge zu Tage kommen würden. Genug, er schwieg, und nunmehr verbreiteten sich die unheimlichen Gerüchte, die allem Anschein nach zuerst in Baiern aufgetaucht waren, auch weithin über das badische Land. In Karlsruhe, der klatschsüchtigsten aller deutschen Residenzen, erlebten die Lästermäuler gute Tage; die verbitterten Liberalen hießen Alles willkommen was den Fürsten Schande brachte; auch unter dem Breisgauer Adel, der dem evangelischen Fürstenhause noch nicht recht traute, fanden sich viele Gläubige.

Nun erdreistete sich der nichtsnutzige Demagog Garnier — der Rastatter Ravaillac, wie er sich selber nannte — in einem albernen Schauerromane die Leiden des lebendig begrabenen badischen Erbprinzen ausführlich zu erzählen, und fortan stand die Fabel fest. Brandschriften der ultramontanen und der radicalen Feinde des badischen Hauses schmückten das Märchen noch reicher aus; die Hauser-Legende diente den Parteien des Umsturzes als ein wirksames Mittel um den Massen die Verderbniß der Höfe zu erweisen. Unglaublich, wie viel Haß und Argwohn durch diese nachbarlichen Zänkereien in Süddeutschland gesät wurde. Als Feuerbach einige Monate vor seinem Schützlinge starb, da behaupteten viele seiner Verehrer unerschütterlich, die Seelenmörder Kaspar Hauser's hätten auch dessen mächtigen Gönner vergiftet; und doch war allbekannt, daß der große Rechtsgelehrte, durch Arbeit und Gemüthsbewegungen früh gealtert, schon mehrere Schlaganfälle erlitten hatte. Der Glaube an den badischen Prinzenraub blieb lange Zeit so mächtig, daß die ernste Wissenschaft sich nicht gern mit der widerlichen Frage befassen mochte; denn eine tief eingewurzelte Volksüberzeugung darf

*) Darauf deuten einige Bemerkungen in den oft erwähnten Aufzeichnungen ihres Hofpredigers v. Schmitt.

der Historiker nicht so kurzerhand zurückweisen, wie der Strafrichter, der unbedenklich frei spricht wenn sichere Beweise fehlen. Erst im Jahre 1875 entschloß sich der badische Hof die Urkunden über den Tod jenes Erbprinzen zu veröffentlichen. Seitdem ist durch die Schriften von O. Mittelstädt und A. v. d. Linde das Lügengewebe endlich zerrissen worden, und wenngleich manche Einzelheit noch dunkel bleibt, so hat doch die Frage, woher der Betrüger eigentlich stammte, heute jeden historischen Werth verloren. —

Nach Alledem war eine Verständigung zwischen Baiern und Baden vorläufig undenkbar. Der deutschen Handelseinheit aber kam jener ablehnende Beschluß der badischen Kammern seltsamerweise zu gute. Der künstliche Gedanke, zunächst den süddeutschen Verein zu vergrößern und dann erst die Vereinigung mit dem Norden zu suchen, war fortan beseitigt. Die oberdeutschen Königshöfe, außer Stande, ihren unergiebigen Sonderbund aufrechtzuhalten, sahen sich genöthigt, statt des Nothbehelfs sogleich das durchschlagende Mittel zu wählen; sie stellten jetzt bei dem preußischen Cabinet den Antrag auf völlige Vereinigung. Im December 1831 wurden die Verhandlungen in Berlin eröffnet. Doch sofort ergab sich eine Fülle gewichtiger Bedenken. Preußen hatte schon durch die Aufnahme der beiden Hessen ein fühlbares finanzielles Opfer gebracht; der Ertrag seiner Zölle, der um 1829 gegen 25,3 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung abwarf, begann bereits zu sinken. Durfte man auch die oberdeutschen Lande, die von Colonialwaaren noch weit weniger verzehrten als die beiden Hessen, zu den gleichen Bedingungen aufnehmen? Die Finanzpartei in Berlin fürchtete schwere Verluste, wie denn in der That Preußen im Durchschnitt der Jahre 1834—39 nur 22 Sgr. auf den Kopf erhalten hat. Sie verlangte entschieden ein Präcipuum zu Gunsten Preußens; ein Ausfall in den Einnahmen schien hochbedenklich in so unruhiger Zeit. Die bairisch-württembergischen Finanzmänner dagegen lebten in dem wunderlichen Wahne, daß die Consumtion im Süden stärker sei als in Preußen; sie meinten schon seltene Großmuth zu zeigen, wenn sie auch nur die Vertheilung nach der Kopfzahl zugeständen.

Die Einführung der preußischen Consumtionssteuern war in Hessen ohne Schwierigkeit erfolgt; Baiern aber sah sich außer Stande seine Malzsteuer abzuändern. Während Preußen kaum 1,3 Mill. Thlr., 3 Sgr. auf den Kopf, durch die Besteuerung des Bieres bezog, gewann Baiern allein in seinem rechtsrheinischen Gebiete 5 Mill. fl., 21 Sgr. auf den Kopf, und aus diesem Ertrage mußte nach der Verfassung die Staatsschuld verzinst werden. Unmöglich konnte Preußen seine Biersteuer zu der gleichen Höhe hinaufschrauben. Der angestammte Durst ließ sich ebenso wenig in den Norden verpflanzen wie die Realgerechtigkeiten der bairischen Brauer, die jenen reichen Steuerertrag erst ermöglichten, aber den Grundsätzen der

preußischen Gewerbefreiheit widersprachen. Da die gleichmäßige Besteuerung der inländischen Consumtion mithin unausführbar blieb, so bestand die preußische Finanzpartei hartnäckig auf der Einführung von Ausgleichungsabgaben. Die an sich richtige Meinung, daß jede Zollgemeinschaft die annähernde Gleichheit der indirekten Steuern voraussetze, war seit dem Jahre 1818 eine der leitenden Ideen der preußischen Handelspolitik. Die Berliner Finanzmänner hatten sich so tief in diesen Gedanken eingelebt, daß sie ihn alsbald mit fiskalischer Härte auf die Spitze trieben. Die Ausgleichungsabgaben sind lange, wesentlich durch Preußens Schuld, ein wunder Fleck der Zollgesetze geblieben; sie belästigten den Verkehr und brachten geringen Ertrag, auch nachdem sie späterhin die rein fiskalische Gestalt der „Uebergangsabgaben" annahmen.

Irrte Preußen in dieser Frage, so erhoben auch die Südstaaten höchst unbillige Ansprüche. Sie verlangten anfangs eine völlige Umgestaltung des Tarifs und fanden namentlich die preußischen Zölle auf Baumwollenwaaren unerträglich hoch, da sie selbst noch fast gar keine Baumwollenspinnereien besaßen. Und doch konnte Preußen nicht nachgeben. Sachsens Eintritt stand bevor, die preußische Industrie klagte laut über die drohende Mitwerbung des Erzgebirges; in solcher Stunde die Zölle herabzusetzen schien selbst dem Freihändler Maassen nicht rathsam. Auch die von Württemberg geforderte Herabsetzung der Zuckerzölle ging nicht durch; die Interessen der mächtig aufblühenden Magdeburgischen Rübenzuckerindustrie durften nicht preisgegeben werden. Desgleichen die gefürchteten preußischen Transitzölle blieben noch unentbehrlich als ein sanfter Wink für die Nachbarn. Ueberhaupt war die Lage des Augenblicks der Vereinfachung des Tarifs keineswegs günstig; Preußens Staatsmänner ahnten, daß die süddeutschen Höfe in einer nahen Zukunft die Farbe wechseln, mit schutzzöllnerischem Eifer auf die Erhöhung der Zölle dringen würden. Lebhafter noch als dieser staatswirthschaftliche Kampf entbrannte der „staatsrechtliche Streit", wie man in München zu sagen pflegte. Die verständige Bestimmung der preußisch-hessischen Verträge, wonach Preußen in der Regel allein die Handelsverträge für den Zollverein schließen sollte, galt dem bairischen und dem württembergischen Hofe als eine schimpfliche Unterwerfung; sie forderten unbedingte Gleichheit in Allem und Jedem.

So mannichfache sachliche Bedenken ins Gleiche zu bringen, konnte nur erprobter staatsmännischer Kraft gelingen. Die oberdeutschen Höfe aber hatten, thöricht genug, zwei junge Subalternbeamte für diese schwierige Mission bevollmächtigt, vermuthlich nur aus Sparsamkeit. Die Ersparniß sollte ihnen theuer zu stehen kommen. Eichhorn hatte an den Unterhändlern der Kleinstaaten schon des Wundersamen viel beobachtet; eine Persönlichkeit wie dieser württembergische Bevollmächtigte, der Assessor Moritz Mohl, war ihm noch nicht vorgekommen. Die Diplomatie in

Berlin konnte nicht genug ihre Verwunderung aussprechen über den ungestümen Mann mit der rothen Perrücke und den vollgepfropften Aktenmappen: welch eine weitschweifige Kleinlichkeit, welche Lust an unfruchtbarem theoretischem Streite, welche Fülle unverdauter Gelehrsamkeit, welch ein hartnäckiges Mißtrauen gegen Preußen! Der frühreife schwäbische Staatsweise entfaltete bereits alle jene Talente, die noch vierzig Jahre später den deutschen Reichstag bezaubern sollten; L. Kühne nannte ihn „einen eingebildeten Narren, der den Bären des Nordlands seine kindische constitutionelle Weisheit zu predigen dachte". Als Mohl dem einzigen Küstenstaate des Zollvereins die Abschließung von Schifffahrtsverträgen verbieten wollte, da erwiderte der Preuße: „dann werden wir also einen unserer Ostseehäfen an Württemberg abtreten müssen um die Gleichheit zwischen den Zollgenossen herzustellen!" Mit einem solchen Collegen behaftet, konnte auch der bairische Assessor Bever nichts fördern. Die hochstehenden preußischen Staatsmänner fanden es bald unerträglich, mit Subalternen zu verhandeln, die bei jeder Kleinigkeit daheim anfragten; und zu allem Unheil begann auch wieder der alte Streit der Berliner Departements: Kühne und Eichhorn, die doch Beide das Nämliche wollten, betrachteten einander mit gegenseitiger Eifersucht. Also gestalteten sich die Verhandlungen mit dem befreundeten Süden wider Erwarten zu einem unerquicklichen Zwist. Im Mai 1832 brach man sie ab.

Moritz Mohl schrieb nun eine ungeheure Denkschrift und bewies, daß der Zollverein mit Preußen den sicheren Untergang Württembergs herbeiführen müsse. Ein Menschenalter darauf hat Freiherr v. Varnbüler dies klassische Aktenstück der Vergessenheit entrissen um der Welt den Weitblick des Volksmannes zu zeigen. König Wilhelm wünschte nach wie vor den Abschluß, selbst Wangenheim hatte Einiges gelernt, mahnte aus der Ferne zur Verständigung. Doch die große Mehrheit im Lande widerstrebte. Die Fabrikanten, die bisher aus der Beherrschung des bairischen Marktes großen Gewinn gezogen, fürchteten die Industrie des Niederrheins, die Bequemlichkeit des mächtigen Schreiberstandes zitterte vor der strengen preußischen Controle, der gesinnungstüchtige Liberale schlug ein Kreuz vor dem Schreckbilde des norddeutschen Absolutismus. Mehr als ein halbes Jahr brauchten die süddeutschen Höfe, um sich einen neuen Entschluß zu bilden. Unterdessen trieb die Diplomatie Oesterreichs und der auswärtigen Mächte ihr verdecktes Spiel an den Höfen der Mittelstaaten. Eine Zeit lang stand die große Sache fast hoffnungslos. Baden thut wohl, alle Zollvereinsgedanken vorläufig aufzugeben — sagte der bairische Minister Gise zu dem badischen Gesandten Fahnenberg — Preußen stellt unerhörte Forderungen, verlangt von uns materielle Opfer und die Beschränkung der Souveränität, Kurhessen bereut schon den übereilten Anschluß!*) Zu-

*) Fahnenberg's Bericht, 30. Mai 1832.

dem bestand wenig Freundschaft zwischen den Beamten der beiden Königreiche; ein Glück nur, daß Schmitz-Grollenburg, der württembergische Gesandte in München, das Vertrauen König Ludwig's besaß und die Fäden nicht gänzlich abreißen ließ.

So verging das Jahr in leidiger Verstimmung. Da raffte sich endlich König Ludwig auf und ließ am Sylvesterabend eine derbe Note an Schmitz-Grollenburg schreiben: Der süddeutsche Verein sei thatsächlich aufgelöst, die Wiederaufnahme der preußischen Verhandlungen schlechthin unvermeidlich. Zugleich kam vom Berliner Hofe eine ernste Mahnung: wolle man zu Ende gelangen, so müsse statt unbrauchbarer Subalternen ein fähiger, hochgestellter Staatsmann die Unterhandlungen in Berlin führen. Der Rath wirkte. Zu Ende Januars 1833 wurde der bairische Finanzminister v. Mieg als gemeinsamer Bevollmächtigter der beiden Kronen nach Berlin gesendet: ein Jugendfreund König Ludwig's noch von den frohen Salzburger Tagen her, ein trefflicher Beamter von großer Sachkenntniß und seltener Arbeitskraft, die der König nach seiner Weise bis auf den letzten Tropfen auspreßte — in der Handespolitik sehr frei gesinnt, dabei gütig und liebenswürdig, hochgebildet, von feinen gewinnenden Formen. Er vermied über Stuttgart zu reisen, weil er der pedantischen Schwerfälligkeit der württembergischen Schreiber mißtraute, sprach aber unterwegs in Dresden ein, verständigte sich mit den sächsischen Finanzmännern und erschien am 6. Febr. in der preußischen Hauptstadt. Eichhorn und Maaßen kamen ihm herzlich entgegen; es bewährte sich wieder, wie Blittersdorff mit ärgerlichem Lobe zu sagen pflegte, „Preußens seltenes Talent, fremde Staatsmänner in Berlin zu gewinnen." Noch boten sich der Bedenken viele; allein da Preußen auf seinen erprobten Tarif, seine festbegründete Zollverwaltung verweisen konnte, so blieb nur übrig, die im Norden bestehende Ordnung mit einigen Aenderungen anzunehmen. Preußen verzichtete auf jedes Präcipuum, trotz der Warnungen der Finanzpartei. Die Einnahmen wurden nach der Kopfzahl vertheilt; nur für die Schifffahrtsabgaben auf der Oder und Weichsel, die ja gar nicht zur Zollgemeinschaft gehörten, bezog Preußen eine Bauschsumme. Auch der theuerste Herzenswunsch des bairischen Großmachtsbewußtseins fand Erfüllung: jeder Staat erhielt das Recht Handelsverträge zu schließen, lediglich die Verträge mit dem russischen Polen blieben dem preußischen Staate vorbehalten. Zum Entgelt für so große Zugeständnisse wagte Mieg in einem Punkte seine Instruktionen zu überschreiten; er bewilligte, daß die preußische Zollverwaltung des rascheren Uebergangs halber sofort im Süden provisorisch eingeführt würde, noch bevor die Zollgemeinschaft in Kraft trat.

Am 4. März wurden die hessischen Bevollmächtigten zur ersten Plenarversammlung gerufen, am 22. kam der Vertrag zu Stande: die verbündeten Staaten, „in fortgesetzter Fürsorge für die Beförderung der Freiheit

des Handels zwischen ihren Staaten und hierdurch zugleich in Deutschland überhaupt", bilden einen „Gesammtverein", der am 1. Januar 1834 für acht Jahre ins Leben tritt. Das Grundgesetz entsprach im Wesentlichen den hessischen Verträgen, nur daß die Selbständigkeit der Bundesgenossen erheblich verstärkt wurde. Für jede Aenderung der Zollgesetze wurde Einstimmigkeit der Verbündeten gefordert. Das schlimmste Gebrechen des Vereins lag weniger in seinen Satzungen als in der Verschiebung der Machtverhältnisse. Durch den Zutritt mehrerer größerer Staaten mit gleichem Stimmrecht wurde die freie Thätigkeit der preußischen Handelspolitik unvermeidlich erschwert. Die neuen Rechte dagegen, die man den Zutretenden einräumte, schienen bedenklicher als sie waren — ganz wie die Ausnahmebestimmungen der Versailler Verträge. Die Befugniß, Handelsverträge zu schließen, dies von Baiern mit so leidenschaftlichem Eifer erstrebte Kleinod, erwies sich als ein ebenso harmloses Spielzeug, wie jener unfindbare Bundesraths-Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten, welchen Preußen in Versailles dem Männerstolze der Königskronen zugestand. Preußen allein galt im Auslande als Haupt und Vertreter des Zollvereins; daher sind alle irgend wichtigen Handelsverträge durch Preußen im Namen des Vereins abgeschlossen worden. Auch die Controle ward ermäßigt, auf Baierns Andringen. Die Verbündeten sendeten blos Vereinsbevollmächtigte zu den Zolldirektionen, Controleure zu den Hauptzollämtern der Genossen; eine gegenseitige Visitation des Grenzdienstes fand nicht mehr statt. Solche Formen verschlugen wenig; denn im Grunde war der Verein auch bisher nur durch wechselseitiges Vertrauen und die Macht der Interessen zusammengehalten worden. Die Bundesgenossen gelobten einander „unbeschränkte Offenheit" in der Zollverwaltung und sie haben ihr Wort redlich gehalten. Um den hergebrachten bundespatriotischen Phrasen zu genügen und zugleich gegen alle Angriffe von Frankfurt her sich zu decken, versprachen die Verbündeten ihren Verein aufzulösen, sobald der Bundestag den Art. 19 erfülle — eine gemüthliche Zusage, die Eichhorn schwerlich ohne stilles Lächeln gegeben hat.

Da Baiern und Württemberg noch immer ihre thörichte Sorge vor finanziellen Verlusten nicht aufgaben, so wurde in einem geheimen Artikel den Verbündeten das Recht vorbehalten, den Verein vor der Zeit zu kündigen, falls ihre Zolleinnahmen einen Ausfall von 10% des bisherigen Rohertrags aufwiesen. Maassen unterschrieb getrosten Muthes; er wußte, daß der Vertrag ein Löwenvertrag war zu Gunsten des Südens, und der Erfolg sollte seine Erwartungen noch weit übertreffen. In den Jahren von 1834—1845 hat der Norden an Baiern 22,29 Mill. Thlr., an Württemberg 10,3 Mill. herausgezahlt, in dem Zeitraum von 1854—1865 empfing Baiern vom Norden 34 Mill. Während der zwei ersten Jahrzehnte des Zollvereins haben bei der Abrechnung regelmäßig nur Preußen, Sachsen, Frankfurt und Braunschweig herausgezahlt; alle anderen

Staaten gewannen. Allerdings geben jene großen Zahlen kein ganz zutreffendes Bild, da ein Theil der für das Binnenland bestimmten Einfuhr in den Häfen und Speditionsplätzen des Nordens verzollt wurde. Deutlicher erhellt der unverhältnißmäßige Gewinn des Südens aus der Thatsache, daß die Verwaltungskosten in Baiern schon während des ersten Jahres von 44 auf 16, später auf nahezu 10% sanken, Baierns Antheil an dem Kaffezolle sofort auf das Dreifache, bis zum Jahre 1845 auf das Fünffache stieg.

Um auch den leisesten Anschein preußischer Hegemonie zu vermeiden, wurde verabredet, daß die alljährlichen Conferenzen der Zollvereinsbevollmächtigten nicht mehr, wie im preußisch-hessischen Verein, regelmäßig zu Berlin sich versammeln sollten; sie wanderten fortan, nach dem Belieben der Verbündeten, von Ort zu Ort, der erste Zusammentritt fand in München statt. Streitigkeiten wollte man der Entscheidung eines Schiedsrichters unterwerfen, der durch einstimmigen Beschluß für jeden einzelnen Fall zu ernennen war. Doch ist ein solcher Schiedsspruch niemals angerufen worden — nicht weil die Eintracht ungetrübt bestanden hätte, sondern weil der Dünkel der Kleinstaaten den freiwilligen Ausgleich der schimpflichen Unterwerfung unter eine fremde Gewalt regelmäßig vorzog. Daß Baiern seine Biersteuer behielt, war unvermeidlich. Man begnügte sich daher ein Maximum für die Consumtionssteuern festzusetzen und die allmähliche Annäherung der Steuersysteme in Aussicht zu stellen. In einem so lockern Bunde blieb das liberum veto und das Kündigungsrecht für Preußen ebenso unentbehrlich wie für die Kleinstaaten, als ein letztes verzweifeltes Mittel, um dem schwerfälligen Körper einen Entschluß zu entreißen. Nur die Hoffnung auf einen hohen politischen Gewinn konnte den preußischen Hof zu so schweren Opfern, zu einer so weitgehenden Nachsicht für die Grillen und Eitelkeiten der Mittelstaaten bestimmen. Mit überlegener Geduld erwartete Eichhorn, daß aus den fast lächerlichen Formen dieses lockeren Vereines doch eine unlösbare Gemeinschaft der Interessen emporwachsen müsse.

Mieg kehrte heim in der festen Erwartung, daß der so überaus vortheilhafte Vertrag ihm die Verzeihung für sein eigenmächtiges Vorgehen verbürge. Er täuschte sich schwer. König Ludwig konnte selbständigen Willen nicht ertragen, empfing den Freund mit bitteren Vorwürfen; daß die preußische Zollordnung sofort provisorisch eingeführt werden sollte, schien ihm eine Entwürdigung der bairischen Krone. Der Minister wollte, tief verletzt, sein gegebenes Wort nicht zurücknehmen; er forderte und erhielt seine Entlassung. Die österreichische Partei jubelte; „so gewinnt das eigentlich wahre Bundessystem wieder das Uebergewicht", schrieb Blittersdorff befriedigt.*) Nunmehr nahm der König die Acten an sich,

*) Blittersdorff's Bericht, 5. Mai 1833.

und lange blieb das Schicksal des Vertrages zweifelhaft. Mieg's Nachfolger Lerchenfeld erkannte zwar, nachdem er die Papiere eingesehen, die Nothwendigkeit des Abschlusses, doch rückte er nicht recht mit der Sprache heraus. Fürst Oettingen-Wallerstein vollends, der vielgewandte liberalisirende Minister bewies in ausführlicher Denkschrift: kein Zollverein ohne Oesterreich, die preußische Hegemonie ist Baierns Verderben. Der preußische Gesandte hielt schon Alles für verloren und schrieb verzweifelnd: nur Eichhorn selber könne noch retten. Darauf eilte Eichhorn sofort nach München (Juli 1833), gewährte noch das letzte Zugeständniß, gab zu, daß kein Provisorium stattfinden solle; seine gewinnende Freundlichkeit brachte in wenigen Tagen Alles ins Reine. Jetzt brach des Königs gute Natur wieder durch; er wünschte sich Glück zu der Wiederkehr der fridericianischen Tage, ließ eine Denkmünze prägen auf das Gelingen seines eigensten Werkes und sagte zu dem Nassauer Röntgen: „Oesterreich ist ein abgeschlossener Staat, mit dem wir wohl Handelsverträge, doch keinen Zollverein schließen können; Preußen ist ein Blitz, der mitten durch Deutschland hindurchfährt."

Kaum war die Krone Baiern gewonnen, so begann der Kampf mit dem württembergischen Landtage. Die schwäbischen und badischen Liberalen hatten sich zu Anfang des Jahres in Pforzheim versammelt und dort beschlossen, dem vordringenden preußischen Absolutismus mannhaft zu widerstehen. Die Schutzzöllner beweinten den nahen Untergang der schwäbischen Industrie; die Particularisten bewiesen, daß Württembergs Absatzwege nach Frankfurt und der Schweiz, nicht nach dem Norden führten; manche pessimistische Radicale gönnten dem verhaßten Ministerium nicht ein Verdienst, das der Regierung allein gebührte, sie wünschten noch weniger, daß ein wichtiger Grund der allgemeinen Unzufriedenheit beseitigt werde. Die gemüthlichen Leute wollten die geforderten Opfer nur einem gesammtdeutschen Vereine bringen. Selbst den gemäßigten Liberalen schien es hochbedenklich, einer absoluten Krone mittelbare Einwirkung auf den württembergischen Haushalt zu gestatten. Zudem wurden die Kammern nur zu einer Erklärung über den Vertrag, nicht zu förmlicher Genehmigung aufgefordert. Der Landtag empfand bitter seine Ohnmacht. König Wilhelm setzte seinen Stolz darein das Werk hinauszuführen; kein Zweifel, er hätte auch ohne die Zustimmung der getreuen Stände den Vertrag vollzogen und also den leeren Schein der schwäbischen Verfassungsherrlichkeit vor aller Welt erwiesen. Darum wollte selbst Paul Pfizer, der Bewunderer Preußens sich nicht zur Genehmigung entschließen; wenn er zustimmte, so verlor er jedes Ansehen unter den Parteigenossen, jede politische Wirksamkeit in seiner Heimath. In solchen tragischen Widerspruch war der süddeutsche Liberalismus gerathen.*) Endlich, im November ge-

*) So hat mir einst Fr. Notter die Beweggründe, welche seinen Freund Pfizer bestimmten, erklärt.

nehmigte der Landtag den Vertrag nach harten Kämpfen. Nur Einzelne waren überzeugt durch die treffliche Denkschrift über Badens Beitritt, welche Nebenius in der elften Stunde veröffentlicht hatte um die Schwaben zu gewinnen. Die Mehrzahl gab ihr Ja nur aus gedankenlosem Gehorsam; alle Führer der Liberalen, Pfizer, Uhland, Römer, stimmten dawider. Es war ein vollständiger Triumph des geschäftskundigen Beamtenthums über den schwärmenden Liberalismus.

Neue unerquickliche Händel folgten, da nun das preußische Zollwesen durch eine gemeinsame Vollziehungscommission im Süden eingeführt wurde. Wie oft mußte der preußische Commissär L. Kühne von den gemüthlichen bairischen Beamten bittere Klagen hören über diese verwünschte Berliner Strammheit; er bestand darauf, daß in den Grenzbezirken, wo offenkundiger Schmuggel blühte, drei Monate lang eine strenge Binnencontrole gründlich aufräumte. Die unfreie sociale Gesetzgebung der Mittelstaaten fand so leicht nicht den Uebergang zur preußischen Freiheit. Das erste Jahr des neuen Zollvereins (1834) brachte dem bairischen Volke ein neues höchst unverständiges Gewerbegesetz, das die „Inländer" kleinlich begünstigte. Als der preußische Gesandte Einspruch erhob und an die im Vertrage zugesagten „gleichförmigen Grundsätze" der Gewerbspolizei erinnerte, verbat sich der Münchener Hof ärgerlich die preußische Einmischung. Doch der wesentliche Inhalt des Vertrags wurde redlich ausgeführt. Seit in München ein neuer Zolldirektor, der verdiente Knorr, ernannt war, arbeitete die Zollverwaltung fest und pünktlich. Jeder neue Tag der Erfahrung warb dem Zollvereine neue Anhänger im Süden; die besseren Köpfe des Liberalismus gestanden beschämt ihren Irrthum. Ein befremdender unnatürlicher Anblick: dies Doppelleben unseres Volkes unter dem Deutschen Bunde! Der Bundestag ein Spott der Welt, eine Schande des Vaterlandes; und dieselben Regierungen, die ihn halten, arbeiten zugleich an der Einigung der Nation. Wenige Tage nach jenem Berliner Märzvertrage stürmte die erhitzte Jugend die Frankfurter Wachen; die Idee der deutschen Einheit erhob sich gegen die Höfe, welche soeben eine der folgenreichsten Thaten unserer nationalen Politik vollzogen hatten. —

Gleichzeitig mit Baiern und Württemberg unterhandelte Sachsen in Berlin. Es geschah wie Motz vorhergesehen: keine der Zollvereinsverhandlungen hat den preußischen Staatsmännern schwerere Ueberwindung gekostet. Gewiß trat mit Sachsens Beitritt nur die Natur der Dinge in ihr Recht. Das Erzgebirge erhielt wieder ungehemmten Verkehr mit seiner alten Kornkammer, den Muldeniederungen in der Provinz Sachsen, Leipzig wieder freie Verfügung über seine wichtigsten Handelsstraßen; Macht und Bedeutung des Zollvereins stiegen erheblich, sobald eines der ersten Fabrikländer und der größte Meßplatz Europas hinzutrat. Gleich-

wohl war der unmittelbare Vortheil fast ausschließlich auf Sachsens Seite; in Preußen erhoben sich ernste staatswirthschaftliche und finanzielle Bedenken. Preußen gewann in Sachsen nur einen kleinen Markt, der überdies durch seinen eigenen Gewerbfleiß schon reichlich versorgt war. Da die Lebenshaltung und demnach der Arbeitslohn im Erzgebirge niedriger stand als in irgend einem anderen Industriebezirke, so fürchteten die preußischen Fabriken, vornehmlich die Webereien und Druckereien in Schlesien und in der Provinz Sachsen, der sächsischen Concurrenz zu erliegen. Von allen Seiten her wurde das Finanzministerium mit Warnungen bestürmt; am Niederrhein rief die erste Nachricht von dem Beginn der preußisch-sächsischen Verhandlungen weithin im Lande eine starke Aufregung hervor.*) Die Frage, wie ein großer Meßplatz einem Zollsysteme sich einfügen lasse, galt noch allgemein als ein fast unlösbares Problem; sie war bei den Verhandlungen mit Baiern-Württemberg oft erörtert und endlich zur Seite geschoben worden, da man an der Verständigung verzweifelte.

An der sächsisch-böhmischen Grenze hatte sich ein ungeheurer Schmuggel festgenistet; das Volk nahm den elenden Zustand hin wie eine Nothwendigkeit, ja wie einen Segen. Selbst Lindenau wagte nach dem Abschluß des Zollvereins im Gespräche mit Blittersdorff nur die schüchtern zweifelnde Bemerkung: daß der Schmuggel im Erzgebirge jetzt aufhören wird, „ist wohl schwerlich ein Unglück".**) Die hochherzige Gesinnung des neuen Mitregenten, des Prinzen Friedrich August, wurde in Berlin ebenso bereitwillig anerkannt, wie die Einsicht der trefflichen Männer, die er in sein Cabinet berufen. Doch ein volles Jahr verfloß, bis die Ordnung in dem aufgeregten Ländchen sich wieder befestigte; Maassen fragte besorgt, ob eine Regierung, die den schwächlichen Aufläufen in Leipzig und Dresden so wenig nachhaltigen Widerstand entgegengestellt, auch den festen Muth besitzen werde, die Schmuggelnester im Gebirge auszuheben. Und lehrte denn nicht der Gang der Verhandlungen, daß die neue Regierung das alte kleinliche Mißtrauen gegen Preußen nicht gänzlich über Bord geworfen hatte? Man kam in Berlin nicht los von dem Argwohn, Sachsen würde einen Zollverein mit Oesterreich vorziehen, wenn nur die Hofburg mehr böte als leere Redensarten. Wenn König Friedrich Wilhelm keinen deutschen Staat locken und einladen wollte, so doch am allerwenigsten diesen sächsischen Hof, der als Stifter des mitteldeutschen Vereins eine so bösartige Gehässigkeit zur Schau getragen hatte. Der preußische Consul Baumgärtner empfing einen herben Verweis, als er zu Anfang 1830 eine Flugschrift über die Nothwendigkeit eines sächsisch-preußischen Zollbundes schrieb und in Sachsen verbreitete.

---

*) Bericht des Reg.-Präsidenten von Düsseldorf an das Finanzministerium, 6. Februar 1831.

**) Blittersdorff's Bericht, 23. Aug. 1833.

Bis zum Sturze des alten Systems erging sich die sächsische Regierung in Umwegen und Künsteleien, nach der alten Gewohnheit der Mittelstaaten. Sie fragte in Stuttgart und München an, ob Sachsen nicht dem süddeutschen Vereine beitreten könne. Ihr Berliner Geschäftsträger Könneritz richtete an Ancillon die Bitte: Preußen möge sofort seinen Tarif zu Sachsens Gunsten herabsetzen, da die Verhandlungen über den unmittelbaren Anschluß vor der Hand noch ausgesetzt werden müßten. Maassen aber antwortete (15. Sept. 1830): „ohne vorhergegangene Vereinigung zu einem gegenseitig erleichterten Handelsverkehr“ können wir bei der Ordnung unseres Tarifs auf dritte Staaten keine Rücksicht nehmen.*)

Erst das Ministerium Lindenau fand den Muth einzugestehen was sich mit Händen greifen ließ: daß Sachsens Gewerbfleiß ohne Preußens Freundschaft untergehen mußte; nahm doch die gesammte überseeische Ausfuhr des Landes ihren Weg durch Preußen, desgleichen fast die gesammte Einfuhr der rohen Baumwolle. Leider war nur ein Theil der Fabrikanten im Gebirge dem Anschluß günstig, das Landvolk und vornehmlich das mächtige Leipzig wehklagten über das hereinbrechende Verderben. Also hat selbst der allzeit patriotische und einsichtige Handelsstand der wackeren Pleißestadt, ganz wie späterhin die Kaufmannschaft von Frankfurt, Bremen, Hamburg, die unliebsame Wahrheit erhärtet, daß der Interessent fast niemals sachverständig ist. Auch der große Kaufherr wird zum Krämer, sein Gesichtskreis verengt sich, sobald er seinen unmittelbaren Vortheil bedroht wähnt; stolz auf seine persönliche Kraft und Freiheit, empfindet er es als eine Anmaßung, eine Beleidigung, wenn die Männer des grünen Tisches ihm zumuthen seine altgewohnten Geschäftsformen zu ändern, und will nicht zugestehen, daß über große handelspolitische Fragen nicht die privatwirthschaftliche Anschauung des Kaufmanns, sondern das staatswirthschaftliche Urtheil des Staatsmannes zu entscheiden hat. Trotz Alledem entschloß sich die Regierung gegen Jahresschluß zu jener ersten Anfrage in Berlin. Das Ministerium des Auswärtigen antwortete (24. Jan. 1831): Die Schwierigkeiten scheinen sehr groß, die Interessen überaus verschieden „dennoch ist die Aufgabe so gemeinnützig und deutscher Regierungen, welche neben der Sorge für ihre Unterthanen zugleich die Beförderung des Wohls von ganz Deutschland im Auge haben, so entschieden würdig“, daß wir den Versuch wagen wollen. Die oberdeutschen Könige, von Allem unterrichtet, überließen die Verhandlungen vertrauensvoll dem preußischen Hofe; die Ueberlegenheit der sächsischen Industrie, meinte Armansperg zuversichtlich, ist in einem großen Vereine wenig zu fürchten, auch die schwierige Grenzbewachung muß sich durchführen lassen, so man ernstlich will.**)

*) Salviati's Bericht, Stuttgart 26. Aug. Könneritz an Ancillon, 2. Aug. Maassen an das Ausw. Amt, 15. Sept. 1830.

**) Ministerialschreiben des Auswärtigen Amtes 24. Jan. Armansperg an Küster 22. März 1831.

Im März 1831 kam der sächsische Finanzminister v. Zeschau nach Berlin — neben dem Baiern Mieg, dem Hessen Hofmann und dem Badener Boeckh sicherlich der fähigste unter allen den Finanzmännern, mit denen Preußen zu verhandeln hatte — thätig und kenntnißreich, ein ritterlicher Charakter, schweigsam und bedächtig, noch von seiner preußischen Dienstzeit her mit L. Kühne wohl bekannt. Die in Dresden gewünschte Aenderung des gesammten Tarifs gab er bald auf, gleichwohl ward er mit Maassen nicht handelseinig. Erschreckt durch die Warnungen seiner Fabrikanten wollte Preußen provisorische Schutzzölle zu Gunsten einiger Fabrikwaaren einführen, damit die Industrie Zeit behielte sich auf die Concurrenz des Erzgebirges zu rüsten. Zugleich verlangte man Entschädigung für den drohenden starken Verlust an Durchfuhrzöllen. Kühne selbst fand diese Forderungen zu hart; aus dem Magdeburgischen gebürtig betrachtete er die Kursachsen halb als seine Landsleute und hielt dem Minister vor: nach der Theilung Sachsens sei Preußen schon ehrenhalber verpflichtet dem Nachbarlande Wohlwollen zu zeigen. Als Maassen in diesen Fragen endlich nachgegeben hatte, erhob sich sofort ein neues Hemmniß: die Meßfrage. Frankfurt an der Oder hatte bisher für seine Messen einen Zollrabatt genossen, der erst vor Kurzem auf 20% herabgesetzt war; nun der Eintritt Leipzigs bevorstand, wollte Preußen seinen schwer bedrohten kleinen Meßplatz nicht ungünstiger stellen als bisher. Die Leipziger Kaufmannschaft dagegen sagte den unfehlbaren Verfall ihrer Messen voraus, falls Frankfurt irgend ein Vorrecht behalte; und „keine Regierung, am wenigsten eine constitutionelle — schrieb der sächsische Bevollmächtigte Wietersheim — kann einer so ausdrücklichen Erklärung der Repräsentanten des gefährdeten National-Interesses entgegenhandeln“. Auch das Altenburgische Geheime Ministerium sendete ein dringendes Mahnungsschreiben nach Berlin — „ohne alle äußere Aufforderung“, wie man unschuldig betheuerte — und schilderte in herzbrechenden Worten das furchtbare Schicksal, das dem unglücklichen Leipzig drohe.*)

Da die Verhandlungen sich so ungünstig anließen, so wünschte der sächsische Hof, geängstigt durch die fortdauernde Gährung im Lande, mindestens einige Handelserleichterungen sofort zu erlangen, falls die vollständige Vereinigung nicht möglich sei. Der Prinz-Mitregent selber stellte diese Bitte in einem Handschreiben an den König von Preußen (11. April 1831). Er gab zu bedenken, daß mit dem gänzlichen Mißlingen dieser Verhandlungen „die Ausführung des großen und für die Sicherheit und Ruhe Deutschlands begründeten, von Ew. K. Maj. verfolgten Planes, die Interessen des Handels und Verkehrs in verschiedenen deutschen Staaten zu vereinigen und dadurch zugleich das politische Band

*) Wietersheim an Eichhorn, 16. Aug.; Schreiben des Altenb. Geh. Ministeriums an das Ausw. Amt, 30. Sept. 1831.

zu befestigen, gefährdet werden oder mindestens Aufschub erleiden würde. Auch mag ich mir selbst nicht verschweigen, daß eine erfolglose Verhandlung in der gegenwärtigen Zeit auch hier nicht ohne einen sehr ungünstigen Eindruck bleiben würde."*) Ein solcher Mittelweg schien aber den besten Köpfen der preußischen Regierung kleinlich und nutzlos. Eichhorn bewies in einem ausführlichen Gutachten: sofortige Handelserleichterungen würden, nach der Lage der Dinge, nur dem preußischen Staate einseitige Opfer auferlegen; wolle Sachsen dagegen zu Preußen in ein ähnliches Verhältniß treten, wie bisher Baiern und Württemberg, so sei dazu eine vollständige Neugestaltung seines Zollsystems erforderlich; warum also nicht sogleich das höchste Ziel, den Zollverein, ins Auge fassen? Auch der geistvolle Beuth meinte traurig: „wäre die Zeit nicht so schlecht und ungünstig, so konnte man die Sache großartiger behandeln." Die letzten mündlichen Verhandlungen erfolgten im Juli, bald nachher stockte auch der schriftliche Verkehr. Die deutschen Cabinette begannen zu fürchten, daß Sachsen den Plan aufgegeben habe; der Dresdner Hof sah sich um die Wende des Jahres genöthigt, in einer langen Denkschrift seine Handelspolitik vor den oberdeutschen Königen zu vertheidigen.

Erst als Baiern und Württemberg ihre Zollvereinsverhandlungen in Berlin eröffneten, faßte man sich in Dresden wieder ein Herz. Im März 1832 erschien Zeschau zum zweiten male in Berlin. Abermals kam man einen Schritt weit vorwärts; Sachsen erklärte sich bereit das preußische System der indirekten Steuern anzunehmen. Doch über die Messen konnte man sich wieder nicht verständigen. Nun wirkte auch die Staatsweisheit Moritz Mohl's lähmend auf Sachsen zurück; ohne die süddeutschen Höfe, die jetzt ihre Verhandlungen abbrachen, wollte das Dresdner Cabinet, wie begreiflich, nicht beitreten. Im Mai wurde die letzte Berathung gehalten; der Sommer verlief in peinlicher Verlegenheit. Die amtliche Leipziger Zeitung schlug bereits jenen salbungsvollen Ton an, der immer ein Zeichen der Rathlosigkeit ist; sie mahnte: „der Entschluß, welchen die Staatsregierung mit den Landständen ergreift, wird jedem Staatsbürger heilig sein."

Inzwischen beging der sächsische Hof einen schweren politischen Fehler, der den schlimmsten Verdacht zu rechtfertigen schien. Hannover hatte am Bundestage wieder einmal die Ausführung des unsterblichen Art. 19 beantragt — in der unverhohlenen Absicht, den Gang der preußischen Handelspolitik zu stören. Ohne jede Rücksprache mit Preußen, ohne auch nur den Bericht der Bundestagscommission abzuwarten, stimmte Sachsen als die erste deutsche Regierung dem thörichten Antrage zu und erklärte: Höchster Zweck des Bundes in Zollsachen ist, dasjenige durch gemeinschaftliche Gesetze zu erreichen, was durch Einzelverhandlungen nur schwer

*) Prinz Friedrich August an König Friedrich Wilhelm, 11. April 1831.

zu erreichen ist; sollen in Deutschland überhaupt Durchfuhrzölle bestehen, so doch jedenfalls ein anderes System als das preußische! — Die Finanzpartei in Berlin klagte laut über die offenbare Zweizüngigkeit. Geh. Rath Michaelis fragte in einer scharfen Denkschrift: soll diese Sprache des sächsischen Bundestagsgesandten etwa die öffentliche Meinung in Sachsen für den preußischen Zollverein gewinnen? — Wen konnten auch die nichtigen Entschuldigungen überzeugen, die der sächsische Minister Minckwitz seinem Berliner Gesandten Watzdorf schrieb (29. Nov. 1832)? Der harmlose Mann betheuerte, die Vorgänge in Frankfurt sollten den Berliner Verhandlungen „keinen Eintrag thun"! Eichhorn aber, als ein gewiegter Kenner des Charakters der kleinen Höfe, mahnte seine erzürnten Amtsgenossen zur Geduld: gönnen wir doch den Herren in der Eschenheimer Gasse ihre unschuldigen Stilübungen; der Dresdner Hof meint es ehrlich, wenngleich er zuweilen einem Anfall von Schwäche unterliegt; noch eine kurze Frist, und er kommt wieder zu uns.

Und so geschah es. Im Januar 1833 besprach sich Mieg in Dresden mit Zeschau, und als darauf die Berliner Verhandlungen mit Baiern so glücklich vorangingen, kam der sächsische Finanzminister (24. März) zum dritten male in die preußische Hauptstadt. Nach kaum acht Tagen (30. März 1833) schlossen Eichhorn, Maassen, Zeschau und Watzdorf den Zollvereinsvertrag, der wörtlich mit dem soeben beendigten bairischen übereinstimmte. Einige Separatartikel ordneten den Zustand der Messen. Der Frankfurter Zollrabatt blieb etwas ermäßigt bestehen, doch durfte Sachsen seinem Leipzig ähnliche Vergünstigungen zuwenden. Der Meßhandel erhielt eine große Erleichterung durch die Einrichtung der Meßcontirung; für Leipziger Großhandlungen von gutem Rufe wurde sogar ein über die Meßzeiten hinaus fortdauerndes Steuerconto zum Abschreiben eröffnet — eine wichtige Vergünstigung, die noch manchen Mißbrauch veranlassen sollte. Auch die Herabsetzung einiger Zollsätze, namentlich für Woll- und Baumwollwaaren, wurde vereinbart. Preußen verpflichtete sich, die Ermäßigung der Elbschifffahrtsabgaben, welche Anhalt dem preußischen Elbhandel zugestanden hatte, auch dem sächsischen Verkehre zuzuwenden; der gute Vorsatz scheiterte freilich an Anhalts Kleinsinn.

Nicht ohne Zagen unterschrieb Maassen den Vertrag, der den preußischen Markt den Fabriken des Erzgebirges eröffnete; von allen seinen Räthen stimmte ihm nur Kühne unbedingt zu. „Das ist ein schwerer Vertrag — sagte er zu Kühne und wog die Actenstücke auf der flachen Hand — es hätte ihn nicht jeder unterzeichnet." Die Besorgniß des Staatswirths hatte zurücktreten müssen vor den Hoffnungen der Politiker. Sachsen stand gerade in den Flitterwochen seines constitutionellen Lebens; der Eintritt dieses Staates mußte die öffentliche Meinung günstig stimmen. Leider verging wieder eine geraume Frist, bis die deutsche Welt mit der vollendeten Thatsache sich versöhnte. Die preußischen Fabrikanten lärmten,

die gute Stadt Leipzig überließ sich einer maßlosen Verzweiflung. Eine Petition, die der k. k. Consul Berck's geschäftig umhertrug, warnte die Regierung; die Stadtverordneten richteten eine dringende Vorstellung nach Dresden. An Zeschau's Wohnung fand sich eines Morgens ein Anschlag: „Allhier wird von einem Parvenu, einem preußischen Landrath, so sächsischer Finanzminister geworden ist, das Land für Geld und Orden an Preußen verkauft.“ Der Taumel ergriff jeden Stand und jedes Alter. Die Leipziger Schulbuben kauften sich engliche Farbkästen auf Vorrath, weil sie mit frühreifer handelspolitischer Vorsicht befürchteten, das gewohnte Spielzeug werde nunmehr für bürgerliche Geldbeutel unerschwinglich werden. Ein Jahr darauf schon begann für die Pleißestadt eine neue Epoche glänzender Handelsblüthe; das kleine Frankfurt wurde durch den überlegenen Nebenbuhler ganz zurückgedrängt, die mächtigen Leipziger Firmen lernten bald den Frankfurter Meßrabatt für sich selber zu benutzen. Auch die Klagen der preußischen Fabrikanten verstummten, und Niemand wollte die warnenden Petitionen unterschrieben haben. Zeschau selbst, der Wohlthäter Leipzigs, hat freilich von den stolzen Kaufherren der Meßstadt niemals irgend eine Genugthuung für so viele Schmähungen erhalten.

Während diese verwickelte zweifache Verhandlung in wiederholten Ansätzen erledigt wurde, hatte Eichhorn's unverwüstliche Geduld zugleich ein drittes schwieriges Geschäft zu führen: die Unterhandlungen mit den thüringischen Staaten. In Thüringen wie in Sachsen und Kurhessen wurde die beginnende Bekehrung gefördert durch den unruhigen Sommer von 1830, durch die Angst vor den murrenden Massen. Hier wie in Sachsen hoffte man anfangs, sogleich einseitige Handelserleichterungen von Preußen zu erlangen. Der weimarische Minister Gersdorff kam im Januar 1831 zugleich mit Lindenau nach Berlin, überbrachte ein Handschreiben seines Großherzogs, das um solche Vergünstigung bat: „dies würde in einer Periode mannichfacher Aufregungen Uebelgesinnten einen Vorwand zu schlechten Einwirkungen entnehmen.“ Auf wiederholte ähnliche Anfragen kleiner thüringischer Höfe antwortete das Berliner Cabinet (5. Juli 1831): man sei bereit, über einen Zollverein zu verhandeln, doch nur mit allen thüringischen Staaten gemeinsam, und nur wenn diese Höfe sich nicht mehr gebunden glaubten an den mitteldeutschen Verein. Erst als Kurhessen zu dem preußischen Vereine übergetreten war, erklärten die ernestinischen Höfe: der mitteldeutsche Verein sei thatsächlich aufgelöst.

General Lestocq, der vielgeplagte Gesandte, den die thüringischen und einige andere kleine Dynasten in Berlin auf gemeinsame Kosten ernährten, überreichte am 15. Januar 1832 eine Verbalnote: Preußen möge die Initiative ergreifen, ältere bindende Verpflichtungen beständen nicht mehr. Weimar drängte am eifrigsten; das Großherzogthum besaß an Gersdorff und O. Thon zwei treffliche Verwaltungsbeamte, die wohl

einsahen, wo der Grund der ewigen Finanznoth lag. Spröder verhielt sich Gotha, da hier der hergebrachte Schmuggel allgemein als ein Nationalglück betrachtet wurde. Maassen und Eichhorn entwickelten nun ausführlicher den einfachen Gedanken, den sie so oft schon ausgesprochen hatten: die verzettelten thüringischen Gebiete sollen zunächst unter sich einen Verein mit gemeinsamer Zollverwaltung bilden und dann erst als eine geschlossene Einheit in den großen Zollverein treten; Preußen will die Kreise Erfurt, Suhl und Ziegenrück diesem thüringischen Vereine zutheilen, wird auch dafür sorgen, daß Kurhessen sein Schmalkaldener Land hinzugefügt. Zu förmlichen Verhandlungen kam es auch jetzt noch nicht; denn Eichhorn hoffte, vorher mit Baiern und Württemberg abzuschließen. Diese beiden Höfe fühlten sich schon beunruhigt durch die Anfragen der Ernestiner; sie meinten: schließe Thüringen früher ab, so sei der Süden auf Gnade und Ungnade dem Belieben Preußens überliefert. Darum richteten sie sogar eine Verwahrung an den Berliner Hof (15. Nov. 1832): ohne die vorhergehende Zustimmung Baierns und Württembergs dürfe Preußen die Thüringer nicht aufnehmen. Der Dresdener Hof, der sich noch immer als das geborene Oberhaupt der Ernestiner fühlte, verlangte zu allen Verhandlungen mit seinen Stammesvettern zugezogen zu werden. Preußen erwiderte: wir werden Sachsens Interessen sorgsam wahren, doch der Zutritt eines sächsischen Bevollmächtigten kann die Verhandlungen nur erschweren. Immerhin haben diese Bedenken der drei kleinen Königskronen den Beginn der Unterhandlungen verzögert.

Erst im December 1832 begannen die Conferenzen mit den Thüringern. Die preußischen Staatsmänner schlugen vor, eine Centralbehörde für das thüringische Zollwesen zu bilden. Große Bestürzung; keiner der Kleinen wollte eine solche Beschränkung seiner Souveränität zugeben. Da meinten die Preußen begütigend: es werde genügen einen Generalinspektor einzusetzen; der müsse freilich in Erfurt wohnen, als dem Mittelpunkte des Landes, doch solle er nicht von Preußen, sondern von der thüringischen Hauptmacht Weimar ernannt werden. Hiermit schien jeder Widerspruch entwaffnet. Wenn Preußen sein Zollwesen einem weimarischen Beamten unterstellte, so durfte auch der Reußenstolz und der Gothaerdünkel nicht klagen. Gleichwohl erhoben Altenburg und Meiningen neue Bedenken; sie konnten sich nicht in den Gedanken finden, daß ihre Verwaltung fremder Aufsicht unterliegen solle. Schon war man nahe daran, ohne Meiningen abzuschließen. Da drohte Kühne: wenn man die preußischen Beamten als Spione betrachte, dann müsse Preußen sein gefürchtetes Enclavensystem gegen die kleinen Nachbarn anwenden. Das schlug durch. Am 10. Mai 1833 wurde der „Zoll- und Handelsverein der thüringischen Staaten" gebildet, am folgenden Tage erklärte der neue Verein, der das gesammte System der preußischen indirekten Steuern annahm, seinen Zutritt zu dem deutschen Zollvereine. Ein weimarischer Generalbevollmächtigter ver-

trat die Thüringer auf den Conferenzen des Zollvereins, gab in Tarifsachen nur eine Gesammtstimme ab; in einigen anderen Fällen sollte er die Meinung jedes einzelnen thüringischen Staates gesondert vortragen. Dieser Bund im Bunde, welchen Preußens Staatsmänner seit dem Jahre 1819 erstrebt hatten, erwies sich als so einfach und naturgemäß, daß niemals, auch nicht in den schwersten Krisen des Zollvereins, an die Auflösung des thüringischen Vereins gedacht worden ist. —

Also war des großen Werkes schwerster Theil gelungen. Ein unerhörter Ordenssegen belohnte die treue Arbeit des Beamtenthums; die Jahrgänge der deutschen Gesetzsammlungen schwollen zu unförmlichen Bänden an, von allen den neuen Verträgen und Gesetzen. Dann kam jene folgenschwere Neujahrsnacht des Jahres 1834, die auch den Massen das Nahen einer besseren Zeit verkündete. Auf allen Landstraßen Mitteldeutschlands harrten die Frachtwagen hochbeladen in langen Zügen vor den Mauthhäusern, umringt von fröhlich lärmenden Volkshaufen. Mit dem letzten Glockenschlage des alten Jahres hoben sich die Schlagbäume; die Rosse zogen an, unter Jubelruf und Peitschenknall ging es vorwärts durch das befreite Land. Ein neues Glied, fest und unscheinbar, war eingefügt in die lange Kette der Zeiten, die den Markgrafenstaat der Hohenzollern hinaufgeführt hat zur kaiserlichen Krone. Das Adlerauge des großen Königs blickte aus den Wolken, und aus weiter Ferne erklang schon der Schlachtendonner von Königgrätz. Glücklicher als sein leidenschaftlicher Freund hat Maassen die Stunde der Genugthuung noch genossen. Er starb am 4. November 1834. Einen ebenbürtigen Nachfolger fand er nicht; nur in Eichhorn und den Geheimen Räthen des Finanzministeriums lebten die Ueberlieferungen von 1818 fort.

Der erweiterte Handelsbund nahm jetzt den Namen des Deutschen Zollvereins an. Aus dem dunstigen Nebel des Deutschen Bundes traten schon erkennbar die Umrisse jenes Kleindeutschlands hervor, das dereinst den Ruhm und die Macht des heiligen römischen Reiches überbieten sollte.

Im Kampfe mit dem deutschen Liberalismus errang die Krone Preußen ihre handelspolitischen Erfolge, und nur weil sie selbst nicht durch Reichsstände beschränkt war, konnte sie ihr Ziel erreichen. Ebenso wenig wie die süddeutschen Oppositionsparteien ahnte Czar Nikolaus, was dies beginnende Anwachsen der preußisch-deutschen Macht bedeutete. Da er noch immer auf den großen Krieg gegen die Revolution hoffte, so suchte er sich seinem Schwiegervater in Allem, was Rußlands Interessen nicht unmittelbar zu bedrohen schien, freundlich zu erweisen und vermied sorgsam jeden Schritt, der die Bahnen des Zollvereins durchkreuzen konnte. Die unverhohlene Feindschaft, welche England und Frankreich dem werdenden Handelsbunde

erwiesen, konnte den Czaren nur in seiner Gesinnung bestärken. Wie hochmüthig hatten bisher die Westmächte herabgeblickt auf dies zerrissene Deutschland, das in den Wettkämpfen der Handelsvölker niemals mitzählen könne. Welch ein Eindruck, als jetzt die neue Größe des deutschen Handelsbundes sich erhob, und der Gesammtwerth der Aus- und Einfuhr des Zollvereins schon im ersten Jahre (1834) 249,5 Mill. Thlr., 10 Thlr. auf den Kopf der Bevölkerung betrug. Wohl erschienen die Zahlen der deutschen Handelstabellen noch bescheiden genug neben den 1365 Mill. Fr., die Frankreichs Handel im Durchschnitt der Jahre 1827—36 erreichte, oder gar neben den 116 Mill. £. der englischen Aus- und Einfuhr (1830). Aber der Handel des Zollvereins blieb in sicherem, stetigem Aufsteigen, er wuchs in zehn Jahren (bis 1844) auf 385 Mill. Thlr., 13½ Thlr. für den Kopf der Bevölkerung. Auch die industrielle Kraft des Vereins erstarkte zusehends, die Ausfuhr von deutschen Ganzfabrikaten hob sich im ersten Menschenalter der Zollvereinsgeschichte um 52%. Und dieser Verein umfaßte noch bei Weitem nicht das gesammte Deutschland; die ganze Nordseeküste, die größten deutschen Seeplätze gehörten ihm nicht an. In Rouen und St. Etienne, in London und Manchester mußte man lernen mit einem neuen Concurrenten zu rechnen.

Die Regierung der Orleans, kleinlich, neidisch, mittelmäßig von Haus aus, die geborene Feindin aller schöpferischen neuen Gedanken, eifrig bestrebt ihre Hand in dem Spiele der deutschen Politik zu halten, trat den Plänen Preußens durch hundert kleine Mittel entgegen. Ihre Gesandten Bresson in Berlin, d'Alleye in Frankfurt, Mornay in Karlsruhe, und am rührigsten von Allen ihr berüchtigter Consul Engelhardt in Mainz, zogen von einem deutschen Diplomaten zum andern, oftmals insgeheim durch die Agenten Oesterreichs unterstützt; sie warnten vor Preußens Herrschsucht, boten Handelsverträge mit dem freien Frankreich an. Zum Glück war das starre französische Prohibitivsystem völlig unfähig den Nachbarn lockende Vortheile zu bieten. Als der Zollverein trotzdem zu Stande kam, erklärte der Geschäftsträger in Darmstadt, Herr v. Bussieres: sein Minister, der Herzog von Broglie, beabsichtige ein freisinniges Zollgesetz mit großen Erleichterungen für Deutschlands Schlachtvieh und Wolle; doch erwarte man Gegenleistungen, namentlich die Begünstigung der französischen Weine, „wenn die Richtung, welche Preußen dem von ihm gegründeten Zollvereine gegeben hat, dies nicht verhindern sollte.“ Von der hessischen Regierung befragt, ergriff Eichhorn sogleich die Gelegenheit, der Krämerpolitik des Bürgerkönigs heimzuleuchten. Er erwiderte (7. Febr. 1834): Frankreich ist noch gar nicht in der Lage, mit der freieren Gesetzgebung des Zollvereins Zug um Zug zu verhandeln; zuerst möge man in Frankreich das Prohibitivsystem abschaffen. Die Führerstelle im Zollvereine, die man in den Tuilerien uns zuschreibt, nehmen wir nicht an. Nicht Preußen hat den Zollverein gegründet; er entstand ganz natürlich aus dem übereinstim-

menden Willen aller betheiligten Souveräne.*) So ängstlich vermied der Berliner Hof jeden Schein der Hegemonie; der Handelsbund war noch im Werden und Wachsen, man wollte den Widerstand Oesterreichs und des Auslandes nicht noch mehr herausfordern.

Auch England suchte durch Handelsverträge mit den Kleinstaaten das nationale Werk zu stören. Der Gesandte in Berlin, Lord Minto, haßte die beiden großen Bundesmächte mit dem Ingrimm des Radicalen, und wie er den Beschlüssen des Bundestags laut und rücksichtslos entgegentrat, so hielt er auch für Pflicht, die Kleinstaaten vor dem preußischen Joche zu bewahren. Im Parlamente redete schamlos jene britische Handelsmoral, welche mit der Bibel in der rechten, der Opiumpfeife in der linken Hand die Güter der Gesittung über den Erdball verbreitet. „Ihr habt nicht das Recht — rief man dort den preußischen Staatsmännern zu — mit anderen deutschen Staaten Verträge zu schließen, die dem englischen Handel zum Nachtheil gereichen!" Indeß war England mit seinem hohen Zolltarife ebenso wenig wie Frankreich im Stande, den Deutschen lockende Vortheile zu bieten, und seit der für die britischen Kaufleute so vortheilhaften Rheinschifffahrtsacte begann seine Theilnahme an unserem handelspolitischen Streite langsam zu erkalten. Der Gewandtheit des Gesandten Bülow wäre es vielleicht gelungen, die Besorgnisse der britischen Staatsmänner etwas zu beschwichtigen, wenn nicht der Preußenhaß der welfischen Staatsmänner in Hannover den Handelsneid Englands von Neuem aufgestachelt hätte.

In welchem Lichte der preußische Handelsbund der österreichischen Partei des Bundestags erschien, das erhellt aus einigen Briefen Blittersdorff's. Im März 1833, als die Wage noch schwankte, schrieb er höhnisch: „es wird sich doch zeigen, ob man die preußischen Finanzen dem politischen Systeme des Herrn Eichhorn opfern wird." Nach der Entscheidung bereiste er Mitteldeutschland, sprach mit vielen sächsischen und thüringischen Staatsmännern und berichtete traurig: „Die Zollvereinigung giebt dem Bundessysteme gleichsam den Gnadenstoß." Den gegenseitigen Schutz, welchen die kleinen Staaten bisher durch den Bund empfingen, erhalten sie jetzt durch den Zollverein; auch in anderen politischen Fragen werden sie sich auf Preußen stützen müssen. Alle mitteldeutschen Staatsmänner, die ich sprach, gestanden: „Wir konnten nicht anders. Oesterreich hat sich uns versagt. Preußen war ebenso willfährig als beharrlich, hat durch das Zugeständniß des gleichen Stimmrechts alle Bedenken entwaffnet." Nun bleibt nur übrig, fährt er schmerzlich fort, daß Oesterreich auch in den Zollverein träte. Doch das wird wohl unmöglich sein; denn in dieser Sache kann der wohlgesinnte Ancillon nichts ausrichten gegen

*) Bussieres an du Thil, 21. Jan. Eichhorn, Weisung an die Gesandtschaft in Darmstadt, 7. Febr. 1834.

Herrn Eichhorn! — Noch düsterer klingen seine Berichte vom December 1833: „Der Zollverein ist ein Hauptnagel im Sarge des Deutschen Bundes.“ Herr Eichhorn will die Einheit Deutschlands durch Separatverträge erreichen, mit Ausschluß Oesterreichs, das, wie man in Berlin stets behauptet, uns nur Opfer auferlegt. Preußen übernimmt jetzt die Führung der positiven Politik Deutschlands, Oesterreich behält nur noch die formelle Leitung. Vielleicht kann im Deutschen Bunde nur dann ein neues Leben erwachen, wenn Preußen an die Spitze träte, und Oesterreich sich auf ein Schutz- und Trutzbündniß beschränkte, „wozu aber wenig Aussicht vorhanden ist.“ Vielleicht werden durch diese Wendung die Repräsentativverfassungen ihre Bedeutung für die Bundespolitik verlieren, und ganz andere Fragen in den Vordergrund treten — jene Machtfragen, die schon auf dem Wiener Congresse auftauchten!*) Und derselbe Mann, der mit so scharfem Auge in das Dunkel der Zukunft blickte, hat gleichwohl dem hereinbrechenden Schicksal mit seiner ganzen Kraft sich entgegengestemmt; er hat noch im November 1847 vorgeschlagen, die Hofburg solle die politische Führung des Zollvereins antreten, da sie die staatswirthschaftliche Leitung allerdings nicht übernehmen könne!

Aehnliche Sorgen regten sich in Oesterreich selbst. Jetzt erst begann das starre Greisenregiment zu Wien die folgenschwere Bedeutung der preußischen Handelspolitik zu ahnen, die man bisher wohl aufzuhalten, doch nicht mit voller Kraft zu bekämpfen gewagt hatte. Und auch jetzt noch erhob sich die staunenswerthe Gedankenarmuth des Nestors der europäischen Diplomatie nur zu Angstrufen, Warnungen und kleinen Ränken, nicht zu irgend einem ausführbaren Gegenplane. Seit nahezu zwanzig Jahren verhandelten Baiern und Oesterreich über Handelserleichterungen. Immer vergeblich. Daß solche Zugeständnisse nur durch Gegenleistungen zu erlangen sind, war den Köpfen der k. k. Hofräthe nicht beizubringen. Die Agenten Oesterreichs in München pflegten dann am lebhaftesten um Baierns freundnachbarliche Gefälligkeit zu bitten, wenn das k. k. Prohibitivsystem den Verkehr der Nachbarn recht empfindlich geschädigt hatte. So wurde im Jahre 1829 die Getreideeinfuhr aus Baiern, die den Tyrolern unentbehrlich war, mit erhöhten Zöllen belegt, und gleich darauf verlangte man in München die Herabsetzung der bairischen Zölle. Im Jahre 1832, als die Zollvereinsverhandlungen schwebten, kam der Hofrath v. Münch, ein Bruder des Bundestagsgesandten, nach München, um den Verlauf zu beobachten und durch das Anerbieten eines bairisch-österreichischen Handelsvertrags den Abschluß der Berliner Verträge zu hintertreiben. Er rieth dringend, nicht über den Handelsvertrag, der seit 1829 den Süden mit Preußen verband, hinauszugehen; alle Vortheile eines preußischen Zollvereins würden überboten durch einen Handelsvertrag

*) Blittersdorff's Berichte, 23. Aug. 1833 ff.

mit Oesterreich. Schärfer befragt, verlangte er für Oesterreich wesentliche Vergünstigungen, so die Herabsetzung der Zölle auf das böhmische Eisen; irgend nennenswerthe Gegenleistungen hatte er nicht zu bieten.

Eine Denkschrift, welche Münch dem König von Baiern insgeheim überreichte, zeigt alle Charakterzüge der k. k. Handelspolitik: maßlose staatswirthschaftliche Unwissenheit, gänzlichen Mangel an positiven Gedanken und daneben eine dreiste Pfiffigkeit, die nicht ohne Geschick auf die persönlichen Schwächen König Ludwig's baut. Da wird bewiesen, wie die bairische Industrie und die Mainschifffahrt durch den Zollverein nothwendig vernichtet werden müssen: — Baierns Fabriken nahmen aber erst seit dem Berliner Vertrage von 1829 einen neuen Aufschwung. Desgleichen, daß Süddeutschland bekanntlich weit mehr consumire als der Norden; daher werde Baiern in einem Zollvereine beständig an Preußen herauszahlen müssen; und welche schreckliche Theuerung drohe in den wohlfeilen Guldenländern einzureißen, sobald man den Verkehr mit den Thalerländern frei gebe! List's alter Genosse Miller von Immenstadt, dem die oberdeutschen Kronen ein Gutachten über die Denkschrift abforderten, bemerkte zu diesem Satze: „Nichts beweist schlagender, wie wenig man über die Mittel verlegen ist, wenn man sich zum Zwecke macht zu täuschen.“ Dann führt Münch aus: Preußen besitze keinen eigentlichen Handel; Zollsätze wie die preußischen seien mit schwunghaftem Handel unvereinbar; Baiern dagegen könne bald durch den Donau-Main-Canal den gesammten Durchfuhrhandel zwischen England und dem Schwarzen Meere an sich ziehen und zum einzigen Vermittler des wichtigen griechischen Verkehrs mit dem Westen werden. — Eben in jenen Tagen standen die hellenischen Träume König Ludwig's in ihrer Blüthe; und wie sollte der Fürst, der als glücklicherer Nachfolger Karl's des Großen den welthistorischen Wasserweg zwischen Main und Donau erbaute, die ungeheure Bedeutung des bairisch-griechischen Handels verkennen? Freilich der Bau des Ludwigs-Canals wurde erst ein Jahrzehnt später beendigt, und die Donau in Oesterreich war weder ganz frei noch wirklich schiffbar. Darum schienen die lockenden Aussichten, welche Münch eröffnete, dem Könige von Baiern doch allzu unsicher; er verhandelte weiter mit dem Oesterreicher, ließ aber zugleich die Unterhandlungen in Berlin nicht abreißen. Vollends die politischen Warnungen der österreichischen Denkschrift mußten in München und Stuttgart verwundertes Kopfschütteln erregen. Münch versicherte, der Zollverein arbeite den Demagogen in die Hände, sei „das beste Mittel die Regierungen überflüssig zu machen“ — und fast im selben Augenblicke verschworen sich zu Pforzheim die Liberalen gegen die Handelspolitik des preußischen Absolutismus.*) Sobald die Nachricht einlief, daß Mieg

*) Münch, Denkschrift über einen bairisch-österreichischen Handelsvertrag. „Bemerkungen“ dazu vom Obersteuerrath von Miller (durch Fahnenberg dem Karlsruher Hofe mitgetheilt, 1. März 1833).

in Berlin abgeschlossen habe, eilte der österreichische Unterhändler, aufs höchste bestürzt, nach Wien; er ist dann im Laufe des Jahres noch einmal in die bairische Hauptstadt zurückgekehrt — wieder vergeblich, da er bedeutende Anerbietungen nicht zu überbringen hatte.

Und nun endlich erwachte Fürst Metternich aus seinem trägen Schlummer. Er hatte noch im Jahre 1832 dem Berliner Cabinet geschrieben: „Es liegt nicht in der Aufgabe der Bundesversammlung, in den wichtigsten Angelegenheiten, namentlich in den Handels- und ständischen Angelegenheiten, einen entscheidenden Einfluß zu äußern.“ Daß diese Versicherung nicht ehrlich war, liegt auf der Hand; doch beweist sie immerhin, wie gänzlich der Staatskanzler sich in jenem Augenblicke über den schweren Ernst der Lage täuschte, wie zuversichtlich er auf das Mißlingen der Berliner Verhandlungen rechnete. Jetzt nachdem die Entscheidung gefallen war, ging ihm ein Licht auf, und er ergoß sein Herzeleid in einer langen Denkschrift (24. Juni 1833), die von seinen Verehrern oft als ein Zeugniß großartiger politischer Voraussicht gepriesen wurde. Dem unbefangenen Urtheil erscheint das Machwerk als ein wahrhaft erschreckender Beweis für die Unfähigkeit des Mannes, den die Höfe bewunderten und die Liberalen um seiner dämonischen Klugheit willen fürchteten. Es war gleichsam Oesterreichs Antwort auf jene grundlegende Denkschrift Motz's vom Juni 1829,*) und wer die beiden Arbeiten vergleicht erkennt sofort, warum der Wiener Hof die Herrschaft in Deutschland schließlich verlieren mußte.

Metternich schildert zunächst die Entstehungsgeschichte des Zollvereins in einer Darstellung, deren gehäufte grobe Schnitzer abermals lehren, mit welchem oberflächlichen Leichtsinn die Hofburg fünfzehn Jahre lang die Handelspolitik ihres Nebenbuhlers beobachtet hatte. Durch die Verträge mit Baiern-Württemberg ist der preußische Handelsbund neuerdings zu einer Macht geworden. „Für den Deutschen Bund als solchen, insbesondere aber für Oesterreich, ist jener preußische Zollverein entschieden eine höchst nachtheilige und unheildrohende Erscheinung.“ Er schadet unserem Handel, weil Oesterreich jetzt im Westen und im Norden von einer Macht umklammert wird, welche mit unserer Industrie concurrirt. Er schadet noch mehr der deutschen Bundespolitik, denn der „Grundcharakter des Bundes ist Gleichheit der Rechte und Pflichten der Glieder desselben. Jede Präponderanz, jedes Vorrecht irgend einer Macht (als solche spricht sich das lediglich formelle Präsidium Oesterreichs am Bundestage keineswegs aus) ist dem Bundesvereine, wie ihn die Wiener Congreßakte schuf, gänzlich fremd.“ Heute aber entsteht „ein kleinerer Nebenbund, in dem vollsten Sinne des Wortes ein status in statu.“ Von den siebzehn Stimmen des engeren Rathes in Frankfurt sind nur noch sieben völlig unabhängig von dem preußischen Vereine. Es läßt sich nicht bezweifeln,

*) s. o. III. 669 f.

„daß die Beziehungen Oesterreichs zu den anderen deutschen Bundesstaaten, bei wechselseitig allem Verkehr und Handel geschlossenem Gebiet und bei so künstlichem Bemühen, diese materielle Abgeschlossenheit zur politischen und moralischen zugleich zu stempeln, auf die Länge erschlaffen und ganz abreißen werden."

„Der preußische Zollverein — so fährt die Denkschrift fort — ist unzweifelhaft ein wohlbewußt kräftiges Werkzeug in den Händen der Bewegungspartei in Preußen, zur Beförderung der sich wechselseitig bedingenden Umkehr in Preußen und in dem übrigen Deutschland. Von dem Augenblick an, in welchem die Idee, den Plänen der preußischen Finanzmänner entsprungen, in das Leben zu treten begann, bemerkten die Männer der Faction in diesem Lande sehr schnell den Vortheil, den sie aus derselben würden ziehen können. Die Partei hatte, im Falle der Verwirklichung ihrer Plane, ihr wahres Ziel erreicht: Preußen mit einer neu repräsentativen Verfassung an der Spitze des übrigen constitutionellen Deutschlands. Der Zollverein hat daselbst in der neueren Zeit aufrichtige entschiedene Anhänger und Beförderer hauptsächlich in den eigentlichen Männern der Bewegung gefunden. Allerdings aber haben diese ihre Sache so geschickt an die Stelle der Sache des Staates zu setzen und letztere auf so vielfache Weise in das neue System zu verweben gewußt, daß auch eine veränderte preußische Staatsverwaltung sich jetzt ohne Compromission nicht mehr herauszuwinden im Stande sein und immer mehr oder weniger in der Nothwendigkeit bleiben würde, die Farben Preußens zur Verhüllung von Ideen herzugeben, die im Wesentlichen gegen den Gedanken des Bundes gerichtet sind. . . Das monarchische Interesse des preußischen Thrones vereinigt sich mit jenem Oesterreichs und des Deutschen Bundes . . . gegen ein so bedenkliches und unnatürliches Werk." — Die Wahlverwandtschaft zwischen „der höchst gefährlichen Lehre der deutschen Einheit" und dem Zollvereine, die schon im Jahre 1820 der besorgte Marschall seinem Gönner geschildert, war mithin endlich auch dem Staatskanzler klar geworden. Und nunmehr, zum ersten mal nach fünfzehn Jahren, verfiel Metternich auf die Frage, ob nicht Oesterreich selbst etwas thun könne zur Beförderung des deutschen Verkehrs.

Doch wie läßt sich helfen? Ein Recht einzuschreiten besitzt der Bund leider nicht. Ein offener Bruch mit Preußen „liegt nicht in den Absichten und nicht in der Politik Oesterreichs". Also bleibt, da der mitteldeutsche Verein leider zerfallen ist, nur übrig, jenen Art. 19 der Bundesakte, welcher Berathungen des Bundestags über die Handelssachen verheißt endlich auszuführen! „Nur in dem Einverständniß Aller liegt ein Mittel, die einseitig-eigennützigen Pläne Einzelner zu paralysiren." — Klingt es nicht wie ein Märchen, daß der k. k. Staatskanzler in dem Augenblicke, da der Machtstellung seines Staates eine furchtbare Gefahr drohte, nur auf den armseligen Einfall kam, noch einmal jenes harmlose Steckenpferd zu reiten, das die Staatsweisen der Wiener Conferenzen schon dreizehn

Jahre zuvor so lange getummelt hatten bis es zerbrach? — Hannover, fährt Metternich fort, diese „von einem vorzüglichen föderativen Geiste beseelte“ Regierung, hat bereits dem Bunde Anträge in diesem Sinne gestellt. Der Bundestag muß die Freiheit des Durchfuhrhandels beschließen. Dies wird für Oesterreich geringe Schwierigkeiten bieten, da mir der Hofkammerpräsident Klebelsberg versichert hat, daß unsere Gesetze über den Transit sehr liberal sind. Ein durchschlagender Erfolg gegen Preußen steht von einem solchen Beschlusse freilich nicht zu erwarten. „Eine desto eindringlichere Waffe zur Bekämpfung des preußischen Zollsystems“ bietet der zweite hannöversche Antrag auf Befreiung des Verkehrs zwischen den Bundesstaaten. Wenn der Bundestag beschlösse, daß in allen deutschen Staaten die Einfuhr aus anderen Bundesstaaten vor der Einfuhr des Auslandes begünstigt würde, so wäre „dem preußischen Zollsystem der empfindlichste Stoß versetzt.“ Dazu aber ist nothwendig eine Ermäßigung des k. k. Mauthsystems „bis zu dem Punkte, der uns in den Stand setze, mit den übrigen deutschen Bundesstaaten unter Anerbietung der Reciprocität über den Vollzug des Art. 19 in Verhandlung zu treten.“

So wenig begriff man in Wien, worauf es ankam in unsern handelspolitischen Kämpfen! Daß der ganze Werth des Zollvereins in der Aufhebung der Binnenmauthen lag; daß der mitteldeutsche Verein eben darum untergegangen war, weil er diese Befreiung des deutschen Marktes nicht wagte; daß der preußische Handelsbund nur überboten werden konnte durch den Plan eines noch größeren Zollvereins — alle diese Wahrheiten, die bereits von dem kleinsten thüringischen Cabinette durchschaut wurden, waren der österreichischen Staatsweisheit noch nicht aufgegangen. Die deutschen Staaten, so hoffte Metternich, sollten die unermeßlichen Vortheile des freien vaterländischen Marktes dahingeben für die kümmerliche Aussicht, daß ihre Landesprodukte an den Schlagbäumen von dreißig deutschen Staaten milder behandelt würden als die Waaren des Auslands! Und selbst dieser schwächliche Gedanke des Staatskanzlers drang in Wien nicht durch, nicht weil man die Halbheit verworfen hätte, sondern weil der Plan dem Stumpfsinne des Hofes noch allzu kühn erschien. Präsident Krieg hatte eine Herabsetzung der Zölle nach Preußens Muster vorgeschlagen, und seit dem Mai 1833 verweilte bereits der österreichische Geh. Rath Binder in Berlin, um wegen eines Handelsvertrages anzufragen. Kaiser Franz aber hörte auf die Klagen seiner Fabrikanten, er fürchtete jeden lebhaften Verkehr mit dem verderbten Auslande und verabscheute alle Neuerungen. Im Sommer 1834 entschied er: Ermäßigungen des österreichischen Tarifs dürfen nur erfolgen als Gegenleistungen für Zugeständnisse des Zollvereins — und dies in einer Zeit, da Oesterreich mit seinem starren Prohibitivsysteme sogar noch weniger als Frankreich im Stande war, mit Preußen Zug um Zug zu verhandeln. Der österreichische Unterhändler verließ Berlin unverrichteter Dinge.

Unfähig zum Schaffen war die Hofburg um so thätiger im Hetzen und Stören. Tagaus tagein brachten ihre Blätter Verdächtigungen gegen Preußens Handelspolitik; das vielgetreue Haus Thurn und Taxis beförderte die Briefbeutel von Frankfurt nach der Schweiz durch das Elsaß, um Baden, den Schützling Preußens, zu schädigen — und was der Armseligkeit mehr ist. Den Hauptschlag aber führten die Welfen. Im Sommer 1832 erhoben Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Nassau, Bremen und Frankfurt beim Bundestage eine Klage gegen Kurhessen wegen Verletzung des mitteldeutschen und des Eimbecker Vertrages; sie forderten, daß der Zollverband mit Preußen aufgehoben und die kurhessischen Durchfuhrzölle wieder auf den früheren Stand gebracht würden. Der Zeitpunkt war schlau gewählt. Grade in jenem Augenblicke hatte der Eigensinn Moritz Mohl's die Verhandlungen zwischen Preußen und Baiern-Württemberg dem Scheitern nahe gebracht; auch der Dresdener Hof spürte wieder eine Anwandlung seiner alten preußenfeindlichen Gelüste, ließ am Bundestage tugendhaft erklären: kein Staat dürfe den zufälligen Vortheil der geographischen Lage mißbrauchen um den freien Verkehr der Nachbarn zu erschweren. Zudem warnten und schürten die englischen Gesandten an allen kleinen Höfen. Noch niemals früher hatte die Verbindung von England und Hannover so schmachvolle Wirkungen gehabt. Wie die hannoversche Regierung um Englands willen sich weigerte ihre Bundespflichten in Luxemburg zu erfüllen, so bat sie wieder den Londoner Hof um Beistand gegen Preußen, damit die dem britischen Handel so schädlichen Durchfuhrzölle zwischen Bremen und Frankfurt, Hamburg und Leipzig beseitigt würden. Eine geheime hannoversche Denkschrift sagte rund heraus: „Eine solche Dazwischenkunft von Seiten Englands möchte um so räthlicher scheinen, als Hannover, ohne Englands Beistand und im Falle daß der beim Bundestag gemachte Antrag nicht angenommen würde, vielleicht nicht lange im Stande sein dürfte dem großen Handelsübergewichte Preußens zu widerstehen und vielleicht genöthigt werden möchte zum Nachtheil des englichen Handels ebenfalls das preußische Zollsystem anzunehmen."*) So warnte eine deutsche Regierung die Briten vor der deutschen Einheit. Lord Palmerston aber säumte nicht, diese hannöversche Denkschrift seinen Gesandten in Deutschland als Instruktion mitzutheilen.

Da der Buchstabe des Rechts gegen Kurhessen sprach, so hielt Münch-Bellinghausen durch Drohungen und Schmeicheleien für eine kurze Frist eine Mehrheit zusammen, die der hannöverschen Klage günstig war, und erntete Metternich's warmes Lob für seinen heiligen Eifer. Ein widerwärtiges Schauspiel: die zweifellose Schuld des vertragsbrüchigen Beklagten, und die nicht minder zweifellose Gleißnerei dieser Kläger! Darin lag ja, seit das heilige Reich erstarrt war, das häßlichste sittliche Leiden,

*) Hannöversches Promemoria, den englischen Gesandten in Deutschland und der Schweiz zur Instruktion zugegangen (durch Eichhorn an Lottum mitgetheilt, 14. Dec. 1832).

die tiefe Unwahrheit unserer Verfassung, daß sie den deutschen Staaten erlaubte, die heiligen Formen des Rechts zu mißbrauchen zur Entscheidung der Interessenkämpfe der Politik. Wie einst der Regensburger Reichstag die harten Machtfragen des siebenjährigen Krieges zu lösen suchte durch einen Criminalprozeß gegen den Reichsfriedensbrecher Friedrich, so dachten jetzt Hannover und seine mitteldeutschen Genossen, durch das Urtheil eines Austrägalgerichts nicht sowohl den Vertragsbruch Kurhessens zu sühnen, als vielmehr die werdende Handelseinheit zu hemmen.

Die kurhessische Regierung vertheidigte ohne Geschick ihre unglückliche Sache. Ihr Gesandter erklärte zwar sehr richtig: der mitteldeutsche Handelsverein sei niemals wirklich zu Stande gekommen; auch habe Kurhessen durch den Anschluß an Preußen offenbar im Sinne des Art. 19 gehandelt, da jetzt freier Verkehr bestehe von der französischen bis zur russischen Grenze. Doch schwächte er selbst das Gewicht dieser Gründe durch sophistische Vorwände. Dann fiel er heftig gegen Hannover aus, er betheuerte: seine Regierung werde niemals ausländische Handelsinteressen im Herzen von Deutschland vertreten — und erregte also den Zorn der Mehrheit, die sich getroffen fühlte. Nachdrücklich nahm sich Nagler des Hessen an und wies nach, daß Austrägalgerichte nur über Rechtsfragen, nicht über streitige Interessen entscheiden könnten. Dieselbe Ansicht war schon vor zwölf Jahren, während des Köthener Zollkrieges, von Preußen vertheidigt und seitdem, weil sie den lebendigen Mächten der Geschichte entsprach, auf allen deutschen Kathedern von den Doktrinären des Bundesrechts mit sittlicher Entrüstung gebrandmarkt worden. Außer den beiden Hessen stand nur Baiern tapfer auf Preußens Seite. Während Hannover der Bundestreue des k. k. Präsidialhofes seine Huldigungen darbrachte, ließ König Ludwig in Frankfurt erklären: die preußische Regierung verdiene den Dank des Bundes, weil sie durch ihre Zollverträge an der Erfüllung des Art. 19 ehrlich arbeite.

Nagler wünschte die Entscheidung hinauszuschieben, damit unterdessen die Zollverträge in Berlin zu Stande kämen und die Klage von selbst beseitigt würde. Die österreichische Mehrheit aber stürmte vorwärts, ohne auch nur Instruktionen von daheim abzuwarten; denn die Bundesgesandten fühlten sich durch Preußens selbständiges Auftreten auch in ihrer Amtsehre gekränkt. Drei geschworene Feinde der preußischen Handelspolitik, Oesterreich, Dänemark und Mecklenburg wurden mit der Berichterstattung beauftragt. Auf ihren Vorschlag beschloß man sodann, daß Oesterreich, Dänemark und Baden im Namen des Deutschen Bundes gütlich vermitteln sollten. Der Sühneversuch blieb vergeblich, und sofort, mit einer in Frankfurt unerhörten Eile, ward das Austrägalverfahren eingeleitet. Da Kurhessen sich weigerte, dem Kläger drei „unparteiische“ Bundesstaaten zur Auswahl vorzuschlagen, so ging das Vorschlagsrecht von Rechtswegen auf die Bundesversammlung über. Die Mehrheit ließ dem Kläger die

Wahl zwischen Oesterreich, Baden und Schwerin. Hannover wählte, wie zu erwarten stand, das heilige Erzhaus, und die Akten wurden an das höchste Tribunal zu Wien gesendet. Also Oesterreich ein „unparteiischer" Richter in Sachen des mitteldeutschen Handelsvereins, der unter Oesterreichs Fahnen sich gebildet hatte! Ein Streit, der in seinen letzten Gründen doch hinauslief auf eine Machtfrage zwischen England, Oesterreich und Preußen, sollte nach den Grundsätzen des Civilprozesses entschieden werden durch ein k. k. Civilgericht! Und der eigentliche Kläger, der mitteldeutsche Handelsverein, war im Frühjahr 1833, als die Akten nach Wien gingen, gar nicht mehr am Leben; der Abfall Sachsens und Thüringens hatte auch die letzten Steine aus dem morschen Bau des Sonderbundes herausgebrochen. Kläglicher konnte die Verlogenheit der deutschen Verfassung nicht offenbar werden.

Die preußische Regierung war mit dem Jammer der Austrägalgerichte nur allzuwohl vertraut; verwickelt in zahllose nachbarliche Händel, hatte sie damals fünf solcher Prozesse zugleich schweben — ein Schicksal, vor dem der österreichische Staat schon darum bewahrt blieb, weil er kein deutscher Staat war. Preußen versuchte nunmehr das hannöversche Cabinet von der Verfolgung des aberwitzigen Rechtsstreites abzubringen. Auch den anderen Bundesstaaten, die inzwischen in Berlin abgeschlossen hatten, begann der Unsinn dieses Prozesses einzuleuchten. Thüringen, Württemberg, Sachsen änderten ihre Ansicht; ingrimmig schrieb Metternich: wenn heute noch einmal in Frankfurt abgestimmt würde, so blieben wir in der Minderheit! Der badische Hof schwankte lange zwischen der großen Sache deutscher Handelseinheit und dem formalen Rechte, das hier das schwerste Unrecht war; endlich trat er auf Preußens Seite. Nun versprach Kurhessen, im Einverständniß mit Preußen, seine Durchfuhrzölle herabzusetzen; der wichtigste Grund der Klage fiel dahin. Oesterreich aber bedurfte der preußischen Hilfe für die neuen Wiener Conferenzen; der Staatskanzler hielt nicht für gerathen den norddeutschen Nebenbuhler noch mehr zu reizen. So ist dieser frivole Rechtshandel in den Akten des höchsten österreichischen Gerichtshofes begraben worden; der Versuch, die Frage der deutschen Zukunft durch das Urtheil eines k. k. Gerichts zu entscheiden, war jämmerlich gescheitert. —

Gleichzeitig mit jener Klage gegen Kurhessen stellte Hannover am Bundestage einen Antrag, der unzweideutig bewies, daß die Welfenkrone nicht die Wahrung ihrer Vertragsrechte, sondern den Zollkrieg gegen Preußen beabsichtigte. Der unsterbliche Art. 19 sollte endlich von Bundeswegen ausgeführt werden. Bis die vollkommene Handelsfreiheit möglich sei, beantragte Hannover die Erleichterung des Transits, einen nach Gewicht und Entfernung abgestuften Tarif mit einem Maximum von 30 Xr. für die Durchfuhrzölle; denn die durch den Wiener Congreß ausgesprochene Freiheit der Flüsse gelte auch für die Landstraßen. Außerdem wurden

erleichterter Verkehr mit deutschen Produkten und gemeinsame Maßregeln gegen den Schmuggel gefordert. Die Absicht dieser mit den üblichen wohllautenden Freiheitsphrasen ausgestatteten Vorschläge sprang in die Augen: die Handelspolitik des mitteldeutschen Vereins, der Kampf gegen Preußens Transitzölle, sollte, nachdem der Sonderbund selbst zerfallen, durch den Deutschen Bund wieder aufgenommen, den englischen Waaren die freie Einfuhr nach dem Stapelplatze Frankfurt durch einen Bundesbeschluß gesichert werden. Darum die sophistische Behauptung, daß mit der Freiheit der Flüsse auch die Freiheit der Landstraßen gegeben sei — eine in Hannovers Munde schlechthin schamlose Erklärung. Denn wer hinderte doch die Freiheit der Elbschifffahrt? Die Welfenkrone durch ihre „Seezölle“ bei Stade! Darum die von gröbster Unwissenheit zeugende Versicherung, daß der Bund einzelne Stücke aus dem deutschen Zollsystem herausreißen, die Durchfuhrzölle und die Besteuerung deutscher Produkte neu ordnen könne, ohne das übrige Zollwesen zu berühren.

Münch-Bellinghausen bemächtigte sich sofort mit Eifer des Antrags. Unter vier Augen gestand er unverhohlen, daß der Vorschlag Hannovers lediglich ein Schachzug sei gegen den Deutschen Zollverein. „Wir dürfen, sagte er zu Blittersdorff, nicht ruhig zusehen, daß einzelne Bundesstaaten solche Einrichtungen treffen, daß den übrigen Bundesstaaten nichts übrig bleibt, als sich nach und nach zu Grunde richten zu lassen oder aber sich auf Kosten ihrer Unabhängigkeit und Selbstständigkeit dem Gesetze des Stärkeren zu unterwerfen.“*)

Preußen stand anfangs fast allein, wie einst auf den Wiener Ministerconferenzen. Die Hoffnung auf den Untergang der lästigen preußischen Durchfuhrzölle trieb selbst den sächsischen Hof in das österreichische Lager. Um die oberdeutschen Könige zu gewinnen, hatte Hannover vorgeschlagen, der Bund solle die Durchfuhrzölle nach den Grundsätzen des bairisch-württembergischen Tarifs ordnen. Diese Lockung und das Zureden des rastlosen hannöverschen Gesandten Stralenheim stimmte auch die Höfe von Stuttgart und München günstig für den welfischen Antrag. Der Hamburger Senat, der bisher gegen die Umtriebe des mitteldeutschen Vereins eine verständige Zurückhaltung gezeigt, fiel jetzt ganz aus der Rolle, erwies in langer Denkschrift, daß der deutsche Verkehr den Interessen des hanseatischen Durchfuhrhandels von Rechtswegen sich fügen müsse. Ganz umsonst hatte der gelehrte Böhmer sein flammendes Buch gegen den Reichsfriedensbrecher Preußen doch nicht geschrieben. Offenbar belehrt durch Böhmer's historische Forschungen, beriefen sich die Hamburger Kaufherren auf die Goldene Bulle: so lange zwei Bundesstaaten durch die Zolllinien eines dazwischenliegenden Bundesstaats getrennt sind, haben sie das Recht auf völlig ungehinderte Handelsverbindung; dies

*) Blittersdorff's Bericht 18. Decbr. 1832.

Recht ist durch den Bundestag zu schützen. Elbe und Weser, diese beiden einzigen rein-deutschen Welthandelswege, werden nur dann wahrhaft frei im Sinne der Wiener Congreßacte, wenn auch die Landstraßen in ihrem Stromgebiete aller Durchfuhrzölle entlastet sind. Deßhalb müssen die Transitzölle auf den Stand von 1815 zurückgeführt werden. — Und diese leeren Redensarten dreister Kaufmannslist, die offenbar nur den Zweck hatten, den Durchzug der englischen Waaren zwischen Hamburg und Frankfurt sicherzustellen und das deutsche Binnenland einem großartigen Schmuggel preiszugeben — sie wurden noch fünfzehn Jahre später von einem unserer geistvollsten Publicisten, dem Schwaben C. F. Wurm (in seinem bekannten Commissionsbericht über die Aufgabe der Hansestädte 1847) alles Ernstes vertheidigt!

Fest und sicher, wie einst Bernstorff in Wien, trat jetzt Nagler in Frankfurt der bundespatriotischen Heuchelei entgegen; er zeigte abermals, daß der Bund diese Sache nicht fördern könne, denn am Bundestage seien auch solche Staaten vertreten, welche an einer wirklichen Zolleinigung nicht theilnehmen wollten.*) Das Berliner Cabinet verwies stolz auf seine Erfolge: alle anderen Versuche sind fehlgeschlagen, und nur diesem Fehlschlagen ist es zuzuschreiben, daß Hannover sich jetzt wieder an den Bundestag wendet. Was wäre denn erreicht durch die Ermäßigung der Durchfuhrzölle? Keine einzige deutsche Zollschranke fiele hinweg; in unserem Zollvereine aber sind die Durchfuhrzölle für die Verbündeten nicht blos ermäßigt, sondern beseitigt. — Auch Kurhessen verwahrte sich gegen unfruchtbare halbe Maßregeln: nur die Verschmelzung der Zollsysteme kann helfen, „dann wird kein Demagog das biedere deutsche Volk zu verführen im Stande sein.“ Eine neue preußische Denkschrift widerlegte alsdann die Behauptungen des Hamburger Senats. Sie erwies, wie untrennbar Durchfuhr- und Einfuhrzölle zusammenhingen: und sage man doch nicht, daß Hamburgs Vorschläge nicht dem Auslande zu Gute kommen sollen! Von den „hanseatischen“ Waaren, die Hamburg zollfrei ins Binnenland zu führen denkt, würden neun Zehntel ausländischen Ursprungs sein.

Fast alle Bundesgesandten, so versichern Blittersdorff's Berichte, vernahmen diese „bundesfeindlichen“ Erklärungen mit höchster Entrüstung. Münch klagte: „Preußen vertheidigt heute dieselben Grundsätze der Revolution, die es in der höheren Politik gemeinsam mit Oesterreich bekämpft. Die Bundesgesetze werden nicht mehr nach dem Rechte und dem Geiste des Bundessystems, sondern nach administrativen und finanziellen Rücksichten ausgelegt.“ Metternich verdammte in einem Briefe an Münch mit scharfen Worten „die an Narrheit grenzende Erklärung des Herrn v. Nagler“.**) Doch die preußische Narrheit behauptete das Feld. Die

*) Eichhorn, Denkschrift über den Art. 19 der Bundesakte, 25. Oct. 1832.
**) Blittersdorff's Bericht, 11. Febr. 1833.

Zollvereinsverträge wurden abgeschlossen, und da sie allesammt die bundestreue Clausel enthielten, daß der Zollverein sich auflösen würde, sobald der Art. 19 ins Leben träte, so konnte der Bundestag der vollendeten Thatsache nicht einmal mit den Künsten rabulistischer Silbenstecherei zu Leibe gehen. Preußen war fortan der Mehrheit sicher; Münch wagte nicht mehr die hannöverschen Anträge zur Abstimmung zu bringen. Der Streit schlief ein; der Bundestag hatte abermals seine unheilbare Ohnmacht bekundet.

Gleichwohl versuchte der unversöhnliche Welfenhof während der Wiener Conferenzen von 1834 noch einmal, auf dem traurigen Art. 19 herauszusprengen gegen den Zollverein. Und wieder hielten die Hansestädte zu den Welfen. Kein schlechterer Mann als der Bremer Smidt war der Verfasser einer Denkschrift, welche der hannöversche Minister Ompteda den Conferenzen überreichte. Die alten, soeben am Bundestage glücklich beseitigten Thorheiten in neuer Fassung! Ein „dem Bunde fremder Organismus“ hat sich der Handelsfrage bemächtigt und erregt im Volke schon mehr Theilnahme als der Bund selber! Darum muß schleunigst ein permanenter Ausschuß am Bundestage errichtet werden zur Herstellung des Rechtszustandes und zur Beförderung des Verkehrs, insbesondere des Durchfuhrhandels. Doch jetzt, da der große Zollverein bereits ins Leben getreten war, wollten die alten Locktöne nicht mehr verfangen. Die Versammlung blieb kalt, nur Oesterreich und Mecklenburg unterstützten die welfisch-hanseatischen Träumereien. Selbst der glatte Ancillon faßte sich ein Herz und erklärte jede handelspolitische Thätigkeit des Bundestages für hoffnungslos. Noch schärfer und kräftiger widersprach der Vertreter Baierns, der geistreiche Mieg, der inzwischen die Gnade seines launischen königlichen Herrn wiedergefunden hatte. Um die Welfen nicht durch ein rundes Nein zu kränken, beschloß man endlich: die Bundesgesandten sollen mit Instruktionen versehen werden, damit der Bundestag einen Ausschuß bilden und sich mit der Handelssache beschäftigen könne. Fast genau derselbe Beschluß war vierzehn Jahre zuvor auf den ersten Wiener Conferenzen, unter dem schallenden Gelächter der Versammlung, gefaßt worden.*) So irrte die deutsche Diplomatie unter Metternich's umsichtiger Führung im Kreise umher. Der gequälte Geist des Art. 19 fand nunmehr endlich den Frieden des Grabes.

Die Welfenkrone blieb unbelehrt. Sie schloß noch im selben Jahre (1. Mai 1834) mit Braunschweig den Steuerverein, dem nachher auch Oldenburg und Bückeburg beitraten. Es war das letzte Trümmerstück des gesprengten Mitteldeutschen Sonderbundes, aber an Feindseligkeiten ließ sich jetzt nicht mehr denken. Vielmehr bildete sich bald ein freundnachbarliches Verhältniß zwischen den beiden Vereinen. Sie unterstützten

---

*) s. o. III. 37.

einander durch ein Zoll-Cartell und gegenseitige Ueberweisung von Enclaven. Der Steuerverein verband wie der große Zollverein seine Mitglieder zu vollständiger Zollgemeinschaft und vertheilte wie dieser die Einkünfte nach der Kopfzahl. Sehr niedrige Finanzzölle sollten den Engländern und den Hanseaten die Einfuhr erleichtern, dem wohlhabenden Landvolk wohlfeilen Kaffee und Rothwein verschaffen. Darum ward der Steuerverein von dem hannöverschen Landtage ebenso lebhaft gepriesen, wie der große Zollverein von den süddeutschen Liberalen bekämpft wurde. Diese deutschen Großbritannier betrachteten es als ein Zeichen überlegener Gesittung, daß bei ihnen der Centner Seidenwaren fast um 98, der Wein um 5, der Zucker um 7 Thaler niedriger verzollt wurde als im Zollvereine; und die öffentliche Meinung des Binnenlandes, geneigt wie sie war den Staat als einen heischenden Feind zu betrachten, fand dies Selbstgefühl anfangs ganz begreiflich. War doch der Ertrag der Finanzzölle sehr beträchtlich, 1 Thaler auf den Kopf, um ein Fünftel höher als im Zollvereine. Erst nach und nach begann man zu bemerken, daß dieser Sonderbund zum Besten Englands und der Hanseaten die Industrie des eigenen Landes künstlich darniederhielt, und die Volkswirthschaft in den benachbarten Gebieten des Zollvereins weit rascher als in Hannover aufblühte. Die Staatsmänner Oesterreichs aber sanken nach so kläglichen Niederlagen bald wieder in die alte holde Selbsttäuschung zurück. Der große Zollverein war kaum jährig, da sagte Münch schon schadenfroh zu Blittersdorff: der Beitritt so vieler Staaten wird die Sonderinteressen verstärken und bald die Auflösung des Vereins herbeiführen!*)

Als der Bundespräsidialgesandte diese patriotische Hoffnung aussprach, hatte der jugendliche Handelsbund freilich schon durch unzweideutige Zeichen seine Lebenskraft bekundet; er stand im Begriff, auch die letzten Kleinstaaten Süd- und Mitteldeutschlands zu erobern. Baden, der mit Preußen so nahe befreundete Staat, war noch immer nicht dem Zollvereine beigetreten — ein schlagender Beweis für die ungeheure Schwierigkeit dieser verwickelten Unterhandlungen. Zweimal, in den Jahren 1829 und 1830/31, hatte Preußen versucht, eine handelspolitische Verständigung zwischen Baden und den oberdeutschen Königen herbeizuführen. Immer war der unglückliche Sponheimer Handel dazwischen getreten — zum schweren Verdruß König Friedrich Wilhelm's, der es als Ehrenpflicht betrachtete gutes Einvernehmen unter den deutschen Staaten herzustellen. Der Karlsruher Hof war, trotz seiner dankbaren Ergebenheit gegen Preußen, noch keineswegs ernstlich gesonnen, zum Besten der deutschen Handels-

*) Blittersdorff's Bericht, 22. Jan. 1835.

einheit eine unbequeme Aenderung des Bestehenden zu wagen. Er befolgte noch den alten Grundsatz Berstett's: „Unsere Maxime ist, daß wir zwar gegen größere Mächte gern Deferenz haben und ihre Präponderanz anerkennen, daß wir sie aber als großmüthig denken, welche den kleineren gern Vortheile gönnen, eben weil sie kleine Staaten sind und deren bedürfen."*) Die Regierung blickte mit Stolz auf ihr „Freihandelssystem", auf ihre wichtige europäische Stellung zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Die Zölle ertrugen 13¼ Sgr. auf den Kopf der Bevölkerung — weit weniger als in Preußen, doch immerhin genug, um den Wunsch nach Neuerungen nicht allzu laut werden zu lassen. Die materiellen Nachtheile des schwunghaften badischen Schmuggelhandels fielen allein auf die Nachbarstaaten; für den schweren sittlichen Schaden, der das eigene Land traf, hatte weder die Regierung noch das Volk ein Verständniß. Sprach doch sogar Nebenius in seiner Schrift über „Badens Beitritt" vornehm von oben herab, als ob Baden selbst von dem Zollvereine wenig gewänne und nur um Deutschlands willen einträte.

Daher zeigte die badische Regierung anfangs geringe Neigung aus ihrer vereinsamten Stellung herauszutreten. Erst als Baiern und Württemberg sich entschlossen hatten, die vollständige Vereinigung mit Preußen zu beantragen, wurde man in Karlsruhe besorgt und fand es gerathen den gleichen Antrag in Berlin zu stellen (Mai 1832), weil „die später eintretenden Staaten ungünstigere Bedingungen erhalten würden".**) Preußen aber, vollauf beschäftigt mit Baiern, Württemberg, Sachsen und Thüringen, wollte für jetzt die badische Frage nicht berühren, die unfehlbar den Zorn des Wittelsbachers aufs Neue erwecken mußte. Also blieb der Karlsruher Hof wieder unthätig. Er hat sich dann noch eine Weile mit der Hoffnung getragen, der Antrag Hannovers am Bundestage könne vielleicht einen neuen Weg eröffnen und dem kleinen Lande die Aufhebung seines „Freihandelssystems" ersparen. Da diese Erwartung trog, begann man endlich einzusehen, daß Baden keine Wahl mehr habe. Aber die ausgesprochene Abneigung des Volks gebot dem Hofe Vorsicht; er hielt für nöthig zuvörderst eine Versammlung badischer Volkswirthe zu berufen. Der Finanzminister Böckh verhandelte mit diesen Notabeln im Winter 1833/34, ohne eine Einigung zu erzielen; die Landwirthe und Kaufleute widersprachen entschieden dem Anschluß, sogar von den Fabrikanten war nur ein Theil dafür.

Die preußischen Staatsmänner andererseits empfanden jetzt zum ersten male schwer die Fesseln des gerühmten „Föderalismus", sie sahen ihre diplomatische Action überall gehemmt durch die kleinen Verbündeten. Eichhorn selbst gestand dem Karlsruher Hofe: Baiern und Württemberg

*) Berstett, Weisung an Frankenberg, Dec. 1826.
**) Gutachten des bad. Min. d. a. A., 3. Mai 1832.

hegen ein unüberwindliches Mißtrauen gegen Baden wegen des organisirten und amtlich begünstigten Schmuggels.*) Der Stuttgarter Hof vornehmlich zeigte sich unwirsch. König Wilhelm fragte befremdet, warum denn dieser Staat, der in Württembergs Machtsphäre liege, zuerst in Berlin, statt in Stuttgart angeklopft habe? noch sei keineswegs sicher, ob Württemberg sich herablassen werde, auf Badens „Bitte um Zulassung" einzugehen. Der schwäbische Schreiberstand, übel berufen unter den Zollvereinsgenossen wegen seiner pedantischen Formenseligkeit, war allen Neuerungen abhold. Er hatte bisher eine lange Zollgrenze selbständig bewacht; trat Baiern bei, so wurde Schwaben zu einem „Binnenlande", gerieth in schmachvolle Abhängigkeit den Verbündeten gegenüber. Und wer sollte die Pensionen bezahlen für die württembergischen Zollbeamten auf dem Schwarzwalde, die nun überflüssig wurden? Zudem war der alte Zank wegen der Neckarschifffahrt wieder entbrannt. Baden forderte einen Neckarzoll von 5 bis 6 Xr., Württemberg und Darmstadt wollten nur 4 Xr. zugestehen; der Stuttgarter Hof hatte sich bereits klagend an den Bund gewendet. Schaudernd erzählte sich die deutsche Diplomatie von dieser „Kreuzerfrage"; Moritz Mohl der Unverwüstliche verfaßte eine Denkschrift darüber, zweitausend Aktenseiten lang. Der württembergische Gesandte in Karlsruhe, der bekannte Bonapartist General Bismarck, verschärfte die Feindschaft der beiden Höfe noch durch Ränke und Klatschereien. Auch der französische Gesandte Graf Mornay versuchte wieder Unheil zu stiften. Freundlichere Gesinnung erwies der bairische Hof, zumal seit Preußen erklärt hatte: der Sponheimer Handel soll diesmal aus dem Spiele bleiben, eine Verständigung darüber wird leichter erfolgen, wenn Baiern und Baden eine Zeit lang als Zollvereinsgenossen gute Freundschaft gehalten haben. Doch bestand auch in München lebhafte Eifersucht gegen Preußens ausgreifenden Ehrgeiz. Minister Gise betheuerte dem badischen Geschäftsträger Röntgen vertraulich: Die Rechtlichkeit des preußischen Gouvernements wird allgemein anerkannt. Es ist aber meine Pflicht die neu eintretenden Staaten zu warnen vor der Gefahr drückender Abhängigkeit. Preußens geheime Tendenzen lassen sich nicht mehr verkennen. Baiern wird ihnen überall entgegentreten, wird ein festes Zusammenstehen aller Vereinsstaaten gegen Preußen zu bewirken suchen und hofft, daß auch Baden erkennen wird, wie vollständig seine Interessen mit denen Baierns und Württembergs zusammenfallen.**)

In solchem Gewirr von Zänkereien und mißtrauischen Hintergedanken war die höchste Offenheit die höchste Klugheit. Auf Badens erneuerte Anfrage ließ König Friedrich Wilhelm um Neujahr 1834 antworten: wir werden nicht, wie Baden wünscht, einen preußischen Finanzbeamten nach

---

*) Eichhorn, Weisung an Otterstedt, 7. Sept. 1833.

**) Röntgen's Berichte, 23. April, 10. Mai 1834.

Karlsruhe senden; das würde den Argwohn der süddeutschen Kronen erregen; der Karlsruher Hof thäte wohl sich zunächst mit Hofmann in Darmstadt, einer der kräftigsten Stützen des Vereins, vertraulich zu besprechen; alsdann können die eigentlichen Verhandlungen beginnen, aber nur in Berlin und nur durch hochgestellte Staatsmänner, nicht durch Subalterne.*) Dann ließ der König die sämmtlichen den Gesandtschaften in den Zollvereinsstaaten zugegangenen Instructionen dem Vertreter Badens vorlegen, und Frankenberg fand sie „alle in dem Geiste der Correctheit und Offenheit, welcher das preußische Cabinet charakterisirt, abgefaßt."

Endlich im Sommer 1834 kam Böckh nach Berlin. Die Conferenzen währten den Juni und Juli hindurch, sie stießen aber auf so mannichfache Schwierigkeiten, daß noch bis zum Jahresschlusse zwischen den Cabinetten verhandelt werden mußte. Der Karlsruher Hof lebte in dem Wahne, der Zollverein werde um Badens willen eine bedeutende Herabsetzung seines Tarifes zugestehen; es währte lange, bis man von solcher Ueberhebung zurückkam. Dann wieder der Streit um die Neckarzölle. Noch im December ließ der König den Großherzog dringend um einige Nachgiebigkeit bitten: „Preußen hat nur das alleinige aber höchst wichtige Interesse, ein reines Verhältniß zwischen den deutschen Regierungen hergestellt und allen Stoff zum Hader und Streit entfernt zu sehen." Schließlich mußte man doch diese Streitfrage aus den Verhandlungen ausscheiden, die Lösung auf bessere Zeiten vertagen. Die größte Schwierigkeit lag in der schmalen langgestreckten Gestalt des badischen Landes. Führte man hier die Zollvereinsgesetze in voller Strenge ein, so wurde fast das gesammte Staatsgebiet zum Grenzbezirke. Baden verlangte daher, daß an der leicht zu bewachenden Rheingrenze der Grenzbezirk nur die Breite einer Wegstunde haben sollte; sonst würde der größte Theil des Landesverkehrs den lästigen Beschränkungen der Grenzcontrole unterliegen. Sofort forderte Sachsen die gleiche Vergünstigung für seine erzgebirgischen Grenzen. Erst am 12. Mai 1835 kam der Vertrag zu Stande. Baden erhielt einen schmalen Grenzbezirk, und in der zwölften Stunde hatte Eichhorn der widerstrebenden Finanzpartei noch ein letztes Zugeständniß entrungen: die badischen Tabaksbauer sollten eine Rückvergütung empfangen für die nach der Schweiz ausgeführten Tabaksblätter. Da die Nachversteuerung in Sachsen und Thüringen schlechte Ergebnisse gebracht hatte, so beschloß man diesmal die Kaufleute zu überraschen. Schon in der Nacht vom 17. zum 18. Mai wurden die neuen Zölle an den badischen Grenzämtern eingeführt, während das Volk von dem Berliner Vertrage noch kaum wußte; die Regierung versprach den Ersatz der Zahlungen, falls der Landtag den Vertrag nicht billige.

Dieser entschlossene Schritt brachte nicht nur den Zollvereinskassen

*) Frankenberg's Bericht, 1. Jan. 1834.

reichen Gewinn, er sicherte auch die Genehmigung des Vertrags. Nur die Macht vollendeter Thatsachen konnte den Widerstand der Liberalen entwaffnen. Rotteck donnerte wider diese „Bewirthschaftung der Nation; der Strudel des Zollvereins wird uns Alle in den Abgrund des Absolutismus reißen!“ Ein anderer Redner der Opposition warnte vorsorglich: die preußischen Thaler würden das Ländle überschwemmen, worauf die Ministerbank entgegnete: man könne nur wünschen, daß diese Ueberschwemmung recht reichlich ausfalle. Die Regierung war in beschämender Verlegenheit; sie mußte jetzt selbst den so oft vertheidigten badischen Freihandel öffentlich verdammen als eine systematische Begünstigung des Schmuggels. Freieren Blick als der Liberalismus zeigte die Aristokratie der ersten Kammer; Fürst Löwenstein-Wertheim pries „die edle Selbstverleugnung Preußens und das große nationale Werk, das der preußischen Regierung zum unverwelklichen Ruhm gereicht.“ Außer Nebenius traten noch zwei andere geschulte Volkswirthe für den Anschluß auf: der berühmte Heidelberger Professor Rau und dessen Schüler Karl Mathy, ein bekehrter Gegner der preußischen Handelspolitik, der hier wieder die Tiefe und Selbständigkeit seines Urtheils bewährte und sich sogar unterstand, die Gewerbefreiheit Preußens dem badischen Liberalismus als ein Muster vorzuhalten. Der vorsichtige Ton der Flugschrift Mathy's beweist genugsam, wie schwer es noch hielt, den Vorurtheilen der liberalen Welt zu widersprechen. Mit schwacher Mehrheit genehmigten die Kammern den Vertrag; und nun stimmten auch die anderen Zollverbündeten zu, nachdem Preußen erst noch durch eine scharfe Note den widersprechenden kurhessischen Landtags-Ausschuß zum Schweigen gebracht hatte. Darauf abermals reichliche Ordensspenden und zuletzt noch ein gereizter Schriftwechsel zwischen Cassel und Karlsruhe. Die kurhessischen Beamten fühlten sich beleidigt, weil die ihnen zugesendeten Zähringer Löwenorden kein Eichenlaub trugen. Auch dieses Gewölk verzog sich; es stellte sich heraus, daß jener Löwe damals noch in den Jahren unreifer Jugend stand und noch kein Eichenlaub in seinem Vermögen hatte. —

Bald nach dem Beitritt dieses befreundeten Staates mußte einer der boshaftesten Gegner, der Nassauer Hof, seinen Frieden mit Preußen schließen, doch erst nachdem er zuvor ein unvergeßliches Probestück ehrloser Gesinnung abgelegt hatte. Selbst in Wien erregte die Kunde von Preußens Erfolgen kaum eine so wilde Entrüstung, wie in Biebrich. Marschall tobte und polterte. Niemals wird Nassau einem fremden Zollsystem sich anschließen, schrieb er dem Gesandten Fabricius. Wir sind für die Centralisation, wo es sich handelt um die Erhaltung der Ruhe; doch in Zoll- und Handelssachen verwerfen wir die Centralisation, weil sie hier sich nicht verträgt mit der Souveränität. Darum haben wir alle hierauf gerichteten Anträge zurückgewiesen; andere Regierungen, die im Sinne der revolutionären Partei ihre Souveränität gegen den Bundestag streng be-

haupteten, sind leider auf solche Lockungen eingegangen.*) Der Prahler log mit Bewußtsein; er wußte wohl, daß Preußen weder in Nassau noch an irgend einem anderen Hofe Anträge gestellt hatte. Dabei ward die Lage von Tag zu Tag unhaltbarer. Das Ländchen war jetzt rings von Zollvereinsgebiet umschlossen; die Verwilderung des Volkes durch den frechen Schmuggel begann in Biebrich Besorgnisse zu erregen. Marschall sagte oft stolz: Die Stellung an dem freien Rhein verbürge dem Nassauer Reiche seine handelspolitische Unabhängigkeit für ewige Zeiten. Auch dies war eine bewußte Lüge. Denn allein Preußens Langmuth gestattete dem Nassauer Despoten noch eine selbständige Handelspolitik; sobald Preußen wollte, konnte das Enclavensystem auf Nassau angewendet und der Biebricher Hof in dieselbe Nothlage versetzt werden wie einst der Köthener.

Wie ließ sich der unvermeidlichen Unterwerfung ausweichen? Offenbar nur durch Anlehnung an das Ausland, an den altbewährten treuen Beschützer der Kleinstaaterei. Seit Jahren wiederholte Graf Fenelon die Versicherung, Frankreich sei bereit die günstigsten Handelsverträge mit den Kleinstaaten zu schließen, wenn sie nur dem preußischen Handelsbunde fern bleiben wollten. Der Herzog war freilich strenger Legitimist, wollte nichts hören von einer Verbindung mit dem Bürgerkönige. Da kam eine Verlegenheit seiner Domänenkasse den Lockrufen des französischen Gesandten zu Hilfe. Unter den Einnahmen des Domaniums, dessen Interessen die Handelspolitik Nassaus allein bestimmten, stand obenan der Ertrag der Mineralwasser; die Nassauer Staatsgelehrten sprachen sogar von einem Wasserregale, kraft dessen diese kostbaren Quellen von Rechtswegen dem Landesherrn gehören sollten. Nun hatte Frankreich vor einigen Jahren den Zoll auf fremde Mineralwasser erhöht, die herzoglichen Brunnen schwer geschädigt. Doch Marschall war nicht umsonst der Freund Rothschild's; er verfiel auf den schlauen kaufmännischen Gedanken, ob Nassau nicht von Frankreich die Herabsetzung dieses Zolls erbitten und dafür versprechen sollte, einige Jahre lang jedem Zollvereine fern zu bleiben. Vor der angenehmen Aussicht auf erhöhte Einnahmen mußte der Widerspruch des legitimistischen Herzogs verstummen; der Minister aber erhielt einen festen Rückhalt im Kampfe gegen Preußen, er konnte, auf die Vertragspflicht gegen Frankreich verweisend, den Anschluß an den Zollverein noch jahrelang hinausschieben.

Im Sommer 1833 verhandelte Geh. Rath Fabricius in Paris wegen dieses Planes. Am 19. Sept. kam der französisch-nassauische Handelsvertrag zu Stande, der schmutzigste unter allen Verträgen der Zollvereinsgeschichte und darum auch streng geheim gehalten; erst im Jahre 1866 hat Karl Braun das Actenstück veröffentlicht. Der Wortlaut klang harmlos, wie üblich bei Gaunergeschäften. Frankreich versprach Begünstigung der

*) Marschall an Fabricius, 25. Sept. 1833.

nassauischen Mineralwasser, Nassau verpflichtete sich, den Zoll auf französische Weine und Seidenwaaren in den nächsten fünf Jahren nicht zu erhöhen. Also wurde der schmähliche Zweck des Vertrags durch eine vorsichtige Umschreibung verhüllt. Die Herabsetzung der beiden nassauischen Tarifsätze war ein leerer Vorwand, da das Weinland Nassau nur etwa 3000 Flaschen französischen Weines und 10 Ctr. französischer Seide jährlich einführte. Den Orleans kam es nur darauf an, durch irgend welche Verpflichtung den Kleinstaat auf fünf Jahre zu binden und von dem Zollvereine abzuziehen. Der Herzog ratificirte; er ertrug, daß ihm der Bürgerkönig das Alternat bei der Unterschrift verweigerte, er verschmerzte sogar den ruchlosen dreifarbigen Heftfaden der französischen Aktenstücke. Welches Opfer war auch zu schwer für die Befriedigung der Habgier und des Preußenhasses?

Nach und nach regte sich dem Fürsten doch die Scham. Er war im Herbst 1833 durch Berlin gekommen, hatte dort Vieles gelernt und selbst von dem treuen Freunde Wittgenstein hören müssen: in Handelssachen ist Herr Eichhorn leider allmächtig. Bald nachher starb Marschall; der französische Vertrag bildete den würdigen Abschluß seiner politischen Laufbahn. Die österreichische Politik des kleinen Hofes kam jetzt ins Schwanken; der Steuerdirektor Magdeburg rieth dringend den hoffnungslosen Widerstand aufzugeben. Aber wie herauskommen aus der kaum erst übernommenen Vertragspflicht? Ein Advocatenstreich mußte dem Nassauer Hofe aus der Noth helfen, wie schon so vielen anderen Mitgliedern des mitteldeutschen Sonderbundes. Der Vertrag sollte erlöschen, falls die französischen Kammern in ihrer nächsten Session ihn nicht genehmigten. Im Drange ernsterer Geschäfte, über den Aufregungen des parlamentarischen Parteikampfes war die Ausführung dieses Artikels in Paris vergessen worden. Die französische Regierung hatte aber gleich darauf ihr Versehen gesühnt, sie hatte die Begünstigung der Nassauer Mineralwasser durch eine königliche Ordonnanz eingeführt und ausdrücklich versprochen, diese Verordnung den Kammern, sobald sie wieder zusammenträten, vorzulegen. Die Zustimmung der Kammern war völlig zweifellos, da der Vertrag der Handelspolitik der Orleans so große Vortheile gewährte. Frankreich hatte also, bis auf einen kleinen Formfehler, seinen Pflichten vollauf genügt. Aber das geringfügige Versehen bot dem Nassauer Hofe den Vorwand, seinerseits den Vertrag zu brechen. Im Juli 1834 erklärte Fabricius in Paris, der Vertrag bestehe nicht mehr zu Recht. Der französische Hof, mit Recht empört über solchen Beweis deutscher Treue, erwiderte: „Frankreichs Loyalität verwirft diese Zweifel.“ Ein donnernder Artikel im Moniteur sagte: Der Nassauer Hof hat zum Zwecke des Vertragsbruchs sich hinter eine Spitzfindigkeit versteckt. Fabricius aber griff zu dem bekannten letzten Mittel der Lügner; er betheuerte stolz, es sei unter der Würde seiner Regierung auf solche Beschuldigungen zu antworten.

Während also Marschall's letztes Werk durch eine offenbare Gaunerei rückgängig gemacht wurde, versuchte Nassau sich dem Zollvereine zu nähern. Am 5. März 1834 berichtete Blittersdorff, ein alter Vertrauter des Herzogs: man sieht in Biebrich die Nothwendigkeit des Anschlusses ein, doch der Herzog ist zu weit gegangen im Kampfe gegen Preußen, er kann sich jetzt nicht durch Bitten bloßstellen und will abwarten, bis man ihm Anerbietungen macht. Aber die Anerbietungen blieben aus. Der kleine Herr, der aus Haß gegen das fremde Zollsystem vor Frankreich sich gedemüthigt, mußte schließlich auch vor Preußen sich beugen. Am 8. October bat der Collectivgesandte Lestocq in Berlin um die Eröffnung der Verhandlungen. Die preußischen Staatsmänner zögerten; sie wollten vorher die badische Frage ins Reine bringen. Erst im Juli 1835 begannen die Verhandlungen. Eichhorn wünschte den Nassauer Hof für sein ehrloses Verhalten zu züchtigen, wollte ihm nur ein beschränktes Stimmrecht zugestehen. Auch die thüringischen Kleinstaaten fanden es unwürdig, daß Nassau höhere Rechte erhalten sollte als sie selber. Aber Wittgenstein sprach warm für den alten Freund, und die unerschöpfliche Gutmüthigkeit des Königs gewährte dem reuigen Sünder volle Verzeihung. Uebrigens zeigte Nassau noch während der Verhandlungen eine erstaunliche Unbescheidenheit. Sein Bevollmächtigter forderte nicht nur die Fortdauer der Schifffahrtsabgaben auf dem Main und Rhein sowie der Bannrechte der herzoglichen Domanialmühlen; er verlangte auch die Privilegien der Meßplätze für die nassauischen Badeorte und — ein Präcipuum für das Herzogthum bei der Vertheilung der Zolleinnahmen, da Ems, Wiesbaden und Schwalbach mit ihrem lebhaften Fremdenverkehr doch sicherlich mehr verzehrten als andere Städte des Vereins! Als der Kleinstaat endlich am 10. Dec. 1835 mit gleichem Stimmrecht und gleichem Antheil an den Einkünften dem Zollvereine beigetreten war, da stellte sich die Rechnung nach einem Jahrzehnt wie folgt: Nassau hatte kaum eine halbe Million Thaler eingenommen und 2½ Mill. Thlr. empfangen. Und dieser Staat forderte ein Präcipuum! —

Wie Nassau sich mit Frankreich gegen den Zollverein verschwor, so suchte die freie Stadt Frankfurt durch Englands Hilfe den preußischen Fesseln zu entgehen. Alle Verkehrseinrichtungen der Stadt richteten sich, wie in den Hansestädten, nach den Bedürfnissen des Durchfuhrhandels; alle Klassen der Bevölkerung betrachteten die fremden Mauthbeamten vor den Thoren als ihre natürlichen Feinde. Der Schmuggler war eine volksbeliebte Gestalt, in den Contoren ein willkommener Gast. Dem Frankfurter, wie bisher dem Leipziger Kaufherrn stand die Meinung fest, daß sein Handel „die Plackereien" der Mauthämter nicht vertrage: „der Zollverein würde unsere merkantile Existenz vernichten."

Von der herrschenden österreichischen Partei des Senats ging nun der Gedanke aus, die Politik des mitteldeutschen Sonderbundes auf eigene

Faust fortzuführen und im Bunde mit England dem Zollverein entgegenzutreten. Am 13. Mai 1832 schloß Senator Harnier in London mit Palmerston und Lord Auckland einen „Handels- und Schifffahrtsvertrag“ auf zehn Jahre, der die Flaggen beider Mächte gleich stellte und zugleich ausbedang, daß kein dritter Staat im Zollwesen zum Nachtheil der Contrahenten bevorzugt werden dürfe. Die Absicht war deutlich: englische Schiffe sollten ihre Waaren den freien Rhein hinauf nach Frankfurt führen zur Weiterbeförderung durch die Schmuggler, dafür blieb die deutsche Stadt zehn Jahre lang dem preußischen Handelsbunde fern und getröstete sich des Glaubens, daß vielleicht einmal ein Schiff unter Frankfurter Flagge nach England segeln würde. So stattete Frankfurt seinen Dank ab für die durch Preußens langjährige Arbeit endlich erreichte Befreiung der Rheinschifffahrt. Die Presse des Zollvereins tobte, der alte Haß gegen England brach wieder aus, der Darmstädter Landtag erklärte sich entrüstet wider diese Preisgebung der nationalen Ehre. In der That scheint trotz der Ableugnungen des Frankfurter Senats unbestreitbar, daß die deutsche Stadt und nicht England die Anregung gegeben hatte zu dem unsauberen Geschäfte, wie ja auch Nassau bei jenem französischen Vertrage der treibende Theil war. Die Times und die besseren englischen Blätter schalten auf den begehrlichen Krämersinn ihres Cabinets: wie lächerlich dieser Schifffahrtsvertrag mit einer Binnenstadt, die doch auf die Dauer sich nicht absondern kann von der nationalen Handelspolitik!

In Frankfurt selbst stieg die Unzufriedenheit. Bittere Erfahrungen lehrten, daß die beliebte Vergleichung Frankfurts und der anderen „freien Städte“ auf beiden Füßen hinkte. Während in Hamburg der gesammte Zwischenhandel Skandinaviens seinen Mittelpunkt fand, war der Binnenplatz wesentlich auf den deutschen Handel angewiesen. Auf eine Firma, die mit englischen und französischen Waaren handelte, kamen zwanzig deutsche Geschäfte. Der Umfang des Speditionshandels sank auf die Hälfte herab, seit Kurhessen sich an Preußen angeschlossen; das blühende Geschäft in Leder und Wein lag jetzt ganz darnieder. Die wenigen englischen Schiffe, die den Main herauf kamen, boten keinen Ersatz für den gesperrten nachbarlichen Verkehr. Alle Nachbarstädte wuchsen zusehends: Hanau, Vilbel und der aufblühende Meßplatz Offenbach. Auch die alten Nebenbuhler zu Mainz frohlockten in nachbarlicher Schadenfreude. Schon mußte der Frankfurter Kaufmann in Offenbach zu hohen Preisen Keller und Speicher miethen, derweil daheim die Speicher leer standen. Wie lange sollte der schimpfliche Schmuggel noch währen, und konnte Preußen nicht endlich die Geduld verlieren, die Schrecken seines Enclavensystems über die trotzige Stadt verhängen? Beredte Flugschriften schilderten den Nothstand. Im Februar 1834 verlangte endlich die Handelskammer, die schon seit Langem getheilten Sinnes war, den Anschluß an Preußen.

Nach langwierigen Vorberathungen mit dem Darmstädter Hofmann

stellte der Senat im Herbst 1834 bei der Krone Preußen die Bitte um Eröffnung der förmlichen Verhandlungen. Im Januar 1835 kam Senator Guaita nach Berlin, derselbe, der in dem mitteldeutschen Vereine eine so gehässige Rolle gespielt hatte. Ein Jahr verging bis man einig wurde. Frankfurt erwartete anfangs große Privilegien für seinen Handelsstand, bis Guaita endlich einsah, daß alle Vorrechte dem Wesen des Vereins widersprachen. „Die Rechtsgleichheit, meinte der Bekehrte jetzt, ist der beste Schutz für die kleinen Staaten. Fordern wir Privilegien, so wird Preußen dieselben Vorrechte seinen Städten gewähren, und die Begünstigung Kölns wäre Frankfurts Untergang."*) Preußen wünschte mit dem Zollwesen zugleich seine Gewerbefreiheit in die Republik einzuführen; denn die Nachbarn klagten laut, der Darmstädter Landtag sprach in bitteren Worten über das verrottete Frankfurter Zunftwesen. Doch die freie Stadt wollte dies Heiligthum ihrer Bürgerschaft nicht antasten; nach langem Streite blieb die alte Unordnung aufrecht. Daß der reiche Handelsplatz unverhältnißmäßig viel verzehrte, wurde von allen Seiten zugegeben; man verabredete eine Bauschsumme von 4²/₅ fl. auf den Kopf der städtischen Bevölkerung, fast viermal so viel als der Stadt nach Verhältniß der Einwohnerzahl gebührte. Der Meßverkehr erhielt dieselben Begünstigungen wie in Leipzig. Dagegen konnte Preußen die vollständige politische Gleichberechtigung des Kleinstaats nicht zugeben. Nach höchst verwickelten Verhandlungen beschloß man eine gemeinsame Zolldirektion in Frankfurt einzusetzen; ein Mitglied ernannte der Senat, die andern wurden ihm durch die beiden Hessen vorgeschlagen, Preußen aber führte die Oberaufsicht über die Zollverwaltung. Im Uebrigen erhielt die Stadt durch die Nachsicht des Königs alle Rechte der Zollvereinsmitglieder zugestanden, nur daß sie den Handelsverträgen nicht widersprechen durfte und auf den Zollconferenzen in der Regel dem nassauischen Bevollmächtigten ihre Stimme übertragen sollte.

Diese Verabredungen konnten nicht ins Leben treten, so lange der Vertrag mit England bestand. Ehrenhafter als der Herzog von Nassau sendete der Senat einen Bevollmächtigten nach London und ließ, wie hart das auch ankam, um die Aufhebung des Vertrages bitten. Erst nachdem England eingewilligt, trat Frankfurt, am 2. Januar 1836, dem Zollvereine bei. Noch waren einige böse Tage zu überstehen. Die ungeheuren in der Stadt aufgestapelten Vorräthe mußten einer Nachversteuerung unterworfen werden, die einen Ertrag von 1,68 Millionen fl. abwarf. Während mehrerer Tage war jede Waarenbewegung verboten, eine wilde Aufregung herrschte unter den Kaufleuten, die Bürgerschaft begann schon ihren Entschluß zu verwünschen. Doch bald kehrte die Ordnung zurück; schon die nächste Messe brachte ein reiches Ergebniß; für Frankfurt wie

*) Blittersdorff's Bericht, 4. Febr. 1835.

für Leipzig schuf der Zollverein eine neue Zeit des Glanzes. Nur der hanseatische Dünkel grollte der Schwesterstadt, die „ihre Ebenbürtigkeit um ein Linsengericht veräußert hatte“: — so sagte Wurm noch in jenem Hamburger Commissionsberichte von 1847. —

Durch den Zutritt dieser letzten Bruchstücke Mitteldeutschlands erhielt das Gebiet des Handelsbundes einen vorläufigen Abschluß. Der Zollverein umfaßte jetzt 8253 Geviertmeilen mit reichlich 25 Millionen Einwohnern, er hatte 1064 Grenzmeilen zu beschützen, 9 Meilen weniger, als Preußen allein im Jahre 1819 bewacht hatte. Behutsam, mit schonender Erwägung aller volkswirthschaftlichen Interessen, wie der Bau begonnen, ward er weitergeführt; nach Jahren erst traten einige neue Mitglieder hinzu.

Die Gleichberechtigung der Bundesgenossen wurde auch in der Form sorgsam gewahrt. Von den vier ersten Generalconferenzen des Zollvereins ist nur eine (1839) in Berlin gehalten worden. Die lockere bündische Verfassung des Vereins zeigte bald ihre schädliche Wirkung, sie erschwerte jede Fortbildung des Tarifs. Die finanziellen Ergebnisse blieben hinter den Erwartungen weit zurück; die Verwaltungskosten standen noch immer hoch, zwischen 10 und 12 pCt. Alle diese Mängel konnten gleichwohl den unendlichen Segen der großen Vereinigung nicht aufheben. Lange zurückgeblieben hinter der Volkswirthschaft der westlichen Nachbarn, trat unser Volk wieder als ihr ebenbürtiger Nebenbuhler auf den Weltmarkt. Am Schlusse des ersten Jahrzehnts der Zollvereinsgeschichte waren die Sünden der Jahrhunderte gesühnt. Die Höhe des Wohlstands, welche unser Vaterland schon vor dem dreißigjährigen Kriege erstiegen hatte, war endlich wieder erreicht.

Die politischen Wirkungen des Zollvereins sind, Dank der unvergleichlichen Schwerfälligkeit des deutschen Staatslebens, nicht so rasch und nicht so unmittelbar eingetreten, als manche kühne Köpfe meinten. Schon zu Anfang der dreißiger Jahre hoffte Hansemann, ein Parlament des Zollvereins und daraus vielleicht einen deutschen Reichstag erstehen zu sehen, und wie viele andere wohlmeinende Patrioten haben nicht ähnliche Erwartungen an den deutschen „Zollstaat“ geknüpft. Aber der Handelsbund war kein Staat, er bot keinen Ersatz für die mangelnde politische Einheit und konnte noch durch Jahrzehnte fortdauern, ohne die Lüge der Bundesverfassung zu zerstören. Als Minister du Thil im Jahre 1827 seinem Großherzoge den Rath gab, jenen entscheidenden Schritt in Berlin zu wagen, da sprach er offen aus: Wir dürfen uns nicht darüber täuschen; indem wir den Handelsbund schließen, verzichten wir auf die Selbständigkeit unserer auswärtigen Politik; bricht ein Krieg aus zwischen Oesterreich und Preußen, so ist Hessen an die preußischen Fahnen gebunden. Desgleichen Dahlmann, der nach seiner großen und tiefen Art den Zollverein sofort als das einzige deutsche Gelingen seit den Befreiungskriegen be-

grüßte, erklärte zuversichtlich, der Handelsbund stelle uns sicher vor der Wiederkehr bürgerlicher Kriege. Auch diese Weissagungen sind nicht buchstäblich eingetroffen. Der Zollverein hat die oberdeutschen Staaten nicht verhindert, die Waffen zu ergreifen gegen Preußen. Und dennoch sollte gerade das Jahr 1866 die gewaltige Lebenskraft dieses handelspolitischen Bundes erproben. Der rasche Siegeszug der preußischen Fahnen überhob unseren Staat der Mühe seine wuchtigste Waffe zu schwingen, durch die Aufhebung der Zollgemeinschaft die oberdeutschen Höfe sofort zu bekehren.

Das Bewußtsein, daß man zu einander gehöre, daß man sich nicht mehr trennen könne von dem großen Vaterlande, war durch die kleinen Erfahrungen jedes Tages in alle Lebensgewohnheiten der Nation eingedrungen, und in dieser mittelbaren politischen Wirkung liegt der historische Sinn des Zollvereins. Mochten die Schulen der Albertiner und der Welfen der Jugend die Märchen des Stammeshasses und der particularistischen Selbstzufriedenheit künden — es ging doch zu Ende mit dem Philisterthum der alten Zeit, das an die Herrlichkeit der Kleinstaaten kindlich glaubte. Der Geschäftsmann folgte mit seinen Gedanken den Waarenballen, die er frei durch die deutschen Länder sandte; er gewöhnte sich, wie schon längst der Gelehrte, über die Grenzen des heimischen Kleinstaates hinauszublicken; sein Auge, vertraut mit großen Verhältnissen, sah mit ironischer Gleichgiltigkeit auf die Kleinheit des engeren Vaterlandes. Der Gedanke selbst, daß die alten trennenden Schranken jemals wiederkehren könnten, wurde dem Volke fremd; wer einmal in dem Handelsbunde stand, gehörte ihm für immer. Eine unerbittliche Nothwendigkeit stellte nach jeder Krisis die alten Grenzen des Zollvereins wieder her; kalte politische Köpfe konnten stets mit mathematischer Sicherheit den Verlauf des Streites im Voraus berechnen.

Das Ausland gab den aussichtslosen Kampf gegen unsere Handelseinheit bald auf. Französische Staatsmänner gestanden achselzuckend: wir haben leider den deutschen Staaten nichts zu bieten, was ihnen die Vortheile des preußischen Zollvereins ersetzen könnte. Die Briten erhielten erst durch Dr. Bowring's Berichte (1839) eine deutlichere Vorstellung von dem Wesen des Zollvereines und gewöhnten sich fortan, Preußen als den Vertreter des deutschen Handels zu betrachten. Oesterreich mußte nach stets vergeblichen Störungsversuchen immer wieder dem Nebenbuhler freie Hand lassen im deutschen Verkehrsleben; nur dieser stillschweigende Vertrag zwischen den beiden Großmächten sicherte nothdürftig den Bestand des Deutschen Bundes. Dem preußischen Staate aber waren die Wege seiner Handelspolitik so fest und sicher vorgezeichnet, daß auch die Zagheit sie nicht mehr verlassen konnte. Die Aufgabe war, den Handelsbund auszudehnen; über alle deutschen Staaten, aber keinen Schritt weiter. Schon im Jahre 1834 wurde in Brüssel, durch die Sorge vor Frankreichs Eroberungslust, die Frage aufgeworfen, ob nicht Belgien dem deutschen

Zollvereine beitreten solle. Preußen wies den Gedanken zurück, und auch späterhin, als das unreife Nationalgefühl deutscher Publicisten wiederholt für einen Handelsbund mit der Schweiz oder mit Holland sich erwärmte, wahrte Preußen unbeirrt den nationalen Charakter des Zollvereins. Also entstanden zwei Gemeinwesen im Deutschen Bunde: ein Deutschland des Scheines, das in Frankfurt, ein Deutschland der ehrlichen Arbeit, das in Berlin seinen Mittelpunkt fand. Der preußische Staat erfüllte, indem er Deutschlands Handelspolitik leitete, einen Theil der Pflichten, welche dem Deutschen Bunde oblagen, wie er zugleich allein durch sein Heer die Grenzen des Vaterlandes sicherte. So ist er durch redlichen Fleiß langsam emporgewachsen zur führenden Macht des Vaterlandes; und nur weil die europäische Welt es nicht der Mühe werth hielt, das Heerwesen und die Handelspolitik Preußens ernstlich kennen zu lernen, bemerkte sie nicht das stille Erstarken der Mitte des Festlandes.

Die wirthschaftliche und die politische Einigung Deutschlands zeigen eine überraschende Verwandtschaft in ihrer Geschichte. Beide Bewegungen gleichen einem großen dialektischen Processe: erst nachdem durch wiederholte vergebliche Versuche die Unmöglichkeit jeder andern Form der Einheit zweifellos erwiesen war, errang die preußische Hegemonie den Sieg. Ein reiches Erbe monarchischer und im guten Sinne föderalistischer Ueberlieferungen ist aus den Erfahrungen des Zollvereins übergegangen auf den Norddeutschen Bund und das Deutsche Reich. In dem Zollvereine lernte Preußen, einen vielköpfigen, fast formlosen Bund, der sich in keine Kategorie des Staatsrechts einfügen wollte, monarchisch zu leiten, mehr durch Einsicht und Wohlwollen und durch das natürliche Uebergewicht der Macht als durch förmliches Vorrecht. Zwei grundverschiedene Schulen deutscher Staatsmänner wuchsen auf seit den dreißiger Jahren. Auf der einen Seite die Politiker des Bundestags, diese bejammernswerthen Geschöpfe, denen die Erbsünde der Diplomatie, die Verwechslung von Geschäft und Klatscherei, zur anderen Natur geworden war, diese durch die condensirte Milch der Augsburger Allgemeinen und der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung mühsam am Leben erhaltenen politischen Kinder, die mit so feierlichem Ernst von den Formen und Formeln des hohlen Bundesrechts zu reden wußten. Und daneben die Geschäftsmänner des Zollvereins, nüchterne praktische Leute, gewohnt, ernsthafte Interessenfragen umsichtig zu erwägen, die Wünsche und Bedürfnisse der Nachbarn mit Gerechtigkeit und Milde zu beachten. Auf der hohen Schule der Zollconferenzen und der mannichfachen Berathungen über die Fragen des Verkehrs, lernten Preußens Staatsmänner die Methode neuer deutscher Politik: die Kunst, reizbare kleine Bundesgenossen ohne Gehässigkeit und Gewaltthat zu leiten, unter bündischen Formen das Wesen der Monarchie zu wahren.

Der Gedanke des Zollvereins war nicht eines Mannes Eigenthum,

er entstand gleichzeitig in vielen Köpfen unter dem Drucke der Noth des Vaterlandes; daß der Gedanke Fleisch und Blut gewann, war allein Preußens Werk, war das Verdienst von Eichhorn, Motz und Maassen und nicht zuletzt das Verdienst des Königs. Nicht die Anstandspflicht monarchischer Staatssitten, sondern die Pflicht historischer Gerechtigkeit nöthigt zu dem Urtheil, daß nur das feste Vertrauen auf Friedrich Wilhelm's unverbrüchliche Treue die deutschen Fürsten bewegen konnte ihre Souveränität freiwillig zu beschränken. Eben die anspruchslose Schlichtheit seines Wesens, welche diesen Hohenzollern in den wilden napoleonischen Tagen so oft kleinmüthig erscheinen ließ, befähigte ihn in stiller Zeit den Samen einer großen Zukunft auszustreuen. —

Siebenter Abschnitt.

Das Junge Deutschland.

Veränderungen seines Länderbestandes hat jedes große Volk von Zeit zu Zeit erlebt, aber nur den Deutschen beschied eine wechselreiche Geschichte, daß sich die Marken ihres Vaterlandes die Jahrhunderte hindurch fast unaufhörlich verschoben und Niemand zu sagen wußte, welchen Gebieten eigentlich der große Name Deutschland gebühre. Derweil das alte Reich seine wälschen Vorlande im Süden und Westen verlor, Oesterreich, die Schweiz, die Niederlande ihrem Sonderleben überließ, erwuchs ihm ein köstlicher Ersatz in den Kolonien jenseits der Elbe, und aus diesen Landen des Nordostens, die zum guten Theile dem Reichsverbande nicht angehörten, erhoben sich die staatenbildenden Kräfte unserer neuen Geschichte. Auch der Deutsche Bund war gleich dem heiligen Reiche noch ein unfertiges politisches Gebilde ohne feste Grenzen, halb weltbürgerlich, halb national, zugleich zu weit und zu eng, mit Oesterreich und noch drei anderen undeutschen Mächten wunderlich verkettet und doch den preußischen Staat nicht ganz umschließend. Erst durch den Zollverein begann sich's zu entscheiden, welche Theile der ewig beweglichen Ländermassen Mitteleuropas fortan das politische Deutschland der neuen Geschichte bilden sollten. Er umfaßte, Oesterreich in weitem Bogen umklammernd, das deutsche Land vom Memelstrom bis zum Bodensee — denn da die Küste immer dem Binnenlande gehört, so war der Zutritt der Staaten des hannoverschen Steuervereins nur noch eine Frage der Zeit — nicht alle die Gebiete, auf denen einst der Ruhm des deutschen Namens geruht hatte, aber ihren edlen Kern, die fröhliche Heimath deutscher Kunst im Südwesten und die waffenstolzen Adlerlande des Nordens, herrliche Kräfte, die im treuen Verein dereinst eine neue Zeit vaterländischen Glanzes heraufführen konnten. An den idealen Mächten der Sprache und Gesittung, des rechtsbildenden Gemeingeistes, der Hoffnungen und Erinnerungen hatte die Nation bisher das Bewußtsein ihrer Größe genährt; jetzt erlangte sie auch die Gemeinschaft des wirthschaftlichen Lebens, den natürlichen Unterbau der politischen Einheit, der ihr immer gefehlt hatte. In denselben schicksalsschweren Januartagen des Jahres 1834, da der Wiener Hof den

hohen Rath der deutschen Bundespolizei zum letzten male zu unfruchtbaren Verhandlungen um sich versammelte, erstand im Westen und Norden das neue in Arbeit geeinigte Deutschland, scharf abgegrenzt gegen Oesterreich wie gegen das Ausland. Das letzte Ziel der fridericianischen Politik, die Lösung des deutschen Dualismus, schien jetzt nicht mehr unerreichbar, und hoffnungsvoll sagte Karl Mathy: „Noch niemals ist Deutschland so einig gewesen wie seit der Stiftung des Zollvereins."

Der junge Tag, der über Deutschland heraufdämmerte, ward aber nur von wenigen Einsichtigen bemerkt; die emporsteigende Sonne verbarg sich hinter dem Gewölk langweiliger und widerwärtiger diplomatischer Zwistigkeiten. Wie oft hatten die Patrioten gesungen und gesagt von der Stunde des Heiles, da die Raben nicht mehr den Kaiserberg umkreisen, da der Birnbaum auf dem Walserfelde wieder grünen, der alte Rothbart seinen Flamberg schwingen und den Reichstag der freien deutschen Nation einberufen würde — ein Gedanke, der noch kaum greifbarer war als weiland die Weissagungen des Simplicissimus von dem „deutschen Helden" und seinen Parlamentsherren. Neben diesen strahlenden Traumbildern eines Volkes, das schon in zorniger Ungeduld seine künstlich niedergedrückte Kraft zu fühlen begann, erschien das neue wirthschaftliche Gemeinwesen der Nation in seinem Werktagskleide unscheinbar und nüchtern. Die Deutschen wußten ihrem Beamtenthum für seine treue Arbeit wenig Dank; denn immer ist es das tragische Loos neuer politischer Ideen, daß sie zuerst von der gedankenlosen Welt bekämpft und dann, sobald der Erfolg sie rechtfertigt, als selbstverständlich mißachtet werden. Eben in den Tagen, da der deutschen Politik Preußens endlich wieder ein großer Wurf gelungen war, verfiel die öffentliche Meinung nochmals in einen Zustand der Ermattung und Verstimmung, wie zehn Jahre zuvor, und fast allein in den Kämpfen des literarischen Lebens entlud sich noch die verhaltene politische Leidenschaft der Zeit.

Erst seit Goethe die Augen schloß (22. März 1832), gelangte die neue radicale Literatur, die sich in Börne's und Heine's Schriften zuerst angekündigt hatte, für kurze Zeit zur unumschränkten Herrschaft. Sein Dasein schon war ein beredter Vorwurf gegen die freche Tendenz, und mochten die Kleinen sich wechselseitig als junge Titanen verherrlichen, an seine Größe reichte alles Selbstlob nicht heran. Nichts erregt so unwiderstehlich die fromme Ahnung einer höheren Welt, wie der Anblick eines gottbegnadeten Greises, der an den letzten Grenzen menschlichen Alters, allen kleinen irdischen Sorgen entwachsen, nur noch für die Idee seines Lebens wirkt und dann in der Verklärung einer zweiten Jugend abscheidet. Friedrich's ernster Lebensausgang ließ neben der scheuen Bewunderung die Freude nicht aufkommen; erst an Goethe's Alter lernten die Deutschen die glückliche, in sich befriedete und zugleich über die Erde hinausweisende Vollendung eines großen Menschendaseins kennen. Gedenke zu leben! — so

lautete, sittlicher und tiefsinniger als das mönchische Memento mori, der Weisheit letzter Spruch im Wilhelm Meister. Bis zum letzten Athemzuge blieb der Dichter seinem Worte treu, ein heiter Entsagender, dankbar für jede Blume des Sommers und jede Frucht des Herbstes, beruhigt in dem Glauben, daß Verdruß auch ein Theil des Lebens und das höchste Glück auf Erden, die Freuden des Gemüths, der ganzen Welt gemein seien.

Als einen gebührenden Zoll nahm er die Huldigungen entgegen, die ihm Walter Scott mit den schottischen Dichtern und so viele andere Ausländer darbrachten. Er sah, daß Deutschland jetzt an der Spitze der Weltliteratur stand, und sagte den Fremden aufrichtig: „wer die deutsche Sprache versteht, spielt den Dolmetscher, indem er sich selbst bereichert.“ Mit diesem ruhigen Selbstgefühle paarte sich eine wunderbare, allen Neid entwaffnende Demuth; fast siebzig Jahre war er alt, als er beim Anblick einer Ausgabe seiner Werke die Verse schrieb:

> Seh' ich die Werke der Meister an,
> So seh' ich das was sie gethan.
> Betracht' ich meine Siebensachen,
> Seh' ich was ich hätt' sollen machen.

Wie that es ihm wohl, als er in dem jungen Schotten Thomas Carlyle, dem Uebersetzer und Kritiker der deutschen classischen Literatur, den ersten Ausländer kennen lernte, der auf der Höhe des deutschen Denkens stand. „Ganze Generationen werden Sie dereinst dafür segnen, daß sie statt des Vermuthens und Leugnens wieder zu glauben und zu wissen gelernt haben“ — so sagte Carlyle, die Orthodoxen und die liberalen Parteifanatiker zugleich beschämend. Goethe ahnte, was Deutschland an diesem seinen wärmsten und treuesten Freunde draußen besaß; er wurde nicht müde, dem jugendlichen Verehrer in die Einsamkeit der schottischen Berge bald seine neuesten Werke, bald eine Medaille für die Genossen drüben, bald ein Armband oder eine feine schmiedeeiserne Halskette oder ein anderes einfaches deutsches Geschenk für die junge Frau zu senden. „Und so fortan. Goethe“ — damit schloß er in der Regel seine patriarchalischen Briefe.

Von jeher hatte er das Wesen der Schönheit darin gesucht, daß wir „beim Anschauen des gesetzmäßig Lebendigen uns gleichfalls lebendig und in größte Thätigkeit versetzt fühlen“. Alles Empfangen reizte ihn sogleich zum Schaffen, und jetzt, da er in der stillen Sammlung des hohen Alters jede Zerstreuung abweisen durfte, war sein ganzes Leben nur noch unausgesetzte beglückende Arbeit. Mochte er dichten und denken oder der geliebten Stimme der „großen, leise sprechenden Natur“ lauschen, oder an den neuen Werken der Kunst und Forschung, die ihm von allen Enden der Welt zuströmten, sich liebevoll erfreuen, immer schritt er aufwärts, immer baute er fort an dem umfassenden Weltenbilde, das leuchtend vor seiner Seele stand, mit den Jahren stets freier, heller, größer sich gestaltete, und noch am Rande des Grabes gingen ihm „bisher undenkbare

Gedanken auf, wie selige Dämonen, die sich auf den Gipfeln der Vergangenheit glänzend niederlassen.“ Dabei blieb ihm bis zum Ende „das ewige Geltenlassen, das Leben und Lebenlassen“, das einst Merck an dem jungen Freunde so gar nicht begreifen wollte; neidlos, wie kaum je ein Künstler hieß er jede Schöpfung der Mitstrebenden willkommen, wenn sie nur seinem eigenen Wesen nicht ganz fremd oder widrig schien. In solcher Stimmung fand ihn Christian Rauch und formte dann die Statuette des alten Goethe, genau so wie er in seinem Arbeitszimmer diktirend auf und nieder zu gehen pflegte, den Kopf frei aufgerichtet, die Hände über dem Rücken verschränkt, die einzige Unschönheit der herrlichen Gestalt, die etwas kurzen Beine durch den lang niederwallenden Hausrock glücklich verdeckt — ein Bild ruhiger Majestät und Güte, erhabener in seiner Schlichtheit, als die theatralische Büste David's von Angers, der sich nach Franzosenart den deutschen Dichterfürsten wie einen donnernden Zeus dachte.

Noch war Vieles in dem Treiben der Gegenwart, was den Dichter abstoßen mußte. Er sah die mit der Juli-Revolution beginnende Zersetzung der alten Gesellschaft nur zu deutlich voraus, ohne die Lichtseiten der Bewegung zu würdigen, und wendete sich verächtlich hinweg von dem Gesinnungsterrorismus der Freiheitshelden des Tages:

Kommt, laßt uns Alles drucken,
Und walten für und für.
Nur sollte Keiner mucken,
Der nicht so denkt wie wir.

Während Jedermann politisirte und das eigene Haus über den Welthändeln vergaß, hielt er nur um so fester an seinem alten Glauben, daß die sittliche Ordnung der Welt zumeist auf der treuen Erfüllung der nächsten Pflichten beruhe, und schrieb noch kurz vor seinem Tode — es waren wohl seine letzten Verse — einem jungen Freunde ins Stammbuch: Ein Jeder kehre vor seiner Thür, und rein ist jedes Stadtquartier! Auch die tiefe Einsamkeit, die jedem Meister beschieden ist, ward ihm zuweilen schmerzhaft; er fühlte, daß ihm der Lohn des Dichters, „der zart antwortende Nachklang und der reine Reflex aus der begegnenden Brust“ doch nur selten zu Theil ward. Sehr bitter empfand er die grenzenlose Dreistigkeit „der Neuesten“, des jungen Volkes, das sich einbildete, sein Tauftag sollte der Schöpfungstag sein; noch bitterer, daß sich in dem Uebermuthe der jungen Schriftsteller so wenig jugendliche Frische, in den grellen, häßlichen Gebilden ihrer „Lazarethpoesie“ so wenig männliche Kraft, in ihrem gesucht geistreichen Wesen nur das verfrühte Alter eines der Naivität und der Ehrfurcht entwachsenen Geschlechtes kundgab. Er beugte sich in Andacht vor „dem Ewig-Einen, das sich vielfach offenbart“, und konnte nur mit Achselzucken den hohlen Dünkel der neuen Gottesleugner betrachten: „der Professor ist eine Person, Gott ist keine!“

Dennoch stand Goethe in seinen letzten Jahren der Welt, die ihn

umgab, bei Weitem nicht mehr so fremd gegenüber wie einst in den Tagen der Befreiungskriege und des christlichen Teutonenthums. Damals konnten ihn Fernstehende leicht für einen Reaktionär halten, der verdrossen zu dem Weltbürgerthum der guten alten Zeit zurückstrebte. Nunmehr aber sprach er wieder mit Abscheu von der Aufklärung des „selbstklugen" achtzehnten Jahrhunderts; er empfand von Neuem, daß er selber einst die Deutschen von Philisternetzen befreit, der Erkenntniß der zwecklosen Schönheit, des ewigen Werdens in Natur und Geschichte zuerst die Bahn gebrochen hatte. Was jetzt auf dem literarischen Markte sich wider Goethe auflehnte, war doch nur in neuem Aufputz die alte Aufklärung, das alte Naturrecht, die alte platte Nützlichkeitslehre, die alles Lebendige fragte wozu man es wohl gebrauchen könne. Wenn Menzel und Börne mit liberalen Kraftworten gegen ihn polterten, dann mußte der alte Herr unwillkürlich jener fernen Tage gedenken, da Nicolai auf dem Grabe des jungen Werther seine Andacht verrichtete. Auch seinem jugendlichen Freunde Carlyle entging diese Wahlverwandtschaft nicht; der meinte: „Eure deutschen Philister Adelung und Nicolai sind mir sehr merkwürdig; hier nennen wir sie Utilitarianer, sie sind meist Politiker, radical oder republikanisch."

Die dürren, fertigen Formeln der modischen Freiheitslehren bestärkten Goethe nur in der Einsicht, daß seine eigene Weltanschauung die freiere war. Er fühlte sich wieder als den Lichtbringer einer neuen Zeit und nahm mit Befriedigung wahr, wie unverkennbar alle schöpferischen Werke der bildenden Kunst und der Wissenschaft schon den Stempel seines Geistes trugen. Er wußte, dies große Jahrhundert, das er selbst einst mit heraufgeführt, hatte sein letztes Wort noch nicht gesprochen; und obwohl er schwerlich wünschen mochte, diese Zukunft noch zu erleben, so sah er doch ahnungsvoll voraus, wie bald die kleinen Händel der Gegenwart veralten, eine reichere Zeit den Gesichtskreis der Menschheit unermeßlich erweitern, ihrer Gesittung ganz neue Aufgaben stellen würde. Schon in Meister's Wanderjahren forderte er eine hochgesteigerte Staatsthätigkeit wie sie erst in der Gegenwart sich zu entfalten anfängt; er entwickelte den Plan einer ganz vom Staate geleiteten Volkserziehung, ein platonisches Ideal, das den Privatmenschen des achtzehnten Jahrhunderts ebenso fremd war wie dem staatsfeindlichen Radicalismus der dreißiger Jahre; und in den schwachen Anfängen der deutschen Auswanderung erkannte er schon die Vorboten jener expansiven Civilisation, welche in der zweiten Hälfte des neuen Jahrhunderts ihren Siegeszug um die Erde halten sollte:

Daß wir uns auf ihr zerstreuen,
Darum ist die Welt so groß!

In seinem letzten Lebensjahre, bei der Eröffnung des weimarischen Lesemuseums, sprach er offen aus, wie die Welt sich zu verwandeln beginne, wie „die gesellige Bildung universell werde", wie alle gebildeten Kreise, die sich sonst nur berührten, jetzt sich vereinigten, und an Jeden die Noth-

wendigkeit herantrete, „sich von dem Zustande des augenblicklichen Weltlaufes im realen und idealen Sinne zu unterrichten".

Noch mächtiger redete dies starke Zukunftsgefühl aus seinem letzten großen Werke, einer prophetischen Dichtung, die von der thatenarmen und zuchtlosen Mitwelt kaum begriffen, erst heute einem an Heldenkraft und darum auch an frommer Ehrfurcht reicheren Geschlechte langsam verständlich wird. Sehr selten geschieht es, daß ein greiser Meister verscheidet, bevor er sein Lieblingswerk vollendet hat; es ist, als läge in solchen Leib und Seele spannenden Aufgaben eine geheimnißvolle Kraft, die den Lebensfaden nicht abreißen läßt. Seit mehr als zwanzig Jahren beschäftigte die Gestalt des Faust die Gemüther der Menschen so lebhaft, wie nur je ein historischer Held. Philosophen und Poeten versuchten das Bruchstück zu ergänzen, jeder fühlende Leser fragte unwillkürlich, wie dieser hohe Mensch enden müsse, in dem Alle die eigensten Züge des deutschen Geistes erkannten. Goethe wußte, daß die Augen der Besten seines Volkes auf ihn gerichtet waren, wenn er jetzt in jedem frohen Augenblicke an seiner Dichtung still weiter arbeitete und den ganzen Schatz seiner unvergleichlichen Lebenserfahrung wie in ein großes Tagebuch in sie eintrug. Wenige Wochen vor seinem Tode, fast sechzig Jahre nachdem er den ersten kühnen Plan gefaßt, schloß er das Werk ab, so weit der unendliche Stoff sich erschöpfen ließ, und gestand, daß er sein ferneres Leben nunmehr nur noch als ein reines Geschenk Gottes betrachten wolle. So durch zwei Menschenalter beständig fortgebildet und ergänzt, mußte der zweite Theil des Gedichts an ursprünglicher Frische und künstlerischer Rundung eben so viel verlieren, wie er an Gedankenfülle gewann.

Der Faust war das echte Kind der Epoche des dichterischen Sturmes und Dranges; nur die Jugend, die Alles verheißt und Alles verlangt, konnte in dem Bilde des ungeduldig wider die allgemeinen Erdenschranken ankämpfenden Titanen ihr eigenes Herz wiederfinden. Schon als er den ersten Theil herausgab, empfand der Dichter zuweilen, wie fern ihm jetzt dieser himmelstürmende Trotz seiner jungen Tage lag, und er klagte: „So gieb mir auch die Zeiten wieder, wo ich noch selbst im Werden war." Um die zarten Nerven der Leser zu schonen, beseitigte er aus den ersten Entwürfen manchen Zug genialer Frechheit, der zum Wesen der gespenstischen Fabel gehörte, sogar das schauerlich schöne Blutlied der Dämonen: „Wo fließet heißes Menschenblut, der Dunst ist allem Zauber gut," und der diabolische Humor der Walpurgisnacht auf dem Blocksberge verblaßte etwas unter seinen umbildenden Händen. Seitdem waren nochmals zwanzig reiche Jahre über sein Haupt dahingegangen; er fühlte sich den Gestalten seiner Dichtung so fremd, daß er keinen Anstand nahm, die lieblich naive Gartenscene des ersten Theils für die Composition des Fürsten Radziwill zu einem frostigen Opern-Quartett umzuarbeiten. Nicht ohne gewaltsame Selbstüberwindung konnte er also aus der beschaulichen Stimmung des

Greisenalters zurückgreifen zu einem Werke, das der flammenden Begeisterung des Jünglings entsprungen war; „ich mußte, so gestand er an Wilhelm Humboldt, dasjenige durch Vorsatz und Charakter erreichen was eigentlich der freiwilligen thätigen Natur allein zukommen sollte.“ Darum fehlte dem zweiten Theile des Faust jener Zauber des unmittelbaren persönlichen Bekenntnisses, der alle früheren Werke Goethe's wie zarter Sonnenduft umschwebte. Aus allen seinen Helden, aus Weislingen, Werther, Egmont, Tasso, Meister sprach das Herz des Dichters selber, am beredtesten doch aus dem Faust des ersten Theiles; was er nur je genossen, gedacht, gelitten, hatte er in dieser Gestalt vereinigt, und mit der ganzen Macht des selbsterlebten Leides erklang aus den Schlußscenen die Reue um die verrathene Friderike. Der zweite Theil des Gedichts hingegen war streng objectiv gehalten; die Charaktere des Faust und des Mephistopheles traten ganz zurück, der Schwerpunkt des Dramas lag nicht mehr in der inneren Entwicklung des Helden, sondern in dem bunten Wechsel der Weltverhältnisse, die er durchschritt.

Daraus ergab sich aber ein Mißverhältniß von Form und Inhalt. Schon Schiller hatte dem Freunde vorhergesagt, wie schwer es halten werde, bei der Behandlung eines so ganz phantastischen und doch tief ernsten Stoffes „zwischen Spaß und Ernst glücklich durchzukommen“. Im ersten Theile war Goethe dieser Schwierigkeit noch völlig Herr geworden, mit jener spielenden Leichtigkeit, welche das vollendete Kunstwerk wie ein Gebilde der Natur erscheinen läßt. Das Schicksal des Helden fesselte die Leser so unwiderstehlich, daß sie die grellen Contraste von satanischem Humor und tragischer Erhabenheit nicht als Störung empfanden; die kurzen gereimten Verse schmiegten sich in jeden Wechsel der Stimmung fast noch williger als es der dramatische Jambus vermag; die glücklich idealisirte Sprache unseres sinnlich derben und gedankenschweren sechzehnten Jahrhunderts mußte ein Geschlecht, das sich den Zeiten Luther's und Dürer's verwandt fühlte, im tiefsten Herzen anheimeln. Dem zweiten Theile fehlte diese Einheit des Tones, die auch das Wunderbare glaubhaft machte; er erschien zu ernst für ein Märchenspiel, zu spukhaft für ein Drama. Im engen Anschluß an das alte Volksbuch vom Doctor Faust führte der Dichter seinen Helden durch eine Welt phantastischer Abenteuer, aber in allen seinen Traumgestalten lag ein tiefer Sinn verborgen, und unmöglich vermochte der Leser, wenn er der geheimnißvollen Bedeutung dieser Symbole nachgrübelte, sich noch die unschuldige Leichtgläubigkeit zu bewahren, welche das Wunder verlangt. Trotz aller ihrer glänzenden theatralischen Effecte blieb die gedankenreiche, mit Anspielungen und Beziehungen jeder Art überladene Dichtung doch viel zu schwer, um auf der Bühne wie ein prächtiges Zauberstück die Schaulust der Menge zu beschäftigen. Fragmentarisch geschaffen konnte das Werk auch nur fragmentarisch genossen werden; nur wenn man sich zuerst liebevoll in die Fülle

der Einzelschönheiten versenkte, gelangte man Schritt für Schritt zur Erkenntniß des Ganzen.

In seinem Briefwechsel mit Schiller hatte Goethe stets die Einheit des sich selbst erklärenden Kunstwerks als höchste Aufgabe des Dichters bezeichnet. Als Greis erhob er sich von diesem künstlerischen zu einem allgemein menschlichen Ideale, das zu umfassend war um sich noch der strengen Kunstform einzufügen und zu tiefsinnig um je gemeinverständlich zu werden. Wer diesem letzten Fluge des Goethischen Genius zu folgen wagte und das Vermächtniß des Dichters als ein Werk eigener Art, das so nicht wiederkehren konnte, unbefangen aufnahm, dem erschloß sich eine Fülle reifer Lebensweisheit — denn zu dem Citatenschatze unserer Nation hat außer den Schriften der Bibel kein anderes Werk so viel beigesteuert wie der Faust, der zweite Theil fast noch mehr als der erste — und eine wunderbare Sprachgewalt, die wohl zuweilen in die Manier des Alters absank, dann aber wieder im süßen Wohllaut der mannichfachsten Versformen schwelgte, mit jugendlicher Kühnheit das nie Gesagte, kaum Geahnte aussprach.

Der zweite Theil gab die Antwort auf die schweren Fragen des ersten. Während der Faust des alten Puppenspiels im Taumel des Genusses unterging, erhob ihn Goethe aus der engen Welt der persönlichen Leidenschaft in höhere Regionen, in würdigere Verhältnisse und ließ ihn, gemäß dem Worte „im Anfang war die That“, durch schöpferisches Handeln die Erlösung finden — ein Bild der inneren Befreiung und Läuterung, das sich freilich mehr für den Roman als für das Drama eignete, aber in seiner breiten epischen Anlage dem Dichter gestattete die ganze Geschichte seines Zeitalters symbolisch darzustellen. Aus dem Lärm und Glanz des Kaiserhofes steigt Faust in die Welt des Schönen empor und erlebt im Traume die Befreiung der Helena, die Vermählung des antiken mit dem germanischen Geiste, bis endlich der thätige Humanismus sich im gemeinnützigen Wirken bewährt, der siegreiche Kampf des alten Faust mit dem Meere zugleich zurückweist auf König Friedrich's friedliche westpreußische Eroberungen und weit vorwärts deutet in die große Zukunft des arbeitsfrohen neuen Deutschlands, dem das freie Meer den Geist befreien soll.

Im Weiterschreiten find' er Qual und Glück,
Er, unbefriedigt jeden Augenblick —

der höchste Gedanke der neuen deutschen Philosophie, die Erkenntniß der nie auf Erden ganz verwirklichten, aber ewig sich verwirklichenden Idee, lag in diesen Zeilen, und doch noch nicht das letzte Wort einer Dichtung, die über das Diesseits hinausweisen mußte. Weder in der Prosa der Arbeit noch in der nüchternen Mahnung „dem Tüchtigen ist diese Welt nicht stumm“ konnte ein hochpoetisches und der altklugen Aufklärung entschieden feindliches Werk ausklingen. Erst die allmächtige Liebe vollendet Faust's Erlösung, und wie der Dichter dem Himmel durch die scharf umrissenen Gestalten

der heiligen Geschichte verständliches Leben giebt, so weiß er auch durch Gretchens Erscheinen die Idee der Liebe künstlerisch zu veranschaulichen. In der Wiedervereinigung der beiden Liebenden verwirklicht sich der beseligende Traum, der, seit Dante ihn zuerst besang, in der christlichen Dichtung immer wiederkehrt: wie die irdische Liebe sich zur himmlischen verklärt. Faust's Unsterbliches wird zum Himmel getragen und die Engel singen:

Gerettet ist das edle Glied
Der Geisterwelt vom Bösen.
Wer immer strebend sich bemüht,
Den können wir erlösen.
Und hat an ihm die Liebe gar
Von oben theilgenommen,
Begegnet ihm die sel'ge Schaar
Mit herzlichem Willkommen.

Also nahm unsere classische Dichtung bei ihrem letzten Ausgange die beiden Grundwahrheiten der Reformation wieder auf. In freierer, milderer Form wiederholte Goethe den kühnen und doch so zermalmend schweren Ausspruch Martin Luther's „gute Werke machen nimmermehr einen guten Mann, sondern ein guter Mann machet gute Werke", und bekannte sich zugleich zum Glauben an die erlösende Macht der göttlichen Barmherzigkeit.

Das junge Geschlecht lebte am Tage den Tag; ihm fehlte die Sammlung des Geistes um ein Werk zu würdigen, das über die gerühmte „Jetztzeit" der Zeitungsschreiber so weit hinausragte. Längst stand ihm fest, daß die burschikosen Witze von Heine's Harzreise mehr bedeuteten als Goethe's Italienische Reise, ein beliebiger Tendenzroman zur Verherrlichung des freien Weibes mehr als Wilhelm Meister. Nun gar der mystische Schluß des Gedichts galt den radicalen Poeten für eine frostige Allegorie; denn so tief waren sie schon von französischer Verbildung angefressen, daß sie den eigensten Vorzug der protestantischen deutschen Cultur, die Versöhnung von Freiheit und Frömmigkeit, gar nicht mehr kannten und schlechterdings nicht begreifen wollten, wie ein starker Geist religiös empfinden könne. Zu allem Unglück begann nun auch die Zunft der Goetheforscher ihre pedantische Arbeit, eine neue wenig erfreuliche Spielart des deutschen gelehrten Philisterthums. Göschel, Hinrichs, Rötscher und andere Hegelianer, dann Philologen und Literarhistoriker in langer Reihe bemächtigten sich des Faust um in alexandrinischen Commentaren ihre Auslegungskünste zu zeigen; sie warfen sich mit Vorliebe auf die schwächsten, die dunkelsten Stellen des Werkes und suchten zu ergründen, was der alte Herr in seine symbolischen Andeutungen wohl Alles hineingeheimnißt habe. So ward die Dichtung der Jugend vollends verleidet, und lange blieb die Welt der Ansicht, mit diesem Buche hätte Goethe doch dem Alter seinen Zoll entrichtet.

Die schöpferischen Köpfe der deutschen Kunst haben diese Meinung nie getheilt; wie oft saß Schinkel in Rauch's Werkstatt, mit dem Faust in der Hand, um dem dankbaren Freunde den Born neuer künstlerischer An-

schauungen, der hier floß, zu zeigen. Je mehr die nervöse Erregung der Zeit sich beruhigte, um so dichter ward der Kreis der Andächtigen, die ohne nach den klügelnden Ausdeutungen so mancher krausen Allegorien viel zu fragen, schlichtweg als Schauende an den Faust herantraten und bei jedem neuen Lesen immer neue Seiten der Dichtung entdeckten, immer klarer erkannten, wie fest die beiden Theile, trotz der Verschiedenheit des Stiles und des Kunstwerthes unter sich zusammenhingen. Was man auch mäkeln und ergrübeln mochte, der Faust blieb die Tragödie des neuen Jahrhunderts, wie Dante's Dichtung das Bekenntniß des ausgehenden Mittelalters, und beide Werke konnten nur im Herzen Europas entstehen, in den beiden Völkern, welche von jeher den Idealismus der christlichen Gesittung getragen haben. Wie verschwand doch Alles was andere Dichter von dem unbändigen Erkenntnißdrange der modernen Menschheit gesungen hatten, wie klein und kränklich erschien selbst in Byron's Manfred, der dem Faust noch am nächsten kam, der selbstzerstörerische, gegenstandslose Weltschmerz neben dem echten Titanenstolze des Goethischen Helden:

> Es kann die Spur von meinen Erdentagen
> Nicht in Aeonen untergehn.

Als das Gedicht allmählich auch über unsere Grenzen hinausdrang, da glaubten manche geistreiche Männer des Auslandes die Empfindungen ihres eigenen Volkes darin wiederzufinden: Turgeniew behauptete dreizehn Jahre nach Goethe's Tode, der Faust sei den Russen vielleicht verständlicher als jeder anderen Nation. Deutlicher ließ sich nicht aussprechen, daß der deutschen Dichtung die centrale Stelle in der modernen Gesittung gebührte. Der hohe menschliche Sinn, der den Fremden so traulich zum Herzen sprach, war doch nichts Anderes als die feinste Blüthe unserer nationalen Bildung und nur den Landsleuten ganz begreiflich; denn wahrnehmbar wie in keinem anderen Werke Goethe's rauschte im Faust der Flügelschlag deutscher Geschichte, und nicht zufällig stand grade hier die Mahnung des Dichters, daß wir das Erbe unserer Väter erwerben sollen um es zu besitzen.

Gleichzeitig mit dem Faust beendete Goethe den vierten Theil von Dichtung und Wahrheit, die rührende Geschichte der tiefsten Herzensneigung seiner Jugend, und so warm, so zart, so lebendig erzählte der Achtzigjährige noch, daß er wagen durfte die halbverschollenen alten Lilli-Lieder mit einzuflechten; die süßen Töne klangen als wären sie gestern entstanden. Also hat ihm die Wonne der Frauenliebe noch seine letzten Träume vergoldet; durch ein langes Leben voll starker Mannesarbeit war sie ihm gefolgt, von jenen fernen Tagen an, da der sinnenfrohe Jüngling den Amor besang, der schalkhaft und bescheiden sich fest die beiden Augen zuhält, bis zu der glühenden Abschiedsklage des Greises:

> War unersättlich nach viel tausend Küssen,
> Und mußt' mit Einem Kuß am Ende scheiden!

Darum sind die Frauen dem Sänger des Ewig-Weiblichen immer treu geblieben. Wie sie einst dem verwilderten Geschlechte des dreißigjährigen Krieges noch einen letzten Schatz guter Sitte, häuslicher Gemüthlichkeit erhielten, so haben sie uns auch als die Literatur wieder entartete das Andenken unseres größten Dichters in der Stille bewahrt. Und nicht die von Goethe so tief verabscheuten gelehrten Frauen behüteten seinen Ruhm, sondern die anspruchslosen, still thätigen, von denen Niemand sprach. Wenn die schlichte deutsche Hausfrau nach den Sorgen des Haushalts sich am Anblick der Schönheit erquicken wollte, dann schlug sie aus den vierzig Bänden irgend eine Stelle auf, die ihrem Herzen wohl that, und empfand die ewige Wahlverwandtschaft zwischen dem Genius und dem Weibe — denn was konnte Börne oder Heine einer edlen Frau bieten? Während die Dichtung sich von Goethe abwendete, blieb sein Geist in der bildenden Kunst und in der Wissenschaft lebendig; unter den neu auftretenden großen Gelehrten war keiner, der nicht von ihm gelernt hätte. Erst in weit späterer Zeit, als unser Volk Großes und Schweres geschaffen hatte, begannen die begabteren Dichter und alle wahrhaft erfahrenen Männer zu dem Liebling der Frauen zurückzukehren, und seitdem wächst beständig die stille Macht seines Genius. Der Tag seines höchsten Ruhmes ist noch nicht gekommen. Schiller's Gedanken, wie groß und hehr sie auch waren, umfaßten doch nur eine begrenzte Zeit. Was er ahnte von Menschenrecht und Völkerfreiheit, hat die Geschichte vor unseren Augen verwirklicht, und wir empfinden schon den nur bedingten Werth seiner Ideale. Nur die unerfahrene Jugend kann sich ihm noch ganz hingeben, mit Emil Devrient ist der letzte echte Marquis Posa aus unserem kürzer angebundenen Geschlechte geschieden. Goethe's Gestalten gehören keiner Zeit; sie sind wahr, niemals wirklich, so wie er es von der Kunst verlangte. Sie veralten nicht, denn sie wollen erlebt sein; sie erwarmen nur vor den Augen des gottbegnadeten Künstlers, des liebevollen Weibes oder des festen Mannes, den die vollendete Bildung zur Einfalt der Natur zurückführt.

Frauenhände errichteten dem Todten sein erstes schönes Denkmal. Drei Jahre nach dem Abscheiden des Dichters gab Bettina v. Arnim Goethe's Briefwechsel mit einem Kinde heraus, eine tief und groß empfundene, gedankenreiche Dichtung, die mit den historischen Thatsachen ebenso frei schaltete, wie Goethe selbst im Werther mit seinen Wetzlarer Erlebnissen, und gleichwohl mehr innere Wahrheit enthielt, von dem geheimnißvollen Leben des Genius mehr offenbarte als ganze Bändereihen der gelehrten Goetheforschung. Mit der herzlichen Wärme der bilderreichen rheinländischen Sprache erzählt das Buch, wie sich Goethe's Wesen im Herzen eines leidenschaftlichen Kindes wiederspiegelt; majestätisch hebt sich die ruhige Milde des Dichters ab von der bacchantischen, zuweilen zudringlichen Begeisterung des Mädchens; und über diesem reichen Seelengemälde leuchtet der heitere Himmel unseres schönen Westens. Die kleinen Mädchen im Nonnenkloster

von Fritzlar, die singenden Schiffer im sonnigen Rheingau, die Wanderer auf den Felsen von St. Goar spielen mit, und, glücklicher noch als die junge Welt, in ihrer Frankfurter Erkerstube die alte Frau Rath, „die Alles zur Freude bewegt blos weil sie mit Kraft genießt.“ Mochten die Philister den Kopf schütteln, wenn das fünfzigjährige Kind im tollen Uebermuthe des Brentanobluts manchmal ein Rad schlug oder wie ein Irrwisch daher flackerte: gedankenreiche Männer ergriff das Buch grade weil es so ganz weiblich war, weiblicher als manche zimperliche Romane sittsamer Blaustrümpfe. Bettina's Stärke lag wo das Genie der Weiber immer liegt, in der Kraft des Verstehens und Empfangens; sie wußte das und blieb immer der Epheu, der sich am festen Stamme emporrankt. Männerarbeit zu thun hat sie sich nie erdreistet; was sie später noch schrieb erhob nicht den Anspruch für eine selbständige Schöpfung zu gelten, sondern entsprang entweder der verständnißvollen Erinnerung oder der werkthätigen Menschenliebe eines reichen Herzens. Auch ihre Schwächen blieben weiblich und darum verzeihlich; von der halb unbewußten Gefallsucht ihres Geschlechts hielt sie sich nicht frei, „das Kind, das nicht fragt was da bös sei, was da gut“ wußte sich zu viel mit seiner Natürlichkeit.

Die Zeitgenossen verglichen sie gern mit Rahel Varnhagen, und Manches war den zwei geistreichsten Frauen der deutschen Gesellschaft gemein: der Sinn für das Große, der Zauber des Gesprächs und ein ekstatischer Zug verzückter Schwärmerei. Und doch verhielten sich die Beiden zu einander wie der Rhein zur Spree. Bei der Berlinerin herrschte, wie warm sie auch empfand, der scharfe, alle Begriffe zerfasernde Verstand vor; das Leben der kinderlosen, vielerfahrenen Frau neben einem weit jüngeren, eitlen und falschen Manne, der nicht von fern an sie heranreichte, unter einem Schwarme blasirter abgetriebener Weltmänner blieb der Natur fremd, und darum auch ihre Sprache immer schwülstig, von der gesuchten Künstelei großstädtischer Ueberbildung angekränkelt. Bettina war ein Kind der Sonne, halbwälschen Blutes, aufgewachsen in der freien Luft am grünen Rheine, die Gattin eines edlen, geistvollen Dichters, die schöne Mutter schöner Kinder, für alle Künste wunderbar begabt, ganz Phantasie und Gemüth, so daß ihr die herzbewegenden Worte und die farbigen Bilder von selber kamen, bei allen ihren seltsamen Nixenlaunen doch eine fromme, tapfere, mildthätige Frau, die vor der Cholera keinen Schrecken, vor dem Elend keinen Ekel empfand. Noch im Alter zog sie die jungen Männer an sich und wußte aus jedem den göttlichen Funken herauszuschlagen; manchen Sünden der Zeit hat sie ihren Zoll gezahlt, aber die anmaßende Nichtigkeit der modischen Dichtung durfte sich nicht an sie heranwagen. Stark, doch leider nicht günstig wirkte ihre große Natur auf den Geist des Kronprinzen von Preußen. Die Klarheit, die ihm fehlte, konnte er aus den überschwänglichen Orakelsprüchen dieser Hohenpriesterin der Romantik nicht gewinnen; und wenn sie begeistert sagte: „Nichts ist Sünde, was mit dem

Genius nicht entzweit" — was frommte das ihm, der Alles umfassend, Nichts ganz beherrschend, niemals wußte wo sein Genius sei? —

Weitab von diesen lichten Höhen der Poesie trieb das neue Geschlecht, das sich um Heine's Banner schaarte, sein lautes Wesen. Seit Heine nach Paris übergesiedelt war, begann sein lyrisches Talent rasch zu versiegen, in einem wüsten, zerstreuten Leben ward sein Herz leerer, sein Gefühl stumpfer. An umfassende Werke durfte er sich ohnehin nicht wagen; denn die künstlerische Composition großen Stiles gelingt meist nur der massiven Kraft der Arier; selbst die Wunderwerke orientalischer Kunst, selbst der Säulenwald der Moschee von Cordova oder die schimmernden Tropfsteingewölbe der Alhambra bilden mit aller ihrer Pracht doch kein Ganzes. Außer einigen Liedern und dem Bruchstück einer unsauberen Novelle Schnabelewopski brachte Heine in diesem Jahrzehnt keine Dichtung mehr zu Stande. Was der Tag gab oder forderte nahm ihn ganz in Anspruch; in allerhand literarischen Capriccios verarbeitete er diese Eindrücke und sammelte dann die Fragmente unter den Titeln: Zustände, Zeitbilder, Reisebilder — neuen Namen, denen er das Bürgerrecht im deutschen Feuilletonstile eroberte. Um sein zerstückeltes Schaffen zu beschönigen, verkündete er der Welt prahlerisch, daß er sich berufen fühle, zwischen der Gesittung der beiden Nachbarvölker zu vermitteln, und die deutschen Liberalen glaubten ihm treuherzig.

Richtiger beurtheilten ihn die Franzosen. Sie merkten bald, daß er von französischer Politik nicht das Mindeste verstand, und aus seinen witzelnden Betrachtungen über die deutsche Literatur konnten sie auch nichts lernen; die einsichtigsten seiner Pariser Freunde fanden, er verkenne seine dichterische Begabung, wenn er sich zum Lehrer der Völker berufen glaube. Doch waren sie klug genug, „diesen neuen Alliirten Frankreichs" durch Schmeicheleien warm zu halten, denn so unterthänig hatte ihnen noch nie ein Ausländer den Staub von den Schuhen geküßt. Engländer und Franzosen pflegten, wenn sie zu uns kamen, sich darüber aufzuhalten, daß unser Volk nicht ihre Sprache redete; den gutmüthigen Deutschen aber beschlich eine scheue Ehrfurcht sobald er bemerkte, wie in Frankreich jeder dumme Bauer französisch sprechen konnte. Und ganz so wie der naive deutsche Philister empfand auch dieser geistreiche Jude. Alles in Frankreich erschien ihm feiner, schöner, vornehmer als daheim, und erstaunt schrieb er — nach seiner Weise halb spottend halb im Ernst: — „so eine Dame de la Halle spricht besser französisch als eine deutsche Stiftsdame von vierundsechzig Ahnen." In seinen „Französischen Zuständen" fand er kaum Worte genug für seine fremdbrüderliche Begeisterung: „die Franzosen sind das auserlesene Volk der neuen Religion, Paris ist das neue Jerusalem, und der Rhein ist der Jordan, der das geweihte Land der Freiheit

trennt von dem Lande der Philister.“ Unablässig pries er den neuen „Bürgerkönig ohne Hofetikette, ohne Edelknaben, ohne Courtisanen, ohne Kuppler, ohne diamantene Trinkgelder und sonstige Herrlichkeiten“; aber auch die „Bergprediger, welche von der Höhe des Convents zu Paris ein dreifarbiges Evangelium herabpredigten, in Uebereinstimmung mit der Ansicht jenes älteren Bergpredigers“; und dann wieder den großen Napoleon, der im Freiheitskriege nur der Macht der Dummheit unterlag, was aber wenig schadete, weil „die Franzosen sogar durch ihre Niederlagen ihre Gegner in Schatten zu stellen wissen“. Derweil er unter seinen Fenstern den Pariser Pöbel brüllen hörte: „Warschau ist gefallen, Tod den Russen, Krieg den Preußen!“ — versicherte er dreist, nur die Feinde der Demokratie hetzten die nationalen Vorurtheile auf, der französische Patriotismus umfasse das gesammte Land der Civilisation mit seiner Liebe, der deutsche ziehe das Herz zusammen wie Leder.

Zugleich gebärdete er sich als politischer Flüchtling und sprach weinerlich von seinem Exile, während er in Wahrheit allein durch seine Genußsucht und seine französischen Neigungen in Paris zurückgehalten wurde. Bald sank er noch tiefer und verkaufte sich dem französischen Hofe; er erbat und empfing viele Jahre hindurch einen Gehalt aus den geheimen Fonds. Zum Danke fuhr er fort sein Vaterland zu begeifern, aber die höhnischen Ausfälle gegen Ludwig Philipp, die er sich früherhin zuweilen erlaubt, hörten auf. Als er darauf eine Zeitschrift gründen wollte, die auf den Absatz in Preußen berechnet war, wendete er sich durch Varnhagen's Vermittlung an die preußische Regierung um heilig zu betheuern, wie dankbar er Preußens Verdienste um das Bastardsvolk seiner rheinischen Heimath anerkenne; die Rheinländer, diese Belgier, die alle Fehler der Deutschen aber keine Tugend der Franzosen besäßen, seien erst durch Preußen wieder zu Deutschen geworden. Im Berliner Ministerium würdigte man diese Versicherungen nach Gebühr, und sobald Heine erfuhr, daß sein Gesuch vergeblich sei, schimpfte er sogleich wieder nach alter Gewohnheit auf die „Berliner Ukasuisten und Knutologen“, und rief die rheinischen Bogenschützen auf, den häßlichen schwarzen Adler von der Stange zu schießen. Die deutschen Liberalen aber ließen sich in ihrer Bewunderung nicht stören, als im Jahre 1848 das geheime zwischen Guizot und Heine abgeschlossene Handelsgeschäft endlich an den Tag kam; der entlarvte Söldling Frankreichs blieb ihnen nach wie vor ein Apostel deutscher Freiheit, und wer etwa noch schüchtern zu behaupten wagte, die Grundsätze der Ehre und der Rechtschaffenheit müßten doch wohl auch für Heine gelten, wurde von der herrschenden Literatenschule als ein geistloser Mensch abgefertigt.

Etwas mehr greifbaren Inhalt boten die leichten Plaudereien, mit denen Heine die Pariser über die Geschichte der deutschen Religion, Philosophie und Literatur zu belehren suchte; hier war der Schüler Hegel's doch nicht so

ganz steuerlos wie auf der hohen See der Politik. In den Kern der Sache vermochte er freilich auch hier nicht einzudringen; was konnte ein Mann, dem jede tiefe religiöse Empfindung fremd war, über die Religion sagen? Er half sich nach Dilettantenbrauch durch eine starre Formel, indem er den gesammten wechselreichen Ideenkampf der Geschichte auf den einfachen Gegensatz von Sensualismus und Spiritualismus, Weltbejahung und Weltverneinung zurückführte, das ganze Menschengeschlecht in fette Griechen und dürre Nazarener eintheilte. Unter seinen Händen ward jetzt Alles unrein. In den seltenen Augenblicken, da er noch ein Dichter war, versuchte er „die religiöse Verklärung, die Rehabilitation der Materie" als einen Cultus der Schönheit zu rechtfertigen; doch sobald er sich gehen ließ, betete er nicht mehr zu den olympischen Göttern der Hellenen, sondern zu der Astarte und dem goldenen Kalbe der Semiten. Zu geistreich und zu weltklug um seinen ingrimmigen Christenhaß offen zu bekennen, verfiel er aus einem Widerspruche in den andren; bald verglich er das Christenthum mit einer ansteckenden Krankheit, bald nannte er es eine Wohlthat für die leidende Menschheit. In Luther sah er nur den Helden des strengen Spiritualismus — in ihm, der doch grade die Weltbejahung auf dem Boden des Christenthums erneuert, dem Staate, dem Hause, aller redlichen irdischen Arbeit ihre sittliche Berechtigung wiedergegeben hat. Ebenso oberflächlich betrachtete er die deutsche Philosophie lediglich als eine Macht der Zerstörung und Zersetzung; also konnte er leicht zu dem erwünschten Schlusse gelangen, daß der Pantheismus die verborgene Religion unseres Volkes sei, und die Deutschen demnächst, nach Vollendung ihrer Philosophie, gleich den Franzosen „ihre Revolution ausarbeiten" würden. Die sittliche Strenge der Pflichtenlehre Kant's verstand er ebenso wenig wie die erhaltenden, aufbauenden Gedanken der Schelling-Hegel'schen Geschichtsphilosophie, und von dem stillen Wachsthum der kirchlichen Frömmigkeit, das dem Uebermuthe des philosophischen Radicalismus als nothwendiger Rückschlag folgte, ahnte er gar nichts. Wie leer, öde, langweilig erschien doch diese neue Form des Unglaubens! Die alte Aufklärung glaubte noch an den ewigen Fortschritt der Menschheit, sie hoffte noch auf einen Tag des Lichtes; die moderne Lehre der Verklärung des Fleisches verhöhnte Alles was Menschen menschlich an einander bindet, und schließlich blieb ihr nichts mehr übrig als der souveräne Einzelmensch, der sich nach Belieben im Genusse ungezählter Grisetten und Trüffelpasteten ergehen konnte.

In seinen Kunstberichten besprach Heine die Ausstellungen des Pariser „Salons" mit feinem Verständniß; er lenkte die Blicke der Deutschen zuerst auf die farbenfrohe Malerei der Franzosen, und manches der neuen Gemälde begeisterte ihn zu schönen, hochpoetischen Schilderungen. Doch überall drängte sich sein Ich anmaßend und gefallsüchtig vor; seine besten Arbeiten verdarb er sich durch Zoten oder Lästerungen, durch politische Kannegießerei oder unfläthige Ausfälle auf seine literarischen Gegner, die

er mit der ganzen Unersättlichkeit jüdischen Hasses bis über das Grab hinaus verfolgte. Eben jetzt befand sich die französische Literatur in trüber Gährung, auf die kurze schöne Blüthezeit der Restauration folgte ein jäher Verfall. Der Kampf des Tages riß alle guten Köpfe in seine Strudel; zu reinem künstlerischen Schaffen vermochte in der allgemeinen Hast fast Niemand mehr sich zu sammeln, unter unzähligen lärmenden Mittelmäßigkeiten brachte die neue Zeit nur einen einzigen starken Dichtergeist hervor, die George Sand. Die classische Formenschönheit des Zeitalters Ludwig's XIV. wurzelte sehr tief in den Gefühlen und Ueberlieferungen der Nation; darum führte der Kampf wider die akademischen Regeln hier nicht, wie vormals in Deutschland, zu einem neuen freieren Idealismus, sondern zur Auflösung aller Kunstformen, zur Zersetzung aller Ideale. Die französische Romantik ging in einem wüsten socialen Radicalismus zu Grunde. Sinnlich, unklar, weichlich, setzte sie das Obscöne und Gräßliche an die Stelle der Leidenschaft, sie bekämpfte den Staat, die Gesellschaft, die Ehe, sie wühlte in Blut und Koth, sie schwelgte bald in begehrlichen Träumen bald in dem Weltschmerz der Uebersättigung und vermochte gleichwohl nichts Neues zu schaffen. Nur im Widerspruche gegen die bestehende Ordnung fand sich die Willkür dieses zügellosen Subjectivismus zusammen; seit Beranger und Chateaubriand ihre neue Freundschaft schlossen, gehörten die literarischen Talente fortan allesammt der Opposition.

Ohne Widerstand überließ sich Heine's empfänglicher, unselbständiger Geist allen den verworrenen Gedanken, welche dieser fieberisch erregten, und doch altersschwachen, epigonenhaften Literatur entströmten. Begierig schlürfte er den Schaum von jedem Pariser Feuertranke; sogar die socialistischen Hirngespinnste des Vaters Enfantin begeisterten ihn eine Zeit lang, bis ihn der ästhetische Widerwille des Dichters und des Weltkindes von dem „ganz communen, feigenblattlosen Communismus" wieder abzog. Von dauernden Ergebnissen ließ diese zerfahrene Schriftstellerei nichts zurück als einige schöne Lieder und eine Masse theils guter, theils gemeiner Witze; jedoch ihre augenblickliche Wirksamkeit war ungeheuer. Heine wurde, die Franzosen selbst überflügelnd, der Meister des europäischen Feuilletonstils, der Bannerträger jener journalistischen Frechheit, die alle Höhen und Tiefen des Menschenlebens mit einigen flüchtigen Einfällen abthat. Seine internationalen Stammgenossen, die überall schon, vorerst noch vorsichtig in zweiter Reihe, ihre Zeitungsgeschäfte aufschlugen, verherrlichten ihn darum über alles Maß hinaus. Man nannte ihn den anderen Aristophanes, den ungezogenen Liebling der Grazien, und vergaß nur den handgreiflichen Unterschied, daß die aristophanische Ausgelassenheit der Ueberkraft eines schöpferischen Genius entsprang, die Ungezogenheit Heine's dem künstlerischen Unvermögen eines kleineren Geistes, der nichts Mächtiges schaffen konnte und sich durch spöttischen Uebermuth selber trösten mußte.

Seine verlassenen Landsleute bethörte Heine durch jenen Zauber des

Fremdartigen, dem die weitherzige deutsche Natur so selten widersteht. So lange die Deutschen dichteten, hatte sich ihnen die schöne Form immer erst aus dem reichen Inhalt ergeben, und wie viele unserer großen Dichter waren nie dazu gelangt, für ihre hohen Gedanken die rechte künstlerische Form zu finden. In Heine erschien uns zum ersten male ein Virtuos der Form, der nach dem Inhalt seiner Worte gar nicht fragte. Er rühmte sich seiner „göttlichen Prosa", einer Prosa, welche freilich, weil sie beständig nach dem Effekt haschte, mit den Jahren immer manierirter wurde, aber die sorgsame Feilung nie vermissen ließ. Durch diesen gesucht nachlässigen, schillernden, flunkernden Stil suchte er seinen Lesern Alles, gleichviel was, mundgerecht zu machen. Er besaß was die Juden mit den Franzosen gemein haben, die Anmuth des Lasters, die auch das Niederträchtige und Ekelhafte auf einen Augenblick verlockend erscheinen läßt, die geschickte Mache, die aus niedlichen Riens noch einen wohlklingenden Satz zu bilden vermag, und vor Allem jenen von Goethe so oft verurtheilten unfruchtbaren Esprit, der mit den Dingen spielt ohne sie zu beherrschen. Das Alles war undeutsch von Grund aus. Geboren in Kämpfen des Gewissens, war die Sprache Martin Luther's allezeit die Sprache des Freimuths und des wahrhaftigen Gemüthes geblieben; sie nannte die Sünde Sünde, das Nichts ein Nichts, und Goethe erwies sich wieder einmal als der Herzenskündiger seines Volkes, da er sagte: „Im Deutschen lügt man wenn man höflich ist." Aber gerade weil die Deutschen fühlten, daß sie in den Künsten des Pikanten und Charmanten mit dem gewandten Juden nie wetteifern konnten, ließen sie sich von ihm blenden, sie hielten für künstlerischen Zauber, was im Grunde nur der prickelnde Reiz der Neuheit war.

Es währte lange, bis sie sich eingestanden, daß deutschen Herzen bei Heine's Witzen nie recht wohl wurde. War er doch schlechthin der einzige unserer Lyriker, der niemals ein Trinklied gedichtet hat; sein Himmel hing voll von Mandeltorten, Goldbörsen und Straßendirnen, nach Germanenart zu zechen vermochte der Orientale nicht. Es währte noch länger, bis man entdeckte, daß Heine's Esprit keineswegs Geist war im deutschen Sinne. Ueberall, wo er ernsthaft redete, ward er als ein falscher Prophet erfunden; was er für todt hielt lebte, was er lebendig nannte war todt. Von den wahren Zeichen der Zeit, welche Thomas Carlyle damals schon in seinem tiefsinnigen Buche über die französische Revolution klar erkannte, von Frankreichs Verfall und dem stillen Erstarken des preußischen Deutschlands ahnte Heine nichts. Dann vergingen wieder Jahre, bis man endlich lernte, die flüchtige Zeitungsliteratur nach ihrem wirklichen Werthe zu schätzen; Heine's Ruhm schrumpfte zusammen, seit die Welt sich gewöhnte, das Feuilleton nur zu durchblättern, seine Eintagsgedanken auch an einem Tage zu vergessen.

Für die zeitgenössischen Dichter aber ward das Beispiel des gefeierten

Pariser Feuilletonisten verderblich. Schon Lord Byron hatte durch die geniale Willkür seiner Abschweifungen und Beschreibungen die Reinheit der Kunstformen oft gefährdet; doch er schrieb noch in Versen, in Versen von wunderbarer Schönheit, so daß der Adel der Poesie niemals ganz verloren ging. Erst Heine zerstörte durch seinen Feuilletonstil gänzlich die Schranken, welche Poesie und Prosa ewig trennen werden. Er behing den nüchternen Stoff seiner Kunsturtheile und Stimmungsberichte, seiner literarischen und politischen Erörterungen mit allerhand Flittern und Floskeln, die nicht poetisch waren aber poetisch wirken sollten. Darum beehrte ihn sein Bewunderer Arnold Ruge mit dem lächerlichen Namen eines „kritischen Dichters“. Seine Prosa schritt nicht auf gerader Bahn dem Ziele zu, sondern schlenderte tändelnd und Blumen suchend seitab vom Wege dahin. Vor Zeiten, so lange die akademischen Regeln herrschten, wurde die Dichtung von der Prosa geknechtet und hieß bei den Franzosen nur „die schönste Gattung der Prosa“. Seitdem hatte in Deutschland die Poesie längst auf eigenen Füßen zu stehen gelernt und auch die ungebundene Rede schon so viel geschmeidige Kraft gewonnen, daß sie sich, sobald sie Gestalten bildete, neue, bisher unerhörte Kühnheiten erlauben durfte. Was Heine schuf war aber nicht die berechtigte poetische Prosa des Romans oder der Novelle, sondern ein krankhafter Zwitterstil, weder Fisch noch Fleisch: prosaischer Stoff erschien in prosaischer Form und erhob doch den Anspruch als freies Kunstwerk genossen zu werden. Kein Wunder, daß dem kritischen Dichter, der in seiner Eigenart doch unerreichbar blieb, bald in langer Reihe poetische Kritiker folgten, die sich einbildeten Künstler zu sein, weil sie einige Beutestücke aus dem reichen Bilderschatze deutscher Dichtung in ihre Urtheile verwebten. Manches schöne Talent verdarb in dieser schillernden Prosa und entfremdete sich gänzlich dem Wohllaut des Verses.

Während Heine die wechselnden Eindrücke des Pariser Lebens zu eleganter Formenspielerei verwerthete, redete Börne in seinen Pariser Briefen als starrer Fanatiker; er konnte keine neue Oper, keinen der leichten Romane Paul de Kock's besprechen ohne gesinnungstüchtig zu poltern. Wie Heine den socialen, so vertrat Börne den politischen Radicalismus. Irgend ein bestimmtes Ziel verfolgte auch er nicht. Er schmähte nur auf Alles, was in Deutschland bestand und schwärmte im Allgemeinen für „die Menschenrechte“, die über jedem Gesetze stehen sollten. Ließ er sich einmal herbei seinen Lesern etwas Thatsächliches zu bieten, so zeigte er sich kindlich urtheilslos; mehrere der apokryphen Aktenstücke aus dem Archive des Bundestags, an denen sich nachher jahrelang die liberale Legende nährte, wurden zuerst in seinen Pariser Briefen veröffentlicht. Da er immer auf demselben Flecke blieb und schlechterdings nichts Neues mehr zu sagen wußte, so mußte er ein gellendes Geschrei anstimmen. „Türken, Spanier, Juden, so rief er, sind der Freiheit viel näher als die Deutschen. Sie sind Sklaven, sie werden einmal ihre Ketten brechen, und dann sind sie

frei. Der Deutsche aber ist geborener Bedienter; er könnte frei sein, aber er will es nicht.“ Sein alter Grimm gegen Goethe ward zur herostratischen Wuth: „tausendmal lieber Kotzebue's warme Thränensuppen als Goethe's gefrorener Wein.“ Er trieb es so arg, daß Karl Simrock, selbst ein Liberaler, ihm zurufen mußte, durch die Besudelung ihres ersten Mannes hoffe er wohl, die deutsche Nation selbst zu vernichten:

Ihr letzter Halt, ihr Stolz und Ruhm wie keiner,
Wär' der nicht mehr, zerstöbe die Canaille.

Börne bekannte sich zu der neuen radicalen Heilslehre, daß die Weltgeschichte in diesem aufgeklärten Jahrhundert plötzlich ihren Charakter verändert habe und nicht mehr durch große Menschen, sondern durch die Vernunft der Massen ihre Thaten vollende. Darum nannte er das moderne, nach der Schablone gebildete Frankreich „die Weltschule, die große Eisenbahn der Freiheit und Sittlichkeit“, und immer unbegreiflicher ward ihm Deutschland mit der Fülle seiner persönlichen Kräfte, seiner mannichfaltigen und doch einigen Cultur. Weil alle echte Bildung aristokratisch ist, so bekämpfte er unsere Wissenschaft als die Feindin der Freiheit und meinte: „jede Universität macht das Land zehn Meilen in der Runde dumm, Wenige sollen Alles wissen, damit Alle nichts wissen.“ In seinem Stile wurden die fein ausgeklügelten Bilder, die freilich immer nur aus dem Witze, nicht aus der Anschauung stammten, allmählich seltener; an ihre Stelle traten sinnlose demagogische Kraftworte, wie „die sauere Hand des ehrlichen Mannes, die bleifüßen Herzen und verbuhlten Lavendelseelen“ der Fürstendiener. Seinem revolutionären Ingrimm behagte nur noch die Roheit; als ihm im Gedränge des Hambacher Festes seine Uhr gestohlen wurde, da schrieb er hämisch: jetzt endlich erwachen die Deutschen zur Thatkraft, „Tyrannen, zittert, wir stehlen auch!“ Zuweilen überwältigte ihn die Wuth dermaßen, daß er allen Anstand aufgab und in jene Sprechweise verfiel, welche man in seiner Frankfurter Heimath als „Mauscheln“ zu bezeichnen pflegte: „Ich habe keine Freiheit hinter mir und darum keine vor mir. Ich treibe weil ich werde getrieben, ich reize weil ich werde gereizt. Der Wind ist heftig der mich schüttelt. Ist das meine Heftigkeit? Habe ich den Wind gemacht? Kann ich ihn schweigen heißen?“ In den stark besuchten Vereinen der deutschen Handwerksburschen und Flüchtlinge entfaltete er eine emsige Thätigkeit, und obwohl diese Helden ihre Kampflust vorerst nur in drohenden Reden oder im Umhertragen schwarzrothgoldener Fahnen bethätigten, so ward es doch für die Zukunft folgenreich, daß nun bald in jeder deutschen Mittelstadt einige Meister oder Gesellen hausten, die auf der Hochschule des Demagogenthums an der Seine ihre Grundsätze eingesogen hatten.

Durch das beständige Zetern und Spotten ging sein deutsches Nationalgefühl, das ohnehin nie eine starke, naturwüchsige Empfindung gewesen war, ganz zu Grunde, und er versank in ein radicales Weltbürger-

thum, das dem Landesverrathe sehr nahe kam. Er gründete ein französisches Blatt La Balance und gestand hier offen: ich bin so viel Franzose als Deutscher, ich war Gott sei Dank nie ein Tölpel des Patriotismus. In französischer Sprache verhöhnte er die Deutschen wegen ihrer „National-Eitelkeit“ und fragte: „Ist der Egoismus eines Landes weniger ein Laster als der eines Menschen?“ Er bezeugte den Franzosen, sie hätten in drei Tagen das Werk eines Jahrhunderts gethan, die Deutschen in drei Jahrhunderten gar nichts; sie besäßen an Voltaire und Rousseau große Geister, deren gleichen Deutschland nie hervorbringen könne. Ja, als ob er sie zu einem Rachekriege gegen sein Geburtsland herausfordern wollte, betheuerte er ihnen feierlich, die deutschen Höfe hätten nicht nur durch den Coalitionskrieg die Enthauptung Ludwig's XVI., sondern auch durch ihre geheimen Rathschläge die Juli-Ordonnanzen Karl's X. verschuldet — eine freche Verleumdung, deren Nichtigkeit man in Frankreich selbst wohl kannte. Zugleich fuhr er fort, seine politischen Gegner als hündische Knechtsseelen zu beschimpfen. Da die liberale Presse dem Beispiele dieses Gesinnungsterrorismus gelehrig folgte, so gewöhnte sich die öffentliche Meinung bald, conservative Grundsätze für ein Zeichen der Charakterschwäche anzusehen, und ein deutscher Schriftsteller bedurfte schon einigen Muthes, wenn er seine monarchische Gesinnung offen aussprach.

Wie in Frankreich alle Parteien der Opposition sich zusammenfanden, so hieß auch Börne Jeden willkommen, der die Monarchie bekämpfte. Soeben hatte Lamennais in Rom Buße gethan für die demokratischen Sünden seiner Zeitschrift L'Avenir und demüthig die grimmige päpstliche Encyclica vom 15. Aug. 1832 hingenommen, welche der arglosen Welt zuerst unzweideutig ankündigte, daß der streitbare Geist der Gegenreformation im Vatican wieder erwacht war. Da hieß es: „Aus diesem stinkenden Quell der Gleichgiltigkeit fließt die gleich irrige Meinung oder vielmehr der Wahnsinn, daß man jedem Menschen die Freiheit des Gewissens zusichern und gewähren müsse.“ Aber schon ein Jahr nach seiner Unterwerfung konnte der heißblütige Bretone sich nicht mehr bezwingen und schrieb, zum Schrecken seines milderen Freundes Montalembert „die Worte eines Gläubigen“, ein Buch voll apokalyptischer Bilder, das mit flammenden Worten die Kinder Satans, die Könige bekämpfte: sie fluchen dem Heiland, der die Freiheit auf die Erde geführt hat und in der Stadt Gottes keine Herrschaft dulden will, sondern nur die wechselseitige Verpflichtung Aller. Die Schrift stand durchaus auf dem Boden katholischer Weltanschauung, sie malte nur die alte augustinische Lehre vom Gottesstaate mit phantastischer Ueberschwänglichkeit aus und hatte mit den Gedanken des ungläubigen deutschen Radicalismus nicht mehr gemein, als etwa die Werke Mariana's und der jesuitischen Monarchomachen mit den Staatslehren der Hugenotten. Börne aber übersetzte das Buch und pries es den Deutschen an; seine politische

Bildung reichte nicht weit genug um die kirchlichen Grundgedanken des radicalen Franzosen zu durchschauen.

Mit unheimlicher Geduld ließen viele der deutschen Liberalen die Schmähungen Börne's über ihr Vaterland dahingehen; da er in wechselnden Formen immer dasselbe sagte, so gewann er den Beifall aller jenen naiven Seelen, welche von dem Politiker nur verlangten, daß er sein Glaubensbekenntniß unwandelbar festhalten müsse. Selbst Rotteck verzieh ihm großmüthig seine persönlichen Angriffe und hörte nicht auf, die Ueberzeugungstreue des Pariser Tribunen zu bewundern. Indeß fanden sich auch im liberalen Lager Männer von festerem Nationalstolze, denen die jüdische Selbstverhöhnung ebenso verächtlich war wie die Betriebsamkeit des Schimpfens. C. F. Wurm in Hamburg und der junge Berliner Dichter Wilibald Alexis, späterhin auch Gervinus und andere ernste Publicisten traten gegen Börne in die Schranken; sie wiesen ihm nach, daß er, jedes eigenen Gedankens baar, sich nur „in Gemeinplätzen wälze". Karl Simrock verspottete in witzigen Gedichten das wohlfeile Heldenthum des Freiheitsapostels, der aus sicherer Ferne seine vergifteten Pfeile abschieße und dabei nicht einmal in seinem Geschäfte Schaden leide, da die Deutschen „die gutmüthigen Thoren, seine Bücher dennoch kaufen". Auf die Lockrufe der revolutionären Propaganda erwiderte der rheinische Dichter stolz:

Götzen bau'n wir nicht Altäre.
Nur ein Spott der Fremden wäre
Freiheit ohne Vaterland! —

Minder laut als Heine und Börne aber kaum minder erfolgreich wirkte der Kreis der Rahel Varnhagen für die Verbreitung neufranzösischer Ideen. In seinen Büchern sprach Varnhagen stets behutsam und unverfänglich. Er sammelte mit großem Fleiß aber ohne jede Kritik den Stoff für seine „Biographischen Denkmäler" aus der preußischen Geschichte, um dann als feierlicher Erzähler Wahres und Falsches, Thatsachen und Anekdoten in wohlabgezirkelten eintönigen Perioden vorzutragen. Behandelte er einen eleganten Hofmann, einen Besser oder Canitz, dann gelang ihm wohl ein sauberes Bildchen, fast ebenso zierlich wie die schwarzen Figuren, die er im Salon mit feiner Scheere aus dem Papier auszuschneiden pflegte. Für das Eichenholz heldenhafter Charaktere war seine Hand zu schwach; die Gestalten Blücher's und des alten Dessauers, die sich ohne Leidenschaft und derben Humor gar nicht begreifen lassen, erschienen in Varnhagen's glatter, geleckter Darstellung leblos, ja abgeschmackt. Der vornehmen Welt gefiel diese kühle Weise, und Metternich lobte den verunglückten Diplomaten als einen Meister des historischen Stiles, wohl nicht ohne die stille Absicht, den unbequemen Mann von aller politischen Thätigkeit abzuschrecken. Etwas deutlicher verriethen sich Varnhagen's liberale Ansichten in den Hegel'schen „Jahrbüchern", die er, fast so unermüdlich wie der Herausgeber Eduard Gans, mit kritischen Aufsätzen versorgte.

Aber nur am Theetisch seiner Rahel war er ganz er selber. Hier unter Schriftstellern, Lebemännern, Diplomaten außer Dienst ließ er seiner bösen Zunge freien Lauf und begönnerte, überall bewandert, immer dienstbereit, die jungen Talente. Hier entdeckte Gans, neben einer Menge neuer politischer Ideen, auch die große ästhetische Wahrheit: „die Taglioni tanzt Goethe." Hier war Jeder verpflichtet geistreiche Einfälle vorzubringen und Alles besser zu wissen als andere Leute — was dem wahren Berliner die Krone des Lebens ist — bis Rahel, „die Thyrsusschwingerin des Zeitgedankens", die Blitze ihres Geistes über die weite Welt hin fahren ließ und die Eingeweihten zu verständnißinnigem Lächeln begeisterte. Aus ihrem Wesen redete der ruhelose Weltschmerz eines edlen, aber tief unbefriedigten Frauenherzens, oder, wie sie selbst sagte, „eine besondere Melancholie, ein Drängen nach vorwärts, eine Prätension, ein Erwarten, daß es angehe." Neues, Unerhörtes sollte geschehen. Mit dialektischer Kühnheit übersprang sie alle die Schranken, welche Natur und Geschichte der Menschheit gesetzt haben; Vaterland und Kirche, Ehe und Eigenthum, Alles erlag ihrer zersetzenden Kritik. Warum sollte das Wasser nicht auch einmal brennen, das Feuer fließen oder der Mann Kinder gebären? „Wenn Fichte's Werke Frau Fichte geschrieben hätte, wären sie schlechter?" — mit diesem Satze erwies sie siegreich die gleiche Begabung der beiden Geschlechter. In der sittlichen Welt ließ sie allein die Willkür des persönlichen Gefühles gelten; sie fand es „fürchterlich", daß manche eheliche Kinder ohne wahre Liebe erzeugt werden, und schloß daraus kurzab: „Jesus hat nur eine Mutter. Allen Kindern sollte eine ideeller Vater constituirt werden, und alle Mütter so unschuldig und in Ehren gehalten werden wie Maria." Solche Einfälle ließen sich ertragen, wenn die gutherzige, geistvolle Frau ein flüchtiges Gespräch dadurch belebte; doch sie erlangten eine unverdiente Bedeutung durch die jugendlichen Zuhörer, die schon bei ihrem Hegel gelernt hatten jedes sittliche Gesetz als überwundenen Standpunkt abzufertigen und nun die Weisheitssprüche der „Mutter der jungen Literatur" in ihren Schriften verwertheten.

Wilhelm Humboldt, der sich auch eine Zeit lang an dem Zauber dieser Gespräche ergötzte, fühlte doch bald heraus, daß hier nur das anmaßende, jeder Hingebung an das Allgemeine unfähige Ich redete, und rief der Freundin zu:

> Vertraut mit Allem, was die Brust durchwühlet,
> Mit jedem ird'schen Tragen und Genesen,
> Bliebst fremd Du dem was überirdisch bindet.

Nach Rahel's Tode veröffentlichte der Wittwer (1834) ihre Briefe und Gespräche in einem „Buche des Andenkens". Da standen denn in seltsamem Durcheinander tiefe Gedanken und herzliche Worte der Bewunderung für echte Männergröße, aber leider auch schillernder Unsinn, hysterische Stoßseufzer und leere Wortspiele, die nur durch den gezierten Ausdruck

auf den ersten Blick verblüffen konnten. Das unglückliche Buch blieb lange eine Fundgrube für die aphoristischen Halbgedanken der Feuilletons. —

Aus diesen Pariser und Berliner Quellen nährte sich eine neue Literatenschule, welche von einem ihrer Mitglieder, Wienbarg, den Namen des Jungen Deutschlands empfing, obgleich sie weder jugendlich noch deutsch war. Alle ihre Genossen stammten aus Norddeutschland, aus dem gebildeten aber bildlosen Theile des Vaterlandes, wie Goethe zu sagen pflegte, und in Allen zeigte sich die Verstandesbildung ungleich stärker als die Macht der Phantasie. Auch bisher war jede Revolution unserer Literatur von dem rührigeren Norden ausgegangen, und immer hatten die neuen Ideale erst durch die überlegene Dichterkraft der Oberdeutschen ihre Vollendung erlangt, das classische Ideal durch Schiller und Goethe, das romantische durch Uhland und Rückert. Diesmal aber verhielten sich Süd- und Mitteldeutschland erst gleichgiltig, dann feindselig; denn hier im lieben, warmen Neste deutscher Dichtung und Sprachbildung witterte man rasch heraus, daß die neue literarische Bewegung jüdisch-französischen Ursprungs war und mithin unfruchtbar bleiben mußte.

Da die lyrische Begabung den jungen Schriftstellern sammt und sonders fehlte, so machten sie aus der Noth eine Tugend und behaupteten, nur die Prosa enthalte noch „literarische Keime". Lebendige Gestalten zu schaffen, die ewigen Empfindungen des Menschenherzens auszusprechen überließen sie den ideenlosen Handwerkern, die man vordem Künstler genannt hatte; sie wollten die Tendenzen des Zeitgeistes vertreten, und es kam ihnen nichts darauf an, ob sie ihre zeitgemäßen Reflexionen in das Gewand einer Novelle, einer Reisebeschreibung einkleideten oder die allein angemessene Form der Feuilletonplauderei wählten. Die Dichtung sollte nicht mehr durch ihre Ideale das Leben verklären, sondern das Leben sollte mit seinen endlichen Zwecken und Tageslaunen die Poesie beherrschen. Daher sind auch die Schriften des Jungen Deutschlands bis auf die letzte Zeile vergessen worden sobald die Geschichte über die Tendenzen der dreißiger Jahre hinwegschritt. Die neuen Stürmer und Dränger verglichen sich gern mit Lenz, Heinse und den anderen Kraftgenies aus den Tagen des Werther; sie bemerkten nicht, daß sie selbst nur offene Thüren einrannten, da die Herrschaft des Philisterthums durch Goethe längst gebrochen war und die neue Gesellschaft, wenngleich sie noch zuweilen einem Anfalle zimperlicher Scheinheiligkeit unterlag, doch in der Regel dem heißen Blute der Jugend eine sehr duldsame Nachsicht gewährte. Sie wähnten, ihre „junge Kritik" müsse ebenso schöpferisch wirken, wie einst Lessing's kritische Schriften, während die deutsche Dichtung in ihrer stolzen Ungebundenheit eines Befreiers längst nicht mehr bedurfte. Ihr Radicalismus war erkünstelt, ohne Ernst, ohne nachhaltige Leidenschaft; manches ihrer Schlagworte benutzten sie nur als einen Untergrund, von dem sich die Größe ihres eigenen, zerrissenen Ich wirksam abheben sollte.

Den Herold ihres Ruhmes spielte der Berliner Journalist Theodor Mundt. Der heimste im Salon der Rahel die neuen Gedanken ein, besprach in den Dioskuren und anderen kurzlebigen Zeitschriften die Werke der jungen Titanen, verherrlichte in seiner „Madonna" das Recht der freien Liebe, wiederholte in den „Modernen Lebenswirren" die alten Börnischen Witze über Hochwohlgeboren, über den Zeitpolypen, über Kleinweltwinkel, und erwies in einer langweiligen Schrift über die Einheit Deutschlands, daß große Monarchen fortan weder möglich noch nöthig seien, da die constitutionelle Monarchie das Königthum „physiognomielos" mache und mithin nur den Durchgang zur Republik bilde. Geistreicher klangen die „Aesthetischen Feldzüge" und die anderen kleinen kritischen Aufsätze des Holsten Ludolf Wienbarg. Sinnlichkeit und Verstand betrachtete er als die Mächte der neuen Zeit; nachdem Luther den Verstand befreit sollten nunmehr auch die Sinne zu ihrem Rechte kommen. Darum blieb den modernen „Destinsschriftstellern" vorbehalten, die Dichtung ganz mit der Wirklichkeit zu erfüllen: „Poesie und Leben sind Inseparabeln, das Weibchen härmt sich zu Tode wenn das Männchen von ihm getrennt." Dazu Aufklärung und Weltbürgerthum im Ueberschwang, denn „Pantheismus und Pancivismus wachsen auf einem Stiel". Weder Mundt noch Wienbarg vermochte zu wachsen; jenem fehlte die Begabung, diesem der Fleiß.

Mehr Lebenskraft besaß Heinrich Laube; er brachte etwas schlesische Munterkeit in die blasirte Berliner Schriftstellerwelt. Leider trat er zu früh auf den literarischen Markt hinaus, und da er noch nichts Eigenes bieten konnte, so mußte er durch Peitschenknallen und burschikose Großsprecherei Aufsehen erregen. In seinem „Neuen Jahrhundert" versuchte er „alles Mögliche und Unmögliche dem Maßstabe des Liberalismus anzuzwingen" — so gestand er späterhin als gereifter Mann: er feierte Rotteck als deutschen Lafayette, erklärte die Vernunft für die Grundlage der liberalen Weltanschauung, für die oberste aller Rechtsquellen und bewunderte die polnische Freiheit mit einer Unschuld, die einem Schlesier wunderlich anstand. Auch „das junge Europa" enthielt nur Feuilleton-Betrachtungen; er gab ihnen jedoch, wie er selbst sagt, „eine Roman-Physiognomie", und bei den mehr aufrichtigen als anmuthigen Schilderungen der freien Liebe konnten jugendliche Leser wohl glauben, daß sie eine Dichtung vor sich hätten. Von künstlerischer Schönheit war nichts darin; nur der gesunde Menschenverstand, der zuweilen durchbrach, ließ errathen, daß der junge Poet dieser vorlauten Prahlereien bald müde werden würde. Ueber Goethe sprach Laube mit Bewunderung, aber auch mit dem Gefühle der Ueberlegenheit; denn das stand dem Jungen Deutschland fest, daß die neue Literatur über den alten genußsüchtigen Fürstendiener unendlich weit hinausschreiten müsse: „So lange Goethe's Zeit klein war, war er groß; als sie groß wurde, war er klein. Vielleicht wird aus seinem Sarge die Freiheit steigen. Mit allen Jungfrauen hat er gekost, aber mit dieser schönsten nimmer."

Noch früher, als Laube, schon mit einundzwanzig Jahren, versuchte sich Karl Gutzkow in der Schriftstellerei, ein echter Berliner, der Natur entfremdet, ganz Verstand, ganz Bildung, so daß selbst seine Leidenschaft einen doktrinären Zug zeigte. Wie ernstlich er sich auch späterhin bemühte zu schauen, zu erleben, zu empfinden, sein Tagelang hing es ihm nach, daß er in dieser Großstadt aufgewachsen war, wo selbst der Pöbel kein ärgeres Schimpfwort kannte als den Namen „ungebildeter Mensch", wo die Kinder sich frühe schon in den Thierbuden ihrer eigenen Affenähnlichkeit bewußt wurden aber selten oder niemals eine deutsche Rinderheerde zu Gesicht bekamen. Immer mußte er geistreich sein, einen einfachen Gedanken einfach auszudrücken war ihm unmöglich. Er glühte von Ruhmsucht, die Erfolge Anderer wurmten ihn tief, und Fernstehende konnten den nervösen, im Grunde gutmüthigen Mann leicht für einen bösen Neidhart halten. In rascher Folge erschienen eine Reihe von Novellen, alle arm an Gestalten und überfüllt mit weltschmerzlichen Betrachtungen; dann die Briefe eines Narren an eine Närrin, eine Gefühlsspielerei in Jean Paul's schwülstigem Stile, nur ohne dessen Gemüthlichkeit; dann Nero, ein formloses Drama, das angeblich „den bis auf unsere Tage noch unentschiedenen Kampf des Schönen mit dem Guten" darstellen sollte, aber nur verworrene starkgeistige Reden oder frostige Späße vorbrachte und nicht einmal durch die Schilderung des Cäsarenwahnsinns ein Gefühl des Grauens erweckte.

Erst durch einen großen literarischen Skandal drang Gutzkow's Name in weitere Kreise. Die beiden heißen wonnigen Weinjahre 34 und 35 sollten unserer Literatur schwere Stürme bringen. Im Herbst 1834 starb Schleiermacher. Die Kirche klagte um ihren großen Lehrer, und wer die stille Tragik eines Denkerlebens zu begreifen vermochte, blickte tief erschüttert zurück auf die Laufbahn dieses Mannes, der nur darum die beladenen Herzen so mächtig hatte trösten können, weil er selbst so schwer gelitten, den ewigen Schicksalsmächten so nahe gestanden hatte. Wie wunderbar hatte Gott ihn geführt! Wie viele Kämpfe, bis dieser Scheue seinen Widerwillen gegen alles öffentliche Wirken überwand und dann eine Macht ward in seinem Volke; wie viele Irrungen des Gefühls, wie viele Enttäuschungen, mühsam verborgen unter scharfem Witze, bis dieses reiche Herz, das alle seine Wurzeln und Blätter nach Liebe ausstreckte, mit dem gebrechlichen, mißgestalteten Körper sich vertragen lernte und endlich doch in einer reinen Neigung seinen Frieden fand; wie viele Zweifel, bis sich ihm das Gefühl der Abhängigkeit von Gott zu dem frohen Bewußtsein der Zugehörigkeit, der Gotteskindschaft steigerte, bis der kühne Forscher sich mit seiner Kirche ganz einig wußte und auf dem Todesbette, nach seinem evangelischen Rechte, sich selber und den Seinigen das Abendmahl spendete.

Und an diesem Grabe, vor dem selbst Varnhagen in Ehrfurcht stand,

wagte Gutzkow's jugendlicher Vorwitz eine Leichenschändung. Um die salbungsvollen Klagen der Theologen zu verhöhnen, ließ er plötzlich, gänzlich unbefugt, die längst vergessene schwächste Schrift des Todten wieder erscheinen, die einzige die ihres Verfassers nicht würdig war, die vertrauten Briefe über Friedrich Schlegel's Lucinde aus dem Jahre 1800.*) Schleiermacher hatte sie einst niedergeschrieben weil er seinem bedrängten Freunde Schlegel gegen die Angriffe der platten Moralisten zu Hilfe kommen wollte; und schon während des Schreibens war ihm nicht wohl zu Muthe gewesen. Diese Mystik der Liebe, die wohl manches holde Geheimniß enträthselte, aber auch manches unzart entweihte, stammte nicht aus der Naturgewalt einer starken Leidenschaft, sondern aus der halb unbewußten Sophisterei einer überbildeten, fremdem Gefühle nachgehenden Empfindung. Als Schleiermacher späterhin der Romantik entwuchs, lernte er bald einsehen, wie unmöglich es ist, die sittlichen Gesetze der Gesellschaft allein aus der Idee der Persönlichkeit heraus zu gestalten. Doch gerade diese subjective Willkür des jugendlichen Romantikers behagte den Jungdeutschen, wie sie ja fast überall nur alte Irrthümer in neuer Gestalt vorzubringen wußten. Seine warme Vertheidigung der Sinnlichkeit bot ihren lüsternen Mäulern süße Schnabelweide, und Gutzkow vergröberte sie zu jener „geistlosen und unwürdigen Libertinage", welche der junge Schleiermacher selbst ausdrücklich abgewiesen hatte. Er mißbrauchte den reinen Namen des Theologen um in einer langen Einleitung kurzab die Unzucht und die Gottlosigkeit zu predigen: „Nicht wahr, Rosalie? Erst seitdem Du Sporen trägst an Deinen seidenen Stiefelchen, weißt Du was es heißt: ich liebe Dich ... Komm her, Franz! Wer ist Gott? Du weißt es nicht? Unschuldiger Atheist, philosophisches Kind! Ach hätte die Welt nie von Gott gewußt, sie würde glücklicher sein!" Und mit diesem läppischen Gerede wähnte er wirklich eine befreiende That zu vollziehen. „Meine Zähne umschließen die deutschesten Laute, rief er feierlich, ich glaube an die Reformation der Liebe wie an jede sociale Frage des Jahrhunderts," und mit Jubel hießen die Genossen diesen sonderbaren Reformator, der an alle Fragen glaubte, willkommen. Wienbarg schrieb entzückt: „Das schönste und geistreichste Kind von Schleiermacher war bisher verstoßen und verleumdet, weil es ein Kind der Liebe war und nicht einmal seines Vaters Namen trug."

Gelesen wurden die Schriften des Jungen Deutschlands wenig, um so mehr besprochen; und dies war schon ein Erfolg, da die moderne Gesellschaft sich verpflichtet glaubt über Alles was sie kennt oder nicht kennt mitzureden, also den gemachten Ruhm leichtgläubig hinnimmt. Mit den Ideen der neuen Pariser Literatur drangen auch ihre betriebsamen Geschäftsgewohnheiten, alle schlechten Künste gegenseitiger Lobpreisung über

*) S. o. I. 206.

den Rhein. Umsonst verspottete Scribe diese Unsitten in seinem feinen Lustspiele La Camaraderie; sie wurden den Franzosen unentbehrlich, zumal seit die Zeitungen, nach dem Vorbilde von Girardin's Tageblatt La Presse, rein demokratische Formen annahmen, durch wohlfeile Preise und zahlreiche Geschäftsanzeigen sich massenhaften Absatz zu sichern lernten. So weit es unsere bescheidenen Verhältnisse gestatteten, wußte auch das Junge Deutschland für den Eintagsruf seiner Leute zu sorgen. Mit Pauken und Trompeten wurde der junge Gutzkow durch Wienbarg der Nation vorgeführt, er, „der geniale Verfasser des Maha Guru, der das epochemachende Literaturblatt zum Phönix schreibt, der jugendliche Templer, der kühnste Soldat der Freiheit und der anmuthigste Priester der Liebe, den Deutschlands Boden trägt". Kaum minder lächerlich klang es, wenn Heine den lärmenden jungen Laube wegen seiner „weitaustönenden Ruhe und selbstbewußten Größe" pries. Auch manche kleine Leute, die nur im Trosse des Jungen Deutschlands mitliefen, schossen unter dem befruchtenden Regen dieses wechselseitigen Selbstlobes plötzlich zu literarischer Größe auf. Da lebte in Leipzig der Herausgeber der Europa, Gustav Kühne, ein harmloser Mann, als Schriftsteller so trocken, daß der Leipziger Student wenn er sich langweilte zu sagen pflegte „es kühnelt mich"; in seinem wohlgeordneten Hause fanden aber die jungen Literaten gastliche Aufnahme, darum priesen sie ihn als deutschen Dichter, und noch heute wandert sein Name als eisernes Inventar aus einem literarhistorischen Handbuch in das andere hinüber, obgleich Niemand seine Werke kennt.

Welch ein Abstand zwischen den Teutonen Jahn's und dieser neuen literarischen Jugend. Dort Alles Kraft bis zur Roheit, hier ein gesuchtes und geziertes Wesen, dort Glaube, hier Spott, und statt des vaterländischen Uebereifers der Sprachreiniger eine zur Schau getragene Sprachmengerei, die selbst das Wälschen der süddeutschen Kammerredner noch überbot. Die gewaltige Aneignungsfähigkeit unserer Sprache war von jeher ein Zeichen unserer Stärke, weil der Germane als geborener Eroberer sein Eigenthum nimmt wo er es findet; aber sie ist auch, wie jede große Begabung, oft sündlich mißbraucht worden, und niemals frevelhafter als in diesen Tagen. Lediglich aus Eitelkeit, weil sie alles Französische für vornehmer hielten und sich den Anschein geben wollten in Paris zu Hause zu sein, beluden die Schriftsteller des Jungen Deutschlands ihren ohnehin verkünstelten Stil noch mit einer Masse geschmackloser wälscher Prachtwörter. Als Wienbarg ein neues Bändchen herausgab, verkündigte er erhaben, er stelle sein „kritisches Wirken unter die Reverbere des Buchhandels".

Dies arge Beispiel verdarb den deutschen Zeitungsstil um so gründlicher, da der junge Nachwuchs der Tagesschriftsteller schon zum Theil aus Juden bestand, denen das Sprachgefühl fast immer abging. Wie gewaltig war doch die Macht des Judenthums in wenigen Jahren ge-

stiegen! Börne und Heine, Eduard Gans und die Rahel gaben den Ton an im Jungen Deutschland, dazu als Fünfter etwa noch Dr. Zacharias Löwenthal, der betriebsame Verleger in Mannheim. Das Weltbürgerthum und der Christenhaß, der ätzende Hohn und die Sprachverderbniß, die Gleichgiltigkeit gegen die Größe der vaterländischen Geschichte — Alles war jüdisch in dieser Bewegung, obgleich das Junge Deutschland niemals eine geschlossene Schule bildete, Börne mit der Mehrzahl seiner deutschen Nachahmer nicht einmal brieflich verkehrte und Gutzkow die Juden zum Mindesten nicht liebte. Wohl war die Zahl der orientalischen Chorführer nicht groß, aber der Jude besitzt bekanntlich die räthselhafte Gabe sich zu vervielfältigen; wer in einer engen Gasse zwanzig Juden vor den Thüren stehen sieht, schwört darauf, es müßten ihrer hundert sein. Da jene Fünf zudem ihre germanische Gefolgschaft wirklich überragten, so erlangte der jüdische Geist für kurze Zeit einen Einfluß auf die deutsche Literatur, wie seitdem niemals wieder. Wohl hat sich die Zahl der jüdischen Schriftsteller mittlerweile stark vermehrt, aber sie gewinnen nur dann noch die Achtung der Nation, wenn sie ganz zu Deutschen geworden sind; der Ruhm eines Heine war nur möglich in einem Geschlechte, das über seinen fremdbrüderlichen Träumen den uralten Gegensatz arischer und semitischer Empfindung leichtsinnig vergessen hatte. Zu schaffen vermochte dieser halbjüdische Radicalismus nichts, jedoch er half die Grundfesten von Staat, Kirche, Gesellschaft aufzulockern, den Umsturz des Jahres 1848 vorzubereiten; deshalb allein gebührt ihm eine Stelle in der Geschichte.

Wie heillos alle sittlichen Begriffe in diesen jungdeutschen Kreisen sich verwirrt hatten, das bekundete mit cynischer Frechheit Georg Büchner's Drama: Danton's Tod. Während die Polizei ihm schon auf den Hacken saß wegen seiner oberhessischen Umtriebe*), vertiefte sich der junge Poet mit fieberischem Eifer in die Zeitungen der Revolutionsjahre und schilderte dann in locker an einander gereihten dramatischen Scenen, getreu wie ein Chronist, das Treiben der Blutmenschen des Conventes Zug für Zug nach dem Leben — dies wiederauferstandene unverfälschte Keltenthum der Druidenzeiten mit seiner Blutleckerei, seiner Wollust, seinem finsteren Wahne und dem widrigen Zusatz moderner Blasirtheit. So erschreckend wahr vermochte unter allen Zeitgenossen nur noch Carlyle die Greuel jener Tage darzustellen; aber während der Schotte seinen sittlichen Ekel leidenschaftlich aussprach, wähnte der Deutsche alles Ernstes, die Revolution zu verherrlichen durch ein Werk, das doch nur Abscheu erwecken konnte. Wer mag sagen, ob dieser begabteste aller jungdeutschen Poeten seinem trostlosen Materialismus vielleicht noch hätte entwachsen können? Büchner sehnte sich nach künstlerischer Wahrheit, er haßte die Phrase, selbst das Pathos der Schiller'schen Dichtung widerstand ihm, nur die naive

*) S. o. IV. 310.

Innigkeit, die verhaltene Leidenschaft des Volkslieds ließ er gelten. Als er in seiner Novelle „Lenz" die Lieblingszeit der Jungdeutschen, die Epoche der Stürmer und Dränger behandelte, verschmähte er jede Tendenz und erzählte mit grausamer Wahrhaftigkeit, mit einem unheimlichen congenialen Verständniß, wie der stille Wahnsinn Herr ward über den Jugendfreund Goethe's. Noch ehe das Gedicht vollendet war, starb er plötzlich, im Februar 1836, wenige Tage nach Börne's Tode, und der an Talenten so arme deutsche Radicalismus versäumte nicht, sich mit diesem Namen zu brüsten. Der junge Herwegh besang Büchner und Börne als die deutschen Dioskuren.

Gleich Büchner hing auch Fürst Pückler-Muskau nur mittelbar mit dem Jungen Deutschland zusammen, mehr durch die Verwandtschaft der Gesinnung, als durch persönlichen Verkehr. Indeß hatte er im Salon der Rahel seine Gabe liebenswürdiger Plauderei zum Virtuosenthum ausgebildet, und auf Varnhagen's Rath ließ er die Briefe eines Verstorbenen erscheinen, eine geistreiche Reisebeschreibung, die den Jugendschriften Gutzkow's oder Laube's weit überlegen war; denn der vornehme Weltmann hatte Vieles wirklich erlebt, was Jene nur erkünstelten, er sagte über die Heuchelei der englischen Sitten manches treffende Wort, auch der leichte spöttische Ton seiner anmuthigen Erzählung entsprach seinem Charakter, und selbst die Sprachmengerei, die er sehr weit trieb, klang bei ihm nicht so unnatürlich wie bei den jungdeutschen Plebejern, weil die aristokratische Gesellschaft in der That noch in solchem Kauderwälsch zu reden pflegte. Als vorurtheilsfreier Weltbürger, als Verächter der langweiligen ehrbaren Mittelklassen, insbesondere des preußischen Beamtenthums, wurde der Fürst anfangs von den Kritikern des Jungen Deutschlands willkommen geheißen. Auf die Dauer konnte er dem Fluche des Dilettantismus doch nicht entgehen. Da er die Feder nur mit läßlicher Geringschätzung führte, so schrieb er sich bald aus; seine wunderbaren Reiseabenteuer in aller Herren Ländern, die wahren wie die erfundenen, verschafften ihm für kurze Zeit einen Weltruf, schließlich begannen die Leser der Weltgänge Semilasso's und seiner zunehmenden Blasirtheit selber müde zu werden. Was er von schöpferischer Kraft besaß, das zeigte er als Meister der Gartenkunst in den herrlichen Parkanlagen seiner Schlösser Muskau und Branitz.

Der Zank vor Schleiermacher's Grabe war noch nicht verstummt, da rief ein neuer Todesfall die Kämpen des Jungen Deutschlands schon zu neuen Thaten auf. Im December 1834 erdolchte sich Charlotte, die schöne hochsinnige Gattin des jungen Poeten Heinrich Stieglitz; in einigen hinterlassenen Zeilen sprach sie dem Gatten den Wunsch aus, er möge „glücklicher werden im wahrhaften Unglück", sie schien zu hoffen, der ungeheure Schmerz würde ihm das dichterische Vermögen, die tragische Leidenschaft stärken. Wer sich auf Weiberherzen verstand, konnte diesen Selbstmord kaum räthselhaft finden. Heinrich Stieglitz zählte zu jenen bedauerns-

werthen Mittelmäßigkeiten, die durch glänzend bestandene Examina zu unberechtigtem Ehrgeiz verleitet werden; er übernahm sich in künstlerischen Plänen, denen seine Kraft nicht gewachsen war. Seine stolze junge Frau theilte diese unfruchtbaren Qualen einige Jahre hindurch; dann ward ihr klar, daß der Mann ihrer Wahl ihren Idealen nicht entsprach, und sie vermochte die Enttäuschung nicht zu überleben. Um den Geliebten zu schonen und vielleicht auch weil sie selbst in krankhafter Selbsttäuschung befangen war, verhüllte sie dann die weiblichen Beweggründe ihres Entschlusses mit starkgeistigen Worten. Gleich den meisten Selbstmorden war auch dieser der Schwäche, dem Kleinmuth entsprungen. Aber unmöglich konnte eine so einfache Erklärung dieser nach nervöser Aufregung lechzenden Zeit genügen. Ganz Berlin betrachtete Charlotte Stieglitz als eine Heldin und fand in ihrer That, die doch nur menschliches Mitleid verdiente, die Offenbarung eines bisher unerhörten geistigen Opfermuthes, ein literarisches Märtyrerthum, das der Duldergröße der kirchlichen Heiligen gleich komme. Selbst Rauch und andere ernste Männer ließen sich von der allgemeinen Bewunderung hinreißen; Böckh feierte in griechischen Distichen die neue Alkeste, „die zum Heil des Gemahls freiwillig zum Hades hinabstieg." Theodor Mundt aber, der Freund des Hauses, säumte nicht, das gräßliche Ereigniß geschäftlich auszubeuten; er setzte der Todten sofort ein biographisches Denkmal, riß mit roher Hand alle Schleier hinweg von den stillen Schmerzen dieser tief unseligen Ehe. Dann reiste gar noch der Wittwer selbst mit dem Dolche seiner Gattin durch Deutschland und prahlte mit seiner eigenen Schande. In seinen nachgelassenen Erinnerungen an Charlotte sagte er: „Ihre letzten Zeilen sind fortan mein Diplom, meine höhere Promotion." Tiefe Gedanken konnte das Leid in diesem Schwächling nicht wachrufen; er ist nach Jahren in Italien als ein Reisebeschreiber gewöhnlichen Schlages gestorben. Nicht die verzweifelte That selbst, wohl aber der Widerhall den sie weckte, war ein trauriges Zeichen der Zeit, ein Zeichen verschrobener und durch Ueberbildung unzarter Empfindungen.

Durch Charlotte's Tod wurde Gutzkow zu seinem Romane Wally angeregt. Mit diesem Werke — so ließ sich der Chor der jungdeutschen Kritik alsbald vernehmen — wagten die neuen Stürmer und Dränger ihren kühnsten Wurf, wie einst die alten mit Heinse's Ardinghello. Aber welch ein beschämender Abstand! Bei Heinse die nackte, unverfälschte Natur, lodernde Sinnlichkeit, leibhaftige Gestalten und eine Kunst lieblicher Erzählung, die den Leser über den frevelhaften Inhalt leicht hinwegtäuschte; dazu in den eingewobenen Kunstbetrachtungen manche gute Gedanken, würdig einer Zeit, welche an die Schönheit noch begeistert glaubte. Bei Gutzkow nur ein Wust von Reflexionen, unreife, altkluge Redereien über die Rechte des Fleisches, die Unnatur der Ehe, die Thorheit des Christenthums; dazwischen hinein ein lendenlahmer, gelangweilter Held

und eine ebenso abgeschmackte, blasirte Heldin, die sich ihrer weiblichen Schamhaftigkeit als eines Vorurtheils schämt und dann vor ihren Geliebten nackt hintritt um sich mit ihm symbolisch zu vermählen, während sie zugleich mit einem ungeliebten Manne die Ehe eingeht; zum Schlusse natürlich ein Selbstmord. Und diese ekelhafte Schmutzerei ohne jeden Hauch kräftiger Leidenschaft, ohne ein einziges natürliches Wort.

Ein solches Uebermaß unsauberer Frechheit konnte in einem sittlichen Volke nicht ohne Widerspruch hingehen. Im September 1835 eröffnete Wolfgang Menzel in den Spalten seines Stuttgarter Literaturblattes den Kampf gegen das Junge Deutschland. Er zählte zu den eifrigsten Mitgliedern der württembergischen Opposition, war Dutzbruder von Welcker und vielen anderen süddeutschen Kammerrednern, hatte an der Boller Adresse der schwäbischen Liberalen eifrig mitgewirkt*) und sich auch der mißhandelten Juden oft mit Wärme angenommen; doch er hielt fest an seinem evangelischen Glauben und ließ sich durch die Weisheit der Zeitungen nicht beirren in der Einsicht, daß Frankreich sinke, Deutschland steige. Als er nun aus Gutzkow's Wally das undeutsche, unchristliche Wesen des Jungen Deutschlands klar erkannt hatte, da brach er los in seiner groben, hochmüthigen, polternden Weise, aber mit ehrenwerthem Muthe; er mußte ja wissen, daß die Mehrzahl seiner liberalen Parteigenossen der Kirche halb entfremdet war und ihm seine Vertheidigung des Christenthums leicht verdenken konnte. Im Verlaufe des langen Streites, als ein Wort das andere gab, sprach er endlich offen aus: das vaterlandslose Judenthum zersetze und zerstöre alle unsere Begriffe von Scham und Sittlichkeit, und wenn der Pöbelwahn des Mittelalters die Juden fälschlich der Brunnenvergiftung beschuldigt hätte, so müsse die alte Anklage jetzt mit vollem Rechte auf dem Gebiete der Literatur erneuert werden.

Mit moralischer Entrüstung allein lassen sich die Verirrungen der Kunst nicht bekämpfen. Gefährlicher als Menzel's grundprosaische Sittenpredigten wurde dem Jungen Deutschland der ästhetische Widerspruch, der sich aus dem Kreise der schwäbischen Sänger erhob.

Wo der Winzer, wo der Schnitter singt ein Lied durch Berg und Flur,
Da ist Schwabens Dichterschule, und ihr Meister heißt Natur —

also sang Justinus Kerner mit gerechtem Stolze. Wie die Schwaben einst gegenüber der phantastischen Ueberschwänglichkeit der Schlegel'schen Romantik ihre protestantische Verstandesklarheit tapfer behauptet hatten, so wiesen sie jetzt die Künstelei des neuen Feuilletonstiles tapfer zurück und bewahrten sich den Wohllaut des Verses, den Adel der lyrischen Kunstformen, die natürliche Unschuld unverbildeter Sinnlichkeit. Ihre Muse

Sang ein Lied nicht ohne Fehle,
Doch vom Staub der Erde rein —

*) S. o. IV. 240.

wie Gustav Schwab mit liebenswürdiger Bescheidenheit sagte. Unter dem jungen Nachwuchs, der sich um die beiden Patriarchen Uhland und Kerner schaarte, besaß nur Einer, Eduard Mörike, die wundersame Gabe Alles durch den Glanz der Poesie zu verklären; aber auch den beiden Pfizer, auch Schwab und Karl Mayer gelang in guten Stunden zuweilen eine frische Ballade, ein geistvolles Sinngedicht oder ein wohlgestimmtes Naturbild, und sie Alle betrachteten die Poesie nicht, wie die weltschmerzfrohen Jungdeutschen, als einen quälenden Fluch, sondern als eine lichte Himmelsgabe, die den Dichter selbst beglücken und ihn befähigen sollte, auch Andere beglückend über das Wirrsal des Lebens emporzuheben. Fröhliche Stunden, wenn die schwäbischen Poeten beim Schoppen zusammensaßen und die beiden jungen österreichischen Dichter Lenau und Auersperg oder die Gebrüder Adolf und August Stöber aus Straßburg, die tapferen Vorkämpfer deutscher Sprache und Dichtung in der verwälschten Westmark, zum Besuch herüberkamen. Hier war deutsches Leben, deutsche Kunst und Laune; wie prosaisch erschien daneben die Betriebsamkeit der Gedankenverfertiger am Theetisch der Rahel oder gar das alberne Grisetten-Gekicher bei Heine's kleinen Diners.

Darum hielt sich Gustav Pfizer berechtigt, im Namen der deutschen Kunst gegen Heine und seine Gefolgschaft zu Felde zu ziehen. In seinem poetischen Schaffen war er sehr ungleich, die spröde Form wollte sich dem reichen Gedankengehalt der meist betrachtenden Gedichte nicht immer fügen, nur einzelne seiner Gestalten, wie der Hermes Psychopompos, traten „ewig schön und ewig heiter" vor das Auge des Lesers; doch er besaß ein sicheres, durchgebildetes Verständniß für das Schöne, und Niemand durfte den Bruder Paul Pfizer's, den erklärten Liberalen, des politischen Parteihasses beschuldigen, als er in Cotta's neuer Deutschen Vierteljahrsschrift (1838) die ästhetischen Sünden des Jungen Deutschlands mit würdigen, gemessenen Worten schonungslos aufwies. Was sei die gerühmte reizende Verwirrung des Heinischen Feuilletonstiles denn anders als ein läppischer Versuch, die längst durch Lessing festgestellten Grenzen von Poesie und Prosa wieder einzureißen? und was anders als die Zerstörung aller Schönheit müsse erfolgen, wenn die jungen Poeten sich im Wetteifer die Haare zurückstrichen um ihre Faunenohren und Satyrshörner recht zu zeigen? Ganz Schwaben stimmte ihm zu. Selbst der junge Aesthetiker Vischer, ein hitziger Radicaler in Politik und Religion, wollte den gesunden Schönheitssinn seines Stammes nicht verleugnen und sprach ehrlich aus, solche Werke der Reflexion wie die Novellen von Gutzkow oder Laube seien überhaupt keine Poesie. Es war das Verdienst der Schwaben, daß das Junge Deutschland niemals in unserem Oberlande Fuß faßte, sondern immer nur ein Sumpfgewächs der großen Städte des Nordens blieb. Und dieser siegreiche Widerstand der nationalen Empfindung gegen die jüdisch-französische Zwitter-Literatur ging von demselben liberalen Süden aus, der die politischen Heilslehren der Franzosen so willig aufnahm. Daraus ergab sich

die tröstliche Gewißheit, daß auch das politische Wälschthum diesen kerndeutschen Stämmen doch nur die Haut geritzt hatte, und der deutsche Geist die constitutionellen Ideen dereinst noch umgestalten würde. Aber wer hätte damals solche Hoffnungen aussprechen können? Alle Welt suchte ja noch die Stärke der Süddeutschen da wo ihre Schwäche lag, in dem wälschen Wortgepränge ihrer Kammern.

Da Menzel's Literaturblatt wegen seiner hochkirchlichen Richtung in den conservativen Kreisen viel gelesen wurde, so erregte sein Angriff an den Höfen großes Aufsehen und beschleunigte das schon längst beabsichtigte Einschreiten des Bundestags. Unglücklicherweise hatte Wienbarg, als er den Namen des Jungen Deutschlands aufbrachte, nicht gewußt oder nicht bedacht, daß bereits ein anderes Junges Deutschland bestand, jener revolutionäre Geheimbund von Flüchtlingen und Handwerksburschen, der mittlerweile in der Schweiz unter Mazzini's Oberleitung entstanden war.*) Dies Junge Deutschland war den Frankfurter Demagogenverfolgern nur zu wohl bekannt, und wie nahe lag doch der allerdings ganz grundlose Verdacht, daß die beiden gleichnamigen Verbindungen irgendwie zusammenhängen müßten. Eben jetzt war der ruchloseste der zahlreichen Mordanschläge gegen Ludwig Philipp mißlungen. Die Höllenmaschine Fieschi's verbreitete Schrecken in ganz Europa; strenger denn je wurden die Umtriebe der Demagogen überwacht. Da forderten Wienbarg und Gutzkow durch ein großsprecherisches Manifest alle freigesinnten Schriftsteller Deutschlands auf, mitzuwirken bei einer Deutschen Revue, welche Schiller's Horen und die Revue des deux Mondes zugleich überbieten sollte. Wie hätte der Deutsche Bund nach Allem was er gegen die politische Presse gethan, dies Unternehmen dulden können? Der neue preußische Bundesgesandte General v. Schöler, ein Kenner der Literatur, gab dem Bundestage eine wenig schmeichelhafte, aber treffende Schilderung von dem Charakter dieser neuen Literatur, die im Grunde nur die Lehren der Encyclopädisten wiederhole, doch „den Mangel an wahrem Witz und an Neuheit der Gedanken durch Gewandtheit des Ausdrucks und freche Verhöhnung des Heiligsten zu ersetzen verstehe". Am 11. Dec. 1835 übernahmen sodann, auf Oesterreichs Antrag, alle Regierungen die Verpflichtung, die Verbreitung der Schriften des Jungen Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern.**) Der Beschluß war nach Bundesbrauch wieder so unbestimmt gehalten, daß Hannover einige Monate nachher anfragte, ob denn wirklich alle Schriften der Jungdeutschen, auch die älteren, verboten werden sollten. Schöler erwiderte, so schlimm sei es nicht gemeint; aber ein erläuternder Beschluß kam nicht zu Stande.***)

Also blieb Alles den Einzelstaaten überlassen, und diese verfuhren

*) S. o. IV. 296.

**) Schöler's Berichte, 3. Nov. 1835 ff.

***) Schöler's Bericht, 18. April 1836.

nach Gutdünken, die meisten sehr mild. Da und dort schritt man ein wider einzelne Bücher der Jungdeutschen; in Preußen wurde sogar der gesammte Verlag der Hamburger Firma Hofmann und Campe, die Heine's Schriften herausgab, einige Jahre lang verboten. Aber die Ausführung der Verbote geschah überall sehr saumselig und unterblieb endlich ganz. Die einzigen Schriften des Jungen Deutschlands, nach denen die Lesewelt verlangte, die Werke Heine's und Börne's, gelangten fast unbehelligt in Jedermanns Hände. Von einer ernsthaften Verfolgung war keine Rede; die jungdeutschen Literaten kamen ungleich glimpflicher davon als die Herausgeber der unterdrückten politischen Zeitungen. Trotzdem fuhr Heine fort den unglücklichen Verbannten zu spielen und verglich sich mit Dante, der auch das salzige Brod der Fremde habe essen müssen. Nur Gutzkow mußte etwas schwerer büßen, er wurde von dem Mannheimer Hofgerichte zu kurzer Haft verurtheilt, weil seine Wally unbestreitbar eine „verächtliche Darstellung der christlichen Religion" enthielt.

Wie erträglich auch diese Leiden waren, so genügten sie doch die Häupter des Jungen Deutschlands mit dem Heiligenscheine des Martyriums zu zieren. Wer mit dem Bundestage in Händel gerieth behielt vor der öffentlichen Meinung immer Recht; und war es denn nicht eine tief beschämende Erfahrung, daß sogar die schöne Literatur, die sich in Deutschland jederzeit unbeschränkter Freiheit erfreut hatte, jetzt der Willkür der Polizei unterworfen wurde? Darum trat der Heidelberger Paulus, der Anwalt aller Verfolgten, für Gutzkow's Wally in die Schranken. An den gewundenen Sätzen merkte man freilich, wie schwer es dem alten Rationalisten fiel das durchaus atheistische Buch in Schutz zu nehmen; auch andere Vertheidiger Gutzkow's begnügten sich mit der schmeichelhaften Behauptung, dieser Roman könne Niemand verführen. Die Mehrzahl der Verfolgten selbst zeigte den Regierungen gegenüber wenig Heldenmuth. Soeben hatten sie sich noch prahlerisch vermessen, die bürgerliche Gesellschaft aus ihren Angeln zu heben; jetzt betheuerten sie demüthig, wie harmlos ihre Gesinnung, wie gering ihr Wirkungskreis gewesen sei. Heine richtete an den Bund ein Schreiben, das er selbst vor Freunden einen „kindlich syruplich submissen Brief" nannte; darin berief er sich „auf das Beispiel des Meisters, des hochtheueren Mannes Martin Luther", und versicherte „in tiefster Ehrfurcht", er werde immer den Gesetzen seines Vaterlandes gehorchen. Der Bundestag aber kannte seinen Mann und legte die Eingabe als ungeeignet zu den Akten.*) Auch an Metternich sendete Heine — mit dem gleichen Erfolge — die unterthänige Bitte, das siegreiche Oesterreich möge großmüthig sein und ihn aus seinem Elend ziehen.**)

Zaghaft vor den Behörden, ergossen die Jungdeutschen ihren ganzen Zorn über Menzel's Haupt. Er allein sollte schuld sein an der Ver-

*) Schöler's Bericht, 24. Mai 1836.

**) Maltzan's Bericht, 1. Juli 1836.

folgung; und doch hatte er lediglich seine Pflicht als Kritiker gethan und nur mit den ehrlichen Waffen literarischer Polemik gefochten. Die Maßregeln des Bundestags billigte er keineswegs; auch seine derbe Sprache war anständiger als die hämischen Verdächtigungen, mit denen die Genossen des Jungen Deutschlands ihre Gegner zu besudeln pflegten. Dennoch blieb er fortan fünf Jahre lang die Zielscheibe für den Haß der radicalen Literatur. Börne verdrehte ihm das Wort im Munde und schrieb das Büchlein „Menzel der Franzosenfresser", obgleich Menzel die Franzosen durchaus nicht angegriffen, sondern vielmehr dem vaterlandslosen Deutsch-Juden den verdienten Vorwurf zugeschleudert hatte: niemals würde ein Franzose so tief sinken, sein eigenes Volk vor Fremden in fremder Sprache zu beschimpfen. Die Schrift war Börne's Schwanengesang und wurde einige Jahre hindurch selbst in den Schulen als ein Meisterwerk gepriesen; sie bewies indeß nur, daß der Radicalismus dieses Mannes schlechterdings keinen anderen Inhalt hatte als die öde Verneinung und die Wuth gegen alle Andersdenkenden. „Ist das ein braver Mann — hieß es da — der seine Gesinnung gegen ein österreichisch Lächeln, eine preußische Schmeichelei, ein bairisches Achselklopfen und ein jesuitisches Lob verkauft?" Und wieder: „Darum ist ein Feind Gottes, der Menschheit, des Rechtes, der Freiheit und der Liebe wer Frankreich haßt oder es lästert aus schnöder Gewinnsucht." Daß ein Deutscher auch noch andere Gründe haben konnte das begehrliche Kriegsgeschrei der Pariser scharf zurückzuweisen, kam dem Fanatiker gar nicht in den Sinn. Auch ein Schmerzensschrei um das freie, jetzt von den Bundestruppen geknechtete Frankfurt fehlte nicht: die Frankfurter sind Juden neben den christlichen Oesterreichern und Preußen, sie müssen vor ihnen Mores machen!

Noch unredlicher verfuhr Heine. Er hatte einst mit Menzel und Jarcke in der Bonner Burschenschaft zusammengelebt und kannte ihre streng kirchliche Gesinnung. Sein Scharfsinn konnte sich nicht darüber täuschen, daß der gegenwärtige Kampf eine Nothwendigkeit war, daß die romantischen und die radicalen Elemente, welche die alte Burschenschaft umschlossen hatte, sich jetzt trennen mußten. Er mußte wissen, daß Menzel durchaus ehrlich handelte; gleichwohl gab er seiner Entgegnung den lügnerischen Titel: „wider den Denuncianten." Weit vom Schusse wie er war, ließ er allen unfläthigen Neigungen seiner Falstaffs-Natur die Zügel schießen und nannte den Gegner einen Mouchard, einen Ehrlosen, einen Infamen, einen Gauner, einen Schurken, eine Memme. Er erreichte seinen Zweck; denn in solchen Tagen, die sich überall durch den Druck der Polizei gequält fühlten, wirkte kein Schimpf furchtbarer als die Beschuldigung der Denunciation. Heine's empörende Verleumdung wurde alsbald von der gesammten liberalen Presse aufgenommen und trotz ihrer handgreiflichen Unwahrheit so hartnäckig wiederholt, daß sie sich noch heute in den meisten Literaturgeschichten wiederfindet.

In dem „Schwabenspiegel", den er gegen Pfizer hinaussendete, brauchte Heine einen anderen, ebenso wirksamen Kunstgriff. Da die beiden größten Dichter des Südens, Uhland und Rückert, an den Kämpfen nicht persönlich theilnahmen, so suchte er den Streit so darzustellen, als ob nur die neidische Mittelmäßigkeit kleiner Poeten gegen sein eigenes überlegenes Talent, das zimperliche Spießbürgerthum des Oberlandes gegen die freie starkgeistige Weltanschauung des Nordens sich auflehnte. In Wahrheit kämpfte die süddeutsche Poesie gegen den jüdischen Witz. Nicht die moralische Splitterrichterei, die dem lebensfrohen Volke unseres Südens allezeit fremd war, sondern der ästhetische Widerwille führte den Schwaben die Feder. Eine Schwäche der schwäbischen Dichter ließ sich freilich nicht verkennen: wenn das Junge Deutschland völlig in der Tendenz aufging, so standen sie den Leidenschaften des Tages allzu fern, ihre sinnige, friedliche Dichtung vermochte die Gedanken einer gährenden und kämpfenden Zeit nicht zu erschöpfen. Diesen Mangel wußte Heine gewandt auszubeuten; denn die Kunst mit Halbwahrheiten diabolisch zu spielen war das Einzige was er mit seinem Abgott Napoleon gemein hatte. Er schilderte die Schwaben als eine täppisch spielende Kinderschaar und brachte also einen Theil der Lacher auf seine Seite. Die radicale Jugend vollends war durch die Spöttereien der neuen Literatur schon ganz verwildert; sie konnte sogar lachen, wenn Heine von den Kackstühlchen der schwäbischen Dichter sprach oder seinen Gegner Pfizer unnatürlicher Sünden beschuldigte. Immerhin war die Hochfluth der radicalen Feuilletons schon vorüber. Die schwächeren Talente des Jungen Deutschlands geriethen bald in Vergessenheit; die lebensfähigen, Gutzkow und Laube, begannen in der Stille sich zu sammeln und sühnten späterhin die Thorheiten ihrer Jugend durch reifere Werke. Gutzkow schrieb noch während seiner Haft ein Büchlein über Philosophie der Geschichte, das, reich an hohlen Redensarten, doch schon den Anfang seiner Selbstbesinnung bezeichnete.

Die Pariser Kolonie der Jungdeutschen aber zeigte der Welt erst ihr wahres Gesicht, als ihre Genossen unter einander in Händel geriethen. Börne und Heine hatten sich nie recht vertragen, zwischen dem doktrinären Starrsinn und der gesinnungslosen Leichtfertigkeit war keine Verständigung möglich. Börne sprach sich darüber ehrlich aus, Heine dagegen vermied den ritterlichen Kampf; er entledigte sich seines lang angesammelten Grolles erst, als Börne gestorben war und der französische Republikaner Raspail den Helden der internationalen Demokratie in schwungvoller Leichenrede gefeiert hatte. Zum dritten male, wie einst nach dem Tode Schleiermacher's und der Charlotte Stieglitz, bekundete das Junge Deutschland sein menschliches Zartgefühl vor einem frischen Grabe. Heine's Schrift über Börne sagte wieder manche geistreiche Halbwahrheiten; der Ton war aber so hämisch, so gemein, daß nunmehr auch die liberale Presse in Zorn gerieth. Die Conservativen und die Dichter mochte der liberale Aristo-

phanes nach Belieben beschmutzen; daß er sich an einem Volkstribunen verging, war unverzeihlich. Grimmige Schriften und Zeitungsaufsätze flogen herüber und hinüber. Der Zank ward völlig ekelhaft; die berufene Fehde zwischen Voß und Stolberg erschien daneben wie ein liebevoller Gedankenaustausch. Als nun gar Börne's Freundin Frau Wohl ihre Briefmappen öffnete und geschäftig Alles auskramte was Börne je vertraulich über Heine geäußert hatte, da zogen alle Düfte des Ghettos in dicken Schwaden über Deutschland hin, und mancher ehrliche Germane begann jetzt erst einzusehen, vor welchen Götzen er einst gekniet hatte. —

Zeiten des literarischen Kampfes sind der Lyrik selten günstig. Nur Wenige verstanden wie Rückert den stillen Blumengarten ihrer Dichtung vor der schneidenden Zugluft des Tages sorgsam einzuhegen. Die Formlosigkeit der Feuilleton-Poesie erschien dem Meister der Verskunst ebenso verächtlich, wie ihr Gespött und ihre „unzüchtigen Gebärden" seinen frommen Sinn anwiderten. Er wußte, daß alles Menschenleben „von Gott zu Gott" führt, daß die Natur nur die Amme des Geistes ist: „sie nährt ihn bis er fühlt, daß er von ihr nicht stamme." Solche Gesinnungen erfüllten ihn, als er die geheimnißvolle Welt seiner inneren Erfahrungen und Erlebnisse in der „Weisheit des Brahmanen" zusammenfaßte. Da schien es wohl zuweilen, als ob der Dichter in die beschauliche Ruheseligkeit des Orients ganz versänke, aber immer wieder brach der freie Weltsinn des Abendländers durch, und hoch über aller Weisheit Indiens stand ihm das königliche Gebot der christlichen Liebe. Die Fahrten in das Morgenland entfremdeten ihn der Heimath nicht. Mit der alten unverwüstlichen Sangeslust fuhr er fort sich sein ganzes Leben zum Kunstwerk zu gestalten; jedes Begebniß des Tages umspann seine Phantasie mit ihren goldenen Fäden. Alles ward ihm zum Gedichte, mochte er nun dem Flüstern des Windes lauschen oder seinen Kindern Märchen erzählen, oder seinem Jonathan, dem Erlanger Philologen Kopp seinen Haussegen senden. Oft grollte er insgeheim den Landsleuten, weil sie hinter seinen orientalischen Formenspielen das weite deutsche Herz, dem nichts Menschliches fremd blieb, schwer erkannten, und auch seine heimathlichen Gedichte nicht sangbar, also nicht wahrhaft volksthümlich finden wollten; doch niemals hätte sich sein Künstlerstolz herabgelassen, um die Gunst des Haufens zu buhlen. Ueber den Zeitungsruhm der Götzen des Tages sagte er noch im Alter frei und groß:

Sperlinge, Staaren
Fliegen in Schaaren.
Tauben in Lauben
Wollen sich paaren.
Einsam der Adler
Schwebet im Licht,
Unten die Tadler
Achtet er nicht.

Auch Chamisso gehörte noch zu dem alten Adel unserer Literatur, der auf das lärmende Selbstlob des neuen Geschlechtes stolz herabsah. Wenn der ernste Mann mit den tiefdunklen Augen und den langen weißen Locken einsam durch die Straßen Berlins schritt, da betrachteten ihn die jungen Literaten verwundert wie ein Gespenst aus einer längst versunkenen Zeit, obwohl er doch eben erst das fünfzigste Jahr überschritten hatte und jetzt erst, nach dem Erscheinen seiner gesammelten Gedichte, die Höhe seines Künstlerruhms erreichte. Lebendig mit den Lebendigen, wie er immer gewesen, besang er auch jetzt noch manche der politischen Umwälzungen der Zeit und verkündete seine Freude über den Sturz der bourbonischen Pfaffenherrschaft in feurigen Versen; doch zur Magd der Partei wollte er seine freie Muse nicht entwürdigen. „Verklagt die Mitwelt bei der Nachwelt nicht" — so rief er warnend den schmähsüchtigen jungen Poeten zu. Wie fühlte er sich heimisch in dem Hause seines Preußenlandes, das auf dem Felsen der Liebe fest begründet stand; ehrwürdig war ihm der König, „aus Gold der Treue schmiedend seine Krone". Als er noch in der Kraft der Mannesjahre starb (1839), hatte sein dankbares Herz nur die Empfindung, daß ihm das Leben Alles geboten habe was es an Liebe bieten könne, und mit den Worten „ich liebe wohl geliebt zu sein" nahm er Abschied von dieser schönen Welt.

Wie anders endete Platen (1835). Er starb, nach seiner Ahnung, „wie Ulrich Hutten, verlassen und allein", in einem jener üppigen Blumengärten, die da und dort auf der meerumrauschten öden Trümmerstätte des alten Syrakus in den verlassenen Steinbrüchen tief eingebettet liegen. Aber nur traurig, nicht tragisch war sein Ausgang. Nicht das treulose Schlachtenglück hatte ihn, wie jenen Kriegshelden des Schwertes und der Feder, aus der Heimath hinweggeschleudert. Nur der unfruchtbare Mißmuth seines stolzen Herzens trieb ihn unstät im fernen Süden umher, und doch wollte das Land „des Antichrists", des Papstes dem strengen Protestanten nie recht vertraut werden. Das Tagewerk seines Lebens war gethan, obwohl er sich noch mit dem kühnen Plane eines Hohenstaufen-Epos trug. Seine dichterische Kraft begann zu versiegen; in seinen letzten Hymnen, die er selbst für seine besten Werke hielt, ward die vollendete Kunst des Versbaus schon zur Künstelei.

Unterdessen trat Eduard Mörike als Lyriker auf, der begabteste aus dem Nachwuchs der schwäbischen Dichterschule, ein naiver Geist, der in diesen Tagen der Ueberbildung und des Streites wie ein Wunderkind erschien — recht eigentlich ein zeitloser Dichter, in Allem das Widerspiel des Jungen Deutschlands. Er war ganz Natur; in der poetischen Stimmung und Anschauung ging er völlig auf, Leidenschaft und Gefühlsseligkeit lagen ihm eben so fern wie Rhetorik und Tendenz. Schon als Student floh er das laute Treiben der Welt und lauschte im Walde in dunkler Brunnenstube dem Murmeln der jungen Quelle oder er versammelte

einen Orden vertrauter Genossen in einem stillen Weinbergshäuschen auf dem Oesterberge und erzählte wundersame Mären von Orplid, der verlassenen Stadt der Götter. Dann lebte er als Pfarrer in einem Dorfe des Unterlandes, wo Schiller's Mutter auf dem Kirchhofe begraben lag, mitten in den Rebgärten des Neckarthals, so recht in der Heimath schwäbischer Sage und Sangeslust; und wenn er dort über seinen geliebten Alten saß oder träumend im Walde wanderte und die Vögel aus ihren Kehlen „richtige Gold- und Silberfäden zogen", dann fühlte er — nicht oft, aber immer mit der ganzen Macht unmittelbarer Eingebung — wie der Genius in ihm jauchzte, dann wußte er was es heiße „Gott selbst zu eigen haben auf der Erde". Ihm selber galt der Spruch, den er einst auf eine vergessene kunstvolle Marmorlampe schrieb:

Was aber schön ist, selig scheint es in ihm selbst.

Jedem seiner Leser blieb als letzter Eindruck das Gefühl, wie glücklich der Mann war, der also dichten konnte. In die Welt der Geschichte wagte er sich nicht hinaus, selbst politische Gespräche waren ihm unheimlich. Nur den einfachsten Empfindungen des Menschenherzens galten seine Lieder und Balladen, Idyllen und Sprüche; aber wie neu und eigenthümlich erklangen aus seinem Munde die tausendmal besungenen Geschichten vom verlassenen Mägdlein, von dem Knaben, der schön Rohtraut's Mund geküßt, von den entschwundenen Freuden der Rosenzeit. Er gebot über die sangbaren Weisen des deutschen Volksliedes und vermochte doch, wie die Idyllendichter der Hellenen, mit epischer Ruhe fest umrissene Gestalten zu zeichnen. Die geheimnißvoll lockende Sprache der Elemente war ihm so vertraut wie nur dem jungen Goethe, dem Dichter des „Fischers", und fast ebenso vertraut die unendliche Sehnsucht der Alles hoffenden Jugend:

Der Adler strebt hinaus ins Grenzenlose,
Sein Auge trinkt sich voll von sprüh'ndem Golde;
Er ist der Thor nicht, daß er fragen sollte,
Ob sich sein Haupt nicht an die Wölbung stoße.

Durch die Wärme der Stimmung, die Ursprünglichkeit des Ausdrucks, durch die heitere Freiheit seines schalkhaften Humors übertraf er zuweilen selbst Uhland. Als Künstler blieb er hinter dem Alten zurück, denn seine Muse war ein Kind der Stunde; den Stoff zu runden und wirksam abzuschließen, gelang ihr nicht immer. Darum konnten doch nur einzelne seiner Lieder weit ins Volk hinaus dringen; die sinnige Schönheit seiner Dichtung war zu still, zu eigenartig um von der Masse, die immer zuerst nach stofflichem Reize begehrt, verstanden zu werden, sie blieb immer nur der Liebling eines andächtigen Kreises feinfühlender Kenner.

Ungleich stärkeren Widerhall erweckten die Spaziergänge eines Wiener Poeten, die ein Sohn des österreichischen hohen Adels, der junge Graf A. A. Auersperg im Jahre nach der Julirevolution erscheinen ließ. Seit den Befreiungskriegen und dem Wartburgsfeste hatte sich unsere politische

Lyrik ganz dem Auslande zugewendet, erst die Spanier und die Griechen, dann die Franzosen und die Polen verherrlicht; Anastasius Grün führte sie wieder in die Heimath zurück. Mit ihm begann die Fluth der patriotischen Zeitgedichte; sie schwoll stärker an, als gegen das Ende der dreißiger Jahre für die Göttinger Sieben und das Hermannsdenkmal auf dem Teutoburger Walde gesammelt wurde, und überschwemmte im folgenden Jahrzehnt den ganzen Büchermarkt. Von tiefen politischen Ideen besaß der Wiener Poet nichts; er schwärmte nur treuherzig für die Freiheit des Wortes und der Gedanken, er neigte sich in Ehrfurcht nicht blos vor dem Abgott aller liberalen Oesterreicher, Joseph II., sondern sogar vor Kaiser Franz, und richtete seinen Zorn ausschließlich gegen Metternich. An dessen Thüre sah er einen „dürftigen Clienten“ stehn:

> Oestreichs Volk ist's, ehrlich, offen, wohlerzogen auch und fein,
> Sieh, es fleht ganz artig: Dürft' ich wohl so frei sein frei zu sein?

Aber gerade diese unbestimmte Begeisterung für die Freiheit entsprach den Gesinnungen der Zeit, und da Metternich für den Urheber alles deutschen Elends galt, so bemerkte man auch kaum, daß der Wiener nur sein Oesterreich und die Stadt der Lerchen und des Doppeladlers im Auge hatte, an Deutschland nur ganz nebenbei dachte. Die Süddeutschen vornehmlich hießen ihn als Kampf- und Sangesgenossen willkommen; denn er stellte seine Lieder mit Worten treuer Liebe unter Uhland's Schutz, seine frischen bilderreichen Verse verriethen überall den Einfluß der schwäbischen Schule, und wie viel traulicher als der Hohn des Jungen Deutschlands klang den Oberländern diese Sprache des Herzens. —

Den prosaischen Lebensformen der modernen Welt, den Interessen und Gedanken der verwandelten Gesellschaft vermochte die lyrische Dichtung längst nicht mehr zu genügen. Was die neue Zeit an poetischem Gehalte besaß, konnte nur der Romandichter erschöpfend aussprechen, wenn er in ungebundener Rede den Kämpfen und Widersprüchen des wirklichen Lebens nachging. Mochten die Aesthetiker der Hegel'schen Schule immerhin versichern, daß die Ideale der Gegenwart im Drama allein die vollendete künstlerische Gestaltung empfangen müßten: die Erfahrung jedes Tages strafte sie Lügen. Die ästhetische Empfänglichkeit eines Volkes läßt sich durch die Machtsprüche der Theorie eben so wenig meistern wie die Gestaltungskraft der Künstler. Der Roman wurde in Deutschland für lange Jahre die zeitgemäße Form der Dichtung wie ein Jahrhundert zuvor in England.

Das zeigte sich, als Karl Immermann nach langen Irrfahrten endlich den rechten Boden für sein Schaffen fand. Von einem strengen Vater noch ganz im Geiste des alten fridericianischen Staates erzogen, war der stolze tapfere Niedersachse von früh auf seines eigenen Weges gegangen. Gleich seine erste Schrift war eine That des Charakters. Da er als Hallenser Student einen mißhandelten Commilitonen gegen

den Terrorismus einer Burschenschaft vertheidigte, rief er, allen Gesetzen des Comments zuwider, in einer Streitschrift das öffentliche Urtheil an und brachte seine Beschwerde bis vor die Stufen des Thrones; mochten die Gegner ihn verhöhnen, er hatte in dem Feldzuge von Belle Alliance wacker mitgefochten, seinen Muth durften sie ihm nicht abstreiten.*) Nachher lebte er lange als Richter, meist in Beamtenstädten, fast ohne künstlerischen Verkehr, und ging, wie Platen spottete, „Morgens zur Kanzlei mit Akten, Abends auf den Helikon." So in tiefer Einsamkeit verschlang er die Kunstwerke aller Zeiten und Völker, aber seine eigenen Dichtungen gelangten trotz seiner rastlosen Arbeitskraft noch nicht weit über den anempfindenden Dilettantismus hinaus. Keiner unserer namhaften Dichter hat so viel Verfehltes oder Halbgelungenes geschaffen. Die zarte musikalische Stimmung des Lyrikers blieb ihm fremd. Seine Dramen wirkten, bei manchen Vorzügen, doch nicht überzeugend und konnten sich nicht lange auf der Bühne behaupten; auch sein Merlin, ein gedankenreiches Gedicht Faustischen Stiles, schreckte ab durch mystische Formlosigkeit. Der starke, wie zum Herrschen geborene Mann trat im Gespräche Jedem mit überlegener Sicherheit entgegen; in seinen Werken erschien er oft wie ein sklavischer Nachahmer, und zudem hegte er eine theoretische Vorliebe für die Phantasiespiele des jungen Tieck, während seine eigene Anlage ihn doch ganz auf die Darstellung des wirklichen Lebens hinwies. Seinem kernhaften Wesen lag in Wahrheit nichts ferner als romantische Ueberschwänglichkeit; mit süßlicher Frömmelei hatte sein schlichter ernster Gottesglaube nichts gemein, und auch die sentimentale Naturschwärmerei der Zeit war ihm ein Greuel. Er wußte aus der Geschichte, daß die Blüthe der Menschheit in den Alpen nicht gedeiht; er empfand an sich selber, daß die höchste Pracht der Natur den Geist ebenso leicht erdrücken wie erheben kann, und sagte ehrlich: „Ich kann nur mit der Natur Freundschaft stiften, der ich es ansehe, daß menschliche Kräfte leicht und frei auf sie einwirken können."

Erst als ihn ein freundliches Geschick nach Düsseldorf geführt hatte, begann er sich von dem angelernten Bombast zu befreien und fand ein fruchtbares Arbeitsfeld auf dem Grenzgebiete zwischen Poesie und Prosa. Dort unter dem leichtlebigen Düsselvölkchen, das noch von den pfälzischen Zeiten her Becherlust und Mummenschanz liebte, war seit der preußischen Herrschaft einer jener kleinen Culturheerde entstanden, denen das deutsche Leben seine Wärme dankt. Die neue Kunstakademie stand auf der Höhe ihres Ruhms, die Concerte leitete der junge Felix Mendelssohn-Bartholdy. Auf seinem Landgerichte traf Immermann zwei gleichgesinnte Amtsgenossen, den Kunsthistoriker Schnaase und den ernsten frommen Dichter Friedrich v. Uechtritz. In dem kunstsinnigen Hause des Geh. Raths v. Sybel genoß er heitere Gastlichkeit und bald herzliche Freundschaft; auch der Hof

*) S. o. II. 431.

des Prinzen Friedrich von Preußen und die reichen Grundherren der Nachbarschaft belebten im Winter die Gesellschaft. Es war ein frisches, kräftiges Treiben, Werkeltag und Festtag fröhlich verbunden, die Künstler fast alle noch jung und seliger Hoffnung voll. Wenn Mendelssohn ein Musikfest veranstaltete oder die Maler einen Maskenzug aufführten, dann zogen die neuen Dampfer im Flaggenschmuck rheinab und rheinauf, lange Wagenzüge bedeckten die schönen Straßen des volkreichen bergischen Landes, tausende von Schaulustigen eilten herbei wie zum Carneval im nahen Köln. In diesen rheinischen Festen kam der alte freie Humor unseres öffentlichen Lebens, der in der Stubenluft des letzten Jahrhunderts ganz eingetrocknet war, zuerst wieder zu seinem Rechte. Immermann aber fühlte sich in diesem neuen schöneren Studentenleben erst wahrhaft frei, er wußte jetzt was er vermochte. Er trat an die Spitze des Düsseldorfer Theaters; denn er traute sich's zu, der verwilderten deutschen Bühne wiederzugewinnen, was sie seit dem überhandnehmenden Virtuosenthum fast verloren hatte: das geordnete, streng geschulte Zusammenspiel aller Mitwirkenden und die lebendige Theilnahme der Bestgebildeten der Nation. Und wirklich bewährte er sich als dramaturgischer Meister; seine Einsicht und sein eiserner Wille brachte mit mittelmäßigen Schauspielern Aufführungen zu Stande, welche den strengsten Anforderungen genügten. Leider währte diese glänzende Blüthe der Düsseldorfer Bühne kaum drei Jahre, da die Geldmittel der Stadt nicht auslangten.

In solchem Getümmel von Amtsgeschäften und Theaternöthen, in einer unruhigen Zeit, die nur dem fragmentarischen Schaffen günstig schien, fand Immermann noch die Kraft sich für seine beiden reifsten Werke zu sammeln. Ein Glück für den Künstler, daß die Tagespolitik ihn kalt ließ. Als conservativer preußischer Beamter war er mit der bestehenden Ordnung im Wesentlichen einverstanden, obwohl ihre Mängel seinem sarkastischen Blicke nicht entgingen; der Zeitungslärm der Liberalen ekelte ihn an, und von seinem Jugendfreunde Heine wandte er sich ab seit er die Hohlheit des neuen Radicalismus durchschaut hatte. Frei über den Parteien stehend wollte er in dem Romane „die Epigonen" den Werdegang der Zeit darstellen, und das Werk ward in der That als Geschichtsbild noch bedeutsamer denn als Dichtung. Wohl hatte der Dichter die alte Unart der Reminiscenzen noch nicht ganz überwunden, die Anklänge an Wilhelm Meister ließen sich nur zu deutlich hören; und bis zum Unleidlichen widerwärtig erschien an seinem Epigonen Hermann der fast allen Romanhelden gemeinsame Charakterzug der bestimmbaren Schwäche. Aber wie tief und geistvoll, Licht und Schatten gerecht vertheilend, schildert er den Umsturz der alten Gesellschaft: hier den alten Adel, der mitten im selbstverschuldeten Untergange noch den ästhetischen Reiz der Vornehmheit behauptet, dort das aufstrebende Bürgerthum mit seinem tüchtigen Fleiße, seiner Prosa, seiner pharisäischen Herzenshärtigkeit — Alles treu nach dem Leben, denn

dort im Westen ragten überall schon die neuen Fabrikschlote aus den Dächern der Schlösser und der Klöster empor. Ebenso scharf, allerdings nicht ohne Bosheit, werden die Narrenstreiche der jugendlichen Demagogen und die literarische Ueberbildung der Berliner Gesellschaft gezeichnet. Aus Alledem ergab sich ein wenig erfreulicher Gesammteindruck: diesem Geschlechte von Epigonen war nach einer gewaltigen socialen und literarischen Revolution, nach der Zerstörung aller überlieferten Begriffe und Gesellschaftsformen zunächst nichts übrig geblieben als die schrankenlose Freiheit des Einzelmenschen, die doch nichts Neues geschaffen hatte; auf die Barbarei der Unwissenheit war eine neue ärgere Barbarei gefolgt, ein Zustand geistiger Anarchie, wo Alle Alles zu wissen glaubten. In solchen düsteren Bildern spiegelten sich weitverbreitete Stimmungen dieser durchaus friedlosen Jahre deutlich wieder. Nur an einzelnen Stellen ließ sich errathen, daß die Gesinnung des Dichters nicht ganz so hoffnungslos war wie der Titel seines Romans; er fühlte doch, daß auch schöpferische Kräfte in der Zeit arbeiteten, und deutete zuweilen an, die Majestät des Staatsgedankens könne vielleicht noch in dieser Trümmerwelt einen neuen Idealismus erwecken.

Zur freien Beherrschung des Stoffs gelangte Immermann erst in dem Romane Münchhausen. Hier rief er das gesammte geistige Leben Deutschlands vor seinen Richterstuhl und ließ den lustigen Großmeister der Lüge seine Pritsche schwingen über allen Ungerechten, unterweilen auch, nach Dichterbrauch, über einigen Gerechten. Die Berliner Mutter Gans auf dem Capitole des plattirten Liberalismus, der reine Begriff der Hegelianer, Raupach's dramatische Zopfgeflechte, Gutzkow's welke Wally, Semilasso's blasirte Weisheit, Bettina's Koboldstreiche, Görres' jacobinische Kapuzinerpredigten, Justinus Kerner's Poltergeister — der ganze literarische Wirrwarr der Zeit rauschte in einem tollen Maskenzuge vor dem Leser vorüber. Leider fehlte dem Dichter die anmuthige Leichtigkeit des Scherzes; unter seinen derben Händen ward das Komische nicht selten fratzenhaft, der Spaß zu breit, der Spott grausam. Um so lichter hob sich von dem satirischen Hintergrunde die Idylle des Oberhofes ab, ein treues, herzerwärmendes Bild des ehrenfesten, bei aller Selbstsucht kerngesunden westphälischen Bauernlebens. Immermann sah, daß die Empfindung in diesen niederen Schichten des Volkes doch immer gebunden bleibt und einen Zug unästhetischer Dumpfheit behält. Darum wies er mit sicherem Kunstgefühle seiner Dorfgeschichte die Stelle an, die ihr in der modernen Romandichtung allein zukommt, die Stelle einer bescheidenen, durch den Reiz des Contrastes wirksamen Episode. Er wollte sich auch sein Hochdeutsch durch die wohlfeilen Effecte des Dialekts nicht verderben, sondern ließ nur zuweilen in den Reden seiner Bauern die Volkssprache leise anklingen; und eben weil er die grobsinnliche Wirklichkeit verschmähte, erschien die Gestalt seines alten Hofschulzen so gewaltig, so poetisch wahr inmitten der feingebildeten Gesell-

schaft. Erstaunlich, wie dem Niedersachsen hier aus dem heimathlichen Boden frische Kraft zuströmte. Wie viel lebendiger war hier Alles als in seinen romantischen Mantel- und Degenstücken, wie viel zuversichtlicher als in den Epigonen sprach er jetzt über seine „große, der Wunder volle Zeit".

Brentano's Erzählung vom schönen Annerl war einst fast unbemerkt vorübergegangen; der Münchhausen kam zur rechten Stunde (1838), grade als die Nation, müde der romantischen Experimente und der jungdeutschen Tendenzen, nach Gestalten von Fleisch und Blut verlangte. Er wurde das Vorbild für die neue Literatur der Dorfgeschichten, die leider, ganz wider des Meisters Absicht, bald den Anspruch erhob für eine selbständige Kunstgattung zu gelten. Die literarischen Ausfälle des lügenseligen Barons verstand man nach wenigen Jahren schon nicht mehr vollständig, und da die ungeheuere Mehrzahl der Leser immer nur die Theile, niemals das Ganze eines Kunstwerks sieht, so durfte die Betriebsamkeit des Buchhandels ungescheut, sogar unter dem Beifall banausischer Kritiker, sich an der Dichtung versündigen. Der satirische Theil des Romans, der dem Ganzen Sinn und Namen gab, wurde einfach herausgeworfen, und die Idylle vom Oberhofe, wohl ausgeflickt durch einzelne Lappen des anderen Theiles, allein dem Büchermarkte dargeboten. In dieser verstümmelten Gestalt ward der Münchhausen ein dauerndes Besitzthum der Nation. Die Geschichte aber, die auch im Künstler den Helden ehrt, hält das Bild des ganzen Mannes fest, so wie er war, nicht verschwenderisch begabt, oftmals irrend, doch rastlos wuchernd mit seinem Pfunde und immer den höchsten Zielen zugewendet. Ihm bleibt der Ruhm, daß er in seinen beiden Romanen seinem Zeitalter den Spiegel vorhielt, wie vordem Goethe im Wilhelm Meister und nachher Freytag im Soll und Haben. Nur wer diese Zeitromane kennt, versteht den inneren Zusammenhang der drei Epochen unserer neuesten Geschichte.

Durch die Liebesgeschichte des Oberhofs klang ein zarter, inniger Ton, der Immermann's früheren Werken abging; denn während seine Künstlerkraft sich läuterte, ward er auch im Leben freier und glücklicher. Jahrelang hatte er mit einer älteren Frau, der Gräfin Ahlefeldt, oft beglückt, öfter gepeinigt, eines jener unklaren Liebesverhältnisse unterhalten, welche in den Kreisen der romantischen Dichter als Kennzeichen des Genies galten. Da ergriff ihn übermächtig die Neigung für ein einfaches Mädchen.

Gestorben war das Herz und lag im Grabe,
Dein Zauber weckt es wieder auf der holde —

so rief er der Geliebten zu, und schrieb in der Glückseligkeit seiner jungen Ehe Tristan und Isolde, ein Gedicht voll starker Leidenschaft und schöner sinnlicher Wärme, dem nur der süße Wohllaut fehlte. Aber er so wenig wie einst Meister Gottfried von Straßburg sollte dies hohe Lied der Liebe vollenden. In der Blüthe der Jahre, mitten im fröhlichen Schaffen ward

er vom Tode ereilt (1840), einer der wenigen Künstler, von denen sich menschlicherweise mit Sicherheit sagen läßt, daß sie zu früh starben.

Noch stärker als Immermann fühlte sich Tieck durch das Junge Deutschland abgestoßen. Einige der jungen Leute hofften Anfangs, der alte Herr würde sich ihnen anschließen, weil sie für die Lucinde schwärmten. Er aber sah in ihrem Treiben nur eine schwächliche Nachahmung der Starkgeisterei seiner Jugendjahre und tadelte insbesondere ihre doktrinäre Haltung; denn „nichts ist mir mein Lebenlang verhaßter gewesen als der absprechende Ton des Systems, der mit Allem fertig ist". Darum ward er von den Jungdeutschen bald als Finsterling verrufen und sehr roh angegriffen. Er rächte sich, indem er in mehreren seiner Novellen — in Eigensinn und Laune, im Liebeswerben u. a. — die deutschen Radicalen wie ein Gesindel von Gaunern und Lumpen darstellte. Ein reinerer Stil ließ sich in diesen späteren Novellen nicht verkennen. Der Greis spielte nicht mehr ironisch mit seinen Gestalten; seine Ironie war jetzt nur noch, wie er es so oft verlangt aber selten befolgt hatte, „die Kraft, die den Dichter über dem Stoffe erhält". Dafür zog freilich durch manche Werke seines Alters ein kühler Hauch, der die Leser nicht recht froh werden ließ.

Sonst ragte als erzählender Dichter nur noch einer über die Unzahl der Unterhaltungsschriftsteller empor: Charles Sealsfield, ursprünglich Postel geheißen, ein mährischer Mönch, der aus dem Kloster entflohen nachher lange in Amerika umherzog und sich auch das seltsame Kauderwälsch der Deutsch-Amerikaner aneignete. Seine Romane: „die Legitimisten" und „der Virey" führten unsere Poesie zum ersten male in den fernen Westen, in jene Cultur- und Rassenkämpfe Amerikas, an denen schon so viele Deutsche theilnahmen. Durch die brennende Pracht seiner tropischen Landschaftsbilder und die Energie der Charakterzeichnung übertraf er Cooper bei Weitem, doch in allen seinen Schriften arbeitete eine fieberische Unruhe, die der Masse der Leser unbequemer war als die Breite des Amerikaners. An solchen ungeschulten starken Talenten läßt sich der Geist einer Epoche am sichersten erkennen; Sealsfield's Schriften bewiesen, wie unaufhaltsam die Zeit dem Realismus zudrängte.

Dies bewährte sich auch an den Zuständen des Theaters. In hellen Haufen drangen die Lustspiele Scribe's und der anderen Pariser Boulevards-Dichter über den Rhein. Das deutsche Publikum war noch von der Weimarischen Bühne her an ein ästhetisches Weltbürgerthum gewöhnt und zudem jetzt für Frankreichs Freiheit begeistert. So ließ man sich denn die stümperhaften Uebersetzungen wohl gefallen; man lachte über feine Anspielungen, die nur an der Seine ganz verstanden werden konnten; man nahm es hin, daß manche einem Pariser Schauspieler auf den Leib geschriebene Rolle dem deutschen Nachahmer häßlich anstand — und das Alles nur, weil diese leichten Stücke doch ein Bild des wirklichen Lebens gaben. Von Alters her lag die Stärke der deutschen dramatischen Kunst in der Kraft

der Charaktere; auch unsere beiden einzigen classischen Komödien, Minna von Barnhelm und der Zerbrochene Krug, waren Charakterlustspiele. Die modernen Franzosen hingegen hatten sich von dem Muster ihres Moliere längst abgewendet und suchten die komische Wirkung wesentlich in den überraschenden Situationen. Für den Reiz der Intrige allein vermag sich aber das deutsche Gemüth nicht recht zu erwärmen; daher währte es noch lange, bis sich endlich einige Dichter fanden, die von der berechnenden Technik und der erfinderischen Gewandtheit der Franzosen lernten ohne ihre nationale Eigenart aufzugeben. Was jetzt an neuen Lustspielen erschien, war meist leichte Waare, ebenso flach, nur bei Weitem nicht so zierlich wie die wälschen Vorbilder; fast allein der Wiener Bauernfeld verstand, durch die Feinheit seiner Dialoge zu ersetzen was ihm an Erfindung fehlte. Die Hörer indeß ließen sich Alles bieten, wenn man sie nur in Spannung hielt und ihre Skandalsucht etwas reizte. Jenes kunstverständige Parterre, das einst jedem Worte Ekhof's oder Iffland's andächtig gelauscht hatte, war längst verschwunden; das Theater bildete nicht mehr den Sammelplatz für die gute Gesellschaft, die Kenner zogen sich mehr und mehr zurück. Seit Schreyvogel vom Wiener Burgtheater vertrieben war, stand keine der großen deutschen Bühnen mehr unter strenger sachverständiger Leitung. So lockerte sich überall das Zusammenspiel; die Virtuosen wollten allein gelten, sie zerstörten durch ihre Gastspielreisen jede Ordnung und lernten von den Franzosen sich der Claque oder einer ebenso feilen Kritik zu bedienen.

Auch die tragische Kunst lag danieder. Grillparzer zog sich unwirsch von der Bühne zurück, seit die Wiener eines seiner Dramen verhöhnt hatten; und von den jungdeutschen Poeten besaß noch keiner die sittliche Kraft sich den strengen Regeln des Dramas zu fügen; sie schüttelten alle ihre Einfälle leicht aus dem Aermel und wollten, wie einst die jungen Romantiker, in der bühnengerechten Dichtung nur einen verächtlichen Frohndienst sehen. An dieser Zuchtlosigkeit ging auch der unglückliche Westphale Christian Grabbe früh zu Grunde; er mußte an sich selber erleben was er einst in einem lichten Augenblicke gesungen hatte: „Kraft und Dauer wohnen nur in Begrenzungen.“ Er schwelgte in gräßlichen Bildern und cynischen Witzen, Maß und Form blieben seinem umnachteten Sinne fremd; die beiden größten Dichtungen der Zeit versuchte er in einem fratzenhaften Drama „Don Juan und Faust“ zu vereinigen und zu überbieten. So stürmte er dahin, ein glühender deutscher Patriot, ein Verächter alles Platten und Gewöhnlichen; keines seiner Dramen war ohne realistische Kraft, aber jedem fehlte der künstlerische Verstand. Als er dann in seinen Lastern unterging, und selbst Immermann's menschenfreundlicher Beistand diese „Natur in Trümmern“ nicht halten konnte, da zeigte sich wieder die Vorliebe der Zeit für alles Krankhafte und Verdrehte. Die Feuilletons hoben den Todten auf den Schild und verglichen ihn gar mit Heinrich v. Kleist, der himmel-

hoch über ihm stand; sie besprachen geheimnißvoll die Verwandtschaft des Genius mit dem Wahnsinn, die doch nur bei dem unfertigen Genie vorhanden ist, und Niemand gedachte mehr der tiefen Worte des alten Goethe: Das Genie gehorcht dem Gesetze am willigsten, weil es begreift, daß Kunst nicht Natur ist.

Da die jungen Talente der Bühne fern blieben, so konnte Ernst Raupach ein volles Jahrzehnt hindurch das Berliner Theater beherrschen — ein ernsthafter, schroffer, kalt verständiger Geschäftsmann ohne jede dichterische Ader, aber ein geschickter Macher, der durch zahllose dramatische Gedichte „ernster und komischer Gattung“ — wie er sie selber bezeichnend nannte — die unersättliche Gier des Publikums nach neuen Stoffen mit leidlichem Anstande zu befriedigen wußte. Sein ehrbares Wesen und seine tapfere monarchische Gesinnung verschafften ihm die Gunst des Hofes, auch Hegel beschützte ihn als einen Widersacher der Romantiker. Und was konnte auch aller Romantik schärfer widersprechen als diese entsetzlichen sechzehn Hohenstaufen-Tragödien — jedes Stück in fünf Akten mit einem Vorspiele — die den Rationalismus Friedrich v. Raumer's noch einmal verwässerten? Mit einer Gründlichkeit, welche den Historiker selbst beschämte, wurde der gesammte Thatbestand erschöpft; nichts, gar nichts ward den Hörern erlassen; unerbittlich ging es weiter bis zu dem letzten Augenblicke, da Konradin sein Haupt auf den Block legte, und die Zuschauer mußten dem grausamen Dichter noch danken, daß er nicht auch noch den Kopf des letzten Hohenstaufen leibhaftig über die Bretter rollen ließ. Namentlich die gereimten Gemeinplätze am Ende der Auftritte und Akte zeichneten sich durch zuversichtliche Plattheit aus, und noch lange lebte im Gedächtniß der Berliner der Schlußvers: „Das Glück war niemals mit den Hohenstaufen.“ Und dennoch wirkten die Stücke; die grob gezeichneten Charaktere boten begabten Schauspielern manche dankbare Aufgabe, falsche Declamation verbot sich von selbst in dieser nüchternen Welt. Einmal wurde im Schauspielhause sogar der ganze Cyclus hintereinander aufgeführt, und ein zahlreiches gebildetes Publikum hielt mehr als zwei Wochen lang Abend für Abend standhaft aus um das jambische Collegium über die Kaisergeschichte des Mittelalters vollständig zu hören.

Siebzig Jahre zuvor hatte Lessing die moralisirende Poetik vernichtet; jetzt war durch Ueberbildung der Schönheitssinn wieder so abgestumpft, daß Raupach dreist behaupten durfte, der Zweck der Bühne sei das Volk zu belehren. Immerhin stellte er durch die Masse seiner Dramen den hereinbrechenden Pariser Fluthen noch einen Damm entgegen; und das nämliche Verdienst erwarb sich auch die gemüthliche Schwäbin Charlotte Birchpfeiffer. Sie zählte, wie Iffland, zu den dichtenden Schauspielern, deren das moderne Theater nicht entbehren kann weil es für den Hausbedarf aller sieben Wochenabende sorgen muß. Ihre meist nach Novellen

gearbeiteten brauchbaren Bühnenstücke waren wärmer empfunden als Raupach's Werke, ganz deutsch gedacht, niemals unwahr oder unnatürlich, freilich auch so harmlos, daß Schiller wohl wieder hätte fragen können: Warum entfliehet ihr euch, wenn ihr euch selber nur sucht? —

Sogar die Oper empfand den wachsenden Einfluß Frankreichs. Der erste Dramatiker unter den Tonsetzern, der Berliner Giacomo Meyerbeer war nach Paris gezogen und betrieb von dort aus seine internationale Kunstthätigkeit, immer in Fühlung mit den Stimmungen der Franzosen. Sein Robert der Teufel, der die lange Reihe seiner europäischen Triumphe eröffnete, war der Neuromantik Victor Hugo's nahe verwandt, und als nachher die kirchlichen Gegensätze sich verschärften, griff er zu dem wirksamen Stoffe der Hugenotten. Durch prächtige theatralische Effecte und reizende Melodien riß er die Massen widerstandslos mit sich fort; alle möglichen Formen und Stile mischte er durch einander wenn sie nur die Nerven aufregten. Von der schlichten Großheit deutscher Kunst war nichts in ihm.

Da seine Manier allen schlechten und einigen guten Neigungen der Zeit entsprach, so hätte sie wohl auch in Deutschland die Alleinherrschaft erlangt, wenn ihr nicht ein überlegener Geist entgegengetreten wäre. Wie Meyerbeer war auch Felix Mendelssohn in den verwöhnten Kreisen des Berliner Reichthums aufgewachsen, aber seine reine, liebenswürdige Natur nahm nur die guten und tüchtigen Züge des Berliner Wesens an: die vielseitige Bildung, den freien Blick, die gesellschaftliche Gewandtheit und die Gabe der beredten Mittheilung. Ein Deutscher vom Wirbel bis zur Zehe, konnte er sich selbst in dem Zauber der südlichen Landschaft nicht auf die Dauer wohl fühlen, und von allen Ausländern haben ihn nur die germanischen Engländer, niemals die Franzosen ganz verstanden. Er erweckte durch seinen Paulus das Oratorium der Protestanten zu neuem Leben und gab dem deutschen Liede einen tiefen, weihevollen musikalischen Ausdruck. Fast ebenso folgenreich wie diese Compositionen, die ihn weit über alle lebenden Tonsetzer emporhoben, wurde seine Thätigkeit in den Concertsälen. Als zwanzigjähriger Jüngling wagte er zuerst (1829) in Berlin Sebastian Bach's vergessene Passion aufzuführen, und seitdem bemühte er sich unablässig, die edlen echt deutschen Kunstformen der Symphonie, des Oratoriums, der Sonate den Gebildeten wieder an's Herz zu legen. Die Werke Bach's und Händel's, auch Beethoven's letzte Symphonien, die lange für ungenießbar gegolten hatten, erschloß er dem Verständniß der Nation. Seit er, überall in Deutschland gekannt und geliebt, zu Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Leipzig seinen Taktstock schwang, wurde die fast zum Zeitvertreibe herabgesunkene Musik wieder als hohe Kunst geehrt. Ihm dankten die Deutschen, daß sich in der Hörerschaft immer noch ein Kern reinen Geschmackes erhielt auch als die Anarchie in der Oper einriß. So führte ein Deutscher jüdischer Abstammung unsere gebildete Gesell-

schaft zu den alten Ueberlieferungen ihrer nationalen Kunst zurück, eben in den Tagen da die Pariser Deutsch-Juden sich so frevelhaft an unserem Volksthum versündigten. Mendelssohn's edles und großes Wirken bewies für alle Zukunft, daß der deutsche Jude nur dann wahren Ruhm erringen kann, wenn er ganz und ohne Vorbehalt im deutschen Leben aufgeht. —

Auch die Malerei wurde von dem realistischen Zuge der Zeit ergriffen. Die Welt bedarf immer einer langen Frist, bis sie die Schranken erkennt, welche der Begabung schöpferischer Geister gesetzt sind. Glücklich der Künstler, der wie Schiller von rohen, unreifen Jugendwerken stätig aufsteigt, seinen Genius immer freier entfaltet und dahingeht sobald das Volk ihn ganz zu verstehen beginnt. Ein anderes, ein tragisches Geschick war Cornelius beschieden. Schwung, Adel, Großheit, eine Welt von neuen Ideen hatte er der erstarrten bildenden Kunst gebracht; die Deutschen betrachteten ihn als einen anderen Goethe, König Ludwig stellte ihn fast über die Maler des Cinquecento, und noch im Jahre 1831 wurde er, als er aus Italien heimkehrte, wie ein Fürst eingeholt, die Münchener Künstler spannten ihm die Pferde vom Wagen. Einmal doch mußte dieser Ueberschätzung ein Rückschlag folgen. Cornelius war nur der Klopstock unserer neuen Malerei, reicher wohl, gewaltiger als der Dichter des Messias, aber gleich jenem mehr ein Bahnbrecher als ein Vollender, und leider sollte nach ihm kein Goethe kommen, der alle die Strahlen des neu entdeckten Lichtes in einem Brennspiegel vereinigte. Ihm fehlte die wahrhaft malerische Phantasie, die unbefangene Freude am Spiele der Formen und der Farben; immer stieg ihm zuerst ein großer poetischer Gedanke auf, dann suchte er erst nach den Gestalten, in denen dies frei geschaffene Ideal sich verkörpern sollte. Darum blieb ihm der Humor fremd, und auch die Schönheit des Weibes reizte ihn wenig, da sie selten Ideen ausspricht. Das Lehren gelang ihm wenig, weil er die allein lehrbare Technik geringschätzte und den eigentlichen Zauber seiner Werke, die Macht seiner großen Persönlichkeit, kleineren Geistern nicht mittheilen konnte. So schritt er einsam fürbaß, der ernste kleine Mann mit dem strengen, gewaltigen Denkerkopfe, vergöttert von seinen Schülern, von wenigen ganz verstanden. Er sagte wohl: „die Natur ist die Frau, der Genius der Mann;“ doch er war ein herrischer Gatte, sich in das Leben seines Weibes liebevoll zu versenken fiel ihm nicht bei. Wer nur schlicht und recht malte und dem grandiosen Gedanken des Zusammenwirkens aller Künste nicht zu folgen vermochte, ward von dem stolzen Meister als ein „Fächler“ verachtet. Was focht es ihn an, daß er in München niemals heimisch wurde? die Baiern blieben ihm Barbaren. Was kümmerte ihn der Tadel der Franzosen, die ihm vorwarfen, er dichte nur, er male nicht? sie waren Fremde und konnten deutsche Kunst nicht begreifen.

In solcher Stimmung empfing er den Auftrag, die neue Ludwigskirche mit Fresken zu schmücken, und sofort entwarf sein Dichtergeist den

Plan zu einem dritten großen Bildercyklus, der die beiden ersten noch überbieten sollte, zu einem christlichen Epos, einer gemalten Göttlichen Komödie. Vieles von dem Entwurfe ward durch den Bauherrn gestrichen; was übrig blieb war noch gewaltig genug, und vor Allem in dem Bilde des Jüngsten Gerichts, dem größten Freskobilde der Welt hoffte der Künstler den Geist des geläuterten Christenthums auszusprechen. Ein Vierteljahrhundert zuvor, als er noch in Rom mit den jungen Nazarenern schwärmte, wäre ihm vielleicht ein Werk gelungen, so einfach streng, so tief gläubig wie Memling's Danziger Bild; doch seitdem war er auf einem weiten Bildungsgange durch die Welt des Faust, der Nibelungen, des Homer, durch das ganze Gebiet der Kunstgeschichte hindurchgeschritten. Wie konnte er noch mit ganzer Seele in einer Vorstellung leben, die unter allen christlichen Mythen der Gegenwart am unbegreiflichsten bleibt? — denn so gewiß das Gefühl der Verantwortlichkeit vor Gott mit der reifenden Gesittung sich verschärft, ebenso gewiß muß die Trennung der Böcke von den Schafen und die sinnliche Ausmalung der Höllenstrafen einem menschenkundigen, gebildeten Jahrhundert kindlich erscheinen. An diesem Anachronismus scheiterte auch Cornelius' Genie. Sein Werk ward frömmer, reicher an religiösem Gefühle als die verwandten Gemälde des Michel Angelo und Rubens, die beide nur einen Titanenkampf schilderten, und erreichte ebendeshalb weder die dämonische Erhabenheit des Einen noch die sinnliche Kraft des Anderen. Selbst sein oft bewährtes Compositionstalent, seine wunderbare Gabe, in wenigen Gestalten ein großes Ereigniß erschöpfend darzustellen, verleugnete sich diesmal; das Bild zerfiel in Gruppen, einzelne Gestalten der Engel und der Seligen offenbarten noch die alte Größe, der Höllenfürst aber und seine Teufel erweckten kein Grausen.

Es schwebte ein Unstern über dem ganzen Unternehmen; das fröhliche Künstlertreiben, das einst die Malergerüste der Glyptothek mit seinem Lärm erfüllt hatte, erneuerte sich nicht in der Ludwigskirche. Der königliche Bauherr aber konnte seine Enttäuschung nicht bergen, als er das mißlungene, mangelhaft gemalte Bild betrachtet hatte; er meinte scharf: „Ein Maler muß malen können." Die Zeit war längst dahin, da Kronprinz Ludwig einst bescheiden zu Tieck gesagt hatte: „Heiße auch Ludwig. Große Ehre für mich, ebenso zu heißen wie ein ordentlicher Dichter." Seit er die Krone trug, war sein Selbstgefühl hoch gestiegen; sogar als Künstler glaubte er seinen Malern und Bildhauern gewachsen zu sein, da seine unglücklichen Gedichte so viel schmeichelnde Bewunderer fanden. Cornelius war nicht der Mann, sich eine schnöde Behandlung bieten zu lassen. Bald nach jenen Aeußerungen königlicher Ungnade verließ er München für immer, und mit ihm verschwand auch seine Schule. Das hohe Pathos seines Idealismus genügte der verwandelten Zeit nicht mehr.

Schon während seiner Münchener Herrschaft hatten einzelne der jungen Künstler ihre Eigenart tapfer behauptet. Peter Heß und der fröhliche Lands-

knecht Albrecht Adam schufen ihre Schlachtgemälde frisch nach dem Leben. Der Uhland unserer Malerei, Moritz Schwind, malte im Schlosse Hohenschwangau am einsamen Alpensee Bilder aus der romantischen Sagenwelt, voll inniger Empfindung und schalkhafter Laune. Ueber Riedel's römischen Mädchenbildern lag der brennende Glanz der südlichen Sonne, auch Rottmann's griechische Landschaften zeigten eine Pracht der Farben und des Lichtes, die den strengen Cornelianern fremd war. Selbst von Cornelius' vertrauten Schülern ging der begabteste, Wilhelm Kaulbach, bald seinen eigenen Weg. Nachdem er in dem furchtbaren Bilde des Narrenhauses zuerst seine Gabe scharfer Charakteristik bewährt, zeigte er sich als Meister der Satire in seinem schönsten Werke, dem Reineke Fuchs. Erstaunlich, wie treu er die Thiergestalten nachbildete und wie frei er sie zugleich als Hülle des Menschenlebens verwendete. Auch dies Werk wurde, wie einst der niederdeutsche Reinhart des fünfzehnten Jahrhunderts, ein Sturmvogel der Revolution; der demokratische Geist der alten Volksdichtung sprach aus Kaulbach's Bildern ungleich lauter und dreister als aus der menschlich heiteren, die sociale Tendenz zurückdrängenden Goethischen Bearbeitung, und der ungetheilte Beifall, den diese übermüthige Verhöhnung der Höfe, des Adels, der Kirche in den gebildeten Klassen fand, bewies genugsam, daß in Deutschland schon fast jeder geistreiche Mann dem Lager der Unzufriedenen angehörte. Unterdessen begann Kaulbach die Arbeit an seinen großen Geschichtsbildern, die ihn von seinem verlassenen Meister bald noch weiter abführen sollte.

Keine dieser jungen, aus dem alten Stamme der Münchener Malerei aufsprossenden Kräfte wirkte so tief auf das Volksleben ein wie die neue Düsseldorfer Malerschule. Hier war jetzt Wilhelm Schadow, der Sohn des Bildhauers, als Direktor thätig, ein geborener Organisator, der in seinen eigenen Kunstwerken selten glücklich, doch wunderbar verstand Talente zu finden, zu wecken, zu leiten. Niemand widerstand ihm so leicht, wenn der bewegliche Mann, die Taschen immer vollgepfropft von Plänen und Entwürfen, mit eindringlicher Beredsamkeit seine Lehren entwickelte. Die monumentale Kunst fand in der bescheidenen niederrheinischen Stadt keinen Boden. Der König, der nach dem alten Berliner Brauche das Porträt bevorzugte, bestimmte auch ausdrücklich, daß an seiner Akademie nicht das Fresco, sondern die Oelmalerei zuerst gepflegt werden solle; und Alles was an der Kunst lehrbar ist wußte Schadow in der That seinen eifrigen Schülern mitzutheilen. So blieben die Düsseldorfer von Haus aus eine Malerschule, fast ohne Verkehr mit den anderen bildenden Künsten.

Sie konnten ihre Kundschaft nur unter den Privatleuten suchen, und da die Zahl der kaufenden Kunstfreunde in dem verarmten Deutschland noch sehr gering war, so traten allmählich, nach dem Vorgange Münchens (1823), in den meisten großen Städten Kunstvereine zusammen, die alljährlich ihre Ausstellungen und Verloosungen veranstalteten. Manche dieser Vereine

waren im Anfang nicht viel mehr als Wohlthätigkeitsanstalten, und der arme Ludwig Richter meinte bitter, man wisse nicht recht ob Künstlerhunger oder Kunsthunger sie gegründet habe. Schwer genug hielt es oft, die aller Formenlust entwöhnte Gesellschaft für ideale Genüsse zu erwärmen, am schwersten im nüchternen Niedersachsen. Als in Hannover 1833 zum Geburtstage des geliebten Vicekönigs die erste Kunstausstellung eröffnet wurde, sah sich der Bürger für vier Groschen die Bilder einmal an, der Edelmann aber und der Beamte löste anstandshalber für einen Thaler eine Eintrittskarte, die zu beliebigem Besuche berechtigte, und wie oft erklang nun die Klage: jetzt muß ich noch zweimal hingehn, dann hab' ich meine Karte abgelaufen! Mit den Jahren ward die Mode zur Freude, die Zahl der Theilnehmer wuchs, und bald entstanden aus den Sammlungen der Kunstvereine neue städtische Gallerien, die vom Gemeinsinn der Bürger eifrig gefördert, mit den alten Bilderschätzen der Residenzen zu wetteifern suchten. So erzog sich die Kunst ihr Publikum, freilich mußte sie auch seinem Geschmacke sich anschmiegen.

Die Düsseldorfer malten was der Durchschnittsbildung zusagte, Landschaften, Genrebilder, und mit Vorliebe die Gestalten der Dichtung. Bei den meisten Völkern geht die classische Literatur der Blüthezeit der bildenden Künste voraus, sie findet überall zuerst die neuen Ideale; aber nirgends hat die Malerei so Vieles unmittelbar von den Dichtern entlehnt wie in Deutschland. Eben jetzt waren die Werke unserer Classiker und der wiederbelebte Shakespeare der Masse der Gebildeten erst vertraut geworden, sie standen noch Allen in frischer Erinnerung, und mit kindlicher Begeisterung wurden die Bilder der Mignon, der beiden Leonoren, der Söhne Eduard's begrüßt, denn unwillkürlich fanden die Beschauer in den Gemälden den Zauber der Gedichte wieder. Den Meistern Sohn, Hildebrandt, Schirmer folgte eine Schaar treufleißiger junger Leute, die mit ihren empfindsamen Genoveven, Aschenbrödeln und Rothkäppchen der Damenwelt heiße Thränen entlockten; manche von ihnen schienen zu glauben, daß der einfache Gegensatz von Brünetten und Blondinen, verwitterten Männern und rosigen Jünglingen den ganzen Reichthum des Menschenlebens erschöpfe.

Gleichwohl blieben in der frischen rheinischen Luft der Farbensinn und das Naturgefühl immer lebendig. Schadow's Schule brachte die Technik der Malerei, den liebevoll in's Einzelne dringenden Künstlerfleiß wieder zu Ehren, und wie die Düsseldorfer nicht verschmähten von den Franzosen zu lernen, so gewannen sie auch der deutschen Kunst zuerst wieder den Beifall des Auslands. Einige ihrer kräftigsten Talente wagten sich auch schon in die historische Welt hinaus. Etwas empfindsam, aber wahr und tief erfaßte der junge Bendemann den poetischen Gehalt großer geschichtlicher Katastrophen in seinen Erstlingswerken, den trauernden Juden und dem Jeremias; der glänzende Erfolg bewies, wie viel gemeinverständlicher als das Frescogemälde der malerische Reiz des Oelbildes den modernen Men-

schen erschien. Erst auf weiten Umwegen gelangte auch der Schlesier Karl Lessing zur historischen Kunst, ein frühreifer, ernster, streng gewissenhafter Künstler, der von dem mannhaften Freimuth seines Großoheims, des Dichters viel geerbt hatte. Sein Bild von dem trauernden Königspaare, das schon weit mehr war als eine gemalte Illustration und den Vergleich mit Uhland's Ballade nicht zu scheuen brauchte, verschaffte ihm zuerst einen Namen; Chamisso sang entzückt:

Ich küsse Dir die Hand, der Greis dem Knaben!

Unbeirrt durch den Beifall, bildete er sich rastlos weiter aus, zunächst als Landschafter. Italien und die Alpen besuchte er niemals, weil er seine Phantasie nicht verwirren und sich die Liebe zu seinen deutschen Mittelgebirgen nicht verderben wollte. Diese kannte er aus dem Grunde, namentlich den schwermüthigen Zauber der öden vulkanischen Eifellandschaften, die er durch historische Staffagen zu beleben liebte. Nun erst eröffnete er mit der Hussitenpredigt die Reihe seiner historischen Gemälde, die allesammt bedeutende, dem Gefühle der Gegenwart verständliche Kämpfe behandelten und von den rheinischen Clericalen, ganz mit Unrecht, als protestantische Tendenzbilder verrufen wurden.

Es war das Verdienst dieses kräftigen und wahrhaftigen Mannes, daß die Düsseldorfer Schule nicht in der Kleinmalerei verkam. Auch der Humor fehlte nicht, der dem gefühlsseligen Wesen die Wage hielt. Der Märker Adolf Schrödter verhöhnte die weinerlichen Romantiker in dem Bilde der trauernden Lohgerber, er schuf die Typen des Falstaff und des Don Quixote, wie sie sich seitdem in der deutschen Kunst erhalten haben, und in dem Triumphzuge des Weines faßte er alle die tollen Schwänke zusammen, die sich die jungen Künstler zum Besten gaben, wenn sie auf ihren rheinischen Studienreisen Abends im Goldenen Pfropfenzieher zu Oberwesel beim feurigen Engehöller beisammensaßen. Nach wenigen Jahren zeigte sich aber schon ein Zwiespalt in dem glücklichen Künstlerkreise. Schadow war in Rom zur katholischen Kirche übergetreten und begünstigte mehr und mehr ein neues Nazarenerthum, das technisch geschickter aber noch geistloser war als das alte. Mit diesen süßlichen Madonnenbildern konnte sich der Protestant Lessing unmöglich befreunden; die Zeit nahte heran, da der moderne Realismus sich von den Epigonen der Romantik offen lossagen mußte.

Solche Parteikämpfe waren für das kindliche Gemüth des Westpreußen Eduard Meyerheim kaum vorhanden. Der lebte in Berlin ganz seiner Staffelei und der Musik, wanderte im Sommer in die Berge, nach Thüringen oder auf den Harz, und suchte sich dort unter Kleinbürgern und Bauern seine Stoffe. Zarter und weicher als wir heute empfinden, aber frei von falscher Gefühlsseligkeit schilderte er die Anmuth des Herzens, welche das schlichte Volksleben verklärt; seine anheimelnden Bilder wurden den Besuchern der Ausstellungen bald so unentbehrlich wie die Dorfgeschichten den Lesern. Franz Krüger dagegen bewegte sich ganz auf den Höhen der Ge-

sellschaft; er war der Künstler der vornehmen Welt, malte die Prinzen und die Hofleute ebenso vortrefflich wie ihre edlen Rosse, Alles ohne Schönfärberei, treu und wahr, mit jener Freude am Wirklichen, welche Chodowiecki zuerst unter den Berliner Malern erweckt hatte. In den großen Paradebildern, die ihm der Hof auftrug, mußte er den denkbar ungünstigsten Stoff bewältigen, die schnurgeraden Fronten der Grenadiere mit ihren häßlichen Fräcken und steifen Halsbinden, die hohen Federhüte der Generale und die Stutzschwänze ihrer Pferde. Wie reich, bedeutsam, markig erschienen gleichwohl seine Gemälde; welche Fülle des Lebens lag in der Geschichte dieses Staates, wenn man sie nur zu packen verstand. Niemand wußte das besser als der junge Adolf Menzel, der noch wenig beachtet einherging. Sein Genie sollte dereinst vollenden was die Berliner Realisten Chodowiecki und Krüger begonnen hatten; auf die Sittenbilder und die Paradebilder folgten die Heldenbilder der preußischen Geschichte. —

Auch in Rauch's Herzen glühte dieser preußische Stolz. In tiefster Seele hatten ihn einst die Tage des Unheils und dann die wunderbare Erhebung ergriffen. Immer war es ihm eine Lust wenn er die Bilder der Männer, die bei jenen Kämpfen mitgewirkt, in Erz oder Marmor gestalten durfte. Er nannte sein edles Handwerk die eigentlich historische Kunst und wiederholte gern das Goethische Wort: „Das beste Monument des Menschen ist der Mensch.“ Selbst aus Schleiermacher's unschönem Kopfe fand er das Lebendige, das Unsterbliche heraus. In die Züge des Königs, der ihm auch als Mensch immer theuerer wurde, hatte er sich ganz eingelebt; eine Büste folgte der anderen, wie er auch das Grabbild seiner Königin, blos um sich selber genug zu thun, noch einmal ausführte. Für sein Preußen war ihm keine Arbeit zu gering. Immer wieder formte er den Adler für Festungsthore und Brückenpfeiler, bis das geliebte Wappenthier endlich die rechte monumentale Gestalt erhielt; auch die schwarzen Husaren empfingen von seiner Hand die verschönerten Todtenköpfe für ihre Kolpaks. Mit Freuden übernahm er das Standbild Friedrich Wilhelm's I. für die Stadt Gumbinnen; es that ihm wohl, daß er dort in der dankbaren Ostmark den gestrengen Soldatenkönig in seiner menschlichen Güte, als „Litthauens Wiederhersteller“ darstellen durfte. Gleichwohl blieb er zu sehr ein Classiker um sich ganz heimisch zu fühlen in dieser formlosen nordischen Welt. Seine liebsten Erinnerungen hingen doch an Italien, an jenen glücklichen Jugendtagen, da die neue germanische Völkerwanderung in die ewige Stadt eingezogen war um die entartete Kunst zu retten wie vordem die entartete Kirche. Wie war ihm dort die Seele weit geworden, wenn er unter den Statuen des Vaticans einherwandelte oder in Carrara die schneeweißen, gleich Zuckerhüten in die blaue Luft ragenden Berggipfel bestaunte und dann mit seinem Freunde Tieck durch die Schluchten kletterte um den edelsten Marmor auszusuchen.

Darin liegt die selten verstandene hohe Schönheit der neuen deut-

schen Geschichte, daß alle die kleinen Bäche der Stammesgeschichten nach und nach, wie durch eine geheimnißvolle Naturgewalt getrieben, zu einem Strome zusammenfließen, bis schließlich jeder Theil der Nation an der Größe des Vaterlandes seinen Antheil gewinnt. So gewiß der Süden an dichterischer Gestaltungskraft den Norden überbot, ebenso gewiß waren die Nordgermanen im Verständniß wie in der Kunst der Plastik den Oberländern überlegen. Die Niederdeutschen Winckelmann und Carstens, Schinkel und Rauch erweckten uns zuerst den Sinn für die Formenschönheit der Antike; neben ihnen die stammverwandten Dänen Thorwaldsen und Zoega der Archäolog. In Berlin fühlte sich Rauch nirgends glücklicher als bei Wilhelm Humboldt, der ihm noch von Rom her ein treuer Gönner war, und bei Schinkel, denn Beide glaubten wie er selbst an die Wahlverwandtschaft des hellenischen und des germanischen Genius. Es war sein Stolz, daß Preußen mehr als irgend ein anderer Staat für das Studium der Antike that; die neuen Gyps-Museen an den Universitäten Bonn, Königsberg, Breslau förderte er eifrig, auch ein großes Lager von Marmorblöcken ließ er in Berlin zusammenbringen.

Mit den Jahren wuchs seine Freude an den classischen Formen. Darum empfand er es fast wie eine Erlösung, als ihm König Ludwig den Auftrag gab die Regensburger Walhalla mit sechs kolossalen Victorien zu schmücken. Nun konnte er doch endlich „die ewigen Pantalons“ der preußischen Feldherrnstatuen in den Winkel werfen und an „dem edlen Nackten“ sein Auge weiden. Diese herrlichen Frauengestalten blieben sein Lebensglück für viele Jahre. Daneben fand er noch Zeit für das ganz realistisch gedachte Nürnberger Dürer-Denkmal; und den Bibelspruch „Lasset die Kindlein zu mir kommen“ verkörperte er, rührend einfach, in dem Standbilde des frommen Francke zu Halle. Auch die Nachklänge der Romantik berührten ihn einmal leise, als er die liebliche Statuette der auf dem Hirsche reitenden Jungfrau von Tangermünde schuf. Langsam gereift gelangte er erst als er den Sechzigern nahe war zur Vollkraft seines Schaffens. Mit peinlicher Sorgfalt, als hätte er noch gar nichts geleistet, bereitete er seine Werke vor. Auf der Reise bemerkte er jeden wohlgeformten Baum, jeden anmuthigen Hügel, nur wenn die Dunkelheit hereinbrach fühlte er sich unglücklich; seiner Tochter in Halle mauerte er bei jedem Besuche Reliefs in die Wände ihres Vorsaals, ein plastisches Stammbuch, das sie an des Vaters Leben und Denken erinnern sollte. Die Kunst war ihm Alles, und ganz wie ein König fühlte er sich in seinem Reiche; alle Leute sahen ihm nach, wenn er zur Winterzeit, in seinen hellen faltenreichen Mantel gehüllt, majestätisch die Linden hinunterschritt. Unter seiner strengen Leitung wurde die Berliner Bildhauerschule auf ein Menschenalter hinaus die erste der Welt. Viele tüchtige Künstler, fast durchweg Nord- und Mitteldeutsche, gingen aus ihr hervor: so Drake aus dem Waldecker „Geniel ändchen“, das auch das Geburtsland von Rauch selbst, von Kaulbach und Bunsen war, so Kiß,

Bläser, Wolff und, Alle überragend, der Kursachse Ernst Rietschel, ein sanfter, romantisch gestimmter Geist, der erst durch Rauch in die antike Welt eingeführt, dann aber schnell erstarkt des Meisters Lieblingsschüler wurde.

Wie schwächlich erschien neben diesem classischen Realismus der Berliner Schule die Schnellfertigkeit Schwanthaler's. Er war und blieb ein Romantiker; das mußte Jeder fühlen, der ihn auf seiner Burg Schwaneck hoch über der Isar nach mittelalterlichem Ritterbrauche leben sah. Den entsagenden Fleiß, den die Strenge der Antike ihren Schülern aufzwingt, kannte er nicht. Wahrhaft lebendig war in der Münchener plastischen Kunst nur die Erzgießerei. Sie erlangte einen Weltruf, seit Miller die Leitung des Gießhauses übernommen hatte; selbst die Amerikaner bestellten sich dort die ehernen Thüren für ihr Capitol. —

Ein Glück für Rauch, daß ihm die Baiern so viel Beschäftigung gaben. Preußen mußte jetzt mit Aufträgen kargen, da die Kriegsrüstungen alle verfügbaren Mittel verschlungen hatten; was für die Kunst noch übrig blieb, wurde großentheils für die Vollendung des Museums dahingegeben. So konnte auch Schinkel nur noch einmal eine Aufgabe bewältigen, die seines Genius würdig war. Widerwillig hatte er sich bei den meisten seiner Bauten bisher mit dem Blendwerk der Verputzung beholfen. Er wußte wohl, daß die Werke seiner geliebten Alten ihre majestätische Wirkung nicht blos dem Adel der Formen, sondern auch der tadellosen Gediegenheit des Rohstoffes verdankten. Da die Staatskassen den Haustein nicht zu erschwingen vermochten, so griff er zurück zu der volksthümlichen, naturgemäßen Bauweise der Ebene und schuf in der Berliner Bauakademie das edle Vorbild für den Backstein-Rohbau, der seitdem in seiner alten norddeutschen Heimath wieder aufzublühen begann. Es war vielleicht das eigenthümlichste seiner Werke, ein mächtiger Würfel, trutzig wie die florentinischen Paläste des Mittelalters, und doch voll Anmuth; blaue Backsteinstreifen belebten die düster-rothen Wände — ein ganz neuer Versuch in diesen des Farbensinnes entwöhnten Tagen; die classischen Terracotten-Ornamente fügten sich in die Flachbogen der breiten Fenster harmonisch ein.

Sonst wurden ihm nur noch kleinere Arbeiten zugewiesen, und sehr schmerzlich empfand er, wie die Ungunst der Zeit ihm die Schwingen beschnitt, denn er stellte die Kunst sogar noch höher als die Sprache; der Sieg der hellenischen Cultur über die Nacht der Urzeit, den er in den Zeichnungen für die Vorhalle des Museums schilderte, war ihm der eigentliche Inhalt aller Geschichte. Aber auch bei unscheinbaren Werken blieb er immer treu seinem Spruche: „die Kunst ist überhaupt nichts, wenn sie nicht neu ist, überall wo man sucht ist man wahrhaft lebendig.“ Mochte er für die Berliner Vorstadt Moabit oder für das entlegene Litthauer Städtchen Darkehmen eine Kirche bauen, immer suchte er auf neue Weise die Frage zu lösen, wie sich die praktischen Bedürfnisse des evangelischen Cultus mit den Ge-

setzen der Schönheit vertragen sollten, und begreiflich, daß ihm die Antwort dann am glücklichsten gelang, wenn er zu südländischen Formen griff. Die kirchliche Gothik lag diesem protestantischen Hellenen fern; in dem nüchternen Bau der Werderschen Kirche war von der himmelanstrebenden, überschwänglichen Mystik des gothischen Stiles wenig zu spüren. Unerschöpflich arbeitete Schinkel's Phantasie, wenn er ein Schloß mitten in einen grünen Park hineinstellen sollte; denn darin empfand er ganz germanisch, daß er die höchste Schönheit nur da erkannte, wo sich die Werke der Menschenhand unmittelbar in die Fülle der Natur einfügten. Nur wenige dieser Bauten — so die liebliche Villa Charlottenhof — wurden noch von ihm selbst, andere — so die Schlösser Babelsberg und Camenz — erst späterhin von fremder Hand ausgeführt; die meisten aber blieben Entwürfe, auch der märchenhaft schöne Plan für das Schloß Orianda. Am Berliner Opernplatze wollte er die Bibliothek einreißen und dem Prinzen Wilhelm ein herrliches Terrassenschloß bauen; doch die beschränkten Mittel des Prinzen reichten nicht von fern aus, und Schinkel mußte sich darein ergeben, daß sein Freund Langhanns an der schmalen Ecke des Platzes einen edlen, aber überaus bescheidenen kleinen Palast ausführte. Nur ein kleiner Bruchtheil seiner ungeheueren Kraft brachte dem deutschen Leben Frucht. Bis in die Zeiten der Revolution hinein ließ sich die Nachwirkung seines Genius noch an den neuen Kirchen und Museen erkennen, auch an manchen der freundlichen Landhäuser, die allmählich, bei steigendem Wohlstand, vor den Thoren der großen Städte sich erhoben. Dann aber ging das stille, friedliche Geschlecht, dem er seine Arbeit gewidmet hatte, zu Grabe; die neue Zeit des lärmenden Weltverkehrs, der Bahnhöfe, der Ausstellungen, der Banken stellte der Baukunst völlig veränderte Aufgaben.

Gehemmt und gebunden wie sie war, griff Schinkel's Thätigkeit doch ungleich tiefer in die nationalen Sitten ein als die fieberische Baulust des Münchener Hofes. An dem Rheinländer Gärtner hatte König Ludwig endlich einen Baumeister gefunden, wie er ihn brauchte, einen beweglichen, schnellfertigen Künstler, der unbedenklich Alles lieferte, was der ungeduldige Bauherr verlangte. In rascher Folge entstanden nun die romanischen Prachtbauten der Ludwigstraße, die meisten kahl und langweilig, wenngleich es dem Treppenhause der Bibliothek nicht an malerischem Reize fehlte. Zum Glück ward an das eine Ende der öden Straße das dem Constantinsbogen nachgebildete Siegesthor gesetzt; an das andere Ende kam eine wenig gelungene, aber aus der Ferne stattlich wirkende Nachbildung der florentinischen Loggia dei Lanzi. Diesen Raum nannte man die bairische Feldherrnhalle und stellte die Bildsäulen Tilly's und Wrede's darin auf — zum Ergötzen der nachbarlichen Spötter, denn der eine war kein Baier, der andere kein Feldherr. Das gemachte und gesuchte Wesen dieser monumentalen Kunst auf geschichtslosem Boden zeigte sich nirgends greller als an dem ehernen Obelisken, der den 30,000 in Rußland gebliebenen bairi-

schen Soldaten errichtet wurde. Es war ein Meisterstück der Erzgießerei; am Fußgestell prangten die Widderköpfe altrömischer Mauerbrecher und die Inschrift: Auch sie starben für des Vaterlandes Befreiung. Die Münchener Bürger aber, die von der römischen Aries nichts wußten, fragten mit verzeihlichem Erstaunen, warum ihr Monarch seine tapferen Krieger durch vier große Schafköpfe ehren wolle, und als Czar Nikolaus sich den Obelisken besah, mußte König Ludwig seine ganze Beredsamkeit aufbieten, um dem Russen zu beweisen, daß die Inschrift wirklich einen Sinn hätte. Indeß bewiesen Ziebland's Bonifacius-Basilica und Ohlmüller's gothische Kirche in der Au, daß die Münchener Bauhütte auch gesunde Talente zu erziehen wußte. Manche Unternehmungen des kunstsinnigen Königs, die den Zeitgenossen noch sonderbar erschienen, fanden erst nachträglich ihre Rechtfertigung, seit der Verkehr wuchs und freundliche Bürgerhäuser die Prachtbauten rings umschlossen. —

Die redenden wie die bildenden Künste konnten sich den krankhaften Stimmungen des Zeitalters nicht entziehen; die Wissenschaft hingegen bewahrte das Mark des deutschen Genius fast unversehrt. Sie übernahm jetzt die Erbschaft der großen Ueberlieferungen der classischen und der romantischen Epoche zugleich, und es bezeichnet den verschlungenen Entwicklungsgang dieses vom Himmel auf die Erde niedersteigenden Volkes, daß die Deutschen auch in der politischen Geschichtschreibung anderen Nationen vorausschritten zu einer Zeit, da die schlichte Tüchtigkeit der preußischen Staatskunst, arm wie sie war an glänzenden Erfolgen, weder daheim noch auswärts irgend gewürdigt wurde. Leopold Ranke hatte mittlerweile seine Wanderjahre angetreten. In Wien lernte er Gentz kennen und befestigte sich auf's Neue in der Einsicht, daß der Staat zuerst Macht ist, die Herrschaft über Europa durch das Einverständniß der großen Mächte ausgeübt wird. Dort entstand auch, unter dem frischen Eindrucke der Aufzeichnungen und Gespräche des serbischen Patrioten Wuk die „Geschichte der serbischen Revolution“, ein Muster lebendiger, das Ferne und Fremde vergegenwärtigender Erzählungskunst, ganz frei von der Schwerfälligkeit deutscher Zunftgelehrsamkeit und doch kritisch gesichtet und gesichert.

Dann ging er nach Rom, und hier, wo die Kunst und die Alterthumskunde der Deutschen neues Leben geschöpft hatten, sollte auch die Forschung der neueren Geschichte ihren Jungbrunnen finden. Im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert, die noch lange Ranke's bevorzugtes Arbeitsfeld blieben, umspannte die Politik der Päpste noch die Welt; von Rom und Venedig aus konnte er den Wandel der internationalen Machtverhältnisse nicht vollständig, aber mit annähernder Sicherheit übersehen, die in Italien gesammelten archivalischen Schätze bildeten den Grundstock seiner unvergleichlichen diplomatischen Gelehrsamkeit. Also ausgerüstet schuf er das

schönste seiner Werke, die Geschichte der Päpste — ein Buch, das nur ein Deutscher und unter den Deutschen nur Ranke schreiben konnte. Die Vielseitigkeit seines Erkennens und Verstehens war bedingt durch eine geniale Einseitigkeit der Charakteranlage, wie sie sich sonst fast nur bei schroffen und harten Naturen findet. Mit einem lebhaften und empfänglichen Geiste verband er von früh auf eine gelassene Ruhe des Gemüths, die selbst das Geschehende wie ein Geschehenes hinnahm. Als Jüngling auf der Schulpforte hatte er einst die Schlachten von Großgörschen und Leipzig nahe vor Augen gesehen, nicht gefühllos, aber auch unberührt von jener glühenden vaterländischen Begeisterung, welche damals so viele andere junge Kursachsen unter die Fahnen der Verbündeten führte. Dann wurde er durch die Theilung Sachsens ein Preuße, und dankbar erkannte er die Ordnung, die Gerechtigkeit, die Bildung des neuen Heimathstaates an; doch das kurz angebundene preußische Wesen, der eigenthümliche „Muck" der Märker blieb ihm ebenso fremd wie der reizbare Stolz preußischer Staatsgesinnung, und soweit sich in seiner durchaus selbständigen Auffassung deutscher Geschichte die Spuren alter Ueberlieferungen erkennen ließen, wiesen sie nach Kursachsen zurück, nicht nach Preußen. So ward er auch zur Wahl seines Berufes nicht durch Lebenserfahrungen bestimmt, wie die Mehrzahl der bedeutenden Männer, sondern durch die Arbeit des Erkennens selbst; er las Geschichtswerke ohne Zahl, und erst aus der Fülle des Wissens erwuchs ihm der Entschluß, der Welt die Wirklichkeit des historischen Lebens zu zeigen, rein, zuverlässig, bestimmt, so daß er selber hinter dem Bilde ganz verschwände.

Als er die Geschichte der Päpste begann, schlug er die augenblickliche Macht des Vaticans sehr niedrig an. „Das Verhältniß der päpstlichen Gewalt zu uns, sagte er gleichmüthig, übt keinen wesentlichen Einfluß weiter aus. Die Zeiten wo wir etwas fürchten konnten sind vorüber, wir fühlen uns allzu wohl gesichert." Es war ein Irrthum, den er mit der gesammten Zeit theilte; in späteren Jahren nahm er ihn selbst zurück und gestand, eine neue Epoche des Papstthums habe begonnen. Aber jenem glücklichen Gefühle der Sicherheit verdankte sein Buch den künstlerischen Zauber. Mit einer Unbefangenheit, die in der allezeit streitbaren Kirchengeschichte ohne gleichen dastand, schilderte er die große Tragödie der Gegenreformation und übertrug Niebuhr's kritische Methode zum ersten male in die Erforschung der neuen Geschichte. Mochte er freien Blicks die weithin über die Erde verzweigten Pläne der geistlichen Weltherrschaft überschauen oder Art und Unart der handelnden Männer mit feinen, sauberen Strichen zeichnen, das Große wie das Kleine der historischen Welt war ihm gleich vertraut. Zum ersten male seit Schiller's gewaltigen historischen Charakterschilderungen schuf ein deutscher Geschichtsschreiber wieder die Bilder lebendiger Menschen, aber nicht blos mit künstlerischer Phantasie, sondern auch mit gelehrter Sachkenntniß. Hinter der leichten Anmuth der Erzählung

verbarg sich ein dem Goethischen Geiste verwandter Tiefsinn. An den Altmeister erinnerte nicht blos die Weltfreude, die nichts Menschliches von sich abwies, sondern auch die wissenschaftliche Grundanschauung, die alles historische Werden aus dem Zusammenwirken der allgemeinen Weltverhältnisse und der freien persönlichen Kräfte erklärte. Dies Buch zeigte wirklich was Goethe sich einst auf der Heimkehr aus Rom noch zu ergründen vorgenommen hatte: „wie aus dem Zusammentreffen von Nothwendigkeit und Willkür, von Antrieb und Wollen, von Bewegung und Widerstand ein Drittes hervorgeht was weder Kunst noch Natur, sondern Beides zugleich ist, nothwendig und zufällig, absichtlich und blind.“

Kein Zufall wahrlich, daß diese erste classische Geschichtserzählung des neuen Deutschlands gerade der Universalgeschichte angehörte. Für ein nationales Geschichtswerk großen Stiles war die Zeit noch nicht gekommen; uns fehlten noch die allgemein anerkannten politischen Ideale und der sichere Instinkt des unangreifbaren, in Fleisch und Blut eingedrungenen Nationalstolzes. Jener freie Weltbürgersinn der deutschen Dichtung, der alles Große anderer Zeiten und Völker als sein Eigenthum betrachtete, bewährte jetzt auch in der politischen Geschichtschreibung seine Kraft; und da nun andere begabte Historiker dem Beispiel Ranke's folgten, so gewöhnten sich die Ausländer bald anzunehmen, daß jeder tüchtige deutsche Gelehrte, der über andere Nationen schriebe, dies fremde Volksthum auch kenne, während weitum im Auslande nur ein einziger Mann lebte, der die deutsche Geschichte verstand: Thomas Carlyle. Deutschland denkt für Europa, sagte der Amerikaner Emerson, diese Halbgriechen umfassen die Wissenschaft aller anderen Völker. Ranke's Werk errang der deutschen Geschichtschreibung zuerst einen Weltruf. Niebuhr's römische Geschichte hatte doch nur die Philologen, die überall in kosmopolitischer Luft leben, begeistert; jetzt aber sprach auch ein ganz moderner Mensch, der Deutschland weder kannte noch liebte, Macaulay seine Bewunderung aus.

In der Heimath selbst war der Beifall keineswegs ungetheilt. Die Hochgebildeten und Welterfahrenen vermochten die vornehme Ruhe des Historikers zu begreifen, aber nicht blos die rohen Radicalen, denen nur die plumpe Tendenz willkommen war, schmähten auf seine Mattherzigkeit; auch unverbildete junge Männer wie Gustav Freytag fühlten sich in ihrer teutonischen Empfindung verletzt, und mit vollem Rechte. Sie ahnten dunkel, daß diesem vollendeten Kunstwerke doch noch ein letzter Zug historischer Wahrheit fehlte, daß die sittliche Welt rettungslos untergehen müßte, wenn alle Menschen so dächten wie dieser geistvolle Beobachter. Der Historiker und der Philosoph vermag, was kein anderer Gelehrter kann, durch seine Wissenschaft den ganzen Menschen zu ergreifen. Von diesem edlen Vorrechte machte Ranke selten Gebrauch; er hielt nicht nur sein eigenes sittliches Urtheil fast immer zurück, er ging auch so gänzlich auf in der Weltan-

schauung der geschilderten Zeit, daß manche seiner Charakterschilderungen fast den Eindruck erweckten, als ob zwei schlaue Monsignori des siebzehnten Jahrhunderts sich einander vorstellten. Von den Höfen, denen er seine diplomatische Kunde verdankte, blickte er ungern hinab in die Niederungen der Gesellschaft. Und doch ist das Licht der evangelischen Wahrheit in so vielen edlen Völkern unzweifelhaft nicht durch die diplomatischen Künste kluger Cardinäle wieder ausgelöscht worden, sondern durch die rohen Kräfte der Dummheit, des Aberglaubens, der Gewohnheit, des Hasses, die in den blinden Massen arbeiteten und von den Staatsmännern des Vaticans nur benutzt wurden. Diese thierischen und dämonischen Mächte der Geschichte beachtete Ranke wenig; weder die wiehernde Blutgier der Mordbanden der Bartholomäusnacht noch das fanatische ni olvido ni perdon der spanischen Soldatesca führte er den Lesern dicht unter die Augen. Er zeigte nicht, weßhalb Martin Luther den gekrönten Priester für den Antichrist halten mußte; und auch die radicale Unvernunft des Jesuitenordens, der doch alle Staaten, in denen er herrschte, zuletzt unfehlbar zu Grunde richtete, trat nicht grell genug heraus. Die ernste Frage, warum die brutale Macht einen halben Sieg über die Idee davontragen konnte, ward also nicht vollständig beantwortet.

Während der Arbeit fühlte Ranke selbst, daß die sittliche Ueberlegenheit des germanischen Protestantismus in seinem Buche nicht recht zur Geltung kam, und faßte schon den Plan, in einem neuen Werke, einem Gegenbilde, die große Zeit der Anfänge der deutschen Reformation darzustellen. Wie viel schwerer dies sei, wußte er wohl. „So etwas können wir nicht zu Stande bringen," sagte er einmal über ein Buch von Aug. Thierry, denn die Fülle des Moments aus der vaterländischen Vergangenheit herauszugreifen mußte den Franzosen allerdings leichter gelingen als den Deutschen. Doch er traute sich's zu, durch die Wärme seines religiösen Gefühls zu ersetzen was ihm an patriotischer Leidenschaft abging. Unterdessen nahm er seine Berliner Vorlesungen wieder auf und begründete dort das erste der historischen Seminare, welche seitdem, durch seine Schüler weitergebildet, auf allen unseren Universitäten die methodische Quellenforschung gepflegt haben. Seine Schule wurde die Pflanzstätte einer neuen Generation von Historikern. Waitz, Sybel und viele andere aufstrebende Talente schlossen sich ihm an, auch die Bönhasen konnten sich der Einwirkung seines schöpferischen Geistes bald nicht mehr entziehen. Da die Stiftung Stein's, das große Sammelwerk der Monumenta Germaniae unter Pertz's Leitung rüstig vorgeschritten war, so regte Ranke die jungen Männer zur Verwerthung des Rohstoffes an, und mit den „Jahrbüchern des deutschen Reichs unter dem sächsischen Hause" begann eine lange Reihe gründlicher Arbeiten, die den Thatbestand unserer mittelalterlichen Geschichte ganz anders sicher stellten als Raumer es einst vermocht hatte.

Der freie Geist, der unter den Historikern sich regte, drang nun endlich auch in die Staatslehre ein. Es ward hohe Zeit; denn da die Schüler Niebuhr's, Savigny's, Eichhorn's sich fast allesammt der Philologie oder der Rechtsgeschichte zuwendeten, so blieben die bahnbrechenden Gedanken der historischen Juristen der zünftigen Staatswissenschaft lange ganz unbekannt. Die liberalen Staatsgelehrten grasten vergnüglich auf der Gemeinweide ihres Naturrechts und rühmten sich des Fortschritts, während sie arge Reaction trieben. Was für Plattheiten brachte der Leipziger Pölitz in seinem Buche über das constitutionelle Leben zu Markte: alles irdische Dasein ging ihm in „den beiden Begriffen Religion und Bürgerthum" auf, und nur „schriftliche Verfassungsurkunden" — ohne Papier ging es nicht — konnten die Freiheit des Bürgerthums sichern. Noch weit bedenklicher erschien die wissenschaftliche Verwahrlosung des deutschen Liberalismus in dem Staatslexikon, das Rotteck und Welcker seit dem Jahre 1834 herausgaben. Das wohlberechnete und klug geleitete Unternehmen zählte fast alle namhaften Männer des süddeutschen Liberalismus, daneben auch viele Norddeutsche, zu seinen Mitarbeitern und fand unter den Mittelklassen sogar noch größere Verbreitung als vordem Rotteck's Weltgeschichte. Wie viel leichter als eine ausführliche Geschichtserzählung ließen sich doch diese kurzen Artikel lesen, in der bequemen alphabetischen Ordnung, die schon seit dem Brockhausischen Conversationslexikon dem großen Publikum mundgerecht war; der gesinnungstüchtige Philister brauchte ja nur das Stichwort aufzuschlagen, um sofort zu wissen, was er über jede politische oder kirchliche Frage zu urtheilen habe. Gegen die untrügliche Sicherheit dieses Orakels kam kein Widerspruch auf; Rotteck vermaß sich im Vorwort kurzab „nur solche Lehren vorzutragen, daß deren Anfeindung als Aeußerung der Böswilligkeit erscheinen müsse".

In jedem Landtagshause, in allen Redactionszimmern und Lesecabinets prangte die lange Bändereihe des Staatslexikons; der Kronprinz von Preußen aber und seine romantischen Freunde bezeichneten fortan alle Verirrungen des Zeitgeistes mit dem Schimpfnamen Rotteck-Welcker. Das Sammelwerk enthielt einige brauchbare Arbeiten, namentlich gute volkswirthschaftliche Aufsätze von List und Mathy; aber der Grundgedanke war unhaltbar und veraltet, die leidenschaftlichen und weitschweifigen leitenden Artikel der beiden Herausgeber sangen immer nur das alte Lied von dem allein wahren Vernunftrechte der französischen Revolution, dem das positive und das historische Recht nun endlich weichen müßten. Nun gar in den historischen Artikeln tummelte sich der liberale Philistergeist mit einer Selbstgefälligkeit, als ob Niebuhr nie gelebt hätte. Wie ein sparsamer Familienvater seinen liederlichen Sohn, schalt der Pfälzer Radicale Kolb den großen Friedrich aus, weil er so viel Geld und Blut an die Eroberung Schlesiens verschwendet hatte. Ein solches Werk konnte wohl der liberalen Partei neue Anhänger werben, die politische Bildung der Nation förderte

es wenig, am wenigsten in Oesterreich, wo das Gegengewicht einer lebendigen historischen Wissenschaft noch fast ganz fehlte. Die denkfaule Masse der Leser wurde dadurch nur bestärkt in ihrer Neigung, über unverstandene Dinge mit einigen schallenden Schlagworten abzusprechen, in jenem blinden und zugleich bildungsstolzen Autoritätsglauben, der die Jahrhunderte der Vielwisserei so viel häßlicher erscheinen läßt, als die naiven gläubigen Jugendzeiten der Gesittung.

Da entriß Dahlmann die Staatslehre dem Bannkreise der naturrechtlichen Formeln durch sein Buch: die Politik (1835). Indem er die Politik „auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände" zurückführte, hob er die entgeistete constitutionelle Doctrin mit einem male auf die freie Höhe, welche die Geschichtsforschung längst erreicht hatte und gab dem deutschen Liberalismus zuerst einen festen wissenschaftlichen Boden. Gleich seinem Freunde Niebuhr verwarf er die Hirngespinste vom Naturzustande und Staatsvertrage, er faßte den Staat als „eine ursprüngliche Ordnung, einen nothwendigen Zustand, ein Vermögen der Menschheit"; aber während die historischen Juristen den constitutionellen Staat bisher als eine Ausgeburt der naturrechtlichen Wahnbegriffe bekämpft hatten, gelangte Dahlmann gerade durch seine historische Methode zu dem Schlusse, daß die constitutionellen Formen sich aus der Entwicklung des deutschen Staatslebens mit innerer Nothwendigkeit ergäben. So ward endlich mit wissenschaftlicher Strenge erwiesen, was in den Staatsschriften der Stein'schen Reformperiode nur angedeutet war. Diese völlig neue Beweisführung wirkte so überzeugend, daß selbst Heinrich Leo, der leidenschaftliche Feind des Liberalismus, für kurze Zeit, leider nicht für immer, bekehrt wurde und verwundert sagte, durch Dahlmann habe er erst gelernt, „daß diese constitutionellen Formen tüchtiges politisches Leben einschließen können."

Das kühne Unternehmen, das gesammte Staatswesen historisch zu betrachten, konnte freilich nicht gleich beim ersten Anlaufe vollständig gelingen; denn die Staatslehre muß Gattungsbegriffe und Imperative zu finden suchen, während in der Geschichte doch überall die unberechenbare Freiheit der Machtkämpfe und des persönlichen Wollens wirkt. Diesen Widerspruch zu überwinden vermochte Dahlmann nicht überall. Unwillkürlich fiel er zuweilen in die Methode des Naturrechts zurück, die den lebendigen Staat nur als das Ergebniß eines Denkprocesses auffaßte; und obwohl er nachdrücklich aussprach „der Idealist löst Räthsel, die er sich selber aufgegeben", so nannte er doch selbst die constitutionelle Monarchie schlechthin „den guten Staat", als ob er an das Wahngebilde eines absoluten Staatsideales glaubte. Solchen Nachwirkungen der alten abstrakten Rechtsphilosophie konnte sich in jenen Jahren noch kein Denker ganz entziehen. Auch von dem britischen Staate, den er noch immer wie vor zwanzig Jahren für das Musterbild der Freiheit hielt*), gab er nur ein unvollständiges

*) S. o. II. 111.

Bild, da der hocharistokratische Charakter der altenglischen Selbstverwaltung und Parteiregierung in Deutschland noch nirgends recht verstanden wurde; und über die drohenden socialen Gegensätze des Zeitalters urtheilte er noch ganz im Sinne des selbstgefälligen liberalen Bürgerthums also: „Fast überall im Welttheil bildet ein weit verbreiteter, stets an Gleichartigkeit wachsender Mittelstand den Kern der Bevölkerung."

Doch was bedeuteten diese Mängel neben den neuen, lebendigen Gedanken des Buchs! Rotteck's Schule war durch die Lehre der Volkssouveränität und durch die erbitternden Kämpfe des Tages längst dahin geführt worden, daß sie die monarchische Gewalt nur noch als ein nothwendiges Uebel betrachtete. Dahlmann aber nannte die Monarchie das einzige Band der Gewohnheit in der deutschen Staatenwelt, während für alle anderen politischen Elemente der Schwerpunkt erst im Werden sei; er hielt den Lobrednern der Barrikaden das strenge Wort entgegen: jede Revolution ist nicht nur das Zeichen eines ungeheueren Mißgeschicks, sondern selbst ein Mißgeschick, selbst schuldbelastet; er dachte sehr bescheiden von der gerühmten Freiheit „des, wenn man so will, constitutionellen Deutschlands" und verlangte für Preußens künftige Reichsstände nur solche Rechte, die sich mit dem lebendigen Königthum vertragen könnten. Das Alles in einer edlen, gedankenreichen, die Gewissen packenden Sprache, die lebhaft an Jakob Grimm's monumentalen Stil erinnerte; und dazu überall ein helles Verständniß für die Freiheit der historischen Größe, für den Adel unserer classischen Bildung, für die frommen, den Staat erhaltenden Kräfte des Gemüths — ein vornehmer Sinn, der mit dem vorlauten Hochmuth der Aufklärung nichts gemein hatte. Darum fand dies Bekenntniß des gebildeten Liberalismus zuerst im Norden Anklang, wo die monarchische Gesinnung noch naturwüchsig, die Gesetzgebung Stein's noch unvergessen war. Dahlmann glaubte an eine auch äußerliche Vollendung der menschlichen Dinge am Ende der Geschichte, und dieser Glaube, den in unseren erfahrungsreicheren Tagen nur noch jugendliche Schwärmer hegen, gab seinen Worten eine stolze, den Zeitgenossen unwiderstehliche Zuversicht. Schwerer trennten sich die Süddeutschen von ihrem Vernunftrecht; indeß entstand auch dort allmählich eine gemäßigt liberale Partei, die mindestens von den radicalen Schlagworten der alten Lehre, von der Volkssouveränität, dem Gesellschaftsvertrage und dem Rechte der Revolution nichts mehr hören wollte. Leider blieb Dahlmann's Buch unvollendet. Der wortkarge Mann entschloß sich zum Schreiben fast noch schwerer als zum Reden, und er fand auch in der Wissenschaft keinen Nachfolger, denn der Weg, den er gewiesen, war nur für ungewöhnliche Talente gangbar. Bis zum heutigen Tage besitzen wir noch kein Werk, das wirklich das gesammte Staatsleben aus den gegebenen Zuständen heraus erklärte und statt subjectiver politischer Behauptungen nur erweisbare historische Wahrheiten aufstellte.

Bald nachher schrieb er die Geschichte Dänemarks für die vielbändige von Heeren und Ukert herausgegebene Europäische Staatengeschichte, deren Verbreitung bewies, wie richtig der umsichtige Verleger Perthes die neu erwachte historische Wißbegierde der Zeit geschätzt hatte. Dahlmann's Werk war die Perle der Sammlung. Seine alten Feinde selbst, die Dänen mußten ihm zugestehen, daß noch Niemand die norwegisch-isländische, die dänische, die niedersächsische Cultur und die aus ihrer Wechselwirkung entstandenen eigenartigen Rechtsbildungen so gründlich durchforscht, so anschaulich geschildert hatte. Er glaubte selbst aus schwedischem Geschlechte zu stammen und hatte fast sein ganzes Leben in den Grenzgebieten der deutschen und der skandinavischen Welt verbracht; also fühlte er sich warm und heimisch dort im Norden. Auch von der hochpoetischen Schönheit der nordischen Sagas konnte er Einiges in seine Erzählung aufnehmen, weil er unter den alten Ueberlieferungen zwar mit Niebuhrischer Unbefangenheit aufräumte, doch sie nicht gänzlich zu verwerfen brauchte. Ueber die Handelnden sprach er streng, aber mit wohlwollender Menschenkenntniß und mit jenem gemüthlichen Humor, der zum Verständniß germanischer Naturen unentbehrlich bleibt. Immer zur rechten Zeit trat er selbst hervor, um mit seinen ernsten tiefen Augen das Ergebniß der Entwicklung zu überblicken; denn der Historiker kann nicht, wie der epische Dichter, in einer freierfundenen Fabel die Nemesis walten lassen, darum soll er selbst freimüthig aussprechen, was das Gewirr der Thatsachen für die sittliche Welt bedeute, darum liegt die ergreifende Macht eines Geschichtswerkes immer in der starken Persönlichkeit des Erzählers. Auch dies Buch blieb unvollendet, und der entlegene Stoff lockte die Masse der Leser nicht an.

Weit stärker als Ranke oder Dahlmann wirkte Schlosser auf die öffentliche Meinung durch das eigentlich populäre Geschichtswerk der Epoche, die neue Ausgabe der Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts. Hier fanden die Mittelklassen was sie bei Jenen vermißten: einen allgemein verständlichen Stoff, schonungsloses sittliches Urtheil und den derben friesischen Trotz, der allen Gewaltigen der Erde mit sichtlicher Freude, „demokratisch die Wahrheit sagte." Die furchtbaren Anklagen wider die Fürsten und die Unglücklichen, die als Minister „alle Untugenden der Minister zeigten", behagten den verbitterten Lesern, obgleich sie unzweifelhaft ein falsches Bild gaben von einem reichen Jahrhundert, das gerade durch seine absolute Fürstengewalt, durch monarchische, den Gedanken der Völker vorauseilende Reformen die Gesittung der Menschheit gefördert hatte. An den Höfen selbst ward man dem „Menschenfreunde, dem contemplativen Philosophen", wie er sich gern nannte, nie ganz gram, die Großherzogin Stephanie von Baden schenkte ihm ihre treue Gunst; denn seine beständige sittliche Entrüstung entsprang einem tiefen, warmen Gemüthe, und in dem kleinlichen Parteihasse der Zeit bewahrte sich der greise Polterer noch immer viel von der weitherzigen Humanität des alten Jahrhunderts.

Auch die ungeschlachte Plumpheit seiner Darstellung ward ihm nicht angerechnet; man bewunderte vielmehr seinen gesinnungstüchtigen Muth, wenn er alle Eleganz und Milde „absichtlich zu verschmähen" erklärte, und bemerkte nicht, wie nahe sich diese rohe Formlosigkeit mit der frivolen Formenspielerei Heinrich Heine's berührte. Schlosser wie Heine hielt den Stil für einen Mantel, den man dem Inhalt nach Belieben umhängen oder auch abnehmen könne. Sie wußten nicht, was Goethe doch längst gezeigt hatte, daß der still ausgereifte Gedanke den richtigen Ausdruck so nothwendig hervorbringt, wie die Blüthe die Frucht, und die schöne Prosa aus der vollkommenen Beherrschung des Stoffes sich ganz von selbst ergiebt. Schlosser ward formlos, weil er den entsagenden Fleiß Ranke's verachtete und über Halbverstandenes mit moralischen Kraftworten hastig hinwegstürmte. Die härtesten seiner vielen ungerechten Urtheile entsprangen der Unwissenheit. Wenn er kurzab meinte, das Aushebungssystem Friedrich Wilhelm's I. hätte leicht besser und gerechter eingerichtet werden können, so wußte er nicht was er sagte; er ahnte nicht, welchen unüberwindlichen Widerstand die rohen Massen des Volkes schon der beschränkten Cantonspflicht entgegengesetzt hatten. Mehr Sachkenntniß und darum auch mehr Billigkeit zeigten die literarischen Abschnitte, die besten und beliebtesten des Werkes. Freilich gelang ihm bei diesem ersten Versuche noch nicht, den inneren Zusammenhang, die beständige Wechselwirkung des literarischen Lebens und der politischen Machtkämpfe nachzuweisen. Beides stand bei ihm noch unvermittelt nebeneinander; und zudem lagen die entscheidenden Jahre seiner eigenen Bildung noch hinter der Blüthezeit unserer Dichtung zurück; darum stellte er Lessing „den Anfänger und Vollender deutscher Bildung" hoch über Schiller und Goethe, und die Schriften der englisch-französischen Aufklärung waren ihm offenbar vertrauter als spätere, größere Werke.

Und wunderbar, dies ganz altväterische Buch schwamm doch mitten im Strome des modernen Lebens. Gerade weil Schlosser der liberalen Partei immer fern stand, hielten die Zeitgenossen seine grausame, oft empörend unbillige Strenge für die Gerechtigkeit eines unbestechlichen Richters; er erschien ihnen wie ein Bußprediger des Mittelalters, seine dröhnende Stimme klang wie die Todtenglocke, die das Nahen der von so Vielen ersehnten Revolution ankündigte, und wenngleich er zuweilen auch gegen „diese schlaffe, unfreie Generation" in Bausch und Bogen eiferte, so blieb den Lesern doch der willkommene Eindruck, als ob alles Uebel nur von den Höhen der Gesellschaft herabfließe. Obwohl er den Unterschied öffentlicher und häuslicher Sittlichkeit zu kennen behauptete, stellte er doch alle Helden der Geschichte erbarmungslos unter den Maßstab seiner Kantischen Privatmoral; die Freiheit des Genius blieb ihm so unfaßbar wie das Recht der rettenden That, nur der unlauteren Größe Napoleon's gestand er zu, was er einem Friedrich nicht einräumte. Ihm fehlte der historische Sinn, der die

Wandelbarkeit der sittlichen Ideale der Menschheit bescheiden erkennt und darum, statt dem ewigen Richter vorzugreifen, jede Zeit nur nach ihren eigenen, endlichen Zwecken beurtheilt. Aristokrat in Leben und Neigung, reizte er arglos den Groll der Mittelstände wider die bestehende Ordnung. Ein Verächter des akademischen Zunftgeistes förderte er ebenso arglos die Selbstüberhebung der Gelehrten; denn aus der schlammigen See fürstlicher Nichtswürdigkeit, die er seinen Lesern schilderte, ragten als einsame Felsen nur einige große Schriftsteller hervor. Hier allein fand er „Wahrheit, Einfalt, stilles Leben, Selbstbeherrschung, den bescheidenen Wandel und die Tugend, ohne welche die Freiheit ein Traum, das Recht ein Schatten bleibt.“ Hier allein glaubte er reine Luft zu athmen und fühlte nicht, daß dies beschauliche stille Leben auch seinen Hochmuth, auch seine Sünden und Versuchungen hat, die nur minder grell in die Augen fallen als die Sünden der Handelnden. Verzeihlich also, daß der junge Gervinus und andere seiner Schüler sich den Staatsmännern auch im Handeln unendlich überlegen däuchten, und die Professoren in Deutschland bald eine ähnliche Rolle spielten wie in Frankreich die Rechtsanwälte; denn nicht Jeder vermochte wie Schlosser selbst, zugleich die Politiker zu meistern und sich vom öffentlichen Leben bescheiden zurückzuhalten. Sein starkes sittliches Pathos, das man doch nicht vornehm übersehen konnte, bewahrte die deutsche Geschichtschreibung vor blutlosem Kaltsinn; aber seine Werke veralteten schnell, sobald die erregte Stimmung der Zeit sich besänftigte.

Seit die Geschichtschreibung wieder politisch geworden war konnte es ihr auch an erklärten Parteimännern nicht fehlen. Heinrich Leo hatte sich, nachdem der wilde Radicalismus seiner Burschentage verbraust war, eine Zeit lang der Hegel'schen Philosophie ergeben und war dann wieder zurückgekehrt zu der romantischen Weltanschauung, die seiner Natur entsprach.*) Er entfaltete in Halle eine überaus fruchtbare Thätigkeit als Lehrer wie als Schriftsteller — ein Feuergeist von übersprudelnder Kraft, ehrlich und liebenswerth selbst in seiner unersättlichen Kampflust, aber maßlos in Allem, so beherrscht von der Leidenschaft, daß ihm trotz seiner reichen Gelehrsamkeit ganze Epochen der Geschichte unverständlich bleiben mußten. Lediglich die Welt des Mittelalters und namentlich ihr farbenreiches Städteleben war ihm ganz vertraut; das zeigte selbst sein bestes Werk, die italienische Geschichte, noch deutlicher nachher die niederländische und die Universalgeschichte. Die Formenreinheit der Antike schien ihm seelenlos, und in den neueren Jahrhunderten sah er nur „einen fortwährenden Verfall“, nur die prosaische Herrschaft der materiellen Interessen — als ob diese Interessen nicht auch das Städtewesen des Mittelalters bestimmt hätten. Tiefsinnig schilderte er die stürmische Ehe Deutschlands und Italiens in den staufischen Zeiten: „der Mann voll Kraft, Muth und Präten-

*) S. o. II. 441.

sionen, die Frau voll List, Gewandtheit und in allen Spielen Meisterin; Beide können einander nicht lassen, und doch regen sie einander fortwährend auf." Aber wie dann die alte Schicksalsgemeinschaft der beiden großen Nationen in der modernen Geschichte sich erneuerte, wie die Patrioten diesseits und jenseits der Alpen sich für gleiche Ideale begeisterten, wie Piemont das Preußen Italiens wurde, — dies wunderbare Schauspiel blieb ihm ganz verborgen, obgleich sich der Vorhang doch schon zu heben begann. Er wollte in den neuen Jahrhunderten nur eine „atomistisch-mechanische Richtung" erkennen, und weil er ihre schöpferischen Kräfte nicht würdigte, darum blieb auch fruchtlos was er mit vollem Rechte gegen ihre Verirrungen sagte. Wenn er der gefühlsseligen Ueberfeinerung mit markigen Worten die Herrlichkeit des Krieges, die Nothwendigkeit strenger Strafgesetze vorhielt oder unerschrocken erklärte, die Franzosen würden durch „das Gespenst der hohlen Freiheit" für die Frevel ihrer Revolution gezüchtigt, so meinte die liberale Welt, um das Brüllen des hallischen Löwen brauche man sich nicht zu kümmern. Sein herausforderndes Wesen brachte ihn um manche wohlverdiente Anerkennung, und da er überall die Autorität, im Mittelalter also die römische Kirche vertheidigte, so gerieth der treue Anhänger des preußischen Königthums sogar in den Ruf katholischer Gesinnung; er dachte aber, wie er selbst gestand, viel zu frei, um sich „einer so durch Hochmuth bornirten Gemeinschaft anzuschließen".

Inzwischen fanden auch die Ultramontanen in Friedrich Hurter endlich ihren Parteihistoriker. Aus seiner Geschichte Innocenz's III. sprach der clericale Fanatismus so vernehmlich, daß sein alter Freund Haller zufrieden sagte, kein protestantisches Wörtlein sei darin enthalten. In der Kirche ist alles, außer ihr kein Heil — so wiederholte er unablässig; die finstere Glaubenswuth des Jahrhunderts der Bettelorden und der Inquisition galt ihm für die Blüthe der christlichen Liebe, und je roher er der freien Bildung in's Gesicht schlug, um so zuversichtlicher betheuerte er: „Das ist das Urtheil der Geschichte, nicht der Dogmatik oder Polemik." In langen Jahren vorbereitet, bot das Buch reichen Stoff, aber keine eindringende Kritik, die Darstellung war trotz der massenhaft angesammelten malerischen Einzelzüge schwerfällig und ohne Leben, die Grundansicht falsch. Nur eine geistlose, äußerliche Anschauung konnte den Papst, unter dessen Herrschaft die Kirche ihre höchste Macht erreichte, darum auch für den größten aller Kirchenfürsten halten; hinter den erhabenen kirchlichen Ideen des ersten oder des siebenten Gregor stand Innocenz's harte Herrschsucht ebenso weit zurück, wie hinter der kühnen nationalen Politik Alexander's III. Und wenn der Lobredner Innocenz's gar über „den irdischen Besitz" der Kirche klagte, so offenbarte er nur die Schwäche seines historischen Urtheils, denn gerade sein Innocenz hat den Kirchenstaat erst geschaffen.

Eine solche Verherrlichung des Todfeindes unserer Stauferkaiser mußte den Clericalen um so willkommener sein, da sie aus der Feder eines hoch-

gestellten evangelischen Geistlichen kam. Ein Ruf des Beifalls und der Schadenfreude scholl durch das ultramontane Lager; Möhler in Tübingen brachte das Buch sogleich in den Hörsaal um seinen geistlichen Hörern zu erklären, was wahre Geschichtschreibung sei. Die Evangelischen aber zeigten anfangs ihrem abtrünnigen Glaubensgenossen jene haltlose Nachsicht, welche jederzeit die natürliche Schwäche protestantischer Geistesfreiheit geblieben ist. Bei mehreren katholischen Buchhändlern hatte Hurter vergeblich angeklopft, sie alle hatten sich gescheut, die aufklärungsstolze Leserwelt vor den Kopf zu stoßen; der ehrliche Protestant Perthes dagegen verlegte das Buch so unbedenklich, wie er einst Stolberg's Religionsgeschichte verlegt hatte, er hoffte noch harmlos auf eine Verständigung der beiden Schwesterkirchen. Dann feierte Leo den Gegner der Ghibellinen in den Berliner Jahrbüchern. Hurter's streng-reformirte Landsleute in Schaffhausen erwählten ihn, nachdem der erste Band (1834) erschienen war, zum Antistes, zum ersten Geistlichen des Cantons, und die Baseler evangelische Facultät, der Männer wie de Wette und Hagenbach angehörten, ernannte ihn sogar zum Ehrendoctor „wegen der bewiesenen reichen Kenntniß der Kirchengeschichte". Wenn Hurter von dem Geiste der evangelischen Gemeindekirche etwas ahnte, so durfte er als ehrlicher Mann keine Stunde mehr einen Glauben predigen, dessen Grundwahrheiten er rundweg ableugnete. Sogar Haller beschwor den Freund, offen mit der Ketzerei zu brechen, weil seine Stellung unhaltbar werde; der alte Herr mochte jetzt wohl mit Scham der Zeiten gedenken, da er einst selbst seinen Uebertritt feige geheim gehalten hatte.*) Der Schaffhausener Antistes aber lebte ganz in den Anschauungen jener alten schweizer Herrengeschlechter, die vormals als Landvögte in den Vogteien der Eidgenossenschaft gehaust hatten, und übertrug diese Herrschaftsgedanken kurzab in die Kirche; er wähnte ein Priester zu sein und mithin befugt zur Ausübung seiner hierarchischen Gewalt, gleichviel was die verirrte Heerde denke. Plump, unbelehrbar, stierköpfig wie die meisten schweizer Reactionäre, blieb er in seinem evangelischen Amte und schrieb zugleich an seinem Werke weiter, das mit jedem neuen Bande fanatischer wurde. Er trat in Verbindung mit dem Papste, mit Nuntien und Bischöfen, mit allen Führern der clericalen Partei in Süddeutschland, und trieb ungescheut ultramontane Politik, bis nach Jahren endlich im protestantischen Volke der Unwille erwachte über ein Treiben, das nur noch eine freche Lüge war. —

Während die namhaften politischen Historiker erst auf Umwegen, aus der Universalgeschichte an die deutschen Dinge herantraten, lebte und webte Jakob Grimm ganz in der Heimath; wie ein frommer Priester das anvertraute Heiligthum, hütete er die Schätze unserer Urzeit. Er wollte „das Vaterland erheben, weil seine Sprache, sein Recht und sein Alterthum

*) S. o. II. 96.

viel zu niedrig gestellt waren," und weil er voraussah, daß „die Zukunft an der Gegenwart jede Geringschätzung der Vorzeit rächen werde". Darum hatte er seinem Volke einst erwiesen, daß „unsere Voreltern eine wohlgefüge Sprache redeten und eines sinnvollen Rechtes pflagen," und nun zeigte er durch das dritte seiner grundlegenden Werke, die Deutsche Mythologie (1835), daß sie auch „des beseligenden Glaubens an Gott und Götter voll waren, nicht dumpf brütend vor Götzen und Klötzen niederfielen." Wärmer, gemüthlicher hatte er noch nie geschrieben. Seinem liebevollen Herzen that es wohl, da wieder aufzubauen, wo die verständnißlose Kritik des Rationalismus nur zerstört hatte. Er wußte, daß aller Sage Grund der Götterglaube ist und die Sage ewig wiedergeboren wird, während die überall neue und frische Geschichte sich niemals wiederholt. Er erkannte zuerst, wie nach der Bekehrung der Germanen das Christenthum darnach trachtete, die heidnischen Ideen herabzusetzen, das Heidenthum sich unter christlichen Formen zu bergen suchte und also Vieles von dem alten Heidenglauben in dem Hexen- und Teufelsglauben des Mittelalters verzerrt wiederkehrte, aber auch die heiligen Gestalten des christlichen Glaubens manche Züge der alten Götter annahmen, die Freya in der Maria, Thor in Petrus, die Asen in den Aposteln fortlebten. So, aus der umfassenden Erforschung heidnischer und christlicher Ueberlieferungen, gestaltete sich ihm das Bild der germanischen Götterwelt, wie sie wirklich war, unklarer, formloser, phantastischer als die Götter des Olymps, aber der classischen Mythologie überlegen durch den allezeit lebendigen Glauben an die Fortdauer nach dem Tode und die sittliche Verantwortlichkeit der Sterblichen, überlegen durch ihre Verwandtschaft mit dem Christenthum, überlegen auch durch ihre naive, natürliche Treuherzigkeit, denn wie viel heimlicher und zutraulicher erschienen doch die Zwerge, Elben und Riesen der Deutschen als die vornehmen, durch die Kunstpoesie ausgeschmückten Nymphen, Kabiren und Kyklopen der Hellenen. Alle gelehrte Systemsucht wies er hinweg von dieser Welt lebendiger Gestalten, die ein wagendes Heldenvolk mit Siegesfreude und Todesverachtung erfüllt hatten. Weder den Pantheismus wollte er unseren Vätern andichten lassen, da sie doch viele Götter von verschiedener Macht und Würde verehrten, noch den Dualismus, da die milden, gütigen Götter in ihrem hoffnungsreichen Glauben zu sehr überwogen.

Kein anderes Volk besaß noch eine so lebensvolle, so tiefgründige Darstellung des Seelenlebens seiner Urzeit. Ebenso unvergleichlich erschien in der Weltliteratur die Abhandlung „über die Verschiedenheit des menschlichen Sprachbaues", Wilhelm Humboldt's letztes Werk, in dem sich die genialen Kräfte zweier Zeitalter, die philosophische Universalität des alten und die strenge Einzelforschung des neuen Jahrhunderts noch weit glücklicher vereinigten als einst in dem Aufsatze über die Aufgabe des Geschichtschreibers. Die tiefsten Räthsel alles Daseins berührend, entwarf Humboldt hier in kühnen Antithesen das philosophisch-historische Bild vom Wesen der

Menschheit, das ihn sein Lebtag beschäftigt hatte, und zeigte: wie der Mensch nur Mensch ist durch die Sprache, doch gewiß nicht ihr Schöpfer, da er schon Mensch sein müßte um sie zu erfinden; wie das Räthselhafte der Sprache nicht im Reden liegt, sondern im Verstehen, das nur begriffen werden kann, wenn man erkennt, daß Ich und Du wahrhaft identische Begriffe sind; wie die Sprache zugleich der Seele fremd und ihr angehörig ist, abhängig von den Denkgesetzen und doch frei, da sich das Widersinnige nicht denken wohl aber sagen läßt; wie der Organismus der Sprache durch die ganze Nation geschaffen wird, ihre Cultur hingegen durch die Einzelnen und sie also zugleich national ist und individuell, beherrscht durch eine alte Vergangenheit und neu in jedem Augenblicke, nicht ein Werk, sondern eine Thätigkeit, stufenweise fortschreitend in der Regel, doch zuweilen auch plötzlich durch die unmittelbare schöpferische Kraft des Genies, die in ganzen Völkern sich ebenso mächtig zeigt, wie in den Einzelnen; wie sie wissenschaftlich behandelt werden kann lediglich als ein Zeichen für den Gedanken, aber auch lebendig, rednerisch für jede Erkenntniß, welche die ungetheilten Kräfte des Menschen fordert, und darum auf Poesie, Philosophie, Geschichte alle eigentliche Bildung unseres Geschlechtes beruht.

Vor Jahren hatte der alte Blumenbach die Materialisten auf's Haupt geschlagen durch die einfache Bemerkung: „Warum kann der Affe nicht sprechen? Weil er nichts zu sagen hat.“ Was Jener nur witzig angedeutet, wurde durch Humboldt endgiltig erwiesen: daß die Sprache mit der Vernunft, dem Selbstbewußtsein unmittelbar gegeben, der Begriff vom Worte nicht zu trennen und Verschiedenheit der Sprache nichts anderes ist als Verschiedenheit der Weltansicht. Aus der Fülle seines unvergleichlichen sprachlichen Wissens heraus zeigte er dann im Einzelnen, wie der Gedanke durch das Zeitwort in die Wirklichkeit übertritt, wie der Relativsatz nur die Eigenschaft eines Hauptworts bezeichnet — und so weiter, lauter schöpferische Ideen, welche der vergleichenden Sprachwissenschaft auf lange hinaus die Richtung wiesen. Es war das letzte Vermächtniß jenes alten stolzen deutschen Idealismus, der einst die Tage von Weimar und Jena durchleuchtet hatte. Humboldt starb (8. April 1835) noch vor der Vollendung des Werkes über die Kawi-Sprache, das durch jene Abhandlung eingeleitet werden sollte; mit heiterer Ruhe, erhaben über alles Schicksal, ertrug er die Qualen seiner letzten Krankheit. Neben seinem Tegeler Schlosse, auf der Höhe über dem blauen See hatte er schon vor Jahren seiner Gattin und seinem treuen Lehrer Kunth eine weihevolle Ruhestätte bereitet. Nordische Fichten umgrenzten den stillen Raum, und von schlanker Säule schaute das Marmorbild der Spes, ein Werk Thorwaldsen's, auf den Epheu der Gräber nieder. Dort ward auch er bestattet, der große Hellene germanischen Stammes.

Schon war ein Menschenalter vergangen, seit der Baum der histo-

rischen Forschung zuerst wieder zu saften anfing, und noch immer setzte er mit unerschöpflicher Triebkraft frische Zweige an. Soeben entstanden wieder zwei neue selbständige Wissenschaften, da Schnaase die Kunstgeschichte, Gervinus die deutsche Literaturgeschichte als ein Ganzes, in ihrer nothwendigen Entwicklung, darzustellen unternahm. Inzwischen eroberte sich auch die classische Philologie ein neues Gebiet durch die große Sammlung der griechischen Inschriften, die seit 1824 unter Böckh's Leitung herauskam; noch während der Geldnoth der napoleonischen Kriege hatte König Friedrich Wilhelm die Mittel dazu bewilligt, denn für die Pflege des Alterthums wußte er immer Rath zu schaffen. Nun erst erschien die hellenische Welt den Modernen greifbar, persönlich, unmittelbar lebendig in ihrem alltäglichen Treiben und Wirken, in der Mannichfaltigkeit ihrer Volkssprachen, die sich aus der vornehmen Literatur nur ahnen, nicht erkennen ließ. Noch anschaulicher gestaltete sich das Bild des antiken Lebens, als Böckh in seinen Metrologischen Untersuchungen den orientalischen Stammbaum des hellenischen Maß- und Münzwesens entdeckte und also den Zusammenhang abendländischer und morgenländischer Cultur, von dem einst Creuzer und die Symboliker nur geträumt hatten, durch genaue Einzelforschung erwies; denn glücklich verband sich in Böckh's Geiste der strenge, nüchterne Zahlensinn mit einem freien Schönheitsgefühle, das selbst dem dithyrambischen Schwunge Pindar's zu folgen vermochte.

Diese kühnen Entdeckerfahrten der „Sach-Philologen" betrachtete der alte Hellenist Gottfried Hermann mit wachsender Besorgniß. Ihm war, als ob ein reißender Strom hereinbräche in die friedliche Welt der Kritik und Grammatik; manches Stück fruchtbaren Erdreichs wurde wohl angeschwemmt, das gab er zu, aber das ganze Land ward unwohnlich! Seine Schule fühlte sich in ihrem alten Besitzstande bedroht, sie bekämpfte die philologischen Historiker mit ungerechter Gehässigkeit, während doch beide Richtungen einander nicht ausschlossen, sondern ergänzten, und verfiel allmählich, ganz wider des Meisters Absicht, in eine ideenlose Mikrologie. Der classische Unterricht auf den Gymnasien begann zu kränkeln; manche Pädagogen aus der Leipziger Schule betrachteten die Homerischen Gedichte nur noch als ein Lehrmittel, an dem sie die grammatischen Regeln der Elision, der Krasis, des Iota subscriptum erweisen konnten. Seit dem Ende der dreißiger Jahre ließ sich bereits bemerken, wie die Freude an der classischen Welt unter den Schülern abnahm. Also begannen die alten festen Grundmauern des deutschen gelehrten Unterrichts schon leise zu wanken, zu derselben Zeit, da die Naturwissenschaften fröhlich aufblühten und die Interessen der erstarkten Volkswirthschaft gebieterisch nach neuen Bildungsstoffen verlangten. —

Als der Rheinländer Lejeune-Dirichlet im Jahre 1822 die Universität bezog, mußte er nach Paris gehen, denn in ganz Deutschland konnte nur ein Mathematiker seinen hohen Ansprüchen genügen, und dieser eine,

Gauß, verschmähte zu lehren. Wie anders stand es jetzt; wie viele kräftige Talente waren auf allen Gebieten der exacten Wissenschaften aufgetreten, seit Alexander Humboldt wieder in Deutschland weilte. Die Herrschaft der träumenden Naturphilosophen ging zu Ende. Zum letzten male, im Jahre 1827, ließen sie an dem geistvollen Physiker Ohm ihren Uebermuth aus; der hatte den Zorn der Hegel'schen Jahrbücher erregt, weil die wohlgesicherten Ergebnisse seiner Theorie des Galvanismus mit den Hirngespinsten des Systems nicht stimmen wollten, und wurde daraufhin von den Hegelianern des Cultusministeriums so geringschätzig behandelt, daß er gekränkt sein Lehramt in Köln aufgab. Seitdem war das Selbstgefühl der jungen Naturforscher, die sich unter Humboldt's Banner zusammenfanden, beständig gewachsen; sie fühlten sich froh als die Träger eines sicheren, in Allem erweisbaren Wissens und lachten über die willkürlichen Constructionen der Philosophen, während diese kaum noch einen offenen Angriff wagten. Wohl wurde Hendrik Steffens, der in Schelling's Weise Naturphilosophie lehrte, nach Berlin berufen, weil der Kronprinz ihn den widerwärtigen Händeln der Breslauer Altlutheraner entziehen wollte. Sein fürstlicher Gönner glaubte, „daß ein Mann wie Steffens des Lebens in der Hauptstadt zu seinem eigenen Besten bedarf, ebenso sehr wie die Hauptstadt an ihm die Acquisition eines ihr fehlenden Charakters unter den ausgezeichneten Lehrern der Hochschule machen würde".*) Aber der Einfluß des begeisterten Schwärmers auf die Berliner Wissenschaft blieb gering, obwohl seine warme Beredsamkeit manche Zuhörer anzog. Es klang wie ein wehmüthiger Abschiedsgruß der alten an die neue Zeit, als er beim Doctor-Examen (1837) dem jungen Geologen Beyrich bezeugte: „die Antworten bewiesen, daß der Candidat sich mehr mit den Gegenständen selbst als mit dem Absoluten beschäftigt hat." Die anderen Examinatoren kehrten sich an diesen Tadel nicht, sie huldigten allesammt schon der ketzerischen Ansicht, daß dem Naturforscher das Absolute sich erst aus der Erkenntniß der Gegenstände ergeben dürfe.

Wie gründlich diese neue Wissenschaft dereinst noch alle Lebensgewohnheiten der Nation verwandeln mußte, das ließ sich bereits an der jugendlichen deutschen Industrie erkennen. Im Jahre 1785 war in den Hettstedter Kupferbergwerken in der Grafschaft Mansfeld die erste ganz von Deutschen gebaute Dampfmaschine aufgestellt worden; jetzt konnte schon in den meisten Gewerbszweigen der Großbetrieb ohne Dampfkraft nicht mehr gedeihen, und auch die Landwirthschaft spürte längst die belebende Kraft der neuen Erkenntniß. Schon unter Friedrich dem Großen hatte der Berliner Chemiker Marggraf den Rübenzucker dargestellt; doch erst in dem neuen Jahrhundert begann man die Erfindung praktisch zu verwerthen, und im Jahre 1840 besaß der Zollverein bereits 145 Rübenzuckerfabriken,

*) Kronprinz Fr. Wilhelm an Altenstein, 23. Oct., 30. Decbr. 1831, 15. Jan. 1832.

die aus 4,8 Mill. Ctr. Rüben über 284,000 Ctr. Zucker erzeugten. Die zünftigen Nationalökonomen, die noch fast sämmtlich in den Banden der englischen Theorien lagen und arglos die Interessen der britischen Handelspolitik vertheidigten, klagten und zürnten über diese künstliche Industrie. Indeß die Magdeburgischen Rübenbauer erfreuten sich der steigenden Gutserträge, die Verzehrer der sinkenden Zuckerpreise, und bald erlebte man, daß in rüstigen Zeiten eine Erfindung immer die andere weckt. Da die Rübe ihre Wurzeln fast viermal tiefer in die Erde senkt als das Getreide, so mußte der Rübenbauer den Acker tiefer umpflügen, und ganz von selbst ergab sich der Schluß, daß der Körnerbau diesem Beispiel folgen, die Kräfte des Bodens ohne sie zu erschöpfen gründlicher ausnutzen könne.

Hoffnungsvoll wie ein Jüngling begrüßte Alexander Humboldt die große Zeit der Naturforschung, die jetzt herannahte. Er schrieb in diesen Jahren seine Bücher über Centralasien, die mit Ritter's asiatischen Forschungen glücklich zusammentrafen, und bereitete den Kosmos vor; unverdrossen saß der weltberühmte Alte in Paris und Berlin mitten unter den Studenten, um von Hase, Champollion, Böckh zu lernen, was ihm an philologisch-historischem Wissen noch fehlte. Zugleich blieb er der hilfsbereite Gönner aller aufstrebenden Talente. Seiner Fürsprache verdankte Justus Liebig den Zutritt zu Gay-Lussac's Laboratorium. Dort lernte der feurige, leidenschaftlich übersprudelnde junge Hesse die Ehrfurcht vor dem Wirklichen; er schüttelte den Hochmuth der Naturphilosophie von sich ab, und als er nach Gießen heimkehrte (1826), gab er der Chemie, die in Deutschland noch kaum zu den Wissenschaften gerechnet und gern den Apothekern überlassen wurde, sofort eine neue Lehrmethode: nicht im Hörsaal, sondern durch das Experiment, am Heerde und vor den Retorten, sollten seine Schüler ihr Bestes lernen. Anfangs fast allein auf seine eigenen dürftigen Mittel angewiesen, nachher durch die hessische Regierung unterstützt, errichtete er das erste allgemein zugängliche Laboratorium, das der kleinen Gießener Universität einen europäischen Ruhm verschaffte. Weit später erst fand sein Herzensfreund Wöhler in Göttingen ein leidliches Unterkommen für seine Versuche; Preußen aber blieb in der Pflege der Chemie lange zurück, denn auf die starken Ansprüche dieser neuen Wissenschaften war das alte sparsame System, das allein die Erhaltung von sechs Universitäten ermöglicht hatte, durchaus nicht eingerichtet. Auf Augenblicke unterlag Liebig's hochstrebender vielseitiger Geist wohl jenen schwermüthigen Stimmungen, welche den Chemiker in der schlechten Luft des Laboratoriums, beim Einerlei mühsamer Experimente so leicht anwandeln. Dann meinte er verzweifelnd: „Die Chemie ist doch im Grunde nur ein Rechenexempel; zuletzt ist ihr Zweck weiter nichts als eine gute Stiefelwichse oder die Kunst zu finden das Fleisch gar zu kochen.“ Aber Wöhler's ruhiger Zuspruch richtete ihn immer wieder auf, und wie vieler schönen Erfolge konnten sich die beiden Freunde schon jetzt erfreuen. Liebig

erfand die Kunst die Kohlensäure sofort zu wiegen und entdeckte das Chloroform, dessen Nutzbarkeit erst nach Jahren ganz gewürdigt wurde. Wöhler aber eröffnete einen überraschenden Einblick in die letzten Geheimnisse der Natur, als er den Harnstoff aus den Elementen, ohne Mitwirkung der thierischen Lebenskraft, herstellte; damit war ein tausendjähriger Irrthum widerlegt und der Beweis geführt, daß zwischen der organischen und der unorganischen Welt eine feste Schranke nicht besteht.

Noch weiter, bis zu jenen Höhen wo Physik und Metaphysik sich berühren, schritt der geniale Physiologe Johannes Müller in seinen Untersuchungen über den Gesichtssinn (1825): er zeigte durch naturwissenschaftliche Beobachtung, was Kant auf dem Wege der Speculation gefunden hatte, daß wir die Dinge nicht sehen wie sie sind, sondern wie sie uns nach der Beschaffenheit unserer Organe erscheinen müssen. Gleich Liebig hatte sich auch Müller von den anmaßenden Voraussetzungen der Naturphilosophie erst losgerissen; jetzt stand er fest auf dem Boden der exacten Untersuchung, erzog sich in Berlin einen glänzenden Schülerkreis und fand für die vergleichende Anatomie die physiologischen Grundlagen. Wenn neue Gedanken in das deutsche Leben einschlagen, fordert auch immer das Gemüth sein Recht. Eine schöne, herzliche Freundschaft verband die meisten der jungen Berliner Naturforscher: Dove, Mitscherlich, Magnus, die Gebrüder Rose; wenn sie bei dem Chemiker Poggendorff in dem Thurmbau der alten Sternwarte auf der Dorotheenstraße zusammensaßen, dann überkam sie die Ahnung einer großen Zukunft. Die Gegenwart war freilich noch sehr bescheiden; diese werdenden Wissenschaften mußten sich die Gleichberechtigung erst erkämpfen. Nur die alteingebürgerte Astronomie galt für ein vornehmes Fach; für sie hatte auch der Staat immer offene Hände. Er hatte einst mitten im Elend der napoleonischen Kriegszeiten die Königsberger Sternwarte errichtet, wo dann Bessel die Position der Fundamentalsterne berechnete und also die Einheit der astronomischen Bestimmungen sicherte; jetzt baute Schinkel die neue Berliner Sternwarte, die unter Encke's Leitung eine Musteranstalt wurde. Auch dabei half Humboldt's Fürwort mit; er war die wärmende Sonne dieses Planetenkreises. Aber erst in den vierziger Jahren trat die deutsche Naturforschung in ihre Blüthezeit und zeigte sich stark genug, die Franzosen erst zu erreichen, dann zu überholen.

Während die Erfahrungswissenschaften also ihre stolze Siegesbahn beschritten, war die Lebenskraft der alten deutschen Philosophie schon gebrochen. Ihre classische Zeit endete an Hegel's Grabe. Wer nur von fern hinschaute, mochte freilich wähnen, daß der hohe Tag der Hegel'schen Philosophie erst nach dem Tode des Meisters gekommen sei, denn jetzt erst erlangte sein Name den höchsten Ruhm, seine Schriften die weiteste Ver-

breitung. Seine Sonne leuchtete noch als sie längst am Horizonte versunken war. Hegel's alter Freund Altenstein beklagte tief, „welcher Stern erster Größe für die Welt untergegangen" sei, und wollte nun mindestens der Lehre des Verstorbenen die Herrschaft auf den preußischen Hochschulen sichern. Umsonst verlangten der Kronprinz und seine romantischen Freunde, unterstützt von den Brüdern Humboldt, daß Schelling als der einzige ebenbürtige Nachfolger auf den verwaisten Berliner Lehrstuhl berufen würde. Der Minister und sein getreuer Johannes Schulze widerstanden hartnäckig, denn Schelling hatte sich seit Jahren von dem Freunde seiner Jugend getrennt und soeben erst öffentlich ausgesprochen, das Hegel'sche System sei ein Rückfall in die Scholastik, eine wenig fruchtbare Episode der deutschen Philosophie. Altenstein hielt sich von Amtswegen verpflichtet, in der Kirche den wahren Glauben, in der Wissenschaft den reinen Begriff zu beschützen; er erklärte dem Könige (1835): „In den preußischen Staaten hat schon ein tiefer begründetes philosophisches System dem anmaßlichen unheiligen Treiben ein Ende gemacht. Für eine andere Philosophie kann das Ministerium die Bürgschaft nicht übernehmen, besonders nicht für die Schelling'sche." Nach langen Verhandlungen berief man endlich „die verhängnißvolle Gabel", wie Alexander Humboldt spottete: den Bayreuther Rector Gabler, einen trockenen, hochconservativen Hegelianer, der auf jedes Wort des Meisters schwor und einen Widerspruch zwischen der Identitätsphilosophie und der christlichen Offenbarung nirgends zu entdecken vermochte. Niemand sprach mehr von ihm, sobald die erste Ueberraschung verwunden war.

Durch diese lächerliche Berufung wurde Hegel's Lehre förmlich als preußische Staatsphilosophie anerkannt. Seine sämmtlichen Werke gab Johannes Schulze im Vereine mit Gans, Hotho u. A. heraus, und die Sammlung fand unzählige Bewunderer. Im Auslande fühlten sich namentlich die vornehmen Russen und Polen von der gewaltigen Selbstgewißheit dieses Systems angezogen, weil ihre Halbbildung nach einer festen Autorität verlangte. Unterdessen bemühten sich die Schüler das Lehrgebäude in allen seinen Theilen auszubauen; mit heiligem Eifer, im Bewußtsein einer weltgeschichtlichen Aufgabe, schritten sie an's Werk, denn nicht umsonst hatte ihnen der ehrlich begeisterte alte Lützower Fritz Förster am Grabe des Meisters zugerufen: der Alexander der Wissenschaft sei dahin, nun sollten seine Generale sich als Diadochen in sein Reich theilen. Die Universalität des Systems und seine in alle Sättel gerechte Methode erleichterten in der That die Arbeitstheilung. Der bescheidenste aller Hegelianer, Karl Rosenkranz in Königsberg, ein edler, um die humane Bildung Altpreußens hochverdienter Mann, führte die psychologischen und ästhetischen Untersuchungen Hegel's weiter, während der Schwabe Friedrich Vischer in seinen ästhetischen Abhandlungen neue, aus der Fülle des angeschauten Lebens gewonnene Gedanken aussprach, die nur darum nicht

zur vollen Wirkung gelangten, weil sie in die Formeln des Systems mühsam eingespannt waren.

Die meisten der anderen Diadochen zeichneten sich freilich nur durch grenzenlosen Uebermuth aus; ihrer Schulweisheit war zwischen Himmel und Erde nichts mehr räthselhaft, für jede Frage hielten sie einen Paragraphen bereit. Wie hart wurde Rosenkranz als unphilosophischer Kopf von den Hegelianern der strengen Observanz angelassen, als er unbefangen eingestand, der Philosoph könne die Zukunft nicht a priori construiren, sondern müsse Ehrfurcht hegen vor dem Gott, der in dem Unvermutheten der Geschichte sich kundgebe. Ueber solche Empfindungen war der Berliner Michelet längst hinaus. Der nahm den Hegel'schen Ternarius kurzerhand in die Philosophie der Geschichte hinüber, schilderte zum ersten die unbekannte Urwelt, zum zweiten das geschichtliche Leben, zum dritten die Geschichte der Zukunft, und konnte also den reinen, durch keinerlei Sachkenntniß beschwerten Begriff sich in der weiten Wüste des ersten und des dritten Abschnitts völlig frei ergehen lassen. Mit der gleichen Sicherheit bekämpfte er den Pöbel der empirischen Naturforscher, insbesondere Dove's geistvolle Untersuchungen über die Farbenlehre; er fühlte sich auch keineswegs beschämt, als Alexander Humboldt, diesmal den artigen Hofmann verleugnend, ihm rundweg antwortete: zu diesem Pöbel gehöre ich selbst.

Trotz solcher lärmenden Prahlereien brachte die Schule Hegel's kaum noch eine neue Idee zu Tage. Niemand empfand dies schmerzlicher als der ehrliche Rosenkranz, der schon fünf Jahre nach des Meisters Tode in sein Tagebuch schrieb: Ueber gegebene Philosophie zu reflectiren, verstehen wir Heutigen ganz leidlich, aber in eigenen Gedanken sind wir jetzt nur Dilettanten. Es war nicht anders, die deutsche Philosophie hatte in einer wunderbar stätigen Entwicklung Stufe für Stufe die kühnsten Gedanken, welche der sittliche Geist zu denken vermag, erreicht: als Kant seine Pflichtenlehre begründete, als Fichte die Erhebung des Ich über die Sinnenwelt forderte, als Hegel in der Geschichte den Tempel des allgegenwärtigen Gottes fand. Aber mit Hegel hatte dieser verwegene Idealismus, der unserem Volke für alle Zukunft die Stelle neben den Hellenen sichert, auch sein letztes Wort gesprochen. Ueber ein System, das die Einheit von Sein und Denken gefunden zu haben behauptete, führte kein Weg mehr hinaus. Die Philosophie konnte nur noch fortschreiten, wenn sie zuvor von den stolzen Selbsttäuschungen der späteren Systeme wieder zu ihrem Ausgangspunkte, zu Kant, zurückkehrte; und dieser Schritt geschah, als der junge Trendelenburg (1839) in seinen Logischen Untersuchungen den Grundgedanken der Hegel'schen Lehre, allerdings noch nicht vollständig, widerlegte. Er erwies, daß reines Denken schlechthin unmöglich ist, daß alles Denken sich nicht durch sich selbst, sondern durch die Anschauung fortentwickelt und mithin auch nicht das Wirkliche aus sich heraus erzeugen kann. Er sprach nur aus, was die hellen Köpfe der empirischen Wissen-

schaft längst im Stillen fühlten; doch es währte noch lange, bis sein Widerspruch von den Philosophen recht beachtet wurde. Auch das war ein Zeichen des beginnenden Umschwungs, daß Herbart in Göttingen sich in dieser Zeit erst eine Schule zu bilden begann, der strenge Denker, der schon vor Jahren in Königsberg die erste Anregung zur mathematischen Psychologie, zur naturwissenschaftlichen Beobachtung der Vorgänge der subjektiven Erfahrung gegeben hatte.

Die Masse der Hegelianer hielt an dem alten Banner fest; sie wiederholten unablässig die fertigen Formeln des Systems und suchten durch Uebertreibung und Umschreibung, durch mannichfache sophistische Künste zu ersetzen, was ihnen an schöpferischer Kraft abging. Da der tiefsinnige Satz von der Wirklichkeit des Vernünftigen entgegengesetzte Auslegungen geradezu herausforderte, so traten jetzt die beiden Parteien, welche sich schon bei Hegel's Lebzeiten geschieden hatten, scharf und schärfer auseinander. Die Junghegelianer — so nannte man die Radicalen — und die Hegel'sche Rechte behaupteten beiderseits mit einem Eifer, der einer größeren Sache würdig war, daß sie allein den Geist Hegel's begriffen hätten. Dieser gedankenlose Streit um den Namen des Meisters bewies nur zu deutlich, daß die Schule mit ihrer Weisheit am Ende war; und auch Michelet bestätigte nur den Bankbruch des Systems, wenn er triumphirend ausrief: „eine Partei bewährt sich erst dadurch als die siegende, daß sie in zwei Parteien zerfällt." Hegel selbst hatte die Liberalen allezeit leidenschaftlich bekämpft und diese conservative Gesinnung soeben noch durch seine schönen Aufsätze über die englische Reformbill bethätigt. Er sah in der Juli-Revolution die Buße für die Sünden des Liberalismus; er lebte in dem Wahne, sein pantheistisches System entspreche der christlichen Dreieinigkeitslehre, und freute sich herzlich, als Göschel und Gabler seine Philosophie den Stenggläubigen mundgerecht zu machen suchten; er äußerte noch kurz vor seinem Tode seinen Abscheu über die radicale Unduldsamkeit, welche jeden Vertheidiger von Staat und Kirche als einen Denuncianten verdächtigte, und obwohl er einzelne Reformen verlangte, so war er doch stets darauf bedacht, zunächst das Vernünftige des Wirklichen, die innere Nothwendigkeit der bestehenden Ordnung aufzuweisen. Die Männer der Hegel'schen Rechten durften sich also mit Recht für die Erben des Meisters ansehen, obgleich dabei manche Selbsttäuschung mit unterlaufen mochte, und Michelet war vollständig im Irrthum, wenn er diese conservativen Hegelianer als „die Hinausgegangenen und nicht mehr Schüler sein Wollenden" in Verruf erklärte.

Das Wirkliche als vernünftig hinzunehmen, widerstrebt aber dem ewig vorwärts drängenden menschlichen Geiste, zumal in Zeiten einer berechtigten Unzufriedenheit. Darum konnten in dem nun entbrennenden Streite die Junghegelianer auf den Beifall des Haufens zählen, wenn sie, dem Meister das Wort im Munde verdrehend, überall in den bestehen-

den Zuständen das Unvernünftige aufspürten und durch ihre souveräne Kritik als unwirklich aufzuheben suchten. Hatte Hegel die Einheit des göttlichen und des menschlichen Lebens als eine sittliche Forderung aufgestellt, so erklärten seine radicalen Nachtreter den concreten Menschen selbst für einen Gott; hatte er die constitutionelle Monarchie als ein Staatsideal bezeichnet, so behaupteten sie, alle Philosophen müßten constitutionell und alle Constitutionellen bald auch Philosophen sein. Sie hatten mit dem conservativen Meister in Wahrheit nichts gemein als seine dialektische Methode, die freilich Alles beweisen konnte, und fanden doch überall Glauben, als sie dreist behaupteten, daß sie allein ihn ganz verstünden. Wie einst Napoleon, der Bändiger der Revolution, die sogenannten Ideen von 89 erst in Europa verbreitet hatte, so wurde Hegel's System erst durch seine abtrünnigen radicalen Schüler den gebildeten Durchschnittsmenschen vertraut, und diese tiefsinnige Lehre von der geschichtlichen Offenbarung Gottes erschien den Nachlebenden als die Doctrin des geschichtslosen Radicalismus. So hart, so übermäßig hart bestrafte sich an dem großen Denker die tragische Schuld seiner sophistischen Dialektik.

Als Sammelplatz der Junghegelianer dienten seit 1838 die von Ruge und Echtermeyer herausgegebenen Hallischen Jahrbücher. Arnold Ruge war, nachdem er seine demagogischen Jugendthorheiten in langer Kerkerhaft abgebüßt, „zwei Jahre lang ruhig ausgewandert in das neu entdeckte Land des neuesten Geistes" und meinte sich nun berufen, diese Hegel'sche Philosophie, wie er sie auffaßte, „die wahre Wirklichkeit, das Zeitbewußtsein, das echt positive, das letzte historische Resultat" kämpfend zu vertreten, denn „Krieg ist Leben, und Leben muß sein". Mit seinen Jahrbüchern dachte er „allen noch wirklich treibenden und lebendigen Kräften der Zeit einen ganz neuen Mittelpunkt der Anziehung" zu bieten, und da die jüngeren Professoren eifrig mitarbeiteten, so glaubte er bald, sein Halle sei ein anderes Weimar geworden. Durch und durch ehrlich, gemüthlich bis zur Weichheit, ein liebenswürdiger Gesellschafter und treuer Hausvater, besaß er doch weder Kenntnisse noch fruchtbare Gedanken. Seine Stärke lag lediglich in der dialektischen Gewandtheit, die Alles, was je gedacht worden, als überwundenen Standpunkt, als aufgehobenes Moment zu „negiren", alle Gegner als „wissenschaftlich Zurückgebliebene und Unmündige" abzufertigen wußte. Da er in Halle Hausbesitzer und Stadtverordneter war, so hatte er die preußische Verwaltung aus der Nähe kennen gelernt und gestand seinen buchgelehrten Genossen aufrichtig: „unser Staaatswesen ist ein freies, gerechtes." Die Verehrung der Liberalen für die Juden theilte er auch nicht; „die Rahel, das eklige Mensch" war ihm „nicht werth negirt zu werden", und wenn er unter Freunden mit seinem breiten pommerschen Lachen über die „Pferdsköpfe" der Gegner sich lustig machte, dann erhielten auch „die Knoblauchfresser" unfehlbar ihren Theil. Es lag aber im Wesen dieser leeren, zum Selbstzweck gewordenen Kritik, daß sie sich

beständig überstürzen und von einem überwundenen Standpunkt auf den anderen fallend schließlich in den Tiefen des vaterlandslosen jüdisch-französischen Radicalismus anlangen mußte.

Die Jahrbücher brachten anfangs manchen verständigen Aufsatz, sie vertheidigten Preußen als den Staat der Intelligenz, des Protestantismus, die Zucht seiner Beamten als ein nothwendiges Moment der Zukunft. Doch nicht lange, da entdeckten sie schon, daß Preußen von seiner eigentlichen Mission vielfach abgefallen sei; sein Beamtenthum sei die schlechthin gefangen gegebene Vernunft, sein ganzes Staatswesen noch katholisch, denn der Absolutismus stehe und falle mit dem Katholicismus. So ging es weiter, unaufhaltsam, in rasender Eile. Diesen Kritikern schwieg die Stimme des Gewissens; sie fühlten sich nie freier, als wenn sie heute für schwarz erklärten, was sie gestern für weiß gehalten. In einem diktatorischen „Manifeste" vernichtete Ruge die Romantik, insbesondere die historische Schule. Bald darauf schleuderte er auch den Protestantismus selber den Romantikern in den Abgrund nach: nur die Aufklärung sollte noch wahrer Protestantismus sein und mit ihr die neue Geschichte anheben. Jeder lebendige Mensch war nur noch ein Princip und wurde in einem der unzähligen Schubfächer, worauf die Begriffe des Systems angeschrieben standen, untergesteckt und begraben. Gentz verschwand als Princip der Genußsucht, Tholuck als Princip des Mysticismus, Leo als Princip des hierarchischen Pietismus, der wieder „mit dem Jesuitismus genau zusammentreffen" sollte; nun gar in dem conservativen Erdmann zu Halle verkörperte sich schlechthin „die Verderbniß der Hegel'schen Philosophie".

Nach altem akademischem Brauche erhoben sich alsbald geharnischte Feinde wider das streitlustige Blatt. Leo beschuldigte „die Hegelingen" der Gottlosigkeit, in einem grimmigen Büchlein, das neben starken Uebertreibungen auch manche bittere Wahrheit sagte. Der Verleger der Jahrbücher aber, der radicale Buchhändler Otto Wigand, gewährte in Leipzig unter dem Schutze der milden sächsischen Censur allen Junghegelianern eine Freistatt, und eine Zeit lang gewann es den Anschein, als sollte die zerfahrene deutsche Publicistik sich an der Pleiße einen neuen unnatürlichen Mittelpunkt schaffen. Eine Masse von Streitschriften ergoß sich über „den verhallerten Pietisten" Leo und seinen Kampfgenossen, den jungen Theologen Kahnis. Die Jahrbücher stimmten tapfer mit ein; sie verhöhnten die Professoren der mitteldeutschen Universitäten in drastischen Artikeln, die ersichtlich den liebreichen Federn verkannter Privatdocenten entstammten, und brandmarkten, ganz in Heine's unritterlicher Weise, jede Gegenschrift als „eine neue, niedrige Denunciation wider die Hegel'sche Schule". Schließlich blieb diese gewaltige akademische Klopffechterei ebenso unfruchtbar wie einst das burschikose Toben der Oken'schen Isis. Aber mit der Hitze des Streites und der Kraft der Schmähworte wuchs der Radicalismus der Ideen; schon ließ sich voraussehen, daß die absolute Kritik bald auch Vaterland und Volks-

thum, jede dem Menschen gesetzte objective Ordnung als aufgehobene Momente negiren würde.

Unter den philosophischen Mitarbeitern der Jahrbücher that sich durch die Schönheit seiner Sprache Ludwig Feuerbach hervor, ein Sohn des großen Juristen, ein edler feuriger Schwärmer, der mit unerbittlicher Logik aus den Sätzen des Meisters, wie er sie verstand, die allerletzten Folgerungen zog und endlich, in dem Buche über das Wesen des Christenthums (1841), zur Vernichtung aller Religion gelangte. Die dialektische Methode handhabte er mit blendender Geschicklichkeit; von dem historischen Sinne freilich, der das Hegel'sche System durchgeistigte und manche seiner Irrthümer entschuldigte, besaß Feuerbach gar nichts. Er sah im christlichen Glauben lediglich das starre Princip der Weltverneinung; die proteische Kraft des Christenthums, das sich die Jahrhunderte hindurch unabläßig fortgebildet und seit der Reformation auch die antiken Ideen der Weltfreudigkeit in sich aufgenommen hatte, blieb ihm unfaßbar. Darum hielt er jede Philosophie kurzab für unchristlich. Wirklicher Gotteserkenntniß hatte sich die Kirche selbst nie vermessen; das Evangelium verhieß ja nur denen, die reinen Herzens sind, daß sie dereinst Gott schauen sollten. Die denkenden Theologen aller Parteien wußten längst, daß der Mensch sich der Idee Gottes nur zu nähern vermag, indem er das Höchste was er kennt, das Menschliche, noch zu steigern versucht, und mithin in jeder Gotteslehre einige anthropomorphische Vorstellungen enthalten sein müssen. Diese allbekannten und eigentlich nie bestrittenen Erfahrungen bewiesen eben nur die Beschränktheit des menschlichen Denkvermögens. Feuerbach aber schloß daraus kurzab, die Gottesidee sei ein Wahnbegriff, alle Theologie sei Anthropologie und müsse sobald dies erkannt worden augenblicklich verschwinden; die Idee offenbare sich nicht in Gott, sondern in der Gattung der Menschheit. Die ganze wundervolle Kirchengeschichte, die so viele Jahrhunderte mit Geist und Leben erfüllt hat, war also nur eine entsetzliche Krankheit; und da kein Mensch ohne Glauben zu leben vermag, so blieb dem vollendeten Atheisten allein übrig, an den Staat zu glauben, den wahren Menschen, der freilich erst in der Form der Republik seine Vollkommenheit erreichen sollte. Kein Wort in diesen ungeheuerlichen Trugschlüssen, das nicht der Lehre Hegel's schnurstracks zuwiderlief; aber sie waren allesammt mit Hilfe der Hegel'schen Dialektik gefunden, und sie wurden mit so warmer Begeisterung vorgetragen, daß sie das heranwachsende Geschlecht, zumal die jungen ehrgeizigen Naturforscher, leicht bethören konnten.

Das weitaus bedeutendste, das einzige wahrhaft folgenreiche Werk der Junghegelianer war das Leben Jesu von David Friedrich Strauß, das in dem verhängnißvollen Jahre 1835 wie ein Blitzstrahl in die theologische Welt hineinschmetterte. Die Theologie befand sich, obwohl nicht arm an tüchtigen Männern, doch in einem Zustande der Unwahrheit,

der schlechterdings nicht dauern konnte. Der alternde Rationalismus war unmerklich in einen rohen Buchstabenglauben zurückgefallen, er hielt die Worte der heiligen Schrift fest und zerstörte ihren idealen Sinn durch platte, geschmacklose Auslegungskünste, er glaubte an die Erscheinung der Taube und bezweifelte die Ausgießung des heiligen Geistes. Die conservativen Hegelianer andererseits versuchten das Dogma aus dem Begriffe abzuleiten, die Anhänger Schleiermacher's ebenso vergeblich, die Thatsachen der evangelischen Geschichte als Aussagen des christlichen Bewußtseins darzustellen. Indem man Widersprüche verschleierte, Ungeschichtliches beschönigte, entgegengesetzte Berichte in einander schob, suchte man eine Harmonie zu schaffen, welche weder das gläubige Gemüth noch den kritischen Verstand befriedigen konnte. Was der ehrwürdige Daub in Heidelberg über die dogmatische Theologie jetziger Zeit schrieb (1833), war nach Form und Inhalt rein scholastisch: das Dogma wurde als ein Gegebenes hingenommen und dann mit einem großen Aufwande unfruchtbarer Gelehrsamkeit speculativ begründet. Da mußte es denn wie eine befreiende That wirken, als Strauß die strenge Methode historischer Kritik, welche bei der Behandlung der vorchristlichen Zeiten wie der späteren Jahrhunderte der Kirchengeschichte schon längst gehandhabt wurde, auch auf die ersten Zeiten des Christenthums anwendete. Er sagte im Grunde wenig Neues, sondern stellte nur in umfassender Uebersicht alle die Widersprüche der evangelischen Berichte zusammen, die seit den Tagen Lessings und des Wolfenbüttler Fragmentisten vorlängst erkannt, doch immer wieder künstlich verdeckt worden waren; und eben darin, daß er mit radicaler Härte heraussagte was Unzählige insgeheim dachten, lag die verblüffende Wirkung seines Buches.

Strauß war in kleinbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen und blieb sein Tagelang in seiner ganzen Lebensführung ein schwäbischer Philister; er hatte den beengenden Zwang der württembergischen Klosterschulen ertragen und, wie vormals der junge Schiller, eine glühende Sehnsucht nach Freiheit sich angeeignet, weil sein stolzer Sinn den Druck dieses evangelischen Klosterlebens nicht ertragen konnte. Mit seinen siebenundzwanzig Jahren gebot er schon über eine reiche, gründliche Gelehrsamkeit; sein kritischer Scharfsinn war bewunderungswürdig, sein Stil immer lebendig, anziehend, geistreich, und manche sinnige Gedichte zeigten, daß ihm auch die Phantasie nicht ganz versagt war. Aber die Macht einer großen, ursprünglichen und darum beständig wachsenden Persönlichkeit, die ihm seine blinden Verehrer andichteten, besaß er nicht. Er zählte vielmehr zu jenen tief unglücklichen Talenten, die sich in absteigender Linie entwickeln; sein erstes Buch blieb sein bestes, und wenn ihm seine orthodoxen Gegner, selbst der milde Perthes, voraussagten, er werde ein schlechtes Ende nehmen, so haben sie schließlich doch Recht behalten. Mit jugendlicher Kühnheit wagte er sich an ein Unternehmen, das weit über seine Kräfte hinausging,

und daran kränkelte sein ganzes Leben. Nirgends, in allem Klugen und Gescheidten was er geschrieben, findet sich ein Wort, das einen Mann in innerster Seele zu erschüttern vermag, eine jener Offenbarungen genialer Naturgewalt, bei denen der Leser ausruft: das war er, so konnte nur er sprechen. Seinem wesentlich kritischen Geiste fehlte das liebevolle Verständniß für Menschenschicksal und für Menschenthun, ihm fehlte die Gestaltungskraft des schöpferischen Historikers, der nicht ruht, bis er aus dürftigen oder getrübten Quellen ein lebendiges Bild des Geschehenen gewonnen hat.

Er versuchte nicht einmal den Charakter des — rein wissenschaftlich betrachtet — größten aller Männer darzustellen und zu zeigen, warum dies wunderbare kurze Leben die Weltgeschichte in zwei Theile gespalten, eine schlechthin unvergleichliche Wirkung auf die Geschicke der Menschheit ausgeübt hat. Statt eines Lebens Jesu gab er lediglich scharfsinnige kritische Einzeluntersuchungen, die in beständiger Wiederholung immer nur das Eine erwiesen, daß die Evangelien keine reine Geschichte enthalten — ein armseliges Ergebniß, woran denkende Historiker nie gezweifelt hatten. Die bewegende Kraft aller Geschichte, die Macht der Persönlichkeit und ihres lebendigen Schaffens blieb diesem Kritiker unfaßbar; an ihre Stelle setzte er ein doctrinäres „mythenbildendes Princip", das aus Nichts Etwas geschaffen haben sollte, mithin noch viel wunderbarer war als die Wundergeschichten der Evangelien. Und wie oberflächlich verfuhr diese scheinbar so unwiderlegliche Untersuchung. Sie brachte nur eine Kritik der evangelischen Geschichte, nicht eine Kritik der Evangelien selbst. Die Frage war, wie das Evangelium des Johannes, das den Theologen bisher für die lauterste Quelle der ältesten christlichen Geschichte gegolten hatte, sich zu den synoptischen Evangelien verhalte, wann und durch wen diese verschiedenen Berichte entstanden seien; und diese entscheidende Frage wurde von Strauß gar nicht aufgeworfen. Er hörte auf wo er anfangen mußte; er wähnte sein Werk gethan, wenn er die unleugbaren Widersprüche der evangelischen Erzählungen aufdeckte und daraus den plumpen Schluß zog, das Alles sei nur Mythus. Niemals begriff er, daß die Idee des Gottmenschen in einem eingeborenen, unausrottbaren Drange unserer Seele wurzelt und also eine Forderung der praktischen Vernunft ist, daß alle Liebe, Alles was Menschenherzen beseligt, auf der Vorstellung beruht, irgendwie müsse sich das Ideal verwirklichen. Darum leugnete er das Gewisse und behauptete das Ungewisse. Er bestritt, daß die Idee der Menschheit sich in einem Manne verkörpern könne, und versicherte, die sündhaften Menschen seien gleichwohl als Gattung untadelhaft, in einem beständigen Fortschreiten begriffen, während doch der Augenschein lehrt, daß ein Homer, ein Phidias niemals wiederkehren kann, daß alle Culturspracheu zwar reicher und verständiger, aber auch häßlicher werden, und mithin der gerühmte Fortschritt unseres Geschlechts bestenfalls nur ein bedingter und beschränkter ist.

Von dem Wesen der Religion hatte der scharfsinnige Theolog gar keine Ahnung. Gleich allen Hegelianern sah er in ihr nur ein unfertiges Denken, obwohl die Geschichte der Jahrtausende bewies, daß die empfindenden Frauen allezeit religiöser waren als die denkenden Männer. So gelangte er unmerklich zu der Meinung jener buchstabengläubigen Orthodoxen des siebzehnten Jahrhunderts, welche die Religion allein im Fürwahrhalten einiger dogmatischen Lehrsätze suchten. Er wähnte das Christenthum selbst überwunden zu haben, weil er nachgewiesen hatte, daß einige der evangelischen Erzählungen mythisch sind. Welch ein tragischer Widerspruch in dem Leben dieses reich begabten Mannes! Im Kampfe, im berechtigten Kampfe wider den theologischen Zunftzwang der Tübinger Stiftler-Gelehrsamkeit hatte er sich errungen, was er die Freiheit seines Geistes nannte; und doch war sein Buch selbst nur ein echtes Kind jener verhockten Stubengelahrtheit, welche nicht fassen konnte, daß alle theologische Kritik nichtig ist neben den praktischen Pflichten des Seelsorgers, der die Mühseligen und Beladenen trösten soll aus der Fülle der Verheißung, daß vor der Majestät des lebendigen Gottes der spitzfindige Gelehrte ebenso bettelarm dasteht wie der einfältige Bauersmann.

Aber dem tapferen Streiter blieb das Verdienst, daß er in eine offene Wunde der deutschen Theologie den Finger gelegt hatte. Darum erregte sein Buch eine Entrüstung, wie kaum jemals ein gelehrtes Werk. Wenige Wochen nach dem Erscheinen des ersten Bandes wurde er schon vom Tübinger Stifte entfernt und auf eine Lehrerstelle versetzt. Dann sendete Eschenmayer, dessen naturphilosophische Träumereien vor Jahren den jungen Strauß selbst bezaubert hatten, seine Streitschrift wider „den Ischariotismus unserer Tage" hinaus, ein fanatisches Libell, das der wissenschaftlichen Theologie schlechthin jede Berechtigung absprach. Auch Paulus erhob sich aus dem Großvaterstuhle des Rationalismus, um den Ketzer zu bekämpfen, der so gar nicht einsehen wollte, daß die Juden zu Christi Zeiten die unangenehme Gewohnheit gehabt hätten, ihre Angehörigen lebendig zu begraben, und mithin die Todtenerweckungen des Neuen Testaments auf ganz natürliche Weise zu erklären seien; er sprach indeß würdiger als der alte Tübinger Supranaturalist Steudel. Die württembergischen Pietisten, die in Calw und Kornthal ihre Betstunden hielten, die stillen „Stundenleute", geriethen in Bewegung, und in ihrem Namen stritt Straußens Studiengenosse Wilhelm Hoffmann gegen den verlorenen Freund. Hengstenberg's Berliner Kirchenzeitung tobte, und die Minister erwogen bereits, ob man nicht das gefährliche Buch in Preußen verbieten solle; da erklärte Joh. Neander in einem trefflichen Gutachten, nach evangelischem Brauche dürften Gründe nur durch Gründe bekämpft werden. Das Leben Jesu, das der fromme Mann bald nachher dem Buche des Schwaben entgegenstellte, war jedoch leider mehr ein Werk der Liebe als des kritischen Scharfsinns. Aller dieser Gegner erwehrte sich Strauß in einer Reihe schlagfertiger Streitschriften.

Seine wissenschaftliche Ueberlegenheit war so groß und die Bewunderung der akademischen Weltkinder für den unerschrockenen Kämpfer so lebendig, daß ihm auf die Dauer ein philosophischer Lehrstuhl kaum entgehen konnte. Der schwäbische Starrkopf verlangte aber nach einer theologischen Professur, obgleich er schon fast alle Grundlehren des Christenthums in Frage gestellt hatte; es war genau dasselbe, wie wenn Martin Luther gefordert hätte, mitsammt seiner Frau Katharina General des Augustinerordens zu werden. Und wirklich fanden sich einige akademische Heißsporne bereit, dies sonderbare Begehren zu unterstützen. In Zürich hatte die neue radicale Regierung kürzlich eine Universität gegründet, die alsbald mehrere tüchtige Gelehrte aus der dichten Schaar der deutschen Demagogen und Unzufriedenen an sich zog. Lorenz Oken, der sich in München nach seiner Gewohnheit wieder mit den Behörden überworfen hatte, wurde ihr erster Rector und schrieb dort sein bestes Werk, die Naturgeschichte. Warum sollte dies neue Limmat-Athen, das mit unendlicher Verachtung auf die deutschen Fürstenknechte herabschaute, nicht auch dem bestgehaßten Manne der deutschen Theologenzunft den Lehrstuhl der Dogmatik anvertrauen? Einige der Züricher Radicalen hofften schon, auf die vollendete politische Umwälzung werde eine neue kirchliche Reformation folgen. Nach heftigem Widerspruch wurde die Berufung bei den Cantonalbehörden durchgesetzt und Strauß erklärte sich sofort bereit, ihr zu folgen (1839). Doch unmöglich konnte die Heimath Zwingli's einen solchen Abfall von allen ihren alten Ueberlieferungen gelassen hinnehmen. In der behaglichen Anarchie dieses demokratischen Staatswesens meinte sich jeder Gaisbub berechtigt, über die Befähigung theologischer Professoren sein sachverständiges Gutachten abzugeben. Einige rechtgläubige Eiferer erhoben den Schreckensruf „die Religion ist in Gefahr", Hurter und die Ultramontanen der Nachbarcantone stimmten kräftig ein, das gesammte Bauernvolk am See wurde aufsässig, und die gemäßigte Partei in der Stadt, an deren Spitze der junge liberale Freimaurer J. C. Bluntschli stand, schloß sich der Volksbewegung an. Die Regierung erschrak, sie nahm ihren Beschluß zurück und fand sich mit dem Berufenen ab durch eine Jahrespension von 1000 Franken, welche Strauß, auf sein Recht trotzend, unbedenklich annahm, aber zu wohlthätigen Zwecken verwendete. Den sparsamen Seebauern dagegen erschienen diese einem Ausländer gewährten tausend Franken als eine frevelhafte Verschwendung, da ihr Canton niemals Pensionen zahlte; sie lärmten wider „die Straußen" und ruhten nicht, bis sie durch offenen Aufruhr, durch den „Züriputsch" die radicale Regierung gestürzt hatten.

Diese tragikomische Revolution brachte den Namen des schwäbischen Theologen gänzlich in Verruf; keine der deutschen philosophischen Facultäten wagte mehr, dem Bescholtenen einen angemessenen Wirkungskreis für sein glänzendes Lehrtalent anzubieten. Aber auch er selbst wurde durch

so trübe Erfahrungen verbittert und in einen bodenlosen Radicalismus hinein getrieben. Sein zweites großes Werk, die Christliche Glaubenslehre (1840), in der Form noch gewandter als das erste, enthielt schon eine offene Kriegserklärung gegen das Christenthum und bewies lediglich, daß dieser Mann wohl ein scharfsinniger Kritiker, aber weder ein Philosoph noch ein Historiker war. In einer Zeit, da die Macht der römischen Kirche sich wieder streitbar erhob, stellte er die doctrinäre Behauptung auf, der Gegensatz von Protestantismus und Katholicismus bedeute nichts mehr neben dem Kampfe der rechtgläubigen und der speculativen Theologie. Ganz so beschränkt in seinem Parteihasse wie Rotteck oder Hengstenberg, wollte er also auf der weiten Welt nur noch die zwei Völker der Ungläubigen und der Gläubigen, der Freien und der Knechtischgesinnten erkennen. Er dachte, wie er sich bezeichnend ausdrückte, für das Handlungshaus der Christenheit die Bilanz zu ziehen und gelangte zu dem einfachen Ergebniß, daß diese alte Firma längst bankrott sei. Wie Hegel selbst betrachtete er die Dogmen als abstrakte Begriffe und bemerkte nicht, was doch schon Schleiermacher nachgewiesen hatte, daß diese Ansicht alle evangelische Freiheit aufhebt, weil sie den Wissenden, den Gelehrten eine päpstliche Gewalt über die Unwissenden, die in der Regel die Frömmsten sind, einräumt. So ward denn Schritt für Schritt jedes Dogma als der Gedanke einer überwundenen Weltanschauung „aufgelöst". Die Offenbarung war ihm nur noch eine Rinde, welche sich am Baume der Menschheit dereinst angesetzt hätte, aber jetzt verholzt sei und abbröckele. Von der Kraft der Ergebung und Erhebung wußte er nichts; darum hielt er das Gebet für eine Selbsttäuschung und gestattete nur eine „Contemplation, die sich in die kühlende Tiefe des einen Grundes aller Dinge versenke."

Nach Auflösung aller Glaubenssätze blieb also für die moderne Kirche gar keine selbständige Aufgabe mehr; sie sollte vom Staate verschlungen werden, sobald man sich nur erst entschließe, den katholischen Standpunkt ganz zu verlassen. Diese letzte Folgerung aus den Vordersätzen seiner Religionsphilosophie hatte Hegel selbst als ein Kenner des Staatslebens niemals ziehen wollen; sein schwäbischer Schüler zog sie unbedenklich, weil er in seinem Stubenleben der Welt entfremdet war und nicht einsah, daß die zwingende Gewalt des Staates, wenn sie sich je des Gemüthslebens bemächtigt, nothwendig tyrannisch wird. In der Theologie sah er mithin nur „die Wissenschaft des unwissenden, idiotischen Bewußtseins"; wer sie recht kannte, mußte sie als leeres Geschwätz aufgeben — ein erstaunliches Geständniß im Munde eines Gelehrten, der sich soeben selbst um eine Professur des idiotischen Bewußtseins bemüht hatte. „Religiöse Idioten und theologische Autodidakten — so rief er aus — das sind die Geistlichen der Zukunft;" bis dahin werden freilich noch viele „arme Knabenseelen durch den Speck der Stiftungen in die theologische Mausefalle gelockt" werden.

Bis zu diesem blöden Hasse, der dem Fanatismus Eschenmayer's nichts nachgab, war der geistreiche Mann in fünf Jahren harter Kämpfe herabgesunken; nannten seine Feinde ihn einen Ischariot, so schimpfte er sie Idioten. Aus der Fülle seiner Belesenheit suchte er zu erweisen, daß im Grunde alle großen modernen Denker dieselbe Meinung über das Christenthum gehegt hätten, und wollte der Beweis gar nicht glücken, so verschmähte er auch schlechte Sophistenkünste nicht. Wenn Lessing gesagt hatte: trotz aller Zweifel des Verstandes bleibe doch „die Religion unverrückt in den Herzen derjenigen Christen, welche ein inneres Gefühl von dem Wahrhaften derselben erlangt hätten" — eines jener herrlichen, ursprünglichen Worte, aus denen sich abnehmen läßt, wie hoch Lessing über der gemeinen Aufklärung seiner Tage stand — so meinte Strauß kurzab, das sei nicht ernst gemeint, sondern lediglich ein dialektischer Fechterstreich. Nachdem er also haarklein bewiesen hatte, daß es mit dem Christenthum nichts sei, hielt er sich zwanzig Jahre lang von allen theologischen Arbeiten fern. In diesem negirenden Kritiker lag gar nichts von der gestaltenden Kraft, von dem sittlichen Ernste des Reformators, der sein Herzblut dahingiebt, bis er der widerstrebenden Welt seine Gedanken aufgezwungen hat; er warf die Feder aus der Hand, sobald er gefunden zu haben glaubte, daß die Geschichte von achtzehn reichen Jahrhunderten nichts als ein großer Irrthum gewesen sei.

Die Einwirkung dieser Schriften auf die Zeitgenossen war zweischneidig, zugleich wohlthätig und tief verderblich. Strauß erweckte die Theologie aus einer falschen Ruheseligkeit, er machte die natürlichen Wundererklärungen und die künstelnde Harmonistik für immer unmöglich. Sein Tübinger Lehrer Ferdinand Christian Baur, ein minder glänzender, aber ungleich stärkerer und tieferer Geist, der trotz seiner wissenschaftlichen Kühnheit an der ewigen Wahrheit des Christenthums nie verzweifelte, wurde durch das Auftreten des Schülers veranlaßt, die historischen Untersuchungen über die Anfänge des Christenthums, an denen er seit Jahren gearbeitet, weiter zu führen. Baur gab endlich, was bisher noch ganz gefehlt hatte, eine Kritik der Evangelien selber und gelangte zu dem Ergebnisse, das ursprüngliche Judenchristenthum sei erst durch den Apostel Paulus zu einer Weltreligion geworden. Mehrere tüchtige junge Gelehrte, Zeller, Schwegler, Köstlin schlossen sich ihm an. Diese neue Tübinger Schule bereitete durch ernste scharfsinnige Forschungen erst den wissenschaftlichen Boden für eine historische Darstellung der ersten christlichen Zeiten, obwohl sie für die Macht der historischen Persönlichkeit auch nur wenig Verständniß zeigte, und viele ihrer Behauptungen heute schon längst widerlegt sind.

Die Pietisten dagegen und die Orthodoxen, überhaupt Alle, denen die Offenbarung oder die theologische Standesehre am Herzen lag, mußten durch Straußens Angriff auf die christlichen Idioten erbittert werden; sie sahen

sich durch diese maßlose Polemik fast gezwungen, alle wissenschaftliche Kritik zu verdammen und das credo quia absurdum auf ihre Fahne zu schreiben. Zudem waren sie gegen die neue Richtung von Haus aus so scharf, so verfolgungssüchtig aufgetreten, daß sie nicht mehr zurückkonnten. Die von den liberalen Zeitungen beherrschte öffentliche Meinung stand durchweg auf der Seite des verfolgten Schwaben, obschon Strauß selbst sich immer zu gemäßigten politischen Grundsätzen bekannte. Wie freundlich hatte einst Voß in seiner Luise das evangelische Pfarrhaus als eine Stätte des Friedens und der Bildung geschildert, und noch in der alten teutonischen Burschenschaft waren Sand, Riemann und andere „der Gottesgelahrtheit Beflissene“ immer obenauf gewesen. Anders jetzt. Fast schien es, als sei der christliche Glaube fortan durch eine gähnende Kluft von der modernen Bildung getrennt. Die beliebten Zeitromane pflegten jeden Geistlichen als einen Heuchler oder einen blöden Thoren darzustellen, und auf den Universitäten wurde der Theolog überall mit spöttischer Geringschätzung betrachtet. Mit Schadenfreude spürte man jede menschliche Schwäche der Kirchlichgesinnten auf und fühlte nicht, daß die Spötter durch den beliebten Hohnruf: „der Mann ist so gläubig und doch so schlecht“ selber die sittliche Ueberlegenheit der religiösen Gesinnung anerkannten; denn noch Niemand hatte je gesagt: „der Mann ist so ungläubig und doch so schlecht“. Jene Verachtung kirchlicher Dinge, die sich einst aus der eigenthümlichen Entwicklung unserer classischen Literatur ergeben hatte*), erlangte nunmehr die Herrschaft in den gebildeten Kreisen. Da solche Vorurtheile nur durch das Leben überwunden werden können, so behauptete sie ihre Macht scheinbar ein volles Menschenalter hindurch, bis die Deutschen in einer Zeit weltverwandelnder Geschicke plötzlich erfuhren, daß ihre stärksten und klügsten Männer allesammt gläubige Christen waren, ihre heldenhafte Jugend mit Gottvertrauen in den Tod ging.

Seit der gesammte Radicalismus für die speculative Theologie eintrat, mußten die Regierungen die strenge Rechtgläubigkeit begünstigen. Selber allem positiven Glauben entfremdet, aber durchdrungen von der Ueberzeugung, daß er kraft seines Amtes jede Kirche bei ihrem alten Bekenntniß erhalten müsse, stand Altenstein diesen theologischen Kämpfen rathlos gegenüber. Daher erlangte der strenggläubige Kronprinz, der in der europäischen Politik kaum mitreden durfte, über den weichmüthigen Cultusminister eine solche Macht, daß selbst die Begünstigung der Althegelianer allmählich aufhörte und alle wichtigen Stellen der preußischen Landeskirche fortan mit Orthodoxen besetzt wurden. Auf die Fürsprache des Kronprinzen wurde der Leipziger Hahn, der Todfeind der Rationalisten, nach Breslau berufen**); durch ihn erhielt Hengstenberg, ungewöhnlich früh, eine ordent-

*) S. o. II. 39.

**) Dieser Thatsache gedenkt der Kronprinz selbst in einem Briefe an Altenstein vom 4. März 1834.

liche Professur in Berlin. Er war es auch, der dem vielverfolgten Pater Johannes Goßner endlich eine würdige Wirksamkeit in Berlin eröffnete.

Dieser edle Mann, ein geborener Kanzelredner voll feuriger Glaubenskraft und kindlicher Einfalt, hatte sich einst in Baiern der mystisch-evangelischen Richtung des Bischofs Sailer zugewendet; er war dann, weil er die Bibelgesellschaften förderte, aus Rußland vertrieben worden und hierauf förmlich zur evangelischen Kirche übergetreten. In Berlin herrschte aber der Rationalismus noch so unumschränkt, daß unter allen Geistlichen allein Schleiermacher sich bereit fand, dem Convertiten seine Kanzel zu überlassen. Endlich erlangte Goßner doch, daß der Prediger Moblank an der Luisenstädtischen Kirche ihn für einige Monate mit seiner Vertretung beauftragte. Die Folge war, wie der Kronprinz schrieb, daß eine Kirche, die seit fünfzig Jahren leer gestanden, die Zahl der Andächtigen nicht mehr fassen konnte, „weil ein Märtyrer der evangelischen Wahrheit, wie sie Luther gepredigt, dort Gottes Wort verkündigt.“ Das Consistorium jedoch verbot dem Eindringling die Kanzel und verlangte von dem fünfundfünfzigjährigen ordinirten Priester, er müsse erst seine Befähigung nachweisen. „O wie sind sie mir umgegangen — sagte Goßner traurig — daß sich Gott erbarmen möge! Ich alter Esel mußte mich von fünf Räthen examiniren lassen und nachdem ich dreißig Jahre in aller Welt gepredigt, eine Probepredigt halten!“ Dann wurde er endlich von der frömmsten Gemeinde der Hauptstadt, den böhmischen Brüdern der Bethlehemskirche, zum Pastor erwählt, und nun — so schrieb der Kronprinz an Altenstein — muß es „sich zeigen, ob er auf dem rechten Wege ist oder nicht, ob er der ausgezeichnete Mann ist, für den ich ihn gewiß halte, oder der Schleicher, der falsche Pfaffe, der verkappte Jesuit oder Jansenist, oder was weiß ich, wofür Sie ihn halten.“*) Der Erfolg seiner derben, urkräftigen, volksthümlichen Beredsamkeit war beispiellos, und nicht minder fruchtbar seine christliche Liebesthätigkeit: den Männer-Krankenverein, das Elisabethkrankenhaus, eine Menge von Kinderbewahranstalten und Missionsgesellschaften rief er in's Leben.

In gleichem Sinne wirkte der Freund des Kronprinzen Otto v. Gerlach, der auf die Fürbitte seines hohen Gönners eine Predigerstelle in der Rosenthaler Vorstadt erhielt**), nachdem der König sich entschlossen hatte, dort in den beständig wachsenden ärmsten Stadttheilen Berlins vier neue Kirchen zu erbauen. Da gab es denn geistlicher Arbeit die Fülle; durch Hausbesuche und Hausandachten, durch Handwerkervereine und Sparkassen, durch Beschäftigung der Erwerblosen und Vertheilung frommer Bücher suchte der begeisterte junge Seelsorger der Verwilderung der armen Arbeiter des „Voigtlandes“ entgegenzuwirken. Mit besonderer Sorge betrachtete der

*) Kronprinz Friedrich Wilhelm an Altenstein, 14. Jan. 1828, 20. Jan. 1829.
**) Kronprinz Friedrich Wilhelm an Altenstein, 22. Jan. 1834.

Kronprinz die Hochburg des preußischen Rationalismus, die Provinz Sachsen: auf keinen Fall sollte der von Altenstein begünstigte Leipziger Großmann die Stelle des Bischofs und Generalsuperintendenten in Magdeburg erhalten. Ich halte es für undenkbar, schrieb der Prinz, „daß ein Mann, der als flacher, herzloser, eitler Rationalist bekannt, dessen nackter Quasi-Jacobinismus ihn selbst in Leipzig! zum Gespött seiner Collegen macht, daß solch ein Mann zu solcher Stelle in dieser Provinz vorgeschlagen werden und noch viel weniger vom Könige genehmigt werden könnte."*) Der Thronfolger erreichte in der That, daß Dräseke aus Bremen nach Magdeburg berufen wurde. Der neue Bischof riß durch seine mächtige Beredsamkeit alle Hörer hin, und als er auf dem Lützener Schlachtfelde bei der Enthüllung des Gustav-Adolf-Denkmals die Weihepredigt hielt, da ging ein Jubelruf religiöser Begeisterung durch die vordem so nüchterne Provinz.

So begann allmählich ein neuer Geist in das preußische Kirchenregiment einzuziehen. Hengstenberg's Kirchenzeitung sprach schon in einem Tone, als ob ihrer Partei allein die Herrschaft über die Kirche zustände, und ihre Macht ward durch die Tübinger Bewegung nur noch befestigt. Wenige Monate nach dem Erscheinen des Lebens Jesu schrieb der Kronprinz dem Minister: jetzt scheine es hoch an der Zeit, einen gläubigen Theologen nach Halle zu berufen, wo Tholuck ganz allein stehe: „Mehr als zwei Drittel der jungen Studenten saugen Grundsätze ein, die dem Rationalismus (dem Machwerk menschlicher Satzungen und Meinungen), nicht aber dem lauteren Worte Gottes angehören, und verpesten mit diesen Grundsätzen, ausgesendet und angestellt, als Boten des Heils das ganze Land;" die Berufung Baur's sei ganz unmöglich, denn er habe sich neuerdings „den Ansichten eines Dr. Strauß angeschlossen!"**)

Ueberall in Deutschland erstarkten der Pietismus und die Orthodoxie, die man allmählich für gleichbedeutend ansah; sie bekämpften die speculative Theologie auf Tod und Leben, sie vertheidigten bis auf den letzten Buchstaben „das Wort und das Wort allein und nichts als das Wort", sie bewährten ihre Kraft in den Werken des praktischen Christenthums. Während von Basel aus das deutsche Oberland mit einem Netze christlicher Missionsanstalten überspannt wurde und die schwäbischen Pietisten in Calw durch geschmacklose Tractätchen, aber auch durch Werke der Barmherzigkeit die gläubigen Gemüther zu gewinnen suchten, erbaute der fromme F. W. Krummacher die armen, gequälten Arbeiter des Wupperthales durch liebevolle Seelsorge und durch tiefgemüthliche Kanzelreden, welche der alte Goethe freilich für „narkotische Predigten" erklärte. Vor den Thoren Hamburgs errichtete Hinrich Wichern im Rauhen Hause eine Rettungsanstalt

*) Kronprinz Friedrich Wilhelm an Altenstein, 15. Nov. 1831.
**) Kronprinz Friedrich Wilhelm an Altenstein, 20. April 1836.

für verwahrloste Kinder (1833); aus diesem unscheinbaren Keime entstand dann, wunderbar schnell aufblühend, ein freier protestantischer Orden, der für Erziehung und Armenpflege, für Gefängnisse und Hospitäler Großes leistete. Wichern wollte keiner theologischen Partei angehören; er bewahrte seinem Lehrer Schleiermacher allezeit treue Verehrung und verwarf jede Verfolgung der Rationalisten. Er war aufgewachsen in der naiven, volksthümlichen Frömmigkeit des hamburgischen Kleinbürgerthums, er hatte alsdann in der Musikerin Luise Reichardt und in der unermüdlich wohlthätigen Amalie Sieveking zwei Frauen von apostolischer Sinneseinfalt kennen gelernt. Ein durchaus praktischer Geist, dachte er der Welt zu beweisen, daß die lutherische Kirche, die bisher in allem Handeln hinter der Werkheiligkeit der römischen und der Thatkraft der calvinischen Kirche weit zurückgeblieben war, auch für die Armen im Geist zu sorgen vermöge; und es gelang ihm.

Alles wirksame Leben der Kirche ging fortan auf in der Thätigkeit der strengen Schriftgläubigen. Sie allein predigten vor gefüllten Gotteshäusern, während den Reden der speculativen Theologen Niemand zuhören wollte; sie allein labten die Verschmachtenden und trösteten die Elenden, während mehrere der Genossen der Tübinger Schule, nach Straußens Vorgang, bald die Theologie aufgaben, weil ihnen an der Kirche wenig lag. Und so gewiß die Religion nicht in der Gelehrsamkeit wurzelt, sondern in der Empfindung, in der lebendigen Kraft der Liebe, ebenso gewiß war diese wissenschaftlich sehr mangelhafte Rechtgläubigkeit als kirchliche Macht den gelehrten theologischen Kritikern weit überlegen.

Die Kluft zwischen beiden Parteien erweiterte sich von Jahr zu Jahr, Achtung und Schonung gingen hüben und drüben bald verloren. Viele Orthodoxe verleugneten das evangelische Recht der freien Forschung so gänzlich, daß sie jede voraussetzungslose historische Kritik in der Theologie kurzab für heidnisch hielten. Und andererseits, welch ein Zerrbild des schwäbischen Pietismus entwarf doch der Tübinger Aesthetiker Vischer in seinen geistreichen Aufsätzen über Strauß und die Württemberger; in diesem Bilde war kaum noch ein menschlicher Zug. Die liberalen Zeitungen gebrauchten den Namen der „Frommen“ nur noch ironisch, als ob Frömmigkeit eine Schande wäre; sie verlästerten das Rauhe Haus und alle die anderen fröhlich aufblühenden Werke der christlichen Liebe als Anstalten von Heuchlern für Heuchler. Der Kampf zwischen den Wissenden und den Glaubenden war an Mißverständnissen und Verdrehungen ebenso reich wie der gleich unfruchtbare Streit zwischen dem Vernunftrecht und dem historischen Recht; er lähmte den deutschen Protestantismus eben in dem Augenblicke, da das Papstthum wieder zum Angriff vorschritt; er verschärfte auch die politischen Gegensätze also, daß schon nach wenigen Jahren die Aussicht auf Versöhnung schwand, und ein gewaltsamer Umschwung unvermeidlich wurde. —

Achter Abschnitt.

Stille Jahre.

Seit der literarische Streit sich mit dem politischen verkettete, Dichtung und Philosophie von der Tendenz beherrscht wurden, stand unter den deutschen Liberalen die Meinung fest, daß der Kampf der Freiheit wider die Knechtschaft, des Lichtes wider die Finsterniß den ganzen Inhalt der neuen Geschichte ausmache. Der Gang der europäischen Politik, die zunehmende Spannung zwischen dem Westen und dem Osten des Welttheils schien diese Ansichten zu bestätigen. Die Stärke unserer Cultur liegt aber in dem beständigen Wechsel ihrer mannichfaltigen Interessen, Ideen und Machtverhältnisse. Immer war es nur ein Zeichen verschrobener, unhaltbarer Zustände, wenn einmal ein einziger kahler Gegensatz, wie im Zeitalter der Religionskriege, die Parteiung dieser vielgestaltigen Staatengesellschaft bestimmte. Nun gar der Gegensatz von Ost- und Westeuropa, der jetzt von nahezu allen Parteien als eine historische Nothwendigkeit angesehen wurde, bestand in Wahrheit nicht; er beruhte wesentlich auf der Einbildung, auf den formalen Lehrsätzen constitutioneller und absolutistischer Theorien, welche die lebendigste Kraft des Jahrhunderts, den Drang nach nationaler Staatenbildung, völlig verkannten. Doch diese Doktrinen beherrschten und bethörten die Welt — denn nichts ist sicherer, als die niederschlagende Wahrheit, daß die öffentliche Meinung ganzer Zeitalter sich im Irrthum bewegen kann — und weil die Zeit im Doktrinarismus befangen war, darum konnte Palmerston's kaufmännisches Geschick die Wirren auf der pyrenäischen Halbinsel, die für Europa so wenig bedeuteten, als willkommene Handhabe benutzen, um das Festland beständig in Unruhe zu halten, die Kluft zwischen dem Osten und dem Westen arglistig zu erweitern.

In Portugal regierte, nachdem das Tochterland Brasilien sich von dem Mutterlande losgerissen hatte, die minderjährige Tochter des brasilianischen Kaisers Pedro, Maria da Gloria. Aber ihr Oheim Don Miguel, der für sie die Regentschaft führen und dereinst ihr Gatte werden sollte, bemächtigte sich selbst der Krone (1828), und nun brach über das Land ein clericales Schreckensregiment herein, das selbst die Gräuel der spanischen Reaktion noch überbot. Der fanatische, rohe, halbthierische Wütherich

meinte sich berufen nach dem Vorbilde des Erzengels Michael die Satansbrut der Liberalen zu vernichten, er warf die Verfassung über den Haufen, ließ tausende seiner Gegner hinrichten, einkerkern, ins Elend jagen. Obwohl unzweifelhaft ein Usurpator erfreute er sich doch der geheimen Gunst Metternich's — denn wer eine Verfassung brach behielt in der Hofburg immer Recht — und seit der Juli-Revolution begegnete er den beiden liberalen Westmächten mit der ganzen Feindseligkeit des reaktionären Parteihauptes. Also gerieth der freisinnige Gönner aller Revolutionen, Lord Palmerston, in die sonderbare Lage, sich der legitimen Rechte der jungen Königin annehmen zu müssen. Unmöglich konnte er dulden, daß dies seit vier Menschenaltern, seit dem Methuenvertrage, der britischen Handelsherrschaft unterthänige Portugal, dies alte Jagdgebiet der Fabrikanten von Glasgow und Manchester, jetzt durch einen feindseligen Usurpator der englischen Flagge versperrt würde; die schwache Regierung eines unmündigen Mädchens versprach dem englischen Interesse unvergleichlich größere Vortheile, und das Weiberregiment war, wie die Dinge standen, zugleich die Sache der Freiheit, der Verfassung.

Unter dem jubelnden Beifall der Liberalen auf beiden Ufern des Canals erklärte sich der englische Minister also für die verfassungsmäßige Regierung der unmündigen Königin. König Wilhelm IV. freilich gestand in einer geheimen Denkschrift mit seiner gewohnten beschränkten Ehrlichkeit: von einer Verfassung wolle die große Mehrzahl der Portugiesen nichts wissen, indessen halte er „die Herrschaft Don Miguel's für das größere und dem Interesse Englands schädlichere Uebel". Eine offene Intervention zu Gunsten des legitimen Rechts durften die Westmächte jetzt noch nicht wagen, nachdem sie soeben den Grundsatz der Nichteinmischung feierlich verkündigt hatten, doch auf Schleichwegen konnten sie ihr Heil leicht erreichen, da die liberale öffentliche Meinung sich stürmisch gegen den portugiesischen Usurpator aussprach. Als Don Pedro im Jahre 1832 nach Europa heimkehrte, um seiner Tochter die Krone zurückzugewinnen, da stellte ihm Frankreich sofort jene portugiesischen Kriegsschiffe zur Verfügung, welche vor Kurzem, in Folge eines Streites mit Don Miguel, aus dem Tejo hinweggeführt worden waren, und zahlreiche französische Freiwillige traten unter seine Fahnen. In England wurde öffentlich für ihn geworben, obgleich das Gesetz jede Anwerbung für fremden Kriegsdienst untersagte. Englische Seeoffiziere und Blaujacken bildeten den Stamm seiner Seemacht; der Engländer Napier befehligte die Flotte, als beim Cap St. Vincent, auf der alten Stätte britischen Waffenruhms, die Schiffe Don Miguel's vernichtet wurden. Frohlockend meldete eine officiöse Flugschrift, deren prahlerischer Stil die Feder Palmerston's selber leicht erkennen ließ: „Britische Tapferkeit war wie gewöhnlich mit portugiesischer Freiheit verbündet, St. Vincent hat nochmals die Thaten des Seeheldenthums gesehen." Zugleich erging an alle Höfe die inbrünstige Versicherung, daß England in diesen Händeln

die strengste Neutralität gewissenhaft einhalte. Zwei Jahre währte dann noch der portugiesische Bürgerkrieg. Von Franzosen befehligt, durch Freiwillige aus beiden Westmächten verstärkt, drängten die Truppen der jungen Königin das Heer Don Miguel's mehr und mehr in die Enge.

Unterdessen starb König Ferdinand von Spanien (1833) und hinterließ seinem Volke, als Vermächtniß eines schmachbedeckten Lebens, den Bürgerkrieg. Drei Jahre vor seinem Tode war er durch seine vierte Gemahlin, die muntere, gescheidte, leichtlebige Neapolitanerin Christine bewogen worden, das salische Gesetz aufzuheben, das in dem spanischen Bourbonenhause während des achtzehnten Jahrhunderts mit einigen Einschränkungen unbestritten geherrscht hatte. Fortan sollte wieder das Thronfolgerecht der Weiber gelten, das altnationale Recht, dem einst die katholische Isabella und nachher die Habsburger ihre Herrschaft verdankt hatten, und mithin nach Ferdinand's Tode seine kleine Tochter Isabella, unter der Vormundschaft ihrer Mutter Christine, die Krone tragen. Daß der rechtmäßige Thronfolger, Ferdinand's Bruder Don Carlos sich einem solchen Staatsstreiche nicht gehorsam fügen konnte, war leicht vorherzusehen, und schwer besorgt sagte Graf Bernstroff, sobald er von dieser neuen „Pragmatischen Sanction" der spanischen Krone erfuhr: „um die Lage Europas zu vereinfachen fehlt uns nur noch ein neuer spanischer Erbfolgekrieg."

Don Carlos war Don Miguel's Schwager, bigott wie dieser und dem finstersten Aberglauben ergeben, ein blöder beschränkter Mensch, das anerkannte Haupt der „apostolischen" Partei, während Königin Christine durch die Macht der Verhältnisse den Feinden der Priesterherrschaft in die Arme getrieben wurde. In Portugal vertrat die legitime Maria, in Spanien die illegitime Isabella den Liberalismus. Doch was fragte der leitende Staatsmann Englands nach dem historischen Rechte? Palmerston sah scharfsinnig voraus, daß die Königin-Regentin Christine sich bald gezwungen sehen würde die Hilfe ihres Oheims Ludwig Philipp anzurufen; und dann konnten die beiden illegitimen Bourbonenhöfe von Madrid und Paris vielleicht jenen Familienvertrag erneuern, welcher einst, zu Englands Schaden, so lange zwischen ihren legitimen Vorgängern bestanden hatte. Um diese Gefahr abzuwenden gab es nur ein Mittel: England selbst mußte sich zwischen die beiden Höfe eindrängen und, zur Erbauung aller liberalen Gemüther, den hochherzigen Beschützer der illegitimen Isabella spielen. So ließ sich auch hoffen, daß der spanische Bürgerkrieg ins Unendliche währte und dem britischen Gönner die Möglichkeit bot, der bedrängten Regentin vortheilhafte Handelsverträge abzupressen; überdies wurde der immer mit stillem Argwohn betrachtete französische Bundesgenosse durch den Krieg jenseits der Pyrenäen lahm gelegt und auch die Ostmächte dermaßen beschäftigt, daß sie kaum noch bemerken konnten, wie England mittlerweile seine Handelsherrschaft über die halbe Welt hin erweiterte. Und alle diese glänzenden Gewinnste ließen sich erreichen ohne

einen gefährlichen Krieg, nur durch mittelbare Unterstützung der Königin und durch ein unaufhörliches Selbstlob, das der bethörten liberalen Welt den Hochsinn der freiheitbeschützenden Britannia anpreisen mußte.

Rasch entschlossen ging Palmerston auf sein Ziel los. Am 22. April 1834 brachte er mit Talleyrand und Christinens Gesandten Miraflores sein Meisterwerk zu Stande, die Quadrupel-Allianz. Die Regierungen der beiden jungen Königinnen verpflichteten sich, Don Miguel und Don Carlos aus der Halbinsel zu vertreiben; England wollte sie mit seiner Flotte unterstützen, und auch Frankreich, das sich während der Verhandlungen vorsichtig zurückhielt, sollte nöthigenfalls, nach gemeinsamer Verabredung, mit den Waffen eingreifen. Frecher konnte der Grundsatz der Nichteinmischung nicht verleugnet, die Interventionspolitik des alten Vierbundes nicht überboten werden. Die Beschlüsse des Laibacher Congresses hatten sich doch noch auf unzweifelhafte Vertragsrechte berufen, welche dem Hause Oesterreich in Italien zustanden; hier aber ward die bewaffnete Unterstützung einer legitimen und einer illegitimen Königin zugleich beschlossen, ohne den Schatten eines Rechtsgrundes, lediglich nach der augenblicklichen Convenienz der Westmächte, und diese völlig rechtswidrige Intervention schmückte sich mit dem Namen der Freiheit. Palmerston verkündete sogleich, dieser neue Vierbund solle ein mächtiges Gegengewicht gegen die heilige Allianz des Ostens bilden, er nannte ihn sein eigenstes Werk und spöttelte vor den Vertrauten: „ich hätte wohl Metternich's Gesicht dabei sehen mögen.“ Das halbamtliche Journal des Debats erklärte: die Quadrupel-Allianz sei die Antwort des freien Westens auf den Congreß von Münchengrätz und die Wiener Ministerconferenzen; jetzt gebe es keine Pyrenäen mehr, da die Gleichheit der Staatsform sowie die Schicksalsverwandtschaft der Dynastien Spanier und Franzosen verbände; nicht lange, so würden Belgien und die Schweiz, nachher auch das constitutionelle Süddeutschland, Piemont, Neapel, Griechenland sich dem Bunde der vier freien Nationen anschließen. Und solche windige Prahlereien fanden Glauben: zunächst bei den hochmüthigen Spaniern, die ja ohnehin überzeugt waren, daß sich seit den Zeiten Philipp's II. nichts in der Welt geändert hätte, und nun befriedigt an der Spitze der Civilisation einherschritten; die Inschrift de las cuatro naciones auf den Schildern spanischer Kaufläden und Gasthöfe erinnert noch heute an jene Zeiten des westeuropäischen Größenwahns. Auch die deutsche liberale Presse stimmte in die Triumphrufe der Westmächte fröhlich ein: daß der freie Portugiese hoch über dem geknechteten Preußen stehe, schien allen Gebildeten selbstverständlich. Zu den Ungebildeten zählte freilich auch Prinz Wilhelm der Jüngere von Preußen; er sagte scharf: durch „die Quadrupede“ sei die europäische Politik für einige Zeit „monströs“ geworden.

Das Glück war den Verbündeten günstig. Schon wenige Tage nach der Unterzeichnung der Quadrupel-Allianz mußte Don Miguel, in

dessen Kriegslager sich auch Don Carlos befand, bei Elvora capituliren. Er verzichtete auf die angemaßte Krone gegen ein Jahresgehalt und ging nach Italien, späterhin nach Baiern, wo er mit den Ultramantanen aller deutschen Staaten unablässig geheime Ränke anspann. Also war Portugals Schicksal entschieden, die englische Handelsherrschaft am Tejo wieder hergestellt. Selbst Metternich zuckte die Achseln, als Ancillon jetzt noch nachträglich mit dem priesterlichen Vorschlage herausrückte, Don Miguel solle die ihm einst versprochene Hand Donna Maria's nunmehr fordern um durch ein fröhliches Ehebündniß die beiden Parteien Portugals zu versöhnen*). Palmerston war Herr der Lage und er verstand für das eheliche Glück der jungen Königin zu sorgen. Kaum war sie mannbar, so wurde sie mit dem Herzog von Leuchtenberg vermählt, der als Napoleonide dem Tuilerienhofe verdächtig und eben deshalb den englischen Freunden hochwillkommen war. Der junge Herzog starb einige Monate nach der Hochzeit, und nunmehr konnte die coburgische Hauspolitik einen neuen glücklichen Schachzug wagen. Dank dem Glaubenswechsel der Coburg-Koharys war König Leopold von Belgien in der angenehmen Lage, auch katholischen Königinnen brauchbare coburgische Gatten anzubieten. Von Palmerston unterstützt, schlug er seinen Neffen Ferdinand vor, und bald nachher (1836) kam der glückliche junge Coburger am Bord eines englischen Kriegsschiffes nach Lissabon um seinem hochzeitsfrohen Hause die zweite Königskrone zu gewinnen. Das unselige Land lernte unterdessen den ganzen Jammer des romanischen Parlamentarismus kennen: Aemterjagd, Bestechung und Verschwörung, Parteikampf und Ministersturz, Verfassungsbruch und Verfassungsverleihung in eintönigem Wechsel. Immerhin waren die Zustände etwas erträglicher als einst unter dem Henkerbeile Don Miguel's, und England mindestens konnte sich der neuen constitutionellen Herrlichkeit aufrichtig freuen: die Portugiesen lieferten ihm wieder den unentbehrlichen Portwein und wurden zum Dank in der Entwicklung ihres Gewerbfleißes durch den übermächtigen britischen Wettbewerb gänzlich darniedergehalten.

Durch die Capitulation von Elvora war auch Don Carlos in die Hände der Verbündeten gefallen, und nahm man die Versprechungen der Quadrupel-Allianz ernst, so mußte man auch ihn entweder zur Verzichtleistung nöthigen oder auf andere Weise unschädlich machen. So konnte der kaum erst entbrannte spanische Bürgerkrieg schon im Keime erstickt und die Königin-Regentin Christine von ihrem einzigen gefährlichen Feinde befreit werden. Dann aber war nur zu wahrscheinlich, daß die beiden verwandten Höfe von Madrid und Paris sich freundlich aneinanderschlossen, und dies entsprach keineswegs dem englischen Interesse. Darum wurde Don Carlos, ohne daß man ihm irgend eine Verpflichtung auferlegte, auf

*) Ancillon, Weisung an Brockhausen, 5. Oct. Brockhausen's Bericht, 11. Oct. 1834.

einem englischen Kriegsschiffe nach London abgeführt, und die Briten erwiesen ihm sogar die Gefälligkeit, einen geheimen Brief an seine Getreuen in den baskischen Provinzen pünktlich zu besorgen. In London fand König Karl V. bei den fast durchweg carlistisch gesinnten Torys warme Huldigungen und geheime Hilfe. Palmerston aber ließ ihn ohne jede Bedingung frei, der unschuldige Lord meinte: „wir können ihn nicht als Gefangenen behandeln.“ Nach wenigen Tagen war Don Carlos verschwunden, wie alle Welt voraussah. Er reiste ohne Gefährde durch Frankreich; denn dort spielten die Anhänger Karl's X. und Karl's V. längst unter einer Decke, auf jedem Paßbureau, auf jeder Poststation saßen geheime carlistische Agenten.

Am 9. Juli erschien er plötzlich an der einzigen Stelle wo er eine Macht war, unter seinen Getreuen in Navarra, denen er durch seinen Brief aus Elvora schon seine bevorstehende Ankunft mitgetheilt hatte. Das ganze Spiel war eine plumpe Fastnachtsposse, und nur die Taubenunschuld der deutschen Liberalen konnte glauben, daß Palmerston die Rückkehr des Prätendenten, die Verlängerung des spanischen Bürgerkriegs wirklich nicht gewünscht hätte. Als Heerführer völlig untauglich, war Don Carlos doch Mannes genug um die Strapazen und Nöthe seiner Leute als ehrlicher Kriegsmann zu theilen, und dies genügte dem schlichten Naturvolke der Pyrenäen; die Anwesenheit des legitimen katholischen Königs erfüllte die Heerschaaren der Carlisten mit flammender Begeisterung.

Welch ein Verhängniß, daß die fleißigsten, schönsten, liebenswürdigsten Bewohner der Halbinsel, die einzigen, die nach europäischer Weise den Fremdling menschenfreundlich aufnehmen, daß gerade dies edle Baskenvolk in den Kampf für die Priesterherrschaft hineingezwungen wurde. Ihres blauen Blutes froh schauten die Basken von Alters her mit der gleichen Verachtung auf die Franzosen wie auf die Castilianer hernieder; unter dem Schutze ihrer uralten Fueros führten sie ein Sonderleben, das von spanischen Beamten, Steuern, Zöllen unbehelligt blieb, und nun sollten die Sonderrechte der vier baskischen Provinzen durch die neue liberale Verfassung, welche die Königin-Regentin im April 1834 verkündigen ließ, mit einem Schlage vernichtet werden. Wie ein Mann erhob sich das baskische Volk für seine Fueros und den rechtmäßigen König, der sie bestätigt hatte; sieben entsetzliche Jahre hindurch widerstand diese halbe Million freier Menschen der vereinigten Macht Spaniens und seiner geheimen Verbündeten. Eine Zeit lang nahmen auch die Aragonier und die Catalanen an dem Kampfe theil; sie konnten es nicht verwinden, daß die Castilianer der Coronilla von Aragon so oft ihre Geringschätzung bezeigten. Doch die Hochburg des Carlismus blieb das tapfere Baskenland, und der einzige große Charakter, der sich aus dem fürchterlichen Einerlei dieses Gemetzels emporhob, Zumalacarreguy war ein Baske. Abermals erlebte unser bildungsstolzes Jahrhundert einen Krieg, dessen teuflische Grausamkeit dem Agon der

Hellenen fast gleichkam; die brütende Wildheit des Volkes der Autos da Fe und der Stiergefechte entlud sich noch einmal. Die tausende liberaler Flüchtlinge, welche König Ferdinand einst in die Fremde getrieben, fochten jetzt heimgekehrt, Mina voran, unter den Fahnen der Cristinos und kühlten den alten Haß im Blute der Carlisten. Die Klöster versilberten ihre unermeßlichen Schätze zum Besten des katholischen Königs, bis der Tauschwerth der Edelsteine auf dem Amsterdamer Diamantenmarkte durch das übermäßige Angebot gedrückt wurde. Hüben und drüben maßlose Wuth und die ganze Kunst romanischer Verlogenheit: wenn man den Kriegsberichten der Cristinos Glauben schenkte, so waren in vier Jahren schon mehr Carlisten getödet worden, als das gesammte Baskenland an Einwohnern besaß.

Da die stille Zeit sonst an aufregenden Ereignissen nichts bot, so warf sich der verhaltene Parteihaß der Nachbarvölker auf diese scheußlichen Kämpfe, die dem Leben Mitteleuropas doch ganz fern lagen. Mit Eifer verschlang man die Märchennachrichten aus den Pyrenäen, jeder Liberale mußte sich für die Cristinos erklären. Als endlich, nach beschämenden Niederlagen, der glückliche Espartero die Truppen der Königin zum Siege führte, da wurde dieser zweifelhafte Held von den gesammten Liberalen Europas so überschwänglich gepriesen, wie einst Bolivar oder Riego; zumal in Deutschland schlug die fremdbrüderliche Begeisterung wieder hohe Wellen. Mancher liberale kursächsische Lehrer quälte seine armen Buben, die von Dennewitz und der Katzbach kein Wort erfuhren, mit den unaussprechlichen Namen aller der Schlachtfelder, auf denen der unvergleichliche Herzog von Victoria gesiegt haben sollte.

Aber auch Don Carlos fand warme Verehrer, an den Höfen, unter dem Adel, überall wo die weitverzweigte internationale Legitimisten-Partei ihre Genossen hatte. Moritz v. Haber, ein Sohn des einflußreichen jüdischen Hofbankiers in Karlsruhe, diente ihm als Geschäftsreisender. Aus allen Ländern eilten ihm Freiwillige zu, darunter manche, die sich dereinst noch einen Namen machen sollten. Aus Frankreich kam Bazaine, aus Oesterreich der abenteuernde Prinz Schwarzenberg, der sich selbst „den Landsknecht" nannte, aus Deutschland der Militärschriftsteller v. Rahden. Auch den feurigen jungen August v. Göben litt es nicht länger in der friedlichen Garnison zu Neu-Ruppin; Thatendurst, royalistische Begeisterung und ein leidenschaftlicher Haß gegen England trieben ihn hinaus in das Heer der Carlisten, wo er, vom Unglück ebenso beharrlich verfolgt wie späterhin vom Glücke, unter namenlosen Kämpfen und Leiden schon die Heldengröße des künftigen Feldherrn bewährte. Am meisten Aufsehen erregte der schöne, übermüthige Wildfang Fürst Felix Lichnowsky. Der hatte unter den Berliner Damen, nebenbei auch unter den Juwelieren und Pfandleihern so ungewöhnliche Verheerungen angerichtet, daß er sich in der Armee nicht mehr halten konnte. Umsonst versuchte Prinz Wilhelm ihm eine Stelle in der preußischen

Diplomatie zu verschaffen; der Prinz ahnte, wie viel Geist und Muth in diesem Tollkopf lebte, und bat seinen königlichen Vater freimüthig, „daß man jugendlichen Leichtsinn nicht ungerügt hingehen lassen dürfe, dagegen aber deshalb einen jungen Mann nicht ganz fallen lassen dürfe, sondern ihm Anleitung zum Ergreifen eines besseren Lebenswandels gäbe.“*) Die sittenstrengen Minister Ancillon und Rochow wollten von Nachsicht nichts hören. Lichnowsky mußte ausscheiden und ging zu Don Carlos, der ihn rasch zum General und Generaladjutanten beförderte. Der Anblick des kopflosen, in Hoffart und Lippendienst ganz erstarrten Königs ernüchterte den begeisterten deutschen Royalisten bald; er begann zu fühlen, wie fremd dies hispanische Wesen unserem freien Weltsinne war. Im Lager der Cristinos fochten nur vereinzelte Deutsche, so der preußische Ingenieur-Offizier Höfken; der lernte freilich die spanische Redlichkeit so gründlich kennen, daß er den Staub des Landes schnell von seinen Füßen schüttelte.

Das Kriegsglück schwankte lange, einmal gelangten die Schaaren der Carlisten bis dicht vor die Thore von Madrid, und durch den langwierigen Kampf mußten unausbleiblich in beiden Lagern die extremen Parteien obenauf kommen. Don Carlos war bald nur noch ein Werkzeug in den Händen fanatischer Priester, er ernannte die allerheiligste Jungfrau dos Dolores zum Feldmarschall seines Heeres. In Madrid aber wurden die Liberalen von den radicalen Exaltados überwältigt, bis endlich ein fingerfertiger „Jongleur“, wie Ancillon ihn nannte**), der börsenkundige jüdische Bankier Mendizabal ans Ruder kam und die Aufhebung aller Klöster durchsetzte (1836). Wunderbare Gerechtigkeit des Schicksals: ein frecher jüdischer Spieler führte den vernichtenden Schlag gegen diese spanische Kirche, die sich einst durch die grausame Vertreibung der fleißigen Mauren und Juden so unvergeßlich schwer versündigt hatte! Nun raste der Klostersturm durch das rechtgläubige Land, wo überall an den Pfeilern der Wallfahrtskirchen die wächsernen Ohren, Nasen, Brüste, die Weihgeschenke eines heidnischen Götzendienstes, in dicken Bündeln hingen, wo jede Vorbedingung eines freien, denkenden, evangelischen Christenthums fehlte und nur die Wahl blieb zwischen der stumpfsinnigen Unterwerfung und der frevelhaften Gotteslästerung. Der stärkste Pfeiler der alten Kirchenherrschaft war gebrochen. In dem Gewirr der Verschwörungen, Staatsstreiche, Soldatenverschwörungen ging auch die neue Verfassung zu Grunde; der heilige Codex vom Jahre 1812 trat wieder in Kraft, um alsbald durch ein drittes Grundgesetz verdrängt zu werden.

Derweil diese Gräuel, die unvermeidlichen Folgen der Leidensgeschichte dreier Jahrhunderte, das spanische Land heimsuchten, trat Palmerston leichten Herzens alles Völkerrecht mit Füßen. Ein englisches Heer wagte

*) Prinz Wilhelm an König Friedrich Wilhelm, 18. Febr. 1837.

**) Ancillon an Maltzan, 13. Juli 1836.

er nicht nach Spanien zu senden, weil er weder die Ostmächte reizen, noch diesen willkommenen Bürgerkrieg verkürzen wollte. Aber Englands Schiffe blokirten den Meerbusen von Biscaya, sie unterstützten gelegentlich die Truppen der Regentin in den Kämpfen gegen die Heerhaufen der Basken und lieferten zuweilen eine Schaar wehrloser carlistischer Gefangener zur Niedermetzelung an die Cristinos aus. Das Verbot der ausländischen Werbungen wurde außer Kraft gesetzt und eine sogenannte spanische Legion gebildet, welche den Cristinos ganz ebenso zu Hilfe kommen sollte, wie einst Canning die südamerikanischen Republiken unter der Hand durch englische Freiwillige unterstützt hatte. Ihr Offizierscorps bestand aus vornehmen Abenteurern und vereinzelten liberalen Enthusiasten, ihre Mannschaft aus dem Auswurfe des Pöbels von London, Glasgow, Manchester; Palmerston aber rühmte sie im Parlamente als eine Schaar von hochsinnigen Männern, welche nicht durch die Aussicht auf Gewinn, sondern durch eine ehrenwerthe Begeisterung für die constitutionelle Sache angetrieben würden. In den rothen Röcken des königlichen Heeres, durch englische Drill-Sergeanten geschult, mit englischen Fahnen und Tower-Gewehren ausgerüstet, segelten diese Leute nach dem Baskenlande, wo sie von den ergrimmten Carlisten, nach mannichfachen Wechselfällen, schließlich fast allesammt niedergehauen wurden. Währenddem versicherte der Minister beharrlich, das britische Heer nehme an dem spanischen Kriege durchaus keinen Antheil. Wellington aber warnte im Oberhause tief empört: „England darf seine Ehre nicht beflecken.“ Zu spät; sie war schon befleckt. Die britischen Soldatengräber an den Felsabhängen der Mota, der meerumbrandeten Hafenfeste von S. Sebastian, verkündeten weithin Englands Schande.

Doch die Schande war ein gutes Geschäft. Durch diesen verhüllten Krieg, durch Waffenlieferungen und geheime Unterstützungen fesselte Palmerston die Regentin an sich, und sie gewährte ihm mehrmals vortheilhafte Handelsverträge, zum Schaden der jungen catalanischen Industrie. In der Regel begünstigte er die Exaltados, Mendizabal vornehmlich war ihm ganz ergeben; denn je schärfer sich die Gegensätze zuspitzten, um so länger mußte dieser einträgliche Bürgerkrieg währen. Im Parlamente ward seine Sprache immer übermüthiger, zuletzt rein demagogisch. Er erklärte offen, schon seines Handels wegen müsse England die Königin Isabella begünstigen; er nannte Don Carlos „einen bloßen Prätendenten, der einen Thron verlange, auf dem er nie gesessen“, und die Londoner Börse, die in den fragwürdigen Staatspapieren der Königin-Regentin glänzende Geschäfte machte, betrachtete den freisinnigen Lord mit herzlichem Wohlgefallen. Dem uneingeweihten Theile des Unterhauses suchte er den dynastischen Zank der beiden gleich erbärmlichen Bourbonenhäuser als einen großen Principienkrieg darzustellen, und sagte am 19. April 1837 geradezu: „Es ist unerläßlich, daß in jedem Staate die Macht bestehe, im Nothfalle das Staatsoberhaupt zu wechseln. Auf dieses Princip wurde

unsere Regierung 1688 gegründet, derselbe Grundsatz hat 1830 die neue Regierung in Frankreich geschaffen, die Regierung Isabella's beruht auf dem nämlichen Grundsatze." Also verkündigte er leichtfertig das Recht der Revolution, er bestritt das Grundrecht der Monarchie, die Unabsetzbarkeit der auf eigenem Rechte ruhenden Staatsgewalt. Wenn die Liberalen, die ja fast alle wider Wissen einer halbrepublikanischen Staatstheorie huldigten, diesen Lehren zujauchzten, so hatten Graf Maltzan und die anderen Diplomaten der alten festgeordneten Monarchien des Ostens sicherlich guten Grund, „die unbegreifliche, verabscheuungswürdige" Rede des Lords zu verwünschen.*)

Aber auch der Tuilerienhof wurde durch Englands aufreizendes Gebahren zur Besinnung gebracht. Eine festländische Macht war nicht in der Lage sich Alles zu erlauben, wie das unangreifbare Inselreich; sie mußte auch fühlen, daß die Machtverhältnisse der Staatengesellschaft nicht durch hohle Schlagworte bestimmt werden. Ludwig Philipp kannte die Spanier und ihren hoffärtigen Fremdenhaß; er wußte, daß die Intervention des Jahres 1823 nur durch außerordentliche Glücksfälle gelungen und schließlich doch zu Frankreichs Schaden ausgeschlagen war. Sollte er sich in diese unübersehbaren Wirren einmischen, auf die Gefahr hin, entweder zwischen zwei Feuer zu gerathen oder mit den spanischen Exaltados gemeinsame Sache zu machen, mit den Gesinnungsgenossen der Pariser Republikaner, der Feinde seines Hauses? Wie viel klüger doch, wenn er versuchte sich den Ostmächten zu nähern und also die Zukunft seiner Dynastie zu sichern. Die Quadrupel-Allianz hatte er nur ungern unter behutsamen Vorbehalten, genehmigt, und für ihre Ausführung that er lediglich, was die liberale öffentliche Meinung gebieterisch zu fordern schien. Gleich nach der Unterzeichnung gestand er dem österreichischen Gesandten Apponyi: ganz wider Willen sei er beigetreten, und niemals sollten französische Truppen den Boden Spaniens betreten.**) Er überließ der Regentin die algerische Fremdenlegion, die von den Basken bald aufgerieben wurde, und versperrte den Carlisten die Pyrenäengrenze. Weiter wollte er durchaus nicht gehen. Nun, da er sich endlich fest im Sattel fühlte, leitete er die auswärtige Politik über die Köpfe seiner Minister hinweg, nach eigenem Ermessen. Die mediterranischen Interessen der beiden Westmächte ließen sich durch schöne Reden nicht in Einklang bringen, in Spanien wie im Oriente trat der natürliche Gegensatz grell hervor, die gerühmte entente cordiale erkaltete sichtlich.

Auch der alte Talleyrand, der den Londoner Hof jetzt gründlich kennen gelernt, sagte zu Ludwig Philipp: die britische Allianz hat ihre Dienste gethan, wir haben von England nichts mehr zu erwarten als die Revo-

*) Maltzan's Berichte, April 1837.

**) Brockhausen's Bericht, 20. Mai 1834.

lution.*) Als Thiers in lärmender Rede verlangte, Frankreich müsse sich überall mit constitutionellen Staaten umgeben, da war der König über seinen kriegslustigen Minister kaum minder entrüstet als Ancillon, der zornig ausrief: „dieser Mensch hat von Neuem das Banner der Propaganda aufgepflanzt!**) Ludwig Philipp ruhte nicht, bis Thiers beseitigt war, und ließ nachher durch seinen Kronprinzen dem Wiener Hofe versichern: selbst wenn er noch zwanzig Ministerwechsel überstehen müßte, würde er sich doch nicht in das spanische Abenteuer stürzen. Je dreister die Radicalen in Madrid ihr Haupt erhoben, um so höher stieg sein Mißtrauen gegen die Cristinos und ihre englischen Gönner. Metternich hielt ihn schon für ganz bekehrt und ließ in den Tuilerien vertraulich anfragen, ob es nicht endlich an der Zeit sei, das salische Gesetz und Don Carlos offen anzuerkennen.***) Auch die Gesandten der Kleinstaaten, die in der großen Politik immer nur läuten, aber nicht zusammenschlagen hörten, sagten jetzt mit gewichtiger Amtsmiene: „Ludwig Philipp ist bekanntlich für Don Carlos.“ †) Einen solchen Gesinnungswechsel konnte der Thronräuber freilich nicht wagen; indeß bemühte er sich angelegentlich um das Vertrauen der beiden deutschen Großmächte. Er begann mit Metternich einen geheimen Briefwechsel und betheuerte, nicht immer sehr würdevoll, seine guten Absichten, wofür ihn der Oesterreicher mit weisen Ermahnungen belohnte. „Ich will nichts von Herrn Thiers wissen, sagte er zu dem österreichischen Geschäftsträger Hügel, nichts von diesen amerikanischen Ideen, welche Europa vergiften; wenn mich nur Preußen und Oesterreich kräftiger unterstützten, so könnte ich viel mehr für die Sache der Ordnung thun.“ Die Diplomaten sahen bald, wie merklich diese commérage politique der beiden alten Herren auf die Gesinnungen des Bürgerkönigs einwirkte, und Ancillon freute sich herzlich, daß Ludwig Philipp an Metternich „einen solchen politischen Prediger gefunden habe: ein wohlthätiges Phänomen in der Geschichte der Diplomatie!“ ††)

In Wien und Berlin wurden die Betheuerungen der Orleans mit herablassendem Wohlgefallen aufgenommen, sie verstärkten nur den Unwillen über Palmerston's ruheloses Wühlen. „Während man in Frankreich die Staatsgewalt zu befestigen sucht — meinte Ancillon — betreibt man in England offen, ohne Scham und Reue, die Revolution.“ Als Palmerston einmal (1835), in einem Augenblicke der Verlegenheit versuchte, sich durch die Vermittlung des Königs Leopold von Belgien den deutschen Mächten

*) Maltzan's Bericht, 3. Juni 1835.

**) Ancillon, Weisung an Brockhausen, 18. Dec. 1834.

***) Maltzan's Bericht, 31. Mai 1836.

†) So der hannöversche Gesandte v. Münchhausen in Berlin (Bericht v. 28. September 1837).

††) Berichte von Maltzan, Sept. 1837; von Werther, 18. Oct.; Ancillon an Maltzan, 10. Febr. 1837.

anzunähern und deren Argwohn gegen Rußland aufzustacheln, da erfuhr er die schnödeste Zurückweisung. „Wenn Palmerston an meine Thür klopft, sagte Metternich höhnisch, dann muß er in den letzten Zügen liegen.“*) Nur einem Tory-Cabinet wollten die deutschen Mächte Vertrauen schenken; aber die Torys gelangten nur einmal, im Herbst 1834, auf wenige Monate ans Ruder, ohne die englische Politik in andere Bahnen leiten zu können. Palmerston behauptete sich in der Herrschaft, und seit er in seinen Reden den Bund der freien Nationen verherrlichte, trugen ihn die Wellen der Volksgunst.

Also von England mit Eifer, von Frankreich nur lau unterstützt, errangen die Cristinos erst im Jahre 1839 entscheidende Erfolge. Elende Ränke und Zwistigkeiten hatten die Kraft der Carlisten längst geschwächt, da wurde Don Carlos durch den Verrath eines seiner Generale gezwungen, nach Frankreich zu flüchten, wo er in Bourges, dem Wohnsitze des grollenden legitimistischen Adels, seinen feierlich steifen Hofhalt aufschlug. Noch ein Jahr lang suchte der wilde Cabrera, dem die Cristinos die Mutter erschossen hatten, den Krieg hinzuhalten; jedoch das Baskenvolk war erschöpft von dem ungleichen Kampfe, weithin durch die Berge klang der Ruf Paz y fueros. Die Regentin entschloß sich endlich, die Sonderrechte der baskischen Provinzen zu bestätigen, und nunmehr wurde die Herrschaft der jungen Königin Isabella im ganzen Lande anerkannt. Aber dies neue Königthum blieb unrechtmäßig von Haus aus — denn die Rechtsgründe der Cristinos wogen sehr leicht — und konnte niemals auf die Empfindung angestammter Treue zählen. Das alte Spanien war vernichtet, ein neues nicht begründet. Der Carlismus schlummerte, todt war er nicht. Von der verheißenen Glückseligkeit des constitutionellen Lebens zeigte sich keine Spur. Das Heer war durch Parteiung zerrissen, die Verwaltung durchaus verderbt. In den Cortes tobte die Aemterjagd, am Hofe rangen die Gesandten Englands und Frankreichs um die Herrschaft. Wie die Spanier einst für die Idee des katholischen Weltreichs sich fast verblutet hatten, so boten sie jetzt wieder den entsetzlichen Anblick einer lediglich politisirenden Nation. In dem wüsten Gezänk der Parteien ging alle Kraft dieses verschwenderisch begabten Volkes auf; für Kunst, Forschung, Volkswirthschaft, für alle schöpferische Cultur blieb nichts übrig. Erst nach Jahrzehnten sollten sich die schwachen Anfänge eines gesünderen Volkslebens zeigen.

Was mit diesem unheilvollen Kriege irgend in Berührung kam verfiel nothwendig dem Fluche der Unwahrheit. Auch die Politik der Ostmächte blieb davon nicht frei; immerhin verfuhren sie ehrlicher, ruhiger als die Westmächte. Sie standen mit ihren Wünschen auf Don Carlos' Seite, nicht blos weil er der legitime König war, sondern auch weil sie noch immer auf einen Weltkrieg gefaßt sein mußten und für diesen Fall

*) Ancillon an Maltzan, 17. Aug.; Maltzan's Bericht, 12. Juni 1835.

nur auf die Bundesgenossenschaft eines carlistischen Spaniens zählen konnten. In Berlin sprach sich der Kronprinz besonders lebhaft für Don Carlos aus; sein Vertrauter Oberst Radowitz vertheidigte das legitime spanische Thronfolgerecht in einer Flugschrift. Da Palmerston überdies den spanischen Krieg von vornherein als einen Kampf der Revolution gegen das Fürstenrecht anpries, so blieb den drei Mächten kaum eine Wahl. Sie riefen ihre Gesandten aus Madrid ab — zum schweren Schaden für die armen Weber des Riesengebirges, die in Spanien ein wichtiges Absatzgebiet verloren; sie verboten dem Könige von Belgien, Werbungen für die Cristinos zuzulassen; jedoch eine förmliche Anerkennung Karl's V. wagten sie nicht auszusprechen, weil sie als Landmächte nicht ohne Frankreichs Beihilfe eine Einmischung versuchen konnten. Auf eine völlige Umkehr Ludwig Philipp's hoffte man am Berliner Hofe nicht; man kannte seine bedrängte Lage und wußte, „daß er die nationale Eitelkeit in dem Glauben erhalten müsse, als ob Frankreich eine Art friedlicher Dictatur ausübe.“*) Um so mehr erwartete man von den Waffenerfolgen der Carlisten; denn Don Carlos' Agenten, die an allen deutschen Höfen ihr Wesen trieben, hatten dort überall die Meinung erweckt, daß der legitime König auf die ungeheure Mehrheit der Nation rechnen dürfe. Nach jedem Siege der Basken berieth man insgeheim, ob man nicht jetzt den König Karl anerkennen solle, um schließlich immer wieder zu beschließen, daß man erst seinen Einzug in Madrid abwarten müsse. So lief denn Alles hinaus auf einen unfruchtbaren Depeschenwechsel. Als die englische Regierung sich einmal unterstand, dem Berliner Hofe die Legitimität der Königin Isabella zu erweisen, wurde sie durch ein gründliches Gutachten des Berliner Auswärtigen Amts siegreich widerlegt.**) Ancillon fühlte sich bei diesen Wortgefechten wie der Fisch im Wasser. Unaufhaltsam predigte er dem Tuilerienhofe in lehrhaften Noten seine Weisheit; er scheute die stärksten Ausdrücke nicht, aber „den Ton des Popilius“ — so gestand er selbst — wollte er auf keinen Fall anschlagen.***)

Keiner unter den drei verbündeten Monarchen zeigte sich gegen Don Carlos so kühl wie Czar Nikolaus. Sein Haß galt noch immer „dem Straßenkönig und dem Blusenkönig“, wie er die beiden Gewalthaber in Paris und Brüssel zu nennen liebte; nach wie vor hoffte er auf einen Weltkrieg, der alle Schöpfungen der Juli-Revolution mit Stumpf und Stiel vertilgen sollte. Neben diesen großen Entwürfen erschien ihm die spanische Bewegung kaum der Beachtung werth. „Für Don Carlos habe ich nur Eisen, aber kein Gold,“ sagte er hochmüthig.†) Als echter Sohn des

*) Ancillon an Brockhausen, 14. Juli 1834.

**) Memorandum on Spain, begutachtet durch Frhrn. v. Miltitz, 19. März 1839.

***) Ancillon an Brockhausen, 23. April 1835.

†) An diese allen Höfen wohlbekannte Aeußerung des Czaren erinnert Maltzan in seinem Berichte vom 14. Jan. 1837.

Hauses Holstein-Gottorp hatte er aber auch bei diesen legitimistischen Kraftreden seine Hintergedanken. Die Schirmherrschaft über den Sultan, die sich Rußland durch die Verträge von Adrianopel und Hunkiar-Iskelessi errungen hatte, gerieth schon ins Wanken; die englische Diplomatie gewann am Bosporus wieder Boden, und der Czar wollte den gefährlichsten Gegner seiner orientalischen Pläne nicht ohne Noth aufreizen. Deshalb berührte er die spanischen Händel nur ungern, und Metternich konnte gar nicht begreifen, warum Nikolaus das britische Cabinet, „die schlechteste aller schlechten Regierungen“ so rücksichtsvoll, ja zärtlich behandelte.*)

Unter solchen Umständen vermochte Don Carlos nicht einmal eine erhebliche Geldunterstützung von den drei Monarchen zu erlangen. Die Liberalen freilich glaubten steif und fest, daß der Krieg der Carlisten wesentlich mit dem Gelde der Ostmächte geführt würde; zumal die Oesterreicher erzählten sich Wunderdinge von den ungeheuren Summen, die alljährlich nach den Pyrenäen abströmen sollten. Nichts konnte irriger sein. Selbst König Friedrich Wilhelm, der streng carlistisch gesinnt und über die Lauheit seines Schwiegersohnes sehr ungehalten war, weigerte sich entschieden, die Bürgschaft für eine carlistische Anleihe zu übernehmen, wie der alte französische Legitimist Blacas ihm vorschlug; so offen sollte sein Staat nicht Partei nehmen.**) Erst nach langem Bitten erklärte er sich zu einer Baarzahlung bereit, die allenfalls als ein Almosen oder als ein Beweis persönlicher Freundschaft betrachtet werden konnte. Auf seinen Befehl mußte die Seehandlung in tiefem Geheimniß nach und nach insgesammt 473,624 Thlr. 8 Sgr. „zu einem besonderen Zweck“ unverzinslich vorschießen; die Gelder gingen, zum Theil durch Metternich's Vermittlung, als Geschenk an Don Carlos ab und wurden nachher aus dem Staatsschatz ersetzt.***) Die Summe war sehr hoch für einen knappen Staatshaushalt, der mit 51 Mill. jährlich seine regelmäßigen Ausgaben bestreiten sollte, aber lächerlich gering als Beihilfe zu einem siebenjährigen Kriege, welcher sogar die Juwelenschätze der spanischen Klöster erschöpfte. Nachher zahlten auch die Hofburg und, nach langem Sträuben, selbst Czar Nikolaus, aber Beide gaben nur etwa ebenso viel wie der König von Preußen, so daß die gesammten Spenden der drei Höfe sich auf 4 Mill. Franken belaufen mochten. Dabei blieb es. Größere Zahlungen erlaubte der Zustand der preußischen Finanzen nicht mehr, und kleine Summen wollte man nicht geben, weil man jetzt schon aus schmerzlicher Erfahrung wußte, daß diese regelmäßig in den Taschen der carlistischen Granden verschwanden. Nach der Niederlage der Carlisten wurde in der Berliner vornehmen Welt noch einmal für die Trümmer des geschlagenen Heeres gesammelt;

*) Maltzan's Bericht, 26. Dec. 1835.

**) Lottum, im Namen des Königs, an Ancillon, 23. April 1834.

***) Cabinetsordres an Rother, 25. Nov. 1836, an Lottum, 11. Aug. 1838. Rother an Lottum, 5. März 1838.

Prinz Karl und die Minister Wittgenstein, Rochow, Werther betheiligten sich, doch der Ertrag bezifferte sich nur auf 1100 Thaler.*) Bedeutende Zahlungen leistete unter sämmtlichen Monarchen allein König Karl Albert von Sardinien, der sich als der eifrigste aller Legitimisten gebärdete und überdies durch seine dynastischen Interessen mit Don Carlos verbunden war. Die Ostmächte thaten nur nothdürftig was der Anstand zu fordern schien. Indeß diese schwächliche Hilfe genügte, um ihre Gesinnungen zu verrathen; und als der Carlismus am Boden lag, da jauchzte die liberale Welt: die Heilige Allianz sei durch den Bund der vier freien Nationen aufs Haupt geschlagen. —

So trat der feine und scharfe Gegensatz, der seit der Juli-Revolution die preußische von der russischen Politik trennte, in allen Fragen erkennbar hervor. Die persönliche Freundschaft der beiden Höfe blieb dabei unverändert. Im Herbst 1834 ging Prinz Wilhelm nach Petersburg, um der Einweihung der Alexandersäule beizuwohnen; gleich darauf kam der Czar mit seinem Thronfolger nach Berlin, wo er, im schlichten Rock die Straßen durchwandernd, durch Leutseligkeit und reiche Einkäufe die Ladenbesitzer entzückte. Seinen Schwiegervater überschüttete er mit den gewohnten zärtlichen Schmeicheleien und beredete ihn zu einem seltsamen theatralischen Unternehmen, das der Quadrupel-Allianz die unverbrüchliche Freundschaft Preußens und Rußlands handgreiflich vor die Augen stellen sollte. Im September 1835 bezogen die russischen und einige tausend Mann preußischer Truppen ein gemeinsames Lager bei Kalisch; ein russisches Corps kam zu See nach Danzig um durch Westpreußen nach der polnischen Grenzstadt zu marschiren, und die Danziger ließen am Eingange ihres schönen Rathskellers neben dem Artushofe das lebensgroße Conterfei eines acht Fuß langen moskowitischen Tambourmajors abmalen, der den Europäern die Größe des Czarenreichs veranschaulichen mußte. In Kalisch ging es hoch her. Kaiser und Kaiserin empfingen den König mit kindlicher Ehrfurcht, Nikolaus küßte ihm wiederholt die Hände und die Aermel. Tscherkessen und Kosaken zeigten ihre barbarischen Reiterkünste, ein russisches Grenadierregiment verstand sogar den Parademarsch hüpfend auszuführen; prächtige Schmäuse und Feuerwerke wechselten ab mit den kriegerischen Uebungen. Damit sein Schwiegervater sich ganz zu Hause fühle, hatte der Czar die besten Berliner Schauspieler kommen lassen, und als zum Schluß das Kalischer Schloß erstürmt wurde, erschien die Czarin in hellen Gewändern auf dem Altane um als Friedensengel dem Kampfe Einhalt zu gebieten.

Nachher wurde zu Ehren der Castra Calissiensia Russo-Borussica noch eine Denkmünze geschlagen mit den Bildern der beiden Monarchen und

*) Berliner Berichte der hannöverschen Gesandten v. Münchhausen, 28. Sept. 1837, v. Berger, 30. Oct. 1839.

zweier Ritter, welche die Fahnen der beiden Nationen trugen. Trotz alledem trat gerade bei dieser Heerschau grell zu Tage, daß die Verbrüderung der beiden Reiche lediglich auf dynastischen Gefühlen und politischer Berechnung, keineswegs auf den Neigungen der Völker beruhte. Recht befriedigt waren von allen Preußen nur Oberst v. Rauch, der Militärbevollmächtigte in Petersburg, des Czaren erklärter Liebling, der fortan durch viele Jahre das Haupt der Russenfreunde blieb, und der Herausgeber des Soldatenfreundes, der Schauspieler Louis Schneider, ein glühender Verehrer des Czaren; der fühlte sich selig, als Nikolaus „dem königlich preußischen Unteroffizier Leontin Abrahamowitsch Schneider“ eine Vollmacht zur Besichtigung der Lagers gegeben hatte, und sendete der Staatszeitung bedientenhafte Berichte über die moskowitischen Herrlichkeiten. Die Anderen — im Stillen auch der König selbst — fühlten sehr lebhaft, daß dies nutzlose militärische Gepränge ein politischer Fehler war. Eine so innige Freundschaft, wie sie hier zur Schau getragen wurde, kann zwischen unabhängigen Staaten nur während eines gemeinsamen Krieges, im Frieden niemals bestehen. Da Preußen nach der Meinung der Welt der schwächere Theil war, so setzte es sich der üblen Nachrede aus, daß der Czar in Berlin gebiete. Die liberale Presse säumte nicht diese Schwäche auszubeuten. Zugleich erging sie sich in pathetischen Klagen über die unsinnige Verschwendung der nordischen Despoten; wußte man doch, daß selbst Fürst Wittgenstein geäußert hatte, solche Paradefeste gehörten in die Zeit August's des Starken, nicht in die Gegenwart. Daß der König die außerordentlichen Kosten auf seine Chatoulle übernahm, blieb den Zeitungen unbekannt.

Den preußischen Offizieren ward nicht wohl bei den beharrlichen Freundschaftsversicherungen des Czaren, der ihnen immer wieder betheuerte: „Sie glauben gar nicht wie glücklich ich mich unter Ihnen fühle.“ Nur zu gut war ihnen bekannt, welche brutale Härte dieser Liebenswürdige unterweilen zeigen konnte, und sie rühmten gern, wie freimüthig ihr General Wrangel kürzlich den tapferen General Karl Nostitz und dessen Kosaken gegen den schimpfenden Kaiser in Schutz genommen hatte; das sei ein ungerechter Tadel, hatte der Preuße gesagt, einen solchen kurzen Paradegalopp dürfe man ungeschulten Steppenpferden nicht zumuthen. Sie wollten sich auch kein Herz fassen zu diesen russischen Kameraden, die entweder aller Cultur entbehrten oder durch französische Salonbildung glänzten. Sie bemerkten bald die mangelhafte Bewaffnung, die elende Verpflegung, die unmenschliche Mannszucht in vielen russischen Regimentern, und obwohl sie sich selbst in der langen Friedenszeit an manche unlebendige Manövrirkünste gewöhnt hatten, so sahen sie doch mit Verwunderung, wie der Czar jede Bewegung der kämpfenden Truppentheile Zug um Zug selber leitete, seine Generale nur die überbrachten Befehle mechanisch weitergaben. Noch weniger konnte sich ein kameradschaftliches Verhältniß zwischen den Mannschaften bilden, obgleich die preußischen Garden beim

Einmarsch von den russischen umarmt und nach der widerlichen slavischen Sitte abgeküßt wurden: hier junge Männer aus allen Ständen der Nation, dort alte Soldaten, meist ausgehoben aus jenen zweifelhaften Schichten der Gesellschaft, welche von den Behörden für „entbehrlich" erklärt wurden, und dazu die Verschiedenheit der Sprache, der Lebensgewohnheiten, der Ehrbegriffe. Als die Preußen von Kalisch über die nahe Grenze zurückkehrten, hatten sie das volle Gefühl der Ueberlegenheit; die Offiziere verbargen ihren Widerwillen kaum, und manche fragten bitter: warum man sie gerade hier habe Gastrollen geben lassen, in dieser vormals preußischen Stadt, wo noch am Kadettenhause und anderen öffentlichen Gebäuden die leicht übertünchten Namenszüge zweier preußischen Könige zu lesen standen? —

Die politische Haltung der beiden Mächte wurde durch dies Verbrüderungsfest nicht verändert. Während Nikolaus den Bürgerkönig nach wie vor mit ausgesuchter Ungezogenheit behandelte, befestigte sich Friedrich Wilhelm mehr und mehr in der Ueberzeugung, daß man mit den neuen französischen Zuständen nüchtern rechnen müsse. Seit den Münchengrätzer Verhandlungen bezweifelten die kleinen deutschen Höfe nicht mehr, daß Preußen fest entschlossen war, nur einen deutschen Krieg, niemals einen legitimistischen Principienkrieg zu führen.*) Wahre Achtung konnte der Thronräuber zu Berlin freilich nicht finden, in den vertraulichen Schreiben der preußischen Diplomaten wurde er immer nur Ludwig Philipp, fast niemals König genannt. Aber er war am Ruder; so lange er herrschte, schienen Ordnung und Frieden gesichert. Platen sprach nur die allgemeine Meinung der gemäßigten Parteien aus, da er sang:

Viel hangt an ihm. Nie war so heilig
Irgend ein fürstliches Haupt als seins ist.

Die conservative Gesinnung des Bürgerkönigs ließ wenig zu wünschen übrig. Man wußte in Berlin und Wien sehr genau, wie absichtlich er die ewigen Ministerwechsel des Parlamentarismus beförderte um also alle Staatsmänner zu vernutzen und den Franzosen seine eigene Unentbehrlichkeit zu erweisen.**) Seit Fieschi seine Höllenmaschine gegen Ludwig Philipp gerichtet hatte, bekannte sich der König offen zu der „Politik des Widerstandes" und ließ durch die Septembergesetze „die Partei der Bewegung" streng darnieder halten. So scharf war seit Napoleon keine französische Regierung gegen die Unruhestifter eingeschritten; denn jene Blutthat erschien nicht nur schreckhaft durch ihre damals beispiellose, heute freilich längst überbotene Roheit; sie bewies auch, daß die Radicalen nicht den Monarchen persönlich, sondern das Königthum selbst auf Tod und Leben bekämpften. Und wie haltlos, wie blasirt, wie unfähig zum Widerstande gegen neue Revolutionen zeigte sich die Pariser Gesellschaft

---

*) Frankenberg's Bericht, 10. Oct. 1833.
**) Graf Maltzan's Bericht, 21. März 1837.

Angesichts eines solchen Verbrechens! In Schaaren strömten die skandalsüchtigen Großstädter herbei um für zwei Franken Eintrittsgeld eine häßliche Dirne zu betrachten, die sich als Geliebte des Banditen Fieschi öffentlich zur Schau stellte.

Unter so unheimlichen Eindrücken ward Ludwig Philipp von Tag zu Tag besorgter und hörte bereitwillig auf die Rathschläge Metternich's, der ihm außer den üblichen salbungsvollen Ermahnungen unterweilen auch eine treffende Bemerkung sagte. Einmal fragte ihn der Oesterreicher, ob er denn nicht sehe, daß in Frankreich eine neue Klassenherrschaft entstanden sei; wenn die Mittelklasse selbst regiere, dann höre sie eben auf der Mittelstand zu sein.*) Für Europa wünschte der Bürgerkönig nichts sehnlicher als die Wiederherstellung des alten Aachener Fünferbündnisses, das seine Dynastie nach beiden Seiten hin gedeckt hätte, und in diesem Wunsche begegnete er sich mit der Friedensliebe Friedrich Wilhelm's.**) Aber wie ließ sich an einen Bund der fünf Mächte denken, so lange der Czar seine Schmähungen gegen das Julikönigthum, Palmerston seine revolutionären Brandreden fortsetzte? Rußland und England waren die Friedensstörer. Am meisten empörte den König von Preußen, daß der Londoner Hof unter der Hand unternahm, Oesterreich zu den Westmächten hinüberzuziehen; er verlangte und erreichte die Abweisung dieser Versuche, „damit den Prahlereien des englischen Ministeriums ein für allemal ein Ende gemacht werde".***) England gab er für jetzt preis; mit Frankreich aber wollte er in ehrlicher Freundschaft leben so lange dort eine geordnete Regierung bestände.

Noch immer standen die Orleans in der großen Familie der europäischen Fürsten wie Geächtete da; nur mit dem Coburger in Brüssel unterhielten sie geselligen Verkehr. Bei mehreren Höfen hatte Ludwig Philipp schon vergeblich um eine Gemahlin für seinen Thronfolger geworben; überall waren ihm Rußlands Drohungen in den Weg getreten, und er klagte nachher: „der Czar hat meine Familie zu einer thatsächlichen Castration verdammen wollen."†) Friedrich Wilhelm sah ein, daß dieser Zustand nicht dauern durfte; nachdem man die Orleans einmal anerkannt, mußte man ihnen auch die gesellschaftliche Stellung einräumen, welche der Krone Frankreichs gebührte. Er erklärte sich also gern bereit, die jungen französischen Prinzen in seinem Schlosse zu empfangen, und nachdem Metternich im Jahre zuvor den unwillkommenen Besuch unter allerhand Vorwänden noch glücklich abgewendet hatte, unternahm der Herzog von Orleans mit seinem Bruder Nemours im Mai 1836 die Reise an die beiden großen deutschen Höfe. Der Kronprinz von Preußen schrieb verzweifelnd: „das ist so schwer für mich, daß ich weinen möchte." Sein

*) Maltzan's Bericht, 21. Mai 1837.

**) Maltzan's Bericht, 26. März 1836.

***) Randbemerkung des Königs zu Maltzan's Bericht v. 1. Mai 1836.

†) Maltzan's Berichte, Sept. 1837.

Vater aber bestand darauf, daß der Anstand streng gewahrt wurde, und kam den Gästen mit väterlicher Güte entgegen. Die Berliner jubelten, weil die Zeitungen so viel Herrliches von dem freien Frankreich erzählten. Selbst Ancillon, den der König zu den geheimen Vorverhandlungen nicht zugezogen hatte, machte gute Miene zum bösen Spiele und versicherte dem Wiener Hofe, die jungen Herren hätten manches Vorurtheil entwaffnet.*)

In der That benahm sich der französische Thronfolger als ein liebenswürdiger, gebildeter, verständiger Mann; er gefiel, obwohl man seinen lauernden Augen die Falschheit der Orleans anmerkte. Noch immer die Hoffnung der Kriegspartei, hatte er doch den prahlerischen Ton des Nationalgardisten schon längst abgelegt und bewegte sich in gemessenen höfischen Formen, in fürstlicher Haltung; auf dem gefährlichen Berliner Boden ließ er sich gern durch Al. Humboldt leiten. Beim Abschied von dem Könige schien er tief gerührt: „mein Vater, rief er aus, hat mir befohlen, nicht heimzukehren ohne die wohlthätige Hand geküßt zu haben, die zwanzig Jahre lang der Welt den Frieden bewahrt hat." In Wien war der Empfang viel kühler; die Erzherzöge hielten sich zurück, ein Theil des hohen Adels hatte die Stadt verlassen. Auf den Festen verriethen sich unverkennbar Steifheit, Verlegenheit, schlechte Laune, die Fürstin Metternich trug ihre legitimistische Gesinnung mit gewohnter Hoffart zur Schau.**) Dem ungeachtet wagte der Herzog von Orleans um die Hand der Erzherzogin Therese, der Tochter des Erzherzogs Karl anzuhalten und empfing eine höfliche Absage. Der greise Feldherr selbst hätte gern eingewilligt, war er doch niemals ein Feind Frankreichs gewesen. Aber der gesammte übrige Hof erklärte sich dawider, und nicht blos aus legitimistischem Stolze; die österreichischen Heirathen galten in Frankreich von Alters her für unheilvoll, und mit gutem Grunde glaubte Metternich, eine solche Familienverbindung könne den Julithron eher erschüttern als stützen.

Ueber diesen Mißerfolg zeigte sich Ludwig Philipp dermaßen aufgebracht, daß man in Berlin schon zu fürchten begann, er werde sich von den deutschen Mächten abwenden und wieder in das Fahrwasser der revolutionären Propaganda einlenken. Darum entschloß sich König Friedrich Wilhelm, wieder ohne Ancillon's Vorwissen, dem französischen Thronfolger eine Gemahlin aus einem mindermächtigen, aber vornehmen, altfürstlichen Hause zu verschaffen; und als ihm der französische Gesandte Bresson von der anmuthigen Prinzessin Helene von Mecklenburg-Schwerin sprach, übernahm er sofort selbst die Vermittlung. Metternich fand nichts einzuwenden; er meinte höhnisch, diese Braut sei politisch völlig geruchlos (anodine).***) Prinzessin Helene war die Schwester von Friedrich Wilhelm's Schwiegersohne, dem lebenslustigen, pracht- und kunstliebenden Großherzog Paul Friedrich,

*) Ancillon an Maltzan, 26. Mai 1836.

**) Maltzan's Bericht, 25. Juni 1836.

***) Maltzan's Berichte, Febr. 1837.

der soeben in Schwerin die Regierung angetreten hatte. Der Stolz des mecklenburgischen Hauses, das schon fünf Königinnen unter seinen Töchtern zählte, sträubte sich lange. Da ließ der König seinem Schwiegersohne durch Graf Lottum vorstellen: seinen persönlichen Gefühlen wolle er nichts vorschreiben, aber die Heirath aus politischen Gründen auszuschlagen, sei ein Fehler; bis jetzt habe die Diplomatie „mit Glück dahin gewirkt", Ludwig Philipp zu den conservativen Mächten hinüberzuziehen; weise man die Werbung ab, so erbittere man ihn und noch mehr den reizbaren Thronerben, eben dies wünschten die deutschen und die polnischen Revolutionäre.*) Hierauf wurde Minister Kamptz als Rechtsrath nach Schwerin gesendet, und wie gänzlich umgewandelt erschien dort plötzlich dieser gestrenge Royalist, der sich kürzlich für sein altes Wappen die neue Devise: Regi et principio conservativo gewählt hatte. Der Befehl seines Königs und der Wunsch, dem angestammten mecklenburgischen Hause neuen Glanz zu verschaffen, bezauberten ihn völlig. In einer vertraulich verbreiteten Schrift stellte er Rechtssätze auf, die an sich unhaltbar, in seinem Munde ganz ungeheuerlich klangen: er suchte die Quasi-Legitimität der Orleans zu beweisen, da Ludwig Philipp ein legitimes Thronfolgerecht besessen habe, aber freilich noch nicht an der Reihe gewesen sei.

Dawider erhob sich der ehrliche alte Strelitzer Minister Aug. v. Oertzen.**) Der weilte, auf den Tod erkrankt, in Berlin und konnte nicht ruhig sterben, ehe er sein Fürstenhaus gewarnt hatte. „Schon im Privatleben, sagte er nach seiner patriarchalischen Weise, entschließt man sich nicht, den Genuß sogenannter Glücksgüter zu theilen, wenn die Rechtmäßigkeit ihrer Erwerbung irgend zweideutig erscheint." Er widerlegte die Behauptungen Kamptz's in einer geharnischten Denkschrift, die er ebenfalls unter der Hand bei Hofe verbreiten ließ. „Bisher, so äußerte er, haben Legitimität und Revolution nur neben einander bestanden, sie haben sich gegenseitig geduldet, und äußerlich mit einander Frieden gehalten; hinfort werden sie sich mit einander vermischt und vermählt haben." Daß des Königs Schwager bei dieser Arbeit irgendwie betheiligt war, galt für sicher; in der diplomatischen Welt hielt man ihn sogar für den eigentlichen Verfasser. Herzog Karl verhehlte seine Entrüstung über den Heirathsplan nicht; „er wäre in seiner Wuth bald zum Teufel gefahren," so meinte Wittgenstein, der selber den Befehlen des Königs unbedingt folgte. Darauf antwortete Kamptz durch bissige „Anmerkungen", die sich auf das Beispiel der Wasas, der Welfen, Wilhelm's III., Napoleon's beriefen und den Verfasser der Denkschrift mit der äußersten Geringschätzung behandelten.***) Der Streit zwischen den höchsten Würdenträgern der Monarchie wurde sehr ärgerlich. Herzog Karl

*) Lottum, Promemoria über die mecklenburgische Heirath, 28. Jan. 1837.

**) S. o. III. 571.

***) „Bemerkungen", mecklenburgische Denkschrift, mit „Anmerkungen" von Kamptz (lithographirt, Frühjahr 1837).

bekam die Ungnade des Königs lebhaft zu empfinden; er verlangte wieder einmal, wie so oft schon, seine Entlassung aus dem Staatsrathe, ein Bruch schien unvermeidlich, und nach Allem, was geschehen, war es fast ein Glück für ihn, daß er bald nachher erkrankte und starb (Sept. 1837). Auch der Kronprinz bestürmte seinen Vater mit Klagen. Czar Nikolaus setzte ebenfalls alle Hebel ein, er sendete seinen Günstling Oberst Rauch nach Berlin und ließ in Schwerin die Prinzessin, seine Nichte, beschwören, daß sie von ihrem ausgesprochenen Entschlusse abstehen möge — was Ancillon als einen ungehörigen Eingriff in deutsche Angelegenheiten entschieden zurückweisen mußte.*)

Bei all diesem Getöse behielt der alte König seinen Gleichmuth; er blieb dabei, daß der europäische Friede ein solches Opfer verlange: — eine preußische Prinzessin würde er den Orleans freilich nicht preisgegeben haben. Im Mai 1837 fand die Braut auf der Durchreise nach Paris im Potsdamer Schlosse freundliche Aufnahme und gewann sich an A. Humboldt einen Freund für das Leben. Im Juni wurde die Hochzeit gefeiert und zugleich in Versailles das Museum à toutes les gloires de la France eröffnet, eine Sammlung, deren prahlerische Schlachtenbilder zu dem friedfertigen Wesen des Bürgerkönigthums allerdings wenig stimmten. Ludwig Philipp schwamm in Freuden, er ernannte seinen Gesandten Bresson zum Pair; denn nunmehr war sein Haus, Dank dem Könige von Preußen, feierlich in die Gemeinschaft des europäischen Fürstenstandes aufgenommen. Er säumte auch nicht, seine Dankbarkeit durch Thaten zu bewähren. Im Jahre 1838 wurden die Franzosen aus Ancona, die Oesterreicher aus Ferrara zurückgerufen, und vorläufig schien jede Kriegsgefahr beseitigt. —

Die gleiche Mäßigung bewährte Friedrich Wilhelm auch bei den schweizerischen Händeln, die sein Fürstenthum Neuenburg noch immer beunruhigten. Nachdem sieben demokratische Cantone einen Sonderbund zum Schutze ihrer neuen Verfassungen gebildet hatten, schlossen die Neuenburger Royalisten mit fünf anderen conservativen Cantonen den Sarnerbund um das alte Bundesrecht aufrecht zu erhalten. Der Streit verschärfte sich dergestalt, daß der Neuenburger Gesetzgebende Körper im Sommer 1833 beschloß, beim Könige förmlich den Austritt aus der Eidgenossenschaft zu beantragen. So war die Meinung der großen Mehrzahl der Gebildeten. Unter den Massen dagegen besaß die schweizerische radicale Partei der sogenannten Patrioten schon starken Anhang, und als sie sofort eine Gegenpetition veranstaltete, fand sie leicht einige tausend Unterschriften. Der König ließ diese Petenten kurz bedeuten, daß er nur in der Meinung der gesetzmäßigen Abgeordneten die Stimme des Volkes erkennen könne. Die Abgesandten des Gesetzgebenden Körpers hingegen, an ihrer Spitze der feurige Royalist Baron Chambrier, wurden in Berlin sehr freundlich aufgenommen, sie zeigten dem Könige „ein wahrhaft kindliches Vertrauen“,

*) Münchhausen's Berichte, 21. Febr., 11. 12. April 1837.

wie Ancillon gerührt erzählte. Friedrich Wilhelm war jedoch nicht gemeint, auf ihre leidenschaftlichen Vorschläge ohne Weiteres einzugehen; denn unmöglich konnte dies zwischen Frankreich und der Schweiz eingepreßte Juraländchen sich als europäische Macht behaupten. Die preußische Regierung verkannte nicht, wie schwierig die Verhältnisse des kleinen Fürstenthums sich gestalten mußten, wenn der Radicalismus in der Schweiz auch fernerhin überhandnahm und vielleicht bald eine festere Form der Bundeseinheit begründet wurde; aber sie wußte auch, daß Neuenburg durch seine geographische Lage wie durch eine althistorische Verbindung auf die Schweiz angewiesen war, und verfiel daher auf den Gedanken, ob sie dem Ländchen nicht seine frühere Stellung in der Eidgenossenschaft wieder verschaffen solle. Wenn Neuenburg wieder wie vormals ein zugewandter Ort der Schweiz wurde, ohne Stimmrecht auf der Tagsatzung, nur Geld und Truppen für die Eidgenossen stellte und dafür von diesen militärisch geschützt wurde, dann konnte die unheilvolle Reibung zwischen Royalisten und Republikanern wahrscheinlich beendigt werden.

Es war ein staatsmännischer Gedanke, er bot vielleicht das einzige Mittel, um die unnatürliche Doppelstellung des fürstlichen Cantons noch für längere Zeit zu sichern; er widersprach jedoch der bestehenden und von allen Großmächten verbürgten neuen schweizerischen Bundesverfassung. Darum fragte Ancillon bei den vier Mächten an, ob Preußen auf ihre Unterstützung rechnen könne, falls die Schweiz sich auf solche Verhandlungen einließe.*) Rußland erwiderte sofort: in Allem, was der König über Neuenburg beschließe, dürfe er sich auf die Zustimmung des Czaren verlassen.**) Metternich hingegen hegte Bedenken; er fand den Augenblick ungünstig und wollte, getreu seiner kurzsichtigen conservativen Politik, an den Verträgen von 1815 womöglich gar nichts ändern.***) Unter solchen Umständen war von den Westmächten auch keine Unterstützung zu erwarten. Mittlerweile begann der Zank in der Schweiz nachzulassen; der Sarnerbund unterwarf sich der Tagsatzung, die Radicalen vertagten vorläufig die Ausführung ihrer Bundesreformpläne. Der Friede schien zurückzukehren; der König gab den Plan auf und suchte seine Getreuen zu beschwichtigen, aber schon nach Jahresfrist verlangte der Staatsrath von Neuenburg — wieder vergeblich — das Verhältniß zur Schweiz müsse geändert werden.†) So schleppten sich die Dinge hin. Die radicale Mehrheit der Tagsatzung konnte sich mit den royalistischen Patriciern Neuenburgs schlechterdings nicht vertragen; immer wieder mußte der preußische Gesandte vermitteln und versöhnen.††) —

---

*) Ancillon, Weisungen an Brockhausen und Schöler, 22. Oct. 1833.

**) Schöler's Bericht, 6. Nov. 1833.

***) Brockhausen's Bericht, 28. Oct. 1833.

†) Ancillon an Brockhausen, 25. Sept. 1834.

††) Die Mémoires politiques des Neuenburger „Patrioten“ Louis Grandpierre

Währenddem begannen die Machtverhältnisse in der Allianz der Ostmächte sich zu verändern durch den Tod des Kaisers Franz (2. März 1835). Wenig genug hatte der alte Herr freilich geleistet in diesen letzten Jahren, wo er, mißtrauisch gegen sich selber wie gegen Jedermann, alle Neuerungsvorschläge bei Seite zu schieben pflegte mit der gelassenen Bemerkung „darüber muß man schlafen.“ Aber die laufenden Geschäfte erledigte er noch mit seiner gewohnten subalternen Emsigkeit. Er allein hielt die zahlreichen neben- und übereinander geschichteten Centralbehörden dieses unförmlichen Staates zusammen; und obwohl er Metternich in der auswärtigen Politik, den Grafen Kolowrat in der inneren Verwaltung ziemlich frei gewähren ließ, so fiel doch keine ernste Entscheidung gegen seinen Befehl, der immer darauf hinauskam, daß schlechterdings nichts geändert werden dürfe. Was sollte jetzt werden, da selbst diese mechanisch leitende und hemmende Kraft des monarchischen Willens fehlte? Der neue Kaiser Ferdinand war grundgutmüthig, fromm, wohlthätig, ehrlich, sogar unterrichtet in einigen jener Wissenschaften, welche mehr den Spieltrieb als den Wahrheitsdrang befriedigen, jedoch ein armer, kaum zurechnungsfähiger epileptischer Kranker, zum Wollen wie zum Denken gleich unbrauchbar. Darum hatte man selbst an diesem Hofe, der doch an traurige Monarchen gewöhnt war, ernstlich erwogen, ob ein solcher Unglücklicher regieren dürfe. Aber sein Bruder Erzherzog Franz Karl besaß, obwohl nicht krank, auch nur überaus bescheidene Fähigkeiten, und dessen Sohn Franz Joseph war noch ein kleines Kind. Ohne die Mitwirkung des ungarischen Reichstags ließ sich zudem weder eine Abdankung noch eine förmliche Regentschaft durchsetzen; und wer sollte unbotmäßigen Reichsständen so schwierige Fragen vorzulegen wagen? Eben in diesen Jahren begann der magyarische Adel seine nationale Bewegung: er wollte sich selber die Herrschaft über die deutsch-slavisch-walachische Mehrheit der Bevölkerung Ungarns und zugleich der Stephanskrone die volle Selbständigkeit neben der Kaiserkrone sichern. Schon hatte er erreicht, daß die magyarische Sprache, statt des altgewohnten neutralen Lateins, fortan im amtlichen Verkehre allein angewendet werden sollte; und als der Palatinus Erzherzog Joseph erkrankte, da beschloß die Mehrheit der Abgeordneten zu Preßburg insgeheim, gegebenen Falles sofort den Führer der aristokratischen Opposition, den Grafen Szechenyi zum Palatin zu erwählen.*)

In solcher Lage schien es nicht rathsam, an der unbestreitbaren Erbfolgeordnung irgend zu rütteln. Der bedauernswerthe Thronfolger wurde von den Ungarn im Voraus als König Ferdinand V. gekrönt**) und bestieg vier Jahre darauf den Kaiserthron. Ein Anblick zum Erbarmen, wenn

---

(Neuchatel 1877) — ein mehr durch groben Parteihaß als durch Zuverlässigkeit ausgezeichnetes Buch — geben über alle diese Verhältnisse sehr wenig Auskunft.

*) Maltzan's Bericht, 8. Febr. 1836.

**) S. o. IV. 48.

diese gebrechliche Gestalt mit dem großen, blöde lächelnden Wasserkopfe in die Runde der Hofgesellschaft eintrat und sich, um ja Keinem den Rücken zuzuwenden, wie ein Kreisel um ihre eigene Achse drehte; dann faßte die Kaiserin oder ein Hofwürdenträger den Kaiser am Frackschoß und führte ihn zu einigen der anwesenden Fremden, denen er ein paar unverständliche Worte zuraunte. Als man den Armen gar nöthigte, die herkömmlichen öffentlichen Audienzen zu halten, da sagte bald selbst der gemeine Mann in Wien, der gute Nandl sei ein Trottel. Ein Glück nur, daß der neue Kaiser nichts unterzeichnete, was ihm nicht seine bestallten obersten Räthe vorlegten; diese Regel hatte man ihm beigebracht, und er hielt redlich daran fest, bis auf einen einzigen, sogleich bereuten Ausnahmefall.

Ein solcher Thronwechsel erinnerte an die Zustände des byzantinischen Reichs. Metternich aber versicherte dem preußischen Hofe erhaben: Alles bleibe unverändert, Oesterreichs großartige Ruhe sei eine Lehre für alle vom Fortschritt gepeinigten Völker;*) niemals sollten ihm die revolutionären Leidenschaften, die er jetzt gern mit einer siebenten Metapher als „moralische Cholera" bezeichnete, dies Reich des Friedens verheeren. Ancillon stimmte ihm wie gewöhnlich zu und verstieg sich in seinem unterthänigen Eifer sogar zu einer historischen Vergleichung, deren Verwegenheit der arme Ferdinand selbst wohl am wenigsten verstehen konnte; er meinte, von dem österreichischen Staatsschiffe könne man sagen: „es trägt den Cäsar und sein Glück."**) Der König war im Stillen sehr besorgt und sendete sofort seinen Sohn den Prinzen Wilhelm zu dem neuen Kaiser, um also die Festigkeit des Bundes der Ostmächte vor der Welt zu bekunden. In Wien wurde der Prinz bei Hofe wie im Volke auf's wärmste begrüßt, und er täuschte sich nicht über die Gründe dieser Zärtlichkeit. „Offener und glänzender — so schrieb er aufrichtig — konnte wohl es nicht ausgesprochen werden, daß, wenn selbst solcher Herr Kaiser sei, alle Verhältnisse zu ihm unverändert bleiben würden." In den kurzen Tagen des Wiener Aufenthalts bemerkte er mit seinen hellen Soldatenaugen sogleich, welche Gefahren dem kaiserlosen Staate drohten, und seine Befürchtungen fanden durch die Gesandtschaftsberichte volle Bestätigung. Nach dem Tode des Freiherrn von Maltzahn wurde die preußische Gesandtschaft fast zwei Jahre lang von dem Freiherrn v. Brockhausen vorläufig verwaltet, bis im Mai 1835 der neue Gesandte Graf Maltzan ankam, ein geistreicher Mann, der in Hannover, Darmstadt und an anderen kleinen Höfen die deutschen Verhältnisse gründlich kennen gelernt hatte. Beide Diplomaten zählten zu den conservativen Freunden Oesterreichs, aber sie beobachteten scharf und vergaben der Ehre ihres Staates nichts. Beide meldeten übereinstimmend, welche heillose Verwirrung in der Hofburg herrschte.

*) Brockhausen's Berichte, 4. 9. März 1835.
**) Ancillon an Brockhausen, 16. März 1835.

Obgleich Kaiser Franz den Zustand seines Sohnes richtig würdigte, so konnte er sich doch niemals entschließen, eine bindende Vorschrift für die Formen der künftigen Regierung zu geben. Die Wiener freuten sich auf sein Testament, wie die Kinder auf den Weihnachtsbaum. Sie äußerten laut ihre Enttäuschung, als sie endlich blos die väterlichen Worte zu lesen bekamen: „Meine Liebe vermache ich Meinen Unterthanen;“ und wer den Reichthum des kaiserlichen Herzens gekannt hatte, konnte diesem Vermächtniß allerdings nur einen bescheidenen Werth beilegen. Noch peinlicher überrascht waren die Staatsmänner, da sich in dem Testamente nur einige ganz allgemein gehaltene politische Lehren vorfanden, obenan natürlich der bewährte Grundsatz: „regiere und verändere nicht.“ Im Einzelnen wurde dem Thronfolger lediglich anempfohlen, daß er sich an den Rath Metternich's und seines Oheims Ludwig halten möge. Erzherzog Ludwig war unter den zahlreichen Brüdern des Kaisers Franz der jüngste und weitaus der unfähigste; darum hatte er dem Herzen und dem Kopfe des Verstorbenen immer am nächsten gestanden. Im Kleinen emsig, im Großen völlig urtheilslos, ähnelte er dem alten Kaiser sehr und machte, obwohl er erst fünfzig Jahre zählte, schon den Eindruck eines erstarrten Greises. Da also jede feste Vorschrift fehlte, so suchte Metternich, entschlossen und gewandt, die Alleinherrschaft an sich zu reißen. Er fühlte längst, daß die verkommene Verwaltung so nicht dauern konnte, und seit er das unheimliche Schauspiel des erstarkenden preußischen Zollvereins vor Augen sah, hielt er einzelne Reformen für unerläßlich. Leider fehlte ihm jede Sachkenntniß. Was er von Neuerungen plante, konnte wohl den allezeit bereiten Beifall Ancillon's finden;*) im Grunde lief doch Alles auf allgemeine Redensarten hinaus, ganz wie seine Reformvorschläge vom Jahre 1829.**) Nur für die Armee erreichte er mehrere Verbesserungen. Sein Liebling, Graf Clam-Martinitz, Berliner Andenkens, wurde zum Generaladjutanten und Chef der militärischen Abtheilung des Staatsraths ernannt, so daß der berüchtigte bureaukratische Hofkriegsrath etwas von seiner Macht verlor. Ein tüchtiger Offizier von streng aristokratischer Gesinnung, bewirkte Clam, daß einige von Radetzky verfaßte neue Reglements eingeführt wurden; freilich zog er auch in dem Heere einen Geist des Hochmuths groß, den das friedliche alte Oesterreich nie gekannt hatte. In Mailand aber durfte Feldmarschall Radetzky fortan ziemlich frei schalten, und die Manöver, die er mit seinen wohlgeschulten Truppen, den besten der österreichischen Armee, bei Verona abzuhalten pflegte, fanden bald allgemeine Anerkennung.

Gegen die Selbstherrschaft Metternich's erhob sich nun ein zweifacher mächtiger Widerstand. Graf Kolowrat wollte sich die Machtstellung, die er bisher in der inneren Verwaltung behauptet hatte, nicht durch einen

---

*) Ancillon an Maltzan, 5. Jan. 1837.

**) S. o. III. 747.

diplomatischen Dilettanten rauben lassen. Als Gegner Metternich's galt er für liberal; in Wahrheit war er nur ein Bureaukrat des gemeinen Schlages, wohl erfahren in allen Künsten der geheimen Polizei, mäßigen Reformen nicht abgeneigt und, wie alle Beamten der alten österreichischen Schule, ein entschiedener Gegner der Clericalen, aber kleinlich, geizig, schwunglos, nur durch technische Sachkenntniß, nicht durch staatsmännische Einsicht dem Nebenbuhler überlegen. Weit mehr bedeutete der stille Unwille der kaiserlichen Familie. Nun, da der Kaiser fehlte, waren die Erzherzöge nicht mehr gesonnen, hinter diesem Rheinländer und seiner unleidlich hochmüthigen Gemahlin zurückzustehen; den Damen des Hofes erschien Metternich überdies als Weltkind verdächtig. Die Kaiserin Wittwe Caroline Auguste und ihre Schwester Sophie, die Gemahlin des Erzherzogs Franz Karl, hielten treu zusammen; sie hatten schon den alten Kaiser in seinen letzten Jahren bewogen, sich den Jesuiten gnädiger zu erweisen, und jetzt richtete die gesammte clericale Partei in Deutschland ihre hoffenden Blicke zu ihnen empor.

Von diesen Tagen an begann die stille, verhängnißvolle Wirksamkeit der fünf bairischen Schwestern. Die beiden österreichischen Fürstinnen standen in herzlichem schwesterlichem Verkehre mit der Kronprinzessin von Preußen, der Königin Marie und der Prinzessin Johann von Sachsen. Alle fünf zeichneten sich aus durch reiche Bildung und lebendiges Verständniß für ernste Gedanken; sie konnten, jede nach ihrer Weise, ungemein liebenswürdig erscheinen. Prinzessin Johann fühlte sich glücklich als liebevolle Mutter und nahm an den politischen Geschäften nur selten theil; die preußische Kronprinzessin durfte, seit sie zur evangelischen Kirche übergetreten war, die Bestrebungen der Clericalen nicht mehr offen unterstützen; allen fünf aber war jene hochconservative, „bourbonische" Gesinnung gemein, welche an dem Hofe des alten Aufklärers Max Joseph insgeheim immer gepflegt wurde. Durch Ehrgeiz und Thatkraft überragte Erzherzogin Sophie die anderen Schwestern; Maltzan nannte sie einmal den Mann der kaiserlichen Familie.*) Sie zeigte einen lebhaften und eigenwilligen Geist, der an der Seite eines solchen Gatten nur immer selbständiger werden mußte, und meinte sich berufen, den verwaisten Thron zu beherrschen. Daß ihr die Fürstin Metternich tief zuwider war, ließ sich trotz der behutsam geschonten höfischen Formen leicht erkennen.

So entspann sich in der Hofburg ein gefährlicher stiller Parteikampf, und als die beiden verbündeten Monarchen im September 1835, gleich nach den Kalischer Manövern, in Teplitz eintrafen, um den neuen Kaiser zu begrüßen, empfingen sie beide einen niederschlagenden Eindruck. Wohl wurde das russische Denkmal auf dem nahen Kulmer Schlachtfelde gemeinsam eingeweiht, und Friedrich Wilhelm fühlte sich tief gerührt, da er

*) Maltzan's Berichte, Jan. 1838.

allein noch übrig war von den drei Monarchen jener großen Tage. Aber irgend ein großes Ergebniß konnte diese Zusammenkunft nicht bringen. Das Beste blieb, daß der Czar mit seinen noch immer festgehaltenen kriegerischen Plänen kaum herausrücken durfte*): der Anblick Ferdinand's und der Rathlosigkeit am österreichischen Hofe war gar zu kläglich. Ueber den Austausch trefflicher Grundsätze kam man nicht hinaus; und Ancillon, der auf solche akademische Erörterungen hohen Werth legte, verkündete nachher den Gesandtschaften triumphirend: „Unsere Haltung vereinigt in sich wahrhaft ungeheuere materielle Kräfte und die der Einigkeit entspringende moralische Macht; sie ist gewaltig und furchtbar gerade durch ihre Ruhe, sie erlaubt uns die Ereignisse zu beobachten und abzuwarten."**) Nesselrode meinte freilich, nach russischer Ansicht sei diese Ruhe nur nothgedrungen, mithin ein Zeichen der Schwäche.

Die Friedenspolitik des Berliner Hofes trug also in Teplitz einen neuen Sieg davon. Selbst Ludwig Philipp konnte diese harmlose Zusammenkunft nicht mit Besorgniß betrachten; er äußerte nur mit halb unterdrückter Empfindlichkeit: gern hätte er selbst theilgenommen, noch lieber einem Congresse aller fünf Mächte beigewohnt.***) Weit lebhafter als die europäische Politik beschäftigte den Czaren für jetzt die Sorge um Oesterreichs Zukunft. In erregten Gesprächen mit Metternich und Clam erklärte er unumwunden: so ohne feste Leitung müsse Oesterreich einer unerwartet ausbrechenden italienischen Revolution sicher erliegen. Sein Hintergedanke dabei war, Metternich's Macht einzuschränken, denn trotz der in Münchengrätz ausgetauschten Zärtlichkeitsbetheuerungen traute er dem Staatskanzler noch nicht ganz.†) Als diese Unterredungen fruchtlos blieben, reiste er plötzlich in höchster Eile nach Wien, angeblich um der Kaiserin-Wittwe seine Theilnahme auszusprechen. Seine unerwartete Ankunft erregte auch das staunende Aufsehen, das seiner Eitelkeit immer schmeichelte, jedoch zu einem durchgreifenden Entschlusse konnte er die Damen des Hofes nicht bewegen, und sichtlich verstimmt kehrte er nach kurzem Aufenthalt zurück.

Also blieb die kaiserliche Regierung noch während eines vollen Jahres in einem rechtlich ungeordneten, chaotischen Zustande. Metternich und Kolowrat rangen mit einander um die Herrschaft, und der gewandte Staatskanzler erkannte bald, daß er sich mit den frommen Damen verbünden mußte, wenn er seinen Nebenbuhler besiegen wollte. Dieser Entschluß fiel ihm um so leichter, da er sich neuerdings, auf das Andringen seiner Gemahlin Melanie, den Clericalen schon merklich genähert hatte. Auch hegte er seit dem Erstarken des Zollvereins einen reizbaren Argwohn

*) Maltzan's Bericht, 27. Oct. 1835.

**) Ancillon, Rundschreiben an die Gesandtschaften, 9. Oct. 1835.

***) Maltzan's Bericht, 2. Nov. 1835.

†) An diese dem Könige wohlbekannten Gespräche erinnert Maltzan in dem Bericht vom 18. Dec. 1835.

gegen Preußens Ehrgeiz; mit Maltzan sprach er über die europäischen Fragen offenherzig, über Deutschland sehr wenig.*) Er hoffte das wankende Ansehen des alten Kaiserstaates zu befestigen, wenn Oesterreich wieder als die Schutzmacht des deutschen Katholicismus aufträte. Darum kam er, unbekümmert um Kolowrat's Widerspruch, einem alten Herzenswunsche der beiden bairischen Schwestern gefällig entgegen, und erklärte sich bereit, eine geheime Zusage einzulösen, welche Kaiser Franz schon vor acht Jahren dem General des Jesuitenordens gegeben hatte. Zu Maltzan sagte er beschwichtigend: die Jesuiten sind ja schon längst unter uns, als kluge Ligorianer.**) Im März 1836 wurden die Jesuiten wieder zugelassen, die bisher unter ihrem wahren Namen nur in Galizien gehaust und dort, durch gehässige Zänkereien mit den vereinzelten evangelischen Gemeinden des Landes, den confessionellen Frieden schon arg gestört hatten.***) Sie säumten nicht dem Rufe zu folgen; in Tirol, in Steiermark, in der Lombardei, in Wien errichteten sie ihre Häuser; ihre Lehrer bedurften keiner Staatsprüfung, ihre jungen Theologen lebten nach der ratio studiorum des Ordens. So zog die Gesellschaft Jesu in Oesterreich triumphirend ein, zur selben Zeit, da in Preußen schon der folgenschwere Streit zwischen Staat und Kirche begann; und je schärfer die Gegensätze in Norddeutschland sich zuspitzten, um so mehr befestigte sich Metternich in seiner neugewonnenen clericalen Gesinnung, zur Herzensfreude seiner Gattin, die in kirchlichen Dingen mit ihrer mächtigen Feindin, der Erzherzogin Sophie durchaus übereinstimmte. Den Wienern freilich, zumal den leichtlebigen Herren vom hohen Adel, war dies ungewohnte pfäffische Wesen sehr widerwärtig. Der witzige Fürst Dietrichstein besang in einem französischen Gedichte den jesuitenfreundlichen Staatskanzler; er feierte die Macht des ehelichen und des päpstlichen Pantoffels: Qui sous la pantoufle se plaît, voudrait nous voir tous sous la mule.

Auch bei den Berathungen über das Heerwesen unterlag Kolowrat. Er wünschte dem greisen Erzherzog Karl den Oberbefehl zu übertragen und den Bestand des Heeres herabzusetzen, weil durch die Rüstungen der letzten Jahre schon ein jährliches Deficit von mindestens 30 Mill. fl. entstanden war. Metternich aber wollte weder seinen Vertrauten Clam fallen lassen noch angesichts der Kriegsgefahren das Heer vermindern, und Erzherzog Ludwig gab ihm Recht. Als Kolowrat hierauf das starre Prohibitivsystem, zunächst durch eine Erleichterung der Zuckerzölle, zu mildern versuchte, da setzte Erzherzog Ludwig die bereits erlassene Verordnung nachträglich außer Kraft. Kolowrat nahm Urlaub, er dachte seine Entlassung zu fordern und wagte es doch nicht im Ernst. Da auch Metternich die Sachkenntniß seines Gegners in

*) Maltzan's Bericht, 26. Dec. 1835.

**) Maltzan's Bericht, 8. Febr. 1836.

***) Entschließung Sr. k. k. Majestät vom 19. März 1836. Maltzan's Bericht, 6. April 1836.

Finanzsachen nicht entbehren konnte, so kam endlich, nach langem, widerwärtigem Streite ein Vergleich zu Stande. Im December 1836 wurde die alte Staatsconferenz als höchste Behörde der Monarchie neu geordnet. Mitglieder waren, außer dem Kaiser und seinem Bruder, den Niemand beachtete: Erzherzog Ludwig, Metternich und Kolowrat. Diese bildeten fortan das regierende Triumvirat, so spotteten die Wiener. Metternich's Anhänger frohlockten, und er selbst meinte stolz: der Czar werde jetzt wohl von seinen Vorurtheilen zurückkommen, dies Regierungssystem sei für Oesterreich das einzig mögliche*). Seine Freude sollte indeß nicht lange währen. Erzherzog Ludwig zeigte sich im Verneinen und im Nichtsthun ebenso halsstarrig wie sein verstorbener Bruder; und wenn Metternich gehofft hatte sich des Erzherzogs gegen Kolowrat zu bedienen, so mußten die beiden erfahrenen alten Staatsmänner bald gegen den Erzherzog gemeinsame Sache machen. Vergeblich; jede noch so bescheidene Aenderung, die sie vorschlugen, ward an Ludwig's gemüthlichem Phlegma zu Schanden.

So wurde denn wieder, wie zu Franzens Zeiten, im Innern gar nicht regiert, obwohl die Gährung in Italien, in Ungarn, in Böhmen bedrohlich wuchs. Es war, als ob Kaiser Franz noch dreizehn Jahre länger gelebt hätte; nur fehlte der dreiköpfigen Gerontokratie — wie man sie an den Höfen nannte — das gesicherte Ansehen, das der alte Kaiser doch immer behauptet hatte. Selbst in der vormals so harmlosen Hauptstadt erklang jetzt der Tadel oft sehr laut und höhnisch; die Spaziergänge des Wiener Poeten und die deutschen liberalen Zeitungen waren, den Verboten zum Trotz, in Jedermanns Händen. Um das Volk durch höfische Pracht zu blenden, führte man den unglücklichen Ferdinand noch zur Krönung nach Prag, dann nach Mailand. Hier begrüßten ihn huldigend die Fürsten Italiens (1838), auch ein Theil des lombardischen Adels bezeigte seine Unterthänigkeit. Die gebildete Jugend aber stand grollend abseits, sie ließ sich selbst durch das Gnadengeschenk der Amnestie nicht versöhnen; und in ihrem Namen verwünschte G. Giusti in einer mächtigen Satire diese kleinen Despoten, die ihres Volks vergessend vor dem Fremden knieten:

Dem Narren gleich, der mit den Fäusten schlägt,
Wenn ein Barmherz'ger ihm zu Hilfe rennt,
Das Nessuskleid, das auf dem Leib ihm brennt,
Stolz lächelnd trägt! —

Angesichts dieser Nichtigkeit des österreichischen Staatswesens wuchs der Hochmuth des Czaren maßlos; er fühlte sich als den ersten Mann des Ostbundes und bekundete oft in rücksichtslosen Worten, zum Entsetzen der Diplomaten, wie tief er die kaiserliche Hofburg verachtete.**) Am Wiener Hofe selbst bestand eine kleine russische Partei. Ihr Haupt war Fürst Alfred Windisch-

*) Berichte von Bockelberg, 26. Sept., von Maltzan, 15. 24. Oct., 13. 25. Nov., 10. 18. Dec. 1836.

**) Maltzan's Berichte, 4. Oct. 1837 ff.

grätz, ein strenger, hochmüthiger Soldat von hartconservativen Grundsätzen; der hatte im Jahre 1831 den geheimen Auftrag erhalten, nöthigenfalls mit einer Brigade in das aufrührerische Sachsen einzurücken, und erfreute sich der besonderen Gunst des Czaren. Gleichwohl übte Rußland auf die innere Verwaltung des Nachbarreichs durchaus keinen Einfluß. Geleitet von dem greisen Triumvirate arbeitete die Maschine in der alten gedankenlosen Weise weiter; Erzherzog Ludwig sagte mit türkischer Gelassenheit zu jedem Reformvorschlage Nein, und ein strengeres Regiment, wie Nikolaus es wünschte, wäre doch auch eine Neuerung gewesen.

Unterdessen versuchte Metternich nach wie vor den drei Monarchen als Mentor zu dienen. Nachdem er im Jahre 1837 den König von Preußen im Teplitzer Bade besucht hatte, wußte er's im Jahre darauf einzufädeln, daß die beiden nordischen Herrscher wieder in Teplitz mit ihm zusammentrafen. Der arme Kaiser Ferdinand wurde ferngehalten, weil er das letzte mal eine gar so armselige Rolle gespielt hatte, und zum Scheine durch seinen Bruder Franz Karl vertreten.*) Hier wie bei allen diesen Zusammenkünften wahrte man sorglich den Schein der Eintracht, und Metternich sagte beim Abschied verbindlich zu dem Czaren: „wenn man in die eine Wagschale die russische Politik legte, in die andere die österreichische, so würde das Zünglein nicht schwanken.“**) In Wahrheit bestand der alte Gegensatz fort. Die Friedenspolitik der beiden deutschen Mächte blieb dem Czaren ein Greuel. Meine religiöse Erziehung, so betheuerte er dem preußischen Minister Werther, hat mir einen tiefen Abscheu eingeflößt wider Alle, die mit frevelnder Hand die geheiligten Rechte der legitimen Souveräne antasten. Rußland ist so groß und reich, daß es sich um die ganze Welt nicht zu kümmern braucht. Wenn ich es könnte, so würde ich mein Reich mit einer Mauer umschließen. Aber die Anerkennung Ludwig Philipp's war ein Fehler, nie werde ich ihn „Mein Bruder“ nennen. Einmal, vielleicht erst unter dem Herzog von Orleans, wird ein Krieg der drei conservativen Mächte gegen das illegitime Frankreich doch nöthig werden. Für jetzt haben wir zwei Dinge zu thun: die Revolution zu unterdrücken, und zu verhindern, daß die neue Ordnung in Frankreich sich befestige! Darauf erging er sich wieder in den gewohnten Zärtlichkeitsbetheuerungen: ich liebe den König nicht nur wie ein Sohn, „ich verehre ihn auch, als wäre ich sein Unterthan und er mein Souverän!“ Der König ließ sich durch diese plumpen Schmeicheleien nicht blenden, sondern sprach nachdrücklich sein Bedauern aus über die unversöhnliche Gesinnung des Schwiegersohnes.***)

Nur in den orientalischen und den polnischen Händeln konnte Nikolaus auf die unbedingte Unterstützung seiner Bundesgenossen rechnen. Obwohl

*) Maltzan's Berichte, Mai 1838.

**) Maltzan's Bericht, 5. Sept. 1838.

***) Werther's Bericht an den König, 31. Mai 1838 mit Randbemerkungen des Königs. Werther an Maltzan, 6. Juni 1838.

Metternich zuweilen Rußlands neugewonnene Machtstellung an der Donaumündung mit einiger Besorgniß betrachtete*), so beschwichtigte er doch immer wieder sich selbst und Andere durch jene leichtsinnigen Hoffnungen, die er seit dem Vertrage von Hunkiar Iskelessi gefaßt hatte; er meinte, die orientalische Frage bestehe nicht mehr, unter des Czaren wohlwollendem Schutze müsse die Pforte wieder zu Kräften kommen. Sein Internuntius in Stambul ging mit dem russischen Gesandten stets Hand in Hand und überließ es den Diplomaten der Westmächte, durch kleine Ränke die russische Schirmherrschaft zu bekämpfen, die sich seit dem letzten Kriege auch über Persien, über ganz Vorderasien erstreckte.

Noch fester hielten die Ostmächte gegenüber den Polen zusammen; hier standen sie einer für alle. Was sie im Jahre 1831, nach der Niederwerfung des polnischen Aufruhrs versucht hatten um auch in Krakau die Ordnung wieder herzustellen, erwies sich bald als verlorene Arbeit.**) Die kleine Republik fuhr fort, ihre Neutralität beharrlich zu brechen, die polnischen Flüchtlinge zu beherbergen, die Nachbarlande zu beunruhigen; und wie konnte dieser heillose Zustand sich ändern, so lange der halbselbständige polnische Kleinstaat noch bestand? Daher sprachen die drei Schutzmächte schon in Münchengrätz ihre Meinung dahin aus, daß die Bildung dieses Heerdes ewiger Unruhen ein schwerer Mißgriff des Wiener Congresses gewesen sei, und auf der ersten Teplitzer Zusammenkunft (1835) beschlossen sie einmüthig, die Republik zunächst durch Waffengewalt zu beruhigen um sie sodann bei günstiger Gelegenheit zu vernichten. Es war der einzige greifbare Erfolg der unfruchtbaren Teplitzer Unterredungen.

Nach allen den Umtrieben der Pariser Propaganda konnten die drei Theilungsmächte in den Polen nur noch ihre unversöhnlichen Feinde sehen. Auf der Rückreise von Teplitz hielt Nikolaus den Vertretern der Stadt Warschau eine drohende Rede; ihre demüthige Ansprache, so herrschte er sie an, wolle er nicht annehmen, um sie nicht zum Lügen zu verführen; Gehorsam, Unterwerfung, das allein verlange er, bei Strafe der Vernichtung. Während die Presse der Westmächte noch in Entrüstung schwelgte wegen dieser Worte des Czaren, wurde in Berlin am 14. Oct. 1835 ein in Teplitz verabredeter geheimer Vertrag unterzeichnet, der rundweg aussprach, der Bestand der Krakauer Republik sei für ihr eigenes Volk wie für die Sicherheit der Nachbarstaaten schädlich. Demnach verpflichteten sich die Schutzmächte zu erwägen, wie auf den freien Wunsch der Republik selber die Einverleibung Krakaus in den österreichischen Staat herbeigeführt und der Widerspruch der anderen Mächte beschwichtigt werden solle. Zwingende Gründe der Nothwehr rechtfertigten diese Verabredung; aber wie grausam verurtheilte die Politik der starren Legitimität sich selbst,

*) Maltzan's Bericht, Juli 1837.

**) S. o. IV. 89.

wenn eben die drei Mächte, welche die Unantastbarkeit der Wiener Verträge auf ihr Panier schrieben, sich zu einem solchen Gewaltstreiche entschlossen! Der Wechsel der Dynastie in Frankreich, ja selbst der Abfall der südlichen Niederlande verletzte die Grundsätze des legitimen Rechts nicht so schwer, wie die hier geplante gänzliche Vernichtung eines europäischen Staates, der keineswegs, wie Metternich behauptete,*) durch die drei Schutzmächte allein geschaffen war, sondern durch den Art. 6 der Wiener Congreßakte, durch die Zustimmung aller europäischen Mächte. Vernehmlicher konnte die Staatsweisheit, welche dem ewigen Wandel der menschlichen Dinge durch den Buchstaben der Verträge Halt zu gebieten wähnte, ihren Bankbruch nicht ankündigen.

Darauf, im Frühjahr 1836, besetzten Truppen der Ostmächte das Krakauer Gebiet. Die Flüchtlinge verschwanden, die Behörden und die Volksvertretung wurden umgestaltet, und unter der strengen Aufsicht von Commissären der drei Schutzmächte beruhigte sich die Stadt wieder, so daß die letzten Russen nach einigen Monaten abziehen konnten. In der Presse und den Parlamenten der Westmächte ertönte alsbald wieder der herkömmliche polnische Schmerzensschrei. Die Cabinette aber fühlten beide, wie wenig sich gegen diese Besetzung einwenden ließ; denn das neutrale Krakau war durch die Verträge ausdrücklich verbunden, Flüchtlingen und Verbrechern keine Zuflucht zu gewähren, und hatte diese Verpflichtungen mit Füßen getreten. Daher ließ Ludwig Philipp in Wien unter der Hand mittheilen, er hoffe die leidige Sache still zu begraben. Palmerston glaubte, aus Furcht vor dem Unterhause, einen Schritt weiter gehen zu müssen. Er versuchte durch Lord William Russell dem Berliner Hofe einen förmlichen Protest zu übergeben, und als Ancillon die Annahme kurzerhand verweigerte,**) sendete er den drei Ostmächten eine mit Vorwürfen und Verwahrungen stattlich ausgeschmückte Depesche (15. April). Zugleich verkündigte er seine Absicht, in Krakau einen englischen Consul anzustellen, der dort natürlich nur Unruhen anzetteln konnte. Während er also wieder einmal den Beifall der liberalen Welt einerntete, schrieb er vertraulich an Metternich: England könne nicht anders verfahren, indessen werde der Handel hoffentlich keine Folgen haben; und dem bairischen Gesandten gestand er gar: ich würde in Krakau ganz wie die Theilungsmächte handeln!***) Die Folge war, daß die Ostmächte Palmerston's Einspruch ebenso schnöde zurückwiesen, wie sie einst Englands Proteste gegen die Sechs Artikel, gegen die Besetzung Frankfurts, gegen den Vertrag von Hunkiar Iskelessi abgefertigt hatten; und gewohnt wie er war vor jedem entschlossenen Feinde zurückzuweichen, nahm der Lord die Demüthigung gelassen hin.†) Immerhin

*) Metternich an Graf Alfred Potocki, 8. Juli 1836.
**) Ancillon an Maltzan, 1. Mai 1836.
***) Maltzan's Bericht, 28. April; Dönhoff's Bericht, München 26. Mai 1836.
†) Maltzan's Bericht, 10. Mai 1836.

genügten diese Erfahrungen, um die drei Schutzmächte besorgt zu stimmen. Wenn schon die vorübergehende Besetzung Krakaus so viel Lärm erregte, wie mußte dann gar die verabredete Einverleibung wirken? Man beschloß also bessere Zeiten abzuwarten, und der Berliner Vertrag blieb ein unverbrüchliches Geheimniß, bis er nach elf Jahren zur allgemeinen Ueberraschung plötzlich ausgeführt wurde. —

Wie Metternich, trotz seines dringenden Wunsches dem Czaren zu gefallen, doch durch die Unbehilflichkeit des österreichischen Staatswesens zu einer Haltung gezwungen wurde, welche dem moskowitischen Selbstherrscher nur halb genügte, so war auch König Friedrich Wilhelm mit nichten geneigt, sich einer fremden Leitung zu fügen. Seine Politik verfolgte nur den bescheidenen Zweck, die neu errungene wirthschaftliche Einheit der Nation durch die Erhaltung des Weltfriedens und den Ausbau der Zollvereinsverträge zu sichern; sie verfuhr behutsam und bescheiden, aber preußisch war sie. Im Frühjahr 1837 starb Ancillon, und Metternich rief dem getreuen Verehrer wehmüthig nach: „mir ist, als hätte ich die Deckung meiner rechten Flanke verloren."*) An seine Stelle trat Werther, der vor sechs Jahren in richtiger Selbsterkenntniß den Ministerposten abgelehnt hatte;**) und es zeigte sich bald, daß dieser kluge diplomatische Beobachter zum Befehlen nicht geschaffen war. Neue Gedanken vermochte er der großen Politik Preußens nicht einzuflößen; ihre Unabhängigkeit jedoch wahrte er weit strenger als sein Vorgänger, weil er in Paris die diplomatischen Umtriebe der beiden Kaiserhöfe zur Genüge kennen gelernt hatte. Das Verhältniß zu der Hofburg blieb, wie streng man auch die freundschaftlichen Formen einhielt, ziemlich kalt. Metternich konnte den Ingrimm über Preußens Handelspolitik nicht verwinden, und doch vermochte er nichts dawider, da Erzherzog Ludwig zu keiner Verbesserung des Zollwesens zu bewegen war. Ueberall in Oesterreich sagte man schon gleichmüthig, seit der Stiftung des Zollvereins habe Preußen die Herrschaft in Deutschland erlangt.***) Als Rotteck im Jahre 1838 nach Wien kam, fragte ihn Metternich gemüthlich: woher kommt dieser wachsende Einfluß Preußens? Der ehrliche Liberale antwortete: Von seiner verständigen, beharrlich fortschreitenden Verwaltung. — Und wie können wir dem entgegenwirken? — Wenn Sie dem preußischen Vorbilde folgen! Am Ende der langen Unterredung waren die Beiden nur darin einig, daß sie Preußens steigende Macht und die Bedrängniß der katholischen Kirche inbrünstig bedauerten.†)

Ebenso wenig wie der Hofburg gelang es dem russischen Cabinet die preußische Politik zu beherrschen. Der Czar persönlich wurde vom Hofe wie

*) Metternich an Trauttmansdorff, 5. Mai 1837.

**) S. o. IV. 193.

***) Maltzan's Bericht, 29. Juni 1837.

†) Maltzan's Bericht, 30. Aug. 1838.

vom Volke mit Ehrenbezeigungen überhäuft. Als er im Jahre 1838 wieder einmal nach Berlin kam, ernannte ihn der unterthänige Magistrat zum Ehrenbürger der Hauptstadt, was den boshaften Großfürsten Michael zu der Aeußerung veranlaßte: „wenn mein Bruder seine Krone niederlegen sollte, so kann ihn Niemand hindern in Berlin Schornsteinfeger zu werden." Nikolaus bedankte sich durch eine reiche Geldspende und ließ unter den Linden den Russischen Palast erbauen um vor aller Welt zu zeigen, wie heimisch er sich an der Spree fühle. Aber bei diesem Austausch persönlicher Höflichkeiten blieb es auch. Daß Preußen in der polnischen Frage mit Rußland Hand in Hand ging, ergab sich von selbst aus der natürlichen Interessengemeinschaft der beiden Höfe. Desgleichen war es ein altbewährter Grundsatz der preußischen Politik, die Russen am Bosporus so weit als irgend möglich frei gewähren zu lassen. Noch zuversichtlicher als die Hofburg glaubte der Berliner Hof, daß die Pforte unter Rußlands freundlicher Schirmherrschaft wieder erstarken würde, und als der Gesandte in Konstantinopel, v. Martens einmal eigenmächtig versuchte, mit den Westmächten zusammenzugehen, erhielt er sofort eine scharfe Zurechtweisung.

In allen den Fragen hingegen, welche das preußische Interesse unmittelbar berührten, ging der Berliner Hof seines eigenen Weges. Der König blieb bei seiner wohlerwogenen Meinung, daß Lord Palmerston der eigentliche Unruhestifter in Europa sei und der friedfertige Tuilerienhof die Unterstützung der Ostmächte verdiene; die leidenschaftlichen Klagen seines Schwiegersohnes über die Heirath des Herzogs von Orleans ließen ihn kalt. Diesen Ansichten seines königlichen Herrn durfte auch Ancillon nicht zuwiderhandeln. Der erging sich wohl gern in doktrinären Betrachtungen über das geheimnißvolle Wort: Legitimität, das man „seinem wohlthätigen Halbdunkel nicht entreißen dürfe, ganz wie man fürchten müsse die Wurzeln eines Baumes an das helle Tageslicht zu bringen"; aber auf diese legitimistischen Erörterungen ließ er sofort die höchst illegitime Behauptung folgen: „wir dürfen Ludwig Philipp nicht mehr fragen, woher er kommt, sondern wohin er geht, oder vielmehr, wir müssen ihm immer zeigen wohin er gehen soll."*) Preußen war ehrlich entschlossen, mit dem Julikönigthum als einer gegebenen Thatsache zu rechnen; und seit Werther das Auswärtige Amt übernommen hatte, blieb das Einvernehmen zwischen den beiden Höfen mehrere Jahre hindurch ganz ungetrübt. Werther weigerte sich geradezu, den Czaren zu unterstützen, als dieser unter heftigen Drohungen strenge Maßregeln wider die polnischen Flüchtlinge in Paris verlangte; er meinte, jede Nachgiebigkeit würde den Selbstherrscher nur zu neuen Thorheiten ermuthigen.**) Diese neuen Thorheiten blieben gleichwohl nicht aus. Im Jahre 1839 veranstaltete Nikolaus große Manöver an der Moskwa. Er

*) Ancillon an Maltzan, 31. Jan. 1837.

**) Werther an Maltzan, 24. Aug., 9. Oct. 1837.

führte dort, zum stillen Ergötzen der kriegserfahrenen ausländischen Zuschauer, die Schlacht von Borodino noch einmal auf, Zug für Zug, aber mit einigen selbsterfundenen Aenderungen, welche die Fehler Napoleon's und Kutusow's berichtigen sollten; zugleich erließ er an sein Heer einen prahlerischen Tagesbefehl, der fast wie eine Kriegserklärung klang und nicht blos den französischen Gesandten zu ernsten Beschwerden veranlaßte, sondern auch am Berliner Hofe scharfen Tadel fand.*) Kein Wunder also, daß die russischen Diplomaten beständig über Preußens Kleinmuth klagten.

Ueber die innere Politik des Nachbarstaates urtheilten sie freilich anders. Hier fanden sie die Haltung des preußischen Beamtenthums halsstarrig, ja stierköpfig; denn der hochmüthige Ton, den sie jetzt nach dem Vorbilde ihres Herrschers anzuschlagen liebten, machte auf die nüchternen Berliner Geheimen Räthe gar keinen Eindruck, und sobald der Czar sich unterstand, über die inneren Zustände Preußens zu reden, wurde er stets nachdrücklich in seine Schranken zurückgewiesen. Bei den Manövern von Wosnesensk (1837) sagte er zu General Natzmer, er empfehle seinem Schwiegervater die Veränderung der demokratischen, revolutionären Landwehr. Da fuhr der alte König zornig auf: Ich will diese Vorschläge gar nicht hören. Ich bin mit meiner Landwehr im Krieg und Frieden zufrieden. Diese russischen Drohungen mit der Revolution dauern schon viele Jahre, sie haben ganz andere Gründe. Ich halte Gesetz und Ordnung aufrecht ohne Rußlands Hilfe und Rathschläge. Möge Kaiser Nikolaus nur dafür sorgen, daß sich in Rußland nicht die Soldatenmeutereien von 1825 und 1830 erneuern! Selbst die hochconservative Partei war dem Czaren keineswegs unbedingt ergeben; ihr Berliner Wochenblatt führte vielmehr einen lebhaften Federkrieg gegen die Petersburger Hofpublicisten, weil eben damals die ersten Angriffe des Moskowiterthums gegen die Privilegien der baltischen Provinzen begannen, und die preußischen Conservativen dort wie überall für das historische Recht eintraten.

Ganz unversöhnlich standen die handelspolitischen Interessen der beiden Nachbarlande einander gegenüber. Der für Preußen so ungünstige Handelsvertrag von 1825 lief jetzt ab.**) Man verlängerte ihn noch um ein Jahr, bis 1836, um Zeit für neue Unterhandlungen zu gewinnen. Der König aber gestand seinem Schwiegersohne unumwunden, ein neuer Handelsvertrag sei nur möglich auf der Grundlage ehrlicher Gegenseitigkeit; und wie konnte diese Gegenseitigkeit bestehen zwischen zwei Staaten von so verschiedener Gesittung? In Preußen herrschte ein mildes Zollgesetz, das, mit Ausnahme des Salzes und der Spielkarten, keiner einzigen Waare die Einfuhr verbot, in Rußland ein hartes Prohibitivsystem, so lästig für

*) Berger's Berichte, 26. Sept., 25. Oct. 1839.

**) S. o. III. 476.

die Nachbarn, daß die erbitterten Ostpreußen zu sagen pflegten: durch seine Grenzsperre will uns Nikolaus zwingen die Vereinigung mit seinem Reiche zu verlangen. Die preußische Grenze durfte Jedermann an allen beliebigen Stellen überschreiten; die russische war verschlossen, nur an den sehr weit auseinanderliegenden Zollämtern fand man Einlaß in das Czarenreich, und sie behandelten zwar die Personen nicht ganz unmenschlich, doch die Waaren mit ausgesuchter Bosheit; selbst die Durchfuhr nach Odessa, die noch in leidlicher Blüthe und darum den Moskowitern besonders verdächtig war, erschwerten sie aufs Aeußerste. Auf eine Aenderung dieses Systems ließ sich nicht hoffen; denn man wußte in Berlin, daß der Finanzminister Cancrin und einige der mächtigsten Männer des Petersburger Hofes selbst große Fabriken besaßen.*) Darum erklärten sich die preußischen Minister einmüthig gegen den Abschluß eines neuen Handelsvertrags; wider einen solchen Nachbarn müsse man sich wohl oder übel selbst zu schützen suchen.**) Die russischen Unterhändler baten und drängten; aber was hatten sie zu bieten? Sie versprachen zwei neue Zollämter zu errichten — statt der zwanzig oder dreißig, deren der Verkehr noch bedurfte —; sie erboten sich die Zölle auf Eisen, Leinwand und andere preußische Ausfuhrwaaren, die nahezu 250% des Werthes betrugen, um etwa ein Fünftel herabzusetzen; dafür verlangten sie, daß Preußen seine mäßigen Durchfuhrzölle noch erniedrigen und die Durchfuhr polnischer Wolle selbst dann gestatten solle, wenn in Polen die Viehseuche herrsche.

Solche Zumuthungen waren für einen gesitteten Staat kaum ernsthaft zu nehmen. Preußen lehnte Alles rundweg ab, und fortan ward niemals wieder ein Handelsvertrag mit Rußland abgeschlossen. Der preußische Schleichhandel blühte wie nie zuvor — denn was konnte man aus Rußland nach Preußen hinüberschmuggeln? Es war umsonst, daß der Czar den Grenzbezirk von 7 auf 30 Werst verbreiterte und den Grenzwächtern für jeden eingebrachten bewaffneten Pascher 150 Rubel versprach. Allen Grenzbewohnern erschien der Schmuggel als ein gutes Recht, da Rußland sogar den altgewohnten Durchfuhrhandel nach China verboten hatte. Endlich, im Jahre 1838, erklärte sich Preußen bereit, einen Commissär zur Ueberwachung des Schleichhandels nach Memel zu senden. Sobald aber Nikolaus sich freundnachbarlich erbot, auch einen russischen Commissär nach Memel zu schicken, da erwiderte Werther sofort: nunmehr werde Preußen gar nichts thun; der Schmuggel sei die natürliche Folge des unvernünftigen russischen Zollsystems und werde überdies durch unredliche russische Beamte selbst insgeheim befördert. Nikolaus war empört über diese „ungehörige“ Bemerkung, weil er ihre Wahrheit fühlte; jedoch

*) Frankenberg's Bericht, 12. Febr. 1836.

**) Promemoria, den Handelsvertrag mit Rußland betr., 1836. (Vermuthlich von Beuth.)

er gab nach und erbot sich, einen preußischen Commissär in einen russischen Grenzplatz einzulassen. Auch dies wurde rundweg abgelehnt. Fürst Galitzin und Graf Benckendorff, die der Czar nach Berlin schickte, mußten unverrichteter Sache heimkehren. Auf Nikolaus' dringende Bitten sendete der König einen seiner Flügeladjutanten, um gemeinsam mit einem Adjutanten des Czaren die Grenze zu bereisen. Da ergab sich denn, daß die preußischen Beamten überall ihre Amtspflicht erfüllt hatten; der russische Flügeladjutant hingegen benutzte diese Dienstreise um selber für einige tausend Thaler französische und englische Waaren in sein Vaterland hinüberzupaschen.

Nach dieser Probe moskowitischer Zuverlässigkeit wagte der Gesandte Ribeaupierre noch zu verlangen, daß jeder preußische Kaufmann, der im Grenzbezirke an russische Unterthanen zollpflichtige Waaren verkaufe, als Schmuggler bestraft würde. Der Finanzminister aber erwiderte, dann würde Preußen ein Vasallenstaat Rußlands, und gab nur die trockene Versicherung, man werde jeden auf handhafter That ergriffenen Schmuggler ohne Unterschied bestrafen.*) Das sagte gar nichts; denn da Preußen keine Ausfuhrzölle erhob, so ließ man auch den Ausfuhrverkehr nicht überwachen. Also wurde, zu Nikolaus' Entrüstung, jeder russische Antrag von der Hand gewiesen. Die preußische Regierung wollte ihren Unterthanen die Nothwehr gegen den barbarischen Nachbarstaat nicht untersagen, obgleich sie sehr wohl wußte, daß dieser Schleichhandel auch die ostpreußische Grenzbevölkerung entsittlichte. Als Nesselrode dem Berliner Hofe vorhielt, Preußen sorge doch für die Verhinderung des Schmuggels in den Staaten des Zollvereins, da erfolgte die ironische Antwort: mit Rußland habe der König keinen Zollverein geschlossen, auch fühle er sich durchaus nicht verpflichtet, für die Durchführung eines ausländischen Zollgesetzes zu sorgen.

Nun versuchte Nikolaus (1840) durch eine Eisenbahn von der Memel nach Liebau das preußische Gebiet zu umgehen; sein Schwiegervater aber befahl alsbald, diese Eisenbahnpapiere dürften an der Berliner Börse nicht gehandelt werden, und dadurch empfing das Unternehmen den Todesstoß. Oberpräsident Schön meinte verächtlich: warum wolle man sich so sehr ereifern? diese Moskowiter brächten ja doch nichts zu Stande; seit den Zeiten Katharina's planten sie schon einen Kanal von der Memel nach Liebau; die Chaussee von Tauroggen nach Mitau hätten sie in elf Jahren noch nicht vollendet, obgleich die preußische Strecke bis zur Grenze längst gebaut sei und Nikolaus persönlich die Sache betreibe.**) Der gewiegte Kenner der russischen Verwaltung sollte Recht behalten; die anarchischen Zustände an der Grenze blieben durch viele Jahre unverändert. Die Russen benutzten den Vortheil, welchen die Barbarei vor der Civilisation

*) Stockhausen's Bericht, 10. Aug. 1838.
**) Schön an Lottum, 27. März 1840.

immer voraus hat; sie erlaubten sich zuweilen nach altem Litthauer Reiterbrauche eine freche Grenzverletzung, weil sie, namentlich in Schlesien, fast immer auf die Langmuth des preußischen Beamtenthums zählen konnten. Doch im Wesentlichen hielt der König das Ansehen seines Staates aufrecht; er vermied grundsätzlich Alles, was die vertragsbrüchige Nachbarmacht in ihrer Handelspolitik fördern konnte, und die öffentliche Meinung stand auf seiner Seite. —

Auch an den kleinen deutschen Höfen errang Rußland, so lange der alte König lebte, nirgends die Herrschaft. Sie wünschten wohl alle dem Selbstherrscher zu gefallen; aber der Zollverein, dessen Segnungen sich gerade in diesen ersten Jahren mit Händen greifen ließen, band sie an Preußen, und die hochmüthige Gönnermiene des Czaren beleidigte ihren Stolz.*) Als Großfürst Michael Deutschland bereiste, entwarf er seinem kaiserlichen Bruder eine trostlose Schilderung von dem Zustande der kleinen deutschen Armeen. Das Frankfurter Kriegsheer nannte er begreiflicherweise un peu mince; in Nassau mußte er erleben, daß der Herzog die gesammten Beurlaubten seines Heeres plötzlich einberief um nur eine leidliche Parade veranstalten zu können; die Württemberger fand er schmutzig, die bairischen Truppen mit ihren uralten Stabsoffizieren und unvollständigen Bataillonen ganz erbärmlich. In Folge dieses Berichtes bat Nikolaus die deutschen Großmächte, sie möchten ihre kleinen Bundesgenossen zur Erfüllung ihrer militärischen Verpflichtungen ernstlich anhalten; die Sache gehe ihn selber sehr nahe an, denn seine Russen — dieser Lieblingssatz durfte natürlich nicht fehlen — würden im Kriegsfalle die Reserve des deutschen Heeres bilden.**) Solche Mahnungen machten nur böses Blut, zumal bei dem empfindlichen Könige von Baiern; sie fruchteten gar nichts, denn die kleinen Höfe konnten, wenn sie ihre Truppen vernachlässigten, auf den Beifall ihrer haushälterischen Landtage zählen.

Wie wenig Liebe der Czar erworben hatte, das zeigte sich deutlich, sobald seine Kinder in das heirathsfähige Alter eintraten. Als die kaiserliche Familie im Jahre 1838 über Berlin nach dem Wildbade Kreuth reiste, da wußte an den Höfen Jedermann, daß jetzt folgenreiche Ehebündnisse bevorständen; die Diplomatie sprach laut und unehrerbietig von dem großen russischen Heirathscongresse. In Kreuth nahmen die Festlichkeiten kein Ende. Drei Kaiserinnen waren dort versammelt, außer der russischen die beiden kaiserlichen Wittwen von Oesterreich und von Brasilien; und dazu im nahen Tegernsee die Königin Mutter Karoline mit den bairischen Herrschaften. Der russische Hof entfaltete eine Pracht, die von den patriarchalischen Zuständen des stillen Hochalpenthals widerwärtig abstach. Er

---

*) Blittersdorff's Bericht, 14. Oct. 1838.

**) Blittersdorff's Bericht, 26. October 1835. Ministerialschreiben an Maltzan, 29. Juni 1837.

spendete die Imperialen mit vollen Händen, sagte den Baiern überschwängliche Schmeicheleien, ließ in den Münchener Kunstwerkstätten großartige Einkäufe veranstalten, und fast schien es, als wolle er die anderen Fürstlichkeiten absichtlich verdunkeln. Sehr vernehmlich und ohne Zartgefühl gab Nikolaus zu erkennen, daß er die Hand des bairischen Kronprinzen für eine seiner Töchter wünsche. Kronprinz Max war eine zarte, sinnige Gelehrtennatur, er lebte ganz der Wissenschaft und zeigte, wie die meisten Wittelsbacher, wenig Sinn für das Kriegswesen; die Paradelust des Czaren wurde ihm ungemüthlich, und nach langen Verhandlungen gestand er mit deutschem Gradsinn: einen solchen Schwiegervater könne er sich nicht wünschen.*)

Das einzige Ergebniß der verunglückten Reise war eine überaus bescheidene Heirath, die in den Kreisen der strengen Legitimisten gerechtes Befremden erregte. Eine Schwester der verschmähten Großfürstin verlobte sich mit dem Herzog von Leuchtenberg, einem Napoleoniden von zweifelhafter Ebenbürtigkeit. So traten die Beauharnais in das russische Kaiserhaus ein, und fortan galt am Petersburger Hofe der sonderbare Glaubenssatz, daß die Napoleons an dem legitimen Rechte weniger gefrevelt hätten als die Orleans; darum wurde auch der bisher so geringschätzig behandelte König von Schweden Bernadotte jetzt von Nikolaus geflissentlich ausgezeichnet und sogar mit einem Besuche beehrt. Das zugleich anmaßende und zudringliche Wesen der Moskowiter hatte in Süddeutschland allgemein mißfallen; man athmete auf als die Gäste abzogen. Der preußische Gesandte Graf Dönhoff sprach sich darüber freimüthig aus, und der König belobte ihn ausdrücklich wegen seiner verständigen Berichte.**) Dem alten Herrn war bei dieser prunkenden Freier-Reise überhaupt nicht wohl zu Muthe. Er fand das Benehmen seines Schwiegersohnes taktlos und verbot seinem Thronfolger ausdrücklich nach Kreuth zu reisen. Er mißbilligte, daß Nikolaus sich so aufdringlich um die Freundschaft des Münchener Hofes bewarb, eben jetzt, da Preußen wegen der kirchlichen Wirren mit König Ludwig verfeindet war; und als nun gar seine Enkeltochter mit einem Beauharnais verlobt wurde, da fühlte er sich tief gekränkt, denn nirgends hatte der Name der Napoleoniden einen schlimmeren Klang als in Berlin. Dieser Hochzeit durfte keiner seiner Prinzen beiwohnen; er selbst ließ sich, zum Kummer des Czaren, nur durch seinen Flügeladjutanten Major Brauchitsch vertreten.***) —

Alles in Allem war die Freundschaft der drei Ostmächte bei Weitem nicht mehr so innig wie zu Anfang der zwanziger Jahre. Gleichwohl entstand gerade in diesem Jahrzehnt die Legende von der Herrschaft Rußlands im Ostbunde; denn überall verlangt der politische Haß nach einem

*) Dönhoff's Berichte, 12. 16. 19. Aug., 17. Sept., 13. 20. Oct. Frankenberg's Bericht, 28. Aug. 1838.

**) Dönhoff's Berichte, 14. 27. Nov. 1838.

***) Stockhausen's Bericht, 12. Aug. 1839.

Manne, an den er sich anklammern kann. Da Nikolaus die beiden anderen Monarchen durch Hochmuth und Willenskraft überragte, so dichteten ihm die erbitterten Liberalen jetzt schon eine Macht an, die er in Wahrheit erst in den vierziger Jahren, durch die Willensschwäche Friedrich Wilhelm's IV., und auch dann niemals vollständig erlangt hat. Die ersten Urheber dieser, wie so vieler anderen politischen Mythen der Zeit waren die polnischen Flüchtlinge. Bezaubert von der sarmatischen Beredsamkeit vermochten die deutschen Liberalen gar nicht mehr zu begreifen, daß die gemeinsame polnische Politik der Ostmächte sich aus den früheren Ereignissen mit unerbittlicher Nothwendigkeit ergab; überall witterten sie russische Ränke und russisches Gold. Mit Jubel begrüßte man Platen's Gedicht auf „den reisenden Rubel":

Seit außer Curs die Tugend ist,
Cursirt der Rubel sehr!

Als der Dichter diese Zeilen schrieb, 1833, besaß Rußland gar keine Macht über Deutschland; eben damals, nach der Münchengrätzer Zusammenkunft, machte Preußen die politischen Pläne des Petersburger Cabinets zu Schanden. Und wenn er dann zornig ausrief:

Erst gab's nur einen Kotzebue,
Jetzt giebt's ein ganzes Schock —

so ließ sich wohl fragen, wer denn diese neuen Kotzebues sein sollten? Doch sicherlich nicht der ehrliche Stägemann oder die anderen preußischen Beamten, die in der Staatszeitung dem verblendeten Liberalismus Vernunft zu predigen suchten? Aber solche Fragen warf man gar nicht auf; man schwärmte für den Kampf deutscher Freiheit gegen moskowitische Knechtschaft, und dachte sich dabei nicht viel mehr als der Dichter selbst, der Deutschlands „künftigen Helden" mit dem Heilruf begrüßte:

Dir, Siegender, möge dann
Mongolenblut aus jeder Locke
Ueber den faltigen Mantel triefen!

Dieser phantastische Russenhaß konnte nur die Schwärmer bethören, welche auf die Schlagworte des polnisch-französischen Radicalismus schwuren. Weit verderblicher wirkte eine andere politische Legende, die von England ausging; sie trat in staatsmännischem Gewande auf und verführte gerade die gemäßigten, die denkenden Liberalen. Der junge englische Diplomat David Urquhart hatte sich einst für die Hellenen begeistert, dann aber im Verkehre mit vornehmen Türken eine überaus hoffnungsreiche Ansicht von der Lebenskraft des osmanischen Reiches gewonnen; denn die Sünden der Herren sind andere als die Sünden der Knechte, unter den würdevollen, sauberen, ehrlichen Türken befand er sich wohler als unter den gierigen Raubvogelgesichtern der mißhandelten Rajah-Völker. Also kehrte er zurück zu der altenglischen Ansicht, daß die Herrschaft des Halbmonds über

die Christen der Balkanhalbinsel eine europäische Nothwendigkeit sei und Rußlands orientalische Politik mit jedem Mittel bekämpft werden müsse. Mit der Hartnäckigkeit eines religiösen Fanatikers vertiefte er sich in diesen Gedankengang, bis er endlich zu der Ueberzeugung gelangte, daß neben der Zukunft Constantinopels alle anderen Interessen Europas verschwänden. Sein Ziel war die Weltherrschaft des britischen Handels, und mit wohlthuender Ehrlichkeit sprach er aus: „in seiner gegenwärtigen mächtigen Stellung leidet England unter allen Ereignissen, die es nicht nach seinem Willen zu leiten vermag.“ Alle anderen Völker waren also lediglich verpflichtet, die britische Weltmacht zu fördern und mußten es als eine Gnade betrachten, wenn ihnen die Meereskönigin noch irgend eine Kolonie gönnte.

Dergestalt berührten sich Urquhart's Ansichten mit der Meinung Lord Palmerston's, der damals (1836) im Parlamente rühmte, wie großmüthig sich England gegen seine verrathenen alten Bundesgenossen benommen habe, und zufrieden lächelnd sagte: „Wir konnten Holland Alles nehmen und wir haben nur das Cap, Ceylon und Surinam behalten; Java haben wir wieder herausgegeben.“ Aber auf die Dauer vermochte der geistreiche Heißsporn die Politik Palmerston's, die doch immer mit den Thatsachen rechnete, nicht zu ertragen; er wurde bald ein leidenschaftlicher Gegner des Lords, bezichtigte ihn der Feigheit und brandmarkte ihn endlich gar als einen geheimen Bundesgenossen des Czaren. In allen seinen Schriften lagen Geist und Narrheit dicht bei einander. Er erkannte scharfsichtig, daß die Quadrupel-Allianz ein Fehler war und die Freundschaft der Westmächte unvermeidlich schwächen mußte; aber seine fixe Idee ließ ihn niemals zu einem unbefangenen Urtheile gelangen. Ueberall wähnte er Rußlands unterirdische Arbeit zu entdecken; sogar den Zollverein, der dem fanatischen Briten natürlich ein Gräuel war, sollte Czar Nikolaus geschaffen haben, um Deutschland erst zu zerspalten und dann Rußlands Dictatur in Mitteleuropa zu befestigen.

Zur Verbreitung dieser seltsamen Ansichten ließ Urquhart in den Jahren 1833—37 das Portfolio erscheinen, eine Sammlung geheimer diplomatischer Aktenstücke mit entsprechenden Erläuterungen, eine der wirksamsten politischen Schriften des Jahrhunderts. Durch dies Buch wurde in den gebildeten Klassen Mittel- und Westeuropas jene grundfalsche Anschauung der orientalischen Frage begründet, welche fortan zwei Jahrzehnte hindurch, bis zu der großen Enttäuschung des Krimkriegs vorherrschte. Urquhart wollte zunächst den Ostbund sprengen, namentlich Oesterreich, das in England noch von alten Zeiten her als natürlicher Verbündeter betrachtet wurde, mit Preußen und Rußland entzweien. Schlag auf Schlag veröffentlichte das Portfolio die Depeschen und Denkschriften, welche Pozzo di Borgo während des letzten türkischen Krieges nach Petersburg gesendet hatte; die Abschriften waren zur Zeit des Warschauer Aufruhrs in dem Palaste des Großfürsten Constantin aufgefunden und dem gewandten Her-

ausgeber, der überall in Europa gute Verbindungen unterhielt, mitgetheilt worden.*) Diese Enthüllungen erregten an den Höfen ein unbeschreibliches Aufsehen. Mit einem male ward klar, auf wie schwachen Füßen der Bund der Ostmächte stand. Daß Metternich in den Zeiten des Friedens von Adrianopel durchaus feindliche Absichten gegen Rußland gehegt hatte, ließ sich jetzt nicht mehr leugnen. Vergeblich versuchte er sich vor dem Petersburger Hofe zu rechtfertigen. Pozzo, der mittlerweile den Gesandtschaftsposten in London angetreten hatte, wurde von dem Czaren geflissentlich, um die Hofburg zu kränken, ausgezeichnet, und es währte sehr lange, bis die Verstimmung zwischen den beiden Kaiserhöfen sich legte.**)

Noch vollständiger erreichte Urquhart seinen zweiten Zweck, die Bearbeitung der öffentlichen Meinung. Offenbar war das Portfolio zumeist für Deutschland bestimmt; denn hier in dem Lande der schwärmerischen Fremdbrüderlichkeit konnte auch die neue Heilslehre, welche dem britischen Kaufmann die Weltherrschaft sichern sollte, am leichtesten Eingang finden. In der That wurde die Sammlung sofort in Leipzig übersetzt und blieb viele Jahre hindurch allen liberalen Zeitungen ebenso unentbehrlich wie das Staatslexikon. Auf das überspannte Philhellenenthum der zwanziger Jahre folgte eine Zeit der Türkenschwärmerei. Wer jetzt noch auf der Höhe der Zeit stehen wollte, mußte mit staatsmännischem Nasenrümpfen auf das himmelschreiende Elend der christlichen Rajah-Völker herabschauen; viele der liberalen Blätter redeten, als ob die Eunuchen und die Serailknaben des Sultans die Bannerträger der europäischen Gesittung wären. Auch diese Verirrung, die sich als kühle Realpolitik gebärdete und dem hochherzigen deutschen Idealismus häßlicher anstand als vormals die hellenische Begeisterung, entsprang im Grunde wie jene nur den unberechenbaren Stimmungen des Gemüths: man verherrlichte die Osmanen, weil man den russischen Despoten haßte und den Briten eine niemals erwiderte Liebe widmete. Seit man zu merken anfing, daß Frankreich statt der verheißenen Freiheit nur die Klassenherrschaft der Bourgeoisie erlangt hatte, galt England wieder für den constitutionellen Musterstaat und folglich für Deutschlands wärmsten Freund, obgleich die Erfahrung jedes Tages lehrte, wie gehässig die Briten dem besten Werke der deutschen Politik, dem Zollvereine entgegenwirkten. Da auch die zahlreichen Freunde und Agenten des Hauses Coburg in der Stille mithalfen, so fanden die Märchen der britischen Russophoben bei den gebildeten Deutschen leicht Glauben; mancher wackere Patriot beschäftigte sich so liebevoll mit den Schicksalen des Bosporus und der ostindischen Compagnie, daß er des Vaterlandes fast vergaß. Einer unserer gescheidtesten und ehrlichsten Publicisten, C. F. Wurm in Hamburg schrieb für das Portfolio als Germanicus Vindex grimmige

---

*) Frankenberg's Bericht, 12. Febr. 1836.

**) Maltzan's Berichte, 19. 29. Febr., 5. April, 27. Juni 1836.

Artikel wider Preußens Handelspolitik. Die klugen Londoner Kaufleute hörten mit Herzenslust auf die abstrakten Freihandelslehren des gelehrten Schwaben; er aber hatte sich in das hanseatische Weltbürgerthum schon ganz eingelebt, er fühlte kaum, wie schwer er sich an Deutschland versündigte, wenn er in einem englischen Organe die wirthschaftliche Einheit seiner Nation bekämpfte und das Ausland vor Preußens friedlichen Eroberungen warnte.

Von deutschen Dingen verstand Urquhart, wie alle Briten, sehr wenig; sein gutes Glück spielte ihm aber zwei Schriften von Gustav Kombst in die Hände: „Der Deutsche Bundestag gegen Ende des Jahres 1832" und „Authentische Aktenstücke aus den Archiven des Deutschen Bundes". Kombst war Beamter bei der preußischen Bundesgesandtschaft, ein gemeiner, eitler, wüster Mensch; die Lebenserinnerungen, die er nachher als Flüchtling schrieb, gewährten einen lehrreichen Einblick in die sittliche Verwilderung der jungdeutschen Radicalen. Er wurde wegen Ungehorsams seines Amtes entlassen und stahl zum Abschied aus Nagler's Papieren eine Reihe geheimer Aktenstücke, die er sofort in Straßburg mit gesinnungstüchtigen Zusätzen drucken ließ. Die Schriftstücke waren sämmtlich echt, nur die Namen der Verfasser hatte der unwissende Herausgeber oft falsch angegeben. Daher beschlossen die peinlich überraschten Regierungen zu schweigen; die beiden Schriften wurden streng verboten und verschwanden bald ganz vom Büchermarkte.*) Erst Urquhart brachte sie wieder in Umlauf, indem er sie im Portfolio großentheils übersetzen ließ. Der Lärm war gewaltig; denn der Brite hatte nur ausgewählt was die deutschen Großmächte vor den Liberalen verdächtigen mußte. Also ward ihm und dem englischen Volke die Freude, daß die Deutschen sich wieder einmal wegen abgethaner Dinge untereinander verklagten und verleumdeten.

Urquhart's Werk rief eine lange Reihe russischer Gegenschriften hervor: so die Causeries sur le Portfolio, die mit kindlicher Treuherzigkeit die harmlose Friedensliebe des Petersburger Hofes rühmten, und das vielbesprochene anonyme Buch „Die europäische Pentarchie" (1839), von Goldmann, einem jener gewandten polnischen Juden, welche Rußland gern als geheime Agenten gebrauchte. Der Pentarchist versicherte inbrünstig, daß er „in keiner Verbindung zu irgend einer Regierung stehe", und in der That scheint das an plumpen Erfindungen sehr reiche Buch wohl auf Geheiß des russischen Hofes geschrieben, doch nicht vorher in Petersburg geprüft worden zu sein; manche seiner Behauptungen verriethen nur die vorlaute Zudringlichkeit eines betriebsamen Strebers. In einer Denkschrift „über Deutschlands Zustand und Zukunft", die dem Portfolio verrathen und allgemein für ein Werk Nesselrode's gehalten wurde, hatte Goldmann schon vor fünf Jahren den Gedanken ausgeführt, daß Ruß-

*) Berichte von Blittersdorff, 29. Juli, von Maltzan, 7. Aug. 1835.

land der wohlwollende Protector der kleinen deutschen Staaten werden müsse.*) Denselben Gedanken entwickelte auch „die Pentarchie" in vorsichtigen Andeutungen. Schwerlich hat Czar Nikolaus selbst diesen Plänen zugestimmt. Er wünschte wohl, wie alle Fürsten des Auslandes, den Fortbestand der deutschen Kleinstaaterei, damit die Schwäche Mitteleuropas dauere, und jede Unterthänigkeit unserer Kleinfürsten hieß er willkommen; doch er war zu sehr Soldat, um auf diese waffenlosen Höfe viel Werth zu legen. Sein Uebermuth trachtete nach Größerem, er hoffte zur rechten Zeit die deutschen Großmächte selbst in den Kampf gegen die Revolution zu führen.

Indessen die Andeutungen des Pentarchisten und jener angeblichen Nesselrodischen Denkschrift genügten, um wieder eine Welt von russophobischen Fabeln hervorzurufen. Alle politischen Halbwisser schworen darauf, daß die Gesandten des Czaren an jedem deutschen Hofe den Ton angäben; und Wurm sprach nur die vorherrschende Ansicht aus, als er sagte, der russische Einfluß sei in Deutschland überall mit Händen zu greifen. Also stritten sich Rußland und England um die Beherrschung unserer öffentlichen Meinung, und beide Theile fanden ergebene Genossen. Doch nirgends erhob sich eine deutsche Stimme, nirgends ein Mann, der dieser zerrissenen Nation unbarmherzig sagte, daß sie von dem Golde der Briten ebenso wenig zu hoffen hatte, wie von den Lanzen der Kosaken, daß sie diese kindische Fremdbrüderlichkeit, dies würdelose Kannegießern über die Interessen des Auslandes endlich aufgeben und alle ihre Leidenschaft auf die eine hohe Idee richten müsse, die seit der Neujahrsnacht von 1834 kein leerer Traum mehr war: auf die Idee ihrer Einheit. —

Unterdessen begann sich in Preußens inneren Zuständen bereits jene Abspannung zu zeigen, welche am Ende einer langen Regierung fast immer eintritt. Wohl verdiente der festgeordnete alte Beamtenstaat nicht den galligen Tadel der Freunde Varnhagen's, die ihn schon seit zwanzig Jahren beständig auf dem Wege von Jena nach Auerstädt zu sehen glaubten, und noch weniger die rohen Schmähreden der Demagogen. Seit dem Zollvereine nahm der Preußenhaß in den Kreisen des Radicalismus gewaltig überhand. Wer für Deutschlands künftige Einheit schwärmte, hielt sich verpflichtet, die werdende Einheit, den lebendigen deutschen Staat zu beschimpfen; und Niemand unter den Flüchtlingen verstand mit so gesinnungstüchtiger Entrüstung, mit so hagebüchener Grobheit zu poltern, wie der Rheinländer Jakob Venedey, ein ehrlicher teutonischer Träumer von

*) Als Verfasser dieser Denkschrift (Portfolio Nr. II.) bekannte sich der Pentarchist späterhin selbst in seinem Buche: Europas Cabinette und Allianzen, Leipzig 1862.

hohem Selbstgefühl, aber geringer Bildung und noch geringerem Verstande. Er hatte bei den Unruhen des Jahres 1833 mitgeholfen und trieb sich jetzt unter den deutschen Handwerkern in Paris umher. In seinem Buche „Preußen und das Preußenthum" (1839) erklärte er kurzab: „Der Anti-Geist der Freiheit hat Preußen geschaffen. Preußen wird untergehen, sobald das deutsche Volk erwacht. Alle Institutionen Preußens haben nur einen Zweck, den, unter dem Scheine des Volkswohls, der Aufklärung, des Fortschritts und der Freiheit, die Ausbeutung der Mehrzahl des Volks durch eine bevorzugte Minderzahl, Verdummung, Rückschritt, Knechtssinn und Knechtschaft zu begründen." Solchen Feinden gegenüber behielt der geistreiche alte Geheimrath K. Streckfuß freilich Recht, als er in der Schrift „über die Garantien der preußischen Zustände" mit dem ganzen Selbstgefühle des preußischen Beamten ausführte: dieser Staat der Gerechtigkeit, der Bildung, der Ehrlichkeit und der kriegerischen Kraft brauche weder mit Frankreich noch mit England den Vergleich zu scheuen. Er irrte nur, wenn er zuversichtlich hinzufügte: „unsere Zustände sind durch sich selbst und ihren inneren Zusammenhang vollkommen gesichert."

Unverkennbar nahte ein großer Umschwung langsam heran. Mit seiner letzten großen That, mit der Schöpfung des Zollvereins war die Lebenskraft des alten Systems erschöpft. Es hielt sich nur noch, weil überall an zweiter Stelle ausgezeichnete Kräfte thätig waren; aber ihm fehlte die feste Leitung. Der König alterte sichtlich; was er noch an Thatkraft besaß, ging völlig auf in den peinlichen diplomatischen Händeln um die Erhaltung des Weltfriedens. Seit dem Tode von Motz und Maassen saß im Ministerium Niemand mehr, der den Namen eines Staatsmannes verdiente. Die Leitung des Staatsraths erhielt nach dem Tode des Herzogs Karl General Müffling, der sein Amt ganz in dem hochconservativen Sinne seines Vorgängers führte, aber wenig Einfluß gewann, da der Staatsrath seine alte Macht verloren hatte. Der neue Minister des Innern v. Brenn hatte sich als sächsischer Beamter und dann als Regierungspräsident vortrefflich bewährt; eigener Gedanken zeigte er so wenig, daß bald alle Parteien ihn für einen unfähigen Minister erklärten.*) Die Polizei überließ er ganz dem berüchtigten Demagogenverfolger Geh. Rath Tzschoppe, und seitdem begann auch im Beamtenthum selber ein widerwärtiges Spüren, das allen guten altpreußischen Sitten widersprach: mancher Subalterne suchte sich bei dem Minister lieb Kind zu machen, indem er die Gesinnung seiner Vorgesetzten anschwärzte.**) In dem Eckhause der Charlottenstraße, wo Tzschoppe zwei Treppen hoch wohnte, fanden sich alle die schroffen Gegensätze des Berliner Lebens freundnachbarlich beisammen. Im Erdgeschosse arbeitete Gans bei offenem Fenster an seinem Stehpulte,

*) Herzog Karl v. Mecklenburg an Wittgenstein, 8. Juli 1831.

**) Nach Kühne's Aufzeichnungen.

und mancher der vorüberwandelnden Bürger warf dem stadtbekannten Freiheitshelden bewundernde Blicke zu. Mitten zwischen den Beiden, im ersten Stockwerk, hauste der alte Stägemann, der selber von den Polenfreunden arg verleumdet, im königlichen Cabinette immer bemüht war, jede Verfolgung von den Liberalen abzuwenden; wer noch auf die humane alte Berliner Bildung hielt, freute sich an dem edlen Greise, und zum Jubelfeste brachte Chamisso „dem Kanzler und dem Sänger gleich im Einen" seine Huldigung dar. Nach kaum vier Jahren mußte Brenn zurücktreten. Sein Nachfolger wurde G. A. R. v. Rochow, ein conservativer Aristokrat, der einst die altständischen Anschauungen lebhaft vertheidigt,*) nachher in der Selbstverwaltung der Provinzialstände und als Staatsbeamter ein ungewöhnliches Verwaltungstalent bethätigt und manches Vorurtheil abgestreift hatte; er zeigte sich als tüchtiger Fachminister, erwarb sich namentlich um das Gefängnißwesen große Verdienste und genoß in den ersten Jahren allgemeiner Anerkennung, jedoch über die bequemen alten Herren Lottum, Wittgenstein, Altenstein vermochte der kräftige, jüngere Amtsgenosse nichts.

Auch an dem neuen Finanzminister fand er keine feste Stütze. Als Maassen starb, wurde im Publikum der unermüdliche Unterhändler der Zollvereinsverträge, Kühne allgemein als der gegebene Nachfolger betrachtet. Er stand aber am Hofe des Kronprinzen im Rufe eines Jacobiners, weil er gegenüber den Ansprüchen der Mediatisirten sehr scharf für das Recht der Staatseinheit eingetreten war, und hatte auch sonst, Dank seiner scharfen Zunge, zahlreiche Feinde. Nach langen Erwägungen fiel die Wahl des Königs auf den Grafen Alvensleben, denselben, der soeben auf den Wiener Conferenzen den Minister des Auswärtigen vertreten hatte. Für sein neues Amt war Alvensleben keineswegs geeignet. Er hatte bisher dem Finanzwesen fern gestanden und besaß weder das Talent noch den Fleiß um sich in ein neues Fach einzuarbeiten. Wie die meisten Edelleute der Altmark, hegte er ein stilles Mißtrauen gegen die liberalen Beamten, die mit ihrer Zollvereinspolitik das gewohnte Getriebe altpreußischer Sparsamkeit so bedenklich störten. Daher sah sich Kühne aus der Vertrauensstellung, die er unter Motz und Maassen behauptet hatte, bald hinausgedrängt. Subalterne Naturen, wie der General-Steuerdirektor Kuhlmeyer und der Geh. Rath Offelsmeier waren dem neuen Minister bequemer; sie bestärkten ihn auch in seiner Scheu vor der Oeffentlichkeit. Wie oft war Motz, schon als Oberpräsident, gegen den Unfug der summarischen, nur auf Grund zweifelhafter Vermuthungen zusammengestellten Budgets aufgetreten.**) Noch kurz vor seinem Tode hatte er durch ein freimüthiges Rundschreiben die anderen Minister aufgefordert, ihm jetzt

*) S. o. III. 227.

**) Motz an Lottum, 21. Dec. 1824.

endlich ganz genaue Etats vorzulegen, damit die Preußen „auch ohne constitutionelle Formen“ die wirkliche Lage ihres Staatshaushalts kennen lernten. Damals war die Reform an der Aengstlichkeit des Grafen Lottum gescheitert, und seit Alvensleben am Ruder stand, wagte das Finanzministerium, zu Kühne's Verzweiflung, selbst nicht mehr auf seine wohlberechtigte Forderung zurückzukommen.

Und doch bestand durchaus kein Grund mit der Wahrheit hinter dem Berge zu halten. In den Jahren von 1830 bis einschließlich 1840 betrugen die außerordentlichen Ausgaben — außer den 39,28 Mill., welche die Mobilmachung der Revolutionsjahre verschlungen hatte — 27,8 Mill. Thaler, wovon beinahe 15 Mill. für die Chausseebauten daraufgingen. Dies ergab, da Rußland die Verpflegung der übergetretenen Polen mit 3,9 Mill. vergütete, insgesammt für elf Jahre einen außerordentlichen Aufwand von 63,222,527 Thaler. Die Summe war keineswegs bedenklich; denn unvermeidlich mußten sich die Bedürfnisse des Staatshaushalts allmählich vermehren, weil der Verkehr wuchs und die Bevölkerung bis zum Jahre 1840 auf nahezu 15 Mill. Köpfe stieg. Der Ertrag der neuen Abgaben überschritt die Voranschläge des Budgets bei Weitem, und die General-Staatskasse deckte den größten Theil der außerordentlichen Ausgaben (fast 41 Mill.) aus ihren baaren Beständen: über 25 Mill. durch die Steuer-Ueberschüsse, über 15 Mill. durch den Verkauf von Domänen und Grundzinsen. Außerdem wurden in diesen elf Jahren mehr als 31 Mill. von der Staatsschuld getilgt.*) Die Schuld verminderte sich in den Jahren 1820—33 von 217 auf 175 Mill., wovon 163½ Mill. verzinslich; die verzinsliche Staatsschuld sank dann bis zum Jahre 1843 weiter bis auf 138½ Mill., die Verzinsung von 9,3 auf 7,74 Mill. jährlich.**) Gleichwohl konnte sich Alvensleben in seiner bureaukratischen Aengstlichkeit nicht entschließen, diese durchaus günstigen Ergebnisse vollständig bekannt zu machen. Der veröffentlichte Etat für 1838 schloß in Einnahme und Ausgabe mit 52,681 Mill. netto ab; mit Zurechnung der Erhebungs- und Betriebskosten stellte sich also der Bruttobetrag der Ausgaben etwa auf 84 Mill. Niemand hielt diese Zahlen für ganz richtig; denn wer sollte glauben, daß sich die Ausgaben seit 1820 wirklich nur um 1,8 Mill. vermehrt hätten?

Selbst die Einheit der Finanzverwaltung, welche einst Motz nach so schweren Kämpfen durchgesetzt hatte, ging unter Alvensleben wieder verloren. Den strengen Hallerianern in der Umgebung des Kronprinzen war die Veräußerung entbehrlicher Domänen schon längst ein Dorn im Auge, obgleich Motz und Maassen dabei sehr behutsam verfuhren und der Ge-

---

*) Uebersicht über die außerordentlichen Ausgaben d. J. 1830—40, von Rother, Alvensleben, Voß, 11. Febr. 1841.

**) Rother, Denkschrift über die Verzinsung der Staatsschuld, 16. Februar 1841. Uebersicht über die Staatsschuld 1833—40, für die Landtagsmitglieder.

sammtertrag des Kammerguts nicht geschmälert wurde. Sie beschuldigten das Finanzministerium, durch diese Domänenverkäufe werde die Selbständigkeit der Krone untergraben; auch Schön, der sich selber für den allein berufenen Finanzminister hielt, und der alte, in die Oberrechnungskammer verbannte Ladenberg stachelten den Kronprinzen auf.*) Zur unglücklichen Stunde veröffentlichte nun der Direktor der Domänenverwaltung Geh. Rath Keßler in Ranke's Zeitschrift einen Aufsatz, der ziemlich unverblümt aussprach, daß der Staat mit Ausnahme der Forsten keines Grundbesitzes bedürfe. Keßler zählte, wie die liberalen Geheimen Räthe fast allesammt, zu den unbedingten Verehrern Adam Smith's, die beiden Minister verstanden jedoch als gewiegte Praktiker seinen doktrinären Eifer zu zügeln. Sein Aufsatz erregte am Hofe des Kronprinzen allgemeine Entrüstung. Als Alvensleben den Ministerposten erhielt, mußte er sich's gefallen lassen, daß die Verwaltung der Domänen und Forsten unter Ladenberg's Leitung dem Hausministerium zugetheilt wurde. Keßler ging als Regierungspräsident nach Arnsberg. Ladenberg aber setzte seinen Stolz darein das Kammergut ganz ungeschmälert zu erhalten; er gab eine Veräußerung nur noch ausnahmsweise zu, wenn etwa in Neuvorpommern oder Posen kleine Bauern angesiedelt werden sollten. Also verlor der Finanzminister die freie Verfügung über eine wichtige Einnahmequelle; das Handels- und Gewerbswesen wurde ebenfalls einer selbständigen Verwaltung, unter Rother's Leitung, zugewiesen, und der alte widerwärtige Streit der Departements entbrannte von Neuem. —

Ein eigener Unstern waltete auch über dem Kriegsministerium. Während der Revolutionsjahre trug die falsche Sparsamkeit des Ministers v. Hake schlimme Früchte: die Mobilmachung ward nur darum so kostspielig, weil man jetzt in Eile Vorräthe anschaffen mußte, die schon im Frieden hätten vorhanden sein sollen. Unter den Generalen war nur eine Stimme der Zufriedenheit, als Hake (1833) endlich den Abschied nahm und Witzleben sein Nachfolger wurde. Alle meinten, daß der König die beste Wahl getroffen habe; auch auf die Haltung des Gesammtministeriums konnte Witzleben's furchtloser Freisinn nur günstig einwirken. Die übermäßige Arbeit im Cabinet hatte aber die Kräfte des erst fünfzigjährigen Generals bereits erschöpft, als er die ihm gebührende Stellung erlangte. Er fühlte sich schon krank, da er sein Amt antrat, und bis zu seinem Tode (1837) ward er nie wieder ganz gesund. So sind die großen Hoffnungen, welche die Armee mit gutem Grunde auf den hochverdienten Mann setzte, doch nicht in Erfüllung gegangen, und sein Nachfolger, der gelehrte Ingenieur-General v. Rauch war schon zu alt, um die Kriegsverwaltung mit frischem Geiste zu beseelen.

Die schwere Frage, wie die allgemeine Wehrpflicht vollständig verwirk-

*) Nach Kühne's Aufzeichnungen.

licht werden sollte, war noch immer nicht gelöst. Da die Armeecorps alle gleich stark waren, so konnte es nicht ausbleiben, daß die einzelnen Provinzen, je nach der Vermehrung und der körperlichen Tüchtigkeit ihrer Bevölkerung verschieden belastet wurden, und wiederholt beschwerten sich die Civilbehörden über diese Ungleichheit. Auf solche Klagen legte der König mit Recht wenig Werth; er meinte, der Uebelstand werde „vollkommen ausgeglichen“ durch die große Erleichterung, die darin liege, daß die Mehrzahl der Mannschaften in ihrer Heimath diene.*) Weit bedenklicher erschien ihm, wie allen seinen Generalen, die übergroße Zahl der Dienstpflichtigen, welche, gegen den Sinn und Wortlaut des Gesetzes, thatsächlich zurückgestellt werden mußten. Bisher hatte man sich damit beholfen, die Ueberschüssigen nothdürftig eine kurze Zeit lang bei der Landwehr auszubilden. Diese „Landwehr-Rekruten“ bewährten sich leider sehr schlecht, als sie während der polnischen Wirren an die Grenzen berufen wurden, und alle Sachverständigen stimmten dahin überein, daß die Wehrpflichtigen fortan allesammt durch die Schule des Heeres gehen müßten. Aber an eine Erhöhung des regelmäßigen Militärbudgets ließ sich jetzt gar nicht denken, nachdem die Rüstungen der Revolutionsjahre so große Summen verschlungen hatten; also blieb nur noch ein überaus gefährliches Auskunftsmittel übrig, die Herabsetzung der Dienstzeit. Unter den Laien herrschte noch immer die Meinung, daß die Handgriffe des Exercierplatzes sich spielend erlernen ließen; selbst die harmlosen Reaube'schen Jahrbücher fragten: warum wolle man nicht jedem Wehrpflichtigen gestatten, sich selber auf die militärischen Uebungen vorzubereiten, und ihn dann befreien falls er gut bestünde? Auch in militärischen Kreisen wurden seltsame Vorschläge laut: man rieth, einen Theil der Mannschaften zwei Jahre, einen anderen sechs Monate dienen zu lassen, so daß die durchschnittliche Dienstpflicht etwa 16 Monate betrüge.

In solcher Lage hielten die tüchtigsten Generale, Prinz Wilhelm, Witzleben, Natzmer, Müffling trotz schwerer Bedenken für rathsam, den Versuch der zweijährigen Dienstzeit zu empfehlen; selbst General Boyen, der jetzt endlich die Gunst des Königs wieder erlangt hatte und zu den Verhandlungen zugezogen wurde, stimmte dem Vorschlage bei. Am 15. October 1833 bestimmte der Kriegsminister durch eine vorläufige Verfügung, daß die Dienstzeit bei der Linien-Infanterie fortan zwei Jahre währen solle, bei der Fuß-Artillerie 2½, bei der Garde und allen reitenden Truppen, wie bisher, drei Jahre. Die Landwehrrekruten fielen hinweg, dafür traten bei der Linie mehr Wehrpflichtige ein. Das Bataillon der Linien-Infanterie zählte nunmehr im Frieden 522 Mann: 200 aus dem ersten, 200 aus dem zweiten Jahrgang, dazu 122 Unteroffiziere und Capitulanten. So ward es möglich, trotz der vermehrten Rekruten-Einstellung den Aufwand für das

*) Cabinetsordres an Brenn, 11. Sept. 1832, 4. Sept. 1833.

Heer fast unverändert zu erhalten: er betrug im Jahre 1838 nahezu 23½ Mill. Thaler, wenig mehr als im Jahre 1820. Aber dieser finanzielle Gewinn wurde durch schwere militärische Nachtheile erkauft. Die Ueberzahl der Rekruten nahm die Kräfte der Offiziere und Unteroffiziere unmäßig in Anspruch. Während bisher, unter der Regel der dreijährigen Dienstzeit, der tüchtige Infanterist hoffen konnte, zum Lohne für seine gute Führung schon bald nach Ablauf seines zweiten Dienstjahres beurlaubt zu werden, fiel dieser Stachel des Ehrgeizes, der in Volksheeren besonders wirksam ist, jetzt hinweg, da Jeder ohne Ausnahme seine zwei Jahre abdienen mußte. Sehr bald bemerkten die Generale, daß die dreijährige Lehrlingszeit, die in den meisten deutschen Handwerken bestand, auch im Kriegerhandwerke der Regel nach nicht entbehrt werden konnte. Namentlich die Felddienstübungen erschienen ihnen oft sehr mangelhaft. Während der einen Hälfte des Jahres, so lange die Rekruten noch nicht für den Felddienst reif waren, konnte das Bataillon jetzt nur mit 250 Mann, einem Viertel seiner Kriegsstärke ausrücken. Ein so schwaches Häuflein war aber nur eine Compagnie, nicht ein Bataillon, und die immer nahe liegende Gefahr, daß Friedensübungen ein falsches Bild vom wirklichen Kriege geben, ließ sich unter solchen Umständen kaum vermeiden. Die günstigen Erwartungen, welche der Chef des Generalstabs, General Krauseneck bei der Einführung der zweijährigen Dienstzeit gehegt hatte, erfüllten sich nicht.

Wohl wurde die Ausbildung des einzelnen Mannes eifrig gefördert und namentlich das Scheibenschießen mit einer Sorgfalt gepflegt, welche die Bewunderung der französischen Offiziere erregte. Jeden Fortschritt der Technik suchte das Kriegsministerium gewissenhaft zu benutzen. Das preußische Heer war das erste in Europa, das durchweg mit den neuen Percussionsgewehren bewaffnet wurde, und bereits begann man Versuche mit dem Zündnadelgewehre, der Erfindung des Fabrikanten Dreyse in Sömmerda. In den Cadettenhäusern hatte ihr langjähriger Leiter, der Freund des Prinzen Wilhelm, General Brause, ein kräftiges Leben erweckt; sie lieferten der Linie fast immer guten Ersatz. Um so schlimmer stand es bei der Landwehr; unter ihren 3000 Offizieren vermochte wohl nur noch die Hälfte strengen militärischen Anforderungen zu genügen, da die Kriegserfahrenen nach und nach ausschieden, die Landwehrübungen um der Ersparniß willen sehr verkürzt wurden; und doch konnte eine Truppe, die im Frieden nur aus Cadres bestand, ausgezeichneter Offiziere am wenigsten entbehren.

Früherhin hatte der König selbst durch sein scharfes Eingreifen bei den Manövern manchen Mißstand beseitigt; jetzt im Alter wurde er nachsichtiger und zeigte sich mit Allem zufrieden — nicht zur Freude seines Sohnes Wilhelm, der seit dem Tode des Herzogs Karl das Gardecorps mit unnachsichtlicher Strenge befehligte. Erstorben war der Geist der Befreiungskriege nicht. Das erkannte Jedermann, als die alten freiwilligen Jäger am fünfundzwanzigsten Jahrestage des Aufrufs vom 3. Febr.

ihre Erinnerungsfeste hielten. Im Gürzenich zu Köln waren ihrer dreihundert versammelt, General Pfuel commandirte den Aufmarsch, Immermann feierte in einem schwungvollen Festgedichte die silberne Hochzeit des Volkes in Waffen: „Borussia blieb frisch und schön, und unser Muth blieb auch bestehn." Als darauf der alte Arndt, feierlich eingeladen, im Saale erschien, da drängten sich die Generale und die hohen Beamten mit warmen Grüßen zu dem bescholtenen Demagogen. Gleichwohl blieb auch dies volksthümlichste aller Heere von der Schlaffheit der langen Friedenszeit nicht unberührt. Geborene Helden wie Hauptmann Moltke und Leutnant Göben vermochten das mechanische Einerlei des Garnisondienstes auf die Dauer nicht zu ertragen und suchten sich im Auslande ein Ziel für ihren Thatendrang. Gemeine Naturen verführte die ewige Langeweile zu Verirrungen, selbst zu Verbrechen. Im Jahre 1837 wurde der Fähnrich v. Arnstedt vom Leib-Regimente, der seinen Vorgesetzten ermordet hatte, zu Frankfurt a. O. mit dem Beile hingerichtet, und die strenge, durchaus gerechte Strafe erregte in der vornehmen Frauenwelt viel schwächliches Mitleid. Ernste Männer aber fühlten, daß sich in solchen Freveln nur das allgemeine Leiden der müden Zeit verrieth: die unbändige Jugend wußte in dem eintönigen Leben gar nichts mehr mit sich anzufangen.

Den denkenden, älteren Offizieren hingegen brachten diese stillen Jahre ein unschätzbares Geschenk, das nachgelassene Buch des Generals Clausewitz „Vom Kriege". Es war das theoretische Vermächtniß der Befreiungskriege, das Meisterwerk der Militärwissenschaft des Jahrhunderts. Jene politische Auffassung des Krieges, welche Napoleon, Scharnhorst, Gneisenau einst durch Thaten bewährt hatten, wurde hier mit durchsichtiger Klarheit wissenschaftlich begründet: der Krieg ist die gewaltsame Form der Politik, das Mittel um dem Feinde unseren politischen Willen aufzuzwingen, sein nächster Zweck also die Vernichtung der feindlichen Streitmacht. Aus diesem Vordersatze ergab sich dann Schlag auf Schlag die Unhaltbarkeit jener alten, bisher noch immer nicht ganz beseitigten Doctrinen, welche in kunstvollen Manövern, in der Besetzung von Wasserscheiden und Gebirgskämmen, in der Benutzung der inneren Operationslinien die Aufgabe des Feldherrn suchten. Dann und wann schien Clausewitz selbst noch in diese Anschauungen einer überwundenen Vergangenheit zurückzufallen und die Vertheidigung als die sicherere Form des Kampfes zu überschätzen; schließlich kam er doch immer wieder auf den Satz zurück, daß der positive Zweck des Krieges sich nur durch den Angriff erreichen lasse. Einen von vornherein gefaßten, streng festgehaltenen Kriegsplan erklärte er für unmöglich, weil dem Feldherrn stets der lebendige Wille des Feindes gegenüberstehe; jeder Corpsführer müsse vielmehr entschlossen sein, auf eigene Gefahr den Feind aufzusuchen, dem Donner der Kanonen entgegenzuziehen. Das schöne Capitel über den Kriegsplan und „die absolute Gestalt des Krie-

ges" klang fast wie eine Weissagung der Kämpfe von 1870: der wahrhaft „kriegerische Krieg", so führte er hier aus, muß auf die Zertrümmerung der feindlichen Streitkraft ausgehen, zu einem solchen Erfolge gehört ein umfassender Angriff oder eine Schlacht mit verwandter Front. Nach den bisherigen Erfahrungen glaubte Clausewitz noch, in den meisten Fällen würde sich der Krieg nur beschränktere Zwecke setzen; unmöglich konnte er vorhersehen, daß dereinst überall nach Preußens Vorbilde große Nationalheere entstehen, und dadurch das Ideal des absoluten Kriegs zur Regel werden sollte.

Seine Ideen entsprachen dem natürlichen Heldensinne der Deutschen und der Verfassung des preußischen Heeres, die in Allem auf rasche, durchschlagende Entscheidungen berechnet war; einfach und groß, wie die Kriegskunst selbst, drückten sie nur mit wissenschaftlicher Schärfe aus, was die tüchtigeren deutschen Offiziere längst ahnten. Darum nahm man das Buch überall mit Bewunderung auf; mannichfache populäre Bearbeitungen — so die Militärischen Briefe eines Verstorbenen von dem sächsischen Militärschriftsteller Pönitz — machten es auch den mindergebildeten Offizieren zugänglich; die gesammte deutsche Kriegswissenschaft nährte sich daran, viele seiner Sätze galten bald als Gemeinplätze. Also wurden die Gedanken der napoleonischen Kriegführung im preußischen Generalstabe unablässig weitergebildet, während sie bei den Franzosen selbst fast in Vergessenheit geriethen. Das französische Heer war jetzt in gutem Stande, dem auswärtigen Feinde gegenüber unbedingt zuverlässig, trotz der Parteikämpfe, welche das Offiziercorps zerspalteten; aber die Ausbildung der Mannschaften erfolgte bei Weitem nicht so gewissenhaft wie in Preußen, die zahlreichen altgedienten Unteroffiziere schadeten durch Trunksucht und schlechte Kasernensitten fast mehr als sie durch ihre technische Fertigkeit nützten, und durchaus verderblich wurden dem Geiste des Heeres die in Algier erfochtenen Siege. Die „afrikanischen" Generale erlangten ein unverdientes Ansehen, obgleich ihre rohe Kriegführung gegen einen gesitteten Feind offenbar nicht genügen konnte; die ohnehin wenig zuverlässige Armeeverwaltung gewöhnte sich in Algier an Diebstahl und Unredlichkeit; die Truppen verwilderten in dem Kampfe wider ein barbarisches Volk und wütheten, als sie nachher die Arbeiteraufstände in Lyon und Paris unterdrückten, mit teuflischer Grausamkeit gegen ihre eigenen Landsleute. Trotz aller Mißstände, welche der lange Frieden hervorrief, blieb Preußens Heer dem französischen überlegen durch Treue, Mannszucht, Bildung, Menschlichkeit und einen frischen kriegerischen Sinn, der ohne zu prahlen sich's doch zutraute die alten Siegesbahnen in das Herz des feindlichen Landes wiederzufinden. —

Unter den vielen Enttäuschungen seiner alten Tage empfand es der König besonders schwer, daß er die Umarbeitung der fridericianischen Gesetzbücher, die ihm unter allen Reformen am nöthigsten schien, nicht mehr erleben sollte. Derweil Minister Mühler durch seine stramme Justizver-

waltung sich in den alten Provinzen hohes Ansehen erwarb und selbst die verfallenen Patrimonialgerichte, soweit dies noch möglich war, in leidlichen Stand brachte, rückte das große Werk der Gesetzrevision unter Kamptz's Leitung nicht von der Stelle. An Eifer gebrach es weder dem schwergelehrten Minister, noch der Commission ausgezeichneter Juristen, die mit ihm zusammenarbeitete. Binnen acht Jahren wurden die Entwürfe für das Strafgesetzbuch, die Proceßordnung, die Gerichtsverfassung und die Anfänge des bürgerlichen Gesetzbuchs vorgelegt, dazu die ungeheure Sammlung der Provinzialrechte, ein erstaunliches Werk deutschen Gelehrtenfleißes. Doch das Alles blieb nur Vorarbeit, Kamptz verstand nicht zur rechten Zeit abzuschließen. Nur ein einziges, die Rechtspflege wahrhaft förderndes Gesetz kam unter seiner Verwaltung zu Stande, und auch dies nur auf die persönliche Mahnung des Königs. Der Berliner Rechtsanwalt Marchand hatte in einer Flugschrift die unendliche Weitläufigkeit der Bagatellprocesse geschildert und seine Arbeit dem Monarchen eingesendet. Friedrich Wilhelm fühlte sich betroffen durch die überzeugende, gemeinverständliche Darstellung, und befahl sofort Abhilfe. Im Jahre 1833 erschien die Verordnung über den summarischen Proceß, die für einfache Rechtsstreitigkeiten ein abgekürztes mündliches Verfahren, wie es schon in Posen bestand*), vorschrieb und also den Weg zeigte zur Reform des gesammten Civilprocesses.

Sonst blieb die gewaltige Arbeit der Gesetzrevision unfruchtbar; und in der rheinischen Justizverwaltung, die ihm übertragen war, stiftete Kamptz nur Unfrieden. Den Rheinländern schien der harte Demagogenverfolger von vornherein verdächtig. Bald brachte er auch den gesammten preußischen Richterstand gegen sich auf, als der König einen Naumburger Oberlandesgerichtsrath, der wegen eines thörichten Trinkspruchs auf die Polen zu einer Freiheitsstrafe verurtheilt worden war, aus dem Amte entließ und Kamptz mit gewohntem Ungestüm dies Verfahren öffentlich vertheidigte. Die allerdings schlecht redigirten und nicht ganz unzweideutigen Vorschriften des Allgemeinen Landrechts waren bisher immer dahin ausgelegt worden, daß der Richter nur durch Urtheil und Recht entlassen werden könne; nun gar am Rheine galt die Unabsetzbarkeit der Richter für ein Bollwerk der Volksfreiheit. Seitdem betrachteten die Rheinländer ihren Justizminister als ihren geschworenen Feind. Sie schalten wieder über Cabinetsjustiz, als der König noch zweimal, wie einst im Processe Fonk, ein von den rheinischen Geschworenen gefälltes Todesurtheil nicht bestätigte; nimmer wollten sie sich darein finden, daß der Monarch nach preußischem Rechte nicht blos begnadigen durfte, sondern auch kraft seiner oberstrichterlichen Gewalt befugt war, jedem Todesurtheile die Bestätigung zu gewähren oder zu versagen.**)

---

*) S. o. II. 222.

**) Diesen Umstand, der das Verfahren des Königs im Proceß Fonk erklärt, habe

Aber auch zu berechtigten Beschwerden gab ihnen Kamptz reichlichen Anlaß. Dieser seltsame rheinische Justizminister hatte seines Hasses gegen den Code Napoleon kein Hehl und begann wider die rheinischen Gerichte einen kleinen Krieg, der die Provinz nur in ihrer Vorliebe für das französische Recht bestärken konnte. Er befahl den rheinischen Oberprocuratoren, gegen alle Erkenntnisse der Polizeigerichtshöfe sofort Einspruch zu erheben, weil man sich auf diese Gerichte nicht verlassen könne*), und gebrauchte das ihm zustehende Recht der Strafmilderung so rücksichtslos, daß die rheinischen Richter sich in ihrer Amtsehre beleidigt fühlten; denn das rheinische Recht, so sagte er oft, ist mit Blut geschrieben.

Da trat ihm der Düsseldorfer Oberprocurator v. Ammon in den Weg, ein tapferer Liberaler, der seine preußische Gesinnung als Freiwilliger im Befreiungskriege bewährt hatte und in den rheinischen Assisen ein Kleinod deutscher Volksfreiheit sah. Ammon wendete sich an den König selbst und beschwor ihn, „den ministeriellen Eingriffen ein Ziel zu setzen;" wenn er das fremde Recht vertheidige, so geschehe es nur „weil manche fremde, aber ursprünglich aus deutscher Wurzel entsprossene Justiz-Einrichtungen" besser seien als die heimischen.**) Nun entspann sich ein langer, gehässiger Streit; durch mannichfache Kränkungen suchte sich Kamptz an dem unbotmäßigen Untergebenen zu rächen. Der König aber entschied gegen den Minister; er nahm ihm das Recht, die Strafurtheile zu mildern***), und mißbilligte ernstlich die gegen Ammon erwiesene Härte.†) Durch solche Händel gerieth Kamptz am Rhein dermaßen in Verruf, daß der Oberpräsident Bodelschwingh, ein Vetter Ammon's, dem Könige endlich offen aussprach, dieser Feind des rheinischen Rechts könne nicht länger mehr rheinischer Justizminister bleiben. Kamptz sträubte sich lange; erst auf Bodelschwingh's stürmisches Zureden legte er sein rheinisches Amt nieder, um fortan ausschließlich den Arbeiten der Gesetzrevision zu leben (Dec. 1838).††)

Nunmehr übernahm Mühler die Justizverwaltung für das ganze Staatsgebiet; für das rheinische Recht wurde eine besondere Ministerialabtheilung gebildet und der gefeierte Kölner Jurist Ruppenthal zu ihrer Leitung berufen. Damit war unzweideutig ausgesprochen, was sich aus den fruchtlosen Arbeiten der Gesetzrevision ohnehin ergab, daß die Rheinländer ihr Sonderrecht noch lange behalten würden. Welch ein Wandel der Mei-

---

ich früher (III. 384) übersehen. In der dritten Auflage ist der Irrthum inzwischen berichtigt worden.

*) Kamptz, Erlaß an die rheinischen Oberprocuratoren, 13. Dec. 1834.

**) Ammon, Darstellung der rheinischen Criminal-Rechtspflege, dem Könige übersendet 1. Febr. 1835.

***) Cabinetsordre vom 23. März 1835.

†) Cabinetsordres an Kamptz, 12. Juli 1835; an Ammon, 19. Oct. 1836.

††) Berichte von Frankenberg, 6. Dec., von Berger 6. Dec. 1838.

nungen. Nach dem Kriege hätte Niemand für möglich gehalten, daß die Befreier des Rheinlandes die Gesetzgebung des fremden Eroberers auf die Dauer bestehen lassen würden. Jetzt galt sie schon fast für unantastbar, so mächtig hatten die französischen und belgischen Ideen hier im Westen um sich gegriffen. Die Regierung stand diesen Zeitstimmungen hilflos gegenüber; denn ein nationales, den Bedürfnissen der modernen Gesellschaft genügendes Gesetzbuch konnte, bei dem unfertigen Zustande der deutschen Rechtswissenschaft und der Wucht der Parteivorurtheile hüben wie drüben, unmöglich bald zu Stande kommen. Ammon und die klügeren rheinischen Juristen sahen wohl ein, daß mindestens ein gemeinsames Strafgesetzbuch für die Staatseinheit der Monarchie unentbehrlich sei — wenn nur das rheinische Schwurgericht erhalten bliebe. Die Masse der Laien aber wollte jetzt gar nichts mehr geändert sehen und selbst den Code pénal mit allen seinen Härten behalten, weil er rheinisch hieß. Welch ein Lärm im Provinziallandtage, als einmal die dringend nöthige Abänderung des Wasserrechts und ähnlicher Bestimmungen in Frage kam; sogleich fürchteten die Abgeordneten wieder die Herstellung der alten kölnisch-trierischen Sonderrechte, und nur schwer ließen sie sich beschwichtigen.*) Alle Beamte berichteten übereinstimmend, der Code Napoleon sei „das Lebenselement der Rheinländer"; selbst Minister Rochow hielt es für bedenklich, die Gefühle der Provinz zu verletzen, obgleich er die französische Gesetzgebung verabscheute.

In der That war der Fortbestand des rheinischen Rechts vollkommen gerechtfertigt, so lange die Krone den Rheinländern zum Ersatze nur ein veraltetes Gesetzbuch zu bieten hatte. Aber bald wich die Regierung noch weiter zurück; eingeschüchtert durch den Trotz des rheinischen Particularismus, ließ sie den Grundgedanken der Gesetzrevision fallen und wagte kaum noch, die dringend nöthige Rechtseinheit der Monarchie mindestens für die Zukunft vorzubereiten. Kamptz und seine Räthe dachten schon an zwei neue Gesetzbücher, für die östlichen und die westlichen Provinzen; und der Landtagsabschied vom Jahre 1839 sagte schüchtern: der König behalte sich vor, unter Mitwirkung der Provinzialstände zu bestimmen, ob dem revidirten Allgemeinen Landrecht nach seiner Vollendung „auch für die Rheinprovinz Giltigkeit ertheilt werden solle". Zugleich wurde eine amtliche Uebersetzung der fünf Codes anbefohlen, und dies kleine dicke Buch mit den blauweißrothen Streifen auf dem Bandschnitt blieb fortan die politische Bibel jedes echten Rheinländers. Siegreich in der Vertheidigung, schritten die rheinischen Juristen alsbald zum Angriff vor; immer lauter und dreister erklang der Ruf: die Rechtseinheit der Monarchie lasse sich sehr leicht herstellen, wenn der zurückgebliebene Osten dem vorgeschrittenen

*) Bericht des Gf. Anton Stolberg an Lottum, 23. Nov. Kamptz an Lottum, 27. Nov. 1833.

Westen folge und die französische Gesetzgebung bei sich einführe. Clericale und liberale Bestrebungen fanden sich in diesen Kreisen zusammen; man begeisterte sich für „die vier Freiheiten" des belgischen Musterlandes, die Freiheit der Kirche, der Schule, der Presse, der Vereine. Die altländischen Beamten traten solchen zuversichtlichen Wünschen nur kleinlaut entgegen, weil sie alle fühlten, daß die öffentliche Meinung des gesammten Südens und Westens hinter den Rheinländern stand, und die Krone diese wichtigste ihrer neuen Provinzen um jeden Preis schonen wollte.

Bei seinen Gebietserweiterungen hat Preußen bis zum heutigen Tage oftmals erfahren, daß die jüngere Generation, die immer nur Klagen über die neue Ordnung gehört hat, sich feindseliger zu dem deutschen Staate stellt, als die ältere unter dem Drucke der alten Zustände aufgewachsene. So hatte sich auch im Rheinland die Stimmung mit den Jahren unverkennbar verschlechtert. An einen Abfall dachte freilich Niemand, da der Wohlstand der Provinz unter den Schwingen des Adlers so fröhlich gedieh. Selbst ein Gefühl dynastischer Anhänglichkeit begann sich in den alten Krummstabsgebieten zu regen, als der Kronprinz im Herbst 1833, sehr zur rechten Zeit, dies sein Lieblingsland wieder besuchte. Da eilte alle Welt nach Coblenz, Viele wohl um sich an den Strahlen der aufgehenden Sonne zu wärmen, aber Manche auch voll ehrlicher Treue. Im Ahrthal war den Fluß entlang eine neue Landstraße erbaut und bei Altenahr durch die Grauwackenfelsen der Breitlei ein 192 Fuß langer „Durchbruch" getrieben worden; die Arbeit hatte ein volles Jahr gewährt und fast 14,000 Thlr. gekostet. Nun kam der Kronprinz um den Durchschlag des Tunnels mit anzusehen; die ganze Provinz feierte den großen Tag, die Zeitungen priesen „dies prachtvolle, durch Kunst gefertigte Naturgewölbe", das der königlichen Regierung zu so hoher Ehre gereiche — wenige Jahre bevor die Eisenbahnen alle die Herrlichkeit der guten alten Zeit in Schatten stellten. Zum Abschied sendeten die Provinzialstände dem Thronfolger einen herzlichen Gruß, der ebenso warm erwidert wurde. Gleichwohl war der Sondergeist im Wachsen. Wenn die Rheinländer beim Schoppen saßen, dann sprachen sie gern von einem rheinisch-westphälischen Vicekönigreich, das nach dem Code Napoleon regiert und mit dem junkerhaften Osten nur locker verbunden werden sollte. Die Streitigkeiten zwischen den Eingeborenen und den „Prüß" nahmen kein Ende; sie drangen selbst in die friedlichen Räume der Düsseldorfer Akademie. Dort ward sorgsam nachgerechnet, wie viele Bilder der Kunstverein „den Ostländern" abgekauft habe, wie viele den rheinisch-westphälischen Malern; und an diesem kindischen Zanke betheiligte sich mit zwei Druckschriften sogar der Richter Fahne, der verdiente Geschichtsforscher, der auf seiner Fahnenburg am Abhang der bergischen Waldhügel das Künstlervolk zu fröhlichen Festen zu versammeln pflegte.

Im Ministerium fühlte man längst, daß die Verwaltung am Rhein

doch gar zu schlaff und nachsichtig verfuhr. Da Ingersleben's Nachfolger, der kränkliche Oberpräsident Pestel sein Amt nicht ausfüllte, so wurde Ernst v. Bodelschwingh (1834) an seine Stelle berufen, ein ausgezeichneter, noch kaum vierzig Jahre alter Beamter von gemäßigt conservativen Grundsätzen, der frühe schon die Aufmerksamkeit Stein's erregt hatte und durch seine ungekünstelte Einfachheit, durch Ernst, Wohlwollen, Umsicht, hinreißende Beredsamkeit den Rheinländern bald so wohl gefiel, daß sie ihm sogar seine westphälische Abstammung und seine strenge evangelische Gläubigkeit fast verziehen.*) Auch an die Spitze der Regierungen wurden jüngere rüstige Männer gestellt: nach Düsseldorf kam Graf Anton Stolberg, der Freund des Kronprinzen, nach Aachen späterhin Cuny. Die Provinzialstände zeigten sich trotzdem unwirsch, mißtrauisch gegen Alles, was aus dem Osten kam. Auf dem Landtage von 1833 wurde zwar das Verlangen nach Reichsständen „mit Entrüstung" abgewiesen, weil man bei Lebzeiten des alten Königs doch keinen Erfolg erwartete; dem königlichen Commissär, dem Grafen Stolberg, gelang es auch durch vertrauliches Zureden, einige geplante Anträge auf Preßfreiheit, Oeffentlichkeit der Landtage, Einführung einer Nationalgarde still zu beseitigen.**) Als er aber den Entwurf einer Landgemeindeordnung vorlegte — ein wohlgemeintes Gesetz, das die Herrschaft der napoleonischen Maires endlich brechen, den rheinischen Dörfern die Selbstverwaltung bringen sollte — da stieß er auf unüberwindlichen Widerstand. Wir wollen keine Trennung von Stadt und Land, hieß es allgemein, auch die neufranzösischen Bürgermeistereien müssen bestehen bleiben.

Die Hauptbeschwerden der Provinz richteten sich gegen den angeblichen Steuerdruck. Da fast kein Rheinländer sich herabließ, die alten Provinzen kennen zu lernen, so entstanden allmählich abenteuerliche Vorstellungen über die Steuerfreiheit der Ritterhufen des Ostens, die in Wahrheit sehr wenig bedeutete. Jeder Rheinländer glaubte, die reichste und leistungsfähigste Provinz sei zu Gunsten des Ostens überbürdet. Die Meinung war ganz ebenso grundlos wie das Geschrei der radicalen Neuenburger über die preußischen Erpressungen. Aber sie bestand und sie erhielt neue Nahrung durch das Buch David Hansemann's „Preußen und Frankreich" (1833). Welch ein Mißgeschick, daß gerade dieser treue preußische Patriot auf den Einfall kommen mußte, über unverstandene Verhältnisse mit der Sicherheit des Halbkenners zu schreiben, und also seine Landsleute in ihren gehässigen Vorurtheilen noch bestärkte. Hansemann hatte mit großem Fleiße eine Menge statistischer Tabellen zusammengetragen; was ihm dann noch an Kenntnissen fehlte, ersetzte er durch „Schätzungen" und verfuhr dabei mit einer Leichtfertigkeit, die sich der kluge Kaufherr bei den Rechnungen seines eigenen Geschäfts sicherlich nie

*) Bericht des Gesammtministeriums an den König, 25. Juni, mit Separat-Votum des Kronprinzen vom 3. Juli 1833.

**) Stolberg's Berichte an Lottum, 16. Nov., an den König, 2. Dec. 1833.

erlaubt hätte. So schätzte er „das Haupt-Nationalvermögen" der Provinz Sachsen um 13 Mill. Thlr. höher als das rheinische, und auf Grund dieser ungeheuerlichen Behauptung ließ sich dann die Ueberbürdung der Rheinprovinz leicht erweisen. Noch rücksichtsloser als einst in seiner Verfassungsdenkschrift*) vertrat er hier die Klassenselbstsucht der neuen bürgerlichen Gesellschaft: Schonung des Capitals erschien geradezu als höchster Zweck des Staates, der seinen Haushalt einfach nach der Bequemlichkeit der Steuerzahler einrichten sollte. Von den schon so knapp bemessenen Staatsausgaben wollte Hansemann beinahe ein Drittel, ziemlich 16½ Mill., sofort streichen, von den Heereskosten allein 9 Mill. Thlr.; wurde dann noch mit der Tilgung der Staatsschuld fortgefahren, so konnte bald eine gründliche Steuererleichterung eintreten, auf jeden Fall aber sollte die reiche Rheinprovinz für den Kopf der Bevölkerung einen halben Thaler weniger Abgaben zahlen als die armen Ostprovinzen! Als leuchtendes Gegenbild wurde der preußischen Verwaltung das vorgeblich wohlfeile napoleonische Präfectursystem vorgehalten; denn schon war ganz vergessen, wie schwer die Provinz einst unter den Hungergehalten und der dadurch bedingten Unredlichkeit der französischen Subalternbeamten gelitten hatte.

Die vielgelesene Schrift gab den süddeutschen Liberalen ein völlig falsches Bild von den preußischen Zuständen; im Rheinland wurde sie eine Macht, da ihre gewaltigen Zahlenreihen den urtheilslosen Laien unwiderleglich schienen. Kaum war sie herausgekommen, so erklärten die Provinzialstände, die früher nur vermuthete Ueberbürdung des Rheinlands sei jetzt zur Gewißheit geworden, und verlangten kurzab, daß die Grundsteuer für die westlichen Provinzen sogleich um ein Viertel ermäßigt würde. Einige Gegenschriften, von dem freimüthigen alten Benzenberg und dem Bonner Professor Kaufmann, machten keinen Eindruck; selbst eine meisterhafte Denkschrift, welche Maassen noch kurz vor seinem Tode verfaßte, beschwichtigte die erregten Gemüther nicht. Auf dem nächsten Landtage, 1837, kehrten die alten thörichten Beschwerden wieder, und da auch der Clerus, seit er den belgischen Priesterstaat vor Augen sah, seinen Haß gegen das evangelische Königshaus kaum noch verhehlte, so begann die Stimmung in der Provinz recht bedenklich zu werden. —

In Westphalen war die Klage über den Steuerdruck ebenfalls allgemein. Die schwierige Arbeit der Katastrirung, die den westlichen Provinzen an 5 Mill. Thlr. kostete, mußte manche wirkliche oder vermeintliche Interessen verletzen, weil eine völlig genaue Abschätzung des beständig wechselnden Bodenwerthes unmöglich ist. Geh. Rath Rollhausen, der sie leitete, hieß bei den Edelleuten der commissaire général und konnte oft nur durch Vincke's starke Hand gegen grobe Anfeindungen beschützt werden. Auf den Landtagen äußerte sich der Groll zuweilen sehr ungestüm, seit Stein die

---

*) S. o. IV. 187.

Abgeordneten nicht mehr in Zucht hielt. Wie sich späterhin herausstellte, zahlte Westphalen allerdings mehr Grundsteuer vom Reinertrage als die Rheinprovinz, aber nicht mehr als Sachsen und weniger als Schlesien. Gleichwohl behaupteten die Landstände beharrlich, die Provinz sei um ein volles Drittel zu hoch eingeschätzt. Der Zorn legte sich auch nicht, als endlich, 1839, nach vollendeter Katastrirung, das verständige Grundsteuergesetz für die westlichen Provinzen erschien; denn die Gesammtsumme der Grundsteuer blieb natürlich unverändert, da die Lage des Staatshaushalts jeden Steuererlaß verbot. Einig in der Opposition, hegten die beiden westlichen Provinzen doch, nach alter Gewohnheit, grundverschiedene Gesinnungen. Während die Rheinländer, ihres modernen Codes froh, auf die reaktionären Ostländer herabschauten, beargwöhnte die conservative Mehrheit der Westphalen das Berliner Cabinet wegen seiner jacobinischen Neigungen. Der Entwurf der Landgemeindeordnung wurde auch auf dem Münsterschen Landtage beanstandet, aber nur weil er den Westphalen zu liberal schien; sie fanden es unerhört, daß fortan alle Einwohner mit selbständigem Haushalt das Stimmrecht erhalten sollten, und verlangten von jedem Gemeindebürger „einen angemessenen Grundbesitz".

Die Gesinnungen des Adels bekundeten sich in einer Schrift „über die Grundlagen unserer Verfassung", welche der Freiherr Werner v. Haxthausen während des Landtags von 1833 unter den Abgeordneten verbreiten ließ. Haxthausen war einer der Stifter des Tugendbundes, hochbegeistert für Deutschlands Größe, edel, geistvoll, reichgebildet, mit Steffens und den Brüdern Grimm nahe befreundet, aber in Politik und Religion durchaus Romantiker. Er forderte die alten Landtage von Paderborn, Münster, Ravensberg zurück, er verdammte als strenger Katholik die Secularisationen, er verwarf das gesammte moderne Staatsleben, sogar die neue Städteordnung und betrachtete das Beamtenthum als eine Schmarotzerpflanze, die der kräftigen westphälischen Eiche den Saft aussauge. Wenn ein guter Preuße also redete, was ließ sich vollends von den vaterlandslosen Domherrengeschlechtern des Münsterlandes erwarten? Oder gar von der Clerisei, die hier noch dreister als am Rhein den „protestantischen" Behörden ihre Geringschätzung zeigte? Es fehlte nur ein Funke, um einen gefährlichen Brand zu entzünden.*) So schwer bestrafte sich die unnatürliche, durch die Provinzialstände verschärfte Trennung der Provinzen; den bürgerlichen und protestantischen Elementen, welche Westphalen in seinen Industriebezirken besaß, fehlte jede Gelegenheit, sich mit den verwandten Kräften des Ostens zu verständigen. —

Den westlichen Provinzen begegnete die Regierung mit Schonung, in Posen aber ging, nach Allem, was man an den Polen erlebt, selbst die

*) Tzschoppe an Wittgenstein, 3. Sept. 1833, mit Stimmungsberichten aus Rheinland und Westphalen.

preußische Langmuth zu Ende. Dahin waren jene hoffnungsvollen Tage, da die deutschen Beamten mit den polnischen Edelleuten sich in dem gastfreundlichen Hause des Fürsten-Statthalters harmlos zusammengefunden hatten. Fürst Radziwill fühlte selbst, wie gänzlich er sich über die Gesinnungen seiner Landsleute getäuscht; er legte seine Statthalterwürde nieder und starb bald darauf. Fortan war der Oberpräsident der alleinige höchste Vertreter der Staatsgewalt, und auf dies wichtige Amt berief der König den tapferen Mann, der dem preußischen Namen in den Landen des weißen Adlers zuerst ein festes Ansehen verschaffen sollte. Oberpräsident Flottwell war in Ostpreußen geboren, zu Königsberg in der Schule von Kant und Kraus erzogen und hatte dann unter Schön's Leitung in der altpreußischen Verwaltung die Polen gründlich kennen gelernt. Aufrichtig sprach er aus, das alte System der Nachsicht und der Zugeständnisse habe sich überlebt, der Adel und der Clerus seien Preußens geschworene Feinde; nicht die Liebe, nur die Achtung der Polen könne sich eine deutsche Regierung erwerben; dies werde ihr gelingen, wenn sie ohne Ungerechtigkeit die deutsche Cultur fördere und damit die menschliche Gesittung der Provinz hebe. Nicht frei von der Leidenschaftlichkeit seines edlen Stammes, urtheilte er doch milder, billiger als sein Lehrer Schön. Er wollte strenge Gesetze für die meuterische Provinz, aber mit „sorgfältiger Rücksicht" auf die bestehenden Verhältnisse; denn „der Mangel an einer solchen Rücksicht bringt die Regierung in die Lage, von den gegebenen Vorschriften abzuweichen und sich dadurch den gerade in dieser Provinz sehr gefährlichen Vorwurf der Inconsequenz und Schlaffheit in der Verwaltung zuzuziehen".*) Durch seinen furchtlosen Freimuth hatte er sich das persönliche Vertrauen des Königs und des jungen Prinzen Wilhelm erworben. Da alle Slaven jene beiden Tugenden, welche ihnen selbst die Natur versagt hat, Gradsinn und Festigkeit, mit stiller Ehrfurcht betrachten, so kam er im persönlichen Verkehre selbst mit den polnischen Edelleuten leidlich aus, obgleich sie in ihm ihren politischen Todfeind sahen.

Die Deutschen und die polnischen Bauern verehrten ihn als ihren Beschützer, und mit ihm seinen Freund, den commandirenden General Grolman, der von den Polen fast noch grimmiger gehaßt wurde. Grolman's freiem Heldensinne waren die Untreue und die Undankbarkeit dieser „unwürdigen" Provinz ein Greuel; er konnte nicht, wie Gneisenau, mit vornehmer Verachtung über die krummen Wege der Sarmaten hinwegblicken, er verabscheute „diese Bande der Gesetzlosigkeit, der Liederlichkeit und des Schmutzes" und wollte mit dazu helfen, daß „ihre polnische Natur sich zu einer menschlichen ausbildete". Was kümmerte es ihn, daß die Liberalen, die ihn zur Zeit der Karlsbader Beschlüsse auf den Schild gehoben hatten, ihm jetzt reaktionäre Gesinnung vorwarfen? Die Armee

*) Flottwell an Lottum, 24. Juli 1832.

betrachtete ihn seit Gneisenau's Tode als ihren ersten Mann. Während des polnischen Aufstandes hatte man die Landwehr-Zeughäuser ausräumen und die polnischen Regimenter aus der Provinz entfernen müssen; auf Grolman's Rath wurde jetzt bestimmt, daß die niederschlesischen Regimenter des fünften Armeecorps fortan in Posen, die posener regelmäßig im deutschen Schlesien Garnison erhielten.

Um Neujahr 1833 ging Flottwell nach Berlin, um dem Ministerrathe die Ergebnisse seiner Beobachtungen vorzulegen. In den nächsten Monaten erschien dann Schlag auf Schlag eine Reihe tief einschneidender Verordnungen. Alle Klöster der Provinz wurden secularisirt, die Einkünfte nebst einem erheblichen Zuschusse des Staats für die Schulen und die geistlichen Lehranstalten verwendet. Da viele Edelleute durch die Theilnahme an dem Aufstande ihr Vermögen zu Grunde gerichtet hatten und zahlreiche Landgüter unter den Hammer kamen, so wurde dem Oberpräsidenten 1 Mill. Thaler zur Verfügung gestellt, um diese Güter aufzukaufen und an „Erwerber deutscher Abkunft" zu veräußern. Der Erfolg war günstig, etwa dreißig deutsche Rittergutsbesitzer kamen neu ins Land; an eine gründliche Auskaufung des polnischen Großgrundbesitzes, wie sie Grolman dringend anrieth, konnte der bedrängte Staatshaushalt freilich nicht denken. Die von den Kreisständen erwählten Landräthe hatten sich während der Revolutionszeit schlecht bewährt, manche den Aufruhr unterstützt, andere ihr Amt gröblich vernachlässigt; daher wurde den Kreisen das so übel benutzte Wahlrecht vorläufig entzogen und den Bezirksregierungen übertragen.

Noch schlimmer stand es um die ländliche Polizei. Viele der adlichen Woyts mißbrauchten ihre Amtsgewalt um die Bauern zu bedrücken; Willkür und Nachlässigkeit überall; es kam vor, daß der Woyt nicht blos politische, sondern selbst gemeine Verbrecher vor der drohenden Verfolgung vertraulich warnte. Nachdem ein vermittelnder Reformversuch keine Besserung gebracht, entschloß sich die Krone endlich (1836) durch einen radicalen Eingriff Wandel zu schaffen. Die Kreise wurden in Distrikte von 6—9000 Einwohnern getheilt; in jedem Distrikte übernahm ein vom Oberpräsidenten ernannter königlicher Commissär, unter der Aufsicht des Landraths, die Polizeiverwaltung. Unter dem Distriktscommissär standen mit beschränkten Befugnissen die kleinen Ortsobrigkeiten. Den Schulzen erwählte in den Dörfern, welche die bäuerlichen Lasten noch nicht abgelöst hatten, der Gutsherr, in den bereits regulirten Ortschaften die Gesammtheit der selbständigen Grundbesitzer; denn Flottwell wußte, daß der polnische Bauer seit Jahrhunderten gewöhnt war, in dem adlichen Pan seine Obrigkeit zu sehen, und diese Meinung erst wenn er von allen Herrendiensten befreit sei aufgeben würde.*) Die 130 Distriktscommissäre, meist alte Offi-

---

*) Flottwell an Brenn, 21. Juli 1832.

ziere oder Unteroffiziere, und ihre vorgesetzten Landräthe führten fortan ein festes bureaukratisches Regiment, sie beschützten den Bauern gegen den Edelmann, sie sicherten die Durchführung der Gesetze bis in die niedersten Schichten der Gesellschaft und erwarben sich fast überall den Haß des Adels, die Achtung der kleinen Leute. Der strenge Beamtenstaat verdrängte die Adelsherrschaft. Die Selbstverwaltung des flachen Landes ward nahezu vernichtet; wie konnte sie auch hier gedeihen, da ihre Vorbedingungen, Treue und gesetzlicher Sinn, dem polnischen Adel gänzlich fehlten?

Auch die Gerichte erhielten eine verbesserte Einrichtung und den gemessenen Befehl, bei polnischen Eingaben und Verhandlungen stets eine deutsche Uebersetzung zu verlangen. Den zahlreichen, durch den Adel schwer bedrückten Mediatstädten brachte das an Reformen so fruchtbare Jahr 1833 die Ablösung der grundherrlichen Abgaben. Die Befreiung vollzog sich sehr rasch, da die Krone die Ablösungscapitalien vorschoß, und ihre wohlthätigen Folgen wurden bald selbst an den Sitten des verkommenen Kleinbürgerthums erkennbar; denn mit jenen Abgaben fiel auch der Getränkezwang, eine der stärksten Säulen der sarmatischen Adelsliberität. Unter der polnischen Republik hatten die Edelleute sich wetteifernd bemüht, ihren Dörfern Stadtrecht zu verschaffen, weil sie dann selbst das Propinationsrecht, den Branntweinschank, erhielten und diese Befugniß durch die Einrichtung von Jahrmärkten kräftiglich ausbeuten konnten. So war es gekommen, daß die Provinz mit ihren 1,1 Mill. Einwohnern 145 Städte zählte, deren Mehrzahl ihr Dasein ausschließlich dem Branntwein der Grundherren verdankte. Dies Unwesen ward nun hinweggefegt; und da die Regierung zugleich in allen größeren Städten die Städteordnung einführte, auch durch zahlreiche neue Bürgerschulen für einen leidlichen Unterricht der Jugend sorgte, so gab sich Flottwell der Hoffnung hin, daß mit der Zeit hier ein selbstbewußter, fleißiger Mittelstand, dem altdeutschen ähnlich, entstehen würde.

Durch die rasche Beseitigung der grundherrlichen Abgaben in den Städten wurde auch das Ablösungswerk auf dem flachen Lande beschleunigt. Im Jahre 1837 waren schon 21,000 dienstpflichtige Bauern zu freien Eigenthümern geworden, und der Segen dieser Reform ließ sich mit Händen greifen; schon am Anblick der Häuser und der Felder konnte der Wanderer ein regulirtes Dorf von einem zinspflichtigen sofort unterscheiden. Die Ablösung beschränkte sich hier, wie überall seit der Declaration vom 29. Mai 1816, auf die spannfähigen Bauernstellen, die Ackernahrungen, weil der Staat die Großgrundbesitzer der im Osten unentbehrlichen Tagelöhnerschaaren nicht ganz berauben wollte. Im Uebrigen verfuhr er in Posen weit schärfer als in den alten Provinzen; denn auf die Klagen des allezeit unzufriedenen polnischen Adels gaben die Beamten wenig, und auch auf die Interessen der Pfandbriefgläubiger brauchten sie hier nicht, wie in den alten Provinzen, ängstliche Rücksicht zu nehmen.

Die Pfandbriefsanstalt war in Posen noch neu, in den alten Provinzen aber hatten schon Tausende ihr Vermögen in Pfandbriefen angelegt, und die Regierung mußte sich dort hüten, den ohnehin durch das Sinken der Getreidepreise schwer erschütterten Credit der Großgrundbesitzer ganz zu zerstören.

Mittlerweile erhielten auch die Juden, die damals noch gemeinhin mit den Deutschen gegen die Polen zusammenhielten, erweiterte Rechte: sie sollten Synagogen-Gemeinden bilden mit Corporationsrechten und der Verpflichtung, für die Jugenderziehung zu sorgen; zum Militärdienste wurden sie fortan zugelassen, wenn sie nicht vorzogen, das althergebrachte Rekrutengeld zu zahlen; wer sich in leidlich geordneten bürgerlichen Verhältnissen befand, konnte auch die förmliche Naturalisation, und damit den Zutritt zu den meisten Gemeindeämtern erlangen. So hoffte die Staatsgewalt den finsteren Haß gegen die Gojim, der auf der Lissaer Judenschule gepflegt wurde, allmählich zu überwinden; doch selbst diese vorsichtig beschränkte Reform schritt den Ansichten des Landes weit voraus und rief auf dem Landtage heftigen Widerspruch hervor. In den Dörfern wurden binnen zehn Jahren über zweihundert Volksschulen errichtet, die meisten mit polnischer Schulsprache und mangelhaftem deutschen Unterrichte — denn weiter wagte auch diese wegen ihrer Strenge verrufene Regierung noch nicht zu gehen —, dazu zwei neue Gymnasien mit geistlichen Alumnaten, ein katholisches Predigerseminar und eine Reihe evangelischer Pfarreien. Bei seinem Amtsantritt fand Flottwell vier Meilen Chausseen vor; nach einem Jahrzehnt war das große Straßennetz, das die Stadt Posen mit Berlin, Altpreußen, Schlesien verband, nahezu vollendet.

Noch niemals war dies Land so gerecht, so einsichtig, so sorgsam regiert worden; doch die Nachsicht, welche der König den Theilnehmern an dem polnischen Aufstande erwies, galt dem Adel für ein Zeichen der Schwäche.*) Die Begnadigten traten mit herausforderndem Trotze auf, dem Kröbener Kreise mußte die Krone wegen grober Gesetzwidrigkeiten das Wahlrecht für die Provinzialstände vorläufig entziehen, und auf dem Landtage von 1834 wurden wieder die alten maßlosen Beschwerden über die Vergewaltigung der polnischen Sprache vorgebracht. Drei Viertel der Ritterschaft stimmten dafür, von den Abgeordneten der Städte nur zwei, von den Bauern nur einer. Da verlangte der Adel die itio in partes, die nur zur Wahrung der ständischen Sonderrechte gestattet war; er brachte seine Klage eigenmächtig vor den Thron, obgleich die Mehrheit Einspruch erhob und feierlich erklärte, sie wolle „keine politische Absonderung" von den übrigen Provinzen. Der König aber sprach der protestirenden Mehrheit seine Billigung aus und erklärte kurzab, den gesetzwidrigen Antrag der Ritterschaft betrachte er als nicht vorhanden.

*) S. o. IV. 209.

Unablässig waren die Verschwörer am Werke. Unter den Flüchtlingen in Paris hatte die Partei der Rothen das Uebergewicht erlangt und einen polnisch-demokratischen Verein gegründet mit Sektionen und Bundesgerichten, mit regelmäßigen Abgaben und der eidlichen Verpflichtung zu unbedingtem Gehorsam. Seine geheimen Agenten trieben überall ihr Wesen, in den Casinos zu Posen, Gnesen, Samter und auf allen den Adelsschlössern, wo sich die Edelleute nach altpolnischem Brauche zur Winterszeit wechselseitig zu besuchen pflegten, bis in Küche und Keller die letzten Vorräthe verzehrt waren. Nur selten erlangte die Regierung einige Kunde von diesem unterirdischen Treiben;*) und wer sollte gar alle die schlechten Verführungskünste kennen, denen die Pflichttreue der deutschen Beamten täglich widerstehen mußte? Nicht jeder Richter blieb standhaft, wenn der polnische Edelmann am Vorabend des Proceßtages den landesüblichen „Vortermin" hielt und durch ein gewaltiges Zechgelage die Gemüther der Beamten bearbeitete. Als der König die vom polnischen Aufstande heimkehrenden jungen Beamten und Aspiranten begnadigte, versetzte er sie, auf den Rath seiner Minister, allesammt in andere Provinzen**) und sagte dem Provinziallandtage rundweg: diese verführten jungen Leute müßten sich an das deutsche Leben gewöhnen, die Sitten eines gesetzliebenden Volkes erst kennen lernen.

Gefährlicher als alles Andere blieb doch die unversöhnliche Feindseligkeit des katholischen Clerus, an dessen Spitze erst der eifrige polnische Patriot Wolicki, nachher der unberechenbar schwache Erzbischof Dunin stand. Fast in jedem Lande gemischten Volksthums begünstigt das römische Priesterthum die minder gebildete Sprache; wie viel mehr hier, wo das Polnische zugleich die Sprache der katholischen Mehrheit war. Auch die deutschen Priester konnten sich der vorherrschenden Gesinnung des Clerus so wenig entziehen, daß Flottwell, nachdem er ein halb Jahr im Lande war, zum Entsetzen des allezeit vertrauensvollen Ministers Altenstein ehrlich eingestand: einen ganz zuverlässigen Geistlichen habe ich bisher noch nicht gesehen.***) Alle katholischen Deutschen saßen zwischen zwei Stühlen. Unter den Bambergern, den aus Franken eingewanderten katholischen Bauern, wühlte der Clerus schon im Stillen, vorerst noch ohne sichtbaren Erfolg; und wenn ein Deutscher eine Polin heirathete, so ging die Nachkommenschaft regelmäßig dem Deutschthum verloren, weil in den Ehen der Durchschnittsmenschen die Frau über Volksthum und Glauben der Kinder zu entscheiden pflegt. Auch die socialen Verhältnisse der Bevölkerung waren den Deutschen nicht günstig; denn die Mehrzahl der Polen gehörte den

*) Flottwell's Berichte an Brenn, 7. Febr., 11. März 1832. Tzschoppe an Flottwell 18. Oct. 1834.

**) Tzschoppe's Votum über die Begnadigung der Beamten, 15. Oct. 1832.

***) Flottwell's Bericht an Altenstein und Brenn, 17. März; Altenstein an Brenn, 8. April 1831.

niedersten Schichten der Gesellschaft an, sie rechtfertigte hier wie überall den Namen der Proletarier und vermehrte sich schneller als der deutsche Mittelstand.

So geschah es, daß die deutsche Gesittung trotz der beträchtlichen Einwanderung doch nur langsam vorwärts schritt, und ungeduldige Deutsche schon an schärfere Mittel dachten. General Grolman empfahl gleich nach dem polnischen Aufstande die Vernichtung der Provinz Posen, dergestalt daß ihre Trümmerstücke den drei benachbarten treuen Provinzen zugetheilt würden; und der vom Bundestag her bekannte Legationsrath Küpfer, ein geborener Posener, rieth der Krone, unter der Oberleitung einer königlichen Immediatcommission eine große Aktiengesellschaft zu bilden, welche den gesammten Grundbesitz des polnischen Adels aufkaufen sollte.*) Es war der Schatten kommender Ereignisse; das gegenwärtige Geschlecht mit seinem knappen Staatshaushalte konnte sich so kühner Pläne nicht unterwinden. Aber der Zustand in der Provinz ward immer unleidlicher. Die beiden Nationen haßten sich nicht nur, sie verachteten einander auch; wie der Deutsche alle Niedertracht und Unredlichkeit mit dem Worte „polnische Wirthschaft“ bezeichnete, so konnte sich der Pole den sparsamen Ordnungssinn der Deutschen nur aus einem angeborenen Bedientengeiste erklären.

Niemand empfand diese Verschärfung der nationalen Gegensätze schmerzlicher als die wenigen vornehmen Polen, welche weder ihr Volksthum verrathen noch von dem preußischen Staate abfallen wollten. So der alte tapfere General Chlapowski und der bestgebildete Mann unter den preußischen Polen, Graf Eduard Raczynski. Wie viele Arbeit hatte der kunstsinnige Graf aufgewendet um sein Heimathland zu bilden und zu schmücken; er hatte der Stadt Posen ihre schöne Bibliothek und ihre Wasserleitung geschenkt; er bemühte sich, durch eine landwirthschaftliche Schule, durch eine Zuckerfabrik, durch Verbesserungen der Technik des Landbaues seine Standesgenossen zu geregelter Thätigkeit zu ermuthigen, und mußte doch erleben, daß seine gesammte Verwandtschaft sich in Verschwörungspläne verlor, die er weder fördern noch hindern wollte. Unter so schwierigen Verhältnissen führte das preußische Beamtenthum den Markmannenkrieg für unser Volksthum, für Recht und gute Menschensitte, und bei diesen Kämpfen war ihm Deutschlands öffentliche Meinung entschieden feindlich. Wenn eine liberale Zeitung sich ja einmal herabließ der friedlichen Eroberungen in der deutschen Ostmark zu gedenken, so brachte sie einen Aufsatz aus der Feder eines unzufriedenen polnischen Edelmanns, der die Befreiung des Posener Landvolks als eine preußische Gewaltthat verunglimpfte. —

In den anderen Provinzen des Ostens wurde das Stillleben dieser Jahre fast allein durch kirchliche Wirren gestört. In Königsberg hielt die

---

*) Küpfer, Denkschrift über die Germanisirung des Großherzogthums Posen. An Lottum überreicht 27. Jan. 1838.

Sekte des mystischen Theosophen Schönherr noch immer ihre seltsamen Andachtsübungen. An ihrer Spitze stand jetzt der Prediger Ebel, ein schöner, feuriger, beredter Mann, der auf die Weiber einen unwiderstehlichen Zauber ausübte und in geheimnißvollen Andeutungen von der Verklärung der irdischen Liebe sprach; mit überströmender süßlicher Zärtlichkeit pflegten die Gläubigen einander zu begrüßen. Ein Kreis angesehener Männer und Frauen aus den ersten Geschlechtern der Provinz schaarte sich um den begeisterten Schwärmer, darunter auch zwei Schwägerinnen des Oberpräsidenten Schön; der aber verabscheute Alles was von der Kritik der reinen Vernunft abwich, und belegte die Gemeinde der Erweckten mit dem Namen der „Mucker", der sich seitdem das Bürgerrecht in der deutschen Sprache erworben hat. Nicht lange, so entstanden finstere Gerüchte über das geheime unzüchtige Treiben der Mucker, und bei der tiefen, heißen Leidenschaftlichkeit ostpreußischer Naturen schien es keineswegs unmöglich, daß die alte räthselhafte Verwandtschaft von Sinnlichkeit und religiöser Ekstase sich auch bei dieser Sekte gezeigt hätte. Es fehlte nicht an Verdachtsgründen; doch irgend ein Beweis lag nicht vor und ist auch bis zum heutigen Tage nicht zu erbringen. Der Haupt-Belastungszeuge war erst vor Kurzem aus der Gemeinde ausgestoßen worden und darum schon wenig glaubwürdig. Bei der Untersuchung verfuhr das Consistorium, das durchweg aus Schön's rationalistischen Gesinnungsgenossen bestand, offenbar parteiisch. Der Oberpräsident hielt sich in seinem Gewissen verpflichtet, die verhaßte Gemeinde mit Stumpf und Stiel auszurotten; er trat so heftig auf, daß die Gläubigen ihn mehrmals in Berlin verklagten. Die Minister aber hielten zu ihm, weil nach Altenstein's kirchenpolitischen Grundsätzen jede Sektirerei vom Uebel war.*) In letzter Instanz erklärte das Kammergericht endlich die behaupteten unzüchtigen Handlungen für unerwiesen, und verurtheilte den Sektirer Ebel nur wegen Verletzung seiner geistlichen Amtspflicht.**)

Sieben Jahre hindurch beschäftigte dieser Muckerproceß die ohnehin erregte Provinz und verbitterte die Gemüther auf's Aeußerste. Nichts konnte der werdenden Opposition willkommener sein als ein Skandal unter Geistlichen und Edelleuten. Obwohl Ebel keineswegs auf dem Boden des Augsburger Bekenntnisses stand und die Orthodoxen von jeher seine erklärten Feinde waren, so wurden sie doch von dem herrschenden Rationalismus der Mitschuld bezichtigt; jeder Kirchlichgesinnte hieß bei den aufgeklärten Königsbergern ein Mucker und Heuchler. Der Adelshaß der Liberalen schwelgte in kühnen Erfindungen und erzählte Unglaubliches von der Sittenverderbniß der ehrenfesten ostpreußischen Aristokratie. Auch die Judenschaft Königs-

*) Eingaben an das Staatsministerium: von Frau v. Bardeleben, 18. März, vom Prediger Diestel, 11. Nov.; Altenstein's Votum, 29. April 1837, nebst Voten von Mühler, Rochow, Rother.

**) Das skandalsüchtige Buch von W. H. Dixon, Spiritual Wives, London 1868 ist reich an falschen Angaben und für den Historiker kaum benutzbar.

bergs, die bereits ihre Macht zu fühlen begann und an dem Dr. Jacoby einen schlagfertigen Wortführer besaß, hatte ihrer Schadenfreude kein Hehl. Schön aber war nicht der Mann die Parteien zu beschwichtigen. Mit dem orthodoxen neuen General-Superintendenten Sartorius lebte er in offener Fehde, und selbst der milde, bürgerfreundliche commandirende General v. Natzmer mußte über den liberalen Oberpräsidenten Beschwerde führen, als dieser einem Landstande, der in seiner Landwehruniform erschienen war, in Gegenwart eines Generals gesagt hatte: „Sie können den Rock eines freien Mannes tragen, und tragen den Rock eines Dieners!" Der König gab dem beleidigten Offizierscorps Genugthuung durch eine Cabinetsordre und ertheilte dem Oberpräsidenten einen sehr milden Verweis wegen seines beständig herausfordernden Betragens, „indem Sie sich tadelnde und verunglimpfende Urtheile über die Anordnungen der oberen Behörden und Aeußerungen gestatten, wodurch der Autorität der Regierung Abbruch geschieht und gegen Ihre Absicht Mißvergnügen in der Provinz verbreitet wird". Schön dankte gerührt für die Gnade des Monarchen und betheuerte, die Unzufriedenheit sei in Preußen geringer als in den anderen Provinzen.*) Nichtsdestoweniger fuhr er fort, auf Alles was in Berlin zu Stande kam, öffentlich zu schelten, insbesondere auf den Zollverein, der allerdings dieser abgelegenen Provinz wenig Vortheil brachte. Er wußte, daß der König seiner bewährten Treue sehr viel nachsah, und ließ es sich wohl gefallen, wenn die Liberalen Ostpreußens ihn als ihr Parteihaupt verherrlichten. Der altpreußische Freiheitsstolz, der Zorn über die Mucker und die Grenzsperre, die Ungeduld thatenloser Tage und die allezeit rege Königsberger Kritik wirkten zusammen; die alte Krönungsstadt wurde der Heerd einer unmuthigen, geistreichen, unersättlich tadelsüchtigen Opposition, die um so weiter um sich griff, da sie sich noch nicht im Handeln bewähren konnte.

Die Mark erlebte einige kirchliche Wirren, als das neue Berliner Gesangbuch eingeführt wurde, das Werk einer theologischen Commission, der auch Schleiermacher und Bischof Neander angehörten. Die Auswahl aus dem reichen Liederschatze der evangelischen Kirche war wohl gelungen, der Wortlaut der alten Gesänge nur an wenigen Stellen, welche dem modernen Geschmack Anstoß zu geben schienen, mit schonender Hand geändert, und der König hoffte, die Gemeinden würden das Buch freiwillig annehmen. Altenstein aber versuchte wieder durch Befehle einzugreifen. Da nahm sich der Kronprinz des Rechtes der Gemeinden nachdrücklich an; er verlangte, daß den Gemeinden „ihr Schatz von Liedern, der recht eigentlich ihr Eigenthum sei", erhalten bleibe: „es giebt meiner Ueberzeugung zu Folge Dinge, die sich ganz von selbst verstehen und die gar keines Ge-

*) Schön's Eingaben an den König, 11. Febr., 11. März. Cabinetsordre an Schön, 25. Febr. 1834. Schön's spätere Erzählung (Aus den Papieren III. 125) verdunkelt den wirklichen Hergang.

setzes bedürfen.“ Es gelang ihm auch, den Streit glimpflich beizulegen. Freilich kam sein Eifer für die Gewissensfreiheit immer nur den Altgläubigen zu gute; seinem historischen Sinne war das Gesangbuch nicht alterthümlich genug. „Ich finde — so schrieb er — das Buch eben als Buch, ohne alle Nebengedanken, ein gutes Buch, welches hundert Meilen über dem skandalösen früheren neuen Gesangbuch steht. Aber als Werk, als Produkt aus gegebenen Größen, finde ich es, ohne allen Umschweif zu reden, **schlecht**, nicht etwa wegen Mängel an der Arbeit daran, wovon ich hier nicht reden will, sondern ganz allein darum, weil nach meiner felsenfest stehenden Ansicht und Geschmack der Homer, der Mahabarat, die Nibelungen etc. etc. etc. nach solchen Grundsätzen geändert, wie hier die alten teutschen Lieder, und zwar von der Hand eines Erzengels, nothwendig eine Mißgeburt werden **müssen**. Das ist so ein Grundsatz, der in sich eins und so mit meiner Individualität verwachsen ist, daß sich darüber mit mir gar nicht streiten läßt.“ *)

Noch weit schmerzlicher berührte den Kronprinzen die kleinliche Bedrückung der Altlutheraner; er hielt sich verpflichtet, und mit Recht, dem befreundeten Minister offene Opposition anzukündigen. Allerdings bestand kein vernünftiger Grund für den Austritt der Altlutheraner aus der unirten Landeskirche; denn die Union ließ die Glaubenswahrheiten unberührt, und auch die strenglutherischen Cultusformen konnten ganz unverändert fortbestehen, da die Gemeinden und ihre Geistlichen zwischen den zahlreichen altlutherischen Formularen, welche der Anhang der neuen Agende enthielt, frei wählen durften. Aber wann hätte der religiöse Glaube je nach Vernunftgründen gefragt? Unterwarfen sich die Altlutheraner der Agende, so erkannten sie die Reformirten als ihre evangelischen Brüder an, was der Meinung Luther's unzweifelhaft zuwiderlief; und zu einem solchen Zugeständniß konnte sie der Staat so wenig zwingen, wie er die Katholiken verhindern konnte, die Protestanten für Ketzer zu halten. Die armen, verblendeten, durch fanatische Prediger aufgewiegelten Menschen, meist kleine Leute aus Schlesien, hielten sich in ihrem Gewissen verpflichtet, keinerlei kirchliche Gemeinschaft mit den Reformirten einzugehen, und wie beschränkt, hart, unduldsam ihr Glaubenseifer auch erscheinen mochte, sie bewährten sich doch als die Erben jener tapferen alten Schlesier, welche einst den kaiserlichen Seligmachern getrotzt hatten. Die Breslauer Altlutheraner glaubten nur dem Gebote Gottes zu gehorchen, als sie den König um die Erlaubniß baten, unter der Führung ihres gottseligen Predigers Scheibel eine selbständige kleine Kirche zu bilden. Friedrich Wilhelm ließ sie abweisen; er meinte wie Altenstein, die Bittenden behaupteten ja selbst Protestanten zu sein und gehörten mithin von Rechtswegen der evangelischen Landeskirche an.

*) Kronprinz Fr. Wilhelm an Altenstein, 24. Oct. 1829, 2. Mai 1830.

Erbittert durch diese Härte schritten die Gottseligen bald zur Verletzung des Gesetzes: sie ernannten eigenmächtig Repräsentanten, sie maßten sich die Verwaltung des Kirchenvermögens an, ließen durch Unberechtigte geistliche Amtshandlungen verrichten. Umsonst versuchte Altenstein durch persönliche Ermahnungen und ausgesendete Commissäre die Aufgeregten zu beschwichtigen — was er selbst für einen Beweis ungewöhnlicher Langmuth hielt. Umsonst versicherte eine Cabinetsordre vom 28. Febr. 1834: zur Union werde Niemand gezwungen, nur die Agende müsse als unverbrüchliche Regel in der Landeskirche gelten. Eine solche Halbheit konnte die Widerspänstigen nicht gewinnen; denn unleugbar war die Agende nur der liturgische Ausdruck der Union, und zum Ueberfluß wiederholte der König streng: „daß die Feinde der Union sich als eine besondere Religionsgesellschaft constituirten", dürfe als „unchristlich" nicht geduldet werden. Da die alten Rationalisten noch in den meisten hohen Kirchenämtern saßen, so führten die Consistorien von Stettin und Breslau einen unablässigen Krieg gegen Alles was sie für sektirerisch hielten. Dort wurde dem Freiherrn v. Senfft-Pilsach untersagt, vor seiner Heerde selbst zu predigen, hier den Peylauern verboten, bei den Herrnhutern im nahen Gnadenfrei das Abendmahl zu empfangen, da den Judenmissionaren durch einen unfreundlichen Consistorialerlaß die Arbeit erschwert. Den Pfarrer Hirschfeld wollte das Breslauer Consistorium absetzen, weil er zwar die Agende annahm, aber die Formel „Vater Unser" beibehielt. Da meinte der Kronprinz: „ihn deshalb aus seinem segensreich geführten Amte zu verstoßen, wäre geradezu **gräßlich**;" er verlangte, Altenstein solle die Sache „**einschlafen** lassen". Unablässig nahm er sich der Verfolgten an und sagte dem Minister voraus, dies Zerren und Reizen werde den sektirerischen Geist nur stärken.*)

So kam es auch. Seines Breslauer Amtes entsetzt, eröffnete Scheibel von Sachsen aus einen grimmigen Federkrieg, insbesondere gegen die Schrift des Königs über die Agende; freilich stellte er sich an, als ob er den Bischof Eylert für den Verfasser hielte. Er tobte so lange, bis die Führer der Orthodoxen, Hengstenberg, Hahn, Olshausen sich förmlich gegen den Separatismus erklärten; von den namhaften Theologen schloß sich nur einer, der Hallenser Guericke den Sektirern an, und auch er versöhnte sich nach einigen Jahren wieder mit der Landeskirche. Die schlesischen Altlutheraner aber hielten aus; sie beschlossen auf einer Synode zu Breslau (1835) ihre Sonderkirche nimmer aufzugeben. Als ein unirter Geistlicher statt des abgesetzten altlutherischen in die Pfarrei des schlesischen Dorfes Hönigern eingeführt werden sollte, da rottete sich die gesammte Gemeinde, die Frauen voran, schreiend und jammernd vor der verschlossenen Kirche

---

*) Kronprinz Friedrich Wilhelm an Altenstein, 2. Mai 1830, 30. December 1831, 26. Juni 1833.

zusammen; Soldaten mußten die Thüre sprengen und blieben dann noch eine Weile auf Einquartierung. Bei allen diesen traurigen Vorgängen handelte die Regierung streng nach dem Buchstaben des Gesetzes; aber wie deutlich zeigten sie, daß die Kirchenpolitik des alten Territorialsystems sich gänzlich überlebt hatte. Evangelische Freiheit war nur noch möglich, wenn eine neue Kirchenverfassung das gute Recht der Gemeinden sicher stellte.

Nach langem Streit und Leid entschloß sich endlich ein Theil der Altlutheraner, insgesammt mehr als tausend Köpfe, zur Auswanderung. Ihren Glauben und ihren Cultus tastete Niemand an, nur das evangelische Recht der Gemeindebildung ward ihnen versagt, und so wähnten sie für die Religion zu leiden, während doch lediglich ein ungeheueres Mißverständniß und ihr unduldsamer Haß gegen die Reformirten sie aus dem Lande trieben. Welch ein Tag, als vierhundert dieser armen Schlesier auf ihren Spreekähnen durch Berlin kamen und dann die Havel abwärts am Potsdamer Stadtschlosse vor den Fenstern des Königs vorüberfuhren; ihre lutherischen Lieder klangen weithin über das stille Gewässer. Schien es nicht, als ob jene Zeiten des großen Kurfürsten wiederkehrten, da Paul Gerhardt, auch er ein Märtyrer mehr der Unduldsamkeit als des Glaubens, die Mark hatte verlassen müssen? Was aber damals, in dem harten Jahrhundert der Religionskriege, die Noth erzwang, das hätte jetzt, in weltlichen Tagen, eine kluge und weitherzige Kirchenpolitik leicht vermeiden können. Welch ein Widerspruch! Friedrich Wilhelm fühlte sich als den Beschützer des evangelischen Glaubens in Deutschland; so nannten ihn auch der fromme G. H. Schubert und die anderen bairischen Protestanten, denen er bei allen ihren kirchlichen Unternehmungen gern zu Hilfe kam.*) Er feierte in diesen Tagen tief bewegt den dreihundertjährigen Gedenktag der brandenburgischen Reformation. Und doch ward unter dem frommen Fürsten eine Verfolgung möglich, die aller evangelischen Freiheit widersprach.

Im Lande erzählte man, der gute König wisse nichts von dem harten Verfahren seiner Beamten. Er wußte es wohl. Er verfolgte die kirchlichen Wirren tief bekümmert, mit gespannter Aufmerksamkeit und ließ sogar den Auswanderern insgeheim Unterstützung spenden; doch an seiner Kirchenpolitik ward er keinen Augenblick irr. In diesem Jammer bedrängter und beirrter Gewissen sah er nur eine strafbare Auflehnung gegen das von Gott verordnete Kirchenregiment und fragte immer wieder ganz verwundert: wie sind solche Verirrungen möglich in einem Lande unbeschränkter Gewissensfreiheit? Er ahnte nicht, wie die deutschen Nachbarn über diese Verfolgungen dachten. Die Lutheraner in Sachsen, Mecklenburg, Baiern hatten bisher auf den schwächlichen Synkretismus der Union

*) Eingaben an König Friedrich Wilhelm: von der Münchener Evangelischen Gemeinde, 14. Jan. 1834; von G. H. Schubert, 10. Jan. 1836.

gescholten. Jetzt konnten sie mit einigem Scheine behaupten, dies edle Unternehmen evangelischer Freiheit sei im Grunde nur ein Werk der Gewissenstyrannei. Das Wachsthum der Union war auf lange Zeit hinaus gehemmt. Als die Tage der schlimmsten Quälerei überstanden waren, faßte sich der Kronprinz endlich ein Herz und verlangte im Staatsministerium, von Mühler unterstützt (1839): den Sektirern müsse „eine Art Anerkennung" gewährt werden; verleihe man dann der evangelischen Kirche selbst größere Freiheit, so werde „dies Irrwesen bald in sich verfallen".*) Aber so lange der alte Herr lebte war an keine Aenderung zu denken.

Wie ward dem frommen Steffens zu Muthe, als er um diese Zeit (1837), noch tief erschüttert von dem Abschied seiner lutherischen Glaubensgenossen, das Land Tyrol bereiste, und ihm droben in den Alpen ein anderer Auswandererzug begegnete, mit hochbeladenen Wagen, Männer, Weiber und Kinder, über vierhundert Köpfe, auch zwölf steinalte Leute von mehr als siebzig Jahren zogen mit. Es waren die protestantischen Zillerthaler, die letzte Glaubenskolonie der Hohenzollern; ein tapferer Bauer, Johann Fleidl führte sie an. Die österreichische Regierung hatte ihnen den Aufenthalt in dem Lande der Glaubenseinheit nicht mehr gestattet, weil die fanatische Clerisei den ehrenfesten Lutheranern unheimliche sektirerische Ausschweifungen andichtete, und sie endlich aufgefordert, ihren Wohnsitz in ein anderes Kronland, etwa nach Siebenbürgen zu verlegen. Daß Tyrol deutsches Bundesland war, kam in Wien natürlich nicht in Betracht; auch der Bundestag verlor kein Wort über die offenbare Verletzung des Art. 16 der Bundesakte, und kein deutscher Publicist warf die Frage auf, ob dies Oesterreich mit seinen Sonderrechten wirklich noch zu Deutschland gehöre. Unter den Evangelischen des Hochgebirges aber hatte der preußische Name noch von den Zeiten der Salzburger Emigranten her einen guten Klang; nach dem nahen Baiern wollten sie nicht ziehen, weil sie der ultramontanen Gesinnung des Münchener Hofes mit Recht mißtrauten. Die Zillerthaler wendeten sich an den alten König. Er verhandelte mit ihnen durch seinen Hofprediger Strauß und bot ihnen dann eine neue Heimath bei Schmiedeberg, am schönen Abhang des Riesengebirges, wo sie das schönere alte Heim doch nicht zu schmerzlich vermissen sollten.**) Die Kosten der Ansiedelung in dem dicht bevölkerten Schlesien stellten sich freilich sehr hoch, fast fünfmal höher als die Zuschüsse, welche König Friedrich einst seinen Kolonisten zu bewilligen pflegte. Die fromme hochherzige Gräfin Reden trat auf Friedrich Wilhelm's Befehl an die Spitze eines Ausschusses, der den Einwanderern über die böse Zeit des Ueberganges hinweghalf, und nach Jahresfrist waren sie alle in den drei Dörfern des neuen Zillerthales untergebracht, ein treues, arbeitsames und bei allem Glaubenseifer lebens-

*) Kronprinz Friedrich Wilhelm an Altenstein, 4. Febr. 1839.

**) Dönhoff's Berichte, 18. 28. Mai, 1. Juli 1837.

frohes Völkchen. In ihren schmucken Tyroler Häusern, mitten unter den grünen Matten fühlten sie sich bald glücklich; ihre jungen Leute wurden bei den Görlitzer Jägern gern als Rekruten aufgenommen, und mancher zog nachher in die norddeutsche Ebene, um durch die heimische Milchwirthschaft sein Glück zu suchen. Mit dem königlichen Hause blieben sie immer in naher Verbindung; Prinz Wilhelm der Aeltere und die Prinzessin Marianne kamen aus dem nahen Fischbach oft herüber, und außer ihrer Bibel war den Exulanten nichts so ehrwürdig wie das Bild des alten Königs in der Gemeindeschule. Gott segne den König Friedrich Wilhelm III. — so lautete die Inschrift auf dem Söller des ersten Hauses in Mittel-Zillerthal. —

Die Provinzialstände der östlichen Provinzen bereiteten der Regierung wenig Ungelegenheiten, sie besorgten mit treuem Fleiße ihre unscheinbaren Geschäfte. Die altständische Opposition gegen die Hardenbergische Gesetzgebung regte sich noch zuweilen, aber minder lebhaft als in früheren Jahren, und als die langwierigen Berathungen über den Entwurf der neuen Gewerbeordnung begannen, da zeigte sich's, daß die Grundsätze der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit den Preußen schon in Fleisch und Blut gedrungen waren. Die Wiederherstellung des alten Zunftzwanges wagte selbst der conservativste aller Landtage, der brandenburgische nicht zu verlangen; man wünschte nur freie Innungen mit strengerer Zucht für Lehrlinge und Gesellen. Die Stände fühlten selbst, wie wenig die öffentliche Meinung nach ihnen fragte, und beantragten mehrmals, in Preußen, Sachsen, Schlesien, daß ihre Verhandlungen dem Volke zugänglicher gemacht würden. Die neuen Gedanken freilich, welche im Bürgerthum zu gähren begannen, konnten in dieser Vertretung des Grundbesitzes keinen Ausdruck finden; ihre still wachsende Macht ließ sich nur an der freieren Sprache der Provinzialpresse errathen. Während die Berliner Zeitungen noch in dem alten Stumpfsinn verharrten, brachte der junge Nationalökonom Schön in der Schlesischen Zeitung schon zuweilen scharfe Leitartikel über innere Angelegenheiten. Mit ihm suchte Frhr. v. Baerst in der Breslauer Zeitung zu wetteifern; die Königsberger Zeitung aber diente den ostpreußischen Liberalen zum Sprechsaal, soweit es die gestrenge Censur erlaubte. —

Sobald ein neuer politischer Gedanke sich im Völkerleben durchgesetzt hat, bewirkt die Kraft des Beharrens regelmäßig einen Rückschlag der verletzten Interessen und Meinungen. Auch dem Zollvereine sollte diese Erfahrung nicht ganz erspart bleiben. Wohl stieg der Gesammtertrag der neuen Zölle von Jahr zu Jahr, und die süddeutschen Finanzmänner hatten guten Grund, sich ihres Entschlusses zu freuen. Baiern, das aus dem bairisch-württembergischen Zollvereine kaum 2 Mill. fl. jährlich bezogen

hatte, empfing schon im ersten Jahre (1834) von dem Deutschen Zollvereine fast das Doppelte, 3,895 Mill. fl. Im Jahre 1840 hatte sich die zur Vertheilung gelangende Gesammteinnahme des Vereins seit 1834 schon um mehr als die Hälfte gesteigert; sie war von 12,18 auf 19,01 Mill. Thlr. gewachsen. Und wie wenig bedeuteten diese finanziellen Gewinnste neben dem gewaltigen Umschwunge, der sich überraschend schnell in der Volkswirthschaft des Südens vollzog. Preußens altbefestigte Großindustrie gewann durch den Zollverein nur ein etwas vergrößertes Absatzgebiet. Der junge süddeutsche Gewerbfleiß dagegen erlangte mit einem male, was ihm bisher ganz gefehlt hatte, einen weiten freien Markt, er erlangte Zölle, welche zwei- bis viermal höher standen als die bairisch-württembergischen und in der That einen genügenden Schutz gewährten; denn seit dem Jahre 1818 hatten sich die preußischen Zölle nur wenig geändert, während die meisten ausländischen Fabrikwaaren im Preise erheblich gesunken waren.

Unter so günstigen Anzeichen erstarkte die wirthschaftliche Thatkraft des Südens zusehends. Eine Menge neuer Unternehmungen entstanden; um Lahr, Mannheim, Ludwigshafen, Eßlingen, Augsburg, Nürnberg bildeten sich ganze Fabrikbezirke; die Süddeutschen erfuhren zum ersten male, was man im Norden schon kannte, daß verwandte Industriezweige sich an einem Orte zusammenzudrängen pflegen. Während der Jahre 1834—42 stieg die Einfuhr der zur Verarbeitung bestimmten rohen Baumwolle im Zollvereine auf mehr als das Doppelte, von 121,000 auf nahezu 243,000 Centner. Da diese neuen Fabriken noch nicht fest auf ihren eigenen Füßen standen, so riefen sie nach Schutz, und ganz plötzlich verschob sich die Stellung der volkswirthschaftlichen Parteien. Vor Kurzem erst hatten die Süddeutschen über Preußens hohe Zölle geklagt, weil man in Berlin begreiflicherweise nicht geneigt war, zugleich mit dem Wagniß des Zollvereins auch eine erhebliche Herabsetzung des Zolltarifs zu versuchen. Kaum war der Verein geschlossen, so erschien sein Zollschutz schon ungenügend. Süddeutschland wurde die Wiege einer schutzzöllnerischen Partei, die den freihändlerischen Häfen und Handelsplätzen des Nordens scharf entgegentrat und schon jetzt stark genug war, jede Ermäßigung der Zölle zu verhindern. Die wenigen Veränderungen, welche der Zolltarif in den dreißiger Jahren erlitt, waren fast allesammt Zollerhöhungen; so wurden die Zölle auf Leinenzwirn, Seidenzwirn, Garn, gefärbte Seide etwas heraufgesetzt, offenbar um den Wünschen der süddeutschen Fabrikanten entgegenzukommen. Es rächte sich aber jetzt, daß Süddeutschland in seiner Gewerbegesetzgebung so weit zurückgeblieben war. Selbst manche wohlberechtigte Wünsche der Augsburger und Stuttgarter Schutzzöllner erschienen den Berliner Geheimen Räthen verdächtig, weil der Süden für das classische Land altväterischer zünftlerischer Vorurtheile galt.

Während die Producenten sich also sehr rasch in den Zollverein einlebten und nur die Milde seiner Gesetzgebung beklagten, begannen auch

die süddeutschen Kammern von ihrem thörichten Widerstande endlich abzulassen. Die beschämende Niederlage des parlamentarischen Liberalismus ließ sich nicht mehr ableugnen; wie viel klüger, weitsichtiger, patriotischer als selbst Paul Pfizer hatte sich doch der unpolitische Geschäftsmann Cotta während der Entstehungsjahre des Zollvereins gezeigt. Im badischen Landtage fiel noch manches böse Wort über das Fabrikproletariat und die zunehmende Theuerung, über wirkliche oder vermeintliche Mißgriffe der Zollpolitik*), und Preußen warf auf den Zollconferenzen schon das Bedenken auf, ob man den Landtagen gestatten dürfe, über jede Einzelheit des Zollwesens mitzuentscheiden. Indeß hielten beide Theile bald für klüger, so peinliche Fragen nicht zu berühren. Die Landtage gewöhnten sich, die Zollpolitik den Regierungen allein zu überlassen, und in der That verliefen die drei ersten Zollconferenzen zu München, Dresden, Berlin allesammt friedlich, nachdem Kühne in München zuerst (1836) den rechten Ton wohlwollender, sachlicher Erörterung angeschlagen hatte.

Mehr als eine verständige Behandlung der laufenden Geschäfte ließ sich von diesen Versammlungen, wo das liberum veto herrschte, freilich nicht verlangen. Daß die Einheit des Marktes auch die Einheit der Münzen und Maße bedinge, wurde erst von Wenigen eingesehen. Selbst Dahlmann meinte noch, die althistorischen Münzen zerstören, heiße den Glauben des Volks antasten; weit schädlicher als die Mannichfaltigkeit des Geldes erschien ihm die Verschiedenheit der deutschen Staatsverfassungen. Als der Wirrwarr des Münzwesens in den Guldenländern ganz unerträglich wurde, beschlossen die süddeutschen Regierungen einen Theil der unterwerthigen alten Brabanter Münzen einzuziehen, worauf sich sofort der Schreckensruf erhob: das sei der erste Schritt zur Einführung des preußischen Thalers, den freilich Jedermann im Verkehre gern annahm. Das kluge Haus Coburg benutzte diese Gelegenheit, um seine berüchtigten Sechser selber in Verruf zu erklären; die Baiern aber waren über diesen Beweis nachbarlicher Redlichkeit sehr aufgebracht und bezeigten dem Coburger Herzog, als er nach München kam, auf offener Straße ihren Unwillen.**) Ein Jahr nachher (1838) schlossen die Staaten des Zollvereins eine Münzconvention, welche mindestens das Werthverhältniß zwischen dem Thaler und dem Gulden feststellte. Das einzige wirksame Heilmittel, die allgemeine Annahme der Thalerwährung, war unmöglich, weil die Süddeutschen, König Ludwig voran, fast allesammt glaubten, die Wohlfeilheit der Guldenländer rühre von ihrem elenden Münzwesen her und würde durch den unheimlichen Thaler zerstört werden. Einem so mächtigen Vorurtheile wagten die weiter blickenden Finanzmänner nicht zu trotzen. Nur der Doppelthaler, gleich 3½ fl., im Volke Champagnerthaler genannt, sollte von allen Staaten

---

*) Blittersdorff, Weisung an Frankenberg, 24. April 1839.

**) Berichte von Galen, Darmstadt, 26. April 1837, von Dönhoff, München, 11. Mai, 16. Juni, 16. Juli, 25. Dec. 1837, 19. Dec. 1838.

geprägt werden und blieb fortan durch viele Jahre die einzige deutsche Vereinsmünze. Damit war nichts gebessert. Da die süddeutschen Staaten ihren rheinischen Gulden noch niemals gemünzt hatten und auch jetzt noch stets zu wenig Guldenstücke prägen ließen, so überschwemmten unzählige fremde Münzen ihr Gebiet, nicht blos die unaufhaltsamen preußischen Thaler, sondern auch alte Brabanter Kronenthaler, österreichische und französische Münzen; wunderbar geduldig löste das Volk täglich schwierige Rechenaufgaben mit Stücken von 2 fl. 42 Xr., 1 fl. 45 Xr., 1 fl. 10 Xr. Das Papiergeld vollends und die Banknoten galten nur in ihren Heimathstaaten als gesetzliche Zahlungsmittel, und doch liefen sie in allen Vereinslanden um, weil der Verkehr ihrer nicht entbehren konnte. Wer eine Zahlung in Papier annahm, mußte wohl aufmerken, daß ihm nicht einige jener bedenklichen „wilden" Scheine mit untergeschoben wurden, welche die kleinen Thüringer Landesväter im Vertrauen auf die Gutmüthigkeit der Nachbarn massenhaft anzufertigen liebten.

Aber wie viel auch noch an der Einheit des deutschen Marktes fehlte, ein ungeheuerer Erfolg war doch erreicht. Was Stein einst vergeblich erstrebt hatte, als er während des Befreiungskrieges den Kriegsimpost in allen deutschen Häfen einzuführen suchte, das gemeinsame Grenzzollwesen bestand jetzt wirklich. Eine Masse widrigen Gezänks, das unsere Macht geschwächt und den Charakter des Volkes geschädigt hatte, war mit einem Schlage aus der Welt geschafft. Die Nation zeigte sich zufrieden; sie fühlte, daß die Natur der Dinge zu ihrem Rechte gelangt sei. Von dem Zollkriege der alten Sonderzollvereine wollte Niemand mehr hören; man lächelte nur, als Dr. Emminghaus zu Weimar jetzt noch, nach der Entscheidung, in einer gelehrten Schrift bewies, nach römischem Rechte seien Sachsen und Thüringen allerdings befugt gewesen, den mitteldeutschen Handelsverein zu verlassen. Die Geschäftswelt lebte sich in die neuen Formen der Zollverwaltung bald ein und zeigte den Behörden ein ehrlich erwidertes Zutrauen. Im Jahre 1826 gewährte die Magdeburger Provinzialsteuerdirektion den großen Firmen nur für 13,000 Thlr. Zoll- und Steuercredit; nach wenigen Jahren wuchs diese Summe schon auf mehr als eine Million, und sie blieb im Steigen, da die gestundeten Beträge stets pünktlich am Verfallstage eingingen. Unterdessen hatten die Kaufmannschaften der großen Plätze des Ostens schon während der zwanziger Jahre Corporationsrechte erhalten, und neuerdings wurden auch in den Städten der westlichen Provinzen Handelskammern gebildet, in Elberfeld und Barmen 1831. So erlangte der Handelsstand die Mittel, seine Wünsche und Beschwerden nachdrücklich geltend zu machen. Wie lange hatten die Deutschen über ihr unfindbares Bundesrecht und die Nichtigkeiten ihrer kleinen Landtage ziellos hin und her gestritten. Nunmehr entstand endlich eine wirkliche und wirksame öffentliche Meinung, die in den Interessenfragen der nationalen Handelspolitik gebieterisch ihr Recht forderte.

Die Stärke dieser neuen Macht offenbarte sich sofort zur Ueberraschung des Beamtenthums, als der Zollverein seinen ersten Handelsvertrag mit dem Auslande schloß, den Vertrag mit den Niederlanden vom 21. Januar 1839. Seit dem Abfall Belgiens hofften die Holländer jene alte Handelspolitik wiederherzustellen, welche ihnen einst zur Zeit des römischen Reichs so reichen Gewinn gebracht hatte: sie dachten Deutschland mit Colonialwaaren und Fabrikaten zu versorgen und dafür ihre Rohstoffe aus dem armen Hinterlande zu beziehen. Um zunächst den deutschen Zuckermarkt zu beherrschen, stellten sie ein Halbfabrikat her, den Lumpenzucker, der bei den Zollämtern als Rohzucker declarirt wurde. Aber die Zeit war nicht mehr, da die Deutschen wähnten, nur auf fremden Krücken gehen zu können; der Zollverein setzte sich zur Wehr und verfügte, daß der Lumpenzucker fortan gleich dem raffinirten Zucker, mehr als doppelt so hoch denn bisher, verzollt werden sollte (1836). Darauf folgten mehrjährige, verwickelte Unterhandlungen: Holland gewährte der deutschen Rheinschifffahrt neue willkommene Erleichterungen und verlangte dagegen die Herabsetzung der Zölle auf seinen Lumpenzucker. Der König der Niederlande selbst und seine Tochter die Prinzessin Albrecht von Preußen betrieben das Geschäft mit Feuereifer; sie meinten, die Oranier dürften jetzt doch einige Rücksicht erwarten, nachdem man ihnen gegen die Belgier keine Hilfe gewährt habe.*) Graf Alvensleben gab schließlich nach und bewilligte, daß der Zoll auf den holländischen Lumpenzucker bis zur Hälfte ermäßigt wurde; er befürchtete sonst einen zu großen Ausfall in den Zolleinnahmen, und gleich ihm ließen sich auch die anderen Vereinsregierungen durch fiscalische Erwägungen bestimmen. Die Entscheidung erfolgte erst nach heftigem Streite, einer der ersten preußischen Finanzmänner, Geh. Rath Windhorn nahm deshalb seinen Abschied.**) Aber kaum war sie gefallen, so erhob sich ein Sturm in der gesammten Presse; alle Welt rief entrüstet, das heiße Deutschlands Interessen dem Auslande opfern. Die deutschen Siedereien und die Rübenzuckerfabrikanten betheuerten, unter solchen Umständen könnten sie den holländischen Wettbewerb nicht mehr bestehen, und der Erfolg gab ihnen Recht. Die zwei großen Stettiner Siedereien kamen dem Untergange nahe; auch die Hansestädte, denen der Zollverein die gleiche Vergünstigung bewilligte, vermochten das siegreiche Holland nicht mehr aus dem Felde zu schlagen.

Nur zu bald lag es klar am Tage: die erste diplomatische That der neuen nationalen Handelspolitik war ein schlimmer Mißgriff und zugleich eine Verletzung der Grundsätze des Zollvereins, der sonst alle Differentialzölle verwarf, diesmal aber einem unfreundlichen Nachbarlande

*) Berichte von Münchhausen, 23. April, 3. Juni 1837; von Frankenberg, 23. April, 25. Mai 1837, 6. Dec. 1838, 25. Jan. 1839; von Berger, 27. März 1839.

**) Nach Kühne's Aufzeichnungen.

gefährliche Vorzugsrechte gewährte. Die Nation hatte mithin guten Grund zur Klage, und sie sprach ihren Unwillen so entschieden aus, daß die Regierungen sich schon nach zwei Jahren genöthigt sahen, den unbedachten Vertrag aufzukündigen. Also errang die öffentliche Meinung einen ersten wohlverdienten Erfolg. Nirgends verrieth sich ein Gefühl der Ueberhebung, obwohl es natürlich nicht an scharfen Ausfällen auf Mynheer und die Politik des jusqu' à la mer fehlte; überall nur das gesunde Selbstvertrauen einer starken Nation, die endlich Herr im Hause sein wollte. Der „Zuckerkrieg" bewies, wie viel politisches Urtheil und nationalen Stolz dies Volk entfalten konnte, wenn sich ihm nur ein ernsthafter Gegenstand darbot; er bewies auch, daß der Zollverein schon zu einer volksthümlichen Macht geworden war, deren Wohl und Wehe Jeden berührte. Mit gutem Grunde sang damals Hoffmann von Fallersleben den Stiftern des Zollvereins zu:

Denn Ihr habt ein Band gewoben
Um das deutsche Vaterland,
Und die Herzen hat verbunden
Mehr als unser Bund dies Band.

Selbst den Gegnern begann allmählich einzuleuchten, daß eine so stätig und sicher erstarkende Gemeinschaft sich nicht wieder auflösen konnte. Wie Oesterreich seinen Kampf gegen den Zollverein in der Stille einstellte, so mußten auch die stolzen deutschen Großbritannier lernen, mit der vollendeten Thatsache zu rechnen, obgleich ihr gefeierter Publicist Rehberg soeben noch zuversichtlich erklärt hatte, der Zollanschluß Sachsens an Preußen sei eine baare Unmöglichkeit. Der neue hannöversche Steuerverein versuchte eine Zeit lang den Schmuggel von Braunschweig nach dem Zollvereinsgebiete zu unterstützen; doch auf Preußens entschiedene Forderung wurde der Unfug abgestellt,*) und bald fühlten beide Theile, daß sie sich weit wohler befanden, wenn sie einander gegenseitig bei der Verfolgung des Schleichhandels unterstützten.

Schwerer gewöhnte sich England an die neuen deutschen Zustände. Palmerston äußerte sich hoch entrüstet über den Zollverein, als auch Frankfurt sich den Banden der britischen Handelspolitik entwand. Da erwiderte ihm der befreundete Hamburger Syndicus Sieveking: an Alledem sei England selbst mitschuldig.**) In der That hatten die britischen Kornzölle bei dem Ausbau der deutschen Zolleinheit als unfreiwillige Bundesgenossen kräftig mitgeholfen. Hätte England nach dem Befreiungskriege den schutzlosen deutschen Staaten durch kluge Handelsverträge die Einfuhr ihrer Naturerzeugnisse erleichtert, so wäre der überlegenen britischen Industrie wohl noch für lange Zeit die Herrschaft auf dem deutschen Markte gesichert, unserem Gewerbfleiße die Selbständigkeit erschwert worden. Der

*) Frankenberg's Bericht, 11. Jan. 1836.
**) Blittersdorff's Bericht, 21. Juli 1835.

Kornzoll bildete aber einen der Pfeiler, auf denen die alte aristokratische Parlamentsherrschaft ruhte. Er blieb bestehen und belastete den deutschen Landbau schwer, den Getreidehandel insbesondere durch die Wandelscala; da die Zollsätze sich nach den Marktpreisen veränderten und die Schiffe noch sehr langsam segelten, so konnte der deutsche Schiffer den Zoll für seine Getreideladung nie voraus berechnen. Also versagte die britische Handelspolitik den Deutschen das einzige werthvolle Zugeständniß, das sie ihnen bieten konnte, und hoffte gleichwohl die Handelsherrschaft über Deutschland zu behaupten, indem sie unsere Zwietracht schürte. Nun da der günstige Augenblick längst versäumt war, trat ihr plötzlich der unangreifbare neue nationale Handelsbund entgegen; die Deutschen hatten gelernt, sich durch vereinte Kraft zu schützen, die Zeit der englisch-deutschen Sonderbünde war dahin. Noch einmal versuchten England und Frankreich ihr altes Spiel zu erneuern. Während der Zollconferenzen von 1839 erschienen Palmerston's Agent Dr. Bowring und der vielgewandte französische Consul Engelhardt aus Mainz als ungebetene Gäste in Berlin, um durch Lockungen und Verheißungen einige der kleinen Staaten, vornehmlich Baden, gegen den Zollverein aufzuregen. Sie fanden aber eine sehr kühle Aufnahme, Bowring's anmaßende Zudringlichkeit mißfiel allgemein, Beide mußten unverrichteter Dinge abziehen.*)

Nur Mecklenburg gab sich noch zum Werkzeuge ausländischer Ränke her, weil es in seinem Sonderleben verharren wollte, und schloß am 19. Juli 1836 mit Frankreich einen Handelsvertrag, der offenbar den Zweck verfolgte, den französischen Weinen einen einträglichen Schleichhandel nach den benachbarten preußischen Provinzen zu sichern. Die Vereinsregierungen waren empört; König Ludwig schalt heftig auf die undeutsche Gesinnung der Mecklenburger, auch Czar Nikolaus ließ in Schwerin seinen Unwillen aussprechen, weil er jede Annäherung an den Bürgerkönig verabscheute.**) Indessen gelang es durch sorgsame Grenzbewachung die üblen Folgen des Vertrags von dem Zollvereine abzuwenden. Es war nicht anders; die Westmächte mußten sich darein ergeben, daß sie den deutschen Handelsbund nicht mehr auflockern, sondern nur noch Macht gegen Macht mit ihm rechnen konnten. Und wie schwer es hielt, von einem so vielköpfigen, so mannichfaltige Interessen umschließenden Vereine Zugeständnisse zu erlangen, das erfuhr England jetzt schon bei vertraulichen Vorverhandlungen. Palmerston ließ in Berlin unter der Hand die Ermäßigung der englischen Holzzölle anbieten, falls der Zollverein seine Zölle auf Baumwoll-Waaren herabsetze. Ein solcher Vorschlag wäre früherhin, so lange Preußen allein stand, sicherlich angenommen worden; jetzt aber lautete die kühle Antwort:

---

*) Berichte von Frankenberg, 19. Juli, von Stockhausen, 10. Aug. 1839.

**) Berichte von Frankenberg, 3. Nov. 1836, von Münchhausen, 14. Febr., von Dönhoff, 4. März 1837.

die Ermäßigung der Holzzölle bringe zunächst dem englischen Schiffbau selber Vortheil, in Deutschland nur den östlichen Provinzen Preußens, und diesen wolle man die Interessen der sächsischen Baumwoll-Industrie nicht aufopfern.*)

Also wuchs das neue Deutschland kräftig heran, zum Schrecken aller Mächte, die auf Mitteleuropas Schwäche zählten. Und doch war der Bestand des Zollvereins gerade in diesen ersten Jahren seines fröhlichen Aufblühens ernstlich bedroht. Diesmal kam die Gefahr aus Preußen selbst. Das fiscalische Interesse, das durch den Idealismus der Politik unleugbar schwer geschädigt war, erhob sich zur Abwehr. Die für Süddeutschland so günstigen Ergebnisse der Zollvereinsabrechnungen brachten den preußischen Staatskassen zunächst nur Verluste; die Vertheilung der Einnahmen nach der Kopfzahl erwies sich als eine offenbare Ungerechtigkeit, zu Preußens Schaden. Preußens Zolleinnahmen betrugen im Jahre 1833 auf den Kopf der Bevölkerung 20 Sgr.; im folgenden Jahre, nach der Gründung des Zollvereins sanken sie fast um ein Viertel, auf 15½ Sgr., und erst im Jahre 1838 wurde der frühere Satz annähernd wieder erreicht. In fünf Jahren einer unerhörten Verkehrssteigerung erlitt Preußens Finanzverwaltung also nur Einbußen. Von den 12,18 Mill. Thlr., welche der Zollverein in seinem ersten Jahre unter die Bundesgenossen vertheilte, warf Preußen allein 8,99 Mill. Thlr. ein, während Baiern nur 950,000, Württemberg nur 270,000 Thlr. an Reinertrag eingenommen hatte. Und dies ungeheuerliche Mißverhältniß zwischen den Einnahmen der Verbündeten steigerte sich sogar mit den Jahren. Bis zum Jahre 1840 wuchsen die Summen, welche Preußen zur Vertheilung einwarf, fast um die Hälfte, bis auf 12,95 Mill., während Baierns reine Einnahme sich nur auf 1,21 Mill. erhob, das Zolleinkommen Württembergs in den Jahren 1838—40 ziemlich gleichmäßig auf der Summe von 427,000 Thlr. verblieb. Allein in dem verkehrsreichen Sachsen stiegen die Einnahmen noch schneller als in Preußen, binnen sieben Jahren von 1,07 auf 1,94 Mill. Thlr.; die übrigen Vereinsstaaten erhielten allesammt von Preußen beständig wachsende Auszahlungen.

Angesichts dieser Thatsachen ließ sich gar nicht leugnen, daß Preußens Staatshaushalt von den süddeutschen Verbündeten beständig übervortheilt wurde, wenngleich ein Theil der in Preußen verzollten Waaren späterhin nach dem Süden weitergehen mochte, und mithin eine genaue Abrechnung unmöglich war. Minister Rother, der seit 1835 das Handelsamt als ein selbständiges Ministerium verwaltete, und die anderen gestrengen Finanzmänner der alten Schule fragten empört: ob jemals ein mächtiger Staat solche Opfer gebracht habe für eine erhabene Idee? Wo waren denn die erhofften politischen Vortheile des Zollvereins? Wer nur von oben hin

*) Frankenberg's Bericht, 31. März 1836.

sah, konnte sie nirgends entdecken; die Professoren der Staatswissenschaft waren mit ihrem Urtheil längst im Reinen und diktirten in ihren Collegien allesammt, der Zollverein sei lediglich ein wirthschaftlicher Bund, ohne jede politische Bedeutung. Er verhinderte ja nicht, daß die Abstimmungen der Vereinsstaaten am Bundestage oft sehr weit auseinandergingen, daß Preußen und Baiern während der kirchlichen Wirren sich scharf befehdeten. Bald schloß sich Alvensleben der Meinung Rother's an; desgleichen Schön und Ladenberg, die alten eigensinnigen Gegner der Ideen Eichhorn's; dazu endlich die reactionäre Partei am Hofe, die von deutscher Politik überhaupt nichts hören wollte.*) Sie Alle schalten auf den Süden, der so wenig Colonialwaaren verzehrte, auf die Leipziger Meßprivilegien und den im Erzgebirge noch immer blühenden Paschhandel. Ueberall in Preußen, wo man die volkswirthschaftlichen Segnungen des Zollvereins nicht unmittelbar im eigenen Geschäfte verspürte, wurde die Klage laut: der großmüthige König lasse sich von seinen süddeutschen Freunden „auspumpen“. Auch der junge Otto v. Bismarck theilte diese im Landadel weit verbreitete Ansicht.

Nach dem Rechnungsabschluß vom Jahre 1834 erstattete Alvensleben dem Könige einen Bericht, der den alten Herrn tief verstimmte. Der Minister rechnete „wie ein guter Hausvater“ — so sagten seine altmärkischen Verehrer — und deutete schon an, das ungünstige Ergebniß des Rechnungsjahres sei allein dem Zollvereine zuzuschreiben. Schon damals war er entschlossen, den Zollverein versuchsweise zu kündigen um bessere Bedingungen für Preußens Staatshaushalt zu erlangen.**) Der Kronprinz jedoch trat ihm mit warmer patriotischer Leidenschaft entgegen, und Kühne schrieb in Ranke's Zeitschrift eine Abhandlung „über den deutschen Zollverein“, welche die volkswirthschaftliche Bedeutung des Handelsbundes in das rechte Licht stellte. So ward die Gefahr für jetzt noch abgewendet. Die Finanzpartei aber gab sich nicht zufrieden; sie klagte ganz so wie sie einst über das neue Zollgesetz von 1819 und den Untergang der einträglicheren alten Accise geklagt hatte. Der General-Steuerdirektor Kuhlmeyer saß grimmig brütend über seinen Tabellen, und Alvensleben betheuerte: „ich bin eher Preuße als Deutscher.“ Im December 1839 überraschte der Minister die Vereinsregierungen durch eine Denkschrift, welche sich über die Fortdauer des Zollvereins äußerte: zum mindesten müsse Preußen einen anderen Maßstab für die Vertheilung des Weinzolles verlangen, da der ausländische Wein fast ausschließlich in Preußen verzehrt wurde, und desgleichen für die Vertheilung der Branntweinsteuer. Auch die junge Rübenzuckerindustrie wollte der hausväterliche Minister mit einer neuen Abgabe belegen und die Steuer womöglich den Einzelstaaten zuweisen, weil nur Preußen einen beträchtlichen Rübenbau besaß.***)

*) Berger's Bericht, 27. Aug. 1839.

**) Nach Kühne's Aufzeichnungen.

***) Berger's Bericht, 4. April 1839.

Durch diese an sich keineswegs unbilligen Forderungen wurde doch das Dasein des Zollvereins selbst bedroht; denn erlangte ein Staat Vorzugsrechte, so konnten sie auch anderen nicht verweigert werden, und dann ging die Grundlage dieses Handelsbundes, die Gleichberechtigung seiner Mitglieder verloren. Alvensleben fühlte selbst was auf dem Spiele stand, er lud den Sachsen Zeschau und den Thüringer Gersdorff zu einer Unterredung ein, um mit ihnen über die mögliche Auflösung des Vereins zu verhandeln. Da faßte sich Kühne ein Herz und widerlegte die Bedenken der fiscalischen Sparer in einer beredten Denkschrift „über die bisherigen Erträge und Erfolge des Zollvereins". Zum Glück war soeben der Rechnungsabschluß für das Jahr 1838 erschienen, der zuerst wieder auch für Preußen günstig lautete und zu der Hoffnung berechtigte, daß die Ausfälle der letzten Jahre binnen Kurzem gedeckt sein würden. Da der Minister den ersten Fachmann des Zollvereins neuerdings über Zollsachen gar nicht mehr befragte, so berieth sich Kühne mit seinem Freunde Beuth und ließ, allem bureaukratischen Brauche zuwider, seine Denkschrift veröffentlichen. Im Mai 1840, kurz vor dem Tode des alten Königs, überreichte er sie dem Kronprinzen. Der aber sprach dem sonst wenig geliebten liberalen Geheimen Rathe seine herzliche Zustimmung aus: nimmermehr sollte dies Werk langjähriger Kämpfe, der erste Anfang der praktischen deutschen Einheit, die beginnende Blüthe der nationalen Wirthschaft durch fiscalischen Kleinsinn zerstört werden. Also ließ sich jetzt schon vorhersehen, daß der Zollverein auch diese Krisis überstehen und der preußische Staat fortfahren würde, der nationalen Handelspolitik schwere Opfer zu bringen. Auf den Dank der Nation konnte er freilich nicht zählen. Die Zeitungen kümmerten sich noch wenig um statistische Tabellen, und der liberale Philister lebte nach wie vor des Glaubens, daß die pfiffigen Preußen vom Zollvereine den Rahm abschöpften.

Trotz der großen Fortschritte dieser Jahre blieb Deutschland, den Westmächten gegenüber, noch immer ein armes Land. Der Zinsfuß stand hoch, auf 4½ bis 5 Procent; größere Unternehmungen mußten ihre Capitalien oft aus England entleihen, wo sie für 2½ bis 3 Procent zu erlangen waren. Die Berliner Börse war für das Ausland noch kaum vorhanden; sie handelte fast ausschließlich mit inländischen Pfandbriefen, nur mit den spanischen Papieren wurde zur Zeit des Carlistenkrieges eine schwindelhafte Speculation getrieben. Der gesammte Verkehr mit dem Auslande, zumal der überseeische, hing noch, völlig ungeordnet, von tausend Zufällen ab. Wenn der alte Goethe seinem getreuen Carlyle ein Kästchen mit Geschenken senden wollte, so mußte er oft Monate lang warten, bis ein befreundeter Hamburger Rehder ein Schiff nach Edinburg abgehen ließ; im Winter hörte dieser Verkehr gänzlich auf. Und dazu die schlechthin unberechenbaren Kosten. Wer sich nicht vorsah, konnte Wunder erleben. Im Jahre 1834 kaufte der sächsische Consul zu Neuyork im Auf-

trage seiner Regierung die neuesten Schriften über das amerikanische Eisenbahnwesen; die Bücher kosteten 17½ Thlr., als aber die Kiste endlich über Havre in Sachsen anlangte, war sie mit einer Frachtrechnung von 265 Thlr. 18 Gr. 3 Pf. belastet. Der Schiffsverkehr des Zollvereins unterlag jenen plötzlichen, räthselhaften Schwankungen, welche immer das Kennzeichen unfertiger Zustände sind. Im Pillauer Hafen waren im Jahre 1830 mehr als tausend Schiffe ein-, und ebenso viele ausgegangen; dann sank der Verkehr beständig, im Jahre 1834 liefen nur 354 Schiffe ein, erst gegen das Ende des Jahrzehnts wurde der frühere Stand wieder erreicht. An den Odermündungen erstarkte die Schifferei nach langem Siechthum wieder, da die Getreideausfuhr nach England und Amerika zunahm, und die Raubzüge der Barbaresken seit der Eroberung Algiers aufhörten. Bisher hatte der Stettiner Rehder seine Schiffe nie über Bordeaux hinaus gehen und sie regelmäßig daheim überwintern lassen; fortan segelten sie zur Winterszeit, Dank den Franzosen, im sicheren Mittelmeere. Auf der Elbe fuhren seit 1837 Dampfschiffe zwischen Magdeburg und Hamburg; sie beförderten aber blos Personen, Güter nur nebenbei, auch die kräftig anwachsende rheinische Dampfschifffahrt diente noch fast ausschließlich dem Personenverkehre.

Jetzt, da das Verkehrsbedürfniß überall erwachte, empfanden die Deutschen sehr schmerzlich, daß ihr Land in dem classischen Zeitalter der Kanalbauten, im siebzehnten Jahrhundert so ganz verarmt und hilflos dagestanden hatte. Deutschland besaß keine Kanäle — mit einziger Ausnahme der Marken und ihrer östlichen Vorlande, denen die Thatkraft des großen Kurfürsten und des großen Königs trotz der Ungunst der Zeiten einige brauchbare künstliche Wasserwege geschenkt hatte. Der größte Theil seines weiten Gebiets sah sich also allein auf den Wagenverkehr angewiesen, und die Kosten der Verfrachtung auf der Achse stellten sich auch auf den neuen Chausseen noch so hoch, daß umfängliche, schwer ins Gewicht fallende Waaren, Steine, Kohlen, Holz, selbst das Getreide im Binnenlande nur auf kurze Entfernungen versendet werden konnten. Das reiche Leipzig entbehrte noch immer der Bürgersteige, weil man die schweren Granitplatten aus den entlegenen Steinbrüchen nur zu unerschwinglichen Preisen herbeizuschaffen vermochte. Was frommten der Landwirthschaft die befreienden Agrargesetze, was der Zollverein, so lange ihre Erzeugnisse vom großen Verkehre fast ausgeschlossen waren? Durch die Fortschritte der Technik war der Landbau längst zu einem kunstreichen Gewerbe geworden; und der Sachse F. G. Schulze vertrat bereits die Meinung, die der alte Thaer noch bekämpft hatte, daß der große Landwirth akademischer Bildung bedürfe. Er gründete in Jena 1826, dann auf dem alten Klostergute Eldena bei Greifswald, 1834, landwirthschaftliche Lehranstalten, die mit den benachbarten Universitäten in Verbindung standen. Der Sprit, den das preußische Zollgesetz von 1818 noch gar nicht kannte, galt jetzt schon für

ein wichtiges Brennmittel, die Brennerei ward dem Großgrundbesitzer schon wegen der Schlempe und des Düngers unentbehrlich. Der Rübenbau nahm zu, und Amtsrath Koppe zu Wollup im Oderbruch, seit Thaer's Tode wohl der erste Landwirth Norddeutschlands, erwies den Theoretikern der Freihandelsschule mit schlagenden Gründen, daß die Erzeugung eines unentbehrlichen Genußmittels im eigenen Lande doch keine Künstelei sei, sondern eine wirkliche Vermehrung des Volksvermögens. Gleichwohl konnte die durchgebildete Arbeitstheilung des Großbetriebs in die Landwirthschaft noch nicht recht eindringen. Jedes große Landgut bildete gleichsam einen isolirten Staat, der durch wohlberechneten Fruchtwechsel, durch die Verbindung von Ackerbau und Viehzucht die verlorenen Bodenkräfte stets selber neu zu erzeugen suchte. In dieser Kunst, ein Landgut durch sich selber zu unterhalten, war Koppe der anerkannte Meister. Für den großen Markt zu arbeiten, einzelne Zweige der Landwirthschaft mit virtuoser Einseitigkeit zu pflegen und die Dungstoffe von auswärts herbeizuschaffen, schien selbst dem unternehmenden Grundherrn unmöglich wegen der hohen Frachtkosten.

Und wie dürftig, eng, kleinstädtisch blieb noch immer die Industrie, trotz der besseren Zeiten. An Stahl erzeugte ganz Preußen im Jahre 1826 nur 62,000 Ctr., an Gußstahl 1832 gar nur 94 Ctr. Schienen und andere Eisenwaaren, die nur mit Cokes hergestellt werden konnten, kamen aus England, weil die deutschen Werke meist mit den Holzkohlen aus den nahen Waldungen heizten und die Fracht für die Steinkohlen nicht zu zahlen vermochten. Von Westphalens mächtigen Steinkohlenlagern wurde, wieder wegen der Frachtkosten, nur ein kleiner Theil ausgebeutet. Im Bochumer Revier waren 130 Gruben im Betrieb, 400 ruhten; so rechnete 1833 Friedrich Harkort, der beliebte Volksmann Westphalens. Harkort selbst leitete in Wetter an der Ruhr, Aston in Magdeburg eine große Maschinenfabrik. Jedoch im Jahre 1837 besaß Berlin erst 29 Dampfmaschinen mit 392 Pferdekräften, ganz Preußen ihrer 419 mit 7355 Pferdekräften; das Wagniß der kostspieligen Anschaffung erschien auch muthigen Gewerbtreibenden oft zu groß. Da und dort versuchte man schon eine Gewerbeausstellung zu veranstalten, aber wie schwach war die Theilnahme; viele Fabrikanten trauten dem neuen Wesen nicht recht, die meisten scheuten sich ihre Werke dem rücksichtslosen öffentlichen Urtheil auszusetzen. Die Breslauer Ausstellung von 1832 fand in einem Stockwerk eines mittelgroßen Hauses genügend Raum, und der Ausschuß bestimmte 100 Thlr. für den Ankauf der auserlesenen Prachtstücke. Bis gegen das Ende des Jahrzehnts merkte die Masse des Volks noch sehr wenig von dem Nahen einer neuen Zeit. Der Bauer ging dreimal jährlich in die Stadt auf den Jahrmarkt um neue Stiefeln oder was an Werkzeug fehlte einzukaufen; in der Tabaksbude fand er den Bedarf für seine lange Pfeife, und nebenan hielt, mit der Schwammmütze auf dem Kopfe, der vom Volks-

liebe viel besungene „arme Schwammmann" seine Zündwaaren feil; dann gab es noch Pulsnitzer, Thorner oder Braunschweiger Pfefferkuchen für die Kinder, und wenn es hoch herging, zeigten eine starke Dame oder ein Affe auf dem Kameel ihre Künste. —

Erst die Eisenbahnen rissen die Nation aus ihrem wirthschaftlichen Stillleben, sie vollendeten erst was der Zollverein nur begonnen hatte, sie griffen in alle Lebensgewohnheiten so gewaltig ein, daß Deutschland schon in den vierziger Jahren einen völlig veränderten Anblick darbot; und immer wird es eine frohe Erinnerung unseres Volkes bleiben, wie rasch, thatkräftig, entschlossen dies arme, politisch zersplitterte Geschlecht sich der weltumgestaltenden neuen Erfindung bemächtigte. Vieles traf zusammen, was den Deutschen den Entschluß erschwerte. Vor wenigen Jahren erst hatte man die neuen preußischen Schnellposten wie ein Wunderwerk angestaunt; der Chausseebau war überall erst im Gange; ganze Landestheile, selbst das reiche Vorpommern, entbehrten noch völlig der Steinstraßen. Dies neue Straßennetz auszubauen und mit Schnellposten auszustatten, erschien Allen als die nächste Aufgabe; und sie war schwierig genug, da der Zollverein die Waarenzüge vielfach verändert, eine Menge neuer Verkehrsbeziehungen geschaffen hatte. Wer hätte es nicht für tollkühn halten sollen, in einer solchen Zeit der wirthschaftlichen Umwälzung auch noch eine Erfindung einzuführen, welche den Postbetrieb völlig umzugestalten, die Chausseen zum alten Eisen zu werfen drohte?

Nach der Eröffnung der Bahn von Liverpool nach Manchester (1826) begannen in England wie in Nordamerika große Eisenbahnbauten. Das britische Parlament hielt sich aber noch lange mißtrauisch zurück: sein Comité erklärte es für „unzulässig, der Eisenbahnen wegen Opfer zu bringen oder das Nationalvermögen zu verschleudern." Auf dem Continente ging Belgien voran. Hier lagen die Verhältnisse sehr einfach. Der junge Staat bedurfte durchaus einer Bahn von Antwerpen nach dem Rheine um seinen Scheldehafen gegen den Wettbewerb der feindseligen Holländer zu decken; da die reiche Bourgeoisie die Kammern vollständig beherrschte, die großen Städte allesammt nahe bei einander lagen, auch der Bau in der Ebene geringe Schwierigkeiten bot, so wurde schon 1834 ein Staatsbahnsystem für das ganze Land, nach Stephenson's Plänen, beschlossen. Die Franzosen zauderten lange; selbst der sanguinische Thiers meinte noch im Jahre 1830, eine Eisenbahn könne höchstens zum Spielzeug für Großstädter dienen. Nachher übernahmen sie sich in kühnen Entwürfen, jedoch die Corruption ihres Parlamentarismus verhinderte rasches Gelingen. Die großen Gesellschaften, die allesammt von Paris aus nach den Grenzen zu ihre Bahnen bauen wollten, durften während langer Jahre keine Theilstrecken eröffnen, weil die Regierung aus Furcht vor den Wählern keinen Landestheil bevorzugen wollte. So geschah es, daß Frankreich noch in den vierziger Jahren nur eine Eisenbahn besaß, die

kleine Lustbahn, welche die Pariser in die Versailler Gärten führte, und erst unter der Herrschaft des dritten Napoleon seine großen Bahnlinien eröffnen konnte, zu einer Zeit, da die deutschen Hauptbahnen schon seit einem Jahrzehnt im Betriebe waren. Deutschland schritt in diesem friedlichen Wettkampfe allen Völkern des Festlandes, mit der einzigen Ausnahme Belgiens, weit voran, dem centralisirten Frankreich so gut wie dem reichen Holland.

Schon im Jahre 1828 hatte Motz an eine Eisenbahn zwischen den Stromgebieten des Rheins und der Weser gedacht, um also die holländischen Rheinzölle zu umgehen*); der noch gänzlich unreife Plan ward aber aufgegeben, sobald die Niederlande in dem Zollstreite zurückwichen. Aus demselben Grunde, um Holland zu bekämpfen, verlangte der westphälische Landtag 1831 eine Bahn von Lippstadt nach Minden. Zwei Jahre darauf forderte der rheinische Landtag eine Bahn von der belgischen Grenze zum Rheine und zum Kohlenbecken der Ruhr, eine zweite von Elberfeld nach dem Rheine; die Stände wünschten, der Staat solle den Bau entweder selbst unternehmen, oder einer Aktiengesellschaft eine Verzinsung von 4% verbürgen. Größer gedacht war der Plan einer Bahn von Köln nach Minden, welchen Friedrich Harkort in einer Druckschrift begründete und den westphälischen Ständen vorlegte. Aber wie konnte der König in diesem Augenblicke, da die Verhandlungen über den Zollverein noch schwebten, sich auf so weit aussehende Entwürfe einlassen? Er erwiderte den Rheinländern, ihr Handelsstand würde, so hoffe er, selber die Mittel für jene Bauten zu finden wissen. Unterdessen hatte der rührige Unternehmer Gerstner in Böhmen die Budweis-Linzer Eisenbahn zu Stande gebracht (1828); sie diente jedoch lediglich der Abfuhr des Salzes aus dem Salzkammergute, wurde nur mit Pferden betrieben und konnte als große Verkehrsstraße nicht benutzt werden. Eine Menge von Projecten tauchten auf, alle noch so unklar und nebelhaft, daß selbst der unternehmende russische Finanzminister Cancrin zu Gerstner spöttisch sagte: in hundert Jahren werde für dergleichen wohl die Zeit kommen. Die Staatsmänner klagten sämmtlich über die tolle „Eisenbahn-Manie“. Noch war man ja nicht einmal über die technischen Vorbedingungen einig. Hauptmann v. Prittwitz in Posen, einer der tüchtigsten Ingenieure des deutschen Heeres, empfahl statt des Stephenson'schen Systems die Anlage „schwebender Eisenbahnen“ in der Art der Drahtseilbahnen. Vornehmlich ward bezweifelt, ob große Bahnstrecken in dem armen Deutschland überhaupt einen Ertrag bringen könnten; die Meisten glaubten, nur zwischen nahe benachbarten größeren Städten, wie Berlin und Potsdam, würde sich die Unternehmung lohnen.

Mit feuriger Begeisterung, wie er jeden neuen Gedanken ergriff, wendete sich König Ludwig von Baiern den Eisenbahnplänen zu. Er besaß

*) S. o. III. S. 465.

an dem Bergrath Joseph v. Baader, dem Bruder des Philosophen, einen geistreichen Sachverständigen, der gern in kühnen Plänen schwelgte und sich selbst den Veteran des deutschen Eisenbahnwesens nannte. Er ließ sich auch nicht beirren, als sein Ober-Medicinal-Collegium ihm beweglich vorstellte, der Dampfbetrieb werde bei den Reisenden wie bei den Zuschauenden unfehlbar schwere Gehirnerkrankungen erzeugen, und damit mindestens die Zuschauer Schutz fänden, müsse der Bahnkörper mit einem hohen Bretterzaune umgeben werden. Ludwig sendete seinen Architekten Klenze nach England, Belgien und Frankreich, um sich über das Eisenbahnwesen zu unterrichten, und hörte es gern, wenn ihm Feldmarschall Wrede von einem bairischen Kriegsbahnnetze sprach, das in der Festung Ingolstadt seinen Mittelpunkt finden sollte.*) Am stärksten lockte ihn der Gedanke einer großen Bahn von Lindau nach Hof, die sich über Leipzig und Magdeburg bis Hamburg fortsetzen, den Zollverein zusammenhalten, Deutschlands Hauptverkehr in die Richtung vom Norden nach dem Süden, von der Elbe zum Bodensee ablenken sollte; so sollte sein Baiern die Vorhand im nationalen Handel erlangen. Er ließ deshalb schon in Berlin anfragen, empfing aber zur Antwort nur warmen Dank und die Versicherung, daß man den bairischen Vorschlag reiflich erwägen werde.**) Von einer Eisenbahn zwischen Ulm und Augsburg wollte er freilich nichts hören; sie konnte den schwäbischen Nachbarn bedenkliche Vortheile bringen. Auch einen Schienenweg zwischen Würzburg und Frankfurt fand er bedenklich: das würde den Verkehr mit den gefährlichen Franzosen zu sehr erleichtern. Nun gar der Plan einer Bahn zwischen dem Elsaß und der Pfalz, den ihm der französische Gesandte unablässig anempfahl, erweckte sein patriotisches Mißtrauen; so nahe an die Mainzer Bundesfestung wollte er die Straßburger Garnison nicht heran lassen.***) Wichtiger als alle Eisenbahnen erschien ihm doch der so lange geplante Ludwigskanal. Der große Gedanke, das Werk Karl's des Großen zu vollenden, die Nordsee mit dem Schwarzen Meere zu verbinden, übte auf sein romantisches Gemüth einen unwiderstehlichen Zauber; und als nun Rothschild dienstbeflissen 8 Mill. fl. Kanalaktien an der Börse unterbrachte, auch der Landtag sich dem königlichen Lieblingsplane willfährig zeigte, da wurden die Eisenbahnpläne über der Fossa Carolina bald fast vergessen.†)

Gleichwohl erlebte er die Genugthuung, daß in seinem Baiern die erste deutsche Dampfbahn eröffnet wurde, die Bahn von Nürnberg nach Fürth, eine Strecke von einer Meile, die man mit Dampf in 15, mit Pferden in 25 Minuten durchlaufen konnte. Sie war das Werk des wackeren Nürnberger Bürgerthums. Joh. Scharrer brachte das Unter-

*) Dönhoff's Berichte, 7. Dec. 1835, 25. Juni 1836.

**) Ancillon, Weisung an Dönhoff, 13. Febr.; Dönhoff's Berichte, 27. Jan., 3. Oct. 1836.

***) Dönhoff's Bericht, 29. Mai 1837.

†) Dönhoff's Berichte, 23. Nov. 1835, 22. Aug. 1836.

nehmen in Gang, Plattner verschaffte das Aktien-Kapital von 175,000 fl., der Ingenieur Paul Denis leitete den Bau. Die Behörden zeigten sich wenig günstig, weil sie für den Ludwigs-Kanal fürchteten; die Ansbacher Regierung kaufte nur zwei Aktien zu 100 fl. Erst als die Unternehmer auf den schlauen Gedanken kamen, ihren Schienenweg Ludwigsbahn zu nennen, wurde die amtliche Welt etwas freundlicher. Groß war der Jubel, als am 7. Dec. 1835 der erste Bahnzug unter Kanonendonner abfuhr; ein Denkstein und ein Geschichtsthaler verherrlichten „Deutschlands erste Eisenbahn mit Dampfwagen". Aber mit dieser kleinen, nur für Personen bestimmten Stadtbahn, die sich bald mit 6 % verzinste, war die Frage nach der Möglichkeit großer Eisenbahnen noch nicht beantwortet.

Alle diese wohlgemeinten Entwürfe waren doch nur auf das Wohl einzelner Städte oder Landschaften berechnet, und fast schien es, als sollten die Deutschen durch den Fluch ihres Particularismus verhindert werden, die große Erfindung mit großem Sinne zu benutzen. Da trat Friedrich List hervor mit dem Plane eines zusammenhängenden, ganz Deutschland umfassenden Eisenbahnnetzes und zeigte durch die That, durch die glückliche Vollendung einer großen Bahnlinie, daß sein den Durchschnittsmenschen fast unfaßbares Ideal sich verwirklichen ließ. Als der Bahnbrecher des deutschen Eisenbahnwesens erwarb er sich sein größtes Verdienst um die Nation, seine Stellung in der vaterländischen Geschichte. Als er vor Jahren für die deutsche Zolleinheit gearbeitet, hatte er doch nur muthig ausgesprochen, was die Mehrzahl der Zeitgenossen schon ersehnte, und in der Wahl der Mittel vielfach fehlgegriffen; jetzt aber, mit seinen Eisenbahnplänen, eilte er allen Landsleuten weit voraus und bewährte überall die geniale Sicherheit seines Seherblicks. Nach seiner Flucht vom Hohenasperge hatte er mehrere Jahre in Nordamerika verbracht, und dort, in den glücklichsten Zeiten der jungen Union, ging ihm ein neues Leben auf; er sah das gewaltige Ringen des Menschengeistes mit der Macht der Elemente, eine Kühnheit der Unternehmungslust, wovon sein stilles Vaterland sich noch nichts träumen ließ; er sah die vornehmsten und höchstgebildeten Männer der Nation ihre beste Kraft der Volkswirthschaft widmen, was daheim im Lande der Gelehrten und Beamten ganz unmöglich war. Derweil er in den Blauen Bergen nach Kohlenminen suchte, träumte der arme Flüchtling von einem deutschen Eisenbahnsystem und sagte: „Im Hintergrunde aller meiner Pläne liegt Deutschland."

Zur Zeit der Juli-Revolution kehrte er zurück, ungastlich empfangen von der alten Heimath. Der Hamburger Senat trug Bedenken, den verrufenen Demagogen als amerikanischen Consul anzuerkennen, die Kaufherren aber zuckten die Achseln, als er von seinen Bahnplänen sprach; denn soeben hatte ihnen der Engländer Elliot bewiesen, in Deutschland sei nur eine einzige Eisenbahn möglich, die Bahn von Hamburg nach Hannover, und daß ein Deutscher gegen einen Briten unmöglich Recht haben

konnte, verstand sich in dieser Stadt der künstlichen Engländer ganz von selbst. Bei König Ludwig klopfte er ebenso vergeblich an; er suchte ihm zu beweisen, ein Kanal vermöge doch nur gegebene Punkte zu verbinden, während die Eisenbahnen ein zusammenhängendes Netz bilden könnten, auch sei die ersehnte Verbindung zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meere ja schon längst vorhanden, der beste Weg führe durch die Straße von Gibraltar. Zugleich arbeitete er unermüdlich für die Zeitungen und nannte sich selbst gern Dr. Möser den Jüngeren; seine Kunst, schwere volkswirthschaftliche Fragen leicht, lebendig, anschaulich zu behandeln, erinnerte in der That an Justus Möser's schalkhafte Weise, nur daß bei dem streitbaren Schwaben die Leidenschaft immer wieder durchbrach. Wenig gelehrt, aber reich gebildet und im Leben erfahren, überragte er alle anderen volkswirthschaftlichen Publicisten so weit wie sein Landsmann Paul Pfizer die politischen. Die herrschende abstrakte Freihandelsdoctrin, die sich gleich der Naturrechtslehre einen durch Naturgesetze bedingten Normalzustand der Volkswirthschaft construirte, ward ihm immer verhaßter. Er begann schon das wirthschaftliche Leben historisch zu betrachten, wie Savigny das Recht, und suchte die Gesetze der Volkswirthschaftspolitik aus den wechselnden socialen Zuständen abzuleiten.

Ein gütiges Geschick führte ihn endlich nach Leipzig, eben in dem Augenblicke, da die Bürgerschaft dem Anschluß an den Zollverein entgegensah und, ohne Wasserstraßen wie sie war, ängstlich nach neuen Verkehrswegen suchte. Hier oder nirgends, das sah er auf den ersten Blick, mußte der Grundstein des deutschen Eisenbahnsystems gelegt werden; wenn hier mit den Capitalien der bedrängten reichen Handelsstadt eine große Verkehrsbahn entstand, so konnte ihr in dem gewerbreichen Lande der Erfolg nicht fehlen, und der Anschluß neuer Bahnen nach dem Norden und Westen ergab sich dann fast von selbst aus Leipzigs centraler Lage. Die wohlwollende sächsische Regierung gestattete ihm den Aufenthalt, unbekümmert um die Warnungen der Wiener Hofburg und des unversöhnlichen Königs von Württemberg.*) Sofort ließ er nun sein Büchlein „über ein sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems“ (1833) erscheinen. In großen Zügen entwarf er hier, mit wunderbarem Scharfblick fast überall das Rechte treffend, ein Bild von dem Eisenbahnwesen der Zukunft: Lindau und Basel, Bremen und Hamburg, Stettin, Danzig und Breslau sollten vorläufig die Endpunkte des deutschen Bahnnetzes bilden, ganz wie es sich nachher erfüllte. In Berlin, das er nur oberflächlich kannte, sah er doch schon den Mittelpunkt des deutschen Verkehrs; sechs große Bahnlinien, die allesammt späterhin gebaut worden sind, wollte er dort einmünden lassen. Sein Plan galt nur dem Zollvereine und dessen Vorlanden; Oesterreich ließ er, mit Ausnahme

*) Frankenberg's Bericht, 20. Jan. 1835.

der einen Linie Dresden-Prag, vorläufig unberücksichtigt, weil er einsah, daß dort ganz eigenartige Verhältnisse vorlagen.

Durch diese Schrift wurden vier unternehmende junge Leipziger Kaufleute für den Plan der Leipzig-Dresdner Eisenbahn gewonnen: Wilhelm Seyfferth, A. Dufour-Feronce, C. Lampe und der Bruder des westphälischen Volksmannes, Gustav Harkort. Sie veranstalteten eine Versammlung, dann eine Eingabe an die Regierung, und König Friedrich August ging gütig und einsichtig auf die Pläne ein. Nun erließ List einen feurigen Aufruf zur Betheiligung an dieser „Nationalangelegenheit". Mit der Begeisterung des Reichsstädters redete er von der neuen Blüthezeit, die unseren alten Städten jetzt kommen werde; seit dem glücklich vollendeten Zollvereine bedürften die Deutschen nur noch des wohlfeilen und schnellen Transports „um sich auf die Stufe der gewerbfleißigsten Nationen der Erde emporzuschwingen". Für das Comité, das sich nunmehr bildete, erstattete List dem Publikum fortlaufende Berichte, und hier sprach er schon zuversichtlich aus, was den Meisten noch wie Wahnsinn klang: „die Eisenbahnen müssen auf den großen Routen zum ordinären Transportmittel werden." Er meinte sogar hoffnuugsvoll, die Eisenbahnen würden die stehenden Heere beseitigen oder vermindern. Glücklicherweise unterschätzte man beträchtlich die Kosten, sonst wäre das Wagniß in der armen Zeit schwerlich begonnen worden. List, der wie alle Prophetennaturen von abenteuerndem Leichtsinn nicht frei war, meinte mit einer halben, höchstens mit einer Million Thaler auszukommen. Das vorsichtigere Comité gab für 1½ Mill. Aktien aus und mußte sich bald überzeugen, daß man der dreifachen Summe bedurfte. Mittlerweile war aber das Unternehmen schon weit gefördert, Niemand wollte mehr zurück, und auch „die Drillinge" fanden jetzt Abnehmer.

List empfahl den geraden Weg über Meißen durch das schöne volkreiche Bergland der Mulde; ein englischer Ingenieur J. Walker warnte jedoch vor den Schwierigkeiten einer Gebirgsbahn, und man wählte den Umweg durch die Ebene über Riesa, weil man der jugendlichen deutschen Technik nicht zu viel zumuthen wollte. Dann begann das schwere Werk des Bodenankaufs, das der Staat durch ein verständiges, den Vorschlägen List's entsprechendes Enteignungsgesetz erleichterte. Zahllose Processe mußten überstanden werden. Ein Windmüller klagte, weil ihm die Bahn den Wind abfange, ein anderer, weil sie die Ackerflur seiner Bauern und dadurch seinen Verdienst geschmälert habe; in einigen Dörfern leistete das Landvolk sogar thätlichen Widerstand. Unterdessen leitete Hauptmann Kunz den Bau umsichtig und thatkräftig. Eine Lokomotive, der Komet, wurde in England angekauft und eine Weile für Geld zur Schau gestellt; auch der Wagenbauer und der erste Lokomotivenführer kamen aus England. Im April 1837 konnte endlich die erste Strecke von Leipzig nach einem nahen Dorfe befahren werden; dicht gedrängt standen die Massen

zu beiden Seiten der Bahn, kein lautes Wort ließ sich hören, so schreckhaft wirkte der unerhörte Anblick. Dann mußte „der Einschnitt" bei Machern ausgeschaufelt werden, durch eine Bodenwelle, welche der Reisende heute kaum bemerkt; von weither kamen die Fremden, auch der länderkundige Frhr. v. Strombeck um das Wunderwerk zu betrachten und gründlich zu beschreiben. Der schwierigste Kunstbau der Bahn, der Tunnel bei Oberau, wurde durch Freiberger Bergleute ganz nach Bergmannsbrauch wie ein Stollen von vier niedergesenkten Schachten aus in Angriff genommen; als Alles beendet war, bildeten die Knappen in ihrem Paradeanzug, mit Fackeln in der Hand, im Tunnel Spalier, um den ersten durchbrausenden Zug mit dem alten Glückauf-Ruf des Erzgebirges zu begrüßen.

„Die Herrschaft des Geistes über die materielle Welt schreitet mit einer stets beschleunigten Kraft vorwärts", so schrieb damals Babbage, der Theoretiker des englischen Maschinenwesens. Ein technischer Fortschritt folgte dem andern. Im Jahre 1839 brachte Hossauer das erste Daguerreotyp aus Paris in den Berliner Gewerbeverein; es war der bescheidene Anfang einer neuen culturfördernden Industrie. Die eigenthümliche Wagelust des Jahrhunderts trat immer zuversichtlicher auf, hoffnungsvoll sah das heranwachsende Geschlecht einer unermeßlichen Zukunft entgegen. Derweil die Deutschen sich noch an ihrer ersten großen Eisenbahn abmühten, versuchte schon eine andere folgenschwere Erfindung, die deutsche Erfindung der elektro-magnetischen Telegraphie sich Raum zu schaffen. Das alte optische Telegraphenwesen hatte in Preußen während der jüngsten Jahre eine hohe Ausbildung erlangt. Auf eine Anfrage aus Berlin traf die Antwort aus Coblenz schon binnen vier Stunden ein, freilich nur bei hellem Wetter. Wenn das hohe Balkengerüste auf dem Thurmhause in der Dorotheenstraße einmal den ganzen Tag hindurch ununterbrochen seine räthselhaften Bewegungen ausführte, dann meinten die Berliner bedenklich, die Zeiten würden schlimm. Aus Petersburg konnten die Nachrichten durch den Telegraphen und durch Kuriere in fünfzig Stunden befördert werden, und man hoffte noch auf größere Beschleunigung, da der Czar soeben bei Fraunhofer in München 450 Fernröhre für die russischen Telegraphen bestellt hatte. Aber der optische Telegraph diente ausschließlich den Behörden. Ein rascher Nachrichtendienst für den allgemeinen Gebrauch ward erst möglich, als der junge Wilhelm Weber nach Göttingen kam und Gauß entzückt ausrief: der Stahl schlägt auf den Stein. Der Physiker und der Mathematiker verfolgten selbander die geniale Entdeckung Sömmering's weiter*); sie verbanden den elektro-magnetischen Apparat ihrer Sternwarte durch einen 3000 Fuß langen Draht, über den Thurm der Johanniskirche hinweg, mit dem Physikalischen Cabinet (1833). Ein echt

*) S. o. II. 83.

deutsches Bild: diese gewaltige Erfindung zuerst in einer stillen Gelehrtenstadt, deren behäbige Bürgerschaft sich vom Welthandel gar nichts träumen ließ! Die beiden Gelehrten behaupteten, ihr Telegraph müsse auch auf weite Entfernungen, Länder und Völker verbindend, mit der gleichen Sicherheit wirken, und Wilhelm Weber erbot sich (1836), neben der Leipzig-Dresdener Bahn, zunächst bis Wurzen, eine Drahtleitung anzulegen; die Kosten des Versuchs schätzte er auf 2000 Thlr. Das sparsame Comité wollte aber eine solche Summe nicht an einen zweifelhaften Erfolg wagen. So blieb die deutsche Erfindung liegen, bis die Amerikaner nach Jahren sich ihrer bemächtigten und sie dem Weltverkehre dienstbar machten.

Am 7. April 1839 wurde die ganze Bahn eröffnet, und noch lange erzählte sich das Volk von den Abenteuern dieser ersten Fahrten. Auf einer Station war ein Leipziger Student mitsammt einem unbezahlten Glase Bier dem Kellner hohnlachend davongefahren; in dem gefürchteten Tunnel pflegten die Damen reiferen Alters eine Stecknadel zwischen die Lippen zu nehmen, um sich gegen die Liebkosungen ausschweifender Jünglinge zu sichern. Vorsichtige Aerzte wollten von der Tunnelfahrt, die fast eine Minute währte, überhaupt nichts hören; sie befürchteten, bei dem plötzlichen Luftwechsel müsse ältliche Leute der Schlag rühren, und allerdings waren die Wagen der dritten Klasse noch unbedeckt, die der zweiten ohne Fenster. Daß die Schienen und die Räder durch die ungeheure Reibung nothwendig in Brand gerathen müßten, war die allgemeine Ansicht; erst die vollendete Thatsache schlug alle Befürchtungen zu Boden. Der Erfolg übertraf die kühnsten Erwartungen. Erstaunlich wie diese erste große Eisenbahn auch auf den benachbarten Landstraßen Mitteldeutschlands sofort die Reiselust belebte; im Jahre 1828 beherbergten die Dresdener Gasthöfe 7000 Fremde, in den ersten drei Vierteljahren 1839 bereits 36,000. Schon in ihrem ersten Jahre beförderte die Bahn 412,000 Personen und 3,85 Mill. Meilen-Centner. Im zweiten Jahre sank der Personenverkehr um ein Geringes, weil sich die erste Neugierde etwas gelegt hatte; der Güterverkehr aber stieg mit einer ganz ungeahnten Schnelligkeit. Anfangs waren viele Frachtfuhrleute noch gemächlich auf der Landstraße neben dem Dampfwagen hingefahren, weil die Spediteure die Kosten des Umladens scheuten. Erst seit die Bahn Anschlüsse erhielt und die Anfuhr zu den Bahnhöfen erleichterte, riß sie auch den Güterverkehr an sich, und nach einer Reihe von Jahren ergab sich, daß sie von den Gütern mehr einnahm als von den Personen. Dies widersprach allen Vorhersagungen; hatte doch selbst der berühmte Arago versichert, eine Eisenbahn könne vielleicht Personen, doch unmöglich große Gütermassen befördern.

Leider erlebte List an diesem Triumphe seiner Ideen wenig Freude. Es giebt einsame Genies, die wohl durch schöpferische Gedanken ihre Nation erwecken und erheben können aber nicht fähig sind, mit ihrer vollsaftigen ursprünglichen Kraft in dem alltäglichen kleinen Getriebe des öffentlichen

Lebens mitteninne zu wirken. Ihnen fällt meist ein tragisches Loos. Wie einst seinen Genossen in der württembergischen Kammer, so wurde List auch dem Leipziger Eisenbahn-Comité bald lästig. Die Männer des Comités waren durchweg tüchtige, und keineswegs engherzige Geschäftsleute, aber sie dachten zunächst an die Interessen ihrer guten Stadt, und wenn List in den Generalversammlungen von der großen Eisenbahn Prag-Hamburg zu reden begann, so befürchteten sie, nicht mit Unrecht, er werde die ängstlichen Philister abschrecken. Der frohmuthige Mann bot, wenn er mit mächtigem Lachen seinen Löwenkopf schüttelte, ein Bild urkräftigen Behagens; doch zuweilen überfiel ihn eine furchtbare Hypochondrie, und dann war mit seiner unbändigen Grobheit kaum auszukommen. Also schob man ihn leise zur Seite und fand ihn ab mit einem Ehrengeschenke von etwa 4000 Thlr., ohne ihm auch nur einen Antheil an den Aktien zu gewähren. Die braven Leipziger Kaufleute glaubten damit durchaus nicht kleinlich zu handeln; verfuhren sie doch selber höchst uneigennützig, ihre vier Direktoren bezogen 750 Thlr. Gehalt, ihr Präsident 1500. Jenem Engländer freilich, der ihnen den Weg durch die Ebene empfahl, zahlten sie für seine kurze Reise fast 7000 Thlr.; denn daß ein Brite höher gelohnt werden müsse als ein Deutscher, bezweifelte in diesen fremdbrüderlichen Tagen Niemand. Wie viel Unfug stiftete doch die deutsche Ausländerei auch im Eisenbahnwesen an. Nur aus Nachahmungslust wurde die allzu schmale Spurweite der Stephenson'schen Bahn von der Leipzig-Dresdener Gesellschaft und nachher, zum Schaden für die Nerven der Reisenden, auch von den anderen deutschen Bahnen angenommen. Und welche Fluth von französischen oder französisch klingenden Wortungethümen drang jetzt in unsere Sprache ein, die doch gerade hier ihre schöpferische Kraft erproben konnte. Die Deutschen hatten im Eisenbahnwesen von den Franzosen nichts zu lernen, sondern schritten ihnen voran; und doch redeten sie von der Compagnie, ihren Billet-Expeditionen und Conducteuren, von Perrons, Waggons, Coupés und Extra-Convois; es war leider die Zeit, da das Junge Deutschland die Zeitungssprache von Grund aus verwälscht hatte.

Unerbittert durch seine Leipziger Erfahrungen arbeitete List rastlos weiter. Er gründete ein Eisenbahn-Journal, das sich freilich nicht lange halten konnte, weil es in Oesterreich verboten wurde, und zwang durch sein Beispiel die Presse, auf die so lange vernachlässigten volkswirthschaftlichen Fragen gründlich einzugehen. Um seiner Bahn die Fortsetzung nach Norden zu sichern, begab sich List 1835 nach Magdeburg, und die Kaufmannschaft, die erst vor sechs Jahren alle Eisenbahnpläne abgewiesen hatte, nahm ihn jetzt mit offenen Armen auf; Allen voran der wackere Oberbürgermeister Francke, einer der angesehensten Bürger der Monarchie, denn wie im Süden die Abgeordneten, so galten im Norden die Gemeindebeamten, Kospoth in Breslau, Bärensprung in Berlin, Demiani in Görlitz,

als die eigentlichen Volksmänner. Die Magdeburger rühmten sich: unsere Eisenbahn nach Leipzig wird die erste Bahn der Welt sein, welche die Grenzen verschiedener Staaten durchschneidet! Francke trat an die Spitze eines Ausschusses und sendete nach Berlin eine Eingabe, welche das Ministerium zwang, die Eisenbahnfrage ernstlich ins Auge zu fassen. So brachte List auch in Preußen die Kugel ins Rollen.

Mehrere andere Anfragen lagen bereits vor, wegen der Bahnen Berlin-Potsdam, Köln-Aachen, Düsseldorf-Elberfeld, Düsseldorf-Minden, Berlin-Stettin, und es ließ sich jetzt schon erkennen, daß der preußische Verkehr vornehmlich einer rascheren Verbindung des Ostens mit dem Westen bedurfte; die von Baiern befürwortete nord-südliche Linie erschien zunächst noch minder dringend. Minister Rother aber konnte zu keinem der Entwürfe ein Zutrauen fassen. Während fast Jedermann noch glaubte, die Eisenbahnen seien Wege wie andere auch, für Alle benutzbar, und könnten den Unternehmern nur ein hohes Wegegeld einbringen, erkannte der welterfahrene Bankdirector sogleich, daß die Eisenbahngesellschaften das gesammte Transportgeschäft auf ihren Linien an sich reißen würden; ein solches Vorrecht wollte er Privatgenossenschaften nicht gewähren, er fürchtete den Mißbrauch des Monopols und einen schlimmen Aktienschwindel. Aber auch der Staatsbau schien ihm nicht rathsam, denn er bezweifelte noch die Einträglichkeit der Eisenbahnen und hielt den Staat für verpflichtet, weder die Post noch die bestehenden Land- und Wasserstraßen zu schädigen. Sogar politische Besorgnisse stiegen ihm auf: durch die Bahnen nach dem Rhein, nach Baiern, nach Belgien werde Preußen vom Auslande abhängig. Daher schloß er seinen Bericht an den König mit der Erklärung: „die Staatsregierung hat jetzt noch keine Veranlassung, Eisenbahnen, welche als Handelsstraßen dienen sollen, auf eigene Kosten anzulegen, durch Betheiligung mit verhältnißmäßig ansehnlichen Summen zu unterstützen oder ihnen andere namhafte Opfer zu bringen und Vorrechte einzuräumen."*)

Verhielt sich Rother nur kühl zuwartend, so trat der Generalpostmeister Nagler als entschiedener Feind der Eisenbahnen auf. Er hatte seit Jahren das Postwesen mit glänzendem Erfolge ausgebildet und hoffte für Seiner Majestät Fahrpost noch Größeres zu erreichen; was konnte er in dieser neuen Erfindung anderes sehen als eine schnöde Gewerbsbeeinträchtigung? Auch das strenge Rechtsgefühl des Beamtenthums erhob mannigfache Bedenken. Nach dem Gesetze sollte die Enteignung nur ausnahmsweise, um des öffentlichen Wohles willen, zugelassen werden; für die Chausseen und für solche Eisenbahnen, welche den Staatszwecken dienten, wie etwa für die Magdeburg-Leipziger, konnte man sie also mit gutem Gewissen benutzen, so meinten die alten gestrengen Richter. Aber war es statthaft, das Expropriationsrecht auch der geplanten Berlin-Potsdamer Bahn zu

*) Rother's Immediatbericht, 16. Aug. 1835.

verleihen, die doch nur den frivolen Zweck verfolgte, den Berlinern das Lustwandeln in den Potsdamer Gärten zu erleichtern?*) Der König selbst zeigte sich den Eisenbahnen anfangs abgünstig; er war zu alt um sich noch für eine Erfindung zu erwärmen, welche die Freude seiner letzten Jahre, den Chausseebau zu stören drohte. Auch der durchaus demokratische Charakter dieses neuen Verkehrsmittels kam ihm ungelegen. Seit Jahrtausenden hatte das schnelle Reisen für ein natürliches Vorrecht der Fürsten und der Aristokratie gegolten; und diese uralten Sitten sollten sich jetzt mit einem Schlage ändern! So schlicht bürgerlich er auch dachte: daß er mit seinen Berlinern zusammen in demselben Zuge nach Potsdam fahren sollte, schien ihm doch sehr unanständig.

Der Thronfolger dagegen schwärmte für die Eisenbahnen, noch weit feuriger sogar als sein Schwager König Ludwig. Es zählte zu den vielen Räthseln dieses so seltsam gemischten reichen Geistes, daß der Kronprinz die nüchternen Angelegenheiten der Volkswirthschaft, die seiner romantischen Weltanschauung so fern zu liegen schienen, immer mit besonderem Eifer verfolgte und überraschend richtig beurtheilte. Wie er den Zollverein stets gegen die Sparsamkeit der Finanzpartei vertheidigt hatte, so glaubte er auch fest an die große Zukunft der Eisenbahnen; er wollte die Bahnen am liebsten von Staatswegen bauen oder doch die Privatbahnen durch Zinsgarantien, durch die erleichterte Enteignung und andere Vorrechte unterstützen. Da der Thronfolger so stürmisch drängte und die Anfragen der Eisenbahngesellschaften sich mehrten, so befahl der König eine gründliche Berathung über ein umfassendes Eisenbahngesetz, das die Stellung der Staatsgewalt zu der neuen Erfindung endgiltig regeln sollte.

Die Verhandlungen währten sehr lange. Eine Commission aus Räthen aller Ministerien ward gebildet; der Kriegsminister sendete einen seiner besten Offiziere, den gelehrten Oberst Peucker. Dann berieth das Staatsministerium, endlich noch der Staatsrath. Der Streit ward sehr lebhaft; die alten Minister hegten Zweifel, die jüngeren, Rochow, Mühler, Alvensleben hielten zu dem Kronprinzen, weil sie der Zukunft vertrauten. Es kam so weit, daß Rother nach einem heftigen Wortwechsel mit dem Thronfolger im April 1837 die Leitung der Handelspolitik niederlegte. Er beschränkte seine Thätigkeit fortan auf die Seehandlung und auf die Bank, die er seit Friese's Abgang übernommen hatte; das Handelsamt wurde wieder mit dem Finanzministerium vereinigt.**) Der Gegenstand war noch so neu, so unberechenbar, so gänzlich unerprobt, daß Niemand sich einen Sachkenner nennen durfte, und die tüchtigsten Männer in ihren Meinungen sehr weit aus einander gingen. Der geniale Beuth, der doch noch in seinen

---

*) Frankenberg's Bericht, 5. Febr. 1836.

**) Berichte von Münchhausen, 8. 11. April, von Frankenberg, 11. April, 11. September 1837.

besten Jahren stand und sonst jeden technischen Fortschritt mit Feuereifer begünstigte, betrachtete die Eisenbahnen sehr mißtrauisch. Ihr erklärter Gegner aber war General Aster, der erste militärische Ingenieur des Zeitalters, obwohl er doch selbst bei seinen Festungsbauten schon oft kleine Eisenbahnen in Betrieb gesetzt hatte. Er meinte: „die Eisenbahnen halten wegen der Kostbarkeit der Anlage und einer ziemlichen Ausschließlichkeit des Gebrauchs mit anderen weit wohlfeileren und in ihrer Anwendung theilbaren Erfindungen, wie z. B. Buchdruck und Schießpulver, den Vergleich nicht aus." Militärisch brauchbar seien sie nur dort, „wo zufällig die Wege für den Krieg mit denen für die Industrie angelegten Bahnen zusammenpassen;" ein Eisenbahnnetz nütze militärisch nichts, weil es von der leidenden Partei bald außer Betrieb gesetzt würde, auch der aktiven Partei zu wenig Sicherheit gewähre; und woher sollten die Mittel kommen, um die zerstörten Eisenbahnen nach dem Kriege wieder herzustellen?*) Savigny erwiderte dem General — wohl nicht ohne Zuthun des Kronprinzen, der wieder von Kühne Rathschläge empfing: man beabsichtige lange, ununterbrochene Eisenbahnlinien, etwa von Berlin zum Rheine, und diese würden einem im Westen kämpfenden Heere sicherlich Vortheil bringen.**)

Mit der ganzen Feierlichkeit seiner Amtsmiene trat Nagler für sein bedrohtes Postwesen ein und versicherte: „das gänzliche Lostrennen und Emancipiren eines höchst beschränkten und untergeordneten Communicationsmittels — der Eisenbahnen — von einer Staats-Institution wie die Post, welche die wichtigsten Zweige der Communication für das Ganze leitet und fördert, kann nur höchst nachtheilig sein und muß den richtigen Standpunkt ganz verrücken."***) Noch einmal, in einer großen Denkschrift legte er dem Könige ans Herz, „daß das Postinteresse den Eisenbahn-Unternehmungen nicht aufgeopfert werden dürfe."†) Nach langen Kämpfen begannen sich die Meinungen doch zu klären. Den Staatsbau empfahl unter den hohen Beamten Niemand, obgleich David Hansemann noch während der Berathungen in einer beredten Flugschrift dringend vor den Gefahren der Privat-Eisenbahnen warnte. Ein solches Wagniß erschien zu groß für die beschränkten Finanzen. Darum ward auch die schwere Frage, ob die Krone ohne Reichsstände große Anleihen aufnehmen könne, für jetzt noch gar nicht erwogen. Andererseits wollte der König auch nicht den Privatgesellschaften ein gemeinschädliches Monopol gewähren; er erklärte ausdrücklich: „daß sie zu ewigen Zeiten im Genuß der ihnen eingeräumten Vorrechte verbleiben, ist weder beabsichtigt noch zulässig."††)

*) Aster, Bedenken über das Referat des Justizministeriums, 10. April; Aster's Separat-Votum, 30. April 1838. Frankenberg's Bericht, 14. Juni 1837.

**) Savigny, Erwiderung auf die Bedenken des Generals Aster, 12. April 1838.

***) Bericht des Staatsministeriums an den König, 1. Juli 1837.

†) Nagler, Denkschrift über die Verhältnisse der Post zu den Eisenbahnen, April 1838.

††) Cabinetsordre an Müffling, 12. Sept. 1838.

Aus solchen Erwägungen entstand, noch bevor die erste große deutsche Eisenbahn vollendet war, das preußische Eisenbahngesetz vom 3. Nov. 1838, eines der letzten denkwürdigen Werke des alten Beamtenstaates, ein Gesetz, das zur Regelung ganz unbekannter Verhältnisse bestimmt war und doch ein halbes Jahrhundert voll ungeahnter Wandlungen lebenskräftig überdauert hat.*) Seine Stärke lag darin, daß die Staatsgewalt sich ein sehr weit ausgedehntes Aufsichtsrecht über die Privatbahnen, auch die Möglichkeit eines künftigen Staatseisenbahnsystems vorbehielt und doch sich weislich hütete, durch gehäufte Einzelvorschriften einer noch nicht übersehbaren Entwicklung vorzugreifen. Alle Eisenbahnen unterlagen der königlichen Genehmigung, desgleichen im Einzelnen die Bahnlinie, der Bau der Bahn und seine Fristen, die Einrichtung der Wagen und Maschinen; sie mußten jederzeit in sicherem und dem Zwecke entsprechendem Zustande erhalten werden. Der Staat ertheilte ihnen das Recht der Enteignung, wie den Chausseen, er prüfte ihre Rechnungen und beaufsichtigte sie durch ständige Commissäre. Er behielt sich vor, die Bahnen nach dreißig Jahren anzukaufen und belegte sie mit einer noch näher zu bestimmenden Steuer, welche theils zur Amortisation des Aktiencapitals, theils zur Entschädigung der Post dienen sollte. Die Höhe dieser Entschädigung blieb auch noch vorbehalten; vorläufig schloß man mit den einzelnen Bahnen besondere Verträge und verpflichtete alle zur unentgeltlichen Beförderung der Postsendungen — eine wohlberechtigte Vorschrift, welche allein der Post ermöglichte, auch unter veränderten Verhältnissen ihre culturfördernde Arbeit zu vollziehen, doch freilich in der Folge zahlreiche, noch heute nicht beendigte Zwistigkeiten hervorrufen sollte. Außerdem behielt die Krone das Recht, die Bestimmungen des Gesetzes nach freiem Ermessen abzuändern oder zu ergänzen, und die bestehenden Gesellschaften mußten sich im Voraus solchen Aenderungen unterwerfen. Also war dem Monopolgeiste ein starker Riegel vorgeschoben. Die Geschäftswelt klagte über die unmäßige Bevormundung; Hansemann veröffentlichte eine scharfe Kritik und beschwor die Regierung, die Capitalien des In- und Auslandes nicht abzuschrecken. Aber die dehnbaren Vorschriften wurden verständig gehandhabt, und sie genügten für eine Reihe von Jahren, so lange der Staat noch nicht in der Lage war, selber den Bahnbetrieb zu übernehmen.

Inzwischen hatte auch in Preußen der Bahnbau begonnen. Zuerst wurde die kleine Strecke von Düsseldorf nach Erkrath eröffnet; dann folgte, noch im Jahre 1838, die Berlin-Potsdamer Bahn, und groß war das Erstaunen, als dort täglich 2000, an Festtagen sogar 4000 Menschen verkehrten. Schon nach Jahresfrist mußte man dieser Gesellschaft gestatten, daß ihre Züge auch in der Dunkelheit fahren durften, natürlich langsam und unter mannichfachen Vorsichtsmaßregeln. Dem Könige war das neue

*) Cabinetsordre an Müffling, 3. Nov. 1838.

Wesen noch immer nicht recht geheuer; er fuhr noch eine Zeit lang in seinem Wagen neben der Bahn her. Dann merkte er doch, daß selbst seine edlen Trakehner Rappen mit der Lokomotive nicht Schritt halten konnten, und eines Tages erfuhren die Berliner zu ihrer freudigen Ueberraschung, Seine Majestät sei heute früh mit dem Bahnzuge nach Potsdam gereist. Die Magdeburger Kaufmannschaft rührte sich kräftig. Derweil die Leipziger Bahn in Angriff genommen wurde, begannen schon erfolgreiche Vorarbeiten für eine zweite Linie über Köthen nach Berlin und zugleich Verhandlungen wegen einer dritten Bahn nach Hamburg. Dort freilich zeigte sich der Senat sehr ängstlich, er fürchtete die Abnahme der Elbschifffahrt und die Verarmung der Schiffer.*)

Sehr lange währten die Vorbereitungen für die wichtige Bahn von Köln zur belgischen Grenze. Da mußten sich erst zwei streitende Gesellschaften verschmelzen. Dazwischen hinein spielten widerwärtige Verhandlungen mit dem Brüsseler Hofe, der damals, aufgestachelt durch die Westmächte, dem preußischen Nachbarn eine wenig freundliche Gesinnung zeigte und, dem Geiste der Neutralität zuwider, schon an eine umfassende Befestigung seiner Ostgrenze dachte. Der König schrieb deshalb selbst an König Leopold und drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Verbindungen (1837). Trotzdem ließ er, auf Werther's verständigen Rath und die dringenden Bitten König Ludwig's von Baiern, den Plan der Köln-Antwerpener Eisenbahn nicht fallen. Die Bahn war zu werthvoll, nicht blos für den Handel der Rheinlande, sondern auch für die deutsche Politik: sie sollte Hollands allezeit unberechenbare Zölle umgehen und das belgische Land fester an Deutschland anschließen, da die Brüssel-Pariser Eisenbahn immer noch nicht fertig wurde.**) Endlich lenkte Belgien ein, und man ward handelseinig. Im August 1839, am Vorabend des königlichen Geburtstages, eröffnete Ammon, der Vorsitzende der neuen Gesellschaft, die erste Bahnstrecke. Er wußte, wie lebhaft Rother und mehrere der anderen Minister die Abhängigkeit vom Auslande fürchteten, und sagte darum in seiner Festrede stolz: „die deutsche Treue beruht auf festem Grunde, auf der angestammten Liebe für König und Vaterland, auf der klaren Erkenntniß unserer nationalen Vorzüge, unserer sittlichen Volkswürde." Unterdessen beriethen die Kölner schon über die unentbehrliche große Eisenbahn nach dem Osten, nach Minden und Magdeburg.

Ungeheuer war der Umschwung. Die Eisenverzehrung des Zollvereins stieg in den Jahren 1834—41 von 10,6 auf 18,1 Pfund für den Kopf der Bevölkerung, an Schienen, Roh-, Stab- und Schmiedeeisen wurden im Jahre 1834 erst 367,000 Ctr. eingeführt, 1840 schon 1,203 Mill.;

---

*) Berger's Bericht, 24. Nov. 1838.

**) Werther's Berichte an den König, 27. Juni, 7. Oct.; Berichte von Münchhausen, 23. April, von Dönhoff, 29. Mai 1837.

denn leider mußte man die Schienen noch aus dem Auslande beziehen. Wie die Welt sich verwandelte, das lehrte das tragikomische Beispiel des Generalpostmeisters Nagler. Dieser Todfeind der Eisenbahnen wollte jetzt, nach seiner Niederlage (1839), selber mit den Mitteln der königlichen Post eine Bahn von Halle durch die Goldene Aue nach Kassel bauen, mit Zweigbahnen nach Erfurt, Weimar, Gotha, und sie zum Besten des Post-Fiscus verwalten. Rother empfahl den Plan dem Könige aufs Wärmste, da Post und Eisenbahnen eigentlich denselben Zweck verfolgten. Die anderen Minister jedoch erklärten sich dawider. Sie wollten das Monopol der Post nicht noch erweitern; und welch eine particularistische Thorheit, die uralte Handelsstraße, die durch das innere Thüringen über Erfurt und Gotha führte, absichtlich zu umgehen, blos weil der Weg durch die Goldene Aue mehr preußisches Gebiet berührte!*)

Als nunmehr auch Frankfurt in die Eisenbahn-Bewegung eintrat, da zeigten sich schon die dunklen Schattenseiten der neuen Erfindung. Eine Uneigennützigkeit, wie sie die Leipziger und die Magdeburger Kaufleute bewiesen hatten, ließ sich von der Residenzstadt Rothschild's nicht erwarten; dort wurde der Kaufmannsgeist nicht durch eine monarchische Gewalt gezähmt. Schon die Frage, auf welchem Ufer des Mains die geplante Frankfurt-Mainzer Eisenbahn angelegt werden sollte, verursachte ärgerlichen Zwist. Nassau verlangte den Bau auf dem dichter bevölkerten rechten Mainufer, Hessen begünstigte sein linkes Ufer; und der Bundestag erlaubte nicht, daß die Mainzer Festungsbehörden sich unmittelbar mit der Gesellschaft verständigten, obwohl der Festungsingenieur, der preußische Major Pientka sogleich ein treffliches Gutachten abgegeben hatte.**) Nach langem Streite ward endlich beschlossen, die Bahn auf dem rechten Ufer zwischen Frankfurt und Castel auszuführen (1838); denn eine Ueberbrückung des Rheins galt noch für unmöglich. Nun bot das gefällige Comité dem hessischen Minister du Thil Aktien zum Kaufe an. Du Thil weigerte sich, und auch Großherzog Ludwig erklärte: „ich weise das weit weg,“ sobald ihn sein erfahrener Minister über die menschenfreundlichen Absichten der Unternehmer aufgeklärt hatte. Nur der Geh. Rath Knapp ging in die Falle und mußte dann, nach einer heftigen Interpellation in der Kammer, aus dem hessischen Ministerium ausscheiden. Nachher wollte Rothschild die hessische Regierung zwingen, den Plan binnen sechs Wochen zu genehmigen, weil er für seine Speculationen den Zeitpunkt der Ausgabe der Aktien genau vorher wissen mußte. Auch diese Zumuthung wies du Thil entrüstet zurück. So hielt sich Hessen die Frankfurter Börsenmänner tapfer vom Leibe. In Nassau aber war der Präsident Magdeburg „Comité und Re-

*) Rother, Denkschrift über die Eisenbahnen, dem Könige eingereicht Dec. 1839. Frankenberg's Bericht, 25. Nov. 1839.

**) Berichte von Galen, 15. März, 3. Juni, von Sydow, 7. November 1837, von Schöler, 22. Juni 1838.

gierung in einer Person", und der Frankfurter Senat erließ ein, wie du Thil sagte, „haarsträubendes" Expropriationsgesetz, das den Grundbesitzern eine viermal höhere Entschädigung gewährte als das hessische. Als die Taunusbahn endlich eröffnet war, wurde sie gut verwaltet; sie verlangte aber unbillige Preise, die höchsten in Deutschland. Umsonst versuchte du Thil den Unfug abzustellen. Er scheiterte an dem Widerspruche Frankfurts; „denn in dieser Republik, so sagte er schwermüthig, ist es eingeführt, daß stets eine Hand die andere wäscht, und überdies waren zu viele Senatoren betheiligt."*) Diese Frankfurter Erfahrungen blieben in Baden unvergessen. Dort berief die Regierung eine Notabeln-Versammlung um über den Plan einer Eisenbahn von Mannheim nach Basel zu berathen. Der Gedanke fand Anklang, und Nebenius erwies den Notabeln in einer trefflichen Denkschrift, die auch den anfangs widerstrebenden Finanzminister Böckh überzeugte, daß der Staat, um den Aktienschwindel und den Einfluß der Börse fernzuhalten, die Bahn selber bauen müsse.**) Es war das erste Programm des deutschen Staats-Eisenbahnwesens.

Die Größe der beginnenden socialen Umwälzung ließ sich am sichersten daran erkennen, daß schlechterdings Niemand ihre Folgen genau vorhergesehen hatte. Nicht blos der Gesammtverkehr wuchs über alle Vorhersagungen hinaus; hatten doch selbst muthige Männer höchstens gehofft, die Eisenbahnen würden den Chausseen etwa ebenso weit überlegen sein wie diese vormals den alten Landwegen. Auch im Einzelnen kam fast Alles anders als die klügsten Leute erwarteten. Der Betrieb der Eisenbahnen war unzweifelhaft ein Monopol, und jener Paragraph des preußischen Eisenbahngesetzes, welcher auch anderen, nicht zur Gesellschaft Gehörigen den Transport gestatten wollte, erwies sich sogleich als ein todter Buchstabe. Die Güter brachten mehr ein als die Personen, der Local-Verkehr mehr als der große, die dritte Wagenklasse mehr als die beiden ersten zusammen; und wie verwundert hatte man noch vor Kurzem dem wackeren Friedrich Harkort zugehört, als er voraussagte, der kleine Mann würde die Eisenbahnkassen füllen wie den Steuersäckel, schon um Arbeitslohn zu gewinnen das Fußwandern aufgeben. Die Gewerbsstraßen trennten sich nicht ab von den Kriegsstraßen, wie Aster fürchtete, sondern sie zwangen den Krieg ihren Bahnen zu folgen. Auch der Pferdebestand nahm nicht ab, wie Jedermann glaubte; sondern die Deutschen erfuhren, daß in einem fleißigen Volke jedes befriedigte Bedürfniß neue Bedürfnisse in unendlicher Folge weckt: die Nebenstraßen beschäftigten fortan mehr Pferde als früher die Hauptstraßen.

Nun da die Macht des Raumes überwunden ward, begann die Welt auch erst den Werth der Zeit zu schätzen, ja zu überschätzen. Ein hastiges,

*) Nach du Thil's Aufzeichnungen.

**) Otterstedt's Bericht, 23. Dec. 1837.

athemloses Treiben nahm überhand, eine fieberische Begehrlichkeit nach dem Neuen und Unbekannten, ein Drang nach Genuß und Gewinn, der von dem überspannten Idealismus des älteren Geschlechts unheimlich abstach. Die Geselligkeit verödete. Je mehr die Zahl der Briefe zunahm, um so dürftiger wurde ihr Inhalt, und seit die Zeitungen sich mehrten, schrieb der gebildete Mann fast nur noch Geschäftsbriefe. Der anschwellende Verkehr wirbelte alle Stände dermaßen durch einander, daß der Kastendünkel sich kaum mehr halten konnte. Die Gesellschaft demokratisirte sich, die Umgangssprache ward kürzer, geschäftlicher, aber auch grob und ungemüthlich. Der Durchschnittsmensch empfing eine Masse neuer Eindrücke und Kenntnisse, doch je mehr sie sich drängten, um so weniger hafteten sie. Das neue Geschlecht krankte an einer vielseitigen, oberflächlichen Bildung, an Uebersättigung, Zerstreutheit, Anmaßung. Die großen Städte wuchsen unaufhaltsam, manche der kleinen sanken, eine krampfhafte Lust an den großstädtischen Genüssen verbreitete sich weithin im Volke, und mit der Macht der Massen-Capitalien stieg auch das Massen-Elend.

Für das zerrissene Deutschland war der Segen dieser neuen Verhältnisse doch ungleich größer als ihre Nachtheile. Der schreiende Widerspruch geistiger Größe und wirthschaftlicher Armseligkeit konnte nicht fortdauern ohne den Charakter des Volkes zu gefährden. Die werdende politische Macht des neuen Deutschlands bedurfte des Wohlstandes und der kecken Unternehmungslust, das verhockte und verstockte Treiben der Kleinstädter einer kräftigen Aufrüttelung. Der unwürdige polizeiliche Druck, der auf dem deutschen Leben lag, konnte weder durch Kammerreden noch durch Zeitnngsartikel überwunden werden, sondern nur durch die physische Macht eines aller Ueberwachung spottenden gewaltigen Verkehres. Seit man das engere Vaterland in drei Stunden durchfuhr, kam auch dem schlichten Manne die ganze verlogene Niedertracht der Kleinstaaterei zum Bewußtsein, und er begann zu ahnen was es heiße, eine große Nation zu sein. Die Grenzen der Stämme und der Staaten verloren ihre trennende Macht, zahllose nachbarliche Vorurtheile schliffen sich ab, und die Deutschen erlangten allmählich, was ihnen vor Allem fehlte, das Glück einander kennen zu lernen. Darum nannte der deutsch-ungarische Poet Karl Beck, in dem Feuilletonstile der Zeit, die Eisenbahn-Aktien „Wechsel ausgestellt auf Deutschlands Einheit“. Auch dem Auslande gegenüber bewährte sich dies erstarkende Selbstgefühl. Die ersten Eisenbahnen wurden noch zum guten Theile mit englischem Capital erbaut. Nach und nach versuchte der deutsche Geldmarkt selbständiger zu werden und, was unendlich mehr bedeutete, seit die deutschen Eisenwerke wohlfeilere Kohlen erhielten, begannen sie die englischen Schienen zu verdrängen. Erst durch die billigen Eisenbahnfrachten gelangte die Nation wirklich in Besitz ihrer Eisen- und Kohlenschätze. Wieder einmal bewährte sich das alte heilsame Gesetz des historischen Undanks. Deutschland hatte von England gelernt und schob

nun, rasch erstarkend, den Lehrer zur Seite. Große Fabriken entstanden, die den Bahnen ihre Wagen und Maschinen bauten. In Berlin gründete der junge Schlesier Borsig, nachdem er eine Zeit lang die Eisengießerei der Firma Egells geleitet, eine Maschinenfabrik für den Bau von Lokomotiven; mit 50 Arbeitern begann er, nach wenigen Jahren beschäftigte er ihrer schon tausend; er wußte, daß dem Muthigen die Welt gehört. In Nürnberg erweiterte sich die kleine Wagenbau-Anstalt der Fürther Eisenbahn zu der großen Fabrik von Klett und Cramer. Ein neuer Stand von Ingenieuren und Eisenbahntechnikern kam empor, sehr reich an Talenten, unternehmend, stolz im Bewußtsein einer großen Culturaufgabe. Es war eine schöne friedliche Arbeit nationaler Befreiung; erst im nächsten Jahrzehnt sollte sie ihre ganze Stärke offenbaren. —

Unter jeder großen Umgestaltung des socialen Lebens müssen einzelne Klassen und Gewerbe unfehlbar leiden. Eben in diesen hoffnungsvollen ersten Jahren des Zollvereins und der Eisenbahnen bekundeten sich schon die Anzeichen des beginnenden Massenelends. An dem allgemeinen Aufschwunge der Volkswirthschaft nahm auch das Kleingewerbe theil. Doch nur die Zahl der Gehilfen wuchs beträchtlich, die der Meister wenig; ein selbständiges Geschäft zu behaupten ward bei dem verschärften Wettbewerbe immer schwieriger. Die Kleingewerbe der Seifensieder, der Gerber, der Töpfer, der Handschuhmacher gingen schon zurück, weil sie den Kampf mit den großen Fabriken nicht aushalten konnten. Die Berliner Stadtverordneten klagten, daß die Kosten ihrer Armenverwaltung in den Jahren 1821—38 von 104,000 auf fast 374,000 Thlr., weit schneller als die Bevölkerung, gestiegen seien. Während die höheren Stände den ärmlichen Gewohnheiten der Kriegsjahre nach und nach entwuchsen, lebte der kleine Mann kaum besser denn zuvor; in vielen großen Städten nahm die Fleischverzehrung durchschnittlich ab. Das Wachsthum der Städte verhalf manchem Hausbesitzer plötzlich zum Reichthum, doch die Miethen, vornehmlich der kleinen Wohnungen, wurden unerschwinglich. Großen Talenten wie Borsig eröffnete die junge Großindustrie eine glänzende Laufbahn; der Durchschnitt der Arbeiter aber befand sich in hilfloser Lage. Der neue Stand der Fabrikanten, der sich soeben erst selbst seine Stellung in der aristokratischen alten Gesellschaft erobert hatte, gebrauchte seine Macht noch mit der ganzen Rücksichtslosigkeit des Emporkömmlings. Es waren die Tage, da die englischen Fabrikanten sich in ihren Versammlungen gegen ihre Arbeiter geradezu verschworen, einen höchsten Satz für den Arbeitslohn, einen niedersten für den Preis der Waaren unter einander verabredeten. Die durch Ricardo und Say im Geiste der reinen Capitalsherrschaft weitergebildete Lehre Adam Smith's herrschte noch überall; das Elend

der Arbeiter galt für ein unwandelbares Naturgesetz, von Pflichten der Arbeitgeber war kaum die Rede.

Auch die Staatsgewalt, die in Preußen so oft schon durch ihre zwingende Gerechtigkeit sociale Mißverhältnisse ausgeglichen hatte, beachtete diese neuen Zustände noch wenig; denn überall lebt der Staat langsamer als die Gesellschaft, er vermag ihren Wandlungen nur zu folgen. Was die Regierung durch ihre Schutzzölle, ihre technischen Lehranstalten, durch die Darlehen der Bank und der Seehandlung für den Gewerbfleiß that, kam unmittelbar fast allein den Unternehmern zu gute. Zumal die Noth der Hausindustrie in den Hungergebirgen Mitteldeutschlands blieb den Blicken der Behörden noch beinah ganz verborgen. Dort war das Elend schon sehr groß, tausende fleißiger Menschen litten unter den unberechenbaren Preisschwankungen des Weltmarktes; in den armen Weberdörfern am Landeshuter Kamme ließ sich schon bemerken, wie die durchschnittliche Lebensdauer von Jahrzehnt zu Jahrzehnt abnahm. Alle diese socialen Gefahren waren erst im Werden; selbst in Englands unvergleichlich höher entwickelter Industrie gelangten die Arbeiter erst nach dem Siege der Reformbill auf den Gedanken, eine eigene Arbeiterpartei zu bilden. Doch unverkennbar nahte die Zeit heran, da die arbeitenden Massen durch den Druck unverschuldeter Noth zum Selbstbewußtsein erwachen, ganz neue Ansprüche an Staat und Gesellschaft erheben mußten.

Einer der Ersten, welche diesen Wandel der Dinge erkannten, war der an guten Einfällen allezeit reiche Philosoph Franz v. Baader in München. Er veröffentlichte schon im Jahre 1835 eine Flugschrift über „das Mißverhältniß der Vermögenslosen oder Proletairs“ — so sagte er mit einem bezeichnenden Fremdwort, denn seine besten Gedanken schöpfte er aus der Beobachtung der reicheren Volkswirthschaft Westeuropas. Er sah voraus, daß die socialen Fragen für die moderne Welt bald noch mehr bedeuten würden als die politischen, und verlangte, der Staat müsse die Verhältnisse der Arbeiter ordnen, nicht aus Wohlthätigkeit oder polizeilicher Vorsicht, sondern um des Rechtes willen; als die berufenen Vertreter des Arbeiterstandes betrachtete er freilich, nach seiner katholischen Weltanschauung, die Priester. Mittlerweile drangen auch die Ideen des französischen Socialismus langsam nach Deutschland hinüber. Wie Heine eine Zeit lang mit dem Vater Enfantin zusammenging, so schrieb Börne Beiträge für Raspail's socialistische Zeitschrift Le Réformateur. Den anderen Jungdeutschen mußte die bestehende Eigenthumsordnung schon darum widerwärtig erscheinen, weil sie die Ehe bekämpften und überall Tisch und Bett zusammengehören; war doch bereits ihr Liebling Heinse in seinem Ardinghello zu dem Ideale der Güter- und Weibergemeinschaft gelangt. Wienbarg namentlich erging sich gern im Preise der „heiligen Armuth“ und verdammte die Aristokratie des Reichthums fast noch härter als den Geburtsadel: „Alle Rosen der Welt werden die Beute eines windigen Ge-

schlechts von Stockjobbern und bevorrechteten Lakaien." Solche Schlagworte der Feuilletons waren freilich nur Pariser Reminiscenzen; sie verriethen mehr den ästhetischen Widerwillen gegen die Prosa des Bürgerthums als eine durchgebildete Ueberzeugung. Zum entschiedenen Socialismus bekannte sich unter den Schriftstellern des Jungen Deutschlands nur Einer: Georg Büchner.

Das Verständniß für den Ernst der socialen Frage war unter den Gebildeten noch kaum erwacht; wie ein Träumer wurde der junge Referendar Schultze aus Delitzsch von seinen Amtsgenossen in Naumburg angesehen, wenn er ihnen seine stark socialistisch gefärbten Ansichten über die Zukunft des Arbeiterstandes vortrug. Wer aber in die Tiefen der Literatur niederblickte, konnte nicht verkennen, daß es zu Ende ging mit dem friedlichen Stillleben der arbeitenden Massen; denn allezeit lassen sich die Wandlungen des socialen Lebens aus den Werken jener kleinen Schriftsteller, welche nur die Meinung aller Welt wiedergeben, am sichersten errathen. Bisher hatten die Schriftsteller der Leihbibliotheken den Unterschied der Stände wenig beachtet; nur die Mißheirath, der natürliche Liebling aller Putzmacherinnen und Ladenfräulein, bot allezeit einen willkommenen Romanstoff. Wie anders jetzt. Nichts harmloser als die beliebten, fromm gemüthlichen Jugendschriften des Dresdener Schullehrers Gustav Nieritz; und doch, welch ein tiefer socialer Groll verbarg sich darin: die armen Steindreher und Spitzenklöpplerinnen des Erzgebirges vertraten überall die mißhandelte Tugend, die Edelleute und Fabrikanten das hartherzige Laster, und fast schien es, als ob Reichthum eine Sünde wäre. So spiegelte sich das Leben in den Augen der bedrückten kleinen Leute. Derber und trotziger redete Adolf Glasbrenner in seinen Flugblättern: „Berlin wie es ist — und trinkt", ein fröhlicher Gesell, dem man gleich ansah, daß er wirklich mit Spreewasser getauft war und nicht wie einst Saphir seine Berliner Witze erkünstelte. Da tauschten der Eckensteher Nante, die Droschkenkutscher, die Budiker, die Dienstmädchen ihre Gedanken über Welt und Zeit aus; die Politik berührten sie selten, aber allen Widersprüchen und Lächerlichkeiten des socialen Lebens gingen sie mit ihren scharfen Zungen zu Leibe, dreist, vorlaut, aufgeklärt, immer feste auf die Weste, immer in der stolzen Zuversicht, daß der richtige Berliner Alles macht was gemacht werden kann. Der Witz ist jederzeit demokratisch, weil er Alles gleich stellt. Das erstarkende Selbstgefühl der Massen sprach aus diesen Berliner Sittenbildern ebenso vernehmlich wie einst aus dem Eulenspiegel und den Grobiansschriften des Zeitalters der Reformation.

Noch blieb der sociale Friede überall ungestört; nur die Pforzheimer Goldarbeiter wagten einmal (1839) wegen Verlängerung der Arbeitszeit einen Aufruhr, den die Truppen niederschlagen mußten. Was sich aber von langer Hand her vorbereitete, das lehrte die Haltung der deutschen Arbeiter im Auslande. Die große Mehrzahl der deutschen Handwerks-

burschen in Paris und der Schweiz ging nach und nach in das Lager des extremen Radicalismus über. Ein solcher Umschwung ließ sich nur durch das sociale Unbehagen erklären, da politische Sorgen diese Volksschichten wenig bekümmern. Handwerksgesellen bildeten den Stamm des Jungen Deutschlands, das sich im Jahre 1834 mit Mazzini's Jungem Europa förmlich verbrüderte und den Wahlspruch führte: Freiheit, Gleichheit, Humanität. Mazzini selbst stand freilich auf einer Höhe, welche die Blicke der kleinen Leute kaum erreichen konnten. Sein leitender Gedanke war die Idee der Nationalität, und weil er diese lebendige Macht des neuen Jahrhunderts mit Leidenschaft ergriff, darum wirkte er tiefer, dauerhafter als alle anderen Demagogen des Zeitalters. Er sagte sich feierlich los von dem Weltbürgerthum der alten Carbonari und ihrer Pariser Hohen Venta. In der Schrift Foi et Avenir, die er zur Antwort auf die französischen Septembergesetze (1835) erscheinen ließ, verherrlichte er zwar den Aufruhr, den Kampf bis aufs Messer wider die bestehenden Gewalten, den Bund der Unterdrückten gegen die Unterdrücker; aber nicht die Menschenrechte der Jacobiner sollten den Bürger begeistern, sondern der Gedanke der Pflicht, der Hingebung, des Martyriums für das Vaterland; nicht die individualistische Demokratie von 1789 sollte die Freiheit verwirklichen, sondern ein sociales Regiment, das jede Menschenkraft in den Dienst des Volkes, des Königs der Zukunft zwinge. Die französische Revolution erdrückt uns, so rief er aus, wir äffen bisher nur dem Gebahren unserer Väter nach und müssen uns als religiöse Partei wieder erheben; „wir glauben an die heilige Allianz der Völker, wir glauben an die Freiheit und Gleichheit der Völker, wir glauben an die Nationalität, das Gewissen der Völker, wir glauben an das heilige Vaterland. Glauben und That! Uns gehört die Zukunft!“ Dies mystische Evangelium der Verbrüderung gleichberechtigter Völker drang in mannichfachen Bearbeitungen weithin durch die Welt und entflammte nicht blos die Italiener, sondern auch die unfertigen Nationen des Ostens, Magyaren, Czechen, Serben, Rumänier.

Als Mittel zum Zweck hieß Mazzini jede Aufwiegelung willkommen; er hatte nichts dawider, wenn die Gebildeten unter den deutschen Flüchtlingen, die sich in Biel und Zürich zusammenfanden, ihre Landsleute aus dem Handwerkerstande durch rohe Brandschriften bearbeiteten. Es waren meist alte Burschenschafter aus der Schule der Unbedingten: der Göttinger Rauschenplatt, der Frankfurter Sauerwein, dann der Braunschweiger Fein und der Hesse Karl Becker, Beide berühmt als cynische Weltweise, denen das Waschbecken und die Seife ebenso verächtlich schienen wie das Halstuch und die Weste. Auch der Bundestagsdieb Gustav Kombst fand sich ein und erklärte, ganz im Geiste Follen's: wir Revolutionäre benutzen jedes Mittel, was unserer Ueberzeugung nicht widerspricht. In diesen Kreisen entstand eine Zeitschrift „das Nordlicht“, deren Sprache an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ: „Ihr Arbeiter, Handwerker und Bauern,

Ihr seid der Kern des Volkes. Schüttelt sie ab, die Fesseln, die arbeitsscheue Müßiggänger Euch schmiedeten. Der Eine kommt ebenso wenig mit Stiefeln und Sporen zur Welt, wie die Anderen mit Sattel und Zaum. Nur Vorurtheil und Willkür schaffen Herren und Knechte. Der Fürst führt nicht weniger seinen Steiß bei sich als die Anderen." Ein massenhaft verbreitetes Gedicht „Hundert deutsche Handwerker", mit dem Bilde eines Gehenkten auf dem Umschlage, führte der Reihe nach die Handwerker vor, wie sie bereit standen, jeder mit seinem Werkzeuge, die Fürsten einzusperren, zu hängen, zu köpfen:

Ich bin der Hufschmied Kilian,
Werd' einen Käfig schmieden,
Drein man die Fürsten setzen kann,
Wenn sie vom Thron geschieden.
Das sei die Volksmenagerie
Der aufgelösten Monarchie.

Wehmüthiger erklang der Galgenhumor in dem „Liede der Verfolgten" des gutmüthigen, verbummelten Dichterleins Sauerwein:

Wenn die Fürsten fragen:
Was macht Absalon?
Lasset ihnen sagen:
Ei, der hänget schon —
Doch an keinem Baume
Und an keinem Strick,
Sondern an dem Traume
Einer Republik . . .
Nichts blieb ihm auf Erden
Als Verzweiflungsstreich'
Und Soldat zu werden
Für ein freies Reich . . .
Gebt nur Eure großen
Purpurmäntel her.
Das giebt gute Hosen
Für das Freiheitsheer!

Eine Flugschrift „Geisterstimme der Gemordeten an Fränzchen, Fritzchen, Nickel und deren Verbündete" rechnete den Deutschen die 300 oder 600 Mill. fl. ihrer Staatsausgaben vor — Genaueres wußte der gesinnungstüchtige Statistiker nicht anzugeben: „Der Engländer zahlt seine Weltherrschaft, seine Freiheit, der Franzose seinen Ruhm, seine Gleichheit, der Deutsche seine Knechtschaft und seine Schande. Das ist der Unterschied." Durch seine geckenhafte Prahlerei that sich unter den Verschwörern der Nordfriese Harro Harring hervor; er nannte sich „Rebell aus Ueberzeugung", verachtete Goethe als den „besternten Hofkoloß der Poesie" und bezeichnete in der Vorrede einer seiner zahlreichen Gedichtsammlungen seine eigene historische Stellung also: „Die deutsche Bewegungspartei besteht jetzt aus Studenten und Handwerksburschen, und der Sänger dieser Zeit-

periode ist Harro Harring." Ihm verdankten die Flüchtlinge das vielgesungene Lied:

Dreiunddreißig, Vierunddreißig,
Seid auf Euren Kopf bedacht,
Wenn das Volk einst grimm und beißig
Der Geduld ein Ende macht!

Das Treiben wurde so zuchtlos, daß der besonnene Karl Mathy, den die Thorheit der badischen Demagogenverfolger auch in die Schweiz verschlagen hatte, sich bald ganz zurückzog. Mathy schrieb als Flüchtling eine ruhig und sachlich gehaltene Preisschrift über die Aufhebung des Zehnten, und pries sich glücklich, als er in einer Lehrerstelle bei Solothurn vorläufig eine friedliche Unterkunft fand.

Den vertriebenen Polen war mit den frechen Worten nicht genug gethan; sie brüteten über neuen Aufstandsplänen, und obgleich sie, befangen in der phantastischen Selbsttäuschung der Flüchtlinge, ihre Macht stark überschätzten, so vermochten ihre tollen Anschläge den Nachbarstaaten doch ernste Ungelegenheiten zu bereiten. In diesem Jahrhundert der bürgerlichen Kämpfe war der Bestand eines gastfreien Staates, der allen geschlagenen Parteien ein Asyl bot, eine europäische Nothwendigkeit. Wenn die Schweiz ihre Neutralität gewissenhaft einhielt und den Flüchtlingen jedes feindselige Unternehmen gegen die Nachbarn streng untersagte, so konnte sie in der neuen Staatengesellschaft eine ebenso würdige Rolle spielen wie einst die Republik der Niederlande im Zeitalter der Religionskriege. Allein für diese Ehrenpflicht der Eidgenossen zeigte die radicale Partei, die in der Tagsatzung herrschte, keinen Sinn; vergeblich mahnten Neuenburg und die anderen conservativen Cantone an die Wiener Verträge. Im Februar 1834 unternahmen einige hundert Flüchtlinge, geführt von dem polnischen General Ramorino, einen Einbruch in Savoyen; auch mehrere Deutsche waren mit im Haufen, so der allezeit wagelustige Rauschenplatt und die Gebrüder Breidenstein. Die Empörung wurde rasch niedergeworfen, aber ohne die Pflichtvergessenheit der schweizerischen Behörden hätte sie gar nicht beginnen können. Währenddem kamen bedenkliche Nachrichten über verdächtige Bewegungen an der deutschen Grenze. Baiern und Baden fürchteten einen Handstreich und trafen Vorsichtsmaßregeln; ihre Besorgnisse mochten übertrieben sein, grundlos waren sie nicht.*) Auf einer Versammlung der deutschen Arbeiter im Steinhölzli bei Bern wurden die Fahnen der süddeutschen Staaten in den Koth gestampft und das schwarzrothgoldene Banner feierlich emporgehoben, während die Menge sang:

Den Kopf, der frech sich aus dem Volk erhebt,
Den trifft des Volkes Beil.

---

*) Erlaß des bad. Ministers Winter an die Kreisregierungen, 28. April; Dönhoff's Bericht, München 3. April 1834.

Unmöglich konnten die Nachbarstaaten ruhig zuwarten, bis diese wüsten Gesellen einen neuen Ausfall wagten. Da der Wiener Hof für die Sicherheit der Lombardei fürchtete, so erhob zunächst der österreichische Gesandte Graf Bombelles Beschwerde und erwarb sich dadurch bei den Flüchtlingen den Beinamen des neuen Geßlers. Dann verlangte der Deutsche Bundestag durch eine auf den Wiener Ministerconferenzen sorgfältig vorberathene Note*) die Ausweisung aller der Deutschen, welche mittelbar oder unmittelbar die Ruhe der Bundesstaaten zu stören suchten (6. März). Die Tagsatzung gab eine ausweichende Antwort; die Schweizer Radicalen tobten wider die Tyrannen, am lautesten der Berner Professor L. Snell, der vor Jahren dem Kreise der Unbedingten nahe gestanden und mittlerweile das Schweizer Bürgerrecht erworben hatte. Ihm, wie so vielen anderen verlorenen Söhnen Deutschlands, gereichte es immer zur Freude, wenn er sein altes Nest beschmutzen konnte. In einer hochpathetischen Schrift „das verletzte Völkerrecht an der Eidgenossenschaft“ schilderte er den Kampf der freien Schweiz wider die Heilige Allianz; denn daß die Eidgenossen selber der Heiligen Allianz angehörten, war diesem Völkerrechtslehrer ganz unbekannt. Ich könnte, so rief er aus, in einem großen Königreiche ein reicher und angesehener Sklave sein, aber ich habe meine Menschenwürde in die Republik gerettet; in der Monarchie ist die erste Pflicht des Menschen zu schweigen, in einem freien Lande soll er seine Stimme erheben — und was der Großsprecherei mehr war. Auch Lord Palmerston versuchte durch ein Rundschreiben an die deutschen Höfe sich in diese Händel einzumischen. Das Verhalten der Schweiz wagte er selbst nicht zu vertheidigen, da sie so offenbar Unrecht hatte, er warnte die Deutschen nur vor Zwangsmaßregeln; dann ließ sich hoffen, daß der angenehme Unfrieden an der Schweizer Grenze noch recht lange währte.**)

Der Bundestag ließ sich nicht beirren. Er erneuerte seine Forderungen in einer schärferen Note (1. Mai); auch Oesterreich und die süddeutschen Grenznachbarn wiederholten ihre Beschwerden. Der badische Geschäftsträger Dusch, der diese Schriftstücke überbrachte, mußte, obwohl den Schweizern wohl gesinnt, eine sehr scharfe Sprache führen. Zugleich wurde an der Grenze eine strenge Bewachung angeordnet, und im Nothfall wollte man sogar die Handelssperre verkündigen.***) Da entfiel der Tagsatzung der Muth. Sie schickte eine Gesandtschaft nach Chambery um sich vor dem tief beleidigten Könige Karl Albert zu entschuldigen, und erwiderte dem Deutschen Bunde (24. Juni), daß sie alle Flüchtlinge, welche die Ruhe anderer Staaten störten, hinwegweisen werde. Dem Wiener

*) Brockhausen's Berichte, 25. 28. Febr.; Ancillon an Brockhausen, 7. März 1834.

**) Dönhoff's Bericht, 27. April 1834.

***) Brockhausen's Berichte, 29. März, 17. Mai; Brockhausen an Olfers in Bern, 5. Juni 1834.

Hofe betheuerten der Vorort Zürich und der Canton Bern ihre guten Vorsätze in einem Tone, welcher sehr wenig republikanischen Stolz verrieth.*) Nun begann die berüchtigte Schweizer „Flüchtlingshatz". Nach Lust und Laune, wie es den geängsteten Cantonalbehörden gerade einfiel, wurden die Flüchtlinge, schuldige und unschuldige, verhört, eingesperrt, unter Aufsicht gestellt, ihre Habe durchsucht, ihre Briefe erbrochen; selbst manche Schweizerbürger griff man mit auf, und Mathy gestand ehrlich, in Deutschland pflege man mit den Demagogen menschlicher umzugehen. Die beiden Breidenstein und viele Andere mußten die Schweiz verlassen. Auch Rauschenplatt zog grimmig von dannen; der thatendurstige kleine Mann hatte in jüngster Zeit noch versucht, in dem Baseler Judendörfchen Dipflingen unter dem Schatten eines mächtigen Freiheitsbaumes eine unabhängige Republik einzurichten.

Eine so planlose und willkürliche Verfolgung konnte die Ordnung nicht herstellen. Die Mehrzahl der Flüchtlinge, sogar viele der Genossen des Savoyerzuges blieben im Lande; in Zürich, Bern, Genf, Lausanne, Liestal entstanden deutsche Lesevereine, welche die Handwerksburschen in die Lehren des Radicalismus einführten, die geheime Presse unterstützten und den „Brüdern" daheim in vertrauten Briefen ankündigten, daß „der große Volksschmaus losgehen" werde. Mehrere Jahre hindurch mußten die deutschen Garnisonen in der Nähe des Bodensees beständig auf einen neuen Ausfall der polnischen Legion gefaßt bleiben.**) Der Depeschenwechsel mit der Tagsatzung wurde sehr widerwärtig; denn die aristokratische alte Schweiz hatte immer auf würdige Formen gehalten, die Sprache der neuen Demokratie schwankte zwischen Kleinmuth und plumper Grobheit.***) Der Bundestag half sich nach seiner Weise durch thörichte Verbote. Er untersagte den Besuch der beiden neuen Universitäten Bern und Zürich; und allerdings waren sogleich einige der eifrigsten deutschen Demagogen, Siebenpfeiffer, Hundeshagen, Snell auf die Berner Lehrstühle berufen worden. Er untersagte den Handwerksburschen nach solchen Ländern zu wandern, wo politische Arbeiterbünde beständen (1835); aber die Ausführung blieb den Einzelstaaten überlassen, und Baden sah sich zu Metternich's Entrüstung bald genöthigt, seinen Handwerkern den unentbehrlichen Verkehr mit den Schweizer Nachbarn wieder freizugeben.†)

Da man sich auf die Behörden der Eidgenossen nicht verlassen konnte, so unterhielt Oesterreich in der Schweiz eine Menge geheimer Agenten, die auch den Bundestag, den badischen und andere deutsche Höfe mit zweifel-

*) Schreiben des Regierungsrathes von Bern, 21. Nov., des Vororts Zürich, 27. Nov. 1834 an den Geschäftsträger Effinger in Wien.

**) Berichte von Frankenberg, 7. Februar, 22. Juni; von Dönhoff, 7. Februar, 4. März 1835.

***) Blittersdorff an Frankenberg, 30. Juli 1838.

†) Frankenberg's Bericht, 5. Aug. 1835.

haften Nachrichten versorgten*), und eifrig suchten die gehetzten Flüchtlinge nach Verräthern im eigenen Lager. Welch ein Lärm, als ein jüdischer Student Lessing aus der Mark im Jahre 1835 zu Zürich ermordet wurde, ein gemeiner Mensch, der sich unter den Geheimbündlern umhertrieb und bei Vielen für einen Späher galt. Die von dem Züricher Gerichte musterhaft schlecht geführte Untersuchung brachte kein Ergebniß. Sie erwies weder, daß Lessing ein preußischer Spion gewesen, noch daß er politischer Rachsucht zum Opfer gefallen war; manche Anzeichen deuteten vielmehr auf ein gemeines Verbrechen, der Leichnam war beraubt, in der Nähe eines verrufenen Hauses aufgefunden worden. Trotzdem behaupteten die Schweizer Zeitungen und zahlreiche Flugschriften mit der höchsten Zuversicht, die teuflischen Anschläge der preußischen Regierung lägen nunmehr klar zu Tage. Auch mit Frankreich gerieth die Tagsatzung in Streit, als Prinz Ludwig Napoleon den Aufruhr in Straßburg versucht hatte und dann, zur Auswanderung nach Amerika begnadigt, gleichwohl in sein schweizerisches Schlößchen Arenenberg zurückgekehrt war (1838). Der Bürgerkönig verlangte sofort seine Entfernung und ließ schon Truppen an der Ostgrenze zusammenziehen. Oesterreich, Preußen, Baden unterstützten Frankreichs Forderung**), während die Schweizer Presse wieder einmal mit Tell und Winkelried prahlte und den Tyrannen versicherte: „Königsblut und Bauernblut, es ist Beides gleich roth.“ Der kluge Prätendent aber wartete gemächlich ab, bis diese diplomatische Zwistigkeit seinen Namen wieder in den Mund der Leute gebracht hatte; dann ging er nach England und erklärte der Tagsatzung in einem großmüthigen Briefe, er wolle nicht durch längeres Verweilen die Sicherheit seiner zweiten Heimath gefährden. Also blieb das Verhältniß zwischen Deutschland und der Schweiz, durch die Schuld beider Theile, lange sehr unerquicklich; die deutschen Höfe zeigten übermäßige Aengstlichkeit, die Eidgenossen wenig Treue in der Erfüllung ihrer Vertragspflichten. —

Unter den 13,000 Flüchtlingen aller Länder, die in Frankreich zusammengeschneit waren, spielten die Deutschen nur eine bescheidene Rolle, obgleich sie die Bildung revolutionärer Geheimbünde fast so eifrig wie die Polen betrieben. Als der Hambacher Preßverein in Paris durch die französische Regierung aufgelöst wurde, entstand sogleich der Bund der Geächteten, der „den Hambacher Geist“ unter neuen Formen pflegen sollte. Er zerfiel, nach dem Vorbilde der Carbonari, in „Zelte“ von je fünf Mitgliedern; die Eingeweihten bildeten „den Berg“, an der Spitze des Ganzen stand der Pariser „Brennpunkt“. Durch die aus Paris heimgekehrten Handwerker wurden auch in Berlin, Frankfurt, Mainz, in vielen anderen Städten Mitteldeutschlands Zelte errichtet; die preußischen Be-

*) Türckheim an Frankenberg, 19. März, 16. Juli 1835.
**) Blittersdorff an Frankenberg, 30. Juli 1838.

hörden glaubten, es gebe ihrer zweihundert.*) Metternich pflegte die Demagogen jetzt nur noch die Alten vom Berge zu nennen, und allerdings, wer die Programme dieser Geheimbündler wörtlich nahm, konnte nicht bezweifeln, daß sie auf den Fürstenmord und die allgemeine Revolution ausgingen.

Das „Glaubensbekenntniß eines Geächteten" und dessen Umschreibung, „die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte" begannen mit dem Satze: „Der Herr schuf alle Menschen nach seinem Bilde, er schuf sie alle gleich. Sonach bleibt nur die demokratische Republik übrig." Sie verherrlichten den Widerstand, der die Unterdrücker zu Boden schlage, als „die heiligste und dringendste Pflicht der Bürger" und sagten schon, freilich nur in bescheidenen Andeutungen: die Gleichheit der Rechte fordere auch „Annäherung der Gleichheit in den äußeren Verhältnissen", also Steuerfreiheit der kleinen Leute, Progressivsteuer, öffentliche Unterstützung der Arbeiter. Zu den Mitgliedern zählte auch der Student Carl v. Bruhn, in späteren Jahren ein eifriger Genosse Lassalle's. Die Zeitschrift des Vereins „Der Geächtete" wurde von Jakob Venedey herausgegeben, der selber nicht der extremen Richtung der Demokratie angehörte, aber nach der Weise beschränkter Köpfe jedes rohe Wort seiner Mitarbeiter willkommen hieß. Er glaubte wie sein Abgott Börne, die Vaterlandsliebe durch unbändiges Schimpfen bethätigen zu müssen: „Deutschland war seit Jahrhunderten das Land, von dem die Sklaverei über Europa ausging, und es ist noch heute also." An der Knechtschaft der Polen, der Ungarn, der Italiener, sogar der Griechen und Spanier sollten allein die Deutschen schuld sein; doch „die unendliche Staatsschuld wird abgetragen und die Schande Deutschlands gesühnt, gerächt werden". So wunderbar hatten sich die Zeiten geändert: diesem neuen Burschenschafter erschien der Befreiungskrieg als eine Narrheit; mit wüthenden Schmähungen schalt er auf Arndt und die anderen Freiwilligen von 1813, die jetzt nur Knechte des Absolutismus seien.

In dem nichtsnutzigen Müßiggange dieses Verschwörerlebens konnten persönliche Zänkereien nicht ausbleiben. Nicht lange, so sonderte sich von dem Bunde der Geächteten ein Bund der Gerechten ab, nachher noch ein Bund der Deutschen und ein Bund der Communisten. Um das Jahr 1836 ging einer der Genossen, Schapper nach London und stiftete dort den radicalen Arbeiterverein, der noch heute als ein Brutnest der Socialdemokratie besteht. Das Junge Deutschland verlegte seinen Hauptsitz aus der Schweiz ebenfalls an die Themse, und da England alle politischen Verschwörungen gegen das Ausland grundsätzlich unverfolgt ließ, so entstand dort nach und nach noch eine Anzahl anderer deutscher Geheimbünde, die mit Mazzini's Jungem Italien, mit der französischen Gesellschaft der Menschen-

*) Mühler's Denkschrift über den Bund der Geächteten, 12. Nov. 1840.

rechte, der Demokratischen Gesellschaft der Polen in Verkehr blieben.*) Machtlos für den Augenblick wurden die Geheimbündler doch für die Zukunft bedeutsam; ihre langjährige still wühlende Arbeit half die Aufstände des Jahres 1848 vorbereiten.

Mittlerweile zogen einzelne anschlägige Köpfe aus der Lehre der unbedingten Gleichheit schon die letzten, den Begierden der Masse einleuchtenden Folgerungen. Bereits zur Zeit der Juli-Revolution hatte der erfindungsreiche Techniker Gall — derselbe, der in späterer Zeit durch das Gallisiren des Weines bekannt wurde — den Plan entwickelt, die Macht des großen Capitals durch die Association des kleinen zu bekämpfen. Seine Worte verhallten noch ungehört. Ganz anderen Anklang fand nachher der erste Apostel des reinen Communismus im neuen Deutschland, der Schneider Wilhelm Weitling. Der war zu Magdeburg in den gedrückten Verhältnissen des kleinen Handwerks aufgewachsen; dann fügte es der Humor des Schicksals, daß der hübsche, gescheidte Schneidergesell im Liebeswettstreit um ein Mädchen einen Erzherzog ausstach. So lernte er die Schwächen und die Rachsucht der Mächtigen der Erde aus der Nähe kennen. In Paris ward er in die Lehren Cabet's und Fourier's eingeweiht und ging alsdann in die Schweiz, um die deutschen Arbeiter zu entflammen. Sein Büchlein „Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte" (1838) war auf Fassungskraft und Neigung der Massen wohl berechnet und nicht ohne Begeisterung geschrieben, obgleich das gute Essen und Trinken unter seinen Zukunftsidealen einen unbillig breiten Raum einnahm. Ausgehend von der apostolischen Einfachheit des ältesten Christenthums versicherte er kurzab: „reich und mächtig sein, heißt ungerecht sein," und forderte zum Besten der Arbeiter, „der nützlichsten Menschen des Erdbodens, den Zustand der gesellschaftlichen Gleichheit," dergestalt, daß selbst die beiden Geschlechter gleich erzogen würden. In fünf, späterhin in drei täglichen Arbeitsstunden sollte die Gesellschaft ihre gemeinsamen Aufgaben erledigen; indeß stand Jedem frei, sich durch außerordentliche Arbeiten, durch „Commerzstunden" noch besondere Genüsse zu verschaffen. So werde „die Welt sich in einen Garten und die Menschheit in eine Familie verwandeln". So liebliche Bilder mußten wohl manchen beladenen kleinen Mann bethören; der Prophet redete scheinbar ganz harmlos und vermied die Frage, wie der große Umsturz möglich werden solle. —

Auch die Auswanderung nach Nordamerika wurde durch den Unfrieden der Revolutionsjahre mächtig gefördert. In dem Jahrzehnt bis 1840 nahmen die Vereinigten Staaten etwa 182,000 deutsch redende Auswanderer auf, zwölfmal mehr als im vergangenen Jahrzehnt; die Jahresziffer sank seit 1832 nicht mehr unter 10,000, im Jahre 1840 stieg sie auf

---

*) Hans (d. h. Cand. Curtmann aus Hessen) an Rauschenplatt, London 29. September 1836. Polizeibericht aus London an die Bundes-Centralbehörde, 18. Aug. 1837.

34,000 Köpfe. Manchen dieser Heimathlosen fiel ein trauriges Loos, und fast alle erprobten die Wahrheit des Sprichworts: Niemand hat in Amerika Erfolg, ehe er sein letztes europäisches Geld verloren hat. Aber die Enttäuschten schwiegen aus Scham, während die Glücklichen mit dem ganzen Stolze der selfmade men ihre Erfolge den daheimgebliebenen Verwandten anzupreisen pflegten. Es giebt im Völkerleben Zeiten der Seßhaftigkeit, und wieder andere, in denen der Wandertrieb wie eine dunkle elementarische Macht auf das Gemüth der Menschen wirkt. Wie einst das Lied „Naar Oostland wille wi varen" verführerisch durch die Dörfer Flanderns klang, so träumten jetzt Unzählige von dem märchenhaften Glück, das jenseits des großen Wassers jedem Tüchtigen winken sollte; und so wenig nüchterne Belehrung die Kreuzfahrer von der heiligen Reise zurückhalten konnte, ebenso wenig vermochten jetzt Vernunftgründe gegen die unbestimmte Sehnsucht nach dem Westen. Einem Volke ohne durchgebildete Staatsgesinnung, das in der Staatsgewalt nur den polizeilichen Dränger und Vormund sah, mußte diese junge Welt, wo man den Staat kaum bemerkte, unwiderstehlich verlockend erscheinen.

Dort in der Fremde erfuhren die Deutschen täglich, wie stark die innere Einheit unseres Volksthums ist. Alle Auswanderer deutscher Zunge, auch die Elsaß-Lothringer, die Schweizer, die Oesterreicher schlossen sich unwillkürlich als Landsleute an einander, während die Schotten und Iren den Engländern fern blieben. Die politischen Flüchtlinge aus den höheren Ständen waren ihre natürlichen Führer; unverkennbar hob sich ihr Bildungsstand und ihr Ansehen unter den Eingeborenen. Von den Gießener Radicalen kamen Paul Follen und Friedrich Münch, ein grundehrlicher Mann von ungewöhnlicher Thatkraft; von den Frankfurter Verschwörern Gustav Körner und die beiden Bunsen; aus der Pfalz die angesehenen Geschlechter Hilgard und Engelmann. J. G. Wesselhöft, aus der Thüringer Burschenschafterfamilie, ließ in Philadelphia das größte deutsche Blatt der Union, „Die alte und die neue Welt" erscheinen. Im fernen Westen, wo die Deutschen sich besonders zahlreich angesiedelt hatten, gab ein anderer Jenenser Burschenschafter, W. Weber, eine deutsche Zeitung heraus, die den Lynchgerichten, der Mißhandlung der Neger und anderen Sünden amerikanischer Herzenshärtigkeit oft tapfer entgegentrat. Dem alten Vaterlande gingen alle diese tüchtigen Kräfte unrettbar verloren. Die republikanische Gesinnung, die sich in den Briefen der Ausgewanderten aussprach, mußte daheim, im monarchischen Deutschland, die Begriffe verwirren und namentlich den thörichten Haß gegen die stehenden Heere verstärken. Allgemein, selbst in gemäßigt liberalen Blättern wurde behauptet, dies glückliche Amerika schütze sich ganz von selbst, durch seine Freiheit und durch die Ehrlichkeit, die man seiner Verwaltung seltsamerweise andichtete; Niemand bemerkte die einfache Thatsache, daß die Union keine gefährlichen Nachbarn besaß und darum keiner Truppen bedurfte. —

Unterdessen betrieb die deutsche Polizei unverdrossen den Vernichtungskrieg gegen die daheim gebliebenen Demagogen. Das Paßwesen, das einst die Jacobiner zuerst als eine Waffe gegen politische Feinde benutzt hatten, erlangte durch die Gegner der Revolution seine höchste Ausbildung; selbst die Lohnkutscher durften keinen Reisenden mehr befördern, wenn er sich nicht über seine Person auswies. Ueberall spürten geheime Agenten und fahndeten auf verdächtige Briefe, auf dreifarbige Abzeichen, zuweilen auch auf republikanische Vollbärte. In Baiern, dessen geheime Polizei von dem Cabinetsrath Grandauer ihre Weisungen empfing, wurden einmal zwei solcher Leute zu gleicher Zeit als gemeine Betrüger entlarvt. Ein Bundesbeschluß (1836) verpflichtete alle Regierungen, feindselige Unternehmungen gegen den Bund als Hochverrath zu bestrafen und einander gegenseitig die politischen Verbrecher auszuliefern. Nachdem die letzte radicale Zeitung, die Neckarzeitung, in Stuttgart unterdrückt war, ging man gegen die Bücher vor; die freie Stadt Frankfurt verbot sogar Sismondi's Untersuchungen über die Verfassungen freier Staaten.

In der Anarchie dieses Staatenbundes konnte es gleichwohl nicht ausbleiben, daß die Censoren nach sehr verschiedenen Grundsätzen verfuhren; und wenn Verfasser und Verleger sich den Censurvorschriften unterworfen hatten, dann blieben sie, nach § 7 des Karlsbader Preßgesetzes, „von aller weiteren Verantwortung frei." Als nun die kurhessische Censur eine sehr radicale „Petition deutscher Bürger gegen die Preßsklaverei" unbeanstandet durchgelassen hatte, da behauptete Blittersdorff im Bundestage (1834): jene Vorschrift des Preßgesetzes besage lediglich, daß der Bund die Schuldigen nicht mehr zur Verantwortung ziehen dürfe; den Landesregierungen stehe immer noch frei, die Verfasser censirter Schriften vor Gericht zu stellen. Die Mehrzahl der Bundesgesandten, auch der bairische, stimmte dieser ungeheuerlichen Auslegung zu. Da erklärte der Präsidialgesandte mit überraschender Ehrlichkeit: zu einem solchen Schlusse sei „nur mittels einer gründlichen und weitläuftigen Deducirung zu gelangen". Der Wiener Hof verlangte mehr; er wollte durch ein förmliches neues Bundesgesetz alle Schrecken der Censur und der gerichtlichen Verfolgung, der Prävention und der Repression zugleich über die deutschen Schriftsteller verhängen. Dazu konnten sich die Mittelstaaten doch nicht entschließen; sie halfen sich nach alter Gewohnheit, ihre Instructionen blieben aus, und ein Bundesbeschluß kam nicht zu Stande. Die Selbstgenügsamkeit des alten Beamtenstaates verschmähte aber auch, den Liberalismus durch kleine volksthümliche conservative Blätter zu bekämpfen, wie Otterstedt dem preußischen Hofe vorschlug. Die Regierungen meinten genug zu thun, wenn sie die Censur kräftig handhabten und ihre langweiligen, wenig gelesenen, vornehmen Staatszeitungen erscheinen ließen.*)

*) Otterstedt, meine Wahrnehmungen von dem Wartburgfeste bis zum heutigen Tage. Dem Könige übersendet 14. April 1833.

Insgesammt wurden etwa 1800 Personen wegen der Umtriebe der Revolutionsjahre in Untersuchung gezogen. Die neue Bundes-Centralbehörde nahm von Allem Kenntniß; sie zählte mehrere ausgezeichnete Richter in ihren Reihen; Preußen namentlich war durch Eichmann, nachher durch Mathis und Strampff sehr gut vertreten. Die Geschäfte gingen jedoch langsam, denn viele Regierungen zeigten sich saumselig, die einen aus Zorn, die anderen aus Trägheit.*) Nach mehreren Jahren (1835) beantragte Baden in Berlin die Auflösung der Behörde, da sie jetzt in stillerer Zeit nur noch die Gemüther aufreizen könne. Der preußische Hof aber bestand darauf, erst müsse öffentlich Rechenschaft abgelegt werden.**) Im Jahre 1839 erschien endlich die „Darlegung der Hauptresultate" der politischen Untersuchungen, ein Bericht, der sich vor den Arbeiten der alten schwarzen Commission immerhin durch Ehrlichkeit auszeichnete; denn diesmal lagen wirklich ernste Thatsachen vor. Niemand konnte leugnen, daß die Verschwörer von 1833 mit den Emissären Lafayette's und der polnischen Propaganda in Verbindung gestanden hatten; und dieser geheime internationale Verkehr währte fort, noch im Jahre 1839 gründeten die Pariser Radicalen eine literarische Correspondenz zur Vertretung der französischen Interessen in Deutschland.***) Daneben fehlte es freilich nicht an Zügen kindischer Aengstlichkeit: daß ein Küfer bei den Handwerksburschen Stückfaß hieß, ein Schornsteinfeger Schwarzkünstler, ein dritter Geselle gar den schrecklichen Kriegsnamen Ochs führte, schien den Frankfurter Demagogenverfolgern hochbedenklich.

In Preußen war Alles ruhig geblieben, und das Kammergericht, das unter der Oberaufsicht einer Ministerial-Commission die Untersuchung führte, mußte sich fast allein an die unglücklichen Studenten halten. Kamptz verfügte als rheinischer Justizminister, daß Niemand eine Richterstelle erlangen dürfe, der jemals einer Burschenschaft angehört habe. Gegen die Verhafteten selbst zeigte er sich wieder sehr freundlich, freundlicher mindestens als sein Amtsgenosse Rochow oder der gestrenge Präsident des Kammergerichts v. Kleist; am härtesten verfuhren der berüchtigte Tzschoppe und der Untersuchungsrichter Dambach. Vor dies Tribunal kam unnachsichtlich jeder Burschenschafter, der den preußischen Behörden in die Hände fiel, selbst wenn er ein Ausländer war und nie in Preußen studirt hatte. Dem Berliner Polizeidirector Dunker, den alle Spitzbuben wie den Satan fürchteten, ging es fast wider die Amtsehre, daß er sich jetzt mit so vielen anständigen Leuten befassen sollte. Auch Heinrich Laube mußte einige Monate in harter Haft verbringen, nicht wegen seiner literarischen Sünden, sondern weil er vor langen Jahren in die Hallenser Burschenschaft eingetreten war. Im Jahre 1836 endlich sprach das Kammergericht sein

*) Blittersdorff's Berichte, 3. Mai, 5. Juli 1835.

**) Frankenberg's Berichte, 26. März, 21. April 1835, 9. April 1836.

***) Strampff, Bericht an die preuß. Ministerialcommission, Frankfurt, 26. Febr. 1840.

Urtheil über 204 Studenten. 192 wurden verurtheilt, ihrer viele zum Tode. An die Möglichkeit solcher Hinrichtungen glaubte aber Niemand mehr; der König verwandelte die Strafe erst in dreißigjährige, dann in achtjährige Festungshaft, gänzlich begnadigt wurden nur Wenige. Kamptz pflegte zu sagen: Burschenschaft ist Burschenschaft; darum durften auch der junge Historiker Max Duncker und die anderen gut königlich gesinnten Bonner Burschenschafter dem Gefängniß nicht entgehen.

Nicht ganz so unschuldig war der engere Kreis der Jenenser Germania, dort wurden sehr verwegene Reden geführt und wohl auch mit den Flüchtlingen thörichte Briefe gewechselt. Doch die Mehrzahl auch dieser Burschenschaft bestand aus harmlosen jungen Leuten, die sich ganz zufrieden fühlten, wenn sie nur die Farben des einigen Deutschlands auf der Brust trugen. Zu ihnen zählte der Mecklenburger Fritz Reuter. Der hatte seine ganze Zeit gewissenhaft auf der Kneipe oder auf Spritzfahrten verbracht und wußte von den ruchlosen Anschlägen seiner eingeweihten Genossen so gar nichts, daß der Untersuchungsrichter ihn anfangs für einen ungewöhnlich verstockten Verbrecher hielt; erst allmählich wurde Dambach milder gestimmt und sagte: „gefährlich scheint er nicht als Anhänger staatsverderblicher Lehren, sondern als Taugenichts.“ Sieben Jahre hindurch wurde dem Armen „der lebendige Strom seines Lebenswegs zu einem See aufgestaut“; erst lange nach seiner Befreiung entschloß er sich, die Erinnerungen „ut mine Festungstid“ niederzuschreiben, und der treuherzige, durch Thränen lächelnde Humor seiner harmlosen Erzählung beleuchtete den Aberwitz dieser Demagogenjagd fast noch greller, als der salbungsvolle religiöse Ernst der Kerkergeschichte Silvio Pellico's, le mie prigioni. Solche Martern, wie sie die Grausamkeit des Kaisers Franz über Pellico verhängte, blieben den preußischen Demagogen freilich erspart; aber wie viele der jungen Männer verkamen in dem zwecklosen Einerlei des Gefängnißlebens. Manche gingen unter in Trunk und Müßiggang, Manche verbitterten für immer; nur Wenige vermochten sich so gewaltsam zu überwinden wie Max Duncker, der bald einsah, daß auch das unvernünftige Gesetz Gehorsam erheische, und ruhig sagte: mit Recht mußte ich büßen, weil ich mich gegen das Gesetz des Staates verfehlt hatte.

Nachhaltige revolutionäre Leidenschaft zeigten diese gutherzigen deutschen Naturen sehr selten; selbst den erklärten Radicalen füllte die Politik doch nicht das ganze Leben aus. Da war Keiner, der, wie einst der gefangene Mazzini in seinem Adlerneste bei Savona hoch über dem Mittelmeer, Tag für Tag nur an die Befreiung seines Vaterlandes gedacht hätte. Wie drohend, wie aufrührerisch hatte einst Wilhelm Cornelius in seinem Straßburger „Constitutionellen Deutschland“ geredet*); als er nach einigen Jahren Haft die Festung Graudenz verließ, erschien er wie ausgetauscht und schrieb

*) S. o. IV. 227. 233.

für das Bilderwerk „Das malerische und romantische Deutschland" den Band über die Ostsee, ein unschuldiges Reisegeplauder, das zumeist von Landschaften, Mondschein und lieblichen Mädchen handelte. Wer den Durchschnitt unserer Demagogen, der wirklichen wie der vermeintlichen, furchtlos betrachtete, der mußte einsehen, daß die Thatkraft des germanischen Charakters in den Geheimbünden nicht zu Tage trat, und eine Revolution von unten den Bundestag schwerlich überwältigen konnte.

Weit härter als in Preußen wüthete diesmal die Verfolgung in Baiern, denn König Ludwig glaubte von den Liberalen, die ihn einst vergöttert hatten, verrathen zu sein. Jetzt kannte er keine Schonung mehr; er ließ sogar Wirth's Frau verfolgen, weil sie die Vertheidigungsrede ihres Gatten verbreitet hatte, gab den Richtern durch Handschreiben Anweisungen wie sie urtheilen sollten, und ward auch nicht milder gestimmt, als der traurige Kerkertod eines preußischen Studenten Kolligs ganz München mit Schrecken erfüllte.*) Ein Sendschreiben „Stimme aus dem Kerker an König Ludwig" von dem radicalen Journalisten Coremans erbitterte den Monarchen tief; darin stand zu lesen, durch seine Gedichte habe sich der königliche Poet „selbst zum ersten Opponenten im Lande erklärt". Unter den 142 bairischen Demagogen, die im Jahre 1834 ihres Urtheils harrten, war auch der Würzburger Altbürgermeister Behr, vor Zeiten Ludwig's Vertrauter. Der hatte in einer wortreichen „Dringenden Erinnerung" den Landtag von 1831 aufgefordert, die Revision der Verfassung und die Vereidigung des Heeres zu beantragen; die Schrift enthielt viel Thorheit, aber kein strafbares Wort. Gleichwohl wurde der zweiundsechzigjährige Mann verurtheilt, vor dem Bilde des Königs knieend Abbitte zu leisten — eine empörende Strafe, die dem gekrönten Dichter besonders nöthig schien — und dann zu vieljähriger Haft auf die Passauer Festung geführt. Ein Gnadengesuch schlug der König ab, gerade weil er dem Verurtheilten früher so viel Vertrauen erzeigt habe.**) Dieselbe schimpfliche Strafe mußte der arglos geschwätzige Dr. Eisenmann erleiden; in seiner Wohnung wollte die Polizei einen Sammetmantel gefunden haben, den sie für das Krönungskleid des künftigen Frankenherzogs hielt. Beiden Unglücklichen wurde im Kerker die Kraft des Leibes und der Seele gebrochen. Vergeblich bat der Landtag um Amnestie für die politischen Verbrecher, und mit begreiflichem Ingrimm donnerte die Flüchtlingspresse wider das orientalische Strafverfahren des bairischen Sultans. Da Ludwig gar so hart verfuhr, so betrachtete man selbst Oken's Entlassung, die allein in der Unverträglichkeit des Naturforschers ihren Grund hatte, als eine politische Gewaltthat. Eine Ode von Schultheiß sagte: der Dichterfürst

Trieb aber lichtscheu bald den Lichtheld
Achtlos hinweg aus der finstern Mönchsstadt.

*) Dönhoff's Bericht, 17. Dec. 1837.
**) Dönhoff's Bericht, 25. Juni 1836.

Wegen des einen Wortes „lichtscheu“ wurde der junge Poet verurtheilt, vor dem Bilde des Königs zu knien und sieben Wochen Haft auszuhalten, obgleich das Gedicht noch gar nicht gedruckt, sondern in einem erbrochenen Briefe aufgefunden war.

Am längsten währten die Untersuchungen im Großherzogthum Hessen. In dem gelobten Lande der Kleinstaaterei um Frankfurt hatte der Radicalismus allmählich eine Macht erlangt, wie nirgendwo sonst in Deutschland; die Willkür der freien Stadt gegen ihre Bauern, die Mißregierung in Kurhessen und Nassau, die bureaukratische Strenge in Darmstadt und nicht zuletzt der erbauliche Anblick des Bundestags mußten das Volk aufregen. Daß Büchner und die oberhessischen Verschwörer im Jahre 1833 auf den Umsturz alles Bestehenden ausgegangen waren, lag klar zu Tage*); desgleichen, daß dort noch lange nach dem Frankfurter Wachensturme ein „Männerbund“ von streng revolutionärer Richtung sein Unwesen getrieben hatte. Der Darmstädter Hof führte die Untersuchung mit leidenschaftlichem Eifer. Großherzog Ludwig unterschrieb eigenhändig zwei geheime Aktenstücke, welche den Denuncianten Straflosigkeit „und selbst Unsere Erkenntlichkeit“ zusicherten; du Thil aber verstand, ganz wie die bairische Regierung, durch rechtzeitige Versetzungen dafür zu sorgen, daß die Mehrheit der Richter in politischen Processen immer aus Anhängern des Ministeriums bestand.**) Viele der Angeklagten waren entflohen, auch der Gymnasiallehrer Schüler, der sich dann in der Schweiz als eifriges Mitglied dem Jungen Deutschland anschloß. Die noch übrigen Dreißig wurden im December 1838 sämmtlich bis auf fünf verurtheilt, und der Großherzog erließ ihnen allen die Freiheitsstrafen. Aber wie furchtbar war ihnen in der langen Untersuchungshaft mitgespielt worden; der namhafteste von allen, Pfarrer Ludwig Weidig hatte seinen Qualen selbst ein Ende gemacht.

Weidig genoß allgemeine Achtung als rechtschaffener Mann, als tüchtiger Lehrer und Prediger, auch seine politischen Hoffnungen gingen nicht über ein parlamentarisches deutsches Kaiserthum hinaus. Allein er hatte nicht umsonst dem Bunde der Unbedingten als älterer Genosse angehört; wenn ein Zwiespalt zwischen Staat und Volk entstünde, dann hielt er, „um des Sieges der Wahrheit willen,“ jedes, schlechthin jedes Mittel für erlaubt, darum trug er auch kein Bedenken, bei Büchner's socialistischem Hessischen Landboten mitzuwirken. Durch solche Grundsätze vergiftete er die Jugend, die er mit dämonischer Beredsamkeit an sich zu fesseln wußte. Beständig empfing er die Besuche polnischer und französischer Emissäre; das kleine Butzbach blieb, so lange er dort als Rector wirkte, der Mittelpunkt einer geheimnißvollen Wühlerei. Die Regierung betrachtete ihn als ihren

*) S. o. IV. 310.

**) Ich benutze hier mehrfach die Aufzeichnungen des späteren großh. hess. Gesandten Frhrn. v. Lepel, die mir sein Sohn, Herr Oberst Frhr. v. Lepel freundlich mitgetheilt hat.

Todfeind, obgleich er die Theilnahme an dem hoffnungslosen Frankfurter Attentate klüglich abgelehnt hatte, und bestellte ihm zum Untersuchungsrichter den Gerichtsrath Georgi, einen brutalen Mann, der nach dem Zeugniß der Gerichtsärzte am Delirium tremens litt. Durch die endlosen Verhöre gerieth der ohnehin leidenschaftliche Angeklagte in eine fieberische Aufregung. Zuweilen erschien er wie tobsüchtig; er sagte dreiste Unwahrheiten und benahm sich so widerspänstig, daß Georgi ihn mit Körperstrafen bedrohte; einmal stürzte er rasend mit einem Messer auf seinen Peiniger los. Darauf wurde er allem Anschein nach mit dem Farrenschwanz geprügelt; anders ließen sich die Striemen, die man späterhin an seiner Leiche entdeckte, kaum erklären. Als der Gefängnißwärter bald nachher, am 23. Febr. 1837, in die Zelle tritt, findet er Weidig im Blute schwimmend, aber noch lebend auf dem Bette liegen. Der rohe Mensch wirft erschrocken die Thür zu und eilt zu Georgi. Der kommt, betrachtet sich den Jammer, befiehlt den Arzt zu rufen und geht von dannen. Nach anderthalb Stunden endlich erscheint der Arzt, gerade als der Unselige den Geist aufgiebt. Weidig hatte sich mit einem Glasscherben die Adern an Armen und Füßen, zuletzt den Hals durchschnitten, und es blieb wenn auch unwahrscheinlich, so doch denkbar, daß ihm der tödliche Schnitt erst während jener letzten anderthalb Stunden gelungen war.

Ein Schrei des Entsetzens ging durch das Land; der Haß der Parteien flammte auf. Manche der Liberalen versicherten, der Unglückliche sei durch fremde Hand ermordet worden, was nach Lage der Umstände rein unmöglich war. Weidig's zahlreiche Freunde und Schüler verherrlichten ihn nicht nur als ein Opfer barbarischer Rechtspflege; sie behaupteten auch, er habe an den Umtrieben der Verschwörer niemals theilgenommen, und sie fanden Glauben bei Vielen, denn nicht leicht entschließen sich die Deutschen zu der Erkenntniß, daß persönlich ehrenhafte Männer in der Politik verschlagen und gewissenlos handeln können. Wilhelm Schulz und Welcker bemächtigten sich des grauenhaften Falles, um die Nichtswürdigkeit des geheimen Verfahrens nachzuweisen. Die gesammte deutsche Presse gerieth in Bewegung. Die Züricher medicinische Facultät, die immer bereit stand Deutschlands Blößen aufzudecken, erwies in einem Gutachten, Weidig sei geprügelt worden; den Leichnam selbst in Augenschein zu nehmen, hatte freilich keiner dieser gesinnungstüchtigen Gelehrten für nöthig gehalten. Auch unter den hessischen Richtern regte sich die Scham. Der Hofgerichtsrath Freiherr v. Lepel, der weder zu den liberalen Parteimännern gehörte noch an Weidig's politische Unschuld glaubte, aber immer ehrenhaft für die Unabhängigkeit der Gerichte eingetreten war, verlangte in einem Referate strenge Untersuchung gegen diese „höchst schuldvolle, kaum erklärliche Vernachlässigung, welche das Vertrauen in die Justiz nothwendig gefährden" müsse. Georgi erwiderte grob: „dem Gerichtspersonal wird wohl Niemand zumuthen wollen, bei einem solchen gefährlichen Individuum

selbst Wache zu halten;" und du Thil unterstützte ihn mit voller Kraft. Der kluge Minister hatte sich in dem ewigen Kampfe mit den Liberalen schon dermaßen verhärtet, daß er ihnen schlechterdings nichts mehr glauben wollte. Er schilderte Georgi dem preußischen Geschäftsträger als einen schändlich verleumdeten Märtyrer der guten Sache; die beiden Gerichtsärzte hätten sich nur durch die liberalen Abgeordneten verführen lassen, ein unwahres Gutachten über Georgi's Säuferkrankheit abzugeben.*) Noch mehr, als sein Schützling die Stirn hatte sich um einen Sitz in der Kammer zu bewerben, gewährte er ihm den stillen Beistand der Behörden. Georgi wurde gewählt, und Gutzkow sang:

Deutschland, glückliches Land, wo der Wahnsinn sitzt zu Gerichte,
Und in dem ständischen Saal taumelnd ein Trunkenbold lallt!

Die Inschrift auf Weidig's Grabe ließen die Behörden überkitten, weil sie den Todten als heiligen Streiter rühmte. Unbelehrbar blieb du Thil bei seiner Ansicht. Noch lange Jahre nachher schrieb er in seinen Denkwürdigkeiten, als er Weidig's wüthenden Anfall auf Georgi erwähnt hatte: „Man kann sehen, was der Parteigeist bewirkt, wenn man weiß, daß jenes Ungeheuer, das sich am Ende selbst entleibt hat, als Märtyrer betrachtet, fast vergöttert worden ist, und daß man ihm ein Denkmal gesetzt hat." Aber mit solchem Hochmuth bureaukratischer Selbstgerechtigkeit ließ sich der blutige Schatten nicht bannen. Das Gerücht ließ nicht ab, die Schriften über den gräßlichen Vorgang mehrten sich; die öffentliche Meinung forderte stürmisch, das Geheimniß müsse gänzlich aufgedeckt werden. Als nun in Kurhessen eine geheime politische Untersuchung gegen Sylvester Jordan eingeleitet wurde, erst 1839, eben zu der Zeit, da die Demagogenverfolgung überall sonst einzuschlafen begann, da erzählte man sich bald, auch dieser Volksmann werde mit der gleichen Grausamkeit behandelt. Der Unwille ward allgemein. Die beiden Processe Weidig und Jordan sollten in der deutschen Geschichte eine große Bedeutung erlangen, sie gaben dem geheimen Strafverfahren den Todesstoß. —

Wie konnten in so schwüler Luft Vertrauen und Frieden gedeihen! Die Verwaltung im Großherzogthum Hessen arbeitete unter du Thil's einsichtiger Leitung vortrefflich. Für Schulwesen und Straßenbau geschah sehr viel; der Ertrag des landesfürstlichen Kammergutes vermehrte sich beträchtlich, obgleich ein Drittel der Domänen an den Staat abgetreten war. Die Ablösung der bäuerlichen Lasten wurde so gerecht durchgeführt, daß selbst die Mediatisirten, die überall sonst in Süddeutschland über die neuen Agrargesetze klagten, hier allein zufrieden waren; die Solms und

*) Sydow's Berichte, 23. Aug., 7. Nov. 1837.

Erbach benutzten die Ablösungsgelder, um ihren Grundbesitz zu vergrößern, aber auch ihre Gutsunterthanen freuten sich der Erleichterung. Den Particularismus hatte du Thil immer verachtet, und nach den Wiener Ministerconferenzen war er mehr denn je davon überzeugt, daß dies zerfahrene deutsche Wesen einer festen Leitung bedürfe; im Stillen wünschte er einen Kaiser, der ohne Parlament, mit Beirath eines Reichstags deutscher Fürsten, die Nation führen sollte. Und dieser gescheidte Mann, der die meisten Minister der kleinen Staaten weit übersah, war gleichwohl kleinlich mißtrauisch wider die liberale Partei, empfindlich gegen jede freimüthige Kritik, ganz durchdrungen von jenem unnahbaren Dünkel, der das alte Beamtenthum auszeichnete. In der Hofburg galt er für den zuverlässigsten aller kleinen Minister. Als Metternich 1834 eine geheime Centralstelle in Süddeutschland einrichtete für die zahlreichen Agenten, welche der Wiener Hof in Italien und der Schweiz, in Belgien und dem deutschen Süden unterhielt, da wurde du Thil in das Geheimniß eingeweiht und empfing fortan regelmäßige Berichte, während die anderen deutschen Höfe nur zuweilen einer vertraulichen Mittheilung gewürdigt wurden. Die niederen Agenten hielt er selbst gutentheils für zweideutige Glücksritter; ihm genügte, daß der k. k. Oberbeamte, der von Zeit zu Zeit in Darmstadt vorsprach, sich wie ein feingebildeter Mann benahm und jedes Geldgeschenk zurückwies.*) Auf Preußens Freundschaft konnte sich der Mitbegründer des Zollvereins immer verlassen. Als er den Landtag von 1833 auflöste, sprach ihm Ancillon seine warme Zustimmung aus.**)

Der neue Landtag von 1834 zeigte sich nicht gefügiger. Auch diesmal hatte die Opposition die Mehrheit erlangt, und sie trat, unter der Führung Heinrich v. Gagern's, so scharf auf, daß einige ängstliche Mitglieder der Minderheit den Ministern erklärten, sie wagten kaum noch in der Kammer zu erscheinen, weil jedes ihrer Worte verhöhnt würde. Währenddem verweilte du Thil auf den Wiener Conferenzen. Sobald er zu bemerken glaubte, daß Hofmann und die anderen Minister sich zu nachgiebig zeigten, erbat er sich die Erlaubniß zur Rückkehr. Seine Taubheit verhinderte ihn im Landtage selbst zu erscheinen; er kannte seine Gegner kaum, traute ihnen das Aergste zu und rieth dem Großherzog abermals zur Auflösung der Kammer. Ein Anlaß fand sich bald genug. Die Liberalen stellten einen Antrag auf Wahrung der Selbständigkeit des Richterstandes und trafen damit die wunde Stelle des Regierungssystems. Gagern erwies in hochpathetischer Rede, daß die Gerichte nur zu Gunsten einer Partei zusammengesetzt würden; diese Partei, so fuhr er fort, verstehe das constitutionelle Princip nicht, sie werde vorzugsweise durch das gegenwärtige Ministerium vertreten. Da erhob sich zornglühend der Staats-

*) Nach du Thil's Aufzeichnungen.
**) Ancillon, Weisung an Arnim, 11. Nov. 1833.

rath Knapp — denn der Name: Partei hatte in den Kreisen des Beamtenthums noch einen bösen Klang — und verlangte, daß der Redner zur Ordnung gerufen würde. Als die Mehrheit dies Begehren abschlug, verließen die Regierungscommissäre den Saal, und am nächsten Tage wurde die Kammer aufgelöst (25. Oct.). Du Thil war von seinem Rechte tief überzeugt und sagte in einer Proclamation an das Volk: „Ein Mitglied der zweiten Kammer erlaubte sich einen so beleidigenden und herabwürdigenden Ausfall, daß dadurch das Ansehen und die Achtung, die jede Regierung anzusprechen hat, im höchsten Grade gefährdet war.“

Der preußische Geschäftsträger Heinrich v. Arnim, der noch ganz in den politischen Anschauungen seines Freundes, des Kronprinzen lebte, schrieb frohlockend: „nach der gottvergessenen Idee der Volkssouveränität“ bedeute die Auflösung des Landtags eine Appellation an das Volk; durch die wiederholte Auflösung sei dieser Wahn jetzt thatsächlich widerlegt. Auch Ancillon erklärte sich einverstanden*), und in der That war nunmehr „der Hydra der Kopf abgeschlagen“, wie du Thil sagte. Die neuen Wahlen fielen zu Gunsten der Regierung aus, und vierzehn Jahre hindurch gebot der dauerhafteste aller deutschen constitutionellen Minister fortan über eine ergebene Mehrheit. Selbst die Enthüllung des Thorwaldsen'schen Gutenberg-Standbildes in Mainz (1837), ein Fest, vor dem sich der Hof lebhaft fürchtete, verlief in Frieden, obwohl viele unheimliche Demagogen herbeigekommen waren. Die Macht der Regierung schien für den Augenblick so fest zu stehen, daß im Jahre 1838 zwei Führer der Opposition, Gagern und Langer entmuthigt aus der Kammer austraten. —

Weit ernster war die Lage in Kurhessen. Wie richtig hatte doch Motz über seine Heimath geurtheilt, als er einst, lange vor den Julitagen, voraussagte, von Braunschweig und Kurhessen würde die deutsche Revolution ausgehen. In Braunschweig war jetzt das Feuer gelöscht, das Kurfürstenthum blieb des Deutschen Bundes Unglückskind. Selbst der neue preußische Gesandte, Frhr. v. Canitz, der dem geistreichen Berliner Freundeskreise des Kronprinzen angehörte und als geborener Hesse gern nachsichtig urtheilte, mußte schließlich gestehen: das Land sei nicht schlecht gesinnt, die Opposition ungefährlich; die einzige Gefahr liege in der Person des Prinzregenten, die dem Braunschweiger Karl nur zu ähnlich sei, in seinem boshaften, mißtrauischen Charakter, in seiner „Lust, Allen wehe zu thun, die sich nicht schützen können.“**) Sehr schwer bestraften sich die unfürstlichen Familienverhältnisse des Regenten. „Er hat uns nur in Pachtung,“ sagte man im Volke; Niemand traute ihm landesväterliche Liebe zu, weil er die Herrschaft doch nicht auf seine Nachkommen vererben könne. Dieser Verdacht mußte wachsen, als der Kurprinz von den Land-

*) Arnim's Berichte, 25. 27. Oct.; Ancillon, Weisung an Arnim, 6. Nov. 1834.

**) Canitz's Berichte, 3. Oct. 1836, 19. Aug. 1837.

ständen die Bewilligung einer Dotation für seine unebenbürtigen Kinder forderte, und deutlich zu verstehen gab, für solchen Preis wolle er sich gern etwas von dem Militärbudget abhandeln lassen.*) Die Verhandlungen zerschlugen sich. Die Ritterschaft aber verstand ihren Vortheil wahrzunehmen, sie nahm die Grafen von Schaumburg in ihre Corporation auf, so daß ihnen fortan heimfallende Ritterlehen übertragen werden konnten, und empfing dafür von dem dankbaren Vater mannichfache Begünstigungen im Staats- und Hofdienste. Währenddem fuhr der Kurprinz fort, seine Mutter durch kleinliche Bosheit zu mißhandeln. Er ließ den Salon neben ihrer Theaterloge abbrechen und erwiderte auf ihre Beschwerde, er sei ja selbst bei ihr nicht hoffähig. Nichts liebloser als seine Briefe an die Kurfürstin; als er ihr einen Kammerherrn, den sie hochschätzte, wegnahm, schrieb er ihr trocken: „übrigens besitzest Du kein Rechtsmittel, ihn in Deinem Dienste beizubehalten.“**) Erst nach vieljährigem Streite überwand die stolze Fürstin ihren Widerwillen, auf die dringenden Bitten des preußischen Gesandten, und entschloß sich den Besuch ihrer Schwiegertochter zu empfangen. Seitdem wurde mindestens der äußere Anstand bei Hofe wiederhergestellt.***)

Hassenpflug, der jetzt die Seele der Regierung war, hatte einst als Freiwilliger gegen Frankreich gefochten und in Göttingen einer Verbindung angehört, welche den patriotischen Ideen der späteren Burschenschaft nahe stand. Frühe schon wendete er sich den Lehren Haller's zu, sein scharfer juristischer Verstand schrak selbst vor den letzten Folgesätzen des Systems der Restauration nicht zurück. Geistreich, vielseitig unterrichtet, zeigte er in den ersten, besseren Jahren seines Wirkens lebhaften Eifer für die Blüthe der Wissenschaften in Marburg. Der Verkehr mit seinen Schwägern, den Brüdern Grimm, die ihn auch mit Dahlmann zusammenbrachten, hatte ihn gewöhnt sich auf den Höhen der Bildung zu bewegen. Die beiden, allerdings kindlich gutherzigen, großen Gelehrten hielten ihn damals noch für durchaus redlich, nur fanden sie ihn „nicht frei von Einseitigkeit und Ueberspannung“, und nannten es unrecht, daß er seiner eigenen Ueberzeugung zuwider die Rolle eines constitutionellen Ministers übernommen habe. Er verhehlte gar nicht, daß er die Verfassung als „ein Werk der Revolution“ verabscheute und entschlossen war, sie durch die allerstrengste Auslegung mit dem monarchischen Princip in Einklang zu bringen. Während dieser Kämpfe ward er immer härter, schroffer, gewissenloser; in seinem schönen, geistreichen Gesichte ließen sich bald die verkniffenen Züge des Fanatismus und der Herrschsucht erkennen. Wenn er scharf, höhnisch, mit herausforderndem Hochmuth auf die tobende Kammer ein-

*) Canitz's Berichte, 12. Juli, 23. Aug. 1834.

**) Kurprinz Friedrich Wilhelm an Kurfürstin Auguste, 30. Nov. 1836.

***) Canitz's Berichte, 28. Jan., 18. Febr. 1837.

redete, dann schien es, als geize er nach dem Ruhme eines hessischen Strafford; und in der That verkündete das Berliner Wochenblatt, das er durch seine Getreuen mit Beiträgen versorgte: hier in Hessen werde der geheime Krieg zwischen Fürstenrecht und Revolution endlich zum Austrage kommen. So erwarb er sich bald den Beinamen des Hessenfluchs. Die Liberalen haßten ihn um so grimmiger, weil sie seine Begabung nicht bestreiten konnten: er erledigte die Geschäfte leicht, ohne kleinliche Pedanterei und zeigte eine glückliche Hand in der Auswahl seiner Werkzeuge. Ganz unerträglich war ihm der stehende Ausschuß des Landtags, „diese verkehrteste Ausgeburt der neuen Verfassung;“ der Landtag aber erklärte gerade diese ständische Nebenregierung, die sich mit der modernen Staatseinheit in der That nicht vertrug, feierlich für „das Palladium“ der hessischen Freiheit.

Zunächst dachte der Minister den alten Uebelstand des deutschen Repräsentativsystems, die Beamten-Opposition auf dem Landtage, zu beseitigen; Jordan vornehmlich, der Vater der Verfassung, sollte entfernt werden. Darum verweigerte die Regierung, als für den Landtag von 1833 gewählt wurde, jedem des Liberalismus irgend verdächtigen Beamten unnachsichtlich die Erlaubniß zur Annahme der Wahl. Jordan aber, der Abgeordnete der Universität Marburg, suchte die Genehmigung des Ministeriums nicht nach, sondern trat in gutem Glauben ein; hatte er doch schon früher, ohne um Erlaubniß zu bitten, sechzehn Monate lang die Hochschule im Landtage vertreten. Als die Urheber der Verfassung einst der Regierung das Recht der Urlaubsverweigerung zugestanden, hatten sie unzweifelhaft nicht beabsichtigt, daß sich dies Recht auch auf den Abgeordneten der Universität erstrecken sollte; denn er mußte ein Professor sein, er vertrat eine Corporation, welche seit drei Jahrhunderten, kraft ihrer Prälatenwürde, immer frei aus ihrer Mitte gewählt hatte; durfte die Regierung auch ihm die Erlaubniß zum Besuche des Landtags nach Belieben versagen, so ging das alte Wahlrecht der Universität thatsächlich auf das Ministerium über. Aber diese in Wahrheit selbstverständliche Ausnahme von der Regel war in der Verfassung nicht ausdrücklich ausgesprochen; der Art. 71 verpflichtete alle Staatsdiener ohne Unterschied, nach ihrer Erwählung die Genehmigung der vorgesetzten Behörde einzuholen. Der verschlagene Minister konnte sich also auf den Buchstaben des Grundgesetzes berufen, als er von der Kammer verlangte, sie solle den Professor Jordan, der keine Erlaubniß erhalten habe, von ihren Sitzungen ausschließen. Der Landtag lehnte das Ansinnen ab, dessen eigentlichen Zweck Jedermann durchschaute, und wurde sofort aufgelöst.

Fortan blieb jede Versöhnung unmöglich. Der Haß gegen den Minister ward so maßlos, daß selbst der befreundete Canitz zuweilen meinte, Hassenpflug müsse um des Friedens willen zurücktreten.*) Der aber hielt

*) Canitz's Berichte, 2. Juli 1833 ff.

aus und erreichte wirklich, daß der Landtag von liberalen Staatsdienern fast ganz gesäubert wurde; was verschlug es auch diesem Tausendkünstler, daß die Verfassung vorschrieb, der Urlaub dürfe „nicht ohne erhebliche Ursache" versagt werden? Nach Jordan's Ausscheiden fand die Opposition bald neue muthige Führer an dem wackeren Bürgermeister Schomburg, der als Landtagspräsident die stürmischen Verhandlungen mit würdigem Ernst leitete, sowie an den Juristen Wippermann und Schwarzenberg, die ungleich heftiger auftraten. Der Zank nahm kein Ende. Von vier Landtagen wurden unter Hassenpflug's Regiment zwei aufgelöst, einer einfach „entlassen" — in Formen, welche die Verfassung nicht kannte — nur ein einziger gelangte zum ordnungsmäßigen Schluß. Waren die Stände nicht versammelt, so kämpfte der Minister, noch leidenschaftlicher, mit ihrem Ausschuß. Hartnäckig, mit der Kunst des vollendeten Sophisten, bestritt er ihnen jedes Recht, das nur irgend angezweifelt werden konnte. Als die Budget-Commission einmal mehrere Streichungen vorschlug, richtete die Regierung eine förmliche Beschwerdeschrift an die Kammer und beschuldigte den Landtag, der noch gar keinen Beschluß gefaßt hatte, der Ueberschreitung seiner Befugnisse. Zudem wurde im Lande jede Regung des öffentlichen Lebens durch harte Polizeigewalt darniedergehalten, obgleich die Unruhe der Revolutionsjahre längst einer tiefen Abspannung gewichen war. Das dreihundertjährige Jubelfest des Schmalkaldener Bundes durfte — hier in der Heimath Philipp's des Großmüthigen — nicht stattfinden, weil jener aufrührerische Bund wider die Obrigkeit den Hessen nicht zur Ehre gereiche. Eines Tags erschien der Minister feierlich im Landtage um die Abgeordneten an ihre vaterländischen Pflichten zu mahnen und die Erlaubniß zur Verfolgung eines Hochverräthers zu erbitten. Alles harrte gespannt auf den Namen des Frevlers; da nannte Hassenpflug einen der gutmüthigsten Philister des Hauses, den Gastwirth Salzmann. Der wurde beschuldigt, auf seiner Kegelbahn in Nauheim das aufrührerische Gerede eines Genossen von Weidig ruhig mit angehört zu haben, und selbst dieser Hochverrath konnte nachher nicht erwiesen werden.

Unter solchen unfruchtbaren Wortgefechten stockten die Geschäfte. Alle diese Jahre hindurch kam nur noch ein wichtiges Gesetz zu Stande, das verständige Gemeindegesetz von 1834. Die Landstände wurden durch die ewige Zänkerei empfindlich, gereizt, kleinlich. Sie beschwerten sich über Amtsehrenbeleidigung, weil sie einmal bei einer öffentlichen Feierlichkeit zur linken Hand des Regenten gestanden hatten; sie markteten um jeden Flügeladjutanten, genau nach den Weisheitslehren des Staatslexikons, und wollten einst sogar den Gehalt des Zollvereinsbevollmächtigten streichen — ein offenbarer Vertragsbruch, der noch glücklich abgewendet wurde. Um die Verwirrung zu vollenden, ließ der Prinzregent auch noch an den Ministern seine Launen aus. Es wurde fast zur Regel, daß Meisterlin, Motz, Trott und die anderen Ministerialvorstände, die neben Hassenpflug wenig

bedeuteten, nur kurze Zeit im Amte blieben; dann verschwanden sie plötzlich aus räthselhaften Gründen, manche kehrten späterhin wieder in das Ministerium zurück. In Berlin hatte man nachgerade verlernt, sich über dies Regierungssystem zu verwundern. Ancillon meinte, dergleichen Entlassungen bedeuteten nach hessischen Verhältnissen gar nichts, und fügte die weise Lehre hinzu: blinde Nachgiebigkeit schützt nicht vor der Ungnade eines willkürlichen Fürsten. Wie verführerisch mußte in einem solchen Lande jener thörichte Artikel 100 des Grundgesetzes erscheinen, der die Stände verpflichtete die Minister wegen Verletzung der Verfassung anzuklagen. Die Landstände sahen — so sagte eine ihrer Klagschriften — daß Hassenpflug „gegen das lebendige Wirken und die gesetzliche Entwicklung der Verfassung unermüdlich ankämpfte." Doch so gewiß er den Geist der Verfassung zu zerstören suchte, ihren Wortlaut zu verletzen hütete er sich klüglich; eine rechtliche Verschuldung ließ sich ihm nicht nachweisen. Gleichwohl verklagte ihn der Landtag viermal vor dem Oberappellationsgerichte; die eine der Anklageschriften zählte allein dreizehn angebliche Verfassungsverletzungen auf: das Verfahren gegen Jordan, die Urlaubsverweigerungen, die Landtagsauflösungen ohne Landtagsabschied, dazu eine Menge unerheblicher Dinge, sogar die verspätete Einstellung der Rekruten.

Zum ersten male seit dem Bestande der neuen Verfassungen unternahm ein deutscher Landtag die zweischneidige Waffe der Ministeranklage zu gebrauchen, und es wurde verhängnißvoll für die Zukunft unseres Parlamentarismus, daß dieser erste Versuch jämmerlich mißlang. Der Tübinger Staatsrechtslehrer Robert Mohl übernahm die Vertheidigung des Ministers, den er sicherlich nicht liebte. Mohl hatte sich schon als junger Mann durch seinen wissenschaftlichen Freimuth die Ungnade des Bundestags zugezogen und seine constitutionelle Gesinnung soeben wieder in dem trefflichen Lehrbuche des Württembergischen Staatsrechts bewährt, doch er verschmähte den Launen der öffentlichen Meinung zu folgen und er erkannte, daß die deutschen Landtage unbedacht ihr eigenes Ansehen untergruben, wenn sie politische Machtfragen und Meinungsverschiedenheiten auf dem Rechtswege zu entscheiden suchten. In seiner Vertheidigungsschrift sprach er sehr scharf wider die Rechtsverdrehungen der Liberalen; er beschwor die Richter, „Hessens Verfassung frei zu halten von solchem Widersinn, solcher Barbarei und solcher, die Bekleidung jedes höheren Staatsamtes Jedem unmöglich machenden Auslegung." Das Oberappellationsgericht, das zum guten Theile aus Liberalen bestand und so oft schon fürstlicher Willkür tapfer entgegengetreten war, zeigte diesmal auch nach unten hin eine ehrenwerthe Selbständigkeit. Hassenpflug wurde in allen vier Fällen freigesprochen und veröffentlichte, zur Beschämung des Landtags, sämmtliche Aktenstücke, die allerdings nur den Juristen, nicht den Politikern seine Unschuld darlegten. Der preußische Hof hielt sich von diesem Streite, wie von allen den inneren Zwistigkeiten der kleinen Staaten, behutsam zurück.

Als der Kurprinz einmal seinem königlichen Oheim einen Plan einsendete, der die Landstände zur Zurücknahme der Anklagen bewegen sollte, da ließ der König antworten: er wünsche nicht, daß sein Neffe mit ihm oder dem Kaiser von Oesterreich über solche Dinge unmittelbar Briefe wechsle, beide Höfe könnten als Bundesmächte doch nur gemeinsam handeln; so würde auch am sichersten „jeder Anschein einer Verkennung der Grundsätze der Verfassung vermieden".*)

Die Processe gegen Hassenpflug währten in das vierte Jahr hinein, bis zum Januar 1836, ohne das Land sonderlich aufzuregen. Mittlerweile war aber schon ein neuer, dem Volke verständlicherer Kampf ausgebrochen. Wieder einmal gerieth die Habsucht dieses Fürstenhauses in Streit mit dem eigenen Lande. Um Neujahr 1835 erlosch die Nebenlinie Hessen-Rotenburg, die ein Viertel der alten Landgrafschaft, die Rotenburger Quart mit 225,000 Thlr. jährlicher Einkünfte besaß und dort die Patrimonialgerichtsbarkeit nebst anderen niederen Regierungsrechten ausübte. Eine Weile blieb es noch zweifelhaft, ob dieser reiche Besitz wirklich heimgefallen sei; denn die Wittwe des letzten Rotenburgers, Landgräfin Eleonore meldete aus ihrem einsamen Schlosse Zembowitz in Schlesien, daß sie sich Mutter fühle. Alsbald argwöhnte der mißtrauische Kurprinz, daß man einen Erben unterschieben wolle, obgleich die Landgräfin sich von freien Stücken bereit erklärte, ihr Wochenbett zu Rotenburg in Hessen abzuwarten. Er erbat sich durch seinen Gesandten vom Berliner Hofe die Anordnung der üblichen Sicherheitsmaßregeln. Nach deutschem Fürstenrechte ließ sich dies unanständige Verlangen nicht abweisen. Das Pupillen-Collegium in Ratibor ernannte nunmehr einen Landrath zum Curator ventris für die Wittwe; der mußte die Landgräfin nach dem Schlosse Rotenburg geleiten. Dort hatte der Kurprinz alle Zugänge vermauern lassen; der eine, der offen blieb, wurde streng bewacht. Die arme Landgräfin, die unzweifelhaft in gutem Glauben war, bat den König von Preußen für alle Fälle um Schutz, weil dem Kurprinzen kein Fürstenwort heilig sei; da stellte sich endlich heraus, daß sie sich über ihren Zustand getäuscht hatte.**)

Nachdem der Prinzregent also seinen Verwandten seine ritterliche Gesinnung gezeigt hatte, ließ er die Rotenburger Quart für sein Hausfideicommiß einziehen; die Kosten der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit überwies er kurzerhand dem Staate und erbot sich großmüthig 1500 Thlr. jährlich zuzuschießen. Zugleich versuchte er auch die großen preußischen Besitzungen des Hauses Rotenburg, die Fürstenthümer Ratibor und Corvey, welche der verstorbene Landgraf seinen Neffen, den Prinzen von Hohenlohe

*) Entwurf für ein Rescript des Kurprinzen an den Landtag, 1. Juli; Ancillon, Weisungen an Canitz, 16. 17. Juli 1833.

**) Landgräfin Eleonore von Hessen-Rotenburg an Ancillon, 12. Aug., an Canitz, Aug. 1835. Cabinetsordre an Ancillon, 28. Aug. 1835.

vermacht hatte, widerrechtlich an sich zu reißen. In Preußen wurden seine Ansprüche natürlich abgewiesen, um so hartnäckiger behauptete er sie in Hessen. Da die Verfassung alle Domänen für Staatsgüter erklärt hatte, so verstand es sich von selbst, daß auch die heimgefallenen Rotenburger Domänen, durchweg secularisirte Kirchengüter, dem Staate gehörten, und das kurfürstliche Haus höchstens eine entsprechende Erhöhung der Civilliste fordern konnte. Darüber waren auf dem Landtage von 1830, als das Landesvermögen getheilt wurde, die Vertreter der Regierung mit den Landständen vollkommen einig gewesen. Auch jetzt erklärte der Landtag mit erdrückender Mehrheit, die Rotenburger Quart gehöre dem Staate. Die treuen bäuerlichen Abgeordneten zeigten sich besonders eifrig; sie sagten, jetzt sei doch dem Kurhause endlich genug gezahlt worden. Doch leider enthielt die Verfassung keine Vorschrift über die Streitfrage, und so konnte der landesübliche Zank von Neuem beginnen. Der Kurprinz blieb vorläufig im Besitze und ließ im Verlaufe der Händel einmal eine höchst verdächtige Aeußerung fallen. Er schrieb den Ständen (1837): für den Fall seiner eigenen Thronbesteigung behalte er sich noch eine besondere Erklärung über „Unsere Domänen“ vor. Sollte das heißen, daß er als Kurfürst die ganze Vereinbarung vom Jahre 1830 wieder in Frage stellen und auch die kurhessischen Domänen für sich verlangen wolle? Niemand wußte es; die Aussicht in die Zukunft ward immer düsterer.

Sie lichtete sich auch nicht, als Hassenpflug von dem unvermeidlichen Schicksal aller hessischen Minister ereilt wurde. Er hatte seine Schuldigkeit gethan und begann dem Prinzregenten durch seine Herrschsucht wie durch seine Ueberlegenheit lästig zu werden. Auf einen Vorschlag, den der Minister mit dem Besten der Unterthanen begründete, erwiderte der Regent unwirsch: „Ach was! Bestes der Unterthanen! Da mag man noch so viel thun, da wird doch nicht dafür gedankt, und dann denkt Niemand dabei an Uns, es heißt doch, die Minister haben's gethan.“ Man merkte bald, daß der Kurprinz die Gelegenheit zum Bruche suchte. Sie fand sich auch schnell: es gab Streit über den Ministergehalt, und nachher wurden gar einige Hengste aus dem Landesgestüt, ohne Anfrage beim Prinzregenten, zum Verkauf ausgemustert. Dies genügte. Durch schnöde Verweise beleidigt forderte Hassenpflug zweimal seine Entlassung. Am 1. Juli 1837 wurde er aufgefordert, das Ministerium des Innern aufzugeben, das Justizministerium zu behalten; als er dies Schreiben zurückschickte, erhielt er ungnädigen Abschied. Das war der Dank für den Mann, der so lange die eigensten Gedanken des Prinzregenten mit tollkühner Dreistigkeit vertheidigt hatte. Hassenpflug war während der letzten Wochen, wohl um sich einen neuen Rückhalt zu suchen, im Landtage etwas milder aufgetreten. Darum fühlte er sich gedrungen, dem Könige von Preußen in einer ausführlichen Denkschrift die wahren Gründe seiner Entlassung darzulegen. Nimmermehr wollte er sich dem Verdachte aussetzen, „als wäre ein Aus-

prägen hyperconstitutioneller Ideen in meinem Verfahren enthalten; das wäre für mich die schwerste aller Anklagen."*)

An Hassenpflug's Stelle führte nunmehr Staatsrath Scheffer das Wort für die Regierung. Der hatte sich während der Revolutionsjahre durch radicalen Uebermuth ausgezeichnet; jetzt sprach er ganz im Sinne seines Vorgängers, nur ohne dessen Geist und Gewandtheit. Der Streit um die Rotenburger Quart währte fort. Im Jahre 1838 wurden zwei Landtage aufgelöst, weil sie die Einkünfte der Quart den Einnahmen des Staatsbudgets hinzurechnen wollten. Darauf wendeten sich die Stände nach Frankfurt, um die Einberufung des Bundesschiedsgerichts zu erbitten. Der Bundestag wies sie ab, da das hessische Compromißgericht noch nicht gesprochen habe. Die Abweisung war der Form nach unanfechtbar — schade nur, daß der Prinzregent die Einberufung des Compromißgerichts niemals zugeben wollte. Als nun gar noch Jordan wegen demagogischer Umtriebe ins Gefängniß geworfen wurde, da fragten die Hessen schmerzlich, wo die Segnungen der liberalsten aller deutschen Verfassungen geblieben seien. —

In Württemberg hingegen erlangten König und Beamtenthum fast unmerklich ihre alte Macht wieder. Der vormals verabscheute Führer des liberalen „reinen Deutschlands" wurde jetzt an den großen Höfen, mit besserem Grunde, als der erfahrene Nestor der constitutionellen Fürsten belobt: Niemand verstehe wie er, mit den Landständen ohne Geräusch fertig zu werden. Bei den Neuwahlen, nach der Auflösung des vergeblichen Landtags von 1833, ließ Staatsrath Schlayer alle Minen springen. Als den liberalen Beamten der Urlaub verweigert wurde, forderte Ludwig Uhland die Entlassung aus seiner Tübinger Professur, und die Regierung entblödete sich nicht, dem größten aller lebenden Schwaben den Abschied mit dem höhnischen Zusatz „sehr gern" zu ertheilen. Auch der junge Kriegsrath Friedrich Römer legte sein Staatsamt nieder um in den Stuttgarter Halbrundsaal einzutreten, wo er sich als das erste praktische Talent der Opposition bewährte. Die Liberalen blieben in der Minderheit und sie fühlten bald selbst, wie wenig das ermüdete Land noch nach dem Kampfe wider die Bundesschlüsse fragte. Uhland sagte einmal herb: „Ich spreche dem Volke das Recht ab, über etwas unzufrieden zu sein, was eine von ihm gewählte Kammer beschlossen hat. Es hat sie ja selbst so gewählt." Ein Antrag auf Herstellung der Preßfreiheit wurde zwar angenommen, und Uhland sprach dabei die Hoffnung aus: wenn jetzt alle Landtage ihre Pflicht thäten, so würde dereinst eine deutsche Nationalversammlung die Volksrechte noch wirksamer wahren. Doch was halfen Worte gegen die anerkannten Bundesgesetze? Pfizer versuchte noch mehrmals das Verhältniß zwischen Bundesrecht und Landesrecht zur Sprache zu bringen. Er

*) Hassenpflug, kurze Darstellung der Gründe meines Austritts aus dem kurhessischen Staatsdienste. (Dem Könige übersendet durch Heinrich v. Arnim, 11. Dec. 1837.)

verlangte in feuriger Rede: jeder Landtag müsse die gemeinsamen deutschen Angelegenheiten als wahrhafte Landesangelegenheiten betrachten; dann werde die Nation sich als Nation erkennen und nicht länger vor den Ausländern zu erröthen brauchen. Allein die Theilnahme blieb lau; als er seine Anträge zum vierten male einbrachte, begrub man sie stillschweigend in den Akten. Auch Römer's tief durchdachte Reden gegen das neue, überaus harte Strafgesetzbuch fanden wenig Anklang.

Die Opposition stand aussichtslos im Winkel und verfiel allmählich, wie vormals die Altrechtler, jenem pessimistischen Trotze, der die tiefen schwäbischen Gemüther so leicht bethört. In einer geistreichen Schrift über das Recht der Steuerverwilligung (1836) erwies Pfizer, dies Recht müsse den Landständen als Mittel dienen, „um auf die vollziehende Gewalt Einfluß zu gewinnen und Aenderungen im Regierungssystem zu bewirken.“ Es war die altständische Ansicht vom power of the purse, eine grob naturalistische, mit der Staatseinheit schlechthin unvereinbare Lehre, welche das Wesen der Freiheit im beständigen Kampfe gegen die Regierung suchte. Diese staatsfeindliche Doctrin, die einst den alten Ständen Mecklenburgs und Württembergs zum Leitstern gedient hatte, wurde jetzt von dem ersten Publicisten des deutschen Liberalismus als Grundsatz des modernen constitutionellen Staatsrechts aufgestellt, und seine gemäßigt liberalen Freunde schlossen sich ihm an. Sie stimmten allesammt gegen das Budget, weil sie wußten, daß die Mehrheit es doch bewilligen würde, und sprachen selbst feierlich aus, durch ihr Nein wollten sie nur Verwahrung einlegen wider „ein dem constitutionellen Princip so wenig entsprechendes Regierungssystem“. Doch unmöglich konnten ehrliche, geistvolle Männer bei Abstimmungen, die nicht ernst gemeint waren, sich auf die Dauer beruhigen. Was mußte Pfizer empfinden, wenn er gegen den Zollverein stimmte oder gar den unsinnigen Satz vertheidigte: Landesrecht geht vor Bundesrecht! Er täuschte sich nicht über die Unwahrheit eines politischen Kampfes ohne Mittelpunkt und Ziel; von den Portfolio-Träumen seines Freundes Wurm wollte er auch nichts hören, weil er die Selbstsucht der britischen Staatskunst durchschaute. Ueberdies hatte er an sich selbst erfahren, daß nur Männer, welche ganz im parlamentarischen Leben aufgehen, in der Volksvertretung wahrhaft mächtig werden, nicht aber Publicisten oder Denker, die auf anderen Gebieten sich ihren Namen erworben haben. Selbst Uhland, dessen politischer Blick nicht so weit reichte, erkannte beschämt die Ohnmacht dieser kleinen Landtage und sagte: „Wir stehen an der Grenze einer lebendigen Wirksamkeit auf diesem Wege. Der Bündel ist nicht zu Stande gekommen, das Beil hat kein Heft, und die Stäbe liegen geknickt umher.“ Das Land regte sich nicht, und es klang fast wie Hohn, wenn Wurm und seine Genossen im Portfolio rühmten: der Stuttgarter Hof sei russisch, die Opposition allein vertrete die wirkliche Meinung des Volks, das nach einem Bunde mit den Westmächten verlange.

Verstimmt und entmuthigt beschlossen die Führer der Liberalen 1838, den parlamentarischen Kampf vorläufig aufzugeben; Pfizer, Uhland, Schott, Römer, Wolfgang Menzel ließen sich nicht wieder wählen. In einem Briefe an einen seiner Geißlinger Wähler sprach F. Römer die Verzweiflung und Erbitterung, welche den süddeutschen Liberalismus ergriffen hatte, stürmisch aus. Da hieß es: „Gerade die Starrheit, womit ich auf demjenigen beharre was ich für recht halte, macht mich zum württembergischen Volksvertreter gänzlich unfähig. Kann man es mit dem bestehenden Rechte der Steuerverweigerung in Einklang bringen, einer Regierung, welche dem Volke gerade diejenigen Mittel vorenthält, die allein geeignet sind, den Sinn für einen verfassungsmäßigen Rechtszustand zu wecken und zu erhalten, kann man es, sage ich, mit jenem Rechte in Einklang bringen, einer solchen Regierung das Geld zu verwilligen, womit der Censor belohnt wird, weil er diejenigen Stellen streicht, welche sich auf die Rechte der Staatsbürger beziehen? — das Geld zu verwilligen, womit der Polizeibeamte bezahlt wird, weil er gegen politische Versammlungen einschreitet? — das Geld zu verwilligen, womit der Richter besoldet wird, weil er den Widerstand gegen solche Verfügungen bestraft? So scheiterten alle Versuche einen besseren Zustand zu begründen, an der Furcht vor dem Bunde!"*)

Solche Verzichte bestrafen sich in der Politik unfehlbar. Die neue Kammer von 1839 bestand zumeist aus ergebenen Beamten und Schultheißen; man nannte sie die Amtsversammlung, und ganz ungestört konnte Schlayer fortan mit dem Heere seiner Schreiber schalten. Er verfuhr verständig und sparsam; nur eine Minderung der Ueberzahl der Generale wagte er dem Großmachtsstolze seines Monarchen nicht zuzumuthen. König Wilhelm nannte sich selbst gern einen alten Praktiker und sorgte eifrig für den Landbau; sein Liebling, die landwirthschaftliche Akademie zu Hohenheim besaß auch nachdem der verdiente Schwerz abgegangen war, immer treffliche Lehrer. Die völlige Entlastung des Bodens vermochte er freilich nicht durchzusetzen; denn seine Regierung konnte, obgleich Schlayer sie als ein „bürgerliches Ministerium" rühmte, des Beistandes der ersten Kammer gegen die Liberalen nicht entbehren, und die Engherzigkeit der Standesherren wollte von befreienden Agrargesetzen nichts hören. Mit Mühe wurde die Ablösung der Frohnden und Beden, gegen eine sehr hohe Entschädigung, erreicht; die Zehnten blieben bestehen, zum Leidwesen des Königs. Die Demagogenverfolgung betrieb er als nüchterner Geschäftsmann nicht sehr eifrig. Die Presse dagegen ward unerbittlich bedrückt; sie durfte sogar die Censurlücken nicht mehr durch Gedankenstriche andeuten. Die große Treibjagd des Bundestags hatte in Schwaben nur noch zwei politische Blätter am Leben gelassen: den Beobachter, der das Geschäft des unterdrückten

*) F. Römer's Schreiben an einen seiner Geißlinger Wähler, 1. Nov. 1838. S. Beil. 23.

radicalen Hochwächters fortzusetzen suchte, und den gemäßigten, zuweilen von der Regierung selbst benutzten Schwäbischen Mercur. Die Censoren aber pflegten — so rechtlos war die Presse — das Oppositionsblatt nachsichtiger zu behandeln als die befreundete Zeitung; denn was dort unbedenklich erschien, hätte hier leicht Aufsehen erregen können. So schien dies stramme bureaukratische Regiment noch auf lange hinaus gesichert; und zuversichtlich sagte Schlayer im Landtage, zehn Jahre vor der März-Revolution: „Wann war Württembergs Zustand besser als jetzt?“ Aehnliche Aeußerungen der Selbstzufriedenheit ließen sich auch auf den Ministerbänken anderer Kleinstaaten vernehmen. In der Enge ihres Berufslebens vermochten diese pflichtgetreuen Beamten nicht mehr zu begreifen, daß die Wohlthaten eines langen Friedens und einer geordneten Verwaltung ein edles Volk doch nicht über die schimpfliche Zerrissenheit seines Gesammtstaats trösten konnten. —

Während in Württemberg das alte System sich nur wieder häuslich einrichtete, bekundeten sich in Baden bald die ersten Anzeichen einer gefährlichen Reaktion. So lange Winter lebte, konnte der innere Friede freilich nicht ernstlich gestört werden. Der wackere Minister zählte zu jenen glücklichen Naturen, denen Niemand gram wird; seine derbe Offenherzigkeit war den Oberländern unwiderstehlich. Er hatte auf Befehl des Bundestags das neue Preßgesetz aufgehoben; er hatte die Universität Freiburg geschlossen und ihre liberalen Professoren abgesetzt; er verweigerte die Bestätigung, als die Freiburger nachher ihren Rotteck zum Bürgermeister wählten. Gleichwohl ward er in dem liberalen Ländchen immer beliebter, volksthümlicher fast als die Führer der Opposition; selbst Rotteck und Welcker, denen er so viel Leides angethan, verkehrten mit ihm freundlich, fast herzlich. Niemand wollte glauben, daß er jene Thaten der Unterdrückung aus freiem Antriebe beschlossen hätte; sagte er doch selbst oft: „ich fürchte die oben mehr als die unten.“ Das kleinliche Mittel der Urlaubsverweigerung verschmähte er stets. Aber allen erwählten Beamten schärfte er ein: sie sollten auch als Abgeordnete ihrer Staatsdienerpflicht eingedenk sein; wo nicht, so würde er nicht anstehen, ihnen den Urlaub zu entziehen. Andere Abgeordnete bat er brieflich um Mäßigung, mit schonungsloser Aufrichtigkeit. An Rotteck schrieb er einst: „Meinen Sie, irgend Jemand glaube, daß Sie gegen den Zollverein seien, weil Sie ihn für schädlich halten? Kein Mensch glaubt es, weil er an und für sich Ihrem System entspricht. Sie thun es aus Haß gegen Preußen, um, wenn Sie reussiren, die Hand emporhalten und sagen zu können: Ihr Preußen, ihr habt den Hofrath v. Rotteck verfolgt, gekränkt, seine Schriften verboten selbst ehe sie noch gedruckt waren; ihr habt ihn wie einen Wurm zertreten, aber dieser Hofrath v. Rotteck ist doch eine Macht! Sie spielen hiernach die Rolle O’ Connell’s, nur ist Ihnen das Terrain nicht günstig — Sie haben kein Irland. Und dessen Allen ungeachtet, da Sie als ent-

schiedener Feind, nicht blos Opponent der Regierung auftreten, verlangen Sie noch schonlich behandelt zu werden? Nein, Herr Hofrath! So sanftmüthig können und dürfen wir uns nicht benehmen, nicht aus Persönlichkeit oder Rachsucht, nein, sondern im Interesse der Regierung gegen Innen und Außen.“ So grob, so ungerecht sogar durfte er reden — denn Rotteck's Preußenhaß entsprang wirklich nicht persönlicher Empfindlichkeit, sondern dem doctrinären Starrsinn — und doch verargte es ihm Niemand.

Einem solchen Manne konnte es nicht schwer fallen, die liberale Partei zu zerspalten, ihre gemäßigten Mitglieder an sich zu ziehen; ohnehin begann die Erregung der Revolutionsjahre schon zu schwinden. Seinem Schwager, dem liberalen Fürsten von Fürstenberg redete der Großherzog persönlich zu, auf Otterstedt's Bitten, und der Fürst blieb schließlich eine Weile den Kammerverhandlungen fern.*) So verliefen denn die Landtage von 1833 und 35 in leidlichem Frieden. Wohl versuchte Rotteck in einer feierlichen Motion ein videant consules auszusprechen; er verlangte eine Commission „um den Zustand des Vaterlandes in Erwägung zu ziehen“, eine Rechtsverwahrung wider die Bundesbeschlüsse, obgleich der Großherzog in gemüthlicher Ansprache den Abgeordneten versichert hatte, daß schlechterdings keine Verletzung der Verfassung beabsichtigt sei. Die Kammer aber verwies den Antrag in die Abtheilungen zur stillen Bestattung, und Winter verbot die Veröffentlichung; nur in den Protokollen, wo Niemand sie las, durfte die Motion gedruckt werden. Dann kam Welcker mit einer ähnlichen Motion und redete gewaltig über „den fünfzigjährigen blutigen organischen Principienkampf zwischen Volksfreiheit und schrankenloser Herrschergewalt“. Sogar die Schatten aus dem Teutoburger Walde beschwor er herauf und weissagte: wenn Fürst und Volk einig seien, dann müsse „der neue Gegner deutscher Freiheit“ ebenso unfehlbar unterliegen wie einst Varus mit seinen Legionen; so weit sich der Rede dunkler Sinn errathen ließ, schien der König von Preußen dieser andere Varus zu sein. Auch dies blieb vergeblich. Als Rotteck 1835 noch einmal eine Motion auf Sicherstellung der Verfassung einbrachte, blieben die Hörer kalt, und der Antrag wurde nicht einmal in das Protokoll aufgenommen; der tapfere Mann hielt unerschütterlich bei der Stange aus und bemerkte nicht den Wandel der Zeiten. Starken Anforderungen war der Bürgermuth dieses badischen Liberalismus keineswegs gewachsen. Sobald die liberalen Städte Freiburg und Mannheim das Mißwollen der Regierung bemerkten, suchten sie alsbald durch glänzende Geburtstagsfeiern ihre badische Vaterlandsliebe zu erweisen. Als der Kronprinz von Preußen nach Heidelberg kam, wurde er zu seiner großen Verwunderung schon draußen in Handschuhsheim von berittenen Fackelträgern empfangen. Vor seinem Gasthofe paradirte dann die Bürgergarde. Abgesandte der Stadt

*) Otterstedt's Berichte, 16. Mai 1833, 22. April 1835.

und der Universität betheuerten ihm wetteifernd ihre Ergebenheit; denn die preußische Regierung hatte kürzlich die Thorheit begangen, ihren Unterthanen den Besuch der Heidelberger Hochschule zu verbieten, und die Preußen bildeten den Stamm der studirenden „Ausländer", von denen die liebliche Neckarstadt damals noch lebte.*)

Die Verdienste der Regierung ließen sich nicht in Abrede stellen. Die Ablösung der bäuerlichen Lasten gelang zur Befriedigung der Pflichtigen, ein verständiges Volksschulgesetz ordnete den Elementarunterricht; die neue große Polytechnische Anstalt in Karlsruhe erlangte rasch einen guten Ruf; Mannheim erhielt seinen Rheinhafen, ein unschätzbares Geschenk eben jetzt, da die Stadt in den großen Verkehr des Zollvereins eintrat; die schon im letzten Jahrzehnt nach den kühnen Plänen des Obersten Tulla begonnene Correction des Rheines schritt rüstig vorwärts, obgleich die Bauern der Uferdörfer sich zuweilen thätlich widersetzten; auch die wilden Schwarzwaldflüsse Elz und Dreisam wurden gebändigt. Die Verwaltung erwarb sich durch ihre einsichtige Thätigkeit so allgemeines Vertrauen, daß Winter sogar eine Abänderung des neuen allzu radicalen Gemeindegesetzes beim Landtage durchsetzen konnte.

Seit dem Herbst 1835 begann man jedoch schon zu fürchten, daß dieser Waffenstillstand der Parteien nicht lange dauern werde. Freiherr v. Türckheim forderte seine Entlassung. Er hatte sich allezeit als treuer Patriot gezeigt und noch kürzlich dem Tuilerienhofe muthig die Zähne gewiesen, als dieser während der Schweizer Wirren den Karlsruher Hof zu bedrohen wagte; zuletzt ward ihm die peinliche Mittelstellung zwischen dem Bundestage und den Kammern doch verleidet. Sein Nachfolger wurde Blittersdorff, weil sich Niemand sonst fand, und weil Minister Reizenstein, der sich mit den Jahren den Liberalen immer mehr entfrembete, der Hofburg einen unzweideutigen Beweis badischer Bundestreue geben wollte. Graf Münch, Blittersdorff's Frankfurter Gönner, und der Gesandte in Wien, General Tettenborn, hatten insgeheim nachgeholfen.**) An Feindseligkeiten gegen Preußen dachte der Großherzog sicherlich nicht; er bewahrte dem alten Könige treue Ergebenheit und vergoß Thränen der Rührung, als er zum Chef eines preußischen Regiments ernannt wurde.***) Indeß zeigten sich bald die Hintergedanken des neuen Ministers. Sein Ideal war eine starke, durch Oesterreich geleitete Bundesgewalt, die den Landtagen unerbittlich den Daumen auf's Auge setzen sollte. In der Stille näherte sich der ungläubige Weltmann schon den Clericalen, denn sie waren in Süddeutschland die einzig mögliche Stütze des Absolutismus, und der Wiener Hof hatte mit ihnen bereits seinen Frieden geschlossen. Neben

---

*) Otterstedt's Bericht, 26. Nov. 1833.
**) Dönhoff's Bericht, 9. Nov. 1835.
***) Otterstedt's Bericht, 8. Jan. 1833.

dem volksbeliebten Minister des Innern kam Blittersdorff vorerst noch nicht auf.

Da starb Winter plötzlich in der Kraft der Jahre (März 1837). Von allen Diplomaten folgte allein der preußische Gesandte seinem Sarge; bei den anderen Höfen hatte der Minister immer im Geruche des Demagogen gestanden. Das Land beweinte ihn aufrichtig und ehrte ihn späterhin durch ein Denkmal; an seinem Namen haftete fortan die Erinnerung der glücklichsten Zeiten des badischen Landtagslebens, obgleich er den Häuptlingen des Liberalismus so scharf entgegengetreten war. Staatsrath Nebenius, der jetzt das erledigte Amt übernahm, hatte bei allen Reformen der jüngsten Jahre thätig und sachkundig mitgewirkt. Aber zu regieren verstand er nicht. Dem Volke blieb der stille geistvolle Gelehrte fremd, und gegen Blittersdorff's brennenden Ehrgeiz konnte der Schüchterne mit seiner nachgiebigen Milde wenig ausrichten. Er war der Verfasser der neuen Dienstpragmatik, die den Beamten eine sehr wenig, unleugbar allzu wenig beschränkte Selbständigkeit einräumte. Der hochfahrende Diplomat aber sah, wie Metternich, in dieser Unabhängigkeit der Staatsdiener das schlimmste aller Uebel; er nannte das Beamtenthum ein todtes Werkzeug, das man nach Belieben müsse zerbrechen oder wegwerfen können. Wie sollten diese beiden Männer sich vertragen? Man erzählte bald, der Jüngere habe schon ungeduldig ausgerufen: er oder ich! Blittersdorff fürchtete, die Liberalen würden sich Nebenius „zu einem zweiten Winter nachziehen". Bei der gutmüthigen Schwäche des Großherzogs durfte Blittersdorff's Thatkraft wohl auf den Sieg rechnen; und dann wurde der evangelische Hof in das Fahrwasser der Clericalen getrieben, dann mußten die kaum beschwichtigten parlamentarischen Kämpfe heftiger denn zuvor sich erneuern. —

In dieselben unheilvollen Bahnen begann jetzt auch Baierns Politik einzulenken. Nirgends erschien der Umschwung der Stimmungen so auffällig. Der Landtag, der vor drei Jahren dem Könige Ludwig so viel Herzeleid bereitet hatte, benahm sich überaus gefügig und bescheiden, als er im Jahre 1834 wieder zusammentrat, er erwählte sich einen Minister zum Präsidenten, und kein Journalist wagte wieder, wie einst Wirth, die Abgeordneten aufzuwiegeln. So kränkenden Verhandlungen, wie sie der letzte Landtag über das königliche Einkommen geführt hatte, wollte sich der Monarch nimmer wieder aussetzen. Er verlangte vielmehr, daß ihm aus den Domänen ein selbständiges Krongut ausgeschieden würde, und erst als seine eigenen Minister dies für unmöglich erklärten, wollte er sich mit einer ständigen Civilliste begnügen. Dieser Herzenswunsch ward ihm auch erfüllt. Unter brausenden Hochrufen bewilligten die Stände dem königlichen Hause für alle Zeiten ein Jahreseinkommen, das sich mit Einschluß der Apanagen auf etwa 3 Mill. fl., ein Zehntel der gesammten Staatsausgaben belief. Keine andere deutsche Dynastie ward verhältnißmäßig so reich ausgestattet, das preußische Königshaus begnügte sich mit einem

knappen Zwanzigstel der Staatseinkünfte. Ebenso bereitwillig genehmigte der Landtag den außerordentlichen Aufwand für den Ludwigskanal, für die prächtige Bibliothek und für die bairische Centralfestung Ingolstadt, die dem patriotischen Wittelsbacher doch weit näher am Herzen lag als die Befestigung des deutschen Oberrheins.

Einträchtig fanden sich Krone und Landtag zusammen, als das Niederlassungsgesetz vom Jahre 1825 wieder zur Sprache kam.*) Die beschränkte Freizügigkeit, welche dies Gesetz gewährte, hatte unter den Pfahlbürgern des Landes viel böses Blut erregt; zahlreiche Petitionen dawider waren eingelaufen. Die Kammer aber ahnte noch gar nichts von den drohenden socialen Gefahren der Zeit; roh und herzlos äußerte sich der Hochmuth der besitzenden Klassen über „das heillose Gesindel" der Nichtbesitzenden. Wie viel menschlicher und gerechter wurden diese Fragen zur selben Zeit auf dem brandenburgischen Landtage behandelt; wie weit stand der Süden in seiner volkswirthschaftlichen Bildung noch hinter dem Norden zurück. Nach stürmischen Debatten kam ein neues Gesetz zu Stande, das für die Niederlassung einen ziemlich hohen Census vorschrieb; außerdem erhielten die Gemeinden noch ein „absolutes Veto" gegen die Neu-Anziehenden, und frohlockend rief ein Abgeordneter: diese scharfe Waffe denken wir kräftig zu gebrauchen. Niemand fragte, was nun aus den vogelfreien Armen werden sollte. Das Gesetz stand in offenbarem Widerspruche zu der Verkehrsfreiheit des neubegründeten Zollvereins, aber es entsprach der vorherrschenden Stimmung des Volkes. Ueber ein neues Gewerbegesetz konnte man sich noch nicht einigen; indessen half die Regierung durch Verordnungen nach und unterband den freien Wettbewerb dermaßen, daß Baierns Handwerke noch langehin weit hinter den norddeutschen zurückblieben.

Bei allen diesen Berathungen leistete die glatte, einschmeichelnde Beredsamkeit des neuen Ministers, des Fürsten Wallerstein treffliche Dienste; König Ludwig war entzückt von dem Vielgewandten und überhäufte ihn mit Gnaden. Wallerstein pflegte seinen „Enthusiasmus für freie Institutionen" dann immer am feurigsten zu betheuern, wenn er eine illiberale Maßregel vertheidigte. Feurig, beredt, nie verlegen, überreich an Einfällen und Plänen, ein feiner Kunstkenner und eifriger Förderer des Landbaus, mußte der glänzende Cavalier, der so gern lebte und leben ließ, die Liberalen wohl bezaubern, so lange sie seine windige Eitelkeit noch nicht durchschauten. Sie bewunderten ihn, schon weil die Ultramontanen den leichtfertigen Freigeist haßten, und weil er eine Mißheirath geschlossen hatte — ein Verdienst, das der adelsfeindliche Liberalismus jener Tage sehr hoch anschlug. Den Lapidarstil bajuvarischer Selbstberäucherung handhabte er fast so kühn wie der König selbst. Wie prächtig klang es wenn er sagte: „Die athletenmäßig erwachte menschliche Intelligenz, bei augenblicklicher

*) S. III. 348.

Rast der politischen Gegensätze in breiten Strömen dem Gebiete der exakten und technischen Bestrebungen sich zuwendend, hat in unserem Staate keine hemmenden Dämme gefunden."*) In den Geschäften zeigte sich der Fürst thätig und geschickt, nur daß er es mit der Wahrheit seiner Berichte nicht immer sehr genau nahm. Als die Cholera in München einzog, hielt er sich tapfer und erlaubte keinem Beamten von der Stelle zu weichen. Genug, König Ludwig konnte mit der kürzesten und friedlichsten Ständeversammlung, die er je erlebt, wohl zufrieden sein und ließ zum Abschied einen Geschichtsthaler prägen mit der kranzgeschmückten Inschrift: „Der Landtag von 1834. Ehre dem Ehre gebühret." Ueberhaupt hielt Niemand auf der Welt die Regierung dieses Fürsten für so denkwürdig wie er selbst. In jedem Jahre pflegte er durchschnittlich zwei historische Münzen auszugeben; sei es daß ein Handelsvertrag geschlossen oder ein neuer Orden gestiftet war, sei es daß man Gold in der Donau gefunden hatte, jede bajuvarische Großthat, auch jedes Denkmal, das er enthüllen ließ, mußte auf geschmackvollen Geschichtsthalern verewigt werden.

Trotzdem war König Ludwig keineswegs gemeint, zu den constitutionellen Idealen seiner Jugend zurückzukehren. Die bitteren Erinnerungen des Landtags von 1831 konnte er nimmer verwinden; die Verfassung war ihm nur ein nothwendiges Uebel, sein despotischer Eigenwille scheute kaum noch die Schranken des formalen Rechts. Hatte er einmal einen seiner Minister, Schenk, dem Widerstande des Landtags geopfert, so sollten sie fortan alle nur noch die blinden Werkzeuge seines persönlichen Beliebens sein. Von ihm allein ging Alles aus; darum durften auch die Zeitungen nicht mehr von dem Könige und der Regierung, wie von zwei getrennten Mächten reden. Hartnäckig blieb er dabei, daß die Armee ihre nothwendigen Ausgaben zum Besten der Walhallen und Obelisken „erübrigen" mußte. Von den Stabsoffizieren war schon die größere Hälfte nicht mehr dienstfähig, und trotz der dringenden Vorstellungen des Kriegsministers verblieb sogar der siebenundachtzigjährige Artillerie-Commandant, der seit zwei Jahrzehnten kein Pferd mehr bestiegen hatte, auf seinem Posten, obgleich Baiern an General Zoller einen ausgezeichneten Fachmann besaß, der die junge Waffe der reitenden Artillerie vortrefflich ausbildete. Seit vierzehn Jahren hatten die Truppen kein Manöver mehr abgehalten, und als sie nun endlich zu einem Uebungsheer auf dem Lechfelde versammelt wurden, da erschien dies Ereigniß so märchenhaft, daß die gute Stadt Augsburg, nach dem Vorbilde des Königs, eine historische Münze zum ewigen Gedächtniß prägen ließ. Lerchenfeld wurde schon nach Jahresfrist aus dem Finanzministerium abermals entfernt; er hatte seiner Pflicht gemäß Einspruch erhoben, als der König ohne ihn zu fragen auf Staatskosten einen

---

*) Fürst v. Oettingen-Wallerstein an den Ausschuß des bairischen polytechnischen Vereins, 18. Nov. 1838.

stilvollen Palast für das Münchener Postamt ankaufte, und mußte nun als Gesandter nach Wien gehen, angeblich um dort über einen Handelsvertrag, der nie zu Stande kam, zu unterhandeln. Der preußische Gesandte aber schrieb: daran läßt sich erkennen, „wie hier die constitutionelle Verantwortlichkeit der Minister verstanden wird.“*)

Mit der launischen Willkür des Königs wuchs auch seine Vorliebe für die Clericalen. Während er den Protestanten verbot, nach preußischer Weise den Namen der evangelischen Kirche zu führen, erlaubte er den römischen Priestern das Sanctissimum überall, sogar in protestantischen Städten, durch die Straßen zu tragen und befahl, daß Reiter und Wagen davor anhalten sollten. Die Klöster mehrten sich von Jahr zu Jahr; im Juli 1837 bestanden ihrer schon 85; die Zusage des Concordats, welche die Wiederherstellung „einiger“ Klöster verhieß, war also längst erfüllt. Der aufopfernden Liebesthätigkeit der barmherzigen Schwestern versagten auch die Protestanten ihre Anerkennung nicht; die terminirenden Bettelmönche aber geriethen häufig in Streit mit den Polizeibeamten, die nach ihrer Amtspflicht das Betteln und Strolchen zu untersagen hatten. In Augsburg übergab der König das Gymnasium den Benedictinern und feierte diese That durch einen Geschichtsthaler, der die Bavaria darstellte, wie sie zwei Knaben einem Mönche zuführte. Dann befahl Wallerstein durch eine Verordnung, daß bei der Besetzung der Gymnasial-Lehrerstellen die Geistlichen vorzugsweise berücksichtigt werden sollten. Er that es aus Nachgiebigkeit gegen den König; im Stillen war der schmiegsame Minister von der Ueberlegenheit des weltlichen Unterrichts überzeugt und freute sich herzlich, als der Führer der classischen Pädagogen, Thiersch in der Pfalz einige neue Lateinschulen einrichtete. Wo das Mönchthum blühte, durften auch die Mirakel nicht fehlen. In der Nachbarschaft Münchens tauchte eine Blutschwitzerin Maria Mörl auf, und zahlreiche Andächtige strömten herbei, um die Wundenmale Christi am Leibe der heiligen Frau zu betrachten.

Unterdessen hatte der Papst (1832) ein strenges Breve über die gemischten Ehen erlassen. Auf die Bitten des ehrwürdigen Bamberger Erzbischofs Frhrn. v. Frauenburg und anderer Prälaten wurden diese harten Vorschriften zwar durch eine Instruktion etwas gemildert; indeß blieb fortan Regel, daß der römische Priester die katholische Erziehung aller Kinder verlangte und anderenfalls höchstens die passive Assistenz leistete. In den paritätischen fränkischen Landschaften, wo auf 16 neue Ehen oft 14 Mischehen kamen, äußerte sich der Unwille sehr laut. Als aber das lutherische Consistorium, um seine Gegenmaßregeln zu treffen, sich von der Regierung die Mittheilung jener beiden Breven erbat, da wurde ihm sein Gesuch mehrmals abgeschlagen.**) Die Aussichten verdüsterten sich noch mehr, als

*) Dönhoff's Berichte, 27. Sept. 1834, 7. Jan. 1835.

**) Dönhoff's Berichte, 31. Mai 1834, 20. März 1835.

der Nuntius Graf Mercy d'Argenteau im Frühjahr 1837 abberufen wurde; er hatte sich zehn Jahre hindurch redlich bemüht, so weit er durfte, den confessionellen Frieden zu wahren.*) Lange vorher schon hatte Hormayr, der boshafteste und händelsüchtigste unter allen Gegnern der Ultramontanen, die Gunst des Königs verloren und mit dem unschädlichen Hannöverschen Gesandtschaftsposten vorlieb nehmen müssen. Auch die wiederholten römischen Reisen des Königs und die häufigen Besuche seiner Schwester, der Kaiserin Wittwe Karoline Auguste mußten den Argwohn der Protestanten erregen.

Unter den clericalen Gelehrten that sich Nepomuk Ringseis durch tapferen Freimuth hervor; gram konnte man ihm nicht werden, da er trotz seiner hartconfessionellen Gesinnung doch Jedem mit menschlichem Wohlwollen begegnete und trotz seiner phantastischen Theorien als praktischer Arzt Ausgezeichnetes leistete. Er hatte beim Könige die Zulassung der barmherzigen Schwestern durchgesetzt; dann hielt er als Rector der „christlichen und legitimen" Münchener Hochschule (1833) eine Rede „über den revolutionären Geist der Universitäten", die jede Beschränkung der Lehrfreiheit entschieden zurückwies und den Höfen ehrlich heraussagte, sie selbst seien mitschuldig an den Sünden der Revolution. Das Idealbild des ständisch gegliederten christlich-germanischen Staates, das der Redner entwarf, hatte freilich gar nichts gemein mit der demokratischen Gesellschaft des neuen Jahrhunderts, und mit gerechter Besorgniß fragten die Liberalen, was von einer Partei zu erwarten sei, deren freiester Kopf also sprach? Der Münchener ultramontane Kreis, dem das Volk aller Verwahrungen ungeachtet hartnäckig den Namen der Congregation beilegte, gewann mittlerweile einen mächtigen Zuwachs an dem gelehrten Rechtshistoriker Phillips, einem Königsberger von englischer Abstammung, der gleich seinem Freunde Jarcke zur römischen Kirche übergetreten war und seinen Fanatismus hinter feinen gesellschaftlichen Formen zu verbergen wußte. Clemens Brentano schlug ebenfalls sein Wanderzelt an der Isar auf, und während der Landtage erschien auch der Abgeordnete der Würzburger Hochschule Frhr. v. Moy, ein sanfter liebenswürdiger Gelehrter von hart clericaler Gesinnung.

Ein Theil der Bischöfe bekannte sich noch zu den duldsamen Anschauungen des frommen Sailer; doch seit dem Jahre 1836 gewann die ultramontane Partei auch unter den Prälaten die Oberhand. Ihr Haupt wurde der neue Bischof von Eichstädt, Graf Reisach, ein wohl unterrichteter, der Herrschaft gewohnter Jesuit, erfahren in der mönchischen Askese wie in allen höfischen Künsten. Reisach hatte seine geistliche Erziehung im Germanicum empfangen und dann als Studien-Rector der römischen Propaganda die besondere Gunst des neuen Papstes Gregor's XVI. er-

*) Dönhoff's Berichte, 30. Oct. 1834, 16. April 1837.

langt. Sobald er den Hirtenstab des heiligen Wilibald in Händen hielt, errichtete er sofort ein Knabenseminar — eine jener gemeinschädlichen, auf die Knechtung der kindlichen Gemüther berechneten Anstalten, welche bisher noch in keinem der paritätischen deutschen Staaten Einlaß gefunden hatten. Wie hoch die Hoffnungen der Ultramontanen gestiegen waren, das erhellte am sichersten aus der gedämpften, fast diplomatischen Redeweise des alten Kämpen Görres, der jetzt außer einem phantastischen Buche über die christliche Mystik auch zahlreiche Flugschriften und Artikel in der clericalen Zeitschrift „Eos" veröffentlichte. Seinen Berserkerhaß ergoß er ausschließlich auf die Liberalen; das Ministerium Wallerstein bekämpfte er als ein System des Juste-Milieu mit auffälliger Milde, und von der Person des Königs redete er stets im Tone der Ehrfurcht. Es war ersichtlich die Sprache einer Partei, die sich schon anschickte die Herrschaft anzutreten.

Zunächst blieben aber König Ludwig's Gedanken ganz in die Ferne gerichtet. Sein alter Traum, der Plan eines bairisch-griechischen Staates, schien jetzt wirklich in Erfüllung zu gehen. Seit Griechenlands Unabhängigkeit gesichert war (1827), hatte Kapodistrias, der Vertraute des Czaren Alexander, der einzige Hellene von europäischem Namen, die Leitung des jungen Staates übernommen; doch in den wüsten Parteikämpfen des gänzlich verarmten und maßlos begehrlichen Volkes vermochte der wohlmeinende Kybernetes sich kaum zu halten. Die Capitäne der alten Freiheitskämpfer erhoben sich wider ihn und fanden, da er sich auf Rußland zu stützen suchte, bei den Gesandten der Westmächte geheime Hilfe. Nun beschlossen die drei Schutzmächte (Febr. 1830), daß Griechenland einen selbständigen Staat unter einem Fürsten aus souveränem Hause bilden sollte. Aber der erwählte Throncandidat Leopold von Coburg lehnte ab, bald darauf wurde Kapodistrias meuchlings ermordet (1831), und die scheußliche Anarchie, die nun hereinbrach, zeigte genugsam, was man an ihm verlor. Als nach Jahren die Leidenschaften sich beruhigten, gestanden die Hellenen selber, daß sie doch niemals einen besseren Herrscher gesehen hatten, als den vielverleumdeten Baba Jannis.

In dieser Zeit allgemeiner Verwirrung bereiste Friedrich Thiersch das Land. Als glühender Bewunderer der Hellenen war der liebenswürdige Gelehrte überall wohlgelitten und er benutzte diese Volksgunst, um zu verwirklichen, was er seit Jahren geplant, und den Sohn des gekrönten Philhellenen, den Prinzen Otto von Baiern als König der Hellenen zu empfehlen. Der Vorschlag fand freundliche Aufnahme, König Ludwig's Zustimmung verstand sich von selbst, und da die Schutzmächte keinen anderen Rath wußten, so übertrugen sie am 7. Mai 1832 dem jungen Prinzen die Herrschergewalt, die ihm nachher durch den einstimmigen Beschluß der griechischen Nationalversammlung feierlich bestätigt wurde. König Ludwig schwamm in Freuden. Wie viel Geld und wie viel Lieder hatte er schon den Hellenen gespendet; wie oft, wenn er sein Land durchreiste, hatte er

sich jeden Empfang verbeten und den Baiern anbefohlen, die Kosten der Ehrenpforten und Kränze den griechischen Kämpfern zu widmen. Nun sah er das Land seiner Sehnsucht befreit und zugleich den Stolz seines Hauses befriedigt. Er träumte schon von einer wittelsbachischen Großmacht, die sich, allerdings nicht ohne Unterbrechung, vom Fichtelgebirge bis zum Cap Matapan erstrecken sollte, und willigte nur ungern darein, daß sein Sohn auf die bairische Thronfolge verzichten mußte.*) Da ein Geschichtsthaler für einen solchen Erfolg offenbar nicht ausreichte, so wurden ihrer drei geprägt. Auch im bairischen Lande herrschte anfangs starke Begeisterung, als die drei Abgesandten der Hellenen in ihrer malerischen Nationaltracht auf dem Münchener Octoberfeste erschienen. Mancher brave Brauer schmückte sein Wirthshaus mit der Inschrift „zur Stadt Nauplia". Die nach Hellas ausziehenden Grenadiere sangen ein stolzes Lied: „Ich bin ein Baier, stamm' von tapfern Ahnen," das mit den Worten schloß: „wir sind ja Baiern, laßt uns Baiern sein;" und da das Preußenlied im Süden noch fast unbekannt war, so hielt man dies Gedicht für ein echtes bajuvarisches Naturgewächs.

Die anderen Deutschen lachten freilich nur über die wunderliche dynastische Schrulle des Baiernkönigs. So lange die Hellenen noch für ihre Freiheit fochten, wirkten ihre Geschicke auch auf Deutschland zurück, weil der Agon den ersten Stoß führte gegen das System der starren Legitimität, und weil die deutschen Philhellenen aus diesen Kämpfen eine kräftige Begeisterung für das Recht der nationalen Selbstbestimmung heimbrachten. Seit Griechenland dem wittelsbachischen Hause verfiel, war es für uns lediglich ein entlegenes kleines Land, nur noch darum bedeutsam, weil die hellenische Staatskunst der Krone Baiern die Briten, Russen und Franzosen bestärken mußte in der hergebrachten Meinung, daß die Deutschen für die Politik verloren seien. In der That stand das Verhalten des philhellenischen Königs wenig im Einklang mit dem Namen „des Landes der Weisen", welchen die lernbegierigen Griechen dem gelehrten Deutschland beizulegen liebten.

Prinz Otto war noch unmündig, ein gutmüthiger, sittsamer junger Mann, aber wenig begabt, unentschlossen, mißtrauisch, schüchtern; niemals erhob sich sein linkisches Wesen zu jenem sicheren Selbstgefühle, das die Orientalen vor Allem von ihren Herrschern verlangen. Bis zu seiner Volljährigkeit mußte ihm eine Regentschaft beigegeben werden, und König Ludwig meinte sehr klug zu handeln, wenn er mit dieser wichtigen Aufgabe Männer betraute, welche ganz außerhalb der griechischen Parteikämpfe stünden, also treue Baiern. Er ernannte zu Regenten seinen erst kürzlich in Ungnaden entlassenen Minister Grafen Armansperg, den gelehrten Professor Maurer und den alten Philhellenen General Heideck; von allen

*) Dönhoff's Bericht, 19. Mai 1832.

Dreien war nur Heideck des griechischen Landes und seiner Sprache einigermaßen kundig. „Was ich in Ihre Hände lege — schrieb Ludwig an Armansperg — ist nicht blos ein persönliches, es ist ein Interesse des bairischen Hauses, des bairischen Volks, ein welthistorisches Interesse.“ Auch eine Schaar von Unterbeamten zog mit hinüber. Darunter befanden sich — wie dies bei jeder plötzlichen Verschiebung im Beamtenthum zu geschehen pflegt — einzelne hochstrebende Idealisten, aber noch mehr unbrauchbare Leute, die daheim nicht vorwärts kamen; sie glaubten das Glück der Hellenen dann am sichersten zu begründen, wenn sie ihnen einen Eurotaskreis und einen Ilissuskreis getreu nach dem Vorbilde des heimischen Rezatkreises und Isarkreises einrichteten. Wohl kamen einige Tage fröhlicher Hoffnung: als der junge König, leider nicht auf deutschen Schiffen, sondern nur als Gast auf der Flotte der Schutzmächte, an der malerischen Felsenküste von Nauplia landete (3. Febr. 1833) — ein prächtiges Schauspiel, das der eigens dazu abgesandte Peter Heß auf einem seiner besten Gemälde verewigte — und dann wieder, als die letzten Türken das Kastron von Athen räumten und die Hellblauen mit den Raupenhelmen triumphirend in der Akropolis einzogen. Doch nur zu bald zeigte sich der Widersinn dieser Verbindung zweier Länder, die mit einander schlechterdings nichts gemein hatten als die zufällige Gleichheit der blauweißen Landesfarben.

Die Regentschaft fand den Boden bereits besetzt durch die Residenten der drei Schutzmächte, die sich hier, ganz wie ihre vornehmeren Genossen am Bosporus, schon einen diplomatischen Blocksberg eingerichtet hatten und, ganz wie jene, in endlosen Ränkespielen einander befehdeten. Da sie längst Bescheid wußten, die treuherzige Regentschaft aber den eigentlichen Grund aller orientalischen Parteikämpfe, die Begehrlichkeit, noch nicht durchschaut hatte, so geschah es bald, daß jeder der drei Gesandten einen der bairischen Regenten für sich gewann. Armansperg ging mit England, Heideck mit Rußland, Maurer und sein getreuer Geh. Rath Abel mit Frankreich. Die Zwietracht ward vollkommen, als nachher auch noch der neue österreichische Gesandte Prokesch sich einmischte. Der preußische Hof hielt sich diesen Ränken meist fern; er blieb aber der Meinung, daß Armansperg's englische Politik immerhin noch am wenigsten schade, denn Rußlands Einfluß würde die Eifersucht der Westmächte, Frankreichs Einfluß die revolutionären Leidenschaften aufstacheln.*) Der diplomatische Zank war um so gefährlicher, da die Schutzmächte die wirthschaftliche Zukunft des völlig ausgeraubten jungen Staates in ihrer Hand hielten; sie hatten zu Gunsten Griechenlands eine Anleihe von 60 Mill. Franken aufgenommen, wovon erst zwei Drittel ausgezahlt waren, und sobald die Haltung der Regentschaft einer der drei Mächte mißfiel, erging sofort die barsche Drohung, nunmehr müsse man die Zahlungen einstellen.

*) Ancillon, Weisung an Dönhoff, 28. Mai 1835.

Also eingepreßt zwischen den hadernden Schutzmächten und den furchtbar erbitterten griechischen Parteien, mühten sich die Regenten vergeblich ab eine geregelte Verwaltung herzustellen; zahlreiche Verordnungen erschienen, alle nach bairischem Muster, und Maurer verfertigte mit dem eisernen Fleiße des deutschen Professors mehrere schöne Gesetzbücher. Aber der in unfertigen Völkern immer reizbare Nationalstolz wollte von den Bavaresi bald nichts mehr hören; die fleißigen deutschen Beamten blieben dem Lande so fremd, daß heute selbst Armansperg's Name unter den Hellenen fast verschollen ist. Wie wenig sie dies Volk kannten, das zeigte sich bei dem langen Streite über die Verfassung. Gewiß war ein einsichtiger Absolutismus für die Culturstufe der Hellenen die beste Staatsform; aber dazu gehörte ein Monarch, der durch persönliche Größe oder durch ein unantastbares historisches Recht alle Unterthanen überragte. König Otto's Nichtigkeit konnte in einer fremden Nation keine Ehrfurcht erzwingen, und sein Thronrecht verdankte er, wie er selbst gestand, nächst dem Vertrauen der Schutzmächte „der freien Wahl des hellenischen Volks". Eine also begründete Dynastie durfte, wie schwer das auch halten mochte, diesem durchaus demokratischen Volke das Recht der verfassungsmäßigen Mitberathung nicht ganz versagen. König Ludwig jedoch rieth dem Sohne dringend ab. Alles constitutionelle Wesen war ihm verleidet, und er schrieb: „Nicht zu reiflich überdacht kann die Einführung einer Verfassung werden. Es ist die Höhle des Löwen, aus der keine Fußtapfen gehen; sie hat Folgen, die man gar nicht voraussieht. O möchte doch die traurigen auch hierin gemachten Erfahrungen Baierns Hellas zu Rathe ziehen, indem es die Fehler vermeidet, die begangen wurden." Sein Rath schlug durch, und der unfähige junge Fremdling regierte weiter als absoluter Herr — ein Zustand der doch noch unleidlicher war als die Sünden eines verfrühten Parlamentarismus. So bildete sich bald eine starke liberale Opposition; sie fand, da Palmerston hier wie überall das constitutionelle Banner aufpflanzen ließ, geheime Hilfe bei dem englischen Gesandten, derweil die Vertreter Rußlands und Oesterreichs den jungen Wittelsbacher in seinen absolutistischen Grundsätzen bestärkten.

Noch schwerer verletzten die Bavaresi das religiöse Gefühl des orthodoxen Volkes. Viele Klöster wurden aufgehoben — diesmal gegen den Rath König Ludwig's — die Zahl der Bischöfe verringert, die Landeskirche von dem Patriarchen von Konstantinopel abgetrennt; und doch gebot die Klugheit, die uralte kirchliche Gemeinschaft der Orthodoxen auf der Balkanhalbinsel sorgfältig zu schonen, wenn anders die Hoffnungen der Griechen auf die Kaiserkrone von Byzanz sich je erfüllen sollten. Für diese stolzen nationalen Wünsche zeigten die friedfertigen, im Lande der Pinakotheken und Glyptotheken aufgewachsenen Regenten gar kein Verständniß. Offenbar hatte der Agon der Hellenen sein Ziel noch nicht erreicht; die Nation vermochte in den allzu engen Grenzen kaum zu athmen, sie mußte danach

trachten, dereinst noch die ganze, von hellenischer Cultur beherrschte Südhälfte der Halbinsel an sich zu reißen. Solche Kränze winken nur dem Helden. Durch das Schwert geschaffen, konnte der junge Staat auch nur durch das Schwert erhalten werden; und der Stamm seiner nationalen Wehrkraft bestand bereits in den kampfgewohnten Banden der Palikaren. Es war ein wildes Kriegsvolk, sehr kunstfertig im Abschneiden von Ohren und Nasen; die treuen, tapferen Männer wünschten sehnlich, ihrem Basileus um geringen Sold zu dienen, und wenn man sie nicht allzu streng mit den Reglements der europäischen Exercirplätze plagte, so ließ sich aus ihnen leicht ein tüchtiges Heer bilden. Die Regentschaft aber fürchtete sich vor den barbarischen Unholden, König Otto schlug ihnen ihre Bitten ab, und so wanderten denn 5000 schwerbewaffnete Palikaren zornmuthig über die türkische Grenze, um dort im Gebirge das alte Klephten-Handwerk von Neuem zu ergreifen. Dergestalt wurde das streitbare Land durch die Aengstlichkeit seiner eigenen Regierung entwaffnet. Ein Corps von 3500 Baiern mußte vorläufig die Ordnung aufrecht halten, und die Wackeren hatten hart zu arbeiten, bald im Kampfe gegen die Klephten, bald im Sonnenbrande beim Bau der Piräus-Straße; der giftige Raki-Schnaps und der schlechte geharzte Wein gaben keinen Ersatz für das edle heimische Bier. Nach einem Jahre zogen die bairischen Truppen heim. Nun ward aus Eingeborenen und aus geworbenen Baiern ein winziges reguläres Heer von zweifelhafter Kriegstüchtigkeit gebildet. Da ein Kleinstaat ohne Geld und Waffen der Tapferkeit keinen Raum mehr bot, so gelangten die beiden anderen vorherrschenden Triebe des hellenischen Volksgeistes, der Handelssinn und der Wissensdrang zur alleinigen Herrschaft. Das Heldenvolk der Türkenbesieger verwandelte sich wunderbar schnell in eine Nation von Kaufleuten und Gelehrten. Griechenland konnte bei den Todeszuckungen des türkischen Reichs kein Wort mehr mitsprechen, und die einzige naturgemäße Lösung der orientalischen Frage, die Wiederherstellung des byzantinischen Kaiserthums blieb zum Unheil für die Welt noch lange völlig aussichtslos.

Währenddem war der Eifer der Baiern längst erkaltet; in München nannte man das Land der Hellenen die bairische Botany-Bai, denn blos vom blauen Himmel und von schönen Landschaften vermochten Germanen nicht zu leben. König Ludwig besuchte noch selbst das geliebte Volk und legte unter schallenden Zito-Rufen den Grundstein für das athenische Königsschloß. Auch König Otto kam einmal in die alte Heimath, gastlich empfangen von der Muse der Charlotte Birch-Pfeiffer, die ihm ein Festspiel „der Liebe Streit" widmete. Da war es denn sehr rührsam anzuhören, wie sich Bavaria und Hellas um ihren unvergleichlichen Otto stritten; zuletzt fielen die beiden kampflustigen Frauen einander versöhnt in die Arme. Trotzdem wollte das Feuer nicht wieder aufflammen; wer irgend konnte von den bairischen Beamten in Hellas, kehrte schleunigst heim. Nach-

dem König Otto seine Volljährigkeit erlangt, wurde die Regentschaft aufgelöst, und Armansperg trat als Großkanzler an die Spitze eines hellenischen Ministeriums, er legte aber seine Würde bald entmuthigt nieder. Auch sein Nachfolger Ignaz Rudhart, der beliebte liberale Landtagsredner, gab schon nach Jahresfrist das undankbare Amt auf (1837), obgleich er sich unter allen den bairischen Staatsmännern, die in Griechenland wirkten, am besten bewährte und gegen den anmaßenden englischen Gesandten manchen Strauß tapfer bestand. Er starb auf der Heimreise. Der Traum vom bairischen Hellas war ausgeträumt, König Otto regierte fortan allein mit griechischen Beamten. Baierns Finanzen hatten freilich durch die wittelsbachischen Großmachtsträume schwere Einbußen erlitten. Wie viel? — das wußte Niemand genau, da der König die Erübrigungen des Staatshaushalts sich zur freien Verfügung vorbehielt. Gewiß ist nur, daß nach und nach sehr bedeutende Vorschüsse, mindestens 4—5 Mill. Franken, an Griechenland gegeben wurden; einen Rest, der schließlich ungedeckt blieb, bezahlte König Ludwig noch nach seiner Abdankung ehrenhaft aus seiner eigenen Tasche. Als der Pfälzer Kolb zwei geharnischte Flugschriften wider dies sonderbare constitutionelle Finanzwesen hinaussandte, wurden beide Büchlein sofort verboten.

Mittlerweile trat der Landtag im Jahre 1837 nochmals zusammen, und Alles ließ sich wieder so friedlich an wie vor drei Jahren. Als der neue Finanzminister Wirschinger aber den Etat vorlegte, da mußten auch die Arglosen erkennen, daß die Einnahmen zu niedrig berechnet waren. Die Einkünfte aus dem Zollvereine stimmten schlechterdings nicht überein mit den richtigen Angaben, welche die Regierungen von Sachsen, Hessen, Württemberg ihren Landtagen gemacht hatten. Die Kammer entschloß sich also die Einnahmen, mit Zurechnung einiger der beliebten „Erübrigungen“ um etwa ½ Mill. fl. höher anzusetzen, sie erhöhte demgemäß auch die Ausgaben für die Schulen und die sündlich vernachlässigten Landstraßen. Das Verfahren war ungewöhnlich, doch selbst der gefügige Wallerstein konnte nicht umhin zu gestehen, daß die Abgeordneten nur ihre Pflicht gethan hätten. Der König aber fühlte sich tief beleidigt, und Metternich, der im Juli München besuchte, bestärkte ihn in seinem Grolle, wie der preußische Gesandte nachher von guter Hand erfuhr.*) Ludwig war tief verstimmt über sein mißrathenes griechisches Unternehmen; nichts gelang ihm, überall glaubte er verkannt zu werden. In der That behandelte ihn die liberale Presse zuweilen ungerecht. Als er in diesen Tagen auf den glücklichen Einfall gerieth, die abgeschmackten französischen Departements-Namen Donaukreis und Rezatkreis zu beseitigen und die althistorischen Stammesnamen Schwaben, Pfalz, Niederbaiern wieder einzuführen — ein Entschluß, der wieder durch einen Geschichtsthaler verherrlicht wurde — da

*) Dönhoff's Berichte, 1. 11. März 1838.

spotteten die Zeitungen über die romantischen Neigungen des Wittelsbachers.

Sein Unmuth wuchs, als die Kammer, deren große Mehrheit aus guten Katholiken bestand, in ehrerbietiger Form die Bitte aussprach, die Krone möge mit der beständigen Vermehrung der Klöster endlich einhalten, die Stiftungsgelder nicht mehr widerrechtlich für Klosterzwecke verwenden, auch das Terminiren der Bettelmönche verbieten. Der stille Groll des Landes über die wachsende Macht der Clericalen kam hier zum Durchbruch, und vergeblich suchte der kürzlich aus Griechenland heimgekehrte Ministerialrath Abel mit ultramontanem Feuereifer den Antrag zu bekämpfen; sein Vorgesetzter Fürst Wallerstein gab deutlich zu verstehen, daß er die Ansicht der Mehrheit theile. Nun riß dem Könige die Geduld; er schloß sich ab, sprach und hörte Niemand. Wohin war es doch gekommen mit dem begeisterten Fürsten, der sich einst rühmte über einem freien Volke zu schalten! Im Ministerrathe mußte Wallerstein von seinem alten Gegner dem Feldmarschall Wrede heftige Vorwürfe hören. Am 1. November erhielt er plötzlich den Abschied, unter Anerkennung „der Verdienste, die er sich vor dem Landtage von 1837 erworben" habe. Abel wurde sein Nachfolger. Die erste That des neuen Ministers war ein ungnädiger Landtagsabschied, der den Ständen „mancherlei Verirrungen in das Gebiet der königlichen Rechte" vorwarf. So trat die clericale Partei zum ersten male an das Staatsruder des Königreichs Baiern, und sie sorgte bald selbst dafür, daß die Wiederkehr ihrer unvergeßlichen Herrschaft auf Jahrzehnte hinaus unmöglich ward. —

Neunter Abschnitt.

Der welfische Staatsstreich.

Trotz der allgemeinen Ermattung und trotz seiner parlamentarischen Niederlagen blieb der Liberalismus im Wachsthum. Seine socialen Ideen verbreiteten sich in der Stille, sie wurden allmählich zu Standesvorurtheilen des gebildeten Bürgerthums, das sich jetzt, seit zu dem Wissen der neue Wohlstand hinzukam, ganz unbedenklich für den Kern der Nation hielt. Die scheinbare gesellschaftliche Gleichheit der Franzosen und das Gesetzbuch der durchgebildeten Geldwirthschaft, der Code Napoleon fanden Bewunderung, nicht blos im Südwesten, auch in Thüringen, in Sachsen, in den Städten der alten preußischen Provinzen. In diese demokratisirte, den alten Standesunterschieden entfremdete Gesellschaft schlug nun eine Gewaltthat hinein, welche auch die schlummernden politischen Leidenschaften wieder erweckte und von der häßlichen Lüge des deutschen Bundesrechts den letzten Schleier hinwegriß, ein Staatsstreich, so frevelhaft, so unentschuldbar, so gemeinverständlich in seiner Roheit, daß der sittliche Ekel fast alle irgend selbständigen Männer zum Widerspruche zwang und den Reihen der liberalen Opposition mit einem male neue Kräfte zuführte.

Am 20. Juni 1837 starb König Wilhelm IV., und da nach deutschem Rechte der Mannesstamm den Weibern vorging, so zerriß jetzt, zum Segen für beide Theile, das unnatürliche Band, das die kurbraunschweigischen Lande durch vier Menschenalter an Großbritannien gekettet hatte. Für die Briten hatte diese Verbindung längst allen Werth verloren. Die hannöverschen Truppen für englische Zwecke zu verwenden war unter dem Deutschen Bunde kaum noch möglich; seit der Entstehung des preußischen Volksheeres bedeutete die kleine Armee ohnehin nicht mehr so viel wie im alten Jahrhundert. Seit der Zollverein gesichert war, konnte auch die handelspolitische Dienstbarkeit Hannovers den Engländern nichts mehr nützen. Einzelne kleine Gewinnste vermochte Palmerston's geschickte Hand wohl noch aus dem deutschen Nebenlande herauszuschlagen; mit Hannovers Hilfe hatte er vor Kurzem die Bundesexecution in Luxemburg vereitelt. In der Regel empfand er die Doppelstellung der Krone nur als eine Last: wenn der König von Hannover andere Wege ging als der

König von England und die Bundespolitik der Hofburg unterstützte, dann mußte die britische Staatskunst vor den Augen der Welt noch treuloser erscheinen als sie wirklich war. Gesättigt von den Erfolgen des napoleonischen Zeitalters, hatte sich der Ehrgeiz der Nation seit einigen Jahren fast ausschließlich den überseeischen Interessen, dem Oriente und den Kolonien, zugewendet. Die öffentliche Meinung verstand den Grundsatz der Nicht-Einmischung, der von Palmerston so mannichfach ausgelegt wurde, in buchstäblichem Sinne; sie wollte von den festländischen Wirren wenig hören, sie verlangte, daß England wieder ein Inselreich würde, und schon darum hieß sie die Trennung von Hannover willkommen.

Mit der Thronbesteigung der Königin Victoria errang die Politik der Reform für lange Zeit einen vollständigen Sieg. Die unerfahrene junge Fürstin sah sich außer Stande, die schattenhafte monarchische Gewalt durch die Kraft eines selbständigen Willens neu zu beleben, sie konnte sich nur von dem Strome der vorherrschenden nationalen Gesinnung treiben und tragen lassen. König Wilhelm war den liberalen Ideen halb widerstrebend gefolgt, Victoria gehörte ihnen schon durch die Geburt an, da ihr väterliches Haus mit den Hochtorys stets in Feindschaft gelebt hatte. Sie überließ sich willig der Führung des Hauptes der Whigpartei, Lord Melbourne, und wurde zugleich von ihrem Oheim König Leopold mit politischen Rathschlägen unterstützt. Der kluge Coburger arbeitete bereits seit Jahresfrist an einem neuen Heirathsplane, der seinem Hause die dritte Königskrone einbringen sollte; er dachte seinem Neffen Albert die Stellung des englischen Prinz-Gemahls, die er einst für sich selber erhofft hatte, zu verschaffen. Um sich auf sein hohes Amt vorzubereiten mußte der junge Prinz ein Jahr in Brüssel verleben, denn in Berlin, so meinte Stockmar, könne man nichts lernen, Preußens Haltung gegen Deutschland sei „weder politisch noch ehrlich“. Durch die coburgische Verwandtschaft wurde die Königin auch dem Tuilerienhofe näher geführt; das gelockerte Bündniß der Westmächte schien sich wieder zu befestigen, mit donnernden Hochrufen empfing das Londoner Volk bei der Krönung den französischen Botschafter Marschall Soult, der sich in Spanien so oft mit den Briten gemessen hatte. Die Reformbill hatte den Umbau des alten aristokratischen Staatswesens nicht vollendet, sondern erst begonnen; eine Zeit großer socialer Neugestaltungen nahte unverkennbar heran. Das ahnte Jedermann, als die Königin in den ersten Tagen ihrer Regierung den reichen, menschenfreundlichen Moses Montefiore als Sheriff von London in den Ritterstand erhob — den ersten Juden, dem solche Ehre widerfuhr.

Während also in England unter einem willenlosen Königthum die öffentliche Meinung ihre unbeschränkte Herrschaft antrat, erhoffte das hannöversche Volk von der Gnade des einheimischen Landesherrn ein unbestimmtes Glück. Unablässig arbeiteten die schöpferischen Kräfte der neuen deutschen Geschichte an der Zerstörung der seit zwei Jahrhunderten ein-

gedrungenen Fremdherrschaft. Was in Pommern, in Preußen, in Schlesien nur unter schweren Opfern und Kämpfen erreicht war, das gelang in Hannover durch die Gunst des Zufalls, und alsbald zeigte sich, wie wenig die lange Verbindung mit dem Auslande den Kern des niedersächsischen Volksthums verändert hatte. Die starke englische Kolonie in der Stadt Hannover, einige britische Sitten und Familienverbindungen in der vornehmen Gesellschaft, dazu die kriegerischen Erinnerungen der Veteranen und ein hohes Maß von Selbstgenügsamkeit, das war in Wahrheit Alles was von dem ausländischen Wesen noch übrig blieb. Ohne Kummer gaben die Hannoveraner den Namen der deutschen Großbritannier auf, um fortan sich selbst und ihrem endlich sichtbaren Könige zu leben.

Ein Glück nur, daß sie trotz ihrer britischen Neigungen selten englische Zeitungen lasen und von dem schlimmen Rufe ihres neuen Herrschers wenig wußten. Mit der einzigen Ausnahme des Selbstmords hat der Herzog von Cumberland schon jedes erdenkliche Verbrechen begangen — so schrieb um jene Zeit ein radicales englisches Blatt und sprach damit nur in pöbelhaften Formen aus, welchen furchtbaren Haß dieser unbeliebteste aller englischen Prinzen im Verlaufe eines sechsundsechzigjährigen Lebens auf sich geladen hatte. König Ernst August war der begabteste unter den sieben Söhnen Georg's III., aber schlecht erzogen, nicht blos aller Bildung baar, sondern ein abgesagter Feind der Wissenschaft, die er „dem Federvieh der Tintenkleckser" überließ; nur wer wohl geboren, wohl gekleidet und mäßig gelehrt war galt ihm, wie einst den Römern, für einen anständigen Mann. Auf der Göttinger Hochschule hatte er nicht einmal die deutsche Sprache erlernt, um so gründlicher die Reitkunst. Als er dann in den niederländischen Feldzügen ein hannöversches Dragonerregiment befehligte, zeigte er sich sehr tapfer, aber auch so roh und grausam, daß Scharnhorst seinen Abscheu kaum bezwingen konnte. Wiederholt verbot er seinen Reitern, ihm die verfluchten französischen Republikaner gefangen einzubringen; Alles wollte er niedersäbeln, in einem wilden Handgemenge verlor er selbst ein Auge. An den napoleonischen Kriegen betheiligte er sich nicht, nur in den Tagen der Schlacht von Kulm erschien er für kurze Zeit im Hauptquartier der Verbündeten. Trotz dieser geringen Kriegserfahrung betrieb er das Soldatenhandwerk mit leidenschaftlichem Eifer, und unbeschreiblich war seine Freude als König Friedrich Wilhelm ihn zum Chef der rothen Zieten-Husaren ernannte. Neben dem steifen Dünkel des englischen Lords behielt er doch immer etwas von der naturwüchsigen Frische des deutschen Reiteroffiziers.

Im Oberhause ward er bald ein gefürchteter Führer der Hochtorys; bald drohend und lärmend, bald schlau belügend, bald leise hetzend wußte er seine Leute bei der Stange zu halten. Nur die hartreaktionären Grundsätze Lord Eldon's fanden seinen Beifall; selbst den eisernen Herzog hielt er für einen gefährlichen Ränkeschmied, weil Wellington sich den Forde-

rungen der Zeit doch nicht ganz versagte. Die für so lange Jahre folgenreiche Wiedererhebung der Torys im Jahre 1807 war zum guten Theile Cumberland's Werk und blieb ihm bei den geschlagenen Whigs unvergessen. In den folgenden Jahren bekämpfte er hartnäckig jeden Reformvorschlag, am heftigsten die Emancipation der Katholiken; denn ganz so buchstabengläubig wie sein Vater hielt er es für einen Eidbruch, wenn die verfassungsmäßigen Vorrechte der anglikanischen Kirche auf verfassungsmäßigem Wege beschränkt würden. Er wurde Großmeister des reaktionären Geheimbundes der Orangelogen, der unter dem Banner „Thron und Kirche" höchst verdächtige Zwecke verfolgte und schon durch seine Heimlichkeit allen guten altenglischen Ueberlieferungen widersprach; manche Heißsporne unter den Verschworenen hofften im Ernst, den reformfreundlichen König Wilhelm zu beseitigen und Cumberland auf den Thron zu erheben. Als die Wühlerei im Parlamente zur Sprache kam und der Herzog sich genöthigt sah die Logen aufzulösen (1836), da betheuerte er heilig, vielleicht mit Recht, von solchen Plänen nichts gehört zu haben. Doch wer sollte ihm Glauben schenken, wenn er, der Feldmarschall und Großmeister, dann auch noch behauptete, ganz ohne sein Wissen seien Offiziere in die Logen eingetreten?

Die Briten kannten ihn schon. Aufrichtig war er nur, sobald er unter Kameraden gemeine Witze riß oder seine Gegner mit schmutzigen Schimpfreden überfluthete. Seine geschmacklosen Ausschweifungen und seine tolle Verschwendung hätte man ihm gern verziehen, wenn sich in dem wüsten Treiben auch nur ein Zug menschenfreundlichen Humors gezeigt hätte. Er aber fand seine Lust daran, den Freund gegen den Freund, den Gatten gegen die Gattin, die Geliebte gegen den Liebhaber aufzustacheln. Das eine kurzsichtige Auge, das ihm noch geblieben war, bemerkte jede Unordnung, jede Schwäche, jede Lächerlichkeit, und feige, unritterlich den Vortheil seiner hohen Stellung mißbrauchend, hechelte er dann mit seiner feinen Stimme seine Opfer durch; schlagfertige Erwiderungen, wie sie der große Friedrich und alle wahrhaft witzigen Spötter liebten, donnerte er mit einem Fluche nieder. Jedem Menschen trat er auf die Hühneraugen, so sagten seine eigenen Brüder. Wenn er einen gebrechlichen greisen Herrn recht lange stehen ließ oder einen Feinschmecker durch eine plötzliche Einladung vom leckeren Mahle hinwegscheuchte oder an einer hellgekleideten alten Dame sich den Rücken wärmte, als ob er sie für einen weißen Ofen hielte, dann fühlte er sich behaglich; und sein getreuer Reverend Wilkinson, den er nachher als Hofkaplan nach Hannover berief, bewunderte diese brutalen Witze mit so bedientenhafter Freude, daß die Deutschen glauben mußten, nach englischer Anschauung bestehe der Lebensberuf des Fürsten wirklich im Zertreten von Leichdörnern. Eine stattliche Erscheinung, wenn der starke große Herzog mit dem meisterhaft gewichsten grauen Schnurr- und Backenbarte auf seinem edlen Rosse dahergeritten kam;

die Husarenuniform saß ihm wie angegossen, aber in den scharfgeschnittenen soldatischen Gesichtszügen lag ein so widerwärtiger Ausdruck von Hohn und Härte, daß Viele den unleugbar schönen Mann für abschreckend häßlich erklärten. Wie oft warnte der Dichter der Whigs, Thomas Moore die englischen Mädchen vor der bärbeißigen Larve (grim phiz) des öden galoppirenden Herzogs:

> Der edle Prinz, es trifft sich gut,
> Gleicht gar so sehr in Fleisch und Blut
> Dem Chef des Hauses Belzebub!

Während der letzten Jahre pflegte er bald in Berlin bald in London Hof zu halten. In Preußen galt er wenig; man erzählte nur beiläufig, daß er in den reaktionären Kreisen der mecklenburgischen Partei sehr laut zu reden liebte. In England wurde seine Stellung immer peinlicher seit die Whigs wieder obenauf kamen. Er haßte den König, der ihn zwang die Reformbill ohne Widerstand hinzunehmen und ihm bei der Besetzung der hannöverschen Vicekönigs-Stelle den jüngeren Bruder Cambridge vorzog; er haßte noch bitterer seine junge Nichte, die ihm den Weg zum längst erhofften Throne vertrat; und trotz seiner cynischen Menschenverachtung wurmte es ihn tief, daß die Londoner Gesellschaft ihm schlechthin Alles zutraute, gräuliche, längst widerlegte Skandalgeschichten aus seiner Jugendzeit immer wieder auftauchten. Die ihn näher kannten wußten wohl, daß Ernst August auch ungewöhnliche Herrschergaben besaß. Wenn es ihm ernst war, dann arbeitete er mit eisernem Fleiße, wachsam, sicher, sorgfältig; sein scharfer natürlicher Geschäftsverstand ersetzte vollauf die mangelnde Bildung, und wo der Vortheil seines Hauses nicht ins Spiel kam zeigte er sich sogar gerecht. Selbst sein Gemüth war doch nicht ganz verödet, wie hätte er sonst seine Gemahlin Friderike so zärtlich lieben können. Die schöne Schwester der Königin Luise hatte schon zwei Gatten beglückt, den Prinzen Ludwig von Preußen, nachher den Fürsten von Solms-Braunfels, und im Wittwenstande auch noch manche süße Stunde verlebt. In ihrem leichten, lachenden, liebreichen Wesen lag ein bestrickender Zauber, dem selbst der sittenstrenge König Friedrich Wilhelm nicht widerstand; wenn man in früheren Jahren seine muntere Schwägerin bei ihm verklagte, dann sagte er ärgerlich: Ach was! Andere auch nichts taugen! In den napoleonischen Zeiten hatte sie sich stets als gute Preußin gezeigt und mit den Führern der Patrioten fest zusammengehalten. Jetzt war sie längst gesetzter geworden, streng kirchlich, wohlthätig, eine treue Gattin. Ihre dritte Ehe wurde durch die Weihe eines großen Schmerzes geadelt. Der einzige Sohn Prinz Georg konnte von der Wiege an mit dem einen Auge nicht sehen und verletzte sich dann, als er einen Geldbeutel im Kreise wirbeln ließ, das gesunde Auge so schwer, daß er rettungslos dem Erbleiden der Welfen, der Blindheit zu verfallen schien. Dies Unglück bestärkte den Vater in seiner religiösen Empfindung. Der alte Eisenkopf

liebte den Gottesdienst, nicht blos aus englischer Gewohnheit; nur mußte die Predigt kurz sein, kräftig, ohne Prunk und Salbung. Er fühlte in seiner Weise sehr lebhaft seine Verantwortlichkeit vor Gott, er betete still bevor er einen schweren politischen Entschluß faßte und erlangte dann stets die tröstliche Gewißheit, daß die Wege Gottes mit den Rathschlüssen des Welfenhauses genau zusammenträfen.

So war der seltsame Sterbliche, der jetzt einen friedlichen, ihm fast ganz unbekannten deutschen Kleinstaat regieren sollte, ein geborener Tyrann, gewohnt, sich selber Alles, Anderen nichts zu erlauben. Suscipere et finire hieß sein Wahlspruch. Den Deutschen war er schon darum ein furchtbarer Gegner, weil sie diesen sonderbar gemischten, durchaus englischen Charakter nicht sogleich durchschauten. In Deutschland ist die Grobheit fast immer ehrlich. Dem polternden alten Husaren traute Niemand eine Falschheit zu; darum konnte er auch die hannöverschen Minister so leicht überlisten, als er einst die Annahme des Staatsgrundgesetzes zusagte und dann wieder hinausschob.*) Erst nachdem das Lügenspiel vollendet war, erkannte unser Volk, wie viel durchtriebene Arglist sich hinter den rohen Formen des Briten versteckte, und der preußische Gesandte Oberst Canitz merkte dann auch bald, daß der Welfe selbst seine Wuthausbrüche zuweilen erkünstelte um Andere einzuschüchtern.

Gleich nach dem Tode seines Bruders huldigte Ernst August knieend der neuen Königin; sonst hätte er seine Prinzenrechte und die Apanage von 21,000 £ verloren. Dann reiste er ab, und die große Mehrzahl der englischen Zeitungen geleitete ihn mit dem Segenswunsche: hoffentlich würde man einander niemals wiedersehen. Er war jetzt englischer Thronfolger und so lange Victoria kinderlos blieb, hielt er eigensinnig die Hoffnung fest, ihr plötzlicher Tod könnte ihm doch noch die englische Königswürde verschaffen**); hatte doch das Parlament für diesen Fall schon durch ein Gesetz Vorsorge getroffen. Die kleinere Krone aber, die ihm vorläufig genügen mußte, sollte ganz selbständig dastehen: unabhängig nach außen — darum nannte er sich fortan mit Stolz einen souveränen deutschen Fürsten, obgleich er den englischen Sitten treu blieb und immer nur ein gebrochenes Deutsch sprach — unabhängig auch im Innern. Bei seinen gelegentlichen Besuchen in Hannover hatte er das bequeme alte Beamtenregiment, „das Reich der Sekretäre" oft mit ätzendem Spotte übergossen. Er wußte, daß diesem Lande vornehmlich eine starke monarchische Gewalt noth that, und er dachte sie ihm zu bringen; er dachte ihm eine andere Verfassung zu geben und dann nach dieser treulich zu regieren. Dies nannte er Ordnung, und betheuerte: „Regierungswillkür war mir immer verhaßt!"

---

*) S. o. IV. 165 ff.

**) Frankenberg's Bericht, 1. März 1838.

Wie die neue Verfassung beschaffen sein sollte? — das wußte er selbst noch nicht, da er sich um das Land nie bekümmert hatte; genug wenn sie die Macht der Krone befestigte. Ein anderes Recht außer der Satzung seines eigenen Willens erkannte der Welfe nicht an. Gegen die Verfassungsgesetze von 1814 und 1819 hatte er protestirt — allerdings nur heimtückisch, in der Tasche; das Staatsgrundgesetz hatte er nicht förmlich angenommen. Folglich hielt er sich an die Gesetze seiner Vorfahren nicht gebunden und rüstete sich wohlgemuth zu einem Staatsstreiche, dessen Frechheit durch keinerlei Nothstand beschönigt werden konnte. Wenn der neue König seiner Pflicht gemäß die zu Recht bestehende Verfassung beschwor, dann mochte er fast alle seine Wünsche auf gesetzlichem Wege durchsetzen. Das Staatsgrundgesetz bestand erst seit vier Jahren und hatte noch keine tiefen Wurzeln geschlagen; nicht blos der Adel murrte, auch das Volk fand wenig Freude an den langweiligen, unfruchtbaren Landtagsverhandlungen. Die durchaus ergebene erste und die sehr nachgiebige zweite Kammer ließ sich zu einigen Verfassungsänderungen sicherlich leicht bewegen, und sobald erst ruhig verhandelt wurde, dann mußte der geschäftskluge Welfe bald selbst einsehen, daß die Vereinigung der Steuerkasse mit der Domänenkasse, die er jetzt als eine demagogische Neuerung verwünschte, nur der Krone selbst Vortheile brachte. Ihn aber verblendete die Leidenschaft. Er hatte durch Schele, den Führer der Adelspartei, Wunderdinge gehört über den Radicalismus des Staatsgrundgesetzes, das in Wahrheit die Rechte des Königthums sorgsamer schonte als irgend eine andere der neuen deutschen Verfassungen, und nannte deshalb den Cabinetsrath Rose den hannöverschen John Russell. Wie er die englischen Reformer bekämpft hatte, so hoffte er in Hannover „der Demokratie die Flügel zu beschneiden“; und — seltsam genug — bei dem rohen Rechtsbruche wirkte auch die bornirte Gewissenhaftigkeit mit. Nach seiner Auffassung des politischen Eides konnte Ernst August das Staatsgrundgesetz nicht beschwören, weil er sich dann verpflichtet geglaubt hätte keinen Buchstaben mehr daran zu ändern. Um sein eigenes Gewissen zu sichern hielt er sich berechtigt die Gewissen seiner Unterthanen zu bedrängen. Also stürmte er blindlings hinein in die Bahn des Unrechts — denn ich bin ein Bock, so gestand er selbst — und getröstete sich des altenglischen Glaubens, daß die Deutschen zwar die besten Soldaten der Welt seien, aber von ihren Fürsten Alles gelassen hinnähmen.

Drei Tage vor seiner Ankunft schritt die Bürgerschaft von Hannover Abends in langem schweigendem Zuge hinaus nach dem Schlosse Montbrillant um von dem geliebten Herzog von Cambridge Abschied zu nehmen. Ihrem Wortführer, dem Bürgermeister Rumann, und dem guten Vicekönige versagte fast die Stimme; Alles fühlte, die gemächliche alte Zeit ging zu Ende. Am Abend des 28. Juni zog der neue König ein, beantwortete die Anrede des Bürgermeisters mit kurzen, wenig freundlichen Worten und

behielt die überreichten silbernen Schlüssel der Stadt bei sich; so that er fortan immer, in seiner Hut sollte das Land sicher aufgehoben sein. Ohne die Beleuchtung der Hauptstadt eines Blickes zu würdigen, arbeitete Ernst August bis in die Nacht hinein zusammen mit Schele. Der Name dieses reaktionären Heißsporns sagte Alles; und wenn man ihn nur für einen ehrlichen Fanatiker hätte halten können! Er war aber einst trotz seiner legitimistischen Gesinnung freiwillig in den Staatsrath des Königs Jerome eingetreten; Vertrauen fand er nirgends. Am nächsten Tage versammelte sich der Landtag; Jedermann erwartete, der König werde nunmehr, wie das Staatsgrundgesetz vorschrieb, durch ein Patent seinen Regierungsantritt anzeigen und die Aufrechthaltung der Verfassung geloben. Statt dessen erschien plötzlich eine königliche Verordnung, welche die Landstände vertagte. Die erste Kammer gehorchte alsbald dem Befehle, in der zweiten fragte der Vorsitzende Rumann sichtlich betroffen, ob Niemand etwas zu dem verlesenen Aktenstücke zu bemerken habe. Da erhob sich Stüve, noch völlig rathlos; er hatte einen Staatsstreich für unmöglich gehalten, weil er mit seinem Machiavelli glaubte, daß die Menschen weder ganz gut noch ganz böse zu sein verstehen.*) In seiner Verwirrung brachte er nur die Worte hervor, Seine Majestät habe die Regierung wohl noch nicht angetreten. Er hoffte, andere Abgeordnete würden ihm beistehen. Aber Alles schwieg bestürzt: ein rechtsgiltiger Beschluß war ohne die erste Kammer unmöglich, und wer konnte denn wissen, ob nicht derweil man hier saß das königliche Patent schon erschienen war? Auch die zweite Kammer ging ruhig aus einander.

Dergestalt hatte der schlaue Welfe durch eine wohlberechnete Ueberraschung die Stände verhindert das Recht des Landes feierlich zu verwahren. Inzwischen wurde Schele zum Cabinetsminister ernannt, und obwohl er selbst schon als Geheimer Rath den Verfassungseid geleistet hatte, so ließ er sich's doch wohl gefallen, daß der König aus seinem neuen Diensteide die Verpflichtung auf das Staatsgrundgesetz eigenhändig ausstrich. Schele blieb vor der Hand der einzige vertraute Rathgeber des Welfen. Auf Münster's Beistand war nicht zu rechnen; der Graf dachte doch zu vornehm um sich an dem Gewaltstreiche selbst zu betheiligen, wenngleich er die Demüthigung seiner alten Gegner nicht ohne Schadenfreude betrachtete, und war überdies mit Cumberland's Eigenwillen niemals gut ausgekommen. Der neue Minister rieth nun, der König möge sofort den Landtag auflösen und die alte Verfassung von 1819 wieder in Kraft setzen, so gewinne man alsbald einen festen Rechtsboden.**) Dazu konnte sich Ernst August nicht verstehen. Sogleich nach seiner Ankunft aus der Fremde die ge-

*) Nach der oben angeführten Biographie Stüve's.

**) So erzählt Schele selbst in den Randbemerkungen zu den Berichten seines Sohnes v. 11. und 18. Aug. 1837.

sammte Verfassung über den Haufen zu werfen schien ihm doch unmöglich; er brauchte Bedenkzeit um die unbekannten Verhältnisse zu übersehen. Auch wußte er schon, daß eine neue Anleihe von 3 Mill. Thlr. bevorstand, und die Schuldverschreibungen ohne die Unterschrift der landständischen Commission nichts galten. Darum wollte er, ohne die Verfassung selbst anzuerkennen, doch den gegenwärtigen Landtag beibehalten und mit ihm späterhin über die nothwendigen Aenderungen gütlich verhandeln.*) Der Gedanke war eine staatsrechtliche Ungeheuerlichkeit; denn erkannte der Monarch das Staatsgrundgesetz nicht an, so konnte er auch die Landstände, die nur kraft dieses Gesetzes bestanden, nicht einberufen. Aber was vermochten juristische Gründe über den alten Reitersmann? Er meinte in seinem Rechte zu sein und sagte in gutem Glauben zu dem englischen Gesandten Lord William Russell, der aus Berlin herüberkam: ich beabsichtige einige Veränderungen, aber langsam und auf gesetzliche Weise.**)

Am 5. Juli unterzeichnete er ein Patent, das den getreuen Unterthanen zu wissen gab, der König halte das Staatsgrundgesetz nicht für bindend und in vielen Bestimmungen für ungenügend; er wolle daher prüfen lassen, inwiefern Abänderungen nöthig seien und dann seine Entschließung dem Landtage eröffnen. Daneben stand noch — offenbar als ein Zugeständniß an Schele's ursprüngliche Absicht — die vieldeutige Bestimmung: es solle auch erwogen werden, ob man nicht zu der glücklichen alten angeerbten Landesverfassung zurückkehren solle. Tags darauf wurde das Patent durch Schele den anderen Ministern vorgelegt. Diese beanstandeten einzelne Stellen und verlangten namentlich, daß ausdrücklich gesagt würde, der König beabsichtige nur verfassungsmäßige Aenderungen. Ernst August erwiderte barsch: „ich fühle es Meine Würde nicht gemäß" darauf einzugehen, und die Minister unterwarfen sich.***) Sie nahmen es auch geduldig hin, daß ihnen ein nicht auf die Verfassung beeidigter Minister an die Seite gestellt wurde, und dieser allein dem Monarchen Vortrag hielt. Nachher (14. Juli) erstatteten sie auf Befehl des Königs noch ein Gutachten über die Verfassungsfrage und gelangten, wie sich von selbst verstand, zu dem Ergebniß, das Staatsgrundgesetz bestehe zu Recht, könne also auch nur auf verfassungsmäßige Weise abgeändert werden.†) Damit glaubten sie ihre Pflicht erfüllt zu haben. Ein vollendeter Verfassungsbruch lag ja noch nicht vor, und warum sollten sie auch, allen Grundsätzen kurhannöverscher Anständigkeit zuwider, ohne Noth Ombrage erregen? Sie blieben behaglich im Amte

*) Dies Alles berichtete Schele der Jüngere im Auftrage Ernst August's an Bodenhausen, 18. Aug. 1837.

**) Frankenberg's Berichte, Juli 1837.

***) K. Ernst August an Schele, 7. Juli; Schele an das Cabinetsministerium, 7. Juli 1837.

†) Gutachten des Staatsministeriums, 14. Juli 1837, gez.: Stralenheim, Alten, Schulte, v. d. Wisch; gegengez.: Falcke.

und beruhigten sich mit dem Troste, daß sie den Unzufriedenen kein böses Beispiel geben dürften. Nur Ompteda, der deutsche Minister in London, forderte seine Entlassung und erhielt sie in Gnaden, da sein Amt durch die Thronbesteigung von selbst hinwegfiel; für Männer seines Schlages war unter diesem Welfen kein Platz.*)

Demnach erschien das Patent unverändert, und so viel ging aus den gewundenen Sätzen doch klar hervor, daß der König, ohne irgend einen Grund anzugeben, die Verfassungsgesetze seiner Vorfahren kurzerhand für unverbindlich erklärte. Ward ihm dies gestattet, dann stand keine deutsche Verfassung mehr fest. Daher erhob sich sofort ein Sturm in der gesammten deutschen Presse. Mit der einzigen Ausnahme der von Schele beeinflußten unsauberen Hannöverschen Landesblätter war alle Welt derselben Meinung. Die Nation empfand es wie einen Faustschlag ins Angesicht, daß dieser Fremdling sich erdreisten wollte, nach seinem Gutdünken zu entscheiden, ob in einem gesetzlich geordneten deutschen Lande die gegenwärtige Verfassung bestehen sollte oder die ältere oder vielleicht auch eine dritte. Der Hamburger Wurm verdammte in einer scharfen Flugschrift die neue welfische Staatslehre; zahlreiche anonyme Büchlein und die allezeit behutsame Augsburger Allgemeine Zeitung redeten im gleichen Tone. Das stille Berlin sogar gerieth in Bewegung: Gans lärmte auf dem Katheder, Dr. Friedenburg in der sonst so harmlosen Vossischen Zeitung; selbst das mit Schele befreundete Berliner Wochenblatt wagte nur „die männliche Offenheit" des Welfen zu loben und die Hoffnung auszusprechen, daß die nothwendigen Verfassungsveränderungen ohne Rechtsverletzung gelingen möchten. Die beste der Gegenschriften stammte aus der Feder des wackeren weimarischen Ministers v. Gersdorff; leider wurde sie nur anonym, in 25 Exemplaren gedruckt, so stark war schon die Furcht der kleinen Höfe vor dem brutalen Welfen.**) Sie war in ruhigem Geschäftsstile gehalten und zeigte unwiderleglich, daß der Bundestag einst, ohne nach der Zustimmung der Agnaten zu fragen, die Bürgschaft für die weimarische Verfassung übernommen, daß Hannover selbst am 15. Oct. 1830 bei den Frankfurter Verhandlungen über die braunschweigische Verfassung nachdrücklich erklärt hatte: eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung bedürfe nicht erst der Zustimmung des neuen Regenten, denn sonst hinge es nur von dessen Willkür ab „geheiligte Rechte nach Gutdünken zu vernichten".

Auch alle die Landtage, die gerade versammelt waren, regten sich sogleich, weil sie sich in ihrem eigenen Rechte bedroht sahen. In Karlsruhe verlangten Itzstein, Rotteck, Duttlinger, daß man am Bundestage Ein-

*) Canitz's Berichte, 15. Oct., 9. Nov. 1837.

**) „Ansicht des Verhältnisses der Erklärung S. Maj. des Königs v. Hannover" u. s. w., Weimar 1837. Den Verfasser nennt, offenbar richtig, Münchhausen in seinem Berichte v. 16. Oct. 1837.

spruch erhebe, und einstimmig pflichtete ihnen die Kammer bei. Blittersdorff selbst widersprach in der Sache nicht, obwohl er die Competenz des Landtages bestritt. In diplomatischen Kreisen nannte er den welfischen Staatsstreich beim rechten Namen und sagte voraus, welch ein unheimliches Mißtrauen nunmehr in der Nation überhandnehmen würde.*) Der sächsische und der bairische Landtag schlossen sich dem badischen an. Auch in Dresden suchten die Minister nur mit verlegenen Worten zu beschwichtigen. Einen Vertheidiger fand Ernst August nirgends, und er verstärkte nur den allgemeinen Unmuth, als er dem sächsischen Hofe die herrische Erklärung zusandte: er könne „keiner Regierung, geschweige denn einer Ständeversammlung gestatten“ sich in hannöversche Angelegenheiten einzumischen“.**)

Besser gelang ihm, die Zudringlichkeit des Auslands abzuweisen. Die englischen Wahlen standen vor der Thür, die Whigs beeilten sich den Gewaltstreich des alten Toryhäuptlings auszubeuten, mit glänzendem Erfolge, wie sich bald zeigte. Palmerston wollte auch nicht zurückbleiben. Er wußte schon, daß die Pariser Presse bereits von einer deutschen Juli-Revolution sprach und die französische Regierung an eine gemeinsame Kundgebung der liberalen Westmächte dachte. Zunächst fragte er bei Ompteda vertraulich an, wie der Rechtsboden des Staatsgrundgesetzes eigentlich beschaffen sei. Da empfing er aus Hannover die schroffe Antwort: man verweigere amtlich alle Auskunft „über einen Gegenstand, welcher jeder nichtdeutschen Regierung fremd sei“. Mittlerweile hatte der preußische Gesandte dem Lord Melbourne das Zwecklose und Ungehörige dieser Einmischung ernstlich vorgehalten. Palmerston erschrak und ließ durch seinen Unterstaatssekretär Fox die demüthige Versicherung abgeben, er habe Se. Majestät nicht beleidigen wollen.***) Auch die französischen Minister ließen den Plan fallen; denn der Bürgerkönig meinte, ein solcher Schritt würde allen Regierungen Ungelegenheiten bereiten und nur den Radicalismus ermuthigen, auch scheine die Sache doch nur auf einen elenden Geldstreit hinauszulaufen.†)

Gegen die beiden deutschen Großmächte zeigte sich Ernst August sehr verbindlich. Er wünschte sich ihren Beistand für alle Fälle zu sichern und sagte zu dem preußischen Gesandten beim ersten Empfange: „ich werde die viele Gnade, welche der König für mich gehabt hat, nie vergessen, und es wird stets mein Stolz sein, mich auch künftig zu seiner Armee zu zählen.“ Aber irgend einen Einfluß auf den Willen des alten Eisenkopfes konnte Niemand, auch der Freund nicht, gewinnen. Er hatte sich vermessen, aus

*) Blittersdorff, Weisung an Frankenberg, 5. Sept. 1837.

**) Schele d. J., im Auftrag des Königs, an Münchhausen, 22. Aug. 1837.

***) Palmerston an Ompteda, 17. Juli; Schele d. J., Weisung an Geh. Rath Lichtenberg in London, 25. Juli; Lichtenberg's Bericht, 8. Aug.; Metternich an Maltzan, 6. Aug. 1837.

†) Hügel's Bericht an Metternich, Paris 1. Aug.; Werther's Weisungen an Maltzan, 3. Aug., 15. Sept. 1837.

dem offenbaren Unrecht einen neuen Rechtszustand hervorgehen zu lassen, daher wurden seine Entschließungen bald unberechenbar. Da sein Staatsministerium sich für die Rechtsgiltigkeit des Staatsgrundgesetzes ausgesprochen hatte, so berief er am nächsten Tage (15. Juli) eine besondere Commission, welche die Rechtsfrage von Neuem prüfen sollte. Sie bestand aus Schele und drei anderen hohen Beamten, Graf Wedel, Jacobi, v. Bothmer, und gelangte nach kaum vierzehn Tagen schon zu dem Schlusse: der König möge den gegenwärtigen Ständen erklären, daß er unter gewissen Bedingungen das Staatsgrundgesetz annehmen wolle.*) Mit diesem Rathe war dem Welfen wieder nicht gedient. In seinen Gesprächen mit Schele, der in der Commission überstimmt worden war, hatte er sich bereits einen neuen Plan gebildet: er dachte jetzt die gegenwärtigen Stände einzuberufen und ihnen dann zuzumuthen, daß sie die alte Verfassung von 1819 wieder einführten.**) Dieser zweite Plan war fast noch ungeheuerlicher als der erste, denn gegen die Verfassung von 1819 hatte Ernst August ja selbst, allerdings nur heimlich, protestirt!

Was ließ sich wider den Starrsinn und die unergründliche Verlogenheit eines solchen Mannes mit friedlichen Mitteln ausrichten? Der preußische Gesandte Canitz that sein Bestes. Er beschwor den Welfen gleich bei der ersten Audienz „jeden Schein von unrechtmäßiger Gewalt zu vermeiden", und erläuterte seine Ansicht als Cavallerist: bei einer Reiter-Attake dürfe man dem Feinde nie die Flanke bieten. Ernst August stimmte zu und versicherte: ich werde mich schon vorsehen. Canitz war in schwieriger Lage: er wollte sich das Vertrauen Schele's, den er für ehrlich hielt, nicht verscherzen um nicht jeden Einfluß zu verlieren; und doch konnte sich der streng conservative Diplomat nicht verbergen, daß hier in Hannover die Gefahr nicht von der Nachgiebigkeit, sondern von der Willkür des Fürsten drohte, daß die constitutionellen Formen doch den Vorzug besäßen die in kleinen Staaten besonders schwer drückende Tyrannei zu verhindern, daß die von den Welfen zurückgewünschte alte Kassentrennung allein der Krone selbst Schaden gebracht hätte. In solchem Sinne äußerte er sich***), immer sehr behutsam, denn der preußische Hof wußte noch gar nicht, was Ernst August eigentlich beabsichtigte — aus dem einfachen Grunde, weil es der Welfe selbst noch nicht wußte.†) Aber sogar diese vorsichtigen Andeutungen machten den alten Herrn ungeduldig; er zeigte sich bald verstimmt und behandelte den preußischen Gesandten so kühl wie es die Freundschaft der beiden Höfe irgend erlaubte.

Im Hochsommer reiste Ernst August zur Kur nach Karlsbad. Er

*) Schele an den Kanzleidirektor Graf Wedel und die Oberjustizräthe Jacobi und v. Bothmer, 15. Juli; Gutachten der Commission, 28. Juli 1837.

**) Canitz's Bericht, 17. Juli 1837.

***) Canitz's Berichte, 1. 11. Juli, 11. Sept. 1837 ff.

†) Münchhausen's Bericht, 13. Juli 1837.

hoffte dort mit Metternich und einem der preußischen Staatsmänner zu sprechen. Da er mit seinem getreuen Rathgeber noch nicht handelseinig war, so ließ er sich, zu Schele's Aerger, nicht von dem Minister selbst begleiten, sondern von dessen Sohne; dieser junge Mann führte den wohllautenden Titel Legationsrath, welchen die Mittelstaaten den unbrauchbaren Söhnen ihres Adels anzuheften liebten. Metternich, der durch die hannöverschen Nachrichten kaum minder peinlich betroffen war als der Berliner Hof, hatte sich unterdessen in Teplitz mit König Friedrich Wilhelm und Minister Werther besprochen. Die beiden Cabinette beschlossen, in der heiklen Sache gemeinsam vorzugehen; sie wollten sich aber auch nicht vorzeitig die Hände binden, sondern zunächst nur vertrauliche persönliche Rathschläge ertheilen.*) Demgemäß schrieben Metternich und Werther beide (7. Aug.) an den älteren Schele, der ihnen eine Denkschrift über das Patent gesendet hatte. Der Preuße mahnte freundschaftlich, man möge in Hannover Alles vermeiden, was den Bundestag zum Einschreiten zwingen könnte. Der Oesterreicher versicherte ebenso behutsam, „jedes rechtmäßige Streben" nach Befestigung des monarchischen Princips sei willkommen; man dürfe aber nicht vergessen, daß die constitutionellen Bundesregierungen sich auf den Wiener Conferenzen von 1834 sehr entschieden für die Unverbrüchlichkeit der bestehenden Verfassungen ausgesprochen hätten; er schloß mit dem Wunsche, daß es gelingen möge, „die Verfassungsänderungen im ruhigen, friedlichen Wege, unter Beachtung aller jener Rücksichten, die einmal nicht umgangen werden können, in das Leben zu rufen."**)

So war die Stimmung der Höfe, als Maltzan und bald nachher Metternich bei dem Könige in Karlsbad vorsprachen. Beide waren freudig überrascht, den gefürchteten Welfen so ruhig, einsichtig, maßvoll reden zu hören; er versprach bestimmt nur auf gesetzlichem Wege vorzugehen***), und da sie Beide von den früheren Verhandlungen nichts kannten, so mußten sie ihm auch Glauben schenken, als er heilig betheuerte, daß er gegen das Staatsgrundgesetz von vornherein protestirt hätte. Wer konnte auch für möglich halten, daß ein deutscher Fürst so schamlos löge? Nunmehr war Metternich, dessen staatsrechtliche Kenntnisse nicht sehr weit reichten, fest davon überzeugt, daß Ernst August an das Staatsgrundgesetz nicht gebunden sei; er rechnete es dem Welfen sogar zur Ehre an, daß er die Verpflichtung auf dies Gesetz so ritterlich von der Hand gewiesen hatte.

Aber wie nun friedlich weiter kommen auf der Bahn des Unrechts, das durchaus Recht sein sollte? Gleich nach den Karlsbader Gesprächen wurde auf Metternich's Schlosse Königswarth eine lange Berathung gehalten (11. August). Theilnehmer waren außer dem Schloßherrn selbst:

*) Metternich, Weisung an Trauttmansdorff, 28. Juli 1837.

**) Werther an Schele, 7. Aug.; Metternich an Schele, 7. Aug. 1837.

***) Maltzan's Bericht, 7. August. Metternich an Trauttmansdorff, 12. Aug. 1837.

Münch, Hofrath Werner, Maltzan, der jüngere Schele und der hannöversche Gesandte in Wien, Bodenhausen. Der einzige Weg, der aus dem Labyrinthe herausführte, schien jetzt ungangbar. Nachdem das Patent erschienen, konnte Ernst August nicht mehr das Staatsgrundgesetz annehmen und dann versuchen, ob bei dem rechtmäßigen Landtage einige Aenderungen durchzusetzen seien. In eine solche Demüthigung hätte der stolze Welfe nie gewilligt. Da war es denn fast lächerlich, wie Metternich sich drehte und wendete um den welfischen Bevollmächtigten zu erweisen, daß aus dem Staatsstreiche doch noch ein Staatsrecht entstehen könne. Er zeigte ihnen: wolle man zurück zu der alten Verfassung, so müsse man auch die Stände von 1819 einberufen; versammle man aber angekündigtermaßen die gegenwärtigen Stände, so dürfe man ihnen auch nur das Staatsgrundgesetz zur Abänderung vorlegen, denn unmöglich könnten in einem Staate zwei Verfassungen zugleich bestehen. Die beiden Hannoveraner, die sich allerdings keineswegs durch diplomatischen Scharfsinn auszeichneten, wurden aus den gewundenen Sätzen nicht klug und mißverstanden den Sinn so gänzlich, daß Metternich sich nachher genöthigt sah, wider ihre Berichte eine Entgegnung zu schreiben.*) Die Berathung brachte kein Ergebniß. Nur so viel war deutlich, daß der Oesterreicher den ganzen Streit sehr ungern sah und ihn wo möglich dem Bundestage fern halten wollte. Darum brauchte Ernst August doch nicht an der Hilfe der Hofburg zu verzweifeln; denn Metternich sprach durchweg im Tone des besorgten treuen Freundes, und sagte noch nach der Königswarther Unterredung zu Maltzan: der König hat ganz Recht, er geht nicht einmal so weit als er gehen dürfte; wenn ich selbst, der ich von Geburt an versöhnliche Neigungen hege, dies bezeuge, so ist damit Alles gesagt. Ueberdies hatte der Wiener Hofpublicist Jarcke bereits Befehl erhalten, den Welfen mit seiner Feder zu unterstützen.**)

An die süddeutschen Höfe wurde der Bundesgesandte Stralenheim gesendet, um sie für Hannover günstig zu stimmen. Er bestach unterwegs die ultramontane Neue Würzburger Zeitung mit hundert Dukaten; Robert Peel aber, den er in Stuttgart sprach, versagte ihm rundweg jeden Beistand im Parlamente, und die Cabinette speisten ihn mit unverfänglichen Worten ab. Nur von dem Könige von Württemberg, der wieder einmal mit seinem Landtage unzufrieden war, glaubte Stralenheim ein freundliches Versprechen erhalten zu haben — eine wunderliche Täuschung, die sich nur aus der Unfähigkeit des welfischen Diplomaten erklärte.***) Der nachtragende König Wilhelm hegte gegen Ernst August eine alte Abneigung, er führte mit der Krone Hannover seit Jahren einen ärgerlichen Rang-

---

*) Schele d. J., Notatum, Königswarth 11. Aug., Bodenhausen's Bericht, 14. Aug., Metternich an Trauttmansdorff, 7. Sept., nebst einer Aufzeichnung für Bodenhausen vom 11. Sept. 1837.

**) Berichte von Maltzan, 16. Aug., von Bodenhausen, 1. Sept. 1837.

***) Stralenheim's Berichte, 27. 31. Oct. 1837 ff.

streit und war viel zu klug um einen muthwilligen Rechtsbruch zu begünstigen.

Die Zurückhaltung der Höfe ließ sich wohl begreifen; sie wußten nicht wo der Welfe hinaus wollte. Auch in Hannover blieb Alles still. Man fühlte sich gedrückt und verstimmt, aber selbst die Abgeordneten thaten nichts. Als die Georgia Augusta im September das Jubelfest ihres hundertjährigen Bestehens feierte, und fast alle namhaften Männer des Landes in Göttingen zusammentrafen, bot sich fast von selbst die Gelegenheit, gemeinsame Schritte zur Abwehr des drohenden Staatsstreichs zu besprechen. Auch dies ward versäumt. Man schmauste über Gräbern, sagte Dahlmann bitter. Das Fest verlief mit der gewohnten akademischen Pracht, Alexander Humboldt empfing die Huldigungen aller Facultäten, und die Philologen verabredeten sich, nach dem Vorbilde der Naturforscher, regelmäßig wiederkehrende Wanderversammlungen zu halten. Auch der König erschien auf einen Tag und bemühte sich wenig, der Professorenwelt seine Verachtung zu verbergen. Als die Bürgerschaft vor der neuen Aula das Standbild seines verstorbenen Bruders einweihte, drehte er in dem Augenblicke, da die Hülle fiel, mit scharfer Wendung dem Denkmal den Rücken zu*); die philosophische Facultät aber erhielt einen schnöden Verweis, weil sie Stüve zum Ehren-Doctor ernannt hatte.

Mit seinen politischen Plänen war Ernst August noch immer nicht im Reinen. Je länger er zögerte, um so gewisser ward es, daß ihm der gegenwärtige Landtag keine wichtige Verfassungsänderung mehr bewilligen konnte. Da bot sich ein Helfer. Weil die Gutachten des Ministeriums und der Commission nicht nach Wunsch ausgefallen waren, so wurde der Canzleidirector Leist mit einer dritten Prüfung der Rechtsfrage beauftragt, ein gelehrter alter Reichsjurist, der einst wie Schele in westphälische Dienste gegangen und auf höheren Befehl zu jeder Rechtsverdrehung gern bereit war. Der bewies jetzt, das Staatsgrundgesetz sei ungiltig, weil die Zustimmung der Agnaten fehle und König Wilhelm IV. nachträglich noch einige Paragraphen einseitig geändert habe.**) Nun endlich begann dem Welfen einzuleuchten, daß Schele's ursprüngliche Absicht doch das Rechte getroffen hätte. Am 1. November wurde durch ein zweites Patent das Staatsgrundgesetz aufgehoben, die alte Verfassung von 1819 wieder eingeführt, das Beamtenthum — oder, wie es fortan hieß: die königlichen Diener — des Verfassungseides entbunden, endlich, als ob man das Volk bestechen wollte, den getreuen Unterthanen die Summe von 100,000 Thlr. jährlich an den direkten Steuern erlassen.

So maßte sich der welfische König das Recht an, seine Beamten eines nicht ihm geleisteten Eides zu entbinden — ein Recht, das in der römischen

*) Nach der Erzählung eines Augenzeugen.

**) S. o. IV. 163.

Kirche nur dem Papste, in der evangelischen Keinem zusteht. Auf einen solchen Frevel war trotz Allem was geschehen Niemand gefaßt. An jeden einzelnen Beamten trat jetzt die Frage heran, ob er sein Gewissen der Gewalt unterwerfen, den neuen Diensteid schwören und damit den alten brechen dürfe. Während das Land unter dem Schlage noch wie betäubt lag, unterzeichneten am 18. November sieben der namhaftesten Göttinger Professoren eine Vorstellung an das Universitätscuratorium, worin sie einfach erklärten, daß sie sich auch jetzt noch an ihren Verfassungseid gebunden hielten: „Das ganze Gelingen unserer Wirksamkeit beruht nicht sicherer auf dem wissenschaftlichen Werthe unserer Lehren als auf unserer persönlichen Unbescholtenheit. Sobald wir vor der studirenden Jugend als Männer erscheinen, die mit ihren Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben, ebenso bald ist der Segen unserer Wirksamkeit dahin. Und was würde Sr. Maj. dem Könige der Eid unserer Treue und Huldigung bedeuten, wenn er von Männern ausginge, die eben erst ihre eidliche Versicherung freventlich verletzt haben?" E. Albrecht, der als Lehrer unvergleichliche, als Schriftsteller leider wenig fruchtbare Jurist, hatte den Gedanken zuerst bei Dahlmann angeregt*), und Dahlmann darauf die Erklärung aufgesetzt, die unverkennbar den Ausdruck eines tiefen sittlichen Leidens trug. Es war, wie ihr Verfasser sagte, eine Protestation des Gewissens, nur durch den Gegenstand ein politischer Protest. Nachher unterzeichneten noch die Gebrüder Grimm, Wilhelm Weber, Ewald und der junge Gervinus. Von allen den Sieben hatten bisher nur Dahlmann und Gervinus am politischen Kampfe theilgenommen, und auch sie standen bei den Liberalen der Rotteck-Welcker'schen Schule im Rufe übertriebener Mäßigung.

Der alte Welfe gerieth in furchtbare Wuth, als er von dieser That erfuhr, die doch nicht einmal offene Widersetzlichkeit war; ihm fehlte jedes menschliche Verständniß für den Edelsinn der Gegner. Er selbst hatte fünf Monate lang geschwankt und erst zwei andere Pläne verworfen, bevor er die Verfassung umstieß; aber sobald seine Entscheidung gefallen war, meinte er Alles erledigt und forderte schweigenden Gehorsam. So faßte er seine königliche Machtvollkommenheit auf. Alsbald verfügte er (28. Nov.) eigenhändig in seinen rohen Schriftzügen: er habe vernommen, wie „sich die Professoren nach erfolgter Aufhebung des Staatsgrundgesetzes dasselbe gewissermaßen noch als giltig zu betrachten und aufrecht zu erhalten herausnehmen", und ersehe daraus, daß sie „augenfällig eine revolutionäre, hochverrätherische Tendenz verfolgen, welche sie persönlich verantwortlich macht: sie scheinen daher der Macht des peinlichen Richters verfallen"; demnach sollten die Behörden „diesem verbrecherischen Beginnen" steuern und die Schuldigen zur Strafe ziehen.**) Schele stimmte freudig

*) So erzählte Albrecht sehr bestimmt, nachdem er die etwas abweichende Darstellung von Springer (Dahlmann I. 430) gelesen hatte.

**) K. Ernst August an Schele, 28. Nov. 1837, s. Beilage 24.

zu: ein abschreckendes Beispiel sei nöthig, damit die Uebelwollenden sich nicht an die Erklärung der Sieben „als an ein Panier" anschlössen; aber statt der aussichtslosen peinlichen Untersuchung empfahl er ein kürzeres Verfahren. Vergeblich baten die Minister Arnswald und Stralenheim als Curatoren der Universität, man möge mindestens die Vorschriften der Bundesgesetze achten und zunächst den Bericht des Regierungsbevollmächtigten einfordern.*)

Ein kurzes, von Leist entworfenes Rescript verfügte die sofortige Entsetzung der Sieben, und der König befahl nachträglich noch selbst, daß ihnen ihr Gehalt nur bis zum Tage der Entlassung ausgezahlt werden dürfe.**) Dahlmann, Jakob Grimm und Gervinus erhielten außerdem die Weisung, das Land binnen drei Tagen zu verlassen, weil sie die Erklärung einigen Freunden mitgetheilt hatten. Die Studenten hatten das Schriftstück längst überall verbreitet, sie nahmen nach dem schönen Vorrechte der Jugend ungescheut Partei für die gute Sache und begrüßten Dahlmann als „den Mann des Wortes und der That"; es kam schon zu Händeln mit der bewaffneten Macht. Nur einige Söhne des hannöverschen Adels schämten sich nicht den Mißhandelten das Honorar durch den Stiefelputzer abzufordern. In der Nacht, bevor die drei Verbannten, von Kürassieren bewacht, abreisten, wanderten die Burschen in Schaaren hinaus — denn den Lohnkutschern hatte die Polizeigewalt zu fahren verboten — und drüben in Witzenhausen, auf dem freieren hessischen Boden, nahmen sie Abschied von ihren Lehrern. Als der kleine Sohn im Grenzwirthshause sich vor Jakob Grimm's majestätischem Kopfe hinter dem Rocke der Wirthin versteckte, sagte die Mutter mitleidig: gieb dem Herrn die Hand, es sind arme Vertriebene.

Mit Alledem war Ernst August's Rachgier noch nicht ersättigt. Kaum erfuhr er, daß Dahlmann's Berufung nach Rostock im Werke sei, so ließ er alsbald nach Schwerin und Strelitz schreiben, was dieser Mecklenburger Alles verbrochen habe: „Se. Maj. haben geglaubt, den großherzoglichen Höfen Kenntniß von den Handlungen eines Mannes geben zu müssen, der in einem Lehramte an einer Universität nur höchst nachtheilig auf die studirende Jugend wirken kann." Die mecklenburgischen Regierungen fürchteten sich vor der drohenden Sprache des Welfen; sie betheuerten, der Wahrheit zuwider, die Verhandlungen seien längst abgebrochen, und erklärten, nunmehr könne von der Berufung „natürlich gar nicht die Rede sein".***) Auf die Nachricht, daß Jakob Grimm die Seinigen in Göttingen heimlich besuchen wolle, erging sofort der Befehl, den Verbrecher durch

*) Berichte an den König: von Schele 29. 30. Nov., von dem Universitätscuratorium 8. Dec. 1837.

**) Schele an das Curatorium, 31. Jan. 1838.

***) Schele an die Minister v. Lützow in Schwerin, v. Dewitz in Strelitz, 7. Dec. Die Erwiderungen beide vom 16. Dec. 1837.

Landdragoner über die Grenze zu schaffen.*) Um die offenbare Ungesetzlichkeit ihrer Entlassung auf dem einzigen gerichtlichen Wege, der ihnen noch offen stand, zu erweisen, klagten die Sieben auf Auszahlung ihres rückständigen Gehalts für das letzte Halbjahr. Da befahl der König der Justizcanzlei in Hannover durch ein Cabinetsschreiben des allezeit willigen Leist: sie solle die Klage einfach abweisen. Als der redliche Canzleidirector v. Hinüber sich diesem rechtswidrigen Ansinnen widersetzte, da befürchtete Leist, die Justizcanzlei würde das königliche Cabinet verurtheilen, oder auch die Professoren könnten beim Bundestage wegen verweigerter Justiz klagen. Um Beides zu verhindern, beschloß man den Competenzconflict zu erheben. Die Commission, welche die Competenzconflicte zu entscheiden hatte, war freilich durch die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes vernichtet**); welches Recht stand denn noch fest in dem zerrütteten Staate? Indeß gelang es die Sache so lange hinzuhalten, bis Ernst August einen neuen Staatsrath gebildet hatte, und dieser entschied (1841): das Gericht dürfe die Klage nicht annehmen, weil Entlassung und Gehaltsentziehung zu den Hoheitsrechten des Landesherrn gehörten. Der Welfe hoffte noch lange, die Federfuchser würden sich demüthigen, und sagte in Alexander Humboldt's Gegenwart: Professoren, Huren und Ballettänzerinnen kann man für Geld überall haben. Sobald Schele das falsche Gerücht hörte, daß Albrecht und Ewald das Geschehene bedauerten, schrieb er sogleich nach Göttingen: die Wiederanstellung sei nicht unmöglich, falls die Beiden wirklich Reue bezeigten.***)

Leider gab die Haltung der anderen Professoren dem Könige einigen Grund, so niedrig zu denken von dem Muthe der Gelehrten. Die Gelehrsamkeit der Georgia Augusta hatte sich den Kämpfen des öffentlichen Lebens von jeher grundsätzlich fern gehalten; manche der alten Hofräthe empfanden es wie eine Beleidigung ihrer Amtsehre, daß sie jetzt in die Wirren der Politik hineingerissen wurden. Wenige Tage nachdem die Erklärung der Sieben ruchbar geworden, fuhren der Prorector und die Decane nach dem Jagdschlosse Rotenkirchen im Solling, um dem Könige unterthänig auszusprechen, „daß sie in dem Vertrauen zu den landesväterlichen Absichten Sr. Maj. überall nicht wanken und niemals Gesinnungen hegen werden, welche dem entgegen sind.“†) Sie wagten sogar kein Wort der Erwiderung, als die amtliche Hannöversche Zeitung nachher dem Prorector eine völlig gefälschte, die That der Sieben entschieden verwerfende Rede unterschob. Nur

*) Bericht des Prorectors Bergmann an das k. Cabinet, 30. Dec. 1837. Bescheid, 2. Jan. 1838.

**) Schreiben der Justizcanzlei in Hannover an das k. Cabinet, 26. Nov. Leist an Schele, 2. Dec. 1838.

***) Schele an Langenbeck, 28. Dec. 1837.

†) Aufzeichnung des Prorectors Bergmann und der vier Decane, Rotenkirchen, 30. Nov. 1837.

sechs jüngere Professoren, Otfried Müller voran, entschlossen sich, angeekelt durch dies Uebermaß der Lüge, zu der öffentlichen Erklärung, daß sie den Schritt ihrer entlassenen Collegen nicht mißbilligten. Aber Niemand wollte sich den Sieben rückhaltlos anschließen. Der schon durch Rauschenplatt's Revolution verdunkelte Glanz der Universität verblich jetzt gänzlich, für viele Jahre; die auswärtigen Studenten mieden den verrufenen Ort, der Abgang so trefflicher Lehrkräfte ließ sich nicht ersetzen. Ernst August wünschte vornehmlich die Lehrstühle Dahlmann's und Albrecht's mit ergebenen Leuten zu besetzen, damit den Studenten die neue Lehre von der unbeschränkten Gewalt des alleinigen Dienstherrn eingeprägt würde; allein solche Gelehrte waren in Deutschland selten. Der Marburger Vollgraff, der in einigen verworrenen Schriften, nicht ohne Geist „die Täuschungen des Repräsentativsystems" bloßgelegt hatte, genügte doch zu wenig den hohen wissenschaftlichen Ansprüchen, welche das Orakel des Curatoriums, der greise Historiker Heeren an die Lehrer der Georgia Augusta zu stellen pflegte, und man wagte nicht ihn zu rufen.*) Umsonst baten die Universität und die Stadt in wiederholten Eingaben um die Rückkehr der Sieben. Selbst der Gothaer G. Zimmermann, der einzige namhafte deutsche Publicist, der in die Dienste des Welfenhofes gegangen war, hielt die Rückberufung für nöthig um das Land und die tief erbitterte gelehrte Welt zu beruhigen. Ernst August blieb unerbittlich. Als man im Herbst 1846 erzählte, Dahlmann, Jakob Grimm und Gervinus wollten auf Besuch nach Göttingen kommen, entschied der Welfe kurzab: es bleibe bei den früheren Befehlen.**)

Wie gründlich täuschte er sich, als er in der ersten Schadenfreude zu Canitz sagte: „diese Leute haben meiner Sache eher genützt als geschadet." Es währte nicht lange, da rief er zornig: hätt' ich gewußt was mir die sieben Teufel für Noth machen würden, so hätt' ich die Sache nicht angefangen. Seit der Juli-Revolution hatte kein Ereigniß mehr eine solche Aufregung hervorgerufen. Die Frage lag so einfach, sie berührte so unmittelbar die empfindlichste Seite des deutschen Gemüths, die Treue, daß die schlichten Leute mit ihrem Urtheil rasch fertig wurden. Der Nation war zu Muthe, als sei ein englischer Räuber plötzlich in ihren Garten eingebrochen. Der burschikose junge Poet Hoffmann von Fallersleben sagte nur grob heraus, was Tausende empfanden, als er sang: „Frisch Knüppel aus dem Sack! Auf's Lumpenpack! Auf's Hundepack!" Und wer noch irgend zweifelte, den mußten die Vertheidigungsschriften der Sieben gewinnen. Dahlmann's Büchlein „zur Verständigung" war ein Meisterwerk deutscher Publicistik; die leidenschaftlich bewegte Sprache blieb immer

*) Bericht des Universitäts-Curatoriums, 10. März 1838.

**) Eingaben der Stadt Göttingen, 9. März, 8. Dec.; der Universität, 15. März; Prorector Gieseler an Schele, 14. März; Erwiderungen aus dem k. Cabinet, 24. März, 22. December. — G. Zimmermann an Schele, 9. Dec. 1839. — Cabinetsschreiben an das Cultusministerium, 29. Oct. 1846.

würdig und vornehm, und nirgends verleugnete sich die gemäßigte Gesinnung des Monarchisten: „Ich kämpfe für den unsterblichen König, für den gesetzmäßigen Willen der Regierung, wenn ich mit den Waffen des Gesetzes das bekämpfe, was in der Verleitung des Augenblicks der sterbliche König im Widerspruch mit den bestehenden Gesetzen beginnt. .. Ich traue nicht dem Muth des Liebeleeren und nicht der Liebe des Muthlosen. Hier gilt es Deutschland. Kann eine Landesverfassung vor den Augen des Bundes wie ein Spielzeug zerbrochen werden, eine Verfassung, von der es unmöglich ist zu leugnen, daß sie in anerkannter Wirksamkeit bestanden hat, dann ist über Deutschlands nächste Zukunft entschieden, aber auch über die Zukunft, die dieser folgen wird." Wie Dahlmann die politische, so zeigte Jakob Grimm die menschliche Niedertracht des Staatsstreichs in einem Schriftchen, das mit den Worten der Nibelungen anhob: „war sint die eide komen?" Albrecht beleuchtete die Rechtsfrage in einer scharfsinnigen Erörterung, die um so stärker wirken mußte, weil der große Jurist nie verhehlte, daß er die landläufigen liberalen Lehren vom sogenannten Widerstandsrechte für eitle Zirkelschlüsse hielt. Auch Gervinus und Ewald sprachen sich freimüthig aus, und von allen Seiten her kam ihnen Beistand.

Georg Beseler, der sich als Kampfgenosse wider die Dänen das Vertrauen Dahlmann's erworben hatte und jetzt an der Rostocker Hochschule lehrte, rechtfertigte die Sieben in volksthümlichen Briefen. Anastasius Grün richtete an Jakob Grimm ein begeistertes Gedicht und wünschte,

> Daß bis Hannover hin der Sang sich schwänge wundertönig
> Ans Ohr des Herzogs Cumberland, der jetzt Hannovers König.
> Versteht er auch des Deutschen Lied von deutscher Ehre schwerlich,
> Wird sich wohl Einer finden dort, ihm's zu verwälschen ehrlich.

Ein Märchen „Anno 1937" schilderte, wie die Großmutter dem Enkel von dem bösen König, dem zerrissenen Freiheitsbriefe, den Sieben und den Dreien erzählte, und der Bube verwundert antwortete: „das kann unmöglich möglich sein!" Ueberall hatten die Vertriebenen Mühe, sich den Huldigungen und Zuschriften zu entziehen. Die Bewegung ergriff alle deutschen Gaue, bis zu den fernen Grenzmarken. Die Kieler überschickten an Dahlmann, den alten Vorkämpfer des Holstenrechts eine Dankadresse; die Elbinger Bürger sprachen ihrem Landsmann Albrecht ihre Zustimmung aus, und die Königsberger philosophische Facultät sendete ihm ein von Lobeck verfaßtes Doctor-Diplom. Ein Hamburger Rheder ließ in Cuxhaven ein auf Dahlmann's Namen getauftes Schiff vom Stapel laufen. An den Fenstern der Spielwaarenläden sah man den Witzenhausener Abschied in Bleifiguren dargestellt, auf den Jahrmärkten wurden Pfeifenköpfe mit dem Bilde der Sieben feilgeboten. Und es blieb nicht bei den Worten und Bildern. Zum ersten male seit dem Befreiungskriege veranstalteten die Deutschen wieder eine Geldsammlung für ihre eigenen politischen Zwecke; in den letzten zwanzig Jahren hatten sie nur zu Gunsten

der Griechen und der Polen freiwillig gesteuert. In Leipzig entstand der Göttinger Verein, der sich bald über ganz Deutschland verzweigte und den Sieben bis zu ihrer Wiederanstellung ihren alten Gehalt zahlte. Einige der unternehmenden Bürger, welche die erste Eisenbahn bauten, Gustav Harkort und Dufour standen an der Spitze, dazu die Besitzer der Weidmann'schen Buchhandlung Karl Reimer und der junge Schweizer Salomon Hirzel; in Berlin übernahm Gans die Leitung, in Baden Rotteck, in Königsberg der radicale Jakoby, in Jena der streng kirchlich gesinnte Buchhändler Frommann, in Marburg sein Gesinnungsgenosse V. A. Huber. Alle guten Kräfte des Bürgerthums fanden sich zusammen.

In der amtlichen Welt waren die Meinungen getheilt. Die Thaten des Welfen in Schutz zu nehmen, wagte fast Niemand; nur da und dort jubelte ein übermüthiger Junker wie der Prinz von Noer, das sei brav, daß man die Kerls fortgejagt habe. Aber nach den Anschauungen des alten Beamtenstaats erschien das kühne Auftreten einfacher Professoren, die kein obrigkeitliches Amt bekleideten, als eine gefährliche Anmaßung. Selbst Canitz, der das Treiben am hannöverschen Hofe mit wachsender Sorge betrachtete und mit seinen Landsleuten den Brüdern Grimm auf freundlichem Fuße stand, meinte doch ängstlich: die Sieben hätten still ihren Abschied fordern sollen ohne die Gewissen Anderer zu verwirren.*) Diesen Kleinmuth der Regierungen verstand der Welfe sehr geschickt auszubeuten; er wußte aus seiner parlamentarischen Erfahrung, wie viel die Frechheit über die Menschen vermag. Seine Gesandten traten mit einer Zuversicht auf, als ob sich Hannover durch seinen Staatsstreich besondere Ansprüche auf Dank und Dienst aller Kronen erworben hätte. Als Beseler's Schrift erschienen war, sendete Ernst August den Prinzen Solms nach Schwerin um die Bestrafung des Verfassers zu verlangen; der gutherzige Großherzog Paul Friedrich ordnete auch eine Untersuchung an, er berief aber in die Commission drei verständige Männer, die natürlich erklärten, daß keine strafwürdige Handlung vorliege. Sobald er hörte, daß einige der Sieben in Leipzig Vorlesungen halten wollten, verbot Ernst August seinen Unterthanen sofort den Besuch der Leipziger Universität, worauf sich denn herausstellte, daß nur ein einziger Hannoveraner an der Pleiße studirte. Wo immer ein Buch zu Gunsten der Sieben oder des Staatsgrundgesetzes erschien, erhoben die welfischen Diplomaten alsbald Beschwerde; der Gesandte General v. Berger in Berlin, ein alter Herr, der sich sogar unter ihnen durch Beschränktheit auszeichnete, fand es immer wieder unbegreiflich, wie die Censur solchen Produkten „das Ultimatum ertheilen könne"!**)

Ganz ohne Erfolg blieben diese Einschüchterungsversuche nicht; Dahlmann und Jakob Grimm mußten ihre Rechtfertigungsschriften, zur Schande

*) Canitz's Bericht, 27. Nov. 1837.

**) Berger's Bericht, 29. Sept. 1838.

Deutschlands, in der Schweiz erscheinen lassen. Am willfährigsten zeigte sich der dänische Hof, weil er selbst eine streng conservative Politik verfolgte und wohl auch weil er einen alten Haß gegen Dahlmann hegte. Er ertheilte den Kieler Professoren, welche den Sieben geschrieben hatten, einen Verweis und forderte die Censoren Schleswigholsteins zur Wachsamkeit auf, da „unzeitiges und böswilliges Aussprechen der öffentlichen Meinung" den Erfolg der in Hannover beabsichtigten Maßregeln gefährden könne.*) In Berlin äußerte sich Eichhorn sehr freimüthig; er hoffte, der König würde die Brüder Grimm, vielleicht auch Dahlmann oder Albrecht an eine preußische Hochschule berufen. Bettina v. Arnim ergriff den Gedanken mit ihrem hochherzigen Eifer und suchte, unterstützt von ihrem Schwager Savigny, den Kronprinzen dafür zu erwärmen. Minister Rochow dachte anders. Auch er mißbilligte das Verfahren des welfischen Hofes und war sehr unglücklich, als er späterhin, für einige dem Sohne der Königin Friederike erwiesene Gefälligkeiten, den Guelphen-Orden erhielt; für einen Bundesgenossen Ernst August's wollte er durchaus nicht gelten.**) Aber die Einmischung Unberufener in die hohe Politik hielt er für staatsgefährlich; nur unter der Hand durfte in Berlin für die Sieben gesammelt werden. Da übersendete ihm der Kaufmann Jakob van Riesen die Adresse, welche die Elbinger an Albrecht geschickt hatten; der ehrliche altpreußische Liberale hoffte arglos, den Minister dadurch für Albrecht's Berufung günstig zu stimmen. Rochow brauste auf; er glaubte sich verhöhnt, und heftig wie er war, unterzeichnete er eine Antwort, deren maßloser bureaukratischer Hochmuth den preußischen Staat vor aller Welt bloßstellte. Da hieß es: „dem Unterthanen ziemt es nicht, die Handlungen des Staatsoberhauptes an den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen und sich in dünkelhaftem Uebermuth ein öffentliches Urtheil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumaßen." Die Thorheit sollte sich schwer bestrafen. Die Fama gestaltete aus diesen Sätzen das geflügelte Wort vom „beschränkten Unterthanenverstande", und fortan haftete an Rochow's Namen unaustilgbar der Fluch der Lächerlichkeit. Man hielt den Minister für einen ausbündigen Narren, obwohl er sich eben jetzt bei der Berathung des Eisenbahngesetzes sehr verständig und neuen Ideen zugänglich zeigte.

Den constitutionellen Höfen war übel zu Muthe. Alle Welt rief, jetzt sei es an ihnen, durch sofortige Berufung der Sieben den alten Ruhm deutscher akademischer Gastfreiheit von Neuem zu bewähren und dem beleidigten Gewissen der Nation Genugthuung zu geben. Du Thil freilich blieb für solche Mahnungen taub und schrieb in seine Aufzeichnungen: „mir träumte der Teufel", als Gervinus sich um eine Stelle an dem heimischen Darmstädter Archiv bewarb. Als entschiedene Protestanten konn-

*) Rundschreiben des dänischen Min. d. a. A. an die Gesandten in Deutschland, 16. Jan. 1838.

**) Frankenberg's Bericht, 1. April 1840.

ten die Sieben auch von Baiern und Baden wenig erwarten seit dort die clericale Luft wehte. Der gütige König Friedrich August von Sachsen dagegen und seine Minister wünschten lebhaft, die zur Zeit etwas erstarrte Landesuniversität durch eine großartige Verstärkung der Lehrkräfte zu heben — wenn sie sich nur nicht vor der Grobheit des Welfen, vor dem Unwillen der Hofburg gar so sehr gefürchtet hätten. Wie viele diplomatische Widerwärtigkeiten hatte Minister Lindenau noch vor drei Jahren ertragen müssen, als ihm die Zeitungen eine halb erfundene radicale Aeußerung in den Mund gelegt hatten.*) Solche Erfahrungen genügten, um den abhängigen kleinen Hof behutsam zu stimmen. Man sagte den Sieben in Dresden freundliche, unzweifelhaft ehrlich gemeinte Worte, allein man wagte nichts, und zornig schrieb Dahlmann in der Vorrede zu Albrecht's Vertheidigungsschrift: „So lange es bei uns nicht in politischen Dingen, wie seit dem Religionsfrieden Gottlob in den kirchlichen, ein lebendiges Nebeneinander der Glaubensbekenntnisse giebt, [so lange die das beste Gewissen haben könnten sich gebährden als ob sie das schlechteste hätten, so lange der feigherzigste Vorwand genügt um nur Alles abzuweisen was an dem trägen Polster der Ruhe rütteln könnte,] ebenso lange giebt es keinen Boden in Deutschland, auf dem Einer aufrecht stehend die reifen Früchte politischer Bildung pflücken könnte.“ Die eingeklammerten Worte strich ihm der Leipziger Censor, Professor Bülau, ein geistloser Vielschreiber, der den Sieben nicht an die Schultern heranreichte und ihnen nun wie Schulbuben das Concept corrigirte. Zu solchem Aberwitz führte das Karlsbader Preßgesetz.

Nach langen Erwägungen erhielt Albrecht in der Stille die Erlaubniß, an der Leipziger Universität Vorlesungen zu halten; nachher empfing er auch Gehalt, als geheimer Professor, wie die Collegen spotteten, und erst nach längerer Zeit, als die Luft wieder rein war, wurde er förmlich angestellt. Dahlmann freilich schien den Kursachsen zu gefährlich; der politische Führer der Sieben lebte fortan mehrere Jahre lang ohne Amt in Jena und leitete von dort aus unverdrossen den Federkrieg wider die hannöverschen Gewalthaber. Unter allen deutschen Fürsten wagte allein König Wilhelm von Württemberg dem Welfen offen entgegenzutreten. Er berief Ewald nach Tübingen, der als der einzige geborene Hannoveraner unter den Sieben dem welfischen Hofe besonders verhaßt war. Natürlich verbot Ernst August seinen Landeskindern sofort den Besuch der schwäbischen Hochschule. Als die beiden Könige nachher in Berlin zusammentrafen, fragte der Welfe grob: Warum haben Sie einen Professor angestellt, den ich fortgejagt habe? Darauf der Württemberger: „Ebendeswegen!“**)

Der welfische Staatsstreich rüttelte die halb entschlummerte öffentliche

*) Schreiben des k. sächs. Min. d. a. A. an den Gesandten v. Uechtritz in Wien, 3. Nov. 1834 u. s. w.

**) Wangenheim an Hartmann, 13. April 1839.

Meinung wach und zwang die Deutschen ihre politische Leidenschaft wieder dem Vaterlande zuzuwenden. Seit dies Schandmal auf Deutschlands eigener Stirn brannte, begann die Presse die Fragen des Bundesrechts wieder ernstlich zu erörtern, die früher beliebten weltbürgerlichen Betrachtungen über die Pariser Kammern und die orientalischen Wirren erschienen jetzt schal. Leider wurde die dringend nöthige Klärung unseres verworrenen Parteilebens durch diesen wohlberechtigten sittlichen Unwillen mehr gehemmt als gefördert. Die wilden Brandschriften der Flüchtlinge aus Frankreich und der Schweiz mußten jedem Besonnenen zeigen, daß die deutsche Opposition längst zwei grundverschiedene Parteien umschloß, die auf die Dauer nicht zusammenwirken konnten. Jetzt aber warf eine rein menschliche Entrüstung Alles, was nicht schlechthin servil war, Radicale, Liberale, gemäßigte Conservative wieder in einen Haufen zusammen. Seit es auch im Norden constitutionelle Märtyrer gab, verbreitete sich die doctrinäre Ueberschätzung der Verfassungsformen weithin über Deutschland. Dahlmann's politischer Takt empfand dies sogleich. Auf den Festgelagen, mit denen man ihn ehrte, betrachtete er ohne Freude die radicalen Feuilletonsschreiber, „mit denen wir doch nur sehr zufällig in dieselbe Gesellschaft gerathen sind.“ Den Freunden gestand er: ich hoffe bald „die Aehnlichkeit mit so Vielen, denen ich mich in keiner Weise verwandt fühle, abzustreifen.“ Beides gemeinsam, das Königthum und die bürgerliche Freiheit macht den Staat aus, so sagte er in seinem Dankschreiben an Johann Jacoby; „der Staat wäre eine ebenso flache und frivole Sache als er eine tiefsinnige und heilige ist, wenn er nicht gerade diese Verbindung von Dingen zu leisten hätte, die allein dem oberflächlichen Beobachter unvereinbar scheinen.“ Herrliche Worte, nur waren sie leider an eine falsche Adresse gerichtet, an einen Radicalen, der sie entweder nicht verstand oder als klägliche Halbheit verdammen mußte. Doch wie konnten diese Gegensätze sich scheiden, so lange ein gemeinsamer edler Zorn sie zusammenhielt? Dahin war es mit uns gekommen, daß die härtesten und wirksamsten Anklagen gegen die bestehenden Gewalten jetzt von treuen Monarchisten ausgingen.

Die Vertreibung der Sieben verwirrte und verwischte nicht blos die Parteigegensätze, sie begründete auch die politische Macht des deutschen Professorenthums, die erst durch den Krieg von 1866 gebrochen werden sollte. Als der Streit begann, sagte eine englische Zeitung: In Deutschland sind die Universitäten auch politische Mittelpunkte, welche dem übrigen Lande Impulse geben; die Professoren gelten als Magistrate, beauftragt die Rechte des Volks so gut wie die Grundsätze der Vernunft zu vertheidigen. Das Urtheil war verfrüht, denn bisher hatten nur die Hochschulen von Jena, Kiel, Freiburg für kurze Zeit eine politische Rolle gespielt, doch es sollte sehr bald durch die Thatsachen gerechtfertigt werden. Aus dem Göttinger Gewaltstreiche entwickelte sich ein großer Kampf der deutschen

Gelehrtenwelt wider einen Despoten, der seine Geringschätzung der Wissenschaften höhnisch zur Schau trug; keine deutsche Universität, die den Sieben nicht irgendwie ein Zeichen der Zustimmung gegeben hätte. In diesem Kampfe war alles Recht unzweifelhaft auf Seiten der Gelehrten; an ihrer Spitze standen tapfere, makellose, schuldlos verfolgte Männer, während der Welfe sich nur auf gemeine Knechte und auf die Aengstlichkeit der deutschen Höfe stützen konnte.

Wenn je im politischen Streite ein moralischer Sieg erfochten wurde, so war es hier. Ein solcher Erfolg mußte das ohnehin starke Selbstgefühl der Gelehrten mächtig heben; von den Sieben blieben Fünf als Menschen schlicht, edel, liebenswerth, in Gervinus aber und in Ewald verkörperte sich der unausstehliche Professorendünkel. Die einmal erregte politische Leidenschaft hielt an; die Gelehrten begannen durch Schriften und Reden unmittelbar an der politischen Erziehung der Deutschen zu arbeiten, und da sie gewohnt waren zur ganzen Nation zu reden, so drangen ihre Stimmen weiter als die Reden der Landtagsabgeordneten. Die Gelehrtenversammlungen der nächsten Jahre wurden zu Vorparlamenten, in denen die Nation die großen Tagesfragen erörterte, und als nachher das wirkliche Parlament zusammentrat, da drangen die Gelehrten in Schaaren ein, weil sie fast die einzigen Männer waren, welche ganz Deutschland kannte. Es war eine tragische, durch keines Menschen Willen abzuwendende Nothwendigkeit, daß diese idealistische Nation, indem sie von den Höhen des literarischen Schaffens langsam zur politischen Arbeit hinabstieg, auch noch die Durchgangsstufe der Professorenpolitik überschreiten mußte. Durch dies Uebergewicht des Professorenthums wurde der doctrinäre Zug, der die Politik der deutschen Liberalen von jeher auszeichnete, ungebührlich verstärkt, und es entstand auch der falsche Schein, als ob der Liberalismus die Sache der Bildung verträte, während in Wahrheit die Helden der deutschen Kunst und Wissenschaft, Goethe, Cornelius und Rauch, Niebuhr, Savigny und Ranke, großentheils dem conservativen Lager angehörten.

Zu Thaten vermochte diese Gelehrtenpolitik sich nicht zu erheben, denn in der Stille der wissenschaftlichen Arbeit bilden sich nicht leicht politische Charaktere; unter den Sieben selbst war Dahlmann der einzige politische Kopf, auch er mehr ein Denker als ein Mann der That, während Gervinus' staatsmännisches Talent nur in seiner eigenen Einbildung beruhte, und die übrigen allesammt gar keinen politischen Ehrgeiz hegten. Aber an Ideen, an groß und tief gedachten Ideen war dies Menschenalter des politisirenden Professorenthums sehr fruchtbar. Bei der Lampe deutscher Gelehrten sind die Pläne für die Einheit des Vaterlands zuerst erdacht worden, welche nachher durch die schöpferischen Hände großer Praktiker ihre Gestaltung empfangen sollten. Die deutsche Wissenschaft — so stark und unverwüstlich war ihr Wachsthum — erlitt durch die politische Leidenschaft der

Gelehrten durchaus keinen Schaden. Unter der Mehrheit der Göttinger Professoren befanden sich einige, die nicht aus Furcht, sondern grundsätzlich den Schritt der Sieben verwarfen, so Herbart, Hugo, Gauß. In einer nachgelassenen Schrift „Die Göttinger Katastrophe" hat sich Herbart über die Gründe seines Verhaltens freimüthig ausgesprochen; er glaubte, der tiefe Ernst, die gesammelte Stille des deutschen akademischen Lebens würden verschwinden, sobald die Universitäten sich in politische Kämpfe einließen. Diese im Munde des strengen Philosophen wohl begreifliche Befürchtung erwies sich als irrig. Die Forscher arbeiteten rüstig weiter, und die Sieben selber gingen ihnen mit gutem Beispiele voran. Die historische Wissenschaft gewann sogar durch die politische Thätigkeit der Gelehrten. Ganz werthlose historische Tendenzschriften erschienen während der nächsten Jahre selten, seltener sicherlich als in dem Zeitalter des Rotteck-Welcker'schen Liberalismus; wohl aber viele tüchtige Werke, welche den Deutschen ihre Vergangenheit wissenschaftlich erklärten. Die Blüthe der politischen Geschichtschreibung in den vierziger und fünfziger Jahren, die Vertiefung unserer historischen Selbsterkenntniß ward nur darum möglich, weil die Historiker der Welt der politischen Thaten so nahe, oft allzu nahe, getreten waren. —

Dem Verfassungskampfe der Hannoveraner konnte die That der Sieben nur dann Vorschub leisten, wenn sie Nachahmung fand, wenn die Mehrzahl der Beamten den verfassungswidrigen Diensteid verweigerte, wenn die Wahlen für den unrechtmäßigen Landtag nicht zu Stande kamen und nach Ablauf der gesetzlichen Frist auch die Steuerzahlung unterblieb. Aber für solchen Einmuth passiven Widerstandes fehlten alle Vorbedingungen. Es war das Verhängniß dieses welfischen Staatsstreichs, daß er fast alle Gebrechen der bestehenden Ordnung an den Tag brachte, den Aberwitz der Censur so gut wie die sittliche Schwäche des alten Beamtenstaats. Die Mißstimmung reichte bis in die Kreise des Hofes hinein. Ernst August's Hofmarschall Malortie gestand seinem heißgeliebten Herrn traurig, auf diesem Wege könne er ihm nicht folgen, und der Welfe nahm das hin, weil er den treuen Mann nicht entbehren mochte. Das Oberappellationsgericht in Celle leistete den neuen Diensteid und behielt sich die Verpflichtung auf das Staatsgrundgesetz ausdrücklich vor. Aehnlich handelten mehrere Mittelgerichte und viele einzelne Beamte. Schele war aber jetzt durch die Göttinger Erfahrungen gewitzigt, er legte die Vorbehalte stillschweigend zu den Akten, und die Protestirenden gaben sich allesammt zufrieden, wenn sie nur insgeheim ihr Gewissen gewahrt hatten. Entsetzlich war die Selbstentwürdigung der Cabinetsminister; sie blieben in ihrer Stellung, nur daß sie zu Departementsministern degradirt und ihr alter Gegner Schele ihnen als alleiniger Cabinetsminister vorgesetzt wurde.

Die Masse der Beamten erwies sich ebenso unterwürfig; sie war bereit, wie Dahlmann sagte, „Alles zu lassen was ihr Herz hoch hielt um nur mit den Ihren das bittere Brot der Kränkung essen zu dürfen.“ Ich unterschreibe Alles, sagte Einer verzweifelnd, Hunde sind wir ja doch. Auch an überzeugten Absolutisten fehlte es nicht; der Göttinger Pandektist Mühlenbruch brachte auf die sieben Narren ein Pereat aus, das die erbitterten Studenten an seinen Fensterscheiben bestraften. Manche der älteren Beamten lebten der Meinung, daß der Gehorsam gegen die Krone die ältere und höhere Pflicht sei. Hoppenstedt, der hochverdiente Förderer der Georgia Augusta, legte sich die Gewissensfrage also zurecht: der König hat einst in meinen alten Diensteid die Verpflichtung auf das Staatsgrundgesetz eingefügt, folglich kann er sie jetzt wieder streichen, und ich bleibe nach wie vor sein treuer Diener. Selbst Rose, der Haupturheber des Staatsgrundgesetzes ließ sich von solchen Erwägungen bestimmen. Diese Demüthigung schützte den verhaßten Mann, „der den Liberalismus in das Ministerium eingeführt hatte“, nicht vor der Rache des Welfen. Nach wenigen Monaten erhielt er den Abschied. Die Entlassung erfolgte in ehrenvoller Form, weil Rose sich muthig erbot, alle seine Schritte vor dem Könige persönlich zu rechtfertigen; aber der Eintritt in den Landtag ward ihm ausdrücklich untersagt, und als er nach einigen Jahren aus Braunschweig heimkehren wollte, da erfuhr er zu seinem Erstaunen, daß der Welfe ihn vorläufig aus dem Königreiche verbannt hatte.

Im Volke zeigte sich die Widerstandskraft noch schwächer. Wie oft hatten einst Deutschlands alte Landstände, in Preußen und Brandenburg, in Magdeburg, Mecklenburg und Württemberg, mit ausdauerndem Muthe ihre habenden Freiheiten vertheidigt; eben jetzt versuchten die Stände Ostfrieslands, die einen hannöverschen Staat noch kaum anerkannten, den Wirrwarr im Welfenlande auszunutzen und die alten preußischen Sonderrechte ihrer Landschaft wieder zu erlangen. Auf solche Treue konnte eine moderne Repräsentativverfassung, welche keinem Stande Vorrechte gewährte, kaum rechnen, am wenigsten hier wo sie den Massen noch kaum bekannt war. Der Adel, der in den altständischen Zeiten immer durch zähe Unerschrockenheit geglänzt hatte, hielt jetzt zu dem Landesherrn, er hoffte von der Krone die Wiederherstellung seiner alten Macht. Die Wähler der zweiten Kammer standen vor der trostlosen Frage, wie aus der Zerstörung alles Rechts ein neuer Rechtszustand hervorgehen könne? Sollte man wählen und also den Staatsstreich scheinbar billigen, oder das Feld ohne Kampf den Liebedienern der Gewalt überlassen? Parteien bestanden noch nicht, eine Verabredung hatte man arglos unterlassen; begreiflich also, daß die Entschlüsse der Wählerschaften sehr verschieden ausfielen. Von den 78 berechtigten Wahlcorporationen wählten schließlich doch 61, die meisten weil sie Schlimmeres zu verhindern hofften, andere weil sie auf ihr Wahlrecht nicht verzichten wollten oder den Verlust der Garnison, des Gerichts,

der Landdrostei befürchteten, einige auch unter ausdrücklicher Verwahrung des Verfassungsrechts.

Als der Landtag im Februar 1838 eröffnet wurde, erschienen in der zweiten Kammer 48 Abgeordnete. Die Kammer war also beschlußfähig, aber sie bemerkte sofort, daß der König nicht einmal auf dem Rechtsboden vom Jahre 1819, den er angeblich wiederherstellen wollte, ehrlich bestand: den Landtag von 1819 hatte er einberufen, doch nicht das von der alten Verfassung unzertrennliche Collegium der Schatzräthe, denn Stüve war Schatzrath, und dieser gefährliche Mann mußte um jeden Preis dem Landtage fern gehalten werden. Auch der den Ständen vorgelegte Verfassungsentwurf wich von der alten Verfassung mehrfach ab. Bodenlose Willkür überall, und dazu die nichtswürdigen, jeden redlichen Mann anwidernden Rechtsverdrehungen des Vertreters der Regierung Leist. Mit Entsetzen bemerkte Canitz, daß dieser Landesvater seinem Volke „eine Schlinge" drehte; wenn die Abgeordneten sich auf das Staatsgrundgesetz beriefen, dann hieß es kurzab: Ihr habt durch Euer Erscheinen den Rechtsboden vom Jahre 1819 schon anerkannt.*) Der Landtag wußte sich nicht zu helfen, die Vermittlungsversuche des Syndicus Lang vermehrten nur die allgemeine Rathlosigkeit; die führerlose Opposition verdiente keineswegs die reichen Lobsprüche, welche die liberalen Zeitungen ihr spendeten. Das Volk aber erfuhr nichts von den geheimen Sitzungen. Eine Zeit lang war die Kammer beschlußunfähig, weil viele Mitglieder die Hoffnung aufgaben. Endlich trat sie in die Verfassungsberathung ein, sie verlangte jedoch zugleich, daß die neue Verfassung noch dem zu Recht bestehenden Landtage des Staatsgrundgesetzes vorgelegt werden müsse. Diesen Vorbehalt wollte Leist natürlich nicht gelten lassen, und der unterthänige Präsident Jacobi mahnte: „man muß den Muth haben, sich über den Rechtspunkt hinwegzusetzen." Die Beschwichtigungen fruchteten nichts. Die Kammer erklärte ausdrücklich, „daß keine Handlung der jetzt versammelten Deputirten rechtlich Giltiges zu bewirken im Stande sei," und wurde darauf sofort vertagt. Nun schien nichts mehr übrig zu bleiben als eine Vorstellung an den Bundestag, aber auch hierüber einigten sich (28. Juni) nur 28 Mitglieder, eine Minderheit, die nicht im Namen der Kammer zu reden befugt war.

Währenddem ward es im Lande lebendiger. Die Städte Osnabrück, Hannover, Stade, Lüneburg, Hildesheim, Harburg, Celle, Münden sprachen sich in Verwahrungen und Adressen für die Rechtsgiltigkeit des Staatsgrundgesetzes aus. An der Spitze dieser volksthümlichen Bewegung stand Stüve, jetzt Bürgermeister von Osnabrück, und wie heillos mußte dies Land zerrüttet sein, wenn ein solcher Mann sich zu demagogischer Thätigkeit gezwungen sah. Er hatte mitsammt seinem Magistrate, nach vergeb-

*) Canitz's Bericht, 2. Aug. 1838.

lichen Gegenvorstellungen, den neuen Huldigungsrevers eingereicht, doch zugleich vor Notar und Zeugen gegen die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes protestirt, und da die Regierung immer neue Vorwände ersann um ihn vom Landtage auszuschließen, so bewog er seine Stadt, sich klagend an den Bund zu wenden. Andere Städte und Wahlcorporationen folgten dem Beispiele Osnabrücks. In seiner von Dahlmann herausgegebenen „Vertheidigung des Staatsgrundgesetzes“ wies Stüve überzeugend nach, daß diese verleumdete Verfassung in Wahrheit die Rechte der Regierung befestigt, die Macht der Krone verstärkt habe. In dem Hannöverschen Portfolio sammelte er, unterstützt von dem Rechtsanwalt Detmold, alle die Aktenstücke, welche die Nation über die Rechtsfrage aufklären konnten. Auch das Leipziger Deutsche Staatsarchiv wurde von ihm und seinen Freunden mit Beiträgen versorgt, und der neue „Deutsche Curier“ in Stuttgart widmete fast die Hälfte seiner Spalten der hannöverschen Sache. Diese liberale Wochenschrift erfreute sich, da sie über Schwaben wenig sagte, der besonderen Nachsicht der württembergischen Censur; daß ihr gewandter Herausgeber A. Weil wahrscheinlich auch aus den geheimen Fonds der französischen Regierung unterstützt wurde, blieb den Hannoveranern unbekannt.

Da die Zeit der verfassungsmäßigen Steuerverwilligung zu Neujahr 1839 ablief, so richtete Stüve an mehrere juristische Facultäten die Anfrage, ob der Osnabrücker Magistrat dann noch berechtigt sei die unbewilligten Staatssteuern zu erheben. Die Berliner Facultät verweigerte die Antwort, weil den preußischen Spruchcollegien untersagt war sich mit politischen Fragen zu befassen. Aus Jena aber, aus Heidelberg und Tübingen liefen umfassende Rechtsgutachten ein, welche sich übereinstimmend dahin aussprachen, daß die Verfassung von 1833 noch zu Recht bestehe. Das von dem jungen Germanisten Reyscher verfaßte Tübinger Gutachten erörterte sehr ausführlich die Frage der Steuerverweigerung und sagte manches treffendes Wort; im Grunde blieb es doch ein unmögliches Unternehmen, mit doktrinären Rechtsgründen nachzuweisen was Rechtens sei wenn das Recht aufhörte. Also standen die verhaßten Professoren abermals in Waffen wider die Welfen, und ganz Deutschland stimmte ihrer Beweisführung zu. Selbst mit seiner Hauptstadt gerieth Ernst August in Händel. Sie verweigerte die Neuwahl, als ihr Abgeordneter aus dem Landtage ausgeschieden war, und sendete einen Protest an den Bundestag. Darauf ließ der König den Bürgermeister Rumann absetzen und eine Untersuchung gegen den Magistrat einleiten, der an Stüve einen schlagfertigen Vertheidiger fand. Ein Amtmann wurde, dem Gesetze zuwider, an die Spitze der Stadtverwaltung gestellt. Die Bürger aber drohten den Eindringling zum Fenster hinauszuwerfen und zogen an einem schwülen Julitage 1839 in hellen Haufen vor das Schloß; sobald der alte Welfe sah, daß mit den verzweifelten Leuten nicht zu scherzen sei, gab er weislich nach, betraute

den Syndicus mit der Leitung der Gemeindeverwaltung und betheuerte die Paragraphen der Stadtverfassung nicht gekannt zu haben. Gesinnungsgenossen besaß er noch immer nirgends. Sogar seine alten Freunde, die englischen Hochtorys fanden diese so muthwillig vom Zaune gebrochene Gewaltthat empörend. Außer Zimmermann, dessen hochmüthige Sprache mehr erbitterte als überzeugte, wagte nur noch ein Schriftsteller für den Welfenhof eine Lanze zu brechen: der fanatische, halbtolle Legitimist Graf Corberon, der in Dahlmann und Stüve Sendboten der internationalen Propaganda zu erkennen glaubte. Von allen größeren deutschen Zeitungen hielt allein das Berliner Wochenblatt bei dem Welfen aus; die Zeitschrift wußte schon nicht mehr, wie dringend sie noch kürzlich vor allen gesetzwidrigen Verfassungsänderungen gewarnt hatte.

Trotz Alledem schritt Ernst August vorwärts. Bei der Eröffnung des Staatsrathes, den er sich nach preußischem Muster gebildet hatte, verkündete sein Stiefsohn Prinz Bernhard zu Solms: unter der glorreichen Regierung König Ernst August's, in der patriarchalischen christlich-germanischen Monarchie sollten „gleich beschirmt die Rechte des Königs von Gottes Gnaden, des Edlen, des Bürgers und des Bauern, in organischer Gliederung neben einander jedes in eigener Bahn, Wurzel fassen, blühen und gedeihen“. Und diese Zuversicht war nicht grundlos. Eine leidenschaftliche Volksüberzeugung, die den Welfen erschrecken konnte, offenbarte sich nirgends. Sobald die Rechtsgutachten der drei Facultäten erschienen, verweigerten etwa hundert Osnabrücker Bürger die Steuerzahlung und ließen sich dann gemüthlich auspfänden. Dabei blieb Alles ruhig. Bei seinen Reisen durch das Land fand der König überall jubelnden Empfang, und die Deputationen der Provinzialstände, die er sich bestellte, schwelgten in Versicherungen der Unterthänigkeit. Als er die Garnison von Hildesheim verminderte nnd nachher auf einer Reise draußen vor dem Thore, ohne die Stadt zu berühren, umspannen ließ, da rotteten sich die kleinen Leute vor dem Hause des liberalen Bürgermeisters Lüntzel zusammen und sendeten dem erzürnten Monarchen eine Ergebenheits-Adresse. Die Hildesheimer Zeitung feierte Ernst August als „den einzig wahren Bürgerkönig“, und selbst Canitz konnte sich der Bemerkung nicht enthalten: dies sei „ein wohl nicht ganz glücklich gerichteter Lobspruch“.*)

Von solchen Philistern stand wenig zu fürchten, und nun zeigte sich doch, daß der alte Welfe nicht blos ein Tyrann war. In Allem was die Verfassungsfrage nicht berührte verfuhr er einsichtig und gewissenhaft. Anspruchslos im täglichen Leben, führte er einen glänzenden, wohlgeordneten Hofhalt, der durch Malortie's Buch „der Hofmarschall“ einen europäischen Ruf erlangte; trotz allem politischen Groll konnten die Bürger Hannovers nicht leugnen, daß ihre gute Stadt durch den anwesenden König viel

* Canitz's Bericht, 16. Dec. 1838.

gewann und jetzt erst anfing mit anderen deutschen Residenzen zu wetteifern. Die Etikette ward freilich unerbittlich streng gewahrt, und Ernst August ruhte nicht, bis der bairische Gesandte Hormayr, der durch seine böse Zunge auch hier wieder Unfrieden stiftete, in die Hansestädte versetzt wurde. Die Truppen hatten bisher englische Fahnen geführt, ganz wie einst die Kursachsen polnische Feldzeichen trugen. Jetzt wurden die neuen weißgelben Landesfarben eingeführt, eine ganz unhistorische, allen Gesetzen der Heraldik widersprechende Farbenzusammenstellung; aus den Aktenbündeln verschwand der rothe Faden, der red tape der Briten. Die Infanterie erhielt, statt der englischen rothen, blaue preußische Röcke, und die Artillerie verlor ihren Ehrenplatz auf dem rechten Flügel. Groß war der Jammer über diese Neuerungen, größer fast als der Schmerz um das Staatsgrundgesetz; selbst der kluge alte General Sir Julius Hartmann vermochte sich von den theueren alten Erinnerungszeichen nur schwer zu trennen, und König Ludwig von Baiern sang in einem herzbrechenden Klageliede:

Denn der Hannoveraner ist zu denken
Getrennt von seinem rothen Rocke nicht.

Sie ahnten nicht, daß der alte Welfe unbewußt im Dienste des nationalen Gedankens arbeitete. Ernst August verdrängte die Ausländerei und zog einen hannöverschen Particularismus groß, aus dem vielleicht dereinst eine deutsche Gesinnung erwachsen konnte; darum war die Abschaffung der rothen Röcke die rühmlichste That seiner ersten Regierungsjahre.

Aus eigener Kraft konnte dies halb gleichgiltige halb rathlose Volk nicht zu seinem Rechte gelangen. Stüve fühlte das lebhaft und setzte darum seine ganze Hoffnung auf den Deutschen Bund; durch die Petition der Stadt Osnabrück erzwang er was Oesterreich und Preußen so ängstlich zu verhindern gesucht hatten. Den beiden Großmächten kam der vollendete Staatsstreich ganz unerwartet. Das hatten sie, nachdem Ernst August in Karlsbad so versöhnlich gesprochen, unmöglich voraussehen können; auch der englische Gesandte Sir Fred. Lamb war dort in Böhmen von dem biderben Welfen völlig überlistet worden und fühlte sich jetzt seinem eigenen Hofe gegenüber schmählich bloßgestellt.*) Nachdem das Unglück geschehen war, bemühte sich Canitz redlich, den König vor weiteren Gewaltsamkeiten zu warnen und ihm eine rasche Verständigung mit dem Landtage zu empfehlen. Er sah ganz richtig, daß die Mißstimmung wuchs je länger die Ungewißheit währte, daß Leist als Regierungsbevollmächtigter weder Achtung noch Vertrauen erwecken konnte, daß der Landtag für die künftige Volksvertretung wirksame Rechte, namentlich das Recht der Gesetzgebung, fordern mußte, daß „die Autokratie" nirgends gefährlicher war als in diesem Lande, das keinen regierungsfähigen Thronfolger besaß.**) Doch einen bestimmten

*) Maltzan's Berichte, 16. Nov. 1837 ff.
**) Canitz's Berichte, 17. Nov., 19. Dec. 1837, 4. Apr., 12. Mai, 28. Juli 1838.

Rathschlag durfte er nicht ertheilen, weil man in Berlin den Eigensinn Ernst August's kannte. So ward er dem Welfen nur immer unangenehmer; „dies, meinte der badische Gesandte, begegnet Jedem, der Sr. Majestät Vernunft redet."*)

Und wie unmöglich blieb es doch, von einem Fürsten, dessen ganze Haltung man verdammen mußte, Mäßigung im offenbaren Unrecht zu verlangen. Auch für Ernst August galten die schönen Worte, welche Dahlmann der Opposition zurief: „Alle Mäßigung beruht auf der nicht vollen Anwendung einer Kraft, die man ohne Rechtsverletzung auch ganz gebrauchen dürfte. Sobald man die Kraft der Landesverfassungen schließlich in bloße Redensarten auflöst, verliert die Rede von Mäßigung ihren Sinn." An den kleinen Höfen war die Bestürzung allgemein. Sogar der holsteinische Gesandte Pechlin, der eifrigste Reaktionär des Bundestags, beschwor den Welfen, mit seinem Landtage schleunigst abzuschließen, sonst könne der Bund nicht länger schweigen.**) Von allen Fürsten Europas lobten nur zwei den Staatsstreich: der Kurprinz von Hessen, der seelenvergnügt zu Canitz sagte: „jetzt will ich meine Verfassung auch ändern," aber von dem Preußen sogleich zur Ruhe verwiesen wurde***) — und Kaiser Nikolaus. Der Czar traf mit Ernst August im Sommer 1838 auf den preußischen Manövern zusammen und überhäufte ihn mit Danksagungen. Wirklichen Einfluß gewann auch er nicht; wer hätte den alten Herrn in seinem unermeßlichen Welfendünkel stören können?

Nun war der Handel trotz allen Verzögerungen doch noch vor den Bundestag gelangt, und über die Rechtsfrage konnten ehrliche Männer kaum streiten. Daß die Verfassung von 1833 in anerkannter Wirksamkeit bestanden hatte, ließ sich nicht leugnen; folglich war der Bund nach Art. 56 der Schlußakte verpflichtet sie zu schützen. Wie nachdrücklich hatte die preußische Regierung einst gegen Karl von Braunschweig den Satz verfochten, daß der Thronfolger an die rechtmäßigen Handlungen des Vorgängers gebunden sei. Durfte sie sich jetzt selber ins Gesicht schlagen? Staatsrechtlich betrachtet war Ernst August weit schuldiger als Karl; er hatte den Staatsstreich, welchen dieser nur plante, wirklich vollführt, und auch die menschliche Niedertracht des welterfahrenen alten Parlamentariers wog schwerer als die halbnärrischen Bubenstreiche seines Neffen. Dennoch schwankte König Friedrich Wilhelm. Er wollte seinen Schwager nicht eigentlich unterstützen — das erlaubte sein Gewissen nicht — aber um jeden Preis schonen, und Minister Werther fand, trotz seiner besseren Einsicht, nicht den Muth gradeswegs zu widersprechen.

Unzweifelhaft wirkten bei dem verhängnißvollen Entschlusse des Königs persönliche Rücksichten mit. Er liebte den Welfen wenig, doch seine

*) Frankenberg's Bericht, 28. Aug. 1838.

**) Canitz's Bericht, 2. Aug. 1838.

***) Canitz's Bericht, 23. Juli 1838.

theure Schwägerin Friederike dem Verderben preiszugeben war ihm ein furchtbarer Gedanke; Schele's Schwager, General Müffling und die anderen Genossen der mecklenburgischen Partei setzten auch alle Hebel ein. Den Ausschlag gab indeß eine ernste politische Besorgniß. Wenn der Bundestag dem hannöverschen Hofe die Wiederherstellung des Staatsgrundgesetzes anbefahl, dann war völlig sicher, daß der alte Welfe sich nicht fügte, sondern entweder der Bundes-Execution mit den Waffen entgegentrat — den Plan hatte er bereits entworfen — oder die Krone niederlegte und nach England heimkehrte. Was ward dann aus Hannover? Wer sollte für den unmündigen blinden Thronfolger die Regentschaft führen? Ganz gewiß keiner der beiden Oheime; denn der Herzog von Cambridge fürchtete sich vor dem gewaltthätigen Bruder nicht weniger als der Herzog von Sussex, obgleich beide alte Herren den Staatsstreich mißbilligten. Ebenso dachte der Herzog von Braunschweig, der ja seines eigenen Thrones nicht ganz sicher war; er zeigte sich in diesen Händeln ganz als Welfe und wollte den hannöverschen Oheim unter keinen Umständen preisgeben.*) Demnach drohten dem hannöverschen Lande unzweifelhaft ernste Wirren, falls das gute Recht siegte. Und durfte man die Grundlagen des monarchischen Bundesrechts untergraben, einen souveränen deutschen König zur Abdankung zwingen? Durfte man deshalb das ausdrücklich verabredete Einvernehmen mit dem Wiener Hofe preisgeben, der die Thaten des Welfen auch nicht billigte, aber weit milder beurtheilte als der preußische? Ein Aufruhr, der wie einst der braunschweigische, mit jedem Mittel gedämpft werden mußte, war in Hannover nicht zu besorgen.

Solche Erwägungen bestimmten den Entschluß Friedrich Wilhelm's. Wie nichtig erschienen sie neben der unabweisbaren Forderung der Gerechtigkeit! Wenn der Bund in dieser sonnenklaren Sache für die nackte Gewalt Partei nahm, dann mußte die Nation an ihm verzweifeln; und wenn der preußische Hof hier das offenbare Unrecht unterstützte, dann verlor er mit einem Schlage das wohlverdiente Ansehen, das er sich durch die kluge Politik dieser letzten zehn Jahre erworben hatte. Was er einst für die Braunschweiger gethan, lag in den Archiven vergraben; diese hannöverschen Händel aber konnten nicht verborgen bleiben. Durfte er den noch immer nicht ausgestorbenen Verehrern der deutschen Trias erlauben, daß sie den alten Sirenensang wieder anstimmten und der Nation versicherten, nur bei den Mittelstaaten fänden Recht und Freiheit der Deutschen ehrlichen Schutz? Ueber die Gesinnung der constitutionellen Höfe war man in Berlin wohl unterrichtet. Graf Dönhoff berichtete ehrlich, die Süddeutschen sagten allgemein: in Hannover kämpft der König von heute mit dem von gestern und das monarchische Princip mit sich selber.**)

*) Canitz's Bericht, 11. Febr. 1838.

**) Dönhoff's Bericht, 4. Februar 1839.

Ueberall wo Kammern tagten, in Cassel, Dresden, Darmstadt, Stuttgart, Braunschweig, bekundeten sie ihre Entrüstung über den Staatsstreich; besonderes Aufsehen erregte eine Rede des Darmstädter Abgeordneten Glaubrech, der treffend ausführte: wenn Ernst August die Landesverfassung aufheben dürfe, dann könne er sich auch vom Deutschen Bunde ungestraft lossagen. Zwei Jahre hindurch spielten diese hannöverschen Verhandlungen in den deutschen Landtagen eine ähnliche Rolle wie die Polendebatten in den Pariser Kammern. Unmittelbar bewirkten sie nichts; die Reden des sächsischen Landtags gab ein Patriot heraus mit dem stolzen Vorwort: „Sachsen ist nicht zurückgeblieben, aus den Sälen der Volksvertreter tönen weithin durch Deutschlands Gauen die Riesenklänge innigen, tiefen Mitgefühls."

Immerhin ertönten die Riesenklänge so stark, daß die constitutionellen Fürsten kaum noch eine Wahl hatten. Mit Ausnahme des hessischen Kurprinzen und des Braunschweiger Welfen gelangten sie alle zu der Einsicht, daß dieser Skandal nicht zu dulden sei. König Ludwig schwankte keinen Augenblick. Wie stark sich auch seine politischen Ansichten geändert hatten, über die Unverbrüchlichkeit der Staatsgrundgesetze dachte er noch ganz so wie einst als Kronprinz. Gerade weil es ihm selber jetzt hart ankam seine wenig geliebte Landesverfassung zu halten, verlangte er auch von seinen fürstlichen Genossen die gleiche Selbstüberwindung. Unter den württembergischen Staatsmännern waren die Ansichten getheilt. Graf Bismarck, der Gesandte in Karlsruhe, schrieb seinem alten Freunde Schele sehr zärtlich, und der Hannoveraner dankte ihm für seine „Theilnahme an unserer guten und heiligen Sache".*) Indeß König Wilhelm's gesunder Verstand ließ sich nicht irre machen; er sagte zu du Thil halb ärgerlich: „Jeder ist sich selbst der Nächste, ich kann nicht anders handeln," und nachdem er seinen Entschluß gefaßt, trat er sehr nachdrücklich auf. Auch der König von Sachsen wollte von dem Verfassungsbruche nichts hören; er reiste plötzlich nach Dalmatien, um nur nicht bei den preußischen Manövern mit dem Welfen zusammenzutreffen. Blittersdorff fühlte lebhaft, daß alle Hambacher Reden den Regierungen nicht so viel schadeten wie die hannöversche Sache, und sprach diese Ansicht in einem Rundschreiben an die badischen Gesandtschaften unzweideutig aus. Zur Strafe bekam der badische Gesandte Frankenberg „einen Tatzenschlag" des Welfen zu fühlen; von Berlin herübergekommen mußte er in Hannover mehrere Tage warten, bis man ihn zur Antrittsaudienz zuließ.**) Auch du Thil konnte sich, wie gründlich er auch die liberalen Professoren verabscheute, doch nicht geradezu für den Staatsstreich erklären. Also waren die Staaten, welche den Zollverein stützten, im Wesentlichen einig, und wenn Preußen die Bundespolitik der Hofburg und der Welfen ebenso entschlossen zu bekämpfen

*) Bismarck an Schele, 22. Jan.; Antwort 29. Jan. 1838.

**) Blittersdorff, Weisungen an Frankenberg, Januar 1838; Frankenberg's Bericht, 1. März 1838.

wagte wie ihre Handelspolitik, so konnte ihm ein glänzender Erfolg nicht fehlen. Der König aber hatte schon anders entschieden: der Welfe sollte geschont werden.

Sobald die Osnabrücker Beschwerde dem Bundestage vorlag, versuchte der hannöversche Hof die Mitglieder der Reclamationscommission für die sofortige Abweisung der Petition zu gewinnen und bat die Wiener Hofburg, ihn bei seinen geheimen Bemühungen zu unterstützen. Diese Zumuthung fand selbst Metternich allzu schamlos; er lehnte sie rundweg ab, schon weil er für die Verhandlungen des engeren Raths freie Hand behalten wollte.*) Nunmehr entfaltete Stralenheim in verschiedenen Denkschriften und Erklärungen eine sophistische Kunst, deren schlechterdings nur die Feder des alten Leist fähig war. Er sollte nachweisen, daß sein König den Art. 56 der Schlußakte nicht verletzt habe, und drehte einfach den Spieß um, indem er zeigte, daß dieser Artikel gerade durch den hannöverschen Staatsstreich verwirklicht worden sei! Er bewies erstens: zur Zeit der Wiener Schlußakte hätte in Hannover die alte Verfassung von 1819 bestanden, und heute sei sie wieder ins Leben gerufen; er bewies zweitens: da sich ein Landtag zusammengefunden habe, so bestehe die alte Verfassung in anerkannter Wirksamkeit; er bewies drittens: durch das Staatsgrundgesetz sei die alte Verfassung auf unrechtmäßige Weise aufgehoben und folglich jetzt von Rechtswegen wiederhergestellt worden. Solche Advokatenkünste waren selbst im Bundestage, der doch schon manche juristische Kühnheit erlebt hatte, ganz unerhört. Sie erbitterten allgemein, und die Gönner Hannovers versuchten nur noch die Entscheidung hinauszuschieben, immer in der stillen Hoffnung, daß sich Ernst August mittlerweile mit seinem Landtage einigen und den Streit aus der Welt schaffen würde.

Als endlich im Juli 1838 zur Abstimmung geschritten wurde, brach der verhaltene Groll heftig aus; Vorwürfe und Verwahrungen, selbst persönliche Grobheiten wurden ausgetauscht. Die Brutalität des Welfen schien ansteckend zu wirken. Bei ruhigerem Blute beschloß man nachher diese anzüglichen Bemerkungen wechselseitig zurückzuziehen, so daß die Protokolle von den stürmischen Auftritten nichts verriethen.**) Am 6. Septbr. entschieden neun Stimmen gegen sieben, daß die Petition des Osnabrücker Magistrats wegen mangelnder Legitimation der Beschwerdeführer zurückzuweisen sei. Kurhessen allein enthielt sich der Abstimmung, weil der Prinzregent mit seinem wackeren Minister Lepel nicht einig war; Hannover aber stimmte dreist in eigener Sache mit. Durch diesen Beschluß war noch nichts verdorben; Stüve selbst erwartete als gewiegter Jurist kaum eine andere Entscheidung, denn mit guten Gründen ließ sich bezweifeln, ob eine einzelne Stadt befugt sei, vor dem Bundestage im Namen eines ganzen

*) Metternich's Weisungen an Kuefstein in Hannover, 23. April, an Trauttmansdorff, 5. Mai 1838.

**) Schöler's Bericht, 31. Aug. 1838.

Landes zu sprechen. Der Welfe hatte sein eigenes Volk unritterlich entwaffnet, wie Canitz bitter sagte, er hatte durch die Auflösung des rechtmäßigen Landtags die einzige Körperschaft vernichtet, welche unzweifelhaft berechtigt war, beim Bundestage die Wiederherstellung des Staatsgrundgesetzes zu verlangen. Doch unmöglich konnte der ernste Streit mit solchen Formbedenken erledigt werden. Wenn das hannöversche Volk nicht reden durfte, so war doch sicherlich der Bund selbst verpflichtet, den Art. 56 der Schlußakte aufrecht zu halten.

Demnach sprach der Bundestag, indem er die Osnabrücker abwies, zugleich die Erwartung aus, daß Hannover noch eine weitere Erklärung über seine Verfassungsverhältnisse abgeben werde, und Stralenheim versprach binnen vier bis sechs Wochen dieser Aufforderung zu genügen. Die entscheidende Abstimmung stand also noch bevor. Aber die Frist verstrich; Ernst August hoffte noch immer die Dinge so lange hinzuhalten, bis er die Bundesversammlung durch die vollendete Thatsache einer neuen hannöverschen Verfassung zur Seite schieben könnte. Erst am 29. November, in dem Augenblicke, da der Bundestag sich auf mehrere Monate vertagte, zeigte Stralenheim an, die versprochene Erklärung sei jetzt den Bundesregierungen zugegangen; er hatte sie während der Sitzung den Bundesgesandten ins Haus gesendet, und diese konnten, da sie weder das Aktenstück selber kannten noch von daheim eine Weisung erhalten hatten, nicht einmal mehr gegen diese Verhöhnung des Bundestags sich verwahren. Es war unmöglich eine schlechte Sache mit schlechteren Mitteln zu vertheidigen.

Die überraschte Versammlung trennte sich ohne einen Beschluß, der Unmuth vermochte sich nur in leidenschaftlichen Gesprächen zu äußern. General Schöler selbst, den das welfische Treiben mehr und mehr anwiderte, wagte nur wehmüthig den dringenden Wunsch auszusprechen, „daß dieser Vorgang bei dem großen Publikum nicht zur Vermehrung der ohnehin schon so weit gehenden Nichtachtung des Bundestags beitragen möge;" er befürchtete sehr schlimme Folgen für Deutschland, wenn Ernst August sich nicht bald mit seinem Lande versöhne.*) Die hannöversche Erklärung war nicht an den Bundestag gerichtet, sondern an die einzelnen Regierungen, so daß sie gar nicht in die Bundesprotokolle aufgenommen werden durfte und selbst der immer bedächtige sächsische Minister Zeschau eine solche Ungezogenheit ganz unerträglich fand.**) Sie bestand aus zwei Denkschriften, von denen die eine nochmals behauptete, die Verfassung von 1819 bestehe zu Recht, weil der alte Landtag versammelt sei. Also mußte die gutmüthige Nachgiebigkeit seiner Unterthanen dem Welfen in der That als eine Schlinge dienen, wie Canitz vorausgesagt. Die zweite Denkschrift suchte zu beweisen, das Staatsgrundgesetz sei ungiltig, wegen seiner formalen Mängel

*) Schöler's Berichte, 30. Nov., 5. Dec. 1838.

**) Jordan's Bericht, 24. Jan. 1839.

und wegen seines radicalen Inhalts. Darauf folgten scharfe Ausfälle gegen das süddeutsche Repräsentativsystem, das den Grundsätzen des deutschen Ständewesens widerspreche und das monarchische Princip zerstöre. Offenbar sollte den constitutionellen Kronen die Lust vergehen, ihrerseits einen Angriff gegen den allein monarchischen Welfenhof zu wagen.

Die langen Ferien boten den Regierungen genügende Frist um diese erstaunlichen Aktenstücke zu durchdenken. Am 28. Febr. 1839 eröffnete Schöler die Sitzungen wieder, aber Münch war noch immer nicht angekommen; Jedermann sah, daß Oesterreich wie Hannover die Entscheidung vertagen oder vereiteln wollte.*) Die lange Pause, die nun eintrat, benutzte König Friedrich Wilhelm, um dem Welfen nochmals ins Gewissen zu reden: „Erwägen Ew. Majestät, daß die Stellung Preußens als eines Bundesstaats ihm Pflichten auferlegt und ihm Rücksichten vorschreibt, von denen es sich nicht lossagen kann ohne von den Grundsätzen abzuweichen, welche alle deutschen Fürsten übereinstimmend angenommen haben."**) Das klang fast, als ob Preußen nunmehr entschlossen sei, die unzweideutigen Vorschriften der Schlußakte zu vertheidigen. Auf den Welfen aber konnten so sanfte, rücksichtsvolle Mahnungen keinen Eindruck machen. Er glaubte doch, und leider mit Recht, daß sein gütiger Schwager ihn bei der letzten Entscheidung nicht im Stich lassen würde.

Als Münch endlich eingetroffen war, stellte Baiern, unterstützt von allen süddeutschen Höfen und von beiden Linien des sächsischen Hauses, am 26. April den Antrag, daß Hannover aufgefordert werden solle, gemäß dem Art. 56 der Schlußakte, den Rechtszustand aufrecht zu halten und etwaige Aenderungen nur auf verfassungsmäßigem Wege vorzunehmen. Der Antrag verlangte nur, was schon längst hätte geschehen sollen, aber noch einmal wurde dem hannöverschen Hofe eine Frist bewilligt.***) Er überschritt sie, wie das seine Art war, und reichte erst am 27. Juni eine Denkschrift ein, die alle seine früheren Leistungen noch überbot. Ihr Verfasser war Geh. Rath Falcke, ein zierlicher, eleganter alter Junggesell, berühmt durch die Schaar seiner schönen Hunde; der hatte im Jahre 1831 mit Ernst August wegen des Staatsgrundgesetzes verhandelt†) und nachher jahrelang neben Rose die Regierung des Herzogs von Cambridge vor dem Landtage vertreten. Diese Vergangenheit hinderte ihn keineswegs, sich auch dem neuen Gewalthaber schmiegsam unterzuordnen, und jetzt wagte er, der die Verhandlungen selbst geführt hatte, dem Bundestage zu betheuern, daß Ernst August über das Staatsgrundgesetz nicht rechtzeitig unterrichtet worden sei. Die Bundesregierungen waren freilich nicht in der Lage, die ganze Verlogenheit dieser welfischen

*) Schöler's Bericht, 1. März 1839.

**) K. Friedrich Wilhelm an K. Ernst August, 20. April 1839.

***) Schöler's Bericht, 27. April 1839.

†) S. o. IV. 165.

Märchen zu erkennen, indessen fühlten sie alle heraus, daß Hannover ihnen keinen reinen Wein einschenkte; auch die wiederholten Schimpfreden wider „den constitutionellen Schwindel der heutigen Zeit“ konnten die süddeutschen Höfe nur beleidigen. Stüve widerlegte die Denkschrift Falcke's durch einen trefflichen Aufsatz im Hannöverschen Portfolio.

Doch was galten hier Gründe? Die Mehrheit war entschlossen den Welfen nicht preiszugeben, weil er sonst in eine ganz unhaltbare Stellung gerathen müsse. Als endlich abgestimmt wurde, da beschlossen am 5. Sept. zehn Stimmen gegen sechs, dem bairischen Antrage „keine Folge zu geben“, sie sprachen aber zugleich die Erwartung aus, daß König Ernst August mit seinen Landständen noch eine Vereinbarung treffen werde. Mit der Mehrheit stimmten außer den Großmächten und den beiden welfischen Höfen: Kurhessen, Holstein, Luxemburg, Mecklenburg und die zwei Curien der Allerkleinsten, die unter der Führung des getreuen Leonhardi gewöhnlich mit Oesterreich gingen. In der Minderheit standen: Baiern, Sachsen, Württemberg, Baden, die Ernestiner und die freien Städte. Nur Hessen-Darmstadt versuchte mit einem Vermittlungsantrage mitten durch zu gehen. Die Verhandlungen waren für Hannover wenig schmeichelhaft; selbst der österreichische Gesandte konnte nicht umhin einzugestehen, daß „auch sehr ehrenwerthe Gesinnungen“ sich für das Staatsgrundgesetz aussprächen. Der Beschluß selbst lautete so unverfänglich wie möglich, er sagte kein Wort der Billigung für die Thaten des Welfen, denn dazu wollte sich Niemand verstehen.

Wie man sich auch drehen und wenden mochte, die furchtbare Thatsache blieb doch bestehen, daß der Bundestag sich pflichtwidrig geweigert hatte, das ganz unzweifelhafte Recht eines deutschen Landes zu beschützen. Von einer solchen Schmach konnte die längst entwürdigte deutsche Centralgewalt sich nicht mehr erholen; die „Incompetenz-Erklärung des Bundestags“, wie das Kauderwälsch der Zeitungen sagte, blieb fortan der Lieblingsstoff für alle Unzufriedenen. Und an diesem schweren Unrecht war Preußens Regierung mitschuldig. Sie hatte, ihre eigenen Grundsätze, ihre natürlichen Bundesgenossen verleugnend, zusammengewirkt mit den alten Feinden ihrer Handelspolitik und also die köstliche Gelegenheit versäumt, „das in Wahrheit verbündete Deutschland“, das einst Motz in dem Zollvereine geahnt hatte, zu befestigen und vor der Nation zu rechtfertigen. Was wollte es nach diesem verhängnißvollen Fehler bedeuten, daß Minister Werther sich tief verstimmt zeigte und ernstlich daran dachte, seinen Abschied zu verlangen?

Der welfische Hof versäumte nicht, den Bundesbeschluß mit gewohnter Unredlichkeit auszubeuten. Er verkündete durch eine Bekanntmachung vom 10. Sept., daß der Bundestag die Verfassung von 1819 als zu Recht bestehend anerkannt habe. Gegen diese offenbare Lüge verwahrten sich wieder Baiern und die anderen Staaten der Minderheit in sehr heftigen

Erklärungen.*) Darauf verlangte der Welfe auch noch, daß die Rechtsgutachten der drei Facultäten von Bundeswegen verboten würden; die Mehrheit stimmte zu, doch abermals erhob Baiern Einspruch, und das Ende war, daß die verbotene Schrift fast überall in Deutschland frei umlaufen konnte. Geflissentlich gab sich der hannöversche Hof den Anschein, als ob er mit dem preußischen in einer engen Freundschaft lebte, welche in Wirklichkeit nicht bestand. Nach dem Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den beiden Nachbarstaaten verlangte Ernst August für seinen Minister Schele ausdrücklich einen preußischen Orden, was als Gegenleistung nicht abgeschlagen werden konnte, und er erlebte die Genugthuung, daß die kleinmeisterliche Presse diese Auszeichnung fast ebenso leidenschaftlich besprach wie vormals den berühmten rothen Adlerorden des Professors Schmalz. Noch viele Monate hindurch währte der hoffnungslose Streit; immer wieder überreichte der unermüdliche Dr. Hessenberg Beschwerdeschriften hannöverscher Städte, und es hielt schwer, die hadernden Parteien des Bundestags zusammenzuhalten.**)

In Wahrheit ging der hannöversche Verfassungsstreit schon zu Ende. Ohne die Hilfe des Bundes — das hatte Stüve längst vorausgesehen — konnte die schwache, weithin zerstreute Oppositionspartei nicht mehr auf Erfolge zählen. Das Volk war der Händel müde. Die Regierung benutzte jedes Mittel, um wieder eine vollzählige Kammer zu Stande zu bringen; sie scheute sich nicht, sogar die Wahlen der Minderheit der Corporationen für giltig zu erklären, so daß selbst der Landtagsmarschall Graf Münster sich nicht mehr fügen wollte. Christiani und andere liberale Abgeordnete wurden von Polizeiwegen aufgefordert, im Landtage zu erscheinen, widrigenfalls die Behörde sie aus der Stadt Hannover ausweisen würde. Dergestalt erlebte Deutschland das wunderbare Schauspiel, daß man seine Volksvertreter auf dem Schub in die Kammer brachte. Durch solche Künste ward der Landtag endlich beschlußfähig, und im Sommer 1840 erklärte er sich bereit, auf einen neuen Verfassungsentwurf der Regierung einzugehen. Ernst August empfing jetzt seine getreuen Stände sehr freundlich und sagte: „Ich fühle als einen Stein vom Herzen zu hören das was Sie mir sagen.“ Wenn man ihm nur seinen Willen that, war er ja kein Bösewicht.

Am 6. August 1840 kam das Landesverfassungsgesetz zu Stande. Die neue Verfassung gewährte dem Welfen Alles was er wünschte: ein den Ständen nicht verantwortliches Ministerium, einen Landtag mit sehr beschränkter gesetzgeberischer Befugniß, und vor Allem die längst ersehnte Kassentrennung. Sie bestimmte auch, was ihm fast noch wichtiger war, daß nur Geisteskrankheit vom Throne ausschließen, und mithin der blinde

*) Schöler's Bericht, 1. Oct. 1839.

**) Schöler's Bericht, 5. März 1840.

Kronprinz, dem alten Brauche des Welfenhauses zuwider, dereinst die Regierung antreten sollte. Also geschah das Wunderbare, daß ein Fürst, der anfangs selbst nicht wußte was er wollte, von keinem einzigen bedeutenden Manne unterstützt, gegen das Recht und gegen die öffentliche Meinung schließlich doch seine Macht behauptete. Der Sieg war freilich theuer erkauft. Unter dem Staatsgrundgesetze herrschte tiefer Friede; der neue Landtag, den sich Ernst August gebildet hatte, lebte in ewigem Hader mit der Regierung, und bald machte der Welfe auch die unliebsame Erfahrung, daß seine selbständige königliche Kasse aus der Geldnoth nicht herauskam.

Für Deutschland bedeuteten diese hannöverschen Händel fortan wenig. Unvergeßlich aber blieb der Nation der Bundesbeschluß vom 5. Sept. 1839. Seitdem begannen auch die Gemäßigten zu fühlen, daß unter dem Deutschen Bunde kein Recht mehr fest stand, und in immer weiteren Kreisen verbreitete sich die Hoffnung auf einen gewaltsamen Umschwung, der mit einem Schlage dem deutschen Elend Wandel schaffen sollte. —

Zehnter Abschnitt.

Der Kölnische Bischofsstreit.

Seit jenen Tagen, da der Freiherr vom Stein den Sultanismus der Könige von Napoleon's Gnaden anklagte, war die Zerrüttung des öffentlichen Rechts, die Zuchtlosigkeit der souveränen Fürstengewalt dem kaiserlosen Deutschland nicht wieder so beschämend vor die Augen getreten wie in den Zeiten des welfischen Staatsstreichs. Ein Frevel, der nicht wie einst die Gewaltthaten der Rheinbundsfürsten durch das Gebot der Selbsterhaltung entschuldigt werden konnte, fand in Deutschland keinen Richter; die höchste deutsche Behörde versagte sich feig ihrer Pflicht. Was man an den Höfen Ordnung nannte, war in Wahrheit die verewigte Anarchie, und das Verlangen nach einer starken nationalen Centralgewalt, welche die Willkür der kleinen Gewalthaber bändigen sollte, entsprang nicht der revolutionären Leidenschaft, sondern dem gesetzlichen Sinne. Wer jetzt noch die Stirn hatte den incompetenten Bundestag zu vertheidigen konnte sich mit denen nicht mehr verständigen, die an der friedlichen Entwicklung dieses entwürdigten Bundes verzweifelten. Die politischen Parteien bekämpften einander so unversöhnlich, wie in der Literatur Heine und die Schwaben, Schlosser und Hurter, Strauß und die Orthodoxen. Selbst muthige Männer wie Heinrich Leo fühlten sich schier vom Alpdruck eines beängstigenden Traumes gepeinigt, wenn sie die unheimliche Gährung, die furchtbaren Gegensätze des deutschen Lebens betrachteten. Und in dieser Welt des Unfriedens entbrannte auch noch ein kirchenpolitischer Streit, der alle Leidenschaften des dreißigjährigen Krieges wieder zu erwecken, das theuerste Gut der Nation, den schwer erkauften Frieden der Glaubensbekenntnisse zu vernichten drohte.

Der preußische Staat gerieth zum ersten male in offenen Krieg mit dem wieder erstarkten Papstthum und mußte nach einem kurzen Waffengange den Rückzug antreten. Er kämpfte, im Geiste seiner Geschichte, für den Gedanken der Parität, aber er kämpfte mit den Waffen des polizeilichen Zwanges und einer gänzlich veralteten Kirchenpolitik, so daß er vor der Welt als ein Bedränger der Gewissensfreiheit erschien und überdies durch das Ungeschick seiner Diplomaten in den Ruf der Zweizüngigkeit kam.

Die alte Beamtenregierung genügte nicht mehr. In derselben Zeit, da sie durch das Eisenbahngesetz noch einmal ihre alte Geschäftstüchtigkeit bewährte, zeigte sie sich ängstlich gegenüber den welfischen Gewaltthaten, völlig rathlos gegenüber der römischen Kirche. Am Ausgange eines Jahrzehntes, das der Friedenspolitik und den Zollvereinsplänen der Krone Preußen so viel verdankte, wurde unter den Freunden schon wieder die Besorgniß laut, ob dieser Staat auch auf festen Füßen stehe; die Gegner aber schaarten sich zu einer geschlossenen Partei um Alles wieder in Frage zu stellen, was die lebendigen Kräfte deutscher Geschichte in zwei Jahrhunderten geschaffen hatten.

Inmitten der Wirren des Aufruhrs von 1831 hatte der neue Papst Gregor XVI. den heiligen Stuhl bestiegen. So lange er regierte mußte er mit seinen fremden Söldnern und mit dem Landsturme der clericalen Partei, den Centurien der Sanfedisten beständig auf der Wacht stehen um das Hausgut Petri vor den Anschlägen der patriotischen Verschwörer zu behüten. Seit lange her stand der Kirchenstaat in dem Rufe, daß er die schlechteste aller Regierungen Europas besitze, und noch niemals hatte er diesem Rufe so vollkommen entsprochen wie jetzt, da die heißblutigen Romagnolen schon den alten Geusenruf wiederholten: lieber türkisch als päpstlich. Als Papst wie früherhin als General der Camaldulenser führte Gregor das Leben eines vornehmen Mönches; beim Gelage unter den geistlichen Amtsbrüdern konnte der häßliche Mann mit den wulstigen Lippen und dem großen Fistelgeschwür auf der rothen Nase fast liebenswürdig erscheinen, wenn er seiner satirischen Laune freien Lauf ließ. Auch seine Weltanschauung blieb mönchisch; noch schroffer und härter als seine beiden Vorgänger trat er der weltlichen Gewalt entgegen. Während der ersten Jahre ließ er sich durch die behutsamen Rathschläge des Staatssecretärs Bernetti, der noch aus Consalvi's staatskluger Schule stammte, zuweilen etwas zügeln. Aber im Januar 1836 erhielt Bernetti seine Entlassung, und sein Nachfolger wurde Cardinal Lambruschini, das Haupt der „Eiferer", der genuesischen Partei im Cardinalscollegium, ein Priester von strengem Wandel, herrisch, leidenschaftlich, schonungslos, unbeugsam in den Grundsätzen des harten Papalsystems. Er hatte einst als Nuntius in Paris bei dem Staatsstreiche Karl's X. mitgeholfen und selbst durch den Sturz der Bourbonen nichts gelernt. Unterdessen war der Niederländer Roothaan an die Spitze der Gesellschaft Jesu getreten, der fähigste aller Jesuitengenerale seit den Zeiten Aquaviva's, ausgezeichnet durch Verschlagenheit, Welt- und Menschenkenntniß, rastlosen Thatendrang. Seitdem ließ sich die unterirdische Wirksamkeit der Jesuiten in allen Staaten verspüren. Auch in Preußen; denn obwohl den preußischen Unterthanen seit dem Jahre 1827 der Besuch auswärtiger Jesuitenschulen verboten war, so wußte doch am Rhein wie in Posen jeder Kundige, daß viele der preußischen Theologen, welche die Universität München bezogen, dort plötz-

lich verschwanden um nachher unter den Rothröcken des römischen Germanicums wieder aufzutauchen; kehrten sie dann heim, so waren ihre Münchener Abgangszeugnisse, Dank den unbekannten bairischen Gönnern, stets in bester Ordnung.

Durch den glänzenden Sieg, welchen der römische Stuhl auf dem alten Schlachtfelde der Confessionen, in Belgien erfochten hatte, war das Selbstvertrauen der Clericalen überall mächtig angewachsen; sie nannten sich jetzt selbst die ultramontane Partei, und der Name ist ihnen fortan geblieben. Welch ein unermeßlicher Vortheil, daß man fortan triumphirend auf jenes Land verweisen konnte, das von den kurzsichtigen Liberalen als ein Musterstaat gefeiert wurde: die Alleinherrschaft der römischen Kirche war also mit constitutioneller Freiheit nicht unvereinbar! Der belgische Clerus verleugnete seine hispanische Schule nicht; seine Sprache gegen die evangelische Kirche ward immer dreister und drohender. Einer der flandrischen Bischöfe, van der Velde, warnte seine gläubige Heerde in einem Hirtenbriefe vor den Verführern, welche das katholische Volk in der Fastenzeit zu Tanzvergnügungen, zum Besuche unzüchtiger Schauspiele und zum Lesen der heiligen Bücher in der Volkssprache verleiteten; durch solche Mittel suchten die Bibelgesellschaften die Gewissen zu bethören, „wie ihre würdigen Muster im sechzehnten Jahrhundert mit so sehr zu beklagendem Erfolge gethan!“ So lange die französische Revolution den Clerus unterdrückte und beraubte, stand die Curie im Lager der conservativen Höfe; jetzt aber erhoben sich überall revolutionäre Mächte, welche der Kirche günstig schienen, und sofort zeigte sich, daß die römische Politik nur kirchliche Ziele verfolgen darf, mithin alle politischen Parteien lediglich als Mittel behandeln kann. In Belgien stand die Clerisei an der Spitze der Rebellen, und sobald sie die Theilung der Niederlande durchgesetzt, wußte sie alle die constitutionellen Freiheiten, welche der römische Stuhl so oft verdammt hatte, die Freiheit der parlamentarischen Rednerbühne, der Presse, der Vereine mit großem Geschick für ihre Zwecke auszunutzen. In Polen wie in Irland schürten die Ultramontanen den Aufruhr; auch in Frankreich hielten sie sich bereit, jederzeit mit der radicalen Opposition zusammenzugehen, weil sie trotz der Nachgiebigkeit, welche Ludwig Philipp ihnen erwies, den durchaus unkirchlichen Charakter dieses Bürgerkönigthums richtig erkannten. Am allerwenigsten wollten sie die alte Pfaffengasse des deutschen Reichs dem Staate gönnen, den sie mit Recht für die Vormacht des festländischen Protestantismus hielten. Allen Rheinländern war wohlbekannt, daß überall geheime Späher des römischen Stuhles und der belgischen Ultramontanen das Verhalten des Clerus sorgfältig belauerten und jeden Mißgriff der Regierung ausbeuteten; manche Heißsporne empfahlen die Vereinigung des Rheinlands mit dem katholischen Belgien, Andere wünschten das fromme Haus Wittelsbach, das zwei Jahrhunderte hindurch in Düsseldorf und in Köln geherrscht hatte, an den Rhein zurückzuführen.

Derweil diese geheimen ultramontanen Umtriebe die ohnehin verstimmte Rheinprovinz beunruhigten, war die Krone Preußen bemüht, den einzigen Streit, der zwischen ihr und dem Papste bestand, endlich zu beseitigen. Auf Bunsen's Rath hatte sie die Thorheit begangen, über die Behandlung der gemischten Ehen, in Wahrheit also über die Giltigkeit ihrer eigenen Landesgesetze, mit dem römischen Stuhle zu verhandeln und schließlich das Breve vom 25. März 1830 erlangt, das aus der Feder des Cardinals Cappellari, des späteren Papstes Gregor's XVI. stammte.*) Bunsen's Eitelkeit schmeichelte sich dadurch einen glänzenden Sieg über die Curie davon getragen zu haben, und wohlgefällig ließ er sich vom Erzbischof Spiegel zu seinen „Triumph-Negotiationen" Glück wünschen. Als man aber in Berlin schärfer prüfte, entdeckte man bald, daß dies Breve schlechterdings kein unzweideutiges Zugeständniß an die Rechte des paritätischen Staates enthielt; denn die Curie darf niemals einen Grundsatz aufgeben, sie kann höchstens temporum ratione habita eine milde Auslegung ihrer unabänderlichen Gesetze stillschweigend gestatten. Dem Könige schienen vornehmlich zwei Stellen des Breves unannehmbar; er hielt es für unchristlich und der Würde der evangelischen Kirche widersprechend, daß die katholische Braut vor der Todsünde der gemischten Ehe feierlich verwarnt werden sollte; und wenn er sich auch zur Noth mit der passiven Assistenz des römischen Priesters begnügen wollte, so verlangte er doch, daß die kirchliche Einsegnung der gemischten Ehen nicht geradezu verboten würde. Darum ließ er das Breve nach Rom zurücksenden (Febr. 1831), und Bunsen bemühte sich nunmehr, durch langwierige Verhandlungen die Curie umzustimmen. Der Versuch scheiterte. Rom hatte gesprochen, und eine Milderung ließ sich um so weniger erwarten, da der neue Papst Gregor selber der Verfasser des Breves war.

Trotzdem verlor der allezeit hoffnungsvolle Gesandte nicht den Muth. Seit er im Namen der europäischen Mächte den Papst zu Reformen im Kirchenstaate aufgefordert hatte**), hielt er sich für den ersten Mann der römischen Diplomatie, seinem Selbstvertrauen schien nichts mehr unerreichbar. Er rieth, die Krone möge sich insgeheim mit den Bischöfen der westlichen Provinzen über eine milde Auslegung und Handhabung des Breves verständigen. Also mit Hilfe des heimischen Episcopats die Beschlüsse des römischen Stuhles zu umgehen erschien als ein natürliches Mittel der Nothwehr; die Staatsgewalten hatten es schon oftmals angewendet, sobald sie sich gezwungen sahen die unwandelbaren Satzungen der Theokratie mit dem ewigen Wandel der weltlichen Dinge in Einklang zu bringen. Solche immer gefährliche Versuche waren aber bisher nur katholischen Fürsten gelungen, die sich auf ihren Episcopat unbedingt verlassen konnten;

*) S. o. III. 415.
**) S. o. IV. 68.

auch ihnen nur in der alten Zeit vor den Secularisationen, als die Kirche noch reich, der vornehme Clerus noch national gesinnt war und die Geheimnisse der Cabinette sich lange bewahren ließen. Wie durfte der evangelische König Preußens von seinen Landesbischöfen eine so unverbrüchliche Treue erwarten, jetzt da jede Möglichkeit einer Nationalkirche geschwunden war, und die monarchische Gewalt des Papstes auch über den Episcopat fast schrankenlos gebot? Nur Bunsen's Leichtsinn konnte hoffen, daß in dieser Epoche der anonymen Zeitungen und der ultramontanen Wühlerei die Vereinbarung mit den Bischöfen auf die Dauer geheim bleiben würde, eine Vereinbarung, die offenbar alle Kraft verlor sobald sie bekannt ward.

Im Frühjahr 1834 wurde der erfindungsreiche Diplomat nach Berlin berufen, und obwohl die alten Minister zu seinen kühnen Plänen den Kopf schüttelten, so bewahrten ihm doch der König und der Kronprinz ihr unbeschränktes Vertrauen. Er erhielt den Auftrag, zunächst mit dem Erzbischof Spiegel zu verhandeln und fand seinen greisen Gönner zu jeder Nachgiebigkeit bereit. Der milde, weltkundige Prälat sah voraus, wie vielen Unfrieden die Forderung der katholischen Kindererziehung in der so bunt gemischten Kölner Erzdiöcese hervorrufen mußte; er erkannte, daß nicht blos die evangelische Kirche beleidigt, sondern auch die persönliche Ehre jedes evangelischen Bräutigams beschimpft wurde wenn man ihm die unwürdige Zumuthung stellte in seinen eigensten und heiligsten Angelegenheiten einem fremden Priester ein bindendes Versprechen zu geben. Doch wie vertrugen sich diese verständigen Ansichten mit dem päpstlichen Breve? Aus dessen absichtlich gewundenen Sätzen ließ sich mit Sicherheit nur das Eine herauslesen, daß dem Priester höchstens die passive Assistenz gestattet sein sollte falls die Brautleute nicht die katholische Erziehung aller Kinder versprächen. Der Erzbischof schwankte lange und fühlte sich in seinem Gewissen schwer bedrängt. Da fand sich ein geistlicher Tausendkünstler bereit, Bunsen's dreiste Dialektik zu unterstützen: der Domkapitular München, ein gelehrter Kanonist, der in diesen letzten Jahren eine große und, wie selbst der Oberpräsident Vincke meinte, nicht immer wohlthätige Macht über den alternden Kirchenfürsten gewonnen hatte.*) Der bewies in einem schwer gelehrten Gutachten — denn was kann römische Hermeneutik nicht beweisen? — das Breve erlaube Alles was nicht ausdrücklich darin verboten sei.

Nunmehr war Spiegel's Gewissen beruhigt, und nach kurzen Verhandlungen unterzeichnete er mit Bunsen am 19. Juni 1834 einen geheimen Vertrag, welcher Alles gewährte was der Staat für den confessionellen Frieden der westlichen Provinzen zu wünschen hatte, aber weder mit dem neuen Breve des Papstes noch mit den alten kanonischen Vorschriften übereinstimmte. Die kirchliche Einsegnung der gemischten Ehen sollte fortan

*) Vincke an Altenstein, 12. Dec. 1835.

die Regel bilden, ohne Rücksicht auf die Erziehung der Kinder, und nur wenn die katholische Braut einen muthwilligen, sträflichen Leichtsinn zeigte — „also vernünftigerweise niemals“, wie Bunsen frohlockend schrieb — mußte sich der Priester auf die passive Assistenz beschränken. Für diese großen, noch keinem Staate gewährten Zugeständnisse gab die Krone ein Versprechen, das kaum für eine Gegenleistung gelten konnte, weil König und Papst sich darüber schon seit Jahren geeinigt hatten. Sie verhieß, die bürgerliche Eheschließung, die dem Monarchen längst ein Greuel war, auf dem linken Rheinufer abzuschaffen; und in der That legte sie im Frühjahr 1837 dem rheinischen Provinziallandtage einen Gesetzentwurf dieses Inhalts vor, die Stände beanstandeten ihn aber, zu Friedrich Wilhelm's großem Leidwesen, weil die bürgerlichen und die kirchlichen Ehegesetze noch nicht im Einklang stünden. Der Erzbischof übernahm, seine Suffraganen für den geheimen Vertrag zu gewinnen. Er brauchte in Paderborn zwei, in Münster drei Tage um die kirchlichen Bedenken des Bischofs zu überwinden; auch der greise Bischof Hommer von Trier stimmte zu, und der Abrede gemäß erließen die vier Prälaten hierauf gleichlautende Instruktionen an ihre Generalvicariate. Spiegel hoffte auf die ausgleichende Macht der Zeit; er wollte die neue milde Uebung sich erst eine Weile friedlich einbürgern lassen und dann zur guten Stunde den Papst um nachsichtige Genehmigung bitten. Er starb aber schon am 2. Aug. 1835, und nur wenn sich ein gleichgesinnter Nachfolger fand, konnte der so mühsam, durch so zweideutige Mittel gewahrte Friede zwischen Staat und Kirche erhalten bleiben.

Im Cultusministerium ahnte man gar nichts von dem Ernst der Lage. Der Referent für die katholischen Kirchensachen, Geh. Rath Schmedding war unzweifelhaft ein preußischer Patriot, er hatte während der napoleonischen Zeiten lockende Einladungen der bergischen Regierung ausgeschlagen, um im Dienste seines Königs von der Ems nach dem Pregel zu gehen, was dem Westphalen nicht leicht fiel. Er bezweifelte nie, daß die Staatsgewalt souverän, der reine Dualismus von Staat und Kirche unmöglich sei, und bemühte sich eifrig, die kirchliche Einsegnung aller gemischten Ehen bei dem Clerus durchzusetzen.*) Gleichwohl trat er mit den Jahren der mächtig aufsteigenden ultramontanen Partei immer näher. Schmedding verabscheute die vornehmen geistlichen Lebemänner der alten Generation als „ein Geschmeiß verweltlichter Pfaffen“; auch die Hermesianer erschienen ihm bald verdächtig, nur in den Lehren der Tübinger katholischen Schule, die soeben in Möhler's Symbolik ihr reifstes Werk geschaffen hatte, fand er noch unverfälschte christliche Wahrheit. Der König betrachtete ihn nicht ohne Argwohn und überging ihn bei den üblichen Auszeichnungen.**) Um

*) Schmedding, Promemoria über die gemischten Ehen, 12. Mai 1830.

**) Schmedding an Altenstein, 5. Dec. 1819, 23. Mai 1821, 22. Jan. 1826.

so fester stand er in der Gunst seines Ministers; er war die Seele jener Altenstein'schen Kirchenpolitik, welche die römische Kirche nach streng katholischen Grundsätzen von Staatswegen zu gängeln suchte. Mit dem Erzbischof Spiegel, der ihm zu weltlich schien, vertrug er sich wenig, und in Bunsen haßte er begreiflicherweise den unberufenen Nebenbuhler.

Durch wiederholte Reisen suchte er sich über das Leben der katholischen Kirche Deutschlands zu unterrichten. Sie führten ihn nach Bamberg, wo er den milden Erzbischof Frauenburg als einen Freund Preußens und Bewahrer des confessionellen Friedens hochschätzen lernte*), aber auch in seine Heimath, nach Münster. Hier fühlte er sich ganz bezaubert durch den Verkehr mit dem vormaligen Generalvicar Clemens August Droste-Vischering, dem blindesten aller ultramontanen Eiferer, dem einzigen der preußischen Prälaten, der bisher offene Auflehnung gegen die Staatsgewalt gewagt hatte.**) Schon vor Jahren, während des Kampfes zwischen Droste und der Regierung, war Schmedding der Meinung gewesen, daß die Behörden zu weit gegangen seien.***) Als er nun den frommen Priester unter den barmherzigen Schwestern beten sah, als er sich mit ihm „über das große Thema unserer Zeit, die Wechselwirkung von Staat und Kirche" unterredete und immer nur salbungsvolle Antworten erhielt, da glaubte er, dem Entlassenen sei schweres Unrecht widerfahren und er freute sich ihm mindestens die Stelle eines Weihbischofs wieder verschaffen zu können. Nach der Erledigung des Gnesener erzbischöflichen Stuhles, im Jahre 1826, schlug er Droste unbedenklich als Nachfolger vor, und der Antrag ward nur deshalb nicht angenommen, weil Altenstein auf diese Stelle einen Polen berufen wollte.†)

Kaum kam die Kunde von der tödlichen Erkrankung des Kölner Erzbischofs, so entwarf Schmedding schon am 25. Juli 1835, noch bevor Graf Spiegel die Augen geschlossen hatte, mit unanständiger Eile eine Denkschrift, welche den Münsterschen Weihbischof als den einzig möglichen Nachfolger empfahl: die preußischen Bischöfe seien allesammt entweder ungeneigt oder ungeeignet. Von den anderen deutschen Prälaten war gar keine Rede; dagegen wurden Droste's gottseliger Sinn, sein reiner Wandel, seine Bildung an Geist und Herz, seine reiche seelsorgerische Erfahrung kräftig gepriesen und namentlich hervorgehoben, wie er in den letzten Jahren „als ein Engel des Friedens" nur für thätiges Christenthum, „also zum Besten des Staates" gewirkt habe.††) So sollte denn in einem Augenblicke schwieriger Verwicklungen auf die erste geistliche Stelle der Monarchie gerade der

*) Schmedding an Altenstein, Bamberg 29. Sept. 1828.

**) S. o. III. 216.

***) Schmedding an Altenstein, 5. Mai 1818.

†) Schmedding an Altenstein, 2. Oct. 1826.

††) Schmedding, geheimes Promemoria, die Krankheit des Erzbischofs von Köln betr., 25. Juli 1835.

Mann berufen werden, von dem sich am sichersten voraussehen ließ, daß er jede berechtigte oder unberechtigte Anforderung des Staates hartnäckig abweisen würde. Altenstein aber eignete sich Schmedding's Vorschläge wörtlich an; nur den „Engel des Friedens“ und einige ähnliche Lobpreisungen, die doch allzu abenteuerlich klangen, strich er behutsam aus. Geh. Rath Nicolovius erhob dann noch einige bescheidene Einwendungen wegen der mönchischen Lebensweise „des edlen, ernsten Mannes, die bei dem Nachfolger eines Grafen Spiegel nicht wenig auffallend sein würde“; er ließ sich jedoch schnell beschwichtigen. Als Vincke, der Droste von seinen früheren Kämpfen her kannte, schwere Besorgnisse äußerte, da erwiderte Altenstein, er habe keinen anderen Candidaten gefunden, und schloß gemüthlich: „der Himmel hat es bisher gut gestaltet, und ich hoffe, es soll auch fernerhin gut gehen.“*)

Sicherlich hätte weder der Minister noch sein vortragender Rath ohne höheren Schutz einen so ungeheuerlichen Vorschlag gewagt. Der König alterte, und die künftige Regierung warf schon ihre Schatten in die Gegenwart hinein. Der Kronprinz und Prinz Wilhelm der Aeltere mit seiner frommen Gemahlin Marianne hatten neuerdings Münster besucht und sich in Droste's Clemens-Hospitale recht von Herzen erbaut, seine Kasteiungen bewundert, seine „Anleitung zum inneren Gebete“, die er für die barmherzigen Schwestern geschrieben, wohlgefällig entgegengenommen; wie so viele Protestanten des Nordostens glaubten sie arglos, dies römische Büßerwesen sei der evangelischen Rechtgläubigkeit verwandt. Nur einem so musterhaft frommen Priester wollte der Konprinz den Kölnischen Stuhl anvertrauen; auch hielt er es für eine Ehrenpflicht des preußischen Thrones, die alten Domherrengeschlechter, die einst das stiftische Deutschland beherrscht hatten, dadurch zu entschädigen, daß ihre Söhne die großen Prälaturen des Westens erhielten.**) Damit war für Altenstein, der in kirchlichen Fragen dem Thronfolger stets nachgab, Alles entschieden.

Um ganz sicher zu gehen, ließ der Minister durch einen Münsterschen Dom-Capitular anfragen, ob Droste die mit Spiegel getroffene Uebereinkunft einhalten wolle. Die Antwort bewies, daß der beschauliche Sohn der rothen Erde trotz seiner weltverachtenden Heiligkeit durchaus nicht abgeneigt war den Hirtenstab des Erzbischofs zu ergreifen. Droste betheuerte (5. Sept.), er wünsche mit Allen im Frieden zu leben, die letzten Jahre seines Lebens noch recht zum Wohlthun zu verwenden; gelange er je zum bischöflichen Amte, so werde er sich wohl hüten, jene gemäß dem Breve getroffene Vereinbarung anzugreifen, sondern sie im Geiste der Liebe, der Friedfertigkeit anwenden. Nunmehr war Altenstein beruhigt. Er versicherte

*) Nicolovius' Votum, 11. Aug. Altenstein's Antwort, 14. Aug. Altenstein an Vincke, 30. Nov. 1835.

**) Dies erzählt u. A. der über katholische Dinge immer wohl unterrichtete Minister du Thil.

dem Monarchen, dieser Clemens August sei ungleich milder gesinnt als sein älterer Bruder, der Bischof von Münster, Caspar Max*), und der König ertheilte seine Genehmigung. Cardinal Lambruschini aber, der seinen Mann kannte, sagte zu Bunsen, in der unwillkürlichen Aufwallung des ersten Erstaunens: „Ist Ihre Regierung toll?" Und der gegen den Clerus immer nachsichtige Oberpräsident Bodelschwingh meinte, als das Domcapitel die Wahl vollzogen hatte: dies sei der entsetzlichste und unverantwortlichste Mißgriff.

Ganz ebenso blind und störrisch, ganz ebenso durchdrungen von dem Bewußtsein seines göttlichen Rechtes wie Ernst August von Hannover schritt Droste-Vischering auf sein Ziel los: die weltliche Gewalt war für ihn einfach nicht vorhanden; und wenn er auch weder mit der Verlogenheit noch mit der Schlauheit des Welfen wetteifern konnte, so zeigte er sich doch ganz ebenso unbedenklich in der Wahl der Mittel. Wie ward plötzlich Alles anders in dem geistlichen Palaste bei St. Gereon, sobald der neue Oberhirt im Mai 1836 eingezogen war. Klösterliche Stille herrschte in den Sälen, wo vordem Spiegel seine heiteren, aber immer ehrbaren Gastmahle gegeben hatte. Die niederen Cleriker, die bei Spiegel stets einer weltmännisch freundlichen Aufnahme sicher waren, behandelte Droste so streng und mürrisch, daß sie bald klagten, diese Härte widerspreche den kanonischen Vorschriften; in der Regel durfte sein alter westphälischer Bedienter keinen Besuch vorlassen. Die schöne, dem Dom-Capitel vermachte Bibliothek seines Vorgängers ließ er schleunigst aus dem Hause schaffen. Mit solcher heidnischen Wissenschaft wollte er nichts zu thun haben; außer der Tabakspfeife kannte er kein irdisches Bedürfniß. Von den höheren Geistlichen, die fast allesammt zu Spiegel's Schule gehörten, hielt sich Droste fern. Sein vertrauter Rathgeber war der junge Caplan Michelis, und mit Hilfe dieses ultramontanen Heißsporns gelang es ihm, seine Laufbahn in kurzen anderthalb Jahren abzuschließen.

Mit unverhohlener Schadenfreude begrüßten die belgischen Blätter, voran das ultramontane Journal de Liège, den Einzug ihres Gesinnungsgenossen. Gleich nach Spiegel's Tode erschien das „Rothe Buch", ein in den Kreisen der Aachener Clerisei entstandenes Libell, das von lügnerischen Anschuldigungen gegen die preußische Krone überfloß und den Berliner Staatsmännern ehrgeizige Pläne, welche ihnen nur zu fremd waren, andichtete: „Preußen und Deutschland scheinen ihnen schon identisch." Als das Rothe Buch in Preußen unterdrückt wurde, that sich in dem belgischen Städtchen Sittard, dicht an der Grenze, eine Winkelpresse auf, welche das verbotene Werk nachdruckte und außerdem noch eine Menge aufrührerischer Flugschriften in der Rheinprovinz verbreitete.**) Die in Sittard ver-

*) Dies rügte der König späterhin, in einer Randbemerkung v. Jan. 1838.
**) Rochow's Bericht an den König, 24. Mai 1837.

legten „Winterabend-Unterhaltungen am warmen Ofen" schilderten den Rheinländern, wie sie allesammt Sklaven seien, auf preußisch hinter's Licht geführt, wie das Land vor fünfundzwanzig Jahren mehr Kronenthaler besessen hätte als heute Silbergroschen; wenn ein Protestant sich auf den Glauben seiner Väter berufe, so sei dies ganz das Nämliche als wenn ein schlechter Kerl sage: meine Eltern waren auch schlechte Kerle. Dem evangelischen Könige, der durch Seelenverkauf seine Schwiegertochter dem wahren Glauben entfremdet habe, wurde als leuchtendes Gegenbild der gerechte katholische „Kaiser Fränzel in Oesterreich" entgegengestellt.

Dem wilden clericalen Hasse, der sich in solchen Schriften aussprach, boten zunächst die Hermesianer eine willkommene Zielscheibe. Es rächte sich jetzt, daß Spiegel, zu Altenstein's Leidwesen, die Schüler von Hermes parteiisch begünstigt hatte. Die so lange zurückgesetzte gegnerische Partei dürstete nach Rache; sie wußte, daß der neue Erzbischof mit Spiegel wie mit Hermes immer in Feindschaft gelebt hatte. Er selbst berechnete die Zahl der Hermesianer unter dem Clerus seines Erzbisthums auf mehr als fünftausend, und dazu gehörten fast alle die älteren, der Staatsgewalt gehorsamen Geistlichen. Gleichwohl war diese mächtige Schule schon im Sinken, ganz wie der alte Rationalismus innerhalb der evangelischen Kirche. Für die neuen Ideen, welche die Romantik in der katholischen Welt geweckt hatte, zeigten die Hermesianer kein Verständniß, und je kräftiger das kirchliche Bewußtsein sich wieder regte, um so weniger konnte ihm eine Theologie genügen, welche die römischen Glaubenssätze auf die rein protestantische Lehre Kant's zu stützen suchte. Vor Jahren schon hatte der ultramontane Generalvicar Fonck in Aachen die Bonner Theologen vor dem Königsberger Philosophen gewarnt, was der Minister freilich als eine unbefugte Einmischung in die Wissenschaft rügte.*) Neuerdings führte die Aschaffenburger Kirchenzeitung einen heftigen Federkrieg gegen die Halbheiten der Hermesianer, und nach Hermes' Tode (1831) versuchten seine Gegner, den römischen Stuhl zu einem Machtspruche wider den Verstorbenen zu bewegen. Jarcke in Wien betrieb die Denunciation mit dem fanatischen Eifer des Convertiten, die Wiener Redemtoristen stellten sogleich eine Reihe ketzerischer Sätze aus Hermes' Schriften zusammen. Dann bereiste Jarcke das Rheinland um neue Beweismittel gegen die Bonner Theologenschule zu sammeln; er beredete seinen Gönner Metternich, die Anklage in Rom durch den Gesandten Graf Lützow, der auch zu der clericalen Schaar der evangelischen Renegaten gehörte, insgeheim zu unterstützen. Die Hände des Wiener Hofpublicisten ließen sich überall spüren; er gab in diesen Jahren dem Erbprinzen von Nassau politischen Unterricht, und mit solchem Erfolge, daß die Heimath der protestantischen Oranier nachher für lange Zeit den clericalen Einflüssen verfiel. Nun wurden der

*) Fonck an Prof. Seber in Bonn, 18. Juli; Altenstein an Rehfues, 22. Aug. 1823.

Bonner Arzt Windischmann und mehrere deutsche Theologen beauftragt, ihre Gutachten dem heiligen Stuhle einzureichen.*)

Graf Reisach in Rom und der Jesuit Perrone erstatteten den Schlußbericht, und im September 1835, bald nach Spiegel's Ableben, wurden die Hauptsätze der Hermesianer durch ein scharfes, von Gregor XVI. selbst verfaßtes päpstliches Breve als der Ketzerei verdächtig (haeresin sapientes) verdammt. Der König von Preußen trug Bedenken seine landesherrliche Genehmigung zu ertheilen. Aber in diesem Zeitalter der Oeffentlichkeit hatte das Schwert des placet längst keine Schneide mehr. Die Verordnung des Papstes erschien in der Aschaffenburger Kirchenzeitung, Freund und Feind mußten mit der vollendeten Thatsache rechnen. Groß war der Schrecken unter den gemäßigten Clerikern. Bischof Bausch in Limburg richtete an den Bonner Braun, der mit seinem Amtsgenossen Achterfeldt für das Haupt der Hermesianer galt, einen wehmüthigen Trostbrief und betheuerte, daß in seiner Diöcese Hermes' Schüler „sich durchaus kirchlich und katholisch benehmen, sich durch einen gesitteten Lebenswandel auszeichnen und empfehlen.“ Noch heftiger klagte der Wiener Theolog Pabst über dies Urtheil, das „unsere nahe wissenschaftliche Uebermacht über den Protestantismus“ vernichte, „den respectabelsten Theil der katholischen Geistlichen Deutschlands“ mit schwerem Kummer treffe.**) Metternich aber ermahnte den Papst inständig, gegen die Hermesianer fest zu bleiben.***) Um dem Papste die Unschuld des verstorbenen Meisters zu erweisen, ging Braun mit seinem Freunde Elvenich selbst nach Rom; dort wurden die Beiden an den Jesuitengeneral verwiesen und, wie vorauszusehen, unverrichteter Dinge heimgeschickt. So mächtig war schon der Drang nach unbedingter Einheit in der erstarkenden römischen Kirche, so schwach die sittliche Kraft einer wohlmeinenden Gelehrtenschule, welche das Unversöhnliche versöhnen wollte: nach kurzer Frist unterwarfen sich die Hermesianer allesammt, mit der einzigen Ausnahme von Braun und Achterfeldt. Ein Wort des Pontifex genügte, um den Lehrer, der so lange im deutschen Westen für eine Säule der Kirche gegolten hatte, aus der Heerde der Gläubigen hinauszuweisen.

Daß die Krone sich in diesen rein dogmatischen Streit nicht einmischen durfte, war dem Cultusminister von Haus aus unzweifelhaft. Wohl sprach er aus, in solchen Händeln entlade sich nur der alte Haß, welchen der römische Stuhl seit Luther's Tagen gegen die deutschen Universitäten hege; sein Wunsch ging aber nur dahin, daß der Kampf mit Ruhe geführt werde und womöglich „sich in sich selbst verblute“, denn „theologisch wahr

---

*) Dies Alles ergab sich aus den Nachforschungen, welche Schmedding bei den Bonner Professoren anstellen ließ. (Altenstein an Rehfues, 3. Juni 1836; Schmedding an Rehfues, 11. Febr., Rehfues' Bericht, 21. Febr. 1837).

**) Bischof Bausch an Braun, 10. Nov.; Dr. Pabst an Braun, 9. Oct. 1835.

***) Metternich, Weisung an Lützow, 10. Juni 1837.

oder falsch könne von einer Staats-Entscheidung nicht abhängen". Auf keinen Fall wollte er sich „einen Eingriff der Staatsgewalt in das Heiligthum des Glaubens oder eine Störung der ordnungsmäßigen Bewegung der vorgesetzten geistlichen Autorität" erlauben.*) Sein getreuer Schmedding betrachtete den Handel sogar mit schlecht verhehlter Schadenfreude und rieth einem hermesianischen Theologen halb spöttisch, „die Entwicklung dieser Tragikomödie mit Gelassenheit abzuwarten."**) Daher ließ Altenstein, obgleich das Breve in Preußen noch gar nicht veröffentlicht war, die betheiligten Bonner Professoren bei dem Curator Rehfues zusammenrufen und ihnen das Versprechen abnehmen, daß sie über Hermes und seine Lehre in ihren Vorlesungen unverbrüchlich schweigen würden.

Weiter konnte der Staat in seiner Nachgiebigkeit unmöglich gehen. Der Erzbischof war befugt, das gesammte innere Leben des Bonner Convicts, das amtlich als ein Bestandtheil des Kölnischen Priesterseminars angesehen wurde, zu leiten, und wenn er dies Recht ebenso kräftig handhabte wie sein Vorgänger, so ließ sich die hermesianische Doctrin aus dem theologischen Unterricht kurzerhand hinausfegen. Droste aber wollte nicht blos die Lehren, sondern auch die Personen der verhaßten Hermesianer beseitigen. „Welchen Weg ich einschlage, so schrieb er an Rehfues, darüber bin ich mit mir noch nicht eins. Das aber steht fest, daß ich das Einschleichen der die Staaten so sehr beunruhigenden Demagogie in die Kirche nicht dulde und von allen katholischen Priestern meiner Diöcese, welche Stellung immer sie einnehmen mögen, in kirchlichen Dingen Gehorsam fordere, weil ich solchen fordern muß und sie solchen leisten müssen." Als ihn Altenstein wegen eines belgischen Zeitungsartikels, der nur aus der Kölnischen Kanzlei herrühren konnte, zur Rede stellte, da erwiderte er grob: „Caplan Michelis hat Feinde, doch gewiß keine anderen als jene Hermesianer, deren Dünkel nicht mit seiner Bescheidenheit harmonirt." Es war als ob er Händel suchte, und der sanftmüthige Minister bemerkte zu dem Schreiben: „dieser Ton kann sehr weit führen, und es ist daher die Frage was zu thun."***)

Offenbar beabsichtigte der Erzbischof, das Bonner Convict, das die Theologen doch in einigen Verkehr mit der weltlichen Wissenschaft brachte, ganz zu zerstören. Früher, schrieb er dem Minister, wurde die Theologie hier im Kölnischen Seminar gelehrt; „da lernten die Alumnen gewiß nicht so viel Vernunftbeweise, aber sie lernten Dogmatik, Moral u. s. w., lernten Theologie, lernten was sie gebrauchen können, und ich danke Gott, daß ich noch Geistliche aus dieser Zeit in der Erzdiöcese habe."†) Er wollte weder die Bonner Theologen persönlich vernehmen, wie Rehfues ihm vorschlug,

---

*) Altenstein an Rehfues, 29. Juni, 27. Oct. 1836, 8. Febr. 1837.

**) Schmedding, 8. März 1836, an einen hermesianischen Geistlichen, dessen Namen ich nicht kenne.

***) Droste an Rehfues, 6. April 1837; an Altenstein, 16. Dec. 1836.

†) Droste an Altenstein, 22. Dec. 1836.

noch einen Commissär in ihre Collegien schicken, denn sie würden sich nur verstellen; auch das streng römische Liebermann'sche Compendium nütze nichts als Leitfaden für die Vorlesungen, da die Professoren doch nach Belieben darüber redeten. Während er also sein unbestrittenes Aufsichtsrecht auszuüben geflissentlich verschmähte, griff er, wie um die Staatsgewalt zu verhöhnen, zu gesetzwidrigen Mitteln. Zunächst verbot er ein Heft der von den Bonner Hermesianern herausgegebenen Theologischen Zeitschrift, obgleich er wissen mußte, daß den Bischöfen nur die Censur über Erbauungsschriften zustand. Sodann befahl er durch den Domdechanten den Bonner Geistlichen, ihren Beichtkindern das Lesen hermesianischer Schriften und den Besuch hermesianischer Vorlesungen zu verbieten. Die päpstliche Verfügung gilt, so schrieb er, und Niemand darf sich damit entschuldigen, daß sie noch nicht veröffentlicht ist, weil „wofern jene Entschuldigung wirklich entschuldigend wäre, die weltliche Macht es durchaus in ihrer Gewalt hätte, die Wirksamkeit des vom Heiland angeordneten centri unitatis völlig zu hemmen, was freilich den Hermesianern, wie allen Sektirern, die sich nur vermittelst der weltlichen Gewalt, welche niemals in Beziehung auf Gegenstände vorliegender Art Richter sein kann, mithin sobald sie Theil nimmt Partei ist, halten können, nicht unlieb sein dürfte." Der Stil seiner Briefe entsprach immer genau dem rohen, zänkischen Inhalt und der Plumpheit der Schriftzüge. Die natürliche Folge jener Verfügung war, daß im Convict alle Bande der Zucht zerrissen; die Studenten spalteten sich in Parteien und denuncirten ihre Lehrer bei dem Erzbischof, der solche Anzeigen unbedenklich annahm. Als ihm im Sommer 1837 der Lektionskatalog für das nächste Semester vorgelegt wurde, strich er ohne weitere Nachfrage sämmtliche theologische Vorlesungen aus; nur der clericale Professor Klee durfte Colleg halten. Damit war die zum Besten der rheinischen Kirche errichtete königliche Stiftung zerstört; die Mehrzahl der Studenten verließ das Convict und suchte im Kölner Seminar unterzukommen. Endlich ließ Droste seinen jungen Clerikern noch achtzehn Thesen zur Unterschrift vorlegen. Die letzte der Thesen stellte rundweg jedes Aufsichtsrecht des Staates in Abrede, sie enthielt das Versprechen, daß man von dem Erzbischofe nur an den Papst appelliren wolle, und widersprach so unzweifelhaft den preußischen Gesetzen, daß selbst der clericale Jurist Walter, amtlich befragt, sie für bedenklich erklärte. —

Dennoch wollte die langmüthige Regierung den widersetzlichen Prälaten schonen; erst der wieder ausbrechende ernstere Streit um die gemischten Ehen zwang sie zum Bruche. Kurz bevor Droste sein Amt antrat, veröffentlichte ein clericales belgisches Blatt den Hauptinhalt jener von den Bischöfen an die Generalvicariate erlassenen geheimen Instruction; die Angaben waren im Wesentlichen richtig, nur glaubte der anonyme Einsender, das Aktenstück sei eine Weisung Spiegel's an seine Suffraganen. Welch eine Genugthuung für den römischen Stuhl. Da er selbst bei allen

seinen diplomatischen Verhandlungen Hintergedanken hegt und hegen muß, so gereicht es ihm stets zur besonderen Freude, wenn er einmal auch die weltliche Gewalt auf Schleichwegen antrifft. Mit hoher sittlicher Entrüstung fragte Cardinal Lambruschini den preußischen Gesandten (15. März 1836), ob diese Weisung nicht den Vorschriften des Breves offenbar zuwiderlaufe. Zugleich sprach er die Hoffnung aus, ein päpstlicher Nuntius in Berlin könne die Wiederkehr solcher Irrungen leicht verhindern. Dieser letztere Wunsch wurde sofort entschieden zurückgewiesen. Auf keinen Fall wollte der König in seiner Hauptstadt einen römischen Prälaten dulden, um den sich die Oppositionspartei des polnischen und westphälischen Adels vielleicht versammeln konnte; Ancillon meinte sogar, kein souveräner Staat dürfe einen solchen diplomatischen Vertreter einer Kirchengemeinschaft zulassen. Ebenso offen mußte der preußische Hof, wenn er richtig rechnete, auch die erste Anfrage wegen der Instruction beantworten. Das Geheimniß war verrathen, und nun blieb nur übrig, dem Papste ehrlich herauszusagen: da er über das räthselhafte Breve keine genügende Erklärung hätte abgeben wollen, so sei die Krone genöthigt gewesen, sich mit ihren Landesbischöfen zu verständigen. Bunsen aber dachte auch jetzt noch mit seinen beliebten kleinen Mitteln durchzukommen und erlaubte sich eine ebenso unwürdige als thörichte Sophisterei.

In seiner Antwort vom 16. April betheuerte er feierlich, niemals habe Spiegel eine solche Weisung erlassen. Die Versicherung war buchstäblich wahr, der Sache nach grundfalsch, und sie ward dadurch nicht edler, daß ein Schwall frommer, tugendhafter Redensarten darauf folgte; in solchen Künsten diplomatischer Kanzelberedsamkeit durfte es der deutsche Theolog mit dem Cardinal wohl aufnehmen. Was nicht ausbleiben konnte, geschah. Die Curie ließ unter der Hand durch ihre Getreuen am Rhein weitere Nachforschungen anstellen, und als im November der ehrwürdige Bischof von Trier auf dem Todesbette lag, unterschrieb er, wahrscheinlich durch seine geistlichen Umgebungen überredet, einen reuigen Brief, der den heiligen Vater um Verzeihung bat wegen jener geheimen Instruction. Bald darauf kannte der römische Stuhl schon den vollständigen Wortlaut der Vereinbarung zwischen Spiegel und Bunsen. In welchem Lichte stand nun Preußens Krone da! Dank den Mißgriffen ihres römischen Gesandten gerieth diese bei allen ihren Schwächen durchaus ehrliche Regierung in den Ruf der Verrätherei, und solche Nachrede war nirgends gefährlicher als am Rhein, wo alle Schoppenstecher sich längst gewöhnt hatten die albernen Witze über die preußischen Pfiffe und Kniffe nachzusprechen. Jetzt schimpften die Rheinländer auf den Lug-Bunsen und sagten: wenn er weint, dann lügt er!

Wer hätte nach solchen Erlebnissen den Erzbischof zurückhalten können auf seiner abschüssigen Bahn? In Köln wie einst in Münster befahl er seinen Geistlichen ganz unbedenklich, keine gemischte Ehe ohne das Versprechen

katholischer Kindererziehung einzusegnen, und dem Papste gab er schon im September 1836 die Zusage, daß er dem Breve unverbrüchlich nachkommen werde. Als die Regierung ihm vorhielt, er habe doch feierlich gelobt, die Instruction im Geiste der Liebe zu befolgen, da ertheilte er die unerwartete Antwort, diese Instruction hätte er gar nicht gekannt. Diese in jedem anderen Munde lächerliche Versicherung wurde von der Regierung selbst nicht in Zweifel gezogen; bei dem blinden Fanatiker war Vieles möglich, was klügere Männer nie gewagt hätten. Droste lebte ganz in kirchlichen Vorstellungen und verachtete von Grund aus die Staatsgewalt des protestantischen Königs; also blieb immerhin denkbar, daß er es wirklich nicht der Mühe werth gehalten hatte, die Instruction, deren Befolgung er heilig angelobte, auch nur eines Blickes zu würdigen. Nach den gewöhnlichen Ansichten menschlicher Rechtschaffenheit war er freilich verpflichtet, seine Würde niederzulegen, wenn er die Bedingungen nicht zu halten vermochte, unter denen sie ihm anvertraut war. Aber wie konnten solche weltliche Ehrbegriffe den Hochmuth des Prälaten beirren? Wie er die Dinge ansah, verdankte er sein Amt allein der Gnade Gottes und des heiligen Stuhles; daß die weltliche Gewalt dabei auch nur mitgeredet hatte, erschien ihm schon als frevelhafte Usurpation. Dem Minister Rochow erwiderte er trocken: die Kirche sei dem Staate gleichgeordnet, jedes Aufsichtsrecht der Staatsgewalt unnütz und unbefugt; über Bildung, Anstellung, Absetzung der Geistlichen wie der theologischen Professoren habe der Bischof allein zu entscheiden; das Convict müsse nach Köln verlegt und dort auch ein erzbischöfliches Knabenseminar errichtet werden. Das Alles im Namen der katholischen Kirchenfreiheit.

So warf er kurzerhand alle Kirchengesetze der Monarchie über den Haufen, und schon im Frühjahr 1837 ließ der preußische Hof der Curie mittheilen, daß er sich vielleicht gezwungen sehen würde, den Unbelehrbaren, der freilich nur durch die Thorheit der Regierung sein Amt erlangt hatte, wieder zu entfernen. Der Sommer verlief über vergeblichen Vermittlungsversuchen. Umsonst ging Cardinal Capaccini nach Köln, ein Kirchenfürst von milder Gesinnung, der allerdings kein zuverlässiger Bundesgenosse der evangelischen Krone sein konnte. Nachher, im September, suchten auch der aus Rom herbeigerufene Bunsen und Graf Anton Stolberg „dem versteinerten Prälaten“ ins Gewissen zu reden und ihm zu zeigen, daß er entweder sein Amt aufgeben oder die Staatsgesetze, die er förmlich anerkannt habe, befolgen müsse.*) Alles vergeblich. Am 31. October schrieb Droste dem Minister: an die Instruction halte er sich nicht gebunden, sofern sie dem Breve widerspreche. Eine solche Widersetzlichkeit durfte der Staat nicht dulden. Eine Revolution wünschten die Rheinländer freilich nicht, sie wußten trotz aller Schmähungen nur zu wohl, wie viel sie dem

*) Berichte an den König, von Bunsen 15. 23. Sept., von Stolberg 20. Sept. 1837.

preußischen Staate verdankten. Aber ernste Ruhestörungen schienen allerdings zu befürchten. Ein am Thore des Doms angeschlagener Aufruf mahnte die rheinischen Katholiken das protestantische Joch abzuschütteln, die belgischen Emissäre trieben überall ihr Unwesen, und Droste selbst nahm keinen Anstand, den Kölnern durch die Pfarrer mitzutheilen, daß er die Rechte der Kirche gegen die Anschläge der weltlichen Gewalt vertheidigen wolle. Sollte man warten, bis diese Aufwiegelung ihre Früchte trug? Der Oberpräsident Bodelschwingh versicherte bestimmt, daß Droste beabsichtige, sich im Ornate vor dem Hochaltare des Domes gefangen nehmen zu lassen, um dergestalt das der Kirche allezeit vortheilhafte Martyrium mit geistlichem Pomp zu vollenden.

Am 14. November wurde ein großer Ministerrath unter dem Vorsitze des Königs abgehalten. Bunsen wohnte der Berathung bei. Er war, gleich seinem Gönner dem Kronprinzen, zu jeder möglichen Nachgiebigkeit bereit und hatte soeben erst durchgesetzt, daß jene unbillige alte Verordnung, welche die Soldaten allesammt zum Besuch der evangelischen Kirchenparaden verpflichtete, vom Könige aufgehoben wurde; aber nach Allem was geschehen glaubte er in Rom nichts mehr erreichen zu können, wenn nicht der Staat zuvor durch Thaten sein Ansehen gewahrt habe. Dahin war es gekommen — so sagte selbst der Freund des Kronprinzen, Anton Stolberg — „daß sich einfach die Frage stellte, ob der König oder der Erzbischof das Ruder der Regierung führen solle.“*) Demnach beschlossen die Minister, den Erzbischof aus seiner Diöcese zu entfernen, wenn er sein Amt nicht freiwillig niederlege; er sollte in seine Münstersche Heimath, oder falls er sich hartnäckig widersetze, nach einem festen Platze abgeführt werden.**) Der Befehl wurde am 20. November durch Bodelschwingh und General Pfuel gewandt, ohne unnütze Härte ausgeführt; Droste verblieb vorläufig auf der Festung Minden, da er nicht in seine Heimath gehen wollte. Unzweifelhaft gebrauchte die Krone nur ihr gutes Recht. Da die altpreußische Gesetzgebung für politische Vergehen auch im Rheinlande galt, so war der König ebenso befugt den widersetzlichen Erzbischof durch einen Verhaftsbefehl unschädlich zu machen, wie einst Friedrich der Große von Rechtswegen die Fürstbischöfe Sinzendorf und Schaffgotsch aus Breslau hatte entfernen lassen. Aber die Zeit war verwandelt. Dies Recht der absoluten Krone lebte nicht mehr im Rechtsbewußtsein des Volkes, sondern erschien bereits als Willkür; und was noch übler war, die öffentliche Meinung mußte glauben, daß der Staat katholische Priester zur Spendung des Sakraments der Ehe, das die Kirche doch nur nach ihrem eigenen Ermessen gewähren oder versagen kann, durch zwingenden Befehl nöthigen wolle.

---

*) Stolberg an Cuny, 16. Dec. 1837.

**) Cabinetsordre an Bodelschwingh, 15. Nov. 1837.

Diesen Vortheil konnte sich die Curie unmöglich entgehen lassen, und was ihr die diplomatische Klugheit gebot, befriedigte zugleich ihren unauslöschlichen Haß. Wohl war der preußische Staat am frühesten unter allen protestantischen Mächten der römischen Kirche gerecht worden. Dennoch blieb er dem Papstthum der Todfeind, der Hort und Halt des Protestantismus, seine Krone ruhte auf einem secularisirten Kirchenlande; und bot sich die Gelegenheit, das Vaterland Martin Luther's in seinem politischen Kerne anzugreifen, dann mußten alle die so lange verhüllten Empfindungen des Vaticans zu Tage treten. Sofort nach den ersten Kölnischen Nachrichten versammelte Gregor die Cardinäle, ohne auch nur die ihm aus Berlin zugesagten näheren Mittheilungen abzuwarten, und sagte am 10. Dec. in einer grimmigen Allocution: „Was Niemand sich vorstellen oder aussinnen konnte, was auch nur leichthin zu muthmaßen ein Verbrechen gewesen wäre, das ist auf wohlberechneten Antrieb der weltlichen Gewalt geschehen." Darum erhob er seine Stimme „um die verletzte kirchliche Freiheit, die verhöhnte bischöfliche Würde, die mit Füßen getretenen Rechte der katholischen Kirche und dieses heiligen Stuhles öffentlich klagend zurückzufordern". Ein Ton urkräftigen Behagens klang durch diese Verwünschungen; Jedermann fühlte, hier sprach das Herz des christlichen Pontifex. Seit der Wiederherstellung des Kirchenstaates geschah es zum ersten male, daß die Curie einen mächtigen Staat also zu beleidigen wagte; und da das leere Pathos der Allocutionen noch nicht, wie unter Gregor's Nachfolger, durch beharrliche Wiederholung vernutzt war, so hallten die Flüche des Papstes weithin in der katholischen Welt wieder.

Auf solche Beschimpfungen gab es nur eine Antwort. Die Krone Preußen mußte ihren Gesandten aus Rom abberufen und, ohne den Vatican eines Wortes zu würdigen, sofort die bürgerliche Eheschließung einführen — ein entscheidender Schlag, worauf man in Rom am wenigsten gefaßt war. Dann bot die Lage des verwaisten Erzbisthums wenig Schwierigkeiten. Die Mehrheit des Kölner Domcapitels war hermesianisch gesinnt und folgte den Rathschlägen jenes Capitulars München, welcher einst die kunstvolle Auslegung des Breves verfaßt hatte. Das Capitel übernahm auf Verlangen der Staatsgewalt unbedenklich die vorläufige Verwaltung der Diöcese, wählte den Domkapitular Hüsgen zum Generalvicar und beschwerte sich bei der Curie, natürlich nicht ohne die herkömmlichen Wehklagen, über die Härte des gefangenen Erzbischofs. Ein scharfer Verweis des Papstes hatte keine fühlbaren Folgen. Als der Nuntius Spinelli in Brüssel versuchte die Wahl Hüsgen's für unkanonisch, seine Fastenindulte für nichtig zu erklären, da schritt der König mit einem scharfen Verbote ein, und die Curie erwiderte verlegen, Spinelli habe ohne Auftrag gehandelt.*) Auch die Vorlesungen am Bonner Convict durften, mit Erlaubniß des Dom-

*) Rochow's Bericht an den König, 5. Apr.; Cabinetsordre v. 9. Apr. 1838.

capitels, wieder eröffnet werden, da die Hermesianer sich der dogmatischen Entscheidung des Papstes unterwarfen.*) So ließen sich die Zustände in der Erzdiöcese wohl noch eine gute Weile hinhalten, wenn nur der Stein des Anstoßes, der Streit um die gemischten Ehen, aus dem Wege geräumt wurde.

Die Regel der kirchlichen Eheschließung wurde in einem paritätischen Staate schlechterdings unhaltbar sobald die Eintracht zwischen Papst und Krone aufhörte. Hielt der Staat auch dann noch an dieser Vorschrift fest, so blieb ihm nur die Wahl, ob er die Gewissen der katholischen Priester tyrannisch mißhandeln oder seine eigenen Gesetze der Willkür der Landesbischöfe unterwerfen wollte. Dem preußischen Hofe und der Lehre vom christlichen Staate, wie sie in Berlin aufgefaßt wurde, war diese Einsicht fremd; die Frage lag überhaupt noch außerhalb des Ideenkreises der Zeit. Kein einziger unter den unzähligen Schriftstellern, welche den Kölner Bischofsstreit besprachen, erörterte die Bedeutung der bürgerlichen Ehe mit eindringender Sachkenntniß. Der König hielt also die Fortdauer der kirchlichen Eheschließung für ganz selbstverständlich. Nun sah er seine katholischen Unterthanen von schweren Gewissensbedenken gepeinigt, und er mußte anerkennen, daß die bürgerliche Ordnung, trotz der starken Aufregung, welche namentlich die Frauen ergriffen hatte, in den Rheinlanden fast ganz ungestört blieb. Die Gewissen zu bedrängen war ihm ja niemals in den Sinn gekommen, er hatte nur nach seiner königlichen Pflicht die freche Verhöhnung der Landesgesetze verhindern wollen. Um die erregten Gemüther zu beschwichtigen, unterzeichnete er also am 28. Jan. 1838 eine Cabinetsordre, welche in milden Worten aussprach, den Geistlichen sei nur untersagt, „sich ein förmliches Versprechen für die Erziehung der Kinder in der katholischen Religion geben zu lassen"; bescheidene Erkundigungen blieben den Priestern unverwehrt, und in zweifelhaften Fällen sollten die Bischöfe entscheiden „ohne daß ein Verfahren bei den Staatsbehörden stattfände". Dieser offenbar wohlgemeinte Erlaß war doch nichts anders als ein vollständiger Rückzug der Staatsgewalt; er bewies nur, wie wenig man in Berlin den Sinn des Streites zwischen dem souveränen Staate und der kirchlichen Herrschsucht verstand. Den Bischöfen blieb fortan die letzte Entscheidung über die gemischten Ehen vorbehalten. Mehr wollte ja Droste selbst nicht; warum hielt man also den ultramontanen Heißsporn noch gefangen?

Noch weit schwerer als durch diesen Rückzug ward das Ansehen der preußischen Krone durch die unglaubliche Thorheit ihrer Diplomaten in Rom geschädigt. Lambruschini scheute sich nicht, die Allocution dem Legationsrath v. Buch, der den abwesenden Gesandten vertrat, zu übersenden — eine neue, muthwillige Beleidigung, da die wuthschnaubende Anrede des Papstes gar nicht an den preußischen Hof gerichtet war. Buch war ein

*) Protokoll des Domcapitels, 27. Nov. 1837.

wackerer märkischer Edelmann, so durchaus ehrlich, daß die geriebenen Monsignori des Vaticans quello barone tedesco als eine römische Merkwürdigkeit betrachteten; wie die meisten seiner brandenburgischen Landsleute hatte er vom katholischen Wesen schlechterdings keinen Begriff und verwechselte die gewaltige moralische Kraft dieser Weltkirche arglos mit der lächerlichen Schwäche des Kirchenstaates. In seiner Erwiderung auf die Mittheilung des Cardinal-Staatssecretärs (12. Dec.) bedauerte er höflich, daß der Papst so vorschnell gehandelt habe, und sprach zugleich die Hoffnung aus, bei besserer Kenntniß der Thatsachen „werde der römische Hof wohl sein Urtheil über die fragliche Angelegenheit berichtigen und, dem Wunsche der königlichen Regierung willfahrend, ihr seinen Beistand leihen um eine geregelte Verwaltung im Kölner Bisthum herzustellen". Nach erneuter Prüfung fand er diese Antwort doch selbst fragwürdig. Er sendete Abschrift nach Berlin und fügte unschuldig hinzu: Meine Erwiderung wird vielleicht zu schwach scheinen; aber „die Ehre des königlichen Gouvernements kann schwerlich darunter leiden, da das Benehmen Preußens, einem so ohnmächtigen Gegner wie dem päpstlichen Hofe gegenüber, wohl nie als ein Zeichen von Furcht und Schwäche, sondern als ein Beweis von weiser Mäßigung betrachtet werden kann". Was half es, daß Minister Werther dem gutmüthigen Geschäftsträger nachträglich einen Verweis ertheilte?*) Die Cardinäle erzählten sich triumphirend, daß Preußen auf grobe Beschimpfungen mit Höflichkeiten, ja mit einer Bitte geantwortet hatte.

Währenddem reiste Bunsen auf seinen römischen Posten zurück. So wenig kannten die Minister den Vatican: sie ahnten gar nicht, wie der römische Stuhl die Verhaftung des Erzbischofs aufnehmen mußte, und da der Gesandte noch immer seine alte stolze Zuversicht zur Schau trug, so begriffen sie nicht einmal, daß Bunsen nach den Enthüllungen der jüngsten Monate in Rom ein unmöglicher Mann war. Er erhielt Befehl, die Curie über das Verfahren des Königs aufzuklären und mit ihr wegen der Wiederbesetzung des Kölner Stuhles zu verhandeln. Ausdrücklich ward beschlossen, „daß auf keine Weise je wieder an ein Abfinden mit dem Erzbischof und an ein Wiederzulassen desselben in seine Wirksamkeit zu denken sei."**) Bunsen nahm den Weg über Wien. Dort hatte er mit Metternich mehrere lange Unterredungen und mit gewohnter Selbstgefälligkeit bildete er sich wieder ein, den Fürsten fast ganz gewonnen zu haben. Allerdings befand sich der Oesterreicher in einiger Verlegenheit, da der Preuße ganz bestimmt versicherte, Droste würde den Kölner Dom niemals wiedersehen. Gegen den erklärten Willen des befreundeten Königs von Preußen offen vorzugehen wagte Metternich nicht. Wer aber den Wiener Hof und die dort

*) Buch an Lambruschini, 12. Dec. Buch's Bericht an Werther, 14. Dec.; Werther, Weisung an Bunsen, 29. Dec. 1837.

**) Bunsen's Denkschrift über die Minister-Conferenzen v. 9. u. 10. Nov. 1837.

herrschende clericale Gesinnung näher kannte, mußte sofort bemerken, daß der Staatskanzler mit allen seinen Wünschen auf Seiten der Curie stand. Seine Gemahlin Melanie, die Erzherzogin Sophie und die beiden Kaiserinnen ergingen sich in Wehklagen über die Leiden des Kölnischen Märtyrers. Der bisher sehr geringschätzig behandelte belgische Gesandte O'Sullivan erlangte plötzlich hohe Gunst bei dem stolzen kaiserlichen Hofe, weil Belgien die feste Burg der clericalen Partei war.*)

An Maltzan richtete Metternich bald nach Bunsen's Abreise ein langes Schreiben über die Kölnischen Händel (19. Dec.) und schlug darin jenen orakelhaften Ton an, der ihm immer zu Gebote stand wenn er seine Gedanken verbergen wollte: „Dort wo Krieg im echten Sinne des Worts möglich ist stehen die Sachen stets weniger böse als dies der Fall ist wo sich Gewalten verzanken, welchen das Schlachtfeld, das materielle nämlich, nicht zu Gebote steht. Krieg kann allerdings aus solchem Gewebe werden, aber den führen sonach Dritte. . . . Ich fühle, verzeihen Sie mir den Ausdruck, die Zukunft in der Gegenwart und gebe mich sonach mit der letzteren nur in deren direkten Beziehungen auf die erstere ab. Dies thue ich auch dermalen, und da Leidenschaften nur der Gegenwart anheimfallen, so steht mir jede Färbung der Art stets fremd, ohne daß für mich auch das leiseste Verdienst aus der Thatsache erflösse." So ging es weiter: lauter selbstgefällige allgemeine Betrachtungen, nirgends eine bestimmte Zusage.**) Als Maltzan darauf den Staatskanzler bat, Oesterreich möge die Bemühungen des preußischen Gesandten in Rom kräftig unterstützen, da erwiderte Metternich: das können wir nicht; wir wollen neutral bleiben, um späterhin für eine Aussöhnung zu wirken.***) Noch deutlicher sagte er nachher in einem Vortrage an seinen Kaiser: die Kirchenpolitik und die Handelspolitik des Berliner Hofes hingen eng zusammen, durch die evangelische Union und durch den Zollverein suche Preußen die Suprematie im Deutschen Bunde zu erlangen.

Gleichwohl war er kein unbedingter Gegner; einen förmlichen Bruch hätte er, nach seinen friedlichen Neigungen, gern vermieden gesehen. Darum gab er Bunsen den freundschaftlichen Rath, jetzt nicht nach Rom zu gehen; in Wien wußte man besser als in Berlin, welche Luft im Vatican wehte. Bunsen ließ sich jedoch in seinem kühnen Thatendrange nicht aufhalten. Er reiste weiter, und als er in Ancona anlangte, fand er dort die Nachricht von der Allocution des Papstes. Diese dem preußischen Gesandten völlig unerwartete Wendung warf alle seine Berechnungen über den Haufen, und that er bescheiden seine Pflicht, so mußte er zunächst in Berlin anfragen, wie er sich in der gänzlich veränderten Lage zu verhalten habe. Solche Selbstverleugnung war ihm fremd, und doch fühlte er sich durch

*) Maltzan's Bericht, 21. Dec. 1837.
**) Metternich an Maltzan, 19. Dec. 1837.
***) Maltzan an Bunsen, 6. Jan. 1838.

die herausfordernde Sprache der Curie eingeschüchtert. Am 17. Dec. schrieb er in Ancona eine Note an Lambruschini, welche die harmlosen Thorheiten seines Vertreters Buch noch weit überbot. Er stellte sich an, als ob er die Allocution, die jetzt in jedem Cafehause auflag, noch nicht genau kenne, und sprach die Hoffnung aus, daß sie wohl nicht das endgiltige Urtheil des Papstes enthalten, weitere Verhandlungen nicht abschneiden solle. Dann versicherte er — seinen Weisungen schnurstracks zuwider — der König habe den Erzbischof nur auf Zeit (temporairement) aus Köln entfernt und wolle sich als klagender Theil (partie plaignante) dem kanonischen Urtheil des Papstes unterwerfen. Welch eine Schmach für Preußen, wenn die Curie auf diese Anerbietungen einging! Zum Glück war Lambruschini zu hochmüthig; vielleicht schenkte er auch der unerwarteten Demuth des vordem so zuversichtlichen Gesandten keinen Glauben. Genug, er erwiderte schroff: zuerst müsse Droste wieder eingesetzt werden, dann erst könne von neuen Verhandlungen die Rede sein.

In Rom ward dem Gesandten sogleich mitgetheilt, daß der Papst ihn nicht empfangen wolle — eine Nachricht, die nur ihn selber überraschte. Zuerst fühlte er sich ganz niedergeschmettert, dann raffte er sich in leichtfertiger Hoffnungsseligkeit wieder auf, versuchte nochmals mit Lambruschini anzuknüpfen und ertheilte der preußischen Regierung unerbetene Rathschläge für ihre Kirchenpolitik. Aber seine Rolle in Rom war ausgespielt; von allen den Nadelstichen, welche einen mißliebigen Diplomaten peinigen, blieb ihm keiner erspart. Der Papst und die Cardinäle zeigten sich ganz unversöhnlich; selbst Capaccini fiel in Ungnade, weil er in den Kölner Händeln zu vermitteln gesucht hatte.*) Den Ministern in Berlin gingen nun endlich die Augen auf; sie wußten, daß Metternich mit unverhohlener Schadenfreude von der Demüthigung des gelehrten preußischen Diplomaten sprach. Bunsen erhielt zuerst den Auftrag, sich jeder weiteren Erklärung zu enthalten, sodann scharfe Verweise wegen der Uebertretung seiner Instructionen**), schließlich den gemessenen Befehl, die Anerbietungen seiner Anconer Note förmlich zurückzunehmen (rétracter). Auch dieses Auftrags entledigte er sich nicht mit der Würde eines Mannes, der einen begangenen schweren Fehler freimüthig eingesteht; er sagte dem Cardinal-Staatssekretär nur in gewundenen Sätzen, die früheren Vorschläge seien durch die Erwiderungen des römischen Stuhls jetzt hinfällig geworden.***) So blieb sein Verhalten unaufrichtig vom Anfang bis zum Ende. Im April 1838 ward er abberufen. Die wenigen Prälaten, die noch der geistreichen Geselligkeit im Palazzo Caffarelli dankbar gedachten, durften nicht wagen, den Scheidenden zu besuchen†); sie fürchteten die Ungnade des Papstes.

*) Bunsen's Bericht, 10. Jan. 1838.
**) Werther an Bunsen, 19. Jan., 23. März, 31. Mai 1838.
***) Bunsen an Lambruschini, 24. April 1838.
†) M. Mariano an Bunsen, 22. April 1838.

Es rächte sich doch, daß man in diese schwierige Stellung statt eines kühlen Weltmanns einen evangelischen Theologen berufen hatte, der den harten Machtkampf zwischen Staat und Kirche nicht blos mit den Augen des Politikers betrachtete und darum schon der Curie verdächtig war. Sobald Bunsen seinen Sturz vorhersah, wallte die theologische Leidenschaft in ihm auf, und er sang, vom Capitol nach St. Peter hinüber:

Schau, hier im Fels, an dem Du sollst zerschellen,
Der grollest auf dem Zauberberge drüben,
Ist des Geschickes Nagel eingetrieben,
Wie sich's gebührt, an Capitoles Schwellen . . .
Und hinter ihm kannst meinen Namen finden.

So maßlos war das Selbstgefühl des Mannes: in dem Augenblicke, da er nach selbstverschuldeten diplomatischen Niederlagen das Feld räumen mußte, meinte er ein anderer Martin Luther zu sein! In Berlin wollte man ihn vorerst nicht empfangen; selbst sein Gönner Wittgenstein konnte ihm nur väterlich rathen: vergessen Sie Rom und alle Unbilden!*) Aber sein wunderbares Glück blieb ihm treu. Der König und der Kronprinz bewahrten ihm die alte Gunst; sie verziehen ihm Mißerfolge, welche jeden anderen Staatsmann vernichtet hätten. Nach kurzer Zeit schon wurde ihm, zum Erstaunen der diplomatischen Welt, der Gesandtschaftsposten in der Schweiz anvertraut. —

Am Berliner Hofe herrschte allgemeine Beklommenheit, der Bankbruch des alten Systems der Kirchenpolitik kündigte sich an. Wie fest hatte der König auf Bunsen's zuversichtliche Rathschläge gebaut. Nun kam Alles anders, nun mußte er erleben, wie die Wegführung des Erzbischofs in stiller Zeit mehr Lärm erregte als einst die Gefangennehmung des Papstes in den aufgeregten napoleonischen Zeiten. Daß seine katholischen Unterthanen ihm Unduldsamkeit und Gewissenstyrannei zutrauten, bekümmerte ihn tief. Er kannte die Curie genugsam um zu wissen, daß man von ihr nie die Aufopferung eines Grundsatzes, sondern nur ein stillschweigendes Geschehenlassen erwarten dürfe — was er seinen Ministern beständig einschärfte. Doch viel weiter reichte seine Kenntniß der römischen Dinge nicht. Da er den Kirchenstreit sehr ernst nahm, so befahl er, daß die drei Minister des Innern, des Auswärtigen, des Cultus ihm immer gemeinsam darüber berichten sollten.**) Leider war keiner von ihnen der Aufgabe gewachsen. Rochow betrachtete den Handel, nach altbrandenburgischer Weise, lediglich als eine Frage der bureaukratischen Ordnung. Werther besaß, bei größerer Weltkenntniß, auch nur Sinn für die diplo-

*) Werther an Bunsen, 22. Mai; Wittgenstein an Bunsen, 1. April, 27. Mai, 10. Juni 1838.

**) Entscheidung des Königs auf Rochow's Bericht v. 23. Jan. 1838.

matische Seite der Angelegenheit. Altenstein endlich, dessen Stimme hier am schwersten wog, kränkelte schon längst und wankte dem Grabe entgegen; die Rathschläge Schmedding's, der sich die Bedrängniß der Kirche sehr zu Herzen nahm, konnten ihn unmöglich ermuthigen.

Seine natürliche Aengstlichkeit, man merkte es bald, wurde noch gesteigert durch die stille Furcht vor dem Thronfolger; die kommende Regierung warf schon ihren Schatten in die gegenwärtige hinein. Während der Kronprinz auf das evangelische Kirchenregiment längst einen sehr fühlbaren Einfluß ausübte, wurde er der katholischen Kirchenpolitik in der Regel fern gehalten, zumal jetzt, nachdem sich die Empfehlung Droste-Vischering's so übel bewährt hatte. Als um diese Zeit General Gröben und Oberst Gerlach von Berlin hinwegversetzt wurden, da behauptete man allgemein, der alte Herr wünsche die Romantiker aus der Umgebung seines Sohnes zu entfernen.*) Weit entfernt, das Benehmen seines Schützlings zu billigen, sagte der Thronfolger in einem bald veröffentlichten Schreiben an einen rheinischen Geistlichen sehr scharf, hier handle es sich einfach um die Erfüllung eines feierlich gegebenen Versprechens. Die unschickliche Sprache der päpstlichen Allocution verletzte sein fürstliches Selbstgefühl so tief, daß er im ersten Unwillen vorschlug, der König möge die Zahlung der Dotation an die katholische Kirche vorläufig einstellen.**) Gleichwohl äußerte er sich mit der höchsten Verachtung über das schlechte, elende, verständnißlose Benehmen der Regierung. Was er eigentlich wollte, wußte noch Niemand, er selbst wohl am wenigsten; nur so viel war sicher, daß er den Ansprüchen des Clerus sehr weit entgegen zu kommen dachte. Dies genügte, um den greisen Altenstein mit ernsten Besorgnissen zu erfüllen. So geschah es, daß diese schwierige Frage mit einer in Preußen beispiellosen Schlaffheit behandelt wurde. Fast zu jedem Berichte der drei Minister bemerkte der sonst mit Marginalnoten sehr sparsame König ärgerlich: „hätte längst geschehen sollen; warum hat man nicht früher daran gedacht; sehr zu mißbilligen, daß dies nicht schon angeordnet.“ Einmal sagte er dem Cultusminister geradezu: „Diese an sich schon verwirrte und unangenehme Angelegenheit wird in einer Art behandelt, als wenn es Absicht wäre sie recht zu verwickeln.“***)

Schon am 2. Febr. 1838 beantragte Werther die dringend nöthige Abberufung Bunsen's, und nach drei Wochen stimmte der König zu.†) Dennoch währte es noch mehrere Monate, bis der unmögliche Diplomat, der jetzt in Rom nur Schaden stiften konnte, endlich die ewige Stadt verließ. Ebenso schwerfällig und zögernd verfuhr man auch gegen den ge-

*) Berger's Bericht, 6. April 1838.

**) Kronprinz Friedrich Wilhelm an Lottum, 2. Febr. 1838.

***) Cabinetsordre an Altenstein, 29. Febr. 1840.

†) Werther's Bericht an den König, 2. Febr. Cabinetsordre an die drei Minister 27. Febr. 1838.

fangenen Erzbischof. Der saß jetzt in leichter Haft in einem Bürgerhause zu Minden; er theilte seine Zeit zwischen geistlichen Uebungen und stillen Betrachtungen bei der Tabakspfeife. Seine Wiedereinsetzung war undenkbar, gleich undenkbar aber auch ein Verzicht des hartköpfigen Prälaten. Doch was nun? Konnte man ihn wirklich des Hochverraths bezichtigen? Altenstein glaubte dies anfangs ganz bestimmt. In einem Briefe an das Kölner Domkapitel sagte er, Droste's Handlungen hingen zusammen mit dem feindseligen Einfluß von zwei revolutionären Parteien, und in einem, zur Belehrung der Rheinländer bald veröffentlichten Schreiben an den Oberpräsidenten Bodelschwingh wiederholte er diesen Vorwurf. Die Beschuldigung ließ sich nicht erweisen. Der getreue Kaplan Michelis hatte unmittelbar vor der Verhaftung die wichtigsten Briefschaften Droste's verbrannt. Er selbst wurde nachher nach Magdeburg abgeführt, und es fanden sich auch einige Briefe, welche seine feindselige, landesverrätherische Gesinnung außer Zweifel stellten und darum von der Regierung sofort bekannt gemacht wurden. Doch der Thatbestand des versuchten Hochverraths lag nicht vor; um so weniger durfte man annehmen, daß Droste's heilige Einfalt, die doch nur von Anderen mißbraucht werden konnte, sich mit politischen Plänen getragen hätte. Daß er sein Amt nicht wieder erlangen konnte, fühlte Droste nachgerade selbst; aber niemals legte er sich die Frage vor, ob er nicht seine beschworene Pflicht gegen die Staatsgewalt verletzt habe.

Ohne jede Spur von Reue schrieb er im August 1838 an den König um sich über seine Gefangenschaft zu beklagen: „Ob es vor Gott gerecht sei und zum Guten führen könne, wenn Ew. Maj. jene Zwangsgewalt, welche Gott Eurer Maj. insbesondere zur Beschützung jedes Rechts, also auch zur Beschützung der katholischen Kirche, ihres Episkopats und ihrer Mitglieder anvertraut hat, noch fernerhin gebrauchen um mich zu verhindern nach Köln zurückzukehren, um noch fernerhin die von Gott geknüpfte Verbindung, gleich dem ehelichen Bande, unter Hirt und Herde, unter Vater und Kindern zu hemmen, das wollen Ew. Maj. unter Gottes Beistand allergnädigst zu erwägen geruhen." Als ihm darauf der Regierungspräsident im Namen des Königs eröffnete, seine Gefangenschaft sei nach dem Gesetze gerechtfertigt, seine Rückkehr unmöglich, da erwiderte der Erzbischof: vergeblich habe er gehofft, daß Fürst Metternich den König umstimmen würde; jetzt liege ihm nichts mehr an einem Amte, das er nicht mit Freudigkeit führen könne; nur auf vierundzwanzig Stunden wolle er nach Köln zurück um dort mit Zustimmung des heiligen Stuhls seine Würde feierlich niederzulegen.*) Dabei blieb er: die Krone sollte

*) Droste-Vischering, Eingabe an den König, 24. Aug. Schreiben der drei Minister an Reg.-Präsident Richter in Minden, 31. Aug. Bericht der drei Minister an den König, 18. Oct. 1838.

sich vor ihm demüthigen und, indem sie ihm den Einzug in Köln gestattete, ihr Unrecht förmlich eingestehen.

Auf solche Zumuthungen einzugehen fiel keinem der Minister bei; vielmehr erwogen sie, ob der Prälat nicht durch Urtheil und Recht abgesetzt werden müsse. Ohne Zweifel hatte er „den Vorschriften seines Amtes vorsätzlich zuwider gehandelt" und mußte also nach dem Allgemeinen Landrechte (Thl. II. Tit. 20 § 333) „sofort cassirt werden". Aber war der Erzbischof wirklich nur ein Staatsbeamter? Hatte er nicht geglaubt, die Vorschriften seines Amtes zu erfüllen, als er dem päpstlichen Breve nachkam? Und durfte man ihn bestrafen, weil er, allerdings eigenmächtig und wortbrüchig, denselben Rechtszustand hatte erzwingen wollen, der soeben durch die Cabinetsordre vom 28. Jan. 1838 im Wesentlichen anerkannt war? Jetzt zeigte sich, daß die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts nicht mehr im Rechtsbewußtsein des Volkes, auch nicht des Richterstandes lebten. Kamptz hielt für sicher, daß jedes preußische Gericht den Erzbischof als einen pflichtvergessenen Staatsdiener verurtheilen würde; Mühler aber zweifelte daran. Auf Grund dieser Gutachten ihrer Amtsgenossen gelangten die drei Minister zu dem Ergebniß, eine gerichtliche Untersuchung scheine zulässig, aber nicht rathsam, es sei denn, daß Droste selbst sie verlange.*) Nach langwierigen Berathungen wurde Droste endlich in seine Heimath Darfeld bei Münster verwiesen, wo er still seinen mönchischen Gewohnheiten lebte. Nach Alledem mußte das katholische Volk wohl zu dem Verdachte gelangen, die Krone selbst glaube nicht an ihr Recht. Der westphälische, nachher auch der rheinische Adel schickten bald nach Droste's Wegführung Abgesandte in die Hauptstadt. Ueberall, auch beim Kronprinzen fanden sie verschlossene Thüren; der König ließ ihnen sehr ernstlich die Erwartung aussprechen, daß sie nunmehr, nachdem sie die Thatsachen kennen gelernt, sich beruhigen würden.**) Der Gesandte in Brüssel Graf Galen legte sein Amt nieder weil er die Ansichten der Regierung nicht mehr vertreten könne; der junge Referendar Wilhelm v. Ketteler, der sich von seinem geistlichen Berufe noch nichts träumen ließ, trat aus dem Staatsdienste; der allgemein verehrte Freiherr Werner v. Haxthausen verließ das Land und schloß sich den grimmigsten Gegnern Preußens an. Bedenklicher war, daß die Bischöfe von Paderborn und Münster im Januar 1838 erklärten, nach der Allocution des Papstes könnten sie sich an den geheimen Vertrag über die gemischten Ehen nicht mehr binden. Als sie nachher noch eine Fürbitte für Droste wagten, wurden sie vom Könige scharf abgewiesen.***)

*) Bericht der drei Minister, 8. Mai, nebst Rechtsgutachten von Kamptz, 26. Febr., von Mühler, 18. März 1839.

**) Cabinetsordres vom 9. Jan. 1838, zur Erwiderung auf die Eingaben des Gf. Spee, des Frhrn. v. Mirbach u. A. vom 26. December 1837.

***) Eingabe der Bischöfe von Münster und Paderborn an den König, 15. Dec. 1838. Bescheid, 8. Jan. 1839.

Bald schlug die clericale Bewegung auch in die östlichen Provinzen hinüber, wo man bisher ohne jedes Bedenken das Gesetz vom Jahre 1803 befolgt hatte. Am Rhein war die Mehrzahl der Geistlichen hermesianisch gesinnt und dem widersetzlichen Erzbischof abgeneigt. In Posen wurde der Erzbischof Martin v. Dunin durch den niederen Clerus fortgerissen, ein schwacher, sehr wenig begabter, nachgiebiger Mann, der bisher dem Könige eine kriechende Unterwürfigkeit gezeigt hatte und darum auch nicht im Stande war zu widerstehen, als jetzt der polnische Adel und die Kapläne die Allocution des Papstes benutzten um gegen das verhaßte Deutschthum vorzustürmen. In tiefem Geheimniß, nur von dem Official Brodziszewski und einigen polnischen Laien berathen, verfaßte Dunin im Januar 1838 einen Hirtenbrief, der den Geistlichen bei Strafe der Absetzung verbot, gemischte Ehen ohne das Versprechen katholischer Kindererziehung einzusegnen. In Berlin erfreute sich der Schmiegsame geringer Achtung. Gleichwohl wurde diese muthwillige, durch nichts veranlaßte Störung des confessionellen Friedens sehr mild beurtheilt, da Dunin sich bisher immer ruhig gehalten hatte. Die Regierung beschloß, ihn wegen Verletzung der Staatsgesetze vor Gericht zu stellen und seine Verordnung für nichtig zu erklären.*) Vorher sollte Oberpräsident Flottwell versuchen, den Erzbischof zur freiwilligen Zurücknahme des Hirtenbriefs zu bewegen. Der glatte Pole schien auch anfangs bereit; nachher nahm er, offenbar aufgestachelt durch seine adlichen Hintermänner, alle Zugeständnisse wieder zurück. Der ungestüme gradsinnige Ostpreuße aber konnte diese Winkelzüge nicht mehr mit ansehen und rief: Ich verachte Sie, Sie haben mich belogen.**) Auch die wiederholten freundschaftlichen Vorstellungen des Gerichtspräsidenten v. Frankenberg fruchteten nichts. Dunin stellte jetzt sogar die Justizhoheit des Staates in Abrede und erklärte, daß er nur einem kanonischen Gerichte Rede stehen werde. Nunmehr fällte das Posener Oberlandesgericht seinen Spruch; er lautete auf Amtsentsetzung und sechs Monate Festungshaft.

Der Erzbischof war unterdessen im April 1839 nach Berlin gerufen worden. Erst als er auch hier allen Mahnungen unzugänglich blieb, verkündigte man ihm das Urtheil und stellte ihm frei die Gnade des Monarchen anzurufen. Darauf schrieb Dunin einen höchst unterthänigen, nichtssagenden Brief, den der König in seiner Langmuth als ein Gnadengesuch ansah und mit dem Erlaß der Festungsstrafe beantwortete. Vorläufig sollte er, ohne Beschränkung seiner Freiheit, in Berlin bleiben, bis die Angelegenheiten seiner Diöcese geordnet seien.***) Auf Grund der bestehenden Gesetze konnte man ihn unmöglich milder behandeln. Aber dies harmlose Mißgeschick ihres Oberhirten genügte den polnischen Edelleuten nicht; sie

---

*) Bericht der drei Minister, 29. März, Cabinetsordre v. 12. April 1838.

**) Flottwell's Berichte, 19. 21. 23. April 1838.

***) Dunin, Eingabe an den König, 23. Apr. Cabinetsordre an Dunin, 20. Mai 1839.

brauchten nach dem rheinischen Muster einen kirchlichen Märtyrer um das Landvolk gegen den protestantischen König aufzuwiegeln und bereiteten mit gewohnter schauspielerischer Gewandtheit ein erschütterndes Rührstück vor. Am 3. October verschwand der Erzbischof aus Berlin und eilte mit untergelegten Pferden, die ihm seine adlichen Freunde stellten, schnurstracks nach Posen; dort ward er vom Grafen Kwilecki und anderen Edelleuten empfangen und sofort in den Dom geleitet, wo er zur tiefen Erbauung der Damen vom Sacré Coeur inbrünstig betete. In einem schwülstigen Briefe an den König berief er sich auf das „Beispiel des heiligen Apostelfürsten Petrus, des großen Weltapostels Paulus und vieler heiligen Bischöfe der ersten christlichen Jahrhunderte". Auch die übrigen Akte der Komödie verliefen genau nach dem Plane der sarmatischen Dramaturgen. Am Frühmorgen des 6. Oct. erschienen die Beamten um die unvermeidliche Verhaftung vorzunehmen. Der erzbischöfliche Palast auf der stillen Dom-Insel war fest verriegelt und mußte mit großem Lärm geöffnet werden. Die Eintretenden empfing Dunin's Schwester Scholastica mit jenem schrillen Jammergeschrei, dessen nur polnische Lungen fähig sind; der Erzbischof aber rief: „Holen Sie Gensdarmen! Die Welt muß wissen, daß ich mit Gewalt von hier weggeführt werde." Dann wendete er sich zu dem Hauptmann Hacke, der ihm leise die Hand auf die Schulter legte: „Sie sind zu zart!" Als ihm der Polizeidirector den Arm bot um ihn die Treppe hinabzugeleiten, sagte er nochmals: „Das ist eine Gefälligkeit, das ist keine Gewalt. Fassen Sie mich nur an!"*)

Nun wurde er nach Colberg abgeführt und schrieb von dort sogleich an den König im allerunterthänigsten Stile: er sehe seine Haft als eine gerechte Fügung Gottes an und bitte nur, ihm eine andere Festung anzuweisen, wo sich eine katholische Kirche befinde, „damit ich wenigstens den Trost haben könnte, in einem, nach dem katholischen Ritus Gott geweihten Hause für das Wohl Ew. K. Majestät und für meine verwaiste Heerde tagtäglich und inbrünstiglich zu beten." Als ihn aber der König nunmehr aufforderte, wegen der vorläufigen Verwaltung des Erzbisthums Vorschläge zu machen, die man gern berücksichtigen wolle, da ward er wieder störrisch und antwortete: meine Vorschläge gehen dahin, daß ich nach Posen und mein ebenfalls entfernter Official Brodziszewski nach Gnesen zurückkehren muß.**) Wie häßlich erschien dies bald kriechende, bald trotzige Benehmen des Polen neben der ehrenhaften Mannhaftigkeit des westphälischen Starrkopfs. Die Posener Katholiken veranstalteten Kirchentrauer und andere Kundgebungen der Wehmuth; die Dekanate der Erzdiöcese erklärten dem

---

*) Protokoll über die Verhaftung des Erzbischofs, vom Polizeirath Bauer u. A., 6. Oct. 1839.

**) Dunin's Eingaben an den König, 8. 25. October. Cabinetsordre an Dunin, 19. Oct. 1839.

Ministerium fast allesammt in tief unterwürfigen Eingaben, daß sie den Weisungen ihres Oberhirten folgen müßten. Unter den Deutschen aber konnte Dunin's Schicksal um so weniger Theilnahme erwecken, da er in den süddeutschen Zeitungen einen höchst unziemlichen Federkrieg gegen die Regierung unternommen hatte, und die polnischen Grafen Raczynski, Grabowski, Lubinski — natürlich nur als harmlose Einzelne, nicht nach Verabredung — jetzt in der Hauptstadt erschienen, um seine Befreiung zu erbitten. Seine Amtsbrüder freilich, die Bischöfe Hatten von Ermeland und Sedlag von Culm geriethen in peinliche Verlegenheit; sie waren Beide gute Preußen und bemühten sich auch jetzt noch redlich den kirchlichen Frieden aufrecht zu erhalten, während das blindgläubige Landvolk der Marienburger Gegend, von den Kaplänen aufgeregt, schon für den nächsten Charfreitag die Wiederherstellung Polens erwartete. Aber nachdem der Papst so vernehmlich gesprochen hatte und der Erzbischof von Posen vorangegangen war, konnten sie nicht zurückbleiben, denn ein zweifaches Eherecht in der preußischen Monarchie war offenbar unmöglich. Beide verlangten in Rundschreiben an ihren Clerus, daß bei der Einsegnung gemischter Ehen das päpstliche Breve befolgt werden müsse, und die Regierung sah sich genöthigt, auch diese Hirtenbriefe für unverbindlich zu erklären.*)

Unter allen Bischöfen der Monarchie war nur noch einer, der das Gesetz vom Jahre 1803 und die seitdem bestehende milde Uebung auch fernerhin anerkennen wollte: der Fürstbischof von Breslau, Graf Sedlnitzky, ein edler Mann von milden, aristokratischen Formen, feingebildet, menschenfreundlich, wohlthätig, in Allem ein Muster christlicher Liebe, aber bei Weitem nicht stark genug, um den Kampf mit dem römischen Stuhle aufzunehmen. Er stand schon damals den Anschauungen der evangelischen Kirche so nahe, daß die strengen Katholiken ihn kaum noch zu den Ihrigen rechnen wollten. Sobald er sich weigerte dem Beispiele der anderen Bischöfe zu folgen, ward er bei der Curie insgeheim angeschwärzt. Darauf sendete ihm der Papst, das königliche Placet umgehend, durch die Vermittlung zweier vornehmer Damen der Provinz ein höchst ungnädiges Schreiben; Gregor tadelte den Fürstbischof hart, weil er die Rechte der Kirche saumselig und gleichsam schläfrig vertheidigt habe, und forderte ihn auf das durch seine Schuld dem gläubigen Volke zugefügte Leid zu sühnen. Friedfertig und ganz ohne Ehrgeiz, wie er immer gewesen, wollte Sedlnitzky jetzt sogleich seine Würde niederlegen; nur auf des Königs ausdrücklichen Befehl vertagte er diesen Entschluß noch**) und suchte sich vor dem heiligen Stuhle zu rechtfertigen (Juli 1839). Zur Antwort kam im Mai 1840 ein zweites noch schärferes

---

*) Altenstein an Bischof Hatten, 5. Juli 1838. Schön's Berichte, 13. April, 5. Mai, 26. Juli, 30. October 1838, 19. April 1839.

**) Cabinetsordre an Sedlnitzky, 7. Juli 1839.

Schreiben des Papstes, das den Fürstbischof kurzerhand zur Abdankung aufforderte, weil er sich die Gemüther der Gläubigen ganz entfremdet hätte. Einem solchen Befehle wagte der gutmüthige Prälat nicht zu widersprechen, sein Rücktritt war nur noch eine Frage der Zeit. Die ultramontane Partei im schlesischen Clerus bekämpfte ihn mit unverhohlenem Hasse, und auf seine Heerde konnte sich der längst geschwächte Episcopat nicht mehr verlassen. So wunderbar hatte sich, zur Ueberraschung aller Regierungen, die Stimmung des katholischen Volkes in den letzten Jahrzehnten verwandelt: wer noch gläubig an der Kirche hing, hielt unbedingt zum heiligen Vater.

Wenn Bunsen einst gehofft hatte, die Curie mit Hilfe der Landesbischöfe zu bezwingen, so waren seine Pläne nicht nur gescheitert, sondern ins Gegentheil umgeschlagen: jetzt führte die Curie den gesammten preußischen Episcopat gegen die Krone ins Feld, und dieser Streit verwickelte sich so seltsam, daß selbst eifrige Protestanten nicht mehr mit ungetheiltem Herzen auf Seiten des Königs stehen konnten. Gewiß mußte jeder treue Preuße billigen, daß die Krone offenbare Widersetzlichkeit gegen die Staatsgesetze nicht dulden wollte. Ein sachlicher Widerspruch aber bestand seit der Cabinetsordre vom 28. Januar 1838 nicht mehr. Die Curie verlangte das Versprechen der katholischen Kindererziehung vor jeder kirchlichen Trauung; der Staat gestattete den Pfarrern der westlichen Provinzen, bescheidene Erkundigungen wegen der Kindererziehung anzustellen und überwies dann die letzte Entscheidung den Bischöfen. Wo war hier ein erheblicher Unterschied? Die Staatsgewalt hatte in der Rheinprovinz den Forderungen der römischen Kirche nachgegeben und sie konnte selbst nicht mehr wünschen, daß auf die Dauer im Osten ein anderes Staatskirchenrecht gelte als im Westen.

Wie sollte eine Regierung, die neben einer Fülle von Talenten zweiten Ranges keinen einzigen beherrschenden Kopf besaß, aus solchen Irrwegen hinausgelangen? Der römische Stuhl ergriff jede Gelegenheit um die preußische Krone von Neuem zu reizen. Als der König gegen Dunin's Widersetzlichkeit zuerst einschritt, legte Cardinal Lambruschini sofort Verwahrung ein wider diesen Mißbrauch der weltlichen Gewalt.*) Dann hielt der Papst, am 13. September 1838, eine zweite Allocution, die noch gehässiger klang als die erste: er empfahl Dunin's „unbesiegte Mannhaftigkeit" allen preußischen Bischöfen als Vorbild und bestritt sogar das alte Recht des königlichen Placet. Im Juli 1839 folgte eine dritte Allocution ähnlichen Inhalts, und alle diese feindseligen Ansprachen sendete Lambruschini an den preußischen Geschäftsträger. Buch erhielt zwar endlich Befehl, dergleichen Zusendungen in Zukunft nicht mehr anzunehmen, aber der diplomatische Verkehr ward nicht abgebrochen; denn Altenstein warnte

*) Lambruschini an Buch, 25. Juli; Buch's Bericht, 25. Juli 1838.

vor einer offenen „Kriegserklärung", und der König stimmte ihm bei, gegen den Rath der anderen Minister.*) So mußte Buch ausharren, obgleich Verhandlungen vor der Hand ganz unmöglich waren, und nur weil er persönlich vom Papste hoch geschätzt wurde, konnte er diesen widerwärtigen Zustand eine Weile ertragen.

Der König fühlte sich tief unglücklich und suchte seine Posener Unterthanen durch eine ernste Ansprache zu beruhigen. Er hatte die unbestimmte Empfindung, daß irgend etwas geschehen müsse, und seine Minister „im Finstern tappten". „Zur legislativen Feststellung der zweifelhaft gewordenen staats- und kirchenrechtlichen Verhältnisse" bildete er schon im Februar 1838 eine Commission, welcher neben anderen hohen Beamten auch der Rechtshistoriker K. F. Eichhorn angehörte.**) Ihre Arbeiten wurden dann im Staatsrathe wie im Staatsministerium begutachtet; zur weiteren Berathung berief man noch sechs Oberpräsidenten nach Berlin, denn nur zwei von den acht Provinzen, Brandenburg und Pommern waren von dem Kirchenstreite unberührt geblieben. Nach Jahresfrist etwa lagen sechs Gesetzentwürfe fertig vor, darunter zwei Strafgesetze wider solche Geistliche, welche die Kanzel mißbrauchten oder den öffentlichen Frieden störten, und ein sehr strenges Gesetz über die gemischten Ehen, das nicht nur, nach dem Gesetze vom Jahre 1803, die Erziehung aller Kinder im Bekenntniß des Vaters anbefahl, sondern auch jede Abweichung von dieser Regel unbedingt verbot: selbst die freie Uebereinkunft beider Eltern sollte daran nichts ändern dürfen — eine furchtbar harte Vorschrift, welche in vielen Fällen zu schwerem Gewissensdrucke führen mußte.***) Der leitende Gedanke der Entwürfe war die Einheit des Staatskirchenrechts für die gesammte Monarchie.

Aber das hohe Beamtenthum selbst zeigte sich keineswegs einig. Der greise Stägemann und die Mehrzahl der Oberpräsidenten, vornehmlich Schön, Flottwell, Merckel, standen noch ganz auf dem Boden des alten landrechtlichen Territorialsystems und verlangten dringend die sofortige Einführung der sechs Gesetze. Erbittert durch seinen langen Kampf gegen die Polen, empfahl Flottwell sogar die Zertheilung des Gnesener Erzbisthums, die doch ohne die Zustimmung des römischen Stuhles unmöglich war. In einer, offenbar von Schön verfaßten Denkschrift tadelten die Oberpräsidenten scharf, daß der Staat mit dem Papste überhaupt verhandelt habe, und noch schärfer „Doctor Bunsen's berüchtigte Note aus Ancona"; sie sahen in diesem Bischofsstreite „den Kampf des Lichtes mit der Finsterniß, dessen glorreiche Führung wie früher so auch jetzt Euerer

*) Berichte der drei Minister, 10. Nov. 1838; 3. Nov. 1839.

**) Cabinetsordre vom 17. Febr. 1838.

***) Gesetzentwürfe über die gemischten Ehen; zur Ergänzung des Allgemeinen Landrechts, Th. II. Tit. 11 § 66, Th. II. Tit. 20 § 151 u. 272 u. s. w.

k. Maj. erhabener Leitung vorbehalten ist.“ Friedrich Wilhelm schrieb an den Rand: „d. h. mit der gehörigen Vorsicht und ohne gewisse Grenzen zu überschreiten;“ im Uebrigen dankte er ihnen für ihren „höchst lobenswerthen Freimuth“.*) Er ahnte dunkel, daß die Dinge leider so einfach nicht lagen, daß die Staatsgewalt wirklich nicht für das Licht kämpfte, wenn sie katholische Väter schlechterdings hindern wollte, ihre Kinder evangelisch zu erziehen. Jenen strengen Territorialisten traten andere namhafte Beamte gegenüber, so Geh. Rath Göschel, der hochconservative Hegelianer, und der halbclericale Schmedding. Ueber Schmedding's eigentliche Meinung ließ sich schwer ins Klare kommen. Die rheinischen Ultramontanen trauten ihm keineswegs; Kaplan Michelis sagte in einem jener aufgefundenen vertrauten Briefe: „er war von jeher unter dem Scheine eines guten Katholiken die Pest für unsere Kirchenfreiheit“. Doch mit der Behandlung der beiden Erzbischöfe war er durchaus nicht einverstanden; er fand die Verhaftung Dunin's ebenso ungerechtfertigt, wie die Absetzung, und wünschte an den Berathungen über die Ausführung des Posener Straf-Erkenntnisses nicht theilzunehmen. Durch Gelegenheitsgesetze einem augenblicklichen Nothstande abzuhelfen, hielt er für verkehrt: „Schwerlich dürften eigentliche Gesetze aus der reinen hohen Atmosphäre, der die Gesetzgebung angehört, in den tieferen Dunstkreis hinabzuziehen und als Streitwaffe zu gebrauchen sein.“**)

Da die Meinungen unter den Beamten so weit auseinandergingen und Altenstein keinen durchschlagenden Entschluß fand, so wurde der König immer unsicherer und verschob die Unterzeichnung der sechs Gesetze. Um sich genau zu unterrichten, ließ er bei den befreundeten deutschen Höfen Erkundigungen über ihre Kirchenpolitik einziehen. Diese wohlgemeinten Anfragen sollten für Preußen auf lange hinaus verhängnißvoll werden. König Wilhelm von Württemberg, der als Voltairianer diesen leidigen Pfaffenstreit gern aus der Welt geschafft hätte, ging auf die Fragen des preußischen Gesandten v. Rochow eifrig ein und sagte ihm: „Mit einer Macht wie diejenige des Papstes, die so viel heimliche Alliirte hat, ist bös anzubinden; jeder katholische Einwohner ist mehr oder weniger ein Agent dieser fremden Macht;“ darum müsse vor Allem das Mißtrauen des katholischen Volks gegen die evangelische Dynastie überwunden werden; dies sei nur möglich, wenn man, wie in Württemberg und Baden, die Aufsicht über die römische Kirche einem besonderen Kirchenrathe anvertraue, der ausschließlich aus katholischen Mitgliedern bestehe. Sein erfahrener Minister Schlayer stimmte ihm lebhaft bei. Der kluge Württemberger hatte ganz Recht, wenn er dem Preußen sagte: in Süddeutschland kennt

*) Denkschrift der sechs Oberpräsidenten vom 26. Nov. 1838.

**) Schmedding's Denkschriften, 2. März, 25. April; Schmedding an Altenstein, 20. Juli 1839.

man Rom besser als bei Euch.*) Doch leider kannte er selber die preußischen Zustände nicht. Das rein politische Recht der Kirchenhoheit in die Hände einer confessionellen Behörde zu legen, war an sich ein falscher Gedanke, und wenn eine solche übermäßige Nachgiebigkeit in den kleinen Verhältnissen süddeutscher Mittelstaaten vielleicht versöhnend wirken konnte, so stand es in Preußen doch ganz anders. Wer konnte verhindern, daß der polnische, der rheinische, der westphälische Adel sich an den Berliner Kirchenrath herandrängten und die unparteiische Macht der staatlichen Kirchenhoheit völlig verfälschten? König Friedrich Wilhelm aber fand die Rathschläge des schwäbischen Königs, weil sie so gerecht und unbefangen schienen, höchst beachtenswerth; er empfahl sie seinen Ministern, und schon im Frühjahr 1839 stand der Entschluß fest, eine katholische Abtheilung im Cultusministerium zu bilden. Die Leitung sollte, zu Schmedding's Verzweiflung, der Unterstaatssecretär Düesberg, ein katholischer Westphale, erhalten.

Währenddem bemühte sich der König eifrig, die anderen evangelischen Fürsten Deutschlands zu einem gemeinsamen Vorgehen in Rom zu bewegen. Dies war es, was die Curie am meisten fürchtete. Sie wünschte vor Allem, den preußischen Staat zu vereinzeln. Der fähigste ihrer deutschen Parteigänger, Bischof Reisach in Eichstätt, schrieb schon im Januar 1838 vertraulich an seinen Freund Geissel in Speier: es ist ein Wendepunkt für die Kirche in Deutschland eingetreten und darum dringend nöthig, andere Regierungen nicht mit in den preußischen Krieg hereinzuziehen. In der That verhielt sich der Clerus in den kleinen Staaten ganz still und befolgte unbedenklich dieselben Gesetze, die er in Preußen als tyrannisch bekämpfte. Wer durfte also den Schwachen zumuthen, daß sie sich ohne Noth Verlegenheiten bereiteten um dem Starken zu helfen? Die große Mehrzahl der evangelischen Fürsten war mit dem Verfahren des Berliner Hofes einverstanden; der Großherzog von Baden dankte dem preußischen Gesandten aufs Wärmste im Namen der politischen Ordnung und der evangelischen Kirche.**) Aber an irgend eine Beihilfe dachte Niemand. Selbst König Ernst August, der gerade jetzt das Wohlwollen seines Schwagers am wenigsten entbehren konnte, befahl seinem Minister: „Ich bin Willens, alle möglichen Mittheilungen und Erklärungen an den preußischen Hof zu geben, aber mit dieser Bedingung, daß sie blos als private Mittheilungen sollen angesehen werden und nicht öffentlich bekannt oder publicirt sollen sein.“ Und auf eine erneute Anfrage von Canitz erwiderte Schele: die größte Vorsicht sei nöthig, damit nicht in den Staaten, welche bisher des kirchlichen Friedens genossen hätten, eine Spannung der Gemüther entstehe.***)

*) Rochow's Berichte, Stuttgart, 27. April, 18. Nov., 6. Dec. 1839.

**) Otterstedt's Bericht, 2. Jan. 1838.

***) Schele an Canitz, 18. April 1838, 8. Jan. 1839.

Der Versuch die kleinen Kronen zur Parteinahme zu bewegen scheiterte gänzlich, und er mußte scheitern, weil die deutsche Kirchenpolitik seit dem Wiener Congresse dem nackten Particularismus verfallen war. Auch von den geplanten Kirchengesetzen kam in den dritthalb Jahren bis zum Tode des Königs nichts mehr zu Stande. Die beiden Erzbischöfe durften nicht zurückkehren, und doch hatte die Krone in dem Streite über die gemischten Ehen schon fast Alles zugestanden, was der römische Stuhl verlangte. Bedenkliche Ruhestörungen kamen freilich nicht vor; einige kleine Aufläufe in Münster und anderen Orten der katholischen Provinzen bedeuteten wenig; sie bewiesen nur, daß der Clerus den armen Leuten beigebracht hatte, der König wolle sie lutherisch machen. Gleichwohl ward die Verwirrung unerträglich. Jedermann fühlte, die Regierung verfuhr zugleich zu hart und zu nachgiebig; das Steuerruder der Kirchenpolitik war ihrer Hand entfallen. —

Beide Höfe, der römische wie der Berliner, hielten für nöthig, ihr Verhalten durch Staatsschriften vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen. Der Erfolg dieser Veröffentlichungen war für Preußen nicht durchweg günstig, da Bunsen's hinterhaltige Politik sich unmöglich entschuldigen ließ. Auch in dem allgemeinen literarischen Kampfe, der nun entbrannte, konnte keine Partei sich eines vollständigen Sieges rühmen. Die Theilnahme war ungeheuer; binnen wenigen Jahren erschienen an zweihundert Schriften für und wider, denn ein anderes Mittel der Erörterung besaß die Nation noch nicht, und sie fühlte, daß mit dem confessionellen Frieden die Grundfesten ihrer Cultur bedroht waren. Den Streit eröffnete der alte Görres mit dem Athanasius, dem wildesten seiner Bücher, das die jacobinische Heftigkeit seiner Jugendschriften noch überbot. Was war aus dem Patrioten des Rheinischen Mercurs geworden! Die evangelische Kirche überhäufte er mit wüthenden Schmähungen, die in einem paritätischen Volke fast wie ein Aufruf zum Bürgerkriege klangen: nichts mehr wollte er in ihr sehen als das narkotische Gift des Pietismus und das corrosive Gift des Rationalismus. Ebenso dreist suchte er den Stammeshaß der Rheinländer wider die Altpreußen aufzuwiegeln; sein alter Ingrimm gegen „die Litthauer" vom rechten Elbufer brach wieder durch. Die Maßregeln der preußischen Regierung schilderte er als „die rohen und ungeschlachten Ausbrüche jenes starren Knochenmannes, dem man zu viel Ehre anthut, wenn man einen Geist ihn nennt", und gedachte höhnend der Kämpfe zwischen Friedrich Wilhelm I. und dem Kronprinzen Friedrich. Von dem Geiste des suum cuique, der die Geschichte dieses Staates erfüllte und sich auch in jenen tragischen Kämpfen des Königshauses nicht verleugnet hatte, wollte Görres nichts wissen; denn auf der römischen Kirche ruhte die ganze Ordnung der neuen Welt, darum bedurfte ihr Priester auch gar keiner Entschuldigung, wenn er sich der Staatsgewalt widersetzte.

Ein Heer meist anonymer clericaler Schriftsteller blies in dasselbe Horn; der Nassauer Lieber, der unter dem Namen „eines praktischen Juristen“ schrieb, zeichnete sich unter ihnen durch Scharfsinn und Schroffheit besonders aus. Görres selbst führte noch in mehreren Flugschriften seine Nachhiebe. In der Kunst des Verleumdens aber war der Herausgeber der Neuen Würzburger Zeitung, Zander, Allen überlegen, ein evangelischer Renegat aus dem Norden, derselbe Mensch, der sich durch König Ernst August bestechen ließ.*) Sein Blatt triefte von Schmähungen gegen die Hohenzollern; in diesen Spalten wurde das Capital der antipreußischen Schimpfreden angesammelt, mit dem die ultramontane Partei durch ein halbes Jahrhundert hausgehalten hat. Den vorläufigen Abschluß dieser Literatur bildete ein umfängliches Buch De la Prusse et sa domination (Paris 1842), von Cazalès, einem französischen Legitimisten, der zu München lange in dem Görres'schen Kreise gelebt hatte. Hier wurde das preußische Regierungssystem „ein abgeschmacktes Schaugerüste von Mißbräuchen, Decreten, tyrannischen oder unmöglichen Befehlen“ genannt und der Kölnische Bischofsstreit eine Erhebung der reinen germanischen Rasse gegen das Slaventhum des Nordostens. Der Franzose scheute sich auch nicht, den Bund der Kirche mit der Demokratie zu fordern und in der Weise Montalembert's, aber ohne dessen Geist, den Katholicismus als die Sache der Freiheit zu verherrlichen. Die Buchhandlungen von Hurter in Schaffhausen und Manz in Regensburg, sowie einige kleinere Firmen in Würzburg und Freiburg verbreiteten fast allwöchentlich neue Brandschriften in den Rheinlanden. Ein in Würzburg verlegtes neues Rothes Buch „Rheinpreußisches“ gab eine haarsträubende Schilderung von dem Wüthen der Preußen am Rheine und als Zugabe die Erklärungen des Posener Erzbischofs Dunin.

Offenbar ging die Absicht der Partei auf die Losreißung der alten Krummstabslande von dem evangelischen Herrscherhause. Der Historiker Böhmer in Frankfurt, der allerdings die Gründung des Zollvereins als eine persönliche Beschimpfung empfand, konnte gar nicht rührsam genug schildern, wie „diese Fremden in der eroberten Provinz“ sich häuslich eingerichtet hätten; er nannte die Grenzfestung Deutschlands, den Ehrenbreitstein, das Zwing-Uri des Rheinlands und sang ingrimmig: „Die Tochter fremden Freiers Lohn, in die Kaserne muß der Sohn!“ Die belgische Presse unterstützte fast einmüthig diese Bestrebungen, sie empfahl die Bildung einer rheinisch-belgischen Conföderation, während die bairischen Ultramontanen ihrem Herrscherhause die rheinische Königskrone wünschten. Ein am Rheine massenhaft verbreitetes belgisches Flugblatt sagte: „Stehet auf im Namen Euerer geschändeten Religion, im Namen Euerer Freiheit, von Eueren Henkern mit Füßen getreten. Fürchtet den Deutschen Bund

*) S. o. IV. 656.

nicht! Oesterreich und Baiern sind geheime Feinde des Königs von Preußen, den wir gemeinsam bekämpfen!" Alle solche Anschläge erschienen lächerlich gegenüber der ungeheueren Anziehungskraft des preußischen Staates und dem höchst ehrenwerthen gesetzlichen Sinne der Rheinländer. Jener rohe Kampf zwischen Beichtstuhl und Loge, der die Geschichte Belgiens ausmachte, war am deutschen Rhein unmöglich, weil in der katholischen Provinz auch ein starker, kerngesunder Protestantismus blühte, und die sociale Freiheit Preußens mit dem bairischen Zunftzwange zu vertauschen konnte den klugen rheinischen Geschäftsleuten nicht beikommen. Als der Kronprinz im Sommer 1838 die Manöver in den westlichen Provinzen abhielt, gewann er die tröstliche Gewißheit, „daß eine fünfundzwanzigjährige von Gott gesegnete Regierung, unter welcher das Land zu nie erhörter Blüthe sich entwickelt, in deutschen Herzen Dankbarkeit erzeugt."

Aber fruchtlos blieb diese, alle Niedertracht des Particularismus aufregende clericale Wühlerei keineswegs; sie erschwerte auf Jahre hinaus die Verständigung zwischen dem Westen und dem Osten. Und wie sie in Süddeutschland wirkte, das zeigte ein thörichtes Büchlein Rotteck's über den Kölner Streit. Der alte Feind Preußens fühlte sich nur gedrungen „gegen die Dictatur der Staatsgewalt in kirchlichen Dingen zu protestiren"; daß der Erzbischof seinen Eid und die Staatsgesetze mit Füßen getreten hatte, kam vor dem Richterstuhle des abstrakten Vernunftrechts nicht in Betracht. Den sichersten Maßstab für die Stimmung im Süden gab die Haltung der Augsburger Allgemeinen Zeitung. Das Blatt schillerte nach seiner Gewohnheit in allen Farben. Sein gegenwärtiger Eigenthümer Georg v. Cotta erbat sich von Bunsen geheime Mittheilungen, damit die Zeitung „im Interesse Preußens und der guten Sache" wirken könne;*) er gestattete auch dem Münchener Philologen Thiersch zuweilen einen verständigen Artikel zu schreiben und sah sich einmal sogar genöthigt den Wiener Hof um Nachsicht zu bitten. Gleichwohl zeigte sich die einflußreiche Zeitung dem preußischen Staate so entschieden feindlich, wie bisher schon in allen großen Fragen der deutschen Politik, mit der einzigen Ausnahme der Zollvereinshändel. In ihren Spalten erschien zuerst Alles was dem Berliner Hofe schaden konnte, und in jedem Wirthshause des Rheinlandes ward sie eifrig gelesen.

Unterdessen sah sich Jarcke genöthigt, auf die Theilnahme am Berliner politischen Wochenblatt zu verzichten. In dieser Krisis kam an den Tag, daß die evangelischen Orthodoxen Preußens doch von anderem Schlage waren als die Junghegelianer behaupteten. Das Wochenblatt vertheidigte, ganz wie Hengstenberg's Evangelische Kirchenzeitung, muthig die Rechte der Staatsgewalt. Die Geister begannen sich zu scheiden. Darum trat Jarcke aus, und auf seinen Rath schuf sich die junge ultramontane Partei in München

*) Georg v. Cotta an Bunsen, 30. Dec. 1837.

ein eigenes Organ, das den bezeichnenden Titel erhielt: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland. Naiver ließen sich die friedensstörerischen Absichten der Partei nicht aussprechen. Evangelische Kirchenzeitungen gab es längst, so gut wie katholische; aber ein historisch-politisches Blatt für das evangelische Deutschland zu schreiben war unter den weitherzigen Protestanten noch Keinem in den Sinn gekommen, denn da die evangelische Kirche sich als die allgemeine christliche Kirche ansieht und auch darnach handelt, so wendet sich jeder gute Protestant, der über deutsche Politik redet, an alle seine Volksgenossen. Die ersten Herausgeber der gelben Blätter, Phillipps und Görres' Sohn Guido verfuhren nicht ohne Geschick und suchten den äußeren Anstand zu wahren, sie vermieden in den ersten Heften absichtlich die Kölnischen Wirren zu berühren. Doch hinter den gebildeten Formen verbargen sie einen Fanatismus, der nicht nur den kirchlichen, sondern selbst den bürgerlichen Frieden unmöglich machen mußte. Ihre evangelischen Landsleute erschienen ihnen nur als „die von der Kirche Getrennten", die wofern sie „eines guten Willens sind" zur Kirche zurückkehren müßten, und den tapfersten aller deutschen Männer, Martin Luther betrachteten sie als „ein psychologisches Problem", das sich nur aus einer Mischung von Hochmuth und „hypochondrischer Muthlosigkeit" erklären lasse. Das akademische Studium der Theologen war ihnen ein Greuel, so gut wie die Milde des Fürstbischofs von Breslau, und als leuchtendes Gegenbild ward der preußischen Krone der klosterfreundliche Ludwig von Baiern vorgehalten.

Dieser geschlossenen ultramontanen Masse gegenüber fochten die Protestanten als Einzelne, Jeder mit seinen eigenen Waffen, wie es die evangelische Freiheit bedingt. In leidenschaftlichen literarischen Kämpfen läßt sich die Bedeutung der einzelnen Schriften stets an der Zahl ihrer Gegner abmessen. Diesmal verdiente Heinrich Leo den Preis; sein Sendschreiben an Görres erregte ein unbeschreibliches Wuthgeschrei im clericalen Lager; denn er fand das treffende Wort, er sagte den Gegnern rund heraus, sie seien nicht Katholiken, sondern „Welfen", in ihrem Treiben offenbare sich nur der uralte Haß der deutschen Zuchtlosigkeit gegen jede feste und gerechte Staatsbildung. Der Vorwurf traf um so schwerer, weil er aus dem Munde eines Mannes kam, der seine Achtung für die römische Kirche so oft, zuweilen über das billige Maß hinaus, bewiesen hatte. Viel milder, aber auch im Geiste des positiven Christenthums gehalten waren zwei geistreiche Schriften des preußischen Gesandten Frhrn. v. Canitz in Hannover. Der Jenenser Theolog Karl Hase schrieb über „die beiden Erzbischöfe" eine historische Abhandlung, deren überlegene Ruhe den erhitzten Gegnern ganz unverständlich war. Der Bonner Curator Rehfues schilderte unter dem Namen eines Sammlers historischer Urkunden „die katholische Kirche in der preußischen Rheinprovinz"; er wies nach, wie der König auf das Recht der Bischofsernennung, das ihm als dem Nachfolger Napoleon's

unzweifelhaft zugestanden, freiwillig verzichtet und die römische Kirche mit einer alle katholischen Fürsten beschämenden Hochherzigkeit behandelt habe. Der Theolog Marheineke in Berlin verfocht die Rechte der Staatsgewalt nach den Grundsätzen der Hegel'schen Philosophie.

Zu diesen ernsthaften Vertheidigern gesellten sich aber auch Bundesgenossen, welche dem strenggläubigen Könige höchst verdächtig scheinen mußten. Die kursächsischen Rationalisten zeigten noch einmal, wie wenig sie das verwandelte kirchliche Leben der Zeit verstanden; sie sprachen in der Leipziger Allgemeinen Zeitung und anderen mitteldeutschen Blättern noch ganz in der alten Weise verächtlich von der altersschwachen Kreuzspinne, die zwischen den zerbrochenen Säulen des Colosseums hause. Der alte rheinländische Burschenschafter Carové in Heidelberg, ein liebenswürdiger, für Völkerglück und ewigen Frieden begeisterter Enthusiast entwarf in einem Buche „Papismus und Humanität" ein verschwommenes Bild von der kirchlichen Eintracht der Zukunft: die deutschen Katholiken sollten sich von Rom lossagen, „sich ihren geistfreien Brüdern wieder in die Arme werfen"; und dabei blieb er selbst im Schooße der römischen Kirche. Nun gar die Genossen des Jungen Deutschlands benutzten die Gunst der Stunde, um ihre erloschenen Lichtlein an den Flammen dieses Kirchenstreits wieder anzuzünden und ihren Haß gegen das Christenthum ungestraft auszusprechen: nach ihrer Geschichtsphilosophie waren ja die Reformatoren nur Vorläufer der französischen Revolution, Bahnbrecher der jungdeutschen Unzuchtslehre. Wie jubelten die Clericalen schadenfroh, als Th. Mundt in seinem Taschenbuche „Delphin" sagte: „König Wenzel liebte Wein, Weiber und Gesang, wie Luther, dessen erste Protestation gegen den Katholicismus mit der Liebe zu einer Frau begann;" als Ruge's Jahrbücher den wahren Protestantismus für die Negation alles Kirchenglaubens ausgaben; als Gutzkow in einer gezierten Schrift „die rothe Mütze und die Kapuze" den preußischen Staat für „den Staat der Abstraktion" erklärte und zufrieden versicherte, der helle Klang des Glöckleins auf den Rheindampfschiffen errege heutzutage mehr Theilnahme als der dumpfe Glockenhall vom Kölner Dome. Vor solchen Freunden mußten die Vertreter des christlichen Staates in Berlin wohl besorgt werden.

Die Gegensätze spitzten sich immer schärfer zu. Von den nichtkatholischen Schriftstellern, welche die Curie vertheidigten oder entschuldigten, traten drei bald nachher zur römischen Kirche über: der Mecklenburger Franz v. Florencourt, ein ehrlicher, federgewandter, aber ziemlich verworrener Publicist, sodann der ostpreußische Jurist Rintel und der Jude Joel Jacobi, ein zweifelhafter Charakter, dem Niemand recht traute. Wer jetzt noch zu vermitteln suchte, erntete Vorwürfe von beiden Seiten. Das erfuhr der alte Reichsfreiherr Hans Gagern, als er in einer besänftigenden „Ansprache an die Nation" dem Kölner Prälaten zurief: „Sie sind Erzbischof, Deutscher, Europäer und Mensch!" Für Europa und die Menschheit

hatten die Clericalen vielleicht noch ein Verständniß, für Deutschland sicherlich nicht; mit Spott und Hohn fertigten sie den Gutmüthigen ab, der ihnen sagte, jeder Priester solle ein „Lichtfreund“ sein.

Die praktische Kirchenpolitik konnte aus diesem endlosen Federkriege wenig Belehrung schöpfen. Die Ultramontanen verlangten den reinen Dualismus von Staat und Kirche, die Vernichtung der staatlichen Kirchenhoheit, den Verzicht des Staates auf seine Souveränität; ihre Gegner glaubten, daß die alleinseligmachende Kirche durch Staatsgesetze oder auch durch literarische Ermahnungen zu einer Duldsamkeit, welche ihrem Geiste widersprach, gezwungen werden könne. Beides war in einem paritätischen Volke gleich unmöglich. Die Clericalen hatten jedoch den Vortheil, daß sie sich auf das Beispiel Belgiens berufen durften, das freie, denkende Männer freilich anwidern mußte, aber den liberalen Vorurtheilen der Zeit verlockend schien. Mit den Mitteln des alten Territorialsystems kam der Staat nicht mehr weiter. Die Aufgabe war, das innere Leben der Kirche einer unleidlichen Bevormundung zu entziehen, aber auch der Kirche jeden Uebergriff in das Gebiet des bürgerlichen Rechts unmöglich zu machen und das unveräußerliche Recht der staatlichen Kirchenhoheit festzuhalten. Ueber diese schwierige Grenzberichtigung hatte zur Zeit noch Niemand ernstlich nachgedacht, und die confessionellen Leidenschaften hüben wie drüben erschwerten lediglich die Lösung der Frage. Nur eine wichtige und fruchtbare Erkenntniß blieb aus diesem Bischofsstreite zurück: die evangelische Welt konnte nicht mehr in der alten trügerischen Sicherheit dahinleben; mit Ausnahme der ganz gedankenlosen alten Rationalisten begriffen jetzt alle Protestanten, daß die wieder erstarkte römische Kirche eine Macht war, arm an Ideen, aber reich an streitbaren politischen Kräften und festgewurzelt in den Gefühlen der Massen. Mit dieser Macht hatte der paritätische deutsche Staat fortan zu rechnen.

Unmöglich konnten die benachbarten katholischen Mächte diesen Wirren fern bleiben. Von Brüssel stand am wenigsten zu fürchten. Das Verhältniß zwischen dem preußischen und dem belgischen Hofe blieb allerdings mehrere Jahre hindurch sehr unfreundlich*); die brabanter Clericalen boten Alles auf um die endgiltige Ausgleichung mit Holland, die eben jetzt bevorstand, zu vereiteln und den Weltkrieg zu entzünden, der sich zunächst gegen das ketzerische Preußen richten sollte. Mehrmals gewann es den Anschein, als ob diese Verblendeten die schwache Regierung mit fortreißen würden;**) schließlich vermochte König Leopold's Klugheit doch zwischen beiden Parteien hindurchzusteuern und den Frieden mit dem mächtigen Nachbarn aufrechtzuhalten. Ganz anders stand es in Baiern. Welch ein

---

*) S. o. IV. 594.

**) Bericht des Reg.-Präs. v. Cuny an Rochow 19. Nov.; Abbé Moens an Cuny, Lüttich, 14. Nov. 1838.

seltsames Zusammentreffen! In denselben Novembertagen des Jahres 1837, da Droste-Vischering verhaftet wurde, trat das Ministerium Abel seine Herrschaft in München an. An die Wiederherstellung der rheinischen Herrschaft des Hauses Wittelsbach mag König Ludwig wohl nie im Ernst gedacht haben; solche Pläne mußten selbst der Phantasie des philhellenischen Dichterkönigs allzu verwegen erscheinen. Aber jener Gedanke, den ihm einst Görres bei seiner Thronbesteigung ans Herz gelegt hatte, erfüllte ihn jetzt ganz und gar: er wollte als Nachfolger des gewaltigen Kurfürsten Maximilian der Schirmherr des deutschen Katholicismus werden. Vor diesem Ideale verblaßten alle die anderen Traditionen seines Hauses: er vergaß, daß er auch der Erbe der evangelischen Pfalzgrafen war, daß sein Baiern — wie oft hatte er es doch selbst ausgesprochen! — nur im Bunde mit Preußen sich seine Stellung in der neuen deutschen Geschichte erworben hatte. Kopfüber stürzte er sich in eine clericale Weltanschauung, die seinem freien Sinne ursprünglich fremd war; sein immerdar launisches Wesen ward nahezu närrisch, dem Bewunderer des milden Sailer ließ sich jetzt jede clericale Tollheit zutrauen. Graf Dönhoff schrieb: „ein Fürst, den wir von ultraliberalen zu ultramontanen, von den übertriebensten constitutionellen Vorstellungen zur ausgesprochenen Willkürherrschaft haben übergehen sehen, kann auch in jeder anderen Hinsicht noch seine Meinung wechseln.“ Und König Friedrich Wilhelm bemerkte dazu: „ein sehr kurzes, aber sehr treffendes Bild Sr. Majestät.“*)

Mit schamloser Parteilichkeit begünstigte der Münchener Hof von vornherein alle Feinde der preußischen Regierung. Während er die Schriften von Leo, Marheineke, Rehfues confisciren ließ und sich in Dresden über die hartprotestantische Sprache der Leipziger Allgemeinen Zeitung beschwerte, gestattete er der Neuen Würzburger Zeitung Majestätsbeleidigungen gegen die Krone Preußen, die in diesem Zeitalter der Censur ganz unmöglich schienen. Jede Dreistigkeit ward den Ultramontanen nachgesehen. Den Athanasius nahm König Ludwig aus Görres' eigenen Händen dankbar entgegen und belohnte den Verfasser durch einen Orden, den die Münchener Studenten mit Jubelrufen begrüßten; in dem Buche aber stand zu lesen, daß die Kinder gemischter Ehen zwieschlächtige Bastarde seien, und Ludwig selbst lebte in gemischter Ehe wie sein Vater König Max Joseph. Am Namenstage der evangelischen Königin Therese veranstalteten die barfüßigen Karmeliter in Würzburg, „insgemein Reuerer genannt“ einen Gottesdienst zu Ehren der heiligen und seraphischen Jungfrau und Mutter Theresia und verkündeten in öffentlichen Anschlägen: „Wer an diesem Tage dort um Frieden und Eintracht der Fürsten und Potentaten, um Ausreutung der Ketzerei und um Mehrung der christkatholischen Kirche bittet, erhält vollkommenen Ablaß.“ Für diese Verhöhnung seiner eigenen Gemahlin fand

*) Dönhoff's Bericht, 11. März 1838.

der König kein Wort der Rüge, er, der die Demagogen vor seinem Bilde knieen ließ. Unterdeß wurde die Schimpferei des Zander'schen Blattes so unfläthig, daß der preußische Gesandte sich ernstlich beschweren mußte.*) Als alle Vorstellungen vergeblich blieben, beschloß der preußische Hof, beim Bundestage das Verbot der Neuen Würzburger Zeitung zu beantragen, und er gewann auch in vertraulichen Vorbesprechungen die Zustimmung sämmtlicher Bundesregierungen zu diesem, nach Lage der Gesetzgebung durchaus berechtigten Antrage. Nun erst lenkte Baiern ein. Im Juni 1838 erklärte der Gesandte Graf Luxburg, ein verständiger Diplomat, der zu Berlin in verdientem Ansehen stand und sich jetzt seines eigenen Hofes im Stillen schämte: König Ludwig verdamme „das undeutsche und nichtswürdige Treiben" des Redacteurs Ernst Zander und habe „den freiwilligen Entschluß" gefaßt, ihn von dem Blatte zu entfernen.**) Die Zeitung selbst wurde nicht verboten.

Werther beruhigte sich bei dieser halb spöttischen Genugthuung. Er wußte nicht, was auch der Gesandte Graf Dönhoff erst nach Monaten erfuhr,***) daß Minister Abel gleichzeitig ein vertrauliches Entschuldigungsschreiben an die bairischen Bischöfe richtete. Da hieß es: die Neue Würzburger Zeitung habe durch ihre Haltung in dem Kölner Streite sich den allgemeinen Beifall aller Gutgesinnten erworben, der katholischen Kirche wesentliche und dankenswerthe Dienste geleistet; nur durch Zander's Schmähartikel sei die Regierung zum Einschreiten gezwungen worden. Gleichwohl werde der König unerschütterlich bei seinen kirchlichen Grundsätzen verharren. „Allerhöchstdessen Name wird in der Geschichte fort und fort neben jenem seines großen Vorvordern Max I. erglänzen, und es werden späte Enkel noch segnend ihre Dankgebete zu dem Ewigen dafür emporsenden, daß er seiner heiligen Kirche in den Zeiten hoher Bedrängniß zum zweiten male einen Schirmherrn aus dem Wittelsbacher Stamme gegeben, der für ihr gutes Recht mit unerschüttertem Muthe eingestanden ist und die Vertheidiger derselben um sich geschaart, ermuthiget, gekräftiget und siegreich zum Ziele geführt hat." So war jetzt wirklich die Gesinnung König Ludwig's. Umsonst hielten der verständige Thronfolger und die Königin Wittwe dem verblendeten Fürsten vor, was es auf sich habe, die blutigen Schatten der finstersten Zeit deutscher Geschichte heraufzubeschwören.†) Die preußischen Staatsmänner aber waren peinlich überrascht, als ihr Kronprinz Friedrich Wilhelm, sobald der Streit wegen der Würzburger Zeitung nothdürftig beigelegt war, den bairischen Hof in Kreuth besuchte — eine

*) Dönhoff's Berichte, 2. 4. Dec. 1837, 12. März 1838.

**) Luxburg an Werther, 18. Juni; Werther an Luxburg, 17. Juni, an Ottersiedt, 18. Juni 1838.

***) Dönhoff's Bericht, 5. März 1839.

†) Dönhoff's Berichte, 13. April 1838 ff.

Reise, welche der alte König erst streng verboten hatte und auch jetzt noch sehr ungern sah.*)

Mittlerweile bekam auch das bairische Volk zu fühlen was clericale Parteiherrschaft ist. Wie maßlos hatten die bairischen Ultramontanen auf die preußischen Kirchenparaden gescholten; auf Befehl König Friedrich Wilhelm's war dieser Mißbrauch nunmehr abgeschafft. Zur Erwiderung gleichsam befahl König Ludwig durch eine Verordnung vom 14. Aug. 1838 den bairischen Truppen, daß sie auf der Wache und beim Gottesdienste vor dem Sanctissimum niederknieen sollten. Die Armee bestand zu einem vollen Drittel aus evangelischen Mannschaften, und ihnen ward eine kirchliche Ceremonie zugemuthet, welche jeder strenge Protestant als sündhaften Baalsdienst verabscheuen mußte! Hier verrieth sich der wahre Geist der Partei, welche der preußischen Krone gegenüber die Gewissensfreiheit zu vertheidigen behauptete. Allgemein war die Erbitterung in den evangelischen Landestheilen; ängstliche Gemüther fürchteten schon, aus dem Streite zwischen Staat und Kirche werde ein Krieg der Confessionen hervorgehen.

Ein neuer Erfolg gelang den Ultramontanen in Baden. Im Herbst 1839 wurde Nebenius aus dem Ministerium verdrängt. Blittersdorff war nunmehr Herr der Lage, und sein hartreactionäres System konnte sich nur durch die Beihilfe der clericalen Partei behaupten. Bei Nebenius' Sturze hatte der österreichische Gesandte Graf Dietrichstein mitgewirkt;**) überall arbeiteten die Diplomaten der Hofburg mit den Feinden Preußens behutsam zusammen. Seit Bunsen's Anconer Note glaubte Metternich nicht mehr recht an den Ernst der preußischen Kirchenpolitik. In einem Augenblicke ehrlichen Zornes fragte er Maltzan: „Wollen Sie, daß ich die Rolle des Beschützers der katholischen Kirche an Frankreich oder an Baiern überlasse? Das eine ist unser Nebenbuhler in Europa, das andere der ansehnlichste katholische Staat in Deutschland.“***) Die beiden bairischen Schwestern in Wien freuten sich von Herzen der Haltung ihres königlichen Bruders; der Briefwechsel der Geschwister war nie lebhafter gewesen. Ihrem Einfluß war es vermuthlich zu verdanken, daß die bisher streng verbotene Neue Würzburger Zeitung, sobald sie den Kampf gegen Preußen begann, plötzlich in Oesterreich zugelassen wurde. Metternich ertheilte dem Vatican beständig vertraute Rathschläge, und Lambruschini sagte dankbar zu Graf Lützow: wir überlassen uns gänzlich der weisen Leitung des kaiserlichen Hofes. Ganz friedfertig mochten diese Rathschläge schwerlich lauten, aber auch nicht offenbar feindselig. Als Metternich im Juli 1838 mit dem Könige wieder in Teplitz zusammentraf, erging er sich nur in vorsichtigen allgemeinen Betrachtungen; die Wiedereinsetzung Droste's wagte er der Krone

*) S. o. IV. 534.

**) Otterstedt's Bericht, 15. Oct. 1839.

***) Maltzan's Bericht, 15. Jan. 1838.

Preußen nicht zuzumuthen, er sagte sanft: in diesem Punkte haben beide Theile Recht.*) Offenbar schwankte er zwischen seinen, durch Fürstin Melanie genährten clericalen Neigungen und seiner staatsmännischen Einsicht. Einen Bruch mit den Ostmächten konnte er unmöglich wünschen, und er wußte, daß Czar Nikolaus die Kirchenpolitik seines königlichen Schwiegervaters unbedingt vertheidigte; auch graute ihm vor der Berserkerwuth der Münchener Fanatiker und mehr noch vor den revolutionären Anschlägen des belgischen Clerus.**) Obgleich er, wie alle Söhne der rheinischen Domherrengeschlechter, die preußische Herrschaft in den Krummstabslanden tief verabscheute, so blieb er doch nüchtern genug um die Zustände dort nicht allzu schwarz zu sehen. Die bairischen Clericalen hofften allesammt auf eine Schilderhebung der Rheinländer oder auf irgend ein anderes großes Ereigniß. Metternich urtheilte kühler, und der Erfolg gab ihm Recht. Die großen Ereignisse blieben aus, die provisorische Verwaltung der beiden verwaisten Erzbisthümer arbeitete ruhig weiter, die Krone Preußen stand unangreifbar da.

Und doch ward durch diesen Bischofsstreit eine grundtiefe Verwandlung des deutschen Parteilebens bewirkt. Seit die neue ultramontane Partei sich zusammenschaarte, begann der süddeutsche Particularismus sich zu verändern. Bisher hatte er liberale Farben getragen; die alten Rheinbündler und nachher die Genossen der Rotteck-Welcker'schen Schule sahen verächtlich hernieder auf das zurückgebliebene Preußen, aber auch auf das zurückgebliebene Oesterreich. Jetzt wurden plötzlich die halbverschollenen österreichischen Traditionen des deutschen Südens wieder lebendig; und wenngleich Metternich sich noch zurückhielt, so mußte doch früher oder später die Zeit kommen, da die Wiener Politik sich diesen Vortheil zu nutze machte. Der erste Grund war gelegt für die großdeutsche Partei der kommenden Jahre. Auch in Preußen bereitete sich eine neue Parteibildung vor. Die rheinischen Juristen, die schon so lange für die Rechtsgleichheit des Code Napoleon stritten, meinten jetzt auch allein zu wissen, was wahre Kirchenfreiheit sei, und unmerklich begannen ihre belgischen Anschauungen den Liberalismus der östlichen Provinzen anzustecken. Das Schlimmste blieb doch, daß Jedermann fühlte, die alte Regierung habe sich überlebt. Als Maltzan in Florenz mit Cardinal Capaccini die Kölnischen Händel besprach, sagte der Wälsche mit eigenthümlichem Lächeln: „Wir müssen also warten."***)

Ernst, fast düster schloß König Friedrich Wilhelm's vielgeprüftes Leben. Beinah alle die reichbegabten Männer, die ihm einst bei der Erhebung und

*) Geh. Cabinetsrath Müller, Aufzeichnung über eine Unterredung mit Fürst Metternich, Teplitz, 22. Juli 1838.

**) Maltzan's Berichte, 21. Jan., 10. März 1839.

***) Maltzan's Bericht, 6. Oct. 1838.

Wiederbefestigung des Staates zur Seite gestanden, waren vor ihm dahingegangen. In diesen letzten Jahren folgte ein Mißgriff dem andern. Der Bundestag entwürdigte sich durch die hannöverschen Beschlüsse dermaßen, daß Niemand mehr an eine friedliche Zukunft des Deutschen Bundes glauben konnte; die preußische Kirchenpolitik suchte vergeblich einen Ausweg aus unleidlicher Verwirrung; und im Volke stieß das gestrenge alte Beamtenregiment auf einen stillen, beständig wachsenden Widerwillen, den allein die Ehrfurcht vor dem greisen Monarchen noch darnieder hielt. Als Friedrich v. Gagern im Jahre 1839 den Berliner Hof besuchte, da gewann er den Eindruck, diese Regierung halte sich nur weil das Schicksal sie neuerdings vor allzu heftigen Stößen bewahrt habe.

Der alte König selbst verstand die Zeit nicht mehr. Wie er den treuen Arndt, der doch neuerdings bei den Liberalen als reactionärer Franzosenfreund verrufen war, noch immer unversöhnlich dem Lehrstuhle fern hielt, so wollte er auch von den constitutionellen Ideen jetzt sogar noch weniger hören als in früheren Jahren.

In einem um das Jahr 1838 niedergeschriebenen Testaments-Entwurfe verpflichtete er den Thronfolger zur Aufrechterhaltung der Union, der Agende, der Consistorialverfassung und erklärte sodann nachdrücklich, daß er die von den Vorfahren ererbte unbeschränkte königliche Gewalt unbeschränkt seinen Nachfolgern hinterlassen wolle. Die Erfahrung lehre, daß die Fürsten, welche auf einen Theil ihrer Rechte verzichteten, oft auch den anderen Theil einbüßten und selbst die Möglichkeit Gutes zu thun verlören. Seine Unterthanen besäßen in den Institutionen, die er ihnen aus freiem Willen ertheilt, in der geregelten Staatsverwaltung, in dem Staatsrathe, in den Provinzialständen, in der Städteordnung, in den Communalverfassungen die Bürgschaft für ungestörte Ordnung und Gesetzlichkeit. Auf dieser Unbeschränktheit der königlichen Gewalt beruhe vorzugsweise die Stellung Preußens im Staatensystem; und da eine Aenderung dieses Grundpfeilers der Monarchie letztere selbst wankend machen würde, so bestimme er hierdurch, „daß kein königlicher Regent befugt sein soll, ohne Zuziehung sämmtlicher Agnaten in dem königlichen Hause irgend eine Aenderung oder Einleitung zu treffen, wodurch eine Veränderung in der Verfassung des Staates, namentlich in Beziehung auf die ständischen Verhältnisse und die Beschränkung der königlichen Gewalt bewirkt oder begründet werden könnte.“ Im Falle der Aufnahme einer neuen Anleihe — so fuhr der König fort — werde er nach der Vorschrift des Staatsschuldengesetzes von 1820 handeln, in jedem der acht Provinziallandtage je vier Abgeordnete wählen lassen, diese Gewählten durch eine gleiche Anzahl von Mitgliedern des Staatsraths verstärken und der also gebildeten reichsständischen Versammlung das Anleihegesetz — aber schlechterdings keine andere Frage — zur Berathung vorlegen.*) Durch einen

*) Aufzeichnungen K. Friedrich Wilhelm's für sein Testament. S. Beilage 25.

Landtag von vierundsechzig Köpfen — und auch nur im Nothfalle — sollten mithin die alten Verheißungen, die einst so viel Hoffnungen erweckt hatten, erfüllt werden. Friedrich Wilhelm wollte diese Vorschriften den königlichen Prinzen als ein bindendes Hausgesetz auferlegen, und er hatte schon den Fürsten Wittgenstein beauftragt, die Aufzeichnungen zu einer förmlichen Urkunde zusammenzustellen — ein Befehl, der nur durch den Tod des Monarchen vereitelt wurde. Mit solchen Grundsätzen ließ sich die verwandelte Welt nicht mehr regieren.

Währenddem begann auch in der europäischen Politik eine gefährliche Verwicklung. Die orientalische Frage entlud sich noch einmal. Unter allen den Rathgebern, welche den bedrängten Sultan umringten, war Preußen allein uneigennützig, Dank seiner geographischen Lage, und darum allein ehrlich. Dem König von Preußen verdankte die Pforte den immerhin erträglichen Friedensschluß von Adrianopel, und ihm auch die einzige Reform, welche dem versinkenden Staate noch halb gelang. Durch Hauptmann v. Moltke und einige andere ausgezeichnete Offiziere des preußischen Generalstabs wurde die Kriegstüchtigkeit des türkischen Heeres wiederhergestellt. Aber noch bevor die neue Ordnung vollendet war entbrannte der Kampf mit Mehemed Ali von Neuem, und mit einem male gewann es den Anschein, als sollte der seit zehn Jahren so mühsam abgewendete Weltkrieg nun doch über Europa hereinbrechen. So drängten sich von innen und außen her neue Aufgaben an die Krone heran. Der greise König war ihnen nicht mehr gewachsen, und als das Schicksalsjahr der preußischen Geschichte, das Jahr 40 heraufzog, da ahnte man im Volke überall, diese lange Regierung gehe zu Ende.

Nur an dem Schicksal langlebiger Männer kann das befangene Urtheil der Menschen zuweilen deutlich erkennen, daß dem Sterblichen wird was er verdient, und selten hat sich das Walten der göttlichen Gerechtigkeit so vernehmlich offenbart wie in dem Leben dieses Königs. Als ein Friedensfürst hatte er einst seine Laufbahn angetreten. In den Bekenntnissen, die er als Kronprinz niederschrieb, sagte er einfach: „Das größte Glück eines Landes besteht zuverlässig in einem fortdauernden Frieden," und obwohl er den Werth „einer formidabeln Armee" sehr hoch anschlug, so wünschte er doch aufrichtig diese schreckliche Waffe niemals gebrauchen zu müssen. Ganz so waren ihm nach einem halben Jahrhundert die Loose gefallen. Er war der erste der hohenzollernschen Könige, der sein Landgebiet kleiner hinterließ als er es von den Vorfahren überkommen hatte; und ob Preußens Stimme im Rathe der Völker jetzt ebenso schwer wog, wie in den Zeiten, da der Ruhm des großen Königs noch nachwirkte, das ward im Ausland mindestens bestritten. Auch der Ruf der Unbesieglichkeit der schwarzweißen Fahnen war trotz der strahlenden Siege des Befreiungskrieges nicht wieder hergestellt; denn immer noch blieb den Nachbarn der Zweifel, was Preußen ohne Bundesgenossen leisten

könne. Der Glanz des preußischen Namens hatte sich unter der Herrschaft dieses schlichten Landesvaters nicht erhöht, aber wie wunderbar war die innere Kraft des Staates gewachsen. In keinem Staate der Welt bestand eine so menschliche, so sorgsame, so gerechte Verwaltung, in keinem eine so volksthümliche, so ganz unerschöpfliche Wehrbarkeit. Das deutsche Sparta war zu einem Lande der Bildung geworden, einer Bildung, die unendlich weit über des Königs anerzogene Nützlichkeitsbegriffe hinausreichte und doch von ihm nach seiner gewissenhaften Weise gefördert wurde. In glücklicher Sicherheit lagen die Fluren, die seit zwei Jahrhunderten immer und immer wieder der Hufschlag fremder Rosse zerstampft hatte; eine Gemeinschaft der Arbeit, wie sie unsere Geschichte nie gekannt, verband die Deutschen, und Alle wußten, daß ein Rückfall in das Elend der Fremdherrschaft unmöglich war, daß die Nation sich wieder selbst angehörte und nur noch vorwärts schreiten konnte. Und wie fest war der preußische Staat jetzt mit dem Leben der Nation verwachsen. Auf ihn, auf seine Schuld und sein Verdienst schauten grollend oder freudig alle Deutschen. Ihm dankten sie den Frieden, ihm die Anfänge ihrer Einheit; sein Streit mit der Kirche berührte Jeden wie ein persönliches Erlebniß, und nach dem hannöverschen Staatsstreiche wurde Preußen fast härter angeklagt als der Welfe, denn Alle fühlten, daß dieser Staat berufen sei überall das deutsche Recht zu beschirmen.

Im Anfange seiner Regierung ließ Friedrich Wilhelm das Schlüter'sche Standbild des ersten preußischen Königs in Königsberg aufstellen und widmete es „dem edlen Volke der Preußen zum ewigen Denkmal gegenseitiger Liebe und Treue". Herrlicher, als er es damals in der weichen Gefühlsseligkeit seiner Jugend ahnte, sollte dies Wort sich bewähren. Als die Tage des selbstverschuldeten Unglücks kamen, als die Preußen mit ihrem Könige den Hohn des Eroberers ertrugen, mit ihm um die schöne Königin klagten, als er dann, getrieben und getragen von seinem treuen Volke, die Erhebung wagte und endlich dem befreiten Lande so viele Jahre friedlichen Erstarkens sicherte, da ward in der ernsten, strengen Geschichte dieses Staates eine neue sittliche Kraft lebendig, die Macht der Liebe. Jeder Landwehrmann, der mitgeholfen, betrachtete das ruhmvoll wiederhergestellte Vaterland fast wie ein Werk seiner eigenen Hände; die alte preußische Treue wurde freier, bewußter, inniger. Dem Könige zeigte das Volk der alten Provinzen eine zutrauliche Herzlichkeit, die sich unter den beiden gewaltigen Herrschern des achtzehnten Jahrhunderts nie recht herausgewagt hatte. Was er in den Jahren der Kriege gefehlt, war vergessen; man rechnete ihm nur zu was er gelitten, und erkannte dankbar an, daß er mit allen Schwächen und Schranken seines Wesens doch für die stille Arbeit dieser Friedensjahre lange der rechte Leiter blieb, daß seine unerschütterliche Rechtschaffenheit so viele Gegensätze der Stämme und der Landschaften freundlich versöhnte. Den großen Kurfürsten stellte Schlüter als einen mächtigen Cäsar auf

feurigem Rosse dar, denn in solcher Gestalt lebte der kleine Fürst mit der großen Seele im Gedächtniß seines Landes. Bald nach dem Tode des dritten Friedrich Wilhelm schuf Drake das andere der beiden Hohenzollern-Denkmäler, welche das Volk allein wirklich liebt und täglich betrachtet: ein Bild der Güte und der Treue erschien der anspruchslose König in seinem einfachen Uniforms-Ueberrocke, am Rande des stillen Gewässers, inmitten der alten Bäume des Thiergartens, und unter seinen Füßen spielten glückliche Kinder.

Tief und aufrichtig war der Schmerz, als sich im Frühjahr 1840 die Kunde von der Erkrankung des Königs verbreitete. Am 1. Juni ließ er noch den Grundstein legen für das so lange geplante Standbild Friedrich's des Großen. Der Kronprinz mußte den Vater bei der Feier vertreten; nur als die Trommler drunten anschlugen und die zerschossenen alten Adlerfahnen sich senkten, erschien der kranke König im weißen Nachtkleide auf einen Augenblick an seinem Eckfenster. So sahen ihn die Berliner zum letzten male. Am Nachmittage des Pfingstfestes, 7. Juni, standen die Massen dichtgedrängt auf dem weiten Platze vor dem kleinen Palaste und harrten in tiefem Schweigen, bis von der Rampe herunter verkündigt wurde, der König habe vollendet.

Sobald diese beiden Augen sich schlossen, brachen alle die lang verhaltenen Klagen und Hoffnungen der Preußen übermächtig hervor, sprudelnd und schäumend wie das flüssige Metall, wenn der Zapfen ausgestoßen wird. Eine neue Zeit war gekommen, sie forderte neue Männer.

Beilagen.

XVI. Baierns Politik in den Jahren 1819 f.

Zu Bd. II. 580 f. III. 762 f.

Zur Ergänzung und Bekräftigung meiner Mittheilungen über die bairische Politik vor und nach den Karlsbader Beschlüssen gebe ich hier noch einige Auszüge aus mehreren neuerdings aufgefundenen Aktenstücken. Es sind sämmtlich sogenannte Dépêches royales, eigenhändig unterzeichnet von König Max Joseph, gegengezeichnet von dem Minister des Auswärtigen, dem Grafen Rechberg.

Die erste Depesche, an den Gesandten in Berlin, Generalleutnant Gf. Rechberg gerichtet, schildert mit grellen Farben die demokratische Bewegung in Süddeutschland und fährt dann fort (30. Mai 1819):

J'espère pouvoir clôturer la session à la fin du mois prochain. Il n'est pas douteux qu'il y aurait eu pendant cette séance un éclat formel, si ces hommes n'avaient craint de perdre leur cause en se démasquant complètement; ils ont dont ajourné l'exécution de leurs plus amples projets, espérant que dans l'intervalle de trois ans jusqu' à leur réunion le système représentatif aura pris consistance en Allemagne. Je chercherai à déjouer ces projets en les dissolvant par un acte qui annullera toutes les résolutions inconstitutionnelles qu'ils ont prises. Six années s'écouleront avant que le budget ne doive être voté, et encore n'ont ils le droit que de voter l'impôt direct. Cependant il est douteux, que ces précautions suffiront; et Je crois que l'expérience que J'ai faite et le ton que prennent les Etats de Bade doivent faire prendre la situation de l'Allemagne en mûre considération et engager les Cours à convenir à Francfort ou partout ailleurs de principes uniformes à arrêter pour que l'art. 13 de l'Acte féderal ne fraie point la voie à un état de choses qui s'il s'empire ne pourra plus être arrêté.

Darauf wird der Gesandte beauftragt, die Rathschläge Bernstorff's wegen dieser Berathungen der deutschen Höfe einzuholen. Also ist erwiesen, daß der Münchener Hof die Karlsbader Conferenzen mit veranlaßt hat. —

Die zweite Depesche, vom 13. Dec. 1820, an den Grafen Bray in Wien gerichtet, giebt wieder ein lebhaftes Bild von dem unruhigen Geiste in Italien und Süddeutschland, zumal in Darmstadt, wo die Kammern sich in eine constituirende Versammlung verwandelt hätten, und schließt:

C'est de Troppau, c'est de cette union des puissances qui déjà a été victorieuse d'une grande révolution qu'il faut attendre les mesures propres à consolider leur ouvrage. Le dépit que cette union cause aux agitateurs est la meilleure preuve de son efficacité.

Die dritte Depesche, vom 27. Dec. 1820, an General Rechberg, bekundet ebenfalls die Freude des Münchener Hofes über den Troppauer Congreß und bespricht alsdann das Manuscript aus Süddeutschland, sowie die geheimen Bestrebungen der württembergischen Regierung: On peut à peine se refuser de rapprocher ces différentes cir-

constances avec les doutes, les suppositions et la politique du parti révolutionnaire en Allemagne, et on se demande quelle peut être la tendance d'une opinion aussi peu fondée et aussi divergeante de celle que professent les autres cours d'Allemagne.

Demnach wird Rechberg angewiesen, das Verhalten Württembergs in Berlin scharf zu beobachten. —

XVII. Canning und Deutschland.

Zu Bd. III. 264. IV. 27.

Das wunderliche Bild des weitherzigen, immer neue Welten zur Freiheit aufrufenden Kosmopoliten Canning würde aus der deutschen Geschichtschreibung längst verschwunden sein, wenn man bei uns die Satiren kennte, welche Canning in den Jahren 1797 und 98 für William Gifford's Zeitschrift The Anti-Jacobin schrieb. Der Anti-Jacobin ist in Deutschland schwer aufzutreiben, ich habe erst nach langem Suchen ein Exemplar in der Bibliothek des Königs Georg zu Hannover aufgefunden. Die satirischen Gedichte aber, die er enthält, werden unter dem Titel The poetry of the Anti-Jacobin in England noch immer viel gelesen und neu gedruckt; sie bildeten vor Jahren eine der Quellen, aus denen der general reader seine Ansichten vom deutschen Leben schöpfte. Die Satire Canning's The Rovers or the double arrangement nennt Niebuhr in den Vorlesungen über die Geschichte des Revolutionszeitalters „das infamste Pasquill, das je auf Deutschland geschrieben ist, fast ebenso niederträchtig als Bahrdt mit der eisernen Stirn": Liederlichkeit, Blutschande, Atheismus würden hier als Charakter des deutschen Wesens dargestellt, überhaupt verhöhne der Anti-Jacobin „das Würdigste des Auslandes auf das Schändlichste". Niebuhr urtheilte offenbar nach Jugenderinnerungen; er entsann sich noch, wie tief es ihn einst gekränkt hatte, die ersten Werke unserer werdenden classischen Dichtung durch das Toryblatt beschimpft zu sehen. Heute sind wir weniger reizbar, aber auch wir erstaunen noch über die insularische Beschränktheit, den verständnißlosen Hochmuth des Anti-Jacobin. Canning konnte kein Wort deutsch, wie die lächerlichen deutschen Citate beweisen. Er hat allem Anscheine nach selbst die Namen von Schiller und Goethe nicht gekannt, sondern nur aus Zeitungsartikeln und schlechten Uebersetzungen erfahren, daß in Deutschland einige radicale Dichter ihr Wesen trieben; er ahnte dunkel die Verwandtschaft zwischen den Ideen der Revolution und der Schwärmerei unserer literarischen Stürmer und Dränger. Da er unter den Torys Wunderdinge über das gottlose Göttinger Burschenleben gehört hatte, so glaubte er im Ernst, daß die ganze Studentenschaft einer deutschen Hochschule, begeistert durch „die Räuber" zur Wegelagerung auf die Landstraßen hinausgezogen sei. Goethe's Stella, die bekanntlich in ihrer ursprünglichen Fassung mit einer Bigamie endigte, Schiller's Räuber, Kabale und Liebe und andere dem Briten nur dem Namen nach bekannte deutsche Werke boten ihm nun den Anlaß, in der Parodie The Rovers die deutsche Nation als eine Lumpengesellschaft zu schildern, die Jedem erlaube „Alles zu thun, was, wo, wann und wie er wolle". Nur die deutschen Flüche ließ er zartfühlend hinweg, „weil englische Ohren daran noch nicht genugsam gewöhnt seien". Das Stück ist nicht ohne Witz, an einzelnen Stellen sogar treffend, aber nur eine Burleske des gemeinen Schlages, im Stile unserer heutigen Witzblätter. Frisches Leben zeigt sich fast allein in den eingewobenen Schlemperliedern, so in dem bekannten, von der englischen Jugend einst viel gesungenen:

Alas! Mathilda then was true.
At least I thought so at the U-
Niversity of Gottingen.

Weit ernster und bedeutender ist die Satire New Morality. Sie bekämpft mit scharfen, zuweilen mit gewaltigen Worten das verschwommene Weltbürgerthum der revolutionären Parteien:

A steady patriot of the World alone,
The friend of every country — but his own.

Hier tritt Canning's heiligstes Gefühl hervor: der schroffe, in seiner Einseitigkeit großartige Nationalstolz, die Freude an dem einen Lande, das den Mächten des Verderbens furchtlos widerstehe: una etenim in mediis gens intemerata ruinis. Dieser Gesinnung ist Canning sein Lebelang treu geblieben, auch als späterhin Scott und Byron den Briten das Verständniß der deutschen Dichtung erschlossen. Seine Größe liegt darin, daß er das gerade Gegentheil des Weltbürgers war, zu dem ihn seine festländischen Bewunderer stempeln wollten. Nur weil er ganz und gar englisch empfand, vermochte er der Legitimitätspolitik Metternich's zu widerstehen. Die schönen in seine Reden eingefügten Worte von Völkerfreiheit sollten und konnten ihm nur als ein Mittel dienen, um der harten englischen Handelspolitik den Beifall der öffentlichen Meinung des Festlandes zu gewinnen. —

XVIII. Der Herzog von Cumberland und das Staatsgrundgesetz.

Zu Bd. IV. 165.

(Zuerst abgedruckt in den Forschungen zur brandenb. u. preuß. Geschichte. Bd. 1.)

Das politische Urtheil über den Verfassungsbruch König Ernst August's von Hannover kann unter rechtlichen Männern keinem Streite unterliegen. Was auch überfeiner Scharfsinn zur Entschuldigung oder Erklärung vorbringen mag, es bleibt doch dabei, daß die kurze Geschichte des selbständigen Königreichs Hannover mit einem frevelhaften Staatsstreiche begann; und wir Preußen beklagen als eine der trübsten Erinnerungen der Geschichte des Deutschen Bundes, daß König Friedrich Wilhelm III. sich nicht entschließen konnte, dem hannöverschen Welfen ebenso fest und streng entgegenzutreten, wie kurz vorher dem braunschweigischen Welfen Herzog Karl. Schwieriger erscheint das persönliche Urtheil. Ist Ernst August mindestens als ehrlicher Fanatiker verfahren? Hat er gegen das Staatsgrundgesetz, das er als König umstieß, schon als Thronfolger bestimmten, unzweideutigen Widerspruch eingelegt, oder hat er seinen Rechtsbruch durch Hinterhaltigkeit und Winkelzüge vorbereitet? Zuverlässige Antwort auf diese vielumstrittenen Fragen geben einige Briefschaften mit der Aufschrift „Erklärung des Herzogs von Cumberland zum Staatsgrundgesetz", welche ich kürzlich im k. Staatsarchiv zu Hannover aufgefunden habe und hier nach ihrem wesentlichen Inhalt mittheile.

Die bekannte, vom Geh. Cabinetsrath Falcke verfaßte Erklärung, welche Ernst August am 27. Juni 1839 im Bundestage abgeben ließ, enthält folgende Versicherung:

„Der König Wilhelm IV. hatte eine vorgängige Berathung über das Staatsgrundgesetz mit dem präsumtiven Thronerben nicht gewollt. Die Mittheilung der Verfassung an den damaligen Herzog von Cumberland fand auf des Königs Befehl nicht früher statt, als nachdem die königlichen Entschließungen über Inhalt und Form gefaßt worden waren. Eine bei der ersten Kenntnißnahme von dem Thronerben gemachte Ausstellung mußte schon deshalb unbeachtet bleiben, weil eine den Ständen gegebene Zusicherung des Königs Willen band. Von der ersten Berufung der allgemeinen Ständeversammlung des Königreichs auf den Grund der neuen Verfassung, behufs der Theilnahme an den Sitzungen der ersten Kammer, am 16. October 1833 durch ein Mini-

sterialschreiben in Kenntniß gesetzt, erwiderte der jetzt regierende König am 29. desselben Monats: ‚Von Allem, was dieserhalb vorgekommen, sei Er nicht gehörig unterrichtet und könne sich deshalb auch durch das neue Gesetz noch nicht gebunden halten.‘“

Diese kunstvoll aus Wahrheit und Dichtung zusammengewobenen Sätze sollen offenbar den Eindruck erwecken, als ob der Herzog erst kurz vor dem Abschlusse des Staatsgrundgesetzes vom 26. September 1833, also etwa im Sommer 1833, davon Kenntniß erhalten hätte. Die Wahrheit aber ist, daß König Wilhelm allerdings „eine vorgängige Berathung“ mit dem Thronfolger gehalten hat, und zwar schon im October 1831, unter persönlicher Mitwirkung des nämlichen Geh. Raths Falcke, der nachher die Erklärung für den Bundestag verfertigte. Bekanntlich hatte der König, auf die Bitte des Landtags von 1831, die Gewährung einer neuen Verfassung zugesagt und zunächst durch die Regierung und ihre Vertrauensmänner (Rose, Dahlmann u. A.) einen Entwurf ausarbeiten lassen, der im Herbst dem Monarchen zur vorläufigen Genehmigung vorgelegt wurde. Dieser Entwurf ist späterhin durch die ständischen Berathungen mannichfach umgestaltet worden; aber er enthielt bereits jene entscheidende Reform, welche dereinst dem Könige Ernst August den Hauptvorwand für seinen Staatsstreich bieten sollte: er bestimmte schon die dem Landtage versprochene sogenannte Kassenvereinigung, die Verschmelzung der königlichen Domänenkasse mit der ständischen Steuerkasse. Der König befahl nunmehr dem Minister v. Ompteda und dem Geh. Rath Falcke, den Verfassungsplan dem gerade in England anwesenden Thronfolger mitzutheilen. Nicht ohne Besorgniß sah er der Antwort des Bruders entgegen, da die Verhandlungen über die Reformbill eben damals schwebten und der Hochtory Cumberland das Whigministerium scharf bekämpfte. Wider Erwarten bekundete aber der Herzog mündlich und schriftlich seine wärmste Anerkennung für den Entwurf.

Am 30. October 1831 schrieb er aus Kew seinem jüngeren Bruder, dem Vizekönig von Hannover, Herzog von Cambridge, erzählte ihm, daß er durch Ompteda und Falcke den Entwurf erhalten habe, und fuhr fort: I must say, that it does both the King and the government the highest honour the manner in which they have drawn up their proposals, and there was not one single objection that I could find or alteration to propose except in three points. Nun zählt er seine drei Bedenken auf. Er verwirft zum Ersten die Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen, weil dann die demokratischen Mitglieder Reden für das Publicum halten würden. Es genüge nicht, daß die Regierung und jedes einzelne Mitglied die Abhaltung einer geheimen Sitzung verlangen dürfe; denn durch solche Anträge errege die Regierung nur Unmuth, der einzelne Abgeordnet aber werde a marked man. Zweitens tadelt der Herzog die Bewilligung der Tagegelder an die Mitglieder der zweiten Kammer, wegen der Gefahr der Zeitvergeudung. Zum Dritten verlangt er, daß die beurlaubten Soldaten den Kriegsgesetzen unterstellt werden sollten — ein Bedenken, das eigentlich gar nicht zur Sache gehörte, da der Entwurf diese Frage nur mittelbar berührte. Dann schließt er: These are the only three points I have to remark upon, and the King, whom I saw on Friday and who had heard my remarks in a letter from Ompteda, said: „He agreed most perfectly and entirely with me and had stated the same to Ompteda.“ It is impossible for any man to have behaved more nobly and disinterestedly than the King has done in this whole business, and both his head and heart have shone in this occasion. Ernest. — Das Lob des Edelsinnes und der Uneigennützigkeit des Königs hatte guten Grund; denn der Verfassungsentwurf bemaß die Krondotation für das königliche Haus sehr reichlich und bestimmte, daß sie dem im Lande wohnenden Nachfolger voll gewährt werden sollte, während König Wilhelm, der in England blieb, sich für seine Lebenszeit mit einer geringeren Rente begnügte.

Am folgenden Tage (Kew, 31. October 1831) schrieb der Herzog vertraulich (private) an den König selbst, dankte ihm für die Sendung von Ompteda und Falcke und versicherte: I cannot sufficiently declare my perfect satisfaction in all and every

point. Niemand hätte edler und uneigennütziger handeln können als der König, proving thus that Your sole object is to place the finances of the country of Hanover on a footing that Your successors may not have difficulties. Darauf kommt er wieder auf seine drei Bedenken zurück, erkennt dankbar an, daß der König hierin mit ihm übereinstimme, erwähnt sodann, daß König Ludwig von Baiern selbst nach schmerzlichen Erfahrungen die Oeffentlichkeit der Landtage mißbillige, und bemerkt über die Diäten: hier könne man vielleicht nachgeben; then at least the expence must fall upon the country and not on the sovereign, and with such restrictions that the States cannot protract the business in order to be paid so longer. Endlich setzte er mit militärischer Sachkenntniß auseinander, wie man es künftig mit den beurlaubten Soldaten halten solle.

Auf diese beiden Briefe bezieht sich offenbar die von L. Weiland (Rede auf Dahlmann, Göttingen 1885, S. 34) mitgetheilte Erzählung Rose's; nur daß dem Wiedererzähler Pertz dabei einige kleine Gedächtnißfehler mit untergelaufen sind.

Der wohlmeinende König war überglücklich. Sein Thronfolger hatte gegen den Entwurf nur drei Bedenken erhoben, von denen er das zweite — wegen der Diäten — selbst für unerheblich erklärte, während das dritte — wegen der beurlaubten Soldaten — kaum zur Sache gehörte; dagegen hatte er der einzigen Vorschrift des Entwurfs, welche vielleicht der Zustimmung der Agnaten bedurfte, der Kassenvereinigung, mit überströmender Dankbarkeit zugestimmt. König Wilhelm meinte also fortan gegen weitere Einsprüche gesichert zu sein und antwortete dem Bruder sehr freundlich (Brighton, 3. Novbr. 1831). Er betheuerte, daß er bei dem Entwurfe besonders an die Interessen seiner Nachfolger gedacht habe, Yourself and Your promising son. It had appeared to Me of the utmost importance to the welfare and prosperity of the country . . . and to Your own comfort and tranquillity that You should be fully informed of what has been proposed to Me. Der Verfassungsplan sei hervorgegangen aus einer gerechten und liberalen, aber hoffentlich nicht furchtsamen Betrachtung der Lage Hannovers, aus den allgemeinen Umständen, welche den Wunsch nach einer Verfassung hervorgerufen, und aus der Nothwendigkeit, die Kundgebungen der öffentlichen Meinung einzelner Klassen zu beachten. Die Bedenken wegen der Oeffentlichkeit und der Diäten solle Falcke mit dem Vizekönig und dem hannöverschen Ministerium nochmals besprechen, and I have no doubt that such consideration will be given to them as circumstances may seem to admit. Auch die Stellung der beurlaubten Soldaten würde noch von Sachverständigen geprüft werden. Hierauf ließ der König die zwischen ihm und dem Herzog gewechselten Briefe durch seinen Sekretär, Generalleutnant Sir Herbert Taylor, dem Vizekönige senden (Brighton, 7. November 1831): His Majesty considers it advisable that Your R. Highness and the Hanoverian government should be in possession of these documents, and He trusts they will prove satisfactory to you.

Die hannöversche Regierung befolgte die Befehle des Königs gewissenhaft. Lediglich aus Rücksicht für den Thronfolger wurde die Zusage der Diäten aus der Verfassung gestrichen und in ein provisorisches Reglement verwiesen, das leicht wieder geändert werden konnte. Die Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen ließ sich allerdings nicht mehr ganz zurücknehmen, da der König sie den Ständen bereits versprochen hatte; sie wurde jedoch, um den Thronfolger zufrieden zu stellen, dahin abgeschwächt, daß die Kammern nur berechtigt, nicht verpflichtet sein sollten Zuhörer zuzulassen, und die Folge war, daß die erste Kammer immer geheim tagte. Damit glaubten die Minister dem Herzoge, dem ja gar kein Mitregierungsrecht zustand, jede erdenkliche Nachgiebigkeit erwiesen zu haben und führten fortan unbesorgt das Verfassungswerk weiter. Der Entwurf wurde im November 1831 einer aus Vertretern der Regierung und der Stände gemischten Commission, dann im Mai 1832 dem neuen Landtage und schließlich im Frühjahr 1833 nach mehrfacher Umarbeitung abermals dem Könige vorgelegt. Nachdem die also mit kurhannöverscher Gründlichkeit bearbeitete Verfassung im September 1833 veröffentlicht war,

wurde sie von dem hannöverschen Cabinetsministerium am 16. October 1833 dem Herzog von Cumberland zugesendet, nebst der Anfrage, ob er geneigt sei seinen Sitz in der ersten Kammer einzunehmen, während gleichzeitig Minister Ompteda in London an den Herzog von Sussex die nämliche Frage stellte. Sussex erhob keine grundsätzlichen Bedenken; Cumberland aber antwortete wie folgt:

> Berlin, 29. October 1833. Meine Herren! Ich habe durch den Gesandten von Münchhausen Ihr Schreiben vom 16. d. Mts. erhalten und verfehle nicht Ihnen für diese Mittheilung meinen Dank zu erstatten. Jedoch kann ich nicht umhin Ihnen zu sagen, daß ich im Jahre 1819 bei meinem seligen Bruder König Georg IV. gegen die Einführung der allgemeinen Stände protestirt habe, da diese nach meiner Ansicht nie hätten sollen eingerichtet werden ohne vorherige Einwilligung und Zustimmung aller männlichen Agnaten, weil dadurch eine totale Veränderung der Verfassung des Landes bewirkt worden. Von allem, was weiter vorgekommen, bin ich nicht genügend unterrichtet und kann mich deshalb auch durch das neue Gesetz noch nicht gebunden halten.
>
> Ihr ergebener
>
> Ernst.

Die Minister, Stralenheim, Alten, Schulte, von der Wisch, waren durchweg Edelleute von der achtungswerthen, aber geistlosen althannöverschen Schule. Begreiflich daher, daß sie durch diese unerwartete Erklärung des Thronfolgers ganz außer Fassung geriethen. Alle früheren Aeußerungen des Herzogs waren nur vertraulich geschehen. Jetzt, in dem einzigen förmlichen Aktenstücke, das er jemals über das Staatsgrundgesetz geschrieben hat, verweigerte er nicht nur, die früheren Verhandlungen einfach ableugnend, vorläufig seine Zustimmung zu dem neuen Staatsgrundgesetze; er schien sogar — soweit seine Worte sich deuten ließen — zu den alten Provinzialständen, zu dem Zustande vom Jahre 1803 zurückkehren zu wollen; denn die allgemeine Ständeversammlung, die er als unrechtmäßig verwarf, war im Jahre 1819 nur verändert, aber schon im Jahre 1814, zur selben Zeit da die Königskrone Hannovers entstand, begründet worden. In ihrer Angst wagten die Minister nicht, dem Herzog kurzweg die Frage zu stellen, ob er das Staatsgrundgesetz anerkenne oder eine förmliche Rechtsverwahrung einlegen wolle. Sie schrieben vielmehr an Ompteda, den hannöverschen Minister in London (14. November 1833), erzählten ihm das Geschehene und bemerkten dazu: von einem früheren Proteste des Herzogs wüßten sie gar nichts; auch hielten sie für zweifelhaft, ob ein solcher Protest im Jahre 1819 überhaupt noch möglich gewesen, da die allgemeine Ständeversammlung des Königreichs schon fünf Jahre früher einberufen worden sei. Nicht minder zweifelhaft scheine es, ob diese Verfassungsänderungen der Zustimmung der Agnaten bedürften; bei der Union der Landschaften Calenberg und Grubenhagen im Jahre 1801 habe man die Agnaten auch nicht befragt. Zudem lasse sich nicht leugnen, daß die alten Provinzialstände größere, für die Krone gefährlichere Rechte besessen hätten, als heute der allgemeine Landtag. Zum Schluß meinten sie harmlos, die Bemerkungen des Herzogs schienen sich doch wohl nur auf die Form, nicht auf den Inhalt des Staatsgrundgesetzes zu beziehen; denn aus seinen Gesprächen mit Ompteda und Falcke, aus seinen Briefen an den König und den Herzog von Cambridge gehe klar hervor, daß er vor zwei Jahren den Verfassungsentwurf gebilligt habe, mit einziger Ausnahme der Bestimmungen über die Oeffentlichkeit und die Diäten.

Der König zeigte sich über die Sinnesänderung seines Bruders keineswegs überrascht; er wußte längst, daß der Herzog mit dem Führer der hannöverschen Adelspartei, Freiherrn von Schele, in Verbindung stand und sich gegen den Gesandten Münchhausen sehr feindselig über das Staatsgrundgesetz geäußert hatte. Als ihm Geh. Legationsrath Lichtenberg am 28. November in Brighton Vortrag hielt, versicherte er bestimmt, daß er weder einen Protest des Herzogs aus dem Jahre 1819 kenne, noch von mündlichen

Erörterungen zwischen Cumberland und König Georg IV. etwas wisse. Er billigte die Meinung der Minister, daß ein Protest der Agnaten unzulässig sei, und bemerkte — mit deutlicher Anspielung auf Cumberland's bekannte Schuldenlast — „wie Allerhöchst-Sie nicht besorgten, die abweichenden Ansichten Sr. k. Hoheit würden dem Lande zum Nachtheil gereichen, allerdings aber Sich des Gedankens nicht zu erwehren vermöchten, es würden dieselben eher zum Nachtheil als zum Vortheil Sr. k. Hoheit selbst ausschlagen.“ Der König wünschte, daß der Vizekönig eine angemessene, ausgleichende Erwiderung an den Bruder schreiben solle, fügte aber hinzu, „daß Sie ungern gestehen müßten, einen günstigen Erfolg davon kaum hoffen zu können“. (Lichtenberg's Bericht an das Cabinetsministerium, 3. December 1833.)

Hierauf traten die hannöverschen Minister nochmals in Berathung und schrieben an Lichtenberg (Ministerialschreiben vom 13. December 1833): „An und für sich können wir zwar die gedachte Erwiderung so wenig ihrer Form als ihrem Inhalt nach für eine eigentliche Protestation gegen das Staatsgrundgesetz halten; allein wir können allerdings die Besorgniß nicht unterdrücken, daß diesem Aktenstücke früher oder später eine andere Absicht untergelegt und es uns zum Vorwurf gemacht werden könnte, wenn wir dasselbe mit Stillschweigen angenommen hätten.“ Deshalb, und weil eine eigenhändige Erwiderung des Königs der Sache mehr Wichtigkeit geben würde, als sie haben solle, hätten die Minister sich entschlossen, dem Thronfolger selbst zu antworten, und hofften auf die nachträgliche Genehmigung des Königs.

Dies Erwiderungsschreiben des Cabinetsministeriums an Cumberland (vom 11. December 1833 datirt) war überaus zart gehalten, obgleich man wissen mußte, daß der Herzog mittlerweile dem Vizekönige (in einem Briefe vom 29. November) erklärt hatte, er werde mehreren Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes, namentlich der Kassenvereinigung, nie seine Zustimmung ertheilen. Die Minister begnügten sich dem Herzog zu bemerken, daß die Zustimmung der Agnaten zwar wünschenswerth, doch nicht nothwendig sei, und das Staatsgrundgesetz jetzt überdies unter dem Schutze des Art. 56 der Schlußakte des Deutschen Bundes stehe. Sie bewiesen ihm sodann, daß die königliche Autorität durch die Kassenvereinigung nur verstärkt werde, und erinnerten ihn daran, wie sorgsam sie sein Bedenken wegen der Diäten berücksichtigt hätten: „es ist uns gelungen, jede desfallsige Bestimmung aus dem Staatsgrundgesetze zu entfernen;“ auch die Oeffentlichkeit des Landtags sei, dem Wunsche des Herzogs gemäß, wenigstens stark beschränkt worden. Damit schlossen sie. Auch jetzt wagten sie nicht, dem Thronfolger zu sagen, daß sie nunmehr ein unzweideutiges Ja oder Nein von ihm verlangen müßten, um dann nöthigenfalls mit Hilfe des Landtags oder des Bundestags weitere Maßregeln zu ergreifen.

Der König sprach zu diesem Schreiben „seinen ganzen Beifall“ aus (Lichtenberg's Bericht, 17. Januar 1834). Der Thronfolger aber erwiderte nichts, da er das Schreiben in Folge eines Zufalls nicht erhalten hatte. Als Cumberland bald nachher wieder nach England kam, hielt Geh. Rath Lichtenberg am 24. Januar, 27. Februar und 24. März drei Unterredungen mit ihm über das Staatsgrundgesetz, wobei er dem Herzog eine Abschrift des verlorenen Schreibens vorlas (Lichtenberg's Berichte vom 28. Februar und 27. März 1834). In diesen Gesprächen offenbarten sich die Hintergedanken des Herzogs ganz unverkennbar.

Derselbe Fürst, der vor zwei Jahren das Staatsgrundgesetz bis auf drei Punkte gebilligt hatte, erklärte jetzt: „Ich war immer gegen eine allgemeine Ständeversammlung des Königreichs; ich habe dies 1814 in einer Denkschrift dem Prinzregenten gesagt und späterhin mündlich bei ihm dawider protestirt; ich habe deshalb im Jahre 1822 die Ständeversammlung nicht empfangen, als sie sich mir durch den Grafen Merveldt vorstellen lassen wollte, sondern ihr erwidert, daß ich nur die Einzelnen als Privatpersonen empfangen könne. Meine Ansicht ist also notorisch. Aus der Union von Calenberg und Grubenhagen folgt nicht, daß auch die ständische Union für das gesammte Königreich ohne Einwilligung der Agnaten eingeführt werden darf. Warum können wir nicht

Provinzialstände haben wie Preußen?" — Das alles unter der feierlichen, dem *alten* Soldaten geläufigen Betheuerung: ich spreche meine Ansicht immer frei und offen *aus*, ich habe immer die Sache, nie die Person im Auge. — Nachdem er früherhin erklärt hatte **my perfect satisfaction in all and every point, except in three points,** wagte er jetzt zu behaupten: wenn er gegen Ompteda und Falcke nur zwei Punkte hervorgehoben habe, „so werde daraus nie der Schluß gezogen werden können, daß Sie allem Uebrigen Ihren Beifall gegeben hätten". Am anstößigsten erschien ihm jetzt die Kassenvereinigung, die er früher mit so inbrünstigem Danke begrüßt hatte: dadurch werde das königliche Einkommen abhängig von der Bewilligung der Stände. Vergeblich hielt ihm Lichtenberg vor, daß die Krone vielmehr erst jetzt durch die Krondotation ein völlig selbständiges Einkommen erhalte. Auch auf seine früheren Einwände kam der Herzog wieder zurück: Wenn man keine Diäten bewilligt hätte und die Stände wären deshalb nicht zusammengekommen, „so würde gerade dadurch das Gouvernement die Gelegenheit in den Händen gehabt haben, die Versammlung nicht ferner zu berufen zu brauchen". Dann eiferte er noch gegen die Oeffentlichkeit des Landtags sowie gegen die neue Organisation der Cavallerie und ließ sich auch nicht beruhigen, als Lichtenberg ihm vorstellte, der Landtag dürfe ja das Militärbudget nur in Bausch und Bogen bewilligen. Selbst der ehrfurchtsvolle Geheime Rath vermochte am Schlusse seiner Berichte nur zu sagen: „daß, wenn der unterthänigst gehorsamst Unterzeichnete überhaupt wagen darf eine Ansicht über den Eindruck anzudeuten, welche die lange Unterredung auf Se. k. Hoheit hervorbrachte, derselbe wenigstens kein durchaus ungünstiger zu sein schien."

Damit schließen die Akten. Das Ministerium beruhigte sich bei diesem „schien" des sanften Lichtenberg und trieb in unbegreiflicher Sorglosigkeit dem Staatsstreiche entgegen. Die welfische Tragikomödie fand nachher ihren würdigen Abschluß, als *König* Ernst August seinem Lande eigenmächtig dieselbe Verfassung vom Jahre 1819 wieder auferlegte, welche der Herzog von Cumberland einst als völlig widerrechtlich verworfen hatte.

Dem Staatsgrundgesetze folgte am 19. November 1836 das Hausgesetz für das königliche Haus. Ueber dessen Entstehung weiß ich nichts Neues zu berichten. Bekannt ist nur, daß Dahlmann, der dies Hausgesetz auszuarbeiten hatte, am 21. April 1834 vom Cabinetsministerium die amtliche Mittheilung erhielt: die Zustimmung der volljährigen königlichen Prinzen sei erfolgt. Ebenso bekannt, daß der Herzog von Cumberland am 18. December 1835 an Geh. Rath Falcke schrieb: er könne als ehrlicher Mann das Hausgesetz, das so fest mit dem Staatsgrundgesetze zusammenhänge, für jetzt noch nicht unterzeichnen: **I must have much more aid and advice before I can allow myself to take so serious a step as you propose me doing.** Da jene Versicherung des Ministeriums unmöglich ganz grundlos sein kann, so drängt sich unabweisbar die Vermuthung auf, daß der Herzog beiden Gesetzen gegenüber auf dieselbe Weise verfahren ist: er hat zuerst in unverbindlicher Form seine Zustimmung gegeben, um nachher — nicht ehrlich zu protestiren, sondern die Entscheidung ins Ungewisse hinauszuschieben.

XIX. Prinz Wilhelm und Prinzessin Elise Radziwill.

Zu Bd. III. 393. IV. 197.

So lange Kaiser Wilhelm I. lebte, hielt ich für schicklich, über seine unglückliche Jugendliebe nur das Unentbehrliche zu sagen. Heute trage ich kein Bedenken mehr, meinen Lesern aus dem Briefe des Prinzen Wilhelm vom 23. Juni 1826 die Stellen mitzutheilen, welche ich vor Jahren den Tagebüchern des Generals Witzleben entnommen habe. Diese Herzensgeschichte des Begründers unserer Einheit hat für uns Deutsche

eine ähnliche Bedeutung wie einst die Kämpfe Friedrich's II. mit seinem Vater. Der Prinz schreibt:

„... Sie haben, theuerster Vater, die Entscheidung für mein Schicksal gegeben, die ich ahnden mußte, aber mich zu ahnden scheuete, so lange ein Strahl von Hoffnung mir noch blieb ... Lesen Sie in meinem Herzen, um in demselben den unaussprechlichen Dank zu finden, der es belebt für alle die unzähligen Beweise Ihrer Gnade, Liebe und Langmuth, die Sie mir in diesen bewegten fünf Jahren gaben, vor Allem aber noch für den unbeschreiblich tief mich ergriffen habenden Brief vom gestrigen Tage. Welchen Eindruck er mir gemacht, bin ich nie im Stande zu schildern. Ihre väterliche Gnade, Liebe und Milde, Ihre liebevolle Theilnahme bei dem schweren Geschick, das mich trifft, das Vorhalten meiner Pflichten in meinem Stande, die Anerkennung der Würdigkeit des Gegenstandes, dem ich meine Neigung geschenkt habe, die Erinnerung an alle Versuche, welche Ihre Liebe zu Ihren Kindern Sie unternehmen ließ, um die Wünsche meines Herzens zu erfüllen — Alles, Alles dies in den Zeilen zu finden, die mein Schicksal entschieden, mischte in mein erschüttertes Herz so viel Trost und so unaussprechliches Dankgefühl, daß ich nur durch die kindlichste Liebe und durch mein ganzes Verhalten in meinem künftigen Leben im Stande sein werde, Ihnen, theuerster Vater, meine wahren Gesinnungen zu bethätigen. Ich werde Ihr Vertrauen rechtfertigen, und durch Bekämpfung meines tiefen Schmerzes und durch Standhaftigkeit in dem Unabänderlichen in dieser schweren Prüfung bestehen. Gottes Beistand werde ich anrufen. Er verließ mich in so vielen schmerzlichen Augenblicken meines Lebens nicht, Er wird mich auch jetzt nicht verlassen ... So schließe ich diese wichtigen Zeilen zwar mit zerrissenem Herzen, aber mit einem Herzen, das Ihnen, theuerster Vater, inniger denn je anhängt! Denn Ihre väterliche Liebe war nie größer als in der Art der schweren Entscheidung." —

Ueber die vielbestrittene Rechtsfrage, welche in dieser Familiengeschichte mitspielt, wage ich eine abschließende Entscheidung nicht zu geben. So weit ich aber zu urtheilen vermag, glaube ich allerdings, daß die Minister das Rechte trafen, als sie sich gegen die Ebenbürtigkeit der Prinzessin Radziwill aussprachen. Wohl hatte einst Luise Charlotte Radziwill, die reiche Erbin der Herrschaften Tauroggen und Serrey, den Sohn des großen Kurfürsten, Markgraf Ludwig, nachher in zweiter Ehe den Pfalzgrafen Karl Ludwig geheirathet, und weder im brandenburgischen noch im pfälzischen Hause wurde die Ebenbürtigkeit dieser Ehen je bezweifelt. Aber seitdem waren schärfere und härtere Rechtsbegriffe im preußischen Königshause zur Herrschaft gelangt. Friedrich II. verlangte von Kaiser Karl VII. ausdrücklich, „daß alle diejenigen fürstlichen Heirathen schlechterdings für ungleich zu achten, welche mit Personen unter dem alten reichsgräflichen Sitz und Stimme in comitiis habenden Stande contrahirt werden". Diese Erklärung des Oberhauptes der Dynastie war für die Nachfolger bindend, so lange sie nicht durch ein Hausgesetz beseitigt war; und da die Fürsten Radziwill zwar den reichsfürstlichen Titel, aber niemals Sitz und Stimme auf den Reichstagen erlangt hatten, so konnten sie fortan, trotz ihres Reichthums und historischen Ruhmes, dem preußischen Königshause nicht mehr für ebenbürtig gelten. Prinz Wilhelm von Preußen war selbst dieser Ansicht. Er bat seinen königlichen Vater in einem Briefe aus Petersburg vom 12. Februar 1826, daß Prinz August von Preußen die Prinzessin Elisabeth Radziwill, um ihr die Ebenbürtigkeit zu verschaffen, an Kindesstatt annehmen, und die Söhne des Königs diese Adoption genehmigen sollten. Dies bezeugt Fürst Wittgenstein in einem Schreiben an Graf Bernstorff vom 28. März 1826. —

XX. Preußen und das Bundeskriegswesen 1831.

Zu Bd. IV. 215.

(Zuerst abgedruckt in den Forschungen zur brandenb. u. preuß. Geschichte. Bd. 2.)

Als J. G. Droysen in seinem lehrreichen Aufsatze „Zur Geschichte der preußischen Politik in den Jahren 1830—32"*) zum ersten male eine aktenmäßige Darstellung der Bundesgeschichte jener Jahre gab, gelangte er zu dem Ergebniß, daß damals „der positive und der negative Pol deutscher Geschichte, das System des engeren Bundes unter Preußens Führung und das System der alten Bundesverfassung unter österreichischem Präsidium", in aller Schärfe einander gegenübergetreten seien. Wie fern es mir auch liegt, gegen meinen verstorbenen Lehrer und Collegen eine Polemik zu beginnen, so kann ich doch nicht verschweigen, daß ich nach Einsicht der Akten diese Auffassung für übertrieben halte und den Verhandlungen, welche in jener Zeit über einen möglichen französischen Krieg geführt wurden, eine so hohe Bedeutung nicht beizumessen vermag.

In seinem schönen patriotischen Eifer war Droysen sehr geneigt, die Ideen unserer modernen nationalen Politik schon in älteren, anders empfindenden Zeiten aufzusuchen. Augenscheinlich ist sein Urtheil mitbestimmt worden durch eine nahe liegende und doch nicht zutreffende Vergleichung, durch die Erinnerung an das Jahr 1859. Damals hatte Oesterreich in Italien schwere Niederlagen erlitten; der preußische Hof aber durfte nach menschlichem Ermessen sicher hoffen, das von Truppen ganz entblößte Frankreich zu besiegen. Er war also in der Lage, seine Bedingungen zu stellen, als er, einer hochherzigen, unpolitischen Regung folgend, dem bedrängten Nachbar seine Hilfe anbot; und wenn er die Führung des Bundesheeres für sich verlangte, so konnte er auf die öffentliche Meinung in Preußen selbst wie in einem großen Theile des übrigen Deutschlands zählen, da der Gedanke des Engeren Bundes seit dem Jahre 1848 längst tiefe Wurzeln geschlagen hatte. Begreiflich also, daß Oesterreich durch den Vertrag von Villafranca die Lombardei dahingab, um dem nordischen Nebenbuhler nur nicht eine militärische Führerstellung einzuräumen, die bei glücklichem Verlaufe des Krieges wahrscheinlich Preußens dauernde Hegemonie in Deutschland begründet hätte. Wie anders die Lage im Jahre 1831! Auch damals hätte Oesterreich, wenn der von allen Seiten erwartete Weltkrieg hereinbrach, den besten Theil seiner Kriegsmacht gegen die Revolution in Italien und die dort vielleicht einrückenden französischen Truppen verwenden müssen; aber die schwerste Last und die schwerste Gefahr des Krieges fiel auf Preußen; denn die Rheingrenze war unzweifelhaft das letzte Ziel der Pariser Kriegspartei. Dem Wiener Hofe gegenüber konnte Preußen also nicht nach freiem Ermessen verfahren, sondern mußte zufrieden sein, wenn Oesterreich überhaupt in der Lage war, ein Hilfsheer auf den deutschen Kriegsschauplatz zu senden. Nimmt man hinzu, daß der Gedanke der preußischen Hegemonie sich weder in der Nation noch am Berliner Hofe irgendwie zur Klarheit entwickelt hatte, daß der einzige Staatsmann großen Stiles, Motz, schon im Juni 1830 gestorben war, daß weder der König noch Bernstorff oder Eichhorn hohen Ehrgeiz hegte, daß das Auswärtige Amt mit der Sicherung des Weltfriedens und der schwierigen Erweiterung des Zollvereins vollauf beschäftigt war, so läßt sich nicht absehen, woher Preußens deutsche Politik die Kraft hätte nehmen sollen, auch noch eine schöpferische Reform des Bundes-Heerwesens zu versuchen.

Der Darsteller der alten oder der mittelalterlichen Geschichte versucht durch einen combinirenden Scharfsinn, dessen Rechnungen jeder unterrichtete Leser zu folgen vermag, aus einer lückenhaften Ueberlieferung ein annähernd vollständiges Bild des Ge-

*) Zuerst in der Zeitschrift für Preußische Geschichte 1874, dann in Droysen's Abhandlungen zur neueren Geschichte 1876.

schehenen zu gewinnen. Wer die neue oder gar den unübersehbaren Stoff der neuesten Geschichte behandelt, verrichtet seine schwerste Arbeit, bevor er zu schreiben anfängt, unbemerkt von der Mehrzahl der Leser; er muß den Wust seiner Aktenstücke so lange durchdenken, bis er das Große von dem Kleinen zu unterscheiden vermag und genau weiß, was aus dem Durcheinander diplomatischer Einfälle, Ränke und Seifenblasen der historischen Mittheilung würdig sei. Versuchen wir den rechten Abstand von dem Bilde zu gewinnen, so erscheint der Verlauf jener Verhandlungen über einen möglichen Bundeskrieg ziemlich einfach, ihr historisches Ergebniß nicht sehr erheblich.

Die deutsche Kriegsverfassung vom Jahre 1821 war ein unter Oesterreichs stiller Beihilfe errungener Triumph der Mittelstaaten; sie gewährte der Eitelkeit der kleinen Höfe die Genugthuung, daß sie selbst auf dem Papiere mehr Bundestruppen stellten als jede der beiden Großmächte: vier Corps mit 120,000 Mann, während Oesterreich nur drei Corps mit 97,000 Mann, Preußen auch nur drei mit 80,000 Mann zu stellen hatte. An die Spitze dieses Bundesheeres sollte in Kriegszeiten ein vom Bundestage ernannter Bundesfeldherr treten, der, wie die Stimmen in Frankfurt standen, nur ein Oesterreicher oder vielleicht ein kleiner Prinz, aber unmöglich ein Preuße sein konnte. An die förmliche Beseitigung dieser aberwitzigen Vorschriften dachte Niemand, am wenigsten der preußische Hof; denn schon seit dem Anfang der Zwanzigerjahre befolgte Graf Bernstorff den wohlerwogenen Grundsatz, daß alle gemeinnützigen Maßregeln für Deutschlands Sicherheit und Wohlfahrt nicht durch den Bund, sondern durch Verabredungen der Einzelstaaten bewirkt werden müßten. Aber auch an die Ausführung der Kriegsverfassung ließ sich nicht denken; vielmehr bestand an allen Höfen der stillschweigende Entschluß, im Kriegsfalle nach den Umständen zu handeln und über jene leeren Paragraphen hinwegzusehen. Jedermann wußte, daß Preußen durch jede Bedrohung des Bundesgebiets in seinem eigenen Dasein gefährdet und mithin gezwungen wurde, seine gesammten neun Armeecorps, das Dreifache seines Bundescontingents, auf den deutschen Kriegsschauplatz zu werfen, während Oesterreich und die Kleinstaaten vielleicht nicht einmal das Wenige leisten konnten, was ihnen das Bundesgesetz vorschrieb.

Als nun die Juli-Revolution den Deutschen Bund mit Krieg bedrohte, da hielten sich die kleinen Höfe gegenüber den geheimen Lockungen der französischen Diplomatie allesammt ganz untadelhaft, die einen weil sie deutsch dachten, die anderen weil sie die Revolution haßten. Viel mehr als löbliche Gesinnungen hatten sie dem Vaterlande freilich nicht zu bieten. Südlich von Mainz und Würzburg gab es keine Festung, weil der Bundestag sich über die oberländischen Bundesfestungen nicht hatte einigen können; das weite Gebiet vom Böhmerwalde bis zum Oberrhein lag jedem Angriff offen, und die süddeutschen Truppen waren durch die Sparsamkeit der Landtage so arg verwahrlost, daß sie damals unzweifelhaft noch weniger geleistet hätten als in dem Mainfeldzuge von 1866. Mit dem österreichischen Heere stand es kaum besser; die Rüstungen dort schritten sehr langsam vor, und bei der unheimlichen Gährung in Italien ließ sich schwer absehen, wie viele Truppen die Hofburg für den Schutz des deutschen Südwestens übrig behalten würde. In solcher Lage waren die süddeutschen Höfe gern bereit, sich nöthigenfalls durch Preußen retten zu lassen; sie besprachen sich vertraulich mit den preußischen Gesandten über mögliche gemeinsame Rüstungen. Preußen versuchte nun zunächst den Wiener Hof vorwärts zu treiben; dort herrschte jedoch eine tiefe Entmuthigung, die erst im Herbst 1831, nach dem Falle Warschaus, einer frischeren Stimmung weichen sollte. Metternich versprach, den Fürsten Schönburg, den Gesandten in Stuttgart, zu näheren Verhandlungen an die süddeutschen Höfe zu senden; aber Schönburg blieb seit dem November 1830 monatelang unthätig in Wien.

Da beschloß man zu Berlin, den Vortritt zu übernehmen, und sendete im December den General v. Röder in die Hofburg. Im Januar 1831 überreichte der General seine militärischen Vorschläge (politische Aufträge hatte er nicht). Preußen erklärte sich bereit, gegebenen Falles mit seiner ganzen Macht in den Krieg einzutreten, und verlangte, daß

drei Heere gebildet würden: ein preußisch-norddeutsches an der Mosel, ein süddeutsches, durch preußische Truppen verstärkt, am Ober- und Mittelrhein, dazu ein österreichisches Heer in Schwaben. Diese Vorschläge gingen über alle älteren Forderungen Preußens sehr weit hinaus. Drangen sie durch, so wurde das nördliche Bundesheer unmittelbar, das mittlere wenigstens mittelbar preußischem Befehle unterstellt, und Oesterreich mußte sich mit der bescheidenen Rolle einer Hilfsmacht begnügen, während Preußen bei den früheren Verhandlungen über das Bundeskriegswesen immer nur die Zweitheilung des Bundesheeres gefordert hatte, so daß Oesterreich die süddeutschen, Preußen die norddeutschen Truppen führen sollte. Aber diese neue starke Zumuthung war rein militärisch, sie wurde ohne jeden politischen Hintergedanken ausgesprochen, sie bezog sich nur auf den möglichen nächsten Feldzug; und da Metternich selbst bezweifelte, ob Oesterreich an dem deutschen Kriege wirksamen Antheil nehmen könne, so kam er anfangs den Vorschlägen Röder's freundlich entgegen. Gleich ihm auch Graf Gyulay mitsammt dem Hofkriegsrathe. Nur auf die Ernennung eines Bundesfeldherrn wollte Metternich nicht gern verzichten; aber auch diesen Gedanken hielt er nicht fest, weil der alte Erzherzog Karl, dem man diese Würde zudachte, wenig geneigt war, ein so peinliches Amt zu übernehmen. Erst als Feldmarschallleutnant Langenau, vor Zeiten Preußens geschworener Widersacher am Bundestage, zu den Berathungen zugezogen wurde, da erst begannen die Oesterreicher sich mißtrauisch zu zeigen. Langenau verlangte die Bildung zweier Bundesheere unter dem Oberbefehle Oesterreichs und Preußens. Auch dies war schon ein großes Zugeständniß, da der Wiener Hof früherhin den Plänen des militärischen Dualismus immer insgeheim widerstrebt hatte.

Während die Wiener Verhandlungen also ohne Entscheidung sich hinzogen und Fürst Schönburg noch immer unthätig in der Hofburg weilte, entschloß sich König Friedrich Wilhelm, unmittelbar mit den süddeutschen Bundesgenossen zu unterhandeln. General Rühle von Lilienstern wurde im Februar nach München, dann zu den anderen Höfen des Oberlandes gesendet und dort überall sehr herzlich aufgenommen. Man brauchte Norddeutschlands Waffenhilfe, man mußte bei den schwebenden Zollvereinsverhandlungen auf Preußens Freundschaft rechnen; überdies hofften Baiern und Baden, ihren Sponheimer Erbfolgestreit durch die Vermittelung des Berliner Hofes auszutragen. König Ludwig von Baiern schrieb glückselig nach Berlin (17. März): „Ew. Kön. Maj. muß ich die durch General Rühle von Lilienstern's Sendung mir verursachte Freude ausdrücken, der ich bald nach der vorjährigen Pariser Revolution schon Rücksprache mit Preußen zu nehmen gewünscht hatte. Ich kenne kein Nord- und kein Süd-Teutschland, nur Teutschland . . . bin der Ueberzeugung, daß blos in festem Anschließen an Preußen Heil zu finden ist. Meiner Ansicht nach haben beide Länder (was fast bei keinem anderen der Fall) in nichts entgegengesetzte Interessen, sondern gemeinsame Richtung.“ Die süddeutschen Höfe waren mit der Bildung von drei Heeren ganz einverstanden. Sie hielten namentlich für unerläßlich, daß ihre Truppen nach dem Maine zu ihren Rückzug nehmen müßten, nicht nach dem Lech, wie Langenau vorschlug; denn sie mißtrauten allesammt der Leistungsfähigkeit, manche sogar dem guten Willen Oesterreichs und hatten die bösen Erfahrungen der Revolutionskriege noch in frischer Erinnerung. Sie beschlossen, dem Feldmarschall Wrede den Befehl über das bairische und das achte Bundesarmeecorps anzuvertrauen; sie thaten auch einiges, um diesem achten Corps eine etwas gleichmäßigere Ordnung zu geben, und beriethen sich vertraulich über Einzelheiten des möglichen Feldzugsplanes. Aber dabei blieb es auch: ernstlich zu rüsten wagten sie nicht, während Oesterreich jetzt eifrig sein Heer zu verstärken anfing, der größte Theil des preußischen Heeres schon zur Bewachung der belgischen wie der polnischen Grenze aufgeboten war.

Mittlerweile begann die Stimmung in der Hofburg etwas gereizt zu werden, und dieser Unmuth war nicht ganz grundlos. Gewiß hatte Oesterreich allein durch seine Saumseligkeit das einseitige Vorgehen Preußens verschuldet. Aber der Bund der drei großen Ostmächte bildete nun einmal den Grundstein der europäischen Politik Preußens;

nur im Verein mit Oesterreich wollte und konnte der Berliner Hof den Krieg gegen Frankreich führen, und da der alte Kaiserstaat trotz seiner augenblicklichen Schwäche doch ein schwereres Gewicht in die Wagschale warf als die ganz ungerüsteten Kleinstaaten, so mußte Kaiser Franz es wohl als eine Kränkung empfinden, daß Preußen über seinen Kopf hinweg mit den Süddeutschen unterhandelte. Die preußischen Generale selbst waren über diese Frage verschiedener Meinung. Der Chef des Generalstabs, General Krauseneck, der den liberalen Ideen nahe stand, erhoffte irgend ein unbestimmtes politisches Glück von dem Bunde des aufgeklärten Preußens mit den constitutionellen Südstaaten. General Clausewitz dagegen, der immer zuerst die europäische Politik ins Auge faßte, meinte entschieden: zunächst müsse man mit dem mächtigen Oesterreich ins Reine gelangen, dann würden die Kleinen von selber kommen. Von einem tiefen grundsätzlichen Gegensatze war bei allen diesen kleinen Mißhelligkeiten gar nicht die Rede. Daß Preußen sich unter der Hand die militärische Hegemonie erringen wollte, argwöhnte in Wien Niemand — aus dem einfachen Grunde, weil der Berliner Hof solche Absichten nicht hegte. Selbst in den vertrauten Briefen der österreichischen Staatsmänner über diese militärischen Verhandlungen findet sich kein Wort des Aergers, das sich nur von fern vergleichen ließe mit den leidenschaftlichen und wohlbegreiflichen Zornreden, welche Metternich über die preußische Zollvereinspolitik auszuschütten pflegte. Auch Gentz klagt vor seinem getreuen Rothschild nur über die Formfehler, die Rücksichtslosigkeit des preußischen Verfahrens. Man war verstimmt, weil Preußen vorangeschritten war, und suchte jetzt den Vorsprung wieder einzuholen.

Im April kehrte General Röder aus Wien heim, ohne einen Abschluß erreicht zu haben. Kaiser Franz gab ihm einen von Zärtlichkeit überströmenden Brief an den König mit auf den Weg (2. April). Darin dankte er dem Könige für das Vertrauen, das ihm durch Röder's Sendung erwiesen sei, und fuhr fort: Il n'est pas une de mes pensées qu'Elle ne connaisse, tout comme j'ai le sentiment de ne pas me tromper sur aucune des Siennes. Plus les dangers du jour sont grands, et plus je suis convaincu que le salut encore possible ne peut se trouver et ne se trouvera que dans l'union la plus intime et l'union la plus franche et la plus complète entre nous deux. Der Zweck dieser Betheuerungen war natürlich, den König zu mahnen, daß er sich zuerst mit dem alten Herzensfreunde verständigen möge. In ähnlichem Sinne schrieb Metternich. Zugleich überbrachte Fürst Schönburg, der nunmehr endlich auf seinen Posten zurückkehrte, den süddeutschen Höfen die Einladung zu vertraulichen militärischen Berathungen in Wien. König Ludwig aber lehnte das Ansinnen rundweg ab.

In Preußen ließ man sich durch diese Anzeichen österreichischer Empfindlichkeit vorerst nicht stören; war man doch ganz offen und ohne jede Feindseligkeit gegen die Hofburg verfahren. Als General Witzleben am 1. Juli die Reiseberichte Röder's und Rühle's dem Auswärtigen Amte übersendete, sagte er mit warmen Worten, Preußen müsse das Vertrauen unserer süddeutschen Brüder largement erwidern, das wahre deutsche Interesse werde allemal auch ein preußisches sein —, und schloß arglos: „Es leidet auch keinen Zweifel, daß man sich darüber mit Oesterreich leicht wird verständigen können." Am 15. August faßte Bernstorff sodann, in zwei Ministerialschreiben an seine süddeutschen Gesandtschaften, die Ergebnisse von Rühle's Sendung zusammen und schlug vor, zur endgiltigen Vereinbarung möge in Wien, Berlin oder Würzburg, am besten wohl in Baireuth, eine Conferenz von Offizieren zusammentreten; Oesterreich, Preußen, Baiern und vielleicht auch noch einige Offiziere der kleineren Staaten sollten daran theilnehmen. Am 21. August wurde auch Oesterreich (durch Weisung an Maltzahn) eingeladen. Der Minister hoffte also offenbar, Oesterreich würde sich den Verabredungen, welche Rühle mit den süddeutschen Höfen getroffen hatte, freundschaftlich fügen und die Aufstellung von drei Heeren bewilligen.

Aber in diesen nämlichen Augusttagen hatte sich in der Stille schon eine neue Wendung vorbereitet. Als der König im Teplitzer Bade weilte, besuchte ihn Hofrath

v. Werner, der Vertraute Metternich's, und bat ihn, zu gestatten, daß ein österreichischer Offizier nach Berlin käme, um zunächst eine Verständigung zwischen den beiden Großmächten herbeizuführen. Peinlich überrascht, gab der König doch nach; eine solche Bitte des alten Bundesgenossen ließ sich ohne Beleidigung kaum abschlagen, zumal da die Kriegsgefahr im Augenblick nicht drohend war. Die süddeutschen Höfe wurden benachrichtigt, und im September traf General Graf Clam in Berlin ein, um mit Bernstorff, Krauseneck, Röder zu unterhandeln. Von Neuem begann der alte Streit: Zweitheilung oder Dreitheilung des Bundesheeres? Die Verhandlungen rückten nicht von der Stelle; die Schuld lag, so weit ich sehen kann, wesentlich in der unausstehlichen Persönlichkeit des k. k. Bevollmächtigten, der immer redselig, bald anmaßend, bald freundschaftlich zudringlich, das Vertrauen der Preußen schlechterdings nicht zu gewinnen verstand und den kranken, reizbaren Bernstorff schließlich so ganz zur Verzweiflung brachte, daß der Minister im März 1832 sich von der Theilnahme an den Verhandlungen entbinden ließ. Clam zählte, wie Prokesch von Osten, zu jenen diplomatischen Scheingrößen des alten Oesterreichs, welche wohl in der Hofburg Bewunderung, unter deutschen Männern nur Widerwillen erregen konnten. Da Krauseneck und Rühle mit dem Oesterreicher nicht fertig wurden, so gab der König seinem kaiserlichen Freunde einen neuen Beweis seiner Willfährigkeit und beauftragte den General Knesebeck, die Verhandlungen fortzuführen. Aber auch dieser treu ergebene Verehrer des Wiener Hofes konnte von Preußens bescheidenen und sachlich wohlbegründeten Forderungen nur wenig nachlassen. Auch er verlangte die Aufstellung von drei Heeren; nur sollte das mittlere Heer, bei Mainz, die Hauptarmee bilden und zu gleichen Theilen aus Oesterreichern, Preußen und Kleinstaats-Truppen bestehen. So hätte Oesterreich doch an zweien von den drei Heeren seinen Antheil erhalten.

Diesem Vermittelungsvorschlage fügte sich Clam endlich, nachdem die Berathungen den ganzen Winter hindurch gewährt hatten, und nunmehr wurden zwei süddeutsche Generale auf den Mai 1832 zur Theilnahme eingeladen. Die Süddeutschen zeigten sich aber zäher als Preußen selbst; sie bestanden auf der Annahme des ursprünglichen preußischen Planes, weil sie nicht für möglich hielten, daß Oesterreich die deutsche Mittelarmee durch beträchtliche Truppenmassen verstärken könnte. Im Juni wurden auch Sachsen und Hannover zugezogen; auch sie stimmten den Süddeutschen zu, und nun gab Oesterreich gänzlich nach. Beim Abschluß der Verhandlungen, die sich bis zum December 1832 hinzogen, errang Preußen einen vollständigen Sieg. Seine Pläne wurden fast durchweg angenommen. Drei Heere sollten gebildet werden, zwei aus Preußen und Bundestruppen gemischte am Nieder- und Mittelrhein, ein österreichisches am Oberrhein. Das alles war freilich nur eine Verabredung für einen möglichen Kriegsfall, der niemals eintrat, und blieb so tief geheim, daß selbst der Bundesgesandte von Leonhardi in seiner halbamtlichen Geschichte der Bundeskriegsverfassung nichts darüber zu sagen wußte.

Betrachtet man diese Verhandlungen nüchtern, so läßt sich ein tiefer politischer Sinn darin unmöglich erkennen. Droysen behauptet zwar, Preußen habe „die politische Seite“ seiner Entwürfe geopfert, um die militärische zu retten; er sagt aber nirgends, worin diese „politische Seite“ bestanden haben solle, und auch mir ist es trotz langem Suchen nicht gelungen, in irgend einem der preußischen Aktenstücke einen politischen Hintergedanken zu entdecken. Der Berliner Hof verfolgte nur die bescheidene Absicht, den nächsten Bundeskrieg, wenn er kam, also einzuleiten, daß mindestens für die Hauptmasse des Bundesheeres die Einheit der Führung nothdürftig gesichert würde. Darum wollte Preußen das Nordheer unmittelbar, die zweite Armee mittelbar, durch seinen Einfluß auf die befreundeten Südstaaten, leiten und nur die dritte Armee der Führung Oesterreichs anheimgeben. Dieser bescheidene militärische Zweck ward auf den Berliner Conferenzen, nach mannichfachen Schwankungen, vollständig erreicht. Einen höheren Ehrgeiz konnte Preußen zur Zeit nicht hegen; denn wer durfte für möglich halten, daß die beiden auf ihre Souveränität gleich eifersüchtigen Könige von Baiern und Württemberg oder gar

die Kronen Sachsen und Hannover sich der dauernden militärischen Hegemonie Preußens freiwillig fügen würden? Der Rücktritt Bernstorff's im Mai 1832 hing mit diesen Militärverhandlungen nicht zusammen, auch nicht mittelbar. Er erfolgte einfach, weil der schwer erkrankte Minister sein seit Jahren wiederholtes Abschiedsgesuch nochmals erneuerte. Der König bewilligte die Entlassung sehr ungern, unter allen Zeichen seiner Gnade, und behielt sich ausdrücklich vor, den Rath des Grafen auch fernerhin einzuholen. Er hat von diesem Vorbehalte auch Gebrauch gemacht; es war wesentlich Bernstorff's Verdienst, daß Preußen im Jahre 1833, zur Zeit der Münchengrätzer Zusammenkunft, die kriegerischen Pläne des Czaren Nikolaus abermals durchkreuzte. Bernstorff's Entlassung war kein Systemwechsel, obgleich sich natürlich die schwächliche Persönlichkeit seines Nachfolgers Ancillon sehr bald bemerkbar machte; der König behielt die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die er seit der Juli-Revolution an sich genommen hatte, nach wie vor in seiner Hand.

Historisch bedeutsam ist in diesen militärischen Verhandlungen nur die still wirkende Naturgewalt der deutschen Einheit. Sobald die kleinen Kronen sich ernstlich bedroht fühlen, erkennen sie auch, daß nur Preußen sie zu schützen vermag, und zeigen sich bereit, dem preußischen Staate für die Tage der Gefahr einige Vorrechte zuzugestehen. Aber keine Macht der Welt kann sie bewegen, nun auch den logischen Schluß zu ziehen und durch Bundesbeschluß die unbrauchbare Bundeskriegsverfassung abzuändern. So ist es doch eine Nothwendigkeit gewesen, daß Preußens Waffen schließlich dies Bundesrecht, das einer gesetzlichen Entwickelung nicht fähig war, über den Haufen werfen mußten.

XXI. König Wilhelm von Württemberg an Minister Wangenheim.

Zu Bd. IV. 289.

9. Sept. 1832.

Mein Herr von Wangenheim! Obschon Ich während Ihrer Laufbahn als Minister mehrere Gelegenheiten hatte über Ihre wenige Discretion unzufrieden zu sein, so war Ich doch weit entfernt ahnden zu können, daß Sie Sich beigehen lassen würden, Meinen Ihnen eigenhändig geschriebenen vertrauten Brief ohne Meine Erlaubniß öffentlich bekannt zu machen. Ich kann nicht anders, als Ihnen Meine ganze Indignation über ein Verfahren, das selbst zwischen Privatleuten im höchsten Grade unerlaubt wäre, zu erkennen zu geben, wie viel weniger in einem Verhältniß, in dem Sie nie aufgehört haben gegen Mich zu stehen. Ebenso unangenehm sind Mir die Lobsprüche gewesen, die Sie über denjenigen Theil Meines Briefes, den Sie nicht abgedruckt haben, beigefügt haben, indem unter den wirklichen Zeitumständen jedes günstige Urtheil eines Mannes, der zu einer Partei gehört, zu der Sie Sich öffentlich bekannt haben, für Mich nur höchst beleidigend sein kann.

Wilhelm.

XXII. Das Frankfurter Attentat.

Zu Bd. IV. 299 f.

Aus der Erzählung des Dr. Eimer folgen hier einige Auszüge. — Auf dem Burschentag zu Stuttgart Weihnachten 1832 wurde unseren Delegirten die Mittheilung gemacht, es sei eine Revolution in Deutschland im Werke und sei dafür kommendes Frühjahr in Aussicht genommen. Dabei zähle man auf die Betheiligung der Studenten und sollten

sich überall die Burschenschaften darauf vorbereiten. Dies thaten wir nun in der Weise, daß sich aus den Entschiedensten in der Verbindung ein politischer Club bildete, der specielle Besprechungen hielt zu obigem Zweck. Es kamen auch zu zwei malen alte Burschenschafter aus Frankfurt, Körner und K. Bunsen, zu uns, um uns über den Stand der Sache Berichte zu bringen. Es seien, hieß es, die Burschenschaften fast aller der Universitäten bereit zum Losschlagen. Der Frankfurter Soldateska sei man durch den Hauptmann Jungmichel sicher, ebenso seien einige württembergische Regimenter, speciell in Ludwigsburg gewonnen, und an die Spitze würden die bewährtesten deutschen Volksmänner treten. Schließlich wurde uns mitgetheilt, am 3. April sollte der Aufstand geschehen, und zwar sollten von den einzelnen Universitäten eine Anzahl Studenten nach Frankfurt kommen, um dort den Hauptcoup zu thun, den Bundestag bei voller Sitzung aufzuheben. Der Bundestag hatte sich in letzter Zeit mehr und mehr durch Polizei-Ukase — Folgen des Hambacher Festes —, durch die Bundesbeschlüsse vom Juni 1832, zunächst durch Annullirung des badischen Preßgesetzes, verhaßt gemacht. In den letzten Tagen des März fuhr ich in einer Retourkutsche nach Frankfurt in Begleitung von drei Heidelberger Studenten, die mir unbekannt und die in die Ferien gingen. Unterwegs wurde auch politisirt, wobei einer der Studenten in höchst auffallender Weise als Aristokrat und Bundestags-Polizeimann sich gerirte und mit uns Andern in Widerspruch gerieth. Und wirklich wurde er auch nachher Actuar auf dem Polizeiamt in Frankfurt und hat dieser Frankfurter Republikaner, er hieß Stellwag, als er mich später zu Gesicht bekam, im Spätjahr 1834, sich meiner erinnert und in gehässigster Weise gegen mich Aussagen zu Protokoll gegeben, die mich als Revolutionär belasten sollten. —

Ich kam zu früh, am 24. oder 25. März nach Frankfurt, da ich etwa bei dortigen Verwandten verweilen, oder auch nach Nahern und Kehnel zu den Pfarrers-Onkeln gehen konnte, wo man mich zu einem Besuch während der Ferien erwartete. Ich ging aber zunächst zu einigen mir dem Namen nach bekannten Verschworenen, und Buchhändler Oehler nahm mich mit in eine Versammlug der Frankfurter Revolutionäre, wo ich mich alsbald überzeugte, daß die Sache auf gar schwachen Füßen stehe und der Erfolg sehr zweifelhaft sei. Namentlich schien mir das Einverständniß mit dem Militär (man hoffte sogar auf Abfall des Mainzer) sehr prekär und am gewissesten stellte sich nur die Betheiligung von kurhessischem Landvolk nördlich von Frankfurt heraus, wo unter der Thätigkeit eines Advokaten, Neuhoff, eine sehr revolutionäre Stimmung herrschte. Zunächst ergab sich bei der Besprechung, daß man der Betheiligung der Würzburger und Erlanger Burschenschaften nicht sicher sei, und erbot ich mich schließlich selbst dahin zu reisen, um zu sehen, wie es dort stehe. Und so ging ich mit der Post am andern Tag nach Würzburg, wo ich im Hause des R. v. Wels wohnte. Von den Würzburgern wollten einige auf den 3. April nach Frankfurt kommen; sie wollten auch sofort Einen nach Erlangen schicken mit der Aufforderung der Betheiligung.

Am 1. April kam ich wieder nach Frankfurt zurück und beim Aussteigen aus dem Postwagen liefen mir meine Heidelberger Bekannten, die eben über Rheinbaiern angekommen waren, in die Hände, und wir gingen zusammen um Wohnung zu nehmen in den Donnersberg. Wir wurden aufgefordert, am 2. April Mittags nach Bockenheim zu kommen in ein Gasthaus, wo wir in einem oberen Zimmer allein sein könnten. Dort trafen wir Studenten mit einigen Frankfurtern, Dr. Bunsen, Körner etc. und dem Göttinger Rauschenplatt zusammen und es wurden die Rollen vertheilt. Wir wurden, etliche dreißig Studenten, in drei Rotten abgetheilt. Wir Heidelberger sollten unter der Führung von Bunsen von der Münze aus, wo wir uns Abends zu versammeln hatten, die Hauptwache nehmen. Eine zweite Abtheilung sollte die Constabler-Wache stürmen und das daneben liegende Zeughaus öffnen um die zwei Kanonen und Flinten herauszuholen; zu dieser Abtheilung wurden Einzelne, speciell Baiern, die Artillerieschulen durchgemacht, gewählt, und Patronen für die Geschütze waren gefertigt. Die dritte Rotte hatte einige kleinere Posten zu besetzen, speciell auch den Pfarrthurm mit den Frank-

furter Metzgern zu öffnen und das Sturmläuten zu besorgen. Einzelne Frankfurter sollten verschiedene Herren der städtischen Regierung und Polizei arretiren.

Am 3. Abends versammelten wir von der ersten Rotte uns in der Wohnung Bunsen's, in der Münze. Wir erhielten dort Flinten und eine Anzahl Patronen und Punkt 9 Uhr brachen wir, etwa 15 Mann hoch, auf über den Roßmarkt zur Hauptwache, die stärker besetzt war als gewöhnlich, denn die Frankfurter Behörden hatten Wind bekommen, es solle heute losgeschlagen werden. Wir stürzten uns sofort auf die außerhalb aufgestellten Flinten und nahmen sie weg; es fielen einige Schüsse. Der Leutnant, der auf der Wache das Commando hatte, flüchtete durch ein hinteres Fenster als wir in die Stube drangen. Damit war hier die Sache fertig. Man hörte Sturmläuten. Eine Masse Volk sammelte sich vor der Hauptwache, aber Niemand ließ sich bewegen von den Flinten zu ergreifen und mit uns zu helfen an der Befreiung Deutschlands. Die entwaffneten Soldaten verhielten sich ebenfalls passiv. Wir warteten nun eine Zeit lang unthätig den weiteren Verlauf der Dinge ab, bis wir von der Zeil her Schüsse hörten und sich das Gerücht verbreitete, es rücke Militär heran. Wir zogen nun die Zeil hinab gegen die Constabler-Wache und hier entspann sich ein kleines Gefecht; es wurde herüber und hinüber geschossen. Die Kanonen konnten glücklicher Weise nicht verwendet werden, da der betreffende Herr den Schlüssel zum Zeughausthor nicht fand. Wir paar Studenten, die noch vor der Constabler-Wache beisammen waren, hielten bald für gerathen, der großen Ueberzahl zu weichen. Wir gingen die Allerheiligenstraße hinaus bis zum Hanauer Thor, wo alles still war; hier legten wir unsere Flinten vorläufig in einem im Bau begriffenen Hause ab und gingen wieder gegen die Zeil vor; wir fanden die Constabler-Wache stark von Militär besetzt; ebenso die Hauptwache; Patrouillen durchzogen die Straßen und der regierende Bürgermeister kam in offener Chaise daher gefahren, an das Volk, das herbeigeströmt war, beruhigende Reden haltend. Schließlich ging ich etwa halb elf in den Gasthof zurück, wo ich meine Freunde antraf. Wir beriethen, was thun und waren der Ansicht, ruhig abzuwarten, was weiter geschehe und für uns zu thun sei. Ich speciell dachte nicht daran mich zu verbergen, was ich wohl leicht hätte thun können bei unseren Ebenauvettern. Wir gingen zu Bett. Als ich mich auszog, fand sich mein linker Hembärmel blutig und zerrissen. In einer ziemlich oberflächlichen Wunde am linken Oberarm stak eine breitgeschlagene Kugel; ich hatte einen Prellschuß erhalten und in der Aufregung nichts davon gespürt. Ich ließ mir mittelst Heftpflaster, das ich bei mir trug, die Wunde verbinden, und war wenigstens so vorsichtig, das blutige Hemd in den Abtritt zu werfen. Ich schlief gut. Mitten in der Nacht geweckt, sah ich Polizeimänner vor meinem Bett stehen. Ich wurde nach meinem Namen gefragt und nach der Absicht meines Hierseins. Ich gab an, ich sei auf der Reise zu Verwandten im Nassauischen. Man bedeutete mir, ich sei so gut wie arretirt, dürfe einstweilen nicht weggehen. Polizeidiener bewachten uns in den Hausgängen. Am anderen Morgen wurden wir einzeln abgeholt und auf die Constabler-Wache geführt. Hier ward ich in ein Gefängniß gesperrt aus Mangel an Platz zu einem wegen Preßunfug inhaftirten Frankfurter Bürger Namens Rottenstein. Dessen Frau brachte ihm täglich Bier und Mittags Kaffee. — Er theilte dies, so wie sein Bett, redlich mit mir. Die blecherne Kaffeekanne hatte einen doppelten Boden, und derart wurden kleine Bedürfnisse, Papier, Bleistift u. s. w. eingeschmuggelt, und ich kam in Correspondenz mit außen, insbesondere mit einem Fräulein Stolze, die ich nie gesehen. So erhielten wir auch Nadel und Faden, womit mir Rottenstein das Loch im linken Rockärmel sehr kunstgerecht zunähte.

Am 5. April sah ich von meinem Fenster aus (es waren noch keine Kasten davor angebracht) eine größere Zahl Bauern die Friedberger Straße her unter militärischer Bedeckung einziehen. Es waren das die Bauern, meist von Bonames, die am Abend des 3. April das Friedberger Thor gestürmt hatten, und jetzt eingesteckt wurden. Unter dem warmen Bedauern für diese armen Teufel, die jedenfalls ohne zu wissen wie zu Hochver-

räthern wurden, vergaß ich ganz meine eigene Lage. In den nun folgenden Verhören gab ich natürlich immer an, ich sei nach Frankfurt gekommen auf der Reise ins Nassauische, und da von dort und von Haus dasselbe gerichtlich erhoben wurde, war man nahe daran, mich frei zu lassen. —

Anfang Mai wurde Rottenstein aus der Haft entlassen; die Correspondenz speciell mit Fräulein Stolze erlitt aber keine Unterbrechung, da der Barbier, der zwei bis drei mal wöchentlich zum Rasiren kam, Zettelchen heraus und herein beförderte, obschon zwei Soldaten und zwei Wächter immer während der Operation um uns herum standen und aufpaßten, und da in den ausgehöhlten Stöpseln in den beiden Bierflaschen, die mir von Frankfurter Wohlthätern täglich zugeschickt wurden, immer Briefchen spedirt wurden. Einmal glaubte ich am Benehmen des Gefangenwärters zu bemerken, daß er auf die Stöpsel der Bierflaschen fahnde, und ich meldete hinaus, man solle diesen Beförderungs-Modus unterlassen und in Zukunft in die untere Höhlung im Boden dazu geeigneter Flaschen die Zettel stecken und darüber eine Schicht schwarzen Pechs decken. So geschah es. Noch etwa vierzehn Tage lang wurde derart correspondirt, da wurde plötzlich verboten, ich dürfe kein Bier mehr zugeschickt bekommen. Und im Verhör wurde mir ein Stöpsel vorgelegt, in den ein Zettelchen unerheblichen Inhalts gesteckt war, das ich geschrieben haben sollte. Man hatte noch vierzehn Tage lang die Flaschen mit den Zettelchen im Boden auf das Verhöramt bringen lassen und befördert, ohne etwas zu finden. Rottenstein hatte mir einen kleinen Spiegel zurückgelassen, in dessen hinterer seitlicher Wand ein verborgener Behälter angebracht war, in dem ich einen Bleistift mit etwas Papier versteckt hatte, das ich derart immer bei den verschiedenen Versetzungen in andere Gefängnisse wieder erhielt. — Einmal wurde ein Kirschkuchen für mich ins Gefängniß geschickt, in den eine Uhrfedersäge eingebacken war. Der schlaue Gefangenwärter hatte Verdacht, durchschnitt den Kuchen und fand die Säge. Ich wußte nichts von der Sache und erfuhr erst später davon. —

Nach einer längeren Schilderung des Kerkerlebens, der Verhöre, der wiederholten Fluchtversuche heißt es dann weiter:

... Gegen das Frühjahr 1834 wurde ein Befreiungsplan in großem Maßstabe in Angriff genommen. Es sollten alle gegen die Zeil und theilweise die Fahrgasse Inhaftirten zugleich ausbrechen. Es waren unserer acht (zwischen je zwei war immer eine von uns nicht besetzte Zelle, um Communication zu verhindern). Im Hof war ein neuer Abtritt gebaut und da fand ich unter dem Brillenbrett über der Mauer einen Raum. In dies Geheimfach wurden nun von unseren Freunden draußen Uhrfeder-Sägen und die dazu nöthigen Monturen niedergelegt, wo dann ein Jeder seinen Bedarf holen konnte. Und in der That gelang es allen acht in einigen Wochen sämmtliche Gitter zu durchfeilen, und zwar in jedem Gefängniß zwei, denn ein zweites, nicht leicht zu erreichendes Gitter war noch innerhalb des Fensterkastens angebracht. Als alles vorbereitet war, wurde die Ausführung auf den 2. Mai Abends zehn Uhr festgesetzt. Wegen baulichen Veränderungen wurden wir zu dieser Zeit nur von 6—7 Uhr ein Jeder je eine halbe Stunde zum Spazierengehen in den Hof geführt; das geschah jeweils nach der Reihe und ungeschickter Weise kam die Tour an diesem Abend gerade an uns. Da klopften mir die drei vorne an mir inhaftirten Genossen, sie sollten in den Hof geführt werden, könnten aber absolut nicht, da sie sonst mit ihrer Arbeit nicht fertig würden. Da es nun aufs Höchste verdächtig hätte werden müssen, wenn wir alle heute nicht spazieren gehen wollten, worauf sich sonst ein Jeder so sehr gefreut, und da ich so ziemlich fertig war, so sagte ich den Andern, ich werde gehen, wenn dazu die Reihe an mich komme. Ich opferte mich für sie. Denn als ich um 7 Uhr in mein Gefängniß zurückkam, ward es bald dunkel; ich feilte jetzt zuerst die Gitter vollends durch, dann kam ich bei stockfinsterer Nacht an die Bereitung des Stricks, an dem ich mich hinablassen wollte; ich verwendete dazu das in Riemen gerissene Betttuch und einige Halstücher und Sacktücher. Gegen 9 Uhr klopfte mir der außen an mir sitzende Erlanger, Pfretschner, er

komme nicht durch die Gitteröffnungen hindurch, er sei zu dick. Als ich mit Allem fertig war, stieg ich durch die Gitter in den Kasten vorm Fenster, machte dann das Drahtgitter über dem Kasten los und band den Strick im Kasten sitzend fest. Während der ganzen Zeit besorgten unsere Freunde, daß fortwährend Rollwagen auf der Zeil hin und her fuhren, die einen argen Lärm machten, damit man unsere Arbeiten nicht hören könne. Weiter bekamen die Soldaten in der Wachtstube, ich weiß nicht unter welchem Vorwand, so reichlich Wein zu trinken, daß sie betrunken wurden. Jetzt, als die Stunde ausgeschlagen hatte, stieg ich aus dem Kasten auf das Gesimse und hing mich an den Strick —, und als ich am zweiten Tag wieder zum Bewußtsein kam, sah ich mich wieder im Gefängniß mit Kopfschmerz und Kopfwunden und einem Bruch des Schenkelhalses. Der schlecht gemachte Strick war ganz oben gerissen und ich war auf die Straße gestürzt. Die betrunkenen Soldaten hatten mich wahrscheinlich noch mißhandelt und hatten blind unter die herzugelaufene Menge geschossen, Einige verwundet und einen gegenüber wohnenden Bürger erschossen. Nur einem von uns Studenten, ich hörte Lizius, gelang die Flucht; die andern waren zum Theil auch herabgestürzt und alle wieder sofort eingefangen worden. Ich lag nun schwer krank zu Bett an Hirnerschütterung, massenhaftem Blutbrechen etc. Der Hausarzt, Physikus Kestner, behandelte mich sehr sorgfältig; mit Zuzug eines Chirurgen wurde mir eine Hagedorn'sche Maschine an den gebrochenen Fuß gelegt, und ich bekam einen Krankenwärter. Am 6. Mai kam mein Bruder nach Frankfurt, und that alle möglichen Schritte mich besuchen, oder nur von weitem sehen zu dürfen. Das Appellationsgericht beschloß in gar nichts zu willfahren. Mein Bruder war umsonst gekommen. Am 13. Mai, als ich außer Gefahr war, wurde ich über den Fluchtversuch verhört. Ich sollte sagen, woher ich die Feilen bekommen etc. — ich gab darauf keine Antwort; ebenso machten es die andern Wieder-Inhaftirten und die Untersuchung ergab gar keinen Anhaltspunkt gegen unsere Freunde draußen. — Die Heilung des Knochenbruchs ging gut vor sich und nach zwei Monaten konnte ich aufstehen und Gehversuche machen. Der Bruch war geheilt mit Verkürzung des Fußes um nur etwa einen halben Zoll, was später sich ausglich — ohne Hinken. Das Appellationsgericht hatte verfügt, daß den Ausgebrochenen über Nacht Ketten angelegt werden sollten, um weitere Fluchtversuche zu verhindern. Wiederholt hatte die Untersuchungsbehörde beim Arzt angefragt, ob mir noch nicht Ketten angelegt werden könnten. Jetzt geschah das, ich bekam Ketten an den linken Fuß und den rechten Arm — eine abscheuliche Barbarei; denn ich mußte erst gehen lernen, und konnte mindestens noch ein Vierteljahr lang nur mit Krücken gehen. Und die nächtlichen Ketten blieben so lang ich in Frankfurt gefangen war.

XXIII. Stimmungen der württembergischen Opposition. 1838.

Zu Bd. IV. 628f.

Die Gesinnungen der schwäbischen Liberalen zu Ende der dreißiger Jahre finden beredten Ausdruck in einem Briefe, welchen Fr. Römer an einen seiner Geißlinger Wähler richtete. Die Hauptstellen lauten:

Geehrter Herr! .... Ueber meine Leistungen brauche ich mich nicht besonders zu äußern, da Sie wenigstens meine Abstimmungen und somit den Geist meiner Thätigkeit aus den öffentlichen Blättern kennen gelernt haben werden. Ebenso wenig brauche ich Ihnen die Versicherung zu geben, daß meine Abstimmungen stets die Frucht meiner Ueberzeugung gewesen sind.

Ob sie auch mit den Ansichten meiner Wähler übereinstimmen? ... ich weiß es nicht, aber ich schmeichle mir in ihrem Sinne gesprochen und gehandelt zu haben.

Wäre es aber auch anders, hätte ich mich nicht nach ihrem Sinne benommen, — so würde ich gleichwohl keine meiner Abstimmungen zurücknehmen, eben weil sie aus meiner Ueberzeugung hervorgegangen sind.

Gerade diese Starrheit aber, womit ich auf demjenigen beharre, was ich für Recht halte, macht mich zum württembergischen Volksvertreter gänzlich unfähig.

Mögen auch die politischen Ansichten der Wahlmänner des Oberamtsbezirks Geißlingen seyn, welche sie wollen, — soviel ist jedenfalls gewiß, daß die Mehrzahl des Volks meine Ansichten nicht theilt.

Mein Glaubensbekenntniß stützt sich nämlich auf die Ueberzeugung, daß die Wiederherstellung oder vielmehr die Herstellung des schon seit 1819 gestörten Rechtszustandes die erste und heiligste Pflicht des Volks-Abgeordneten sey und daß es nicht nur in seiner Befugniß, sondern selbst in der von ihm übernommenen eidlichen Verpflichtung liege, einer verfassungswidrigen Regierung die Mittel zu entziehen, womit sie ihr gesetzwidriges System durchführt.

Zwar stehen dieser Ansicht die Beschlüsse des deutschen Bundes entgegen, allein eben deßhalb bekämpften wir sie als verfassungswidrig.

Es ist hier nicht der Ort, diese hochwichtige Frage einer weiteren Beleuchtung zu unterwerfen: aber es ist Thatsache, daß sich selbst solche Abgeordnete, welche sonst für freysinnig gelten, der parlamentarischen Erörterung jener Beschlüsse widersetzten, obgleich sie auf unsere verfassungsmäßigen Verhältnisse fortwährend den entschiedensten Einfluß ausüben.

Diese Abgeordneten handelten sicherlich im Sinne ihrer Committenten, allein nicht die Ansicht der Committenten, sondern die eigene Ueberzeugung soll den Abgeordneten bey seinen Abstimmungen leiten. . . . Ich bin ferner weit entfernt, äußerste Mittel, wie Steuer-Verweigerung, empfehlen zu wollen, so lange man die Hoffnung haben kann, daß gelindere Mittel zum Ziele führen werden.

Wenn aber zugegeben werden muß, daß sich die Regierung in allen die öffentlichen Verhältnisse betreffenden Haupt-Punkten zu irgend einer Nachgiebigkeit nicht nur nicht geneigt zeigte, sondern daß sie vielmehr die Angriffe der Opposition als ebensoviele böswillige Eingriffe in ihre Rechte bezeichnete, so wird hierdurch zugleich ausgesprochen, daß die Anwendung jenes äußersten Mittels vollkommen begründet war.

Oder, kann man es mit dem bestehenden Rechte der Steuer-Verweigerung in Einklang bringen, einer Regierung, welche dem Volke gerade diejenigen Mittel vorenthält, die allein geeignet sind, den Sinn für einen verfassungsmäßigen Rechtszustand zu wecken und zu erhalten, kann man es, sage ich, mit jenem Rechte in Einklang bringen, einer solchen Regierung das Geld zu verwilligen, womit der Censor belohnt wird, weil er diejenigen Stellen streicht, welche sich auf die Rechte der Staatsbürger beziehen; — das Geld zu verwilligen, womit der Polizeibeamte bezahlt wird, weil er gegen politische Versammlungen einschreitet; — das Geld zu verwilligen, womit der Richter besoldet wird, weil er den Widerstand gegen solche Verfügungen bestraft?

Dem ungeachtet erwarb sich die Staatsverwaltung den Beyfall ihrer Stände in so hohem Grade, daß die Ansicht der Opposition nicht mehr als 19 Stimmen gewinnen konnte! . . . Leider mußte ich während meiner landständischen Laufbahn gar häufig die Erfahrung machen, wie der deutsche Bund bey fast allen Fragen von höherem Interesse gleich einem Popanz vorgeschoben wurde. Wollte die Opposition — unter Berufung auf den tiefen Frieden — das Militär-Budget herabsetzen, so rief man ihr entgegen: „der Bund!“ Suchte sie — unter Berufung auf die diplomatische Bedeutungslosigkeit des Königreichs — die Kosten für auswärtige Angelegenheiten zu verringern, so tönte es wieder: „der Bund!“ Eiferte sie unter Berufung auf die Verfassung gegen die Censur: „der Bund!“

Und machte sie gar Angriffe auf den Bund selbst, dreimal: „der Bund!“

So scheiterten alle Versuche, einen besseren Zustand zu begründen, an der Furcht vor dem Bunde. . . . Ich weiß wohl, welche Einwendungen gegen die Grundsätze der Opposition geltend gemacht werden.

Württemberg ist nach den Ansichten — selbst mancher Bessergesinnten zu unmächtig, um sich dem Einflußze der absoluten Großstaaten beim Bunde widersetzen zu können.

Indem man aber unsere Regierung auf solche Art entschuldigt, bedenkt man auch, daß man eben hiermit das Verdammungs=Urtheil über die Kleinstaaten ausspricht? Denn ein Staat, der mit dem besten Willen nicht im Stande ist, dasjenige zu thun, was er in seinen grundgesetzlichen Bestimmungen selbst für recht erklärt hat, kann vernünftigerweise keinen Anspruch auf Existenz machen.

Ich halte jedoch die obige Einwendung nicht für richtig.

Vielmehr glaube ich, daß weder Oestreich noch Preußen einschreiten würden, wenn es einer der constitutionellen Regierungen Deutschlands gefiele, nach den Vorschriften der Verfassung zu regieren. Denn unter welchem Vorwande sollte eine Einschreitung stattfinden? Sie wäre eine Gewaltthat, deren Folgen sicherlich auf ihre Urheber zurückfallen würden. Ueberdieß fürchten selbst die Großstaaten gegenwärtig nichts mehr, als die Veranlassung zu einer möglichen Störung des Friedens.

Die Rückkehr zum Gesetze müßte aber, auch dann, wenn sie zunächst auch nur von Einem Lande ausginge, auf alle übrigen Verfassungs=Länder günstig zurückwirken, weil das gegebene Beispiel den Regierungen und Völkern die Möglichkeit eines geordneten freisinnigen Rechts=Zustandes darthäte.

Ja selbst die in solcher Richtung laufenden Bestrebungen einer einzelnen Volks=Kammer müßten sich am Ende eines siegreichen Erfolges erfreuen, sobald das Ziel nicht nur von einer schwachen Minorität, sondern von einer imposanten Majorität mit Beharrlichkeit verfolgt würde. Hierzu sind nun freylich in Württemberg keine Aussichten vorhanden und gerade diese traurige Gewißheit ist es, welche die Opposition bestimmt, fruchtlose Versuche nicht wieder zu erneuern.

Zwar wird man ihr den Vorwurf machen,

„sie verlasse das Volk;“ —

man wird ihr zu bedenken geben,

„wenn sie auch nicht Gutes zu Stande bringen könne, so vermöge sie doch Schlimmes zu verhindern;“

man wird sie darauf aufmerksam machen:

„ihre Worte seyen nicht verloren; wenn sie auch nicht im Augenblicke wirken, so werden sie doch seiner Zeit Früchte tragen;“

— und diejenigen, welche uns, so lange wir zu wirken suchten, auf jede Art verdächtigten und schmähten, werden sich an die Spitze der Tadler stellen; aber, die Wohlmeynenden mögen bedenken, daß ohne Oeffentlichkeit nicht einmal eine moralische Wirksamkeit möglich ist. Man wende mir nicht ein, die Sitzungen der Kammer der Abgeordneten seien öffentlich. Denn wer partizipirt an dieser Oeffentlichkeit? Zehn oder fünfzig Zuhörer und einige Zeitungsschreiber, deren Berichte aber theils wegen der Censur, theils wegen des eigenen Geschmackes der Berichterstatter so unvollkommen, so entstellt und wohl auch so partheyisch sind, daß es in vielen Fällen besser wäre, wenn auf diesem Wege von den Leistungen der Opposition gar nichts ins Publicum gelangte.

Will man aber falsch dargestellte Aeußerungen berichtigen, so tritt der Censor entgegen, sobald der Gegenstand der Berichtigung unter die verpönten Dinge gehört.

Somit bleiben von der gerühmten Oeffentlichkeit nur noch die Protokolle übrig.

Aber wer liest diese? Wem kann man zumuthen, unter einer Masse von Spreu die Körner zu suchen? . . .

Der Sinn für das Oeffentliche hat sich nachgerade so abgestumpft, daß selbst das Gedächtniß an die bessere Vergangenheit verschwunden ist. Man braucht sich daher nicht mehr von einem lästigen Schaam=Gefühle meistern zu lassen, sondern kann fortan der ur=

sprünglichen Neigung ungescheut folgen. Deßhalb wird jeder Versuch, die Stellung des Bundes, die Verhältnisse der Presse, die Verordnungen wider politische Vereine und Versammlungen, die Freyheit der landständischen Wahlen, kurz solche Dinge zur Sprache zu bringen, welche nothwendige Bedingungen eines konstitutionellen Lebens sind, gleich in der Geburt erstickt werden. . . . Wie auch der Geist der Wähler beschaffen seyn mag, so wird man doch behaupten dürfen, daß auch sie die Wahl eines landständischen Abgeordneten nicht als ein Recht betrachten, sondern als eine Last.

Und wie sollten sie anders, da sie seit 1819 noch nicht in dem Falle gewesen sind, die Segnungen der Verfassung an sich selbst zu erkennen? Die gegenwärtige Finanz-Verwaltung Württembergs ist geordnet, Veruntreuungen des Staats-Eigenthums durch die Administration sind nicht zu besorgen, die Regierung wünscht das Wohlsein ihrer Unterthanen und wenn es diesen erlaubt wäre, sich in politischen Dingen eine selbständige, eigene Meinung zu bilden und solche geltend zu machen, so wäre für den Württemberger als solchen kein gerechter Grund zur Klage vorhanden.

Aber diese Beschwerde ist nicht allgemein. Denn den Wenigsten wohnt das Gefühl ihrer staatsbürgerlichen Bedeutungslosigkeit inne und eben deßhalb haben sie in dem beschränkten Kreise, worinn sie sich bewegen dürfen, kein Verlangen nach einer Opposition, für die es ohne geistige Freyheit kein materielles Glück giebt.

Von dieser Ueberzeugung bin ich durchdrungen und sie ist es, welche meinen jetzigen Entschluß hervorgerufen hat.

Ich werde den Geschicken meines Vaterlands auch ferner meine volle Theilnahme widmen, ich werde da nicht fehlen, wo ich hoffen darf, nützen zu können, aber ich werde unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Wahl zum landständischen Abgeordneten, wenn sie auf mich fallen sollte, nicht annehmen.

Stuttgart, den 1. November 1838.

F. Römer.

XXIV. Handschreiben König Ernst August's.

Zu Bd. IV. 651. 658.

Ein Schreiben an Schele vom 7. Juli 1837 über die Einwendungen, welche das Staatsministerium gegen das Patent vom 5. Juli erhoben hatte, beginnt also:

„Nachdem Ich habe gehört und gelesen die Einwendungen . . . fühle ich es Meine Würde nicht gemäß, daß in Zweifel zu lassen was ist Meine wahre Meinung und Intention und deswegen bleibt es bei dem von mir vollzogenen Patent."

Ueber die Eingabe der Göttinger Sieben schreibt der König an Schele (Rotenkirchen, 28. November 1837):

„Aus ihrem Inhalte habe ich entnommen, namentlich aus der Stelle, wo sich die Professoren nach erfolgter Aufhebung des Staatsgrundgesetzes dasselbe gewissermaßen noch als giltig zu betrachten und aufrecht zu erhalten herausnehmen und die auf verfassungsmäßigem Wege von Mir und den Ständen des Jahres 1819 etwa zu vereinbarende Verfassung nicht anerkennen wollen, daneben auch von freventlicher Verletzung ihres Eides sprechen — daß die Professoren augenfällig eine revolutionäre, hochverrätherische Tendenz verfolgen, welche sie persönlich verantwortlich macht: sie scheinen daher der Macht des peinlichen Richters verfallen, und zweifle ich nicht, daß von allen betheiligten Behörden Alles werde gethan werden um diesem verbrecherischen Beginnen nicht allein zu steuern, sondern auch die Schuldigen zur Verantwortung und Strafe zu ziehen."

XXV. Aus den Aufzeichnungen König Friedrich Wilhelm's.

Zu Bd. IV. 725.

. . . Meine Unterthanen besitzen in der geregelten Staats-Verwaltung, in dem Staats-Rathe, in den Provinzial-Ständen, in der Städte-Ordnung, in den Communal-Verfassungen, die Garantie für die ungestörte Ordnung und Gesetzlichkeit; ich habe ihnen diese Institutionen aus freiem Willen ertheilt und die Gewalt und Macht des Throns unbeschränkt erhalten.

Auf dieser Unbeschränktheit der Königlichen Macht beruht vorzugsweise die Stellung, welche Preußen in dem allgemeinen Staaten-System einnimmt, und da eine Aenderung dieses Grundpfeilers der Monarchie, letztere selbst nachtheilig berühren und wankend machen würde, so bestimme ich hierdurch, daß kein künftiger Regent befugt seyn soll, ohne Zuziehung sämmtlicher Agnaten in dem Königlichen Hause eine Aenderung oder Einleitung zu treffen, wodurch eine Veränderung in der jetzigen Verfassung des Staats, namentlich in Beziehung auf die ständischen Verhältnisse und die Beschränkung der Königl. Macht bewirkt oder begründet werden könnte.

In der Verordnung vom Jahre 1820 betreffend das Staats-Schulden-Wesen habe ich festgesetzt, daß, wenn der Staat künftighin zu seiner Erhaltung oder zur Förderung des allgemeinen Besten in die Nothwendigkeit kommen sollte, zur Aufnahme eines neuen Darlehns zu schreiten, solches nur mit Zuziehung und unter Mitgarantie der künftigen Reichsstände geschehen könne. Sollte, so lange ich die Regierung führe, in diesem einen nur erwähnten Falle die Nothwendigkeit eintreten, eine Reichsständische Versammlung zu diesem Behufe zusammen zu rufen, so werde ich solche aus den Provinzialständen entnehmen. . . . Es würde aus jedem der vier Stände der Provinzial-Stände-Versammlung ein Abgeordneter nach der Mehrzahl der Stimmen durch das Plenum der Versammlung gewählt werden. . . . Den Abgeordneten der Provinzial-Stände wird eine gleiche Anzahl von Mitgliedern des Staats-Raths nach meiner Wahl beigegeben; in der Versammlung, deren Präsident ich ernennen werde, wird nach dem Geschäftsreglement bei dem Staats-Rath verhandelt. Andere Fragen, als über den einen, oben erwähnten Gegenstand, werde ich einer solchen Versammlung nie vorlegen. . . . . Ich verpflichte hierdurch meine Nachfolger in der Krone, nach den vorangegebenen Bestimmungen zu verfahren. Diese Anordnungen sollen als ein Hausgesetz betrachtet werden. . . .

Druck von J. B. Hirschfeld in Leipzig.

Von der Staatengeschichte der neuesten Zeit sind bis jetzt erschienen:

1. Band. A. L. v. Rochau, Geschichte Frankreichs vom Sturze Napoleons bis zur Wiederherstellung des Kaiserthums. 1814 bis 1852. Erster Theil. ℳ 3.

2. = ——————— ——————— Zweiter Theil. ℳ 2. 80.

3. = H. Reuchlin, Geschichte Italiens von Gründung der regierenden Dynastien bis zur Gegenwart. Erster Theil. ℳ 2. 80.

4. = ——————— ——————— Zweiter Theil. 1. Abtheilung. ℳ 3.

5. = ——————— ——————— Zweiter Theil. 2. Abtheilung. ℳ 2.

6. = A. Springer, Geschichte Oesterreichs seit dem Wiener Frieden 1809. Erster Theil. ℳ 4. 80.

7. = Th. v. Bernhardi, Geschichte Rußlands und der europäischen Politik in den Jahren 1814 bis 1831. Erster Theil. ℳ 4. 40.

8. = R. Pauli, Geschichte Englands seit den Friedensschlüssen von 1814 und 1815. Erster Theil. ℳ 4. 50.

9. = H. Baumgarten, Geschichte Spaniens vom Ausbruch der französischen Revolution bis auf unsere Tage. Erster Theil. ℳ 4. 80.

10. = A. Springer, Geschichte Oesterreichs seit dem Wiener Frieden 1809. Zweiter Theil. ℳ 6.

11. = G. Rosen, Geschichte der Türkei von dem Siege der Reform im Jahre 1826 bis zum Pariser Tractat vom Jahre 1856. Erster Theil. ℳ 3.

12. = ——————— ——————— Zweiter Theil. ℳ 3.

13. = R. Pauli, Geschichte Englands seit den Friedensschlüssen von 1814 und 1815. Zweiter Theil. ℳ 6.

14. = H. Baumgarten, Geschichte Spaniens vom Ausbruch der französischen Revolution bis auf unsere Tage. Zweiter Theil. ℳ 6. 80.

15. = K. Mendelssohn-Bartholdy, Geschichte Griechenlands von der Eroberung Konstantinopels durch die Türken im Jahre 1453 bis auf unsere Tage. Erster Theil. ℳ 6. 80.

16. = H. Reuchlin, Geschichte Italiens von Gründung der regierenden Dynastien bis zur Gegenwart. Dritter Theil. ℳ 6.

17. = H. Baumgarten, Geschichte Spaniens vom Ausbruch der französischen Revolution bis auf unsere Tage. Dritter Theil. ℳ 7. 20.

18. = H. Reuchlin, Geschichte Italiens von Gründung der regierenden Dynastien bis zur Gegenwart. Vierter Theil. ℳ 7. 20.

19. = Th. v. Bernhardi, Geschichte Rußlands und der europäischen Politik in den Jahren 1814 bis 1831. Zweiter Theil. Einleitung. 1. Abth. ℳ 6.

20. = K. Mendelssohn-Bartholdy, Geschichte Griechenlands von der Eroberung Konstantinopels durch die Türken im Jahre 1453 bis auf unsere Tage. Zweiter Theil. ℳ 8.

21. = Th. v. Bernhardi, Geschichte Rußlands und der europäischen Politik in den Jahren 1814 bis 1831. Zweiter Theil. Einleitung. 2. Abth. ℳ 10.

22. = R. Pauli, Geschichte Englands seit den Friedensschlüssen von 1814 und 1815. Dritter Theil. ℳ 8.

23. = Th. v. Bernhardi, Geschichte Rußlands und der europäischen Politik in den Jahren 1814 bis 1831. Dritter Theil. ℳ 10.

24. = H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Erster Theil. 4. Auflage. ℳ 10.

25. = ——————— ——————— Zweiter Theil. 3. Auflage. ℳ 9.

26. = ——————— ——————— Dritter Theil. 3. Auflage. ℳ 10.

27. = ——————— ——————— Vierter Theil. ℳ 10.

Druck von J. B. Hirschfeld in Leipzig.